

**Von "Forschergewissen" und "Friedensfrauen".
Das politische Gedächtnis der westdeutschen
Nachkriegsgesellschaft
und die Wissenschaft von der Physik.
Historische Voraussetzungen und politische Bedeutungen
als konstitutive Elemente eines soziologischen
Wissenschaftsverständnisses.**

Dr. Elvira Scheich

Habilitationsschrift an der Fakultät I – Geisteswissenschaften
der Technischen Universität Berlin

Lehrgebiet:
**Politikwissenschaft/
Gesellschaftstheorie und Wissenschaftsforschung**

Eröffnung des Verfahrens: 9. Juli 2003
Verleihung der Lehrbefähigung: 26. November 2003
Ausstellung der Urkunde:
Aushändigung der Urkunde: 21. Januar 2004

Gutachterinnen und Gutachter:
Prof. Dr. Wolfgang Bonß
Prof. Dr. Christine Kulke
Prof. Werner Siebel, Ph.D.

Inhaltsverzeichnis

<u>Einleitung</u>	A-1
<u>I. Forschergewissen</u>	
I.1. Eine Kettenreaktion der anderen Art: Die „Göttinger Erklärung“ der Atomwissenschaftler	A-14
<i>Erste Protestwelle</i>	16
<i>Die Ausbreitung des Widerstands</i>	20
<i>Höhepunkte: Die „Kampf dem Atomtod“-Aktion</i>	21
<i>Danach</i>	24
I.2. Interpretation: Sprechendes Schweigen	A-27
<i>Entwirklichung und Verleugnung im Verhältnis zur deutschen Vergangenheit</i>	30
<i>Realmomente der Schuldabwehr</i>	35
<i>Erinnerungsspuren: Die Präsenz des vergangenen Erlebens</i>	41
<i>Das Konzept der paradoxen Rede</i>	45
<i>Traumatisierung und Zeitparadox: Intersubjektive Dimensionen</i>	48
<i>Das Symptom der Nachträglichkeit: Hinweise auf das Verschwiegene</i>	52
I.3. Zukunft und Vergangenheit des Atomzeitalters: Von Katastrophen und ihren Helden	A-58
<i>Kernenergie: Versprechen und Hoffnung</i>	59
<i>Verunsicherung durch die Gefahren radioaktiver Strahlung</i>	62
<i>Darstellung einer möglichen Katastrophe</i>	64
<i>Zerstörungen der Vergangenheit</i>	68
<i>Widerkehrende Bilder der Katastrophe</i>	75
<i>Die Konstruktion eines moralischen Helden</i>	87
<i>Wissenschaft und die Rekonstruktion öffentlicher Moral</i>	92
<i>Bedeutung eines leeren Zeichens</i>	96

II. Zwischen den Zeiten: Vergangenheit, Verantwortung und Atomzeitalter

II.1. Rekonstruktion einer Entwicklung:

Berichte über die Physik in der Zeit des Nationalsozialismus	A-99
<i>Exkurs 1: Gruppenbild ohne Dame, Farm Hall 1945</i>	102
<i>Vom Kampf gegen die „Parteiphysik“</i>	110
<i>„Statthalter“ und Stellvertreter: Die Argumente zur Verteidigung der modernen Physik</i>	117
<i>Der Bericht von Plancks Besuch bei Hitler</i>	126
<i>Exkurs 2: Die Vertreibung der jüdischen Kollegen</i>	128
<i>Macht und Moral: Der Fall Haber</i>	147
<i>Erinnerung an eine Weichenstellung</i>	159
<i>Exkurs 3: Rivalitäten und Machtblöcke im Wissenschaftssystem</i>	164
<i>Logik der Sachlichkeit: Auslassung und Entwirklichung</i>	209
<i>Zusammenfassung: Wissenschaft und Politik</i>	232

II.2. Beschädigte Wissenschaft:

Zum politischen und moralischen Selbstverständnis der Physiker	
In den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg	A-241
<i>Bereinigung am Selbstbild: Individualist, Philosoph, Lehrer</i>	241
<i>Die Konstruktion: Wissenschaft ist Widerstand</i>	253
<i>Symptome und Effekte der paradoxen Rede:</i>	
<i>Zeitsprünge und Täter-Opfer-Inversion</i>	259
<i>Kritische Einsichten?: Über Macht und Terror der Technik</i>	274
<i>Verantwortung, Demokratie und Zweckrationalität: Plancks Erbe</i>	285
<i>Zusammenfassung: Zweckrationalität als Realmoment der Abwehr</i>	293
<i>Neue Verhältnisse: Die Stellungnahme zur Atombombe und das Verhältnis zur Öffentlichkeit</i>	300

III. Friedensfrauen

III.1. Rahmenbedingungen	B-1
<i>Das Ost-West-Problem in der Frauenpolitik</i>	4
<i>Frieden oder Gleichberechtigung</i>	7
<i>Ausgedehnte Verschiebungen zwischen Politik und Geschlecht</i>	9
III.2. Die Elemente der friedenspolitischen Rhetorik	B-15
<i>Politikverständnis und demokratisches Selbstbewusstsein</i>	17
<i>Internationalität in der Praxis</i>	21
<i>Ein Bündnis mit der Jugend</i>	26
<i>Töchter, Söhne und der Auftrag der Mütter</i>	33
<i>Von der Trauer zur Hoffnung:</i>	
<i>Die Einkapselung der ambivalenten Erinnerung</i>	41
<i>Die Versöhnungsgeste der namenlosen Opfer</i>	45
III.3. Geschlechterkonflikte: Nicht der Rede wert?	B-55
<i>Gefühle und Politik</i>	58
<i>Eine politische Familie</i>	65
<i>Die eigene schwierige Vergangenheit</i>	69
<i>Überzeitliche Stimmen zur Atomgefahr</i>	77
<i>Verhüllte Wut</i>	80
<i>Zweierlei Gewissenskonflikt</i>	85
<i>Machtlose Kritik</i>	89
<i>Wissenschaftlerinnen: „Am Tor des Himmels“?</i>	92
<i>Zweimal anders: Politisierung der Geschlechterdifferenz</i>	97
<i>Eine Erinnerung an die Zukunft, Zusammenfassung</i>	104

IV. Zum gesellschaftlichen Verhältnis von Gedächtnis und Wissenschaft

<i>Unterschiede soziologischer und historischer Fragestellungen</i>	B-111
<i>Wissenssoziologie: Objektivierung der Sinnwelten</i>	120
<i>Strukturalismus: Die Macht des Symbolischen</i>	125
<i>Kritische Theorie: Gesellschaftliche Vermittlung</i>	134
<i>Zweckrationalität: Destruktion und Eigendynamik des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts</i>	140
<i>Wissenschaftsmythos und Wissenschaftsnormen</i>	145
<i>Zum Verhältnis von historischem Material und theoretischer Interpretation</i>	152

<u>Literaturverzeichnis</u>	B-161
------------------------------------	--------------

Einleitung

Die Begeisterung für die intellektuelle Herausforderung wissenschaftlicher Forschung und die Verpflichtung auf die humanistischen Werte, die mit dem Ideal von Wissenschaftlichkeit verbunden sind, teilte die Physikerin Lise Meitner mit ihrer Freundin, der Botanikerin und Pflanzengenetikerin Elisabeth Schiemann. Es war dies eine verlässliche Basis ihrer fast 60-jährigen Freundschaft, die sie über die Zeit des Nationalsozialismus und der Emigration hinweg zu bewahren vermochten und die erst mit dem Tode Meitners 1968 zu Ende ging (vgl. Scheich 1996). Dennoch tritt nach dem Zweiten Weltkrieg eine Diskrepanz im gemeinsamen Wissenschaftsverständnis in ihren Briefen unverkennbar zutage. Nachdem sie von ihrer Teilnahme an einer Feier der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen berichtet hatte, schrieb Schiemann im März 1954 an Meitner: "Ich spüre so oft, wie die Jungen, ich meine jetzt in meinem Leben, in Berlin, aufgeschlossen sind für die Überlieferung einer Tradition, die ihnen doch so fern gerückt ist; und wir haben vielleicht dies als eine wesentliche Aufgabe noch unseres Lebens, Maßstäbe aus einer anderen Zeit, die wir als wertvoll anerkennen, weiter zu geben"¹. Aber eine ungebrochene Kontinuität war für Meitner, die jüdische Emigrantin, nicht mehr vorstellbar: "Es ist alles so schwierig geworden, weil wir an den alten Grundlagen hängen, die nicht mehr da sind. Es ist in der Politik nicht anders als in der Kunst. Überall ist ein Suchen nach neuen Grundlagen, nach neuen Ausdrucksformen und wenig bewußter Wille, sich gegenseitig zu verstehen und sich zu verständigen"². Sie hatte diese Zeilen an die Schwester Elisabeth Schiemanns gerichtet, weil ihre Verständigung mit der Freundin an diesem Punkt bereits gescheitert war, ebenso wie auch in anderen Fällen ihr Bemühen, mit deutschen Freunden und Kollegen über die Vergangenheit zu sprechen, von diesen abgewehrt wurde.

Obwohl in der Kommunikation zwischen den beiden Wissenschaftlerinnen die Orientierung an der "reinen" Wissenschaft nach wie vor eine wichtige Brücke in ihrer Verständigung miteinander bildete, lässt das unterschiedliche Verhältnis zur eigenen Tradition offenbar werden, dass dieses Wissenschaftsverständnis für die beiden Frauen nicht mehr dasselbe bedeutete. Es hielt nur noch oberflächlich die unterschiedlichen Bedeutungen zusammen, die sich aus der scharfen Diskrepanz ihrer Erinnerungsperspektiven nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Genozid an der jüdischen Bevölkerung ergaben. Das Ideal direkt in Frage zu stellen, hätte sowohl ihre Identität als Wissenschaftlerinnen tangiert, ein Status, der in beiden Fällen lebenslang Unsicherheiten ausgesetzt war, als auch ihre zerbrechlich gewordene Verbundenheit belastet. Nur für einen Moment tritt deshalb die Differenz in der Wissenschaftsauffassung der beiden Frauen hervor und legt einen

¹ Elisabeth Schiemann an Lise Meitner, 28.3.1954, Nachlaß Lise Meitner, Churchill Archives, Cambridge/U.K.

² Lise Meitner an Gertrud Schiemann, 29.11.1955, Nachlaß Lise Meitner, Churchill Archives, Cambridge/U.K.

Aspekt des Zivilisationsbruchs (Diner 1988) frei, dessen Folgen die deutsche Gesellschaft in der Zeit nach dem nationalsozialistischen Völkermord zeichneten.

In der Nachkriegszeit hatte die Rede von der “reinen” und “freien” Wissenschaft in erster Linie die Funktion, die Zugehörigkeit zu dem nationalen Täterkollektiv zu leugnen, das durch die Schuld- und Gewaltzusammenhänge nationalsozialistischer Politik geschaffen worden war (vgl. Mehrtens 1997). Das Wissenschaftsideal war in diesem Sinne ein Teil des Schweigens danach, aber es konnte auch andere, davon abweichende Bedeutungen repräsentieren. Festzuhalten ist hier, dass es sich bei Meitner und Schiemann in beiden Fällen um Positionierungen und Stimmen im Gesamtkontext der deutschen Nachkriegsgesellschaft handelt, die aus dem Üblichen herausfallen. Bereits durch die Tatsache, dass beide Frauen Wissenschaftlerinnen waren, nahmen sie eine außergewöhnliche Stellung ein. Hinzu kommt, dass Meitner im Sommer 1938 aus Berlin hatte fliehen müssen, weil sie einer Wiener jüdischen Familie angehörte. Die angesehene Direktorin eines Kaiser-Wilhelm-Instituts musste in Stockholm mit kargen Arbeitsbedingungen zufrieden sein und die Umstände des Exils trugen dazu bei, dass ihr Anteil an der Entdeckung der Kernspaltung bei der Vergabe des Nobelpreises 1945 allein an ihren Kollegen Otto Hahn nicht berücksichtigt wurde³ (vgl. Sime 2001). Meitners Wissenschaftsideal war die Grundlage, auf der sie die Hoffnung vieler Emigranten und Re-Migranten zum Ausdruck brachte und den Wunsch an ihre deutschen Kollegen richtete, sie mögen das Unrecht und die Verbrechen, die in Deutschland begangen wurden, klar verurteilen statt darüber zu schweigen.

Schiemann dagegen war in Berlin geblieben; sie hatte ihre wissenschaftlichen Ansichten mit der Aufrechterhaltung persönlicher Verantwortung und ihren Aktivitäten in der Bekennenden Kirche verknüpft (vgl. Scheich 2002). Sie tat dies trotz der Tatsache, dass sie keine feste wissenschaftliche Stellung innehatte, vielmehr wurde ihr 1940 dann noch die Lehrbefugnis aus politischen Gründen entzogen. Das Wissenschaftsideal, an dem sie sich orientierte, wurde in ihrer Opposition gegen die rassistische Politik des Nationalsozialismus zum zentralen Element. Indem sie der antisemitischen Diskriminierung und Verfolgung eine auf Wissenschaftlichkeit gegründete individuelle Moral entgegensetzte, war bereits der Moment vorgezeichnet, in dem sich der Abbruch ihrer Kritik vollzog und der zugleich die Grenze ihres Verständnishorizontes in der Nachkriegszeit festlegte. Die Frage nach der Legitimität von Wissenschaft unter den politischen Verhältnissen des Nationalsozialismus wurde von ihr nicht aufgeworfen. Trotz ihres aktiven Eingreifens unter dem NS-Regime und ihrer Bereitschaft, dafür auch eigene Risiken auf sich zu nehmen, blieb ihr daher jene andere Differenz unbegreiflich, die Meitner später zu artikulieren versuchte.

³ Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde Fritz Straßmann, das dritte Mitglied der Arbeitsgruppe (vgl. Krafft 1981).

Dieses Unverständnis Schiemanns bildete das Motiv der folgenden Untersuchung. Meine Kernfrage richtet sich hier darauf, welche Rolle Wissenschaft, bzw. das Verständnis von Wissenschaft, im Umgang der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft mit der jüngsten Vergangenheit spielt. Am Beispiel von Elisabeth Schiemann und Lise Meitner wurde bereits deutlich, dass höchst verschiedene Bedeutungen im Ideal von "reiner" und "freier" Wissenschaft repräsentiert sind. In den Überschneidungen werden die Positionen beider Frauen an den Rand gedrängt, denn zum einen wird die Unversöhnbarkeit der Erinnerungsperspektiven von Tätern und Opfern des Nationalsozialismus unsichtbar, zum anderen wird der Unterschied von Schiemanns Haltung gegenüber jenen deutschen Wissenschaftlern verwischt, die mit den Nationalsozialisten Kollaborationsverhältnisse eingegangen waren. Das Ziel, die systematischen Zusammenhänge zu erfassen, die dies bewirken, bringt eine Überschreitung des biographischen Rahmens und auch eines rein wissenschaftsbezogenen Ansatzes mit sich.

Zum Ausgangspunkt meiner Untersuchung habe ich ein Ereignis gewählt, das im Zwischenraum von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit stattfand. Es handelt sich dabei um die sogenannte "Göttinger Erklärung", in der 18 führende deutsche Naturwissenschaftler ihrer Ablehnung, am Bau von Atombomben mitzuarbeiten, Ausdruck verliehen und in der sie die Bundesregierung aufforderten, auf solche Waffen zu verzichten. Der Hintergrund dieses Ereignisses war eine weltweit alarmierte Wahrnehmung der besonderen Bedrohungen, die von Radioaktivität ausgehen, und die Debatte um die Stationierung atomarer Waffen in der BRD. In dieser Situation kam es zu einer außerordentlichen Resonanz dieser Erklärung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, über die die Wissenschaftler selbst erstaunt waren, da sie ähnliche Stellungnahmen bereits vorher vorgebracht hatten und die Grundzüge ihrer Argumentation bis in die Zeit unmittelbar nach Kriegsende zurückreichten, also keineswegs neu waren. Die Physiker der "Göttinger Erklärung" von 1957 und die Massenbewegung "Kampf dem Atomtod" in den Jahren 1957 und 1958 bilden den erweiterten Kontext, in dem ich meine Fragestellung nach der Funktion von Wissenschaft im Gedächtnis der Nachkriegsgesellschaft in der BRD präzisieren will.

In einer ersten Annäherung an das Material ist zunächst die Seite der Öffentlichkeit von größerem Interesse. Abstraktheit und Auslassungen kennzeichnen sowohl die Bilder und Begriffe, mit denen die befürchtete Katastrophe beschrieben wurde, als auch die Erwartungen, die an die Wissenschaftler herangetragen wurden. In der beklemmenden Alternative von Leben oder Tod der gesamten Menschheit wurde die Notwendigkeit eines überpolitischen Handelns betont und an die Vernunft der "übernationalen" Wissenschaft appelliert, die zu einem Ersatz für die Politik avancierte, weil deren Motive unglaublich und vor allem moralisch zweifelhaft erschienen. Von einem Theologieprofessor wurden die Mitglieder des Bundestages darüber belehrt, "daß an dieser Stelle (gemeint ist die "Göttinger Erklärung", E.S.) die verhängnisvolle Degeneration des Ethos

überwunden ist und daß führende Gelehrte ihre Arbeit nicht einfach als Selbstzweck, sondern auch als einen Dienst verstehen, daß sie darum verantwortlich fragen müssen, wem sie dienen" (Thielicke nach Stölken-Fitschen 1995:234). Es ist die Wendung der Auseinandersetzung zu einer Gewissensfrage, die eine absolute und vom konkreten politischen Kontext unabhängige Geltung beansprucht, in der die Wissenschaft zu ihrer besonderen Rolle kommt. Gefordert wurde "die wagende zeichenhafte Tat" (Thielicke nach Stölken-Fitschen 1995:234), auch wenn dieses Zeichen wirkungslos bliebe oder sein Inhalt nicht realisierbar sei.

Den grundsätzlichen Rahmen und wesentliche Begriffe meiner Interpretation beziehe ich aus den neueren Forschungsansätzen zu den Folgen von Traumatisierung und den Theorien zum kulturellen Gedächtnis, mit denen ältere soziologische und sozialpsychologische Untersuchungen zu *Schuld und Abwehr* (Adorno 1955) sowie zu der *Unfähigkeit zu trauern* (Mitscherlich 1967) weiterentwickelt und vor allem erweitert worden sind, so dass sie im Gang meiner Untersuchung im Hinblick auf wissenssoziologische und erkenntnistheoretische Fragestellungen anschlussfähig werden. Die wichtigsten dieser Konzepte sind sicher Adornos Überlegungen zum Realmoment der Schuldabwehr und Dan Bar-Ons Analyse (1996) der paradoxen Rede, nämlich eines Sprechens, das zugleich benennt und das Benannte verbirgt, wobei wichtig war, dass diese in den literaturwissenschaftlichen Arbeiten Sigrid Weigels und Birgit Erdles (v.a. 1996 und 1999) aufgegriffen wurden. Damit ist es möglich, ein sprechendes Schweigen zu identifizieren, das der Rede über die Atomgefahr ihre spezifische Gestalt gibt. Der Versuch, die reale Bedrohung zu erfassen, vermischte sich mit Problemen, die aus dem vergangenen Erleben stammen und als Auswirkung ihrer Abweisung und Verleugnung ungelöst geblieben waren. Im Diskurs über den Atomtod konnte über Massenvernichtung und Krieg gesprochen werden und er war zugleich eine Rede über die Vergangenheit, die nicht benannt wird. Die thematischen Grundlinien des Diskurses hat Ilona Stölken-Fitschen (1995) umfassend dargestellt und ihr Bezug auf die Vergangenheit kann hier am Beispiel der literarischen Ausgestaltungen der Atomfahren rekonstruiert werden. Die wesentlichen Charakteristika sind eine entschiedene Ahistorizität und die nachdrückliche Moralisierung, mit der die Problematik zur Darstellung gebracht wird. Das drohende Unheil, wenn es überhaupt dargestellt wird, bricht über die Menschen herein wie eine Wetterkatastrophe, ohne erkennbaren Urheber und ohne dass es möglich wäre, dem Geschehen Ursachen zuzuordnen. Hauptfigur der Handlung ist der Wissenschaftler; und seine Dramatik ergibt sich dadurch, dass er im faustischen Dilemma von Macht und Moral eine Entscheidung zu treffen hat. In einer so verstandenen Situation richtete sich die Hoffnung der in ihrer Existenz bedrohten Menschheit auf das "Forschergewissen".

Aus dem großen Spektrum der damaligen Debatte habe ich für die weitere Analyse und zur Vertiefung meiner Leitthese über das sprechende Schweigen zwei sehr verschiedene soziale

Gruppen, nämlich die Physiker und die Frauen, genauer friedenspolitisch engagierte Frauen, ausgewählt. Beide Gruppierungen zeichnen sich durch klare Topoi aus, mit denen sie sich in der Debatte über die Atomgefahr artikulieren und auf deren Grundlage sie jeweils ihr Verhältnis zur Vergangenheit im Nationalsozialismus bestimmen. Das ist zum einen die "reine" und "freie" Wissenschaft, zum anderen die "Friedensaufgabe" der Frau als Mutter, in beiden Fällen wird die eingenommene Position von ihren InhaberInnen als "international" betrachtet. Die vorliegende Arbeit ist damit im Unterschied und in Ergänzung zu den bisherigen Untersuchungen, die sich mit der Auseinandersetzung um die Atomwaffen beschäftigen, nicht entlang von politischen und gesellschaftlichen Verbänden, nämlich Parteien, Kirchen Gewerkschaften usw., angelegt.

Die beiden großen Teile der Analyse konzentrieren sich auf zwei Zeitschriften, zum einen die *Physikalischen Blätter* und zum anderen *Frau und Frieden*⁴. Im Vergleich zu den Katastrophen- und Wissenschaftlerdarstellungen wechselt dabei der Maßstab der Interpretation, die nun sehr viel dichter an den Details der Berichte und Erzählungen über die Vergangenheit einerseits und die Stellungnahmen zur Atomgefahr andererseits herangeht, um die Struktur ihres Zusammenhangs und die systematischen Abblendungen zu rekonstruieren. Beim Lesen dieser Texte bewege ich mich weiterhin im genannten Theoriezusammenhang, auf den auch die orientierenden Bezugspunkte dieses Untersuchungsteils zurückgehen, nämlich die Derealisierung der Erfahrung und die Leerstelle der Wahrnehmung (*void* bei Libeskind 1999), die als Resultat von Verleugnungen anzusehen sind (vgl. Eckstaedt 1989). Es lässt sich zeigen, dass auf dieser Basis die sich verselbständigenden Deckbilder Wirkungen entfalten, die zu einer langfristigen Beschädigung sowohl der Begriffe als auch der unter sie gefassten Wirklichkeiten führen. Das wird deutlich erkennbar am Verhältnis zu den Emigranten und zur Jugend, aber auch durch ein Symptom, das in die Texte selbst eingreift und von den Erinnerungstexten an die Gegenwartsdeutung weitergegeben wird, nämlich der Verlust der zeitlichen Dimension. Je entschiedener die Abwehr, desto größer das Durcheinander in der Chronologie. Meine Analyse kann an diesen Stellen auf neuere Entwicklungen in der Wissenschaftsforschung und der Geschlechterforschung zurückgreifen. Von besonderer Bedeutung dabei waren für mich einerseits die Arbeit von Klaus Schlüpmann (2001), der in seiner Biographie von Hans Kopfermann die Geschichte dieses deutschen Physikers konsequent zu den Ereignissen außerhalb seines direkten Umfelds in Beziehung setzt. Andererseits war dies eine Gruppe von historischen und kulturwissenschaftlichen Studien, die den Geschlechterkontext der Erinnerung in der BRD der Nachkriegszeit zum Gegenstand gemacht hat (Moeller u.a. 1998) und dem Wechselspiel von *engendering* und *degendering* nachgeht, das sich an den Bildern des nationalen

⁴ Die Auflagenhöhe der *Physikalischen Blätter* lag nach Stamm (1972) in den Jahren 1946 und 1947 bei 5000, und in den 1950er Jahren etwas niedriger mit 4000-4400. Dort findet man auch einen Eintrag über *Frau und Frieden* aber ohne weitere Angaben.

Gedächtnisses vollzieht und die Marginalisierung von weiblicher Erfahrung zum Ergebnis hat (Heinemann 1996).

Meine Untersuchung wendet sich hier zunächst den Wissenschaftlern zu und meine Ausgangsfrage lautet: Warum werden die Physiker zu den zentralen Helden in den Erzählungen und welche Voraussetzungen bringen sie dafür mit? Als Dokumente verwende ich eine Serie von Artikeln in den *Physikalischen Blättern* der ersten Nachkriegsjahre, in denen die Physiker ihr Verhältnis zur Vergangenheit klarstellen und ihre Rekonstruktion einer Widerstandslegende gegen die "Parteiphysik" vortragen. Im ersten Teil dieses Abschnitts werden die Berichte und Stellungnahmen mit dem aktuellen Forschungsstand der Wissenschaftsgeschichte zur NS-Zeit kontrastiert. Indem diese Geschichte auf den sich zum Genozid steigernden Terror bezogen wird, tritt die zunehmende Entwirklichung gegenüber der Erfahrung der jüdischen Kollegen, der Vertreibung und Verfolgung, hervor. Im zweiten Teil werden die Folgen dieses Prozesses herausgearbeitet, sie schlagen sich in der Parole eines prinzipiellen Gegensatzes von Wissenschaft und Politik nieder, der ein völliges Unverständnis gegenüber der Demokratie kaschiert, ebenso wie eine konstante Verwirrung über die Zeit, in der sie sich befinden. In diesem Rahmen tauchen die ersten Stellungnahmen zur Atombombe auf, die sich im Wesentlichen auf das Zitat der internationalen Proteste von ausländischen, oftmals aus Deutschland emigrierten, Wissenschaftlern beschränken. Denen allerdings ist die hochgehaltene Einigkeit höchst suspekt, zumal ihre Beschwörung immer wieder mit den Worten endet: Wir waren es nicht.

Es ist eine forcierte Rhetorik der Abwehr, die in diesen Texten ausgebreitet wird und deren verwinkelte Argumentation keinen Ansatzpunkt einer Verständigung über das Geschehene zulässt. Sie ist vor allem deshalb schwer zu dechiffrieren, weil sie zwar ständig Verständnisbereitschaft signalisiert, diese aber jedes Mal mit der Überzeugung zurücknimmt, der zufolge der Wissenschaft eigentlich nichts passiert sei. Der Diskurs bewerkstelligt eine höchst wirkungsvolle Verschleierung der Kollaborationsverhältnisse mit dem NS-Regime (Mehrtens 1994), insbesondere die erschreckende Nähe zu jener Fraktion innerhalb der NS-Polykratie, die die Vernichtung organisierte. Außerordentlich brisant ist der Konsens, der hier gefunden wurde und der den Physikern die mächtige Unterstützung des SS-Apparats gegen die Angriffe aus den Reihen jener Parteiideologen sicherte, die ihre Wissenschaft der NS-Weltanschauung unterstellen wollten. Man einigte sich auf die strikte Trennung von Autor und Werk und die explizite Forderung, die von Himmlers Seite damit einherging, war die Eliminierung der jüdischen Namen aus der deutschen Physik. Auf der Seite der Wissenschaftler ließ eine radikale Interpretation von Wertfreiheit diesen Kompromiss zu, mit ihr werden die Bindungen des wissenschaftlichen Kollektivs unterbrochen und der Anspruch auf Intersubjektivität eingeschränkt, als einziger noch intakter Maßstab von Wissenschaftlichkeit und Objektivität konnte sich abstrakte, instrumentelle Rationalität behaupten.

Das Besondere am Fall der Physiker besteht darin, dass nach dem Krieg eben dieselbe Argumentationsfigur zur Entlastung herangezogen und gegen die Politik als solche gewendet wird, indem die Wissenschaft sich selbst als “unpolitisch” versteht und als “international” behauptet. Wobei dann allerdings wieder eine Inanspruchnahme der zivilisatorischen Werte und Normen einsetzt, auf die das wissenschaftliche Kollektiv intern und in seiner Beziehung zur Gesellschaft verpflichtet ist. In dieser doppelten Ausnutzung der Zweckrationalität von Wissenschaft, nämlich sowohl als Grundlage der Kollaboration als auch der Rechtfertigung, kann gegen das NS-System nur der Vorwurf ineffektiver Wissenschaftspolitik vorgebracht werden. In der Geschichtsschreibung wird darin zumeist die Hilflosigkeit der “politikfernen” Wissenschaftler erkannt, was aber übersieht, dass das Argument seinen Ursprung direkt in den internen Rivalitäten der NS-Polykratie hat. Auf diese Weise haben sich Elemente der Wissenschaftsrhetorik weiter fortgesetzt, auch wenn dies der meist kritischen Absicht zuwiderlief.

Deshalb sehe ich in der zweifach gewendeten Reduktion auf Zweckrationalität nicht nur ein Defizit im Verhältnis der Wissenschaftler zur Politik, sondern eine Beschädigung von Wissenschaft und des Verständnisses von Wissenschaft selbst, die unter anderem im Politischen zum Ausdruck kommt. Weil sie aber in der doppelten Bewegung des Arguments unsichtbar bleibt, konnte sich die Physik in der postfaschistischen Zeit als Leitwissenschaft empfehlen und sich in den Nachkriegsjahren sogar mit Erörterungen über die “Verantwortung des Wissenschaftlers im technischen Zeitalter” bzw. die zerstörerische Dynamik des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts ins Gespräch bringen. Der Jargon, der dabei angeschlagen wurde, vertrat jedoch keine konkrete politische Diskussion und der Rückzug seitens der Physiker erfolgte just in dem Moment, in dem die Öffentlichkeit auf die “Göttinger Erklärung” reagierte, während sich zugleich international wie national für die deutschen Physiker neue Forschungsperspektiven auftaten.

Folge der verdeckten Beschädigung von Wissenschaft war die Wiedereinsetzung der Physiker als Teil der nationalen Elite und ihre beispielhafte moralische Rehabilitierung als gesamte Profession, ja es war eher ein Gewinn an Autorität in dieser Hinsicht zu verzeichnen. Bestehen blieb der Kern der Beschädigung, die Leerstelle, die der Nationalsozialismus in der Physik wie überall in der deutschen Kultur hinterließ. Die Löschung der jüdischen Namen wurde in der deutschen Physik über weite Strecken aufrechterhalten oder ihre Bedeutung wurde minimiert und den Betroffenen nur sehr zögernd eine Anerkennung des zugefügten Unrechts zugestanden. Der offensive Einstein-Kult dieser Jahre stand dem nicht entgegen, sondern wirkte vielmehr in dieselbe Richtung, denn er täuschte über den Umfang der Vertreibung und Verfolgung und schrieb eine Vorstellung von Wissenschaft fest, in

der nur die in begriffliche Abstraktionen gefasste instrumentelle Erkenntnis zählt⁵. Indem die kollektiven Dimensionen von Wissenschaft (Fleck 1980) umfassend negiert wurden, vergrößerte sich die Aussichtslosigkeit für jene, die auf der anderen Seite der Geschichte gestanden hatten, ihre Perspektive der Erinnerung zur Sprache zu bringen.

Hier bestand ein reales und konkretes moralisches Dilemma, nämlich die Frage nach der Bereitschaft zur Versöhnung ohne das Eingeständnis einer Schuld. In dieser Situation schien sich durch die "Kampf dem Atomtod"-Bewegung und besonders die Zukunftshoffnungen, die sich unhinterfragt auf Wissenschaft richteten, eine Brücke bilden zu lassen. Zu den engagiertesten Sprechern der Bewegung gehörten Überlebende, die die Notwendigkeit zu handeln, mit ihrer eigenen jüdischen Erfahrung verbanden. Unter den Physikern war dies Max Born, re-emigrierter Mitunterzeichner der "Göttinger Erklärung", ohne dessen Initiative das Zustandekommen des Physiker-Protests kaum vorstellbar ist und vor allem viel weniger überzeugend gewesen wäre. Born berief sich des öfteren auf den Philosophen Günter Anders, der sich um ein Verständnis von Schuld im technisch-politischen System bemühte und, auch in dieser Hinsicht mit radikaler Konsequenz, die Aussprache mit dem Piloten des Begleitflugzeugs des Hiroshima-Bombers, Claude Eatherly, suchte. Insoweit aber die Aktionen gegen die Atomwaffen zum Ersatz für die gescheiterten Versuche eines Dialogs mit den Tätern über die Vergangenheit wurden, trugen sie wesentlich zur Herstellung einer "negativen Symbiose" (Diner 1993) zwischen Täter- und Opferkollektiv bei. Der Vergleich von NS-Verbrechen und atomarer Bedrohung, von Massenmord und Kriegshandlung, wurde politisch bereits von Hannah Arendt (1965) zurückgewiesen. Demgegenüber sind Positionen, die eine Kritik am Wissenschaftsverständnis ermöglichen, erst mit der neueren Wissenschaftsforschung entstanden.

Auch in den Texten von *Frau und Frieden*, dem Material des zweiten Hauptteils, lassen sich Verleugnungen und Denkblockaden entschlüsseln, die aus der Vergangenheit herrühren. Sie sammeln sich um eine überzeitlich interpretierte Geschlechterdifferenz, die der Entlastung diene und mit Vermeidungen einherging; eine jüdische Stimme als eigene und differente konnte zunächst bei den "Friedensfrauen" nicht in Erscheinung treten. Aber im Zentrum stand hier mehr als die bloße Abwehr: Ein anderes Motiv, nämlich die Trauer um die Söhne, bewirkte, dass die Abwehr von Schuld ihnen noch mehr galt als sich selbst. Die Trauer war der Ausgangspunkt für einen anti-militaristischen Auftrag der Söhne an die Mütter und implizierte eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die sich über ihren formelhaften Abschluss hinausentwickelte. An den Reaktionen auf das Ereignis der "Göttinger Erklärung" und die Anti-Atomtod-Bewegung kann eine Reihe von Transformationen beobachtet werden, die zum Selbstbewusstsein einer demokratischen Opposition führten. Sie betreffen ein Verständnis von Politik, das Widerrede erlaubt, und von

⁵ Albert Einstein selbst dagegen hielt an seiner skeptischen und ablehnenden Haltung gegenüber seinen deutschen Kollegen fest.

Internationalität, das Differenz einschließt. Die Anerkennung einer jüdischen Perspektive wurde dann möglich, wenn auch nur unter Vorbehalt; mit einem philosemitischen Einschlag versehen, bezeugte sie die Gleichheit aller Opfer. Diese Einschränkung wurde an die sich formierende Studentenbewegung weitergegeben.

Im krassen Gegensatz zur Politisierung der Frauenfriedensbewegung steht, dass das Geschlechterverhältnis überhaupt nicht aufgegriffen und die politischen Dimensionen des Geschlechterkonflikts vollständig eingeebnet wurden. Mein Erklärungsversuch dazu greift auf weitere Schichten der Traumatisierung und deren Abblendung zurück, die sich im Verhältnis zwischen Männern und Frauen während des Krieges ereigneten. Die resultierende Aggression unterlag einer Abspaltung und wurde in einem Geschlechterdiskurs abgefangen, der sich auf die moralische Polarität der Geschlechter stützte. In diesem Zusammenhang mündete die Hoffnung, in den Wissenschaftlern, von deren Seite aus übrigens die Geschlechterpolarität ausgesprochen betont wurde, Verbündete für die eigene Sache zu finden, in eine rhetorische Konstellation, die die Frauen von der Wissenschaft abschnitt. Es gab zwar auch Wissenschaftlerinnen, man berief sich sogar auf sie und die Wortführerinnen der Frauenfriedensbewegung waren nicht selten selbst Professorinnen, von denen es damals nur wenige gab. Das von der Vergangenheit geprägte Ineinandergreifen der Positionen, ihre Verstellungen und die daraus resultierende Gesamtheit des Diskurses über die Atomgefahr aber machten dies eigentlich zu einer "unmöglichen" Sache.

Die beiden Teile der vorliegenden Arbeit, die sich mit einer intensiven Textanalyse beschäftigen, folgen den Geschichten, die über Vergangenheit und Zukunft erzählt werden, und es wird der Versuch unternommen, davon ausgehend den strukturellen Rahmen zu rekonstruieren, in dem sie sich zu einer Gesamtheit der zeitgenössischen Gegenwart zusammensetzen. Das Projekt als ganzes verfolgt eine theoretische Absicht, nämlich die Auswirkungen der deutschen Geschichte auf das Denken über Wissenschaft kenntlich zu machen. Daher durchquert meine Analyse verschiedene gesellschaftliche Gebiete – Wissenschaft, politische Bewegung, Geschlechterverhältnis – und kombiniert unterschiedliche Maßstäbe zu ihrer Betrachtung. Im Schlusskapitel gehe ich auf die Spuren ein, die der analysierte gesellschaftliche Prozess im gesellschafts- und wissenschaftstheoretischen Denken hinterlassen hat. Dabei wird in einem ersten Schritt herausgearbeitet, welche Rolle den Dimensionen von Zeit, Gedächtnis und Geschichte in den Vorstellungen über soziale Objektivierung zukommt. Dafür habe ich drei verschiedene Theoriekomplexe herangezogen, nämlich die Wissenssoziologie, den Strukturalismus und die Kritische Theorie. Ausgehend davon wird dann analysiert, wie jeweils das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft bestimmt wird.

An dieser Stelle soll kurz auf weitere theoretische Ressourcen hingewiesen werden, auf die sich diese Untersuchung stützt, die aber im folgenden nicht näher expliziert werden. Dies ist zum einen die Kategorie Geschlecht und der *gender*-Theorien. Sie standen vor allem in den Vorüberlegungen zu dieser Arbeit, die das Geschlechterverhältnis und Wissenschaftsentwicklung im 20. Jahrhundert zum Gegenstand hatten, im Vordergrund. Dabei wurden bald die Überlagerungen mit anderen gesellschaftlichen Differenzbestimmungen sichtbar und die Aufgabe, diesen Fragen nachzugehen, brachte es mit sich, dass die Kategorie Geschlecht für weite Strecken zweitrangig wurde. Demgegenüber waren die Überlegungen zum systematischen Aufbau von Theorien, zu den Paradigmen und Schwerpunkten der Erklärungen, sowie den damit konstituierten Ausschlussmechanismen und den in der Theorie angelegten Möglichkeiten zu ihrer Reflektion, die im Rahmen dieses Forschungsfelds durchgeführt wurden und werden, durchgängig von großer Bedeutung. Mit der Fokussierung auf das Verhältnis von gesellschaftlichen Strukturen und ihrer kulturellen Repräsentation ist zudem eine enge Verbindung von Gesellschaftstheorie und Wissenschaftstheorie gegeben, die nach den zentralen Ausgangspunkten sucht, um die Bedingungen der theoretischen Wahrnehmung und ihrer Veränderungen zu analysieren und für die Thematisierung von Ordnungen und deren Verhältnis zum Abwesenden unverzichtbar ist. Von hier aus bestimmen sich meine Theoriepräferenzen im Rahmen einer Fragestellung, die im Zusammenhang von Differenz und Geschichte, Gesellschaft und Objektivität angesiedelt ist. Sie stehen unter der Bedingung der "intersecting voices" (Young 1997) und ihrer Historisierung als Voraussetzung zu gesellschaftlicher Relevanz, zu den Chancen sichtbar und hörbar zu werden. Das Ziel kann dann nicht mehr *die eine* Theorie sein, sondern eine theoretische Perspektivität, die an der Frage, ob es eine Reflexion auf die Grenze des eigenen Denkens gibt, ihren Maßstab entwickelt hat (vgl. Scheich 1996). Die Notwendigkeit einer pluralen theoretischen Orientierung wird hier bezogen auf das Verständnis von Wissenschaft und das politische Gedächtnis in der Soziologie.

Weiterhin spielt die Wissenschaftsforschung, die in den letzten drei Jahrzehnten die Ausnahmestellung des naturwissenschaftlichen Denkens zunehmend in Zweifel gezogen hat, eine große Rolle für meine Interpretation. Indem die Kontinuität von wissenschaftlichem und alltagsweltlichem Wissen aufgezeigt wurde, hat sich die Diskussion immer mehr vom erkenntnistheoretischen Paradigma der Physik entfernt. Die vorwiegend sozialkonstruktivistischen Ansätze betonen die Perspektivität und Relativität von wissenschaftlichem Wissen und verorten diese Einsicht in einer Entwicklung zur *technoscience*, in der die herkömmlichen Aufteilungen problematisch werden und die biologisch-technischen Wissenschaften die Formen des Lebens und der Vergesellschaftung entscheidend mitbestimmen. Darin bestätigt sich, dass Grenzziehungen und ihre Funktionen zu zentralen Theoriefiguren geworden sind. Ein deutlicher Abstand zu den herkömmlichen Wissenschaftsauffassungen, die in den 1930er und noch in den 1950er Jahren unangetastet blieben, ergibt sich auch durch die historischen Studien, in denen das Eingreifen von

Moralisierung in der Geschichte der Objektivität (Daston/Galison 1993) bzw. der Schaffung experimenteller Tatsachen beschrieben wurde (Shapin/Schaffer 1989). Zweckrationalität und Instrumentalität wissenschaftlicher Erkenntnis haben ihre eigene Geschichte; dies stellt sozusagen die innerwissenschaftliche Dimension desselben Themenkomplexes dar. Über die neuen Ansätze eröffnet sich ein Weg zu erkenntnistheoretischen Fragestellungen, die die sozialen und die kognitiven Dimensionen von Wissenschaft miteinander verbinden und die Bedeutung der Zugehörigkeit zu Denkkollektiven (Fleck 1980) betonen.

Im Hinblick auf die Bedeutung dieser Veränderungen in den Naturwissenschaften für das Verständnis von Gesellschaft bestehen jedoch noch viele offene Probleme, die sich in einer grundlegenden Diskrepanz von Wissenschaftsforschung und soziologischer Theorie bündeln, weshalb in der Diskussion über die historische Beschaffenheit wissenschaftlicher Objekte das Verständnis von Gesellschaft oft verkürzt und ein Begriff von gesellschaftlicher Objektivität bzw. sozialer Objektivierung weitgehend abwesend ist. Dieses Auseinanderfallen von Gesellschaftstheorie und Wissenschaftsforschung geht darauf zurück, dass die Debatte über das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, die Anfang der 1930er Jahre von verschiedenen Seiten ausgehend⁶ im Entstehen war, abgebrochen werden musste als die meisten ihrer Teilnehmer ins Exil gingen. Damit blieb das Verhältnis von Gesellschafts- und Naturwissenschaften ein Gebiet, das von einer rein disziplineninternen Geschichtsschreibung dominiert und überlagert wurde, die den Querverweisen und Abgrenzungen, den zeitlichen und räumlichen Mustern interdisziplinärer Zusammenhänge und ihren Unterbrechungen keine Bedeutung zumaß. Das führte einerseits dazu, dass der nachhaltigen Beschädigung des Verständnisses von Wissenschaft in der deutschen Nachkriegszeit zunächst nichts entgegengesetzt werden konnte. Erst als dort eine umfassende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begann, wurden auch in Deutschland die abgebrochenen Theorietraditionen allmählich wieder aufgegriffen, zu deren Wiederentdeckung es seit Mitte der 1960er Jahre im anglo-amerikanischen Sprachraum gekommen war. Andererseits war dort dann bereits eine Verschiebung im Spektrum der beteiligten theoretischen Ansätze vor sich gegangen. Daraus begründet sich die Herkunft der neueren Wissenschaftsforschung und ihrer Fragestellungen aus der Wissenschaftstheorie des logischen Positivismus und der Analytischen Philosophie, wie kritisch auch immer der Bezug sein mag, und eine Schwerpunktsetzung auf die Labor-Studien, die sich das innovative Potential der Ethnomethodologie und des symbolischen Interaktionismus zunutze machen. Hier kommt es darauf an, den Niederschlag des Politischen hervorzuheben, der sich nicht nur auf die Gegenstände der Wissenschaftsforschung, sondern auch auf die Entwicklung ihrer

⁶ Ich meine hier vor allem den Soziologen Karl Mannheim (1931) und den Mediziner Ludwik Fleck (1935), die sich mit dem Wissenschaftsbegriff des Wiener Kreises auseinandergesetzt haben. Aber auch der Philosoph Max Horkheimer (1930 u. 1937) und der Mathematiker Hermann Weyl (1927), angeregt von der Phänomenologie Edmund Husserls, haben in diese Diskussion eingegriffen. Alle diese Autoren gehörten zu den Verfolgten des NS-Regimes.

eigenen Denkmöglichkeiten und Theorieentwürfe auswirkt. Für die Wissenschaftsforschung und für ihr Verhältnis zur soziologischen Theorie sind die Zerstörung eines multinationalen Kulturraums durch die Herrschaft des Nationalsozialismus, die Vernichtung der jüdischen Kultur in diesem Raum und die Emigrationsgeschichte, ein entscheidender Bezugspunkt. Die Leerstellen, die die Politik des NS-Regimes hinterlassen hat, nötigen das Projekt der Wissenschaftsforschung zu einem reflexiven Umgang mit ihren theoretischen Traditionen und ihren aktuellen Präferenzen. Die theoretische Absicht der vorliegenden Arbeit, nämlich die Folgen für die deutschen Versuche, über Wissenschaft zu denken, zusammenzutragen, versteht sich im Rahmen einer generellen Aufgabe, den Verlauf inhaltlicher Kontroversen immer zugleich historisch und systematisch zu bestimmen. Es handelt sich um ein Theorievorhaben, in dem sich wiederum theoretische mit politischen Aspekten verbinden und das auf den Kontext unterschiedlicher Perspektiven zielt.

Schließlich kommt jene Orientierung an der konstituierenden Widersprüchlichkeit zum Tragen, die das gesellschaftstheoretische Denken der Kritischen Theorie auszeichnet. Ihr Wissenschaftsbegriff ist von der Erkenntnis einer Gesellschaft, in der sich das gesellschaftliche Naturverhältnis grundlegend verkehrt hat, nicht abzulösen und damit gewinnen auch die Vorstellungen von Wertfreiheit und Objektivität ihre spezifische Prägnanz. Über diesen komplizierten Zusammenhang haben sich Karl R. Popper und Theodor W. Adorno im Positivismusstreit geäußert, wobei letzterer, sehr zum Erstaunen des ersteren, eine weitgehende Übereinstimmung feststellte: „Die Disjunktion von Objektivität und Wert ist nicht so bündig, wie es bei Max Weber sich liest, in dessen Texten sie freilich mehr qualifiziert wird, als sein Schlachtruf es erwarten ließ. Nennt Popper die Forderung unbedingter Wertfreiheit paradox, weil wissenschaftliche Objektivität und Wertfreiheit selbst Werte seien, so ist diese Einsicht indessen kaum so unwichtig, wie Popper sie einschätzt. Aus ihr wären wissenschaftstheoretische Konsequenzen zu ziehen. Popper unterstreicht, es könnten dem Wissenschaftler seine Wertungen nicht verboten werden, ohne ihn als Menschen und auch als Wissenschaftler zu zerstören. Damit ist aber mehr als etwas bloß Erkenntnispraktisches gesagt; ‚ihn als Wissenschaftler zerstören‘ involviert den objektiven Begriff von Wissenschaft als solcher“ (Adorno 1993:138). Adornos weiterer Gedankengang richtet sich auf die Erkenntnis einer Gesellschaft, „in der Mittel und Zwecke um reibungsloser Naturbeherrschung willen auseinandergerissen wurden; in der Rationalität der Mittel fortschreitet bei ungeminderter oder womöglich wachsender Irrationalität der Zwecke“.

In diesen Passagen formuliert Adorno seine Entgegnung auf Poppers Ansicht, „daß die Paradoxie ganz von selbst verschwindet, wenn wir die Forderung der Wertfreiheit durch die Forderung ersetzen, daß es eine der Aufgaben der wissenschaftlichen Kritik sein muß, Wertvermischungen bloßzulegen und die rein wissenschaftlichen Wertfragen nach Wahrheit, Relevanz, Einfachheit und so weiter von außerwissenschaftlichen Fragen zu trennen“. (Popper 1993:115). Kurz zuvor hatte

Popper festgestellt: "Unsere Motive und unsere rein wissenschaftlichen Ideale, wie das Ideal der Wahrheitssuche, sind zutiefst in außerwissenschaftlichen und zum Teil religiösen Werten verankert. Der objektive und der wertfreie Wissenschaftler ist nicht der ideale Wissenschaftler. Ohne Leidenschaft geht es nicht, und schon gar nicht in der reinen Wissenschaft. Das Wort ‚Wahrheitsliebe‘ ist keine bloße Metapher" (Popper 1993:114). Diese Feststellung fand Adornos Zustimmung und auch die Forderung, sich der leitenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen im wissenschaftlichen Forschungsprozess bewusst zu werden. Sein Einwand konzentriert sich auf die Annahme, dass die Freiheit der innerwissenschaftlichen Diskussion allein schon ausreiche, um jene Probleme zu lösen, die sich daraus ergeben, dass Wertfreiheit selbst auch eine Wertvorstellung ist. Beide hatten hier die "Logik der Sozialwissenschaften" im Blick, wie es die Überschrift beider Beiträge ankündigt. Meine Überlegungen in dieser Arbeit zielen in eine andere Richtung, sie beziehen sich auf die Naturwissenschaften und besonders die Physik. Der Rückblick auf die alte Streitfrage der Soziologie soll in diesem Zusammenhang ein Licht darauf werfen, wie sehr ausgerechnet in der Wissenschaft, in der das Paradigma einer Trennung von Wert und Objektivität offenbar besonders erfolgreich umgesetzt worden war, was von beiden Autoren unhinterfragt unterstellt wird, jene Paradoxie eine ganz konkrete politische Bedeutung hat.

Der Angelpunkt der folgenden Darstellung ist die Feststellung, dass, wenn Wertfreiheit absolut gesetzt wird, der Wert eines undogmatischen Denkens negiert und das zivilisatorische Versprechen von Wissenschaft gebrochen wird. Indem die Namen jüdischer Kollegen aus der Erinnerung gelöscht und die jüdischen Mitglieder der *scientific community* dem nationalsozialistischen Terror ausgeliefert waren, im "Weitermachen", das die Umstände ignorierte, hat Wissenschaft ihre Verbindung zu Humanität aufgegeben und ihre Legitimität letztlich selbst in Frage gestellt. An der Geschichte der Physik im NS-Regime tritt deshalb hervor, wie sehr jede Wissenschaft, auch wenn ihre Gegenstände und Inhalte hochabstrakt sind, auf das Bewusstsein ihres sozialen und politischen Kontextes angewiesen ist, ohne das sie nicht unbeschädigt weiterbestehen kann. In diesem Sinne fasse ich das Wissenschaftsverständnis der neueren Wissenschaftsforschung auf und betrachte es als die Grundlage einer Kritik von Zweckrationalität, die sich gegen das korrigierte Gedächtnis wendet, das diese Geschichte nicht wahrhaben will.

I. Forschergewissen

I.1. Eine Kettenreaktion der anderen Art: Die “Göttinger Erklärung” der Atomwissenschaftler

Am 12. April 1957 wurde die “Göttinger Erklärung” veröffentlicht, in der 18 bekannte Atomwissenschaftler ihre Besorgnis über eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aussprachen und ihre Ablehnung bekundeten, an Atomwaffen zu arbeiten. Hintergrund ihrer Stellungnahme war die bevorstehende NATO-Ministerratskonferenz und die Zustimmung der Bundesregierung zu den Plänen der Stationierung atomarer Waffen in der BRD, in dessen Rahmen schließlich die Äußerung Konrad Adenauers in einer Presseerklärung vom 5. April den unmittelbaren Anlass dazu gegeben hatte: “Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie ... - das sind ja beinahe ganz normale Waffen” (nach Stölken-Fitschen 1995:207-208). Bei den Unterzeichnern handelte es sich um die crème de la crème der bundesdeutschen Atomforschung, darunter vier Nobelpreisträger, Vorstandsmitglieder der Max-Planck-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, sowie mehrere Direktoren von renommierten Forschungseinrichtungen oder Universitätsinstituten.

Der Text hat folgenden Wortlaut: “Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist die Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichneten fühlten sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber in der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.

Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als “taktisch” bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Endkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder –granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als “klein” bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten “strategischen” Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben. Für die Entwicklung der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebiets zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich schon heute ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle des Versagens für tödlich.

Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken” (Blaubuch 1958:25-26) Es folgen die Namen der Unterzeichner: Fritz Bopp, Max Born, Rudolf Fleischmann, Walter Gerlach, Otto Hahn, Otto Haxel, Werner Heisenberg, Hans Kopfermann, Max von Laue, Heinz Maier-Leibnitz, Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth, Wolfgang Paul, Wolfgang Riezler, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher, Carl Friedrich von Weizsäcker und Karl Wirtz¹.

Der Aufbau des Textes verbindet drei Schlüsselmomente: Als Fachautoritäten weisen sie auf Zerstörungskraft der Bomben und die Gefahr der Radioaktivität hin, aus ihrer Arbeit für die reine Wissenschaft bzw. deren Anwendung sowie aus der Totalität der Gefahr leiten sie eine Verantwortung ab, die sie mit der Politik in Berührung bringt, diese resultiert in der Weigerung der Arbeit an und mit Atombomben und der gleichzeitigen Empfehlung zur friedlichen Kernforschung². Wichtig war darüber hinaus zu dokumentieren, daß man “völlig frei von Beeinflussung durch eine Partei” sei (Laue an Hahn, nach Kant 2002:36). Unter den Unterzeichnern der “Göttinger Erklärung” befinden sich daher keine Mitglieder politischer Parteien; Walter Weizel und Karl Bechert, die beide SPD-Mitglieder und Abgeordnete, waren nicht zur Unterschrift aufgefordert worden (vgl. Carson 1999:169)³. Nach einer Vorladung der 18 Wissenschaftler beim Bundeskanzler und beim Verteidigungsminister einigte man sich darauf,

¹ Die Unterzeichner waren in der Mehrzahl Physiker, aber nicht alle. Otto Hahn z.B. war Kernchemiker.

² Die Umstände, unter denen es zur Entstehung dieser Erklärung kam, haben Kant (2002), Rese (1999) und Stölken-Fitschen (1995) dargestellt.

³ Pascual Jordan war ebenfalls nicht gefragt worden, er gehörte der CDU an und war überhaupt nicht einverstanden mit der Erklärung, gegen die er öffentlich Stellung bezog. Weizel und besonders Bechert engagierten sich andererseits auch als Redner in der Bewegung gegen Atomwaffen.

keine Äußerungen mehr vor der im Herbst anstehenden Bundestagswahl zu publizieren. Danach, im September wurde die Erklärung auf der Jahrestagung 1957 der DPG bestätigt. Bemüht um Abstand von der Politik, war man unter den deutschen Physikern zudem außerordentlich zurückhaltend im Hinblick auf die Friedens- und Abrüstungsinitiativen, die von Wissenschaftlern im Ausland unternommen wurden⁴.

Erste Protestwelle

Die Resonanz auf die “Göttinger Erklärung” nach ihrer Veröffentlichung am 12. April war außerordentlich. Neben einer großen Resonanz in Tagespresse und in zahlreichen Zeitschriftenartikeln wurde in den Aufrufen, Appellen, Unterschriftenaktionen und Resolutionen der kommenden Jahre immer wieder auf das Vorbild der “Göttinger 18” Bezug genommen. Unerwarteterweise befanden sich die Physiker plötzlich im Zentrum einer Massenbewegung, in der große Teile der bundesrepublikanischen Bevölkerung ihren Einspruch gegen die Stationierung atomarer Waffen in Westdeutschland und die entsprechende Politik der Bundesregierung geltend machten. Bereits gegen die in den Pariser Verträgen von 1955 vorgesehene deutsche Wiederbewaffnung hatte sich eine Bewegung, die sogenannte Paulskirchenbewegung, formiert. 1956 war der “Kampfbund gegen Atomschäden” entstanden und die Zeitschrift “Das Gewissen. Unabhängiges Organ zur Bekämpfung der Atomgefahren” war gegründet worden. Die Wirkungsgeschichte dieses Ereignisses ist im weiteren eng verflochten mit der Bewegung “Kampf dem Atomtod”, die im Frühjahr und Sommer 1958 ihren Höhepunkt erreichte und am Ende zur Ostermarsch-Bewegung der 1960er Jahre überging. In meinem Versuch den Kontext zu rekonstruieren, in dem sich diese Verflechtung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit ereignete, soll im Folgenden zunächst der Rahmen dieses sich ausbreitenden Protest gegen die Bedrohung durch einen Atomkrieg skizziert werden⁵, wobei ich den Reaktionen auf die “Göttinger Erklärung” folge.

Zustimmende Stellungnahmen kamen schnell und von (fast) allen Seiten: Der Bundesvorstand des DGB reagierte am 18. April mit einer Erklärung, der FDP-Pressedienst griff das Thema im Leitartikel vom 16. April auf, der Ring politischer Jugend stellte sich ebenfalls am 16. April in einer Entschließung hinter den Appell der Göttinger Professoren (Blaubuch 1958:30, 88 u. 216).

⁴ Den Aufruf von Albert Einstein und Bertrand Russell im Jahre 1955 hatte nur Born unterschrieben; Weizsäcker hatte stattdessen die Mainauer Erklärung der Nobelpreisträger initiiert. Born, Hahn und Heisenberg unterzeichneten 1958 Linus Paulings Aufruf zu einem Atombombenteststop, 1959 waren es Born, Weizsäcker, Kopfermann, Laue und Hahn, die den Verein demokratischer Wissenschaftler (VDW) ins Leben riefen und an den Pugwash-Konferenzen teilnahmen.

⁵ Die ausführliche Geschichte der Bewegung findet sich bei Rupp (1980), eine Kurzdarstellung von Schallück in Vesper/Ensslin (1981:149). Eine umfassende Dokumentation stellt das Blaubuch (1958) dar, eine weitere große Sammlung findet sich bei Heipp (1965).

Der Deutsche Frauenring schrieb am 24. April: "An die Herren Professoren der Göttinger Erklärung! Der Deutsche Frauenring hat mit großer Genugtuung Kenntnis genommen von der Göttinger Erklärung zu den Fragen der Atomwaffen. ... Als überparteiliche und überkonfessionelle westdeutsche Frauenorganisation möchten wir den führenden Atomphysikern dafür danken, daß sie entschlossen sind, Ihr Wissen ausschließlich zur Entwicklung positiver Anwendungsgebiete auszunützen und nicht zur Entwicklung von Vernichtungswaffen" (Blaubuch 1958:209). Die SPD-Fraktion hatte bereits am 2. April eine Anfrage zu den Atomwaffenplänen in den Bundestag eingebracht.

Die Erklärung war wenige Tage vor Ostern 1957 erschienen, nun wandte Papst Pius XII. in seiner Osterbotschaft gegen das atomare Wettrüsten. Eine weitere moralische Leitfigur der Nachkriegszeit, der Friedensnobelpreisträger Albert Schweitzer, äußerte sich am 23. April in einer Radioansprache, die von Radio Oslo gesendet und von 150 Rundfunkanstalten weltweit übertragen wurde. Auch er forderte in seinem Appell die Einstellung der Kernwaffenversuche. "Das Licht von Ostern, heller als tausend Sonnen, mache uns besonnen und nüchtern!" (Blaubuch 1958:187-188), verkündete der Konvent der Kirchlichen Bruderschaft Rheinland. Aus den Kirchen kamen wichtige Sprecher der sich formierenden außerparlamentarischen Protestbewegung; innerhalb der Evangelischen Kirche nahmen insbesondere die Bruderschaften⁶ eine kompromisslose Haltung gegenüber der Atombewaffnung ein, aus dem linkskatholischen Spektrum hatten sich ebenfalls dessen prominenteste Vertreter⁷ angeschlossen. Mit einer Sympathieadresse richteten sich 39 hessische Pfarrer der Evangelischen Kirche direkt an die "Göttinger Achtzehn": "Sie argumentieren als Wissenschaftler mit den Möglichkeiten der Wissenschaft und begegnen sich mit unserer Mahnung zur Abkehr von der Gewalt ... Wir bitten Sie, Ihre seit langem bekannt und immer wieder durch die Propaganda beiseite geschobene Meinung weiterhin deutlich zu vertreten. Wir unsererseits werden uns bemühen, ihr überall, wo wir Zugang finden, auch Gehör zu verschaffen" (Blaubuch 1958:186). Die Leitung der Westfälischen Kirche beschloss am 16. Mai 1957: "Unter dankbarem Hinweis auf die Warnungen der deutschen Atomforscher und Albert Schweitzers sind wir mit der Ökumene und der Synode der EKID eins in der radikalen Verwerfung der Massenvernichtungsmittel und rufen jeden einzelnen in seine Verantwortung gegenüber der Weltgefahr" (Blaubuch 1958:184).

In dem Ton, der die Reaktionen auf die "Göttinger Erklärung" bestimmt, lassen sich drei dominante Momente feststellen. Der erste davon ist die Betonung von Verantwortung und Gewissen. So z.B. das Präsidium des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland, das am

⁶ Sie verstanden sich als Nachfolgeorganisation der Bekennenden Kirche und umfaßten etwa ein Sechstel der protestantischen Pfarrer (vgl. Rese 1999:158).

15.4.1957 in Düsseldorf zusammengetreten war und auf den "Appell" der 18 Atomwissenschaftler geantwortet hatte: "Die Atomforscher haben aus wissenschaftlicher Verantwortung für die Bevölkerung gesprochen. Jeder einzelne ist mitverantwortlich. Jeder muß das Verlangen der Wissenschaftler unterstützen und mithelfen, die Atomgefahr zu bannen" (Blaubuch 1958:232). Oder, im Juni 1957 hieß es im Aufruf des Kampfbundes gegen Atomschäden: "Millionen Menschen auf der ganzen Welt haben die Warnung und den Ruf zur Sammlung Albert Schweitzers gegen die drohenden Atomgefahren gehört. Der Appell der deutschen Kernphysiker ist ebenfalls überall als eine Gewissensentscheidung gewürdigt worden" (Blaubuch 1958:245).

Zum zweiten wird die Stellungnahme der Wissenschaftler als eine mutige Warnung betrachtet und Dankbarkeit dafür ausgesprochen. So ging etwa vom Bezirk Nordhessen der Deutschen Friedensgesellschaft ein Sympathietelegramm an Professor Heisenberg: "Für Ihre mutige Warnung vor der atomaren Aufrüstung Ihnen und Ihren Mitunterzeichnern Dank und Anerkennung. Wir hoffen und wünschen, daß sich Ihr Appell an das Gewissen zum Wohle und Segen für die gesamte friedliebende Menschheit auswirken möge" (Blaubuch 1958:244). Ein anderes Beispiel ist der Aufruf des "Bauernausschuß gegen Wiederaufrüstung" an Ostern 1957, "mit allen aufrechten Deutschen und ganz besonders mit den 18 aufrichtigen und verantwortungsbewußten Atomwissenschaftlern für die Beseitigung der Gefahren durch die Atomwaffen und damit für die Erhaltung des Friedens einzutreten. Unser aller Bauern Dank gebührt der edlen und mutigen Haltung und Handlung der 18 Göttinger Professoren" (Blaubuch 1958:179).

Drittens wird die Adresse häufig, aber nicht ganz so regelmäßig, "im Namen unseres Volkes" ausgesprochen. So hatte gleich am 13. April 1957 der Vorstand des Landesfriedenskomitees Bayern einen Brief an jeden einzelnen Unterzeichner der Göttinger Erklärung versandt, in dem bekräftigt wurde, dass "eine neue Art des Denkens notwendig ist" und man hoffe, "daß Ihr mutiges Beispiel mit dazu beiträgt, unser Volk vor einer Atomkatastrophe zu bewahren" (Blaubuch 1958:238). Im gleichen Sinne äußerte sich am 25. April die Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung und "beglückwünscht daher die deutschen Atomwissenschaftler, die sich durch ihr Gewissen und ihre Verantwortung vor dem deutschen Volk veranlaßt sahen, gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr und der Armee der DDR mit Atomwaffen Stellung zu nehmen" (Blaubuch 1958:109).

Schon die ersten Reaktionen hatten gezeigt, dass die Erklärung nicht nur von der Friedensbewegung und von politischen Organisationen aufgenommen wurde, sondern vor allem auch im akademischen Milieu breiten Widerhall fand. Am 5. Mai 1957 erschien ein offener Brief

⁷ Von Heinrich Böll und Helene Wessel wird noch die Rede sein. Zu nennen sind hier noch Walter Dirks und Eugen Kogon, denn die "Frankfurter Hefte" wurden zu einem zentralen Forum der Anti-Atomwaffenbewegung.

deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler an Bundeskanzler Adenauer: “Daher haben sie (die Unterzeichnenden) mit außerordentlicher Genugtuung die Erklärung der 18 westdeutschen Atomwissenschaftler zur Kenntnis genommen. ... Nach unserer Überzeugung haben die westdeutschen Atomwissenschaftler, die es aus tiefstem Verantwortungsgefühl für ihr Volk und die Menschheit ablehnen ‚sich an der Herstellung, Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen‘, einen entscheidenden Beitrag zur allgemeinen Aufklärung über die Gefahren der atomaren Aufrüstung überhaupt und so auch in der Bundesrepublik geleistet. Die Unterzeichneten ... halten sich für verpflichtet, den westdeutschen Atomwissenschaftlern für ihren mutigen Schritt zu danken” (Blaubuch 1958:131). Der Brief trug 99 Unterschriften. Kurz und knapp drückte sich eine Gruppe Tübinger Persönlichkeiten in ihrem Telegramm an Carl Friedrich von Weizsäcker und an Otto Hahn aus: “Habt Dank und bleibt fest! Bildet den Kern einer weltweiten Kettenreaktion. Die Menschen aller Völker werden hinter Euch stehen!” (Blaubuch 1958:134). Und die Studenten der Universität Göttingen versprachen, dem Beispiel ihrer Lehrer folgen (vgl. Blaubuch 1958:222).

Die Petition des ‚Fränkischen Kreises‘, einer Vereinigung von Angehörigen geistiger Berufe in der Bundesrepublik, an den Deutschen Bundestag 19. Juli 1957 trägt die Namen von rund 1850 Unterzeichnern quer durch alle akademischen, pädagogischen und künstlerischen Berufsgruppen, wobei vor allem die letztere stark vertreten ist. Darin heißt es unter anderem: “Aus der Warnung der Unterzeichner des Göttinger Manifestes und der Mahnung Albert Schweitzers hat die Bundesregierung trotz der Zustimmung weitester Kreise der Bevölkerung nicht die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen – auch nicht aus den immer wiederholten Beschwörungen des Papstes Pius XII.” (Blaubuch 1958:125). Noch kurz vor der Bundestagswahl erscheint am 6. September ein Aufruf von 101 Hochschul- und Akademieprofessoren : “Der Ernst unserer Lage wurde angesprochen: Als die achtzehn westdeutschen Atomphysiker, ihrem Gewissen folgend, ihre Erklärung gegen atomares Rüsten veröffentlichten; als Albert Schweitzer im gleichen Sinn seine Mahnung an die Welt richtete; als 2000 amerikanische Wissenschaftler unter Führung des Nobelpreisträgers Linus Pauling ein internationales Abkommen zur Beendigung der Kernbombenversuche forderten, wobei sie erklärten, daß sie als Wissenschaftler die tatsächlichen Gefahren kennen und die Pflicht haben, sie bekannt zu machen; als Papst Pius XII. dafür sprach, daß die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, industriellen und politischen Vereinigungen danach streben sollten, die Energien der Natur im Dienst des Menschen zu beherrschen, anstatt Wissenschaft, Arbeit und materielle Mittel zur Vorbereitung der Katastrophe zu verschwenden” (Blaubuch 1958:138).

Die Ausbreitung des Widerstands

Die Bundestagswahl brachte einen Sieg für die CDU, die ihren Wahlkampf unter dem offenbar überzeugenden Slogan “Keine Experimente” geführt hatte. Trotzdem rissen die Protesterklärungen gegen die Rüstungspläne der Bundesregierung im Verlauf des Jahres 1957 nicht ab und im Bundestag griff die SPD-Fraktion mit ihren Anträgen der Jahre 1957 und 1958 die Themen der Bewegung auf. Deren wesentliche Ausrichtung war auf dem “Frauentag gegen Atomgefahr” in der Frankfurter Paulskirche im Juli 1957 zum Ausdruck gekommen und inhaltlich änderte sich in der Folgezeit wenig. Man sprach sich gegen Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen und Lagerung von Atomwaffen in der BRD aus und trat für die Einstellung der Atombombentests, die Beendigung des Wettrüstens sowie die Schaffung eines atomwaffenfreien Gebietes in Mitteleuropa ein. Die Pariser NATO-Ministerratskonferenz im Dezember 1957 brachte dann einen nächsten Höhepunkt der Auseinandersetzungen. Zwei Tage zuvor hatten zehn Heidelberger Professoren, darunter der Soziologe Alfred Weber, der Mediziner Alexander Mitscherlich und der Physiker Hans Kopfermann an Adenauer telegraphiert: “Wir Heidelberger Professoren unterstützen vorbehaltlos die Stellungnahme der 18 deutschen Atomwissenschaftler gegen die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik. Wir verlangen von der Bundesregierung, daß die Errichtung von Atomstützpunkten auf dem Gebiet der Bundesrepublik unterbleibt”. Ein zweiter Aufruf am 19. Dezember, dem letzten Tag der Konferenz, wurde schließlich von 122 Universitätslehrern unterstützt und in der darauffolgenden Woche veröffentlicht⁸. Ungeachtet der Proteste wurde in Paris der Beschluss gefasst, die NATO-Mitgliedsstaaten mit Atomwaffendepot auszurüsten und in der ersten Hälfte des darauffolgenden Jahres kam es zu einer breiten Welle von Kundgebungen und Demonstrationen, Mahnwachen und Proteststreiks. “Alle sollten sich den Appellen von Professor Albert Schweitzer, der achtzehn Göttinger Wissenschaftler, des Heiligen Vaters und der 9000 Wissenschaftler aus aller Welt anschließen und Nein zu diesen Plänen sagen. Dies ist möglich, da nach den Pariser Beschlüssen die Errichtung von Raketen-Abschußbasen der Zustimmung jeder Landesregierung bedarf. Alle sollten sich dem Vorschlag des deutschen Atomwissenschaftlers, Professor Dr. Heisenberg anschließen, auf Errichtung einer 1000 km tiefen atomwaffenfreien Zone anschließen” (Blaubuch 1958: 240). Wie die Mitglieder der Friedensbewegung Saar forderten in vielen Städten und Gemeinden Bürgergruppen ihren Bürgermeister und die Abgeordneten der Stadt- und Gemeinderäte auf, Stellung zu nehmen, und oft konnten sie ihr Ziel erreichen.

Das Thema war im Alltag allorts präsent. Das Merkblatt, das in Arztpraxen aushing, bezog sich ebenso auf die Mahnungen Albert Schweitzers und vieler Wissenschaftler wie der Aushang an der Kirchentür: “Wie stehen Sie zu dem Appell der 18 Wissenschaftler und der eindringlichen Mahnung von Albert Schweitzer? – Wir stehen zu jedem Wort, das die 18 Wissenschaftler und Dr.

Schweitzer an die Öffentlichkeit gerichtet haben. Wir glauben auch, daß diese Männer im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung als Geschöpfe Gottes vor seiner Schöpfung gehandelt haben. Wer Ohren hat zu hören, kann und darf diesen nüchternen und zugleich leidenschaftlichen Appell an Vernunft und Gewissen nicht überhören" (Blaubuch 1958:187). In der Fachzeitschrift "Neue Saat" war im Dezember 1957 der Aufruf der Arbeitsgemeinschaft für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz erschienen: "Berufskollegen! Es gilt mit der Bevölkerung der Bundesrepublik, gestützt auf die Appelle der 18 Atomwissenschaftler und Professor Dr. Schweitzer, der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr sowie der Lagerung von Atomgeschossen und der Errichtung von atomaren Abschußeinrichtungen auch weiterhin Widerstand entgegenzusetzen!" An anderer Stelle im Text wird noch einmal "das mutige Bekenntnis und die eindringliche Warnung der 18 Göttinger" betont (Blaubuch 1958:177-178). Zum Jahreswechsel 1957/1958 schrieb der Präsident der Ärztekammer Niedersachsens, Dr. Sievers, in der "Deutschen Volkszeitung": "Oberstes Gebot ärztlicher Ethik ist die Erhaltung des Lebens und die Pflege der Humanität ... Ist der Krieg schon kein Kampf, sondern Selbsterfleischung der Menschheit, so ist die Anwendung atomarer Waffen jeder Art Massenmord – ja, Vernichtung der Menschheit. Leuchtendes Beispiel für mannhaftes Auftreten ist unser Kollege Albert Schweitzer, Träger der Paracelsus-Medaille, sind die Göttinger Achtzehn" (Blaubuch 1958:166). "Mit Genugtuung und Stolz" hat eine Schulklasse des Staatlichen Gymnasiums Bayreuther Straße in Wuppertal-Elberfeld "die Proteste und Warnungen der Göttinger Wissenschaftler und des großen alten Mannes unseres Volkes – Albert Schweitzer – begrüßt. Es ist eine Genugtuung für uns junge Menschen, daß so bedeutende Männer mutig der kurzsichtigen, sinnlosen und lebensbedrohenden Aufrüstung mit Atomwaffen entgetreten. Es erfüllt uns mit Stolz zu wissen, daß der Kampf der Völker gegen die Atombarbarei sich auf die besten Kräfte stützen kann, die in vorderster Reihe dem Ungeist politischer und militärischer Abenteuer entgetreten. Wir begrüßen diese hervorragenden Menschen in Achtung und Verehrung und empfinden Freude darüber, daß wir mit ihnen gemeinsam die nicht zu verantwortende Atomrüstung ablehnen und deren gewissenlose Befürworter zutiefst verachten" (Blaubuch 1958:225).

Höhepunkte: Die "Kampf dem Atomtod"-Aktionen

Am 26. Februar 1958 gelangt ein Appell von 44 Professoren in die Öffentlichkeit: "Die ernsten, ja beschwörenden Stimmen kenntnisreichster und wahrhaft urteilsfähiger Wissenschaftler sind von den Politikern in unbegreiflicher und folgenschwerer Weise übergangen worden. Wir wenden uns daher an das deutsche Volk, die Mahnungen und Warnungen der Wissenschaftler nicht unbeachtet zu lassen" (Blaubuch 1958:27). Der Anstoß dazu war von Renate Riemeck gekommen und er

⁸ Er erschien in der "Deutschen Woche" vom 25. 12. 1957, siehe Blaubuch (1958:140) und Rupp (1980:96 u.

richtete sich nicht nur ganz allgemein an das "deutsche Volk" sondern besonders an die Gewerkschaften. Das war in der deutschen politischen Landschaft ein neuartiger Schritt und er sollte sich als wirkungsvoll erweisen. Es folgte eine Serie von Resolutionen aus den Gewerkschaftsorganisationen und am 9. März ein "Aufruf zur Bildung einer Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung", die am 30. März in Frankfurt gegründet wird und sich später zum "Ständigen Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung" erweitert. Im ersten Aufruf der Gruppierung hieß es: "Die Göttinger 18 haben in ihrem Manifest das deutsche Volk eindringlich gewarnt" (Blaubuch 1958:9) und im Aufruf der Aktionsgemeinschaft zum 1. Mai des Jahres 1958: "Die Warnungen der bedeutendsten und urteilsfähigsten Wissenschaftler werden von den Politikern in unbegreiflicher Weise mißachtet" (Blaubuch 1958:16).

Parallel dazu hatte am 22. Februar die SPD in Bad Godesberg ein überparteiliches Treffen von Atomrüstungsgegnern einberufen und den Beginn einer Kampagne nach dem Vorbild von Bertrand Russells "Campaign for Nuclear Disarmament" beschlossen. Man plante Plakataktionen und Kundgebungen sowie eine große Auftaktveranstaltung in Frankfurt. Es bildete sich der Arbeitsausschuss "Kampf dem Atomtod", der am 10. März 1958 zu einer Kampagne gegen Atomrüstung, für eine Politik der Entspannung und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa aufrief. Das Präsidium des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland unterstützte diesen Aufruf mit den Worten: "Der Arbeitsausschuß ‚Kampf dem Atomtod‘ gibt damit dem Verlangen der großen Mehrheit unserer Bevölkerung Ausdruck, das seit dem Aufruf der achtzehn Atomwissenschaftler im April 1957 immer lauter geworden ist" (Blaubuch 1958:235).

Die Veranstaltung am 23. März in Frankfurt gelang zwar und es konnten eindrucksvolle, prominente Redner gewonnen werden, aber das Hauptgewicht der Kampagne lag bei den Komitees auf regionaler Ebene. Hier kam es zu einem ungewöhnlich starken Engagement von Künstlern, Schriftstellern, Kirchenvertretern und Wissenschaftlern⁹, während an den Universitäten der Sozialistische Deutsche Studentenbund, der Liberale Studentenbund Deutschlands und die Evangelische Studentengemeinde tätig wurden und es entstand eine eigene Zeitschrift mit dem Titel "Atomzeitalter". Im Frühjahr 1958 wurde auf diese Weise eine außerparlamentarische Massenbewegung ins Rollen gebracht. Schon in Frankfurt war die Forderung nach einem Generalstreik laut geworden und auf lokaler Ebene wurden spontane Warnstreiks durchgeführt; ein weiteres heikles Thema war der Vorschlag zu einer Volksbefragung über die atomare Aufrüstung und es wurden Vorbereitung zur Durchführung von Abstimmungen in Angriff genommen.

120).

⁹ Der Aufruf des Arbeitsausschusses "Kampf dem Atomtod" ist bei Wagenbach (1994:157-158) abgedruckt.

Der 1. Mai 1958 wurde zum Kampftag gegen Atomaufrüstung, zu dem außer dem DGB und der SPD auch kirchliche Gruppierungen aufgerufen hatten¹⁰. Zu diesem Zeitpunkt war die Welle der großen Protestkundgebungen vom Frühjahr und Sommer 1958 bereits auf ihrem Höhepunkt. Die erste hatte am 15. Februar mit 3.000 Teilnehmern in Tübingen stattgefunden, und es sollten fast hundert Veranstaltungen dieser Art folgen. Die größte Demonstration, mit 150.000 Teilnehmern, fand am 17. April in Hamburg statt. Auch in München, Bremen, Hannover, Karlsruhe, Mannheim, Bielefeld, Stuttgart, Wuppertal, Frankfurt gingen zehntausende auf die Straße¹¹. Insgesamt, so wird geschätzt, waren zwischen einer halben und einer Million Personen daran beteiligt¹².

Wie ein roter Faden zieht sich die Berufung auf die moralische und wissenschaftliche Autorität der "Göttinger Achtzehn" durch die Resolutionen vom Frühjahr und Sommer 1958. Ein Konstanzer Manifest erinnerte: "In ernster Stunde haben namhafte deutsche Gelehrte im Göttinger Appell ihre Stimme gegen den machtpolitischen Mißbrauch der Atomenergie, gegen atomare Waffen und atomaren Vernichtungskrieg erhoben" (Blaubuch 1958:120). Im März meldete sich ein Kuratorium Osnabrück gegen die Atomgefahr: "Wir danken den deutschen Atomwissenschaftlern für ihre Warnung vor einer atomaren Ausrüstung deutscher Streitkräfte und der Lagerung dieser Waffen auf deutschem Gebiet" (Blaubuch 1958:121). Eine Resolution der Landesleitung der hessischen Naturfreunde am 15. März erklärte unter Bezug auf die Warnung Albert Schweitzers und der Göttinger Achtzehn die vorbehaltlose Unterstützung der Aktion "Kampf dem Atomtod", kurz zuvor hatten sich bereits eine Gruppe von Mitgliedern der Naturfreundejugend öffentlich geäußert: "Besonders berührte uns die Stellungnahme der 18 Wissenschaftler sowie der Aufruf und die Mahnung von Dr. Albert Schweitzer an die öffentliche Meinung, sich gegen die verheerenden Folgen, die allein schon durch die Atombombenversuche entstehen, zu wehren" (Blaubuch 1958:220). Der Ausschuss für Frauenfragen der SPD teilte in seiner Sitzung am 18. Mai mit, "daß die sozialdemokratischen Frauen den Appell Albert Schweitzers an das Weltgewissen und die mutige Göttinger Erklärung der 18 westdeutschen Atomphysiker gegen das atomare Wettrüsten und für einen Verzicht Westdeutschlands auf atomare Waffen dankbar begrüßen" (Blaubuch 1958:87).

¹⁰ Mit diesem Aufruf richtete sich die Evangelische Synode Bezirk Winnweiler am 24. Februar 1958 an alle Kirchen der Welt: "Die gesamte Christenheit der Erde wird aufgerufen, am 1. Mai 1958 eine gesamtchristliche Kundgebung gegen die Atomrüstung und die Atomwaffen zu veranstalten: Unter dem Leitwort: "*Ächtet die Atomwaffen!*" sollen in allen christlichen Kirchen der Welt Sondergottesdienste abgehalten werden. Dabei möge über das Gottesgebot: Du sollst nicht töten! gepredigt und für den Frieden der Welt gebetet werden" (Blaubuch 1958:186).

¹¹ Die Angaben lauten im einzelnen 8.000-10.000 in München, 7.000 bzw. 25.000 in Bremen, 40.000 in Hannover, 20.000 in Karlsruhe, 50.000 in Mannheim, 25.000 in Bielefeld, 20.000 in Stuttgart, 15.000 in Wuppertal, 8.000 bzw. 30.000 in Frankfurt (nach Blaubuch 1958:123-124), bzw. Rese 1999:181, Rupp 1980:182ff., Cioc 1988:121, Kraushaar 1996).

¹² Je nach dem ob man Rupp (1980:191) oder Cioc (1988:512) heranzieht.

Die "Göttinger Erklärung" wird als eine Handlung des Widerstands interpretiert und als eine Aufforderung dazu verstanden: "Die 18 Atomwissenschaftler haben den Atomdienst verweigert. Jeder Bürger muß dort, wo er seiner Arbeit nachgeht, ein Atomdienstverweigerer sein" (Blaubuch 1958:243), mit diesen Worten rief der Westdeutsche Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft am 18. Mai dazu auf, jede Mitarbeit bei der Errichtung der geplanten Abschussrampen bei Dortmund und Hilden zu verweigern. Der Ortsverband Bremen des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen sprach stellvertretend für seine zehntausend Mitglieder im Mai 1958: "Wir wenden uns daher mit flammendem Protest im Namen der Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen, Kriegswaisen und Kriegereltern gegen jede Atombewaffnung und gegen jede Errichtung von Raketenbasen in der Bundesrepublik Deutschland und unterstützen von ganzem Herzen den Aufruf der 18 Wissenschaftler und den Appell der 44 Professoren" (Blaubuch 1958:228). Etwas zurückhaltender, aber im gleichen Sinne, drückte sich der Frauenring Pirmasens und Zweibrücken am 24. Juni aus: "Wir erklären daher unsere Zustimmung zu der Rede Albert Schweitzers und zu der Göttinger Erklärung der westdeutschen Atomphysiker, die sich gegen die Anwendung der atomaren Kräfte im Bereich der politischen und militärischen Machtauseinandersetzungen wenden. Wir stimmen ebenso dem Appell der Atomphysiker zu, in Deutschland keine atomaren Waffen, welche auch immer, zu haben. Wir erklären uns bereit, für diesen Gewissensentscheid überall und jederzeit einzutreten" (Blaubuch 1958:210). Noch einmal, am 18. Dezember 1958 erinnern 48 Heidelberger Professoren und Dozenten in einem Appell "an die (Göttinger) Erklärung der deutschen Physiker. Aus ihr geht eindeutig hervor, daß die Anwendung von Atomwaffen sich wegen ihrer maßlosen Vernichtungswirkung für alle Staaten der Welt von selbst verbieten müßte" (Blaubuch 1958:139).

Danach

Im Sommer 1958 kam es jedoch bereits wieder zu einem raschen Abflauen der Anti-Atomkriegsbewegung, zu dem im wesentlichen zwei Faktoren beitrugen: Zum Einen erklärte ein Bundesverfassungsgerichtsurteil am 30. Juli 1958 Volksabstimmungen auf Landes- oder lokaler Ebene für verfassungswidrig, damit war diese Perspektive verbaut. Zum Anderen hatte sich inzwischen auch bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die CDU als stärkste Partei erwiesen und dieses Ergebnis verstärkte eine Umorientierung innerhalb der SPD, der Wendung zu einer Volkspartei, wie sie im späteren Godesberger Programm ihren Niederschlag fand. Darin kam eine Reorganisation zum Abschluss, die schon auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD vom 18. bis 23. Mai 1958 begonnen hatte; damals hatte man zwar in den Resolutionen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr verurteilt und die "Göttinger Kantate" von Günter Weisenborn aufgeführt, aber wichtige Schlüsselpositionen im Parteiapparat wurden durch die Reformer Herbert Wehner, Carlo

Schmid, Fritz Erler und Willy Brandt besetzt. Die neue Linie bremste das Engagement im Rahmen einer Bewegung, die immer wieder antikommunistischen Verdächtigungen ausgesetzt war¹³. Der organisatorische und finanzielle Rückzug, den SPD, Gewerkschaftsbund und FDP gegenüber der Anti-Atomwaffen-Bewegung einschlugen, trug zum Zerfall des Protests bei. Der Studentenkongress, der im Januar 1959 in Berlin stattfand, setzte noch einmal einen Punkt und ließ Differenzen hervortreten, die sich in der Zukunft ausweiten sollten. Die dort vorgetragene und vom SDS unterstützte Forderung nach Verhandlungen mit der DDR als Teil einer Abrüstungspolitik stand gegen die Vorstandslinie der Partei, sie stellte insgesamt keine mehrheitsfähige Position in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit dar und wurde entsprechend angefeindet. Im weiteren Verlauf setzte in den Studentenausschüssen gegen Atomrüstung eine Radikalisierung der Gesellschaftskritik ein, die zur Ablösung von den jeweiligen Dachorganisationen und zur Bildung unabhängiger Gruppierungen führte (vgl. Rupp 1980:281). Die Friedensbewegung organisierte im kommenden Frühjahr 1960 den ersten Ostermarsch in der Bundesrepublik, an dem nur noch um die 1000 Menschen teilnahmen (vgl. Rese 1999:190).

Was jedoch trotz des allgemein abflauenden Interesses an der Friedensbewegung erhalten blieb, war die Vorstellung, es habe sich bei der "Göttinger Erklärung" um eine "bewußte Hinwendung der Atomforscher zu staatsbürgerlicher Verantwortung, zur Politik" (Rupp 1980:279) gehandelt. Diese Ansicht kommt etwa in der Auswahl der Adressaten eines Briefs zum Ausdruck, den zwanzig Studenten am 14. November 1962 an Theodor W. Adorno, Ernst Bloch, Golo Mann, Theodor Heuss, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker schrieben. Darin äußerten sie sich besorgt über die Entwicklung der westdeutschen Demokratie und forderten die Angeschriebenen zu einer Stellungnahme auf (vgl. Carson 1999:115-116)¹⁴. Karl Rupp, der 1970 die "Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer" zum Gegenstand einer ausführlichen Darstellung machte, urteilte über die Stellungnahme der Atomwissenschaftler, "daß es sich hier um solch kritische Konsequenzen aus jenen Negativ-Erfahrungen des Dritten Reiches bzw. des Zweiten Weltkriegs handelte" (1980:278). Und weiter unten: "Bei den Atomforschern scheint sich die Erkenntnis von den bedrohlichen Eigenwirkungen ,unpolitischer' Wissenschaftsorientiertheit in einem Satz von Carl Friedrich Weizsäckers - ... aus dem Jahre 1945 - auszudrücken: ,Wir haben

¹³ Z.B. Renate Riemeck, Professorin der Evangelischen Pädagogischen Akademie in Wuppertal, die 1958 Gründungsmitglied der "Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung der Bundesrepublik" und des "Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung" gewesen war. Sie war darüber hinaus Mitglied im "Fränkischen Kreis" und von 1960 bis 1961 Bundesvorsitzende der Internationale der Kriegsdienstgegner. 1960 war sie Gründungsmitglied der Deutschen Friedensunion und deren Direktoriumsmitglied in der Zeit von 1961 bis 1964. Im Juni 1960 wurde sie auf Veranlassung des nordrhein-westfälischen Kulturministers aus der Prüfungskommission für Lehramtsanwärter abberufen. Sie wehrte sich, indem sie eine Anfechtungsklage erhob, entschloss sich aber im Dezember 1960 zum Ausscheiden aus dem Schuldienst.

¹⁴ Gegenstand ihrer Besorgnis waren die politischen Entscheidungen, die hinter verschlossenen Türen stattfanden, die Wahl des Bundestagspräsidenten, die NS-Vergangenheit zahlreicher Politiker und der Umgang mit der Presse.

wie Kinder mit dem Feuer gespielt und es ist emporgeschlagen, ehe wir es erwarteten'. Natürlich ist der Satz aktuell bezogen auf Hiroshima; in seiner Aussage betrifft er indes die gesamte ‚wertfreie‘ Arbeit der Atomphysik in den USA wie im Dritten Reich” (1980:278-279). Eben diese Verbindungen, die Rupp im letzten Satz zieht, sind der Gegenstand meiner anschließenden Untersuchungen. In der Fußnote zu dem hier zitierten Satz Weizsäckers ist zu erfahren, dass er dem 1956 erschienenen Buch “Heller als tausend Sonnen” von Robert Jungk entnommen ist. Es prägte zweifellos das Bild der deutschen Öffentlichkeit von “ihren” Physikern und hat eine eigene, nicht unumstrittene Geschichte, auf die an anderer Stelle genauer einzugehen ist. Hier in der Fußnote fällt jedoch schon ein entscheidendes Stichwort, denn Rupp muss nach der Lektüre von Heisenbergs Erinnerungen “Der Teil und das Ganze” konzedieren, “daß z.B. Heisenberg im Gegensatz zu v. Weizsäcker und Hahn 1945 kein derartiges Schuldgefühl gelten lassen wollte” (1980:279, meine Hervorhebung, E.S.). Daran schließt sich die weiterführende Frage an: Wie verbinden sich Schuld und Gewissen mit Politik und Physik in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft? Und: Welche Hoffnungen knüpfen sich daran?

I.2. Interpretation: Sprechendes Schweigen

“Wir müssen die erhabene Haltung fallenlassen,
daß uns diese Lagerwelt unverständlich ist.
Wir kannten alle die Gesellschaft
aus der das Regime hervorgegangen war
das solche Lager erzeugen konnte.”

Ein Zeuge in *Die Ermittlung* von Peter Weiss (1965)¹

Das Ereignis der “Göttinger Erklärung” stellt im Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit eine Ausnahmesituation dar. Aber wie kam es zu dieser außerordentlichen Reaktion auf die Stellungnahme einer Gruppe von Wissenschaftlern? Was ist der Grund für die Popularität der “Göttinger Erklärung” und für die Beharrlichkeit, mit der in der Folge immer wieder auf diese Stellungnahme rekurriert wurde? Wenngleich über das Ereignis schon Einiges geschrieben worden ist, so steht doch dabei die Frage im Vordergrund, welche Motivationen und Absichten die beteiligten Wissenschaftler dabei leiteten. Dass eine besorgte Bevölkerung den Beistand seitens der Experten positiv aufnahm, gilt dagegen als kaum erklärungsbedürftig². Bei der Lektüre des Materials ergibt sich allerdings bald eine eigenartige Mischung von Präzision und Vagheit, die mich zu einer weiteren Annäherung an dieses Thema motivierte und in der das Ereignis der “Göttinger Erklärung” zum Anlass wurde, um die Strukturen der Rede über die Gefahren der Atomwaffen und ihren Kontext genauer zu betrachten.

Denn zum einen sind die geradezu überschwenglichen Reaktionen, die die “Göttinger Erklärung” auslöste, aus dem Blickwinkel der Physikgeschichte überraschend – und das waren sie auch für die Wissenschaftler selbst - enthielt doch die Stellungnahme keine wirklich neue Aussage. Angefangen bei jenem Memorandum im August 1945, das ein Teil der Unterzeichnenden zwei Tage nach dem Abwurf der Atombombe über Hiroshima während ihrer Internierung in Farm Hall bei Cambridge verfasst hatte, bis hin zur Mainauer Erklärung der Nobelpreisträger 1955 finden sich in ihren öffentlichen Stellungnahmen zu diesem Thema stets dieselben Elemente: Die Betonung ihrer wissenschaftlichen Expertise, die Ablehnung der Kernforschung für militärische Zwecke und das Eintreten für eine friedliche Nutzung der Kernenergie. Die beteiligten Atomwissenschaftler wurden vom Effekt ihres Manifests richtiggehend überrollt. Die Frage ändert sich damit etwas und lautet: Wie und warum kam es in diesem Moment zu dieser Resonanz zwischen einer *scientific community* und der nationalen Öffentlichkeit ?

¹ Nach Koch (1988:259).

² Siehe etwa bei Kant (2002), Kraus (2001), Rese (1999) oder Stölken-Fitschen (1995).

Weiterhin kommt bereits in der flachen Sprache der Resolutionen und Manifeste das alles dominierende Leitthema von Gewissen und Wissen zum Ausdruck. Dank und Sympathie werden den Wissenschaftlern für die Äußerung von Gewissen und Verantwortungsbewusstsein entgegengebracht, ihre Handlung wird als eine mutige Verweigerung verstanden und begrüßt. Doch das ungewöhnliche Pathos, mit dem die "Göttinger Erklärung" außerhalb der *scientific community* wahrgenommen wurde, akzentuiert nur den Gegensatz, der zwischen den zurückhaltenden Empfehlungen der Wissenschaftler an die Bundesregierung und den Manifesten und Resolutionen der "Kampf-dem-Atomtod"-Bewegung, in denen eine Gemeinsamkeit der Überzeugungen und des Anliegens unterstellt wird, bestand. Die politische Eingemeindung, die an die "Göttinger Achtzehn" herangetragen wird, begründet sich in einem Überschuss an moralischer Autorität, der sich an die Wissenschaftler richtet und ihnen zugeschrieben wird. Woher stammten diese Erwartungen und: in welches Netz von Bedeutungen hatte die Rhetorik der Physiker eingegriffen?

Drittens fällt auf, dass keine der beiden Seiten, weder die Atomwissenschaftler noch die Anti-Atomwaffenbewegung, auf den vergangenen Krieg, auf seine politischen Zusammenhänge und seine Folgen, zu denen eben auch die Kernwaffen zu rechnen sind, Bezug nimmt. An dieser Stelle erfolgt vielmehr ein Abbruch der Rede, meist kombiniert mit einem Verweis darauf, dass es die Amerikaner bzw. die Alliierten waren, die die Bombe bauten, wird die stereotype und abstrakte Alternative zwischen einem "Selbstmord der Menschheit" oder dem erhofften Weltfrieden präsentiert. Die Erwähnung der Vergangenheit erschöpft sich im Vergleich des Unheils von Auschwitz mit dem Atomkrieg. "Ihre Gleichsetzung von ‚Megatod, mit der ‚Endlösung,“ - hatte Hannah Arendt (1962) gegen Hans Magnus Enzensberger eingewandt - beruht auf einer Auslassung: "Aber Auschwitz hatte mit Kriegsführung nichts zu tun". Über das Schwierige an der Vergangenheit wird hinweggegangen, Parallelisierung und Subsumtion ermöglichen das Ausweichen und Umgehen einer Auseinandersetzung mit der Täter-Perspektive als eigene oder ererbte Geschichte (vgl. Erdle 1999)³.

Ausgehend von diesen drei Auffälligkeiten, die nicht oder nur unzureichend erklärt werden, ist, wie schon in der Einleitung angedeutet wurde, meine These, dass die Wahrnehmung der Bedrohung durch die Atombomben und daher auch die "Göttinger Erklärung" in einer engen Verbindung mit der jüngsten Vergangenheit und den Erfahrungen aus dieser Zeit zu sehen sind. Die Erinnerungen und deren Vermeidung überspielen die Diskrepanz zwischen der auf Wissenschaftlichkeit abgestimmten Aussage der "Göttinger Erklärung" und dem politisch-moralischen Effekt, den das Manifest erzeugte. Insbesondere von dem letzten Punkt aus lässt sich die tatsächliche

³ Der Vergleich findet sich nach wie vor, etwa bei Salewski in der Einleitung (1995), aber auch bei Moltmann (1996).

Gemeinsamkeit aufdecken, nämlich eine Nichtbefassung mit der eigenen Vergangenheit wie sie in vieler Hinsicht für die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft charakteristisch war. In dieser Situation erlaubte das Thema Atomkrieg, Atomwaffen und "Atomtod" eine Rede über Massenvernichtung und einen verbrecherischen Krieg, ohne die Vergangenheit zu erwähnen, ohne die eigenen vergangenen Erfahrungen – und ihren katastrophalen Verlauf – dabei explizit zu machen. Ich gehe deshalb davon aus, dass neben den sichtbaren noch unsichtbare Anteile in den öffentlichen Diskurs eingehen, in den die Wissenschaftler und jene, die sich auf ihre Erklärung beziehen, eingebunden sind. Erst das Zusammenwirken dieser beiden Schichten kann die Ursachen und Motive ausleuchten, aufgrund derer es zu der bemerkenswerten Intensität in der Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit kam. Auf die Strukturen dieser Erinnerungen und des kollektiven Gedächtnisses einzugehen, gehört deshalb zu den ersten Schritten meines vorliegenden Projekts.

Für das Vorhaben einer Kontextualisierung des Ereignisses "Göttinger Erklärung" ist der große Rahmen durch die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft gegeben, die sich in einer umfassenden institutionellen und politischen, sozialen und kulturellen Rekonstruktion um den Anschluss an die westliche Modernisierung bemühte. In die Annäherung an demokratische Verhältnisse und eine fundamentale gesellschaftliche Neubestimmung mischten sich jedoch Elemente wie ein strikter Antikommunismus und ein ambivalentes Verhältnis zu Amerika, beides sichtbare Hinweise für die Auswirkungen einer Vergangenheit, von der wesentliche Teile umgangen und verschwiegen wurden⁴. Nichts davon war unumstritten, das politische Erbe der NS-Vergangenheit war einerseits der direkte Gegenstand von öffentlichen Auseinandersetzungen⁵ und diese präformierten andererseits die Diskussionen zu den neuen Themen wie Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und Stationierung atomarer Waffen. Diese Uneinheitlichkeit wurde zunächst vor allem politikwissenschaftlich wahrgenommen und dementsprechend wurde die Beteiligung verschiedener Organisationen, der Kirchen, der Gewerkschaften und der Parteien, an der Debatte um die Gefahren des Atomkrieges im Einzelnen untersucht. Im Laufe der Friedensbewegung in den 1980er Jahren wurde dann den Initiativen und Stellungnahmen aus der akademischen und kulturellen Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt⁶. Die Wissenschaftler waren Teil dieser Öffentlichkeit, aber ihre Handlungen und Haltungen gingen darin nicht vollständig auf. Die Physiker hatten ihre eigenen Ziele und Beweggründe, deren Konturen sich erst mit den

⁴ Zu den Folgen des Nationalsozialismus und zum Umgang mit der Vergangenheit in der BRD hat die Literatur in den letzten Jahren deutlich zugenommen, siehe z.B. Frei (1996), Loth/Rusikel (1998) und Herbert (2002). Zur Geschichte der BRD in der Ära Adenauer siehe etwa Schwarz (1981, 1983) und Bänsch (1985); zum deutsch-amerikanischen Verhältnis siehe Herbst (1990) und Lüdtko u.a.(1996).

⁵ Zahlreiche Beispiele dafür finden sich in der "Protestchronik" (Kraushaar 1996); für die Verschränkung der politischen Teilung Deutschlands mit der jeweiligen Vergangenheitspolitik siehe Herf (1997).

⁶ Entscheidend sind hier die Arbeiten von Karl-Heinz Rupp (1980) und Ilona Stölken-Fitschen (1995) zur Geschichte der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung bzw. zur öffentlichen Wahrnehmung der Atombombe und Kernenergie in den 1950er Jahren der BRD.

wissenschaftshistorischen Untersuchungen der letzten Jahren genauer erschließen⁷. Die Stellungnahme der Wissenschaftler und ihre Wirkung auf die Anti-Atomkriegsbewegung ereignete sich in einem Feld, in dem unterschiedliche Akteure aufeinander trafen. In der vorliegenden Arbeit wird im Unterschied zu anderen Studien die Betrachtung um die soziologische Perspektive erweitert, um die jeweilige Situierung der beteiligten Gruppierungen im deutschen Nachkriegskontext und die Mehrdeutigkeit der sich überschneidenden Interessenlagen und Sichtweisen zu erfassen. Hierin sehe ich eine zweite wichtige Bedingung, wenn bestimmt werden soll, an welchen konkreten Momenten es im Zusammenhang von Gedächtnis und den es tragenden sozialen Strukturen zu Überlagerungen und zu Wechselwirkungen kam.

In diesem Kontext sind schließlich die Fragen aufzuwerfen, die sich auf die Bedeutung von Wissenschaft beziehen, nämlich welche Wissenschaftsvorstellungen hier geltend gemacht werden, welche Funktion sie in diesem spezifischen Moment erfüllen, welche Rolle die Wissenschaftler einnehmen und welche Haltungen sie eben dazu prädestinieren. Außerdem wird zu klären sein, welche Konsequenzen damit langfristig für das Verständnis von Wissenschaft und ihre gesellschaftliche und politische Bedeutung gesetzt waren. Ich möchte zeigen, dass die Wissenschaft im deutschen Nachkriegsgedächtnis eine außergewöhnliche Rolle einnimmt, weil sich in der zentralen Figur von Wissen und Gewissen eine Moralisierung von wissenschaftlicher Wahrheit und speziell von Objektivität⁸ zur Haltung desjenigen, der nicht involviert ist, vollzieht und dabei implizit auf gemeinsame politische und historische Erfahrungen rekurriert wird. Jetzt aber traten die Wissenschaftler an die Öffentlichkeit und sahen sich zu einer Warnung veranlasst. Durch die Verknüpfung mit der Gewissensfrage kristallisierte sich im Umfeld der "Göttinger Erklärung" und der "Kampf-dem-Atomtod"-Bewegung ein Wissenschaftsverständnis heraus, das die Einsicht in die Beschädigung von Wissenschaft während des Nationalsozialismus langfristig blockierte. Ursachen und Folgen dieser spezifischen Beschädigung stehen im Mittelpunkt der weiteren Abschnitte und Kapitel, hier geht es zunächst um die Art der Fragen an das anschließend dargestellte Textmaterial.

Entwirklichung und Verleugnung im Verhältnis zur deutschen Vergangenheit

Um der Aufgabenstellung, die sichtbaren und die abgeblendeten Schichten des Diskurses über die Gefahren der Atombombe zu integrieren, gerecht werden zu können, habe ich wesentliche

⁷ Zu den Voraussetzungen meines Vorhabens gehört es, daß wichtige Studien bereits vorliegen. Eine Reihe neuerer Arbeiten beschäftigt sich mit der Wissenschaftspolitik in den 1950er Jahren, siehe Beyler/Low (2003), Carson (1999, 2000, 2002), Carson/Gubser (2002) sowie Cassidy (1994, 1996). Zur Geschichte der Atom- und Kernforschung sowie der nuklearen Energietechnik sind weiterhin die Beiträge von Cioc (1988), Eckert/Osietzki (1989), Fischer (1994), Müller (1990), Osietzki (1984), Prüß (1974), Radkau (1983), Stamm (1981) und Walker (1990) wesentlich.

Leitlinien meiner Textinterpretation aus sozialpsychologischen und kulturwissenschaftlichen Ansätzen gewonnen. Die Grundzüge meiner Interpretation werden in den folgenden Überlegungen dargestellt, die um einen dem Problem angemessenen Begriff von Erinnerung und Gedächtnis zentriert sind.

Die Zeitdiagnose, die Alexander und Margarete Mitscherlich mit ihrem Essay "Die Unfähigkeit zu trauern" (1990) über den politischen Zustand der Bundesrepublik Mitte der 1960er Jahre vorlegten, setzt bei dem abrupten und scheinbar übergangslosen "Sprung, den so viele vom Gestern ins Heute taten" (Mitscherlich 1990:25) ein und stellt den Vorgang der Entwirklichung in den Mittelpunkt der Analyse. Mitscherlichs beobachten die Tendenz, die Erfahrungen der Vergangenheit hinter sich zu lassen und die Schuld abzustreifen, das Vergangene ist "jedenfalls nicht im Nacherleben mit unserer Identität verknüpft" (Mitscherlich 1990:26). Die Feststellung einer Entwirklichung der Vergangenheit, die "Derealisierung dieses ganzen Zeitabschnitts" (Mitscherlich 1990:43), bezieht sich dabei in erster Linie auf die affektive Ebene des Verhältnisses zu den eigenen Erinnerungen: "Die wichtigste kollektiv geübte Abwehrhaltung ist der Rückzug der Besetzungsenergien aus all den Vorgängen, die mit der Begeisterung am Dritten Reich, mit der Idealisierung des Führers und seiner Lehre und natürlich mit direkt kriminellen Akten zu tun haben" (Mitscherlich 1990:30). Es handelt sich daher nicht, wie oft unterstellt wird, darum, dass die Ereignisse der Vergangenheit einfach rundherum abgestritten worden wären⁹, obwohl die Löschung der gefühlsmäßigen Beteiligung nicht folgenlos für das kognitive Erfassen der Vergangenheit blieb.

Ausgelöst wurde dieser Prozess durch den Schock der Niederlage von 1945. Er bewirkte eine "Ich-Entleerung unserer Gesellschaft" (Mitscherlich 1990:20), wobei zwei Stufen zu unterscheiden sind. Im Vordergrund standen zunächst "massive Vergeltungsängste. Es ist diese Realangst, die das Gewissen neu zentriert. ... Sein Sturz (des Führers, E.S.) bedeutet darüber hinaus traumatische Entwertung des eigenen Ich-Ideals, mit dem man so weitgehend identisch geworden war. Wenn jetzt das vor-nazistische Gewissen wieder in Kraft trat – in seiner Macht repräsentiert durch die siegreichen Gegner – so wurden neue Abwehrmechanismen benötigt, um nicht mit der Vergeltungsangst das Gefühl völligen Unwerts aufkommen zu lassen" (Mitscherlich 1990:30). Mit der Wiedereinsetzung des Gewissens trat als zweites Moment hinzu, dass das Ausmaß der Schuld und die Größenordnung der Verbrechen wahrgenommen wurden. Dennoch traten daraufhin die Gefühle der Schuld, der Scham und der Trauer kaum ins Bewusstsein, denn sie wurden zugleich mit der massiven Verletzung des eigenen Selbstwerts, mit der sie einhergingen, abgewiesen. "Das Motiv für die Entwirklichung einer Zeit höchster Selbstaufwertung, die sich nun als mit größten Verbrechen unauflöslich verbunden erweist, ist demnach nicht nur Strafangst und Schuldabwehr,

⁸ Diese Moralisierung ist an sich nicht spezifisch für die hier betrachtete Zeit, vielmehr ist ein Ergebnis der Geschichte der Objektivität, siehe dazu Daston (2001) und Daston/Galison (1992).

sondern auch die Abwehr des Eingeständnisses, daß man macht- und wertlos wurde” (Mitscherlich 1990:36). Die Entwirklichung, verstanden als Abwehrreaktion auf die eigene Entwertung, blockierte die Gefühle im Verhältnis zur Vergangenheit, beeinträchtigte die Äußerungen des Gewissens und führte zu einer tiefgreifenden Verstörung der Wahrnehmung. Denn: “Die Bundesrepublik ist nicht in Melancholie verfallen, das Kollektiv all derer, die einen ‚idealen Führer, verloren hatten, den Repräsentanten eines gemeinsam geteilten Ich-Ideals, konnte der eigenen Entwertung dadurch entgehen, daß es alle affektiven Brücken zur unmittelbar hinter ihnen liegenden Vergangenheit abbrach. Dieser Rückzug der affektiven Besetzungsenergie, des Interesses, soll nicht als ein Entschluß, ein beabsichtigter Akt verstanden werden, sondern als ein unbewußt ablaufendes Geschehen, das nur wenig vom bewußten Ich gesteuert wird. ... Mit dieser Abwendung von der inneren Anteilnahme für das eigene Verhalten im Dritten Reich wurde ein in ungezählten Fällen kaum zu bewältigender Verlust des Selbstwertes und damit der Ausbruch einer Melancholie vermieden. Die Auswirkung dieser außergewöhnlichen psychischen Anstrengung des Selbstschutzes, ist der heute herrschende psychische Immobilismus angesichts brennender Probleme unserer Gesellschaft” (Mitscherlich 1990:38).

Mitscherlichs erkennen in dieser Form der emotionalen Bewältigung der Vergangenheit den Grund eines allgemeinen Desinteresses sowohl an der unmittelbar zurückliegenden Geschichte als auch an Fragen im Hinblick auf eine Neuordnung der Gesellschaft. Es war die Unterströmung im intellektuellen Klima Nachkriegsdeutschlands, das sich nach außen hin durch die Tendenz zu einer illusionär begründeten Politik, zu Fiktionen und Wunschdenken und nach innen hin durch eine soziale und politische Indifferenz, durch Reaktionsträgheit und durch ein instrumentelles Verhältnis zum demokratischen Staat auszeichnete. Politische Starre und Sterilität, das verbreitete Festhalten an hergebrachten Konformismen und Verhaltensmustern, begleiteten die Unfähigkeit zum Engagement und ein Mangel an Originalität in gesellschaftlichen Fragen, die auf Abstand gehalten wurden. Denn in der Hauptsache verursachten die in der Verleugnungsarbeit und den Abwehranstrengungen gebundenen Energien einen Ausfall an Trauer und Mitgefühl: “Bei diesen Versuchen, die Schuld abzuschütteln, wird bemerkenswert wenig der Opfer gedacht – gleichgültig, ob es sich um die eigenen oder um die der Gegenseite handelt” (Mitscherlich 1990:36).

Für die Zeit unmittelbar nach dem Krieg betrachten Mitscherlichs dies als eine Notfallreaktion, mit der die Deutschen angesichts eines tiefgreifenden Orientierungsverlustes, der vielfachen Schrecken der Trümmer und der Toten, den akut bedrohlichen Traumata, der plötzlich und massiv auftretenden Selbstverarmung und Selbstentwertung zu begegnen suchen. “Problematisch ist erst die Tatsache, daß – infolge der Derealisation der Nazi-Periode - auch später keine adäquate Trauerarbeit um die *Mitmenschen* erfolgte, die durch unsere Taten in Massen getötet wurden”

⁹ Auf diesen Unterschied weist auch Niethammer (1992:25) hin.

(Mitscherlich 1990:35). Die Entwirklichung galt der Abwehr einer Entwertung, die mit der Wiederherstellung eines moralischen Urteils verschränkt war. Sie bewirkte einen Stillstand der Gefühle, in dem die Geschehnisse im Dritten Reich bedeutungslos erschienen und ihre Folgen nicht anerkannt wurden; insofern wird eine Verleugnung des Vergangenen festgestellt.

Die psychoanalytische Zeitdiagnose der Mitscherlichs bezog sich auf den Zustand eines nationalen Kollektivs. Diese Tatsache hat unter anderem eine Art von Kritik hervorgerufen, die letztlich auf Missverständnisse zurückgeht. Zum einen besteht eine Unschärfe im Hinblick auf das Verständnis von Verdrängung; zu Recht wird darauf hingewiesen, dass dessen allgemeine Bedeutung von etwas Abwesendem oder Verborgenen nicht mit dem Begriff, wie er in der psychoanalytischen Theorie entwickelt wurde, verwechselt werden sollte. Die Schlussfolgerung, daher sei eine solche Herangehensweise kurzschlüssig und unbrauchbar, um kollektive und historische Prozesse zu analysieren, übergeht allerdings die Vielfalt psychischer Abwehrmechanismen sowie die Tatsache, dass sie kaum jemals in reinen Formen, sondern als komplexe Überlagerung verschiedener Strategien auftreten (vgl. Freud 2000:51)¹⁰. Im Vergleich zu Vorgängen wie Spaltung, Projektion, Verkehrung ins Gegenteil, Isolierung und Verschiebung, Reaktionsbildung oder Konkretisierung, die näher an der Grenze von Bewusstsein und Unbewusstem verlaufen, ist der Abwehrmechanismus der Verdrängung¹¹ sogar eher ungeeignet, um das Verhältnis zur Vergangenheit in der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu verstehen. Zudem kam hier im Wesentlichen ein Über-Ich-Konflikt zur Wirkung. Nur aus einer begrifflichen Ungenauigkeit heraus lässt sich dann der Einwand formulieren, der mittels einer fälschlichen Gleichsetzung von bewusst und aktiv, unbewusst und passiv in der Entschlüsselung unbewusster Anteile in historischen Entwicklungen die Gefahr sieht, damit seien die gesellschaftlichen Akteure aus ihrer Verantwortung entlassen.

Zahlreiche Arbeiten sind im Anschluss an das Buch von Alexander und Margarete Mitscherlich entstanden. Die neueren Studien betonen den zentralen Stellenwert der Verleugnung: „Am Ende des Abwehrprozesses, der mit bewußter Abweisung beginnt und mit der Verleugnung endet, wenn die Bewußtheit nachgegeben hat, steht auch bei den Ereignissen und Folgen des ‚Dritten Reiches, und des Zweiten Weltkrieges die chronifizierte Verharmlosung, ein Herunterspielen der Bedeutung als Verleugnungsform, und der Schritt zur Abspaltung als Entledigung ist nur noch ein geringer, eine letzte Konsequenz“ (Eckstaedt 1989:417). Der wesentliche Effekt von Verleugnungen besteht

¹⁰ Anna Freud macht in diesem Zusammenhang auf die in der Geschichte der Psychoanalyse anfänglich ebenfalls zweideutige Verwendung der Begriffe aufmerksam (Freud 2000:49).

¹¹ Verdrängung zeichnet sich durch einen völligen Bewußtseinsentzug und die Abspaltung vom Ich aus, d.h. die Bearbeitung des Konflikts ist seinem Wirkungskreis entzogen und, anders als im Fall der Projektion, wird die Abwehr gegen das eigene Innere gewendet (vgl. Freud 2000:102). Eine Darstellung der Abwehrmechanismen, die in der Nachgeschichte des Nationalsozialismus von besonderer Wichtigkeit sind findet sich bei Eckstaedt (1989:409-420 und 444-447).

in Wirklichkeitseinschränkungen und Wahrnehmungsverlusten, diese Veränderungen der psychischen Realität haben schließlich die Entstellung oder gar das Ausbleiben von Erinnerung zur Folge¹². Die entstandenen Verzerrungen und Lücken im Gedächtnis sind als die Resultate eines aktiven Vorgangs zu betrachten, in dem die Wahrnehmung umgelenkt und von Teilen der Realität abgezogen, den Tatsachen entzogen wird: “Nichtwissenwollen ist nicht ein passives Verschließen gegenüber der Wahrnehmung, sondern ein aktives Zurückweisen und Auslöschen. Erinnern und Vergessen sind dynamisch vielfach ineinander verwoben. Die Erinnerung von bestimmten Ereignissen kann instrumentalisiert werden, um andere Aspekte der Realität zurückzudrängen. So entstehen vielfältige Mischungen von Abkehr und Erinnerung, die von aktiver Unterdrückung und vollständigem Vergessen bis zum verschobenen Wissen, zur Deckerinnerung und *reenactment* reichen. Es sind Formen der Abwehr, die grob gewaltsam, aber auch sehr subtil durchgesetzt werden können” (Bohleber 1997:968).

Dazu kommt, dass die Herstellung von Unbewusstheit, insbesondere wenn sie in den Kontext gesellschaftlicher Ereignisse und Umwälzungen einbezogen ist, kaum noch als solche sichtbar ist. “Es bleibt aber zu beachten, dass die Abwehr kollektiv entstandener Schuld einfach ist, wenn sie wieder im Kollektiv geschehen kann; denn hier bestimmt ein Consensus omnium die Grenzen der Schuld” (Mitscherlich 1990:46). Mit dem Fokus auf das enge Ineinandergreifen von historischen, familialen und individuellen Prozessen ist aber nicht nur die methodisch orientierte Frage nach der Übertragbarkeit individualpsychologischer Verarbeitungs- und Vermeidungsmuster auf kollektive Vorgänge angesprochen, sondern es treten zusätzliche Problemdimensionen am Untersuchungsgegenstand auf, der sich eine Reihe von Autoren zugewandt haben. Sowohl im direkten Bezug auf NS-Geschichte als auch im Bemühen um eine systematische historisch-gesellschaftliche Perspektive besteht der Ausgangspunkt darin, “die gesellschaftlichen Verhältnisse von der fiktiven Statik einer bloß angenommenen Durchschnittlichkeit freizusprechen” (Parin 1992:79) um die veränderliche soziale Umwelt und die objektive Realität ihrer Widersprüche, die Formen und die Auswirkungen von Herrschaftsverhältnissen auf die Individuen, die darin ihr Leben gestalten, in das Verständnis der Analyse zu integrieren (vgl. auch Erdheim 1982, Lorenzer 1995). In diesem weiteren Kontext begreife ich das Ziel, das ich hier verfolge, nämlich die Frage, wie die Entstellung und das Ausbleiben von Erinnerung einen politischen Diskurs gestaltet und wie dieser zu lesen wäre.

¹² Die Verleugnung setzt im Fall der Täter früher ein und steht im Kontext des psychologischen Vorgangs der Dopplung: “Mit Hilfe der Dopplung konnte der Täter eine komplette Selbst-Struktur aufbauen, die ihm das Töten bzw. das Mitmachen erleichterte. Die Dopplung half das Schuldempfinden bzw. das Bewußtwerden auszuschalten. Dabei war die Verleugnung, die die Bedeutung der Realität veränderte, ein Hauptmechanismus” (Bohleber 1997:598; vgl. auch Vogt 1997, Neubaur/Wilkens 1997).

Realmomente der Schuldabwehr

Im Rahmen einer empirischen soziologischen Studie, hatte sich bereits 1955 Theodor W. Adorno dem problematischen Zusammenhang von Verleugnung und Erinnerung der NS-Vergangenheit genähert. Seine Studie folgt dem interdisziplinären Programm der Kritischen Theorie, Erkenntnisse der Psychoanalyse in die sozialwissenschaftliche Forschung einzubeziehen. In seinem Beitrag "Schuld und Abwehr" unterzieht er das im "Gruppenexperiment" (Pollock 1955) in den Jahren 1950 und 1951 zusammengetragene empirische Material einer qualitativen Analyse. Ziel der Untersuchung war es durch Gruppendiskussionen, die in den unterschiedlichsten Bevölkerungskreisen angeregt und dann dokumentiert wurden, die Einstellungen und Meinungen zu den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit und ihren Folgen, dem Verhältnis zu den Juden und zu den Alliierten, zu ermitteln¹³. Adornos Interesse war speziell darauf gerichtet, transsubjektive Faktoren der öffentlichen Meinung herauszuarbeiten und Reaktionstypen zu unterscheiden, nämlich "wie bestimmte Komplexe intellektuell und psychologisch verarbeitet werden" (Adorno 1975:148). Er siedelt die beobachteten Vorgänge in einer Zwischenschicht von Bewusstsein und Unbewusstem an, von der aus Sinnzusammenhänge und thematische Verkettungen gestaltet werden, deren Starre und Monotonie ebenso auffällig ist wie das Problem des Konformismus, in dem eine ungebrochene Identifikation mit dem Kollektiv, dem nationalen "Wir", hervortritt. "Für Mechanismen wie Projektion, Reaktionsbildung, verdrängtes Schuldgefühl, die allesamt in die Zone der Abwehr des Unbewußten durch das Ich gehören, wurden nicht nur vereinzelte Belege erbracht, sondern wir stießen ohne Unterlaß auf Sachverhalte der subjektiven Meinung und Meinungsbildung, die durch ihren Widerspruch zur objektiven Realität, ihren irrationalen Charakter, geradezu den Gebrauch solcher Begriffe herbeizitierten" (Adorno 1975:136). In der Untersuchung ging es nicht darum, den psychologischen Aufbau unbewusster Motive und Mechanismen im Einzelnen zu erfassen, sondern sie war darauf ausgerichtet, ihr Hineinreichen in die sachlichen Inhalte aufzuzeigen, die im Rahmen kollektiver Interaktion und Verständigung vorgetragen werden.

In der Einleitung zu seinem Beitrag betont Adorno zusammenfassend, dass der überwiegende Teil der *Abwehrargumente*, die er im Weiteren untersucht, auf das Bestehen latenter Schuldgefühle verweist: "Die Abwehr selbst ist ein Zeichen des Schocks" (Adorno 1975:150), ausgelöst durch das Bewusstsein des Unrechts und der Verbrechen, das mit dem Festhalten an der Identifizierung mit dem Kollektiv in Konflikt gerät. Unentschiedenheiten und Ambivalenzen, die sich in den einzelnen Stellungnahmen bemerkbar machen, wie auch Fluktuationen, die in den Diskussionsverläufen auftreten, verdanken sich demzufolge nicht zuletzt dem Versuch, Entlastungswünsche und

Verständigungsbereitschaft in Übereinstimmung zu bringen. Weiterhin gibt er zu bedenken: “Angesichts der Schrecken, welche die Bevölkerung in den späteren Kriegsjahren durchmachte, Schrecken, die sich mit dem von den Nationalsozialisten verübten Verbrechen zu einem Bild unartikulierten Grauens zusammengeronnen sind, ist es offenbar für viele unserer Teilnehmer, und keineswegs bloß für nationalistisch und faschistisch Gesonnene, außerordentlich schwierig, den Gedanken zu vollziehen, daß sie nun auch noch etwas wiedergutzumachen hätten. ... Nur vor diesem Hintergrund, nicht in isolierend psychologischer Betrachtung lassen die Motive der Abwehr sich richtig einschätzen. Man braucht die dabei wirksame psychische Energie – die Verdrängung von Schuld und den Narzißmus der Identifikation mit der eigenen Gruppe – nicht zu verkennen und wird doch einsehen müssen, daß es fast unmöglich ist, von der Bevölkerung, welche die Katastrophe durchmachte, zu erwarten, daß sie ein spontanes Schuldgefühl aufbringe, während zugleich umgekehrt die krampfhaft Abwehr jeglichen Schuldgefühls das Symptom eines überaus gefährlichen sozialpsychologischen und politischen Potentials darstellt” (Adorno 1975:263). Diese Einschätzung tendiert in die gleiche Richtung wie die der Mitscherlichs mit dem Unterschied, dass Adorno trotz der ausgeprägten Abwehrstellung bezüglich des Schuldproblems und trotz der Tatsache, dass mehrheitlich eine eindeutige Abkehr vom Antisemitismus ausblieb und sich eine aggressive Einstellung gegenüber dem Westen erhalten hat, wie das Gruppenexperiment quer zu allen subjektiven Unterschieden ergab, am Ende seiner Einleitung, vorsichtig zwar, von einer sich abzeichnenden positiven Wendung zur Demokratie in Westdeutschland spricht. Dabei bezieht sich Adorno auf Veränderungen, die zwischen den Jahren 1950/51 und 1955 - der Durchführung der Untersuchung und der Veröffentlichung ihrer Auswertung - liegen, während Mitscherlichs im Jahre 1967 feststellen mussten, dass jene Öffnung halbherzig und oberflächlich blieb. Beide Diagnosen lassen sich aber dahingehend verstehen, dass sie Momente im “Austausch eines politischen Weltbildes” und eines langfristigen Lernprozesses in der politischen Kultur der BRD kenntlich machen, der “durch eine Kette von Konflikten bewerkstelligt worden ist, die bis in die Gegenwart hineinreicht” (Bergmann 1997:15). Die Konflikte und Ungleichzeitigkeiten jener Entwicklung bilden einen zentralen Gegenstand der Antisemitismusforschung, in der die angesprochenen Probleme aufgegriffen und im Rahmen verschiedener sozialwissenschaftlicher Fragestellungen und Ansätze ausgearbeitet wurden¹⁴.

Für die hier gewählte Fragestellung nach dem Zusammenhang von Wissenschaft und Öffentlichkeit in der deutschen Nachkriegsgeschichte, nach dem Bedeutungskontext der “Göttinger Erklärung” und der Ursache ihrer Signalwirkung für die “Kampf-dem-Atomtod”-Bewegung, sind aus der Analyse Adornos eine ganze Reihe von Anschlusspunkten zu gewinnen. Zum einen ergeben sie

¹³ Zur Geschichte des Gruppenexperimentes siehe Demirovic (1999). Zur Geschichte der Forschungsvorhaben am Institut für Sozialforschung in Frankfurt und während der Emigration, siehe Wiggershaus (1986), für die Nachkriegszeit auch Clemens u.a. (1999).

sich direkt aus seiner Aufschlüsselung des Materials, denn die thematischen Schwerpunkte, entlang derer die Haltung zur Vergangenheit geordnet werden und die als ideologische Syndrome bestimmt werden, ließen sich ohne Schwierigkeiten in den von mir untersuchten Texten wiederfinden. Wichtiger noch sind seine grundsätzlichen Überlegungen zur Einbindung von Realitätsaspekten in den Umgang mit der Erinnerung, in die Verweigerung einer moralischen Anerkennung der deutschen Schuld sowie in die Reflexion des eigenen Beteiligtseins. “Für das Verständnis des gegenwärtigen Bewußtseins ist es von erheblicher Wichtigkeit festzustellen, welche Momente der Realität sich zur ideologischen Umformung anbieten” (Adorno 1975:209). Repräsentativ hierfür ist nicht das Abstreiten des Geschehenen als vielmehr Eingriffe in dessen Darstellung, in denen die Bedeutung der Realität durch eine komplexe und oft uneindeutige Verbindung projektiver Mechanismen mit Rationalisierungen verändert wird, so dass eine Verleugnung der Wahrheit zustande kommt. Jene “Realmomente der Abwehr” (Adorno 1975:209), an denen sich eine Anknüpfung der Abwehrstrategien an rationalen Momente und Einsichten vollzieht, sind hier insbesondere deshalb von Bedeutung, weil es diese Elemente der Rede sind, an denen sich eine Verschiebung der abgewehrten Affekte in den Bereich neuer thematischer Strukturen ereignen kann.

Der erste Themenkomplex, auf das Adornos Betrachtung detailliert eingeht, betrifft die Konstellationen von Wissen und Gewissen, ihre Bedeutung für das Gedächtnis und für das Umgehen von Erinnerung. Adorno kann zeigen, dass eine generelle Negation der Schuld sich mit Nicht-Wissen rechtfertigt, dessen Behauptung zwanghaft wiederholt und ins Unglaubliche überdehnt wird, wodurch der Begründungszusammenhang aber in der Art von Fehlleistungen immer wieder partiell unterbrochen wird. An diesen Stellen gewinnt die Relation zwischen dem Wissen von den Verbrechen und Anerkennung von Schuld bzw. deren Abweisung ein differenziertes Profil. Die Berufung auf das Nicht-Wissen stützt sich auf eine ganze Reihe von Realmomenten, wie der Mangel an primärer Evidenz, die Wirkung der Propaganda und der Zensur, die Verbreitung von Nachrichten in Form von Gerüchten und das Unglaubliche ihrer Inhalte, die Gegenwart des Terrors, die sich allerdings nicht herauslösen lassen. “Heute vollends ist es fast unmöglich, die Situation zu rekonstruieren. Alles, was damals schon das Wissen, sei es objektiv verhinderte, sei es subjektiv verdrängen ließ, versammelt sich zur Selbstentlastung. Vermessen wäre es, zu entscheiden, was an den gegenwärtigen Behauptungen über Wissen und Nichtwissen Wahrheit ist, was dem psychologischen Zwang unterliegt, wo die Lüge einsetzt” (Adorno 1975:156).

¹⁴ Für einen Überblick dazu siehe Bergmann (1997) sowie Bergmann/Erb (1990, 1991). Eine Darstellung der wesentlichen Konflikte in den 1950er Jahren gibt Brochhagen (1994).

Die Analyse zielt auf den absichtsvollen Einsatz von Realmomenten und wahren Einsichten in der Gesamtstruktur der jeweiligen Argumente und versucht darüber die Logik und ihre symptomatischen Brüche in den Rationalisierungen näher zu bestimmen. "Die Abwehr bedient sich subtilerer, vor allem rationalerer Mittel ... Wichtig ist weiter, die Bereitschaft, durch philosophische Reflexionen und begriffliche Distinktionen, durch Intellektualisierung mit dem Komplex fertig zu werden"(Adorno 1975:175). Dazu gehört wesentlich eine Attitüde der kritischen Besinnung, die die Frage der Schuld durch eine Steigerung des Gewissensanspruchs ins Religiöse als rein persönliche Angelegenheit von gesellschaftlicher Verantwortung abtrennt. Von diesem Gegensatz aus gelangen die Überlegungen zum Schuldbegriff in beharrlicher "Scharfsinnigkeit" zu dem Befund, dass, weil kein Schuldbewußtsein eben auch die Schuld nicht festzustellen sei, jedenfalls einer Beurteilung entzogen wäre: "Der Subjektivismus verquickt sich mit dem Relativismus: wenn das Maß der Schuld bloß inwendig ist, wer soll dann über ihre Objektivität entscheiden können?" (Adorno 1975:175) Die hochgehaltene deutsche Innerlichkeit wird zur Ideologie umfunktionalisiert, wenn mit dem Hinweis auf leere Bekenntnisse alles zum Geschwätz erklärt und die weitere Diskussion beendet wird.

Eine ganz ähnliche Verkehrung beginnt bei der Kritik von Stereotypisierungen und falschen Verallgemeinerungen. Mit "(s)cheinphilosophische(r) Gewissenhaftigkeit der begrifflichen Klärung" (Adorno 1975:194) wird dabei "unmerklich übergegangen zur Leugnung des Begangenen selber, also eben der Vorgänge, auf die jenes Bewußtsein sich beziehen müßte, dessen Absenz man bestreitet" (Adorno 1975:220). Der dienliche Zwischenschritt, der dabei erzielt wird, besteht in der Zuweisung der Schuld an die Nazis als einer festumrissenen Gruppe, zu denen eben nicht alle Deutschen gehört hätten, auf der einen Seite und der Konstruktion unscharfer Kategorien, wie der Jugend, der Frauen etc. andererseits, die davon ausgenommen werden und zu denen man sich rechnen kann. Insgesamt wird ein unentschiedenes, schwankendes Selbstbild präsentiert, das sowohl von Überheblichkeit als auch von Unselbständigkeit geprägt ist, das die Verantwortung für die entstandene Situation an die Siegermächte übertragen und denen, die "nicht dabei gewesen" waren, jede Mitsprache verweigern will.

Aus dem Register der Realmomente, die Adorno analysiert, werden auch Aspekte der historischen Entwicklung und der gegenwärtigen Machtbeziehungen hervorgeholt. Dann werden die außenpolitische Veränderungen und die veränderte Politik der Alliierten der deutschen Bevölkerung gegenüber von den Diskussionsteilnehmern betont, die Tatsachen werden in die Denkopoperationen einbezogen und in besserwisserischer Manier wird der Vorwurf der Inkonsistenz erhoben. Wiederum auf der Grundlage einer subtilen Überleitung von zutreffenden Voraussetzungen zu unhaltbaren Schlußfolgerungen erfolgt ein Angriff auf die moralische Berechtigung der Alliierten und ihrer Maßnahmen; Überlegenheit und Definitionsmacht des

Siegers werden in die Forderung nach moralischer Unfehlbarkeit umgemünzt, die dann mit dem Nachweis von Fehlern angezweifelt werden kann. In diesem Feld siedelt sich eine ganze Reihe von Reizthemen an, die sich zur projektiven Umkehrung von Begründungen eignen und auf den Vorschlag hinauslaufen, man solle sich nun der Zukunft zuwenden und einen “Strich darunter” setzen.

Das einzelne Argument, wie etwa die Warnung vor falschen Verallgemeinerungen und Stereotypisierungen, hat als solches noch keinen eindeutigen Inhalt und kann die verschiedensten Funktionen übernehmen, je nach dem Zusammenhang, in dem es auftaucht. Adorno weist daraufhin, “daß inhaltlich identische Gedanken psychologisch und auch sachlich im Dienst ganz verschiedener Tendenzen stehen können und daher niemals isoliert interpretiert werden dürfen” (Adorno 1975:212); die Intention ist erst im Fortgang der Argumentation zu entdecken. Erkennbar werden dann drei Grundtendenzen: das Festhalten an versprengten Elementen der NS-Ideologie, das Muster einer ambivalenten Haltung oder die Äußerung von Verständigungsbereitschaft. Während rein inhaltlich betrachtet die Übergänge undeutlich sind, können die Absichten klar unterschieden werden. In einer um das Verstehen bemühten Aussage wird der Schritt vollzogen, die in der nationalsozialistischen Vergangenheit geschehenen Verbrechen “zur Sache der eigenen Verantwortung zu machen. Die Schwelle liegt nicht beim Zugestehen oder Leugnen objektiver Tatbestände, sondern bei der Tendenz des Individuums, sich selbst moralisch einzubeziehen” (Adorno 1975:320). Ebenso tritt im Bezug auf die Opfer umgekehrt eine bestehende Ambivalenz hervor; es ist der kritische Punkt und das Denken unterliegt Manipulationen, bei denen das Verhältnis zu den Juden kaum zur Sprache kommt. Das “Thema der Judenfrage” wird als “ziemlich heikel” (nach Adorno 1975:302) möglichst umgangen¹⁵, erweist sich auf Nachfragen nach wie vor von Elementen des Antisemitismus durchsetzt, ist aber nicht mehr, wie in der NS-Ideologie mit einer antidemokratischen Einstellung verbunden. Solche Beispiele werden zudem dadurch auffällig, dass die Argumentation mit der Zurückweisung der Schuld beschäftigt bleibt, der Gedankengang aber nicht auf das Geschehene eingeht. Die Empörung richtet sich auf die Erwähnung der begangenen Verbrechen nicht aber darauf, dass sie sich ereigneten; sie gilt den Worten, nicht den Tatsachen, für die sie stehen. In der Tendenz über Schwierigkeiten hinwegzugehen, bleibt die Logik der Rede auf der Strecke: “Am Schluß ist wiederum die mißglückte Logik kennzeichnend für die Sache” (Adorno 1975:190).

Die Begriffe der Entwirklichung und des Realmoments erlauben an dieser Stelle in einem Zwischenschritt eine erste Annäherung und Differenzierung der sichtbaren und unsichtbaren Schichten der Rede vom Atomkrieg und “Atomtod”. Zu bemerken ist, dass die politische Bewegung gegen die Wiederaufrüstung und später gegen die Stationierung der Atomwaffen, die in

¹⁵ Siehe auch: “Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm” (Bergmann/Erb 1991).

der Kampagne “Kampf-dem-Atomtod” ihren Höhepunkt fand, sowie in diesem Zusammenhang auch die “Göttinger Erklärung”, ziemlich genau in die Mitte jener Zeitspanne fiel, die die Diagnose der Mitscherlichs und ihre Absicht der “Aufhellung des vielfältigen Motivationszusammenhangs zwischen Ereignissen unserer Nazivergangenheit und einem Mangel an sozialer Gestaltungskraft in unserer Gegenwart” (Mitscherlich 1990:23) umfasst. Diese Ereignisse scheinen ihren Feststellungen zuwiderzulaufen und sie sind auch immer wieder in diesem Sinne als eine Ausnahmesituation interpretiert worden. Aber dass dieses politische Engagement mit großem Nachdruck und in unendlichen Variationen wiederholt als eine Gewissensangelegenheit dargestellt wurde, lese ich als einen Hinweis auf die weiter bestehende Verschränkung von moralischem Bewusstsein und der Erfahrung der Entwertung. Meine These lautet deshalb, dass es sich zwar um Ereignisse handelt, bei denen es zu einer teilweisen Auflösung der politischen Starre in der BRD kam, ein Durchbrechen der Derealisierung¹⁶ hat jedoch nicht stattgefunden.

Mit der vorgeschlagenen Unterscheidung ist die Frage aufgeworfen, wie die damit angesprochenen Erinnerungen und Abwehrmechanismen, von denen sie umgeben sind, mittels des eingefügten Wissenschaftsbildes umgelenkt werden und was darauf übertragen wird, schließlich inwieweit die Entwirklichung des Vergangenen damit abgestützt wird. In diesem Umstand liegt die spezifische Bedeutung der “Göttinger Erklärung”, denn indem sie die Hinwendung zu den Wissenschaftlern ermöglichte, konnte die bedenkliche Nähe zu den störenden Erinnerungen und lähmenden Affekten im Moment ihres Auftauchens abgefangen werden. Die Wissenschaftler konnten als Ausnahmerecheinung gelten, als nicht betroffen von der allgemeinen Entwertung - unter der Voraussetzung freilich, dass unter Wissenschaftlichkeit affektfreies Handeln, rein instrumentale Rationalität verstanden wurde. Ihr unterstelltes Unbeteiligtsein wurde zur Grundlage ihrer moralischen Autorität, was durch das Renommee, den Wert der deutschen Wissenschaft noch unterstrichen wurde.

In zweifacher Hinsicht ist hier zu berücksichtigen, dass der Diskurs über die Bedrohung durch atomare Waffen sich um Momente des Realen zentriert und diese nicht nur eine untergeordnete Rolle einnehmen. Das beginnt beim Thema selbst, d.h. die Gefahren eines Atomkriegs oder der Atombombentests sollen hier nicht als ein Ersatz missverstanden und heruntergespielt werden. Gerade weil das Anliegen ein wichtiges war (und leider immer noch ist), ist oftmals irritierend, wie es geäußert wird und sich ein Text herstellt, in dem zugleich ein ganz anderer Kontext angesprochen wird. Die Tatsache, dass hier zwei Themen ineinandergriffen und überspielt wurden, dass eine Überblendung von Gegenwart von Atomkriegsbedrohung und NS-Vergangenheit stattfand, erzeugte die eigentümlichen Konturen der Rede, die Auslassungen und Verzerrungen,

¹⁶ Wie es etwa Barbara und Rolf Vogt (1997) am Beispiel der Diskussion zu dem Buch “Hitlers willige Vollstrecker” von Daniel Goldhagen beschreiben.

aber auch – gegebenenfalls – neue Denk- und Erfahrungsweisen. Um die Bedingungen dieser Möglichkeiten wird es nicht zuletzt gehen. Sie markieren die Entwicklung eines gesellschaftlichen Engagements gegen den Atomkrieg als eine Art Zwischenschritt¹⁷ in der Aneignung demokratischer Politik und Öffentlichkeit.

Das zweite Realmoment, dass in diesem Kontext wichtig wird, besteht in den methodischen Grundlagen der wissenschaftlichen Arbeitsweise, den Standards von Objektivität, Wertfreiheit und Universalismus. Um sie gruppieren sich das Selbstverständnis und die Einstellungen der Physiker; daher wird den verschiedenen Kombinationen und ihren Konsequenzen nachzugehen sein, die im Bezug darauf unter dem Druck eines totalitären Regimes zustande kamen. Davon ausgehend soll betrachtet werden, welche Verwendung wissenschaftlich-technische Zweckrationalität in der Argumentation im Kontext der Nachkriegsgeschichte findet. Das intellektualisierende Raisonement der Abwehr legt bereits eine Prädisposition zur Ideologisierung von Wissenschaftlichkeit nahe und in den Auswertungen des “Gruppenexperiments” (Pollock 1955) ist zu entnehmen, dass die akademisch gebildeten Teilnehmer in der Mehrheit zu denen gehörten, die der Demokratie skeptisch gegenüber standen und sich abwehrend zur Schuldfrage verhielten. Indem Teilwahrheiten so eingesetzt wurden, dass sie sich in Unwahrheit verkehrten, ließ sich eine Aufteilung von Zuständigkeiten vornehmen, die die Politik gegen das Gewissen ausspielt und dies kommt für den Zusammenhang von Wissenschaft und Vergangenheit zum Tragen. Bei dieser Arbeitsteilung des Moralischen stellte sich die Übernahme demokratischer Formen als leere Sprachhülle heraus und es zeichnete sich schon ab, dass die Wissenschaft auf die “richtige” Seite der Gegenüberstellung geriet: “Der Assoziationsmechanismus tritt anstelle des Gedankens” (Adorno 1975:233).

Erinnerungsspuren: Die Präsenz des vergangenen Erlebens

Mein Gegenstand sind Verbindungen solcher Art und weiter, wie sich die ideologischen Syndrome im Sprechen über die Vergangenheit mit der Wahrnehmung der realen Atomwaffengefahren verknüpfen. Ich konzentriere mich dabei weitgehend auf die Wissenschaftsvorstellungen, die in diesem Zusammenhang auftreten und in welcher Weise damit der Begriff von wissenschaftlicher Erkenntnis und ihrer Produktion verkürzt wird. Um den Überkreuzungen, Überlagerungen und

¹⁷ Der Befund des Gruppenexperiments zur Wiederbewaffnung, “daß in den Syndromen der demokratischen und antidemokratischen Meinungsäußerungen die Ablehnung der deutschen Aufrüstung häufiger bei Gegnern der Demokratie vorkommt”, war Anlaß zur Kritik an der Studie. Die Autoren hatten zwar angemerkt: “Keineswegs soll diese Einordnung eine Stellungnahme zu den äußerst verwickelten Problemen der Remilitarisierung bedeuten. sie soll auch keineswegs besagen, daß radikale Ablehnung gleichbedeutend mit antidemokratischer Gesinnung sei, was ein Unsinn wäre” (nach Adorno 1975:384). Dem Problem wurde leider nicht weiter nachgegangen. Vielleicht war doch nicht einfach nur die falsche Frage gewesen?

Mehrdeutigkeiten, die beim Lesen und Interpretieren der Texte über "Atomtod" und über Wissenschaft auftraten, nachgehen zu können, waren außer den bisher genannten Arbeiten noch verschiedene Ansätze aus der neueren Forschung von Bedeutung. Es handelt sich dabei um ein interdisziplinäres Spektrum, in dem sowohl biografische, sozialpsychologische und psychoanalytische Beiträge als auch zeithistorische und kulturwissenschaftliche Untersuchungen vorkommen. Die Aspekte, die daraus für meinen Gegenstand und meine Fragestellung im Folgenden wichtig werden, will ich hier noch kurz darstellen. Sie beziehen sich auf das Verhältnis zwischen der Wahrheit der Geschichte und der Wahrheit der erzählten und interpretierten Geschichten.

Zu welchen speziellen Einsichten in die kollektiven Prozesse des Erinnerns eine psychoanalytische Zeitdiagnose beitragen kann, hat Karola Brede (1997) in einem Aufsatz über das Geschichtsbewusstsein herausgestellt. Im Mittelpunkt steht dabei die Absicht, "an vorgeblich Selbstverständlichem zu zeigen, daß in ihm ein den Zeitgenossen verborgener Sinn enthalten ist, der gemiedenes Vergangenes betrifft" (Brede 1997:897). Das Ziel besteht in der Wahrnehmung des Verborgenen und der Ermittlung von Sinzusammenhängen, die von den einzelnen abgewiesen werden. Aus diesem Grunde ziehen gerade auch die Momente, in denen es zu einem Innehalten der Erinnerung und des Erzählens kommt, die Aufmerksamkeit auf sich. Die psychoanalytische Zeitdiagnose wird von der Annahme geleitet, dass das Ausbleiben von Erinnerung intentional ist und auf aktuelle unbewusste Konflikte verweist. "Entstellungen sind Freud zufolge zwar immer tendenziös bzw. folgen Tendenzen, die von ihrer historischen Wahrheit ablenken, wegführen. Dennoch bilden sie greifbare Aussagen, um rekonstruierend eines Mosaiksteins dieses Ursprungsereignisses habhaft zu werden" (Brede 1997:887). Mit einem solchen historischen Wahrheitsbegriff eröffnet die Psychoanalyse ein Verfahren der zweifachen Rekonstruktion, bezogen auf die Entstellungen und ihr Verhältnis zum ursprünglichen Ereignis. Sie erschließt sich ihre spezifischen Erkenntnismöglichkeiten, indem sie an den Symptomen ansetzt, an den Lücken, Entstellungen und Ungleichzeitigkeiten. Zwei Schlussfolgerungen daraus sind für meine Arbeit von Bedeutung; sie betreffen die Kollektivität und die Nicht-Linearität des historischen Bewusstseins.

Ausgangspunkt einer psychoanalytischen Zeitdiagnose sind die Symptome eines psychischen Geschehen, das in öffentliche und kollektive Vorgänge eingelassen ist. Brede konstatiert eine problematische Ausweitung der analysierten Abwehrvorgänge auf die Ebene kollektiver Bewusstseinsstrukturen und weist daraufhin, dass erst noch zu untersuchen sei, wie es zur Fixierung von Bedeutungsstrukturen in den beobachtbaren, *sozial geteilten, zumal politisch folgenreichen* Denkmustern kommt: "Unter dem Gesichtspunkt der Wirkmächtigkeit unbewußter Konfliktkonstellationen besteht das Problem nicht so sehr darin zu entscheiden, ob es sich um

Ideologeme, Mythen oder Phantasmen handelt, die strukturbildend für kollektives Bewußtsein sind resp. das Geschichtsbewußtsein der Deutschen sind. Vielmehr bedarf es der Klärung, wie die zu ‚sozialpathologischen *Entstellungen*, ... führende Wirkung, die für die - durch unbewußte Triebwünsche freigesetzte - Dynamik der Ichabwehr behauptet wird, tatsächlich zustande kommt“ (Brede 1997:883). Es steht demnach vor allem der sozialwissenschaftliche Anteil aus, der zur Erklärung der kollektiven Formierung und des Verbindlichwerdens von Abwehrreaktionen nötig wäre. Im gesellschaftlichen Einvernehmen, das die Verständigung über einen Abschnitt der deutschen Vergangenheit eingrenzt, sind allerdings die Entstellungen des Vergangenen auf eine Art und Weise deformiert, dass die Reaktionsmuster eher als ein Ausdruck “entlastender - tendenziöser Kollektivierung von Phantasiertem ..., das den Platz des Erinnerungsten eingenommen hat” (Brede 1997:894), zu interpretieren sind. Bredes Einschätzung zufolge liegt damit eine Störung im Verhältnis von Geschichte und Erinnerung vor, die sie mit dem Begriff “Traditionsausfall” (nach Plessner 1935) bezeichnet. Wie sich das Verhältnis von Gegenwart und Vergangenheit in den Strukturen eines Geschichtsbewusstseins gestaltet, in dem die Bildung von Tradition mißlingt, erfordert eine Untersuchung, in der psychoanalytische Einsichten mit historiographischen und sozialwissenschaftlichen Aspekten integriert werden. “Denn mit ihrer Schlüsselkategorie des Erinnerns verspricht die Psychoanalyse einen Zugang zu entstelltem, sich der Aufklärung hartnäckig widersetzendem Sinn” (Brede 1997:900). Mit dem Begriff der Erinnerungsspur verfügt sie dazu über ein Verständnis, das das Vorhandensein von Rekurrenz und Latenz berücksichtigt und ist “nicht auf die Vorstellung von einem linear angeordneten Nacheinander von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft angewiesen” (Brede 1997:894). Das Vergangene, wie es sich in der je aktuellen Gegenwart durch Erinnerungen darstellt, unterliegt der tendenziösen Entstellung, etwa in Form von Deckerinnerungen, die das Auftreten von Ungleichzeitigkeiten verursachen und eine Interpretation vor die Aufgabe stellen, die verschiedenen Zeitschichten in ihrer Erklärung zusammenzuführen.

Wie dieses Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart im Prozess des autobiographischen Erinnerns zu bestimmen ist, hat die Soziologin Gabriele Rosenthal (1995) näher ausgeführt und einige ihrer grundsätzlichen Bestimmungen können auch auf die Interpretation von schriftlichem Material angewandt werden. Rosenthal wendet sich sowohl gegen eine Vorstellung des Gedächtnisses als einer konstanten, unveränderlichen Ablagerung als auch gegen eine Auffassung, die die Erinnerungen als ausschließlich durch den aktuellen Lebenszusammenhang geprägt ansieht. Sie gründet ihre Interpretationen erzählter Lebensgeschichte ¹⁸ auf eine gestalttheoretische Konzeption: “Eine konsequent feldtheoretische Betrachtung der gestalttheoretischen Konzeption einer Interaktion zwischen sedimentierten und gegenwärtigen Gestalten ermöglicht dagegen eine Umgehung derartig dualistischer Konzeptionen von etwas, das im Gedächtnis gespeichert ist,

¹⁸ Siehe Rosenthal (1986, 1987, 1990 und 1997).

einerseits und etwas, das in der Gegenwart erinnert wird” (Rosenthal 1995:82)¹⁹. Sie plädiert für ein Verständnis der wechselseitigen Konstitution von früheren und aktuellen Figuren, die es erlaubt, dem Erlebten einen Sinn zu geben und es in den Erfahrungszusammenhang einzuordnen, in der sich der Kontext der Erinnerungen aufbaut und der Rahmen des biographischen Gesamtkonzepts erhalten wird. In der Wechselwirkung zwischen zwei gestalteten Einheiten, dem vergangenen Erlebnis und der Erinnerung daran in der Gegenwart, entsteht ein thematisches Feld. “Diese Kommunikation findet allerdings nur dann statt, wenn die Stimmung funktionaler Bestandteil sowohl der gegenwärtigen wie der vergangenen Situation ist” (Rosenthal 1995:75). In einer ständigen Reorganisation wirken Vergangenheit und Gegenwart aufeinander ein, aber “(o)b gegenwärtige Erlebnisse mit vergangenen verknüpft werden, hängt also keineswegs von der Identität ihrer Elemente ab, sondern von der gemeinsamen Bedeutung, die sie beide verbindet” (Rosenthal 1995:73).

Eine Konsequenz aus den Überlagerungen von Erinnerung und dem Moment ihres Auftauchens ist, “daß die Zeitspanne zwischen Erlebnis und Erzählung nichts über den Modifizierungsgrad der Erzählung aussagt” (Rosenthal 1995:83). Die Interpretation aus der Retrospektive ist gleichermaßen offen für Bearbeitungen wie Abwehrmechanismen: “Das Erlebnis wird ja nicht verändert, sondern heute nur anders gesehen und verstanden” (Rosenthal 1995:95). Aus dieser Sicht hat eine Unterscheidung von Speicher- und Funktionsgedächtnis (vgl. Assmann 1996) problematische Züge, denn zum Einen legt sie nahe, dass sich das Abwesende gleichbleibt und das Unbewusste als eine statische und starre Größe erscheint. Zudem läßt sich in diesem begrifflichen Muster die spezifische Funktion eines statischen, fixierten Erinnerungsnoemas kaum erfassen. Dazu benötigt man einen Wechsel in der Fragestellung, die Frage lautet nicht, ob es wirklich so war, sondern warum das Vergangene in dieser Weise dargestellt wird. Die Antwort ist dann eine andere Art von Wahrheit und stellt eine eigene Dimension des historischen Materials dar.

Die Erzählung wird hier als ein Erinnern im Kontext einer sozialen Interaktion aufgefasst, wobei Erinnern und Erzählen wiederum in einem Verhältnis wechselseitiger Gestaltung stehen. Dabei treten die Auslassungen und Einfügungen als Spuren eines Ungesagten in Erscheinung: “Diese Auslassungen (wenn Peinliches oder Unangenehmes bewußt zurückgehalten wird) werden für den Zuhörer dann meistens im Überspringen von Details, dem Wechsel vom Erzählerischen auf das Argumentations- oder Beschreibungsschema und - parasprachlich - durch Stockungen und deren Abbrüche bemerkbar” (Rosenthal 1995:91). Sie hängen eng mit der Einfügung von weiteren Erinnerungen, die aus anderen Situationen stammen, gedanklichen Konstruktionen oder den Berichten Dritter zusammen. Denn: “Diese haben die Funktion, Vagheiten und

¹⁹ In diesem Sinne übernimmt sie den Begriff der “Spur” aus der Psychoanalyse. Dabei teile ich nicht ihre Einschätzung, daß die Psychoanalyse generell zu einer Konstanzannahme neige - was eine starre Vorstellung

Undurchsichtigkeiten nicht nur bei einzelnen Geschichten, sondern vor allem in Erzählketten zu beseitigen. Hintergrundkonstruktionen können sowohl Beschreibungen oder Erklärungen als auch Beschreibungen von weiteren Erlebnissen sein, die zur Plausibilisierung der Hauptgeschichte dienen. Sie werden vor allem dann in Erzählungen eingebaut, wenn Unklarheiten in der Erzählung als Ergebnis bisher zurückgehaltener und ausgeblendeter Erzählaspekte auftreten, der Erzähler jedoch bemerkt, daß ohne sie seine Erzählung unplausibel bleibt” (Rosenthal 1995:91)²⁰. In den Texten, die ich im Rahmen dieser Arbeit betrachte, ist es vor allem die missglückte Logik, die die entsprechenden aufschlussreichen Hinweise gibt.

Das Konzept der paradoxen Rede

Das absichtsvoll Ungesagte in den Auslassungen und Einfügungen steht in einer paradoxen Beziehung zu den Strukturen einer Rede bzw. eines Dialogs, denn das verschwiegene Wissen, die *silenced facts*, die diese Rede umgeht, beeinflussen sie oft entscheidender als die anerkannten Tatsachen. Dan Bar-On (1999) hat diese Situation ausgehend von dem grundsätzlichen Problem jeder Verleugnung beschrieben, nämlich zu wissen, was man nicht wissen soll oder will. Er erläutert dies mit einem Beispiel: “Ein junger Mann ist sich bewußt, daß es im Zimmer das Bild einer nackten Frau gibt. Es ist ihm peinlich und er bemüht sich nicht hinzusehen. Um es nicht zu sehen, muß er irgendeinen *lockeren Kontakt* zu der Stelle haben, wo es hängt, damit er ,wissen, kann, wohin er nicht sehen darf. Diese Art lockerer Kontakt beruht auf einer gewissen Mischung aus Struktur und Zufälligkeit, wie etwa bei gleichzeitigem Wissen und Nichtwissen ... Die Analogie dazu ist ein Bild (*Frame of mind*., geistige Verfassung), das außer Sichtweite (unerwähnt) bleiben muß. Man hält sich durch die Eingrenzung des Sichtfeldes (der gedanklichen Äußerung) zwar fern davon, ist ihm aber auch nahe genug” (Bar-On 1999:20-21). Eine solche lose Verbindung besteht ebenfalls zwischen den sichtbaren und den unsichtbaren Schichten einer Rede, die der Verleugnung eines Tatbestandes dient. Um etwas nicht zu sehen, nicht zu erwähnen, nicht zu diskutieren, besteht das Vorgehen darin, sich “auf etwas zwar Unwichtiges, aber Diskussionswürdiges (zu) beziehen, so daß dasjenige, was man zu verbergen oder zu vermeiden sucht, undiskutierbar bleibt. Dieses Undiskutierbare *rahmt* dadurch den Bereich der Diskutierbarkeit ein. Genau dies ist der Prozeß, wenn wir eine Geschichte erzählen, die eine *nichterzählte* Geschichte verbirgt” (Bar-On 1999:21). Die Festlegung aus der Negation und deren Unkenntlichmachung ist das Grundprinzip der paradoxen Rede, eines sprechendes Schweigens. In meiner Interpretation des in den folgenden Abschnitten untersuchten Textmaterials wurde dies ähnlich wichtig wie der Begriff des Realmoments.

des Unbewußten impliziert. Siehe dazu die Darstellung bei Eckstaedt (1989:469ff.).

Bar-On geht im Weiteren²¹ insbesondere auf Fälle ein, in denen Gewalt und Traumatisierung jene vermiedenen und unsagbaren Tatbestände sind, und er gibt Hinweise auf die typischen Eigenarten eines paradoxen Dialoges. Wesentlich ist die Erschaffung einer Scheinrealität, in der eine Struktur fiktiver Zufälligkeit um das Undiskutierbare herum konstruiert wird. “Diese Art von Gespräch ist ein ‚konstruktiver, (man könnte auch sagen: ‚destruktiver,‘) Dialog ganz besonderer Art. Er konzentriert sich darauf, wie die verschwiegenen Fakten sich dadurch ausschließen lassen, daß ein Prozeß von Versuch und Irrtum simuliert wird, um die besondere Struktur dieser Fakten nicht sehen zu müssen: wo genau man ‚nicht hinschauen‘ soll. Es muß wie ein Prozeß von Versuch und Irrtum aussehen, sonst könnte nämlich das Fehlen einer scheinbaren Zufälligkeit auf eine Konfiguration hindeuten ... Wenn deren Umrisse zu starr wären, ließe sie sich mühelos identifizieren und benennen, indem man auf ihre völlige Abwesenheit hinwiese” (Bar-On 1999:32). Alles ist vorgeblich normal oder zumindest wird das, worüber gesprochen wird, so behandelt als ob es normal wäre. Im Bezug auf nationalsozialistische Verbrechen wurde die Strategie ihres Verbergens in der Normalität nicht nur von Anfang an systematisch eingesetzt, sie wirkte sich darüber hinaus in den späteren Jahren effektiv auf das Verhalten der Täter und eines Täterkollektivs aus, das ihnen die gesellschaftliche Anerkennung auch anschließend nicht entzog. Ein normalisierender Als-ob-Diskurs, der auf verschwiegenen Fakten beruht, ist allerdings ein Balanceakt, der zusätzlich noch dadurch erschwert wird, “daß die gleichen Sprachspiele ..., die sowohl zur Normalisierung als auch zur Tarnung der verborgenen und verschwiegenen Fakten benutzt werden, auch die Signale des ‚Durchsickerns, enthalten. Innerhalb des Gesprächs wird eine delikate Manipulation zwischen normalen und verschwiegenen Fakten, zwischen dem Diskutierbaren und dem Undiskutierbaren vollzogen. Das Durchsickern des Undiskutierbaren wird deshalb nicht deutlich, weil eine fortwährende Sinnproduktion abläuft, eine ständige Diskussion über verifizierte und wechselseitig anerkannte Fakten sowie die Herstellung von zufälligen Verbindungen zwischen einzelnen Ereignissen” (Bar-On 1999:34). Die Probleme werden in der kollektiven Interaktion abgefangen, auf diese Weise kann die Verleugnung fortgesetzt werden und ihre Symptome sind kaum erkennbar.

Die kollektive Dimension der Situation, die durch eine paradoxe Rede geschaffen wird, ist in mehrfacher Hinsicht bedeutend. Die wechselseitige Ergänzung je einzelner Perspektiven und Geschichten zu einer Übereinstimmung darüber, was gesagt werden darf und was nicht, etabliert eine Definitionsmacht über die Zuschreibung und Anerkennung von Faktizität. Das Opfer, das ja Teil der gemeinsamen Interaktion ist, befindet sich zwischen zwei Realitäten, im Gefühl des

²⁰ Hier kann zur Übernahme fremder Perspektiven führen, so dass Fremderzählungen als eigene Erinnerung auftauchen, obwohl sie konträr zum Erleben stehen.

²¹ Das gilt vor allem für sein Buch “Die Last des Schweigens” (1993), das sich mit Kindern von NS-Tätern beschäftigt, aber auch für seine weiteren Schriften (Bar-On 1988, 1997, sowie Bar-On/Brendler 1997).

Zweifels über die Wirklichkeit seiner Erfahrung, da kein begrifflicher Bezugsrahmen besteht, um die Tatsachen geltend zu machen. Das Gespräch geht über die Tat hinweg, die Rede geht weiter, erschafft eine gemeinsame Struktur des Beschweigens und die restliche, die geteilte und gemeinsam akzeptierte Wirklichkeit ist in Komplizenschaft mit dem Täter. Es entsteht ein narratives Muster, das sich von den Beteiligten ablösen und verselbständigen kann, d.h. selbst nachdem der Bericht über die historische Wahrheit längst unmöglich geworden ist, weil ihre Zeugen nicht mehr am Leben sind, besteht weiterhin die Struktur, die sie verstummen ließ. Weil das Übersehen der verräterischen Zeichen im kollektiven Einvernehmen geschieht, ist das Durchbrechen einer paradoxen Erzählstruktur nur durch einen Eingriff von außen möglich. Daraus ergibt sich Bedeutung und Unverzichtbarkeit der historischen Wahrheit, denn erst und allein das sichere Wissen um die tatsächliche Geschichte ermöglicht den Aspektwechsel, das Heraustreten aus der Geschlossenheit der paradoxen Bindung und ein Bewusstsein, von dem aus sich das verborgene Geheimnis lüften und sich die Struktur um dieses herum erkennen lässt. Ihr Abbau schließlich ist ein "kollektiver Prozeß der Anerkennung und des Durcharbeitens" (Bar-On 1999:33).

Die öffentliche Anerkennung der Tatsachen und die "Wiederherstellung" ihrer Wahrheit stellt sich zugleich dringender und schwieriger dar, wenn es sich um politische Katastrophen und gesellschaftliche Verbrechen handelt. "Affektive Abkapselung, bearbeitende Phantasie und historische Realität sind in individuellen Erinnerungen, im kollektiven Gedächtnis und in der politischen Auseinandersetzung miteinander verwoben" (Bohleber 1997:968). Bohleber stellt die Vollständigkeit der Abwehr gegen das Wissen über das Trauma heraus, die Vermeidung, sich mit den Grausamkeiten und den Schrecken zu befassen und sich den Gefühlen zu stellen, die sie hervorrufen, durch alle, die damit in Berührung kommen: "Um uns vor der Konfrontation mit diesen Affekten zu schützen, vermeiden wir zu wissen. Das trifft nicht nur auf direkt Traumatisierte zu, sondern auf alle, die am Trauma irgendwie teilhaben als Täter, Zuschauer, oder eher entferntere Zeugen, wie etwa Kinder von Betroffenen" (Bohleber 1997:968) ²². Eine weitreichende gesellschaftliche Einigkeit dieser Art dokumentierte sich in dem "Triumph des Beschweigens" (Frei 1996) im Deutschland der Nachkriegszeit und in der damaligen Forderung nach Amnestie, die die Kriegsverbrecher einschloss. Wobei die erstarrten Rituale der offiziellen, staatlich sanktionierten Erinnerungspolitik jene Verschränkung von Erinnerung, Verleugnung und Ignoranz unterstützten und zum eingeschränkten Realitätsgefühl für die Vergangenheit beitrugen. Die *silenced facts* dieser "Vergangenheitspolitik" (Frei 1996) aber verletzten, behinderten oder zerstörten das Erinnerungsvermögen von Einzelnen oder Minderheiten, die Opfer von Traumatisierungen waren. Sie untergrub das Sicherheitsgefühl der Betroffenen und den Zugriff auf

²² In diesem Zusammenhang betont Bohleber auch, wie schon oben angesprochen, das Nichtwissen als einen aktiven Prozeß.

diese Realität, weil deren Wahrheit durch die Abwehrstrategien der Mehrheit verzerrt und verdunkelt wurde.

Traumatisierung und Zeitparadox: Intersubjektive Dimensionen

Die Unsicherheit gegenüber der Wahrheit des Geschehens ist eine Folge des traumatischen Ereignisses selbst, denn es birgt ein "Paradox: das Trauma stellt die größte Konfrontation mit der Realität dar, aber es ereignet sich als ein absolutes Betäubtsein gegenüber dieser Realität. Die Unmittelbarkeit des Einbruchs wird erst in einer Form von Nachträglichkeit voll erlebt. Das Trauma kann nicht da erfahren werden, wo es passiert, sondern es ist mit einem anderen Ort und einer anderen Zeit verbunden, an dem es erst voll evident wird oder mit voller Stärke ausbricht" (Bohleber 1997:965). Diese Diskrepanz zieht sich durch die Entwicklung des Traumabegriffs²³, ist seinen verschiedenen Fassungen gemeinsam und bildet insbesondere auch die Voraussetzung, um die Auswirkungen einer Extremtraumatisierung zu verstehen. "Für Freud lag der eigentümliche Charakter des Traumas in seiner verspäteten Wirkung" (Bohleber 1997:964). Weil es dem Opfer unmöglich wird, dem Erlebten einen Sinn zu geben und es in den Erfahrungszusammenhang einzuordnen, entsteht eine Art "Loch im seelischen Gewebe" (Bohleber 1997:965) und eine psychische Struktur, in der das Erlebte eingekapselt wird. Die kognitive Bewertung der Erfahrung und ihre semantische Repräsentation sind unterbrochen, daher ist die verstörende Erfahrung nicht mitteilbar. "Mit dem Wort ‚Entsetzliches, beschreibt die Sprache den Begriff ‚Trauma, auf eine anderer Weise, nämlich als das Heraus-setzen beziehungsweise Ent-setzen eines Menschen aus seiner bisher tragfähigen Kontinuität realen und emotionalen Erlebens" (Eckstaedt 1989:469). Als Folge der Traumatisierung hinterlassen die Ereignisse, die nicht in das Bewußtsein integriert werden können, Dauerspuren im psychischen Apparat und an Stelle dieser psychischen Lücke bildet sich im Bewusstsein ein sich fortschreibendes Muster von Deckerinnerungen und Deckbildern, von der Erinnerung nachträglich eingefügte Fremdkörper. Die "Spätschäden" infolge von Traumatisierung reißen die Barriere ein. Denn: "Die traumatische Realität ist zeitlos" (Bohleber 1997:965); sie ist zu einer zweiten Wirklichkeit geworden, aus der zu einem späteren Zeitpunkt unkontrolliert Erinnerungen auftauchen, die die Präsenz des Schmerzes wieder aufrufen und die Isolation des Opfers erneuern.

Aus dem Verständnis des Traumas und des Zeitparadoxes, das mit ihm einher geht, folgt ebenso wie aus der Analyse der paradoxen Verleugnung deshalb die Notwendigkeit, das Geschehene zu bestätigen und durch eine kommunikative Gemeinschaft zu kontextualisieren. "Deshalb braucht

das Trauma einen nachträglich sinnbildenden Bezugsrahmen, der bei kollektiven Traumatisierungen auch einer gesellschaftliche Verständigung bedarf" (Bohleber 1997:959). Darin liegt die Bedeutsamkeit eines Buchs wie "Die Unfähigkeit zu trauern", das die Bemühung um die Anerkennung der historischen Wahrheit in die öffentliche Auseinandersetzung trug: "Verstehen und Einfühlen werden von Mitscherlichs in einen historischen Zusammenhang gestellt. Sie erschöpfen sich nicht in der Bearbeitung innerer Introjekte ohne historische Aufklärung. Erinnerung, Schuldanerkennung und therapeutische Bearbeitung der Traumatisierung gelingen bei politisch-gesellschaftlichen Katastrophen nur, wenn der Rahmen einer öffentlichen Kommunikation vorhanden ist" (Bohleber 1997:962).

Große Beachtung hat in diesem Zusammenhang die Untersuchung der transgenerationalen Weitergabe von Geheimnissen, von Trauma, Gewalt, Verlust und Schuld in der Nachgeschichte des Nationalsozialismus gefunden²⁴. Dabei wurden Ähnlichkeiten im Verhältnis der zweiten Generation zur Vergangenheit in Täter- und Opferfamilien erkennbar. Sie werden zum einen erklärt durch die massive und massenhafte Traumatisierung in der Nachkriegssituation, die nahezu die gesamte deutsche Bevölkerung erfasste²⁵. "So wie es gravierende Unterschiede in der Massivität des Traumas gibt, so ist auch die Extremtraumatisierung durch den Holocaust ohne Beispiel. Aber die moralisch notwendige Unterscheidung zwischen Täter und Opfer sollte nicht am Trauma-Begriff festgemacht werden, der einer empirisch-klinischen Definition bedarf. Ein solch massives und massenhaft erlebtes Trauma hat einerseits eine amorphe Präsenz, die alles durchdringt und die innere Repräsentanz über mehrere Generationen hinweg prägt. Das Trauma wird ein unbewußtes Organisationsprinzip" (Bohleber 1997:972). Zum anderen werden die Kinder durch das Tabu, die Abkapselung oder die Lüge, die über der Vergangenheit liegen, in den Pakt des Schweigens hineingezogen. Sie werden zu Trägern eines Geheimnisses, das ihnen aber unbekannt bleibt, eine fremde Geschichte, die vor ihrer eigenen Lebenszeit und außerhalb ihrer eigenen Erfahrung liegt. Dann kann sich eine Form der Bindung zwischen den Generationen herstellen, in der die Identifizierung mit einem historischen Objekt, nämlich der geschichtlichen Realität der Elterngeneration, dazu führt, dass sich auf Seiten der Kinder Mythen und Phantome einstellen. Entscheidend daran ist, dass diese keine eigenen Verdrängungsleistungen sind, sondern Fremdkörper im Ich der Kinder bleiben.

Im Fall von Familien des Täterkollektivs macht sich eine Unfähigkeit zu fragen bemerkbar, es können entlehnte Schuldgefühle auftreten, die der Geschichte der Eltern angehören, oder es wird

²³ Zur Vorgeschichte des Freud'schen Traumabegriffs und ihren Zusammenhang mit dem Auftreten von psychischen Störungen nach dem Erlebnis eines Eisenbahnunglücks sowie des Schocks als einer Erfahrung der Modernität siehe Schivelbusch (1995).

²⁴ Siehe dazu außerdem Bohleber (1990), Faimberg (1987), Hardtmann (1992), Roberts (1998), Rosenthal (1997) sowie Eckstaedt (1989).

unmöglich, eine klare Trennung zwischen Familiengeheimnissen und den ungelösten Konflikten aus der NS-Zeit vorzunehmen. Das Vakuum, entstanden durch die Leugnung der Mehrdeutigkeit durch die Eltern, verursachte eine Gespaltenheit, die kaum noch als Nachwirkung des Nationalsozialismus erkennbar war. „Die ‚zweite Generation, wuchs in dem Zwiespalt auf, daß sie es besser haben sollte, während ihr eigentlich das eigentlich Wichtige und Notwendige, nämlich *Verlässlichkeit* und *Aufrichtigkeit* vorenthalten wurde“ (Eckstaedt 1989:498)²⁶. Im Versuch, die Zeit davor zu löschen, setzte man mit der „Stunde Null“ einen Neubeginn und wandte sich den Dingen der Konsumgesellschaft zu²⁷. Die geistigen und ideellen Verluste wurden ignoriert, das Ausmaß der Verbrechen und der Zerfall von Moral und Politik heruntergespielt. Nach dem katastrophalen Ausgang des „Tausendjährigen Reiches“ „erlebte die nunmehr ‚vaterlose, ‚zweite Generation, daß die Überlebenden vielfach zur Tagesordnung übergingen, als wäre nie etwas gewesen, nachdrücklich schwiegen und auf gelegentliche Fragen ausweichend oder in pauschal entschuldigenden Standardwendungen antworteten. Auf diese Weise ging die Irreführung der ‚ersten Generation, als eine Verwirrung in das Unbewußte der ‚zweiten, ein und wurde dort wirksam. Diese Orientierungslosigkeit beziehungsweise Desorientierung äußerte sich nicht in einfachen Symptomen, sondern war in Entwicklungen und Identität eingegangen“ (Eckstaedt 1989:497).

Die problematische Bindung, die auf den nichterzählten oder verheimlichten Geschichten des Traumas oder der Schuld aufbaut, zeichnet sich durch das Überspringen und die Nichtanerkennung der Generationengrenze aus. Jenes Phänomen der „*téléscopage*“ (Faimberg 1987) verursacht ein gestörtes Zeiterleben in der zweiten Generation und untergräbt deren Realitätsgefühl. Die unbewusste und unfreiwillige Komplizenschaft entfremdet das Selbst, dessen fragmentierte Identität auf keine gesicherten Fakten zurückgreifen kann. In einem erweiterten Verständnis von Erinnerungsarbeit ist daher die historische Realität und ihre Aneignung in den psychoanalytischen Deutungsprozess einzubeziehen, denn „ohne die Rekonstruktion der traumatischen Vergangenheit kann die notwendige Unterscheidung von Phantasie und Realität nicht getroffen werden“ (Bohleber 1997:986-987)²⁸. Dass dies nicht ohne einen kritischen Rekurs auf die Geschichte der

²⁵ Siehe dazu beispielsweise „Die Flucht der Deutschen“ (Spiegel 2002), Grass (2002), Schäfer (1985).

²⁶ Gitta Sereny hat das Problem dieser „Generation without a Past“ bereits Anfang der 1960er Jahre beschrieben: „In a world where youth is gaining increasing freedoms and far earlier maturity, the parent generation in Germany firmly maintain their traditional hold, and young Germans remain children while their contemporaries abroad begin to affect the course of nations. The German parents *need* their children as a living proof of their own intrinsic honour, a vindication of their values – an extension of themselves“ (2001:62). Auch sie betont die Funktion von materiellem Wohlstand und Wirtschaftswunder: „I think they (the parents, E.S.) compensate for other things ... In the final analysis, I suppose, for the fact that the children are Germans“ (2001:63). Sie dazu auch Hübner-Funk (1990, 1992) und Rosenthal (1986).

²⁷ Dazu siehe Niethammer (1983 u.1992).

²⁸ Hierzu noch einmal Sereny: „but it is not the parents alone who limit and control their horizon. It is that whole generation, including all their teachers and their government. It is the system. Mass media has shown them (the young, E.S.) that there is another way of life, different reactions in other youths of other nations, and they admire and imitate them: in their dress, their bearing and their way of speaking peppered with

psychoanalytischen Theoriebildung und Praxis selbst geschehen kann, hat Anita Eckstaedt (1989) gezeigt.

Dem Wissen um das Geschehene kommt somit auch unter dem Aspekt eines Übergangs von Erinnerungsspuren im Unbewussten zwischen den Generationen eine außerordentliche Bedeutung zu und es ist entscheidend für den Versuch, die Derealisierung der Vergangenheit aufzubrechen. Darüber hinaus gewinnt hier die Kollektivität der paradoxen Situation, die sich aus den verschwiegenen Tatsachen ergibt, selbst eine historische Dimension: "In den Eltern-Kind-Konstellationen und Entwicklungsprozessen der sog. zweiten Generation in Deutschland verknüpfen sich Zeitgeschichte und individuelle Pathologie" (Bohleber 1997:985). Die Beziehung der Generationen in der Nachgeschichte wird als die Schnittstelle betrachtet, an der sich Geschichtsschreibung und Familiengeschichte überkreuzen. Dieses soziale Gedächtnis ist zum Gegenstand neuerer Forschungen geworden, in denen "die Praxis der mündlichen Tradition ..., der Bestand an konventionellen historischen Dokumenten wie Memoiren, Tagebücher etc., gemalte oder fotografische Bilder, kollektive Gedenkrituale sowie geographische oder soziale Räume" (Welzer 2001:15) untersucht werden. Es sind die Formen, in denen Geschichte weitergegeben wird und die einer Ungleichzeitigkeit unterliegen, "das heißt der gleichzeitigen Anwesenheit verschiedener historischer Zeiten in den aktuellen Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen von Menschen" (Welzer 2001:19). Besondere Beachtung finden die benutzten Medien, vor allem die Bilder, an denen sich ,wahre, und ,falsche, Erinnerungen festmachen, die in besonderer Weise deren emotionale Qualität ausdrücken und vermitteln und an denen sich individuelle und kollektive Dimensionen überlagern. "Es geht hier um so etwas wie ein Alltags- oder Erfahrungsunbewußtes" (Welzer 2001:19).

In der Geschichtsschreibung hat das weiterentwickelte Verständnis von Gedächtnis und Trauma ebenfalls zu Konsequenzen geführt, sodass eine strikte Trennung von Geschichte und Gedächtnis als unbrauchbar für die Zeitgeschichte angesehen wird. Es wurde eine Richtung eingeschlagen, in der "Erinnern als ein Rekonstruieren von Latenzen in der Auseinandersetzung mit Gegenwartswahrnehmungen konzipiert wird. Insofern ist das Gedächtnis des einzelnen auf soziale Interaktionen und auf die Objektivationen des Kulturgedächtnisses - von der Schrift bis zum Symbol und vom Ritus über das Denkmal bis zum Archiv - verwiesen" (Niethammer 2000:363). In diesem Zusammenhang betont der Historiker Lutz Niethammer allerdings die "Individualerinnerung überlebender Opfer. Die Produktionsbedingungen und die gesellschaftliche Aneignung solcher Individualerinnerungen Überlebender der paradigmatischen Gedächtnisorte des 20. Jahrhunderts können zwar mit seiner (gemeint ist der Soziologe Maurice Halbwachs, E.S.)

American expressions. But it's makeshift, make-believe. They talk freedom but don't know how to free themselves, how to be and to stay free. You cannot be with them for more than a few moments without the

Theorie sehr gut analysiert werden, aber ihre Wahrheit nicht. Dafür muß man jenes innere und in diesem Fall traumatisierte Gedächtnis voraussetzen, das in den ‚postjüdischen, Beiträgen zur Gedächtnistheorie um die Jahrhundertwende zuerst theoretisiert worden war“ (Niethammer 2000:362). Mit der Differenz, an der die historiographischen und die soziologischen Erkenntnisabsichten auseinandertreten, werde ich mich im letzten Kapitel ausführlich auseinandersetzen. Hier aber ist der entscheidende Anlass und Bezugspunkt der Erinnerungsgeschichte festzuhalten, um zu verhindern, dass der “Memory-Boom” in einen Missbrauch der Erinnerungsgeschichte umkippt, nämlich zu einer Disqualifizierung des Zeugnisses der Opfer und damit zu einer Bestätigung der Geschichte der Sieger beiträgt²⁹. Darin wiederholt sich letztlich nur jene Beliebigkeit, die Hannah Arendt bei einem Besuch in Deutschland 1950 feststellte: “Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen” (1993:29). Wenn dagegen ausgehend von der “Verwobenheit in diesen besonderen geschichtlichen Ort” (Bohleber 1997:982) eine Auseinandersetzung mit der äußeren Realität gesucht werden soll, ist dies heute nicht nur eine Sache der “Gesamtsumme harter, unausweichlicher Fakten” (Arendt 1993:30) sondern des Verhältnisses dazu und der Historizität eben dieses Verhältnisses.

Das Symptom der Nachträglichkeit: Hinweise auf das Verschwiegene

Welche Konfigurationen des Denkens aus diesem Verhältnis zu den geschichtlichen Tatsachen heraus entstehen, welche Symbolisierungen, die die sozialen und die intrapsychischen Dimensionen integrieren, ist inzwischen ein Anliegen der Kulturwissenschaften geworden³⁰. Auch in diesem Kontext wird die Weitergabe der Gedächtnislücken und ihrer Verdeckung im Verhältnis zwischen den Generationen als eine gravierende Veränderung betrachtet. Denn: “Hiermit ist die Nachträglichkeit der Symptombildung, die das Trauma immer schon kennzeichnet, in die Dimension der historischen Zeit eingebrochen” (Weigel 1999:64). Sigrid Weigel hat insbesondere

subject of the detested *Obrigkeit* – authority or hierarchy – coming up” (2001:63).

²⁹ Darauf hat Gabi Zipfel (1999) im Bezug auf die Geschichte von Frauen hingewiesen. Ein aktueller Fall aus der Wissenschaftsgeschichte sind die Einwände von Vera Morgenweck-Lambrinos und Martin Trömel (2000) zu Ruth Simes Biographie von Lise Meitner (2001) und ihrer Darstellung der Entdeckung der Kernspaltung. Dort werden die Erinnerungen von Otto Robert Frisch, der den “Fehler” machte, sie als persönlich und unvollständig abqualifiziert, während die Erinnerungen von Otto Hahn ohne das geringste Zögern als bare Münze genommen werden.

³⁰ Siehe dazu Assmann (1993), Assmann/Hardt (1991), Assmann/Hölscher (1988), Niethammer (1985), LeGoff (1992), Weigel (1990, 1994, 1997, 1999) und Winter/Sivan (1999). Aus soziologischer Perspektive wird die Problemstellung bei Echterhoff/Saar (2002), Esposito (2002), Kölsch (2000) sowie Welzer (2001) angegangen. Das traumatisierte kollektive Gedächtnis bzw. das Problem der Schuldabwehr steht im Zentrum bei Diner (1995), Erdle (1996, 1999), Eschebach u.a. (2002), Loewy (1996), Heinrich (2002), Niethammer (1999), Platt/Dabag (1995), Weber (1990), Weber/Tholen (1997) sowie Weigel (1996) und Weigel/Erdle (1996).

darauf aufmerksam gemacht, dass damit das Zeitparadox des Traumas weitergegeben wird. “Da die inter-personale Überschreitung der individuellen Symptome und die Übertragung der psychischen Umarbeitung verkapselter Erinnerungsspuren im Konzept der ‚transgenerationellen Traumatisierung, in die Dimensionen der Generationenfolge projiziert ist, überschreitet die Zeitstruktur der Nachträglichkeit damit die Grenze der individuellen Biographie und des psychischen Apparats eines Individuums. Die Nachträglichkeit traumatischer Bedeutungszuschreibung überspringt dabei die Zeitmarke eines Lebens” (Weigel 1999:65). Die weiterleitende Frage, die ich in diesem Zusammenhang aufgreifen möchte, interpretiert das Symptom der Nachträglichkeit als den Einbruch der Störung in die Geschichte: “Die gegenwärtige Wirkung eines Fremdkörpers im Gedächtnis ist also als Erinnerung beschrieben, die sich in Form der Nachträglichkeit auf eine psychische Lücke bezieht. Somit ist die Gedächtnisfigur des Traumas derart strukturiert, daß eine fremdkörperartige Erinnerung die Lücke *markiert* und den Bezug zu ihr, bzw. zu dem darin Fehlenden, zugleich *verdeckt*. Wie aber nun gestaltet sich dieses Verhältnis von Lücke und Fremdkörper im kollektiven Gedächtnis bzw. in der historischen Zeit?” (Weigel 1999:65)³¹

Daraus folgt, dass ein Begriff des Traumas, der nur die Verzögerung erfasst, unzureichend ist. Die Auffassung “that ‚traumatic, memories are not a separate category of remembrance, but simply an extreme phenomenon of processes of recollection we all share” (Winter/Sivan 1999:16) schneidet deren kollektive Wirkungen und speziell die Generationen übergreifenden sozialen Konsequenzen ab. Umgekehrt stellt eine Vorstellung von “Geschichte *als* Trauma” (Weigel 1999:54) die Folge einer unzulässigen Verallgemeinerung dar, die den Unterschied zwischen dem Konzept des Posthistoire und einer Nachgeschichte, die aus einem traumatischen Geschehen ergibt, verwischt³². Die Verwechslung von Ende und Ursprung geht mit einer Neigung zur “Umschrift von Historie in Genealogie” (Weigel 1999:67) einher, in der sich mythische Zeitvorstellungen ausbreiten. “Um dieser dem Paradigma des Transgenerationellen anhaftenden Tendenz einer Remythisierung zu entgehen, käme es in geschichtstheoretischer Hinsicht also darauf an, die Zeit- und Bedeutungsstruktur der Nachträglichkeit zu betonen. In der Nachgeschichte traumatischer Ereignisse von kollektiver Relevanz und historischem Ausmaß läßt sich Geschichte nurmehr als Einbruch transgenerationeller Nachträglichkeit in die Symbolisierung und chronologische Konstruktion der Ereignisse denken” (Weigel 1999:67). Das Symptom, das im Täter-Kollektiv auftritt, ist eine Beschädigung der Chronologie und dass sie bereits schon früher, nämlich direkt nach dem Krieg in der Selbstdefinition der “jungen Generation” der Nachkriegsliteratur zum

³¹ Brede beschreibt dies als einen Vorgang, in dem “der Effekt einer Vergangenheit entsteht, die in die Gegenwart wie ein Fremdkörper hineinragt, weil ihre Wirklichkeit geleugnet wird” (1997:893).

³² Siehe dazu insbesondere das Buch “Entstellte Ähnlichkeit. Walter Benjamins theoretische Schreibweise” (Weigel 1997).

Tragen kam, hat Weigel an anderer Stelle ausgeführt³³. Die Verwirrung der Zeitenfolge war, ebenso wie auch die besondere Bedeutung, die der Jugend gegeben wurde, ein hervorstechendes Merkmal der Texte, die mir vorlagen.

Schließlich ist ein weiterer Aspekt zu bedenken: “Zu fragen wäre allerdings ob jene obsessiven und phantomatischen Formen, in denen sich die traumatischen Erinnerungen und die Lücken im Gedächtnis der vorausgegangenen Generation bei den Heutigen fortzeugen, noch als Variante des Traumas zu fassen sind?” (Weigel 1999:76) Die Aufmerksamkeit wäre dann eher auf die “Fortzeugung des Unausgesprochenen in nachträglichen Vergegenständlichungen bzw. Objektbildungen” (Weigel 1999:76) zu richten. Die Orientierung an den Formen des unablässigen Reproduzierens jener Schuld³⁴ ist eine programmatische Formulierung, die ich aufgegriffen habe, um im thematischen Feld von Atomkrieg die sichtbaren und unsichtbaren Schichten dieser Rede kenntlich zu machen und die spezifischen Muster in der Überkreuzung von Realmoment und Verleugnung im Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit herauszuarbeiten.

Im Anschluss an die hier vorgestellte Diskussion möchte ich deshalb eine Interpretation der Reaktionen auf die “Göttinger Erklärung” als paradoxer Diskurs vorschlagen, in dem verschiedene Positionierungen im sozio-politischen Kontext zur wechselseitigen Verstärkung einer Gedächtnisstruktur beitragen, die sich in der Deck-Konstruktion des wissenschaftlichen Gewissens verdichtet. Aufgrund der Blockade, die die traumatischen Ereignisse von subjektivem oder historischem Wissen absperrt, kann dies jedoch nicht in einem direkten Zugang geschehen, sondern setzt eine Analyse der Elemente und Verfahren des *silencing*, der Verdunklung und des Verschweigens von Erinnerung, voraus, die an dieser Stelle zusammenwirken. Mit dem Blick für die Funktionsweise und Effekte der paradoxen Rede, insbesondere für das Bestehen eines lockeren Kontakts zu dem, was nicht zur Sprache kommen sollte, war es möglich, jene Spuren zu lesen, in denen sich ein teilweises Auftauchen von Erinnerungen bemerkbar macht und sich zu einer allgemeinen Stimmung der Bedrohung verdichtet.

Die sozialen Formen des Gedächtnisses sind bislang vorzugsweise bezogen auf räumliche Gestaltungen, Städte und Orte, Traditionen einer Kultur oder neuerdings auf die Weitergabe von Erinnerungen in der Familie untersucht worden. Hier wird es um eine breite öffentliche Bewegung, einen institutionellen Zusammenhang und eine informelle politische Gruppierung gehen. Eine

³³ Siehe “Die ‚Genealogie, als symbolische Form. Zum genealogischen Diskurs im Gedächtnis nach 1945” (Weigel 1999), zu diesem Thema auch Briegleb (1996) und Hübner-Funk (1990 u. 1992)

³⁴ Die Stelle in der “Negativen Dialektik,” auf die sich Weigel dabei bezieht, lautet: “Die Schuld des Lebens, das als pures Faktum bereits anderem Leben den Atem raubt, einer Statistik gemäß, die eine überwältigende Zahl Ermordeter durch eine minimale Geretteter ergänzt, wie wenn das von der Wahrscheinlichkeitsrechnung vorgesehen wäre, ist mit dem Leben nicht mehr zu versöhnen. Jene Schuld

zentrale Frage, die sich in jedem dieser drei Kontexte stellt, richtet sich darauf, wie sich in der jeweiligen kollektiven Formierung die Traditionsbildung um eine Lücke, um eine Auslassung herum darstellt und wie sich dies auswirkt. Die soziologische Untersuchung einer Verbreitung von Abwehrstrategien wird damit auf die Betrachtung der Effekte der verzerrten und entstellten Erinnerung auf die sozialen Zusammenhänge selbst erweitert. Neben die inhaltlichen Aussagen, die sich direkt auf die Vergangenheit beziehen, treten damit jene oft abstrakten Denkmuster, die für die Selbst-Verständigung bedeutungsvoll sind und die Organisation sozialer Kollektive betreffen. Unter diesem Aspekt ist das untersuchte Material sehr unterschiedlich und es wird eine je eigene Dynamik sichtbar. Im Fall der Physiker kommt eine Strategie der Normalisierung über den redundanten Gegensatz von Wissenschaft und Politik zum Zuge. Die Schwierigkeit bestand hier darin, sich dem zentrifugalen Sog des Diskurses zu entziehen und die Wahrheit bzw. die *silenced facts* in den Auslassungen und Einfügungen nicht aus den Augen zu verlieren. Die zerbrochene Logik und verworrene Chronologie erzeugt ein System von Ablendungen ineinander verschachtelter oder auseinander gerissener Gedankengänge³⁵, das sich zudem über die einzelnen Texte hinaus fortsetzt. Bei den Frauen der Friedensbewegung handelte es sich dagegen darum, das misslungene Durchbrechen der Derealisierung aufgrund einer Überblendung sichtbar zu machen und jene Punkte auf halber Strecke zu markieren, an denen die Denkmöglichkeiten unterbrochen werden und zum Stillstand kommen.

Das Zeitparadox, das mit der traumatischen Erfahrung und dem Trauma einhergeht, widerspricht einer Auffassung, die den historischen Prozessen prinzipiell Stetigkeit und Kausalität unterstellt. Die Erinnerungsspuren im Übergang zwischen Generationen, wie sie im Konzept der *télescope* verstanden werden, verweisen auf die unwiederbringliche Zerstörungen in den Archiven kollektiver Erinnerung ebenso wie auf zwischenmenschliche Räume, in denen sich ein Echo des Vergangenen ausbreitet. Eine solche Konzeption unterbricht auch die lineare Reihenfolge in der Rekonstruktion des Gewesenen und erfordert eine andere Art der Darstellung. Die Rekonstruktion wird damit zu einem Vorhaben, die verschiedenen Schichten eines Ereignisses im Gedächtnis freizulegen, was auch bedeutet, dass es notwendig wird auf eine Begebenheit wieder zurückzukommen und zwar umso öfter, je mehr die Abwehr eingegriffen hat. Gegenstand der Untersuchung sind die Muster, die in den Texten und über die Einzeltexthe hinaus entwickelt werden, schon gar nicht sind es Einzelsätze über singuläre Tatbestände. Diese Erinnerungsmuster entziehen sich Einzelaussagen und sind nur in einem Deutungsprozess zu erfassen.

reproduziert sich unablässig, weil sie dem Bewußtsein in keinem Augenblick ganz gegenwärtig sein kann” (Adorno 1982:357).

³⁵ “Hoherhobenen Hauptes wandelt das Subjekt über das Schlachtfeld der gemordeten Begriffe.” (Adorno 1975:195) - an diesen Satz mußte ich während der Lektüre immer wieder denken.

Mit den Forschungen zum Trauma als kulturelles Deutungsmuster, in deren Zentrum die spezifische Zeitstruktur des Traumas, die Nachträglichkeit der traumatischen Bedeutungszuschreibung steht, eröffnet sich eine neue Lesbarkeit der Texte über die Atombombengefahr und die Bedeutung von Wissenschaft in diesem Diskurs. In Orientierung an den historischen und literaturwissenschaftlichen Studien, die insbesondere jene Symbolisierungen und ihre Formen untersuchen, die durch die Erinnerung eines Vergessenen und Verschwiegenen hervorgebracht werden, richtet sich daher eine erste Betrachtung auf die literarischen Texte, die im Rahmen der Anti-Atomwaffenbewegung entstanden sind. “(D)ie Umwandlung des Lebens in einen Text dient nicht der Sinnerklärung sondern der Eintragung von Ereignissen in ein kollektives Gedächtnis, in diesem Falle in das Gedächtnis einer Nation” (Jurii M. Lotmann nach Scherpe 1992:VIII). Ausgehend von dieser Feststellung sind zunächst die Grundlinien einer Erinnerung, die mit dem Realmoment der Atomkriegsgefahr aufgerufen wird, herauszuarbeiten, bevor die beiden vertiefenden Studien über die Gedächtnisrekonstruktionen der Physiker und den Erinnerungsdiskurs der friedensbewegten Frauen folgen. In allen drei Abschnitten der vorliegenden Arbeit gilt meine Aufmerksamkeit besonders den Effekten, die durch den “Riß in der Identität der Form der Zeit” (Weber/Tholen 1997:13) hervorgebracht werden. Von diesen Momenten aus ist das Verhältnis der Zeitschichten zu bestimmen, um die sich fortschreibenden Muster erkennen und die Störung des Geschichtsbegriffs identifizieren zu können.

Über das Verständnis des Zeitparadoxes ist es weiterhin möglich, die ausgreifende Wirkung jener Störung zu erkennen und am Diskurs über die Gefahren der Atombombe zu zeigen, wie sie in das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft eingreift. Das Ausbleiben einer kollektiven und öffentlichen Anerkennung der historischen Realität verursachte eine umfassende Beschädigung aller Aspekte der gesellschaftlichen Erfahrung. Sie beschränkt sich nicht auf die Versuche, das Vergangene herunterzuspielen und zu beschwichtigen, sondern tangiert auch die Prozesse des Umdenkens und Einordnens, in denen sich die Widersprüche um einen “Riß in der Erfahrung” (Niethammer 1987:162) organisieren, um eine im Alltag als unwirklich erlebte Gegenwart und eine nicht benennbare Belastung. Sie prägt die Ausrichtungen des politischen Engagements und die Beziehung zum kulturellen Erbe: “Vielmehr hat die Verdrängung des in der Moderne konstitutiven Anteil der jüdischen Kultur an der deutschen wie ein Vakuum gewirkt, das seit der Nachkriegszeit das unbefriedigte Selbstverständigungsbedürfnis der Nachgeborenen ansaugte und auf die säkular verallgemeinerte Erbschaft der jüdischen Erinnerungskultur verwies. Das Abgespaltene hat sich von den Verdrängten und Ermordeten gelöst und bleibt im Bewußtsein gegenwärtig, aber gleichsam wie ein Phantomschmerz. In ihm hat sich die erinnerte Tradition heilsgeschichtlicher Vergegenwärtigung kollektiver Identität in die Pflicht zur Vergegenwärtigung des Unheils, das von der eigenen Kultur ausgegangen ist, verkehrt. Ausgebildet wurde eine Gedächtnismatrix, die die

eigene Kultur und kollektive Identität bleibend in Frage stellt” (Niethammer 1992:33)³⁶. In diesem Verhältnis kommt ein historischer Tatbestand zum Ausdruck, der beim Lesen dieser Quellen stets zu berücksichtigen ist.

Durch Schweigen und Entwirklichung ist eine Lücke - *void* - in der gesellschaftlichen Unbewusstheit (Erdheim) entstanden, die in der Rede über den Atomtod als eine Verkreuzung von Erinnerung und Abwehr zu einem sprechenden Schweigen führt. Der Abstand zur Vergangenheit erlaubte eine gewisse Annäherung, in der sich zugleich eine Verselbstständigung und Abstraktion der problematischen Erinnerungen ereignete. Die einzelnen Aspekte und Befunde dieses Prozesses werden im Schlusskapitel in einer gesellschaftstheoretischen Perspektive diskutiert und dort finden die hier begonnen Überlegungen eine direkte Fortsetzung. Die Aufgabe besteht dann zum einen darin, die Bezugspunkte des Begriffs von Erinnerung und Gedächtnis zur allgemeinen soziologischen Theorie zu markieren und ein komplexes Konzept des Zusammenhangs von Wissenschaft und Gesellschaft zu skizzieren, mit dem es möglich ist, die besondere Funktion von Wissenschaft im gesellschaftlichen Raum der westdeutschen Nachkriegszeit zu verstehen.

³⁶ Gershom Scholem hat sich mit Nachdruck “Wider den Mythos von deutsch-jüdischen Gespräch” ausgesprochen: “Der Versuch der Juden, sich den Deutschen zu erklären und ihre eigene Produktivität ihnen zur Verfügung zu stellen, sogar bis zur völligen Selbstaufgabe hin, ist eine bedeutendes Phänomen, dessen Analyse in zureichenden Kategorien noch aussteht und vielleicht jetzt erst, wo es zu Ende ist, möglich werden wird. Von einem Gespräch vermag ich bei alledem nichts wahrzunehmen. Niemals hat etwas diesen Schrei erwidert ... Als sie zu den Deutschen zu sprechen dachten, da sprachen sie zu sich selber”. Er geht dann auf Simmel ein, die Passage schließt mit: “Es ist wahr: daß jüdische Produktivität sich hier verströmt hat, wird jetzt von den Deutschen wahrgenommen, wo alles vorbei ist. Ich wäre der letzte zu leugnen, daß darin etwas Echtes – Ergreifendes und Bestürzendes in einem – liegt. Aber das ändert nichts mehr an der Tatsache, daß mit den Toten kein Gespräch mehr möglich ist und von einer ,Unzerstörbarkeit dieses Gesprächs, zu sprechen, scheint mir Blasphemie” (nach Weber/Tholen 1997:11-12). Zu diesem Aspekt siehe auch Diner (1993) Bauman (1992).



I.3. Zukunft und Vergangenheit des Atomzeitalters: Von Katastrophen und ihren Helden

“Töte mich nicht, denn siehe, ich bin ein Flüchtling aus dem Atoll von Bikini”.

Aus: *Fische, die nach Luft schnappen*

von Wolfgang Koeppen (1948)¹.

Den Beginn des Atomzeitalters kann man auf verschiedene Weise datieren: Mit der Entdeckung der Kernspaltung in Berlin 1938 oder mit dem ersten kritischen Reaktor 1942 in Chicago, am 16. Juli 1945, als in der Wüste New Mexicos die erste Atombombe gezündet wurde, oder 21 Tage später, als eine Bombe über Hiroshima abgeworfen wurde. Möglich wäre es auch, die neue Zeit mit der Testserie im Bikini-Atoll im Sommer 1946 beginnen zu lassen, die die amerikanische Regierung dort vor den Augen der Weltöffentlichkeit durchführen ließ und über deren Resultate ausführlich in der Presse berichtet wurde, bevor genauere Einzelheiten über die Folgen der Bombenexplosionen in Hiroshima und Nagasaki zu erfahren waren. Einen weiteren Anfang hatte die Sowjet-Union gemacht und als Truman 1949 eingestehen musste, dass man dort ebenfalls über Atombomben verfügte, löste die Nachricht eine große Beunruhigung aus. Die unverhohlenen Machtdemonstrationen der USA hatten die Befürchtungen vieler Wissenschaftler geweckt, die im weiteren Wettrüsten der Supermächte keinen Lösungsweg sahen und die Pläne für den Bau einer Wasserstoff-Bombe kritisierten. Doch ungeachtet dessen erfolgten die ersten Tests dieser Bomben im November 1952 und wiederum dauerte es nur ein Jahr bis die Sowjet-Union nachzog. Offiziell gaben die USA am 17. März 1954 bekannt, dass sie eine einsatzfähige H-Bombe besitzen, die sie zu testen beabsichtigen. Wenige Tage später folgte die Nachricht, dass während des Tests von “Bravo” am Morgen des 1. März im Eniwetok-Atoll das japanische Fischerboot “Der glückliche Drache” in die Nähe der Gefahrenzone geraten war. Infolge des Kontakts mit dem hochradioaktiven Niederschlag wurde die Besatzung strahlenkrank und ihre Ladung kontaminiert. Die Weltöffentlichkeit reagierte schockiert, denn nun traten die speziellen Gefahren der Radioaktivität ins Bewusstsein. Die Ausbreitung der Spaltprodukte in der Atmosphäre durch den *fall out* und die Verseuchung der Lebensmittel in der Nahrungskette erwiesen sich als unkontrollierbar, sie ließen sich nicht auf den Ort eines möglichen Atomkrieges beschränken und sie traten nicht erst im Kriegsfall sondern bereits bei der Erprobung der Atomwaffen auf. Es kam international zu einer Veränderung in der Wahrnehmung der Atombombengefahr, die als eine globale Bedrohung erkannt wurde.

Kernenergie: Versprechungen und Hoffnungen

¹ Nach Wagenbach 1994.

Die Welt vom 10. August 1955 erklärte demgegenüber das Jahr 1955 zum Beginn des Atomzeitalters, “nach einer schöpferischen Pause von einem Jahrzehnt” (nach Stölken-Fitschen 1995:166), wie erläuternd hinzugefügt wurde. Der Artikel berichtete über die erste Internationale Konferenz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie, die im August 1955 in Genf stattfand. 2000 Wissenschaftler und Experten aus 72 Nationen hatten sich dort für zwei Wochen auf Einladung der UNO versammelt, unter der Federführung der USA und unter der von Eisenhower verkündeten Parole: “Atome für den Frieden”. Der Titel zeigt die Fortsetzung einer Propagandakampagne an, die damit begonnen hatte, dass Eisenhower 1953 im Namen der USA einen scheinbaren Abrüstungsvorschlag vorgetragen hatte, dessen Details allerdings so gefasst waren, dass sie den militär-politischen Zielen des eigenen Reaktorprogramms nicht zuwiderliefen. Der Kern des Vorschlags bestand in einem Atom-Pool, der Förderung internationaler Kooperationen zur Entwicklung neuer Atomtechnologien im Bereich der zivilen Nutzung, wofür die USA der UNO einen Teil ihres spaltbaren Materials zu Verfügung stellen wollte. Dabei war die Ablehnung der Sowjet-Union von vorneherein einkalkuliert², die Abkommen mit westlichen Staaten standen unter Voraussetzungen, die den USA die Kontrolle darüber sicherten, und die Öffnung gegenüber der Industrie hatte die Erhöhung der Rentabilität und die Verwertung von Nebenprodukten zum Ziel. Vor allem aber war es auf diese Weise möglich, auf eine Beruhigung der alarmierten Bevölkerung hinzuwirken, während verdeckt eine forcierte Aufrüstung betrieben wurde (vgl. Eckert 1987 und 1990).

Die Versprechungen, die an die zivile Nutzung der Kernenergie geknüpft waren, riefen die Hoffnungen und Wunschbilder von Frieden, Fortschritt und Wohlstand auf. Um das Format dieser Botschaft nicht zu beeinträchtigen, wurde während der Konferenz sorgfältig auf die Ausblendung aller negativen und bedenklichen Aspekte, insbesondere der Atombomben, geachtet³. Ein spektakulärer Mittelpunkt der Genfer Veranstaltung waren die aufwendigen Expositionen, die nach dem Vorbild der Weltausstellungen gestaltet waren, denn wie diese sollten sie “im Gewande eines Friedenskongresses daherkommen und den Gedanken eines friedlichen Zusammenlebens aller Völker ausstrahlen” (Stölken-Fitschen 1995:160). In dieselbe Richtung ging die Inszenierung der Wissenschaft, die über die Grenzen hinweg wieder zu jener internationalen “Familie der Atomforscher” (Robert Jungk 1956) zurückzufinden schien, die der Zweite Weltkrieg und nachfolgende Kalte Krieg zerrissen hatte. Die Unvoreingenommenheit und die Freiheit des Dialogs in der gemeinsamen Sprache ihrer Wissenschaft galten als das Vorbild zu einer Völkerverständigung, wie sie in der Politik dringend erwünscht wurde. Auch diesem Punkt trugen

² Und zwar über die Menge des freizugebenden Materials: “Die Menge x könnte so festgesetzt werden, daß wir sie aus unserem Vorrat leicht erübrigen könnten, daß sie für die Sowjets jedoch nur schwierig zu erreichen wäre” (Robert Cutler, Eisenhowers Sonderassistent für Fragen der Nationalen Sicherheit an den Vorsitzenden der Atomic Energy Commission, Lewis L. Strauss, nach Eckert 1987:71).

die Organisatoren Rechnung und die AEC ernannte Laura Fermi, die Witwe des italienischen Nobelpreisträgers⁴ zur "Historikerin der Konferenz". Mit *Atoms for the World* (1957), so der Titel ihres Berichts, schien sich in Sachen Atomenergie die Wende vom Guten zum Bösen vollzogen zu haben und eine neue Periode der Menschheitsgeschichte angebrochen zu sein.

Das Ereignis in Genf hatte eine besondere Bedeutung in Deutschland: Dort hatte zwar die Forschung zur Atomenergie mit der Entdeckung der Kernspaltung ihren Ausgang genommen, aber die Wissenschaftler waren im Krieg von der weiteren Entwicklung abgeschnitten gewesen und anschließend davon ausgeschlossen worden. Im Mai 1955 war es zum Abschluss der Pariser Verträge gekommen und deren entscheidende Konsequenz für die deutschen Kernphysiker bestand in der Aufhebung der Forschungssperren, die das Kontrollratsgesetz Nr.25 ihnen auferlegt hatte. Der Weg war frei für das bundesdeutsche Atomprogramm und den Anschluss an die internationalen Großforschungsprojekte; in diesem Moment kam die Genfer Veranstaltung den Zielen der deutschen Physiker enorm entgegen. In Genf waren sie endlich wieder dabei und der missliche Forschungsrückstand zählte bei der "friedlichen" Ausrichtung der Konferenz weniger, wenn er nicht gar in eine Expertise umgedeutet werden konnte. Mit dem deutschen Wiedereinstieg in die Kernforschung zu diesem Zeitpunkt schien es möglich, dort wieder anzusetzen, wo man vor der Atomwaffenentwicklung gestanden hatte, und Genf bot die Gelegenheit, sich mit dem Hinweis ins Spiel zu bringen, dass man sich in Deutschland sowieso nur auf die Energiegewinnung konzentriert habe. Die emphatische Feier der Internationalität, mit der die Konferenz begangen wurde, ließ den Eindruck entstehen, als seien jene Störungen innerhalb der *scientific community* ausgeräumt, die die deutsche Vergangenheit betrafen⁵.

Für Deutschland war auf mehreren Ebenen im Jahr 1955 der Krieg zu Ende gegangen. Mit dem Auftritt westdeutscher Physiker in Genf konnte sich die BRD als gleichberechtigter Partner der internationalen Staatengemeinschaft und im Rahmen der Westintegration bestätigen. Der Respekt, der ihnen entgegengebracht wurde, unterstrich den Erfolg der BRD-Regierung, die ihre politischen Ziele auf nationale Souveränität, NATO-Eintritt und Wiederbewaffnung hatte umsetzen können. Ein weiteres Ereignis, das im Bewusstsein der bundesdeutschen Öffentlichkeit des Jahres 1955 eine vielleicht alles überragende symbolische Bedeutung einnahm, war die Rückkehr der letzten zehntausend deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion im Oktober. Die Darstellung der

³ Über die Folgen der Atombombenexplosionen zu sprechen war tabu, in der Eröffnungsrede zur Konferenz wurden Hiroshima und Nagasaki nicht erwähnt und der Genetiker Hermann J. Muller war mit Redeverbot belegt worden (vgl. Stölken-Fitschen 1995:128 u. 164).

⁴ Enrico Fermi hatte im Rahmen des Manhattan-Projects die Chicagoer Reaktorversuche geleitet und war einer der prominentesten Wissenschaftler, die sich am Bau der amerikanischen Atombombe beteiligt hatten.

⁵ So wurde die Anekdote kolportiert, der Nobelpreisträger Otto Hahn, der 1946 in Stockholm für die Entdeckung der Kernspaltung geehrt wurde, sei von vielen Teilnehmern der Konferenz nicht erkannt worden. Aber es überwog die Erleichterung darüber, daß das "Eis jahrzehntelanger Isolierung schmolz" (Karl

Spätheimkehrer in den Medien war unbelastet von Fragen nach Schuld und Verantwortung, vielmehr wurde das Bild von Männer gezeichnet, die das Elend der Gefangenschaft ehrenvoll ertragen und eine zivile Zukunft vor sich hatten (vgl. Moeller 1996, 1998 u. 2000). Als die Stuttgarter Zeitung am 27. Dezember 1955 einen Bericht über die Genfer Konferenz mit “Die Heimkehr der deutschen Atomwissenschaft” (Stölken-Fitschen 1995:187) betitelte, traf sie damit den Punkt im öffentlichen Diskurs, an dem sich das Prestige der Physiker mit dem kollektiven Gedächtnis der Nation verkreuzte.

Vor diesem Hintergrund entfaltete sich eine Atomeuphorie, in der Zukunftsphantasien und die Erfahrung des Wiederaufbaus ineinander übergangen. Das “Atom” wurde zum “Symbol des Aufbruchs in eine neue Zeit, die die Nachkriegsära beenden und eine Hebung des Lebensstandards ermöglichen würde” (Stölken-Fitschen 1995:170). Nun schien die unendliche Energiequelle für ein technisches Paradies des Überflusses, in dem sich Friedenshoffnungen und Fortschrittsutopien realisieren sollten, in eine greifbare Nähe gerückt zu sein (vgl. Radkau 1983). In allen Facetten wurden die wunderbaren Aussichten des Atomzeitalters ausgemalt; sie betrafen nicht allein die Elektrizitätserzeugung, Atomenergie wurde als universaler Fahrzeugantrieb gepriesen und geschätzt, daß ein Auto⁶ mit Atommotor im Heck 8000 km weit käme; man kam über die Einsatzmöglichkeiten radioaktiver Isotope im medizinischen Bereich, in der Landwirtschaft und bei der Lebensmittelkonservierung ins Schwärmen; man prophezeite die Kontrolle von Wetter und Klima als Voraussetzung für die Abschaffung von Hunger und Armut. *Wir werden durch Atome leben* (Stölken-Fitschen 1995:156), wie ein Buchtitel verkündete.

Quer zum politischen Spektrum war man sich darüber einig, an einer Zeitenwende zu stehen, der Atomminister Strauß sah darin “denselben Einschnitt in der Menschheitsgeschichte (...) wie die Erfindung des Feuers für den primitiven Menschen” (nach Stölken-Fitschen 1995:176). An der Schwelle von der Barbarei der Vergangenheit zur Atom-Zivilisation standen nicht nur praktisch-technische Erwägungen zur Debatte, sondern es ging um den Rang Deutschlands in der Zukunft. Die amtliche Begründung des ersten Atomgesetzentwurfs von 1956 hielt dementsprechend fest, dass “ein Staat, der auf dem Gebiet der Erforschung, Erzeugung und Nutzung der Kernenergie nicht konkurrenzfähig ist, an wirtschaftlicher und politischer Geltung hinter den Nationen mit einer entwickelten Atomwirtschaft zurückstehen muß” (nach Stölken-Fitschen 1995:182). Der 1956 verabschiedete “Atomplan” der SPD hob dagegen mehr auf eine Perspektive des Friedens und der internationalen Verständigung ab: “Dann wird das Atomzeitalter das Zeitalter werden von Frieden und Freiheit für uns alle”, hieß es abschließend. In diesen Kreisen betrachtete man das “friedliche

Winnacker nach Stölken-Fitschen 1995:187). Zur Wahrnehmung der teilnehmenden Physiker und ihrer Berichterstattung siehe den letzten Abschnitt des folgenden Kapitels.

⁶ Dabei handelte es sich allerdings nicht um einen VW, sondern um ein von den Ford-Werken geplantes Modell (vgl. Gleitsmann 1986:27).

Atomzeitalter“ eher als eine zweite industrielle Revolution, mit der “für Millionen Menschen eine neue und (...) bessere Zeit hereinbrechen” würde, wie es der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg ausdrückte (nach Stölken-Fitschen 1995:174). Man setzte auf die Verbindung von “Atom und Automation”, wie der Slogan des SPD-Parteitag 1956 lautete, denn: “Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist ein Zustand erreicht, in dem es Armut und persönliche Not nicht mehr zu geben braucht. Kein Transportproblem, keine Organisationsfrage ist mehr unlösbar, wenn die Menschen wirkliche den Willen haben, die Errungenschaften unserer Zeit dem Frieden und der Wohlfahrt aller dienstbar zu machen. Die Politik gerät unter den Zwang der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Die Souveränitäten lösen sich auf. Die ganze Frage des Nationalismus liegt im Mülleimer der Geschichte (...) Der Friede ist zu verwirklichen” (Waldemar von Knoeringen, SPD Bayern, nach Stölken-Fitschen 1995: 170).

In eindrucksvollen Bildern ist diese Verbindung Sozialutopie und Fortschrittsglauben, die uns heute aus vielen Gründen so befremdlich erscheint, von Ernst Bloch im *Prinzip Hoffnung* formuliert worden: “(D)as Delirium in der Kettenreaktion ist ja einzig ein imperialistisches. Wie die Kettenreaktionen auf der Sonne uns Wärme, Licht und Leben bringen, so schafft die Atomenergie, in anderer Maschinerie als der Bombe, in der blauen Atmosphäre des Friedens, aus Wüste Fruchmland, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium und Thorium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln. Sie würden ausreichen, um der Menschheit die Energie, die sonst in Millionen von Arbeitsstunden gewonnen werden muß, in schmalen Büchsen, höchstkonzentriert, zum Gebrauch fertig anzubieten” (1979:775) Im Bild von “der blauen Atmosphäre des Friedens” wurde die Sensation der Ausstellungen zur Genfer Konferenz eingefangen, nämlich der eigens gebaute Leichtwasser-Reaktor vom “Schwimmbad-Typ”. Die Kühlflüssigkeit dieses Reaktortyps leuchtet eindrucksvoll blau, ein Effekt, der als Cherenkov-Strahlung bekannt ist.

Verunsicherung durch die Gefahren radioaktiver Strahlung

Obwohl weltweit überhaupt noch kein einsatzfähiger Reaktor existierte und trotz der ungelösten Probleme mit der Endlagerung des Atommülls und der Strahlenbelastung wurde dem Atomzeitalter entgegengesehen als “einer unverrückbaren Tatsache und einem unabänderlichen Faktum, das von allen gesellschaftlichen Gruppen beifällig, wenn nicht enthusiastisch begrüßt wurde” (Stölken-Fitschen 1995:179). Joachim Radkau hat darauf hingewiesen, dass in der Frühphase der deutschen Atomenergietechnik die kritischen Fragen noch verhältnismäßig offen diskutiert wurden und erst mit der Umsetzung des Atomprogramms ihre Ausklammerung und Verdrängung als eine Form der “Angstabwehr” (Radkau 1986) zum Tragen kam. Im Überschwang der

Machbarkeitsphantasien glaubte man, alle noch anstehenden Probleme in der Zukunft technisch lösen zu können. Auf die späte Bewusstwerdung der Gefahren hat auch Ilona Stölken-Fitschen hingewiesen und in diesem Zusammenhang vor allem die krasse Zwiespältigkeit herausgestellt, mit der die Kernenergie in den 1950er und 1960er Jahren wahrgenommen wurde. Denn spätestens seit dem Unfall des japanischen Fischerbootes 1954 stand den ausschweifenden Verheißungen der atomaren Zukunft eine tiefgehende Verunsicherung gegenüber. Es machte sich eine Atompanik breit; im Verdacht, ohnmächtig an "Die lautlose Waffe" (Thirring 1956) und die unsichtbare radioaktive Wolke, die Sintflut und Seuchen nach sich zieht, ausgeliefert zu sein, wurden mit Angst die Wetterberichte verfolgt und kommentiert. Das Unheimliche der "Todesstrahlen" war etwas, was im Alltag weder erkannt noch kontrolliert werden konnte: "Heiße Körnchen – unsichtbare Todbringer", wie es eine Überschrift in *Das Gewissen* vom April 1959 formulierte. Die Zeitschrift, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, über die Gefahren der Atomenergie aufzuklären war 1956 gegründet worden, im gleichen Jahr entstand auch der "Kampfbund gegen Atomschäden". Aktiv wurden in diesem Rahmen nun viele, die in der Paulskirchenbewegung des Jahres 1955 gegen die mit den Pariser Verträgen beschlossene Wiederbewaffnung der BRD protestiert hatten.

Bemerkenswert an der in den folgenden Jahren einsetzenden Diskussion über die neu erkannten Gefahren ist, dass die engen technischen Zusammenhänge zwischen einer zivilen und einer militärischen Anwendung überhaupt kein Thema wurden (vgl. Stölken-Fitschen 1995:189 und Radkau 1983:92). Vielmehr wurde die Gleichzeitigkeit von Atomeuphorie und Atomangst in der formelhaften Gegenüberstellung von *Leben oder Tod* (Pauling 1960) "Gefahr oder Segen" (Hahn 1955), *Drohung und Versprechen* (Jordan 1954), "Drohung oder Verheißung" (Strauß 1956), *Aufstieg oder Untergang* (Bhabha u.a. 1957) bzw. direkt als die Alternative "von Gut und Böse, von lebensfördernder oder lebensvernichtender Kraft" (nach Stölken-Fitschen 1995:191) zum Ausdruck gebracht. Nebeneinander standen Buchtitel wie *Wir werden durch Atome leben* (Löwenthal/Hausen 1956), *Der Mensch oder das Atom* (Kollath 1958) und die Schriften *Gegen den Tod* (Vesper/Ensslin [1964] 1981) und *Es geht ums Leben!* (Heipp 1965), beides Textsammlungen aus den Jahren der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung. "Wir stehen zwischen Hoffnung und Angst vor dieser erschlossenen, doch noch ungebändigten Gewalt" diagnostizierte ein Autor zum Thema "Atomzeitalter und Menschlichkeit" (*Wirtschaftsdienst* 1955 nach Stölken-Fitschen 1995:191).

Die Entscheidung zur Umkehr und zur Umwandlung einer zerstörerischen Gewalt in eine Macht des Friedens hatten bereits die Stellungnahmen in *One World or None* (1946) der *Federation of American Scientists* gefordert und Einstein hatte dort seine pazifistischen Vorschläge zu einer neuen politischen Weltordnung unterbreitet. Linus Paulings Buch *No More War* (1958) hieß auf deutsch *Leben oder Tod im Atomzeitalter* (1960) - der veränderte Titel markiert eine signifikante Verschiebung. Denn in Deutschland wurde vor allem die ethische Seite des Problems betont und die

Atombombentests wurden als eine moralische Grenzüberschreitung gewertet: "Atomrüstung bleibt unmoralisch", überschrieb das *Freie Wort* vom 17. Mai 1958 ein Interview mit Max von Laue. In der westdeutschen Öffentlichkeit wurden die Wissenschaftler zu Hoffnungsträgern, die angesichts einer ungeheuerlichen Bedrohung den moralischen Einspruch einsetzten. Darauf beruhte die besondere Rolle, die ihnen in der Diskussion um die Gefahren der Atomwaffen zugedacht wurde, wie schon an den Reaktionen auf die Göttinger Erklärung deutlich wurde. Dieses Leitmotiv wurde in den vielen Resolutionen, die im *Blaubuch* dokumentiert sind, ständig erneuert und durchzieht die Artikel, die in der Zeitschrift mit dem bezeichnenden Titel *Das Gewissen* erschienen. Es wiederholt sich in den philosophischen und gesellschaftspolitischen Überlegungen, die von der Tagespresse bis zu wissenschaftlichen Zeitschriften reichten ebenso, wie in zahlreichen literarischen Verarbeitungen, in Gedichten, Romanen, Hörspielen und Theaterstücken, in denen das Thema aufgegriffen wurde. Die Zuspitzung der Ambivalenz, die mit der Atomenergie verbunden war sowie ihre Wendung zur "überpolitischen" Gewissensfrage stellt das spezifisch deutsche Moment der Atomdebatte dar. "Käme doch über diese Herren (gemeint ist die Bundesregierung, E.S.) etwas von den Gewissensängsten der achtzehn deutschen Professoren, die mit ihrer Erklärung die Welt aufgerüttelt haben! Gewissen und Menschlichkeit stehen gegen Unmenschlichkeit und Brutalität" (*Hamburger Abendblatt* im April 1957, nach Stölken-Fitschen 1995:213).

Darstellungen einer möglichen Katastrophe

Um dieser besonderen Konstellation von Wissen und Schuld, Gewissen und Schweigen im folgenden genauer nachzugehen und zu zeigen, wie bei der Verwandlung von Angst in Hoffnung durch die Wissenschaft die Vergangenheit ins Spiel kommt, konzentriert sich meine Textauswahl auf den literarischen Bereich. Bei der Durchsicht wird schnell deutlich, dass die Thematisierung der Gefahren durch Atomwaffen und durch einen atomaren Krieg sich in zwei verschiedene Typen einteilen lässt: die Katastrophengeschichten und die Wissenschaftlerstories. Die ersteren will ich nur summarisch skizzieren, sie interessieren mich hier vor allem deshalb, weil ich daran zum ersten Mal meine These formulieren will und daran deutlich wird, warum es literarische Texte sind, die ich hier in den Vordergrund stelle und wie ich sie betrachte. Trotz der unterschiedlichen Handlungsabläufe und der verschiedenen Darstellungsweise weisen die Texte eine Reihe von zusammenhängenden Motiven auf.

Die Handlung der Katastrophengeschichten setzt nach dem Atomkrieg ein. Der Ort der Handlung ist eine Welt, die ganze Welt, die zum Nirgendwo einer Staub- oder Wasserwüste geworden ist. Diese Nach-Welt ist vor allem menschenleer. Der Titel von *Keiner kommt davon* (1957), Hans Helmut Kirsts Beschreibung vom Untergang Europas, nimmt den Ausgang vorweg, meist aber ist der

Atomkrieg schon vorbei und es wird das Schicksal einer kleinen Gruppe von zufällig Überlebenden geschildert. In einer teils pulverisierten, teils felsigen Umgebung, unter einem dunklen Himmel und an einem bleiernen Meer lässt Jens Rehn die drei Protagonisten seines Romans *Die Kinder des Saturn* (1959) die Schreckensszenen ihres körperlichen und geistigen Verfalls erleben. Die verwüstete und zerbombte Landschaft offenbart die Aussichtslosigkeit und das innere Geschehen, das sich dem Verständnis immer mehr entzieht⁷. Es ist das typische Bild, das nur einmal in diesen düsteren Zukunftsbeschreibungen durchbrochen wird, nämlich in Günter Eichs Hörspiel "Die Stunde des Huflattichs" (1981), in dem die zerstörte Natur zu einem Dschungel, eben einem Dickicht aus Huflattich geworden ist, der ganz Europa überwuchert und in dem sich seine Gestalten zurechtfinden müssen. Die privilegierten Flüchtlinge hingegen, die sich auf *Die Insel der Seligen* (einem gleichnamigen Theaterstück von Heinz Risse von 1958), retten konnten, gehen im 28. Jahr nach der Katastrophe auf ihrem Eiland im Indischen Ozean an der Leere ihrer Kommunikation und ihrer Sucht nach Abwechslung beinahe zugrunde - eine Flutwelle kommt dem bevorstehenden Ausbruch der Gewalt zuvor. Dagegen versorgt sich Arno Schmidts Ich-Erzähler in der Novelle "Schwarze Spiegel" (1990) mit zufriedener Genugtuung aus den Restbeständen der untergegangenen Kleinbürgerwelt in der Lüneburger Heide.

Die beschriebene Katastrophe ist immer auch eine Verwüstung des Sozialen. Sie ist entweder dem tragischen Ereignis vorausgegangen oder tritt als dessen Begleiterscheinung auf. Auf der zweiten Deutung liegt der Schwerpunkt, wenn das Erleben größerer Gruppen und nicht Einzelschicksale im Mittelpunkt des Handlungsablaufs stehen, etwa bei Kirst oder in den Romanen *Die Erben des Untergangs* von Oskar Maria Graf und *Der graue Regenbogen* von Stefan Andres (1959) sowie in Heinrich Bölls Theaterstück *Ein Schluck Erde* (1962). Die wüstenhafte Leere kommt in diesen Fällen durch den Zerfall politischer Strukturen und sozialer Bindungen zum Ausdruck; verängstigte, abgestumpfte Massen unter der Tyrannei brutaler, verrohter Banden beherrschen die Szene, wobei die einen wie die anderen gezeichnet sind durch den Verlust ihrer Menschlichkeit. Ohne Solidarität und ohne Moral, von Selbstsucht und Gier beherrscht, was, je nach dem, wie es ausgeht, einen Schritt auf dem Weg zum endgültigen Verfall oder eine Zwischenstufe zur Erneuerung der Menschheit darstellt, bei dem die Differenz kultureller Orte verschwindet.

Ein mehrfach wiederkehrendes Bild ist das Auftauchen einer Flutwelle, so bei Rehn, Risse, Andres und Böll. Die Sintflut ist eine Bestrafungsmetapher und in diesem Sinne wird sie auch eingesetzt⁸; es bleibt jedoch im Dunkeln, wofür die Bestrafung erfolgt, wie die Vorgeschichte der Katastrophe

⁷ "Um temporale Abläufe einzelner unverbundener Erlebnisse (nicht Handlungsabläufe innerhalb einer Ereigniseinheit) leicht erinnern zu können, bedarf es einer räumlichen Orientierung, da im Gedächtnis verräumlicht wird" (Rosenthal 1995:78).

⁸ Es finden sich auch übertragene Verwendungen. Unter dem Titel "Vor dem Atomzeitalter: Schöpferische Pause und Umkehr" wurde in den Frankfurter Heften ein Vorabdruck aus dem Buch "Atom bedroht die Welt"

schlechthin. In den Darstellungen der Katastrophe, treten die Akteure als Opfer auf, die anonymen Mächten ausgeliefert sind bzw. waren. Allenfalls werden unglückliche Verstrickungen angedeutet, die dumpf erinnert werden. Das “Davor” der Katastrophengeschichten ist ein unbestimmtes Verhängnis, eine vage Vorstellung von Schuld als Auslöser des Unheils, womit das Unfassbare der imaginierten Bedrohung verstärkt wird. Die Welt nach dem Eintritt des Schlimmsten ist ortlos und leer aufgrund der völligen Vernichtung der Kultur und auch durch den Verlust des Gedächtnisses. Diesen Aspekt zeigt insbesondere Bölls *Ein Schluck Erde* (1962), ein Stück, das gleich ganz in eine Wasserwelt verlegt ist und in dem ein wesentlicher Teil der Handlung darin besteht, im Meer nach den Überresten der versunkenen Zivilisation zu tauchen. Herausgefischt werden unter anderem uns vertraute technische Alltagsgegenstände, die nicht mehr erkannt werden können. Die Wasser der Sintflut trennen die Figuren von ihrer Vergangenheit und das Unwissen darüber ermöglicht die Aufrechterhaltung despotischer Verhältnisse.

Das “Danach”, nach der Katastrophe, ist plaziert in verheerte und entvölkerte Landschaften, die keine historischen Orte mehr sind, in denen jede Geschichte radikal gelöscht ist. Das korrespondiert mit dem Befund der Literaturwissenschaft, die in der Aufhebung der jüngsten geschichtlichen Erfahrungen in eine “überhistorische, von Zeichen des Katastrophischen und der Vernichtung entstellten Bildlandschaft” (Weigel 1999:237) einen eigentümlichen Zug der deutschen Nachkriegsliteratur erkennt. Diese Übereinstimmung mit den literarischen Verarbeitungen der Atomkriegsdrohung ist der erste Ansatzpunkt, dem ich folge, um die apokalyptischen Bilder der Atomangst als Elemente einer paradoxen Rede zu lesen, die im Sprechen zugleich etwas verschweigt. Ein weiterer wichtiger Orientierungspunkt, den ich aus diesen Forschungen im Bereich der Nachkriegsliteratur und im Hinblick auf die Reflexion der unmittelbaren Vergangenheit gewinne, besteht in der Beachtung der spezifischen Zeitstruktur des Traumas, nämlich die Nachträglichkeit einer traumatischen Bedeutungszuschreibung. Ausgehend von einem Verständnis der Literatur als Bilderarchiv des kollektiven Gedächtnisses ergibt sich dann für die kulturellen Deutungsmuster, in denen die Wahrnehmung der globalen Bedrohung durch einen Atomkrieg gefasst wird, eine Lesbarkeit, die ich für meine Fragestellung nutzen möchte. Daher habe ich die literarischen Bearbeitungen des Themas ins Zentrum der folgenden Überlegungen gestellt.

Die wesentlichen Grundzüge, die am Beispiel der oben angeführten Romane und Dramen zu beobachten sind, finden sich ebenfalls in den kürzeren Beiträgen, die in dem Band *Gegen den Tod* (Vesper-Triangel/Ensslin 1964) zusammengefasst sind oder in den Texten, die für die entsprechenden Abschnitte in *Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat von 1945 bis heute* (Wagenbach u.a. 1994), *Deutsche Literatur zwischen 1945 und 1959* (Wagenbach 1993) oder *Gedichte gegen den Krieg* (Fassmann 1983) ausgewählt wurden. Einen sehr guten

von Bodo Manstein (1960), dem Begründer des “Kampfbundes gegen Atomschäden” publiziert. Eine

Eindruck von der damaligen apokalyptischen Stimmung vermittelt auch der Abschnitt “Die Atombombe erledigte seine Phantasie” im Katalog zur Ausstellung *Literatur im Industriezeitalter* des Literatur-Archivs in Marbach (Ott 1987). Bereits der oberflächliche Blick auf diese Sammlungen lässt erkennen, dass die Liste der Autoren, die sich in der Bewegung gegen den Atomkrieg literarisch und politisch engagierten, zu großen Teilen identisch ist mit jenen Schriftstellern, die sich in der BRD-Öffentlichkeit immer wieder kritisch zur Vergangenheit und zum Nationalsozialismus äußerten. Allerdings folgte ihr eigenes Verhältnis dazu einer spezifischen und sehr prekären Positionierung, die in einer teils tatsächlichen, teils aber nur angenommenen Zugehörigkeit zu einer Zwischengeneration bestand. Die “junge Generation” verfügte zwar über ein Wissen von den Verbrechen, ihr wurde jedoch aufgrund ihres Alters generell eine Schuldlosigkeit daran zugeschrieben. In seinem programmatischen Text “Das junge Europa formt sein Gesicht” (1946) beschrieb Alfred Andersch “diese junge deutsche Generation, die Männer und Frauen zwischen 18 und 35 Jahren, (als) getrennt von den Älteren durch ihre Nicht-Verantwortlichkeit für Hitler, von den Jüngeren durch das Front- und Gefangenschaftserlebnis, durch das ‚eingesetzte‘ Leben also” (in Wagenbach 1994:57). Und Hans Werner Richter sah dies so: “Sie kehren zurück von den Schlachtfeldern und aus den Konzentrationslagern der Vergangenheit und sie kehren täglich zurück aus den Gefangenenlagern der Gegenwart. Sie stehen vor einer Aufgabe, die fast unlösbar erscheint” (in Wagenbach 1994:60). Aber: “In dem zerstörten Ameisenberg Europas, mitten im ziellosen Gewimmel der Millionen” (Andersch in Wagenbach 1994:55) formieren sich die Kräfte einer europäischen Integration, nämlich: “Uns scheint – trotz aller Verbrechen einer Minderheit – der Brückenschlag zwischen den alliierten Soldaten, den Männern des europäischen Widerstandes und den deutschen Frontsoldaten, zwischen den politischen KZ-Häftlingen und den ehemaligen ‚Hitlerjungen‘ (sie sind es schon längst nicht mehr!) durchaus möglich” (Andersch in Wagenbach 1994:57). Eine solche Selbststilisierung begründete den literaturpolitischen Alleinanspruch der “Gruppe 47”, der rigoros verteidigt wurde. Der Preis dafür bestand in der Reserviertheit, wenn nicht gar der offenen Ablehnung gegenüber der Exilliteratur und programmatischen Vermeidung einer Grundsatzdiskussion, die zur Aufgabe der Selbstgerechtigkeit und zur Konfrontation mit der eigenen Rolle im Täterkollektiv des NS-Systems hätte führen können. Schon in den frühen Texten wird eigene Position zweifach heruntergesetzt, hier durch die Anführungsstriche und durch die in der Klammer nachgesetzte Bemerkung, während von den KZ-Häftlingen nur die politischen erwähnt werden; außerdem sind die Frauen dann nicht mehr genannt. Auf den weitreichenden kulturellen und politischen Einfluss dieser Gruppierung in der Gründungsphase der BRD und für das Selbstverständnis des neuen deutschen Staates ist erst kürzlich genauer eingegangen worden (Briegleb 1996, Hübner-Funk 1990 und 1992, Weigel 1999).

Kapitelüberschrift dort lautet: “Technik – eine zweite Sintflut”.

Dies ist einer der Hintergründe zu meiner Interpretation. Weitere wesentliche Stellungnahmen zur Atomkriegsgefahr kamen von Schriftstellerinnen und von Autoren, die im Exil gewesen waren. Es handelt sich damit um ein Feld, in dem verschiedene Motivationen wirksam werden. Für die weiteren Überlegungen ist daran zu erinnern, dass hier eine wirkliche Gefahr zur Sprache gebracht werden sollte. Dieses in Abrede zu stellen, wäre unsinnig, zumal sich die Überlagerung der verschiedenen Positionen daraus ergibt. Meine Aufmerksamkeit gilt jedoch dem “Wie” der Darstellung und damit auch, wo sie innehält und was sie ausspart; erst dann schließt sich die Frage an, welche Effekte dies auf das “Was” der Rede hat. Die auffällige Abstraktheit und Redundanz der Alternative von “Leben” und “Tod”, mit der die Beunruhigung über die Gefahren der Atomwaffen in der spröden Sprache der Resolutionen geäußert wird, übersetzte die Dramaturgie der Theaterstücke und Romane in ein absichtsvoll ortloses, geschichtsloses und daher auch ursachenloses Geschehen. So werden z.B. die historischen Orte in Bölls Regieanweisung (1962) explizit gelöscht und in Eichs Hörspiel (1981) lauten die Namen der Akteure: Alpha, Beta, Gamma, Delta und Epsilon. Meine These ist, dass in der Besorgnis über das Wettrüsten im Kalten Krieg und das monströse Zerstörungspotential der angehäuften atomaren Waffen zugleich Erinnerungen mitgeteilt werden, die sich mit dem Realmoment der Rede überlagern und überschneiden, und zwar so, dass sie darin verdeckt werden. Dazu ist eine erste Schicht abzutragen und auf die unmittelbare Nachkriegssituation einzugehen, in der sich die zentralen Erfahrungs- und Deutungsmuster herausbilden, die, wie dann zu zeigen sein wird, die Wahrnehmung der Atombombengefahr strukturieren.

Zerstörungen der Vergangenheit

Während einer Reise durch Deutschland notierte Max Frisch 1946 in sein Tagebuch: “Wenn man in Frankfurt steht, zumal in der alten Innenstadt, und wenn man an München zurückdenkt: München kann man sich vorstellen, Frankfurt nicht mehr. Eine Tafel zeigt, wo das Goethehaus stand” (1988:31). Er hat damit die allgemeinen Tendenzen zur Derealisierung der Erfahrungen von Krieg, Gewalt und Zerstörung treffend auf den Punkt gebracht. Am Beispiel der Reportagenliteratur der ersten Nachkriegsjahre hat sich Klaus Scherpe mit diesem Prozess weiter befasst: “Zu erkunden ist die bestimmte Art der Wahrnehmung der Trümmerwirklichkeit, der ungeliebten Erinnerungen an das eben erst beseitigte Dritte Reich, der bestimmte Gestus der Meinungsbildung und des projektiven Denkens angesichts der als ‚Schicksal‘ und Herausforderung begriffenen Gegenwart” (1992:25). In den Reportagen konzentriert sich die Beschreibung der verheerenden Desintegration des alltäglichen Lebens, der zerbrochenen Solidarstrukturen und der sozialen Deklassierung. Ein wesentlicher Teil dieser Literatur sind die Berichte von unterwegs, wie auch die Erzählungen “Am Bahndamm” (Eich), “Jahre in Zügen” (Andersch), “Unterhaltungen am Schienenstrang” (Richter) oder “Der Zug

kam pünktlich” (Böll). Die Hälfte der Gesellschaft (Spiegel 2002) befand sich nach dem Verlust gewohnter Lebensverhältnisse und –zusammenhänge durch Trennung, Flucht, Vertreibung im Zustand einer erzwungenen Mobilität. Von den vielfältigen Aspekten der faktisch vollzogenen gesellschaftlichen Desorganisation ausgehend⁹, richtet sich Scherpes Aufmerksamkeit auf die Ebene der “wahrgenommenen und gedachten Wirklichkeit” (1992:23) bzw. “ideologischen Wirklichkeit” (1992:168) als Teil der zersplitterten und auseinander gerissenen Realität der Kriegs- und Nachkriegsjahre.

“Wir haben keine Gesellschaft mehr” (nach Scherpe 1992:37) – in diesem Satz ließe sich die Einstellung zusammenfassen, die die Stimmung der Nachkriegszeit mehr als alles andere prägte. Nach dem “Zusammenbruch” beherrschten klassenlose “Menschenbrocken” und strukturloses “Menschengewimmel” die Szene und in den Alltagsbeschreibungen trat die Robinson- und Wolfsmentalität des Menschen hervor. In den Beschwörungen gegenwärtiger Not breitete sich die aggressive Opfermentalität aus, die sich als Betrogene empfanden, die “alles verloren haben” und nun “auf der Schattenseite des Lebens” alle gleich geworden waren. Soziale Differenzen wurden durch Schicksalskategorien ersetzt: Heimkehrer, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Kriegerwitwen, *displaced persons*, KZ-Häftlinge statt Unterschiede in Beruf und Bildung, Religion oder Stand. “Eine Vorstellung der Gesellschaftslosigkeit und die Robinsonmentalität der ‚Geschlagenen‘ sind in der Lebenswelt der Nachkriegszeit tausendfach nachweisbar als praktische Faktoren der Lebensbewältigung” (Scherpe 1992:168). Die Überlebensstrategie des Selbermachens und des Handelns auf eigene Faust, die herausragende Bedeutung der Einzelinitiative in einer atomisierten Gesellschaft indiziert Scherpe als die effektive Wirklichkeit einer “im Alltag verankerte(n) Strategie der Derealisierung der sozialen und gesellschaftlichen Interessen und Konflikte” (1992:60). Es sind diese ideologischen Formen der Vergesellschaftung, die den gemeinsamen Bezugspunkt für die Betrachtung der Reportagen und Erzählungen bilden, trotz ihrer oft konträren politischen Ausrichtung und des sehr unterschiedlichen literarischen Umgangs damit.

Im Zentrum der spezifischen Befindlichkeit jener Jahre stand das Bewußtsein, in einer Zwischenzeit zu leben: “*Spannung, Konflikt*, man lebte im Spannungsfeld, östliche Welt, westliche Welt, man lebte an der Nahtstelle, vielleicht an der Bruchstelle, die Zeit war kostbar, sie war eine Atempause auf dem Schlachtfeld und man hatte noch nicht richtig Atem geholt, wieder wurde gerüstet, die Rüstung verteuerte das Leben, die Rüstung schränkte die Freude ein, hier und dort horteten sie Pulver, den Erdball in die Luft zu sprengen, *Atomversuche in Neu-Mexiko, Atomfabriken im Ural*” (Koeppen 1983:9). In der literarisierten Lebenswelt kommt dieses Zeitgefühl ebenso zum Ausdruck wie in den Stereotypen des kulturellen Textes der Nachkriegszeit, mit denen das Jetzt als eine Phase der “Auszeit” und “Quarantäne”, als “Vakuum”, “Stunde Null” oder “Interregnum” bezeichnet

⁹ Dabei bezieht er sich auf die Arbeiten von Lutz Niethammer (1979) und Friedrich H. Tenbruck (1974).

wurde: “Ganz Deutschland ist ein großer Wartesaal” (nach Scherpe 1992:32). Die Bilder verbinden die Unsicherheit und Brüchigkeit des gegenwärtigen Lebens mit dem Entzug historischer Erfahrung und Anschauung.

Den Verlust an historischer Referentialität analysiert Scherpe genauer an der Berichterstattung von den Nürnberger Prozessen. Mit der Überschrift “Freier Fall aus der Geschichte” soll weniger die Inkompetenz der Darstellung reklamiert werden als vielmehr die “Unfähigkeit, die Gegenwärtigkeit des ‚historischen Augenblicks‘ zu bewältigen oder auch nur bewußt zu ertragen” (Scherpe 1992:69), bezeichnet werden. In der Reaktion auf die Unfaßbarkeit der dokumentierten Verbrechen, deren Ausmaße die Sinne wie die Begriffe übersteigt und überfordert, werden Blickrichtungen und Wahrnehmungsmuster zur Entlastung entwickelt. Denn an der Grenze der Darstellbarkeit wird diese zwar artikuliert, aber die beunruhigenden Beobachtungen über das eigene unberechenbare Schwanken zwischen Faszination und Schrecken, sowie die beklemmende Ungegenständlichkeit und Unwirklichkeit der Vorgänge im Gerichtssaal werden in eine Sprache des Theatralischen oder naturhaft Elementaren übersetzt und quasi-theologisch ‚vertieft‘. Das Weiterdenken wird abgebrochen durch eine Isolierung und Ausgrenzung des Nürnberger Gerichts als das Andere der Geschichte, die Scherpe als “symptomatisch für das ‚Vakuum‘ der deutschen Nachkriegszeit” (1992:71) diagnostiziert¹⁰

Der Mangel an historischem Anschauungsvermögen, in dem die Erklärung geschichtlicher und sozialpsychologischer Zusammenhänge stecken blieb, war selbst das Produkt einer abstrakten Rationalität der Gewalt, die sich im vorgelegten Zahlen- und Faktenmaterial noch einmal niederschlug, und der Unmenschlichkeit, die im Gefolge der Zerrüttung der sinnlichen Vorstellungskraft möglich wurde – allein Alexander Mitscherlich ging damals dieser Wechselseitigkeit nach. “Beobachtet wird die Störung, wenn nicht Verstörung der Wahrnehmungsfähigkeit, und zwar nicht nur als gegenwärtiges Phänomen, sondern auch als Zerstörung des historischen Erinnerungsvermögens” (Scherpe 1992:75). In der Unvorstellbarkeit der eigenen Geschichte, blieb nur die Ahnung von einem Schuldzusammenhang, der weder erkannt noch analysiert werden konnte. Lediglich im Befremden, im Entsetzen und in der Panik trat das Abwesende, das Unsichtbare und Nicht-Sagbare hervor und überwog das Sichtbare und die Worte darüber. Die unbeschreibliche Vergangenheit und das unbestimmte Schuldgefühl, das sie auslöste, waren nicht ins Bewusstsein integrierbar, jedenfalls nicht in den vorgefassten und vorgefundenen Denkbewegungen. Die Außerkraftsetzung der Geschichte an diesem Punkt und für diesen Moment wurde zur Ausgangssituation der Abwehr, die zum gewollten Bruch mit dem Vergangenen und der Auslöschung der Erinnerung, zum Verschweigen und zur Tabuisierung führte. Jene inzwischen

¹⁰ Detailliert dazu Brochhagen (1994).

vielfach aufgezeigte Verleugnung und Verdrängung verstärkte den Verlust und die entzogene Erfahrung.

Der Zerstörungsprozess der historischen Erfahrung hinterließ eine Lücke im Bewusstsein und das Gefühl des Vakuums, des Stillstands inmitten der Betriebsamkeit um das alltägliche Überleben. Die Bilder dafür waren in der sichtbaren Leere der Trümmerstädte, die zudem oft aus der Perspektive von Kindern dargestellt wurden, nur allzu präsent: "Öde Gegend mit Menschen" (Wagenbach 1994). Die Beschreibung, "Kassel gleicht einer Steppe, die über ein vergangenes Reich wächst" (Sternberger), kommentiert Scherpe mit dem Satz: "Die Spuren der Vergangenheit werden buchstäblich verwischt" (1992:57). Schock und Traumatisierung am Ende des Krieges legten sich über die Erinnerung an das unmittelbar Vergangene. Die Enthistorisierung verursachte aber nicht nur die Entleerung der Gegenwart, ihr Erleben als eine unerfüllte Zeit, als eine nur kurze Spanne zwischen dem vergangenen Krieg und dem bevorstehenden, sondern brachte auch ein abstraktes, dunkles und karges Zukunftsbild mit sich. Die Aussichten waren rätselhaft, in monotoner Weise unvorstellbar, unbestimmt und unwirklich, wobei, wie Hans Werner Richter in "Unterhaltungen am Schienenstrang" feststellte, der Schrecken, der in das Bewusstsein drang, vor allem ein zukünftiger war: "Vom verlorenen Krieg spricht man nicht, dafür um so mehr vom kommenden Krieg" (Richter nach Stölken-Fitschen 1995:48). Dabei ereignet sich ein Ineinanderschieben der Zeiten, Faschismuserfahrung und das Erleben der Nachkriegszeit überlagern sich im aktuellen Augenblick. Der Pessimismus, der sich in dieser Zeiteinteilung ausdrückte, war die Wirkung der unmittelbaren Gegenwart und bezeichnete nur diese.

Das Leben in der "Zwischenzeit" der Nachkriegsjahre war einerseits geprägt durch den Mangel, den Verlust historischer Orientierung und die Fragwürdigkeit subjektiv verbürgter Identität, eine durch Bedeutungs- und Beziehungslosigkeit eingeschränkte Lebensfähigkeit, andererseits durch "ein Zuviel an Gegenwartserfahrung" (Scherpe 1992:XII), die Detailfülle der Alltagsorgen und die konkrete Vielfalt der aktuellen Eindrücke, eine überwältigende Komplexität. In diesem Dilemma richtete sich die Aufmerksamkeit der Literatur auf den Alltag. "Die zeittypische Reportage folgt dem Bedürfnis nach Konkretisierung und Auffüllung der als ‚Niemandland‘ und ‚Vakuum‘ empfundenen Lebenszeit. Diese Tendenz zur absoluten Vergegenwärtigung, zur Sinnfindung auf engstem Raum, wird bestärkt durch die vorgegebene Publikationsform in Zeitungen und Zeitschriften. Unter diesen Bedingungen und unter dem Primat der raschen, aber bedeutungsvollen Wahrnehmung erscheinen die meisten Texte ‚leer‘ oder zumindest zurückhaltend und unbestimmt, was die historische Auseinandersetzung mit dem Faschismus und die Möglichkeiten einer Zukunftsprognose angeht" (Scherpe 1992:98).

Im Dispens der Geschichte dominierte die konservative und restaurative Tendenz einer geschichts- und zivilisationsfeindlich Gegenaufklärung. Die Legende von der "deutschen Tragödie" rekonstruierte die Vergangenheit als ein unvermeidliches Schicksal und erblickte in den Trümmerstädten eine abgegoltene Schuld; auf diesem Hintergrund wurde im Rückgriff auf Vorstellungen von Apokalypse und Erneuerung eine Umdeutung der Katastrophe zur Chance des Neuanfangs populär. In den Denkbildern des Vitalismus, gepaart mit Moralismus und Elitarismus wurde als Bruch ausgegeben, was Kontinuität war, nämlich das Übergehen der schon begonnen Zukunft gesellschaftlicher Modernisierung und Rationalisierung, sowie eben diese Seite des nationalsozialistischen Systems. Die vorherrschende tragische und heroische Grundstimmung, die "Restauration einer zutiefst konservativen Gefühlshaltung" (Scherpe 1992:60), erweist sich als antimoderne und antidemokratische Einstellung in ihrer Verachtung gegenüber der Masse. In der Reportagenliteratur ist sie erkennbar am denunziatorischen, zynischen und abwertenden Ton der Darstellung, die darauf angelegt ist, im Verhängnis des Massenhaften dem Entstehen von Gewalt zu auf die Spur zu kommen, jener "Bestie Mensch", von der sich der Autor durch Moralisierung distanziert. Über der Masse steht eine Art innerlicher "Herkules" (nach Scherpe 1992:33), der sich ihrem Sog widersetzt und sich selbst besiegt, der sich in selbstgewählter Einsamkeit in das Wahre der Kunst, der Kultur und des Lebens versenkt und skeptisch den Entwicklungen in Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Politik gegenübersteht. "Das ‚tragische Bewußtsein‘ zog Gewinn aus der Niederlage" (Scherpe 1992:20).

Das entgegengesetzte Programm der Avantgarde stand im Zeichen einer emphatisch behaupteten Sachlichkeit und Echtheit, eines "Realismus des Unmittelbaren" (Weyrauch nach Scherpe 1992:24) als Angriff auf diese symbolische Ordnung und ihren Konformitätsdruck. Dennoch vermittelten sich auch in diesem Kontext antidemokratische Vorstellungen: "Ein dezisionistischer Gestus der Kritik, der typisch ist für den radikalen Intellektuellen, räumt die historischen und pragmatischen Markierungen gesellschaftlichen Handelns weg: ‚Wir sind eine Generation, die unmittelbar aus dem unbedingtesten Gehorsam in die unbedingteste Kritik gesprungen ist‘, sagt ein junger Deutscher als Interviewpartner" in Alfred Anderschs Reportage "Das Unbehagen in der Politik" (nach Scherpe 1992:67). Die Überhöhung und Radikalisierung der eigenen Position durch das Material der "Tatsachenschilderung" nivellierte die Distanz zum eigenen Urteil und hob den Unterschied auf. "Unser Hass, der Hass der jungen Generation besitzt die Rechtfertigung der unbedingten Notwendigkeit" (Andersch in "Notwendige Aussage zum Nürnberger Prozess", nach Scherpe 1992:87). In der Tendenz zur Unbedingtheit eines provokativen Entlarvungsstils blieben die Zukunftsgedanken und Zukunftsentwürfe ebenso radikal wie abstrakt; das radikal-humanistische Engagement und die freiheitlich-sozialistische Utopie kamen nicht über die Aufsummierung bindungsloser Einzelner hinaus. Von ambivalenter Wirkung ist in diesem Zusammenhang vor allem die Metapher des "magischen Nullpunkts" von Ernst Jünger, die bei Andersch immer wieder

auftaucht, obwohl sie bei letzterem gegen das Erleben eigener Machtlosigkeit und Handlungsunfähigkeit gegenüber der nationalsozialistischen Gewalt gesetzt wird und den Einwand gegen das ideologisch deformierte Bewusstsein der Nachkriegszeit begründet. “Eine fatale Gemeinsamkeit ist dennoch in dem geheimen Wunsch herauszulesen, ein intellektuelles (und zweifellos nicht ‚realpolitisches‘ Subjekt gegenüber der amorphen Masse mit Souveränität auszustatten” (Scherpe 1922:106). Die Faszination gilt dem Ausnahmezustand, dem einem kurzen Moment außerhalb der Geschichte, in dem individuelle Entscheidung und Freiheit möglich sind und die Entscheidung zur Freiheit notwendig wird. Die Grenzüberschreitung wird zum Angelpunkt eines ästhetischen Programm in einer “Welt, die sich wie auf Messers Schneide bewegt, in dem schmalen Raum zwischen einer apokalyptischen Vergangenheit und dem Alptraum eines nahenden Untergangs” (Andersch in “Literatur in der Entscheidung”, nach Scherpe 1992:100). In dieser Fokussierung liegt zugleich die Widersprüchlichkeit eines politischen Engagements begründet, welches im unvermittelten Appell zum Protest und zur Spontaneität die “Sehnsucht nach einer Diktatur der Vernunft gegen das gegenwärtige Chaos” (Scherpe 1992:66) einschloss.

Den Unterschied zur konservativen Deutung der Nachkriegssituation liegt in der Anstrengung zu einer Befreiung von der ideologischen Wirklichkeit und in dem Versuch durch Beschreibung, “im Sichtbaren die verborgene und unterdrückte Zeichensprache der Realität” (Scherpe 1992:115) kenntlich zu machen. Eine Kritik, die lediglich das Fehlen der Datierung feststellt, macht es sich zu einfach und bleibt an der Oberfläche, denn es entgeht ihr die Suche nach einer Sprache, die “jenseits der Konklusionen, begrifflichen Erklärungen und moralisch-politischen Wertungen Fiktionen schafft, in denen nicht nur die Flucht aus der Realität, sondern die *Realität des Verlusts* von Realitätserfahrungen, von sinnlicher Präsenz und Sinnzusammenhang ablesbar wären” (Scherpe 1992:124). Darin aber sieht Scherpe das Ziel einer Beschreibung im Stillstand, wie in Schmidts “Schwarze Spiegel” oder einer funktionalen Verwendung des Mythos, wie in Koeppens 1951 erschienenem Roman *Tauben im Gras*. Denn die Entgrenzung von Raum und Zeit verzichtet dabei auf die Referenz auf ein Anderes, in dem sich das Eigentliche mitteilen und eine tiefere oder höhere Bedeutung ausgesprochen werden soll. “Die Stimme aus dem Musikkoffer sagte ‚Zypern‘. Zypern war strategisch wichtig. Die Stimme sagte: ‚Teheran‘. Die Stimme sagte nicht Schiras. Die Stimme erwähnte nicht die Rosen von Schiras. Die Stimme sagte nicht Hafis. Die Stimme kannte Hafis den Dichter nicht. Hafis hatte für diese Stimme nie gelebt. Die Stimme sagte: ‚Oil‘. Und wieder war Rauschen. Lautrauschen, dumpfes Silbengeplätscher, der Strom der Geschichte rauschte vorüber, Josef saß am Ufer des Stroms, der Alte, der Müde, der Abgekämpfte, noch blinzelnd nach dem Abendglück, unverständlich war der Strom, unverständlich das Geplätscher, einlullend das Silbenrauschen” (Koeppen 1983:73). Josef ist der deutsche Dienstmann, der den schwarzen GI Odysseus Cotton als Gepäckträger begleitet. “‚Komm‘ rief Odysseus. ‚Appell an den Haag‘ sagte die Stimme. Die Stimme wurde von Josef getragen, *Wilhelm II. Friedenskaiser stiftet für den Haag*, von

Josef geschüttelt, er schüttelte mit seinem Altmännnergang das Geriesel der großen Worte. Der Strom der Geschichte floß. Zuweilen trat der Strom über die Ufer. Er überschwemmte das Land mit Geschichte” (Koeppen 1983:73)¹¹. In der vorgenommenen Dezentrierung und Destruktion der Subjektillusion ist der Verweis auf die materialen Gewaltverhältnisse in den menschlichen Beziehungen, auf die katastrophalen Erfahrungen von Krieg und Nationalsozialismus, die menschliche Subjektivität und Identität verletzt und zerstört haben, durchgängig präsent und überholt den theoretischen Begriff davon. “Der Autor läßt seine Figuren sitzen: Josef bleibt sozusagen sitzen auf der Finalität der Geschichte, die Koeppen auch seiner Romanerzählung insgesamt verweigert. In Bewegung bleibt allein die Konstruktion der Geschichte” (Scherpe 1992:179). Figurenensemble, Romanhandlung, Bildersprache fächern ein Kaleidoskop auf, eine metonymische Verkettung der Namen, in der die Leerstellen der Erinnerung eine Struktur des Mißverstehens und der Verkennung bilden. Das “sich um die Möglichkeit seiner realen historischen Objektivierung ‚betrogen‘ fühlende künstlerische Subjekt” (Scherpe 1992:123) der Avantgarde wird erkennbar als der allgemeine Schnittpunkt der Nachkriegsmentalität und erscheint bei Koeppen “als eine permanente Allusion auf ein sprechendes Subjekt, das es in der Realität nicht gibt, nicht geben kann” (Scherpe 1992:185-186) und das allein noch im Subjektwunsch existiert.

Damals entstanden die ersten Bücher, die sich mit der Möglichkeit eines Atomkrieges befassten¹²; aber das Wettrüsten der Supermächte hatte noch nicht begonnen und die deutsche Öffentlichkeit sah in der Atomwaffe selbst keine Ursache zur Panik. “Die Russen werden kommen, und dann ist es aus mit den neudeutschen Demokraten, sagen die einen; und die anderen: Die Amerikaner werden die Russen bis an den Ural zurückjagen, und dann haben wir Ruhe, denken wir an die Atombombe (...)” (Richter nach Stölken-Fitschen 1995:48). Trotz der durchaus wahrgenommenen Bedrohlichkeit der Situation, war dies nicht mehr als ein Splitter in der komplexen Unmittelbarkeit der Nachkriegsgegenwart; Koeppens Darstellung fängt auch diesen Aspekt symptomatisch ein. In der Mitte der 1950er Jahre war demgegenüber ein spürbarer Abstand eingetreten. Nach den ersten Jahren des Wiederaufbaus und des Bemühens um eine Rückkehr zur Normalität, sowie des verbindlich gewordenen Schweigens über die Vergangenheit, setzte nun eine Rede ein über Krieg und

¹¹ . Die Textstelle setzt sich fort mit: “Er ließ Ertrunkene zurück, er ließ den Schlamm zurück, die Düngung, das stinkende Mutterfeld, die Fruchtbarkeitslauge: wo ist der Gärtner? wann wird die Frucht reif sein? Josef folgte klein und blinzelnd, auch er im Schlamm, noch immer im Schlamm, schon wieder im Schlamm, folgte dem schwarzen Herrn und Gebieter, dem Herrn, den er sich für diesen Tag erwählt hatte. Wann war Blütezeit? Wann kam das Goldene Zeitalter, die hohe Zeit –” (Koeppen 1983:73-74).

¹² Zu diesen Texten gehören die Hörspiele “Was wäre wenn ... Ein Rückblick auf die Zukunft der Welt” von Axel Eggebrecht (1947) und “Hiroshima” (1962) von Oskar Wessel, zum ersten Mal gesendet 1948, der Roman “Wir fanden Menschen” von Hans Wörner (1948) und Grafs “Die Eroberung der Welt” (1985), geschrieben 1949. Parallel zu Friedrich Dessauers Buch über “Atomenergie und Atombombe” (1948) erschien eine ganze Reihe technikphilosophischer Schriften, wie “Der technisierte Mensch” von Joseph Bernhart 1946, “Mensch und Technik. Grundzüge einer Philosophie der Technik” (Brinkmann 1946), “Technik, Macht und Tod” von Robert Dvorak 1948 und vor allem Friedrich Georg Jüngers “Die Perfektion der Technik” (1946), die an kulturkritische Auffassungen der Zwischenkriegszeit anknüpften (vgl. dazu Beyler/Low 2003, Ott 1987).

Massenvernichtung. Die Atombombe wurde zum Anlass, ein "Zeichen zu setzen", mit dem es galt, die Selbsterstörung der Menschheit zu verhindern. In den zentralen und wiederkehrenden Motiven, mit denen versucht wird, diese Gefahr zu erfassen, findet eine Fortschreibung der Nachkriegsbilder und ihres wirklichkeitsbestimmenden Gehalts statt.

Wiederkehrende Bilder der Katastrophe

"Am Rande des Abgrunds" ist der Text von Hans Henny Jahnn überschrieben, dem der Band *Gegen den Tod* (Vesper/Ensslin 1981:131-133) gewidmet war. Er begann mit den Worten: "Die Menschheit ist in Gefahr, an sich selber unterzugehen" und er schloss mit dem Satz: "Der Selbstmord muss eine Entscheidung des Einzelnen für sich selber bleiben". Die Zuspitzung auf den Nullpunkt der vollständigen Selbsterstörung ist das Leitmotiv, das sich in den anderen Texten wiederholt. Die Bedrohung erscheint allumfassend und die Alternative absolut. Die Feststellung: "Die atomare Aufrüstung ist eine Gefahr für die ganze Menschheit" (Jahnn u.a. nach Ott 1987:868), nämlich "der Tod, der mit dem Regen auf uns herabfallen, der in unser Tägliches Brot geknetet werden kann. ... es geht auf Leben und Tod" (Böll in Vesper/Ensslin 1981:121). "In Hiroshima begann die bisher letzte Weltstunde" (Schallück in Vesper/Ensslin 1981:145) und der Widerstand richtet sich "gegen die Planung des Weltuntergangs!" (Zwerenz in Vesper/Ensslin 1981:168). Denn: "Rüsten oder Nichtrüsten, Atombombenversuche oder keine, sind nicht mehr Fragen nationalpolitischen Prestiges, das sind die Existenzfragen der Menschheit" (Rolfs in Vesper/Ensslin 1981:156). Die Dramatisierung wird noch gesteigert durch das Bild des Selbstmords: "Der Mensch hat es in der Hand gegen sich selbst abzurücken" (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:136), oder: "Kein Zweifel, der Mensch ist imstande, die Menschheit auszurotten" (Schallück in Vesper/Ensslin 1981:148). Wenn es "zum kollektiven Selbstmord" (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:137) kommt, kann sich keiner der bedrohlichen Zukunft entziehen: "Für alle Menschen, gleich, welchen religiösen Glaubens, jeglicher Weltanschauung, jeglichen politischen Systems gilt die Frage: ‚Rettet die Menschheit sich oder vernichtet sie sich selbst?‘" (Weismantel in Vesper/Ensslin 1981:122). Mehrere Beiträge beschreiben den jüngsten Tag (so Maschke in Vesper/Ensslin 1981:52) oder Tag X (Kaschnitz in Vesper/Ensslin 1981:67-77) und Weisenborn in Vesper/Ensslin 1981:78-80) aus der Perspektive einzelner Menschen und ihres Alltagslebens im Augenblick der "zur berüchtigten Stunde X befohlenen Selbstausslöschung" (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:135). Auch der "Der Mann mit der Stoppuhr" ist dabei und welche Gedanken ihn in den letzten dreißig Sekunden beschäftigen mögen, bevor er den Befehl ausführt, "die Alleszerstörung, des Planeten Zerstäubung, Verdampfung auszulösen" (Gregor-Dellin in Vesper/Ensslin 1981:61).

Nach der "SEKUNDE NULL" (Gregor-Dellin in Vesper/Ensslin 1981:63) besteht keine Erinnerung mehr und mit dem Ende des Gedächtnisses tritt das Ende der Kultur ein. "Die Öde wird Geschichte" (Huchel in Vesper/Ensslin 1981:89):

"Und nicht erforscht wird werden

Ein Geschlecht

Eifrig bemüht

sich zu vernichten."

Keine Berichte und keine Klagen werden das antizipierte Ereignis erwähnen, nur "der Schnee des Vergessens" und "Unüberwindliche Stille wird sein, auf dem *Schlachtfeld Europa*" (Nick in Vesper/Ensslin 1981:87). Die Leere nach der Katastrophe ist gleichgültig gegen den Maßstab des Betrachters, nachdem "unsere Geschichte, unsere Zivilisation, sogar das physische Leben der Europäer, wenn nicht der ganzen weißen Rasse an ihrem Ende angelangt sind" (Andres in Vesper/Ensslin 1981:118). <Man könnte den Eurozentrismus bemängeln, der in dieser Formulierung zutage tritt,> "nur, dass dann niemand mehr da ist, der unsere Skelette finden und der sich über unsere Familie oder über irgend eine Familie Gedanken machen kann" (Kaschnitz in Vesper/Ensslin 1981:77).

"Der Himmel ist stumpf, ein verwitterter Stein, und ohne Gedächtnis" (Sigel in Vesper/Ensslin 1981:85), was unter ihm noch existieren sollte, wäre keine Gesellschaft mehr: "Da und dort noch ein Fähnlein lachender Männer

mitleidig nehmen die Wölfe

sie in ihr Rudel

Denn die allein bleiben

werden zu Tode gejagt

oder im Winterschlaf

von Weibern erschlagen" (Fried in Vesper/Ensslin 1981:88).

Der Gegenentwurf, der dieses "Nachher" abwenden könnte, bleibt eine Frage: "Aber wer sagt, daß die Menschen, auch wenn sie mächtig und groß sind, Wölfe sein müssen?" (Zwerenz in Vesper/Ensslin 1981:170) oder jedenfalls ein sehr vorsichtiger Versuch: "verurteilt uns zu verstellen, ganz als wären wir menschen, denkbar immerhin" (Enzensberger in Vesper/Ensslin 1981:55). Das Bild des Menschen, das hier auf den katastrophalen Extrempunkt hin zu Ende gedacht wird, ist Gegenstand der Mahnung:

"Denke daran, daß der Mensch des Menschen Feind ist

und daß er sinnt auf Vernichtung.

Denke daran immer, denke daran jetzt,

während eines Augenblicks im April,

unter diesem verhangenen Himmel, ...

Denke daran:

Nirgendwo auf der Welt liegt Korea und Bikini,
aber in Deinem Herzen.

Denke daran, daß Du schuld bist an allem Entsetzlichen,
das sich fern von Dir abspielt” (Eich in Ott 1987:874).

Der Zerstörung der Geschichte geht die aussichtslose Flucht voraus. “Nach den wirren, entscheidungslosen Jahren, die dem letzten großen Weltkrieg gefolgt waren, gingen auf einmal wieder Vernichtung und Massentod um. Ein neuer Krieg raste um den Erdball. Wie und warum er gekommen war, wußte im Grunde niemand. Die mißtrauisch gewordenen Völker ergingen sich in dunklen Mutmaßungen, und die Regierungen verbreiteten plausibel klingende Lügen”. Die Zeit dazwischen war “nur als eine “Unterbrechung des Krieges erschienen”, vor dem Einsetzen der abschließenden “Apokalypse”. “Im wilden Getümmel der Geschehnisse jedoch wurde sehr bald überhaupt nichts mehr bestimmbar, denn dieser neue Losbruch war kein Menschenkrieg mehr. Die Elemente schienen auf die Erde niedergebrochen zu sein ... Schon nach kurzer Zeit wußte niemand mehr, wer gegen wen kämpfte, und wenngleich noch immer von irgendwoher Stimmen durch den verpesteten Äther drangen und den Radiohörern das Vorhandensein einzelner Regierungen oder eines Rates der ‚Vereinten Nationen‘ vortäuschten – rasch wurde all dies unwirklich. Jede Ordnung zerstäubte gleichsam. Die Erinnerungen an das Vorher versanken. Ursache und Zeit schienen verweht und zerblasen, und nur die Wirkung war überall dieselbe: ... Eine nackte Wüste lag leblos dar. ... Wie eine unaufhaltsame Flut flohen die Menschenscharen überall ins Nirgendwo. Sie flohen ohne Hoffnung, in fassungsloser Verzweiflung. ... Sie flohen aus Flecken und Dörfern, aus scheinbar geschützten Winkeln und aus jeder Art von Selbsthaftigkeit und sie flohen, obgleich sie dunkel witterten, daß überall das gleiche Verderben auf sie wartete. Wohin zogen sie eigentlich? Ein Ziel gab es nicht mehr. Alles blieb dem Zufall und dem augenblicklichen Glück überlassen. ... Es gab überhaupt keine Heimat mehr. Noch nicht einmal eine Zuflucht. Das war das Ende” (Graf in Vesper/Ensslin 1981:64-66). In dieser Textpassage, die man als eine Kurzfassung des Romans *Erben des Untergangs* betrachten kann, der allerdings einen anderen Ausgang nimmt und in dem doch einige Gerettete überleben, wird einerseits der kausale Zusammenhang von Vergangenheit und Zukunft aufgelöst, während sie sich andererseits in den Bildern der Darstellung überschneiden und ineinander schieben. Da Geschehen in der Vergangenheit bildet einen verdunkelten, mystifizierten Schicksalszusammenhang und wird nicht als der historische Kontext der aktuellen Gefahr einer potentiellen Katastrophe verstanden, in der es nur noch einen Moment an Gegenwart gibt. Das Repertoire des Bildmaterials, das die Texte manchmal ergänzt und in der Anti-Atomkriegsbewegung allgemein geläufig war, besteht, neben dem unvermeidlichen Atompilz und dem Porträt Einsteins, vor allem aus abstrakten Darstellungen, die die Angst und ein namenloses Entsetzen zum Ausdruck bringen.

Einzelne Stimmen äußerten Kritik am Vergessen der Geschichte, die doch noch kaum vorbei war: "Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die Beschreibungen, die der New Yorker von den Greueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von Ruinen, und doch zögert er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen zu sein." (Brecht in Vesper/Ensslin 1981:134). Die Forderung nach dem Aufschluss über die Geschichte und einem "Tag der Aufklärung, der Reue, des Schuldgefühls, des Friedenswillens" (Wohmann in Vesper/Ensslin 1981:106) statt eines "Tages der Heimat" - die kritischen Fragen brechen allerdings ab mit dem apodiktischen Satz: "Es gibt da kein Pardon: Gegen die Bombe sein, heißt für den Menschen sein" (Geißler: Vesper/Ensslin 1981:161). Die Fragen nach den Ursachen beziehen sich dann jedoch allein auf den Krieg und die materiellen gesellschaftlichen Bedingungen, die ihn hervorgebracht haben. Was "stets der einzige Grund für Kriege war: Hunger, Elend, Unwissenheit", wird gegebenenfalls ergänzt durch "die aggressiven, psychischen Tendenzen" (Heise in Vesper/Ensslin 1981:138-139). Die Diagnose lautet somit: "Das militärische Denken überwuchert die Inhalte der Vernunft" (Jahnn in Vesper/Ensslin 1981:133) und sie resultiert in dem moralischen Appell: "Der Mensch muß sich ändern, muß einsehen, daß er auf dem falschen Weg ist, muß Umkehr tun" (Brod in Vesper/Ensslin 1981:109).

Die kritischen Fragen nach der Geschichte enden beim Problem des Krieges und laufen in einer Verallgemeinerung "des Menschen" aus. Das kann allerdings zur Entgleisung führen, in der die Überlagerung der Zeiten ein Durchsickern des Undiskutierbaren hervorbringt: "Nein es geht einfach darum, ob die Menschheit überhaupt am Leben bleibt. In einer solchen Situation bedarf der Satz: Zuerst leben und dann philosophieren! für einen entschiedenen und liebenden Denker keinerlei weiterer Erklärung. Überhaupt wirken alle theoretischen Ausführungen, unter welchen Umständen das bloße Leben hinreichend Sinn und Würde erhält, um weitergelebt werden zu sollen, gespenstisch abstrakt und lieblos. Man denkt an jenen deutschen gründlichen Bahnwärter, der, in die Lesung einer neuen Anleitung über Bahnwärtereie vertieft, für den Augenblick einfach übersah, die Schranke zu schließen. Das große Unglück läßt sich nicht durch Theorie abwenden, sondern durch die Erfüllung unserer nächstliegenden Menschenpflicht" (Andres in Vesper/Ensslin 1981:118-119)¹³. Es war wohl kaum das Versunkensein ins Philosophieren und Theoretisieren, das in Deutschland zum größten Unglück geführt hatte. Von dem Unrecht und den Verbrechen, die es außer dem Krieg in Deutschland gegeben hatte, bleibt eine kaum kenntliche Spur: "Noch Deine Bäume, Deutschland, wissen zuviel"(Arendt in Vesper/Ensslin 1981:29-31), aber dieser Wald, so stellt sich in dieser "Elegie, in memoriam Albert Einstein" heraus, ist ein Buchenwald.

¹³ Diese Bemerkung war gerichtet gegen Karl Jaspers, der sich kritisch zur Göttinger Erklärung geäußert hatte.

Wie das Ungesagte und Ausgeblendete in die Strukturen der paradoxen Rede eingreift, läßt sich an den Vorstellungen über die Opfer, die Schuldigen und die eigene Verantwortung sowie am Urteil über den militärischen Einsatz noch genauer zeigen. Dabei ist noch einmal kurz auf die Nachkriegsliteratur zu verweisen. Die Einschreibung der Leid- und Zerstörungsbilder in einen Ewigkeitszusammenhang durch eine geschichtlich unbestimmte Topographie und die Schicksalsmetaphorik ermöglichte hier die "Einhüllung des Schuldhaften in ein Opfergefühl" (Weigel 1999:169). Im "Zugleich von Ortlosigkeit und Fesselung bzw. totaler Determinierung durch die Zeit" (Weigel 1999:238) bildete sich die Grundlage einer Synthese von Schuld- und Opferbewusstsein im Umgang mit der Vergangenheit und diese übertrug sich nun auf das Jetzt eines möglichen Eintritts der Atomkatastrophe. Mit der Globalisierung der Gefahr durch die Atombombe ging die Universalisierung des Opferstatus einher: "Wo nach Mega-Toten gerechnet wird, werden Grenzen uninteressant" (Rofls in Vesper/Ensslin 1981:156). Alle Opfer erscheinen unter diesem Aspekt unterschiedslos: "Die Menschen der Vergangenheit – auch der jüngsten Vergangenheit – haben zu lange und zuviel Wert auf das gelegt, was sie voneinander trennt und unterscheidet. In den Massengräbern aller Länder sind sie vereinigt, ihre Gebeine bleichen gemeinsam" (Zwerenz in Vesper/Ensslin 1981:169).

Das universale Bild der Opfer wird gesteigert durch die Bedrohung der Kinder, der Natur und des Lebens überhaupt. "Wir Väter und Retter ihrer Zukunft" seien aufgefordert in dem "bereits bleichgewordenen Frieden" Verantwortung für "unsere Kinder und die kommenden Generationen" zu übernehmen und deren "nacktes Leben zu retten", ganz "tierhaft inbrünstig" (Andres in Vesper/Ensslin 1981:119). Eine weibliche Stimme bittet um "Erbarmen mit den Menschen, aber auch mit der stummen Kreatur, mit der ganzen uns von Gott anvertrauten Schöpfung" (LeFort in Vesper/Ensslin 1981:115). Nicht nur Menschen werden zu Opfern dieser Waffentechnologie, das Gedicht "Die Vögel und der Test" (Hermlin in Wagenbach 1994:139) erzählt vom veränderten Verhalten der Zugvögel oder eine "Letzte Meldung" berichtet:

"Nach dem achtundzwanzigsten Test der
laufenden Serie erbleichte das Meer
von unabsehbaren Schwärmen blickloser
Fische, die ein irregewordener Wind
ansetzt zur Belagerung eines Atolls" (Baumann in Vesper/Ensslin 1981:42).

Ein wesentlicher Zug der Atombombenopfer ist ihre Ahnungslosigkeit; die Bewohner von Hiroshima und Nagasaki oder "Die japanischen Fischer" (Weyrauch 1956, vgl. auch Seghers in Vesper/Ensslin 1981:39-41) wußten nicht, wie ihnen geschah. In dem Roman "Die Konzessionen des Himmels" (von Cramer 1961) findet eine Katastrophe im australischen Busch statt, die niemand zur Kenntnis nehmen will.

Der Blick in “den reinen Septemberhimmel” (Kaschnitz in Vesper/Ensslin 1981:67-77) am frühen Morgen des Tag X verrät nichts, nur vermag er nicht die unbestimmten Ahnungen zu vertreiben, denn: “Heute schwebt die Wasserstoffbombe an unserem gemeinsamen Himmel über Gerechten und Ungerechten” (Seghers in Vesper/Ensslin 1981:41). Es könnte auch “ein trockener, ein wenig staubiger Sommertag, der Himmel dunstig, perlmuttern schimmernd”, sein, an dem das befürchtete Ereignis eintritt. “Dann kam der Blitz” (Weisenborn in Vesper/Ensslin 1981:78) und er traf alle: “Die Generale schmorten, ebenso die Politiker, die ständig Stärke verlangt hatten. Hier war sie die Stärke. ... Hier kam er endlich, der Krieg, der nur Besiegte kannte, Schuldige und Unschuldige, jene, die in ihrer Torheit den Krieg vorbereitet hatten und jene, die mit ihrem Verstand der Bombe den Weg gebahnt hatten” (Weisenborn in Vesper/Ensslin 1981:79-80); die grenzenlose Zerstörung führt am Ende sogar die Frage nach den Schuldigen ad absurdum. Die tragende Identifizierung mit den unschuldigen und unwissenden Opfern wiederholt eine Verbindung von Wissen und Schuld, die im deutschen Gedächtnis dem Nichtwissen, das Schuldlosigkeit verbürgte, entgegengesetzt war. Der zweifelhafte “Sonnenuntergang?” (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:135-137) einer Atombombenexplosion regte daher zum Vergleich an: “Dr. Goebbels, der in stark verkleinertem Maßstab mit Gift die Zukunft seiner Kinder entschied. Die Tangenten liegen hier näher als der durchschnittliche Zeitungsleser glaubt” (Vesper/Ensslin 1981:135). Wieder werden die schuldigen Verantwortlichen die ahnungslosen Unschuldigen mit in den Tod reißen.

Die Täter sind zunächst die Befehlsempfänger, die “auf das Stichwort einiger herrschender Klüngel” (Rolf in Vesper/Ensslin 1981:155) oder nach einem “Befehl aus dem Schubfach” (Albrecht in Vesper/Ensslin 1981:51) handeln und der Anweisung folgen, “auf den Knopf zu drücken” (Weismantel in Vesper/Ensslin 1981:123). Ein vertrautes Bild in einem Land, in dem sich viele zu ihrer Entschuldigung auf den Befehlsnotstand berufen hatten. “Der Mann mit der Stoppuhr” (Gregor-Dellin in Vesper/Ensslin 1981:61) und die wichtigsten “Knöpfedrücker” (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:136) sind nun jedoch die Amerikaner:

“Halloh – *Victory Boys!*

Was tun?

Ich will nicht Furcht und Schrecken verbreiten,

aber lebend nach *Auschwitz* und *Hiroshima* –

planen sie den künftigen Krieg. ...

Achtung – Ihr sollt Christus noch einmal erschlagen.

Man diskutiert: was tun

wenn Dein *Nachbar in Not* anklopft?

Wann darfst Du ihn erschießen?

Halloh – Victory-boys don’t forget:

Eatherly bekommt noch heute Tabletten

gegen *Apokalypse – Schock*” (Schmitthenner in Vesper/Ensslin 1981:108).

Das größte Misstrauen aber richtete sich gegen die Politiker, die die Bevölkerung nicht informierten und die Gefahr herunterspielten. “Die Katastrophe hat für die Regierenden kein menschliches Gesicht; die Zerstörung bleibt für sie anonym” (Schallück in Vesper/Ensslin 1981:152). Eher selten und auch dann nur halbherzig wird der Vorschlag gemacht, sich in die Welt des Politischen hineinzudenken: “Wir müssen lernen, was den intelligenten Kopf eines Politikers so korrupt macht, daß er die Kosten für Massenvernichtung schließlich kalkuliert wie sonst irgendeinen Haushaltsposten” (Geißler in Vesper/Ensslin 1981:162). Meist ergeht man sich in Beschimpfungen als “großmäulig” (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:135) und “unheilbar verknöcherte Staatsmänner” (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:136), als “Schwächliche Politiker der Stärke” (Rolfs in Vesper/Ensslin 1981:154) oder gar “Parasiten unseres Lebens” (Rolfs in Vesper/Ensslin 1981:158). Problem und Antwort werden auf einer übergeordneten Ebene gesehen, weil die “Massenvernichtungsmittel, welche jeglicher Kontrolle der Menschen entglitten, Schuldige und Unschuldige, Angreifer und Verteidiger, in die Händel Verwickelte und völlig von ihnen Unberührte, ja die ganze Menschheit und alles Leben, die gesamte göttliche Schöpfung vernichten, - seit diesem Zeitpunkt steht auch fest, daß die Regierungen, welche Atombomben bauen und die Menschheit mit der totalen Vernichtung bedrohen, in Wahrheit keine verantwortlichen Instanzen mehr sind” (Weismantel in Vesper/Ensslin 1981:124). Oder knapper: “Die Politik mit der Bombe ist der Ausdruck einer grandiosen menschlichen und moralischen Verkommenheit” (Geißler in Vesper/Ensslin 1981:163) und von den Politikern wird vermutet, “dort, wo sich die moralischen Gefühle befinden sollten, ist nicht einmal ein Loch, sondern Schwachsinn” (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:135).

“Es ist unsere Pflicht, uns den Erkenntnissen der warnenden Wissenschaftler anzuschließen und nicht den frivolen Spekulationen der Militärs und der Politiker, die mit dem Leben anderer Menschen kalkulieren” (Jahn in Ott 1987:868) und diese Aufgabe liegt jenseits der “Aktionsbezirke menschlicher Parteienpolitik” (Weismantel in Vesper/Ensslin 1981:122). In diesem Punkt besteht große Einigkeit: “Hier wird deutlich, daß die Atombombe längst aus dem Bereich der Parteienpolitik herausgerückt ist. Sie ist zu einem moralischen Problem geworden; sie stellt uns alle vor eine Entscheidung, die wir in unserem Gewissen zu fällen haben. ... *Es geht nicht mehr um Parteienpolitik. Es geht allein darum, daß eine Jugend heranwächst, die bereit ist, den Wettlauf mit dem Tode zu stoppen*” (Schallück in Vesper/Ensslin 1981:153). Schließlich werden die Politik und das Politische zur Bezeichnung der Verfehlung, denn auch “Presse, Schule, Kirche und die übrigen Institutionen ... haben sich zum großen Teil politisiert, sie haben Position bezogen, innerhalb des Kalten Krieges. Sie bejahen die atomare Aufrüstung, verniedlichen die Gefahren der Bombe und verteidigen sie als nationale Notwendigkeit, sanktionieren sie sogar als ethisch einwandfreie Waffe, ja sie erfüllen sie

freventlich mit einem religiösen Sinn und mogeln die Bombe in die Hände Gottes, nicht anders als spielten sie mit dem Schöpfer dieser Welt Schwarzer Peter” (Andres in Wagenbach 1994:157). Auf dieser Linie wird die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl in die moralische Totale einbezogen: “Wir bitten alle Deutschen, am 15. September im Bewußtsein der Entscheidung über Sein oder Nicht-Sein zu wählen” appellierte eine Gruppe von Schriftstellern an die Wähler 1957 (Jahn in Ott 1987:868). Die Absolutheit der Alternative von Leben und Tod war die bestimmende Prämisse des Handelns und Schreibens gegen die Atombombe und in dieser Zuspitzung wendet sich das Engagement schließlich gegen eine diskreditierte Politik und das Politische überhaupt. Politik und Militärs gelten immer und überall als verdächtig, mit dem Fehlen der zeitlichen Dimension werden die Differenzen eingeebnet, was durch die zahlreichen personellen Kontinuitäten im politischen Apparat des eigenen Landes bestätigt schien. Aber die Löschung betrifft die historischen Zusammenhänge der Ereignisse und unter diesen Bedingungen wurde eine “Unfähigkeit zur Politik” fortgeschrieben, die Hannah Arendt schon Jahre vorher bei einem “Besuch in Deutschland” (1993) beobachtet hatte.

Das ist nicht gleichbedeutend mit einem Vergessen und Verleugnen, denn aus der moralischen Perspektive wird die besondere Verantwortung Deutschlands von mehreren Seiten angesprochen. “Politisch Lied – ein garstig Lied: als ob es hier noch um Fragen der Politik ginge. Der Zweite Weltkrieg forderte fast 55 Millionen Opfer. Die Hälfte davon waren Zivilpersonen, an die 6 Millionen ermordeter Juden darunter” (Zwerenz in Vesper/Ensslin 1981:167). Vor diesem Hintergrund ergeht die anschließende Aufforderung an die Politiker: “Die Mächtigen in Deutschland aber, in Ost und West, bitten wir inständig, daß sie sich nicht zu Testamentsvollstreckern Hitlers machen lassen, indem sie der drohenden Zerstörung nicht wahren, sondern sie kaltblütig in Rechnung stellen. ... So bitten wir inständig alle Verantwortlichen in unserm geteilten Deutschland, sie möchten nie vergessen, daß wir gemeinsam eine Schuld zu tragen haben, denn der Zweite Weltkrieg ging von Deutschland aus. ... weil wir Deutschen etwas gutzumachen haben, an der Welt, an den anderen – und auch an uns” (Zwerenz in Vesper/Ensslin 1981:170). Es soll nicht noch einmal derselbe Fehler gemacht werden: “Bisher falsch gemachtes kann künftighin richtiger gemacht werden” (Geißler in Vesper/Ensslin 1981:165). Oder: “Mir und allen anderen der Humanität und Freiheit dienenden Schriftstellern hängt das Rechtbehalten zum Halse heraus! Nun warnen wir wieder, und wenn man dieses Mal nicht auf uns hört, war diesmal das letzte Mal. Dann hat das liebe Europa Ruh” (Kästner in Wagenbach 1994:146). Es ist eine Frage der Selbstachtung und die Chance in den Kreis der respektierten Völker und Nationen, allgemein der menschlichen Gesellschaft wiederaufgenommen zu werden. “Daß wir mit einem Arsenal erstklassiger Waffen einen Krieg zu verlieren verstehen, haben wir ‚musterhaft‘ bewiesen, es ist an der Zeit, daß wir beweisen, daß man mit kraftvoller Menschlichkeit einen Frieden gewinnen kann” (Rolfs in Vesper/Ensslin 1981:154). Es ist eine neue Zeit, “(d)enn der Gegner heißt heute nicht mehr Hitler – sondern: ewige Aufrüstung,

immer schlimmere Abschreckung, Verarmung der Völker. Und über allem das Gespenst eines Weltuntergangs innerhalb weniger Stunden. ... Die Abrüstung muß von Deutschland ausgehen” (Andres in Wagenbach 1994:157).

Auf der Grundlage einer im Moralischen begründeten und im wesentlichen ablehnenden Haltung zur Politik wird die Parallelisierung von Krieg und industriellem Massenmord in der Anti-Atomkriegsbewegung hergestellt: “Er weiß das alles, der Mensch, besonders, wenn es ihm gut geht. ... Er selbst dürfte es nicht mehr zulassen, daß in der menschlichen Gesellschaft weiterhin die Möglichkeit des Kollektiv-Selbstmords und des allgemeinen Genocids erörtert wird. Denn so bankrott, so schizoid sind wir denn doch noch nicht, oder wenigstens nicht schon wieder. Oder doch?” (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:137). Die Erinnerung unterstreicht das gegenwärtige Anliegen: “Ich fordere unverwässert, sachlich und klar: Entspannungszonen! Wer diese Forderung für absurd hält, ist verdächtig, der Menschheit schaden zu wollen” (Rofls in Vesper/Ensslin 1981:157). Die Atombombe wird als Verbrechen gegen die Menschheit oder Menschlichkeit aufgefaßt. “Besäßen wir noch einen Weltgerichtshof, wie er 1945 in Nürnberg Kriegsverbrecher richtete, so würden wir an ihn appellieren, ihm unsere Überzeugung vortragen, daß schon die Vorbereitungen zum Ausrotten der Menschheit durch Mißbrauch der Atomgewalten ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt” (Zweig in Vesper/Ensslin 1981:140). In diese Bestimmung fließen die Vorstellungen eines globalen Selbstmords ein. “Schon die gedachte Hoffnung, Rußland oder Amerika oder sonstwer würde *allein* vernichtet werden, stellt ein Verbrechen des Menschen gegen sich selber dar” (Schilling in Vesper/Ensslin 1981:136). Bereits im März 1954 war in der Zeitschrift “Die Gegenwart” festgestellt worden: “Mit den japanischen Fischern wurde die Menschheit verletzt. Nichts Geringeres” (nach Stölken-Fitschen 1995:106) und in “Das Gewissen” vom Juli 1956 hieß es: “Jede Atombombenexplosion ist ein Verbrechen an der Menschheit”.

Zwischen den Opfern der Atomwaffen sind die Grenzen und Unterschiede aufgehoben und zur Abschreckung wird ein Bild aus der deutschen Vergangenheit herangezogen: “Folglich ist, was die Regierenden und besonders die in Bonn betrifft, der Augenblick gekommen, da der Mensch en masse wie Ungeziefer als Objekt von Massenvernichtungsmitteln betrachtet wird. Damit wird seine Menschlichkeit geleugnet und die Voraussetzung der Menschlichkeit zerstört, nicht erst mit der Anwendung, schon mit der Bereithaltung der Vernichtungsmittel unter dem Vorzeichen der Abschreckung” (Schallück in Vesper/Ensslin 1981:151). Ein solches bildliches Ineinanderschieben der Zeiten dokumentiert ein Wahlkampfplakat der SPD von 1958, das die Zukunftslandschaften von Prosperität und Katastrophe kontrastiert und diese Alternative durch eine zentrale Figur durchkreuzt, in der sowohl Adenauer als auch Hitler zu erkennen ist. In dieser Form findet die jüngere Vergangenheit explizit Erwähnung, sonst wird auf den vergangenen Krieg und auf die NS-Verbrechen, wenn überhaupt, nur spärlich eingegangen. Die Ungeschiedenheit der Zeitschichten

korrespondiert mit den imaginierten Staub- oder Wasserwüsten der Romane und Theaterstücke über die befürchtete Zukunft, die als eine "Ortlosigkeit bzw. Unbestimmtheit der Verortung als kollektives Zeitschicksal" (Weigel 1999:240) gelesen werden können. In den Erinnerungsbildern, die den selbstmörderischen Weltuntergang des Wolfsmenschen antizipieren und die zur Beschreibung des Unheils oder zum Appell an das Gewissen aufgerufen werden, wird die Vergangenheit gleichzeitig negiert und vergegenwärtigt. Die Entwirklichung der Erfahrung und Wahrnehmung wird somit in einer paradoxen Rede aufrechterhalten, die in den Landschaftsbildern der Leere und Sinnlosigkeit, der sozialen Agonie und des Gedächtnisverlusts, eine Erinnerung zulässt ohne sie zu benennen, weil sie sich statt dessen an eine andere Sache heftet und zugleich über etwas anderes gesprochen wird.

Die Ambivalenz¹⁴, die mit der unbearbeiteten Vergangenheit einhergeht, kommt zum Ausdruck in der umständlichen Formulierung, wenn sich "deutsche Menschen in geographisch besonders verzwickter Situation, verpflichtet fühlen zu verhindern, daß dieses Gebiet Brandherd eines neuen Krieges wird" (Rolfs in Vesper/Ensslin 1981:157) oder in der schlichten Selbstbestimmung: "richtig wie arme Leute, was wir ja auch sind!" (Andres in Vesper/Ensslin 1981:119). Selten wird die eigene Lage und ihre Einschätzung kritisch betrachtet: "Deutsche finden, man solle Deutschen auf Dauer nicht böse sein" (Wohmann in Vesper/Ensslin 1981:105). Die Metapher der Sintflut und die diffusen Mystifizierungen von Schuld und Sühne, zeigen demgegenüber eine Bestrafungsangst an, die sich nicht unterdrücken lässt, auch wenn kaum benannt wird, woher sie stammt. Lediglich eine Nebenfigur in dem Roman "Keiner kommt davon" spricht einmal diese Angst und ihren Grund direkt aus: "Was sind wir denn schon?" fragte jetzt Georg. „Für viele nichts anderes als eine Nation, deren Soldaten halb Europa verwüstet haben; die Henker der Freiheit und die Vernichter von Millionen Juden. Niemand wird zögern, auf das Land, in dem solche Menschen leben, Atombomben fallen zu lassen!“ Georg, der Kellner war laut geworden. Einige Gäste betrachteten ihn unwillig" (Kirst 1957:449-450); aber er will doch eiligst zurück in die Heimat.

Die Angst vor Strafe war in der Nachkriegszeit allmählich hinter neuen Hoffnungen zurückgetreten, aber nicht verschwunden. In seinen Ausführungen über den Antisemitismus der NS-Täter und deren künstliches, gereinigtes Selbstbild gegründet auf Phantasien von Idealität, schreibt Bohleber, dass sie sich auch vorher nicht immer ganz ausblenden ließ: "In destruktiver Grandiosität meinten Deutsche selbst entscheiden zu können, wer auf dieser Welt leben darf und wer nicht. Das ersehnte ‚schöne Vaterland‘ als ein Ideal von erhoffter Harmonie und Ordnung hatte die Struktur eines leeren und toten ‚Ödlandes‘, aus dem alle Hindernisse und alles Andersartige beseitigt waren und die Verschmelzung mit einem inneren primären Objekt phantasmatisch als vollzogen erschien ... Aber

¹⁴ In ihrer sozialpsychologischen Untersuchung über Kriegsängste in den frühen 1980er Jahren schrieben Birgit Volmerg und Leithäuser: "Die Symbole der Sicherheit und der Bedrohung sind doppeldeutig" (1983:26).

das Bewußtsein des Verbrecherischen war nicht aus den Köpfen verschwunden, persekutorisch kehrte es wieder: Gegen Ende des Krieges mehrten sich die Stimmen, die die Rache der Gemordeten befürchteten. ... "Die Juden werden dann über uns herfallen und alles ausrotten, was deutsch ist, es würde ein furchtbares und grausames Hinmorden geben" (1997:600-601). Im Gefolge von Ängsten dieser Art mischen sich antisemitische Impulse in den Protest gegen die Atombombe. Ein Autor, bei dem solche Vorstellungen massiv hervortraten, war Hans Henny Jahnn, einem der radikalsten Sprecher der Bewegung. Er befürchtete nach dem Zweiten Weltkrieg, dass nun die Deutschen von Verfolgungen betroffen seien, und betrachtete die Alliierten als Verursacher des Nachkriegselends, die zudem den Opfern des Nationalsozialismus das Mittel zur Rache in die Hände gegeben hätten¹⁵. Die deutschen Wissenschaftler dagegen hätten ihre "Atomgeheimnisse" für sich behalten. "Die größte Bedrohung währte Jahnn in den USA, als einem ‚Atome schleudernden Ungeheuer‘, eine Macht, die er bald ‚gänzlich in jüdischen Händen‘ währte. Da Jahnn den ‚Kampf um die Atomforscher‘ zugunsten der USA ausgehen sah, lautete seine Prognose: "Hitler war nur der Anfang; die schlimmere Fortsetzung folgt“. Der Kampf gegen das Atom war also *primär* ein Kampf gegen Demokratie, Judentum und ‚Amerikanisierung“" (Stalman 1998:256). In seinem Theaterstück "Die Trümmer des Gewissens" stehen dann einzelne Sätze der Protagonisten im krassen Widerspruch zur angeblichen politischen Botschaft des Gesamtwerks; die Entschlossenheit seiner Figuren führt "ins Leere oder Verderbenbringende" (Stalman 1998:261). Die Handlung läuft auf eine Apokalypse¹⁶ zu, mit der im Werk Jahnn ein in Auflösung geratenes Weltbild endgültig in ein ideologisches Chaos überführt und jeglicher Anspruch einer ethischen Ordnung negiert wird. "Das wichtigste der symbolisierten Abstrakta ist der Untergang" (Stalman 1998:12), im Stück sagt der Physiker Chervat: "Die Vision, daß Materie mit Antimaterie zusammenprallen könnte, um ein feuriges Nichts zu schaffen, ist ein Teil meiner spekulativen Träume" (nach Stalman 1998:259) - obwohl er doch gegen die Zerstörungsabsichten einer rassistischen und diktatorischen Regierung aufgebeht.

Davon zu unterscheiden sind die Positionen und Themen, in denen die Vergangenheit aus der Perspektive der Mitläufer und derer, die tatenlos daneben standen und stumm die Verbrecher gewähren ließen, erinnert wird. "Warum, so fragt man, wurde nicht spontan gehandelt, wo blieb der Generalstreik, wo die großen Demonstrationen, wo die unmittelbare Tat, die wir vor 1933 versäumt

¹⁵ Die Idee von der Atombombe als Vergeltung für die deutschen Verbrechen taucht auch später wieder auf. Hanno Loewy zitiert Ernst Nolte aus "Geschichtedenken im zwanzigsten Jahrhundert": "In diesem Sinne könnte man in metaphorischer Redeweise tatsächlich sagen, ‚der Jude‘ habe den Zweiten Weltkrieg gewonnen, und die nationalsozialistische Untat gegenüber weithin hilflosen Menschenmassen sei das vergeblichste und sinnloseste Unterfangen der Weltgeschichte gewesen", wobei "der Jude" hier für den Geist des "jüdischen Messianismus" steht. Loewy fährt fort: "Dieser ‚jüdische Sieg‘ wird auch noch dingfest gemacht: „Der Geist siegte im Jahr 1945, aber er schuf die Atombombe“. Heiner Müller hat sich noch deutlicher ausgedrückt: "Die Atombombe war die jüdische Rache für Auschwitz"" (1992:13).

¹⁶ Auf die zentrale Bedeutung des apokalyptischen Denkens und der Bereitschaft zur Selbstvernichtung im Nationalsozialismus ist Mortimer Ostow (1987) eingegangen. Kai Stalman (1998) hat dies im Fall von Jahnn aus seiner Biographie und der Abweisung seiner eigenen Homosexualität erklärt.

haben und die wir immer wieder versäumen? ... Das Volk aber schweigt, mißmutig, gelähmt, in vielen Kreisen voller Furcht, und doch immer nach oben blickend, wie es immer alles Heil von dort erwartete und alles Unglück erhielt. Man sage nicht, man könne nichts tun, man sei ja allein. Niemand ist in dieser Situation allein. Jeder kann seine Stimme erheben und jeder kann helfen. ... Hüten wir uns. Hüten wir uns auch zu schweigen. Hüten wir uns auch vor der Skepsis. Skepsis und Schweigen bedeuten schon Mitschuld. Mitschuld für heute und für alle Zukunft” (Richter in Wagenbach 1994:146-147). Wieder kann schuldig werden, wer “durch Unterlassung sündigt” (Andres in Wagenbach 1994:156) und es versäumt, gegen das Unheil Stellung zu beziehen.

Vor der “Sekunde Null” am Tag X, noch im “Wettkampf mit dem Tode” (Schallück in Vesper/Ensslin 1981:145), liegt ein neuer “magischer Nullpunkt”, ein Augenblick des Sprechens: “Wortloses in Worte fassen, Unsichtbares sichtbar machen, Namenloses benennen” (Schallück in Vesper/Ensslin 1981:145). Die warnenden Stellungnahmen von Wissenschaftlern aus aller Welt sind die Vorbilder. “Der Galilei unserer Tage – Einstein oder Planck, Born, Pauli, Heisenberg oder Oppenheimer – ... Er sagt: die Menschheit ist tödlich; er sagt: die gesamte Menschheit” (Schallück in Vesper/Ensslin 1981:146). Auch die deutschen Atomwissenschaftler können in dieser Reihe mit aufgeführt werden; mit der “Göttinger Erklärung” wurden sie als Teil der deutschen Opposition gegen Atomrüstung betrachtet. “Die Appellanten, die wahrhaft zur Elite des Volkes gehören, sind keine wirklichkeitsblinden Weltverbesserer. Sie wollen mit ihren Aufrufen erreichen, was real fürs erste erreichbar ist: nämlich verhindern, daß die deutsche Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet wird. Unser Volk sollte seine Chance erkennen, der jüngsten Vergangenheit eingedenk bleiben, anderen Völkern ein Vorbild geben und auf Mord- und Selbstmordwaffen verzichten. Das ist die geistige Grundlage aller Proteste” (Schallück in Vesper/Ensslin 1981:149). Ihnen, den deutschen Wissenschaftlern ist es zu verdanken, daß die Bewegung in Deutschland sich nun moralisch gleichberechtigt neben den Stimmen aus dem Ausland fühlen konnte. “Auch die Sprache kam wieder” (Jens in Vesper/Ensslin 1981:94) als im Totenreich der Kriegsführer Odysseus vor Gericht gestellt und von seinen ehemaligen Soldaten angeklagt wird. Der Richter der Unterwelt verkündet das Urteil: “der Krieg ist vorüber, die Stunde des Gerichts gekommen. Die Kläger stehen vor dir, ich spreche das Urteil: Du hast getötet: nun stirb. Du hast geschwiegen: Ich lösche Dich aus” (Jens in Vesper/Ensslin 1981:98). Das erlösende Wiedereinsetzen der Rede bricht mit der Wirkung der Vergangenheit.

Das Sprechen und Denken am Nullpunkt gerät mit der Verschiebung von Politik zu Moral wiederum in den darin angelegten Widerspruch von Demokratie und Elite: “Ich spreche von den neuen Formen des politischen Lebens, wie sie nach dem Göttinger Exempel kaum mehr als utopisch angesprochen werden können, vom aktiven Anstoß, den eine befugte Minderheit ihrer Zeit mitteilen kann. ... nun hat die bundesdeutsche Intelligenz revoltiert und die Welt aufmerken und die CDU/CSU-Presse

klaffen gemacht. Die Welt wird ihre Eliten politisch ernst nehmen müssen. Die Parteien teilen das Volk sehr ungerecht ein und über den Kamm in große Interessengruppen. Wo aber sollen die wertvollen Minderheiten unterkriechen? Wo gibt ihnen eine Demokratie die Möglichkeit, sich politisch zu verwirklichen? Wer vertritt eine Elite, wo der Wahlsago rieselt, wer wird ihrer Spezifität gerecht, die eben auch darin besteht, nicht in Massen aufzutreten? Vier Wahlstimmen für vier Nobelpreise, vier für ein Kaffeekränzchen, wo solche Rechnung aufgeht ist etwas faul im Staat Democracy. Fragen Sie nicht, wie es anders zu machen sei, Sie haben an dem exemplarischen Fall teilnehmen dürfen” (in Wagenbach 1994:141). Ein sprechendes Subjekt schien sichtbar geworden zu sein und es erneuerte die Sehnsucht nach einer Diktatur der Vernunft, in der man die Probleme der “Dämonokratie” (Rühmkorf in Wagenbach 1994:141) umgehen könne.

Die Konstruktion eines moralischen Helden

Nicht nur in den politischen Reden, auch in den literarischen Verarbeitungen ändert sich die trostlose Situation der Katastrophenszenarien mit dem Auftreten der Physiker. In die zweite Hälfte der 1950er Jahre fällt die Gestaltung einer neuen Figur, die dem Drama die entscheidende Wendung gibt:

“in dieser großen Weltminute
standen die Hersteller auf, die Gelehrten,
und warfen sich
der tödlichen Entwicklung entgegen”,

so beschrieb es Günter Weisenborn in seiner *Göttinger Kantate. Der Aufruf der 18 Wissenschaftler und die großen Gefahren unseres Jahrhunderts szenisch darstellend, als öffentliche Warnung niedergeschrieben* von 1958. Der Wissenschaftler wurde zur Hauptperson in einer Reihe von Romanen und Theaterstücken, die alle in der Zeit von der Mitte der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre entstanden. Am bekanntesten davon sind heute noch Friedrich Dürrenmatts *Die Physiker* (1980) und Heinar Kipphardts *Der Fall Oppenheimer*; obwohl die erste Fassung früher vorlag, kann auch Bertold Brechts *Leben des Galilei* (1969) zu dieser Serie gezählt werden. Weisenborn hatte damals noch ein zweites Stück verfasst, die “Familie von Nevada” (1967); Hans Henny Jahnn beendete die schon erwähnten “Trümmer des Gewissens” (1993), an denen er seit Kriegsende arbeitete, und Carl Zuckmayer schrieb “Das Kalte Licht” (1976), eine Spionagegeschichte aus dem Kalten Krieg. Unter den Romanen findet sich Martin Gregor-Dellins *Der Nullpunkt* (1959), dessen Handlung sich um einen Wasserstoffbombenversuch im Pazifik dreht, sowie Gertrud LeForts Novelle *Am Tor des Himmels* (1954), in der Galileis Konflikt mit dem Papst aus der Perspektive seiner wissenschaftlich interessierten Nichte erzählt wird, schließlich Georg Pfählers *Atombändiger* (1956), der in seiner Bildungsgeschichte eines jungen Physikers alle Register des Genieklischees

zieht, ausgeschmückt mit Redewendungen typisch deutscher Innerlichkeit und den dazugehörigen Emblemen höchster Geisteskultur.

Ob mit den Mitteln absurder Überhöhung oder im Stil eines dokumentarischen Minimalismus, ob an einem historischen Stoff oder an der aktuellen Auseinandersetzung dargestellt, zu sehen ist der Wissenschaftler, der in einen Konflikt mit den Machthabern und seinen Auftraggebern gerät. Mit der Atombombe hat er ein Instrument geschaffen, „dessen vernichtende Kraft wahrhaft kosmisch ist“ (Arnold Zweig in *Vesper/Ensslin* 1981:141) und die Macht, die damit in seinen Händen liegt, verlangt nun von ihm, eine grundsätzliche Entscheidung zwischen Technik und Ethik, Schöpfung und Vernichtung zu treffen. Die Geschichte der Wissenschaft und die Geschichten der Wissenschaftler, die in diesen Texten erzählt werden, kulminieren in dem Moment, in der sich die Hauptfigur mit der gelingenden oder scheiternden Verweigerung aus der Verstrickung befreit.

Als ein Beispiel dafür möchte ich noch einmal Weisenborn zitieren und zwar mit einem Auszug aus „Die Familie von Nevada“ (1967). In diesem Theaterstück wird ein Atombombentest vorbereitet, bei dem eine Gruppe von Schaufensterpuppen der Zerstörung ausgesetzt werden soll. Doch auf der Bühne werden sie lebendig und zu Repräsentanten der universalen menschlichen Familie; ihre Sorgen und Freuden werden kenntlich, auch eine Liebesgeschichte beginnt¹⁷. Der zweite Handlungsstrang ereignet sich unter den Wissenschaftlern. Während der letzten Vorkehrungen zur Explosion taucht der Physiker Cricot auf, um den Versuch zu verhindern. In der 21. Szene kommt es zur direkten Konfrontation mit seinem Kollegen Jönsson, der den Test unbedingt durchführen will:

“Jönsson: Was wollen sie? Wer sind Sie?

Cricot: Hier ist Cricot ... Doktor Jönsson, wenn sie schon die Bombe zünden, ist es notwendig, daß die Familie dort geopfert wird?

Jönsson: Es wird hier nichts geändert.

Cricot: Geben Sie sie frei ...

Jönsson: Unmöglich. Sie gehören zum Versuchssystem. Selbst wenn ich wollte, wäre der Apparat, der jetzt abläuft, stärker als ich. Der halbe Kontinent wartet auf die Explosion.

Cricot: Und ich warte auf die Explosion ... des Gewissens! Stellen sie die Versuche ein!

Jönsson: Sie stören den Ablauf! In wenigen Minuten muß ich das Zeichen geben!

Cricot *mit steigender Leidenschaft*: Wenn Sie nicht blind sind, können sie sehen, daß nicht nur diese Familie sie anblickt ... Dies ist die große Minute, in der die Menschheit uns anblickt. Menschenmeere von Gesichtern über alle Kontinente, alle Rassen, alle Bekenntnisse hinweg. Und sie alle warten auf die Vernunft. Ist die Menschheit nicht mit der Blutspur hinter sich durch die Jahrtausende gewandert, hat sie nicht nach ihr geschrien in den dunklen Wäldern der Jahrhundertwirmisse, geschrien nach der Vernunft? Haben die einsamen Liebenden nicht sterbend ihre Eltern um Vernunft angefleht, die auf

dem Scheiterhaufen Verbrannten schrien sie nicht nach der Vernunft der Richter? Die geköpften, Gehenkten, Geräderten. Immer wieder? Verblendet waren die Richter, Räte, Häuptlinge, Heerführer, die Könige in ihrem Pomp, die Blutopfer befahlen. Warum folgten sie nicht der Vernunft und ließen die Lebenden leben?

Warum wurde die Vernunft, die graue Zelle im Schädel, verhöhnt, verfolgt, zerschlagen? Was zwang die Armen, die Leidenden, die Knechte und Krüppel, die Vernunft zu verfluchen? Immer wieder? Und dennoch, von Scheiterhaufen und Ruinen, aus den Gräbern der Erschlagenen und Gefallenen erhebt sie sich geisterhaft, unaufhaltsam wachsend, und heute ergreift sie die Analphabeten und Lernenden, die farbigen Völker und die Jugend aller Meridiane, die aufblickt und die Zukunft mustert. Der Weg der Vernunft durch die Jahrtausende hat uns erreicht, hier und heute, mich und auch Sie! Jetzt ... Geben Sie den Weg frei, im Namen der Zukunft!”

Jönsson *kalt*: Ich gehe.

Jönsson will gehen, dabei fällt sein Stock zu Boden. Er tastet am Boden vergeblich nach dem Stock. Cricot beobachtet ihn gespannt. In einer plötzlichen Eingebung nimmt er den Stock leise vom Boden. Jönsson bemerkt es nicht.

Cricot: Doktor Jönsson! Sie sind ja blind!

Jönsson *erhebt sich und jetzt macht er den Eindruck eines Blinden*: Sie sind verrückt, Mensch!

Cricot *hält den Stock anseits, Jönsson greift ins Leere*: Nehmen Sie Ihren Stock, Jönsson!

Jönsson *wütend*: Sie haben ihn mir weggenommen!

Cricot: Hier ist er doch! *Er reicht ihm den Stock*

Jönsson *reißt ihm den Stock aus der Hand und droht ins Leere*: Scheren Sie sich vom Versuchsgelände, Mensch!

Cricot: Jönsson ist blind geworden ...

Jönsson: Halten Sie den Mund! Schweigen Sie! Um Gottes willen ...

Er will eilig hinausstampfen, bleibt plötzlich stehen und stöhnt auf.

Cricot: Jönsson!

Jönsson: Ist das die richtige Richtung?

Cricot: Nein!

Jönsson: Mein Gott ... ich bin blind ... ich sehe nichts mehr ... Helfen Sie mir! Zeigen Sie mir die Richtung!

Cricot stützt ihn, dann läßt er in los.

Cricot: Nein.

Jönsson: Mein Gott ... Holen sie einen Arzt ... Ich bin fertig.

Cricot: Kommen Sie.

Sie gehen langsam über die Bühne. Jönsson bleibt stehen, wendet ihm sein leeres Gesicht zu und flüstert heiser.

¹⁷ Die Szenen erinnern an den Fotoband “The Family of Man” (Steichen 1955), mit dem das New Yorker

Jönsson: Es ist die Strahlenblindheit ... Glauben Sie, daß es noch eine Hoffnung gibt?

Cricot: Blindheit ist nicht immer eine Sache der Augen ... Ihre Blindheit stammt aus der Angst ... *Er führt ihn hinaus.*”

Wie in den Katastrophengeschichten ist auch hier ist die Grundsituation ort- und zeitlos; die Betroffenen namenlose und arglose “Menschen an sich” hier in Gestalt von Weisenborns Puppenfamilie, während sie sonst eher Randfiguren bleiben oder erst gar nicht auf der Bühne erscheinen. Überhistorisch ist auch die Gestalt der neuen Hauptperson: Der Forscher, der sich in einem zeitlosen Grundkonflikt befindet, der immer wieder woanders stattfinden kann, zu allen Zeiten wieder auftaucht. Wiederum geht es um das Verhältnis von Wissen und Schuld, das aber nun von der anderen Seite her, aus der Sicht der Wissenden aufgerollt wird. Weisenborn lässt hier zwei Charaktere aufeinandertreffen; die Strahlenblindheit des einen ist das äußere Zeichen der Tatsache, dass er geistig mit Blindheit geschlagen ist, während die Stimme der Vernunft, die vom anderen verkörpert wird, für die Unterdrückten eintritt. Die Nähe des Wissens zum Wahnsinn wird ebenfalls von anderen Autoren thematisiert, bei Dürrenmatt findet gleich die ganze Handlung in einer Irrenanstalt statt. Im Fall von Brechts Galilei ist es die Verführbarkeit zum guten Leben, die Vernunft und Wahrheit einschränkt; auch er verliert sein Augenlicht. Dass die geforderte Entscheidung eine Gewissensfrage ist, steht indessen in allen Varianten des Wissenschaftlerdramas fest. Wir haben es mit dem Faust des 20. Jahrhunderts zu tun, der zur Einsicht in das Verwerfliche des eigenen Tuns gekommen ist und mit einem entschlossenen Schritt moralisch die Seite wechselt. Mit dieser Aktion wird er zu jenem Helden, auf den sich die politischen Stellungnahmen, die sich an die Göttinger Erklärung anschließen, berufen.

Im Rahmen dieses Denkmusters lernte die deutsche Öffentlichkeit auch J. Robert Oppenheimer kennen, der während des Zweiten Weltkrieges wissenschaftlicher Leiter des amerikanischen Atombombenprojekts gewesen war und sich 1954 vor einem Untersuchungsausschuss der US-amerikanischen Atomenergiekommission zu verantworten hatte, weil er die Konzentration der US-amerikanischen Verteidigungsstrategie auf die Wasserstoffbombe kritisierte. Kipphardts dokumentarisches Bühnenspiel beruht auf dem Material dieser Anhörungen und schließt mit einem fiktiven Monolog Oppenheimers, in dem die Worte fallen: “Wir haben die Arbeit des Teufels getan” (Kipphardt 1966:124-126). Die Stelle bezieht sich auf eine häufig zitierte Bemerkung Oppenheimers über die Atombombe als Sündenfall der Wissenschaft, so heißt es etwa bei Böll: “Und der Vater der Atombombe, der amerikanische Physiker Robert Oppenheimer, sagte: Die Physiker haben die Sünde kennengelernt, und das ist ein Wissen, das sie nicht abschütteln können. Es gibt nichts, kein Recht und keine Sache in der Welt, die die Anwendung der Atombombe rechtfertigen könnte. Der Präsident der Vereinigten Staaten sollte dem Volke mitteilen, daß die Bombe von Grund auf ethisch

Museum of Modern Art den Universalismus nach dem Zweiten Weltkrieg eindrucksvoll darstellte.

falsch ist. Das ist ein starkes Wort aus dem Munde eines Wissenschaftlers: Die Physiker haben die Sünde kennengelernt. Damit ist die Physik in Bezirken angekommen, wo nicht mehr bloß wissenschaftliche, sondern theologische Begriffe gelten” (Böll in Vesper/Ensslin 1981:121).

Oppenheimer selbst aber war ganz und gar nicht einverstanden mit einer solchen Deutung seiner Worte, schließlich hatte er in seinem Vortrag “Atomkraft und menschliche Freiheit” von 1955 weiter ausgeführt: “So hat man etwa behauptet, der Wissenschaftler habe die Verantwortung für das Ergebnis seiner Arbeit selbst zu übernehmen – wogegen an sich nichts einzuwenden wäre. Nur sollten wir uns völlig darüber im klaren sein, wie bescheiden die Erfüllung einer solchen Forderung bleiben muß, wie unwirksam sie in der Vergangenheit war und wie unwirksam sie gewiß auch in der Zukunft sein wird. Tatsächlich bedeutet jene Forderung für den Gelehrten kaum mehr als eine Vermahnung, sich recht unbehaglich zu fühlen oder dient in schlimmsten Fällen sogar als eine Art Vorwand, ein höchst beiläufiges, unzüftiges und im letzten Grunde bedenkliches Eindringen des Wissenschaftlers in andere Bereiche zu rechtfertigen, für die es ihm sowohl an Erfahrung wie an Wissen fehlt (...) Im echten Sinne verantwortlich ist bekanntermaßen der Wissenschaftler stets nur seiner Wissenschaft, verantwortlich für ihre Reinheit und innere Stärke” (nach Stölken-Fitschen 1995:225). Der Verantwortungsbereich des Wissenschaftlers wurde von ihm deutlich eingeschränkt und die angeblichen Zweifel, die sich bei ihm gegenüber seiner wissenschaftlichen Arbeit als Leiter des Manhattan-Projekts im Nachhinein eingestellt haben sollen, wies er mit Nachdruck zurück. Beide Punkte wiederholte er in seinem Briefwechsel mit Kipphardt, in dem er gegen die Bühnenfassung seiner Person Einspruch einlegte.

Der Faust-Physiker ist daher eine kollektive Erfindung, nicht unbedingt eine schlechte, aber nicht mehr als das. Er ist eine imaginierte Gestalt, in der eine klassische deutsche Konstellation, das Dilemma von Wissen und Gewissen, Geist und Macht vorgetragen und bearbeitet wird, wie Stölken-Fitschen (1995:221) bemerkt, aber dies nicht auf die jüngere Vergangenheit bezieht. Im Hinblick auf die Germanistik dagegen hat Scherpe (1992) den Rückzug auf die deutsche Klassik und die Vermeidung der Moderne bei ihrem Wiederaufbau als die wissenschaftliche Seite der umfassenden Tendenz zur Wahrnehmungseinschränkung und Entwirklichung in Deutschland nach dem Krieg aufgefasst. An diese Überlegungen schließt sich meine weitere Interpretation an, in der ich jene Darstellungen des Wissenschaftlers als eine deutsche Erinnerungsfigur zu lesen versuche, die sich aus Momenten der Projektion und Identifikation zusammensetzt.

Wissenschaft und die Rekonstruktion öffentlicher Moral

Das zentrale Thema der Romane und Theaterstücke war das Verhältnis des Wissenschaftlers zum Staat und der aufbrechende Loyalitätskonflikt “zwischen seinem übernationalen Forschergewissen und seinen Bürgerpflichten” (Adolf Meyer-Abich nach Stölken-Fitschen 1995:223). Er sieht sich vor die Entscheidung gestellt, seine Forschungsergebnisse dem Staat bzw. Militär zu überantworten oder einem höheren Wissenschaftsethos zu folgen. Konzipiert als abstraktes Dilemma sind generell die konkreten politischen Verhältnisse des Dramas kaum zu erkennen und obwohl das dargestellte Problem auf diese Weise verallgemeinert wird, ist in keinem Fall der Staat, um den es sich jeweils handelt, das NS-Deutschland des vergangenen Krieges. Denn die deutschen Physiker waren auf Forschungen zum “friedlichen” Reaktorbau beschränkt gewesen und waren nicht verantwortlich für die Atombombe; darauf hatten sie selbst nach dem Krieg immer wieder hingewiesen und Mitte der 1950er Jahre war diese Ansicht im öffentlichen Bewusstsein erfolgreich etabliert: “Es sei zur Ehre der deutschen Wissenschaftler gesagt, daß sie niemals ernsthaft an der Verwendung der Atomenergie für militärische Zwecke gearbeitet haben, nicht nur weil ihnen die technische Bewältigung mit deutschen Mitteln während des Krieges unmöglich erschien, sondern weil sie ein echtes inneres Widerstreben gegen militärische Verwendung in sich empfunden haben” (Atomminister Strauß im Münchner Merkur vom 25. Juli 1956, nach Stölken-Fitschen 1995:186). Das Bild der redlichen und moralisch integren Wissenschaftlichkeit deutscher Physiker erfuhr Verstärkung durch eine Darstellung der Vergangenheit, die mit dem historischen Galilei-Thema korrespondierte. Demzufolge hatten die Physiker in Deutschland, den ideologischen Missbrauch von Wissenschaft verhindert, die Wahrheit der “reinen” Wissenschaft erfolgreich gegen die Übergriffe einer “arischen” Physik verteidigt und den verführerischen Angeboten der Machtpolitiker widerstanden.

Im Kern ihrer Selbstdarstellung nahmen die deutschen Physiker eine Verwandlung des technischen Rückstands in ethische Überlegenheit vor, so dass sich die deutschen Physiker eigentlich besser zur Rolle eines moralischen Helden geeignet hätten als der Amerikaner Oppenheimer. Aber diese “bessere” Gestalt, wäre nicht in der Lage jene Frage zu formulieren, die Kipphardt seinen Bühnen-Oppenheimer im Schlussmonolog sagen lässt, nämlich “ob wir den Geist der Wissenschaft nicht wirklich verraten haben, als wir unsere Forschungsarbeiten den Militärs überließen, ohne an die Folgen zu denken” (Kipphardt 1966:124-126). Daß es sich dabei um eine projektive Deckerinnerung handelt, in der eingefangen wurde, was bestimmend für das Verhalten der deutschen Physiker im Nationalsozialismus und grundlegend für die Verhältnisse, die sie mit dem NS-Regime eingingen, soll im folgenden Kapitel ausgeführt werden. Hier ist festzuhalten, dass Oppenheimers Unzufriedenheit mit der deutschen Darstellung seiner Geschichte betrachtet werden kann als eine Reaktion auf die Auslassung der Differenz politischer Systeme, die die Verschiebung ermöglichte, und eine Abwehr der Projektion, die sich an seiner Person festmachte. Im Kontext des nationalen Gedächtnisses bewirkte der Effekt der Ent-Schuldung, den das öffentliche Bild des Atomphysikers

mit sich brachte, dass sich im "Forschergewissen" darstellen ließ, was als das gute Gewissen der Nation empfunden wurde.

Mit dem überwältigenden öffentlichen Beifall für die Wissenschaftler, die sie für die "Göttinger Erklärung" lobte, weil sie damit das Schweigen brechen und ein Zeichen setzen würden, waren sie zu einer positiven Identifikationsfigur geworden, in der sich mehr als ihre eigene Geschichte ausdrückte. Um dies zu verdeutlichen, gilt es noch eine zweite Erinnerungsspur zu kennzeichnen, die in die Wissenschaftlergestalt eingeflochten ist. Die mit der Kernenergie verbundenen Ambivalenzen in Form einer apodiktischen Alternative von Leben oder Tod, Fluch oder Segen, begründeten die Konstruktion des Faust-Physikers im Atomzeitalter. Indem seine Entscheidungen zu einer Angelegenheit individueller Moral umgedeutet wurden, entstand die Figur, an der sich eine Verwandlung von Angst in Hoffnung auf Rettung abspielte: "Durch Atome besser leben – nicht sterben" (Ostermarschslogan von 1962, nach Stölken-Fitschen 1995:190). Zugleich wurden die Katastrophengeschichten auch auf der Ebene des Gedächtnisses beantwortet, denn außer der Zerrüttung menschlicher Solidarität und dem Verfall des Politischen wurde in Erinnerung gerufen, dass Zivilcourage, wenn es sie gegeben hatte, die Tat von Einzelnen gewesen war (vgl. Bauman 1992:18). Durch die Moralisierung und Individualisierung des Konflikts um die Atomwaffen erscheinen die Wissenschaftler nun als zivile Helden von gleicher Art.

Dass es sich bei der Stellungnahme der Wissenschaftler um hypothetische Verweigerung und somit um ein leeres Zeichen handelte ist kaum wahrgenommen und beachtet worden¹⁸. Die deutsche Nuklearforschung war nach wie vor eingeschränkt und militärische Projekte standen nicht zur Debatte. Im "wir würden nicht, wenn wir könnten" der "Göttinger Erklärung" wurde vielmehr der Mythos um eine mögliche deutsche Atombombe¹⁹ fortgeschrieben, der im Zentrum der Selbstdarstellung deutscher Physiker und Atomwissenschaftler seit 1945 stand und der lautete: "wir hätten es tun können". In beiden Fällen handelt es sich um eine Verweigerung im Konjunktiv, auf diese Weise konnte übergangen werden, dass es, wenn überhaupt, eine Einsicht im Nachhinein war, was statt dessen Oppenheimer angedichtet wurde. Nachträglichkeit und Verschiebung, wie sie hier eingesetzt werden, markieren den zweiten Teil der paradoxen Rede, die im Diskurs über die Gefahren der Atombomben mitläuft und sie geben Raum für den Einschub weiterer Motive, die auf ein indifferentes Verhältnis zur Vergangenheit hinweisen und die in der folgenden Analyse noch eine Rolle spielen werden. Hinzuweisen ist deshalb zum einen, dass in der "Vision eines humanitären Bundes zwischen Wissenschaft und Gesellschaft im Sinne des Gemeinwohls" (Stölken-Fitschen 1995:220) das deutsche Volk und seine wissenschaftlichen Experten gemeinsam in der Konfrontation mit der Politik stehen. Ihre Verbundenheit beruht auf der kollektiven

¹⁸ Darin bestand die ungewöhnliche Einwand von Karl Jaspers (vgl. 1957 und 1958).

¹⁹ Davon wird im folgenden Kapitel noch die Rede sein.

Pseudo-Erinnerung (Radkau 1989:300) des Missbrauchs durch ein verbrecherisches Regime, dem nun ein Ende gesetzt wird.

Wenn die Redner und Schriftsteller sich in Übereinstimmung mit "sicher fünfundneunzig Prozent unserer Physiker" (Andres in Vesper/Ensslin 1981:118) sahen, war nicht nur die zugeschriebene moralische Autorität der Wissenschaftler von Interesse. Fiktion und Phantasie beziehen sich auch auf den Zusammenhang von Sprechen und Macht, was zu einem Ineinandergreifen von Erlösungshoffnungen und Machtwünschen führt: "Die Naturwissenschaftler und speziell die Atomforscher stellen nun naturgemäß innerhalb der Intelligenz eine besondere durch Macht hervorstechende Gruppe. Der Staat ist auf ihre Mitarbeit und Weiterarbeit angewiesen, sie entscheiden über Wohl und Abstieg eines modernen Staates, sie sind im übrigen nicht zu den geringsten Konzessionen verpflichtet und können nach Belieben ihrem Gewissen leben, ohne eine Ausbootung bei der nächsten Koalitionsbildung befürchten zu müssen" (Rühmkorf in Wagenbach 1994:141)²⁰. Der Machtaspekt spielt auch eine Rolle bei der Frage "Wie wird die Atombombe wirksam bekämpft?" (Ludwig Marcuse in Vesper/Ensslin 1981:110-111). Nicht Panik, Proteste und Moralpredigten werden letzten Endes helfen können, nur die "Entwicklung einer Technik, welche bombensicher schützt gegen einen Bombenüberfall", da auf beiden Seiten des Konflikts, "die berechtigte Angst überfallen zu werden" (Marcuse in Vesper/Ensslin 1981:111) vorhanden ist²¹. Vor allem ist die positive Seite der Atomenergie mit dem Versprechen auf Macht verbunden: "Denn in Wirklichkeit ist die Atomphysik eine Welt voll ungeahnter Wunder, die bei richtiger Nutzung unermesslichen Segen stiften kann. Einmal gebändigt schenkt die unerschöpfliche Energie der Atomkerne dem Menschen eine grenzenlose Macht"²². Im Bezug auf ihre Gefahren wird eine Lösung angeboten, die eine innerliche Versenkung in die grundsätzliche Unterscheidung von Gut und Böse anempfiehlt und zudem auf diese Weise eine spezifisch deutsche Überlegenheit demonstriert²³. Wie der internationale Einstein-Mythos (Barthes 1964:62-65) vermochte auch die Wissenschaftler-Figur, die hier im Rahmen der verschiedensten Texte auftritt, jeden zufrieden zu stellen. Mit der Identifikationsfigur des Wissenschaftlers verbanden sich Hoffnungen auf ein Leben in Frieden und Wohlstand, eine neue nationale Stärke und moralische Autorität, sowie der Wunsch nach der Aufhebung jener gesellschaftlichen Starre, die über dem Erleben der ersten Nachkriegsjahre gelegen hatte.

²⁰ Dies ist die direkte Fortsetzung der oben zitierten Passage aus "Dämonokratie".

²¹ Das ist die Perspektive, die Carl Friedrich von Weizsäcker 1958 in seinem Aufsatz "Mit der Bombe leben" (1981) einnimmt.

²² Aus einer Informationsbroschüre des Zentralen Ausschusses der Landbevölkerung gegen die atomare Aufrüstung (nach Stölken-Fitschen 1995:190).

²³ So im "Atombändiger" von Georg Pfahler. Ein kurze Internet-Recherche ergab: Pfahler war seit 1938 Professor für Pädagogik in Tübingen, zuvor Rektor an der Universität Gießen, die nach dem Krieg wegen ihres hohen Anteils an nationalsozialistischen Hochschullehrern vorübergehend von der Militärregierung geschlossen wurde. Von der Gießener Zeit erfährt man vom Institut für Geschichte der Medizin in Gießen, sie wird in den biographischen Daten Pfahlers ausgelassen, die über die Stadt Tübingen zu erhalten sind. Der Roman wird von einem Buchversand als ein kritisches Buch zur Atomenergie angekündigt.

In den öffentlichen Eingriffen und Darstellungen der Physiker wurde diesen Vorstellungen zugespielt; die Rhetorik der Alternative von Leben oder Tod bestimmte den Tenor ihrer Stellungnahmen vor und nach der "Göttinger Erklärung". Hahns vielbeachteter Radiovortrag vom Februar 1955 hatte die Frage von "Gefahr oder Segen" im Titel aufgeworfen, ebenso die Publikationen von Pascual Jordan, Linus Pauling oder Homi Bhabha. Max Born stellte der drohenden Selbstvernichtung der Menschheit das mögliche "Paradies auf Erden" entgegen, Walter Gerlach äußerte sich vorsichtiger aber im gleichen Sinne, selbst ein energischer und politisch aktiver Kritiker der Atombombentests wie Karl Bechert argumentierte auf dieser Grundlage²⁴. Die todbringenden "unheimlichen" und "heimtückischen" Wirkung des Giftstaubes, von denen Hahn im Cobalt-Vortrag sprach, wurden mit den unglaublichsten Versprechungen kontrastiert und erschienen somit wissenschaftlich abgesegnet. Auf einer Kundgebung des DGB versicherte Otto Haxel²⁵ seinen Zuhörern: "Die Technik und jede wissenschaftliche Erkenntnis vergrößert die Macht der Menschen gegenüber der Natur. ... Sie gibt dem Menschen mehr Macht gegen die lebensfeindlichen Kräfte der Natur, gegen Hunger, Kälte und Krankheit" (nach Stölken-Fitschen 1995:176-177). Es war dies nur eine von vielen vergleichbaren Äußerungen; stets wurde dabei die zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Kernenergie als eine Angelegenheit moralischer Verantwortung betont und ersetzte die Notwendigkeit, auf die Schwierigkeiten einer technischen Grenzziehung zwischen einer kontrollierten bzw. unkontrollierten Kettenreaktion einzugehen. Das Fazit jeder Rede bildete die Unvermeidlichkeit einer Zukunft mit Atomenergie, wie dies auch in der "Göttinger Erklärung" der Fall ist.

Das ganz konkrete Anliegen, ob mit dem radioaktiven *fall out* bereits eine aktuelle Gefährdung der Bevölkerung vorläge, erschöpfte sich in einer Diskussion über Toleranzgrenzen, woran auch die 1956 vom Atomministerium eingesetzte Strahlenschutzkommission und ein unabhängiger Sonderausschuss unter Boris Rajewsky²⁶. Obwohl die Äußerungen der Wissenschaftler zu den Gefahren der Radioaktivität, die nach dem Unfall des "Glücklicher Drachen" in der Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden, eher zögerlich und uneindeutig ausfielen, tat dies ihrer Popularität besonders seit der Genfer Atomkonferenz im Sommer 1955 keinen Abbruch. Mit der "Göttinger Erklärung" schließlich avancierten die Physiker²⁷ zu Hoffnungsträgern, die über ihre Rolle als Experten weit hinausgeht. Wie die internationale Wissenschaft als Vorbild für die Politik und die Genfer Konferenz als Ausdruck einer friedlichen Völkergemeinschaft, in der die politischen

²⁴ Siehe außer den oben angegebenen Hinweisen dazu Borns Aufsätze "Entwicklung und Wesen des Atomzeitalters" (1983:202-214) und "Der Mensch und das Atom" (1965:23-49), sowie Gerlach (1954, 1955) und Bechert (1956).

²⁵ Haxel war Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied der 1956 gegründeten Kernreaktor-Bau und Betriebsgesellschaft in Karlsruhe.

²⁶ Rajewsky war der Leiter des Max-Planck-Instituts für Biophysik in Frankfurt am Main.

²⁷ Obwohl nicht alle beteiligten Wissenschaftler der Physik zugerechnet werden können, werden sie im populären Verständnis alle darunter subsummiert.

Grenzen ungültig oder nebensächlich waren, angesehen wurden, so erschienen die Atomwissenschaftler im eigenen Lande als Vertreter einer "überpolitischen" Vernunft und als Gegenfiguren zur Bundesregierung. Die Klage, dass die Politiker nicht auf die Wissenschaftler hören, findet sich in den Romanen, Theaterstücken und anderen Texten fast immer, die Anregung die Experten an der Regierung zu beteiligen, schließt sich in manchen Fällen daran, Kirst lässt in den letzten Tagen Europas gar einen Nobelpreisträger "Professor H." als Regierungschef einer gesamtdeutschen Übergangsregierung einsetzen. Der Umstand, dass nach der "Göttinger Erklärung" die Wissenschaftler sich eiligst aus der Öffentlichkeit zurückzogen, dass nur einige von ihnen sich im weiteren Verlauf der Diskussion wieder äußerten, während andere die Sache für einen Fehler hielten, führte nicht zu einem Abbruch ihres Ansehens als moralische Autoritäten²⁸.

Bedeutungen eines leeren Zeichens

Die überwältigende öffentliche Resonanz auf die Erklärung der Wissenschaftler gründete sich nicht auf Tatsachen sondern auf die Bekundung einer Überzeugung. Worum es ging, führte Helmut Thielicke, Professor für Systematische Theologie in Tübingen, in seinem Vortrag "Verantwortung und Gewissen im Atomzeitalter" aus²⁹. Er begrüßte ausdrücklich "die ethische Pointe jenes Appells ..., nämlich einen eigenen aktiven und zeichenhaften Beitrag zu leisten, damit es nicht zum supernuklearen Inferno kommt" (nach Stölken-Fitschen 1995:234) und er kritisierte die mangelnde Bedeutung moralischer Maßstäbe in der Politik. Doch die Forderung der "Göttinger", den geforderten Verzicht der Bundeswehr auf Atomwaffen, schätzte er als ungeeignet, als nicht durchführbar ein. So ist am Schluss nur ein leeres Zeichen, aber das scheint niemanden gestört zu haben. Die Kontinuität des Konjunktivs reichte aus.

Die breite Aufnahme der Erklärung und die generelle Verflechtung von Wissenschaftlichkeit mit einer Gewissensfrage, die im öffentlichen Diskurs über die Gefahren der Atombombe so nachdrücklich in den Vordergrund gestellt wurde, hatte mich zu der Frage geführt, über welche Bedeutungen sich der Zusammenhang in dieser Rede herstellt. Am Beispiel der literarischen Verarbeitungen lässt sich eine Reihe von Motiven ermitteln, die aus der jüngeren Vergangenheit stammten und die sich hier fortsetzten. Mit der Frage von Leben oder Tod, Massenvernichtung und Völkermord kehrten Erinnerungen an die erlebte Katastrophe wieder, ebenso traten Strategien der Verleugnung und der Abwehr auf den Plan. Wie über Opfer und Täter, Angst, Schuld und die

²⁸ Hahn hielt Mitte November des Jahres wieder einen Vortrag über "Atomenergie für den Frieden oder für den Krieg?" vor 2000 Zuhörern in Wien (vgl. Kant 2002:35), von Weizsäcker widmete der "Verantwortung des Wissenschaftlers im Atomzeitalter" ab 1957 noch viele Beiträge und Born blieb seinem pazifistischen Engagement treu (vgl. 1968, zus. mit Hedwig Born 1969, auch Lemmerich 1982). Wirtz dagegen vermied weitere öffentliche Aktivitäten und Maier-Leibnitz beurteilte die Aktion rückblickend eher negativ (vgl. Rese 1999:191-204).

moralische Pflicht zur Verweigerung gesprochen wurde, sorgte dafür, dass die historischen Zusammenhänge im Unklaren blieben und die jüdische Abwesenheit umgangen wurde. Opfer des kommenden Krieges waren tendenziell alle und die Verantwortung war bei den Regierenden samt ihren Militärs zu suchen. Im allumfassenden, unspezifischen Bedrohungsgefühl durch den Atomkrieg blieben die Leerstellen im westdeutschen Nachkriegsdiskurs unsichtbar und die Realitätseinschränkung wurde aufrechterhalten: die Ausblendung der Shoah und Vermeidung einer (Selbst-)Wahrnehmung als Täter, als dem Täterkollektiv zugehörig. Der Vergleich diente lediglich dazu, die Unterschiede zu verwischen und die Spezifik der NS-Verbrechen zu negieren. Mit der globalen Gefahr ging auch die Moral in kosmische Dimensionen über: "Der Mensch tritt hier, wie in der griechischen Tragödie, aus seinen natürlichen und sittlichen Grenzen heraus, greift ins Weltchicksal ein. An diesem Übertritt wird er schuldig, an dieser Schuld muss er scheitern. Die Erkenntnis der Schuld durch die dramatische Gegenüberstellung mit einem in seinen menschlichen Grenzen intakt Gebliebenen ist die Wurzel einer möglichen Entsöhnung" (Zuckmayer nach Ott 1987:857). Aber am Ende kam es eben doch auf den einzelnen Menschen an.

Der drohende Atomkrieg und die Aufforderung ermöglichte ein Sprechen, das auf Verschlussenes und Verschwiegendes zurückgreift, ohne es zu benennen. Es entwickelte sich ein paradoxer Diskurs, der eine sehr große Bandbreite von Positionen im Umgang mit der Vergangenheit zusammenbrachte, selbst unvereinbare Erinnerungsperspektiven. In seinem Mittelpunkt stand die Figur des verantwortungsvollen Wissenschaftlers, er verkörperte einen Handelnden, der seiner persönlichen, "unpolitischen Gewissensentscheidung" (nach Stölken-Fitschen 1995:212) folgt und gegen die Unmenschlichkeit und Brutalität der Politik Einspruch erhebt. Gegenüber den Erschütterungen des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre war ein sehr spürbarer Abstand eingetreten, als die Konstruktion des Konflikts zwischen "Wissen und Gewissen" der Atomwissenschaftler eine nationale Bedeutung gewann. Die Heroisierung des Faust-Physikers zwischen "Forscherdrang und Gewissensqual"³⁰ wurde Teil einer Strategie die problematische Vergangenheit abzuschließen, für die sich die Physiker deswegen besonders anboten, weil sie in dieser Hinsicht Macht und Wissen ohne Schuld zu repräsentieren schienen. Soviel war darüber über die Seite der öffentlichen Wahrnehmung der "Göttinger Erklärung" aus der Literatur mit Hilfe der Literaturwissenschaft zu erfahren. Aber was hatten die Physiker selbst dazu zu sagen? Im folgenden will ich daher auf ihre Darstellung der Vergangenheit eingehen, wobei die Interpretation des sprechenden Schweigens weiterentwickelt und die Texte der Physiker als eine besondere Schicht in dieser Rede gelesen werden sollen.

In dem Sprechen, das zugleich ein Schweigen war, organisierte sich eine Konstellation von Politik, Moral und Wissenschaft, die als spezifisch deutsch zu betrachten ist und aus dem Umgang mit der

²⁹ Dies ist der bereits in der Einleitung erwähnte Vortrag vor dem CDU-Bundesparteitag im Mai 1957.

Vergangenheit resultierte. Mein Ziel ist es, jene Auswirkungen auf das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft kenntlich zu machen, die mit zunehmender zeitlicher Entfernung durch nachträgliche Vergegenständlichungen und phantomatische Objektbildungen die Erinnerungen in der Nachgeschichte von Nazismus und Shoah kennzeichnen und die als eine gegenwärtige Wirkung des Fremdkörpers im Gedächtnis gelesen werden können. Zum Abschluss dieser Überlegungen werde ich auf das Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit zurückkommen als dem Schnittpunkt verschiedener Positionen und Erinnerungsperspektiven, die darin eingelassen sind. Es ist dies dann jedoch keine zusammenfassende Geschichte mehr, wie hier, sondern die Differenzen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft treten in den Vordergrund.

³⁰ So der Klappentext zu Robert Jungks Buch "Heller als tausend Sonnen", das 1956 erschien.

II. Zwischen den Zeiten: Vergangenheit, Verantwortung und Atomzeitalter

II.1. Rekonstruktion einer Entwirklichung: Berichte über die Physik in der Zeit des Nationalsozialismus

“Denke daran, daß nach den großen Zerstörungen
jedermann beweisen wird, daß er unschuldig war”.

Aus: *Denke daran ...* von Günter Eich (1953)¹

“Ich schreibe von den Kommissionen,
Verdacht, Gerücht, Verhör, Zensur,
Gerät, von der Partikelspur,
von Sack und Asche der Neutronen”.

Aus: *Die japanischen Fischer* von Wolfgang Weyrauch²

Am 18. Januar 1945 fand in Berlin die 100-Jahrfeier der Deutschen Physikalischen Gesellschaft statt, eine dreistündige akademische Festlichkeit im traditionellen Stil mit Festvorträgen, Dia- und Filmvorführungen und musikalischer Umrahmung. Trotz der häufigen Luftangriffe und der bereits erheblichen Zerstörungen in der Stadt³, während die Truppen der Westalliierten seit ihrer Landung in der Normandie auf einem beständigen Vormarsch in Richtung Berlin waren, ungeachtet der im Zuge der sowjetischen Winteroffensive bedrohlich näher rückenden Front und der durchziehenden Flüchtlingsströme hatte man versucht, die Restbestände einer wissenschaftlichen Normalität aufrecht zu erhalten. Im Sommer 1943 war die Evakuierung wichtiger Forschungsanlagen sowie des dazugehörigen wissenschaftlichen Personals eingeleitet worden – darunter befanden sich die prominentesten Mitglieder der Gesellschaft, die mit ihren Versuchen zur “Uranmaschine” nach Hechingen und Umgebung umgezogen waren⁴. Über die Veranstaltung konnte erst anderthalb Jahre später, im Sommer 1946 berichtet werden. Zunächst erschien ein Abdruck des Hauptvortrags, den

¹ Nach Ott (1987:874).

² Nach Vesper/Ensslin (1981:46).

³ Im Dezember 1944 hatten die Bombardements eine Panikstimmung unter der Bevölkerung ausgelöst (vgl. Schäfer 1985). Am 18. Januar war die Sowjetarmee bereits in den Warthegau eingerückt, am 27. Januar erreichten russische Einheiten das Vernichtungslager in Auschwitz.

⁴ Berlin war bereits 1943 das Ziel starker Bombenangriffe gewesen und in der zweiten Hälfte des Jahres hatte deshalb Werner Heisenberg mit der Verlagerung des KWI für Physik nach Hechingen in Baden-Württemberg begonnen. Das KWI für Chemie war am 15. Februar 1944 bis auf die Grundmauern abgebrannt und Otto Hahn war daraufhin mit seinen Mitarbeitern ins benachbarte Taiflingen gezogen. Quasi in letzter Minute vollzog sich der hastige Umzug der bislang größten Versuchsanlage zur Erzeugung eines kritischen Reaktors. Ende Januar brachen Gerlach, Diebner und Wirtz auf und kamen zunächst bis Stadtilm in Thüringen, aber bald musste der Weitertransport des Materials veranlasst werden. Nachdem die Anlage noch einmal vier Wochen per Lastwagen unterwegs war, wurden die Versuche zur Reaktorforschung in einem Felsenkeller in Haigerloch bei

der Herausgeber der Physikalischen Blätter, Ernst Brüche, der selbst an der Feier teilgenommen hatte, mit einer Vorbemerkung versah, in der er auf die außergewöhnlichen Umstände hinwies: “Die Feier fand in dem ungeheizten, aber überfüllten Saal des Physikalischen Instituts der Berliner Universität unter dem Schatten des nahen Zusammenbruchs statt” (Phy.Blä. 1946:97)⁵. Im Januar 1947 (Phy.Blä. 1947:2-5) folgte ein Bericht, den Brüche “wenige Tage nach der Feier zusammengestellt” noch für ein Heft geschrieben hatte, das nicht mehr verbreitet werden konnte. Die Berichte wie die Feier selbst lassen sich lesen als eine Art verzweifelter Existenzbeweis in einem Moment, in dem alles in Trümmer fiel.

Der Festvortrag wurde gehalten von Prof. Dr. E. Buchwald aus Danzig⁶ und sein Titel lautete: “Die Deutsche Physikalische Gesellschaft an der Schwelle ihres zweiten Jahrhunderts”, (Phy.Blä. 1946:97-106). Seine Darstellung orientierte sich an den fünf Überschriften der Goetheschen Stanzen “Urworte Orphisch” und war im Stil einer spenglerianischen Sozial-Morphologie gehalten. Es wurden die Lebensphasen der Physikalischen Gesellschaft vorgeführt und die einschlägige Mischung von Bedeutungsschwere und Banalität gipfelte in der Bezeichnung der Physikalische Gesellschaft als “Bewahrerin unseres prometheischen Feuers” (106). Brüches Bericht vom Jubiläum der Deutschen Physikalischen Gesellschaft kommt auf “(d)ie schlichte Feierstunde im sechsten Jahr des Völkerringens” zurück und ergänzt: “Stellte der erste Vortrag (Buchwald) das Leben der Gesellschaft, die als lebendiger Organismus gedeutet wurde, in den Vordergrund, so deutete der zweite Vortrag (H. Schimank) auf die Fäden hin, die zwischen den europäischen Nationen in physikalischen Fragen hin- und herlaufen, gab die Eigenart der geistesgeschichtlichen Strömungen zu erkennen und zeigte den gegen Ende des (19., E.S.) Jahrhunderts immer mehr wachsenden Anteil deutscher Forschung an der Entwicklung der Physik aller Völker” (Phy.Blä. 1947:2-4). Im ritualisierten Erinnern versäumte man nicht, die eigene professionelle Führungsrolle in den besseren Zeiten zu unterstreichen.

Die feierliche Selbstdarstellung der Physiker ereignete sich, soviel geht aus den bisherigen Zitaten bereits hervor, in einem Vakuum bzw. im Rahmen einer gefilterten Wahrnehmung des Geschehens um sie herum. Auch nach dem Krieg blieben von der jüngsten Vergangenheit kaum mehr als

Hechingen von Heisenbergs Arbeitsgruppe fortgesetzt, wo es beinahe gelang, eine Kettenreaktion in Gang zu setzen – unter einer ungeheuerlichen Vernachlässigung der Sicherheitsvorkehrungen.

⁵ Von Überfüllung zu sprechen, war allerdings etwas übertrieben, siehe dazu das Foto von der Feier bei Hermann (1995:F-102). Das Physikalische Institut befand sich am Spreeufer an der Ecke zur Luisenstraße, der direkten Fortsetzung der Wilhelmstraße, und somit nur ein paar hundert Meter von der Reichskanzlei entfernt.

⁶ Danzig und Gotenhafen waren das erste Ziel der Flüchtlinge aus Ostpreußen nach Westen. Nach Beginn der Weichseloffensive am 12. Januar waren große Teile Ostpreußens innerhalb von zwei Wochen eingekesselt. Am 21. Januar entschloss sich die Admiralität zur Evakuierung über See. Am 30. Januar wurde die hoffnungslos überfüllte “Wilhelm Gusthoff” von russischen Torpedos angegriffen und versenkt; etwa 9000 Menschen kamen dabei ums Leben.

Knapp zwei Wochen zuvor, nämlich gleichfalls am 18. Januar 1945 war die Provisorische Regierung Polens nach Warschau übersiedelt.

undeutliche “Schatten” und “düstere Wolken” übrig. Der Herausgeber Brüche formulierte es in der Einführung zum ersten Heft nach dem Zweiten Weltkrieg als “die Schockwirkung des Erwachens in einer unheimlich veränderten Welt” (Phy.Blä. 1946:2). Dieser Ton dominierte die ersten Nachkriegsjahrgänge der Zeitschrift und die Unbestimmtheit, die darin liegt, teilten die Physiker mit der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Erzeugt wird eine Unwirklichkeit der Ereignisse, bei denen es sich immerhin um das Kriegsende handelt, um die Vorgänge, die dorthin führten, und um das, was danach bekannt wurde und was sich in seiner direkten Folge ereignete: die Vertreibungen, die in Ruinen liegenden Städten und das entsetzliche Ausmaß der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, schließlich die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki.

Erstaunlich sind hier weder der pathetische Ton des Festvortrags, der laut Herausgeber “mit geringen Kürzungen wiedergegeben” (Phy.Blä. 1946:97) wurde, noch der Einschlag nationalistischer Überheblichkeit in Brüches Bericht “Hundert-Jahrfeier der Physikalischen Gesellschaft”, der ursprünglich für das erste Heft des Jahrgangs 1945 vorgesehen war und hier “praktisch ohne Änderungen wiedergegeben” (Phy.Blä. 1947:2) wurde. Entscheidend ist vielmehr die in dieser Randbemerkung mitlaufende Selbstverständlichkeit, dass Korrekturen, Ergänzungen und Kommentare überflüssig gewesen wären. Sie bringt die selbstsichere Gewissheit zum Ausdruck, mit der die unveränderte Geltung des Gesagten, seine Unberührtheit oder Unberührbarkeit durch die historischen Umstände unterstellt wird. Worauf aber stützte sich die Evidenz dieser Kontinuität? Noch zehn Jahre später erinnerte sich der Herausgeber und wiederholte dazu das zur Formel geronnene Bild: “Die Hundertjahrfeier der Deutschen Physikalischen Gesellschaft unter den düsteren Wolken des unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs eines wissenschaftsfremden Systems” (Brüche im Nachruf auf Ramsauer Phy.Blä. 1956:53). Eine solche Charakterisierung des Nationalsozialismus bediente die herkömmliche Vorstellung, dass Wissenschaft unpolitisch sei. Obwohl es zutrifft, dass sie die Erinnerung der Profession höchst wirksam strukturierte, bleibt diese Feststellung doch zugleich an der Oberfläche dieser Rhetorik und am Effekt der Rede hängen.

Der eigentliche Skandal der Rede wie des Berichts besteht darin, dass sie eine Geschichte der Physik in Deutschland präsentieren, in der die Namen der jüdischen Kollegen, die emigrieren mussten oder umkamen, auch 1946/1947 nicht vorkommen und nicht wieder eingefügt wurden. Das wurde auch in der Folgezeit nicht nachgeholt, es gab keine Richtigstellung oder gar Entschuldigung. Unter den vielen ehrenvollen Namen, mit denen sich die Gesellschaft schmücken konnte und wollte, fiel in der Rede nur der eines einzigen und zwar nicht-jüdischen Emigranten, nämlich von Erwin Schrödinger. Das wirft die Frage auf, warum der peinliche Festvortrag eigentlich überhaupt noch abgedruckt wurde und welche programmatische Absicht sich damit vermittelte. Allgemeiner gesagt: Wie sieht im Fall der Physiker die Struktur von Löschung und Derealisierung genau aus, auf welche Ursachen

und welche Ausgangsmomente geht sie zurück und wie wurde die Opposition von Wissenschaft und Politik darin eingebaut? Wie erhalten die Physiker ihre scheinbare Unberührtheit vom historischen und politischen Geschehen und mit welchem Umkreis von Bedeutungen und Funktionen wird dies abgestützt? Die bleibende Löschung der Namen ist daher der systematische Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen und Analysen. Über eine Dokumentation der vielzitierten Diskrepanz zwischen Politik und Wissenschaft hinaus, geht es um die Rolle, die für die Wissenschaft der Physik im Umbruch der Zeit abgesteckt wurde, und um den Platz, den sie damit im Gedächtnis und im Wiederaufbau der Nation einnahm.

Für diese Betrachtung stellt die Zeitschrift *Physikalische Blätter*, die in den folgenden Jahren zum "Hausblatt" der *scientific community* der deutschen Physiker avancierte, das zentrale Dokument dar. Die Erinnerungen an die jüngste Vergangenheit und die Verständigung darüber, die in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre dort geführt wurde, werden in einigen Fällen ergänzt durch weitere Einzeldarstellungen, wenn damit besondere Aspekte des Diskurses deutlicher gemacht werden können. Ausgehend von diesem Textmaterial, von der Struktur seiner Repräsentation und ihren Bruchstellen, werden die Aussagen über die Vergangenheit in ihren einzelnen Abschnitten dem aktuellen Forschungsstand über die Physik und die Physiker in der Zeit des Nationalsozialismus gegenübergestellt. Ziel ist es, die rhetorische Struktur herauszuarbeiten, die in den 1950er Jahren mit der Debatte über die Atomwaffengefahr eine allgemeine nationale Bedeutung erlangt, und kenntlich zu machen, auf welcher Grundlage die Physiker dann in diesen politischen Prozess einbezogen werden und darauf reagieren. Zuvor ist jedoch noch auf einen zweiten Beginn dieser Geschichte einzugehen, der außerhalb von Deutschland stattfand.

Exkurs 1: Gruppenbild ohne Dame, Farm Hall 1945

Über die unmittelbare Reaktion deutscher Physiker auf eines der Ereignisse bei Kriegsende, den Atombombenabwurf in Japan, geben die sogenannten Farm Hall-Protokolle Aufschluss. Bei diesem Text handelt es sich um die Typoskripte von Tonbandaufzeichnungen aus der zweiten Jahreshälfte 1945, die Anfang der 1990er Jahre einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden (Hoffmann 1995). Zehn der führenden deutschen Atomwissenschaftler waren im Frühsommer 1945, zumeist in Süddeutschland, verhaftet und über Belgien nach England gebracht worden, wo sie in den kommenden Monaten auf einem Landsitz namens Farm Hall interniert waren. Grund ihrer Internierung war ihre Mitarbeit im deutschen "Uran-Verein", an dem sie alle - mit einer Ausnahme - mitgewirkt hatten. Die prominentesten Wissenschaftler in dieser Runde waren Walter Gerlach, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue und Carl Friedrich von Weizsäcker. Die anderen waren

Erich Bagge, Kurt Diebner, Paul Harteck, Horst Korsching und Karl Wirtz⁷. Das herausragende Ereignis ihres Aufenthalts in Farm Hall war der Abwurf der Atombombe auf Hiroshima am 6. August, von dem sie über Radio erfuhren. Zwei Tage später verfassten sie ein gemeinsames Memorandum, in dem sie dazu Stellung nahmen; zu Beginn des Winters folgte eine zweite Erklärung.

Durch die Beobachtung der internierten Wissenschaftler und das heimliche Abhören ihrer Gespräche hofften die Alliierten zu erfahren, welchen Stand in der Nuklearforschung die Deutschen erreicht hatten und ob in der Zukunft mit einer Kooperation der Physiker und Chemiker zu rechnen wäre. Die Ergebnisse waren überraschend schlicht: Zum Einen waren die deutschen Atomforscher vom Bau einer Bombe weit entfernt gewesen, denn es war ihnen weder gelungen, eine Kettenreaktion in Gang zu setzen noch waren Bedingungen zur industriellen Produktion von Kernwaffen während des Krieges kaum noch vorhanden gewesen. Zum Anderen waren sie bereit, mit den westlichen Besatzungsmächten im Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft zusammenzuarbeiten⁸. Das Besondere dieses Textmaterials, der Memoranden und der Gesprächsmitschnitte, liegt vielmehr darin, dass es die Strategien dokumentiert, die die Physiker zur Rehabilitierung ihres Ansehens und zur Wiederherstellung ihres Einflussbereichs in der westdeutschen Nachkriegszeit einsetzten und die hier ihren Anfang nahmen. Mark Walker (1990), dessen Analyse ich hier weitgehend folge, fasst die Darstellung der Physiker im Begriff vom "Mythos der deutschen Atombombe" zusammen. Walker spricht von einem "Mythos", weil es keine deutsche Atombombe gab und keine geben konnte, was

⁷ Gerlach war seit 1943 Direktor der Sektion Physik im Reichsforschungsrat gewesen und dort insbesondere zuständig für die Kernphysik. In dieser Funktion war er der offizielle Leiter des Uran-Vereins. Gerlach hatte lange mit Otto Stern kooperiert, der 1943 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, wobei auch die gemeinsame Forschungsarbeit (Stern-Gerlach-Versuch) Erwähnung fand. Nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky war es deutschen Wissenschaftlern untersagt worden, den Preis entgegenzunehmen, was man in Stockholm bei der Auswahl der Preisträger berücksichtigte.

Hahn war Direktor des KWI für Chemie in Berlin; sein Institut arbeitete für das Forschungsprogramm des Uran-Vereins. Zusammen mit Fritz Straßmann hatte er 1938 die Kernspaltung entdeckt und wurde dafür im Herbst 1945 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, ihre Kollegin Lise Meitner hatte kurz zuvor die Arbeitsgruppe verlassen und aus Berlin fliehen müssen.

Heisenberg war Direktor des KWI für Physik und Ordinarius für theoretische Physik in Berlin, er galt als der eigentliche "Kopf" des "Uran-Vereins". Er hatte den Nobelpreis für Physik 1932 erhalten.

Von Laues Internierung war ein eigentlich ein Irrtum, er war ein theoretischer Physiker, aber hatte keine Verbindungen zum "Uran-Verein". Er war Nobelpreisträger im Jahre 1914.

Von den jüngeren Männern waren am interessantesten für die Alliierten:

Diebner, Physiker des Heereswaffenamtes, er war Partei-Mitglied gewesen und bei Kriegsende Gerlachs Vertreter im Uran-Verein. Seine Initiative hatte entscheidend zur Gründung des Uran-Vereins beigetragen. Harteck war Chemiker, Berater des Heereswaffenamtes und hatte gute Kontakte zur chemischen Industrie. Er war (als Nachfolger Otto Sterns) Direktor des Instituts für physikalische Chemie an der Universität Hamburg, wo verschiedene Forschungsprojekte zu militärischen Zwecken untergebracht waren, nicht nur aus der Kernforschung.

Von Weizsäcker, der im Uranprojekt als Heisenbergs "rechte Hand" angesehen wurde, hatte 1942 an der "Reichuniversität Straßburg" im okkupierten Elsaß einen Lehrstuhl für theoretische Physik übernommen.

Wirtz, Bagge und Korsching hatten an verschiedenen Stellen des Programms für den "Uran-Verein" gearbeitet, bei Kriegsende unter der Leitung von Heisenberg.

die in Farm Hall versammelten Experten besser als alle anderen wissen mussten und die dennoch der Vorstellung einer möglichen "Bombe für Hitler" niemals ganz entschieden entgegentraten.

Ihre erste und gemeinsame Reaktion auf die Nachricht vom Abwurf der Bombe über Hiroshima war Skepsis und Unglauben⁹. In den Diskussionen der folgenden Nacht und während des nächsten Tages versuchten sie die Dimensionen des Manhattan-Projekts¹⁰ abzuschätzen, die notwendigen Mengen des angereicherten Urans, den Aufwand der Isotopentrennung, die Anzahl der beteiligten Mitarbeiter, den Umfang der Finanzierung. Sie begannen zu verstehen, wie weit ihnen die Amerikaner voraus waren: "Die sind 50 Jahre weiter als wir", stellte Hahn bald fest und fügte dazu: "Wenn die Amerikaner eine Uranbombe haben, dann sind Sie alle zweitklassig" (nach Hoffmann 1993:146). Von dieser Einsicht wurde das Elitebewusstsein der Wissenschaftler empfindlich getroffen, verletzter Ehrgeiz und Rivalität drängten andere Überlegungen beiseite. Auf Hahns Bemerkung "Ich danke Gott auf den Knien, daß wir keine Uranbombe gebaut haben. Oder sind Sie deprimiert, weil die Amerikaner besser waren?" (nach Hoffmann 1993:156) antwortete Gerlach: "Ja" und richtete sich einen Moment später an Harteck, als dieser gerade das Zimmer betritt, mit der Frage: "(I)st es nicht schade, daß es die anderen geschafft haben?" (nach Hoffmann 1993:158).

Dennoch einigten sie sich schnell, noch am Abend des 6. August, auf die Formulierung von Weizsäckers: "Ich glaube es ist uns nicht gelungen (die Bombe zu bauen, E.S.), weil alle Physiker im Grunde gar nicht wollten, daß es gelang. Wenn wir alle gewollt hätten, daß Deutschland den Krieg gewinnt, hätte es uns gelingen können" (nach Hoffmann 1993:153). Der Gedanke wird am folgenden Tag wieder aufgenommen, als wiederum von Weizsäcker die Tatsachen so zusammenfasste: "Die Geschichte wird festhalten, daß die Amerikaner und die Engländer eine Bombe bauten und daß zur selben Zeit die Deutschen unter dem Hitler-Regime eine funktionsfähige Maschine herstellten. Mit anderen Worten, die friedliche Entwicklung der Uranmaschine fand in Deutschland unter dem Hitler-Regime statt, während die Amerikaner und Engländer diese gräßliche Kriegswaffe entwickelten" (nach Hoffmann 1993:172). Die Leitlinie im Sinne von "Wir hätten es tun können,

⁸ Auch in diesem Punkt unterschieden sich die Physiker wenig vom Rest der Bevölkerung. Das zunächst befürchtete Festhalten an der nationalsozialistischen Ideologie und die Fortsetzung der Gewalt in Untergrundorganisationen blieb fast vollständig aus.

⁹ Als der Bericht in den kommenden Nachrichten bestätigt wird und als die erste Überraschung überwunden ist, zeigen sich unterschiedliche Töne in den persönlichen Reaktionen. Gerlach wird von einigen der jüngeren Männer als Versager beschuldigt, was ihn außerordentlich kränkt. "Er schien sich in der Lage eines besiegten Generals zu sehen, dem nur noch die Wahl blieb, sich zu erschießen. Zum Glück hatte er keine Waffe, und schließlich gelang es seinen Kollegen (gemeint sind hier von Laue und Harteck) ihn einigermaßen zu beruhigen." (nach Hoffmann 1993:156) Mit diesen Worten beschreibt Major Rittner das Verhalten Gerlachs am Abend des 6. August. Im Gegensatz dazu war Hahn, der übrigens als erster von Rittner informiert worden war, "von dieser Nachricht wie vernichtet (im Original: completely shattered by the news) und sagte, er persönlich fühle sich verantwortlich für den Tod von Hunderttausenden, weil es seine Entdeckung gewesen sei, die die Atombombe möglich gemacht habe. ... Mit Hilfe einer nicht unbeträchtlichen Menge Alkohol beruhigte er sich und wir gingen hinunter zum Abendessen" (Hoffmann 1993:146).

¹⁰ So lautete der Name des geheimen US-amerikanischen Atombombenprojekts.

aber wir widmeten uns der friedlichen Nutzung“ gab die argumentative Richtung vor, für das Memorandum, das zwei Tage später geschrieben wurde und das sie alle unterzeichneten.

Darin hieß es unter Punkt 1: “Die Atomkernspaltung beim Uran ist im Dezember 1938 von Hahn und Straßmann am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin entdeckt worden. Sie war die Frucht rein wissenschaftlicher Untersuchungen, die mit praktischen Zielen nichts zu tun hatten. Erst nach ihrer Veröffentlichung wurde ungefähr gleichzeitig in mehreren Ländern entdeckt, daß sie eine Kettenreaktion der Atomkerne und damit zum ersten Mal eine technische Ausnutzung der Kernenergien ermöglichen könne” (nach Hoffmann 1993:175).

Und unter Punkt 5 wurde festgehalten: ”Gegen Ende des Krieges waren diese Arbeiten soweit gediehen, daß die Aufstellung einer energieliefernden Apparatur wohl nur noch kurze Zeit in Anspruch genommen hätte” (nach Hoffmann 1993:176). Sie bestätigten darin, dass sie solide Grundlagenforschung für friedliche Zwecke gemacht hätten und stellten jede politische Einflussnahme auf Wissenschaft mit Dilettantismus gleich. Im Memorandum von Farm Hall vermischten die Physiker, denen klar gewesen sein muss, dass sie kaum über die technischen Möglichkeiten für eine Atombombe verfügt hatten, dieses Wissen mit einer irreführenden Betonung der “friedlichen” Nutzung der “Uranmaschine”¹¹. Sie schwiegen über die militärischen Aspekte dieser Maschine, die sich nicht technisch separieren lassen. Insbesondere ließen sie die Verfahren der Isotopentrennung unerwähnt und spielten diesbezüglich sogar ihre eigenen Bemühungen und Beiträge herunter. Auf diese Weise konnten sie drei Aspekte miteinander in Einklang bringen: (1.) die Unverzichtbarkeit ihrer Expertise, (2.) ihren Anspruch auf einen hegemonialen Status in der *scientific community*, und (3.) ihre moralische Integrität als verantwortlich handelnde Wissenschaftler. Und zugleich konnten sie sich durch den Mythos in dreifacher Hinsicht als qualifiziert für die anstehenden Aufgaben präsentieren (Walker 1990:263).

Die Stellungnahmen der Physiker zu ihrer eigenen Tätigkeit in der Vergangenheit trugen somit von Anfang an Zeichen einer aktiven Derealisierung. Eine Person, die konkret davon betroffen war, war Lise Meitner. Sie wird im Memorandum vom August in folgender Weise erwähnt: “Dagegen hatte Professor Meitner bereits ein halbes Jahr vor der Entdeckung Berlin verlassen und war an der Entdeckung selbst nicht beteiligt” (nach Hoffmann 1993:176). Die Physiker in Farm Hall sahen keinen Anlass, zu erwähnen, dass Meitner 1938 gezwungen gewesen war aus Berlin zu fliehen, weil sie durch die Annexion Österreichs in unmittelbare Gefahr geraten war. Das Memorandum minimierte ihren Anteil an der Arbeit zu den Experimenten, in deren Verlauf die Kernspaltung zum ersten Mal beobachtet wurde. Dabei wussten sowohl Hahn als auch von Laue über ihre Situation sehr gut Bescheid, ihre lange Zusammenarbeit und Freundschaft mit Meitner hatte sich fortgesetzt in

¹¹ “Falls die Amerikaner mit der Maschine noch nicht soweit sind wie wir – und so sieht es doch allem Anschein nach aus – dann haben wir Glück. Es besteht eine Möglichkeit viel Geld zu verdienen”, so Heisenberg am 7. August 1945 (nach Hoffmann 1993:173).

einer intensiven Korrespondenz nach ihrer Flucht, die doch Hahn selbst wesentlich in die Wege geleitet hatte.

Zusätzlich zu den Ausblendungen und Verzerrungen im Hinblick auf die Vergangenheit gelang auch die Einschätzung der Gegenwart nicht realitätsgerecht. In seinen zusammenfassenden Berichten über die Situation in Farm Hall hat Major Rittner seiner Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, wie unangemessen und in völliger Verkennung ihrer tatsächlichen Lage die “professors”, wie er sie öfters nennt, agierten. “Obwohl die Briefe (von den Familien, E.S.) zeigen, daß es den Familien anscheinend gutgeht, suchen sich die Gäste aus den Briefen ganz belanglose Stellen heraus, die ihrer Meinung nach Anlaß zur Besorgnis geben. Sie haben bereits darum gebeten, bald weitere Briefe absenden zu dürfen. In diesem, wie in vielen anderen Punkten mangelt es ihnen völlig an der Einsicht, daß sie Angehörige einer besiegten Nation sind; sie scheinen zu glauben, daß die alliierten Militärbehörden nichts Besseres zu tun haben, als zum Nutzen der Gäste Kuriere in Deutschland herumschicken” (nach Hoffmann 1993:208)¹². Das zweite Memorandum der Wissenschaftler im September enthält eine längere Passage, die nichts mit dem eigentlichen Thema, nämlich der Zukunft der Wissenschaft im bevorstehenden Wiederaufbau Deutschlands zu tun hat. Nachdem die Atomforscher erklärt hatten, dass sie bisher hauptsächlich mit Grundlagenforschung beschäftigt waren und diese Arbeit im Zuge einer Wiederaufnahme des internationalen Austauschs vor dem Krieg fortsetzen wollen, gingen sie recht ausführlich auf die Lage ihrer Familien ein. Sie stellten sich deren Situation folgendermaßen vor: “Die derzeitigen Lebensbedingungen in Deutschland, besonders in der französischen Zone, machen es einer Frau, die Kinder zu betreuen hat, fast physisch unmöglich, auch für Lebensmittel und Brennholzvorräte für den Winter zu sorgen. Wahrscheinlich sind die Familien *wegen unserer Abwesenheit* überhaupt nicht auf den Winter vorbereitet.” (nach Hoffmann 1993:267)¹³. Und sie erwarten von den Alliierten, “daß man ihre Familien im Winter in Deutschland nicht verkommen läßt” (nach Hoffmann 1993:268). Die Isolation der Internierung kann die Naivität, Ignoranz oder Arroganz, die sich in diesen Sätzen widerspiegelt, nicht allein erklären. Denn nicht nur war ihre Situation relativ komfortabel, sie wurden gut gepflegt, zur Unterhaltung stand ihnen ein Klavier und ein kleiner Sportplatz zur Verfügung, Ausflüge in die Umgebung wurden ebenfalls organisiert, auch erhielten sie selbstverständlich Bücher, Zeitungen und ein Radio. Daher waren ihnen Informationen zugänglich, die verdeutlichten, dass nicht nur sie selbst sondern auch ihre Familien trotz allem in einer vergleichsweise günstigen Lage waren.

¹² Dennoch geht der Postverkehr weiter und Weihnachten wird ein Brieftransport innerhalb von 2 Tagen organisiert. Auch ansonsten kümmerten sich die Alliierten um die Angehörigen, z.B. wird Diebners Familie aus dem von sowjetisch besetzten Thüringen nach Neustadt bei Coburg zu Verwandten von Bagge gebracht.

¹³ Das Modell ist hier die Situation von Heisenbergs Familie, die zu zehnt in ihrem Sommerhaus am Bayrischen Walchensee untergekommen war und ein wiederholtes Thema in den Gesprächsaufzeichnungen ist.

Die Art und Weise wie in diesem zweiten Memorandum die Zukunft der Wissenschaft und die Not der Familien im ersten Nachkriegswinter kombiniert wurden, lässt durchblicken, dass sich die Sorge über die Familien, die die Wissenschaftler in einem Augenblick größter Ungewissheit zurücklassen mussten und die sie nicht über ihren Verbleib informieren durften, inzwischen verwandelt hatte. Sie war nun als Mittel eingesetzt, um in einem recht kläglichen Versuch etwas Kontrolle über die Situation zu erlangen, in der sie sich befanden. In den Aufzeichnungen findet sich der Ausschnitt eines Gesprächs vom 25. November, das Heisenberg mit den Worten begann: „Wir müssen uns irgendeinen Trick einfallen lassen, um unsere Situation zu ändern“. Der andere im Raum war Wirtz, der nach einigen Überlegungen antwortete: „Unser Stichwort ist, daß ihre Mutter gestorben ist und daß Ihre Kindern hungern“. Was Heisenberg bestätigte: „Alle meine Kämpfe gingen ja in diese Richtung“ (nach Hoffmann 1993:317). Etwas später kam Wirtz noch einmal darauf zurück: „Der einzige schwache Punkt des Commanders ist die Schwierigkeit, in der sich unsere Familien befinden, weil diese Dinge ihn auf lange Sicht bei der übrigen wissenschaftlichen Welt unbeliebt machen werden. Daher würde ich sagen: ‚Bohren wir weiter.‘“ Dem stimmte Heisenberg zu, woraufhin Wirtz fortfuhr: „Das ist genau die Schlagzeile, die wir sehen wollen: Liebe kleine Antinazi-Hätschelkinder oder etwas in der Art. Das würde ihnen den Rest geben“ (nach Hoffmann 1993:318)¹⁴. Dieser absurde Gedankengang ist das Resultat eines Prozesses der Verkennung, der seinen Ausgang nahm bei der Abwertung und Negation einer Emigrantin und hier bei einer Geschlechterstereotypisierung¹⁵ angelangt war, die die Instrumentalisierung von „Frau/Mutter-und-Kind“ erlaubte.

Das Auftreten dieser vollkommen unwissenschaftlichen und ansonsten in der Wissenschaft als vollkommen nebensächlich betrachteten Figur wirft ein Licht auf die Tatsache, zu welchem Umweg die Beteiligten bereit waren, um der Wahrnehmung des politischen Kontexts ihrer Arbeit und einer Befassung mit den Konsequenzen daraus zu entgehen. Es dokumentiert die beharrlichen Ausweichmanöver und sie unterstreicht die spezifische Rolle, auf die das Politische in der Argumentation der Physiker reduziert wird: „Unsere Stärke ist jetzt, daß wir ‚Nicht-Nazis‘ sind“ (von Weizsäcker am Abend des 6. August, nach Hoffmann 1993). In diesem knappen Satz ließ sich der Kern einer Rhetorik zusammenfassen, in der, obwohl die Atombombe die internierten Physiker zu einer politischen Stellungnahme zwang, die Zusammenhänge ihrer Entstehung aus dem Bewusstsein eliminiert blieben.

¹⁴ „Poor little anti-Nazi toddlers“ heißt es im Englischen. Der deutsche Text ist eine Rückübersetzung, da die Tonbänder vernichtet wurden (1993:264).

¹⁵ In einer Ergänzung zu Walkers Ergebnissen kann der *gender-subtext* in diesem „Gruppenbild ohne Dame“ herausgearbeitet werden. Als einzige namentlich genannte Frau kommt Lise Meitner vor. Auf ihren Fall sowie auf den allgemeinen Zusammenhang von Wahrnehmungseinschränkung und Geschlechterstereotypisierung komme ich im nächsten Kapitel ausführlicher zu sprechen.

Die in Farm Hall internierten Physiker kehrten Anfang Januar 1946 zurück nach Deutschland; an die Situation, die sie bei der Rückkehr vorfanden, erinnerte Max von Laue anlässlich des Jahresbeginns 1953 in den Physikalischen Blättern: “Die Hitlerherrschaft hatte wie auf allen anderen Gebieten so auch im Bereich der Wissenschaft ein Trümmerfeld hinterlassen: Die Hochschulen verbombt und im Innern desorganisiert, Forschungsinstitute in Notquartiere verlagert, unersetzliche Forscher und Lehrer verjagt, wenn nicht gar ‚liquidiert‘, der Nachwuchs durch Militärdienst und Gefangenschaft um 5, 6, 7 Jahre in der Ausbildung verzögert und vielfach *allem* Geistigen entfremdet: Das war das Bild von 1945/46” (Phy.Blä. 1953:1).

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ging es wesentlich um den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft und damit verbunden war die Wiedergewinnung eines hegemonialen Status für die Gruppe der Atomforscher und Kernphysiker. Bemerkenswert ist der außerordentliche Erfolg, den sie dabei hatten. Die Namen der Farm Hall-Physiker finden sich sehr bald in den einflussreichsten Stellungen der Wissenschaftspolitik. Hahn übernahm 1946 die Präsidentschaft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), die am 28. Februar 1948 in Max-Planck-Gesellschaft (MPG) umbenannt wurde. Gerlach wurde Vorstandsmitglied der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Heisenberg zum ersten Direktor des Deutschen Forschungsrates, als dieser im Jahre 1946 gebildet wurde. Beide Organisationen wurden recht bald zur DFG zusammengeführt und speziell Heisenbergs Aktivitäten, die er in diesem Rahmen entfaltete, trugen dazu bei, das Atomprogramm der Bundesregierung auf den Weg zu bringen. Weiterhin akzeptierte von Laue den Vorsitz der Physikalischen Gesellschaft, als diese zunächst in der Britischen Zone wieder entstand¹⁶ und in der auch Gerlach und Heisenberg Vorstandsfunktionen einnahmen. Ihr Einfluss ist ebenfalls daran abzulesen, dass die ersten Ausgaben der Zeitschrift *Die Naturwissenschaften* überwiegend von Physikern bestritten wurden, wobei wiederum die Präsenz der Farm-Hall-Gruppe unverkennbar ist.

Alle Physiker, die in Farm Hall interniert gewesen waren, bekleideten leitende Positionen in der deutschen Physik der Nachkriegszeit, entweder an einer Universität oder in Forschungseinrichtungen; die Karrieren wurden nach der Unterbrechung wiederaufgenommen und ohne einen nennenswerten Ausfall fortgesetzt. Gerlach nahm zunächst eine Gastprofessur in Bonn an, bis er 1947 seine Professur in München zurückerhielt. Heisenberg und von Laue gingen zusammen mit Bagge, Korsching, von Weizsäcker und Wirtz an das nach Göttingen verlagerte KWI für Physik. Von Laue übernahm 1951 das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin, das ab 1953 Fritz Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft hieß. Heisenberg verlegte das inzwischen umbenannte und erweiterte MPI für Physik und Astrophysik 1958 nach München, Korsching blieb an diesem Institut. Wirtz wurde 1957 Professor an der Technischen Hochschule

¹⁶ Die in den einzelnen Besatzungszonen entstandenen Organisationen schlossen sich 1950 zum Verband deutscher physikalischer Gesellschaften zusammen. Dort war Laue zweiter Vorsitzender. 1963 fand die Neugründung der DPG statt (vgl. Walcher 1995).

Karlsruhe und Direktor des Instituts für Neutronenphysik und Reaktortechnologie am Kernforschungszentrum. Weizsäcker entschied sich 1957 für einen Lehrstuhl in Philosophie an der Universität Hamburg. Bagge wurde ebenfalls 1948 als Professor nach Hamburg berufen und ging später als Direktor des Instituts für Physik nach Kiel. Harteck nahm 1946 seinen Lehrstuhl an der Universität Hamburg wieder ein, wo er zudem bis 1947 als Dekan tätig war, und entschloss sich 1951 eine Forschungsprofessur in Troy/USA anzunehmen. Auch Diebner ging nach Hamburg, bei ihm, der NSDAP-Mitglied gewesen war, kam es zur Verzögerungen, er baute ein privates Institut für Messinstrumente auf. Diebner und Bagge arbeiten schließlich zusammen in der 1956 gegründeten Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt.

Eine besondere Schwierigkeit für die Reorganisation der deutschen Physik nach dem Zweiten Weltkrieg bestand im alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 25 zur Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung, von dem die Physiker entscheidend betroffen waren, da alle Forschungen zur angewandten Kernphysik, insbesondere jede Form von Reaktor- und Isotopenforschung untersagt waren, ebenso wie Experimente zur Hochenergiephysik und der Bau eines Zyklotrons unter die Sperre fielen. Heisenberg, Hahn, Weizsäcker, Gerlach und andere bemühten sich in den folgenden Jahren tatkräftig um eine Lockerung dieser Regeln, in einer Art “Werbekampagne für Reaktortechnik” (Cassidy, 645), da sie hierin die wesentliche Voraussetzung für eine Beteiligung Deutschlands an der Zukunft ihrer Wissenschaft erkannten. Die in Farm Hall entstandene rhetorische Strategie der Selbstpositionierung bot eine äußerst geeignete Grundlage, um gegen die Einschränkungen, die durch das Kontrollratsgesetz vorgegeben waren, zu argumentieren. Da die Forschungsbeschränkungen erst 1955 mit den Pariser Verträgen entfielen, blieb die rhetorische Strategie des “Mythos” mit seiner Betonung der zivilen Anwendung von Kernenergie in Vergangenheit und Zukunft jahrelang unverändert aktuell und ihre Ausrichtung wandelte sich unter diesen Bedingungen entsprechend wenig. In Heisenbergs Aufsatz “Über die Ausnutzung der Atomkernenergie in Deutschland” (Heisenberg 1992), der zum ersten Mal 1946 in *Die Naturwissenschaften* und ein Jahr später in englischer Übersetzung in *Nature* erschien, wird sie der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Er ist in diesem Sinne programmatisch für den Kurs, der in den öffentlichen Stellungnahmen seitens der führenden deutschen Physiker in den folgenden Jahre beibehalten wird.

Die Re-Installierung der Physikerelite nach ihrer Rückkehr nach Deutschland vollzog sich in einem spürbar formierten, aufeinander abgestimmten Auftreten, in dessen Mittelpunkt die Rekonstruktion der Organisationen wie der Physikalischen Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt stand. Diese Aufgaben waren bereits in Farm Hall

diskutiert worden (vgl. Hoffmann 1993:44ff.)¹⁷. Der wissenschaftspolitische Erfolgskurs wurde getragen von einer rhetorischen und diskursiven Strategie, deren generelle Ausrichtung sich bereits im Farm Hall-Dokument ankündigte und im Laufe dieser Aktivitäten entfaltet und umgesetzt wurde. In einer Ausnahmesituation entwickelt, erwies sich die im “Mythos” von der deutschen Atombombe zusammengefasste Grundhaltung als bestens geeignet für eine generelle Reorganisation der Physik und der Wissenschaft insgesamt, so dass ihre Dominanz in der Wissenschaftslandschaft der Nachkriegszeit unangefochten blieb.

Unter den Unterzeichnern der “Göttinger Erklärung” befanden sich nicht nur sechs Namen aus der Farm Hall-Gruppe, nämlich Gerlach, Hahn, Heisenberg, von Laue, von Weizsäcker und Wirtz, auch in der Argumentation wiederholt die Stellungnahme von 1957 die wesentlichen Punkte der Farm Hall Memoranden. Diese Kontinuität ist bemerkt¹⁸, aber nicht weiter untersucht worden. Im Folgenden soll deshalb herausgearbeitet werden, wie zwischen Farm Hall und Göttingen das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Hinblick auf die Atombombe und die anderen Ereignissen, mit denen die Physiker in der Nachkriegsrealität konfrontiert waren, ausbuchstabiert wurde. In welcher Weise wurden die Momente der Erinnerung an die unmittelbare Vergangenheit, die Gestaltung von Zukunftsaussichten und das Eingreifen in die gegenwärtigen Entwicklungen miteinander in Beziehung gesetzt? Und: Wie legten die Wissenschaftler ihre gesellschaftliche Verantwortung und deren Grenzen fest, zuerst unter den Physikern selbst, in den Reihen ihrer *scientific community*, bis sie vom politischen Effekt ihrer Selbstdarstellung überrascht werden?

Vom Kampf gegen die “Parteiphysik”

Die *Physikalischen Blätter* gehörten zu den ersten regelmäßigen Publikationen im Bereich der Naturwissenschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg wieder erschienen – anfangs noch mit dem Zusatz “Neue” im Titel, worauf aber schon beim zweiten Heft wieder verzichtet wurde¹⁹. Die Ausgaben der Zeitschrift nach dem Krieg stellen Dokumente der tiefen Orientierungslosigkeit in Deutschland dar. Auf den knappen Seiten der Zeitschrift finden sich Informationen über die ersten Anstrengungen zur Wiederaufnahme des Lehrbetriebs und über den Verbleib von Personen, Übersichtsartikel zum Forschungsstand im Ausland im Bemühen um einen Anschluss an die dortigen Entwicklungen, auch ein paar eigene Forschungsbeiträge waren noch verfügbar. Die Gegenwart blieb weitgehend unvermittelte Erfahrung und wurde kaum erfasst, wenige Worte

¹⁷ Oexle (2003) hat ein ähnliches Argument für die Nobelpreisverleihung an Hahn geltend gemacht. Für die amerikanischen Physiker hat Schweber (2000) das lange Bestehen der Kommunikationsstrukturen, die auf die gemeinsame Arbeit am Manhattan-Projekt zurückgehen, betont.

¹⁸ Sowohl Stölken-Fitschen (1995) als auch Walker (1990) streifen diesen Punkt.

genügten für ihre Bezeichnung, in denen die Ereignisse nicht reflektiert sondern in abstrakter, zusammengezogener Form und andeutungsweise angesprochen wurden. Ein Beispiel dafür ist die Bemerkung: “Die Kulturkrise, welche über die Welt, insbesondere über Deutschland hereingebrochen ist”, mit der Max von Laue den Jahrgang 1947 eröffnete (“Zum Jahresbeginn 1947” in *Phy.Blä.* 1947:1).

In der verwirrenden und beunruhigenden Umbruchssituation erschienen die Rede und der Bericht der Hundertjahrfeier als eine Versicherung der Tradition, deren höchst problematische und peinliche Seite bereits angesprochen wurde. Das Manko, sofern es überhaupt bemerkt worden ist, wurde durch eine Passage am Schluss der Rede aufgewogen: “In den 30er Jahren und dann in der Kriegszeit trat die Anangke (das vierte der orphischen Urworte von Goethe, nach denen die Rede aufgebaut war, E.S.) in zweierlei Gestalt an uns heran. Sie zwang uns zum Kampf für die Anerkennung von Theorie und Mathematik. Der Wissende findet die Spuren dieser Auseinandersetzung mehrfach in den Verhandlungen der Gesellschaft. ‘Theorie und Experiment, sie gehören zusammen, eines ohne das andere bleibt unfruchtbar’, sagt hier einmal Planck, ‘Theorien ohne Experiment sind leer, Experimente ohne Theorie sind blind. Darum fordern beide mit gleichem Nachdruck die ihnen gebührende Achtung’. Und an anderer Stelle steht: ‘Wohin käme der Physiker ohne Mathematik! (...) Wenn etwa an den Mittelschulen der mathematische Unterricht eingeschränkt werden sollte, so würden die Physik und die Ingenieurwissenschaften diejenigen sein, die die Zeche bezahlen.’ Dieser Kampf scheint glücklich ausgefochten; schmerzlich ist, daß er nötig war! Wir stehen in einem härteren, bei dem auch die Anangke des Zeitgeschehens die Tätigkeit der Gesellschaft leitet. Es sind die Bemühungen, die wir unter dem Namen des Ramsauer-Planes zusammenfassen können, sehr ernste Vorschläge wie der deutschen Physik der gebührende Platz in der Welt zu sichern wäre, ein Programm, das die Forschung betrifft, die Stellenbesetzungen und Berufungen, den Physikernachwuchs, die Frage der Oberschullehrer usw. Diese ebenso wohldurchdachte wie energische Inangriffnahme einer Notlage, einer Anangke im wahrsten Sinn des Wortes ist die Hauptleistung der Gesellschaft in unseren Tagen” (*Phy.Blä.* 1946:105).

In dem Beitrag des Herausgebers Ernst Brüche über die “‘Deutsche Physik’ und die deutschen Physiker” (*Phy.Blä.* 1946:232-236) wird die programmatische Bedeutung dieser Passage sichtbar. Brüche formulierte hier die grundsätzliche Ausrichtung, unter der sich eine ganze Serie von Artikeln zusammenfassen lässt, die in den Jahren 1946 bis 1947 erschien und die davon handelte, “wie und mit welchem Erfolg sich die Wissenschaftler gegen Bevormundung und politischen Zwang zur Wehr setzten” (232). Wobei ein Element, das auch schon in den Stellungnahmen der Physiker in Farm Hall aufgetaucht war, hier ins Zentrum gestellt wurde, nämlich die “Deutsche Physik” als ein Beispiel für

¹⁹ Zur Geschichte der *Physikalischen Blätter* siehe Dreisigacker/Rechenberg (1995). Hier bleiben jedoch viele Fragen, insbesondere zur Entstehung der Zeitschrift im Jahr 1944 offen, vgl. dazu Schlüpmann (2001:II-5). Zum Zeitschriftenwesen in den ersten Nachkriegsjahren siehe Laurien (1991).

den verderblichen Einfluss der Politik auf die Wissenschaft, den es abzuwehren galt. Unter dieser Leitlinie setzte parallel zur Berichterstattung über die Hundertjahrfeier eine intensive Arbeit an der Selbstdarstellung der deutschen Physiker ein, in der die Entlastung der gesamten Berufsstandes der Physiker, der einer gesamten sozialen Gruppe sorgfältig aufgebaut wird.

Es ist eine Erzählung von der vereinten und entschlossenen Rettung des Fachs vor dem Verfall unter der Herrschaft eines wissenschaftsfeindliches Regimes gegen dessen Lakaien sowie zwei verirrte Fachgenossen: “Lennard und Stark, trotz ihrer abwegigen politischen Einstellung von den Physikern in Deutschland als bedeutende Experimentatoren vergangener Jahrzehnte anerkannt, wurden so unter der Verleugnung des wahren Geistes der Wissenschaft die Führer einer wissenschaftsfeindlichen Partei-Physik, die sich aber trotz der Unterstützung durch die Partei nicht durchzusetzen vermochte. Daß sich der Kampf der Parteiphysik unter Starks Führung gegen die ‚jüdische Physik‘ bald zu einer Ablehnung der theoretischen Physik moderner Prägung überhaupt entwickelte, zeigt die Rede Starks aus dem Jahre 1936” (Phy.Blä. 1946:233, die Rede wurde im Dezember 1935 gehalten und 1936 publiziert, E.S.). Es folgte ein Zitat daraus mit Angriffen auf Planck, von Laue und Heisenberg und anschließend eine lange Passage aus einem Artikel von Johannes Stark im *Schwarzen Korps* vom 15. Juli 1937, in dem er seinen antisemitischen Auffassungen freien Lauf gelassen und sie in den Bereich der Wissenschaftspolitik übertragen hatte. Dort hatte Stark geschrieben: “Nun mußten zwar die rassejüdischen Dozenten und Assistenten im Jahre 1933 aus ihren Stellungen ausscheiden, aber die große Zahl der arischen Judengenossen und Judenzöglinge, welche früher offen oder versteckt die jüdische Macht in der deutschen Wissenschaft stützten, sind in ihren Stellungen geblieben und halten den Einfluß des jüdischen Geistes aufrecht” (nach Brüche in Phy. Blä. 1946:233), wiederum nannte er Namen, dieses Mal Sommerfeld, Planck und Heisenberg.

Nach Brüche sah die Reihenfolge der Abwehrmaßnahmen der Physiker folgendermaßen aus: “sie verteidigten ihre Gesellschaft vor der Unterstellung unter eine nationalsozialistische Dachorganisation” (Brüche in Phy. Blä. 1946:234), veranstalteten 1934 eine Gedenkfeier für Fritz Haber, im Rahmen der Physikertagung 1938 eine weitere für Heinrich Hertz. “Mit jener Tagung beginnt der Widerstand der Physiker gegenüber dem Nationalsozialismus sich in Aktivität umzusetzen. Ein zäher Kampf um die Physik und ihre freie Entwicklung nimmt seinen Anfang” (Brüche in Phy. Blä. 1946:234-235). Im November 1940 wurde in München auf die Initiative Wolfgang Finkelburgs hin von der Reichsdozentenführung ein Streitgespräch zwischen den Vertretern der beiden Fraktionen veranstaltet; dieses endete mit einer Entschließung über die Notwendigkeit von theoretischer Physik, Relativitätstheorie und Quantentheorie, also “für die vernünftige Richtung in der Physik” (Brüche in Phy. Blä. 1946:235). Allerdings hielt sich die Gegenpartei nicht daran und veröffentlichte im folgenden Sommer eine Schrift mit dem Titel

“Deutsche und jüdische Physik”. Aber im September 1940 hatte Carl Ramsauer den Vorsitz der Deutschen Physikalischen Gesellschaft übernommen und er setzte sich in dieser Position für eine Umsetzung der Münchner Richtlinie ein, sowohl in der Fachöffentlichkeit als auch direkt beim Reichsminister Rust mit einer “Denkschrift gegen die Mißstände auf dem Gebiet der Physik” (Brüche in Phy. Blä. 1946:236).

Im zweiten Heft des Jahrgangs 1947 wurden größere Teile dieser “Eingabe an Rust” (Phy. Blä. 1947:43-46) von 1942 abgedruckt, in der nächsten Ausgabe erschien dann ein Bericht von Ramsauer selbst “Zur Geschichte der Deutschen Physikalischen Gesellschaft der Hitlerzeit” (Phy. Blä. 1947:110-114). Während Brüche in der Einleitung noch einmal die zentrale Botschaft seines vorausgegangenen Artikels betonte, nämlich die “durchaus nicht ängstliche Haltung der Physiker und ihrer Gesellschaft” (Phy. Blä. 1947:110), liegt der Akzent von Ramsauers Darstellung, “wie die Gesellschaft sich in den Jahren deutscher Wissenschaftsnot bewährt hat”, auf der Einschätzung der Nationalsozialisten als prinzipielle Wissenschaftsgegner und engstirnige Dilettanten. Seine Aufgabe als Vorsitzender in den Jahren 1940 bis 1945 sah Ramsauer darin, “unserer alten würdigen Tradition” gerecht zu werden, “ohne Rücksicht auf die Gnade oder Ungnade der Parteiinstanzen” und “dem katastrophalen Niedergang der deutschen Physik energisch entgegenzutreten. Es handelte sich hierbei hauptsächlich um die immer häufiger werdende Besetzung wichtiger physikalischer Lehrstühle mit politisierenden Nichtskönnern und um die Diffamierung der deutschen theoretischen Physik als einer jüdischen Mache” (Phy. Blä. 1947:110).

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchte Ramsauer allerdings Unterstützung mit den richtigen Verbindungen: “Zur würdigen Führung der Gesellschaft nach der alten Tradition gehörte ein gewisses Maß von Mut, zum Kampf gegen die grundsätzliche Wissenschaftsfeindlichkeit der Partei dagegen gehörte mehr, nämlich eine wohlüberlegte Taktik und damit genaue Kenntnis der maßgebenden Persönlichkeiten und der internen Zusammenhänge auf der Gegenseite, wenn wir bei unseren schwachen Kräften einen Erfolg in diesem ungleichen Kampf erzielen wollten. Ich selbst besaß diese Kenntnis nicht, da ich mich von der Partei möglichst ferngehalten hatte, obgleich mir die Zugehörigkeit zur Partei als Betriebsführer des Forschungsinstituts und des Ausbildungswesens der AEG in meinem dauernden Kampf mit den überheblichen Zellenobmännern von größtem Nutzen gewesen sein würde. Ich mußte daher versuchen, einen geeigneten zweiten Vorsitzenden für die Deutsche Physikalische Gesellschaft zu finden” (Phy. Blä. 1947:112). Ramsauers Wahl fiel auf Wolfgang Finkelburg, den Initiator der Münchner Gespräche, den schon Brüche als “mehr Physiker als Parteigenosse” (Phy. Blä. 1946:235) bezeichnet hatte und der Ramsauer aufgefallen war durch “die taktische Klugheit, mit der er die fanatisierten Gegner zu einer sachlichen Aussprache gezwungen hatte und der Mut, mit dem er in dies parteipolitische Wespennest hineingegriffen hatte” (Phy. Blä. 1947:112). Mit ihm zusammen unternahm er den Versuch, “doch noch einmal trotz aller

Gefahr den Kampf gegen die unverantwortliche antiwissenschaftliche Politik des Ministeriums mit aller Deutlichkeit aufnehmen" (Phy. Blä. 1947:112) und "das Ministerium zu einer Äußerung zu zwingen" (Phy. Blä. 1947:113). Denn: "Unsere Hauptaufgabe sahen wir ... in der energischen Abwehr der nationalsozialistischen Maßnahmen, welche ... zum Ruin der deutschen Physik führen mußten, wenn ihnen niemand entgegentrat" (Phy. Blä. 1947:112). Ramsauer zog als Schüler von Philipp Lennard nicht sogleich das Misstrauen der Parteiideologen auf sich und repräsentierte als Direktor des AEG-Forschungsinstituts die Verbindung zwischen der Wissenschaft und einem internationalen Großkonzern. Er ergänzte sein eigenes Profil im Vorstand mit der Ernennung Finkelburgs, Kernphysiker und Dozentenführer des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes (NSDDB) in Darmstadt, der später eine Professur in Straßburg erhielt. Als weiteren Stellvertreter ernannte Ramsauer Georg Joos, der damals noch den Lehrstuhl für Experimentalphysik in Göttingen inne hatte und ab 1941 als Chefphysiker und Mitglied der Geschäftsleitung von Zeiss in Jena arbeitete.

Auf die gemeinsam ausgearbeitete Eingabe hatte das Kulturministerium allerdings nicht reagiert, was Ramsauer folgendermaßen in den Physikalischen Blätter beschrieb: "Was war nun der Erfolg der ganzen Aktion? Ich hatte erwartet, wenigstens gehört zu werden, hatte aber auch im Hinblick auf die Schärfe der Kritik mit einer ablehnenden groben Antwort oder mit schweren persönlichen Repressalien gerechnet. Worauf ich aber nicht gefaßt war: Ich erhielt überhaupt keine Antwort. Ich hörte indirekt, daß die Eingabe größtes Mißfallen erregt habe und daß sie maßgebenden Stellen im Reich bekanntgegeben worden war, und ich glaube auch, einige Schikanen des Ministeriums gegen Herrn Finkelburg und mich auf unser Vorgehen zurückführen zu können. Aber sonst nichts, nichts! Ich sehe in diesem Schweigen das größte Armutszeugnis, welches es für eine leitende Behörde überhaupt geben kann. Das Ministerium Rust besaß nicht nur den bei den Parteiinstanzen üblichen Mangel an Vernunft, sondern auch einen bei den Parteiinstanzen sonst üblichen Mangel an Tatkraft" (Phy. Blä. 1947:113). Brüches Vorbemerkung unterstrich das negative Ergebnis der Vorlage, "der das nationalsozialistische Ministerium mit Schweigen begegnete" und bereits in seinem eigenen Beitrag hatte er die Ignoranz des Regimes erwähnt: "Diese Bemühungen um Einfluß auf das zuständige Ministerium sind vergeblich. Die Schriften blieben unbeantwortet und bringen Ramsauer und Finkelburg nur Ungnade und Schwierigkeiten ein. Beide arbeiten weiter. Die Tagung des Vorstandsrates in Bad Eilsen, die Physikeraussprache in Seefeld, die Gründung der Informationsstelle und der Physikalischen Blätter, die Rückberufung der Physiker von der Front und die Einrichtung des naturwissenschaftlichen Gymnasiums gehören zu Ramsauers Aktionen, ebenso wie die zusammen mit Finkelburg betriebene Verbreitung der erwähnten Eingabe an das Ministerium" (Brüche in Phy. Blä. 1946:236).

Auch Ramsauer berichtete, dass mit der unbeantworteten Denkschrift noch nicht alles zu Ende war: “Trotzdem hatte die Eingabe einen positiven, wenn auch vom Ministerium schamhaft verschwiegenen Erfolg: Der Berufungsmißbrauch und die antitheoretische Hetze hörten auf; Herr W.M. wurde kaltgestellt, Herr Heisenberg wurde wieder als erstklassiger Physiker anerkannt” (Phy. Blä. 1947:113)²⁰. Er stellte weiterhin fest, dass die Initiative “zu einer gewissen sachlichen Einigung, zu der notwendigen Bereinigung der ganzen Atmosphäre” geführt hatte und resümierte: “Unsere Anstrengungen im Kampf für die Interessen der deutschen Physik und der deutschen Physiker waren also doch nicht ganz vergeblich gewesen, wenn auch das nationalsozialistische Reichsministerium jede Gemeinschaft mit uns in der Form gänzlicher Nichtachtung abgelehnt hatte” (Phy. Blä. 1947:113). Konzeptionelle Grundlage für Fortführung der Arbeit wurden der Artikel “Die Schlüsselstellung der Physik in Naturwissenschaft, Technik und Rüstung” (Naturwissenschaften 31, 1943:285-288) und mehrere andere als Manuskript zirkulierende Texte zu Forschung und Ausbildung, die in das Programm der DPG eingingen, das in den Verhandlungen der DPG vom 1. September 1944 veröffentlicht wurde. Der sogenannte “Ramsauer-Plan” war in Kraft getreten.

Auf “Die Arbeit der Informationsstelle Deutscher Physiker” (Phy. Blä. 1947:224-226), die im August 1943 eingerichtet wurde und deren Leitung Brüche übertragen wurde, ging dieser selbst in einem gesonderten Artikel ein. Die Aufgabenstellung umfasste zum einen Öffentlichkeitsarbeit für das Gebiet der physikalischen Forschung und sollte sich zum anderen auf den wissenschaftlichen Nachwuchs konzentrieren. In diesem Rahmen entstanden die *Physikalische Blätter* und erschienen ab Anfang 1944, es erfolgte weiterhin der Aufbau einer naturwissenschaftlichen Begabenschule und es wurden Hochschulvorträge für Schüler organisiert. Über die Einrichtung eines naturwissenschaftlichen Gymnasiums hatte Brüche bereits im zweiten und dritten Nachkriegsheft einen zweiteiligen Bericht erstellt: “Es soll hier von einem Unternehmen in den letzten beiden Kriegsjahren berichtet werden, das weder eine Hochburg des Militarismus noch eine Zelle der Untergrundbewegung gewesen ist. Dem Namen nach war es ‚Wehrtüchtigungslager der Hitlerjugend‘, aber der Sache nach eine Begabenschule für künftige Naturwissenschaftler, die unter diesem eigenartigen Modus dem Drill samt seinen Begleit- und Folgeerscheinungen entzogen worden waren” (Phy.Blä. 1946:28). Die Diagnose vom “Tiefstand der Schule” wurde hier schon, ebenso wie in weiteren Texten zur Schulphysik, auf das Konto des wissenschaftsfeindlichen Regimes verbucht, das der Ideologie auf Kosten der “Realfächer” den Vorrang einräumte und bei Sport und Spielen “die mühsame und harte Kunst des Denkens und des sachlichen Beurteilens” vernachlässigte; in den letzten Jahren hatten die Auswirkungen des Krieges die Qualität der naturwissenschaftlichen Schulausbildung auf ein Minimum sinken lassen.

²⁰ Mit W.M. ist Wilhelm Müller gemeint, der die Sommerfeld-Nachfolge in München angetreten hatte. Auf die Auseinandersetzungen um diese Berufung werde ich weiter unten noch ausführlich eingehen.

Brüches Resümee am Ende des ersten Teils ist noch weitgehend defensiv: “Man hat keine Ursache, dieses Unternehmen, das unter so eigenartigen Voraussetzungen gegen alle Wahrscheinlichkeit entstand, auf das Konto des ‚Dritten Reichs‘ zu buchen. Man weiß, um wieviel ärgerlicher ein Verhandeln mit verschrobenen und ehrsüchtigen ‚Hoheitsträgern‘ ist als eine Meinungsverschiedenheit zwischen Fachleuten. Wenn trotz allem das Unternehmen in Gang kam, dann nur deshalb, weil man auch auf den Dienststellen hier und dort das übliche Schema von starrer Ideologie und bürokratischer Routine beiseite schob, um mit sachlichem Interesse erkannte Fehler zu beseitigen” (Phy.Blä. 1946:31-32)²¹. Zum Abschluss des zweiten Teils zitiert er den namentlich nicht genannten Schulleiter und hier ist der Blick schon wieder fest in die Zukunft gerichtet: “Der Grundgedanke unserer Schule ist und bleibt durchaus gesund. So wie sie in der Vergangenheit notwendig war, wird sie auch in der Zukunft notwendig sein. Wenn das deutsche Volk je wieder auf dem Gebiet der Mathematik und der Naturwissenschaften zu Achtung und Anerkennung unter den Völkern gelangen will, dann wird man auf Dauer diese Schulform nicht entbehren können” (Phy.Blä. 1946:59).

Um die Botschaft aus dieser Serie von Berichten zusammenzufassen: Die Physiker haben Kontrolle und Autonomie über ihr Fach effektiv verteidigt. Wir erfahren darin, wie sie wiederholt mit einem mutigen Schritt den Zugriff eines totalitären Regimes abgewehrt haben. Als der Politik die Kontrolle über das Geschehen entglitt, versuchten sie schließlich zu retten, was noch zu retten war. Die Bemühungen des Vorstands, “um gegen Partei und Ministerium die Sache einer sauberen und anständigen wissenschaftlichen Physik zu vertreten”, betrachtete Finkelburg als ein kollektives Anliegen, so “daß dieser Kampf gegen die Parteiphysik als ein Ruhmesblatt der wirklichen deutschen Physik bezeichnet werden darf, weil er – zwar von wenigen aktiv geführt – von der überwältigenden Mehrheit der Physiker effektiv und moralisch unterstützt worden ist” (Phy. Blä. 1946:236). Soweit die Hauptlinien der Erzählung. Sie entsprach im wesentlichen den Worten Weizsäckers vom Abend des 6. August 1945: “Unsere Stärke ist jetzt, daß wir ‚Nicht-Nazis‘ sind”, und sie erlaubte die erleichterte Feststellung: “Mit Befriedigung können wir feststellen, daß sich nur wenige Berufsstände so wenig mit der Partei kompromittiert haben, wie der unsere. Ich möchte das unserem Sinn für das Wirkliche und Konstruktive zuschreiben” (Phy.Blä. 1946:12). Etwaige Zweifel wurden beseitigt durch die Klassifizierung der betreffenden Personen als ”gute Nazis”, die eigentlich keine gewesen wären, weil sie der Sache der Physik geholfen haben²². Die prinzipielle Opposition von Wissenschaft und Politik, die diese Logik funktionieren lässt, durchzieht die gesamte Berichterstattung. Obskur und unerklärbar bleibt dabei nur, wieso das NS-Regime auf einmal

²¹ Der Schlußsatz des ersten Teils schließt daran an und lautet: “Mit tiefer Besorgnis hat der Verfasser damals aber auch bald erkennen müssen, daß es nur ganz wenige waren, die eingesehen hatten, daß die Jugendführung in einem gespenstischen Nebel herumirrte, und die deshalb gerne die Gelegenheit ergriffen, wenigstens am Symptom das zu verbessern, was der Kontrolle schon längst entglitten war”.

²² In seiner Studie ”Schuld und Abwehr” erkennt Adorno darin, ebenso wie in der Konstruktion der ”Mitläufer” und der Nationalsozialisten als ”festumrissene Clique”, Elemente einer weiterbestehenden NS-Ideologie.

einsichtig reagierte und bereit war, die Wichtigkeit der Physik und der Physiker anzuerkennen. Wer war mitten im Krieg dafür aufgeschlossen, die theoretische Physik bzw. die Grundlagenforschung mit langfristigen Maßnahmen zu fördern?

“Statthalter” und Stellvertreter: Die Argumente zur Verteidigung der modernen Physik

Mit welchen Einwänden und Darlegungen im einzelnen gegen die Vertreter der “deutschen Physik” vorgegangen wurde, konnte man nachlesen im zweiten Heft des Jahres 1947, in dem größere Teile der “Eingabe an Rust” (Phy.Blä. 1947:43- 46) als Teil der Dokumentation des “Kampfs gegen die Parteiphysik” abgedruckt waren. Der Text war versehen mit einer redaktionellen Einleitung: “Unter den Schritten, die die deutsche physikalische Gesellschaft zur Rettung der Physik in Deutschland unternahm, spielt die Eingabe der Gesellschaft eine besondere Rolle, die am 20. Januar 1942 an Kulturminister Rust seitens des Gesellschaftsvorsitzenden Prof. Ramsauer geschickt wurde”, und wieder wurde darauf hingewiesen, dass dieses Vorgehen “mutig” war aber nicht beachtet wurde (Phy.Blä. 1947:43). Bei der Eingabe handelte es sich um ein Schreiben Ramsauers samt einer Reihe von Anlagen. Im Brief an den Reichsminister (Phy.Blä. 1947:43-44) wurde um “die Zukunft der deutschen Physik als Machtfaktor” gefürchtet und auf die Gründe für den bedenklichen Vorsprung der Amerikaner hingewiesen, denen es “gelungen ist, eine zahlenmäßig starke, sorgenfrei und freudig arbeitende junge Forschergeneration heranzuziehen”. Um “den Leistungskampf mit der amerikanischen Physik aufzunehmen und zum Siege zu führen”, könne es “Deutschland sich in seinem Existenzkampf” nicht leisten, dieses “Aktivum” außer acht zu lassen. Als die wesentlichen Mängel wurden im einzelnen angesprochen: (1) die mangelhafte Ausstattung der Physiker an den Hochschulen, so dass diese nicht mit der Industrieforschung konkurrieren können; (2) die unverzichtbare Bedeutung der modernen theoretischen Physik, der Relativitätstheorie und der Quantentheorie auch “für Wirtschaft und Wehrmacht” und “daß die erhobenen Vorwürfe gegen die Vertreter der modernen theoretischen Physik als Vorkämpfer des jüdischen Geistes ebenso unbewiesen wie unberechtigt sind”; (3) eine Reihe von Fehlberufungen, insbesondere im Fall der Besetzung des Lehrstuhls für theoretische Physik in München; schließlich sei (4) alles in allem eine Laufbahn als Hochschullehrer unattraktiv geworden, wozu hier noch die Gründe der Personalknappheit und beschränkter materieller Aussichten angeführt werden. Daran schlossen sich Forderungen an nach der Erhöhung der Sachetats für die physikalischen Lehrstühle, einem Ende der “inneren Kämpfe der deutschen Physik ... nötigenfalls durch einen vom Ministerium ausgeübten Zwang” sowie eine Verbesserung im Hinblick auf die anderen Punkte.

Vier der sechs Anlagen waren der Verteidigung der theoretischen Physik gewidmet; darin wird deren Unverzichtbarkeit für die experimentellen und technischen Bereiche der Physik herausgestrichen

und die “Vorwürfe gegen die moderne theoretische Physik als angebliches Erzeugnis des jüdischen Geistes” werden zurückgewiesen. Die letzte Anlage wiederholte das Ergebnis der Münchner Gespräche vom November 1940, das in fünf Punkten den Zusammenhang der physikalischen Subdisziplinen und die Rolle der theoretischen Physik, der Relativitätstheorie sowie der Quanten- und Wellenmechanik feststellte, wobei nachdrücklich betont wurde, dass diese mathematischen Hilfsmitteln von Weltanschauungsfragen zu trennen seien (Phy.Blä. 1947:46). Nachdem auf die Schäden, die die Berufungspolitik des Ministeriums in der theoretischen Physik verursacht hatte, nämlich durch die Berufung verschiedener Vertreter der “deutschen Physik”, insbesondere im Fall der Nachfolge Sommerfelds in München und die Streichung eines Lehrstuhls an der TH Berlin hingewiesen worden war, schließt der Text mit der folgenden Passage: “Demgegenüber muß noch einmal hervorgehoben werden, daß jede Schädigung der deutschen theoretischen Physik eine Schädigung der ganzen deutschen Physik und damit, ganz abgesehen von den wissenschaftlichen Folgen, eine nicht zu verantwortende Schädigung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Wehrtechnik bedeutet” (Phy.Blä. 1947:46).

Der Text ist in erster Linie ein Beispiel für die Vertretung korporativer Interessen der Physiker, die um “das deutsche wissenschaftliche Ansehen” (Phy.Blä. 1947:46) ihres Fachs sehr besorgt waren. Ihre Absicht war es, den eigenen Einflussbereich zu vergrößern, die technischen und theoretischen Hilfsmittel sicherzustellen sowie eine qualifizierte Ausbildung des Nachwuchses zu gewährleisten, wobei wie sonst auch Finanzierungs- und Personalfragen eine bedeutende Rolle einnahmen. In der Argumentation wurde eine instrumentalistische Wissenschaftsauffassung hervorgehoben, die eine Einordnung in die machtpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Erfordernisse erlaubte. Laut Brüche ging es bei dieser Initiative “um die Reinhaltung der Forschung und der Lehrstuhlbesetzung von politischen Einflüssen” (Phy.Blä. 1946:235), aber die Forderung, dabei “nach den in alter und neuer Zeit bewährten Grundsätzen des Leistungsprinzips” (Phy.Blä. 1947:44) zu verfahren, wurde sogleich in die Rede von den notwendigen “Hilfsmitteln” des “Machtfaktors” Wissenschaft integriert. Selbst wenn man daher die Einschränkung von Politik auf Ideologie akzeptiert, die allen diesen Texten zugrunde liegt, so ist der weiterreichende Schluss auf eine Unvereinbarkeit von Wissenschaft mit den Zielen des Regimes hier keineswegs naheliegend. Dann aber stellt sich die Frage, wieso der Text als Beweis genau dafür angeführt wurde, welche Voraussetzung dieser Konsequenz zu einem Anschein von Logik verhalf und worin die Bedeutung der Episode in der Nachkriegszeit bestand.

Unter den Anlagen der Eingabe an den Reichsminister befand sich auch eine Stellungnahme Prandtl's zur Besetzung des Sommerfeld-Lehrstuhls in München durch “Herrn W.M. als Nachfolger des weltberühmten theoretischen Physikers” (Phy.Blä. 1947:45)²³. In dem Abschnitt, der daraus 1947 in

²³ Sie war ursprünglich 1941 für Göring geschrieben worden, vgl. Eckert (1993:202).

den Physikalischen Blättern publiziert wird, wird diese Berufung als “untragbar” und “völlig sinnlos” bezeichnet. “Herr M. bringt für die theoretische Physik nichts, aber auch rein gar nichts” und seine Ernennung stelle eine “Sabotage eines für die technische Weiterentwicklung unentbehrlichen Faches” dar. Deshalb wurde auch hier bemerkt: “Deutschland zum Schaden seiner Wehrkraft und Wirtschaftskraft” (Prandtl in *Phy.Blä.* 1947:46). Die Berufung Wilhelm Müllers, eines Ingenieurs und Aeronautikers, der ein Lehrbuch der technischen Mechanik sowie einige Artikel zur “Deutschen Physik” geschrieben hatte, auf den Lehrstuhl für theoretische Physik an der Universität München hatte unter den Physikern hohe Wellen der Empörung geschlagen. Der Fall Müller war vor allem auch ein Fall Heisenberg. Denn zunächst, als die Emeritierung Sommerfelds 1935 bevorstand, und sogar noch bis zum Sommer 1937, sah alles so aus, als ob Heisenberg, Sommerfelds Wunschkandidat für seine Nachfolge, nach München berufen würde.

Aber das Einsetzen einer heftigen antisemitischen Diffamierung gegen die theoretische Physik und ihre Vertreter von Seiten der “deutschen Erneuerung”, in deren Verlauf Heisenberg zunehmend in die Schusslinie geriet, verhinderte dies am Ende doch. Den ersten Höhepunkt der Kampagne bildete Starks Rede auf einer Heidelberger Feier zu Ehren Lennards im Dezember 1935, seine Angriffe wurden im Januar des folgenden Jahres in einem Bericht des *Völkischen Beobachter* wiederholt und in den *Nationalsozialistischen Monatsheften* vom Februar wurde die Rede abgedruckt: “Nun, Einstein ist heute aus Deutschland verschwunden, und kein ernsthafter Physiker sieht mehr in seinen Relativitätstheorien eine unantastbare Offenbarung. Aber leider haben seine deutschen Freunde und Förderer noch die Möglichkeit, in seinem Geiste weiter zu wirken. ... Und der theoretische Formalist Heisenberg, Geist vom Geiste Einsteins, soll sogar durch eine Berufung ausgezeichnet werden” (nach Beyerchen 1980:198). Eine Sammlung der Heidelberger Reden und Vorträge erschien im gleichen Jahr unter dem Titel: “Naturforschung im Aufbruch”, weitere Artikel im *Völkischen Beobachter* und in der 1933 gegründeten *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft* befassten sich mit dem Thema²⁴. Der entscheidende Schlag kam, als wiederum unter Beteiligung Starks, ein Pamphlet unter der Überschrift “Weiße Juden in der Wissenschaft” in der SS-Zeitschrift *Das Schwarze Korps* vom 15. Juli 1937 erschien. Einer von drei Abschnitten lautete “Die Diktatur der grauen Theorie” und war speziell gegen Heisenberg gerichtet; er wurde bezeichnet als “Ossietzky der Physik” und als einer der “Statthalter des Judentums im deutschen Geistesleben, die ebenso verschwinden müssen, wie die Juden selbst” (nach Cassidy 1995:466-468).

²⁴ Eine umfassende Darstellung der Auseinandersetzungen und ihrer politisch-institutionellen Hintergründe gibt Beyerchen (1980), auf die völkisch-rassistischen Vorstellungen der “Deutschen Physik” geht Richter (1980) näher ein. Hier nur zwei Beispiele: Müller sah in der Relativitätstheorie eine “schwulstige und geradezu schmierige Aufbauschung einer mathematischen Theorie zur umfassenden Weltformel, aus der die höhnische und hämische Freude über den Zerfall des großen arischen Weltbildes hervorgrinst” (Richter 1980:124), und: “Die Quanten sind fremde Körper in der Physik und ihre Beseitigung wäre eine Erlösung” (Glaser nach Richter 1980:124).

Heisenberg hatte noch im Februar 1936 eine Gegendarstellung im *Völkischen Beobachter* durchsetzen können. Er erläuterte die Grundgedanken der modernen Physik und betonte ihre Bedeutung im Hinblick auf die experimentelle Beobachtung von Naturvorgängen. Besonders hob er den Beitrag hervor, den die theoretischen Begriffssysteme der Relativitäts- und Quantentheorie zum Verstehen der Naturgesetze leisten und mit ihren Interpretationen der Versuchsergebnisse neue experimentelle Entdeckungen ermöglichen. Diese Forschungsarbeit "von der vielleicht noch die stärksten Einflüsse auf die Struktur unseres Geisteslebens ausgehen werden, ist eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen wissenschaftlichen Jugend" (nach Cassidy 1995:433). Darüber hinaus initiierte er zusammen mit Max Wien, einem technischen Physiker aus Jena, und Hans Geiger, Experimentalphysiker in Tübingen, ein Memorandum an das Reichserziehungsministerium (REM), das von 75 Professoren, d.h. einer großen Mehrheit der an den Hochschulen lehrenden Physiker unterschrieben wurde. Darin wurde ebenfalls die Verbindung von Experiment und Theorie unterstrichen und im Weiteren auf die Rolle des Fachs für den wissenschaftlichen Fortschritt und seine Nützlichkeit für technische Erfolge in der internationalen Konkurrenz abgehoben. Ausgeführt wurde, dass die abschreckende Wirkung der unsachlichen Angriffe insbesondere auf die theoretische Physik das Ansehen der deutschen Physik im Ausland schädige und in Deutschland werde die Lage des Fachs durch die Komplikationen bei Berufungen sowie einen Mangel an Nachwuchs und Studenten erschwert (vgl. Beyerchen 1980:206). "Die Physik in Deutschland befindet sich zur Zeit in einer schweren Krise. Einem großen Bedarf an Physikern steht ein Mangel an geeigneten Bewerbern gegenüber. Die Besetzung freigewordener Lehrstühle begegnet oft großen Schwierigkeiten, und die Anzahl der Physikstudierenden in den jungen Semestern ist viel zu gering" (nach Hermann 1994:F-96). Die Lage beruhigte sich dann vorübergehend bis Mitte des folgenden Jahres der zweite Angriff erfolgte. In diesem Fall war dann allerdings die SS involviert und die Angelegenheit lag in den Händen des Sicherheitsdienstes (SD) der SS. Die Sache zog sich hin, während der Annexion Österreichs, dem Überfall auf die Tschechoslowakei und dem Beginn des Krieges konnten Heisenberg und seine Unterstützer nicht viel bewegen und das, was geschah drang nicht an die Öffentlichkeit.

Inzwischen erfolgte die Berufung Müllers im September 1939 nach München, wo im Oktober des nächsten Jahres ein "Kolloquium für theoretische Physik an der Universität München" eröffnet wurde. Die dort gehaltenen Vorträge wurden dann trotz Vereinbarungen, die auf dem von Finkelnburg organisierten Gespräch im November 1940 inzwischen getroffen worden waren, Mitte 1941 unter dem Titel "Jüdische und deutsche Physik" von Stark und Müller herausgegeben. Zu Starks Beitrag in dieser Schrift schrieb Walther Weizel in seiner Rezension, die 1942 in der *Zeitschrift für technische Physik* erschien: "Als Hauptvertreter des ‚jüdischen‘ Geistes führt er gleich zu Beginn die Arier Planck, Heisenberg und Sommerfeld, nachher Schrödinger und Jordan an, denen er noch Bohr und Born zugesellt. Als rein jüdischen Vertreter des ‚jüdischen‘ Geistes in der

Quantentheorie konnte er sichtlich nur Born finden. Daß sogar Stark unter 7 Begründern der Quantentheorie 5 Deutsche aufzählen muß, sollte den ehrlichen Leser dieser Schrift besser als alles andere davon überzeugen, daß die Entwicklung dieses modernen Zweiges der theoretischen Physik gerade eine Leistung der deutschen Wissenschaft ist. Nach dieser mißlungenen Einleitung spricht Stark von seinen eigenen Untersuchungen an Kanalstrahlen. Der kurze Überblick, den er gibt, verrät die Hand des bedeutenden Physikers. Zum Erstaunen des Lesers kommt Planck in diesem Teil wieder zu Ehren, teilweise auch Bohr, ja sogar Einstein. Es ist eine ganz unsachliche Methode, die Quantentheorie als jüdisch zu verdächtigen. Diese Theorie wird sich als richtig erweisen und alle Angriffe werden ihr nichts schaden. Schriften wie die vorliegende, die das Verdienst an einer großen Leistung der deutschen Wissenschaft den Juden zuweisen, sind aber ein dauernder Schaden für das deutsche Volk. Sie werden sich als projüdische Kulturpropaganda auswirken, ein Erfolg, der von den Verfassern sicher nicht beabsichtigt war” (nach Schlüpmann 2001:II-8).

Weizels missbilligendes Urteil signalisierte die gestärkte Position der modernen Physik und stand in der Folge der Ereignisse, von denen die *Physikalischen Blätter* in den ersten Nachkriegsjahren berichteten. Der Streit um die inhaltlichen und fachlichen Prinzipien, wie sie in der Unterschriftenaktion von 1936 vorgebracht, in der 5-Punkte-Vereinbarung der Münchner Gespräche von 1940 festgehalten und in der Eingabe an das REM 1942 bekräftigt wurden, wurde mit der Debatte auf der Seefelder Tagung im November desselben Jahres zum Abschluss gebracht. Der letzte Sieg gehörte der modernen Physik und eine Pressekampagne 1943 besiegelte ihn. In ihrem Verlauf wurde Heisenberg im März vom *Völkischen Beobachter* um einen Artikel zu Plancks 85. Geburtstag gebeten, in der Kulturzeitschrift des Propagandaministers, *Das Reich*, erschien rechtzeitig dazu am 11. April eine Würdigung auf der ersten Seite, am 14. Mai des folgenden Jahres schloss sich ein Artikel über Heisenberg an, der an der gleichen prominenten Stelle platziert wurde (vgl. Cassidy 1995:567). Goebbels persönlich hatte in seiner Rede “Der geistige Arbeiter im Schicksalskampf des Reiches”, die er 1943 vor der Heidelberger Universität, die neben München eine Hochburg der “Deutschen Physik” gewesen war, hielt, der Wissenschaft seine Anerkennung ausgesprochen: “Das Reich dröhnender Motoren, himmelstürmender technischer Erfindungen, grandioser industrieller Schöpfungen, weiter, fast unerschlossener Räume, die wir für unser Volkstum besiedeln müssen, das ist unser Reich der Romantik. Hier hat die Wissenschaft und Forschung ihr Feld” (nach Mehrtens 1980:51)²⁵. Einigermaßen mühsam gestaltete sich der Versuch, diese Episode ebenso wie die anderen unerklärlichen Erfolge nach dem Krieg auf den Gegensatz von Wissenschaft und Regime zu bringen. Nach einer Erinnerung an die “Behandlung der Wissenschaftler im Dritten Reich” stellten Hahn und Rein dann fest: “Erst als die hohen Führer erkannten, daß sie ohne die Wissenschaft den Krieg verlieren mußten, bemühte man sich zwischen Partei und Wissenschaft Frieden zu schließen, und zwei Wochen vor dem berühmten Bittgebet des

Propagandaministers in Heidelberg erschien in dem geheimen Anweisungsblatt seines Ministeriums die Verfügung ‚Die Wissenschaft ist bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu loben‘. Törichterweise ging diese Anordnung, die in vollem Umfange die Ablehnung des Regimes seitens der Wissenschaft rechtfertigte, auch einzelnen Herausgebern wissenschaftlicher Journale zu“ (Hahn/Rein in *Phy.Blä.* 1947:34)²⁶.

Im Oktober 1943 hatte sich schließlich noch einmal Heisenberg in der *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft* zu Wort gemeldet²⁷. Das war nach seiner offiziellen Rehabilitierung im Herbst 1939²⁸ und nach seiner Doppelberufung als Direktor am KWI für Physik und auf den Lehrstuhl für theoretische Physik an der Berliner Universität Anfang 1943²⁹. Denn als die Forschungsabteilung des Heereswaffenamts im Rahmen einer Reorganisation der Kernforschung die Verantwortung dafür zu großen Teilen wieder an den Reichsforschungsrat abtrat und der Direktorposten am zunächst beschlagnahmten KWI für Physik wieder frei wurde, hatte er endlich die Entschädigung für die Münchner Professur erhalten. Die neue Position bestätigte Heisenbergs führende Rolle auf dem Gebiet der Kernspaltung, die mit seinem Gutachten für das Heereswaffenamt, das er drei Monate nachdem ersten Zusammentreffen des Uranvereins am 26. September 1939 abliefern, begonnen und die er in einer sukzessiven Ausweitung seines Einflusses über die kerntheoretische Forschung und einen wichtigen Teil der experimentellen Projekte eingenommen hatte. Ohne Zweifel war die Entdeckung der Kernspaltung eine durchschlagende und unanfechtbare Einlösung seiner Argumentation seit 1936 und nun schrieb er: „Nach dem eben Gesagten (zur experimentellen Bestätigung der modernen theoretischen Physik) sehe ich keinen Grund, warum etwa ein Nationalsozialist einen Widerspruch zwischen seiner weltanschaulichen Haltung und der Beschäftigung mit der modernen theoretischen Physik und deren Anschauungen von der Natur empfinden könnte“. Er vermutet vielmehr „sehr unerfreuliche Wirkung auf das Ansehen der deutschen Forschung und auf die wissenschaftlich-technische Kraft Deutschlands: ... Die am Anfang dieses Aufsatzes erwähnten Angriffe bemühen sich, den Anteil jüdischer Forscher an der Entstehung der Relativitätstheorie und der Quantentheorie möglichst hervorzuheben, den Anteil deutscher Forscher als ‚Anhang‘ oder ‚Propagandisten‘ der jüdischen Forscher hinzustellen“³⁰. Das Erscheinen der Zeitschrift wurde dann im Oktober 1944 eingestellt, wie eine ganze Reihe ähnlicher

²⁵ Die Tatsache, dass Lennard einen Lehrstuhl an der Heidelberger Universität innehatte und sich vehement der modernen Physik und Mathematik dort entgegenstellte, ist eine Pointe von Goebbels' Auftritt.

²⁶ Diese Passage erscheint in einem Zusammenhang, auf den ich weiter unten noch eingehen werde.

²⁷ Da es sich um die Zeitschrift der Gegenpartei handelte, war das nicht ganz einfach gewesen und Heisenberg hatte seine Kontakte über Johannes Juilfs, der im SD an den Ermittlungen in der Sache Heisenberg beteiligt war, zu Himmler dazu verwendet (vgl. Cassidy 1995:565-566).

²⁸ Entsprechend einem Entlastungszeugnis über Heisenberg von Himmlers Büro an das REM, das noch aufzufinden war (Cassidy 1995:479).

²⁹ Der Vertrag mit der KWG wurde im Juni 1942 unterzeichnet, die offizielle Ernennung durch das REM fand im Februar 1943 statt (Cassidy 1995:552, 555).

³⁰ Dieser Text wurde 1940 konzipiert und 1943 veröffentlicht. Hier zitiert nach Heisenberg (1992:103).

Publikationsorgane der “deutschen Erneuerung” in den Wissenschaften auch. Es war das Gründungsjahr der *Physikalischen Blätter*.

Die Zurückweisung der Vorwürfe, die “ebenso unbewiesen wie unberechtigt sind” (wie es im Abdruck der “Eingabe an Rust” zu lesen war), gründete, das wird in der nahezu identischen Argumentation von Weizel und Heisenberg deutlich, auf der Anerkennung der rassistischen Zuschreibung und sie zielte auf deren Umdeutung zu einer deutschen wissenschaftlichen Leistung. Dafür wurde ein strikt instrumentalistisches Wissenschaftsverständnis in Anspruch genommen. Gegen die hier angebotene und seither übliche Lesart ist jedoch klarzustellen, dass dies nicht mit einer Verteidigung der Universalität wissenschaftlicher bzw. physikalischer Erkenntnis gleichzusetzen ist. Gesprochen wird vielmehr vom Machtfaktor Wissenschaft und ihrem Nutzen für das System. Vor allem kann nicht davon die Rede sein, dass die Personen, die in erster Linie vom Antisemitismus verfolgt wurden, und die Anerkennung ihrer Leistungen hier in irgendeiner Weise verteidigt und geschützt werden. Denn zur Zeit der Auseinandersetzung um die “Deutsche Physik” und die Sommerfeld-Nachfolge waren die jüdischen Kollegen längst aus der Physik in Deutschland verschwunden (wenn sie auch nicht unbedingt das Land verlassen hatten) und sie waren in der Physik, der die Verteidigungsrede galt, gar nicht mehr vorhanden. Zur Replik Heisenbergs von 1936 stellt David Cassidy fest: “Diesmal wagte er jedoch nicht, auch nur einen jüdischen Physiker zu erwähnen” (1995:433).

Falls die Existenz der jüdischen Wissenschaftler überhaupt erwähnt wurde, dann wurde ihre Zugehörigkeit zur deutschen Physik ein zweites Mal und explizit abgeschnitten. In den Beispielen aus den Jahren 1942 und 1943 richtete sich der Einwand nun gegen die “Verkleinerung der Leistung deutscher Gelehrter” (Heisenberg 1992:103-104) und ging damit direkt auf Kosten derer, die emigriert waren oder im akademischen Leben nicht mehr in Erscheinung treten durften, denn ihr Beitrag zur modernen Physik war es, der hier verkleinert bzw. negiert wurde. “Verbales Entgegenkommen fand sich überall” (Mehrtens 1980:55), hat Herbert Mehrstens in einem Überblick zur Geschichte der Naturwissenschaften im “Dritten Reich” festgestellt; ich bezweifle aber, dass es sich bei dieser Rede nur um eine oberflächliche Anbiederung handelte, die der “eigentlichen” Wissenschaft nichts anhaben kann. Klaus Schlüpmann bemerkt in seinem Kommentar zu Weizels Besprechung, dass diese, obwohl “ganz in der ‚Sklavensprache‘ abgefaßt” (Schlüpmann 2001:II-8), als eine Kritik des Systems und des Antisemitismus verstanden wurde und weist auf die prekäre Verbindung und Verwechslung von einer Verteidigung eigener Fachinteressen mit einem grundsätzlichen Protest und der Solidarität mit den jüdischen Kollegen hin.

Deutlich wird, wie das Einlassen auf das antisemitische Gedankengut eine Verkehrung hervorruft, als deren Angelpunkt die Formulierung von den “Statthaltern des Judentums” anzusehen ist. Sie

bildete das zentrale Moment in jener Passage aus Starks Rede Ende 1935, die in Brüches Bericht über die jüngste Vergangenheit der Physiker so ausführlich zitiert wurde. In der antisemitischen Hetzrede erfolgte die Gleichsetzung von Juden und moderner Physik, von der in der Abwehr dann nur der eine Teil, nämlich das Fach, verteidigt und der andere, der Rassismus, hingenommen wurde. Die Angriffe, die von Stark und seinen ideologischen Mitstreitern ausgingen, wurden allein ausgelegt unter dem professionellen Aspekt und sie wurden nur verstanden, insoweit sie die Repräsentanten des Fachs betrafen – und die hier gegen Sommerfeld, von Laue, Planck und zunehmend gegen Heisenberg gerichtet waren. Was zu verteidigen war, reduzierte sich damit und es kamen nur die Vertreter der Disziplin in Betracht, die in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit noch in Erscheinung treten konnten. Zudem entstand aufgrund des Konflikts um den Münchner Lehrstuhl eine weitgehende Verengung der theoretischen Physik auf die Sommerfeld-Schule (vgl. Eckert 1993:199-203). Damit vollzog sich eine Verschiebung und Ersetzung, womit eine ganz andere, quasi abgeleitete Art der Stellvertretung einsetzte.

Zu Heisenbergs Haltung dabei stellt Cassidy fest: “Er begann, sein eigenes Schicksal mit dem seines Faches zu verbinden” (Cassidy 1995:433). Diese Identifizierung fand 1937 ihren Ausdruck darin, dass er nach Starks erneuten Diffamierung die Rehabilitierung seiner Person forderte, mit dem Ziel “die Ehre unserer Wissenschaft” (nach Cassidy 1995:469) wiederherzustellen. “Die beiden Perspektiven gingen letztlich ineinander über. ... Seine eigene Entlastung bedeutete für ihn soviel wie die Entlastung der theoretischen Physik schlechthin, und mit einer so überhöhten Selbsteinschätzung fiel es ihm leichter, weitere Kompromisse mit dem Regime einzugehen und dessen Verlockungen zu erliegen” (Cassidy 1995:483). Der Kampf für die Anerkennung seines Fachgebiets, dessen Bedeutung für die anwendungsorientierte Forschung und die eigene Führungsrolle waren verschmolzen (Cassidy 1995:560). Entscheidend ist, dass diese Personifizierung nicht nur eine private Ansicht Heisenbergs blieb; seine Kollegen stellten sich hinter den jungen und berühmten Nobelpreisträger wohl in der Hoffnung, damit auch endlich etwas gegen den Abbau in ihrem Fach tun zu können. Sie sandten Beschwerdebriefe über den Dienstweg in die Ministerien und sie stärkten ihm den Rücken mit offiziellen Ehrungen; kurz nacheinander wurde er zum stellvertretenden Sekretär der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der sächsischen Akademie und zum korrespondierenden Mitglied der Göttinger Akademie gewählt (vgl. Cassidy 1995:468).

Eine öffentliche Stellungnahme der DPG zu den Vorgängen blieb aus. Armin Hermann erwähnt, dass daraufhin eine Reihe ausländischer Physiker ihre Mitgliedschaft kündigten (Hermann 1994:F-98)³¹. Er bezieht sich insbesondere auf ein Schreiben Samuel Goudsmits, der seine Erwartung auf eine Äußerung des Protests enttäuscht sah. Aber war es nur eine Empörung über die Anwürfe gegen Heisenbergs und die Verunglimpfung des Fachs? Die jüdischen Physiker waren den

³¹ Es wird aber nicht ganz klar, was genau “ausländisch” hier bedeutet.

rassistischen Verleumdungen Starks gleichermaßen als Wissenschaftler und als Personen ausgesetzt, die meisten von ihnen hatten bereits ihre wissenschaftliche Stellung verloren und waren gezwungen, um ihr Überleben und ihr Ansehen zu kämpfen. Das Reichsbürgergesetz vom 5. September 1935, die sogenannten "Nürnberger Gesetze", und die darauf folgenden Durchführungsverordnungen verschärften die Diskriminierung und Verfolgung: "Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand" (zitiert nach Schlüpmann 2001:II-2), mit diesen rassistischen Gesetzen war jede Ausnahmeregelung, auf die vielleicht zu hoffen gewesen wäre, abgeschafft worden. Erst auf der Grundlage dieser Legalisierung des Unrechts konnte sich Starks antisemitische Diffamierung der Quantentheorie und Relativitätstheorie gegen die "arischen" Physiker richten. Aus der auf vollständige Erfassung zielenden Logik dieses Gesetzes ergab sich die Unterstellung des "Statthaltertums". Der neuerliche Angriff auf die moderne Physik fand gerade mal zwei Monate später statt und betraf jetzt auch deutsche Kollegen, aber statt einer Abwehr der gemeinsamen Bedrohung retteten die sich und ihr Fach durch eine zweiseitige Personifizierung.

Die Aktionen für Heisenberg wie auch seine eigenen Schritte galten der Verteidigung der Lehrstühle aber nicht ihrer Inhaber – oder wie Samuel Goudsmit es formulierte: "Er (Heisenberg, E.S.) rettete die Physik, er rettete nicht die Physiker" (nach Cassidy 1995:588). Denn indem das Fachgebiet der theoretischen Physik erfolgreich verteidigt wurde, wurden die Namen der jüdischen Kollegen nicht geschützt sondern geopfert. Und auch das ist noch eine Verkürzung, denn die rhetorische Strategie, die "im zähen Kampf um die Physik und ihre freie Entwicklung" (Brüche) gewählt wurde, installierte eine abgeleitete Stellvertretung. Denn nach wie vor wird die moderne Physik identifiziert mit einem Teil derer, die sie lehrten, nur wurde das Personal ausgewechselt. In dieser Hinsicht stellt sich die Rehabilitierung von Heisenbergs Person und seines Fachgebietes als eine Annexion desselben dar. Die Ehrungen nach dem Sieg über die "Parteiphysik" erfolgten von den höchsten Rangstufen des Establishments: Im September 1942 wurde Heisenberg zum Mitglied der Deutschen Akademie der Luftfahrtforschung, im November wird er zur Berliner Mittwochs-Gesellschaft eingeladen, im April 1943 wurde er in die Preußische

Akademie der Wissenschaften gewählt – “genau zehn Jahre nachdem dieselbe Klasse Albert Einstein ausgestoßen hatte” (Cassidy 1995:560). Im Sommer desselben Jahres wurde ihm der Kopernikus-Preis der Universität Königsberg auf Vorschlag von Hans Franks Institut für deutsche Ostarbeit verliehen und im Oktober schlug ihn Göring bei Hitler für das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse vor (vgl. Cassidy 1995:567).

Die Argumentation, die gegen die “Parteiphysik” verwendet wurde, leugnete das Vorhandensein des wissenschaftlichen Kollektivs, einer nationalen und internationalen *scientific community*, zugunsten einer Erhaltung der abstrakten Wertvorstellungen und Paradigmata, die dieses Kollektiv verband. Die geretteten “Ideale” der Wissenschaft, von denen die Rede ist, haben nichts mit den Schicksalen von Personen zu tun – und doch sicherten sie einigen die ganz persönliche Anerkennung als Leitfiguren einer Fachrichtung in ihrer Gesamtheit um den Preis der konkreten Distanzierung und Verleugnung der Kollegen, die nicht mehr präsent waren. Betrachtet man die Argumente vor dem Hintergrund des vollzogenen Austauschs im wissenschaftlichen Personal, dann wird sichtbar, dass die zitierten Sätze von Heisenberg und Weizel eine Rhetorik des *double bind* bemühen, in der, während die Existenz des Kollektivs und die Geltung seiner Werte unterstellt wird, gleichzeitig im Effekt die daraus entstehenden Bindungen gekündigt werden.

Der Bericht von Plancks Besuch bei Hitler

Obwohl die völkischen Vorstellungen der “Deutschen Physik” weit in die Vorgeschichte des “Dritten Reichs” hinein reichen, kann die Auseinandersetzung um die “Parteiphysik” doch auf die Zeit von 1935 bis 1942 (vgl. Richter 1980:122) beschränkt werden, da sie nur in jenen Jahren über die Machtpositionen verfügte, um sich Geltung zu verschaffen. In jenen Jahren bildete sich eine rhetorische Strategie zur Abwehr gegen die Übergriffe der NS-Ideologen heraus, deren logische Konstruktion ein *double bind* einsetzt, das sich der Löschung der jüdischen Namen verdankt. Denn die Entlassung und Vertreibung jüdischer Wissenschaftler ereignete sich zum größten Teil bereits vor dem Streit der Physiker, d.h. der Verleugnung ging somit eine soziale Trennung von den Kollegen voraus, die von den antisemitischen Maßnahmen des NS-Regimes diskriminiert und angegriffen wurden. Im Streit um die “Parteiphysik” hatten sie keine Stimme mehr. Im Rahmen der Textserie über den Nationalsozialismus, die in den Physikalischen Blättern der Jahre 1946/1947 erschien, findet sich nur ein Beitrag, der sich auf die Anfangsphase des Regimes bezieht. Es handelt sich dabei um einen halbseitigen Bericht von Max Planck, “Mein Besuch bei Adolf Hitler” (Phy.Blä. 1947:143), der zweifellos den Höhepunkt der Serie darstellt und in der Folge zu einem Kernstück der Selbstdarstellung der Physik in der Nachkriegszeit wurde. Immer wieder wurde auf diesen Text Bezug genommen und er ist darüber hinaus wissenschaftshistorisch eingehend kommentiert worden.

“Mein Besuch bei Adolf Hitler” war auf energisches Betreiben der Redaktion entstanden (vgl. Albrecht 1993). In der Person von “Geheimrat Prof. Dr. Max Planck”, dem Nestor der deutschen Physik, waren sowohl die bildungsbürgerlichen Werte und Ideale der Wilhelminischen Kaiserzeit hervorragend als auch die internationale Achtung für einen erstrangigen Wissenschaftler, dessen Missbilligung des Nationalsozialismus unbestreitbar und dessen Sohn Erwin Planck als Beteiligter am Hitler-Attentat von 1944 hingerichtet worden war, repräsentiert. Planck tritt als Augenzeuge auf, doch die Authentizität, auf die in der vorangestellten Ankündigung hingewiesen wird, ist in mehrerer Hinsicht zweifelhaft. Grundsätzlich, weil vierzehn Jahre Abstand zwischen Ereignis und Bericht liegen, weiterhin weil Marga Planck aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes des damals 89 Jahre alten Max Planck zur Mitautorin des Berichts wurde, schließlich weil an entscheidenden Stellen Korrekturen vorgenommen wurden (vgl. Albrecht 1993). Der Text ist daher, wie seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte zeigt, vor allem auch als ein Dokument für Einstellungen der Physiker in der Nachkriegszeit zu lesen. Für seine Interpretation sind daher zwei historische Kontexte im Auge zu behalten. Er ist ein Beispiel für den doppelten Zeithorizont, der bei allen Darstellungen, um die es hier geht, zu berücksichtigen ist.

Berichtet wird von Plancks erfolglosem Einsatz für seinen Kollegen Fritz Haber und für andere “wertvolle” Juden “mit bester deutscher Kultur”, deren wissenschaftliche Arbeit für Deutschland unverzichtbar sei und die man nicht ins Ausland gehen lassen solle. Hitler habe dies mit der Behauptung “die Juden sind alle Kommunisten” zurückgewiesen und sich in einen Wutausbruch hineingesteigert. Das Rahmenmotiv der gesamten Textserie der Physikalischen Blätter 1946/47, nämlich die Wissenschaftsfeindlichkeit des NS-Regimes, wurde hier in die bildliche Gegenüberstellung des hysterischen Politikers und des Wissenschaftlers, der sich stumm zurückzieht, übertragen. Datiert wurde die Begegnung Plancks mit Hitler auf das Frühjahr 1933, in den Wochen nach der Machtergreifung durch Hitler¹. Planck hatte zu diesem Zeitpunkt die Präsidentschaft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) seit knapp drei Jahren inne, war schon lange der maßgebliche Sekretär der Preußischen Akademie der Wissenschaften und hatte daneben noch eine Reihe anderer Aktivitäten aufrechterhalten, darunter in der DPG. Die folgende Rückblende zur Skizze der Situation während der von Planck geschilderten Begegnung stützt sich auf den derzeitigen Forschungsstand und reflektiert daher auch dessen Lücken. Dennoch ist es auf dieser Grundlage² inzwischen möglich, eine Interpretation des Textes und seiner Stellung in der Serie der Nachkriegsdarstellungen im Hinblick auf die Strukturen in der Erinnerung der Physiker an die jüngste Vergangenheit anzugehen.

¹ Man weiß inzwischen, dass es sich um den 16. Mai 1933 handelte (vgl. Albrecht 1993).

² Außer bei Albrecht (1993) wird das Ereignis bei Beyerchen (1980), Cassidy (1995), Eckert (1993), Heilbron (1986), Hermann (1995), Mehrrens (1980 und 1994), Renneberg/Walker (1994) und Schlüpmann (2001) diskutiert.

Exkurs 2: Die Vertreibung der jüdischen Kollegen

Die Gesetze und Maßnahmen, die in schneller Folge nach dem 30. Januar 1933, der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, verfügt wurden, offenbarten in aller Deutlichkeit die Grundzüge des Systems. Antisemitismus, Antikommunismus und Antiliberalismus bildeten ideologische Grundpfeiler des neuen Regimes; eine Terrorwelle überzog das Land und die staatlichen Richtlinien zur Diskriminierung wurden von Hetzkampagnen begleitet. Bereits vor den Wahlen im März 1933 wurden etwa hunderttausend Menschen - zumeist Kommunisten- verhaftet und viertausend in Konzentrationslager gebracht. Auf das Ermächtigungsgesetz folgte die Pogromdrohung vom 1. April, dem "Tag des Boykotts", eine Woche später, am 7. April, wurde das Beamtengesetz mit dem berüchtigten ‚Arierparagraphen‘ und dann, am 23. April, das Gesetz zur Beschränkung des Schul- und Hochschulzugangs erlassen. Mit den Massenverhaftungen von Gewerkschaftlern am 2. Mai wurde die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften erreicht. Die studentische "Aktion wider den undeutschen Geist" begann am 12. April und kulminierte in der "Bücherverbrennung" am 10. Mai 1933. Diskriminierung und Verfolgung nötigten im Sommer des Jahres 70.000 Menschen zur Emigration aus Deutschland.

"Aus Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Exekutive, NS-Körperschaften und Politik heraus bildete sich ein ‚Machtkartell‘, das sich in alle Institutionen hinein fortsetzte, auch in die religiösen und selbstverständlich in die Bildungsinstitutionen" (Schlupmann 2001:II-1). Die ersten gravierenden Eingriffe in die Forschungsorganisation, Forschungsfinanzierung und Personalpolitik wurden ohne Verzögerung vorgenommen. Dazu gehörte das antisemitische "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933, das die Zwangspensionierung von nahezu einem Drittel der Hochschullehrer in Berlin und 14 % im Reichsdurchschnitt zum Ergebnis hatte und das kurz darauf folgende Gesetz gegen die "Überfüllung" der Schulen und Universitäten, in dem Quoten für "Nichtarier" und für Frauen³ festgelegt und ihre jeweiligen Zugangsmöglichkeiten gravierend eingeschränkt wurden. Die Einstufung als "nicht-arisch" erfolgte, wenn ein Elternteil oder Großelternteil als solcher bestimmt wurde, zur Ermittlung dienten obligatorische Fragebögen. Bis 1935 wurden mindestens 15 % der Hochschullehrer entlassen. Aber ebenso wie die Studentenzahlen nicht in allen Fächern gleichmäßig absanken, waren die Hochschulen auch in einem sehr ungleichem Ausmaß von den Entlassungen betroffen. Im Zeitraum von 1933 bis 1938 lagen die Verluste in der Physik über dem Durchschnitt bei 20-25 %, wobei jedoch an 21 Hochschulen niemand aus politischen oder rassistischen Gründen entlassen wurde. Die Universitäten in Erlangen, Rostock,

³ "Die Abiturientinnenzahlen wurden innerhalb der Quotierung eigens festgelegt. Unter 15.000 Zulassungen 1934 waren nur 105 Frauen. Jeder zweite Abiturient, aber nur jede siebte Abiturientin konnte studieren. 1935 wurde die Frauenquotierung wieder aufgehoben, aber anstelle von 17000 Frauen im Wintersemester 1932/33 studierten nur noch 5800 im Sommersemester 1939" (Schlupmann 2001:II-2).

Tübingen verloren kaum oder gar keine Lehrkräfte. Berlin, Breslau, Frankfurt, Hamburg, Köln gehörten zu jenen 15 Hochschulen, an denen sich das Fach Physik konzentrierte und knapp zwei Drittel aller 325 Hochschulphysiker beschäftigt waren. An diesen Universitäten wurden insgesamt 50 Professoren und Lehrbeauftragten aus der Physik abgesetzt (vgl. Fischer 1991, sowie Eckert 1993:147-149).

In Göttingen, das neben Berlin zum wichtigsten internationalen Zentrum der modernen Physik und Mathematik in Deutschland geworden war, standen am Ende des Jahres drei von den vier betreffenden Instituten ohne Leitung da: das II. Physikalische Institut, das Institut für theoretische Physik und das Institut für Mathematik, außerdem das mathematische Seminar (Beyerchen 1980:36-65). James Franck trat Mitte April 1933 zurück und seine Assistenten am II. Physikalischen Institut, Arthur von Hippel, Heinrich Kuhn, Eugen Rabinowitch und Hertha Sponer, folgten ihm bald⁴. Zurück blieben Günther Cario, Wilhelm Dames, Karl-Heinz Hellwege und Werner Kroebe⁵; Francks Nachfolger wurde schließlich am 1. April 1935 Georg Joos⁶. Max Born, Leiter des Instituts für theoretische Physik⁷, wurde am 25. April als einer von sechs Göttinger Hochschullehrern beurlaubt und es wurde ihm verboten die Universität zu betreten. Auch seine Assistenten Walter Heitler und Lothar Nordheim konnten ihre Stellen nicht behalten, der Dritte, Martin Stobbe, entschloss sich ebenfalls zu gehen⁸. Otto Heckmann⁹ und Erwin Fues übernahmen die Vorlesungen Borns bis 1934, dann vertrat Fritz Sauter¹⁰ den Lehrstuhl bis schließlich 1937 Richard Becker als Nachfolger Borns ernannt wurde. Von den Direktoren des Instituts für Mathematik waren weder Richard Courant, der geschäftsführende Direktor, noch die Professoren Edmund Landau, Gustav

⁴ Hippel, Rabinowitch und Sponer kamen über Umwege schließlich in die USA, wie Franck auch. Kuhn ging nach England.

⁵ Cario wurde Parteimitglied und 1936 Professor in Braunschweig, Dames machte als aktives NSDAP-Mitglied später im REM Karriere, Hellwege promovierte 1934, wurde 1937 Parteimitglied und blieb am Ort. Reinhold Mannkopffs Karriere dagegen, der 1926 bei Franck promoviert hatte, dann in dessen Institut Assistent war, und seit 1930 als im Mineralogischen Institut arbeitete, wurde durch Intervention der Parteistellen behindert (vgl. Schlüpmann 2001:II-1).

⁶ Mit dem Ausscheiden von Franck hätte die Institutsleitung eigentlich an Hertha Sponer fallen müssen, die dort Oberassistentin und außerplanmäßige Professorin war.

⁷ "1932 war Max Born in Göttingen Dekan. Auf eine Verordnung zur Entlassung von jüngeren Assistenten und Mitarbeitern reagierte er mit einer Aufforderung an den Lehrkörper, 10% der Gehälter für deren Weiterbeschäftigung zur Verfügung zu stellen: ‚Die Kämpfe, die das in der Fakultät hervorrief, sind mir noch in grusliger Erinnerung‘. Seine Freude über eine schließlich zu Stand gekommene beträchtliche Mehrheit wurde getrübt durch ‚eine nie dagewesene Gehässigkeit‘ der Überstimmten, ‚es waren einige Historiker, aber vor allem die Landwirtschaftler und Forstleute‘. Born kommentierte: ‚Ein halbes Jahr später wußten wir, was sie eigentlich waren: verkappte Nazis, die Fürsorge für Einzelne für ebenso überflüssig hielten, wie das Funktionieren wissenschaftlicher Institute“ (Schlüpmann 2001:II-1).

⁸ Auch Nordheim ging zum Schluss in die USA, Heitler über England nach Zürich, Stobbe nach Oslo. Born ging nach Edinburgh.

⁹ "Otto Heckmann ..., der 1927 Assistent bei Hans Kienle an der Göttinger Sternwarte geworden war, übernahm, aufgefordert von einem ‚prominenten Ordinarius der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät‘, Borns Optik-Vorlesung. Born sei, als er ihn deswegen aufgesucht habe, empört dagegen gewesen, ‚Sie werden das doch nicht mitmachen‘. Heckmann ‚ging bedrückt und ratlos nach Hause‘. Am Abend besuchte ihn Born und hatte seine Meinung geändert: ‚Halten Sie die Vorlesung‘. Heckmann tat's" (Schlüpmann 2001:II-1).

¹⁰ Ein Student Sommerfelds, der sich auf Heisenbergs Vorschlag in Göttingen beworben hatte.

Herglotz und Hermann Weyl, der Nachfolger des emeritierten David Hilbert, direkt vom Beamtengesetz betroffen, denn sie fielen sie unter die Ausnahmeregelungen. Dennoch wurde Courant gleichzeitig mit Born beurlaubt, Weyl trat im Oktober zurück und Landau sah sich durch den Boykott seiner Vorlesungen durch die Studentenschaft ebenfalls zum Rücktritt gezwungen. Von den Assistenten verließen Otto Neugebauer, Hans Lewy, Heinrich Heesch, Rudolf Lüneburg das Institut und es blieben nur Franz Rellich und Werner Weber¹¹. Vom Mathematisch-Physikalischen Seminar war nur Wilhelm Cauer übrig, alle anderen, Paul Bernays, Herbert Busemann, Werner Fenchel, Paul Hertz und Emmy Noether verließen das Land¹². Noch weitere Mathematiker und Physiker mussten die Göttinger Universität verlassen: Felix Bernstein musste das Institut für Statistik aufgeben, der Mineraloge Viktor M. Goldschmidt emigrierte, Edward Teller räumte seine Stelle im Institut für physikalische Chemie, das Institut für Aerodynamik verlor Willy Prager und Kurt Heinrich Hohenemser. Als Hilbert später vom Reichserziehungsminister Rust bei einem Bankett gefragt wurde, wie es jetzt um die Mathematik in Göttingen stehe, „da sie vom jüdischen Einfluß befreit ist“, soll er geantwortet haben „Mathematik in Göttingen? Gibt’s nicht mehr“ (nach Beyerchen 1980:59)¹³.

Auch wenn die Situation in Göttingen hervorsteicht, sowohl zahlenmäßig als auch im Hinblick auf das Prestige, so war doch die Unerbittlichkeit, mit der die Maßnahmen durchgesetzt wurden, keine Ausnahme. In Aachen wurde Ludwig Hopf, Professor für theoretische Mechanik, entlassen, von 1933 bis 1939 blieb er als Privatgelehrter und musste dann doch gehen¹⁴. In Breslau sah sich die Spektroskopikerin Hedwig Kohn zur Auswanderung genötigt, Fritz Reiche wurde Anfang 1934 von seiner Professur entbunden¹⁵, der Mathematiker Fritz Noether emigrierte in die Sowjetunion¹⁶. Gerhard Herzberg verlor im selben Jahr seine Assistentenstelle in Darmstadt, weil seine Frau Jüdin war (vgl. Cassidy 1995:395). Der Physiker, Zentrumspolitiker und Autor technikphilosophischer Schriften Friedrich Dessauer verließ Frankfurt und aus Freiburg emigrierte im Juli 1933 Georg Hevesy, Extraordinarius für physikalische Chemie. Die Atomphysiker Otto Stern, Imanuel

¹¹ Weber stand den Vertretern einer „Deutschen Mathematik“ nahe und ging sehr bald nach Berlin (vgl. Beyerchen 1980:334).

¹² Wie Weyl gingen Neugebauer, Lewy, Lüneburg, Busemann, Hertz und Noether in die USA, allerdings nicht direkt. Courant nahm eine Stelle in Cambridge/England an, Bernays in Zürich) und Fenchel in Dänemark. Landau lebte bis 1938 in Berlin.

¹³ Im Hinblick auf die Gesamtzahlen für alle Fächer lag die Universität Göttingen im Durchschnitt (vgl. Beyerchen 1980:71).

¹⁴ Hopf hatte zuerst seine Aussichten noch recht optimistisch eingeschätzt, aber als er nach England ging, hatte er eine Reihe von Fehlschlägen hinter sich. „Binnen sechs Jahren war aus dem wohlbestallten und wohlhabenden Professor ein verarmter Bittsteller geworden, der selbst nach dem Strohalm eines dürftigen Stipendiums griff, um einen neuen Anfang im Exil zu versuchen“ (Eckert 1993:168). Danach ging er als *lecturer* nach Irland, wo er krank wurde und nach wenigen Monaten starb.

¹⁵ Der Physiker ging für eine Weile nach Prag, dann wieder nach Berlin und konnte gerade noch rechtzeitig vor dem Auswanderungsverbot mit dem größten Teil seiner Familie nach New York emigrieren.

¹⁶ „Seine Spur verliert sich 1938“ (Eckert 1993:164).

Estermann, Otto Robert Frisch, Robert Schnurmann gingen von Hamburg aus ins Exil¹⁷. In Jena nahmen sich Felix Auerbach, emeritierter Theoretiker, und seine Frau Anna im Februar 1933 das Leben (Hermann 1994:F-92). Richard Gans in Königsberg konnte trotz Anfeindungen noch bis 1935 seinen Lehrstuhl behalten, bis ihm dann im November der Zutritt zum Institut verwehrt wurde und am Ende des Jahres seine Amtsenthebung offiziell erfolgte¹⁸.

Am 12. April starb Leon Lichtenstein, Professor für Mathematik, während einer studentischen Aktion gegen jüdische und demokratische Hochschullehrerin Leipzig an einem Herzanfall. Erich Marx, der Abteilungsleiter für Radiophysik am physikalischen Institut, Felix Bloch, der Assistent Heisenbergs, Heinrich Sack, der Assistent Peter Debyes, und der Mathematiker Barthel Leendert van der Waerden wurden Ende Mai beim Innenministerium in Dresden von studentischer Seite denunziert. Bloch und Sack, beide Schweizer, hatten sich bereits entschlossen, aus den Semesterferien nicht nach Deutschland zurückzukehren, Sack wurde trotz der Intervention des Schweizer Botschafters im Sommer offiziell entlassen¹⁹. Am 27. September 1933 erfuhr die Fakultät von der Absetzung Marx', nach der Umwidmung des Fachgebiets wurde die Stelle eiligst mit dem Kernphysiker Fritz Kirchner besetzt²⁰; van der Waerden konnte bleiben. Heisenberg musste auch dem Weggang seines Technikers Dornfeld zusehen und ebenso wenig konnte er etwas für Guido Beck tun, dessen Assistenzzeit gerade ausgelaufen war (vgl. Cassidy 1995:395-397)²¹. Die Physiker an der Universität in München waren zwar kaum vom "Beamtengesetz" betroffen, aber für Sommerfelds Doktoranden und *post-docs* Herbert Fröhlich, Walter Henneberg und Werner Romberg gab es unter den Bedingungen politischer und rassistischer Verfolgung keine Aussichten auf eine Hochschulkarriere; Fröhlich und Romberg emigrierten 1934 in die Sowjetunion, Walter Henneberg ging in die Industrie²². Ein anderer Schüler Sommerfelds, Hans Bethe, hatte 1933 eine Gastprofessur in Tübingen inne, als der Lehrauftrag zurückgezogen wurde, verwirklichte er seine bereits

¹⁷ Stern schrieb am 30. Juni 1933 an die Schulbehörde: "Hierdurch bestätige ich der Landesschulbehörde meine telegraphisch ausgesprochene Bitte, mich zum 1. Oktober 1933 aus dem Staatsdienst zu entlassen. Ich sehe mich durch die Ereignisse der letzten Zeit zu diesem für mich äußerst schmerzlichen Schritte genötigt" (nach Schlüpmann 2001:II-1). Die neue Stelle in Pittsburgh entwickelte sich für Stern wenig zufriedenstellend und er trat vorzeitig in den Ruhestand (vgl. Beyerchen 1980:78). 1943 erhielt er den Nobelpreis.

¹⁸ Nachdem er im Alter von 55 Jahren sein Lehramt aufgeben musste, blieb er in Deutschland, wo es Walther Gerlach und anderen gelang, ihn vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu retten (vgl. Schlüpmann 2001:II-2 und II-11).

¹⁹ Auf Wunsch des Institutsdirektors Debye wurde Bewilogua im Oktober als Nachfolger Sacks eingestellt. Sack ging mit einem Stipendium nach Brüssel, Bloch über Kopenhagen in die USA.

²⁰ Kirchner nahm schon 1935 einen Lehrstuhl in Köln an, sein Nachfolger wurde Robert Döpel, Professor für Strahlungsphysik.

²¹ Beck ging dann bis zum Frühjahr 1934 nach Kopenhagen, von dort für einige Jahre nach Prag, weiter über die Sowjetunion nach Paris und floh dann nach Lateinamerika.

²² Romberg, der politisch links eingestellt war, floh bald wieder vor der stalinistischen Verfolgung nach Prag, vor den Deutschen nach Oslo und weiter nach Schweden, nach dem Krieg ging er wieder nach Norwegen und schließlich zurück nach Heidelberg. Fröhlichs Weg ging weiter nach Bristol in England, Henneberg starb an der Ostfront.

bestehenden Emigrationspläne und ging nach England²³. Rudolf Peierls war Assistent bei Wolfgang Pauli in Zürich und befand sich auf einem Gastaufenthalt in England; er blieb dort und kam nicht nach Deutschland zurück²⁴. Otto Blumenthal, Sommerfelds Kollege aus Göttingen und Aachen, wurde 1933 entlassen und ging 1939 nach Holland, von dort wurde er später nach Theresienstadt deportiert, wo er nicht überlebte²⁵. Victor Weißkopf emigrierte 1937 in die USA²⁶; der Bonner Experimentalphysiker Heinrich Konen wurde aufgrund von Diffamierungen Anfang 1934 in den Ruhestand gedrängt.

Der spektakulärste Fall einer Amtsniederlegung spielte sich in Berlin ab, als der damals schon weltberühmte Albert Einstein von seiner Mitgliedschaft in der Preußischen Akademie bereits eine Woche vor Bekanntgabe des "Beamtengesetzes" zurücktrat. Überhaupt war die Entwicklung in Berlin die Folgenreichste, denn die Berliner Hochschulen entließen 32 % ihres wissenschaftlichen Personals²⁷. Als einer der Ersten sah sich Peter Pringsheim am physiko-chemischen Institut der Berliner Universität, dessen Leitung Walther Nernst innehatte, mit seiner Entlassung konfrontiert²⁸. Erwin Schrödinger trat er im September von seiner Berliner Professur für theoretische Physik zurück, kurz bevor er zusammen mit Paul Dirac den Nobelpreis des Jahres 1933 für Physik erhielt; Schrödingers erster Assistent in Berlin, Fritz London emigrierte ebenfalls²⁹. An der TH Charlottenburg, die schon vor der Machtübernahme als nationalsozialistische Hochburg galt, wurden 71 von den 400 Lehrenden vertrieben, unter ihnen waren Gustav Hertz³⁰ und Eugene Wigner. Berlin war zudem der Sitz wichtiger renommierter Forschungsinstitutionen und Wissenschaftsorganisationen, in denen die Veränderungen ebenfalls rasch zum Zuge kamen. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR) entließ am 21. März ihren Präsidenten Friedrich

²³ Bei Hans Geiger, dem Direktor des physikalischen Instituts hatte Bethe keine Unterstützung gefunden, wohl aber bei Sommerfeld, dessen nachdrückliche Fürsprache ihm zwei Jahre später eine Übersiedlung in die USA ermöglichte.

²⁴ Nach vier Jahren erlangte er eine feste Stelle in Birmingham, "in der Provinz", wie er selbst bemerkte (vgl. Eckert 1993:163).

²⁵ Blumenthal hatte die Demokratie der Weimarer Republik unterstützt (vgl. Beyerchen 1980:73).

²⁶ Zunächst nahm ihn die University of Rochester auf. Von 1943 bis Kriegsende arbeitete er an der Entwicklung der Atombombe im sogenannten Manhattan-Projekt. Ab 1945 war er Ordinarius am Massachusetts Institute of Technology (MIT). Von 1961-1965 leitete er das Kernforschungszentrum CERN in Genf.

²⁷ Berlin erreichte damit zugleich mit Frankfurt den höchsten Wert (vgl. Beyerchen 1980:71). An der Berliner Universität waren zudem viele der weiblichen Lehrenden von den Regelungen betroffen (vgl. Vogt 1997). Eine Übersicht über die Entlassungen von Frauen an deutschen Universitäten existiert zur Zeit nicht.

²⁸ Dessen Stellvertreter Arthur Wehnelt hatte die Entlassung ausgesprochen. Die Forderung nach einer Aufhebung des Entlassung, gerichtet an den Verwaltungsdirektor der Universität am 1. Juni 1933, trug die Unterschriften von Planck und Schrödinger, blieb aber ohne Erfolg (Schlupmann 2001:II-1).

²⁹ "Vorher (vor der Verleihung des Nobelpreises, E.S.) hatte Schrödinger ... Freunden gegenüber deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er 'die Nase voll habe'. Erwin Schrödinger ging ohne persönliche Not, auch ohne Affront, aber mit deutlichem Abscheu" (Schlupmann 2001:II-1). Er kam zunächst befristet in Oxford unter, ging 1936 nach Graz und musste nach der Annexion 1938 schließlich nach Dublin gehen (vgl. Cassidy 1995:383). London ging in die USA (vgl. Schlupmann 2001:II-1).

³⁰ Hertz, Nobelpreisträger zusammen mit Franck 1925, fiel unter die Ausnahmeregelung und trat im Winter 1934/1935 von seiner Tätigkeit zurück, im darauffolgenden Sommer legte er sein Ordinariat nieder. Er

Paschen, Spektroskopiker aus Tübingen, und verbot die Weiterbeschäftigung von Günther Wolfsohn mit einem Stipendium der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (NG); weiterhin wurde Max Jakob, der seit 1910 im Haus arbeitete, entlassen. Als neuer Leiter der PTR wurde der Nobelpreisträger und NSDAP-Altgenosse Johannes Stark bestimmt.

In der KWG war die Lage besonders unübersichtlich, denn viele der Wissenschaftler wurden aus privaten Quellen oder durch die Industrie finanziert, daher war zunächst unklar, inwieweit das neue Gesetz hier zur Anwendung kommen würde. Fritz Habers KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie jedoch war von staatlicher Finanzierung weitgehend abhängig. Anstatt dem Rat Friedrich Glums, Generaldirektor der KWG, zu folgen und seine jüdischen Mitarbeiter zu entlassen, trat Haber am 30. April unter Protest zurück und emigrierte im darauffolgenden Sommer (Beyerchen 1980:68, Cassidy 1995:378). Im Oktober ging er nach Cambridge, von wo er aus nach Tel Aviv übersiedeln wollte, doch bevor es dazu kam, starb er im Januar 1934, im Alter von 65 Jahren, in Basel. Sein ehemaliger Assistent Ladilau Farkas, der 1924 an das Institut in Dahlem gekommen war und dessen Bruder Adalbert, ebenfalls Physikochemiker, waren wenige Wochen zuvor von Cambridge nach Jerusalem aufgebrochen, um am Weizmann-Institut zu arbeiten. Auch Habers Sekretärin Rita Cracauer kam über England nach Palästina. Die Abteilungsleiter des Instituts, Herbert Freundlich und Michael Polanyi, waren bereits vor ihrem Direktor und in Absprache mit ihm zurückgetreten; die Assistenten Frommer, Hartmut Kallmann, Karl Söllner, Ernst Simon und Joseph Weiss verloren ihre Stellen; Paul Goldfinger blieb bis 1937 in Deutschland. Ins Exil ging außerdem Habers langjähriger Verwalter und Freund Fritz Epstein (vgl. Szöllösi-Janze 1998).

Es war kein unmerkliches Verschwinden, dazu waren es viel zu viele Wissenschaftler, die betroffen waren, und es war kein stummer Rückzug, denn die Kündigungen aufgrund des "Beamtengesetzes" wurden nicht einfach widerspruchslos hingenommen. In mehreren Fällen verzichteten die Institutsleiter auf eine Ausnahmeregelung für ihre eigene Person und bemühten sich, ihr Prestige für die Mitarbeiter einzusetzen. Insbesondere Einstein, dessen pazifistische und liberale Haltung bekannt war, hatte seinen Protest gegen das nationalsozialistische Regime unüberhörbar und öffentlich geäußert. In den USA, wo er sich während der Machtübernahme befand, gab er am 11. März ein Interview, in dem er vor dem Nationalsozialismus warnte und erklärte, dass er unter diesem Regime nicht nach Deutschland zurückkehren werde. Kurz darauf, am 28. März, legte er seine Berliner Ämter nieder, verzichtete auf die erhaltenen Auszeichnungen, kündigte seine Mitgliedschaft in der Preußischen Akademie der Wissenschaften und forderte zum Widerstand gegen die Nationalsozialisten auf (vgl. Cassidy 1995:372). Er schrieb aus Antwerpen nach Berlin: "Die in Deutschland gegenwärtig herrschenden Zustände veranlassen mich, meine Stellung bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften hiermit niederzulegen... Ich weiß in wie hohem Maße ich

übernahm das Forschungslabor bei Siemens und ging 1945 in die Sowjetunion. Der Ungar Dennis Gábor hatte

ihr zu Dank verpflichtet bin... Die durch meine Stellung bedingte Abhängigkeit von der preußischen Regierung empfinde ich aber unter den gegenwärtigen Umständen als untragbar” (nach Schlüpmann 2001:II-1). Die Akademie antwortete prompt auf Ansuchen Rusts, damals noch kommissarischer preußischer Wissenschaftsminister, mit einer Presseerklärung am 1. April, sie sähe keinen Grund diesen Austritt zu bedauern³¹. Als Begründung ließ man verlauten, er habe die strikte Zurückhaltung der Akademie in politischen Fragen gebrochen und Deutschland in den Schmutz gezogen. Trotz Laues Einspruch, der von einigen Kollegen, darunter Nernst und Paschen, unterstützt wurde, billigte die Plenarversammlung diese Erklärung im Nachhinein. Als Max Planck, der Ende April aus seinem Urlaub zurückgekehrt war, wieder in der Akademie erschien, war es zu spät und auch seine ostentative Würdigung von Einsteins wissenschaftlichem Werk in der Akademiesitzung vom 11. Mai konnte das skandalöse Vorgehen und den Makel, den es der altehrwürdigen Akademie hinterließ, nicht rückgängig machen (Cassidy 1995:738).

Der Nächste, der reagierte, war Franck in Göttingen³². Er schrieb am 17. April 1933 ein Entlassungsgesuch an den neuen Kultusminister und einen Protestbrief an den Rektor; er sorgte dafür, dass ein Ausschnitt aus dem Zweiten in der *Göttinger Zeitung* vom 18. April und am selben Tag noch in der *Vossischen Zeitung* in Berlin erschien. Am 19. April berichteten sowohl die Londoner *The Times* als auch das *Berliner Tageblatt* von seinem Rücktritt: “Wir Deutsche jüdischer Abstammung werden als Fremde und Feinde des Vaterlandes behandelt. Man fordert, daß unsere Kinder in dem Bewußtsein aufwachsen, sich nie als Deutsche bewähren zu dürfen. Wer im Krieg war, soll die Erlaubnis erhalten, weiter dem Staate zu dienen. Ich lehne es ab, weiter von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen, wenn ich auch Verständnis für den Standpunkt derer habe, die es heute für Ihre Pflicht halten, auf ihrem Posten auszuharren” (nach Schlüpmann 2001:II-1). Franck hatte diesen Schritt mit seinen Mitarbeitern und Freunden diskutiert, bevor er sich entschloss, und man hoffte auf eine Signalwirkung seiner Stellungnahme. Die Sekretärin des Instituts, Grete Paquin, blieb zusammen mit ihrer Kollegin vom Nachbarinstitut am betreffenden Abend im Dienst, um Telefonanrufe entgegennehmen zu können. Von den Kollegen kam keine Reaktion³³. Aber eine andere Antwort auf Francks Erklärung folgte bald, denn nur sechs Tage später war in der *Göttinger Zeitung* eine öffentliche Verlautbarung zu lesen, die von 42 Hochschullehrern unterzeichnet war: “Wir sind uns einig darin, daß die Form der obigen Rücktrittserklärung einem *Sabotageakt* gleichkommt, und hoffen, daß die Regierung die *notwendigen Reinigungsmaßnahmen* daher

bei Siemens seine Stelle 1933 verlassen (vgl. Beyerchen 1980:72 und 77).

³¹ “Die Nazis reagierten auf seine Erklärungen und Schritte, indem sie sein Eigentum beschlagnahmten und später einen Preis auf seinen Kopf aussetzten” (Beyerchen 1980:32).

³² “Franck und andere hatten 1933 den Mut und die Stärke, ihre Position und ihre persönlichen Vorteile in die Bresche zu schlagen. Hans Kopfermann schrieb später über Franck: „daß er es um des ewig gültigen Rechts willen getan hat, soll ihm nie vergessen werden“ (Schlüpmann 2001:II-1).

³³ Doch es gab Zustimmung aus allen Landesteilen und Bevölkerungskreisen, wie zahlreiche Briefen in Francks Nachlass bestätigen (vgl. Rosenow 1987).

beschleunigt durchführen wird” (nach Beyerchen 1980:41)³⁴.

Die ersten zwangsweisen Beurlaubungen an der Göttinger Universität wurden schon am übernächsten Tag bekannt. Born reiste Anfang Mai ins Ausland, er machte sich keine Illusionen über die weitere Entwicklung und legte am 24. Mai 1933 sein Professorenamt nieder, wobei er sich in seiner Begründung der von Franck sich in der Begründung Franck anschloß. In Juni stand für ihn fest, er nach Cambridge gehen würde. Seinen Entschluss zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland hat er nicht wieder in Frage gestellt³⁵. Seine Beurlaubung wurde im Oktober 1933 aufgehoben und eine offizielle Versetzung in den Ruhestand erfolgte 1935 aufgrund der Nürnberger Gesetze. Franck dagegen hatte, als er das Institut verließ, noch seine Absicht erklärt, seine Arbeit in Deutschland außerhalb des Staatsdienstes fortzusetzen. Dieses Vorhaben zerschlug sich schnell. Im Juni akzeptierte er die Einladung zu einem Gastaufenthalt nach Baltimore, es folgten ein Jahr Kopenhagen und wieder drei Jahre Johns Hopkins Universität, bevor er 1938 Professor für physikalische Chemie in Chicago wurde. “Als Francks am 28. November 1933 abreisten, standen nicht nur die Freunde auf dem Bahnsteig. Der Kreis der Sympathisanten war größer und die Abreise geriet noch einmal zum öffentlichen, wenn auch stillen, Protest. Vom 8. Februar 1934 datiert schließlich die offizielle Amtsentlassung; Franck wurde genötigt, seinen Verzicht auf Pensionsansprüche zu erklären (eine Erklärung, die die niedersächsische Landesregierung in der BRD später nicht ohne weiteres für ungültig befand)” (Schlüpmann 2001:II-1).

Ein entschlossenes und gemeinsames Vorgehen der Göttinger Institutsleiter war nicht zustande gekommen. Besonders Courant konnte Einsteins unmissverständlich bekundete Ablehnung des neuen Regimes nicht teilen und war über das Aufsehen, das dessen öffentliche Erklärung auslöste, eher ungehalten. Auch Francks Protest fand nicht seine Zustimmung. Noch am 30. März 1933 hatte Courant an Franck geschrieben: “Was mich besonders kränkt und bekümmert ist, daß der jetzt wieder in Bewegung geratene Antisemitismus sich nicht nur gegen unsympathische literarische und sonstige Zersetzungserscheinungen richtet, die ich und Du ebenso und vielleicht mehr verurteilen als mancher ‚völkischer‘ Mann, sondern unterschiedslos gegen jeden Menschen jüdischer Abstammung, mag er innerlich ein noch so guter Deutscher sein, mag er und seine Familie im Kriege geblutet haben oder sonst sein Bestes für die Gesamtheit leisten. Ich kann nicht glauben, daß auf die Dauer eine solche ungerechte Einstellung bestehen bleiben wird; wenigstens nicht, so weit es sich

³⁴ Die Unterzeichner stammten vorwiegend aus der medizinische Fakultät und dem landwirtschaftlichen Institut, darunter der Privatdozent für Pflanzenbau Konrad Meyer. Meyer wurde bald danach Referent im Erziehungsministerium und Ordinarius, als SS-Oberführer war er Planer im RSHA für den ‚Generalplan Ost‘. In Nürnberg wurde er freigesprochen und ab 1956 war er Professor für Raumplanung in Hannover (vgl. Schlüpmann 2001:II-1). In der Unterschriftenliste befand sich auch der Name Werner Webers, damals Assistent am Mathematischen Institut (vgl. Beyerchen 1980:41 und 288).

³⁵ Nach einem Umweg über Indien nahm Born 1936 einen Ruf nach Edinburgh an, wo er bis zu seiner Emeritierung wirkte. Anschließend kehrte er nach Deutschland zurück (vgl. Born 1968).

um die Führer, insbesondere Hitler handelt, dessen letzte Reden mir persönlich durchaus einen positiven Eindruck machten” (nach Schlüpmann 2001:II-1). Kaum einen Monat später erfuhr er von seiner Beurlaubung, allerdings ohne Angabe von Gründen³⁶. Courant war, wie ein großer Teil der Göttinger Mathematiker, nicht vom Beamtengesetz betroffen, statt dessen setzte eine Diffamierung ein, in der das Mathematische Institut als “Hochburg des Marxismus” attackiert, Courant mal als roter Revolutionär, mal als Zionist, und Neugebauer, der die Geschäftsführung des Instituts übernommen hatte, als Kommunist angeschwärzt wurde. Anschuldigungen und Anfeindungen dieser Art bildeten die Grundlage für eine Reihe von Entlassungen³⁷. Courants Verteidigung gegen die unzusammenhängenden Verleumdungen wurde von prominenten Kollegen unterstützt, Planck, Laue, Schrödinger, Sommerfeld, Heisenberg, Hund, u.a. unterzeichneten eine Eingabe für ihn, die der einflussreiche Aerodynamiker Ludwig Prandtl dem Kurator der Universität überreichte. Aber Courant gab auf und entschloss sich Ende August für das Exil, was er möglichst unauffällig gestalten wollte; die Aufhebung seiner Beurlaubung am 20. Oktober änderte nichts mehr daran³⁸. Weyl hatte inzwischen aus Princeton ein Rücktrittsgesuch abgeschickt³⁹ und der Boykott gegen Landau, der noch unbeirrt versucht hatte, mit der Lehre für das Wintersemester zu beginnen, endete mit dessen Pensionierung⁴⁰.

Am Beispiel der Göttinger Ereignisse wird deutlich, dass der Verlauf der Entlassungen ebenso unregelmäßig war wie deren Verteilung. In den ersten Monaten bestanden erhebliche Unklarheiten über den Status der betroffenen Fakultätsmitglieder und die Kriterien, nach denen verfahren wurde. Im retrospektiven Überblick wird auch die Taktik der nationalsozialistischen Machthaber, eine möglichst große Verunsicherung durch eine möglichst breite Bedrohung auszulösen, klar erkennbar. Aber die tiefen Gräben, die das politische Leben der Weimarer Republik durchzogen, blockierten

³⁶ Courant vermutete sogar zunächst, dies sei eine Auswirkung von Francks öffentlichem Rücktritt (vgl. Beyerchen 1980:56).

³⁷ “Einmal mehr kam jener ‚Marxismusverdacht‘ aus dem Arsenal der Unterdrückung zum Ausdruck, der über die Hitlerzeit hinaus im akademischen Berufsleben schlechterdings wirksam blieb” (Schlüpmann 2001:II-1). Courant hatte in der Vergangenheit Kontakte zur SPD gehabt; Hilbert war seit 1919 Mitglied der DDP; Noether war Mitglied erst der USPD, dann der SPD; Lüneburg und wahrscheinlich auch Heesch standen mit dem linksgerichteten Kreis um Leonard Nelson in Verbindung (vgl. Beyerchen 1980:57), der noch Mitte Februar zusammen mit anderen Vertretern linke und pazifistische Strömungen ein Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Märzahlen forderte: “Sorgen wir dafür, daß nicht die Trägheit der Natur und die Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen” (nach Schlüpmann 2001:II-1). Aber: “Courant hat den ‚Dringenden Appell‘ aus dem Umkreis der Nelsionaner wohl ebenso verurteilt, wie Einsteins ‚undiplomatisch‘ offensive Haltung” (Schlüpmann 2001:II-1). Der Statistiker Bernstein hatte für den Zentrumsvorsitzenden Matthias Erzberger gearbeitet.

³⁸ Courant musste sich dann für den Aufenthalt in Cambridge beurlauben lassen, er nahm Anfang des folgenden Jahres eine Gastprofessur in New York an und gab seine Göttinger Stellung im Sommer 1934 auf. In der Folge der Nürnberger Gesetze wurde er pensioniert. Sein Nachfolger war Hermann Hasse geworden.

³⁹ Darin drückte Weyl einerseits aus, “daß die neuen Wege, welche die gegenwärtige Regierung beschritten hat, das deutsche Volk zu Gesundung und Aufstieg führen mögen”, aber andererseits wurde festgestellt: “Die Entscheidung ist für mich jetzt völlig eindeutig, namentlich durch die Rücksicht auf meine Frau, welche jüdischer Abstammung ist, und auf die seelische Gesundheit und die Lebenszukunft meiner Kinder” (zitiert nach Schlüpmann 2001:II-1).

⁴⁰ Und nicht Emeritierung.

diese Einsicht und verhinderten einen Zusammenhalt gegen das Hitler-Regime unter den Betroffenen auch in den Wissenschaftlerkreisen. Der Protest blieb individuell und diese Feststellung muss im Hinblick auf die Entwicklungen auf nationaler Ebene und die Vorgänge in Berlin leider wiederholt werden.

Hans Kopfermann berichtete Anfang Mai 1933 in einem fünfseitigen Brief an Niels Bohr von seinem Besuch in Berlin⁴¹. Er beschrieb die zuversichtliche Haltung Laues, der davon ausgehe, dass die beurlaubten Professoren ohne politischen Hintergrund über kurz oder lang wieder in ihre Ämter eingesetzt würden, während Habers Einschätzung zufolge nicht mit einem baldigen Nachlassen des Antisemitismus zu rechnen sei. Der Rücktritt von Haber, Freundlich und Polanyi sei bezeichnend für die Kopflosigkeit in der Leitung der KWG und die Tatsache, „daß Planck in Sizilien war und sich auch auf dringenden Anruf nicht entschließen konnte, nach Deutschland zurückzukommen“ (nach Schlüpmann 2001:II-1). Plancks Abreise hatte mitten im Trubel um Einsteins Erklärungen in der amerikanischen Presse stattgefunden und er hatte noch selbst Einstein den Rücktritt aus der Preußischen Akademie nahegelegt⁴², der indes hatte seinen entsprechenden Brief bereits abgesandt. Planck war am 28. April wieder in Berlin. Es gab dann Überlegungen zu einem gemeinsamen Rücktritt, aber Planck lehnte einen Vorschlag Hahns ab, demzufolge 30 prominente deutsche Wissenschaftler ihr Amt niederlegen sollten (vgl. Heilbron 1986:150). Planck setzte auf „unauffällige Diplomatie“ und befürchtete wie auch Laue, dass öffentliche Proteste dabei nur hinderlich wären (vgl. Cassidy 1995:372). Sie wollten Zeit gewinnen, um hinter den Kulissen mit der Bürokratie zu verhandeln und hofften, sich auf diese Weise der Welle von Suspendierungen und Absetzungen entgegenstellen zu können. „Unermüdlich versuchten sie, auf dem Dienstweg zu erreichen, daß Entlassungen verhindert, verzögert oder widerrufen würden“ (Cassidy 1995:379). In ihrer Funktion als Präsident der KWG bzw. Vorsitzender der DPG schrieben sie Petitionen an staatliche Stellen, wie etwa im Fall von Courant und Born. „Jetzt rechnet jeder mit seiner Hilfe“ – in der Feststellung Marga Plancks (nach Heilbron 1986:151) klang vor allem der persönliche Aspekt an, der keinen Rückzug erlaubte. Aber untrennbar davon bildete die institutionelle Seite der Verantwortung für die deutsche Wissenschaft, für den Bestand der Forschungseinrichtungen, die Erhaltung ihres Niveaus und ihres Rufs, das Zentrum von Plancks Haltung und er wurde dabei besonders von Heisenberg tatkräftig unterstützt. „Ein Rücktritt aus Protest paßte nach ihrem Empfinden nicht zu diesem Verantwortungsbewußtsein. Statt dessen verhielten sich Planck, Laue und jetzt auch Heisenberg in den ersten Jahren unter Hitlers Herrschaft so, wie deutsche Professoren jahrzehntelang reagiert hatten: Sie bauten auf ihr hohes Ansehen in der Gesellschaft und setzten auf ihr persönliches diplomatisches Geschick, die neuen Machthaber in ihrem Sinne zu beeinflussen“

⁴¹ Kopfermann war zur Zeit im Kopenhagener Institut und gerade aus Deutschland zurückgekehrt. Bohr befand sich mit seiner Frau Margarete in Amerika, wo er u.a. Rockefeller zu überzeugen versuchte, die Hilfe für Wissenschaftler aus Deutschland aufzustocken (vgl. Schlüpmann 2001:II-1).

(Cassidy 1995:378).

Wie Kopfermann an Bohr schrieb, stünden für Rust Themenbereiche wie idealistische Philosophie, Wehrwissenschaft, „Rassekunde“ und nationalistische Geschichte im Vordergrund, nicht aber die Naturwissenschaften, „in denen diese Leute wohl instinktiv feindliche Kräfte ihrer Weltanschauung ahnen“ (nach Schlüpmann 2001:II-1). Seine Naivität gegenüber dem Regime entstammte einer „Mischung von Resignation und Wunschdenken“ (Schlüpmann 2001:II-1), in der die Naturwissenschaft als synonym mit Vernunft galten, und war typisch für den Blickwinkel seines Milieus, in dem systematisch übersehen wurde, „daß in der NS-Ideologie sich zwei Formen finden, in denen die Naturwissenschaften in die faschistische Gesellschaft integriert werden sollten. Die eine ist die ‚völkische Wissenschaft‘, die zweite ist Forschung als ‚nationale Aufgabe‘, im Dienste des ‚Volksganzen‘“ (Mehrtens 1980:47). Zudem wurde Rust dem gemäßigten Flügel der Nationalsozialisten zugerechnet, der auch bereit war, fachliche Kriterien in seinen Entscheidungen zu berücksichtigen und diese nicht völlig der ideologischen Doktrin zu opfern. Rusts Rede am 6. Mai 1933 in der Berliner Universität schien dies zu bestätigen, als er sagte: „Ohne geistige Freiheit und ohne die Möglichkeit der einer freien geistigen Konkurrenz werden wir den Aufstieg Deutschlands nicht freilegen, sondern abriegeln“ (nach Beyerchen 1980:82). Das war allerdings strikt im Rahmen seiner völkischen Ansichten zu sehen, denn zu den Entlassungen im Rahmen des Beamtengesetzes bemerkte er: „Aber das Prinzip muß durchgeführt werden um der Zukunft willen“ (Beyerchen 1980:84). Der Reichsminister des Inneren und somit der Vorgesetzte Rusts, Wilhelm Frick, sprach Mitte Mai 1933 vor der KWG: „Es liegt im wissenschaftlichen Denken und Forschen etwas Souveränes, das den ganzen Menschen in Anspruch nimmt und alle anderen nicht erfassen will; es liegt darin die Gefahr der Absonderung vom großen Ganzen, ja der Ablehnung oder Verkennung der Pflicht, dem *Ganzen zu dienen*. Lassen sie uns daher bei aller Anerkennung der Freiheit der Wissenschaft dieser Gefahr das verpflichtende Bewußtsein gegenüberstellen, daß *Dienst an der Wissenschaft Dienst am Volke* sein muß; daß die Ergebnisse der Forschung wertlos bleiben, wenn sie nicht für die Kultur des Volkes Verwendung finden, und daß wir alle Glieder am Ganzen und ihm zu diesen verpflichtet sind“ (nach Beyerchen 1980:84). Das war nicht unvereinbar mit dem Selbstverständnis der Wissenschaftler und bot einen argumentativen Ansatzpunkt für ihre Bemühungen.

So stellte sich die Situation dar als Planck in seiner Funktion als Präsident der KWG am 16. Mai bei Hitler vorsprach; noch waren nicht alle Entlassungen ausgesprochen, Courant ging noch gegen seine Beurlaubung an und Franck trug sich noch mit der Absicht zu bleiben. Haber allerdings gab sich keinen Illusionen hin, er hatte sich zum Rücktritt entschlossen und am 28. April, bei Plancks Eintreffen in Berlin, waren seine Abteilungsleiter bereits gegangen und er selbst ließ sich nicht mehr

⁴² Darum hatte ihn Heinrich von Ficker, der damalige Sekretär der Akademie, gebeten (vgl. Heilbron

umstimmen. Haber war der Inbegriff eines Wissenschaftlers, der seine Forschung in den Dienst des Vaterlandes gestellt hatte und den man aufgrund seiner Arbeiten zur chemischen Kriegsführung im Ersten Weltkrieg auch nicht, wie Einstein, mit Pazifismus in Verbindung bringen konnte. Plancks Einschätzung der Lage teilte er nicht und hatte ihm wenige Tage vor dem Zusammentreffen mit Hitler seine Bedenken brieflich mitgeteilt. Zur Begründung seines Rücktritts hatte er am 30. April an Rust geschrieben: "Meine Tradition verlangt von mir in einem wissenschaftlichen Amte, daß ich bei der Auswahl von Mitarbeitern nur die fachlichen und charakterlichen Eigenschaften der Bewerber berücksichtige, ohne nach ihrer rassemäßigen Beschaffenheit zu fragen" (nach Szöllösi-Janze 1998:656). Was Planck, laut seinem Bericht, aber dann von Hitler erfuhr, war, dass die Nationalsozialisten nicht daran dachten, bei der Anwendung des "Arier-Paragraphen" Kompromisse einzugehen und Ausnahmen zu machen, auch nicht in der KWG.

Die zentrale Rolle des Antisemitismus in der Ideologie und im Herrschaftsapparat des Nationalsozialismus entging Plancks Wahrnehmung und das hielt ihn zurück, dieser Regierung unmissverständlich die Loyalität zu entziehen. "Das Schicksal der Hitlerbewegung liegt fraglos in der Judensache. Ich begreife nicht, warum sie diesen Programmpunkt so zentral gestellt haben. An ihm gehen sie zugrunde. Wir aber wahrscheinlich mit ihnen" (nach Schlüpmann 2001:II-1), hatte der Dresdener Philologe Victor Klemperer am 25. April in seinen Aufzeichnungen festgestellt und dieser Einsicht wollte oder konnte Haber nicht ausweichen. Dagegen blieben die gemeinsamen Bemühungen von Planck, Heisenberg, Laue und auch Sommerfeld, gegründet auf eine Mischung aus Verantwortung, Optimismus⁴³, Naivität und Kalkül, darauf gerichtet, die entlassenen Physiker zum Bleiben zu bewegen und die Suspendierungen rückgängig zu machen. Unbeirrt setzten sie auf die Strategie, ihren Einfluss geltend machen zu können. In diesem Sinne schrieb Heisenberg an Born am 2. Juni. Er berichtete über das Treffen von Planck und Hitler, dass nun nichts weiter gegen "unsere Wissenschaft" unternommen werde und doch nur die Wenigsten vom neuen Gesetz betroffen seien. "Trotzdem (der Entlassungen) weiß ich, daß es unter denen, die in der neuen politischen Situation führen, auch Menschen gibt, um derentwillen sich ein Ausharren durchaus lohnt. Es wird sich im Lauf der Zeit das Häßliche vom Schönen scheiden. Also möchte ich Sie bitten, jetzt noch keine Entschlüsse zu fassen, sondern abzuwarten, wie unser Land im Herbst aussieht" (nach Cassidy 1995:380).

1986:156).

⁴³ "Merkwürdig war der ‚Optimismus‘ Max Laues - 1933 DPG-Vorsitzender -, der dem Vorgehen der Nazis die eigenen, idealtypisch preußisch-konservativen Maßstäbe anlegte. Er verkörperte eine Regimegegnerschaft im Machtgefüge, mit der die Herren vorsichtig umgingen. Helmut Heiber hat von einem doppelten ‚Bonus‘ gesprochen, den ein Naturwissenschaftler und konservativer Preuße wie er beanspruchen konnte. Zu solchen allgemeineren ‚Vorteilen‘ dürften individuelle Eigenschaften und persönliche Verbindungen zu anderen Menschen im In- und Ausland hinzuzurechnen sein, die dem besonders langjährigen Freund und Weggefährten Albert Einsteins in der Diktatur den Rücken stärkten. Max Laues zahlreiche couragierte Handlungen hätten genauere als die bisher vorliegenden historischen Arbeiten verdient" (Schlüpmann 2001:II-1).

Im Herbst 1933 war nicht zu übersehen, dass die Anstrengungen, mit dem nationalsozialistischen Regime und seinen Behörden Konzessionen auszuhandeln, in allen Fällen gescheitert waren⁴⁴. Vielmehr wurden die Maßnahmen verschärft und neue Verordnungen traten hinzu, etwa die Einschränkung der akademischen Selbstverwaltung zugunsten des "Führerprinzips", die Änderung der Habilitationsordnung, die Ernennung der Rektoren durch das Ministerium und dessen Eingreifen in die Berufungsverfahren. Um die Gleichschaltung im Bildungsbereich zu optimieren, wurde im Frühjahr 1934 das REM geschaffen. Plancks Hoffnungen für Franck bei der KWG hatten sich als unrealistisch herausgestellt und er ging ins Ausland wie schon Born und Courant vor ihm. Zudem hatte eine Reihe von Kollegen inzwischen von sich aus gekündigt, darunter Schrödinger⁴⁵ und Weyl, die selbst nicht vom "Beamtengesetz" betroffen waren. Der Plan der Schadensbegrenzung durch Diplomatie und die damit korrespondierende Abneigung gegen öffentliche politische Stellungnahmen verdichteten sich zu einer katastrophalen Fehleinschätzung des Regimes⁴⁶.

Neben einer vorsichtigen Haltung wie sie die führenden Physiker vertraten, war durchaus reichlich Zustimmung zur neuen Führung in akademischen Kreisen vorhanden. Ein Aufruf zu den Wahlen im März 1933 mit dem Titel "Die deutsche Geisteswelt für Liste 1" trug 301 Unterschriften und später im Jahr bekundeten noch einmal rund 1000 Hochschullehrer ihr Einverständnis mit Hitler und dem NS-Staat⁴⁷. Während der Entlassungen herrschte eine Atmosphäre der Diffamierungen und Einschüchterung an den Hochschulen. In Dresden notierte Klemperer am 15. Mai in seinem Tagebuch: "Beste, jetzt Dekan, nimmt sich meiner an, ist innerlich erbittert (Zentrumsmann). Aber überall ist vollkommen Hilflosigkeit, Feigheit, Angst" (nach Schlüpmann 2001:II-1). Wo die Maßnahmen zur Gleichschaltung nicht staatlicherseits exekutiert wurden, setzten die meisten Institutionen und Organisationen sie in eigener Regie um. Im Rahmen dieser "Selbstgleichschaltung" nahm die Rektorenkonferenz bereits am 3. März 1933 in Berlin die "großen völkischen Aufgaben" als programmatische Richtlinie für "die nationalsozialistische Hochschule" im neuen Regime an. Am 11. November 1933 war Leipzig der Ort einer Massenveranstaltung des NS-Lehrerbundes, "Appell an die deutsche Wissenschaft", für den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund; es nahmen Lehrer, Studenten und Professoren sowie fünf Universitätsrektoren teil, darunter Martin Heidegger.

⁴⁴ Im Sommer 1933 stand Meitner auf einer Entlassungsliste der Berliner Universität und verlor die Lehrbefugnis. Plancks Fürsprache für sie war zwecklos gewesen (Sime 2001:193-194). Ebenso blieb Heisenbergs Einsatz für Gerhard Herzberg, Herta Spöner und Guido Beck im Inland erfolglos; nur im Ausland konnte er etwas für sie erreichen. Herzbergs Frau war Jüdin, Guido Beck war österreichischer Jude (vgl. Cassidy 1995:396).

⁴⁵ Über den sich Heisenberg besonders ärgerte und auch Planck sah sich im Stich gelassen, er hatte sich noch bemüht, Schrödinger zu überreden, nur eine Beurlaubung zu beantragen (Cassidy 1995:383).

⁴⁶ "Erwin Planck (1893-1945), Sohn von Max Planck und (noch) Staatssekretär in der Reichskanzlei, sah klarer, als er 1932 für eine ‚Front‘ von Allgemeinem Deutschem Gewerkschaftsbund und Reichswehr tätig wurde" (Schlüpmann 2001:II-1).

⁴⁷ Von vergleichbarer Größenordnung sind dazu nur die 3000 Unterschriften zur Mobilisierung von 1914.

Zwar konnte Stark, der die Organisation übernommen hatte, seine Physikerkollegen dafür nur mit sehr mäßigem Erfolg gewinnen⁴⁸, aber auch gegen das Regime und seine Maßnahmen erhoben sie nicht ihre Stimme. Von den führenden Vertretern der Disziplin hatte nur Peter Paul Ewald, ein international führender Experte in der Röntgen-Strukturanalyse, in Reaktion auf die Bekanntgabe des Beamtengesetzes sein Amt als Rektor der TH Stuttgart niedergelegt und dem Minister mitgeteilt: “Da es mir nicht möglich ist, in der Rassenfrage den Standpunkt der nationalen Regierung zu teilen, so bitte ich, mein Amt als Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart mit sofortiger Wirkung niederlegen zu dürfen und auch von dem Amt als Prorektor entbunden zu werden” (nach Schlüpmann 2001:II-1). Und wenig später hatte er an Franck geschrieben: “Ihr mannhafter Schritt erregt bei Vielen Freude und Bewunderung. Ich beglückwünsche Sie dazu. Ich selbst habe das Rektorat niedergelegt, da ich den Standpunkt der Regierung in der Rassenfrage nicht teilen kann“ (nach Schlüpmann 2001:II-1). Ewalds deutliche Stellungnahme war eine von wenigen Ausnahmen⁴⁹. Nach Einsteins Presseerklärung erschien kein weiteres Manifest, in dem öffentlich gegen die Maßnahmen der Nationalsozialisten protestiert wurde. Ewald wanderte noch in den 1930er Jahren aus⁵⁰.

Über das gefügige, hilflose oder bruchlose Einschwenken der akademischen Elite auf das nationalsozialistische Herrschaftssystem, über die Verkennung der politischen Situation und die Gründe dafür, ist in der hier verwendeten Literatur bereits viel nachgedacht worden. Auch bei den Physikern war unbedingte Staatstreue häufig gepaart mit einem konservativen Nationalismus, der sogar, wie bei Courant oder Heisenberg, in der nationalsozialistischen Machtübernahme den möglichen Beginn einer positiven Entwicklung erkannte. Oder aber das frostig distanzierte Verhältnis zur Demokratie und die Überheblichkeit, mit der ganz generell Politik als unter der Würde

⁴⁸ Heisenberg hatte am 9. November erfahren, dass er den Nobelpreis für Physik (1932) erhalten würde, nachdem ihm kurz zuvor bereits die bevorstehende Verleihung der Max-Planck-Medaille mitgeteilt worden war (vgl. Cassidy 1995:398). Für sein Fehlen auf der Leipziger Propagandaveranstaltung musste er sich in den späteren Auseinandersetzungen rechtfertigen.

⁴⁹ Darunter waren auch Jüngere wie Herbert Jehle, ein Schüler Ewalds, der in der Bekennenden Kirche zum Kreis um Dietrich Bonhoeffer gehörte. Er brachte sich durch sein soziales und pazifistisches Engagement in Gefahr, so dass er 1937 von Berlin nach England, im folgenden Jahr nach Brüssel ging. Es folgte die Internierung in Gurs/Frankreich, danach ging er in die USA, wo er aber erst 1959 eine Stelle erhielt (Eckert 1993:170-171). Ein weiterer Fall war Stobbe, der seinen Kollegen aus Göttingen aus Protest ins Exil gefolgt war. Obwohl sich Weyl in Princeton für ihn einsetzte, war in den USA keine Stelle für ihn zu finden und er musste sich mit einem Provisorium zunächst in England, dann in Norwegen abfinden. Er konnte sein begonnenes Projekt bis zu seinem Tode während des 2. Weltkrieges nicht wieder aufnehmen (vgl. Beyerchen 1980:55).

⁵⁰ Schlüpmann bemerkt dazu: “Er kann damit als ‚Gegenstück‘ zu seinem berühmteren, alsbaldigen Amtskollegen Martin Heidegger in Freiburg gelten” (Herausforderung). Ewald war seit 1921 Professor in Stuttgart. Emigrationspläne nach Spanien zerschlugen sich mit dem Bürgerkrieg, eine USA-Reise 1936 verging ohne brauchbares Ergebnis, 1937 nahm er das Stipendium einer englischen Hilfsorganisation an, ging danach in die USA, nun mit Familie, dann wieder zurück nach Cambridge, während des Krieges hatte er ein *lectureship* in Belfast inne, endlich wurde er 1949 Leiter des Physikdepartments am Polytechnic Institute of Brooklyn, das er zu einem Zentrum für Kristallographie und Festkörperphysik machte (vgl. Eckert 1993:169-170). Trotz seines Renommées dauerte es zwölf Jahre, bis er wieder eine vergleichbare Position übernehmen konnte.

eines Gelehrten angesehen wurde, bewirkten eine Verwechslung der auffälligen, negativen Begleiterscheinungen des neuen Regimes, die Denunziationen und die Hetzkampagnen, wie sie von studentischer Seite mit der Anfang April 1933 anlaufenden "Aktion wider den undeutschen Geist" in Szene gesetzt wurden, mit dem Parteienstreit und den Massenkundgebungen der Weimarer Republik⁵¹. Das elitäre akademische Bewusstsein vermochte dies kaum zu unterscheiden von einem politischem Protest gegen das Unrecht. Unter diesen Voraussetzungen waren die Physiker, wie viele andere auch, leicht der Täuschung ausgeliefert, die mit der formalen Korrektheit der Machtübernahme und der Tatsache, dass der Antisemitismus die Form von Gesetzen annahm, einherging. Sie waren zudem wenig geneigt, den Schein der Legalität aufzubrechen, da sich die erste Terrorwelle gegen linksgerichtete Gruppierungen und Personen richtete. "War die ideologische Säule in mehrfacher Funktion der Antisemitismus, so fiel der Antikommunismus, ‚Antibolschewismus‘ als proklamierte Politik und praktizierter Terror nicht weniger ins Gewicht und ins Auge. Und der hatte nicht nur verheerende Wirkung in der deutschen Gesellschaft, sondern hatte auch zur Folge, daß dem Regime im westlichen Ausland manches zu Gute gehalten wurde und antirassistische Proteste im In- und Ausland weniger zur Geltung kamen" (Schlupmann 2001:II-1).

Mehr vielleicht als andere waren die deutschen Physiker gefangen im Widerspruch einer "doppelten Identifikation" (Eckert 1993:156). Sie waren einerseits ihrer Nation und ihrem Staat verpflichtet, andererseits galt ihre Loyalität einer Wissenschaft, in der nach dem ersten Weltkrieg durch die raschen Fortschritte in der Kernphysik und Quantentheorie ein enger internationaler Austausch entstanden war. Typisch ist der Zwiespalt Sommerfelds zwischen seinem Stolz als nationaler Vertreter eines preisgekrönten Forschungszweigs und der Sorge um seine vom Nationalsozialismus bedrohten Schüler. Im Sommer 1934 schrieb er an Einstein: "Ich hätte nichts dagegen, wenn Deutschland als Macht zugrunde ginge und in einem befriedeten Europa aufginge". Michael Eckert kommentiert diese Bemerkung: "Ein solcher Gedanke wäre ihm vor 1933 kaum in den Sinn gekommen, und auch jetzt mochte er sich und Einstein diesen Umschwung in seiner politischen Haltung nicht eingestehen, denn er hatte den Satz im Briefkonzept wieder durchgestrichen" (Eckert 1993:155). Die grundsätzliche Zerrissenheit, die das Bemühen um die vertriebenen Kollegen und um eine Schadensbegrenzung für die deutsche Wissenschaft begleitete, wurde akut verschärft angesichts der Verwirrung und Verunsicherung durch die massive Gewalt, die die Nationalsozialisten aufboten, und für deren fortschreitende Intensivierung es keinen Präzedenzfall und keine vergleichende Erfahrung gab. Aber nicht nur aufgrund ihrer prinzipiellen Einstellung zur Politik und zum Staat waren die Physiker schlecht auf den Zugriff des NS-Regimes vorbereitet, vielmehr steigerte die aufsehenerregende Erfolgsgeschichte ihres Fachs die illusionäre Bewertung ihrer Position gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern: "Heisenberg, Planck und andere Koryphäen der Physik in

⁵¹ Zum Beispiel: Heisenbergs Politikverständnis, siehe Cassidy (1995:370), und Kopfermanns Einschätzung der nationalsozialistischen Führung als gemäßigt im Vergleich zu den radikalisierten Massen, siehe Schlupmann (2001:II-1).

Deutschland waren davon überzeugt, daß sie als die berühmten Begründer der Quantenphysik und als Leiter der wichtigsten wissenschaftlichen Institute zu den führenden Vertretern der deutschen Kultur gehörten" (Cassidy 1955:378) Den Unglauben darüber, dass das Prestige ihrer Wissenschaft den Nazis vollkommen gleichgültig war und sie ohne Zögern deren erstklassige Zentren zu opfern bereit waren, wenn diese sich nicht ihren Zielen einpassen ließen, wurden sie während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus nicht los. Er bildete die Grundlage für das diplomatische Kalkül ebenso wie für den naiven Optimismus, mit dem sich die Physiker im nationalsozialistischen System bewegten und die unaufgelöste Ambivalenz zwischen deutscher Kultur und internationaler Wissenschaft, zwischen Nationalismus und kollegialer Solidarität fortschrieben.

An vielen Orten im Ausland wurden bald Hilfsorganisationen aktiv, an die sich die professionellen Netzwerke anschlossen. In Kopenhagen beteiligte sich Niels Bohr an einem dänischen Unterstützungskomitee für Intellektuelle⁵²; in Princeton bemühten sich besonders Rudolf Ladenburg und Jenő Wigner, später auch Hermann Weyl um die Angelegenheiten der vertriebenen Wissenschaftler⁵³. In London übernahm Ernest Rutherford den Vorsitz einer Gesellschaft zur Unterstützung von Exilanten⁵⁴; in Genf schaltete sich ein Flüchtlingskomitee ein⁵⁵; in Zürich bildete sich eine Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler⁵⁶ und dort setzte sich Wolfgang Pauli für seine bedrängten Kollegen ein. Auch die deutschen Wissenschaftler bemühten sich neben den Verhandlungen mit den NS-Behörden nach Kräften um ihre Kollegen im Exil und gingen dabei weit über den Rahmen der eigenen Institute und ihres unmittelbaren Arbeitsbereichs hinaus. Insbesondere Laue und Sommerfeld standen in ständiger Verbindung und mit den ausländischen Stellen; Laue stellte die Namen von entlassenen Physikern zusammen und gab sie an Bohr weiter (Cassidy 1995:381) und Sommerfeld schrieb zahlreiche Empfehlungen in die ganze Welt.

Trotz allem muß Beyerchens Einschätzung vom Erfolg dieser Anstrengungen korrigiert werden: "Glücklicherweise waren Stern und Stobbe Ausnahmen, und zwar größtenteils dank der Bemühungen der Flüchtlingshilfsorganisationen, die unverzüglich ins Leben gerufen wurden, um entlassene Gelehrte zu unterstützen" (1980:78)⁵⁷. Diese beruhigende Behauptung kann leider nur mit

⁵² Zusammen mit anderen Hilfskomitees aus verschiedenen politischen und religiösen Zusammenhängen konnten 4500 Flüchtlinge in Dänemark untergebracht werden, von denen 1943 noch circa ein Drittel im Land war (vgl. Schlüpmann 2001:II-1).

⁵³ "Rockefeller stiftete von 1933 bis 1945 1,4 Millionen für das ‚Emergency Committee‘ (und investierte vergleichbare Summen in Nazi-Deutschland)" (Schlüpmann 2001:II-1).

⁵⁴ Das "Academic Assistance Council" hieß ab 1936 "Society for the Protection of Science and Learning" und verfügte über 2000 zahlende Mitglieder. Bis 1939 konnte dadurch Hunderten zu einer Stelle, meist befristet, manchmal auf Dauer, verholfen werden (vgl. Schlüpmann 2001:II-1).

⁵⁵ Das ‚Comité pour le Placement des Intellectuels Réfugiés in Genf‘ wurde koordiniert von dem Chemiker Philip Hartog (vgl. Schlüpmann 2001:II-1).

⁵⁶ Die ‚Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland‘ entstand 1935, arbeitete später in London weiter; durch das Beziehungsnetz, das damit aufgebaut wurde, konnten 2000 Stellen vermittelt werden (vgl. Schlüpmann 2001:II-1).

⁵⁷ Über Otto Stern und Martin Stobbe wurde oben schon kurz berichtet.

großen Einschränkungen akzeptiert werden, wie die neueren Arbeiten von Schlüpmann und Eckert zeigen. Das gängige Stereotyp des emigrierten Physikers, der nach einigen Wirren seine Arbeit an der vielversprechenden neuen Forschungsrichtung wieder aufnehmen konnte, passt noch am Besten auf den Elitezirkel der Sommerfeld-Schule und auch dort nur unter speziellen Bedingungen: „Der ‚typische‘ Emigrant aus dieser Gruppe war männlich, noch keine dreißig Jahre alt, und mit den besten Empfehlungen seines Lehrers zwischen den Instituten in Zürich, München, Leipzig, Göttingen oder Kopenhagen herumgereicht worden, so daß zumindest in diesen Zentren sein Name wohlbekannt war“ (Eckert 1993:158). Für die älteren Kollegen sahen die Dinge schon ganz anders aus. Hopf zum Beispiel gelang es nicht mehr, eine feste Stelle zu erhalten, trotz seiner ausgewiesenen Qualifikationen und trotz der Protektion Einsteins und Sommerfelds. Obwohl die Emigration im Fall Ewalds glücklicher verlief, dauerte es doch zwölf Jahre bis er wieder eine Position hatte, die seiner Professur in Stuttgart vergleichbar war. Umgekehrt galt für die Jüngeren, die noch keine Zeit gehabt hatten, sich einen Namen zu machen oder sogar ihr erstes größeres Projekt hatten abbrechen müssen, dass die Emigration nicht selten die Karriere unterbrach oder beendete, wie etwa bei Jehle und Stobbe. Die Situation der Emigranten bezeichnete Schrödinger 1933 in einem Brief an Ladenburg: „Wir, lieber Freund, Sie und ich und unsere Freunde, sind in der Tat die Ware und nicht die Kaufleute...“ (nach Schlüpmann 2001:II-1). Aufgrund des Aufschwungs der Quantentheorie in mehreren physikalischen Subdisziplinen gab es einen recht großen Bedarf an Wissenschaftlern, die im Zweig der modernen Mathematik und Physik ausgebildet worden waren, denn viele Universitäten investierten in diese Richtung. Allerdings mussten sehr genaue Anforderungen erfüllt werden: Die neuen Mitarbeiter sollten sowohl billig als auch hochqualifiziert sein und somit Voraussetzungen entsprechen, die in der schmalen Altersspanne der *post-doc*-Phase zutreffen. Wenn darüber hinaus ihr bisheriger Werdegang den „Stempel der Modernität“ (Eckert 1993:166) trug, standen ihre Chancen vergleichsweise gut.

Ein Abzählen der Nobelpreisträger unter den Vertriebenen (vgl. Beyerchen 1980:77, Hermann 1994:F93) lässt nur die erfolgreichen Fälle in den Blick treten und es werden zwangsläufig die Fälle übersehen, in denen eine Fortsetzung der Karriere im Exil misslang. Generell sind statistische Feststellungen über die Physiker- Emigration oft deswegen ungenau, weil die Definition der Arbeitsfelder und damit die Zuordnung zur Berufsgruppe der Physiker unscharf ist, und dies umso mehr, weil es im Verlauf der Emigration häufig zu einem erzwungenen Wechsel in der Spezialisierung oder einem völligen Abbruch der beruflichen Tätigkeit kam (vgl. Eckert 1993:148). Neben der irreführenden Überbetonung der theoretischen gegenüber der technischen Physik ist in diesem Zusammenhang weiterhin revisionsbedürftig, dass eine stereotype Zuordnung von „jüdisch“, „theoretisch“ und „verfolgt“ bemüht wird. Sie liefert ein verzerrtes Bild der *scientific community* der deutschen Physiker und des Geschehens, das mit dem Nationalsozialismus über sie hereinbrach. Denn es gab es zahlreiche nicht-jüdische Theoretiker, deren Existenz und deren Laufbahn durch

Antisemitismus und Nationalsozialismus nicht beeinträchtigt wurde. Schließlich wird das vereinfachte Bild des Wissenschaftsemigranten auch der Lage jener nicht gerecht, die in die Sowjetunion gingen, wie Sommerfelds Doktoranden Fröhlich und Romberg. Wer auf die komplizierten Wege einer Emigration zwischen zwei totalitären Systemen geriet, lief eine noch größere Gefahr, den Kontakt zum Geflecht der beruflichen Beziehungen zu verlieren.

Vernachlässigt wird auf diese Weise vor allem, dass es sich um eine Verfolgung handelte, deren Ursachen und Ziele ganz und gar außerhalb der professionellen Netzwerke lagen. Die Fachorganisationen und daran angelehnte Hilfsmaßnahmen gaben daher einen höchst ungenügenden Rahmen ab für die politische Reaktion auf eine Bedrohung, die sich zuerst und vor allem gegen Menschen richtete, die keiner speziellen Elite angehörten und deren Schicksal keine besondere öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog. Das gesamte Ausmaß der "Katastrophe vor der Katastrophe" (Diner 1991) entging auch denen, die im Rahmen der Hilfsorganisationen und Unterstützungskomitees für ihre Kollegen tätig wurden. Schlüpmann stellt deshalb fest: "Szilard hatte längst richtig gesehen, und seine seit 1930 im ausgedehnten Bekanntenkreis versuchte Mobilisierung zu einem ‚Bund‘ hätte vielleicht mehr werden können als eine Emigranten-Hilfsaktion, wenn Kollegen und Freunde seine Betroffenheit und seine Handlungsbereitschaft angesichts der politischen Entwicklung geteilt hätten, bevor es zu spät war. Szilards frühzeitige Handlungsbereitschaft - und Zurückstellung der wissenschaftlichen Arbeit - war eine Ausnahme. In dieser Hinsicht hat auch der ‚Kreis der Kopenhagener‘ versagt" (Herausforderung). Die Nürnberger Gesetze machten 1935 endgültig klar, dass keine Ausnahmen mehr vorgesehen waren; es kam wiederum zu serienweisen Entlassungen. Die Abfolge von Demütigungen und Diskriminierungen, von systematischer Ausräuberung und gewaltsamer Terrorisierung der jüdischen Bevölkerung wurde beständig gesteigert. Im Jahr 1938 brachten die Annexion Österreichs und die antisemitische Programmnacht am 9. November eine zweite große Emigrationswelle mit sich.

Mit dem bald offenkundig gewordenen Scheitern der diplomatischen Bemühungen um eine Rücknahme der Entlassungen galt für die führenden deutschen Physiker, für die Wiederbesetzung der verwaisten Lehrstühle zu sorgen und einen kompetenten Ersatz für die entlassenen Kollegen zu finden. Dass Laue als Freund Einsteins, nachdem er sich in der Akademie couragiert an dessen Seite gestellt hatte, dort dessen Nachfolger wurde, konnte hier vielleicht sogar als Erfolg verbucht werden. Laue war es auch gelungen, die Aspirationen Starks⁵⁸, der bereits im Mai 1933 zum Präsident der PTR ernannt worden war⁵⁹, im September 1933 mit einem geschickten Manöver Starks Aspirationen auf den DPG-Vorsitz zu unterbinden. Wiederum war es Laue, der im Winter 1933/1934 gegen die

⁵⁸ Stark hatte sich, wie auch Lennard, bereits in der Weimarer Zeit mehrfach mit seiner antisemitischen Haltung hervorgetan (vgl. Beyerchen 1980:124-145, 150-171).

⁵⁹ Gegen die Stimmen der beratenden Wissenschaftler (vgl. Beyerchen 1980:160-161).

Aufnahme Starks in die Akademie opponierte und sie verhindern konnte (Heilbron 1986:160). Aber im Juni 1934 wurde dem auf Macht und Einfluss bestrebten Stark die Präsidentschaft der NG, die nun bald Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) heißen sollte, vom neu installierten Reichserziehungsminister Rust übertragen. Die Lage in der Physik hatte bald beunruhigende Züge angenommen, neben überproportional vielen vakanten Lehrstühlen und Institutsleitungen war es zu einer Reihe von Fehlbesetzungen gekommen. Bereits in der Folge der Wirtschaftskrise von 1929 waren die Studentenzahlen drastisch gesunken und ebenso die Mitgliederzahlen in den wissenschaftlichen Gesellschaften. Die Maßnahmen des nationalsozialistischen Regimes überlagerten sich nun mit einem generellen Trend und verstärkten die Strukturunterschiede, aufgrund derer die deutsche Physik gegenüber der US-amerikanischen ins Hintertreffen geriet. Die Physiker in den Hochschulen und in der Industrie waren alarmiert und sie reagierten mit Eingaben und Berichten, in denen sie auf die Probleme und ihre Folgen hinwiesen, allerdings fanden sie bei den Entscheidungsträgern wenig Beachtung.⁶⁰ In dieser Zeit kam es zu dem Vorschlag, Heisenberg auf den Lehrstuhl Borns berufen, wozu es aber aufgrund von Schwierigkeiten im REM nicht kam, der Streit um die "deutsche Physik" warf bereits seine Schatten voraus. Trotz aller Fehlschläge wandte sich Planck auch 1935 gegen die wieder vermehrt auftauchenden Gedanken seiner Kollegen an Rücktritt und riet angesichts der wirkungslosen Proteste und der ebenso ergebnislosen diplomatischen Bemühungen, sich in die Forschung zurückzuziehen, um die "Enklaven achtbarer deutscher Kultur und Wissenschaft als ‚Kristallisationskeime‘ für eine bessere Welt(zu) bewahren" (Cassidy 1995:405). Heisenberg, der seinem Rat folgte, schrieb an seine Mutter: "Die Welt da draußen ist wirklich abscheulich, aber die Arbeit ist schön" (nach Cassidy 1995:406). Der Wahrnehmungshorizont schrumpfte auf die kleine Institutswelt zusammen, die heile "Insel des Bestandes" (nach Cassidy 1995:407), wo er Plancks Empfehlung, sich zurückhaltend zu arrangieren, an seine Assistenten weitergab⁶¹. Alltäglichkeit und Normalität standen in wachsender Diskrepanz zu den Bedingungen, unter denen diese wissenschaftliche Arbeit stattfand, und die Grenze zum Einverständnis mit Unrecht und Verfolgung wurde immer unklarer⁶².

Macht und Moral: Der Fall Haber

Im Gedächtnis der *scientific community* nach 1945 wurden jene Wahrnehmungseinschränkungen nur sehr schleppend aufgehoben, die in der reduzierten Darstellung der deutschen Physik in der Rede zur

⁶⁰ Dazu gehört auch ein Vorläufer des Heisenberg-Wien-Geiger-Memorandums von 1936 (vgl. Beyerchen 1980:103-114, 233-235; außerdem Eckert 1993:198-199).

⁶¹ Heisenbergs Assistenten, Bernhard Kockel und Hans Euler, kamen mit dieser Empfehlung weniger gut zurecht. Beide waren auf Distanz zu den Machthabern gegangen und ihre Karrieren wurde aus diesem Grund behindert (vgl. Cassidy 1995:419). Ihre Erfahrungen stellen eher ein Zeugnis der Ratlosigkeit ihrer Lehrer dar.

⁶² Ein ausländischer Gast an Heisenbergs Institut bemerkte: "Die Judenverfolgungen finden bei den meisten Ariern Zustimmung. Die Zahl der Menschen, die infolge der Judenvertreibung in öffentlichen und privaten Einrichtungen Arbeitsplätze finden werden, ist beachtlich" (nach Cassidy 1995:394).

Hundertjahrfeier der DPG 1947 zum Tragen kam. Diese Zögerlichkeit kann als ein Anzeichen dafür gelten, wie sehr die nationalsozialistische Politik der Diskriminierung und Vertreibung in einer manchmal bis auf den heutigen Tag andauernden Verleugnung fortwirkt. Einer der ersten Namen, der wieder genannt wurde, war der Habers und seine Person war für eine längere Zeit auch einer der wenigen, an dem die Umstände der Emigration überhaupt explizit zur Sprache kamen. Es war sein Name, der im Zentrum von Plancks Bericht in den *Physikalischen Blättern* von 1947 stand. Bemerkenswert daran ist allerdings nicht allein, in welchem Umfang die damit verknüpften Ereignisse und Schicksale ausgeblendet werden und aus der Vielfalt von Reaktionsweisen, Unsicherheiten und Entscheidungen ein einziges Moment isoliert wird. Denn die Erinnerung gibt in diesem Fall eine Spur der Löschung und den Ausgangspunkt der Derealisation frei: "Auf meine Bemerkung, daß es doch verschiedenartige Juden gäbe, für die Menschheit wertvolle und wertlose, unter ersteren alte Familien mit bester deutscher Kultur, und daß man doch Unterschiede machen müsse" (Phy.Blä. 1947:143). Zu diesem Satz Plancks bemerkt Mehrrens: "Die Rede von ‚wertvollen‘ Menschen mag in der bürgerlichen Elite der Zeit geläufig gewesen sein und jemandem wie Planck gewiß nicht fremd, doch verknüpft sich nun das professionelle Werturteil der Wissenschaftler mit dem rassistischen des Nationalsozialismus" (1994:20). Indem diese Verbindung hergestellt wurde, war der Weg geebnet für ein Hinnehmen der Ausgrenzung jüdischer Wissenschaftler und eine Hinwendung der deutschen Physiker zum NS-System, die sie bei allem vorhandenen Unbehagen dann doch ziemlich geschlossen in die Tat umsetzen sollten.

Der Wertmaßstab, auf den sich Planck hier berief, war später vor allem dazu geeignet, eine Kontinuität zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart von 1947 herzustellen. Bezeichnenderweise war Plancks Formulierung in der publizierten Fassung bereits dahingehend revidiert, dass aus ihr die Unterscheidung von "Ostjuden" und "Westjuden" gestrichen worden war (vgl. Albrecht 1993:11). Die Verschiebung des Antisemitismus auf die "Ostjuden", die in der Nachkriegszeit häufig zu beobachten war (vgl. Adorno 1975:297), wurde somit nochmals abgewandelt und zurückgenommen in eine kulturell begründete Aufteilung der Juden, die nichtsdestoweniger ein antisemitisches Grundmuster darstellt. "Das vornehme Wort Kultur tritt an die Stelle des verpönten Ausdrucks Rasse" (Adorno 1975:276). Trotz der ausgeblendeten Zusammenhänge wurde daher im Planck-Bericht doch angesprochen, welche Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus noch lange nicht ausgeräumt war. In der Ungeschiedenheit von kultureller Tradition und "blinde(r) Überbewertung alles Deutschen" (Adorno 1995:274) bildete sich ein Kompromiss zwischen schlechtem Gewissen und Herrschaftsanspruch, der auch bei einer Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie Elemente daraus weitertransportierte. Das Unterscheidungsmerkmal der "Kulturleistung" und die darauf bezogene Bewertung bildet ein Kernelement der Erinnerung in der Physikergemeinde, das es erlaubte, die Haltungen und Handlungen der Vergangenheit bruchlos in das Nachkriegsbewusstsein zu integrieren und auch dann

nicht zurückgewiesen wurde.

Zunächst wurde das Kriterium der Kulturleistung zur Verteidigung der suspendierten Kollegen angeführt: In Sorge um das Vaterland und unter Berufung auf den Führer klagte man die Berücksichtigung der wissenschaftlichen Erfolge und die charakterlichen Qualitäten derer ein, die gegen ihren Willen von der nationalen Aufgabe und der Volksgemeinschaft ausgeschlossen seien (vgl. Köhler nach Hentschel 1996:36). Das Falsche an dieser vorsichtigen Argumentation gegen die Entlassungspolitik war, dass gerade der Nationalsozialismus diese Kriterien nicht im Mindesten beachtete und mit der zunehmend intensivierten Verfolgung immer deutlicher für ungültig erklärte. Die maßgeblichen nicht-jüdischen deutschen Physiker verschlossen sich jedoch der bitteren Einsicht, dass es im NS-System keinen Schutz vor antisemitischen Angriffen gab und die Bedrohung vollkommen unabhängig von Rang und Namen, Vorleben oder Überzeugung der Betroffenen war. Ihnen war der von Planck empfohlene Rückzug unmöglich und Wissenschaft und Kultur als ein von der Politik unbeschädigtes Refugium versperrt, für sie war "die Trennung der guten deutschen Kultur von der vergänglichen Welt schlechter politischer Herrscher, die Trennung der Nation vom Staat, des Berufs von der Bürokratie, hehrer Absichten von der grauen Wirklichkeit" (Cassidy 1995:405) zusammengebrochen. In seinen Erinnerungen berichtet Heisenberg ausführlich von einem Gespräch mit Planck, das von den Kompromisse und Entscheidungen, die notwendig mit Unrecht verbunden seien, handelte. "Fast beneidete ich die Freunde, denen die Lebensgrundlage in Deutschland mit Gewalt entzogen worden war und die daher wußten, daß sie unser Land verlassen mußten. Ihnen war großes Unrecht geschehen, und sie hatten große materielle Schwierigkeiten zu überwinden, aber ihnen war wenigstens die Wahl erspart" (Heisenberg 1969:210). Nachdem er die Reflexionen über grundsätzliche moralische Dilemmata fortgesetzt hat, wendet er sich der Frage zu, ob er selbst emigrieren solle oder nicht. "Alle konnten ja nicht auswandern. Sollte man etwa ruhelos auf diesem Globus von einem Land zum anderen wandern, um den jeweils eintretenden sozialen Katastrophen zu entgehen?" (Heisenberg 1969:211). Die Irrelevanz der eigenen Maßstäbe und die Bedeutungslosigkeit von Leistungen und Prestige, wie sie am Schicksal der jüdischen Kollegen so unmißverständlich zum Ausdruck kamen, bedeutete eine Kränkung der eigenen Eitelkeit und deren Abwehr bildete eine Grundlage der Verhandlungen um Kompromisse. Der beharrliche Unglauben an die eigene Bedeutungslosigkeit und die damit einhergehende Täuschung, Einfluss nehmen zu können, verhinderte den einzigen Schutz, den es für die betroffenen Kollegen hätte geben können, nämlich das Risiko einer öffentlich erklärten Solidarität.

In der Erinnerung von Beteiligten ist eine Verwechslung von 1933 und 1935, dem Datum der Machtübernahme, der bald das Beamtengesetz mit dem "Arier-Paragraphen" folgte, und den Nürnberger Gesetzen, aufgefallen. Zu einer Protesterklärung der Leipziger philosophischen Fakultät, die erfolglos blieb und einige Maßregelungen nach sich zog, schreibt Cassidy: "Als sie sich später

erinnerten, glaubten Heisenberg, Hund und van der Waerden, daß diese Ereignisse zwei Jahre früher, d.h. zu Beginn der Entlassungspolitik, stattgefunden hätten. Offensichtlich dauerte es aber bis 1935, bis sie ganz begriffen hatten, wie willkürlich die Nazis verfahren konnten und wie machtlos ihr Protest mit traditionellen Mitteln war" (1995:404). Ähnlich war es bei Kopfermann, als er aus Anlass des siebzigsten Geburtstags von Franck die glorreiche Zeit der Mathematiker und Physiker in Göttingen ins Gedächtnis rief: "Diese einzigartige Gemeinschaft wurde durch den Nationalsozialismus zerstört. Als im Frühjahr 1933 die sogenannten Nürnberger Gesetze unter den Deutschen jüdischer Abstammung nur noch den Teilnehmern des ersten Weltkrieges erlaubten, dem Staate weiter zu dienen, legte Franck, obwohl er aktiv am Kriege teilgenommen hatte, zum Protest gegen die allseits zutage tretende Willkürherrschaft des Regimes, deren Auswirkungen er klarer als viele andere von Anfang an gesehen hat und an der er nicht mitschuldig werden wollte, sein Amt nieder". Schlüpmann bemerkt dazu: "Was bedeutete es, daß Kopfermann 1952 das Beamtengesetz von 1933 unter die ‚Nürnberger Gesetze‘ von 1935 subsumiert?" (Schlüpmann 2001:II-1)⁶³.

In der Erinnerung wird damit jene kurze Zeitspanne übersprungen, in der neben einer anfänglichen Unklarheit über die Situation aber auch noch Handlungsmöglichkeiten für die betroffenen Wissenschaftler, zumindest für den Teil, für den die Ausnahmeregelungen galten, bestanden und die sie auch genutzt hatten – ebenso wie die wenigen nicht-jüdischen Kollegen, die das Risiko einer nicht kompromittierten und kompromisslosen Haltung zu den Maßnahmen des NS-Regimes eingingen. Wichtig ist hier das Argument, auf dessen Grundlage Einstein, Haber, Franck und Ewald ihre Ämter niedergelegt hatten, nämlich ihr Bezug auf die wissenschaftliche Tradition des Universalismus. Wie bereits zitiert, hatte Haber dies in seinem Schreiben ans Ministerium ausdrücklich erwähnt: "Meine Tradition verlangt von mir in einem wissenschaftlichen Amte, daß ich bei der Auswahl von Mitarbeitern nur die fachlichen und charakterlichen Eigenschaften der Bewerber berücksichtige, ohne nach ihrer rassemäßigen Beschaffenheit zu fragen" (nach Beyerchen 1980:69). Er hatte wie Franck und Stern eine Vergünstigung auf der Grundlage der Ausnahmebestimmungen abgelehnt; im Fragebogen zu seiner Abstammung trug er "nicht-arisch" und übergang die Einzelheiten. Sie seien irrelevant, erläuterte er in einem Begleitbrief, da es doch nur darum gehen könne, "die Angaben irgendwie zum Zwecke des Verbleibens im Amte benutzt" zu wissen. "Ich will in keiner Weise eine arische Beschaffenheit in Anspruch nehmen, und ich will weder aufgrund meiner langen Dienstzeit vor dem Kriege, noch auf Grund meiner Frontkämpfer-Eigenschaft im Dienste bleiben" (nach Szöllösi-Janze 1998:648). Wie Einstein und später Ewald hatte er Breite, Kontext und Dynamik der rassistischen Diskriminierung erfaßt und erkannt, "daß sich erstens ein Jude nicht nach seiner Konfession, sondern nach seiner Abstammung definierte, daß dies zweitens mit der "Zugehörigkeit zu den staatsfeindlichen Richtungen" gleichgestellt wurde, und

⁶³ Und er fragt weiter: "Eine Unaufmerksamkeit? Den (unbewußten) Widerstand gegen die genauere Analyse der ‚Machtübernahme‘? Was bedeutete vor allem der Satz von der Willkürherrschaft, an der Franck ‚nicht mitschuldig werden wollte‘?" (Schlüpmann 2001:II-1).

daß es drittens wahrscheinlich war, daß die Regelung in kurzer Zeit auch auf andere Bereiche der preußischen Staatsverwaltung übertragen wurde” (Szöllösi-Janze 1998:645). Aus dieser Einschätzung heraus war nur eine Zurückweisung ohne Einschränkung konsequent und dies war, wie sich im Weiteren herausstellte, die angemessene Reaktion.

Demgegenüber verkehrte die Relativierung in Plancks Bericht, insbesondere der Satz über die Kulturwerte, die den Unterschied machen, und seine Folgerung daraus, “daß es geradezu eine Selbstverstümmelung wäre, wenn man wertvolle Juden nötigen würde auszuwandern, weil wir ihre wissenschaftliche Arbeit nötig brauchen und diese sonst in erster Linie dem Ausland zugute komme” das traditionelle Wissenschaftsideal und ließ seine Kontamination mit dem rassistischen Gedankengut zu. Das Festhalten an der untergeordneten bzw. ungültig gewordenen Differenz der Elite – und davon hatte er sich ja während des Besuchs bei Hitler noch einmal überzeugen können – bedeutete unter den gegebenen Bedingungen schließlich nichts weniger als eine Preisgabe des Universalismus. Denn um diesen Grundsatz zu verteidigen, wäre es notwendig gewesen, die politische Qualität der Bedrohung zu erkennen und auf dieser Ebene zu beantworten. Aber mit der Weigerung, die Totalität und Unterschiedslosigkeit, mit der die nationalsozialistische Diskriminierung und Verfolgung durchgeführt wurde, zur Kenntnis zu nehmen, verwandelte sich die Trennung von Wissenschaft und Politik vollends zu einer Fiktion, in der sich die deutschen Physiker einrichteten und in der sich das Ideal scheinbar unangetastet aufrechterhalten ließ. In komprimierter Form gibt daher der Bericht wieder, wo die Verleugnung beginnt, die später in der Argumentation zur Abwehr der Diffamierungen, die von den Vertretern der “Deutschen Physik” in Anschlag gebracht wurde, ihre Fortsetzung fand. Dann war es die Negation der vertriebenen Kollegen und ihrer Namen, die zur Bedingung wurde für die Umkehrung vom “Statthalter des Judentums” zum Repräsentanten der modernen theoretischen Physik, der diese als deutsche Errungenschaft behauptete. Der Angriff gegen Heisenberg wurde zwar abgeschlagen, aber die rhetorische Verdrehung, die dabei bewerkstelligt wurde, hatte mit der Wissenschaftstradition, die Haber geltend machte, nicht mehr viel zu tun. Auch wenn sie weiterhin unausgesprochen als verbindlich unterstellt wurde, war sie doch zugleich außer Kraft gesetzt worden, und dieser zweite Schritt erfolgte unter Beteiligung der deutschen Physiker selbst.

Die Bedeutung des Planck-Berichts ergibt sich somit aus der Tatsache, das er auf das Einsetzen dieser Derealisierung zurückkommt und den entscheidenden Moment bezeichnet, in dem das zentrale wissenschaftliche Ideal dem Glanz narzißtischer Täuschungen geopfert wurde; mittels der Chiffre vom Kulturwert wurde in der Erinnerung der Schaden benannt und wiederum verdeckt. Es handelte sich um die spezifische Ausprägung eines Verlusts, der weit über die Physikerkreise hinausging: “Die enorme, nicht einmal durchgängig bewußte Schwierigkeit, in Deutschland nach 1945 glaubwürdige Werte zu finden, läßt sich aus der deutschen Geschichte heraus verstehen. Der

meist nicht erkannte Mißbrauch von Werten, insbesondere moralischen Werten und Haltungen, betraf alle Bildungsschichten” (Eckstaedt 1989:416). Im Fall der Wissenschaftler und speziell für die Physiker ziehen sich Tradition, Innerlichkeit, Geist und Kultur im Namen Plancks ikonenhaft zusammen und konsequenterweise heftete sich der Versuch, die Diskreditierung der eigenen Ideale und das eigene moralische Versagen, ungeschehen zu machen, an seine Person⁶⁴. Nach dem Krieg wurde das Argument von der kulturellen Leistung der betroffenen Wissenschaftler wieder aufgegriffen und übersetzt in ein anti- oder philosemitisches Tendenzdenken, das leugnete, dass selbst die Elite der vertriebenen Wissenschaftler im Ausland nicht mühelos integriert werden konnte. In seiner Untersuchung über die Emigration der Sommerfeld-Schule stellt Eckert dazu fest: “Vielleicht ist die wichtigste Schlußfolgerung daraus die Zerstörung des Klischees vom typischen Theoretiker als einem jüdischen Physiker, der mit seiner Emigration die theoretische Physik wie ein Geschenkpaket ins Ausland gebracht habe, wo man ihm dafür ein glückliches und unbeschwertes wissenschaftliches Leben ermöglicht habe. Als Paradebeispiel dafür gilt Einstein und sein paradiesisches Refugium in Princeton” (Eckert 1993:172). Das Stereotyp verbarg zweierlei, nämlich die Schwierigkeiten, mit denen sich die emigrierten Wissenschaftler konfrontiert sahen sowie den hohen Preis, der für den Versuch zu zahlen war, unter dem NS-Regime “anständig”⁶⁵ zu bleiben, und es negierte die Personen, die dennoch dazu bereit waren. Die Erzählung vom großen Verlust für die deutsche Wissenschaft, die unter dieser Prämisse auftrat, diente der Entlastung und muss als Pendant zur Legende der “Rettung” der Physik in Deutschland begriffen werden.

Im Gedächtnis trat mit der Verschiebung in eine scheinbar unverfängliche Rede von der Kultur das antisemitische Ideologiebruchstück hier für die Physiker in die Funktion eines Deckbildes ein. Denn im Zusammenhang mit der rhetorischen Abtrennung der Wissenschaft vom politischen Geschehen verdeckte die Verschiebung jene Leerstellen, die Vertreibung und Verleugnung auf Dauer hinterlassen hatten. Es wurde die Auseinandersetzung mit der Erfahrung des eigenen moralischen Versagens in der jüngsten Vergangenheit umgangen und es wurden die Namen derer, um die es dabei ging, vermieden, wie es in der Rede zur Hundertjahrfeier der DPG und in der Einleitung dazu 1947 geschah. Nach wie vor überzeugte die Rhetorik der Kulturwerte und sie wiederholte das einstige Unvermögen in der Erinnerung daran. Das Elitedenken und das unterentwickelte Demokratieverständnis, das die Basis der gescheiterten Diplomatie mit dem NS-Regime und der gravierenden Fehleinschätzung seiner destruktiven Dynamik gebildet hatte, war auch jetzt nicht in der Lage, das umgeformte Element der NS-Ideologie als solches zu erkennen und zurückzuweisen,

⁶⁴ Als Illustration zur Ikone Planck kann ein Bericht über diverse Planck-Bildnisse gelesen werden, darunter eine wiedergefundene Büste von Eugen Spiro, das Laue vor der Gefahr rettete, als “entartete Kunst” vernichtet zu werden (Phy.Blä. 1953:191); vgl. außerdem Hoffmann Heiliger-Denkmal ???.

⁶⁵ Zur Formel von der “Anständigkeit” im Rahmen des solidarischen Schweigens nach 1945 stellt Herbert fest: “Aber weil solche Unterscheidungen in Diktaturen eben nur innerhalb von Gruppen mit klaren, wenn auch nicht unbedingt explizitem Ehrenkodex präzise funktionieren, boten sie sich nach dem Krieg als preiswerte Selbsterhöhung förmlich an” (1999:76). Er gibt damit einen Hinweis für die Funktion des Sohnes in der Ikone Planck.

vielmehr vollzog sich darüber die Einpassung in den Konsens des Schweigens und Verschweigens.

Doch der Bericht von der Begegnung Plancks mit Hitler enthält noch eine zweite Spur, die sich besonders eng mit dem Namen Habers verknüpft. Um diesen Zusammenhang zu erhellen, ist zunächst davon auszugehen, dass es nach dem politischen Machtwechsel beim Treffen zwischen dem Vertreter des Wissenschaftssystems und dem neuen Reichskanzler noch mehr auf der Tagesordnung stand als die Frage der Entlassung jüdischer Mitarbeiter. Mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die dauerhafte Absicherung der KWG und ihrer Institute unter den veränderten Verhältnissen ein zentraler Gegenstand des Gesprächs war oder dies zumindest in der Absicht Plancks lag. In diesem Rahmen war das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie zu einem Streitfall geworden, an dem neu berufene und ehrgeizige Ministerialbeamte im Rustschen Kultusministerium beispielhaft eine nationalsozialistische Forschungspolitik durchsetzen wollten. Am 21. April hatte der Referent Johann Daniel Achelis⁶⁶ die KWG ultimativ aufgefordert, mit der Entlassung der jüdischen Mitarbeiter an Habers Institut sofort nach den Osterferien zu beginnen und anderenfalls gedroht, den Präsidenten der KWG durch einen Staatskommissar zu ersetzen. Er übergang damit die Durchführungsfrist von einem halben Jahr, die das Gesetz vorsah, ebenso wie die Tatsache, dass es noch gar nicht klar war, welche Regelungen im Einzelnen für die KWG daraus folgten. Ein Viertel der 49 etatierten Institutsmitglieder⁶⁷ war somit unmittelbar betroffen. Margit Szöllösi-Janze interpretiert aufgrund des Vorgehens bei der Umsetzung des "Arier-Paragraphen" die Entlassung der jüdischen Wissenschaftler als Mittel zum Zweck, die Forschungsschwerpunkte des Instituts neu auszurichten. Es war ein Plan, der offenbar schon seit geraumer Zeit ins Auge gefasst worden war, doch hatte Haber in den vergangenen Jahren die Angebote, die Giftgasforschung am Institut wieder aufzunehmen, ausgeschlagen⁶⁸. Nun aber standen Rust und sein Ministerialdirektor Theodor Vahlen seit April 1933 mit General Becker vom HWA darüber in Verhandlung.

Nach Habers Rücktritt wurde im Sommer das Direktorat vorläufig mit Hahn besetzt, der aber anschließend von Rust gegen Gerhard Jander⁶⁹ aus Göttingen ausgetauscht wurde, bis 1935 Peter August Thiessen zum neuen Direktor berufen wurde. Im Sommer hatte Haber selbst noch Planck den Vorschlag unterbreitet, das Institut neu zu strukturieren und in ein Doppelinstitut für Physik und physikalische Chemie umzuwandeln, dessen Leitung Laue und Karl Friedrich Bonhoeffer übertragen werden und in dem Franck einen Arbeitsplatz als Gast erhalten sollte⁷⁰. Solche Hoffnungen zerschlugen sich schnell. Vahlen ließ die Gelegenheit nicht verstreichen und ordnete mit

⁶⁶ Der Physiologe Achelis war von März 1933 bis September 1934 im Ministerium beschäftigt und nahm anschließend ein Ordinariat in Leipzig an.

⁶⁷ Von insgesamt 74 Beschäftigten.

⁶⁸ Er hatte sich Mitte der 1920er Jahre daraus zurückgezogen.

⁶⁹ Jander hatte die öffentliche Erklärung gegen Franck, in dem dieser der "Sabotage" bezichtigt wurde, mit unterschrieben.

Rückendeckung des Reichswehrministeriums die Bestellung Janders zum 1. Oktober an. Er ignorierte dabei das KWG-Präsidium und stellte das Reichsinnenministerium vor vollendete Tatsachen, sofern es Einwände von dieser Seite gab, blieben sie wirkungslos. Jander hatte bisher in Göttingen geheime militärchemische Forschungen im Auftrag des Reichswehrministeriums durchgeführt; mit seinem Dienstantritt als kommissarischer Direktor nahm er unverzüglich die Umwandlung des Instituts in eine militärische Forschungseinrichtung zum Gaskampf und –schutz in Angriff. Er richtete drei Abteilungen ein und brachte als Abteilungsleiter Peter Adolf Thiessen sowie den Privatdozenten H. Seel und den frisch habilitierten Rudolf Mentzel mit ans KWI, der dort die Abteilung für Kampfgasentwicklung übernahm. Alle bislang noch verbliebenen Mitarbeiter wurden entlassen. Jander und Thiessen waren beide NSDAP-Mitglieder; Mentzel war zudem SS-Obersturmführer⁷¹ und machte bald eine steile Karriere im REM, wo er für die Geschicke der Physik und der Physiker zu einer der wichtigsten Figuren im NS-Regime wurde. Er teilte sich die ehemalige Dienstvilla Habers mit Thiessen, mit dem er befreundet war und ihre Kooperation blieb in den kommenden Jahren eine feste Größe in der NS-Wissenschaftspolitik. Der Umbau des Instituts zum Zweck der Kriegsforschung geschah mit Wissen der Generalverwaltung der KWG und unter Protest des Präsidenten, der sich an zwei Senatsmitglieder aus der Großindustrie, Krupp und Vögler, wandte, um im Reichsinnenministerium Unterstützung zu erhalten, doch dort war ihnen das Reichswehrministerium bereits zugekommen. Als schließlich Thiessen zum Institutsleiter ernannt wurde, stand wiederum das Reichswehrministerium dahinter und wiederum war der Einspruch Plancks erfolglos.

Habers ausgezeichnete Kontakte zur Wirtschaft und zu Großindustriellen wie Carl Duisberg und Carl Bosch hatten ihn anfangs erwarten lassen, dass sich die IG Farben für ihn und das Institut einsetzen würde⁷². Der Einzige, der aus diesem Kreis seine Hilfe angeboten hatte, war Carl Bosch. Schlüpmann weist daraufhin, das zwar von Bosch berichtet wurde, sein Versuch, eine Kampagne für Haber zu organisieren, sei misslungen, aber “(n)icht vergebens waren die Verhandlungen, die dazu führten, daß am 14. Dezember 1933 Bosch und sein Protégé Hermann Schmitz („Ehrenabgeordneter“ der NSDAP im Reichstag) für die IG Farben einen von Hitler persönlich befürworteten Vertrag zur Versorgung der schwarzen Luftwaffe unterzeichnen konnten” (Schlüpmann 2001:II-1). Zu seiner Situation schrieb Haber dann Ende Mai: “Ich bin so bitter wie nie zuvor. Ich bin in einem Maße

⁷⁰ Franck war Habers Wunschkandidat für seine Nachfolge gewesen, siehe dazu Szöllösi-Janze (1998:674).

⁷¹ Zu Mentzels Auftreten in der KWG bemerkt Heilbron: “and to make matters clear Mentzel showed up at a meeting of the Society’s Senate, in which he now represented the government, in an SS uniform complete with revolver” (Heilbron 1986:162).

⁷² Bosch war 1908 von der BASF mit der industriellen Nutzbarmachung der von Haber entwickelten Ammoniaksynthese beauftragt. Bis 1913 wurde durch das sogenannte “Haber-Bosch-Verfahren” die synthetische Herstellung des Ammoniak unter Hochdruck ermöglicht. In den Stickstoffwerken von Leuna und Ludwigshafen wurde Ammoniak hergestellt, das nicht nur als Düngemittelbasis zu einer enormen Ertragssteigerung in der Landwirtschaft diente. Ab 1914 wurde es auch als Grundstoff in der Sprengstoffproduktion für den Ersten Weltkrieg eingesetzt. Der Bayer-Chef Duisberg wird als die treibende Kraft bei der Fusion der chemischen Industrie zur IG Farben angesehen.

deutsch gewesen, daß ich es erst jetzt voll empfinde, und ich fühle eine unerhörte Widerwärtigkeit darin, daß ich nicht mehr genug arbeiten kann, um mich eines neuen Amtes in einem anderen Lande zu getrauen... Aus dem Kreis der I.G. hat sich niemand gefunden, der mich anlässlich meines Abschiedsgesuches angesprochen, angeschrieben oder besucht hätte. (...) Planck gibt sich jede Mühe, um mir Achtung und Zuneigung zu bekunden” (nach Schlüpmann 2001:II-1)⁷³. Das Schweigen der IG Farben endete mit einer Erklärung, man werde alle Verbindungen zu Haber lösen, wenn dieser den Ruf an eine Hochschule in einem ehemaligen ”Feindstaat” annehme. Hintergrund hierfür war das Angebot auf eine unbesoldete Ehrenstelle für fünf Jahre, das Haber von der Universität Cambridge Ende 1934 erhalten hatte⁷⁴. Das Problem, eine wissenschaftliche Institution zu finden, die ihn aufnehmen würde, hatte Haber während der Sommermonate beschäftigt. Nach vergeblichen Besuchen in unterschiedlichen europäischen Ländern zurück in Berlin, erfuhr er Ende Juli, er habe binnen weniger Monate die Dienstvilla in Dahlem zu räumen, in der er über 20 Jahre gelebt hatte. Im August verließ er Deutschland, um in Spanien an einer Konferenz teilzunehmen. Dort verschlimmerte sich sein Herzleiden derart, dass er gezwungen war, die Zeit bis Mitte Oktober in einem Schweizer Sanatorium zu verbringen. Danach folgte er dem Ratschlag Einsteins, nicht nach Deutschland zurückzukehren und seine Hast kreuz und quer durch Europa setzte sich fort - ”ein jüdisches Schicksal” (Szöllösi-Janze 1998:688) kommentiert seine Biografin. Verschiedene Denunziationen ließen Haber um seinen Pass fürchten und es galt, die Ausräumung durch die Reichsfluchtsteuer zu verhindern, die sein gesamtes restliches Vermögen verschlungen hätte, zumal die Weiterzahlung seines Ruhegehalts im Ausland nicht garantiert war. An Bosch schrieb er deshalb aus England: ”Das einzige, was ich will, ist, dass sie mich in Ehren aus einer Situation entlassen, in der ich ohne Schande nicht verharren kann. (...) Hier bin ich für den Rest meines Lebens ein willkommener Gast. Wollen Sie mir nicht ermöglichen, hier in Frieden die Reste meiner im letzten halben Jahre jämmerlich geminderten Gesundheit und wissenschaftlichen Arbeitskraft mit Anstand zu verbringen?” (nach Szöllösi-Janze 1998:690).

Seit der Machtübernahme bemühten sich in der KWG-Zentrale der Generaldirektor Glum und der Präsident Planck darum, die stärksten Trümpfe der Gesellschaft auszuspielen und das waren neben ihrer internationalen Reputation in erster Linie die Verbindungen zur nationalen Wirtschaft und zum Militär. In diesen Verbündeten wurde ein Gegengewicht zum Einfluss der Partei gesucht, “denn nur

⁷³ Schon im Februar hatte er seinem Richard Willstätter geschrieben: “Ich kämpfe mit sinkender Kraft gegen meine vier Feinde, die Schlaflosigkeit, die wirtschaftlichen Ansprüche meiner geschiedenen Frau, die mangelnde Ruhe gegenüber der Zukunft und das Gefühl der schweren Fehler meines Lebens” (nach Schlüpmann 2001:II-1).

⁷⁴ Dies geschah auf Initiative von Frederick George Donnan, Harold B. Hartley und Sir William Pope. Szöllösi-Janze bemerkt dazu: ”Pope hatte im Ersten Weltkrieg für den Chemical Warfare Service gearbeitet, ein neues Senfgasverfahren entwickelt und war für seine Verdienste um die chemische Kriegsführung geadelt worden. Die ‚Internationale‘ der Gaskriegsveteranen funktionierte, eines der wenigen sozialen Netzwerke Habers, das nicht riß: Die Universität Cambridge lud ihn nun ein, im Wintersemester in Absprache mit Pope in ihrer Abteilung Chemie zu arbeiten. Sie bot dem schwerkranken Physikochemiker einen Laborraum an und hieß auch begleitende Angehörige bzw. einen Assistenten willkommen” (1998:680).

die Industrie und die Wehrmacht imponierten den Nazis” (Glum nach Mehrstens 1980:61); Glum war daher bestrebt, unverzüglich die Kontakte zur Kriegsindustrie zu intensivieren. Von den Institutsdirektoren der KWG war vor allem Prandtl aktiv geworden und hatte sich bereits mit Göring ins Vernehmen gesetzt, dessen neu eingerichtetes Reichsluftfahrtministerium die Weisungsbefugnis für das KWI für Strömungsforschung und die Aerodynamische Versuchsanstalt (AVA) in Göttingen sowie die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL) in Berlin übernahm. Es schien möglich und aussichtsreich, sich der technokratischen Fraktion in der Partei anzuschließen, die sich um Göring herum versammelte. Auf diese Seite hatten sich auch Bosch, der Vorstandsvorsitzende der IG Farben, und Carl Krauch, der neben Schmitz der wichtigste Mann in der Leitung des Konzerns war und später Boschs Nachfolger wurde, sowie Heinrich Bütefisch, der technische Direktor, geschlagen. In der Wissenschaftsorganisation wurden in der Folgezeit vor allem Bosch und Krauch tätig, ebenso wie Albert Vögler, der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke. Vögler war zuvor Reichstagsabgeordneter für die NSDAP gewesen, Bütefisch hatte eine SS-Karriere vor sich. Es gelang in der Tat, aus diesen Verbindungen ein machtvolleres Bündnis herzustellen, das wissenschaftspolitisch zu den Eckpfeilern des Regimes werden sollte (vgl. Mehrstens 1980; Schlüpmann 2001:II-2).

Um den direkten Zugriff der Nationalsozialisten auf die KWG zu unterbinden, reagierte die Leitung der Gesellschaft mit “Selbstgleichschaltung”, wie Glum es rückblickend formulierte. Am 27. April erging die Anweisung des Direktoriums an die Institute, ihre Mitarbeiter zu überprüfen, versehen mit dem Hinweis, dass Kündigungen und Beurlaubungen mit sofortiger Wirkung erfolgen könnten. Auf einer Direktorensitzung der KW-Institute vom 5. Mai, also noch vor der Begegnung des KWG-Präsidenten mit Hitler, sprachen sich Planck und Glum dafür aus, diese Anweisung zu erfüllen und billigten zudem den Status der NS-Betriebszellen als einer “rechtlichen Vertretung der Institute”. Eine Woche später begann man mit der Durchführung der Bestimmungen zur “Wiederherstellung des Berufsbeamtentums”. Zwar war der ausgeübte Druck nicht überall so groß wie im Haber-Institut, aber dennoch wurde im Verlauf des Jahres insgesamt die Hälfte der “nicht-arischen” Mitarbeiter der KWG entlassen. Aus den Leitungsgremien wurden die “untragbaren” Mitglieder entfernt und ersetzt durch “einige harmlose Bourgeois (...), die ihrer ganzen Vergangenheit nach keine wirklichen Nazis sein konnten, sondern nur aus Konjunkturgründen übergelaufen waren” (Glum nach Albrecht 1993:6). Szöllösi-Janze erkennt in der Entlassungspolitik das Kalkül der KWG-Leitung: “Man versuchte, durch freiwillige übergenaue Erfüllung der Vorschriften, die Einsetzung eines Staatskommissars zu vermeiden, Planck als Präsidenten zu halten und als Gesellschaft handlungsfähig zu bleiben. Bezogen auf das Beamtengesetz bedeutete dies, daß die angeordneten Maßnahmen auf der unteren und mittleren Personalebene konsequent durchgesetzt wurden, um auf der anderen Seite Spitzenwissenschaftler wie Haber nicht zu verlieren. Schmidt-Ott wie Glum drängten nun den KWI-Direktor (Haber, E.S.)

in diesem Zusammenhang der Aufforderung aus dem Ministerium umgehend nachzukommen und die ‚Zusammensetzung‘ seines Instituts noch vor dessen Wiedereröffnung (dem Ende der Osterferien am 2. Mai, E.S.) zu ändern, selbst aber im Amt zu bleiben. Genau das machte Haber nicht“ (Szöllösi-Janze 1998:653). Aber im Gegensatz zur Linie der KWG-Spitze, die darauf abzielte, jüdische Mitarbeiter auf den unteren und mittleren Positionen zu entlassen, um die führenden Wissenschaftler zu halten, ging Haber umgekehrt vor. Am 21. und 22. April überbrachte er die Rücktrittsgesuche der Abteilungsleiter Freundlich und Polanyi, sein eigenes folgte kaum zwei Wochen später. „Das unvermittelte Abtreten der gesamten Institutsspitze war nun allerdings das Gegenteil dessen, was Schmidt-Ott und Glum wollten“ (Szöllösi-Janze 1998:653). Auch Planck gelang es nicht mehr, Haber umzustimmen und er konnte nur noch hoffen, dass der Kultusminister Haber anweisen würde, im Amt zu bleiben. Rust jedoch war trotz einer doppeldeutigen, bedauernden Äußerung über das Beamten-Gesetz verärgert über Habers Begründung und bewilligte den Rücktritt am 15. Mai. Am darauffolgenden Tag sprach Planck bei Hitler vor und selbst, wenn dieser überhaupt hätte eingreifen wollen, wäre dies dann ohne Veränderungen an der Parteispitze kaum möglich gewesen. Aber ebenso wie Rust hatten auch Andere das Signal des Protests verstanden, das von dem gemeinsamen Rücktritt ausging, am 4. Mai bekundete die „arische“ Belegschaft des Haber-Instituts ihr Bedauern über den Abschied ihrer ehemaligen Institutsleitung. „Die von den Nationalsozialisten häufig inszenierte Mobilisierung des Volkszorns von unten, mit dem sie ihr Vorgehen gegen die Juden dann legitimierten, gelang im Haberschen Institut nicht“ (Szöllösi-Janze 1998:657), obwohl eine NS-Betriebszelle am Institut schon bestand. Haber hoffte, etwas Zeit gewonnen zu haben, um sich für die Mitarbeiter einzusetzen, die es schwer haben würden, im Ausland unterzukommen. Dieser Aufgabe galt seine vorrangige Sorge in den darauffolgenden Wochen (vgl. Szöllösi-Janze 1998:664f).

Als Heisenberg wenige Wochen später an Born schrieb, konnte er über den Besuch Plancks bei Hitler berichten, dass der Reichskanzler zugesagt hatte, keine weiteren Maßnahmen gegen die Wissenschaft zu unternehmen. Der „normale“ Wissenschaftsbetrieb konnte weitergehen, auch die Grundlagenforschung hatte darin ihren Platz und von einem Absinken in die Pseudowissenschaft kann keine Rede sein. In den folgenden Jahren wurden der KWG die staatlichen Förderungsmittel niemals entzogen, auch die Unterstützung der Rockefeller Foundation wurde nicht eingestellt, vielmehr waren anwachsende Forschungsbudgets zu verzeichnen. Wenngleich sich die neuen Verhältnisse im Forschungsprogramm einiger Institute niederschlugen, wie mit der Ausrichtung der Anthropologie auf Rassekunde und der Konzentration in der Chemie auf Kampfstoffe, so gelang es doch im Wesentlichen die finanzielle und institutionelle Unabhängigkeit gegen eine Einmischung seitens der Nationalsozialisten zu bewahren. Nachdem die angedrohte Einsetzung eines Staatskommissars abgewendet war, wurde über die wissenschaftsinternen Zielsetzungen und Maßstäbe wissenschaftlicher Arbeit nach wie vor in eigener Regie entschieden. In diesem Sinne kann

man sagen: “Im großen und ganzen war die Taktik der Selbstgleichschaltung erfolgreich” (Beyerchen 1980:92).

Plancks größte Errungenschaft für die KWG sollte die Errichtung eines Physikinstituts werden, das zwar mit Einstein als Direktor bereits seit 1917 formell existierte, aber nach jahrelangen Bemühungen um eine Finanzierung des Baus schien das Projekt 1929 gescheitert. Trotz massiver Unterstützung der Rockefeller Foundation konnte der Restbetrag nicht aufgebracht werden und nur knapp bevor der amerikanische Geldgeber das Angebot zurückzog, brachte es Planck dann doch fertig, die neuen Machthaber auf die notwendigen Zuschüsse zu verpflichten. Laue blieb in der Abteilung für theoretische Physik, aber die Leitung der Experimentalphysik konnte nun nicht mehr, wie ursprünglich von Planck erhofft, mit Franck besetzt werden. Dennoch dauerte es bis 1937, dann nahm das Institut unter Direktor Debye seine Arbeit auf. Die offizielle Eröffnung wurde am 30. Mai 1938 unter Fanfarenklängen begangen, sechs Wochen nach der Feier zu Ehren von Plancks 80. Geburtstag im Harnackhaus⁷⁵. Im Jahr zuvor war es noch gelungen, Bosch als Plancks Nachfolger in der KWG zu designieren, gleichzeitig wurde in der Generalverwaltung Glum gegen Ernst Telschow⁷⁶ ausgetauscht. Damit war wiederum ein Plan Starks gescheitert, der zusammen mit den anderen Anhängern der “Deutschen Physik” gerade im Begriff stand, den sich stabilisierenden Einfluss von Planck, Laue und der modernen Physik durch eine Serie diffamierender Angriffe zu demontieren.

Der Kontext von Plancks Besuch bei Hitler deckt auf, in welchem Maß die wissenschaftliche Autonomie erkaufte wurde. Der Kurs, den Planck eingeschlagen hatte, bewegte sich von nun an im unübersichtlichen Feld zwischen der drohenden Vereinnahmung der Gesellschaft, der Erhaltung ihrer Einrichtungen und ihrem Ausbau im Rahmen des nationalen Aufstiegs sowie der Forschungsförderung, die im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen in Schwung kam. “In der Praxis bedeutete die Selbstgleichschaltung also nichts anderes als vollständige Kollaboration im Austausch gegen Nichteinmischung in wissenschaftliche Belange” (Sime 2001:199). Plancks Haltung war kennzeichnend für die Disposition, die die Reaktion auf den Machtwechsel bei der Mehrzahl der Wissenschaftler bestimmte und die bei ihrem Versuch, “zu retten, was zu retten war” (Heilbron über Planck, 1988:156), doch immer “staatstreu und vorsichtig anpassend” (Mehrtens 1994:20) blieben. Die Politik der KWG-Leitung ebenso wie die Linie in der Preußischen Akademie,

⁷⁵ Dazu schrieb Ramsauer später, dass Planck “damals bei der Partei in Ungnade stand” und erläutert seine Bemerkung in der Fußnote: “In den vertraulichen Mitteilungen, die ich später als Schriftleiter der Zeitschrift für technische Physik regelmäßig erhielt, lautete in solchen Fällen der lakonische Hinweis: ,Von dem so und sovielten Geburtstag des NN ist keine Notiz zu nehmen” (Ramsauer in Phy. Blä. 1947:111).

⁷⁶ Telschow hatte 1911 bei Hahn in Chemie promoviert, war dort zeitweise Assistent gewesen und arbeitete seit 1931 in der Verwaltung der KWG. Er war NSDAP-Mitglied. Nach dem Krieg leitete er die nun in MPG umbenannte Gesellschaft an der Seite von Hahn, der die Präsidentschaft übernommen hatte. Die Fortsetzung seiner Tätigkeit in der Nachkriegszeit löste insbesondere bei den emigrierten Wissenschaftlern Unverständnis

in der die frei gewordenen Stellen wieder besetzt wurden, signalisierte eher eine Anerkennung des neuen Regimes durch die beteiligten Wissenschaftler als ihren Widerstand dagegen. Im Oktober 1938 wurden die letzten drei jüdischen Mitglieder der Akademie zum Rücktritt aufgefordert und wie schon 1937, als die jüdischen Kollegen das Physikalische Kolloquium an der Universität verließen, vollzog sich dies "ohne Skandal"⁷⁷.

1934 hatte Laue noch einen Nachruf auf Haber in zwei der angesehensten wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert⁷⁸ und Planck davon überzeugt, zu einer Gedenkfeier ins Harnackhaus einzuladen. Die Veranstaltung, die im Januar 1935, ein Jahr nach Habers Tod, stattfand, wurde zur einzigen gemeinschaftlichen Manifestation des Protests⁷⁹, die unter den Physikern während des Nationalsozialismus zustande kam. Denn das Ministerium Rust interpretierte das Vorhaben als Provokation und hatte allen Staatsbediensteten die Teilnahme untersagt. Dennoch war die Feier gut besucht. Viele Hochschullehrer ließen sich durch ihre Gattinnen vertreten, einige Wissenschaftler⁸⁰, die nicht im Staatsdienst waren, waren selbst gekommen. Repräsentanten des Militärs und der Diplomatie waren anwesend, die Industrie war vertreten durch "Direktoren und Angestellte der verschiedenen I.G.-Werke, denen Bosch telegraphiert und geschrieben hatte" (Hahn nach Schlüpmann 2001:II-1). Die Gedenkfeier wurde zu einer Machtprobe, in der die technokratische Fraktion um die IG Farben ihre Stärke demonstrierte. Zu diesem Zeitpunkt waren einige von Habers ehemaligen Mitarbeitern mit ihrer Karriere bereits wieder ein gutes Stück vorangekommen und sollten sie unter dem NS-Regime auch weiter fortsetzen können: Ende 1934 erhielt Harteck eine Professur in Hamburg, Kopfermann wurde Oberassistent an der TH Charlottenburg, Karl Friedrich Bonhoeffer wurde 1934 von Frankfurt nach Leipzig berufen (vgl. Schlüpmann 2001:II-1).

Erinnerung an eine Weichenstellung

Die Frage, warum es von allen Beteiligten ausgerechnet Fritz Haber war, dessen Name in der Erinnerung so bedeutsam wurde, betrifft sowohl die "Protestaktion" der Gedenkfeier von 1935 als auch das Erinnerungsfragment von 1947 und wirft ein Licht auf die Kontinuität zwischen diesen beiden Momenten. Bei ihrer Beantwortung spielt zunächst das Verhältnis von Wissenschaft und Macht eine große Rolle. Haber verkörperte wie kein Anderer die Einsatzbereitschaft der

und Unstimmigkeiten aus. Zu Recht, da Telschow kaum geneigt war, den Ansprüchen der ehemaligen KWG-Mitglieder gerecht zu werden (Schüring 2002 und Szabó 2003).

⁷⁷ Wie Planck an Laue im November 1937 schrieb (nach Heilbron 1986:172).

⁷⁸ Daraufhin forderte Stark den Ausschluss Laues aus dem Vorstand der DPG, konnte sich aber nicht durchsetzen, vgl. Hermann (1995:F-98). Szöllösi-Janze weist auf eine Reihe von Notizen in der Tagespresse und von Nachrufen in der Fachpresse hin (1998:693).

⁷⁹ Planck an Meitner "Diese Veranstaltung werde ich machen, außer man holt mich mit der Polizei heraus" (nach Sime 2001:201).

Wissenschaft für Nationalismus und Krieg, für die deutsche Kultur und die imperialistischen Machtansprüche, die mit ihr einhergingen. In der Folge der Niederlage im Ersten Weltkrieg steigerte sich diese Verbindung sogar noch: "Wissenschaft als Machtersatz" (Eckert 1993:70) kompensierte für das verletzte deutsche Nationalbewusstsein⁸¹. In dieser Hinsicht war Haber eine Ikone der deutschen Wissenschaft, im Jahr 1919 erhielt er den Nobelpreis für die Ammoniaksynthese, obwohl er im Ausland als Kriegsverbrecher bezeichnet (aber nicht verurteilt) wurde. Was dort als eine moralische Grenzüberschreitung angesehen worden war, der Gaskrieg und die Forschungen an einer Massenvernichtungswaffe zogen nun die Begehrlichkeiten der neuen Machthaber auf sich; darüber hinaus war die Sprengstoffforschung für sie interessant.

Die Bedeutung von Habers Institut erschöpfte sich jedoch nicht in der Kriegsforschung allein. Wichtig ist hier auch die Tatsache, dass es in der Wissenschaftslandschaft der Zwischenkriegszeit einen neuartigen Organisationstyp moderner Großforschung repräsentierte. Intern wurde die interdisziplinäre Zusammenarbeit an gemeinsamen Projekten unter Einbeziehung der Techniker präferiert und ein Führungsstil, der auf Autonomie der Abteilungen wie der einzelnen Mitarbeiter setzte, war aus dem Krieg erfolgreich in die Zeit danach übernommen worden. Nach außen fungierte das Institut als eine Schnittstelle zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen und vermittelte zwischen Anforderungen und Vorstellungen der Reichswehr, des Innenministeriums und des preußischen Kultusministerium, der chemischen Großindustrie sowie schließlich der KWG. "Wieder ist es Habers Tätigkeit im Ersten Weltkrieg, die hier beispielhaft ansetzte. Der Physikochemiker, der sich zuvor mit seinen Forschungen mit wachsendem Geschick an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft angesiedelt hatte, erfüllte nun als technischer Berater des Kriegsministeriums eine überaus wichtige Funktion zwischen Staat/Militär, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Bedeutung einer derartigen personalen Vermittlungsinstanz zeigte sich exemplarisch an der vollständigen Umstrukturierung der Stickstoffindustrie und ihrer Einbeziehung in die deutsche Kriegswirtschaft. Ebenso bezeichnend war das Zurücktreten Habers in der zweiten Kriegshälfte, als die Vermittlungsfunktionen zwischen den gesellschaftlichen Teilbereichen zunehmend von Personen auf Institutionen übergang" (Szöllösi-Janze 1998:703). In den Monaten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ging es darum, wer die Kommunikation an dieser entscheidenden Verbindungsstelle kontrollieren und die systemvermittelnde Funktion in dieser Machtkonzentration einnehmen würde.

⁸⁰ In der Literatur werden explizit genannt: Max Delbrück, Lise Meitner, Elisabeth Schiemann und Fritz Straßmann (vgl. z.B. Sime 2001:202).

⁸¹ Sowohl Haber als auch Planck artikulierten sich in dieser Hinsicht. "Wir wissen sehr genau, daß wir den Krieg verloren haben und politisch ebenso wie wirtschaftlich nicht mehr im Vorstande der Welt sitzen" (Haber nach Eckert 1993:71). Bzw.: "Wenn die Feinde unserem Vaterland Wehr und Macht genommen haben, wenn im Innern schwere Krisen hereingebrochen sind und vielleicht noch schwerere bevorstehen, eins hat uns noch kein äußerer und innerer Feind genommen: das ist die Stellung, welche die deutsche Wissenschaft in der Welt einnimmt" (nach Eckert 1993:71-72). Planck empfahl damals schon "durchhalten und weitermachen" (nach Eckert 1993:73).

Der Institutsdirektor Haber schied aus. Im Gedächtniszurück blieb das Bild von einer besonderen "Tragik" seines Schicksals: der geniale und dynamische Wissenschaftler, der trotz seiner nationalistischen und militaristischen Haltung als Jude von einem noch radikaleren nationalistischen und militaristischen Regime davongejagt worden sei. Die Historikerin Margit Szöllösi-Janze hat die Vereinfachung vom "guten" Nobelpreisträger oder dem "bösen" Organisator des Gaskrieges, mit denen der Streit um eine Einschätzung von Habers wissenschaftspolitischem Wirken ausgetragen wird, zurückgewiesen und gezeigt, dass sie auf einem Bild von ihm gründen, das über 1919 bzw. über erste Hälfte der Weimarer Jahre nicht hinauskommt. Dabei entfällt die weitere Entwicklung in Habers Biografie, in der er sich der Weimarer Demokratie annäherte. "Vielleicht war er anfangs nur ein Vernunftrepublikaner ... Auf jeden Fall war die Vernunft so groß, daß sie zur Überzeugung wurde" (Szöllösi-Janze 1998:635). Szöllösi-Janze hat die Zielsetzungen Habers in der Wissenschafts- und Kulturpolitik analysiert und kommt dabei zu dem Schluss: "Der aktive Wissenschaftler und Wissenschaftsorganisator, der er vor allem war, war jedoch nicht nur ein Mann der Tat. Seine ausgedehnte publizistische Tätigkeit ... belegt, daß Haber die veränderte Bedeutung der politischen Öffentlichkeit in der Demokratie begriffen hatte. Er behandelte vorzugsweise Themen aus dem Grenzgebiet zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, enthielt sich der Tagespolitik, schreckte jedoch vor grundsätzlichen politischen Stellungnahmen nicht zurück" (Szöllösi-Janze 1998:636). Im Rahmen der "Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" trat er für eine Linie der Selbstverwaltung ein und auf internationaler Ebene bemühte er sich tatkräftig um die Intensivierung von Austausch, Verständigung und Kooperation. Mit seinem politischen Engagement legte er Offenheit zum linksliberalen Spektrum an den Tag und zeigte sich bereit, die Fronten des vergangenen Ersten Weltkrieges zu überwinden.

In Habers politischer Haltung jener Zeit kommt eher die Ambivalenz eines Liberalen zum Ausdruck als der Revanchismus eines Rechtskonservativen. Beunruhigt über die politische Polarisierung der Republik unterstützte er den Gründungsaufbruch der Deutschen Staatspartei, ohne ausreichende Kräfte der parlamentarischen Mitte sah er keine Chance für die Herstellung einer einigermaßen stabile Machtbalance. In der schweren ökonomischen Krisensituation Anfang der 1930er Jahre neigte er zu diffusen Vorstellungen von einer autoritär gelenkten Planwirtschaft nach dem Modell einer Kriegswirtschaft, denn bei den Großindustriellen konnte er keine konstruktive Initiative zu einer gemeinwohlorientierten Krisenlösung erkennen. Dennoch unterschätzte er bei ihnen wie auch bei den konservativen Parteien und der Reichswehr, wie weit es schon zu einem Einvernehmen mit den künftigen Machthabern gekommen war. Von der rechtsgerichteten Diktatur versprach er sich nichts und trotz seiner Vorbehalte gegenüber den politischen Massenbewegungen sah er in der Aufhebung der demokratischen Grundrechte, insbesondere der Presse- und Meinungsfreiheit durch die "Notverordnung" nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933, den Auftakt zur politischen

Verfolgung und das Ende des deutschen Staates, dem er sich verpflichtet fühlte. Vor diesem Hintergrund stand Habers ungetrübte Einsicht in die Bedrohung, die vom Nationalsozialismus ausging und über den er sich keinen Täuschungen hingab wie so viele seiner Kollegen. Sie begründete seinen Umgang mit den ersten antisemitischen Maßnahmen des NS-Regimes und brachte ihm die Auseinandersetzungen mit Planck und der KWG-Generalverwaltung ein. In der Vorstellung von Habers spezieller "Tragik" ist deshalb weniger von ihm die Rede als vielmehr die moralische Konfliktsituation angedeutet, in der die meisten der Wissenschaftler standen, die nicht vom Beamten-Gesetz der Nationalsozialisten betroffen waren. Die Person Fritz Haber wird in der Erinnerung daran umgestaltet zu jener Figur des "jüdischen Zeugen" (Adorno 1975:265), der in der Rhetorik der Schuldabwehr nach 1945 häufig zitiert wird und in dem Adorno ein versprengtes Element der NS-Ideologie erkennt.

Dem Deckbild, das in dieser Rede konstruiert wird, wird die Erinnerung an das Bemühen um Würde und Selbstbewusstsein derer geopfert, denen man die materiellen, politischen und moralischen Lebensgrundlagen zu nehmen versuchte⁸². Dies aber war es, worum es Haber wie den anderen Wissenschaftlern ging, nachdem sie sich zu dem Entschluss genötigt sahen, ihren Abschied zu nehmen: Mit Selbstachtung anstatt gesenkten Kopfes das Land zu verlassen. Die Konkretisierung und Reduktion der Vorgänge in den Hochschulen und Forschungsinstitutionen von 1933 auf Planck und Haber bedeutet daher nicht nur eine massive Ausblendung des Ausmaßes der Vertreibungen, sondern vor allem auch die Leugnung der Haltung, mit der sich die Betroffenen in ihrer Lage zurecht zu finden versuchten. Als Wissenschaftler griffen sie dabei auf die verbindlichen Werte ihres Kollektivs zurück und formulierten somit noch einmal deutlich die Entscheidung zwischen Macht und Moral, vor die sich in jener Situation jeder von ihnen gestellt sah. Der generelle Kurs, den die zurückbleibenden deutschen Physiker einschlugen, bestand dagegen im Umgehen, Ausweichen, Abwarten und Aushandeln. Damit jedoch trafen sie eine Wahl, durch die, jenseits der persönlichen Einstellung des Einzelnen, grundlegende Bedingungen für Wissenschaft unter den nationalsozialistischen Machthabern festgelegt wurden: die Zerrüttung kollektiver Werte und die Umformung der sozialen Struktur des Kollektivs⁸³. Die später im Gedächtnis auftretende Verwechslung der Jahresdaten von 1933 und 1935 bzw. der jeweiligen diskriminierenden und rassistischen Gesetze kaschierte beides: die Schutzlosigkeit der Anderen sowie das Gemenge aus hilflosem Mitansehen und eigener narzisstischer Kränkung. Die schwerwiegende Weichenstellung, die in diesem Moment stattfand, wird lediglich verdeckt erinnert, vorzugsweise im Raisonnement

⁸² Für Einstein, der Deutschland sofort 1933 verlassen hatte, wurde in dieser Rhetorik das Gegenbild zu Haber entworfen: der ewige Rebell.

⁸³ Die Frage, die in der wissenschaftshistorischen Forschung dominiert, nämlich welche Motive die Akteure dabei leiteten, ist hier nur in zweiter Linie interessant. Mir geht es darum, wie die Situation für die Beteiligten durch ihre Handlungen erfasst und gestaltet wird. Dazu gehören auch ihre Ideen darüber. Ausführlich werden diese Zusammenhänge im IV. Kapitel reflektiert.

über das moralische Dilemma des Wissenschaftlers im Allgemeinen⁸⁴.

Der Bericht vom Besuch Plancks bei Hitler enthält eine deutlichere Spur. Sie ist trotz aller Auslassung und Abwehr gegeben mit dem einen Namen, der genannt wird, der genannt werden muss, weil er den Sinn der Geschichte transportiert. An dieser Stelle wird die Rhetorik des Verdeckens durchlässig und wenn man der Spur nachgeht, stellt sich heraus, dass der Name Habers nicht zufällig gewählt war, sondern vielmehr das unausgesprochene Vergangene in verkürzter Form bezeichnete und mitteilte. Das Wesentliche, das am Fall Haber offen gelegt werden kann, ist die Modernität des NS-Systems und die interne Rivalität seiner Polykratie als den zentralen Bedingungen der Kollaborationsverhältnisse zwischen Wissenschaft und NS-Staat. Denn davon leitet sich das Zugleich von Erstarrung und neu eröffneten Spielräumen in der Wissenschaftsentwicklung ab. Nahezu alle Institutionen und viele der Personen, die in der Folgezeit das Geschehen bestimmten oder beeinflussten, traten im Umkreis der Auseinandersetzung um Haber und sein Institut bereits in Erscheinung. Als schließlich die Gedenkfeier für Haber stattfand, war die Formierung des Regimes im Großen und Ganzen abgeschlossen; die Bildung eines "Machtkartells" (Schlupmann) hatte sich vollzogen, in dem die Wissenschaft neben der Partei, der Industrie und der Wehrmacht ihren Platz behauptet hatte. In soziologischer bzw. sozio-politischer Perspektive betrachtet, ist dann aber die Wissenschaft, die Physik, nicht mehr dieselbe wie vorher. Die zweiseitige soziale Veränderung, die institutionelle Integration in das totalitäre Herrschaftsgefüge einerseits und die Lücke im Wissenschaftler-Kollektiv andererseits, ging, wie zu sehen war, mit dem partiellen Aufgeben des gemeinsamen Ideals von Wissenschaft zugunsten von Anpassung und Partizipation am neuen System einher. Nur an der Oberfläche erscheint es paradox, dass deshalb nur umso fester an einem abstrakten Wissenschaftsbegriff festgehalten wurde. "Als die Physiker gegen Ende 1935 die Schlacht um die Entlassungen verloren hatten, wandten sie ihre Aufmerksamkeit dem wichtigsten Problem neben der eigentlichen wissenschaftlichen Forschung zu: der Kontrolle über ihr Fach durch die Kontrolle über Stellenbesetzungen an den Hochschulen, über Lehrpläne, Veröffentlichungen und Standesorganisationen" (Cassidy 1995:420). Man gewöhnte sich an die neuen Verhältnisse und an die Abwesenheit der emigrierten Kollegen; die Vermeidung, in sozialen Dimensionen über Wissenschaft zu denken, erleichterte es, zu glauben, man könne die eigene Einflussphäre sichern und habe ansonsten alles getan, was getan werden konnte.

Der Fall Haber zeigt, wie der Übergang zur Kollaboration mit dem Einsetzen von Selbsttäuschung verbunden ist. An die erzwungene Emigration der jüdischen Wissenschaftler schloss sich eine Distanzierung von ihnen in der Wahrnehmung der Zurückbleibenden an. Unter diesen Voraussetzungen begann die neue Phase, in der der Streit um die "Deutsche Physik" geführt wurde und die im Gedächtnis der Nachkriegszeit das dominante Thema bildete. Das zentrale inhaltliche

⁸⁴ Da diese Form zugleich mit einer Zukunftsperspektive verbunden ist, gehe ich darauf erst im zweiten

Moment der Distanzierung betrifft die Würde der Opfer, verwendet wird dazu die Abstraktion eines rein kognitiven Wissenschaftsbegriffs und erzeugt wird dabei jene Vertauschung, die die Art der Verteidigung und letztlich auch des "Sieges" der modernen Physik über ihre Gegner bestimmt. Die Abspaltung der Vertreibung, des moralischen Dilemmas und der praktischen Entscheidungen bestand jedenfalls noch in der Erinnerung nach dem Krieg und wird durch das Überspringen der kurzen Zeitspanne kenntlich, als die Betroffenen eben noch nicht zu wehrlosen Opfern gemacht worden waren. Die Auslassung verursacht eine doppelte Bedeutung der Texte, unterlegt ihnen eine unsichtbare Schicht historischer Wahrheiten, die die unausgesprochenen Bezugspunkte ihrer Rhetorik darstellen, und setzt eine paradoxe Rede in Gang.

Die Geschichte Fritz Habers und des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie ist deswegen so interessant, weil in ihr drei Antworten auf die Frage gegeben werden, welche Faktoren das Verhältnis der Wissenschaft zum totalitären Regime des Nationalsozialismus bestimmte. Und sie macht deutlich, dass es sich um zusammengehörige und ineinandergreifende Aspekte handelt:

1. Wissenschaft bewährte sich in der Funktion einer Macht- und Einflussphäre, die zwischen den Systemen von Partei und Staat, Militär und Industrie ihren eigenen Platz behauptete.
2. Die Würde des einzelnen Wissenschaftlers und die Werte, welche die Identität der Wissenschaft als Kollektiv begründen, unterlagen einem gewaltsamen Eingriff.

3. Es wurde an einem Wissenschaftsverständnis festgehalten, das die Preisgabe des Universalismus erlaubte, mit dem Effekt, dass die Zugehörigkeiten auf den beiden ersten Ebenen reorganisiert wurden und dies zugleich verborgen blieb.

Meine These ist, dass dies langfristig eine Beschädigung von Wissenschaft selbst und eine Deformation ihres Verhältnisses zu Politik und Demokratie zur Folge hatte. Sie wird schließlich zu einem konstitutiven Bestandteil jener Diskurskonstellationen, die mit der Rede über die "Gewissensfrage" und den "Sündenfall" an die moralische Autorität der Wissenschaft in der Nachkriegszeit gegen die Politik appellierten. In diesem Prozess markiert die Vertreibung und ein Umgang damit, der entscheidende Abschnitte dieses historischen Vorgangs negierte, den Beginn einer fortschreitenden Derealisation und eines Weges von der Selbstgleichschaltung zur "Selbstmobilisierung" (Ludwig 1979:241) der Wissenschaft. In einer Darstellung dieser Entwicklung, die den Bezugspunkt der hergestellten Abwesenheit beibehält, können Ausmaß und Art der Beschädigung erkennbar gemacht werden.

Exkurs 3: Rivalitäten und Machtblöcke im Wissenschaftssystem

"Zweimal im Lauf der 12 Jahre ‚reformierte‘ sich die Diktatur: 1936-38 mit Vierjahresplan, Revirement der Führung, außenpolitischem Kurswechsel; 1941-42, angesichts der Kriegslage, mit entscheidenden Umstellungen der Rüstungsproduktion und -organisation. Beide Male - darin lag ein Herrschaftsprinzip des Regimes - erfuhren die geächteten Menschen eine gravierende Verschlechterung ihrer Lage, im Zug des zweiten Revirements Deportation und Mord. Beide Male kam es zu einer Revision der Hochschul- und Forschungspolitik" (Schlupmann 2001:II-6). Schlupmanns Einteilung der unterschiedlichen Phasen nationalsozialistischer Herrschaft unterscheidet sich von der üblichen Periodisierung in der Geschichtsschreibung zur Wissenschaftsgeschichte der NS-Zeit. Er geht über den Vorschlag von Mehrtens (1980) hinaus, der zwischen der Dominanz völkisch-ideologischer Tendenzen im ersten Abschnitt und der Orientierung an großindustriell-kriegswirtschaftlichen Zielen ab 1936/37 unterschieden hatte. Diese Zeiteinteilung hat sich inzwischen eingebürgert und strukturiert auch die ausgezeichnete Quellensammlung von Hentschel (1996). Die Erweiterung bei Schlupmann korrespondiert mit der Wahl eines Darstellungsrahmens, in dem die Verfolgung und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus als ein Kontext erscheinen, aus dem auch die Ereignisse in der Wissenschaft nicht entlassen werden können. "Vorgänge und Handlungen - auch die personellen, strukturellen und institutionellen Entwicklungen in Naturwissenschaft und Technik - gewinnen ihre Bedeutung oft erst, wenn man sich vor Augen hält, wie sie sich in den politischen Hintergrund einfügen oder nicht, je nach dem, in welche ‚Phase‘ sie fielen. In allen Phasen bildeten ‚sachdienlich‘ strukturierte

Organisation und desorientierend terroristischer Durchgriff den Widerspruch und zugleich die Dynamik des Regimes” (Schlupmann 2001:II-2). Diese Perspektive strukturiert auch meine folgende Darstellung.

Industrie oder Ideologie

Nach der ersten Repressionswelle, die auf Hitlers Machtübernahme folgten, erlebten viele die nächsten Jahre als eine eher ruhige Zeit. Die Propaganda in der “Formierungsphase” (Schlupmann 2001:II-2) des Systems diente der Einübung in den Alltag der Diktatur und tatsächlich schien eine gewisse Gewöhnung an das Regime einzutreten. Allerdings war die ideologische Profilierung der neuen Herrschaft höchst widersprüchlich, den antimodernen und romantisch-elitären Elementen der NS-Ideologie, die mit einem Kult der Natur, Natürlichkeit und Gesundheit einhergingen und die von Rudolf Heß und Alfred Rosenberg vertreten wurde, stand eine modernistisch-nationalrevolutionäre Ausrichtung gegenüber, die zu einem völkischen Expressionismus tendierte. Mit Heß als Parteiführer sowie der Einrichtung des Amts Rosenberg 1934 gewann die erste Richtung zunächst die Oberhand. Zwistigkeiten mit der pragmatischen Einstellung von Goebbels und Göring, die auf die Repräsentation der Macht in Kunst und Wissenschaft, und deren effektiver Organisation, gerichtet war, waren vorgegeben.

Im sich formierenden Machtgefüge des nationalsozialistischen Staates hatte der militärisch-industrielle Komplex die größte Bedeutung für Naturwissenschaftler und Techniker, insofern bewegte man sich in bewährten Bahnen. Wehrmacht und Wirtschaft hatten sich bereits vor der Machtübernahme Anfang der 1930er mit Teilen der Partei und hier vor allem mit Göring verständigt. Tonangebend in diesem Arrangement waren unter anderem Thyssen und die IG-Farben, deren Generaldirektor Carl Bosch ebenso wie Albert Vögler, seinerzeit in der gleichen Position bei den Vereinigten Stahlwerken, noch eine führende Rolle in der zukünftigen Wissenschaftspolitik des Nationalsozialismus spielen sollte. Eine Rhetorik, die sich für diese Koalition eignete und die Interessenskonflikte zwischen Großindustrie und Volksgemeinschaft, Standesorganisationen und Partei überspielte, war die Ideologie von der Technik als einer nationalen Aufgabe und von einer Wissenschaft im “Dienst am Volk” (Mehrtens 1980:47), der sich viele Naturwissenschaftler und Ingenieure anschließen konnten¹.

¹ Im Jahr 1937 umfasste der NS-Bund Deutscher Techniker 40 000 Diplom-Ingenieure und Chemiker, 30 000 Ingenieure und 11 000 Techniker ohne höheren Studienabschluss. Im Dezember 1933 hatte Fritz Todt die Präsidentschaft des VDI in Personalunion mit der Führung des NSBDT übernommen (vgl. Schlupmann 2001:II-2).

Die Forderung nach einer “deutschen Erneuerung” ihres Fachs errang jedoch unter den Physikern nur wenig Zustimmung und die Positionen einer “völkischen Wissenschaft” fanden kaum Resonanz in ihrer Fachpresse. Aber obwohl die Vertreter einer “völkischen Wissenschaft” eine Minderheit darstellten, gewannen sie durch die Machtübernahme nun erheblich an Einfluß. Zu den Protagonisten dieser Minderheit gehörten Johannes Stark und Philipp Lennard, deren Sympathien für den Nationalsozialismus bis in die Anfangszeit der Bewegung zurückreichte. Sie standen der Fraktion fundamentalistischer NS-Ideologen nahe, die sich weitgehend aus frühen Anhängern Hitlers zusammensetzte, und befanden sich plötzlich in unmittelbarer Nähe des staatlichen Machtzentrums. In erster Linie war es Stark, der diese Situation zum Ausbau seiner wissenschaftspolitischen Stellung nutzte; 1933 wurde er zum Präsidenten der PTR ernannt und ein Jahr später erhielt er die Präsidentschaft der NG/DFG. Seine Aspirationen auf den Vorsitz der DPG und die Zusammenführung dieser Position mit dem Präsidentenamt der PTR konnten abgefangen werden, statt dessen entschied man sich für die Wahl des technischen Physikers Jonathan Zenneck von der TH München und als dessen Vertreter Karl Mey, einen Industriephysiker. Auch als Stark Ende 1933 einen Sitz in der Preußischen Akademie als Einsteins Nachfolger beantragte, wurde dies verhindert. In beiden Fällen war es vor allem dem entschiedenen Engagement von Laues zu verdanken. In der KWG war Plancks Präsidentschaft bestätigt worden und die Kontakte der Gesellschaft zur Industrie blieben erhalten. Wesentliche Verbindungen liefen nach wie vor über das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, das inzwischen unter der Leitung von Thiessen stand und ebenso wie eine Reihe anderer Institute der Gesellschaft auch Forschungen im Auftrage des HWA übernommen hatte (vgl. Müller 2002), sowie über das KWI für Strömungsforschung unter Prandtl, der für die Dauer des Regimes eine stabile Kooperation mit dem Unterstaatssekretär im RLM, Vorstandsmitglied der Lufthansa und späteren Generalfeldmarschall Erhard Milch unterhielt.

Mit der Erweiterung des preußischen Kultusministeriums zum Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) unter Rust im Mai 1934 wurde eine der Institutionen geschaffen, die in der Wissenschaftspolitik des NS-Regimes eine zentrale Rolle einnahm. Im REM wurden alle wesentlichen hochschulpolitischen Entscheidungen getroffen – sowohl in Personalfragen, wie der Ernennung von Rektoren, Professoren und Studentenführern, als auch in inhaltlichen Angelegenheiten wie dem Erlass der Prüfungsordnungen und Lehrpläne galt das “Führerprinzip”. Die Leitungspositionen im REM wurden mit nationalsozialistischen Professoren besetzt, ihre Verteilung spiegelt die rivalisierenden Fraktionen der Partei-Ideologen und Partei-Technokraten wider. Theodor Vahlen, alter Pionier der “Deutschen Mathematik” übernahm die Hochschulabteilung, ihm unterstanden der Chemiker Rudolf Mentzel und der Physiker Erich Schumann als Referenten für die Naturwissenschaften. Schumann war Institutsleiter am neu eingerichteten II. Physikalischen Institut der Berliner Universität mit dem Schwerpunkt Sprengstoffphysik und zugleich für die Forschungsabteilung des HWA tätig, wo er 1934 die Führung

übertragen bekam. Mentzel war 1933 mit Jander aus Göttingen als Abteilungsleiter für Kampfgasentwicklung ans KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie gekommen, 1935 erhielt er ein Ordinariat an der wehrwissenschaftlichen Fakultät der TH Charlottenburg und seine SS-Karriere verlief parallel dazu. Mentzel und Schumann vertraten im REM die Interessen von Heer und SS, mit dem Präsidenten der PTR und der NG/DFG, dem wissenschaftspolitischen Hauptakteur der "Deutschen Physik", Stark, gerieten sie bald aneinander.

Die Einrichtung des REM geschah unter Zustimmung von Rudolf Heß, Alfred Rosenberg und Heinrich Himmler, die ihre je eigenen wissenschaftspolitischen Ziele zusätzlich in ihren eigenen Organisationen verfolgten. Reichsleiter Rosenberg war im Januar 1934 zum "Beauftragten für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSADP" gekürt worden und das "Amt Rosenberg" betrachtete es u.a. als seine Aufgabe, die Universitäten und die Hochschullehrer auf den angesagten politischen Kurs zu bringen, wobei der Herausgeber des *Völkischen Beobachters* keinen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber der Professorenschaft machte. Darüber hinaus meldete der Nationalsozialistische Deutsche Dozenten Bund (NSDDB), der 1934 auf Veranlassung von Heß und Bormann gegründet wurde, bei allen hochschulpolitischen Anordnungen ein Mitspracherecht an und insbesondere bei Berufungen wurde dies auch gewährt. Eine neue Habilitationsordnung führte ab Dezember 1934 die obligatorische Teilnahme an einem Dozentenlager des NSDDB ein. 1935 schuf Himmler den Verein "Ahnenerbe" der SS, dessen Interessensgebiet bald auch die Naturwissenschaften, allerdings weniger die Physik, einschloss². Eine weitere einflussreiche Organisation war der NS-Studentenbund, dessen Machtmittel vor allem in der Denunziation bestand; hier begann die Karriere des Reichsstudentenführers Gustav Adolf Scheel, der in den letzten Monaten des NS-Regimes sogar als Rusts möglicher Nachfolger gehandelt wurde.

Alles in allem mussten die deutschen Physiker, auch wenn sie von den rassistischen Gesetzen nicht persönlich betroffen waren, daher zunächst einen bedrohlich wachsenden Einfluß der "Parteiphysik" auf einer völkisch-doktrinären Linie der nationalen "Erneuerung" hinnehmen. Sofern sie dabei eine gewisse "Resistenz" gegen den politisch-totalitären Zugriff und die Gleichschaltung an den Tag legten³, stützten sie sich auf ihren "ausgeprägten Autonomieanspruch, was die Grundlagen und die Zielsetzung ihrer Arbeit anging und hatten nach den Erfahrungen in den letzten Jahrzehnten in der Industrie einen verlässlichen Partner gefunden" (Mehrtens 1980:47). Verstärkt wurde diese Haltung

² "Es scheint mir, daß sich hier im 'Ahnenerbe' die im engsten Sinne 'faschistische' Wissenschaft fand. Die politische Macht der SS gab ihrer Führung die Möglichkeit, für politische Zwecke und individuelle Interessen alles einzusetzen, was an Potential verfügbar war. Für die Naturwissenschaft bedeutete das die Skala von Hirngespinnsten wie der Welteislehre, über die Ausarbeitung von Versatzstücken der Ideologie, ernsthafte Grundlagenforschung, die hier ein Plätzchen fand, bis hin zu gezielter Zweckforschung. Für alles fanden sich Wissenschaftler, auch solche, die keinerlei ethische Schranken kannten" (Mehrtens 1980:29-30).

³ Dieter Hoffmann (2002:304) sieht darin eine generelle Haltung der deutschen Physiker, ich denke aber, dass dies nur für die Anfangszeit des NS-Regimes zutrifft.

durch das internationale Renommee der deutschen Physik, an der es ihrer Meinung nach nichts zu verbessern gab und in der sie an die Bedeutungslosigkeit der eigenen Reputation für das Regime nicht zu glauben vermochten – und das sollte sich als ein entscheidender Schwachpunkt herausstellen.

Die Auswirkungen des Machtwechsels wurden allerdings bald nur zu deutlich, trotz zahlreicher Neuberufungen in direkter Folge der Vertreibung standen mehrere Lehrstühle leer, insbesondere in der theoretischen Physik verschleppten sich die Berufungen. Zudem nahm der Rückgang der Studentenzahlen, die die Physik ebenso wie die anderen klassischen Disziplinen betraf, im Gegensatz zu den technischen Fächern, drastische Formen an und setzte die Krise an den Universitäten fort⁴. Nach dem Scheitern der Versuche von Planck, Hahn und von Laue, die entlassenen Kollegen in ihre Ämter zurückzuholen, richtete sich ihre Strategie darauf, möglichst rasch kompetenten Ersatz für die freien Lehrstühle zu finden. Im eiligen und nahtlosen Übergang der fehlgeschlagenen Verteidigung der jüdischen Professorenkollegen zur Selbstbehauptung der Profession wurde das Vorgehen ununterscheidbar von einer opportunistischen Anpassung. Die Unklarheit darüber setzte sich im Bewusstsein der Akteure fort, etwa in Heisenbergs Vorstellung von „aktivem Widerstand“. Darunter verstand er, „ein gewisses Maß an Einfluß gewinnen, was für andere wie Kollaboration ausgesehen hätte“ (Cassidy 1995:392). Das Ziel, die Kontrolle behalten und die freien Stellen zu besetzen, ließ mögliche Bedenken in den Hintergrund treten. Als er für Borns Nachfolge in Göttingen vorgeschlagen wurde, zeigte sich Heisenberg ohne Zögern bereit dazu (vgl. Cassidy 1995:385). Der Eindruck, der sich dadurch vermittelt, lässt in der Tat eher eine Mischung aus politischer Naivität und karrieristischem Kalkül vermuten als Opposition.

Als 1936, anlässlich der Olympischen Spiele in Berlin, die nationalsozialistische Volksgemeinschaft mit größtem Aufwand in Szene gesetzt wurde, waren auch im Wissenschaftsgeschäft die Plätze verteilt und die Aufstellung seiner Akteure im neuen Machtgefüge war abgeschlossen. Im Jahr zuvor war der Antisemitismus des Regimes bestätigt und das Unrecht zum bindenden Gesetz geworden, das keine Ausnahmen mehr vorsah. Bislang sind die Nürnberger Gesetze vom September 1935 als Hintergrund der Angriffe, die Stark im folgenden Dezember in seiner Heidelberger Rede und kurz danach im *Völkischen Beobachter* gegen die theoretische Physik und ihre Protagonisten richtete, wenn überhaupt, nur eher beiläufig erwähnt worden – obwohl Stark selbst seine Legitimation darauf stützte. Nachdem die nationalsozialistische Rassenideologie als Staatsdoktrin sanktioniert und das institutionelle Netz nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik aufgebaut worden war, konnte der Versuch Lennards und Starks, den Alleinvertretungsanspruch der „Deutschen Physik“ in ihrem Fach

⁴ Die Studentenzahlen an den deutschen Hochschulen fielen von 1933 bis 1938 auf etwa die Hälfte. „Der Prozentsatz von Studenten aus ‚nichtgebildeten‘ Schichten sank von 26,7% (1933) auf 18,3% (1939); derjenige von Großstadtstudenten stieg im gleichen Zeitraum von 45,8% auf 48,5%“.. Ein Gesetz gegen die Überfüllung

durchzusetzen, auch von den Physikern nicht mehr nur als rein innerdisziplinäre Auseinandersetzung behandelt werden. Der Verlauf des Streits um die Physik und sein erfolgreicher Ausgang für ihre moderne, theoretische Richtung ist in einem größeren Rahmen zu sehen, der die verschiedenen Formen der NS-Ideologie in der Wissenschaft zur Dynamik der Herrschaftsstruktur und den Veränderungen an der Spitze des NS-Systems in Beziehung setzt. Bei diesen Wechseln und Verschiebungen ist nicht aus den Augen zu verlieren, dass der Antisemitismus als „Grundkompromiß“ (Mehrtens 1994:26) fungierte und sich keine der beteiligten Fraktionen seinen Auswirkungen entziehen konnte.

Für die Physiker, wie inzwischen wiederholt beschrieben worden ist, war in erster Linie die Umsetzung des Vierjahresplans (VJP) von Bedeutung und sie markierte den ersten Schnitt in der Entwicklung des NS-Systems. In der NS-Führungsriege ging dies mit einem Machtzuwachs Görings einher, der als „Bevollmächtigter“ für den VJP zur stärksten Figur im wirtschaftspolitischen Sektor des Dritten Reiches wurde. „Ging es für die Industrie im Vierjahresplan um den Binnenmarkt und später um die Herrschaft im europäischen Wirtschaftsraum ..., so war die politische Führung bereits auf den Krieg orientiert“ (Mehrtens 1980:56). Die Zusammenarbeit von Görings Stab mit den Großkonzernen und dem Wirtschaftsministerium gestaltete sich relativ unabhängig von Parteieinflüssen; die Direktiven orientierten sich an den wirtschaftstechnokratischen Gesichtspunkten der Rohstoffautarkie und Aufrüstung. „Im Verein mit intensiver Rüstungsproduktion und Militarisierung praktizierte das Regime ab 1936 einen Zweckrationalismus, indem in einem pragmatischen ‚Konsolidierungs-, und Konzentrations-Prozess abgebaut und abstoßen wurde, was man diversen Gruppen und Tendenzen der Bewegung in ‚idealistischem‘ Aufbruch oder anfänglichen Verteilungskämpfen an Freiräumen, Konzessionen und Machtpositionen zugestanden hatte und jetzt entbehrlich oder gar hinderlich schien“ (Schlupmann 2001:II-6). Der aggressive Expansionsdrang des Regimes äußerte sich sowohl in den praktischen Kriegsvorbereitungen als auch in der unverhohlenen Forderung nach „Lebensraum im Osten“. Die Annexion Österreichs sowie die Eingliederung von Böhmen und Mähren gingen 1938 bzw. 1939 ohne effektiven Widerstand von internationaler Seite vorstatten, schließlich kam es mit dem Überfall auf Polen im September 1939 zum Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die Tendenzen einer völkisch-reaktionären Utopie wurden im Rahmen der verstärkten Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gegebenenfalls an die zweite Stelle gesetzt, auch wenn sie für die gewachsenen Legitimationsansprüche im sich ausdehnenden nationalsozialistischen Machtbereich einstanden. Die „Weltanschauung“ hatte auch den Anforderungen der praktischer Herrschaftsausübung zu genügen.

Parallel dazu erfolgte der Ausbau des Repressionsapparats und der SS als „totalitäres Subsystem innerhalb des NS-Regimes“ (Kater 1997:47). Schritt für Schritt vollzog sich die Herauslösung der

der Schulen und Hochschulen regelte den Zugang von „Nichtariern“ zunächst „ihrem Anteil in der

Gestapo aus dem Innenministerium und ihre Eingliederung in Himmlers Machtbereich. Direkt nach der Machtübernahme entstanden, wurde die "Geheime Staatspolizei" im November 1933 mit dem 2. Gestapogesetz der Aufsicht der Landesregierung entzogen, im darauffolgenden April hatte Himmler die Leitung der Gestapo in Preußen übernommen und sein Ziel war es von Anfang an, das Personal aus der SS zusammenzustellen. Der entscheidende Sprung kam 1936, als Himmler zentraler Polizeichef wurde und in dieser Funktion formal dem Innenminister unterstellt war, während Reinhard Heydrich, unter Himmler, zum Leiter der Gestapo ernannt wurde, aber: "Dem Innenminister wurde vom obersten Verwaltungsgericht jede Eingriffsmöglichkeit in die Geheimpolizei abgesprochen" (Schlupmann 2001:II-6). Heydrich hatte in der SS einen Sicherheitsdienst (SD) aufgebaut und seit 1934 hatte sich seine Organisation im Parteiapparat gegen ähnliche Bestrebungen anderer Gruppierungen in der Partei durchgesetzt und eine Monopolstellung erlangt. "Der SD wurde schließlich im September 1939 mit der Gestapo und der Kriminalpolizei im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) vereint. Oberster Chef des SD blieb zwangsläufig Heinrich Himmler, der ‚Reichsführer SS‘, seit 1936 auch oberster Gestapochef. ‚Ordnungspolizeiliche‘ Funktionen waren beim Innenminister Werner Frick geblieben" (Schlupmann 2001:II-6). Die Planungs- und Kommandozentrale des Terrors und des Völkermords war geschaffen.

Die Neuverteilung der Machtzentren entlang der Achse Göring-Himmler brachte einen Machtkampf innerhalb der Wissenschaftsverwaltung mit sich (Hermann 1994:F-96) und führte zu einer Verschiebung und Umgestaltung von Aufsichts- und Einflussphären (Schlupmann I:11). Mit dem Vierjahresplan (Mehrtens 1980) entstanden neue Institutionen, in denen die Interessen des "Machtkartells" von Industrie und Wehrmacht an der Rüstungsforschung zum Ausdruck kamen, in erster Linie waren dies das "Reichsamt für Wirtschaftsausbau", der Reichsforschungsrat (RFR), und die Deutsche Akademie für Luftfahrtforschung (DALF). Die Abteilung "Forschung und Entwicklung" im VJP wurde von Göring mit dem Manager Carl Krauch besetzt. Krauch war Mitglied im Direktorium der IG Farben und ab deren 1940 Vorstandsvorsitzender, er war Vordenker des VJP und Garant für eine Interessenverbindung von Wirtschaft und Partei, Militär und Forschung bis 1945. Aus seiner Abteilung des VJP entstand 1938 das "Reichsamt für Wirtschaftsausbau"⁵, das durch die Initiierung von Kooperationen zwischen Hochschul- und Industriewissenschaftlern, Forschungsfinanzierung und der Einrichtung eigener "Vierjahresplaninstitute" eine wissenschaftspolitische Steuerung im Bereich der Chemie anging. Ebenfalls unter der Schirmherrschaft Görings florierten Luftfahrtforschung und -industrie; die beteiligten Institute wurden 1936 erheblich vergrößert und 1937 in der DALF zusammengefasst.

Dem Reichsforschungsrat, der vom REM 1937 mit dem Zweck gegründet wurde, die Forschungsplanung umfassend auf die Erfordernisse des VJP abzustimmen, gelang es allerdings

Bevölkerung entsprechend" (Schlupmann 2001:II-2, daraus stammen auch alle genannten Daten).

weniger gut, seine Zielsetzung zu erfüllen. Trotz der Tatsache, dass die Präsidentschaft Karl Becker, General der Artillerie, Leiter der Forschungsstelle beim Heereswaffenamt (HWA), Inhaber des Lehrstuhls für technische Physik und ständiger Dekan der Wehrtechnischen Fakultät an der TH Charlottenburg, übertragen wurde, blieben die Zuständigkeiten des Ministeriums beschränkt und die Forschungsabteilungen in der Wehrmacht arbeiteten, wie in der Industrie, weitgehend eigenmächtig. Auf der anderen Seite gab es Überschneidungen im Aufgabenbereich des RFR mit der NG/DFG, deren Forschungsetat in den Jahren 1937/38 erheblich zunahm und wo Stark schon 1936 von Mentzel als Präsident abgelöst worden war. Mentzel hatte zugleich die Geschäftsführung im RFR innehatte und in dieser Funktion war er der eigentliche Leiter der neu geschaffenen Organisation.

Dennoch war der RFR das zentrale forschungspolitische Instrument des REM; als Fachspartenleiter des RFR für Chemie und Physik traten Thiessen vom KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie und der Jenaer Physikprofessor Abraham Esau in Erscheinung. Entscheidende personelle Veränderungen vollzogen sich auch innerhalb des Ministeriums. Vahlen ging 1937 in den Ruhestand, sein Nachfolger wurde Otto Wacker, als Referent für Naturwissenschaften kam Wilhelm Dames dazu und für die Geisteswissenschaften Heinrich Harmjanz, alle drei waren SS-Mitglieder. Schumann verließ das REM und ging zum Reichskriegsministerium, wo er 1938 die Leitung der Abteilung Wissenschaft übernahm, seine Position im HWA behielt er bei, im RFR wurde er ab 1939 tätig. Die wichtigste Neubesetzung außerhalb des Ministeriums war 1936 die Wahl des IG Farben-Vorstandsvorsitzenden Bosch zum Nachfolger Plancks und neuen Präsidenten der KWG, mit ihm zusammen kam Ernst Telschow in das Amt des geschäftsführenden Direktors. Planck beendete 1939 auch seine Tätigkeit als Sekretär der in der Akademie, deren Präsident Vahlen 1938 geworden war. Schließlich ging auch Stark in den Ruhestand und Esau übernahm 1939 die Leitung der PTR.

Die Rolle der SS in der Wissenschaftspolitik

In der unübersichtlichen Forschungslandschaft, in der sich die Kompetenz- und Interessenbereiche von REM und RFR, HWA und OKW sowie der Industrie überlagerten, machte vor allem ein Mann Karriere, nämlich Rudolf Mentzel, der 1939 im REM zum Ministerialdirektor aufstieg und den Posten Wackers übernahm. Aus der bisherigen Forschung zur Geschichte der Physik und der Naturwissenschaften im Nationalsozialismus wird deutlich, dass ohne Mentzels Zustimmung damals kaum eine Entscheidungen gefällt werden konnte. Umso auffälliger ist es, dass sein Name in den Darstellungen nach dem Krieg vollkommen ausgelassen blieb und bis heute oft nur am Rande Erwähnung findet, wobei meist die sehr rasche Übereinkunft in seiner Beurteilung als „skrupelloser Karrierist“ und unfähiger Wissenschaftler zum Tragen kommt (vgl. Hermann 1994). Statt dessen

⁵ “Die spöttische Bezeichnung ‚Reichsamt für IG Ausbau‘ ... war berechtigt” (Mehrtens 1980:58).

jedoch scheint eine Einschätzung Mentzels als vielseitiger Beamter der Wissenschaftsverwaltung, der geschickt im Dreieck von Militär, Wissenschaft und Partei (Kahlert 2001:515) zu verhandeln wusste, viel eher zuzutreffen. Notker Hammersteins Arbeit (1999) über die Geschichte der NG bzw. DFG in der Weimarer Republik und im Dritten Reich hat dies inzwischen eingehend belegt und viele Hinweise über die Grundlage seiner Machtposition zusammengetragen, wobei Mentzels Tätigkeit im Rahmen des Ministeriums im Vordergrund steht. Eine feste Verbindung, die alle Umbrüche im Regime überdauerte, bestand einerseits zwischen Mentzel und Thiessen als auch zu Krauch (dazu auch Mehrtens 1980:60), andererseits zwischen Mentzel und Schumann, so dass Mentzel über einflussreiche Direktkontakte zu beiden Seiten des militärisch-industriellen Lagers verfügte. Selbstredend war er Parteimitglied und zwar seit 1925, darüber hinaus war er 1932 in die SS eingetreten und hatte beste Beziehungen sowohl zu Wolfram Sievers, dem stellvertretenden Amtschef und tatsächlichen Leiter des SS-Vereins "Ahnenerbe" als auch zu und Konrad Meyer, Agrarwissenschaftler, Mitglied des Sicherheitsdienstes (SD) der SS und später "Bevollmächtigter für den Generalplan Ost". Mentzel kann als "Himmlers Mann im REM" (Schlupmann 2001:II-6) bezeichnet werden, dessen Position durch die personellen Veränderungen in der Wissenschaftsverwaltung erheblich gestärkt worden war.

De facto funktionierte das REM schon 1936 als eine Domäne Himmlers (Heiber 1992). Dass der Erziehungsminister nicht zu den starken Figuren in der NS-Führungsriege gehörte, ist immer wieder betont worden. Denn im Grunde genommen ließ Rust seinen habilitierten Referenten weitgehend freie Hand, die aber waren seit langem in der SS korporiert. Diese Situation führte zu einer Umkehrung der Prioritäten in der Verantwortlichkeit, so dass nicht, wie sonst üblich, Beamte des Ministeriums auch der SS angehörten, sondern der Zusammenhalt des SS-Ordens in die Arbeit des Ministeriums eingriff, das sich dem Druck und den Absichten der SS in entscheidenden Punkten beugen musste. "Sämtliche SS-Mitglieder des Rustschen Ministeriums waren dem zuständigen Referenten im SD zur Berichterstattung verpflichtet. Das nun war Reinhard Höhn, der Mann, der die Referenten des Wissenschaftsministeriums nach Belieben zu sich zitierte und vor dem sich selbst Rust fürchtete" (Schlupmann 2001:II-6). Höhn war 1935 in Heydrichs Mannschaft gekommen und übertrug 1936 Otto Ohlendorf den Aufbau eines umfassenden inländischen Nachrichtendienstes im SD; dessen Berichte und Beurteilungen erschienen ab 1938 regelmäßig in den geheimen "Meldungen aus dem Reich". Zu den Bereichen, mit denen sich Ohlendorfs Amt im Gestapa bzw. im RSHA befasste, gehörten auch die Hochschulen und Forschungsinstitute. Dass sich im SD und später im RSHA eine ziemlich außergewöhnliche Ansammlung junger NS-Intellektueller einfand, ist ebenfalls schon früher angemerkt worden, aber erst vor kurzem begann die intensivere Untersuchung der persönlichen Hintergründe und der systematischen Grundlagen, auf denen diese Gruppierung operierte⁶.

⁶ Siehe dazu Herbert (1996), Hachmeister (1998) und Wildt (2002).

Beim SD handelte es sich um die junge Elite der NSDAP, deren Mitglieder über eine weit überdurchschnittliche akademische Ausbildung verfügte⁷ und die der "Generation der Sachlichkeit" (Herbert 1996) zugerechnet werden muss. Überwachung und Terror, wie sie von hier aus organisiert wurden, übertrafen nicht nur, was das ihr entsetzliches Ausmaß angeht, die bis dahin vorstellbare Gewalt der Repression, sondern sie gingen in ihren Methoden auch über die traditionelle Verfahrenslogik der Polizei hinaus. In der Entwicklung des Kontroll-Instrumentariums oder bei der Erarbeitung von Planungsmaßnahmen verfuhr man ziemlich eigenständig und die Resultate lagen nicht immer auf der angesagten Parteilinie. Höhn war Jahrgang 1904 und Ohlendorf noch drei Jahre jünger, besonders er machte sich mehrmals durch seine Eigenwilligkeit unbeliebt und gab wenig auf Parteiloyalität, wenn sie nur dazu diente, unbequemen Problemen aus dem Weg gehen oder Inkompetenzen zu überspielen. Im System der Bespitzelung und Denunziation wurden die Informanten nicht nach Parteizugehörigkeit ausgesucht sondern möglichst sachbezogen und wirklichkeitsnah. Bereit zu innovativen Schritten machte sich Ohlendorf die modernen sozialwissenschaftlichen Methoden der Meinungsforschung zunutze (vgl. Klingemann 1996), für die Auswertung bestellte er Sachbearbeiter, die mit dem jeweiligen Fachressort vertraut waren. "Die neue Arbeitsrichtung hatte zur Folge, dass die politischen Tatbestände nicht doktrinär parteimäßig gesehen, sondern in die lebendigen Notwendigkeiten des Volkes eingeordnet wurden" (nach Schlüpmann 2001:II-6) resümierte Ohlendorf 1945 während des Nürnberger Prozesses. Mit dieser Einstellung begründeten sie ihre Sonderstellung im Machtapparat des Nationalsozialismus. Inzwischen ergibt sich das korrigierte Bild dieser NS-Fraktion, die getragen von einem "Antisemitismus der Vernunft" (Herbert 1996:203), modernistisch-wissenschaftliche und fanatisch-rassistische Elemente integrierte. Ihre prinzipiengeleitete Unbedingtheit und Kompromisslosigkeit führte zur außerordentlichen Radikalität und Effektivität der von ihnen durchgeführten Verbrechen.

Mentzel und die Wissenschaftsadministratoren im REM hatten im SD bzw. RSHA neben Ohlendorf mit der Abteilung "Gegnerforschung" unter Franz Six und dem SD-Ausland unter Werner Schellenberg zu tun. Für die Naturwissenschaftler sollte außerdem noch Wilhelm Spengler, der zunächst bei Six arbeitete und dem später im SD-Inland die Abteilung Kultur unterstand, wichtig werden. Über die Hochschul- und Forschungspolitik des SD ist wenig bekannt, in den neueren Arbeiten spielt sie leider keine Rolle. Obwohl dieses Defizit besteht, lassen sich aus den vorliegenden Arbeiten dennoch die groben Züge erkennen. So ist etwa festzustellen, dass man sich von dieser Seite aus immer deutlicher gegen Rosenbergs Pläne für eine "Hohe Schule" wandte, dessen antiintellektuelle und antiuniversitäre Haltung (vgl. Kater 1997:142f) im Kontrast zu dem Profil der diplomierten, promovierten und habilitierten SD-Mitarbeiter stand. Was dem

⁷ Was übrigens auch auf die Ehefrauen zutraf, vgl. Wildt (2002).

leistungsorientierten Ohlendorf gegen den Strich ging, hat er selbst so formuliert: "Da wir gleichzeitig die Kulturprobleme aufgriffen und uns gegen die Abberufung der alten Hochschullehrer durch die Partei wandten und darauf aufmerksam machten, daß die opportunen jungen Kulturritter sicherlich nicht dazu geeignet seien, das Wissen der alten Lehrer zu ersetzen, wies mich nunmehr Himmler zum ersten Mal scharf zurück" (nach Schlüpmann 2001:II-6). In seiner Untersuchung zur Geschichte des "Ahnenerbe" der SS hat Michael Kater (1997) die Differenzen mit Rosenberg und die Machtkämpfe mit ihm und seinen Anhängern detailliert dargestellt. Zusammenfassend schätzte er die Lage so ein: "Strebte die SS ursprünglich danach, sich die Universitäten von innen her zu sichern, so erblickte Rosenberg in der partiellen Besetzung der Hochschulen durch Verankerung seiner ‚Hohe-Schule‘-Institute dort lediglich den ersten Schritt zur gewaltsamen Sprengung der Universitätsstruktur schlechthin" (Kater 1997:278). Kater betont das gute Verhältnis des "Ahnenerbe" sowohl zum SD als auch zum REM, insbesondere zu Mentzel und Harmjanz, das sich ab 1936 immer klarer abzuzeichnen begann. "Seit Anfang 1938 traten Himmler, die SS und das ‚Ahnenerbe‘ ganz offen mit den Referenten Rusts im Bund gegen Rosenberg und Reinerth auf" (Kater 1997:136). Dann war der SD-Inland voll in Funktion und vielleicht waren Ohlendorfs Hinweise auf die Missstände im Universitätsbereich nun doch gehört worden. Es hatte sich eine dritte Fraktion in der Hochschulpolitik des NS-Staates formiert, die auf der Linie von Himmlers "Grundbefehl" vom November 1938 agierte, nämlich "die wissenschaftlichen Ziele und die wissenschaftlichen Männer in die Universitäten hineinzuführen, um dort Fuß zu fassen" (nach Kater 1997:286). Der zweite Teil war leichter zu erfüllen als der erste, da das "dynamische Hochschulkonzept der SS" (Kater 1997:280) konzeptuell wenig neues zu bieten hatte und man letztlich in den Himmler-Kreisen einem Ideal von Hochschule und Forschung anhing, das der traditionellen Alma mater verpflichtet zu sein schien (vgl. Schlüpmann 2001:II-12) - allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass wissenschaftliche Qualifikation und beruflicher Aufstieg an die politische Zensur und geheimpolizeiliche Überwachung gebunden waren.

Inzwischen gab es für die Referenten im Ministerium Rust mehr als genug Arbeit. "Allein in den Jahren 1937 und 1938 wurden über 400 Berufungen ausgesprochen, an den Universitäten Heidelberg und Freiburg hatten von den 1939 lehrenden Ordinarien 61,5% bzw. 45,6% ihre Lehrstühle erst nach der ‚Machtübernahme‘ erhalten" (Schlüpmann 2001:II-6). Doch die Maxime, nach der die SS-Offiziere dabei handelten, insbesondere die hochrangigen Positionen in Forschungsinstitutionen und Hochschulen aus ihren Reihen zu besetzen, um diese dann an nationalsozialistischen Inhalten auszurichten, stieß an eine Schranke, die sich mit der Zeit immer mehr bemerkbar machte. Denn die internen Loyalitäten der Professorenschaft funktionierten im Universitätsalltag immer noch recht gut und übertrafen bisweilen den Auftrag zur Wahrung der SS-Interessen, so dass der Betreffende im

Amt quasi umgedreht wurde⁸. Zwar hatten sich in der universitären und ministeriellen Administration linientreue Nationalsozialisten etabliert, “die der alten Elite fremd und feindlich gegenüberstanden. Damit vor allem war die traditionelle Homogenität der wissenschaftspolitischen Elite, die sich aus dem gebildeten Großbürgertum rekrutierte, gebrochen” (Mehrtens 1994:25). Im gleichen Zuge war aber auch die “professorale Gruppensolidarität” (Kater 1997:274) verstärkt aufgerufen. Andererseits sollten bald ein strukturelles Nachwuchsproblem in den Reihen der SS-Elite und ihrer Wissenschaftskader zutage treten; bei der Heranziehung junger Spitzenkräfte hatte man auf die Universität gesetzt, d.h. man verlangte von ihnen die herkömmlichen akademischen Qualifikationen. Was demgegenüber unter der “Symbiose von völkischer Dynamik und ‚exakter Wissenschaftlichkeit‘, wie der Reichsführer sie unablässig forderte” (Kater 1997:273), zu verstehen wäre, blieb aber offen. Mit dem Kriegsbeginn setzte zudem eine Abwanderung der jungen Intelligenz ein, da sich die in Frage kommende Kandidaten eher einer militärischen Laufbahn zuwandten. Die Feststellung, dass die Politisierung der Wissenschaft schließlich scheiterte, trifft daher nicht nur für die Versuche von Lennard, Stark und ihre Gesinnungsgenossen zu, sondern auch für die wissenschaftspolitischen Anstrengungen der SS: “Die Systemgrenzen blieben durchweg gewahrt” (Mehrtens 1994:25)

Vergleichsweise unproblematisch ließ sich das vage Konzept einer Zusammenführung von nationalsozialistischer Weltanschauung und Wissenschaftlichkeit in Mentzels Verwaltungsbereich auslegen und umsetzen. Die Ideologie von der Wissenschaft als “Dienst am Volk” passte zu den Zielen der Machthaber und die Forscher in den Technik- und Naturwissenschaften sahen sich “ständig umworben” (Kater 1997:85). Die Expansionspläne des Regimes und die anlaufenden Kriegsvorbereitungen gaben ohne ideologische Umständlichkeiten eine inhaltliche, politische Zielsetzung in Forschung und Lehre vor. Beispielhaft ist die TH Charlottenburg, die schon vor dem 30. Januar 1933 eine nationalsozialistische Hochburg gewesen war und an der 1935 die “Wehrwissenschaftliche/wehrtechnische Fakultät” unter Karl Becker eingerichtet wurde. Von Anfang an in die Planungen im neuen Staat einbezogen, war die TH von Einschränkungen und Unsicherheiten nach der Machtübernahme weniger betroffen als andere Hochschulen. Vielmehr wurden dort 20 neue Lehrstühle geschaffen, davon 7 in der neuen kriegstechnischen Fakultät. Immerhin waren im Entwurf für diese Fakultät waren 900 Planstellen angesetzt, auch wenn davon letztlich kaum etwas realisiert wurde (vgl. Rürup 1979).

⁸ Michael Kater nennt in diesem Zusammenhang das Beispiel von Walther Wüst, dem Kurator des Ahnenerbe, in seiner Funktion als Rektor der Münchner Universität (1997: 274).

Dem Vordenker im SD-Inland, Ohlendorf, allerdings schien die Militarisierung der Forschung und die Aufrüstung der Hochschulen kaum ausreichend. Im ersten "Jahreslagebericht"⁹ der "Meldungen aus dem Reich" von 1938 hieß es: "die technischen Wissenschaften sind durch die größere Konzentration auf den Vierjahresplan und wehrtechnische Aufgaben im Berichtsjahr stark in den Vordergrund getreten. Diese Entwicklung hatte gleichzeitig eine Zurückdrängung der Geisteswissenschaften zur Folge und kann in Zukunft eine scharfe Trennung zwischen technischen Wissenschaften und Geisteswissenschaften heraufführen. Die nationalsozialistischen Kräfte in der Technik sehen in dieser Trennung eine große Gefahr. Der verantwortlichen Hochschulverwaltung wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen, daß sie kein Verständnis für technische Probleme habe, so daß es den technischen Wissenschaften an einer für planvolle Arbeit notwendigen Zentralstelle fehle. Die Folge davon sei, daß andere Stellen, die an einer erfolgreichen wissenschaftlichen Arbeit interessiert sind, wie Industrie, das Reichswirtschaftsministerium, die Wehrmacht schon von sich aus in die Fragen der wissenschaftlichen Ausbildung eingreifen. In diesem Sinn ist die Wahl des Generaldirektors der IG-Farben, Carl Bosch, zum Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu verstehen, wodurch eine starke Abhängigkeit der Forschung von der Industrie zu erwarten ist, dies umso mehr, als die IG-Farbenindustrie bereits bestrebt ist, zur Ausbildung ihrer Ingenieure eigene Institute zu gründen" (nach Schlüpmann 2001:II-6). Demnach sah man es im SD-Inland als kritisch an, die Macht auf dem wissenschaftspolitischen Sektor im Rahmen der Kriegswirtschaft zunehmend der technokratischen und großindustriellen Fraktion, wie sie außer von Bosch durch Milch im Luftfahrtministerium und Krauch im Vierjahresplan repräsentiert wurde, in die Hände zu spielen¹⁰. Zudem erkannte er auch die zweite Seite in der "Entzivilisierung des wissenschaftspolitischen Geflechts" (Mehrtens 1994:25), nämlich die technizistische Wendung, mit der die Technik- und Naturwissenschaftler auf die Anfeindungen aus dem ideologisch-doktrinären Lager reagierten, und war nicht bereit diesen Ausweg so leicht zu akzeptieren. Die Konsequenz daraus war, dass die SS-Fraktion zu den Naturwissenschaften eine eigene Position beziehen musste und zwar so, dass weder die weltanschauliche Gesinnung der Wissenschaftler als nebensächlich betrachtet noch die Effektivität ihrer Arbeit einer ganzheitlich-rassistischen Doktrin geopfert wurde. Im gleichen Jahresbericht der 'Meldungen' des SD findet sich dann auch eine Stellungnahme zum Streit um die Physik: "Obwohl die Grundlageneinandersetzungen der gesamten Naturwissenschaften, insbesondere jedoch auf dem Gebiete der Physik von Fachleuten mehr und mehr als geklärt angesehen werden, machten verantwortliche Stellen beispielsweise Besetzungen abhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten fachlichen Richtung. Die schwierige, problematische Wissenschaftslage für die

⁹ Schlüpmann nennt den Bericht "das Resultat einer empirischen 'Soziologie', die ganz ungeniert den Führern dienen wollte" und bemerkt, dass er "wegen dieser Absicht mit Vorsicht zu interpretieren und nicht ohne weiteres als 'bare Münze' zu nehmen" sei (2001:II-6).

¹⁰ In diesem Zusammenhang weist Schlüpmann darauf hin, dass Ohlendorf, der im Zuge der Regierungsumbildungen von 1938 ins neue Wirtschaftsministerium Funk berufen worden war, aber seine Verbindung zum SD nicht abreißen ließ, als entschiedener Gegner der großindustriellen Fraktion auftrat.

deutsche Physik wurde durch den sachlich-politischen Streit um die Theorie, deren Ergebnisse deutschen und nicht jüdischen Ursprungs sind, auch im letzten Jahre durch diese Maßnahme verhängnisvoll kompliziert” (nach Schlüpmann 2001:II-6)

Diese Einschätzung gibt das Resultat der Auseinandersetzungen wieder, in deren unübersichtlichem Verlauf München (vgl. Kater 1997) mehrmals zu einem Hauptschauplatz wurde und der wissenschaftspolitische Einfluss von Himmler auf Kosten Rosenbergs zunahm. Ein Beispiel dafür ist die *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft*, das Sprachrohr der “Deutschen Physik” , gegründet 1935 und seit 1937 von der Reichsfachgruppe Naturwissenschaft in der Reichsstudentenführung herausgegeben (vgl. Beyerchen 1980:201). Gleichzeitig wurde damals der Redaktionssitz nach München verlegt und der Kreis um den Wissenschaftsphilosophen Hugo Dingler, “der wissenschaftsphilosophisch explizit dem Antisemitismus und antisemitisch begründeten Rassismus huldigte” (Schlüpmann 2001:II-12), nahm wesentlichen Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung. Der Umzug war das Anzeichen einer vorübergehenden Eintracht von NSDDB, “Ahnenerbe” und REM, die alle in Konkurrenz zu Rosenberg standen. Schließlich wechselte 1939 die Zeitschrift zum Verlag der Ahnenerbe-Stiftung, dem Hausverlag Himmlers (Schlüpmann 2001:II-5), am präsentierten Gedankengut änderte sich recht wenig. Nach wie vor publizierten hier die Theoretiker einer “nationalen Erneuerung” und Starks Verbündete, die von den Physikern in den Publikationsorganen ihrer Disziplin einfach gänzlich ignoriert wurden. Im absehbar wachsenden SS-Einfluss sah Stark dann 1937 eine weitere Chance für seine Sache und ließ seine Beziehungen spielen. Gunter d’Alquen, der neue Hauptschriftleiter des *Schwarzen Korps*, war vorher Redakteur beim *Völkischen Beobachter* gewesen und vermutlich lancierte Stark durch ihn, mit der Unterstützung von Ludwig Wesch und Hermann Beuthe, beide SS-Offiziere und SD-Mitarbeiter, den Angriff auf theoretische Physik und die Person Heisenbergs im Sommer 1937 (vgl. Cassidy 1995:466). Angesichts der unverhohlenen Diffamierungen und Drohungen, die in dem Aufsatz kulminierten, ließ sich eine Reaktion nun nicht mehr umgehen.

Im dem zu jenem Zeitpunkt höchst instabilen Feld sich überschneidender Machtsprüche wagte Heisenberg den Schritt nach vorne und beantragte selbst eine Untersuchung seines Falles beim REM und beim SD zur “Wiederherstellung seiner Ehre” (Cassidy 1995:469). Seine Angelegenheit sollte zum Testfall für die Position der SS/SD zu den Naturwissenschaften und zu einem weiteren Schritt im Arrangement der Physiker mit dem Regime werden. Im Ministerium überließ Rust die Sache Mentzel und der hielt sich, anders als noch 1936 als er Heisenberg vorsichtig unterstützt hatte, dieses Mal im Hintergrund. Die Ermittlungen des SD begannen im Frühjahr 1938 und wurden geführt von dem Physiker Johannes Juilfs, damals Doktorand bei Laue, sowie zwei weiteren SD-Leuten, die ebenfalls über physikalische Fachkenntnisse verfügten. Die Verhandlungen zogen sich hin und das Blatt wendete sich erst im Sommer 1938 nachdem Prandtl direkt an Himmler herantreten war. Der

Aerodynamiker kannte den Reichsführer-SS aus der jüngst gegründeten Luftfahrtakademie und hatte abgewartet bis der “Anschluß” Österreichs unter Dach und Fach gebracht war. Prandtl argumentierte dafür, Werk und Autor strikt zu trennen, d.h. in diesem Fall zwischen der Person Albert Einsteins und der Lehre der Relativitätstheorie zu unterscheiden. Denn die moderne physikalische Theorie sei in der Hauptsache ein deutsches Verdienst und gerade auch in der anwendungsorientierten Forschung ein unerlässliches Hilfsmittel, daher schließlich könne auf den einwandfrei “arischen” Heisenberg in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht verzichtet werden. “Das Resultat war im Mai (1939, E.S.) ein Affidavit für Heisenberg, ein Bericht der SS an die Reichskanzlei und an das REM zu seiner Person: Hervorragender Physiker, Haupt einer Schule, in der Ausbildung von ‚artfremden‘ Einflüssen bestimmt, aber zunehmend ‚arisch‘ denkend und bereit, seine Vorstellungen von ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Physikern auch rassistisch zu untermauern. Ein ‚typisch apolitischer Gelehrter. Jederzeit bereit, Deutschland aus vollem Herzen zu verteidigen“ (Schlupmann 2001:II-8). Der Ermittlungsbericht des SD wurde in der Folgezeit zur Vorlage für die meisten weiteren Beurteilungen Heisenbergs. Himmler hatte an Heisenberg selbst geschrieben, “daß ich den Angriff des Schwarzen Korps durch seinen Artikel nicht billige und daß ich unterbunden habe, daß ein weiterer Angriff gegen Sie erfolgt” (nach Cassidy 1995:481). Zudem hatte er außer Prandtl auch Heydrich unverzüglich von seiner Entscheidung in Kenntnis gesetzt. In der SS und im SD konnte Heisenberg von nun an auf Unterstützung zählen. Juilfs blieb in den kommenden Jahren ein Verbindungsmann Heisenbergs zur SS (vgl.. Cassidy 1995:478, auch S.563) und stand auf der Seefelder Tagung 1942 auf der Seite der modernen Physik (vgl. Walker 1990:89); er wurde Laues Assistent und, als Heisenberg dessen Nachfolge antrat, von diesem übernommen¹¹. Die Berufung Heisenbergs auf Sommerfelds ehemaligen Lehrstuhl in München kam nicht zustande, aber aus der Himmler-Umgebung stellte man ihm eine gleichwertige Position in Aussicht und versicherte ihm, dass er demnächst Gelegenheit haben werde, in der *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft* seine Vorstellungen von moderner Physik darzulegen. Es kam der Krieg und statt der Einberufung holte man Heisenberg in den ‚Uranverein‘, schließlich wurde ihm (1942) die Leitung des KWI Physik übertragen, was sowohl die SS als auch Heisenberg als die Einlösung von Himmlers Versprechen betrachteten (vgl. Walker 1990:93).

Der Geltungszusammenhang eines Wissenschaftsbegriffs

¹¹ Noch später schrieb er zusammen mit Carl Friedrich von Weizsäcker das Lehrbuch “Physik der Gegenwart”, das 1957 in Göttingen bei Vandenhoeck erschien.

Soweit Heisenbergs persönlicher Fall. Seine Bedeutung besteht darin, dass eine neue Richtlinie zur Beurteilung der Wissenschaftler und ihrer Arbeit verbindlich wurde. Denn: “Vor allem aber griff Heinrich Himmler Prandtls Gedanken auf: Fortan sei zwischen Autor und Werk zu trennen. Das bedeutete, daß für wissenschaftliche Arbeiten und Resultate anstelle des ‚Ariernachweises‘, anstelle der Bewertung nach rassistischen Konzepten und Kategorien, andere, vor allem pragmatische, utilitaristische, und Opportunitätskriterien treten konnten. Die Trennung von Autor und Produkt bedeutete die Trennung von ‚Fachfragen‘ und ‚Weltanschauungsfragen‘. Mit dieser Entscheidung wurden Weichen gestellt. Ludwig Prandtl war der Auslöser für eine verordnete Politik des Reduktionismus, der technischen Rationalität, der ‚Instrumentalisierung der Vernunft‘. Eine Politik, die allerdings in technisch-planerischen Bereichen, etwa im Amt von Carl Krauch, immer schon herrschte. Ab jetzt war sie Ausdruck der Allianz Göring-Himmler im Machtkartell in Sachen Wissenschaft und Forschung. Und am 29.1.1940 äußerte schließlich auch der Diktator zu seinem Weltanschauungs(W-A-)beauftragten: ‚Unsere W-A muß der exakten Forschung nicht vorschreiben, sondern aus ihrer Arbeit die abstrakten Gesetze folgern‘” (Schlupmann 2001:II-8). Im Wissenschaftsverständnis, das Prandtl gegenüber Himmler vortrug und auf dessen Grundlage Heisenbergs Rehabilitation zustande kam, manifestierte sich, wie Schlupmann hier feststellt, jene Reduktion auf instrumentelle Vernunft, wie sie überall dort zum Charakteristikum von Forschungszusammenhängen wird, in denen Verwertungsinteressen eine tragende Rolle spielen. Die Geltung dieser Wissenschaftslogik und die Anerkennung dieser Wissenschaftstradition im politischen Raum des NS-Staates hatte jedoch ihren Preis. Die Entscheidung und die Einigung, Himmlers Entlastung für Heisenberg und die Akzeptanz der modernen Physik durch die NS-Wissenschaftsverwaltung waren an die Bedingung gebunden, dass die Namen der jüdischen Autoren entfernt wurden. “Über die nützlichen Erkenntnisse aus den Arbeiten jüdischer Forscher durfte gesprochen werden – und sie konnten auch gern zugunsten deutscher Technologie ausgebeutet werden –, aber jede öffentliche Nennung der jüdischen Wissenschaftler selbst sollte verboten sein” (Cassidy 1995:482)¹².

Der Zusammenhang beider Aspekte, von Vernunft und Antisemitismus, ist das Kennzeichen des SD, seiner radikalen Konsequenz und technokratischen Effektivität, mit der nicht nur ein Angriffskrieg sondern der Völkermord durchgeführt wurde. Die Freisetzung der Physik von der politischen Ideologie, die mit der neuen Orientierung auf ‚Sachlichkeit‘ einherging, bedeutete unter den gegebenen Bedingungen die Verkehrung von Wissenschaftlichkeit zu einem Argument der Eliminierung. Das Eigentümliche und Besondere an dieser Vereinbarung besteht, wissenschaftsoziologisch gesprochen, darin, dass mit der wechselseitigen Anerkennung der Bedingungen, die die Systemgrenze festschreiben, sie doch gerade am entscheidenden Punkt unterlaufen wird. Denn auf diese Weise gelang es dem Antisemitismus, sich in der Wissenschaft

¹² Auf die Einhaltung dieser Bedingung wurde auch in den Fällen von Sommerfeld und Laue geachtet (Walker

endgültig festzusetzen und zwar für die meisten Wissenschaftler unbemerkt, ihrer Wahrnehmung und ihrem Bewußtsein entzogen. Von denen, die es betraf, längst weit entfernt, erschien die unter Zwang getroffene Vereinbarung als ein akzeptables kleineres Übel zur “Rettung der Physik” und durch die Geschichte wird der Hintergrund zu den Widersprüchlichkeiten und Verdrehungen in der Stellvertreter-Argumentation vollständig. Die Trennung von Werk und Autor und was sie hier bedeutete, nämlich die Löschung der Namen emigrierter und jüdischer Kollegen, stellt einen grundlegenden Verstoß gegen die internen Reglements des Wissenschaftsbetriebs dar (vgl. Bourdieu 1988, Merton 1973, 1980) und kann als die spezifische Form der Teilhabe der Wissenschaftler an der Überschreitung zivilisatorischer Grenzen, die der Nationalsozialismus in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen evozierte, bezeichnet werden. Denn nach der Herauslösung derer, deren Namen nicht mehr erscheinen durfte, aus dem Netz der professionellen Solidarität sollten sich nur zu bald die Konsequenzen daraus einstellen.

Aus den Kreisen der Partei wurde mitgeteilt, dass die Angriffe gegen die Relativitätstheorie zu beenden seien und die “Kompromißbereitschaft war, wohlgerichtet, zweiseitig” (Mehrtens 1994:25). An der Kampagne für Physikausbildung und theoretische Physik, die die Physiker seit der Machtübernahme begonnen hatten und die sie nun entschlossen fortführten, lässt sich ihr Entgegenkommen ablesen. Über die Bedeutung der Nachwuchsfragen waren sich ausnahmsweise alle Fraktionen in der Wissenschaftspolitik einig und bereits bei seinem Amtsantritt als Erziehungsminister hatte Rust die Lehre im Aufgabenfeld der Hochschulen in den Mittelpunkt gestellt (Beyerchen 1980:82). Daran ließ sich anknüpfen. Bosch war in einem Schreiben von 1934 auf den Notstand in der physikalischen Ausbildung eingegangen (Beyerchen 1980:104), Max Wien hatte ebenfalls eine Petition verfaßt und Heisenberg hatte sich mit einem Vortrag über “Wissenschaft und technischer Fortschritt” engagiert, in der er für die theoretische Physik bei Ingenieuren und anderen Vertretern aus Industrie, Technik und Wirtschaft im Sommer 1934 Werbung machte. Darin, ebenso wie in seiner Rede auf der Tagung der GNDÄ im gleichen Jahr, verteidigte er die theoretische Physik noch unter der Nennung jüdischer Namen. Aber schon 1936, als er seine Replik auf Stark im *Völkischen Beobachter* veröffentlichte, fehlten sie. Es folgte das Heisenberg-Wien-Geiger-Memorandum von 1936, das die Nützlichkeit der Physik überhaupt, den aktuellen Mangel an geeigneten Fachkräften “in Technik und Heer” und den Bedarf an Lehrstühlen für theoretische Physik, die als eine deutsche Leistung in Anspruch genommen wurde, im Besonderen feststellte. Alle späteren Interventionen gingen nach diesem Grundmuster vor. 1937 ergriff Krauch die Initiative, schickte die “Jugend an die Front” und forderte “Neues Blut in Wissenschaft und Technik”; 1941 wandte sich dann noch einmal Prandtl in diesem Sinne mit einem Schreiben an Göring. In Ramsauers Aktivitäten als DPG-Vorsitzender und in der Festlegung von

Brüches Aufgabenbereichen setzte sich diese Linie später fort¹³. In dem Kompromiß, den Heisenberg mit Himmler in den Jahren 1937 bis 1939 schloss, wurde, so sein Biograph Cassidy, "seine Bereitschaft zur Fortsetzung des Paktes" (1995:482)¹⁴ mit dem Regime besiegelt und für seine Berufskollegen kann dasselbe gesagt werden. Im Ausland war der Angriff Starks auf Heisenberg in der SS-Zeitschrift mit Bestürzung wahrgenommen worden und nun sahen sich die ausländischen Mitglieder der DPG in ihrer Erwartung auf eine öffentliche Stellungnahme enttäuscht. Aus diesem Grund erklärten etliche Emigranten, die sich der Gesellschaft noch verpflichtet gefühlt hatten, ihren Austritt (vgl. Hermann 1994).

Das Verschwinden der jüdischen Namen aus der Physik vollzog sich vor dem Hintergrund einer zunehmend aggressiven Politik nach außen und der eskalierenden Repression im Innern des NS-Staates. Nach einem Kurswechsel der Regierung Ende 1937 wurde die allgemeine ‚Arisierung‘ der Wirtschaft angestrebt, d.h. es begannen die Vorbereitungen zur systematischen Ausraubung der per ‚Reichsbürgergesetz‘ diskriminierten Bürger. Ab April 1938 hatten sie ihr Vermögen anzumelden, im Laufe der Terrorwelle, die im Sommer folgte, wurden sie angepöbelt, kontrolliert, drangsaliert und immer mehr von ihnen wurden enteignet, verhaftet, ausgewiesen. Die Gewalt kulminierte in den Progromen vom 9. November 1938, der sogenannten "Reichskristallnacht", in der ungezählte Menschen ums Leben kamen und zehntausende in Konzentrationslager gebracht wurden. Mit dem Erlass Görings nur vier Tage danach wurden die Repressionsmaßnahmen nochmals verschärft. Die jüdischen Mitbürger wurden aus dem Wirtschaftsleben ausgeschlossen und man forderte die Herausgabe von Schmuck und Edelmetallen, der Zutritt zu Schulen und Universitäten wurde ihnen verboten, außerdem wurde ihre Bewegungsfreiheit durch Ausgangsverbote, den Entzug der Fahrerlaubnis, Zwangseinweisungen, Konzentrierung und Wohnungsbeschränkungen rigoros eingeschränkt. Ohnehin der ständigen Überwachung, den Hausdurchsuchungen und Verhören, dem willkürlichen und sadistischen Vorgehen der SD-Leute ausgesetzt, die vielfach vor Mord nicht zurückschreckten, wurden alle Vorgänge, die sie betrafen, schließlich aus der staatlichen Bürokratie herausgenommen. Die "Nicht-Volksgenossen" wurden zwangsweise zusammengefasst in der ‚Reichsvertretung deutscher Juden‘¹⁵ und im Juli 1939 unter die Aufsicht der SS gestellt. Wer konnte, verließ das Land. In den Jahren 1938 und 1939 wählten weitere 267 000 Menschen das Exil.

Am Ende des Jahres 1938, nämlich am 8. Dezember, erging ein Rundschreiben des Vorsitzenden der DPG, Peter Debye, in dem die jüdischen Mitglieder der Gesellschaft in höflichen Worten zum Austritt aufgefordert wurden. Debye war unter Druck geraten, nachdem Herbert Stuart und Wilhelm Orthmann einen Antrag auf ihren Ausschluß gestellt hatten. Betroffen war etwa ein Zehntel der

¹³ Alle erwähnten Schriften sind abgedruckt bei Hentschel (1996).

¹⁴ Der Vergleich mit Faust fehlt hier nicht.

¹⁵ Die Organisation bestand seit September 1933, ihr gewählter Vorsteher war Leo Baeck.

DPG-Mitglieder¹⁶. Im bereits zitierten Jahresbericht des SD von 1938 wurde dieser Schritt der Physiker lobend vermerkt: “Die Tagungen der naturwissenschaftlichen Gesellschaften zeigten neben hervorragenden deutschen Leistungen in zunehmendem Maße die Konkurrenzfähigkeit fremder Länder auf naturwissenschaftlichem Gebiete. Teilweise wurde von deutscher Seite der entscheidende Fehler begangen, für die zusammenfassenden Hauptreferate Männer zu verpflichten, die weder fachlich noch charakterlich geeignet waren, der internationalen Hörerschaft einen Eindruck von der deutschen Naturforschung zu geben. - Die veranstaltenden Gesellschaften sind noch immer stark von Juden und Emigranten durchsetzt und denken noch nicht daran, dem Beispiel der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zu folgen, die nach dem 10. November 1938 ihre bisherigen Mitglieder, die unter die Nürnberger Gesetze fielen, zum Austritt veranlaßte. Fast einheitlich zeigte sich im Berichtsjahr die instinktlose Haltung der deutschen Naturforscher in dem spontanen Beifall, der auf Tagungen den jüdischen oder dem Amte enthobenen ehemaligen Professoren entgegengebracht wurde” (nach Schlüpman 2001:II-6).

Dem Schritt, den die DPG nun unternahm war die Vertreibung der jüdischen Kollegen vorausgegangen, der man nur eine recht hilflose Reaktion entgegenzusetzen vermocht hatte, und die anschließende Auslöschung ihrer Namen in einem Pakt, zu dem man sich im Interesse der eigenen Sicherheit genötigt sah. Beide Entwicklungen können als entscheidende Etappen in einem sich ausweitenden Entzug von Wirklichkeit betrachtet werden. Deren Ergebnis war das Fortschreiten der Anpassung und zwar weniger an die Ideologie des Antisemitismus als an die Bedingungen der antisemitischen Verfolgung. Im SD wusste man, worauf es ankam. Infolge der Aufhebung kollektiver Solidarität erschien die Preisgabe der Kollegen als deren individuelles Schicksal ebenso wie auch die einzelnen Fälle von Hilfsbereitschaft, auf die sie dann angewiesen waren, dann private Handlungen blieben. Auf der anderen Seite beförderte das Einsetzen der De-Realisierung eine Verwechslung des eigenen persönlichen Fortkommens mit guter und richtiger Physik, sowie ordentlicher Physik mit moralischer Anständigkeit (vgl. Cassidy 1995:433 und 483) und es machten sich Anzeichen einer Selbstüberschätzung bemerkbar, die sich in die entstandene Leere ausdehnte¹⁷. Anlässlich seiner Aufnahme in die Akademie schrieb Heisenberg an ihren Präsidenten Vahlen 1942, er sei der Überzeugung, daß die spezielle Relativitätstheorie “auch ohne Einstein entstanden wäre” (nach Cassidy 1995:566), eine Ansicht, die er in seinem Artikel in der *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft* wiederholte (vgl. Walker 1990:91).

¹⁶ Hentschel (1996:lxx) hat festgestellt, dass 121 der Namen von 1938 im folgenden Jahr nicht mehr auf der Mitgliederliste erschienen.

¹⁷ Mario Erdheim (1980) hat die Realitätsverzerrung des Herrscher-Ichs ins Grenzenlose auf eine Amalgamierung aus Narzissmus, Ambivalenz und Aggression zurückgeführt. Einige Grundzüge seiner Analyse lassen sich in der hier beschriebenen Dynamik wiedererkennen, zumal die Figur des Faust eines seiner Beispiele ist.

Die Rettung des Fachs als einer "sauberen" Sache vollzog sich auf der Grundlage eines radikal de-personalisierten Wissenschaftsverständnisses und daraus ergaben sich keineswegs nur Nebeneffekte, sondern eine fundamentale Beschädigung im kollektiven Verständnis der Wissenschaftler von sich und ihrer Tätigkeit. Denn von der persönlichen Einstellung unabhängig, verkehrte sich die erfolgreich durchgesetzte fachliche Autonomie in eine Unterwerfung, in der die Gleichschaltung der DPG nun nachgeholt wurde. Das Besondere am Fall der Physiker besteht in dem Paradox, das dieser Schritt mit einer scheinbar unerschütterlichen Tradition von Wissenschaftlichkeit einherging. Die hergebrachten Denkmuster und eine lang eingeübte Rhetorik täuschten über den Bruch hinweg, ebenso wie die herrschende wissenschaftstheoretische Auffassung, dass die Richtigkeit einer Theorie von ihrem Entstehungszusammenhang unabhängig ist (vgl. Walker 1990:91), sich in die Illusion einfügte. Insbesondere der letzte Aspekt weist auf, dass die Frage einer begrifflichen Bestimmung im gesellschaftlichen und politischen Kontext zu betrachten ist. Die deutschen Physiker waren unvorbereitet darauf, sich den Fall vorzustellen, der nun eingetreten war und in dem ein solches Denken einzig und allein darauf hinauslief, ihre Wissenschaft einem verbrecherischen politischen System dienstbar zu machen. Man kann es auch so formulieren: Unter der Bedingung einer sich ausweitenden Entwirklichung nahm der Geltungszusammenhang wissenschaftlicher Erkenntnis totalitäre Züge an¹⁸.

Physiker im Krieg

Parallel zu diesen Entwicklungen traten nun ganz unerwartete neue Chancen auf. "Durch den Kriegsausbruch und das Interesse des Heereswaffenamtes an der Kernspaltung wurde Heisenberg und den Kernforschern plötzlich eine einmalige Gelegenheit geboten, endlich den Herrschenden zu zeigen, was sie wert waren" (Cassidy 1995:521). Im Glanz der modernen Physik und ihrer Erfolge ließ sich die vorausgegangene Geringschätzung wieder wettmachen. Nun endlich erhielten die Wissenschaftler das "Mitspracherecht der Experten, das ihnen vom Staat ihrer Meinung nach zu Unrecht vorenthalten wurde" (Ludwig 1979:241). Außer der gebührenden Anerkennung brachten der Eroberungskrieg und die Ausdehnung des deutschen Machtbereichs eine ganze Reihe opportuner Perspektiven mit sich. Es entstanden die neuen "Reichsuniversitäten" in Prag, Posen und Straßburg, als zusätzlicher Bonus wurde der Zugriff auf Forschungseinrichtungen und Ressourcen der besetzten Länder möglich. Die Physiker, die bereits zu großen Teilen im Einflussbereich von Großindustrie und Wehrmacht agiert hatten, arbeiteten in Zukunft noch enger mit Luftfahrtministerium, dem Rüstungsministerium und der Industrie zusammen. "Der Krieg hatte industrienaher Großforschung zur Folge, an der Physiker wie nie zuvor beteiligt waren (Sprengstoffphysik, 'Luftfahrtforschung',

¹⁸ Eine Nachwirkung der Entwirklichung dauert in der Wissenschaftsgeschichtsschreibung an, die positiv vermerkt, dass die Gleichschaltung der DPG sich "erst" 1938 vollzog (vgl. Hoffmann 2002). Statt darüber zu erschrecken, dass es genau dann geschah als die Bedrohung jüdischer Menschen so gesteigert wurde.

Raketenbau, Funkortung, meteorologische und Ionosphärenprogramme, Demagnetisierungsanlagen der Marine etc.)” (Schlupmann 2001:II-12). Die Kooperation ist inzwischen vielfach dokumentiert¹⁹, so dass neben den bekannten Beispielen aus der Chemie und Raketenforschung allmählich die ganze Bandbreite der Aktivitäten sichtbar wird, die auch die militärischen Aspekte der Grundlagenforschung und die soldatische Ausrichtung der Physikerziehung mit einschließt.(vgl. Hentschel 1996:xxxix).

“Der Krieg sollte der Physik nützen, indem gezeigt wurde, wie die Physik dem Krieg nützen konnte” (Cassidy 1995:545). In welchem Ausmaß sich die Physiker dabei engagierten, wurde später in den *Physikalischen Blättern* der Nachkriegszeit heruntergespielt und in vielen Fällen auch gänzlich verschwiegen²⁰. Die Rede, die Jonathan Zenneck in seiner Funktion als kommissarischer Vorsitzender der DPG auf der Physikertagung vom 1./2. September 1940 hielt, ist einer der vielen Belege für die Einsatzbereitschaft, die die Physiker ohne zu zögern an den Tag legten, um ihre Wissenschaft auf diesen Krieg einzustellen. Die Anstrengungen in Rüstungsforschung wurden zur “nationalen Pflicht” erklärt und damit war eine Position aufgebaut, die sich anschließend als ein sozusagen ‚normales‘ Verhalten im Kriegszustand erklären ließ. In der Konsequenz neuerer Forschung wird die vorgebliche Naivität dieser Einstellung zunehmend in Zweifel gezogen und die Historiographen weisen in ihren Kommentaren darauf hin, dass letzten Endes nicht mehr danach gefragt wurde, für wen man arbeitete, und auf welcher Grundlage die Kollaborationsverhältnisse mit dem Regime eingegangen wurden. Aber immer noch bleiben diese Feststellungen weitgehend generell und auf die Gesamtheit der nationalsozialistischen Herrschaft bezogen. Wenn überhaupt, wird nur beiläufig erwähnt, dass auf der nämlichen Tagung im September 1940 die DPG eine neue Satzung verabschiedete, in der sie die Führung des REM anerkannte und dem Ministerium das Recht einräumte, eine Vertretung zu ihren Versammlungen zu schicken. Darüber hinaus wurde in Paragraph 4 festgelegt, dass “ordentliches Mitglied nur Reichsdeutsche werden können, welche nebst ihren Ehepartnern Reichsbürgerrechte besitzen” (nach Schlupmann 2001:II-8). Auf der anschließenden Geschäftssitzung erfolgte die Wahl Ramsauers zum neuen Vorsitzenden. Die Formalisierung des Ausschlusses der bedrohten Mitglieder und die Ausnutzung der durch die Kriegsbedingungen gebotenen Möglichkeiten zur Verbesserung der eigenen Lage gingen Hand in Hand.

¹⁹ Zuletzt in Maier (2002).

²⁰ Ein Beispiel ist der Bericht über die Demontage der Zeiss-Werke in Jena, in dem ausführlich auf die sozialen Leistungen der Firma Carl Zeiss und die Bedeutung ihrer technischen Entwicklungen für die zivile Forschung und Produktion eingegangen wurde. Nichts zu erfahren ist dagegen über die herausragende Rolle des nationalsozialistischen Musterbetriebs, der mit der goldenen Fahne der DAF ausgezeichnet worden war, auf dem militärischen Sektor, somit über den Bereich, auf den 84% des Rekordumsatzes von 236 Millionen Mark im Jahr 1943 entfielen. Die Firma war Hauptlieferant der Wehrmacht für optische Geräte. Seit Anfang 1941 hatte Georg Joos bei den Zeiss-Werken die Stelle des Chefphysikers inne und war Mitglied der Geschäftsleitung (vgl. Hentschel 1996:lxxxviii).

Wenig später "klärten die Physiker ihre Fronten. Wolfgang Finkelburg machte die ideologische Klärung zur Bedingung seiner Dozentenführertätigkeit in Darmstadt, also bot der NSDDB die Plattform. Im Herbst 1940 fand die von Physikern als ‚Münchener Religionsgespräch‘ bezeichnete Begegnung statt. ... Damit wurde eine Trennung zwischen ‚fachlichen‘ und ‚weltanschaulichen‘ Aussagen bekräftigt, auf die sich Ludwig Prandtl und Heinrich Himmler schon in einer Korrespondenz vom Sommer 1938 geeinigt hatten. Die Ausklammerung wissenschaftsphilosophischer Fragen und die Betonung ‚reiner Sachlichkeit‘ waren taktisch geboten. Eine offene Diskussion über grundsätzliche - und in der Diktatur auf der Hand liegende - Fragen der Legitimität wissenschaftlicher Arbeit verbot sich von selbst" (Schlupmann 2001:II-12). Der ideologische Streit war noch einmal ausgebrochen, aber die Begegnung in München am 15. November fand unter grundsätzlich veränderten Voraussetzungen statt. Zwar war mit der territorialen Expansion im zunächst für Deutschland sehr erfolgreichen Verlauf der Blitzkrieg-Strategie der Legitimationsbedarf des Regimes angewachsen, so dass die Parteiideologen im NSDDB bzw. im Amt Rosenberg sich noch einmal verstärkt auf den Plan gerufen fühlten und zu einer Wiederaufnahme ihrer Pläne veranlasst sahen. "Aber das Scheitern dieser Anstrengungen war nicht weniger ein Symptom für zynische Pragmatik einer Wissenschafts- und Bildungspolitik, in der sich heterogene Interessen trafen, die auf nichts anderes als auf mörderische Kriegsführung hinausliefen und die weitgehend durch und mit SS- und SD- Chargen und Zugehörigkeiten koordiniert und kontrolliert wurden" (Schlupmann 2001:II-6). Die Abmachung der Physiker lag auf einer Linie mit den Vorstellungen, die Schumann, Chef der Forschungsabteilung im HWA, 1939 in seinem Artikel über "Wehrmacht und Forschung" geäußert hatte. Denn nachdem dieser sich in einer großspurigen, nationalistischen und martialischen Rhetorik darüber verbreitet hatte, dass "durch den Sieg des Nationalsozialismus wieder eine Verteidigungsgesinnung/haltung sicher in der gesamten Nation verankert worden ist", die auch in den Universitäten und Forschungseinrichtungen Einzug gehalten habe, verkündete er: "Wissenschaft kann man nicht herumkommandieren" (in Hentschel 1996:211). Mit Nachdruck brachte er öffentlich zum Ausdruck, dass die Freiheit der Forschung als Bedingung einer leistungsfähigen Wissenschaft für den Krieg anzusehen ist.

Unter strenger Geheimhaltung setzte Schumann in Absprache mit Mentzel im gleichen Zeitraum einen Forschungsverbund zur Kernspaltung in Gang, angeregt sowohl durch Paul Harteck und Wilhelm Groth aus Hamburg, die an das HWA geschrieben, als auch durch Georg Joos und Wilhelm Hanle, die sich ans REM gewandt hatten. Im Sommer 1939 übertrug das Ministerium die Aufgabe Esau, dem zuständigen Fachspartenleiter im RFR und PTR-Präsident; von Seiten des HWA nahm sich Kurt Diebner, seit 1934 gleichzeitig im HWA und als Mitarbeiter der PTR beschäftigt, der Sache an. Direkt nach Kriegsbeginn wurde das Projekt ins HWA verlagert und im Oktober 1939 hatte der "Uranverein" Form angenommen; zu koordinieren war eine Assoziation von mehr als fünf Forschungsgruppen, die an verschiedenen Orten arbeiteten. Als wissenschaftliches Zentrum der

anstehenden Grundlagenforschung war das KWI für Physik ausersehen worden, das Anfang des kommenden Jahres vom HWA requiriert wurde, die Bedingungen der Übergabe regelte ein Vertrag der Wehrmacht mit der KWG vom 6. März 1940 (in Hentschel 1996:235-8). Wenn auch die Möglichkeiten, die sich mit der neuen Entdeckung auftaten, reichlich phantastisch erschienen, waren sie doch, wenn sie sich als zutreffend erweisen sollten, unter Kriegsbedingungen von allergrößtem Interesse, gleichgültig ob es sich am Ende um eine Bombe oder eine "Uranmaschine" zur Energieerzeugung handeln würde. Dass trotz der unkalkulierbaren Ergebnisse in einer vergleichsweise raschen Reaktion, Gelder bereitgestellt und zukünftige Mitarbeiter vom Kriegsdienst freigestellt wurden, ist nicht zuletzt auf die entschlossene Initiative Diebners und dessen Unterstützung durch den einflussreichen Schumann zurückzuführen. Diebner wurde mit der kommissarischen Leitung des KWI betraut, da der amtierende Direktor Debye von Mentzel unter Druck gesetzt worden war, seine holländische Staatsbürgerschaft aufzugeben, dies aber verweigerte²¹. Debye, der anfangs an den Planungen zum "Uranverein" teilgenommen hatte, war von den Maßnahmen des HWA überfahren worden und zog es vor, seinen im Januar angetretenen USA-Aufenthalt zu verlängern und entschloss sich schließlich dazu, nicht nach Deutschland zurückzukehren. In diesem Umfeld vollzog sich Heisenbergs Aufstieg zum Physiker Nr.1 der Nation. Er war auf Vorschlag Bagges, der nach seiner Promotion bei Heisenberg Diebners Assistent geworden war, erst im Oktober 1939 zum Uranprojekt gekommen. Im Winter 1939/1940 erarbeitete er ein ausführliches Gutachten für das HWA. "Das Gutachten machte Heisenberg sofort zum führenden deutschen Experten auf dem Gebiet der Kernspaltung und diente den ganzen Krieg über als Leitfaden für das deutsche Projekt" (Cassidy 1995:516). Als Heisenberg dann im Frühjahr 1942 zum Leiter des KWI ernannt wurde und die Professur in Berlin erhielt, musste Diebner wieder beiseite treten.

Das Projekt der deutschen Kernforschung war von den militärischen Erfolgen der Wehrmacht direkt abhängig und hatte seinen Anteil an den Beutezügen in den besetzten Ländern. Uranerz bezog man aus der 1938 annektierten Tschechoslowakei und aus Belgien, schweres Wasser aus Norwegen (Hentschel 1996:lxxxvii). In den deutschen Machtbereich gelangten auch drei der wenigen in Europa existierenden Zyklotrons²². Der Einmarsch deutscher Truppen in Paris bescherte den Zugang zu einem Zyklotron, das Frédéric Joliot und seine Mitarbeiter fast fertig gestellt hatten, was mit der Anlage in Charkow geschah wird in der Literatur über das Uranprojekt nicht berichtet²³, die Demontage des Kopenhagener Geräts wurde verhindert. Als Schumann vom HWA mit Walter

²¹ Später wurde Mentzel in diesem Fall ein außerordentlich rüdes Vorgehen vorgeworfen (vgl. Schlüpmann 2001:II-8 und Walker 1990).

²² In dem Entwurf eines Memorandums listete Heisenberg die bestehenden Anlagen auf und kommt auf eine Zahl von 17, davon zwölf in den USA und vier in Europa, im Bau seien weltweit elf, davon acht wiederum in den USA und zwei in Europa (vgl. Heisenberg 1969:85).

²³ Das dortige Institut stand offenbar zumindest auf der Wunschliste (vgl. Fischer 1987:49). Alexander Weissberg schrieb dazu, "es gibt vielleicht kein zweites Institut in Europa, das so viele verschiedene Laboratorien hat, und das so gut ausgestattet ist, wie unseres" (siehe Schlüpmann 2001:II-9).

Bothe, dessen Arbeitsgruppe in Heidelberg sich innerhalb des "Uranvereins" auf den Bau eines Zyklotrons spezialisiert hatte, in Joliot's Labor auftauchte, richteten sich ihre Fragen auf die Vorräte an schwerem Wasser und Uran sowie die Funktionsfähigkeit des Zyklotrons. Damals war auch Wolfgang Gentner dabei, der in den Jahren 1933 bis 1935 bereits dort gearbeitet hatte. Gentner übersetzte, vermittelte, half bei der Inbetriebnahme der Anlage und blieb bis 1942 in Paris. Er setzte sich für Paul Langevin ein und konnte für den 68-jährigen Wissenschaftler bewirken, dass er aus dem Gefängnis entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt wurde. Seine Autorität als Mitarbeiter eines geheimen Projekts des HWA benutzte er auch im Fall Joliot und erreichte dessen Freilassung nach einer Verhaftung im Juni 1941. Gentner wusste von den Kontakten zur Résistance und es gelang ihm, eine Durchsuchung des Instituts zu verhindern; nach seiner Rückkehr nach Heidelberg übermittelte er Nachrichten über den Uranverein in die Schweiz (vgl. Schlüpmann 2001:II-9).

Auch in dem zweiten bekannten Fall hatte sich die professionelle Solidarität eingeschaltet und die Beschlagnahme der kostbaren Apparatur wurde mit Unterstützung deutscher Wissenschaftler abgewendet, allerdings wurden dabei andere Mittel und Wege gewählt. In Kopenhagen war die zivile Regierung Dänemarks durch Werner Best als "Reichsbevollmächtigter" im November 1942 abgelöst worden. Ende September 1943 war Niels Bohr geflohen und sein Institut war im Dezember von deutschen Truppen besetzt worden. Mit Unterstützung von Gerlach, der inzwischen Fachspartenleiter für Physik im RFR geworden war, und Franz Alfred Six, der vom SD zum Auswärtigen Amt (AA) gewechselt und dort seit April 1943 die Leitung der "Kulturpolitischen Abteilung" innehatte, reisten Heisenberg und Diebner im Januar 1944 nach Dänemark, um zu verhandeln (vgl. Cassidy 1995:570-573). Aber die dänischen Wissenschaftler wiesen die Vorschläge ab, die Heisenberg ihnen unterbreitete, und verweigerten überhaupt jede Diskussion solange ihr Kollege J.K. Bøggild von der Gestapo festgehalten wurde. In dieser Situation griff das AA ein, das Institut wurde am 3. Februar ohne Bedingungen zurückgegeben und der verhaftete Physiker kam am selben Tage frei. Cassidy vermutet, dass sich Carl Friedrich von Weizsäcker an seinen Vater, Ernst von Weizsäcker, den Staatssekretär im AA gewandt hatte. Dort war nun außerdem noch der "Gegnerforscher" Six, vormals Abteilungsleiter im SD bzw. RSHA; in seinem Zuständigkeitsbereich hatte sich 1937 der Fall Heisenberg abgespielt, sowohl die anfänglichen Diffamierungen im *Schwarzen Korps* als auch die anschließenden Ermittlungen. Six' langjähriger Mitarbeiter Horst Mahnke, der inzwischen ebenfalls ins AA gekommen war, hatte damals einen Bericht zu Heisenbergs Angelegenheit verfasst. Six hatte immer einen guten Kontakt zu seinem Amtschef-Kollegen Best gehabt, der als Heydrichs Stellvertreter maßgeblich am Aufbau des SD beteiligt gewesen war, dann für Wehrmacht in Paris arbeitete und nun in Kopenhagen war, aber immer noch, wie Six auch, zum engsten Kreis der SD-Leitung gehörte.

Eine zweite Reise nach Kopenhagen unternahm Heisenberg im Frühjahr 1944, nur zwei Monate nach dem Vorfall in Bohrs Institut, er hatte eine Einladung zu einer offiziellen Begegnung mit Best und zum Vortrag am dortigen Deutschen Wissenschaftlichen Institut (DWI) erhalten. Eine ganze Reihe solcher Einrichtungen war in Kooperation zwischen AA und REM seit 1940 in den besetzten, verbündeten und neutralen Ländern etabliert worden – “zumindest in jenen, die man überhaupt für ‚kulturfähig‘ hielt” (Hachmeister 1998:247). Sie bildeten ein Kernstück der NS-Kulturpolitik, mit dem sie sich im Ausland repräsentierte, und eine ihrer Funktionen bestand darin, prominente Wissenschaftler als Aushängeschilder für das Regime einzusetzen und sie auf diese Weise in die expansionistische Politik einzubinden²⁴. Die “Kulturpolitische Abteilung” des AA unter der Leitung von Six verfolgte eine Mischung aus Propaganda und Kulturarbeit, Information und Geheimdiensttätigkeit, Six selbst war besonders im Jahr 1944 viel unterwegs und verschaffte sich einen eigenen Eindruck von der Tätigkeit der DWIs und der deutschen Botschaften. Im April besuchte er Kopenhagen, somit im gleichen Monat wie Heisenberg. Dieser schrieb, wie es von ihm erwartet wurde, einen positiven Bericht über die Kopenhagener Einrichtung. Es war Heisenbergs vorletzte Reise im Rahmen einer 1941 begonnenen “Vortragsdiplomatie” (Walker 1990:131-146) und seine letzte “als Kulturbringer in den eroberten und unterdrückten Gebieten” (Cassidy 1995:550). Heisenbergs Reisetätigkeit hatte ihn 1942 nach Budapest und Preßburg geführt, im Mai 1943 war er auf Einladung von Hans Frank, Hitlers Generalgouverneur in Polen, in Krakau, das war zwei Monate nach der Liquidierung des dortigen Ghettos und wenige Tage nach der Niederschlagung des Aufstands im Warschauer Ghetto (Cassidy 1995:568-569).

Eine zweite Reise nach Kopenhagen unternahm Heisenberg im Frühjahr 1944, nur zwei Monate nach dem Vorfall in Bohrs Institut, er hatte eine Einladung zu einer offiziellen Begegnung mit Best und zum Vortrag am dortigen Deutschen Wissenschaftlichen Institut (DWI) erhalten. Eine ganze Reihe solcher Einrichtungen war in Kooperation zwischen AA und REM seit 1940 in den besetzten, verbündeten und neutralen Ländern etabliert worden – “zumindest in jenen, die man überhaupt für ‚kulturfähig‘ hielt” (Hachmeister 1998:247). Sie bildeten ein Kernstück der NS-Kulturpolitik, mit dem sie sich im Ausland repräsentierte, und eine ihrer Funktionen bestand darin, prominente Wissenschaftler als Aushängeschilder für das Regime einzusetzen und sie auf diese Weise in die expansionistische Politik einzubinden²⁵. Die “Kulturpolitische Abteilung” des AA unter der Leitung

²⁴ “Den DWI stand in der Regel ein namhafter Professor als Präsident auf Zeit vor, während die Aufgaben des Direktors und Geschäftsführers von jüngeren NS-Akademikern wahrgenommen wurden. Die Institute verfügten über Abteilungen für Wissenschaft, den akademischen Austausch, Sprachen, Bibliothek und Organisation, in größeren Ländern wurden auch Zweigstellen in der Provinz eingerichtet. Der materielle und personelle Einsatz für diese Zentren deutscher Kulturvermittlung, die zwischen einer eher unaufdringlich-schöngeistigen Arbeit und den eigentlich erstrebten propagandistischen Effekten lavieren mußten, war beträchtlich und wurde auch oder gerade in Zeiten des militärischen Rückzugs aufrechterhalten” (Hachmeister 1998:248).

²⁵ “Den DWI stand in der Regel ein namhafter Professor als Präsident auf Zeit vor, während die Aufgaben des Direktors und Geschäftsführers von jüngeren NS-Akademikern wahrgenommen wurden. Die Institute verfügten über Abteilungen für Wissenschaft, den akademischen Austausch, Sprachen, Bibliothek und

von Six verfolgte eine Mischung aus Propaganda und Kulturarbeit, Information und Geheimdiensttätigkeit, Six selbst war besonders im Jahr 1944 viel unterwegs und verschaffte sich einen eigenen Eindruck von der Tätigkeit der DWIs und der deutschen Botschaften. Im April besuchte er Kopenhagen, im gleichen Monat wie Heisenberg. Letzterer schrieb, wie es von ihm erwartet wurde, einen positiven Bericht über die Kopenhagener Einrichtung. Es war Heisenbergs vorletzte Reise im Rahmen einer 1941 begonnenen "Vortragsdiplomatie" (vgl. Walker 1990:131-146) und seine letzte in der Funktion "als Kulturbringer in den eroberten und unterdrückten Gebieten" (Cassidy 1995:550). Heisenbergs Reisetätigkeit hatte ihn 1942 nach Budapest und Preßburg geführt, im Mai erhielt er 1943 eine Einladung von Hans Frank, Hitlers Generalgouverneur in Polen, nach Krakau. Als er Ende des Jahres dorthin reiste, waren schon mehrere Monate seit der Liquidierung des dortigen Ghettos und der Niederschlagung des Aufstands im Warschauer Ghetto vergangen (vgl. Cassidy 1995:568-569). In jenem Herbst 1943 besuchte Heisenberg ebenfalls die Niederlande, dort war ein Ausweichen vor den mörderischen Tatsachen, die sich in Deutschland und in den besetzten Gebieten abspielten, nicht möglich. Nach den Judendeportationen im März war es in Holland im April und Mai zu einem Generalstreik gekommen (vgl. Broszat/Frei 1989:275), an dem sich auch die Universitäten beteiligt hatten. Hochschulen wurden geschlossen, Säuberungen folgten und die Inhaftierung aller Soldaten der ehemaligen Armee wurde als Strafmaßnahme angeordnet. Besonders die Leidener Universität war betroffen und die Kollegen, die Heisenberg dort traf, waren von ihren Labors ausgeschlossen worden und mussten um ihre Arbeitsgeräte fürchten. Die Besatzungsbehörden und das Berliner Ministerium hatten sich von seiner Reise einer Verbesserung der Zusammenarbeit erhofft, Heisenbergs Bericht schätzte dies positiv ein, anfangs auf wissenschaftlicher Ebene und der deutsche Sieg würde die Schwierigkeiten mit der Zeit ausräumen. Seine holländischen Gesprächspartner in Leiden, Utrecht und Delft sahen das anders, denn sie konnten über die politischen Umstände der Begegnung weniger leicht hinwegsehen, auch wenn sie nun einen Teil ihrer Apparate zurückbekamen. Eine Einladung ins SS-Mannschaftshaus in Leiden schlug Heisenberg aus, doch ein Treffen mit Arthur Seyß-Inquart kam zustande (vgl. Cassidy 1995:575, sowie Walker 1990:135-139).

Widersprüchliche Rettungsversuche

Im Hintergrund von Heisenbergs Reisetätigkeit vollzog sich eine erneute Reorganisation des NS-Regimes und wieder erfolgten eine Reihe von Umbesetzungen an seiner Spitze. Im Dezember

Organisation, in größeren Ländern wurden auch Zweigstellen in der Provinz eingerichtet. Der materielle und personelle Einsatz für diese Zentren deutscher Kulturvermittlung, die zwischen einer eher unaufdringlich-schönegeistigen Arbeit und den eigentlich erstrebten propagandistischen Effekten lavieren

1941 übernahm Hitler selbst den Oberbefehl über das Heer, im Februar 1942 setzte er Albert Speer als Rüstungsminister ein und im August 1943 wurde der Polizeichef Himmler zum Reichsinnenminister ernannt. Die Veränderungen waren Reaktionen auf die Wende im Kriegsverlauf, die sich einerseits mit dem Kriegseintritt der USA am 8. Dezember 1941, den Hitler mit einer Kriegserklärung von deutscher Seite drei Tage später beantwortete, ergab und die andererseits durch den Rußlandfeldzug hervorgerufen wurde, wo es schon im ersten Winter 1941/1942 zu einer ersten Krise kam und der nach der Kapitulation in Stalingrad am 31. Januar 1943 die deutsche Niederlage einleitete. Die Verlagerung des Machtzentrums zur neuen Achse Speer-Himmler diente dem Aufgebot aller Kräfte für den Krieg, unterstützt von der Propaganda Goebbels, der am 18. Februar 1943 den "totalen Krieg" ausrief. Die Wahnvorstellungen, die angesichts eines zusehends verlorenen Krieges den "Endsieg" imaginierten, waren ebenso prägend für die innere Verfassung des Regimes wie die Vervielfachung sicherheitspolizeilicher Sondervollmachten und führerunmittelbarer Sonderbevollmächtigte und Speers Devise der "Selbstverantwortung der Industrie", unter der er eine Leistungssteigerung der Rüstungsindustrie um mehr als das Dreifache erreichte. Im Rahmen der konzentrierten Kriegsanstrengungen, in denen die Umstellung der gesamten Wirtschaft auf den Krieg forciert wurde, wurde Gauleiter Sauckel als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz berufen. Im Zuge der Umorientierung in der Rüstungspolitik und -wirtschaft verloren Göring, RLM und VJP sowie das Wirtschaftsministerium weitgehende Kompetenzen an Speer und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition (RMBeMu, später umbenannt in Reichsministerium für Bewaffnung und Kriegsproduktion, RMBK).

Parallel zum "Endsieg" wurde die "Endlösung" vorbereitet, die Politik der aggressiven Expansion und der Vernichtung²⁶ gingen eine Verbindung ein, in der die letztere umso entschlossener betrieben wurde, je mehr die erste scheiterte. Das System trat eine neue Phase des Terrors ein, sie stand im Zeichen des "Generalplan Ost" und der beginnenden Deportationen, der Errichtung zahlreicher Ghettos im Herbst 1941 und der von den "Einsatzgruppen" verübten Massenmorde im Winter 1941/1942²⁷, am Ende stand der Genozid in den Konzentrationslagern. Der jüdischen Bevölkerung in Deutschland wurden die Reisepässe entzogen, am 1. Oktober 1941 wurde die Auswanderung verboten²⁸. Seit dem 19. September 1941 war der gelbe Stern zu tragen (Klemperer 1996:213), in diesem Herbst wurde die Verschleppung in die Ghettos nach Osten intensiviert, was ab November 1941 mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft und dem Einzug des Vermögens der für die Deportation bestimmten Menschen einherging. Am 20. Januar 1942 fand die berüchtigte Wannsee-Konferenz

mußten, war beträchtlich und wurde auch oder gerade in Zeiten des militärischen Rückzugs aufrechterhalten" (Hachmeister 1998:248).

²⁶ Der Rußlandfeldzug war von Anfang an als Vernichtungskrieg geplant (vgl. Broszat/Frei 1990:263).

²⁷ Über 1 Million Menschen fiel diesen Aktionen zum Opfer, die in Hauptsache von der RSHA-Leitung ausgingen und vor Ort beaufsichtigt wurden (vgl. Wildt 2002).

²⁸ Zu diesem Zeitpunkt waren noch etwa 164 000 im Land (vgl. Schlüpmann 2001:II-6).

statt, in den kommenden Monaten setzten die Transporte nach Auschwitz ein und es wurden weitere Vernichtungslager ausgebaut, die Massenvergasungen begannen im Juni. Im besetzten Osten ging man im März des folgenden Jahres zur Liquidierung der Ghettos über, am 30. April 1943 wurde allen deutschen Juden die Staatsbürgerschaft aberkannt, nach dem 1. Juli unterstanden sie nur noch der Polizei.

Die ungeheuerlichen Ereignisse und Entwicklungen fanden in den Äußerungen des Wissenschaftlerkollektivs, um dessen Geschichte und Geschichtsschreibung es hier geht, keine Entsprechung, keinen Widerhall und keine Reaktion. Der Übergang von der Vertreibung zur systematischen Vernichtung der Juden spielte in ihrer Beziehung zum NS-Regime praktisch keine Rolle und wahrscheinlich existierte auch keine Vorstellung davon. Die Gesamtsituation in der "Volksgemeinschaft" zeichnete sich durch eine gesteigerte Künstlichkeit und Fragmentierung der Erfahrung, die zunehmende Entwirklichung und Apathie aus, je mehr die Wahrheit lebensbedrohliche Züge annahm²⁹. Im Fall der Physiker entzog sich die Katastrophe dem Bewußtsein zudem auf der Grundlage eines radikalisierten Wissenschaftsverständnis, das als das traditionelle erschien, hinter man sich selbst in Sicherheit bringen konnte und das sich so hervorragend mit dem militärischen Engagement ergänzte³⁰. Daher fand, auch als die Situation für Deutschland immer bedrohlicher wurde, keine Revision dieser Haltung statt – im Gegenteil. Der Stil von Speers Management kam den Physikern und ihrer Forderung nach wissenschaftlicher Autonomie entgegen und sie wandten sich mit jenem Elan der Rüstungsforschung zu, der als "Selbstmobilisierung der Wissenschaft" (Ludwig 1974) bezeichnet wurde.

Nach den Veränderungen in der NS-Führungsspitze bot sich in den Schlüsselpositionen der Wissenschaftsverwaltung ein nur wenig verändertes Bild, sie wurden nach wie vor besetzt von Vertretern der Wehrmacht, der Industrie oder der SS. Neue kamen dazu, andere Karrieren schritten voran. Der Stahlboß Vögler war 1940 Direktor der KWG nach dem Tod Boschs geworden, mit dieser personellen Veränderung ging kein Richtungswechsel einher. Krauchs Amt blieb bestehen; Schumann übte weiterhin seinen Ministerialdirigentenposten aus und war ab 1942 als Chefwissenschaftler des OKW tätig, wo er zum Beraterkreis Hitlers zählte (Müller 2000:70). In der Akademie für Luftfahrtforschung wurden 1942 zahlreiche Neuberufungen vorgenommen, der RFR wurde reorganisiert und Göring unterstellt, dort übernahm wiederum Mentzel die Geschäftsführung und der holte 1943 seinen Freund Sievers vom "Ahnenerbe" in die Leitung des Geschäftsführenden Beirats. Als wichtige neue Institution im Wissenschaftsbereich entstand das Planungsamt, das später dem RFR angegliedert wurde und dessen Leitung Werner Osenberg, Professor für

²⁹ Schäfer (1982) hat eingehend jene Basis für die Solidarität mit dem Regime im Krieg analysiert, die Kritik als "Verrat" erscheinen ließ und die durch Verharmlosungen, soziale Aufstiegsmöglichkeiten und Gelegenheiten zur unmittelbaren Bereicherungen zusätzlich abgestützt wurde.

³⁰ Umso mehr als man glauben konnte, damit das Erbe Habers anzutreten.

Werkzeugmaschinen und Fabrikorganisation an der Technischen Hochschule Hannover, innehatte und das als eine zentrale Instanz der wissenschaftlichen Selbstmobilisierung im “totalen Krieg” fungieren sollte. Zur besseren Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wurde ebenfalls im Jahr 1942 die “Fördergemeinschaft der Deutschen Industrie” geschaffen. Insgesamt waren die Maßnahmen auf eine Intensivierung und Vereinheitlichung der Forschungsanstrengungen gerichtet und mit den neuen Einrichtungen sollten die finanziellen und personellen Möglichkeiten dazu erweitert werden. Obwohl die Entwicklung als eine rein quantitative Steigerung erscheinen kann, verschob sich auch hier die interne Machtbalance. Die Verallgemeinerung der Militarisierung in Wirtschaft und Forschung vollzog sich zugunsten sowohl des Rüstungsministers als auch des RSHA und entwickelte ihre eigene Dynamik, in der die Physiker mit ihrem Anliegen zum Zuge kamen.

Ramsauers Aktivitäten, seine Vorträge und Denkschriften, fielen in diese Periode der Ausweitung und Reorganisation der Rüstungsforschung. Krauch, der inzwischen, als Nachfolger von Bosch, zum Generaldirektor der I.G. Farben avanciert war, hatte bereits im Sommer 1941 eine ähnliche Initiative gestartet. In Absprache mit Mentzel hatte er in einem an Göring gerichteten Schreiben die mangelnde Koordination, die Defizite in der Grundlagenforschung und das Nachwuchsproblem angemahnt. Ramsauers “Eingabe bei Rust” am 20. Januar 1942, die mit Prandtls Unterstützung und unter Finkelburgs Mitarbeit zustande gekommen war, zog nun nach. Inzwischen ist der Kontext, in dem die Eingabe vorbereitet und wahrgenommen wurde, genauer untersucht worden und damit lassen sich einige Fragen beantworten, die in der Nachkriegsdarstellung offen bleiben. Denn im Widerspruch zur Behauptung Ramsauers, daß es darauf keinerlei Reaktion gegeben und “nichts, nichts” geschehen sei, standen die Erfolge der Physiker, von denen er und andere ebenfalls berichteten. Wieso es unter den Bedingungen des Krieges möglich war, eine Informationsstelle einzurichten, einen neuen Schultypus aufzubauen und eine neue Zeitschrift entstehen zu lassen, blieb damals ebenso dubios wie jene Zuversichtlichkeit, mit der die DPG im “Ramsauer-Plan” die Umsetzung weiterer Ziele anvisierte. Welche Auslassungen im Abdruck der Eingabe in den *Physikalischen Blätter* 1947 gegenüber dem Originaldokument vorliegen, hat Dieter Hoffmann (2002) vor kurzem kenntlich gemacht. Neben den antisemitischen Textpassagen und jenen, in denen die bedenkenlose Konzentrierung der Vorschläge auf Kriegszwecke allzu deutlich wurde, einschließlich der besonderen Betonung der Kernforschung, fehlte in der Nachkriegsversion vor allem der Adressatenkreis, an den das Schreiben gerichtet war. Dazu gehörten außer dem REM noch das OKW, sowie das RKBemu und RLM, wobei sich das Netz der Absprachen um die Person des Staatssekretärs im Luftfahrtministerium, Generalfeldmarschall Milch, verdichtete. Zusätzlich zu den verlässlichen Bündnispartnern im militärisch-industriellen Komplex fanden die Physiker 1943 auch das verstärkte Interesse Goebbels’ (Hoffmann 2002:273). Der Einsatz aller Ressourcen und die größtmögliche Steigerung der Effektivität in der Rüstungsproduktion war das Ziel einer Interessenkoalition von Speer, Goebbels und Himmler und dies bildete die Grundlage dafür, daß nun

endlich die Kritik an der Forschungsplanung und –politik des Regimes aufgegriffen wurde. Von der “Deutschen Physik” war dann nicht mehr die Rede; als andere Zeitschriften eingestellt wurden, so auch die *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft*, wurden die *Physikalischen Blätter* gerade gegründet: “Die *Blätter* waren gewissermaßen ein Organ der Physiker und des Propagandaministeriums” (Mehrtens 1980:52).

Im Widerspruch zur Rhetorik des “alles für den Krieg” tauchten Überlegungen auf, die sich auf die Zukunft richteten. Das “Programm der Deutschen Physikalischen Gesellschaft für den Ausbau der Physik in Großdeutschland” erschien im ersten Heft der *Verhandlungen der DPG* 1944 und die darin niedergelegten Forderungen für die Zeit “nach dem Siege” umfaßten eine bessere Ausstattung der Institute an den Hochschulen, mehr Stellen für theoretische und technische Physik, Nachwuchsförderung auf breiter Linie, auch in der Schule sowie feste Regeln für den Kriegseinsatz der Physiker (vgl. Hoffmann 2002:302). Unter dem Prinzip der Selbstorganisation ließen sich Bemühungen zur Sicherung eigener Ressourcen eben nicht ganz ausschalten und daher verschärfte sich mit der vollständigen Mobilisierung der Gesellschaft die Dynamik bestehender Ziel- und Interessenkonflikte. Die wesentliche Konfliktlinie verlief zwischen dem OKW und der Industrie, sie bestand aber auch in der NSDAP und zwar zwischen der Parteikanzlei, Bormann, und dem Propagandaminister auf der einen, dem “SS-Staat” und den Planern im RSHA auf der anderen Seite. In der Wissenschaftspolitik bedeutete dies, daß erhebliche Belastungsproben in Mentzels Beziehungsgeflecht auftraten, dessen Bestrebungen zum Aufbau einer zweckmäßigen Forschungsplanung und Prioritätensetzung unter Kriegsbedingungen schon 1939 begonnen und zur Gründung der Kriegswirtschaftsstelle bei der DFG geführt hatten. “Dr. Georg Graue, ein enger Mitarbeiter Thiessens, gut bekannt mit Sievers und Mentzel wurde Leiter dieser Einrichtung” (Hammerstein 1999:295). Todts tödlicher Unfall 1942 und damit Speers Amtsantritt waren nicht vorhersehbar gewesen, wohl aber die Forschungsrückstände in der Rüstungsindustrie, denen Speer mit Entschiedenheit entgegenzutreten dachte, dabei vor allem auf die Großindustrie setzte und den Mahnungen und Anregungen der Wissenschaftler Gehör schenkte. “Das traf sich in manchem durchaus mit den Interessen und Absichten des Reichsministeriums für Wissenschaft” (Hammerstein 1999:374), wo sich Mentzel um die stärkere Einbindung der Forschungsstellen in den verschiedenen Wehrmachtsteilen bemühte, die weiterhin in eigener Regie vorgingen³¹. Auf der Grundlage eines Führerbefehls im Juni 1942 (vgl. Hammerstein 1999:381) stand das Speer-Ministerium im reorganisierten RFR gleichrangig neben dem REM, damit war nun ein Konkurrent aufgetaucht, der aber mit der Industrieforschung zugleich immerhin eine Verstärkung gegen die Eigenmächtigkeit der Wehrmacht versprach. Aller Rivalitäten und Konflikte zum Trotz, blieb Mentzel bis zum Schluß immer wieder der Kandidat, auf den die streitenden Parteien sich einigen konnten.

³¹ Neben den Einrichtungen in der Marine und der Luftwaffe existierten fünf weitere Forschungsstellen der Wehrmacht, zudem betrieb die Waffen-SS ebenfalls ihre eigene Forschung (vgl. Hammerstein 1999:442, Müller 2002).

Bestes Beispiel für die erforderlichen Balanceakte ist der "Uranverein", in dem die deutsche Physikerelite versammelt war. Der Forschungsverbund hatte während seiner gesamten Existenz mit zwei Strukturproblemen zu kämpfen, nämlich der Materialknappheit und den Rivalitäten unter den Wissenschaftlern. Als Ende 1941 das HWA begann, sich aus der Führung des Projekts zurückzuziehen, weil dort die Kernforschung als nicht unmittelbar kriegswichtig angesehen wurde und Diebner, an den Schumann die Aufgabe delegiert hatte, seinen Chef nicht vom Gegenteil überzeugen konnte, nahm ein Tauziehen um die Organisationsstruktur seinen Anfang, das erst Ende 1943 zum Abschluß kam. Auf den Konferenzen im Februar und im Juni 1942 äußerten sich die beteiligten Forscher, vor allem Heisenberg, mit ihren Versprechungen und Forderungen eher zurückhaltend und betonten zwar die militärische Bedeutung ihrer Arbeit aber auch das Problem der langen Entwicklungszeit. Der Rüstungsminister hielt sich an das Wort seiner Experten und sah keinen Grund zu intervenieren; die dezentrale Struktur des Projekts wurde beibehalten. Göring wies am 8. Dezember 1942 auf Veranlassung Mentzels an, daß im neuen RFR eine Arbeitsgemeinschaft Atomforschung zu bilden sei, und im Februar 1943 wurden in einer Vereinbarung zwischen Vögler, Mentzel und Esau die Zuständigkeiten zwischen Rüstungsministerium, RFR und HWA neu aufgeteilt. Unter Dach und Fach war die Angelegenheit damit noch nicht, denn zwar war Diebner wieder in die zweite Reihe gestellt worden, aber jetzt lag die Führung bei Esau, der als Fachspartenleiter für Physik zum "Bevollmächtigter für Atomforschung" geworden war, und dagegen regte sich Widerspruch unter den Wissenschaftlern. Vor allem Heisenberg wandte sich gegen Esau (vgl. Cassidy 1995:587-586), der kein Kernphysiker war und im "Uranverein" nur von Bothe, der selber einmal für die Stelle des Direktors im KWG für Physik im Gespräch gewesen war, unterstützt wurde. Heisenbergs Einschätzung wurde allerdings von Ramsauer geteilt (Hammerstein 1999:403). Deshalb sah sich Mentzel, der wiederum auf Intervention von Speer handelte, schon im Oktober 1943 veranlaßt, regelnd einzugreifen und Esau zu einem Amtswechsel im RFR zu bewegen. Für ihn wurde die Fachsparte Hochfrequenztechnik eingerichtet, der neue Fachspartenleiter für Physik und damit Leiter des Uranprojekts war Walter Gerlach.

Der zweite Schwachpunkt der deutschen Kernforschung betraf die Materialressourcen; die Produktionsfirma für schweres Wasser, Norsk Hydro, im norwegischen Rjukan wurde im Frühjahr 1943 durch Überfälle und Sabotage behindert und kam im Oktober nach einem Luftangriff zum Erliegen. Esau hatte, gemeinsam mit Diebner und Harteck, vorausgeplant und bereits im April 1942 eine eigene Versuchsanlage in Leuna in Auftrag gegeben (Hammerstein 1999:402). Die Anlage zur Schwerwasserproduktion, die auf dem Gelände des Leuna-Benzinwerk in Auschwitz bereits im Bau war, wurde vor ihrer Inbetriebnahme 1944 durch einen Bombenangriff zerstört. Hier vermittelt über den Zusammenschluß von I.G.Farben und "SS-Staat" in der Rüstungsherstellung ist dies aber nicht die einzige Verbindung der Physiker zur Terror- und Vernichtungsmaschinerie des

Nationalsozialismus. Eine weitere bestand bei der Herstellung von Uranoxid durch die Auer-Gesellschaft in Oranienburg, die weibliche KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen einsetzte.

Himmeler und seine Leute gehörten zu den direkten Interessenten am Uranprojekt, vor allem in der zweiten Phase. In Heisenbergs Institut hatten sich längst SD-Offiziere umgeschaut (Cassidy 1995:563) und im REM war der Referent, der in der Affäre um die Sommerfeld-Nachfolge auf der Seite der Parteiideologen gestanden hatte, durch den Mathematiker Helmut Joachim Fischer ersetzt worden. Über ihn flossen die von Göring für den Uranverein freigegebenen Gelder an Gerlach (Schlupmann 2001:II-11). Fischer war ebenfalls Mitarbeiter der Abteilung Kultur im RSHA³², unter dem Dezernenten Wilhelm Spengler, der seine SD-Karriere 1936 unter Six begonnen hatte und seit 1939 unter Ohlendorf im Amt III "Deutsche Lebensgebiete" arbeitete. Von dieser Stelle aus wurde das Projekt am Ende verwaltet. Als Fischer und Spengler im Gespräch mit Thiessen und Graue erfuhren, daß die fast funktionierende "Uranmaschine" drohte, den anrückenden US-amerikanischen Streitkräften in die Hände zu fallen, halfen sie, die hektische Flucht der Atomforscher Gerlach, Diebner und Wirtz sowie ihrer aufwendigen Apparate von Stadtilm in Thüringen nach Süden zu organisieren. Ernst Kaltenbrunner, Heydrichs Nachfolger, kümmerte sich höchstpersönlich den Transport und "stellte umgehend ein Kommando unter Standartenführer Ehrlinger zusammen" (Fischer 1987:73), jenem Erich Ehrlinger, der wie Spengler aus der ehemaligen SD-Abteilung unter Six stammte und sich in zahlreichen Einsätzen in den besetzten Ostgebieten "bewährt" und zu einer "sicherheitspolitischen Allzweckwaffe" (Hachmeister 1998:165) entwickelt hatte. Sowjetische und polnische Zwangsarbeiter wurden für die Transportarbeiten bei den Evakuierungsmaßnahmen bereitgestellt. Wann und wo dieses Kommando auf Bagge traf, den Heisenberg, von Wirtz über die Lage informiert, mit einem Lastwagenkonvoi aus Hechingen losgeschickt hatte, um die Vorräte an Uran und schwerem Wasser sicherzustellen, ist nicht bekannt. Offenbar war Bagge einfach schneller, denn die Geschichte des Uranprojekts setzte sich dann in Hechingen fort, wo die Heisenberg-Gruppe nun letzte Versuche durchführen konnte (vgl. Cassidy 1995:603). Gerlach und Diebner gingen nach München, das lag auf dem Weg zur "Alpenfestung", den der SS-Transport ursprünglich nehmen sollte.

Zu ergänzen ist diese Entwicklung durch einen zweiten, vielleicht noch wichtigeren Fall, über den die Umrisse eines systematischen Zusammenhang von Wissenschaft und NS-System in seiner letzten Periode zu erschließen sind. Dabei handelt es sich um die sogenannte "Osenberg-Aktion", in deren Rahmen laut Anordnung eines Führer-Befehls vom 18. Dezember 1943 die Freistellung von 5000 Technikern und Naturwissenschaftlern vom Kriegsdienst erreicht wurde. Vorausgegangen waren eine Menge Papier und noch mehr Querelen. Im Speer-Ministerium war im April 1942 ein

³² Fischer schreibt in seinen Erinnerungen (1985), es habe im REM einen Kollegen gleichen Namens gegeben. Das mag sein. Der Verwaltungszusammenhang ist jedoch belegt und Fischers Bericht ist mit Vorsicht zu interpretieren.

Planungsamt zur Intensivierung der kriegswichtigen Forschung eingerichtet worden, Anfang des folgenden Jahr schaltete man zusätzlich das RSHA ein (Hammerstein 1999:434). Die "gemeinsame Aktion von Albert Speer und Otto Ohlendorf", an der eventuell auch der KWG-Präsident Vögler beteiligt war (Federspiel 2002:85), hatte die Erfassung und Bewertung aller militärisch relevanten Forschungsprojekte und die Registrierung verfügbarer Fachkräfte, ihre Rückholung aus dem Fronteinsatz und ihre Verwendung in der Rüstungsforschung zum Ziel. Vom RSHA kam der Vorschlag, den Hannoveraner TH-Professor Osenberg, der seit 1933 SS-Mitglied und seit 1936 Mitarbeiter des SD war, zum Leiter dieses Amtes zu machen, ein Erlaß Görings im Juni regelte seine Ernennung und seine Eingliederung in den RFR³³. Osenberg war Spezialist für Torpedoforschung und hatte bereits zuvor für die Kriegsmarine ähnliche Überlegungen angestellt und Empfehlungen entwickelt, nun war er ausgestattet mit der Autorität zur Einbindung der Wehrmachtforschung, parallel dazu wurden die Kompetenzen des HWA eingeschränkt.

Hintergrund für die Einrichtung von Osenbergs Amt war, daß mit der Zunahme der Einberufungen der Mangel an wissenschaftlichem Personal zu einem Problem ersten Ranges angewachsen war. Die Zahl der eingezogenen Soldaten hatte sich von Mai 1939 bis Mai 1940 vervierfacht und verdoppelte sich bis 1944 noch einmal auf insgesamt 12,4 Millionen. Das war schon lange das Problem von Mentzel und Rust, die versuchten, einen regulären Hochschulbetrieb aufrechtzuerhalten, und seit 1942 damit zu kämpfen hatten, daß ihre Listen für die uk-Stellung von Wissenschaftlern bei den Wehrmachtstellen auf immer weniger Entgegenkommen stießen. "Tatsächlich erschwerten der Nachwuchsmangel, die Verpflichtung zu kriegswichtigen Industrieforschungsaufgaben und Einberufungen zum Militär zunehmend die Wiederbesetzung frei gewordener Lehrstühle. Insbesondere in den Naturwissenschaften und den technischen Disziplinen war das der Fall" (Hammerstein 1999:392-393). 1943 waren über 35% der naturwissenschaftlichen Lehrstühle unbesetzt oder würden aus Altersgründen in den kommenden Jahren frei werden, obwohl 50% der Berufungen erst nach 1933 erfolgt waren, und die Nachwuchsziffern waren alarmierend (vgl. Hammerstein 1999:456). Die neue Einrichtung war gedacht als eine Ergänzung zu Graues Kriegswirtschaftsstelle unter Mentzel, aber statt einer Kooperation entwickelten sich Kompetenzstreitigkeiten. Mentzel, zusammen mit Sievers und der Geschäftsstelle des RFR, unterlief Osenbergs weitgespannte Planungen, weil er ihrer Meinung nach seinen Zuständigkeitsbereich überschritt. Außerdem hielten die Oberkommandos der Wehrmacht an der Verfügungsgewalt über ihre Forschung und ihren eigenen Vorstellungen über den Kriegseinsatz von Wissenschaftlern fest (vgl. Hammerstein 1999:484). Schließlich verfügte Göring doch noch die Gründung einer Wehrforschungsgemeinschaft nach den Plänen Osenbergs und am 17. November 1944 trafen sich in Berlin endlich Vertreter aus Industrie, Wehrmacht und Ministerium, die mit Rüstungsforschung befaßt waren, an einem Tisch. Aber diese Organisation sollte ebensowenig zum Zuge kommen wie

³³ Am 26. Juni übernahm zudem das Speer-Ministerium die Marinerüstung, d.h. ihm unterstanden nun alle

das ebenfalls noch 1944 gegründete Nachwuchsamt beim RFR, das dem Dozentenführer Scheel übertragen wurde (vgl. Hammerstein 1999:493). Alle Zentralisierungsbemühungen blieben vergeblich, denn die Forschungskrise wurde vom Kriegsverlauf überholt. Von der Einstellung des Lehrbetriebs für einzelne Ausbildungsstufen war man zur Schließung einzelner Fakultäten übergegangen und als immer größere Teile der Universitäten unter den Luftangriffen zerstört wurden, war über die Verlagerung und Zusammenlegung von Instituten, die Sicherstellung von Bibliotheken und Sammlungen, die Stilllegung oder Evakuierung der Forschungseinrichtungen zu entscheiden – selbst das war kaum zu leisten.

Der Mangel an Arbeitskräften während des Krieges war bei weitem kein wissenschaftsspezifisches Problem, nicht einmal ein deutsches, nur wurde in Deutschland die Bevölkerung während des Krieges mehr als in anderen Ländern von den Belastungen und Einschränkungen durch die “Wehrwirtschaft” geschont (Herbst in Broszat/Frei 1989). Unter der im März 1942 eingerichteten Sauckel-Behörde kam es zu einer Massenausweitung der Zwangsarbeit; Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten wurden von mobilen Einsatzkommandos unter Beteiligung der Polizei ins Reich verschleppt, so daß Ende September 1944 7,5 Millionen Fremdarbeiter im Land sind, bzw. 25% der Arbeiterschaft³⁴. Gleichzeitig baute die SS ihre Wirtschaftsmacht aus, im Februar 1942 erfolgte die Eingliederung der KZ in die “Wehrwirtschaft” und auf diese Weise wurden der deutschen Industrie bis zum Sommer 1944 eine weitere halbe Million Sklaven zur Verfügung gestellt.

Durchaus ähnliche Überlegungen gab es auch in Wissenschaftlerkreisen und in der Wissenschaftsadministration. Denn man bemühte sich nicht nur verstärkt um die Mitarbeit von Wissenschaftlern aus neutralen und befreundeten Ländern³⁵, sondern zog ebenfalls eine unfreiwillige Beschäftigung in Betracht. Als der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Arthur Seyß-Inquart, die Internierung aller ehemaligen Kriegsgefangenen und ihre Verpflichtung zur Zwangsarbeit anordnete, ließ Mentzel anfragen, ob die Wissenschaftler unter ihnen für Forschungsaufgaben eingesetzt werden könnten. Zugleich informierte er die Fachspartenleiter des RFR von diesem Vorhaben und einige zeigten Interesse, wobei noch einige Fragen zu klären waren: “Wer bezahlt die Leute? Oder werden sie nicht bezahlt sondern machen Zwangsarbeit? Wie sind sie unterzubringen und zu verpflegen? Muß man sie vielleicht ähnlich wie Kriegsgefangene täglich aus

Wehrmachtsteile außer der Luftfahrt (vgl. Broszat/Frei 1989:276)

³⁴ Demgegenüber nahm die Erwerbsarbeit von Frauen zu Beginn des Krieges sogar ab und erreichte 1944 einen gegenüber dem Vorkriegsstand kaum erhöhten Anteil (Herbst in Broszat/Frei 1989:69). Der Erziehungsminister sorgte sich im Sommer 1943 um die Schulausbildung der Mädchen aufgrund der Arbeitseinsätze und wollte das Frauenstudium “soweit als irgend möglich aufrecht erhalten” (Hammerstein 1999:448). Die Physiker sahen sich von dieser Gefahr allerdings nicht bedroht, wie in den Physikalischen Blättern erleichtert festgestellt wurde, handele es sich um ein “männliches” Fach (Helferich in Phy.Blä. 1944:68).

³⁵ Das empfahl Mentzel ausdrücklich (Hammerstein 1999:477), Fischer hatte sich im Oktober 1942 ans AA gewandt, um ausländische Spezialisten zur Mitarbeit an Publikationen zur angewandten Mathematik zu gewinnen (Hammerstein 1999:460).

einem Lager abholen und wieder abliefern? Oder muß man sie wenigstens unter einer gewissen Aufsicht halten? Wie wird das ganze Arbeitsverhältnis sein mehr – weniger kollegial oder ein ausgesprochenes Zwangsverhältnis? Vor allem: trägt man die Verantwortung, falls die Leute böswillig sein sollten? Sie könnten ja politisch Unheil anrichten oder es wenigstens versuchen. Falls Dr. Oppenoort wirklich arbeiten will und nicht vielleicht durch passiven Widerstand eher bremst (aus Ihrem Schreiben spricht ja eine gewisse Skepsis), könnte ich ihn *sehr* gut gebrauchen. Er hat über Wuchsstoff gearbeitet und würde sich daher wohl sehr gut für die Mitarbeit bei unseren Blühhormonuntersuchungen eignen. Ich melde mich also als seriöser Käufer” (nach Hammerstein 1999:481). Dem Botanikprofessor Harbers aus Göttingen war klar, daß geheime militärische Forschungsprojekte nicht in Frage kam, da es sich um “deutschfeindliche Niederländer” handelte, die im Rahmen einer Strafaktion, die den Widerstandsaktionen 1942 und 1943 folgte, verhaftet worden waren. Aber es wurde nichts daraus; das REM ließ 1944 die Sache ganz fallen, nachdem das OKW sich nicht entschließen konnte, die Aufsicht über die Gefangenen den Wissenschaftlern und ihren Behörden anzuvertrauen. Das REM schickte inzwischen Heisenberg auf eine Reise in die Niederlande, um die fachlichen Beziehungen wieder zu glätten.

Gegen Ende waren dann sogar alle Mittel recht. Schon in seiner Rede anlässlich der Gründung des zweiten RFR am 6.Juli 1942 hatte der Reichsmarschall der Nützlichkeit den Vorrang vor der Ideologie eingeräumt: “Eines möchte ich gleich vorneweg sagen, was der Führer ablehnt ist eine Reglementierung der Wissenschaft als solche, daß etwa nach Grundsätzen gemacht wird: ja dieses Produkt ist zwar sehr wertvoll, äußerst wertvoll und würde uns sehr weit bringen. Wir können es aber nicht verwerten, weil zufällig der Mann mit einer Jüdin verheiratet ist oder weil er Halbjude ist – Sie wackeln mit dem Kopf Schultze! Ihr Dozentenbund ist am allerschlimmsten dabei. Er ist der Schrecken überhaupt der Hochschule in dieser Richtung. – Aber ich wollte nur sagen: das muß eben vermieden werden. Ich habe das jetzt selbst dem Führer vorgetragen. wir haben jetzt einen Juden in Wien zwei Jahre länger eingespannt, einen anderen auf dem Gebiet der Photographie, weil sie die gewissen Dinge haben, die wir brauchen und die uns in diesem Augenblick absolut voranbringen werden. Es wäre Wahnsinn nunmehr zu sagen: Der muß weg! Das war zwar ein ganz großer Forscher, ein phantastischer Kopf, aber er hat eine Jüdin zur Frau und kann nicht auf der Hochschule sein usw. Der Führer hat in diesem Fall auf dem Gebiete der Kunst bis zur Operette hin Ausnahmen zugelassen, um das zu erhalten. Umso mehr wird er die Ausnahmen dort zulassen und billigen, wo es sich um wirklich ganz große Forschungsaufgaben oder Forscher selbst handelt” (nach Hammerstein 1999:384-385). Der zynische Pragmatismus Görings war die Grundlage, auf der es den Wissenschaftlern in einigen Fällen gelang, bedrohte Kollegen vor der Deportation zu bewahren, doch die Hauptakteure auf dieser Linie waren andere.

Am 25. Mai 1944 erteilte Himmler dem Leiter des SS-Hauptamts Verwaltung und Wirtschaft folgende Anweisung³⁶: “Unter den Juden, die wir jetzt aus Ungarn hereinbekommen, sowie auch sonst unter unseren Konzentrationslager-Häftlingen gibt es ohne Zweifel eine ganze Menge von Physikern, Chemikern und sonstigen Wissenschaftlern. Ich beauftrage den SS-Obergruppenführer Pohl, in einem KL eine wissenschaftliche Forschungsstätte einzurichten, in der das Fachwissen dieser Leute für das menschenbeanspruchende und zeitraubende Ausrechnen von Formeln, Ausarbeitung von Einzelkonstruktionen, sowie aber auch zu Grundlagen-Forschungen angesetzt wird. Das Ahnenerbe wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem RSHA, das unter den russischen Gefangenen eine ähnliche Auswertungsstätte eingerichtet hat, die von der Wissenschaft und Rüstungsindustrie als vordringlich erachteten Aufträge einzuholen und sie zu stellen. Gesamtverantwortung: SS-Obergruppenführer Pohl, wissenschaftliche Leitung: Ahnenerbe, SS-Oberführer (Generalleutnant) Wüst, in Vertretung SS-Standartenführer (Generalmajor) Sievers. Die wertvolle Anregung zu diesem Gesamtkomplex stammt von SS-Obergruppenführer Koppe. Als Sonderauftrag für das Ahnenerbe gebe ich die sofortige Inangriffnahme der vor dem Krieg von Dr. Scultetus angefangenen Rechnungen der Grundlagen für eine langfristige Wettervorhersage, die im Jahre 1939 aus Kriegsgründen abgebrochen werden mußte. Ich wünsche monatlichen Bericht, zum erstenmal am 1.8.1944”. Schlüpmann dokumentiert den weiteren Verlauf der Angelegenheit: “Auf Sievers’ Exemplar von diesem Befehl ist handschriftlich vermerkt, daß er am 9.6. ‚SS-Standartenführer Spengler‘ unterrichtete. Das Protokoll einer Besprechung am 15. Juni zwischen Pohl, Sievers und Maurer (SS-Standartenführer) erklärte den Referenten für Naturwissenschaften im RSHA III C Dr. habil. Fischer zum Oberaufseher und hielt unter Punkt 3 fest: ‚Es sollen nur die besten Kräfte für die Arbeiten herangezogen werden, etwa 30-40. Die Unterbringung soll in Sachsenhausen erfolgen, da dort die Beaufsichtigung am besten möglich, weil Dr. Fischer in Berlin sitzt‘ - unter Punkt 5: ‚Nach Regelung der Unterkunftfrage und Meldung der verfügbaren Fachkräfte werden unter Einschaltung des Reichsforschungsrates durch das Ahnenerbe die Arbeitsaufträge erteilt. Dabei sollen besonders berücksichtigt werden die Arbeitsbereiche der Bevollmächtigten für Hochfrequenztechnik, für Kernphysik und für Strahlvortrieb, sowie Prof. Süss, Freiburg‘. Walther Gerlach schrieb am 19.8. an Sievers: ‚Mit Interesse nahm ich die Ausführungen ihres Briefes vom 21.8. (7.?) 44 zur Kenntnis. Ich begrüße das Bestreben, das Fachwissen der in Konzentrationslagern sitzenden Wissenschaftler für die Grundlagenforschung einzusetzen und habe in diesem Sinne mit Dr. Graue gesprochen. Auch mit Herrn Prof. Süss, Vorsitzter des Fachkreises Mathematik, werde ich mich in dieser Richtung in Verbindung setzen‘. Sievers gab unter dem 1.12.44 zu Protokoll: ‚in Buchenwald wurden von den dort vorgestellten 37 Häftlingen 14 als brauchbar ausgewählt (...) vom SS-Rohstoffamt sind 32 Rechenmaschinen übergeben worden“”(Schlüpmann 2001:II-11).

³⁶ Oswald Pohl hatte dieses Amt 1939 übernommen, er wurde 1951 aufgrund seiner Verbrechen als Einsatzgruppenführer hingerichtet. Der Himmlerbefehl wird bei Hammerstein (1999:432-433) und bei Schlüpmann (2001:II-11) erwähnt. Ich zitiere nach Schlüpmann.

Der mit der Aufsicht des Projekts betraute Fischer erinnerte sich noch Jahrzehnte später an seine Verwunderung über Himmlers Anweisung: “Das war schon ein merkwürdiges Ansinnen. Beruht doch die Leistung eines Wissenschaftlers und eines Forschers nicht nur auf einer besonderen Begabung und Ausbildung, sondern setzt auch seine Absicht voraus, für die Allgemeinheit einen wertvollen Beitrag zu leisten, sei es in praktisch zu verwertenden Ergebnissen oder einfach nur in der Vermehrung und Vertiefung des Wissens um die Beschaffenheit der uns umgebenden Welt. Von politischen Gegnern und sonstigen Häftlingen konnte man diesen inneren Antrieb zur wissenschaftlichen Beschäftigung doch nicht erwarten” (Fischer 1985:99). Aber da Himmlers Vorschlägen nicht widersprochen wurde und er doch hier “von sich aus zu der guten Sache beizutragen” wünschte, machte sich Fischer an den Aufbau eines Recheninstituts, überlegte sich, wie man die Arbeit kontrollieren könne, und fuhr Sachsenhausen und Buchenwald, um die “feinere Auswahl” (Fischer 1984:100) der betreffenden Häftlinge durchzuführen. Sein “Bericht” von Sachsenhausen hört sich folgendermaßen an: “Der allgemeine Eindruck, den ich bei meinem Aufenthalt im Konzentrationslager Sachsenhausen, der etwa drei Stunden dauerte, erhielt, war weitaus besser, als ich erwartet hatte. Niemand konnte ja erwarten, daß die Häftlinge frohgestimmt waren. Aber ich hatte doch den Eindruck, daß es ihnen nicht sonderlich schlecht ging. Sie schienen ausreichend ernährt zu sein, wenn nicht sogar besser als der Durchschnitt der Berliner Bevölkerung in diesen letzten Jahren des Krieges. Und auch ihre geistige Regsamkeit schien nicht gelitten zu haben. Abgesehen davon, daß einige Häftlinge einen etwas mürrischen Eindruck machten und andere sich begreiflicherweise recht zurückhaltend ausdrückten, konnte man mit ihnen ausführlich über Einzelheiten ihrer Ausbildung sprechen und vernünftige Antworten erhalten, und einige zeigten sogar ein ausgesprochenes Interesse und berichteten von sich aus mehr als gefragt war” (Fischer 1984:102). Später als zu eine ähnlichen Zweck in Dachau³⁷ war, sah er seinen “durchweg günstigen Eindruck von den Zuständen im Konzentrationslager” (Fischer 1984:103) bestätigt. Daher sei alles nur lügnerische Propaganda der Alliierten gewesen und nur zum Schluss hätte sich dies geändert, als “der bis dahin reibungslos arbeitende Apparat der Konzentrationslager völlig zusammenbrach und in ein Chaos ausartete” (Fischer 1984:103). Er behauptet nur mit politischen Häftlingen, vorwiegend Ausländern, zu tun gehabt zu haben, normale Kriegsgefangene sozusagen. Um sich verständigen zu können, brauchte er einen Dolmetscher, mit dem er sich offenbar angeregt unterhalten hat, er erinnert sich an den Namen Verweyens³⁸, eines Universitätsprofessors, der aber als Geisteswissenschaftler

³⁷ Zum KZ-Institut in Dachau siehe Ludwig (1974:505), zum Einsatz von Kriegsgefangenen in der Hochfrequenztechnik siehe Hammerstein (1999:524).

³⁸ Johannes Maria Verweyen, war außerordentlicher Philosophieprofessor in Bonn gewesen und hatte 1934 seine Lehrbefugnis verloren. Er gehörte zum linken Spektrum der katholischen Kirche und trat öffentlich gegen die Rassenlehre des Nationalsozialismus auf. Die Gestapo beobachtete ihn schon seit Jahren, als er 1941 ohne Anklage verhaftet wurde. Ein halbes Jahr später wurde er ohne Verfahren in Sachsenhausen interniert, von dort im Februar 1945 nach Bergen-Belsen gebracht, wo er im März 1945 starb (vgl. http://www.bautz.de/bbkl/v/verweyen_j_m.shtml).

für sein Projekt nicht in Frage gekommen wäre. "Ich gab ihm den Rat, er sollte, sobald er dazu Gelegenheit finden würde, sich auch einmal mit Astronomie befassen" (Fischer 1984:103).

Es sollte noch eine weitere Aktion Himmlers zur Unterstützung der Wissenschaftler folgen. Am 19. Juni 1944 erwirkte Speer den Führerbefehl "Zur Konzentration der Entwicklung". Der entsprechende Erlass des Rüstungsministers verfügte, "daß in Zukunft nur noch diejenigen Entwicklungen gefördert werden (sollen), die durch neue umstürzende Eigenschaften in der Lage sind, uns gegenüber den Entwicklungen der Feindmächte bedeutenden Vorteil zu bringen" (nach Walker 1990:166) und legte fest, dass eine Fortführung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten die besondere Genehmigung seines Ministeriums bedürfe. Einen Monat später wurde das Attentat auf Hitler verübt, in dessen Folge Himmler am 25. Juli 1944 das Kommando des Ersatzheeres übernahm (vgl. Broszat/Frei 1989:282). Als eine seiner ersten Amtshandlungen in dieser Funktion ordnete er an, die Einberufung von 14.600 Ingenieuren und Technikern aus dem "Wehrforschungssektor sofort anzuhalten, da ich den Abbau unserer Forschung für Wahnsinn halte" (nach Zierold 1968:254, vgl. Walker 1990:167). Damit entsprach Himmler Osenbergs Forderungen und realisierte eine von Ramsauers Empfehlungen, der davon gesprochen hatte, dass 10.000 Soldaten den Kriegsverlauf nicht beeinflussen könnten, wohl aber wären 10.000 Wissenschaftler dazu in der Lage. Am 3. August wandte Himmler sich mit einem Brief direkt an Speer, in dem er gegen einen Abbruch von Forschungsarbeiten Einspruch einlegte und darauf hinwies, dass der Gegner den Rückstand ausnutze, weil er "ganz zweifelsohne seine Wehrforschung nicht einstellt" (nach Zierold 1968:254). Da die zuständigen Stellen offensichtlich nicht in der Lage wären, Forschungspotentiale und zukünftige Ergebnisse abzuschätzen, schlug er vor, gemeinsame Schritte zu unternehmen, die im Prinzip auf die Vorstellungen Osenbergs zur Bildung einer Wehrforschungsgemeinschaft und eine Einschränkung des HWA hinauslief (vgl. Hentschel 1996:327-329).

Dass die Physiker im letzten Kriegsjahr verstärktes Entgegenkommen und beträchtliche Unterstützung in der Osenberg-Aktion bei Himmler fanden, ging entscheidend vom RSHA aus, dort hatte man auch Interesse am Uranverein und Verständnis für den Ramsauer-Plan gezeigt. Denn etwa gleichzeitig mit der Einrichtung des Osenbergschen Planungsamts war Fischer von der SD-Leitstelle in Berlin ins RSHA versetzt worden und bemühte sich dort gemeinsam mit seinem Amtschef Spengler erfolgreich um die Zusammenarbeit mit den Fachspartenleitern des RFR für Physik und Chemie, Gerlach und Thiessen, sowie mit den Spezialämtern von Osenberg und Graue. In den Aktionen und Stellungnahmen dieser Gruppierung trat nun mehr und mehr eine Zweigleisigkeit auf, in der Kriegsanstrengungen und Nachkriegsplanungen ineinander griffen. Sie kennzeichnete alle der drei hier besprochenen Unternehmungen für die Wissenschaft und daraus wurde später ihre Legitimation bezogen. Insbesondere Gerlach "wollte energisch, wie er selbst sprachregelnd

formulierte, die Voraussetzungen ‚für nach dem Sieg‘ schaffen. Das geschah weniger mit Unterstützung des Speer-Ministeriums als mit der des RSHA, entsprach ähnlichen Überlegungen in Wirtschaftskreisen, auf deren Mitarbeit die Kriegsherren angewiesen waren, und stand daher nur scheinbar dem Kriegswillen entgegen. Der ‚Durchhaltewille‘ wurde gestärkt und die Aufmerksamkeit von den Untaten des Völkermords abgelenkt“ (Schlupmann 2001:II-12).

Die Doppelbödigkeit der Situation kennzeichnete auch Gerlachs Rolle bei der Rettung einzelner Wissenschaftler, für die er sein Amt mehrfach einsetzte und spitzte sich im Fall seines Freundes Richard Gans dramatisch zu³⁹. Ein anderes Mal reichten Gerlach und Graue bei Fischer eine Liste von Wissenschaftlern ein, die durch eine Gestapo-Aktion zur Jahreswende 1944/1945, davon bedroht waren, in ein Arbeitslager für jüdische “Mischlinge” und “Versippte” eingewiesen zu werden, Fischer genehmigte die Ausnahmen⁴⁰. Daran beteiligt war ebenfalls der Mathematiker Wilhelm Süss, der ähnlich wie Gerlach und meist in Abstimmung mit ihm vorging⁴¹. Im Mittelpunkt der Bestrebungen stand jedoch immer das Fortkommen der Disziplin, kurz zuvor hatte Süss auf der Salzburger Rektorenkonferenz eine vielbeachtete Rede gehalten, in der er die politische Gängelung der Universitäten und den Abbau der Ausbildung kritisiert hatte. Seine Hauptaktivität in jener Zeit war darauf gerichtet, über Mentzel und mit Unterstützung von Gerlach, ein Reichsinstitut für Mathematik zu etablieren, das dann 1944 in Oberwolfach entstand und sich vor allem der Grundlagenforschung widmen sollte (Hammerstein 1999:458-469). Für ihn, wie für alle anderen, die ihrer Wissenschaft zu mehr Anerkennung und größerem Gewicht im NS-System verhalfen, gilt analog die Feststellung Cassidys: “Das Ansehen, das Heisenberg und andere Kernphysiker nun wieder genossen, nutzten sie kaum zur Rettung anderer Menschen; unübersehbar war aber der Nutzen für das deutsche Kernforschungsprogramm” (Cassidy 1995:591). Die Aktionen standen unter der Prämisse der Fachinteressen und die Erklärung, auf diese Weise habe man zur Rettung von Wissenschaftlern beigetragen, relativiert sich durch den historischen Kontext, in dem die “Friedensvorbereitungen” der Physiker neben dem Zwangsarbeiter- und KZ-System bestanden und sich zum Teil sogar damit verschränkten.

³⁹ Fischers Erinnerungen (1985:67f) erwähnen den Fall des “Juden Gans” im Kontext von abstrusen Erfindungen einer “Wunderwaffe”: “Er hatte es verstanden, allen Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland bisher dadurch zu entgehen, daß er angab, er arbeite an einem Rheotron und mit dessen Hilfe würde er in der Lage sein, Strahlen zu erzeugen, die Flugzeuge vom Himmel holen könnten”. Richard Gans hatte seine Professur in Königberg verloren, war Berater bei AEG gewesen und war in Lebensgefahr. Durch das gemeinsame Handeln einer größeren Gruppe von Freunden und Kollegen konnte er gerettet werden (vgl. Schlupmann 2001:II:11). Fischers Begeisterung an seiner eigenen Wichtigkeit ließ ihn noch Jahrzehnte später übersehen, daß die anderen Beteiligten die Umstände im Sinne von Gans zu beeinflussen versuchten und ihn schließlich erfolgreich täuschen konnten. Fischer rechnete sich an, daß er die Bedeutung von Gans‘ Arbeit für die Grundlagenforschung erkannt habe, im Gegensatz zu Oberst Geist, der auf die Strahlensache hereingefallen sei.

⁴⁰ “Zu den Gesicherten gehörte der Tübinger Mathematiker Kamke, eine Reihe von Mitarbeitern der Auer-Gesellschaft, die an der Anreicherung des Uran-235 arbeiteten, und einige andere” (Fischer 1985:129).

⁴¹ Hammerstein (1999:465-468) nennt außer Erich Kamke noch weitere Fachkollegen von Süss, denen er weiterhalf, nämlich Gerhard Grüß und Otto Mohr.

Aus den Dokumenten geht hervor, „daß von einer größeren ‚Rettungsaktion‘ in den Lagern im Namen der Wissenschaft nicht gesprochen werden kann“ (Schlupmann 2001:II-12). Hammerstein ist den Bemühungen um das KZ-Recheninstitut im Kontext der institutionellen Wissenschaftspolitik nachgegangen und muss zum Schicksal der jüdischen Gefangenen feststellen: „Nur einige dieser Mathematiker überlebten“ (Hammerstein 1999:433)⁴².

In den parallel laufenden Maßnahmen zur Lösung der Forschungskrise und des akuten Personalmangels kommt vielmehr die Dynamik einer totalen Mobilisierung zum Ausdruck, die sich zunehmend selbst unterlief. Alles war zur Kriegsmaßnahme erklärt worden und während zum einen die Differenz zwischen Kriegswirtschaft und der zivilen Produktion schwand, seit diese ebenfalls dem Rüstungsministerium untergeordnet war⁴³, wurden zugleich die Leugnung der bevorstehenden Niederlage durch die Propaganda und die Verfolgung von Kritik durch den Terrorapparat intensiviert. Andererseits setzte eine stillschweigende Sabotage und Bestandssicherung für die Nachkriegszeit auf höchster Ebene ein. „Ab 1943 begann sich in Wirtschaft, Wissenschaft und Staat abzuzeichnen, daß es Kräfte gab, die neben der Kriegsproduktion die Nachkriegsarbeit (wenn nicht Position oder Alibi) im Auge hatten und absichern wollten“ (Schlupmann 2001:II-12). Im Konflikt über den Umgang mit den Ressourcen standen nennenswerte Teile der Großindustrie im Verein mit den Reichsministern für Wirtschaft, Finanzen, Verkehr sowie Landwirtschaft und Ernährung der angesagten Direktive „alles für den Krieg“ gegenüber, die außer von Goebbels, durch Bormann in der Parteikanzlei, Lammers in der Reichskanzlei und Keitel im OKW repräsentiert wurde. Speer wurde ebenfalls auf die Seite der Industrie- und Wirtschaftsplaner gezogen und nahm damit als Rüstungsminister eine eigenartige Zwischenposition ein. Auch in Himmlers SS- und Polizeikonzerne, der durch seine KZ-Betriebe nun gleichermaßen auf dem Wirtschaftssektor vertreten war, hatte man an den verbotenen Zukunftsplanungen teil. Der SD-Inlandschef Ohlendorf erarbeitete im Wirtschaftsministerium konzeptionelle Vorschläge für eine nationalsozialistische Wirtschaftsordnung, in deren Rahmen das mittelständische Unternehmertum gegenüber der Großindustrie aufgewertet wurde, und war sich in dieser Hinsicht einig mit Himmler, dem es auf eine Eingrenzung von Speers Machtbereich ankam. Weniger angebracht schien Himmler dagegen Ohlendorfs „Realismus“ über den Stand der Dinge. „Dessen ‚Meldungen aus dem Reich‘, welche die Einstellung der deutschen Bevölkerung gegen das Regime in schonungsloser Offenheit aufzeigten, wurden bei der Führungsspitze mit den Jahren jedoch in dem Maße unpopulär, wie die Siegesaussichten sich verfinsterten und der Terror im Lande sich erschreckend vermehrte. Ständig hatten die Machthaber an den ‚Meldungen‘ etwas auszusetzen. So befand Goebbels, der Wiederhall seiner Rede vom 18. Februar 1943 über den totalen Krieg sei nicht genug beachtet worden und

⁴² Zu den Bedingungen, die den Mord an 440.000 ungarischen Juden möglich machten, siehe Gerlach/Ally (2002).

⁴³ Das entsprechende Planungsamt unter Kehrl wurde am 2. Sept. 1943 eingerichtet (vgl. Broszat/Frei 1989:277).

intervenierte erfolgreich bei Himmler. Danach wurde es überhaupt kritisch. Der Reichsführer-SS, hier wieder einmal in Irrealitäten befangen, dachte nach dem Grundsatz, was nicht sein darf, das kann nicht sein und verwarf die freimütigen Berichte seines Amtschefs Ohlendorf, den er der intellektuellen Verstiegtheit verhaftet wähnte und einen Schwarzmalerei und ‚Gralshüter des Nationalsozialismus‘ nannte, als defaitistisch. Im September 1943 nahm Himmler eine Umgestaltung des Amtes III vor: die ‚Meldungen aus dem Reich‘ wurden eingeschränkt ... Im Sommer 1944 sorgte dann Martin Bormann dafür, daß die SD-Berichte bei Himmler fast bis zum Nullpunkt diskreditiert wurden. Im Juli scheinen sie ohne viel Aufhebens eingestellt worden zu sein” (Kater 1997:345). Schließlich untersagten Bormann und DAF-Führer Robert Ley den Untergebenen in ihren Organisationen eine Mitarbeit im SD (vgl. Schlüßmann 2001:II-6).

Die generelle Geltung des Führer-Prinzips, in Kombination mit unklaren Kompetenzgrenzen und Ressortzuschnitten, die oftmals “von warenhausähnlichem Charakter” (Broszat/Frei 1989:89) waren, führten am Ende dazu, “daß die einheitliche Staatsverwaltung und Reichsregierung unter Hitler in zunehmendem Maße von Sonderorganisationen und partikularen Führungsapparaten zersetzt wurde” (Broszat 1989:379). Unter der Bedingung der Realitätssverleugnung und unter dem Druck der absehbaren deutschen Niederlage zerfiel die NS-Polykratie unterhalb der privilegierten Positionen mit direktem Zugang zu Hitler in eine Vielzahl von Bevollmächtigten für Schwerpunktaktionen und Ad-hoc-Maßnahmen, die anstelle einer überschaubaren Verwaltungstätigkeit jegliche Regeln formaler Machtausübung umgingen. Die um sich greifende Unübersichtlichkeit hatte längst auch das Himmler-Imperium erfasst. “Praktisch geht ein Nebeneinander- und Gegeneinander-Arbeiten auf der ganzen Linie vor sich, die Kräfte werden unnützlich verbraucht und gebunden und der Sinn für jede Autorität zerstört”, stellte Ohlendorf fest und fügte hinzu: “Aufgabe des Reichsführers wäre es, die Kräfte zusammenzufassen, der Garant für die innere Ordnung im Staat zu sein. Tatsächlich organisiert er die staatliche Unordnung. Die Folge dieses Organisationsprinzips ist, daß hinter einer scheinbar höchsten autoritären diktatorischen Gewalt eine Vielzahl von Gewalten entsteht, die alle behaupten, nur ihrem Auftraggeber verantwortlich zu sein. dieser hat gar nicht die Zeit, die Möglichkeit und die Kenntnis, sie in ihrem Aufgabenbereich zu überschauen und zu kontrollieren. So entsteht eine Vielzahl unabhängig schaltender autoritärer Gewalten. Das Führungsinstrument des Staates wird dadurch völlig entwertet” (nach Kater 1997:351).

In der Wissenschaftsverwaltung ging Kaltenbrunner sogar direkt gegen Rust vor und informierte Bormann, der sich daraufhin einschaltete, nicht ohne dabei den Angriff auf Mentzel auszudehnen (vgl. Hammerstein 1999:457-458). Bei jeder Gelegenheit standen sich Osenberg im Planungsamt, unterstützt von Fischer in der RSHA-Kulturabteilung, und Mentzel gegenüber. Nach der Reorganisation des SD-Inland kam es im Netz der SS-Kontakte in der Wissenschaftsbürokratie zu

massiven Störungen. Der SD wandte sich gegen das REM und das "Ahnenerbe", denen man nicht mehr vertraute, mit den anstehenden Problemen fertig zu werden (vgl. Kater 1997:345ff), aber auch die Waffen-SS kam in der Einschätzung des SD nicht gut weg (vgl. Fischer 1985:35). In dieser Lage wandten sich sowohl Mentzel als auch Osenberg beide mit ihren wechselseitigen Beschwerden direkt an Himmler (vgl. Federspiel 2002:85 und Hammerstein 1999:436), auch Hans Sachs, General der Waffen-SS, trat im Oktober 1944 an Himmler heran und unterbreitete ihm Vorschläge zur Selbsthilfe angesichts der schwerfälligen Forschungsorganisation (Hammerstein 1999:524), der aber reagiert kaum noch darauf und hatte, wie Ohlendorf diagnostizierte, die Übersicht über den SS-Staat verloren (vgl. Kater 1997:350).

Ohlendorf und seine RSHA-Abteilung Kultur kämpften mit dem "wuchernden Chaos" der Machtinstanzen, gegen die selbstzerstörerische Dynamik des nationalsozialistischen Herrschaftsapparats und gleichzeitig um ihre eigene schwindende Macht. Vor diesem Hintergrund sind die "Fehlentwicklungen", wie sie sich aus der Perspektive des SD ausnahmen, zu betrachten. In dieser Hinsicht stellen die Erinnerungen des ehemaligen SD-Mitarbeiters Fischer (1984, 1985) eine aufschlussreiche Quelle dar, die in der historischen Forschung zwar häufig angegeben, aber kaum interpretiert wird. Ihm zufolge bestand der Hauptpunkt der Kritik des SD an seinen Gegnern im NS-Wissenschaftssystem im Versagen Mentzels, Schumanns, Rusts und anderer, ihre Macht zu benutzen. "Man hatte von den Hochschulen die Juden, Freimaurer und alle sonstigen als Gegner erkannten Persönlichkeiten entfernt. ... So hätte sich eigentlich im Hochschulbetrieb, ungestört von jedem gegnerischen Einfluß, eigentlich eine Blüte der wissenschaftlichen Forschung und eine höchst gedeihliche Arbeit der einzelnen Institute entwickeln müssen. Der Weg dazu schien frei gemacht, aber es ging auf ihm keineswegs voran". Statt dessen hätten die endlosen Streitereien um die Weltanschauung jede Entwicklung blockiert "und kein Mensch war da, der einmal mit der Faust auf den Tisch gehauen und diesem üblen Gezänk mit einem Machtwort ein Ende setzte" (Fischer 1984:74-75)⁴⁴. Die Klage über die Untätigkeit der Verantwortlichen, ihre Versäumnisse und den Schaden, der daraus für das System entstanden wäre, zieht sich durch den gesamten Bericht, selbst Himmler, Göring und Hitler werden davon nicht mehr ausgenommen. Die "unübersichtliche

⁴⁴ Fischer eigener Werdegang war davon betroffen. Nachdem seine Professoren in Heidelberg aufgrund der rassistischen Nürnberger Gesetze entlassen worden waren, stand er ohne fachlichen Rückhalt für sein Habilitationsverfahren da. Sein Fall ist auf schreckliche Weise absurd. Nach seiner eigenen Darstellung gab es an der Betreuung und auch sonst an seinen Professoren nichts auszusetzen, im Gegenteil hatten sich Heinrich Liebmann und Arthur Rosenthal trotz der NSDAP-Mitgliedschaft ihres Mitarbeiters sehr für ihn eingesetzt. Nach ihrem Weggang wurde der eine Lehrstuhl zunächst vertreten, der andere blieb vorübergehend frei. Zusätzlich wirkte sich die starke Position Lennards in Heidelberg, dem die moderne Mathematik als ein jüdisches Übel erschien, negativ auf Fischers geplante Wissenschaftskarriere aus. Die Berufung Herbert Seiferts zog sich bis 1937 hin, weil der Dozentenbund Einwände hatte, und die Berufung Eberhard Hopfs kam aus ähnlichen Gründen nicht zustande, statt dessen fiel die Wahl auf Udo Wegener, der zwar auf der damaligen Parteilinie war, aber mit Fischers Arbeiten nichts anzufangen wußte. Fischer merkte an, er habe seine Professoren nie wiedergesehen und wisse nichts über ihren weiteren Verbleib. Rosenthal ging 1936 in die USA und konnte dort 1940 wieder lehren. Liebmann ging nach München, blieb aber Mitglied der Universität; er

Machtfülle” Himmlers habe dazu geführt, daß vorhandene Möglichkeiten nicht genutzt worden seien (Fischer 1985:35,139,157). In dem Wirrwarr, in dem “150 führerunmittelbare Amtsträger” (Fischer 1985:219) unkoordiniert und gegeneinander agierten, seien die unteren Führer bei ihrer hektischen Suche nach einem Patentrezept, das die verfahrenere Kriegslage wenden sollte, zunehmend einer “Bewußtseinspaltung” erlegen. Es habe ein starker Mann gefehlt, der, wie Goebbels den Propaganda- und Kulturapparat, den Wissenschaftsbereich in den Griff genommen habe. Wie Fischers Erinnerungen zeigen, folgte in den sich ausdehnenden “Autoritätsvakua” (Kater 1997:352) die Fiktion einer Lösung einem strikt autoritären Muster⁴⁵, sie setzte auf das Paradigma der Kontrolle und Manipulation, vertraute unbedingt auf das Prinzip der Steuerung und ging von der grundsätzlichen Durchsetzbarkeit jeder Maßnahme aus, “zumal man in einem autoritären Staat lebte” (Fischer 1984:135).

Ihre Gegner sahen die SD-Intellektuellen im Wissenschaftsbereich vorzugsweise dort, wo sie nur eingeschränkten Zugriff hatten, nämlich in der Wehrmacht und in der Industrie, die die Spionage in ihren Forschungseinrichtungen untersagten. Außerdem wurde die Bürokratie als Forschungshindernis betrachtet (Fischer 1985:132), weil es dem Ministerium nicht gelungen sei, Wissenschaft und Wehrmacht zu koordinieren. Der Generalvorwurf bestand laut Fischer in der Vernachlässigung der Grundlagenforschung und der Tatsache, dass die Führung nicht rechtzeitig und ausreichend über die Mängel informiert worden sei. Seine Behauptungen sind kaum zu halten und legen vielmehr die spezifische Wahrnehmungseinschränkung des SD offen. In ihnen manifestiert die Sichtweise des Spitzels, dessen Wirklichkeit sich auf die Verfügbarkeit von Information gründet. Die Anschuldigung an die Adresse der Industrie, die in Konkurrenz zu den Hochschulen, diesen das Geld und Leute abgezogen hätten, aber nur an den Patenten interessiert seien (Fischer 1984:139), unterschlägt den Umfang der Aktivitäten von Krauch, Bosch, Vögler, Thiessen und Speer, aber auch Prandtls. Im Bezug auf die Wehrmacht werden die Planungen Beckers, die ein gemeinsames Vorgehen der Waffenämter und eine Einbeziehung des Hochschulbereichs vorsahen, ebenso außer Acht gelassen wie die Raketenforschung, bei der eine Forschungsoptimierung erfolgreich umgesetzt wurde. Es handelte sich mithin um allseits bekannte Probleme, für die nun Schumann im HWA und Mentzel im RFR als Zielscheibe herhalten mussten. Letzterer aber vertrat, im Gegensatz zu dem im SD genehmen Osenberg, durchaus die Interessen der

starb 1939. Nach dem Krieg wurde Wegener entlassen, Seifert konnte bleiben und baute das Institut wieder auf (vgl. Deutsche Mathematiker-Vereinigung 1990:159-162, Siegmund-Schultze 1998:314-315).

⁴⁵ Als er im IG Farben-Prozeß in Nürnberg und insbesondere zu Krauchs Wissenschaftspolitik aussagen sollte, vertrat er die Meinung: “Das alles aber waren Gesichtspunkte und Unterlassungssünden, die die Amerikaner eigentlich gar nichts angingen” (1985:263). Ebenso verhielt er sich im Verfahren gegen Mentzel: “Denn in einem Entnazifizierungsverfahren galt meine Sympathie von vorneherein immer dem Angeschuldigten, nicht dem Ankläger. Auch ich hatte seinerzeit Grund genug, mich über Mentzel zu ärgern und seine Ablösung zu wünschen. Was ich ihm aber vorzuwerfen hatte, das war sein Versagen im Amt, sein Nichtstun oder sein verspätetes und unzulängliches Handeln und sein mangelhaftes Eintreten zugunsten der Wissenschaft und der Grundlagenforschung. Das gehörte aber kaum vor eine Spruchkammer” (Fischer 1985:267).

Grundlagenforschung und der Universitäten. “Mentzel wollte insgesamt die Hochschulwissenschaften lenken, fördern bestimmen und repräsentieren” (Hammerstein 1999:486).

Darin hatte er jetzt von Seiten des SD Konkurrenz bekommen, wo man laut Fischers beschaulicher Darstellung der SD-Tätigkeit, nicht mehr nur “in aller Ruhe Akten bearbeiten” (Fischer 1985:7) sondern sich als “tätige Mitwirker im Geschehen” (Fischer 1985:8) beweisen wollte. Zutreffend an der fragwürdigen, immer wieder leicht bedauernd geäußerte Versicherung, man habe nur “Berichterstattung” betreiben dürfen⁴⁶, ist allerdings, daß die Exekutive der politischen Polizei seit 1939 im RHSA mehr und mehr der Gestapo zugefallen war (vgl. Kater 1997:345). Ebenso bestand zwar das ärgerliche Verbot, sich mit der Wehrmacht zu befassen, aber man sammelte doch, was man kriegen konnte (vgl. Fischer 1984:148 und 1985:32, sowie Ludwig 1979:493). Auch im SD war man zu “Selbstverantwortung” geschritten und agierte im “improvisierten Befehlsgefüge” (Kater 1997:352) mit selbst erteilten Vollmachten. Im Dauerstreit über die Bedeutung von Grundlagenforschung und mit Vorschlägen für das Hauptproblem beim Kriegseinsatz der Wissenschaft, nämlich den Transfer zwischen Forschung, Entwicklung und Anwendung, war eine neue Formierung auf den Plan getreten.

Als es zwischen Oberst Geist, dem Sprecher des Speer-Ministeriums, und Gerlach, unterstützt von Esau, im August 1944 auf einer von Osenberg geleiteten Sitzung der Forschungsabteilung in der Fachsparte Physik im Rüstungsministerium (Hammerstein 1999:525) zur offenen Auseinandersetzung kam, setzten sich die Wissenschaftler durch, zumal Gerlach auf die Versicherung Speers, das Uranprojekt umfassend zu unterstützen, rechnen konnte (Walker Angaben). Im Vergleich aber zu Speer und seinen Leuten vertrat der SD eindeutig die Linie der Wissenschaftler und auch die Geheimhaltung stellte ihm ein wohlbekanntes Ärgernis dar. Eigenmächtig, aber doch mit Himmlers Macht im Rücken und, im Unterschied zu Mentzel, mit wenig Rücksicht auf die komplizierten Interessenbalancen zwischen Ministerium, Wehrmacht und Industrie traten die SD-Leute für die Stärkung der Forschungskapazitäten an den Hochschulen (Fischer 1985:16) und, gegen Goebbels, als dieser die Hochschulen schließen wollte, für die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs (Fischer 1985:109) ein. Die Einschätzung, die diesen Intentionen zugrunde lag, war in den “Meldungen aus dem Reich” bereits zum Ausdruck gekommen: “Unter den Meldungen aus der Wissenschaft, für die nicht zuletzt die in den SD-Arbeitsgemeinschaften vereinigten Hochschullehrer das Material lieferten, waren diejenigen zahlreich, die auf Mißstände infolge von Verwaltungsmaßnahmen hinwiesen. Die Auswirkungen der Schließung der Hochschulen bei Kriegsbeginn und die möglichen Folgen einer Einschränkung der

⁴⁶ So schreibt Fischer über den “geheimnisumwitterten SD”: “Er unterschied sich von allen bisher bekannten Geheimdiensten, einmal durch die Beschränkung auf das Nachrichten-Sammeln und das Fehlen jeglicher Exekutive, vor allem aber durch die ausgiebige Beschäftigung mit den Lebensgebieten. So etwas hatte es noch nicht gegeben und wird es wohl auch nicht wieder geben” (Fischer 1985:277).

Forschung aus Gründen des ‚totalen Krieges‘ wurden ausdrücklich geschildert und auf das Zurückbleiben der deutschen naturwissenschaftlichen Forschung gegenüber den USA und Rußland aufmerksam gemacht. Den Mangel an Nachwuchs für Hochschullehrer und die Abwanderung von Professoren in die Wirtschaft führte man auf die Mißachtung der geistigen Leistung in der Propaganda zurück. Ein Absinken der Leistungen wurde mehrfach auch im Schulwesen festgestellt. Die Anforderungen der Hitlerjugend und staatlichen Stellen an Schüler und Lehrer sollten dafür verantwortlich sein“ (Boberach nach Schlüpmann 2001:II-6). Das lag inhaltlich ganz auf der Linie von Ramsauers Programm, des Grundlagen-Papiers der DPG von 1943/44 für die Physik und den damit getroffenen Vorbereitungen für Sieg und Frieden.

Neben den bisherigen Akteuren im Feld der Rüstungsforschung – Industrie, Partei, Staat, Wehrmacht – war eine Fraktion der SS in Erscheinung getreten und die Physiker befanden sich nun in gefährlicher Nähe dazu. Sie bestand nicht nur in inhaltlichen Übereinstimmungen, wie sie in Ohlendorfs Berichten deutlich werden, sondern auch räumlich und zeitlich. Die Berliner Geschäftsstelle von Osenbergs Planungsamt bezog Räume in derselben Dahlemer Villa, in der der SD bereits einige seiner Dienststellen untergebracht hatte. In der Villa am großen Wannsee, in der sich das Gästehaus des SD befand und wo am 20. Januar 1942 die berüchtigte Wannsee-Konferenz stattgefunden hatte, trafen sich Spengler, Fischer, Osenberg, Gerlach und Thiessen, um die Zusammenarbeit in der Zukunft zu planen (Fischer 1985:131). Wie Fischer berichtet, hatte man sich die Verhinderung weiteren “Unheils” und die “Planung einer idealen Lösung” (Fischer 1985:141) zur Aufgabe gesetzt, ein “tatkraftiges Eingreifen zugunsten der Forschung” (Fischer 1985:141) und zwar der Forschung als Ganzes, insbesondere der Grundlagenforschung und auch in den Geisteswissenschaften. Dafür sollte zunächst ein persönlicher Beraterstab des Führers gebildet werden, ausgestattet mit direkter Weisungsbefugnis und bestehend aus 15 Mitgliedern, wozu außer

den Teilnehmern des Treffens auch Kaltenbrunner und Ohlendorf zählen sollten. Das Gremium sah auch keinen Grund, einen Unterschied zwischen zivilen und militärischen Projekten zu machen, da dieser durch die Zusammenfassung im Speer-Ministerium sowieso hinfällig sei. Hitlers habe sich am 30. November 1944 sehr positiv zu diesem Vorschlag geäußert und endlich im April 1945 doch noch die Zusammenlegung der Waffenämter verfügt.

Logik der Sachlichkeit: Auslassung und Entwirklichung

Im Verlauf der hektischen Maßnahmen und vergeblichen Planungen für eine bessere Forschungsorganisation sticht ein makabres zeitliches Zusammentreffen hervor: Das Datum der Eingabe Ramsauers beim REM nennt den Tag der Wannseekonferenz. Die zufällige Gleichzeitigkeit der Bemühungen zur "Rettung der Wissenschaft" und zur Vorbereitung des Genozids hebt die unendliche Entfernung zwischen beiden Ereignissen heraus. Dies kann aber auch als ein Anzeichen dafür gelesen werden, dass es sich um einen negativen Zusammenhang handelt. Meine Darstellung der Ereignisse hat beabsichtigt, deutlich zu machen, wie sich eine stufenweise Herstellung von Distanz und Leere vollzieht, in der die Physiker unter dem NS-Regime dann handelten. Das Nebeneinander der Maßnahmen in der Wissenschaft, von Osenberg-Aktion, Ramsauer-Plan und Uranverein sowie ihre punktuelle Verschränkung mit den Verbrechen stellt in dieser Sicht das Resultat der fortschreitenden Entwirklichung dar.

In der Schlussphase des NS-Regimes griffen Wahnvorstellungen und Wirklichkeitsverluste in der Bevölkerung ebenso wie an der Parteispitze um sich. Nicht wenig davon heftete sich an technische "Wunderwaffen", baute auf eine generelle Technikfaszination und das Versprechen technischer Überlegenheit in der NS-Propaganda (vgl. Schäfer 1982:154). Dem Wahn Himmlers, man könne Ende 1944 noch Friedensverhandlungen mit den Alliierten führen, entsprach das konkrete Interesse des SD am "Uran-Projekt" der Physiker. Wie Fischer berichtet: "Es bestand also die Möglichkeit, den mit der Uranmaschine errungenen Erfolg der deutschen Forschung zugunsten Deutschlands in die Waagschale zu werfen, falls es zu einem greifbaren Waffenstillstandsabkommen mit den Westmächten kommen sollte" (Fischer 1985:149). Unterdessen, aber keineswegs unabhängig davon, folgten die Physiker ihre eigenen Vorstellungen und verfolgten eigene Ziele: "Vielleicht kann man sagen, daß diese Physiker wie andere deutsche Techniker und Wissenschaftler ihren eigenen Krieg geführt haben, für die eigene und die nationale Größe, psychisch und oft auch fachpolitisch dissoziiert vom realen Krieg, aber in der gleichen Dynamik des ‚totalen‘ Einsatzes. Das Utopische der Technowissenschaft heißt technisch-wissenschaftliche Weltbeherrschung. Es war dies eine Zeit, in der koordinierte und bedachte mittelfristige Handlungsziele nicht zu haben waren. Was blieb, gerade seit der Wende des Krieges 1941/42 waren die unmittelbaren Notwendigkeiten und das

Utopische – mit schrecklichen Folgen” (Mehrtens 1994:29). Die Abspaltung des entsetzlichen Geschehens um sie herum, konnte den Wissenschaftlern umso leichter fallen, da sie über eine formale Rationalität verfügten, auf die sie sich auch dann noch verlassen konnten und die ihnen sogar einen Dissens in Einzelfragen erlaubte. Wie in anderen Teilen der Funktionselite waren eine volle ideologische Übereinstimmung und aktive Parteinahme für dem Nationalsozialismus keine notwendigen Bedingungen für die Ausübung von einer Leitungsfunktion (vgl. Herbert 1999:69 und Hoffmann 2002).

Für die deutschen Physiker bezeichnen die Jahreszahlen von 1935 und 1942 einschneidende Wendepunkte und folgenreiche Schritte im Prozess einer zunehmenden Entwirklichung. Sie markieren den Beginn und das Ende des Streits um die moderne Physik und bilden den Rahmen für die offizielle kollektive Erinnerung, denn die Daten setzen die Schnitte, mit denen das Bild von einer erfolgreichen Verteidigung der Wissenschaft erzeugt wird. Eine andere Sicht hat sich für Hammerstein aus den DFG-Akten ergeben, seiner Einschätzung zufolge behinderten sich die Physiker schlicht gegenseitig bei ihrem Versuch, sich mit den nationalsozialistischen Machthabern ins Vernehmen zu setzen. Aufgrund ihrer internen Auseinandersetzungen fielen sie damit im Vergleich zu ihren Kollegen in der Chemie und Biologie, in den Landbauwissenschaften und in der Raumordnung zurück. Die “Selbstblockade” (Hammerstein 1999:372) der Physiker konnte schließlich mit Hilfe des SD überwunden werden – so jedenfalls sah der Amtsleiter Six im RSHA die Sache 1939 aus seiner Perspektive: “Die Kulturlage in Deutschland ist heute dadurch gekennzeichnet, daß eine planmäßige Führung überhaupt fehlt. Der Dualismus zwischen Partei und Staat und die Spannung einzelner Parteistellen untereinander konnte sich deswegen in einem Ausmaß entwickeln, daß von einer absoluten Verkrampfung und Bindung aller schöpferischen Kräfte in gegenseitigen Spannungen gesprochen werden. Dieser Sachlage gegenüber wurde im Sicherheitshauptamt, entgegen dem früheren Zustand, mit aller Intensität darauf gedrungen, sich nachrichtendienstlich nicht etwa von einer Gruppe beeinflussen zu lassen, sondern einen absolut sachlich bestimmten neutralen Boden zu bewahren. Dieses Prinzip rechtfertigte sich im Laufe des Jahres 1938 insofern außerordentlich, als nun bei den einzelnen großen Streitlagen im Kulturgebiet gerade der Sicherheitsdienst als Schlichter aufgerufen wurde und in die objektive Haltung dieser Dienststelle nun entgegen dem früheren Zustand die übrigen Dienststellen ein solches Vertrauen gesetzt wurde, daß sie das Sicherheitshauptamt auch ihrerseits als Mittler in den unerträglich gewordenen Spannungen anerkannten. Das galt z.B. für den Volkskundestreit, für den Streit innerhalb der Anthropologie, den Streit in der Physik, den Streit in der Medizin, für die Standesfragen der Zahnärzte usw.” (Six an Heydrich, nach Hachmeister 1998:211). Das Besondere am Fall der Physiker ist demzufolge gar nicht so sehr die Angelegenheit als solche, sondern die Art der Erinnerung, in der der Eingriff durch den SD und die daraus resultierende Übereinkunft negiert wird, so dass sich der im Gedächtnis verbleibende Rest dadurch ins Gegenteil verkehrt.

Ein radikal instrumentelles Wissenschaftsverständnis bildete die Grundlage, auf der das Einvernehmen zwischen der SS und den Physikern erzielt werden konnte. Aber wie weit reichte diese gemeinsame Grundlage und auf welche Gemeinsamkeiten im Denken des SD und der Wissenschaft wurden damit rekurriert? Für Fischer, den Mathematiker im SD, gab es in dieser Hinsicht überhaupt keinen Widerspruch: "Aufgabe des SD war es nicht zu philosophieren. Aufgabe des SD und damit auch des Amtschef III war es vielmehr nach meiner Meinung, sich mit der rauhen Wirklichkeit herumschlagen, Fehlentwicklungen in den Lebensgebieten aufzuspüren und auf Wege zu ihrer Beseitigung zu sinnen. Und das war damals nötiger denn je" (Fischer 1985:130). Er beschreibt in diesem Zusammenhang die Zerfallserscheinungen, die gegen Ende des Krieges im SD selbst auftraten, tadelt Ohlendorfs Tendenz zur Resignation und Turowskis beharrlichen Glauben an eine Wunderwaffe¹. Die Wissenschaftler dagegen erschienen ihm "aktiv" und "vernünftig", wobei er sich explizit in diesem Sinne über Thiessen und auch über Gerlach äußert, obwohl dieser kein Parteimitglied war (vgl. Fischer 1985:30-31).

An der Person Fischers, seinem Werdegang und seinen Überzeugungen können sowohl die Überschneidungen als auch die Unterschiede, die zwischen dem SD und der Wissenschaft bestanden, sehr gut verdeutlicht werden. In Alter, Herkunft und Ausbildung entsprach er genau dem Typus, der für die Generation der leitenden SD-Mitarbeiter in der Institution des RSHA kennzeichnend war. Lutz Hachmeister hat die Haltung, die das mörderische Vorgehen dieser Organisation prägte, als "Vernunftantisemitismus" (1998:181) bezeichnet und Michael Wildt hat dessen Radikalisierung während des Krieges beschrieben, die sich hinter der "Maske der Sachlichkeit" (2002:867) und mittels einer zum Prinzip erklärten Gefühllosigkeit vollzog. Wildts Studie über die Führungsmitglieder des SD hat deren Selbstverständnis als eine natürlich erwählte Elite und ihre weltanschauliche Unbedingtheit hervorgehoben. Fast alle gehörten der Jugendgeneration des Ersten Weltkriegs an, hatten eine akademische Ausbildung hinter sich und waren soziale Emporkömmlinge. Ihr Anspruch auf Führerschaft berief sich auf die historische Mission der "Rasse" und die "Fähigkeit der Hingabe und des Glaubens an den absoluten Wert einer Idee" (nach Wildt 2002:853). Dennoch war dieses Ideal weniger auf konkrete Inhalte verpflichtet, sondern repräsentierte in erster Linie eine Struktur des politischen Denkens, in der die Verknüpfung von Tat und Idee, von Idee und Erfolg keiner Vorschrift, keiner Norm und keiner Moral unterworfen war. Im SD verstand man sich nicht "als arbeitsteilige, technokratische Organisation, die innerhalb eines größeren Apparates funktionale Aufgaben übernahm. Vielmehr begriff er sich als Elite, die nicht nur die besseren Analysen lieferte, sondern auch die erfolgreicherer politischen Konzepte. Weltanschauung galt nichts, wenn sie nicht praktisch wurde. Sachlichkeit und Rationalität verbanden sich mit äußerster Radikalität in der Zielsetzung, zentralistische Organisation und

absolute Befehlsstruktur mit entgrenzter Destruktivität” (Wildt nach Hachmeister 1998:181). In der Zerfallsphase des Regimes verselbständigte sich das Handeln auf der Grundlage der rassistischen Leitidee ohne jedoch die Gefährlichkeit des SD zu mindern.

Himmlers Direktive: “Das Wort unmöglich ... darf es nicht geben und wird es niemals bei uns geben” (nach Wildt 2002:863) hatten sich die Männer im SD zu eigen gemacht; ihre Haltung duldete keine Kompromisse und machte sie unfähig zu einem pragmatischen Denken oder Handeln. Es war diese Mischung aus Absolutheit und Aktion, die die spezifische Effektivität der SD-Logik ausmachte und in der sich die grausame Konsequenz ihres Terrors herstellte. Wildt weist daraufhin, dass die Radikalisierung, die zum Genozid führte, kaum ohne die Einrichtung einer Institution neuen Typs möglich gewesen wäre. Mit dem Entwurf des RSHA, das “politische Initiative, Problemanalyse, Organisations- und Handlungsauftrag sowie praktischen Vollzug in einer Institution, die keiner administrativen oder gar rechtlichen Norm unterstand” (Wildt 2002:861), zusammenführen sollte, wurde der Apparat geschaffen, der jener Tendenz zur Entgrenzung des politischen Handelns entgegenkam, die im politischen Denken durch den Bezug auf Rasse und Volk bereits vorgegeben war². Die Kombination von Kontrolle, Durchleuchtung und Zugriff, in deren Rahmen das Konzept der “Lebensgebiete” etabliert wurde, kann deshalb als eine neuartige Organisationsstruktur angesehen werden, in der die spezifischen Staatlichkeit einer zur rassistischen “Volksgemeinschaft” modifizierten Gesellschaft zu Ausdruck kam (vgl. Wildt 2002:858). Unter diesen Voraussetzungen und in diesem Zusammenhang waren die Physiker mit dem SD in Kontakt getreten, wo sie nicht nur in Fischer und Spengler Unterstützung für ihre Projekte gefunden hatten, sondern auch eine Terminologie bereitstand, in der sie sich miteinander verständigen konnten.

Nach dem Krieg wurde die Berufung auf die “Sachlichkeit” ihrer Tätigkeit zur Grundlage für eine erfolgreiche Selbstdarstellung der ehemaligen SD-Mitarbeiter. Fischer zufolge waren im SD lediglich Informationen gesammelt worden und er vertritt deshalb die Meinung, er habe bei den Alliierten nur die “Vorurteile” über den SD ausräumen müssen, danach habe man sich gut verstanden³. Er bot den amerikanischen Besatzungsoffizieren seinen Sachverstand im Bildungswesen und machte sich bei ihnen nützlich. Seine “Wahrheit” über die Vergangenheit setzte er ebenfalls zur Entlastung im Entnazifizierungsverfahren ein und hier konnte Fischer aufgrund seiner Tätigkeitsgebietes etliche anerkannte Wissenschaftler nennen, die zu seinen Gunsten aussagten: “Die wohl wertvollste Erklärung war zweifellos die von Professor Gerlach, der nach dem Zusammenbruch als neuer Rektor der Universität München eingesetzt worden war; er schilderte auf

¹ Wie sich der SD-Chef Ernst Turowski sich von seinen Wunderwaffen-Ingenieuren beeindruckt ließ, siehe Fischer (1985:121).

² “Die Forcierung weltanschaulicher Entgrenzung, und nicht deren Beschränkung, war das Signum einer Institution neuen und radikalen Typs, wie die das Reichssicherheitshauptamt darstellte” (Wildt 2002:857).

³ Allerdings berichtet er auch von der eiligen Vernichtung der Akten bevor er seine Dienststelle auf der Flucht vor den Alliierten verließ.

nicht weniger als fünf Schreibmaschinenseiten unsere einstige Zusammenarbeit und in ihrem Rahmen auch den Fall Gans und andere Einzelheiten, die zu meinen Gunsten sprachen” (Fischer 1985:249). Weiterhin bestätigten weitere fünf Wissenschaftler, darunter die Physiker Finkelburg und Brüche, dass Fischer stets für eine saubere Wissenschaft eingetreten sei, die Korruption in der Administration bekämpft und einzelnen Wissenschaftlern das Leben gerettet habe. In der Urteilsbegründung hieß es dann: “Die Beweisaufnahme und eingehende Vernehmung des Betroffenen ergab, psychologisch betrachtet, das Bild eines fanatischen Wissenschaftlers, der in seiner jugendlichen Sturm- und Drangperiode glaubte, eine Stätte zu finden, wo er nicht nur die Interessen seiner Wissenschaft fördern, sondern wohl auch sich selbst Bedeutung verschaffen konnte”. Durchaus beeindruckt von Fischers Wissen über die Quantentheorie und Relativitätstheorie, seine Vertrautheit mit den Theorien von Planck und Einstein, bescheinigten ihm die Richter Intelligenz sowie den “übertriebenen Ehrgeiz, für sich und seine Wissenschaft ein tragendes Gebäude zu errichten” (Fischer 1985:254).

Fischer war keine Ausnahme. Nach dem Krieg waren viele Wissenschaftler bereit, sogenannte “Persilscheine” für Kollegen auszustellen, deren Vergangenheit eng mit dem Machtapparat der NS-Regimes verbunden war. Die Argumente, die dabei fielen, folgten einem feststehenden Muster und wiederholten stets, dass der Betreffende immer objektiv und zuvorkommend geblieben und für die Sache der Wissenschaft eingetreten sei⁴. “Gerlach schrieb als Münchener Rektor unter dem 13.12.48, er und Albert Vögler seien der Meinung gewesen, mit Mentzel könne man zusammenarbeiten. Er habe sich in den Jahren 1938-40 klar gegen die Eingriffe des NS-Dozentenbundes gewandt, er habe sich für Fachvertreter mit Ansehen eingesetzt, so auch für ihn als Fachspartenleiter in DFG und RFR, obwohl er kein Parteimitglied gewesen sei, und Mentzel habe ihn auch in der Ablehnung eines von Ley geplanten DAF-Forschungsinstituts unterstützt” (Schlupmann 2001:III-3)⁵. Heisenberg konnte im Fall von Juilfs und den zwei anderen Ermittlern des SD in die Waagschale werfen, dass sie im entscheidenden Moment auf der “vernünftigen” Seite gestanden hätten (vgl. Cassidy 1995:478-479)⁶. Auf der Grundlage eines abstrakten und instrumentellen Wissenschaftsbegriffs waren die Physiker nun selbst in den ganz offenkundigen Fällen unfähig ein Urteil zu formulieren. Die Aussagen bekunden in welchem Maße ihnen das Auffassungsvermögen darüber abhanden gekommen war, was geschehen war, mit wem sie sich eingelassen hatten und für wen sie bereit waren zu sprechen. Die Tatsache, dass sie nichts gegen die Beklagten sagen konnten und aus ihrer Perspektive kein Einwand mehr gegen deren Aktivitäten vorhanden war, zeigt an, dass sich die Entwirklichung fortsetzte und die Beschädigung, die das Wissenschaftsideal erfahren hatte, dauerhaft war.

⁴ Systematisch bearbeitet wird dieser Aspekt allerdings erst seit kurzem, siehe dazu Sachse (2002) sowie Weisbrod (2002).

⁵ Vögler hatte sich 1945 das Leben genommen.

⁶ In den 1950er Jahren schrieb Juilfs zusammen mit von Weizsäcker ein Lehrbuch über die *Physik der Gegenwart*.

Die Schlussfolgerung aus diesen Zeugnissen, die dem Fachmann per se Schuldfreiheit erteilt, steht in einer engen Beziehung zu dem Politikverständnis, mit dem sich die SD-Mitarbeiter entlasteten und mit dem sie gar nicht so weit von ihrer Vergangenheit abrücken mussten. Darüber gibt ebenfalls Fischer Auskunft. Er teilt mit, dass er über seine Einstufung als "minderbelastet" sehr zufrieden war, denn zum einen sah er sich nun nicht mehr von einer höheren Strafe bedroht, zum anderen, weil er sich durch eine Bewertung als Mitläufer als "geistig Minderbemittelten" abgestempelt gesehen hätte. "Und die seltene Einstufung in die Gruppe V der Entlasteten war wenigstens im Bereich der Lagerspruchkammern die Kennzeichnung für einen bewußten Saboteur und ausgesprochenen Feind des vergangenen Staates" (Fischer 1985:251). Er sieht noch dreißig Jahre später keinen guten Grund dafür und hält am Ziel des SD fest, "nicht Mitläufer, sondern Berater der Macht zu sein" (Wildt 2002:855). Es war nicht allein die Nähe zur Macht, die gesucht wurde, sondern auch die eingreifende und verändernde Tat. "Politik, verstanden als Möglichkeit der Weltgestaltung, als Realisierung des Willens, stellte für diese Männer immer eine ernstzunehmende, eine innerhalb ihres eigenen Lebensentwurfs jederzeit in Betracht kommende Option dar" (Wildt 2002:855). Doch Fischer sah dafür die Bedingungen nach dem Krieg dann aber nicht mehr als gegeben an: "Und noch eines mußte man lernen: Man brauchte sich nicht mehr als Mitverantwortlicher an dem Leben ringsum zu fühlen, sich um die politische Lage und die Probleme der Allgemeinheit zu kümmern, denn dafür waren jetzt andere zuständig, die glaubten, es besser als ihre Vorgänger machen zu können. Man konnte sich zwar noch für das politische Geschehen interessieren, hatte sich aber mit eigenen Gedanken darüber zurückzuhalten und mit der Rolle eines Zuschauers zu bescheiden" (Fischer 1985:266)⁷. In Fischers Vorstellungswelt ist Politik gleichbedeutend mit Machtausübung, nicht mit Demokratie und sich Gedanken zu machen, hat eigentlich nur einen Zweck, wenn die Mittel dazu zur Verfügung stehen, die eigenen Vorstellungen auch zu verwirklichen. Darüber hinaus ist bei Fischer, dem ehemaligen Mitarbeiter des SD-Inland im "Lebensgebiet" Wissenschaft, Politik ein Handeln im menschenleeren Raum, denn hält man sich an die "gebotene Sachlichkeit" (Fischer 1984:6), wie seine Wendung dafür lautet, können Meinungsverschiedenheiten erst gar nicht auftreten. Durch seinen immerhin zweibändigen Bericht zieht sich stets dieselbe Diagnose und beharrlich wird die Feststellung von Inkompetenz und "Fehlentwicklungen" wiederholt. In diesem Sinne fällt auch Fischers Kritik an der Parteiführung aus, von denen er im Sommer 1945 einige im Gefängnis in Oberursel kennen lernt und sich enttäuscht über das herrschende "Mittelmaß", derer die an ihren Ressorts kleben und sich nicht um einen Überblick bemühen (vgl. Fischer 1985:233).

⁷ Mit seinem Urteil im Spruchkammerprozess war eine Bewährungsfrist von zwei Jahren verbunden und das Entnazifizierungsgesetz legte fest, "daß man während dieser Bewährungsfrist keine leitende Stellung bekleiden oder nicht als Journalist, Rundfunkkommentator oder Schriftsteller, Lehrer oder Prediger tätig sein durfte. Diese Klassifizierung der Bevölkerung mit der Einrichtung mehrerer Gruppen von Bürgern minderen Rechts war allerdings zu kompliziert und zu schlecht begründet, um von der Allgemeinheit beachtet oder gar

Erst im Rahmen seiner eigenen Verteidigung vor der Spruchkammer kommt überhaupt zur Sprache, dass es bei den Entscheidungen der RHSA-Amtstelle III C um Menschen und deren Schicksale ging. Wenn sie nun erwähnt werden, dann reduziert sich dies allerdings darauf, ihre Existenz strategisch auszunutzen; der Rest von Fischers Darstellung ergeht sich in überheblichen Bemerkungen gegenüber den Richtern und dokumentiert die völlige Borniertheit über den Inhalt der Urteile und den Sinn des Verfahrens. Symptomatisch für die "Logik", die dabei an den Tag gelegt wird, ist der Bericht über die Schwierigkeiten des Generals Erich Schneider im HWA (Fischer 1985:88-89). Während der um optimalen Forschungseinsatz bemühte SD-Mitarbeiter Fischer den berechtigten Ärger des Fachmanns über die herrschenden Missstände der Waffenentwicklung teilt und diesen in Schutz nimmt, als er deswegen der Sabotage bezichtigt und als Gegner des Nationalsozialismus bezeichnet wird, verwandelt sich später derselbe Schneider in einen politisch Verfolgten, den Fischer "gerettet" habe. Die neuen Verhältnisse, denen Fischer sich oberflächlich anzupassen versucht, liegen jenseits seines Begriffsvermögens: "Es war schon eine merkwürdige Sache, daß bei den Amerikanern auch Zeugen, ebenso wie die Angeklagten eingesperrt wurden. Soweit es sich um Internierte handelte, mochte es allerdings angehen. Ich erfuhr später, daß es auch frei herumlaufende Zeugen gab, die in einem schönen Gästehaus der Amerikaner untergebracht waren" (Fischer 1985:258)⁸. In der menschenleeren Vorstellungswelt Fischers kann an keiner Stelle ein Hauch von Schuldgefühl oder Selbstzweifel aufkommen. Nach dem Krieg schloss er sich mit seinen ehemaligen Kameraden zusammen, von denen viele unbehelligt blieben⁹. Die meisten entschieden sich für eine freiberufliche Existenz als Juristen, Ärzte, Journalisten oder im Verlagswesen¹⁰, manchem gelang sogar die Wiederaufnahme in den Staatsdienst oder eine Karriere in der Politik. Aus diesen Kreisen¹¹

ernst genommen zu werden (Fischer 1985:266). Voraus ging dieser Passage ein längeres Rasonieren über geltendes Recht und Entnazifizierung (vgl. Fischer 1985:246).

⁸ Fischer wurde in Nürnberg als Zeuge im Einsatzgruppen-Prozeß 1947/1948 vernommen. Dies war nach seinem Spruchkammer-Verfahren aber vor seiner Freilassung. Es war dies der einzige umfassende Prozeß gegen die Täter aus dem RSHA. Von den sechs Todesurteilen, die ausgesprochen wurden, wurde nur eines vollzogen als Ohlendorf 1951 hingerichtet wurde. Alle der Verurteilten wurden im Laufe der 1950er Jahre auf freien Fuß gesetzt, der letzte 1958.

⁹ "Alle ehemaligen Angehörigen der einstigen Parteiorganisationen und Insassen der Internierungslager fühlten sich irgendwie miteinander verbunden und halfen einander soweit sie konnten. Es war wie eine neue Form der Freimauerei, ohne daß es dazu einer festen Organisation bedurft hätte" (Fischer 1985:268).

¹⁰ Best war bis 1952 in Dänemark inhaftiert und wurde dann Kanzleichef bei Ernst Achenbach, der im IG Farben-Prozess als Verteidiger v.a. für Stinnes aufgetreten war; in den 1950er Jahren ging Best als Justiziar zum Stinnes-Konzern. Höhn gründete eine "Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft" in Bad Harzburg; seine Management-Schulung war nicht nur in Wirtschaftskreisen sondern auch bei der Bundeswehr und den politischen Parteien gefragt. Six war seit 1952 wieder in Freiheit, arbeitete zunächst als Verleger bei C.W. Leske in Darmstadt, war vorübergehend bei Achenbach tätig, ging dann als Marketing-Leiter zu Porsche, gelegentlich trat er in Höhns Akademie auf. Sein langjähriger Assistent Horst Mahnke machte Karriere beim Spiegel. Spengler und Fischer kamen im Verlagsgeschäft unter (vgl. Frei/Freimüller 2001, Hachmeister 1998, Herbert 1996, Wildt 2001).

¹¹ 1953 verhaftete die britische Militärpolizei Werner Naumann, der in der FDP eine Gruppe ehemaliger ranghoher NS-Funktionäre um sich versammelt hatte, sowie fünf weitere Personen aus diesem Zusammenhang. Einer davon war Gustav Scheel, der ehemalige Reichstudentenführer. Achenbachs Anwaltsbüro war eine Schaltzentrale der Gruppe, Best einer ihrer Vordenker, aber beide werden aus Mangel an Beweisen nicht belangt. Das Verfahren gegen die Verhafteten, die der deutschen Justiz übergeben worden waren, verlief im Sand und der Hauptverdächtige Naumann war 1954 wieder auf freiem Fuß (vgl. Frei/Freimüller 2001).

bildete sich eine aktive Lobby für eine Generalamnestie aller NS-Verbrecher, die über die FDP vor allem in Nordrhein-Westfalen Zugang zur politischen Bühne der Bundesrepublik gefunden hatte. Erst in den 60er Jahren wurde die Selbstgewissheit dieser Tätergruppe erschüttert als der Prozess gegen Eichmann in Jerusalem und die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt zu einer Veränderung des politischen Klimas beitrugen.

Fischers Ausführungen machen beispielhaft deutlich, dass die SD-Generation mit ihrem "weltanschaulichen Willen zur politischen Neugestaltung, zur Abgrenzung gegenüber dem Alten, Überkommenen" (Wildt 2002:857) sich mit den Beherrschungstropien von Technikern und Wissenschaftlern zu treffen vermochte. "Das Projekt, nicht nur Deutschland ‚rassisch‘ neu entstehen zu lassen, sondern auch schreckliche Wirklichkeit werden zu lassen, hat Intellektuelle, Akademiker, Wissenschaftler scharenweise zu bereitwilligen Stützen des NS-Regimes werden lassen. Endlich glaubte sich der Philosoph an der Macht, der Arzt in der Rolle des uneingeschränkten Gestalters menschlichen Lebens, der Historiker in der Position, Weltgeschichte zu machen" (Wildt 2002:867). Die Attraktivität des Betätigungsfeldes, das die Institution des RSHA den auf ihre Fachautonomie bedachten Wissenschaftlern ermöglichte, lag nur umso höher, da die Parteizugehörigkeit dort nicht unbedingt als oberstes Kriterium einer Zusammenarbeit behandelt wurde. "Daher war auch für jene Akteure, die parteipolitisch gar nicht eng mit dem Nationalsozialismus verbunden waren, das aktive Engagement im RSHA durchaus möglich, bot es doch die Entsprechung von Weltanschauung und Institution, von politischem Gestaltungswillen und zu gestaltender Struktur" (Wildt 2002:857). Im Kontinuum der Haltungen, die die Wissenschaftler unter dem Nationalsozialismus einnahmen, nämlich dem Rückzug auf professionelle Standards, der opportunistischen Anpassung an die Machtverhältnisse und der Übernahme ideologischer Überzeugung (vgl. Beyerchen 1993:624) erwies sich das RSHA in jeder Hinsicht als anschlussfähig.

Unhintergehbare Grundlage für jede Art der Kooperation war die Bindung an den antisemitischen Grundkompromiss des NS-Systems, garantiert wurde er durch die neuartige Konzeption einer Polizeimacht, die sich der Kontrolle der "Weltanschauung" und "Erhaltung des Volkskörpers" verschrieben hatte, mit nahezu unbegrenzten Befugnissen versehen und bereit, sie zur Ausübung des Terrors bedenkenlos einzusetzen. Dies waren die Bedingungen, unter denen die Systemgrenzen zwischen Wissenschaft und Politik anerkannt wurden und zugleich am entscheidenden Punkt außer Kraft gesetzt worden waren. Es waren auch die Bedingungen, unter denen sich jene besondere Form entwickelte, die die Einschränkung der Wirklichkeitswahrnehmung in den Natur- und Technikwissenschaften annahm. "Die alte Homogenität der Elite war zerstört, die Handlungs- und Verhandlungsfähigkeit massiv eingeschränkt. Daß in diesem System jeder unter dem Dach der globalen ‚nationalen Aufgaben‘ für sich oder seine Institution Macht- und Interessenpolitik betrieb wurde implizit zugestanden, und die kontinuierlichen Machtkämpfe führten zu immer neuen

Aufteilungen und Abgrenzungen. eine aktiv politische integrierende Führung war nicht vorhanden. Es stellt sich darum die Frage nach den integrierenden Kräften, die die Zusammenhänge aufrecht erhielten. Sieht man die Akten durch, dann wird überdeutlich, daß die bürokratischen Verfahren ihre Verbindlichkeit behielten. An diese sozialtechnischen Spielregeln konnte man sich halten, und darüber hinaus hielt man sich an das, was einem legitimerweise nahe lag: als Wirtschaftler an der Wirtschaftlichkeit, als Politiker an die Macht, als Wissenschaftler an die Wissenschaft. Was blieb war ein Netz von Partialrationalitäten, die in bürokratisch-technischer Manier ineinandergriffen” (Mehrtens 1994:26).

Bei Kriegsende stellte sich eine Mischung der Interessen her, in der die SD-Logik der weltanschaulichen Unbedingtheit mit einem Fanatismus des Funktionierens höchstem Maße kompatibel war. Festzuhalten ist dabei zunächst der Unterschied: „Sachlichkeit“ im Sinne der SD-Gegnerarbeit war also kein Moment objektiv-rationaler Differenzierung, sondern Ausdruck eines überlegenen Gruppengefühls und Ausdruck einer militanten pseudo-wissenschaftlichen Haltung. Die ‚sachliche‘ Judenverfolgung erwies sich damit als zäher und gefährlicher als die ‚geradezu phantastischen Ansichten sogenannter Antisemiten“ (Hachmeister 1998:184)¹². Die Grenze ist leider nicht so klar, wie es das Attribut „pseudo-wissenschaftlich“ hier nahe legt. Denn ausgehend von dem Unterschied lassen sich auch die Überschneidungen in der jeweiligen Bedeutung des Begriffs „Sachlichkeit“ finden. Die Begeisterung über den erweiterten Bezirk der Machbarkeit eröffnete den Wissenschaftlern Einlass und Teilhabe an einer Verbindung von technokratischer und wissenschaftlicher Sachlichkeit, die auf Realitätsverlust gründete und Größenwahn beförderte. Die destruktive Dynamik, in der die Entgrenzung im Handeln der SD-Täter und die Entwirklichung der Wissenschaftler ineinandergriffen, konnte auf einen gemeinsamen Kern aufbauen, nämlich die soziale Leere des Denk- und Handlungsraums, das Fehlen der Anderen und Andersdenkenden sowie ihres möglichen Widerstandes. Für die Wissenschaftler und Techniker ermöglichte diese Konstellation eine Doppelgleisigkeit von radikaler Politisierung und entpolitisierte Spezialisierung (vgl. Mehrrens 1980:65), die ihnen selbst als widerspruchsfrei erschien.

In den Untersuchungen von Hachmeister (1998) und Wildt (2002) zur Führungsgruppe des RSHA wird eine vergleichsweise geringe Präsenz der Naturwissenschaftler und Techniker im SD deutlich. Erklärt wird dieser Befund damit, dass der leidenschaftliche Beherrschungswille der NS-Täter und ihrer wissenschaftlichen Elite auf einem biologisierten Geschichts- und Gesellschaftsverständnis beruhte, das den Technik- und Naturwissenschaften eher fremd gewesen sei. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass es sich um einen historischen Zufall handelt und in diesem Fall die Bedeutung lokaler Bedingungen in Wissenschaftsentwicklungen mit sehr hohem Spezialisierungsgrad zu berücksichtigen sind. In struktureller Hinsicht teilten die Techniker und Naturwissenschaftler die

Vorstellungen ihrer Generation durchaus: “Bei aller tatsächlichen Klischeehaftigkeit des Begriffs ‚Technokratie‘ ist in historischer Sicht festzuhalten, daß die deutschen Ingenieur-Technokraten des Jahres 1932 politisch Bestehendes nicht etwa passiv verwalten, sondern aktiv gestalten – und verbessern – wollten” (Ludwig 1974:464). Der aktiv gestaltende Eingriff, der dabei intendiert war, ist als *Reactionary Modernism* (Herf 1984) treffend charakterisiert worden. Es war deshalb eher eine Ähnlichkeit des Denkens und Wissens, die mögliche Kandidaten aus diesen Berufsfeldern aus dem direkten Umfeld des SD entfernte, weil sie andere Aktionsfelder für die Bestätigung ihrer Machbarkeitsphantasien vorfanden. Diese Tendenz verstärkte sich zudem ab Mitte der 1930er Jahre durch die Militarisierung der technik- und naturwissenschaftlichen Forschungszusammenhänge und Aufgabenstellungen. Der Mathematiker Fischer hatte in dieser Zeitspanne aufgrund der besonderen Situation in Heidelberg den Anschluss verpasst und war zum SD gestoßen.

Am Ende des Krieges war aus dem Nebeneinander an entscheidenden Stellen eine Kooperation geworden. “Die Wissenschaftler, die 1944/45 ihre Arbeit plötzlich in den Mittelpunkt von Erörterungen über die verzweifelte Kriegslage gerückt sahen und sich ein Herz faßten, den angestauten Unmut in Kritik umzusetzen, täuschten sich allerdings über die entscheidenden Ursachen der fehlenden Abstimmung von Strategie einerseits sowie Wissenschaft und Technik andererseits. ... In den Wochen und Monaten vor der bedingungslosen Kapitulation beschränkten sich die Kritiker aus dem Forschungsbereich aber darauf, äußere, ‚sachliche‘ Unzulänglichkeiten aufzudecken. Die eigentliche Verantwortungslosigkeit, mit der die führenden Schichten einen Krieg vom Zaune gebrochen und in aussichtsloser Situation weitergeführt hatten, blieb in aller Regel unentdeckt oder zumindest unkritisiert” (Ludwig 1974:267). Ludwig hat die Argumente und Aktivitäten zur Umgestaltung der Forschungsarbeit am Beispiel von Werner Osenbergs Bemühungen in den letzten Kriegsjahren ausführlich beschrieben. Die Leitlinie seiner Darstellung, nämlich der Widerspruch zwischen Technik und technischer Intelligenz einerseits und dem Großkapital bzw. dem militärisch-industriellen Komplex im Machtkartell andererseits, läßt ihn im politischen Taktieren von Speer und Mentzel die Haupthindernisse für die Verbesserungsvorschläge der Wissenschaftler annehmen. Er übernimmt dabei Osenbergs Beurteilung, dass die Ministerialbürokratie, speziell Mentzel im Verein mit Rust und Schumann, versagt hätten und dass “der politische Manager und Taktiker Speer” (Ludwig 1974:464) nur an einer Produktionsausweitung statt an Forschungsplanung interessiert gewesen sei. Letzterer, so folgert Ludwig, repräsentiere “jenes ideologische Konkurrenzprinzip, das zum Wesen des Nationalsozialismus gehörte” (Ludwig 1974:261).

In dem Hannoveraner TH-Professor und ehemaligen Leiter des Planungsamts Osenberg sieht Ludwig einen charakteristischen “Vertreter der technischen Intelligenz” (Ludwig 1974:267) und

¹² Die Formulierung von den “geradezu phantastischen Ansichten sogenannter Antisemiten” stammt aus einem

einer Gruppierung, die er an anderer Stelle gar als "gute Technokraten" (Ludwig 1974:464) mit einer "spezifisch sozialistischen Ideologie" (Ludwig 1974:466) bezeichnet. "In Wirklichkeit stand ihm (Speer, E.S.) in Osenberg ein Mann gegenüber, der sich am Anfang einer vielleicht noch erfolgreichen ‚sachlichen‘ Tätigkeit wähnte" (Ludwig 1974:262). Ludwigs kritisches Augenmerk gilt der mangelnden politischen Verantwortung der Ingenieure und Wissenschaftler für ihre Tätigkeit: "In der geradezu typisch zu nennenden Bewußtseinspaltung des technischen Experten, der die Niederlage einerseits voraussah und andererseits politische Implikationen seiner Arbeit nicht wahrhaben wollte, hängte Osenberg seiner kritischen Analyse wiederum zahlreiche Verbesserungsvorschläge an" (Ludwig 1974:253). In der Perspektive auf die unpolitische Sachlichkeit, mit der sich die Wissenschaftler für den Eroberungskrieg des NS-Regimes einsetzten, gerät ins Abseits bis zu welchem Maß die radikalisierte Zweckrationalität zu einer Akzeptanz und Übereinkunft mit der Vernichtungspolitik von SD und SS fähig war. Daher wird in diesem Zusammenhang zwar erwähnt, "nur" von Himmler sei eine positive Reaktion auf Osenbergs mahnende Denkschrift zu erhalten gewesen, ohne dass diese Tatsache aber zum Anlass für weitere Fragen genommen würde. Das ist umso frappierender als in der weiteren Darstellung durchaus das große Interesse der SS an einer modernen technischen Ausrüstung und an einem eigenen Waffenamt sowie ihre Vorgehensweise, um ihren Einfluss auf die Rüstungsforschung auszudehnen, zur Sprache kommt.

Neben dem Mittel der Denunziation, dem Aufdecken von "Fehlentwicklungen" und den Angriffen auf die Verantwortlichen¹³, war es vor allem der Einsatz von Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion und für großangelegte Baumaßnahmen, über den sich die SS Zugang verschaffte."SS-Bau-Brigaden" wurden herangezogen für die Errichtung von Befestigungs- und Bunkeranlagen sowie bombensicherer, möglichst unterirdischer Produktionsstätten, die an vielen Orten entstanden. Stets handelte es sich dabei um mehr als eine bloße Auftragsarbeit und die überall so dringend benötigte Sklavenarbeit wurde strategisch dazu verwendet, den Kontroll- und Machzuwachs in jenen technisch fortgeschrittenen Projekten zu vergrößern, für sich die SS interessierte¹⁴. Die zentrale Figur im Rahmen dieser Aktionen war der SS-General Dr.-Ing. Hans Kammler, der seit Anfang 1942 die Leitung des gesamten Bauwesens in der SS-Wirtschaftsverwaltung inne hatte. Im Laufe eines Jahres sicherte er sich und der SS die Entscheidungsgewalt über das größte deutsche Rüstungsprojekt, das A4-Raketenprogramm in Peenemünde¹⁵, wo am 1. Oktober 1942 der erste erfolgreiche Start stattgefunden hatte. Bereits auf der Versuchsstation in Peenemünde existierten Zwangsarbeiterlager der SS mit über zehntausend Häftlingen. Als im folgenden Jahr die Serienproduktion beschlossen wurde, kam es nach einem

SD-Papier und bezieht sich auf Rosenberg und ähnliche Parteiideologen.

¹³ So ging man zunächst im Bereich der Marine- und Luftfahrtforschung vor (vgl. Ludwig 1974: 473-479).

¹⁴ Ein Forschungsinstitut für Hochfrequenztechnik in Dachau war eines dieser Projekte (vgl. Ludwig 1974:490).

¹⁵ Die Waffen sind unter der Propagandabezeichnung V1 und V2 bekannt geworden.

Luftangriff auf Peenemünde im August 1943 zum gemeinsamen Beschluß von Hitler, Speer, Himmler und Saur, die Fertigung in unterirdische Fabriken zu verlagern. Einen Monat später fand die Gründung der Mittelwerke GmbH statt und innerhalb einer Woche hatte die SS im Konzentrationslager Buchenwald den Häftlingstransport für das Aussenlager Dora zusammengestellt, wo dann mit dem Bau der Anlage begonnen wurde. Kammler wurde Mitglied mit Sondervollmachten im sogenannten "Jägerstab", als dieser im März 1944 für die Produktion von Jagdflugzeugen eingerichtet wurde, die ebenfalls zu großen Teilen unter Tage verlegt werden sollte, und der entsprechende SS-Sonderstab wurde nur drei Tage später gebildet. Am 6. August 1944 wurde Kammler von Himmler zum Verantwortlichen des Raketenprogramms ernannt, sein Entscheidungsrecht in allen grundlegenden Fragen wurde im September durch eine Vereinbarung mit dem Heereswaffenamt definitiv bestätigt. Kammler nutzte seine Position, um die "Entwicklungsgemeinschaft Mittelbau" aufzubauen und im Februar 1945 bestand schließlich in der südlichen Harzregion wissenschaftliches Zentrum mit 7442 technischen und wissenschaftlichen Mitarbeitern (Ludwig 1974:509). In diesem Großprojekt waren nun Forschung und Herstellung aller Fernkampfaffen und Luftabwehrgeräte unter dem Patronat der SS zusammengefasst. Am 27. März 1945 erhielt Kammler noch das Oberkommando über die gesamte Entwicklung, Erprobung und Produktion von Strahlflugzeugen. Der Erfolg von Kammlers Bemühungen für das Raketenprojekt kostete 20.000 Menschen in den Lagern und etwa 15.000 weiteren Menschen in den angegriffenen Städten Westeuropas das Leben.

"Es gibt eine Reihe von Anzeichen dafür, daß Kammler in der technischen Arbeit die reine Machbarkeit bevorzugte" (Ludwig 1974:489), von ihm seien wichtige Impulse zur Beschleunigung des technischen Fortschritts in der Luftrüstung, denn er habe einige der längst fälligen militärtechnischen Entscheidungen getroffen. Dies entsprach dem Ansuchen, das viele Natur- und Technikwissenschaftler in jenen Jahren vorgetragen hatten: "Tatsächlich aber hatte in der deutschen Rüstung einer der seltenen Entscheidungsprozesse stattgefunden, der weniger von Interessenten an der Produktion als von Wissenschaftlern des Forschungs- und Entwicklungsbereichs ausging" (Ludwig 1974:504-505). In der Folge von Ludwigs Leitthese von der unpolitischen Sachlichkeit der technisch-naturwissenschaftlichen Intelligenz bleibt dieser Befund im letzten Kapitel jedoch abgetrennt vom Rest seiner Darstellung. Kammler und Konsorten¹⁶ sind Beispiele für eine entgrenzte technische Zweckrationalität, die aus der Wendung von einer reaktionär-modernistischen Einstellung zur bedingungslosen Durchsetzung kriegstechnischer Modernisierungen hervorgegangen war. Der Übergang zu den Selbstmobilisierungsanstrengungen von Osenberg und anderen Wissenschaftlern bleibt trotz allem fließend, denn Ludwig kann letztlich doch keinen anderen Unterschied benennen als den der jeweiligen Machtbefugnis und

¹⁶ Eine zweite wichtige Figur war Dr.-Ing. Schwab, der 1940 die Entwicklungsabteilung im SS-Waffenamt übernahm (vgl. Ludwig 1974:475) und in dieser Position in den RFR aufgenommen wurde (vgl. Ludwig 1974:479). Wie Kammler begann er seine hauptberufliche SS-Laufbahn erst in den 1940er Jahren.

Durchsetzungsmöglichkeiten. Womit er in seiner Darstellung zwar umgekehrt zu Wildt und Hachmeister vorgeht und die Technik- und Naturwissenschaftler in den Mittelpunkt stellt, aber gleichfalls ihre Ent-Schuldung hervorbringt.

Signifikant an Ludwigs Text ist, mit welcher Reichweite die zentralen Topoi in der Erinnerung der deutschen Physiker nach dem Krieg und in ihrer Darstellung der jüngsten Vergangenheit die folgenden Diskussionen darüber beeinflussten. Die Kritik, die sich wesentlich auf das Unpolitische der "Technokratie" richtet, trägt noch immer jene Behauptung in sich, die Universitäten und die deutsche Wissenschaftstradition seien besonders in den technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen während des Nationalsozialismus in ihrem Kern unbeschädigt geblieben. Wirksam wird hier zum einen der eng geknüpfte Zusammenhang der Argumente in der Erinnerungsperspektive: Physik, Chemie, Technik¹⁷ seien in ihren Inhalten politikfern und daher bei der Lösung ihrer wissenschaftlichen Aufgaben durch "völkisch-rassistische Irrlehren" (Ludwig 1974:271) behindert worden bis man erfolgreich auf eine "Entideologisierung" (Hermann 1995:F95) hingewirkt habe. Die Konstruktion von Kontinuität stützte sich jedoch zweitens auf die Aktionen der Wissenschaftler während des Krieges, die mit Hilfe der angeblichen "Wissenschaftsfeindlichkeit" des NS-Regimes und dem Vorwurf der Ineffektivität und Inkompetenz an die nationalsozialistische Wissenschaftsorganisation redefiniert werden. In den offiziellen Berichten der Physiker in der unmittelbaren Nachkriegszeit verzichtete man im allgemeinen darauf, Namen zu nennen und die Anklage wurde generalisiert vorgetragen. Unter denen, die dabei eine Ausnahme machten, befand sich auch der Ex-SD-Mitarbeiter Fischer, der im Spruchkammerverfahren gegen Mentzel, seinen ehemaligen Gegenspieler zum Sündenbock für die Probleme in Wissenschaft und Forschung machte und ihn der Unkollegialität sowie der Korruption beschuldigte¹⁸. Fischer beließ es jedoch nicht bei einer schriftlichen Aussage im Rahmen einer Prozessverhandlung.

Im Verlag Gerhard Stalling erschien 1953 der Band "Die Bilanz des Zweiten Weltkrieges", das unter anderem einen Beitrag ohne Verfasserangabe mit dem Titel "Größe und Verfall der deutschen Wissenschaft im zweiten Weltkrieg" (nach Zierold 1968:270) enthielt. In seiner 1968 veröffentlichten, umfangreichen Studie über die Geschichte der DFG zitiert Kurt Zierold diesen Text als einen Beleg für seine negative Bewertung der Forschungsorganisation unter dem Nationalsozialismus und bemerkt dazu: "der ungenannte Verfasser fußt auf Gesprächen mit zahlreichen Wissenschaftlern" (Zierold 1968:270). Zierold griff an dieser Stelle nicht auf seine eigenen Erfahrungen mit dem REM zurück¹⁹, sondern gab statt dessen die folgende Passage wieder: "Die Staatsführung ließ die Wissenschaft mehr oder weniger links liegen. Eine Reihe von

¹⁷ Insofern wird die Biologie gar nicht als Naturwissenschaft wahrgenommen.

¹⁸ Entgegen der Behauptung, die er im Rahmen seiner "Erinnerungen" vorträgt. Zu seiner Aussage gegen Mentzel, vgl. Schlüpmann (2001:III-3).

¹⁹ Zierold hatte in der Weimarer Zeit unter dem preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker gearbeitet und seit 1934 in der vom REM gegründeten Reichsstelle für den Unterrichtsfilm (vgl. Kühn 1998).

Symptomen machte dies sichtbar. Der unbedeutendste aller Staatsminister – Rust – wurde der Ressortminister für die Wissenschaft. Dieser Minister für die Wissenschaft hatte dann in einer Auseinandersetzung, die mehr als sämtliche Kriege der Geschichte ein technischer Krieg gewesen ist, nachweislich in all den Kriegsjahren nicht ein einziges Mal persönlichen Vortrag beim Staatsoberhaupt gehalten. Hitler selber hat zum letzten Mal 1934 einen führenden deutschen Hochschullehrer empfangen. Das war Max Planck, als dieser sich für die Weiterarbeit jüdischer Kollegen an wesentlichen Forschungsaufgaben einsetzte. (...) Aus dieser Situation heraus ist es leicht verständlich, daß es im Führerstaat, der sonst die Lebensbereiche zentralistisch bis zum Überdruß durchorganisierte, zu einer echten, umgreifenden, im Reichsmaßstab planenden Wissenschaftsorganisation nicht kam, daß vielmehr eine Fülle von Teilorganisationen und Teilbereichen, letztlich unabhängig voneinander und nur höchst mangelhaft koordiniert, bestand. Das aber kann man sich allenfalls in Friedenszeiten leisten. Im modernen Krieg mußte es verhängnisvolle Folgen haben” (nach Zierold 1968:270). In seinen Erinnerungen Mitte der 1980er Jahre gibt Fischer dann preis, das er diesen Aufsatz zusammen mit seinem Ex-SD-Amtschef Spengler verfasst hatte, der nach dem Krieg als Lektor im Oldenburger Stalling-Verlag arbeitete (vgl. Fischer 1985:275)²⁰.

Die Textpassage versammelt die wesentlichen Elemente der im SD entwickelten Argumentation: Rusts Schwäche und die Ineffektivität der Wissenschaftsorganisation, die Forderung nach einer durchgreifenden Planung und Koordination, notdürftig kaschiert durch einen fadenscheinigen “Überdruß”, den die Notwendigkeiten des Krieges gleich wieder aufheben, schließlich das Übergehen der Forschungsanstrengungen, die es in der Industrie und im Militär gegeben hatte. Zierolds zweite deutsche Quelle²¹ für die Einschätzung, dass der Nationalsozialismus die Wissenschaft ignoriert und die Ministerialbürokratie des Regimes, besonders in Gestalt von Mentzel und Schumann versagt habe sind seine Gespräche mit dem TH-Professor Osenberg. Und in diesem Fall vertraut er ebenso wie Ludwig unhinterfragt auf dessen “fachmännische Einsicht” (Ludwig 1974:268) und sachliches Urteil. Osenberg und Fischer sind die Garanten, auf die Zierold und Ludwig ihre Darstellung gründen, ausgehend davon strukturiert ihre Version der Vergangenheit die Fragestellungen in der Wissenschaftsgeschichtsschreibung zur NS-Zeit, denn es gibt bis heute kaum eine Studie, die jene Referenz auslassen würde²². Auf diese Weise, so muss man daher feststellen, sind Osenbergs und Fischers Ansicht der Dinge zu einer historischen Tatsache geworden.

²⁰ Siehe dazu auch Hachmeister (1998). Das Verlagshaus Gerhard Stalling bot in der Nachkriegszeit ein gemischtes Sachbuchprogramm an, das sich durch einen hohen Anteil an Militaria und einen rechtskonservativen Einschlag auszeichnete. Bereits in den 1930er Jahren hatte sich der Verlag dem Nationalsozialismus zugewandt. In den Jahren 1941 bis 1945 hatte der spätere Chefredakteur der Tageszeitung *Die Welt* und Springer-Mentor, Hans Zehrer, das Haus geleitet (vgl. Otto 1999 und Hachmeister/Siering 2002).

²¹ Er bezieht sich weiterhin auf Irving (1967) sowie auf die Position Samuel Goudsmits, auf die ich weiter unten in einem anderen Zusammenhang eingehen werde.

²² Siehe Carsson (2002) für ein neueres Beispiel.

Das heißt nicht, dass ihre Angaben unkritisiert geblieben wäre, im Gegenteil ist vor allem das Verschweigen der Rolle, die Industrie und Militär für die Wissenschaftler spielten, inzwischen durch zahlreiche Arbeiten²³ nachgewiesen worden. Es wurde deutlich, welche Initiativen von Krauch und Speer ausgingen, welche Gelegenheiten durch Göring und den Vierjahresplan für das Engagement von Wissenschaftlern in der Rüstungsforschung geschaffen wurden, die einerseits zu einer straffen Militarisierung ganzer Forschungsbereiche führten, aber andererseits auch die Verlagerung der direkten Verantwortung für die kriegswichtigen Forschungsvorhaben vom Militär in die Hände der Großkonzerne mit sich brachten, wobei der Wissenstransfer in der Rüstungsforschung in den meisten Fällen funktionierte. “Der Auffassung von der wissenschaftspolitischen und forschungsorganisatorischen Negativbilanz des NS-Systems stehen nun zahlreiche Befunde gegenüber, die sich damit nicht in Einklang bringen lassen. So ist es inzwischen unstrittig, daß bis 1945 ein außerordentlicher Bestand an rüstungstechnologischen Innovationen geschaffen wurde, die sich über das ganze Spektrum von den Roh- und Werkstoffen über die Rüstungsproduktion bis zu den Waffenarsenalen der Wehrmacht erstreckten. Genannt seien hier nur strahlтурbinengetriebene Flugzeuge, unbemannte Lenkflugkörper und Fernraketen, dauertauchfähige U-Boote und extrem wirksame Giftgase. ... Es stellt sich also die Frage, wie es offenbar doch möglich war, Rüstungsforschung erfolgreich zu mobilisieren. Waren die Anstrengungen des neuen RFR und seines Planungsamtes geeignet, Ressort-Egoismen aufzubrechen? In welchem Ausmaß trug die ‚Selbstmobilisierung‘ der Rüstungsforscher dazu bei, diese zu effektivieren? Kann Grundlagenforschung möglicherweise nicht nur nominell, sondern auch de facto rüstungsrelevant und mithin kriegswichtig sein?” (Maier 2002:18).

Mit den so gesetzten Schwerpunkten der Analyse wird die Auseinandersetzung auf der Ebene der Tatsächlichkeit geführt: “Es ist durch nichts belegbar, daß eine Meta-Organisation der Rüstungsforschung, wie sie in Osenbergs Wehrforschungsgemeinschaft angelegt war, tatsächlich eine signifikante Dynamisierung des Innovationsprozesses hätte auslösen können” (Maier 2002:26). Das ist wichtig, aber nicht alles, was hier auf dem Spiel steht. Indem die Frage nach dem “woher” und “wofür” dieser Argumentation entfällt, wird das Paradigma einer unpolitischen Effektivität bestätigt und durch die Erzeugung blinder Flecke²⁴ fortgeschrieben. So wird im Fall von Osenberg zwar erwähnt, dass er seit 1933 SS-Mitglied (Ludwig 1974:254) und auch, dass er seit 1936 als SD-Mitarbeiter tätig war (Federspiel 2002:82) aber diese Mitteilungen werden nicht mit seinen Zielsetzungen auf wissenschaftspolitischer Ebene zusammengebracht. Daher wird auch Osenbergs

²³ Ludwigs Untersuchung (1974) wirkte in dieser Hinsicht außerordentlich motivierend, Mehrtens (1980) hat dies dann programmatisch für den gesamten Bereich der Technik- und Naturwissenschaften formuliert, aktuell fortgesetzt werden diese Ansätze bei Maier (2002).

²⁴ Die Personen werden als Randfiguren behandelt und die Namen werden zum Teil falsch wieder gegeben, so erscheint etwa Franz Alfred Six bei Hammerstein (1999) mit dem Vornamen Friedrich Alfred, bei Cassidy (1995) dagegen als E. Six.

Bestreben, sich Sondervollmachten und vor allem den direkten Zugang zu Hitler zu verschaffen, als eine Art psychologische Disposition, nämlich seine "Führergläubigkeit" (Federspiel 2002:98) interpretiert. Dagegen ist eher anzunehmen, das ihm die Funktionsweise des Regimes vertraut war. In Osenbergs Planungsaktivitäten kommen deshalb auf andere Art als bei Fischers Spionagetätigkeit, eine Überlagerung von Fachwissen und Geheimdienstwissen zum Ausdruck: "Bis in die letzten Kriegswochen hinein sammelte Osenberg jedoch nebenbei Material, um das Versagen des Regimes gegenüber den Natur- und Technikwissenschaften zu dokumentieren" (Ludwig 1974:266). Das Sammeln von Informationen war zur Nebenbeschäftigung geworden, weil Osenberg hoffte, zur Umsetzung seiner Verbesserungsvorschläge jetzt endlich ausreichende Befugnisse erhalten zu haben. Wo Widerstände auftraten, griff er auf die Mittel des SD zurück und setzte die rhetorischen Elemente der SD-Darstellung ein: Schlamperei, Missstände und mangelnde Überwachung. In der Umdeutung zu einer unpolitischen Kritik am "Versagen des Regimes" überstand die SD-Logik der Effizienz durch Kontrolle das Ende des Nationalsozialismus und formte das Bild der Wissenschaft und der Wissenschaftler. "Die meisten der Wissenschaftler und Ingenieure ignorierten die Historizität ihrer Arbeit und fanden weder eine Einstellung zur Politisierung noch einen Weg zur Politik. Wie zuvor in ihrer Geschichte befanden sie sich damit in dem Dilemma, den Fragen der Politik auszuweichen und zugleich zu bedauern, von der Politik nicht gefragt zu werden" (Ludwig 1974:271).

Hammersteins Schlussfolgerung aus seiner Untersuchung zur Geschichte der DFG widerspricht den Darstellungen über die Unfähigkeit der nationalsozialistischen Wissenschaftsverwaltung: "Entgegen der landläufigen Meinung operierte das REM geschickt und effizient" (Hammerstein 1999:543). Er stellt fest, dass im RFR unter Anwendung der international üblichen Standards von Wissenschaftlichkeit gearbeitet worden sei (vgl. Hammerstein 1999:313, 377), dass man Maßnahmen zur Sicherung des Universitätsbetriebes ergriff und notwendige Ausbildungsreformen, besonders in der Chemie, anregte (vgl. Hammerstein 1999:332). Über die DFG-Förderung im Jahr 1940 vermerkt er, "daß die meisten der eingereichten und geförderten Themen üblichem wissenschaftlichen Interesse, soliden fachspezifischen Problemen und anstehenden zeitgenössischen Fragestellungen der Wissenschaft folgten" (Hammerstein 1999:357). Nur eine Minderheit der Wissenschaftler könne mit nationalsozialistischer Ideologie und kriminellen Methoden in Verbindung gebracht werden, die Mehrheit habe sich in gewohnten Bahnen bewegt. Seiner Darstellung zufolge zeichnet sich die Politik der Ministerialbürokratie aus durch wiederholte Anläufe zu einer Strukturveränderung, die dann in der Aufrechterhaltung der Alltagsroutine während des Krieges nicht mehr zum Zuge kommen (vgl. Hammerstein 1999:407). Der stärkste Eindruck, den Hammersteins Buch vermittelt, besteht in den Banalitäten des Wissenschaftsgeschäfts, an denen bis hin zu Mentzels letztem Rundschreiben, dem "Kleinen Wegweiser", einem Leitfaden zur

Antragsstellung auf Forschungsförderung im April 1945, wenige Tage vor seiner Flucht aus Berlin, festgehalten wird.

Durch die Befunde von Hammerstein, Maier und anderen²⁵ wissen wir inzwischen, dass die Darstellung der Wissenschaft unter dem Nationalsozialismus, die Osenberg und Fischer so wirkungsvoll lancierten, nicht den Tatsachen entspricht. Die Ergebnisse unterstreichen die Frage, wofür diese Deutung der Vergangenheit benötigt wurde, warum sie von der Mehrheit der Physiker geteilt und von den Wissenschaftshistorikern bzw. von der interessierten Öffentlichkeit geglaubt wurde. Maier (2002:28) weist daraufhin, dass nach dem Krieg Grundlagenforschung als ein wirkungsvoller Entlastungsgrund galt, aber das konnte nur gelingen, indem er an diese Interpretation des Vergangenen und auf das Engste an ein Selbstverständnis von unpolitischer Sachlichkeit gekoppelt war. Daher ist in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Politik und Wissenschaft als zentrales Moment stärker als bisher zu berücksichtigen und genauer darauf einzugehen, welche Ausblendungen in Bezug auf die Vergangenheit davon verursacht werden.

Dies ist zum einen die sich langsam abzeichnende Klarheit, dass im Netz der wissenschaftspolitischen Akteure, wie es unter dem Nationalsozialismus bestand, das Wissenschaftssystem zwischen Staat, Militär und Industrie als eine eigene Größe in Erscheinung trat. Denn in dieser Konstellation wurden die Natur- und Technikerwissenschaftler weder "mißbraucht" noch handelten sie aufgrund einer "Tendenz zu totaler Dienstbarkeit" (Ludwig 1974:512), sondern sie verfolgten zielstrebig ihre eigenen Zielsetzungen. In einem Arrangement auf Gegenseitigkeit fungierten vielmehr "Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander" (Ash 2002), wobei insbesondere die Kooperationen auf mittlerer Ebene ziemlich gut funktionierten (vgl. Maier 2002:28). Wenn es dabei zum Auftreten von Konkurrenz kam, ist dies weniger als Anzeichen defizitärer Forschungsplanung denn als ein fundamentaler Mechanismus für das Funktionieren des Wissenschaftssystems und seine Fähigkeit zur Entwicklung von Innovation zu betrachten (vgl. Maier 2002:17) oder als Kommunikationsproblem zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen. Auf diese Weise lässt sich auch die Haltung der Wissenschaftler interpretieren, die nicht an der Front sondern an ihrer Forschungsarbeit geblieben waren. "Sie verweigerten sich mit ihrem Können, ihrer Kompetenz keineswegs, ohne freilich zu meinen, daß sie auch nur im entferntesten von ihrem Wissenschaftsverständnis, dem Ethos des Forschers abwichen. Daß ihre Bemühungen so wenig Resonanz und Anerkennung erfuhren – nicht zuletzt auf militärischer Seite – konnte und mußte sie verstimmen" (Hammerstein 1999:491).

Weniger ins Blickfeld getreten sind dagegen die polykratische Struktur und der paradoxe Pluralismus des NS-Regimes, so dass für die Bündnisse wie für die Gegnerschaften jeweils die Frage

zu stellen wäre, um welche Fraktion im nationalsozialistischen Herrschaftsapparat es sich denn dabei handelte. Nur Schlüpmann greift diesen Punkt explizit auf (vgl. 2001:II-9), während bei Ludwig, aber auch noch in den meisten späteren Studien eine mangelnde Differenzierung bezüglich der Formationen in der NS-Politik vorliegt. Zwar wurde inzwischen die Unterscheidung zwischen den völkisch-orientierten Ideologen einer rassistischen Weltanschauung und dem militärisch-industriellen Komplex gängig, aber das eigene, besondere Profil der SS und speziell des SD wird in den Studien zur Wissenschaftsgeschichte noch kaum berücksichtigt. Im Ergebnis ist es dann entweder kaum möglich, die Effektivität des Geheimdiensts vom Kalkül des rüstungsindustriellen Machtkartells abzugrenzen oder die SD-Mitarbeiter erscheinen als die radikalere und gefährlichere Variante der Parteiideologen; letztere aber waren gerade die gemeinsamen Gegner der Physiker und des SD gewesen²⁶. Die Intervention des SD im Konflikt um die moderne oder die "Deutsche Physik" bestand in der Durchsetzung jenes antisemitischen Grundkompromisses, auf den die "Volksgemeinschaft" gründete. Wobei die "Selbstentstellung des erlesenen Berufsethos" (Weisbrod 2002:19) einer Derealisierung unterlag, die im Einvernehmen mit Himmler und dem SD über ein radikal instrumentelles Wissenschaftsverständnis zustande kam. Sie bildete eine Grundlage für die beunruhigende Gleichzeitigkeit von Entmoralisierung und Normalität der Wissenschaft im nationalsozialistischen Unrechtssystem²⁷.

Möglicherweise ist es noch beunruhigender, in welchem Maß die Argumentation und das Bündnis der "Sachlichkeit" nach dem Krieg noch weiterhin zur Geltung kam. Die ehemaligen SD-Mitarbeiter waren zwar wissenschaftspolitisch machtlos geworden, aber im öffentlichen Gedächtnis spielte die eingeübte Rhetorik dafür eine umso größere Rolle. Sie lieferte eine Entlastung durch Unterscheidung von anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, insbesondere dem Adel, dem Militär und der Industrie (vgl. Weisbrod 2002:23), deren Mitwirkung an der nationalsozialistischen Herrschaft nun offen zur Sprache kam. Demgegenüber sahen die meisten Wissenschaftler und Techniker ihre vorrangige Aufgabe nach dem Ende des NS-Regimes einfach als Fortsetzung einer Konzentration auf ihre "eigentliche Verantwortung" (Hammerstein 1999:544), nämlich die Probleme auf dem Gebiet ihrer Wissenschaft. Der Überbetonung der Differenz nach außen entsprach eine Homogenisierung nach innen, Gegendarstellungen kamen entweder überhaupt nicht zum Zuge, wie Schumanns Buch über die Kernforschung (vgl. Walker 1990:244) oder erst mit großer Verspätung in die Öffentlichkeit (Bagge/Diebner/Jay 1957). Die Homogenisierung bewirkte die Verdunklung einer

²⁵ Ein wichtiges Buch im Rahmen dieser Entwicklung stellt der Sammelband von Renneberg und Walker (1994) dar.

²⁶ Wenn Osenberg davon berichtete, dass ihm seine Fachkollegen im RFR Misstrauen entgegengebracht und sich, wie Thiessen und Gerlach, auf Speers Seite geschlagen hätten (Ludwig 1974:263-4), so dokumentiert dies eher den Versuch, die eigenständige Handlungskompetenz zu bewahren. Denn das Beispiel der beiden genannten Wissenschaftler zeigt, dass die technisch-wissenschaftlichen Experten gegebenenfalls auch gegen die industrienähe Politik Speers beim SD einen Verbündeten fanden.

²⁷ Dies wird von einer Kritik an Hammersteins Untersuchung verfehlt, die politisch mit moralisch gleichsetzt. Siehe etwa die Rezensionen seines Buchs von Finetti (1999) und Hoffmann (2000).

ganz anderen Kontinuität, nämlich der Denkweise der Sachlichkeit und Effektivität jenseits des Politischen, die ausgerechnet durch die radikalsten NS-Täter examiniert und für akzeptabel befunden worden war.

In dieser Hinsicht sind Wissenschaftsverständnis und Wissenschaftspolitik in der Nachkriegszeit unter dem Nationalsozialismus geformt worden. In den wissenschaftlichen Institutionen war es zu Veränderungen gekommen, die aber nicht, wie es Hammerstein für die DFG behauptet, bloß ein äußerer Eingriff und eine Außerkraftsetzung der Selbstverwaltungsstrukturen waren und die sich deshalb auch nicht allein durch organisatorische Maßnahmen beheben ließen. Was er selbst ausführlich belegt, nämlich "wie sich Forschungsförderung im Dritten Reich – es ließe sich auch formulieren: nationalsozialistische Forschungspolitik – sachlich, fachbezogen, wissenschaftlich einwandfrei zunächst einmal zum disziplinbezogenen Nutzen verwenden ließ" (Hammerstein 1999:464), ging darüber hinaus. Das Ausnutzen des Regimes durch Anpassung an die herrschenden Gegebenheiten unter der Devise der Sachlichkeit und einer ausschließlichen Orientierung an Machbarkeit und Durchsetzung hatte ein gravierendes Selbstmissverständnis der Wissenschaftler über ihre Tätigkeit verstärkt. Unter dem Einfluss einer neuartigen Institution, deren weltanschauliche Unbedingtheit im Widerspruch zur Ausdifferenzierung und Funktionenteilung moderner Bürokrationen und Verwaltungsapparate stand und die sich mit terroristischer Kontrolle den Auflösungserscheinungen des NS-Staates an seinem Ende entgensetzte, gewannen höchst autoritäre Vorstellungen über Forschungspolitik und -planung im 20. Jahrhundert (vgl. Ludwig 1979:228-229) die Oberhand. Aber die Normalität eines funktionierenden Wissenschaftsbetriebs und eines produktiven Forschungsprozesses widerspricht dem Ideal der Effektivität, so sehr dies auch der Maßstab für das erfolgreiche technische oder naturwissenschaftliche Endprodukt sein mag.

Als ein Beispiel für das Weiterbestehen und Weiterwirken autoritärer Lösungsmodelle für jene widersprüchliche Diskrepanz in der wissenschaftspolitischen Landschaft der frühen BRD kann der Deutsche Forschungsrat (DFR) angesehen werden, der im März 1949 gegründet wurde und 1951 in der DFG aufging. Der Fusion vorausgegangen waren Auseinandersetzungen über die zentralstaatlich geregelte Forschungsförderung, die der DFR unter Heisenbergs Leitung anstrebte. Denn dieses Ziel hatte die Landesvertreter auf den Plan gerufen, die ihre Kulturhoheit bedroht sahen, und es hatte den Widerspruch der DFG hervorgerufen, vor allem in der Person von Gerlach und Zierold, die die Ambitionen des DFR, zur höchsten Autorität in der Wissenschaftsförderung und der wissenschaftlichen Politikberatung aufzusteigen, als überflüssige Konkurrenz betrachtete. Begründet wurde die Schaffung des DFR durch vertraute Argumente: "Beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung der Wissenschaft würde es einer Behörde kaum möglich sein, zu überblicken, für welche Ziele die Forschungsarbeit eingesetzt werden muß und welche Möglichkeiten sie zur Behebung der materiellen, menschlichen und politischen Nöte in jedem Zeitpunkt zu bieten vermag"

(Presseerklärung des DFR nach Osietzki 2003:71). Kombiniert wurden die gesellschaftliche Nützlichkeit der Wissenschaft und die Inkompetenz der Politik zu einer Strategie, die der Aneignung einer hegemonialen Position galt und sich durch einen autoritären Gestus auszeichnete. Die wissenschaftliche Verbesserung der Politik, die hier vorgeschlagen wurde, implizierte keine Demokratie der Wissenschaftler untereinander, vorgesehen waren nur Spitzenwissenschaftler und vorläufig waren nur Naturwissenschaftler im Spiel. "Gescheitert ist der Deutsche Forschungsrat vor allem wegen seines Anspruchs, aufgrund der eigenen wissenschaftlichen Autorität *für* die Anderen sprechen und deren Interessen vertreten zu können. ... Dieser bestand in der kurzschlüssigen Annahme, die eigene Auffassung sei allgemein gültig. Eine solche Universalisierung der eigenen Perspektive war es, die sowohl die programmatische wie auch die strukturelle Erscheinungsform des Deutschen Forschungsrates charakterisierte" (Osietzki 2003:71). Dass bei den Auseinandersetzungen um die Stellung als einflussreichste Institution der Forschungsförderung die Nähe zur Macht des Bundeskanzlers, eben der so verachteten Politik, vom DFR gesucht wurde, mag schlechter Erinnerungen hervorgerufen und den Eindruck verstärkt haben, hier handele es sich um die Nachfolgeorganisation des RFR²⁸.

Die Analyse der Wissenschaften unter dem Nationalsozialismus hat die Begriffe der Technokratie und der Zweckrationalität ins Zentrum gestellt und das traditionelle "unpolitische" Selbstverständnis der Wissenschaftler betont. Eine solche Sichtweise trifft in vielen Punkten zu, doch sie ist noch unzureichend. Erst unter der Perspektive des Gedächtnisses und der rekonstruierten Erinnerung löst sich die Schiefelage der Technokratie-Debatte auf. Dann nämlich kann die Selbst-Instrumentalisierung im militärisch-industriellen Komplex auch als Teil einer "zurückverlegten Distanzierung" (Radkau im Abschnitt Jugend), die die Grundlagen für eine semantische Reorganisation des wissenschaftlichen Selbstverständnisses in diesem Wissenschaftsbereich darstellt und derart den Eindruck erzeugt, als sei in seinem Kern alles intakt geblieben (vgl. Hammerstein 1999:544-545). Zugleich kombiniert mit dem autoritären Code des Mandarinentums (vgl. Weisbrod 2002) begünstigte die Inanspruchnahme jener Art von Sachlichkeit bei den Wissenschaftlern Ideen über Förderung, Lenkung und Planbarkeit wissenschaftlicher Forschung, die die "Merkmale der autoritären Aneignung einer ‚Kompetenz‘ in gesellschaftlichen Fragen" (Osietzki 2003:72) trägt und meilenweit von Poppers Auffassungen einer innerwissenschaftlichen Demokratie entfernt ist.

Die "konstruierte Kontinuität des akademischen Ideals" (Ash) reproduziert auf diese Weise die Spuren des historischen Kontext, eines vergangenen gewaltförmigen Geltungszusammenhangs. Sie bleibt geknüpft an die Löschung der jüdischen Namen, die mit der Reduktion zu einem nur noch instrumentellen Wissenschaftsbegriff einherging, denn sie konserviert die Herstellung der sozialen

²⁸ Womit Heisenberg in gewisser Weise Mentzels Nachfolger geworden wäre.

Leere in der Entwirklichung des Vergangenen. "Entideologisierung" und "unpolitische" Wissenschaftlichkeit wurden bezahlt mit dem Verlust von Mitmenschlichkeit und einer Entkoppelung von der historischen Zeit. Zweckrationalität wird unter diesen Bedingungen zu einer Logik, die jede Kritik in die Knie zwingt. so wiederholt sich die Rede von "der offenkundigen Schwäche nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung" (Maier 2002:28) selbst da, wo eigentlich das Gegenteil gezeigt werden soll. Osenberg wird als "zweckrational denkender Wissenschaftler" (Ludwig 1974:245) zu einer Art Systemkritiker des Nationalsozialismus und Fischer stellt sich seinem Buch über *Hitler und die Atombombe* (1987) in eine Reihe mit den vorzugsweise kritischen Autoren, die seinen "Zeitzeugenbericht" über die Arbeiten im Uran-Verein mit dem Forschungsstand Mitte der 1980er Jahre belegen sollen.

Die wiederhergestellte Kontinuität des Ideal verbirgt einen anderen Zusammenhang, nämlich die Überschneidung von Fachwissen und Geheimdienstwissen, wie sie sich in der Erinnerungspraxis der "Persilscheinkultur" manifestiert. Die Aussagen in den Spruchkammer-Verfahren gegen Mentzel und andere stammten in der Hauptsache von dessen ehemaligen Gegenspielern; dieser Tatbestand ist das Zeichen einer nachwirkenden Beschädigung an Wissenschaft, an ihren Wertvorstellungen ebenso wie in ihrem sozialen Gefüge. Die Analyse der instrumentellen Vernunft, Zweckrationalität und der Technokratie erfolgte in Reaktion darauf und ist das Ergebnis einer Einsicht in diese Art von Beschädigung. Wenn aber die Begriffe den Bezug auf die Entwirklichung der Vergangenheit verlieren, die sich im Kollektiv der deutschen Physiker mit den Jahresdaten 1935 bzw. 1942 besonders markant verknüpft, dann ist sie nicht mehr erkennbar und es stellt sich vielmehr die destruktive Verbindung wieder her, in der die Ähnlichkeit in der Art des Wissens das Ausbleiben eines Schuldgefühls verursachte. Darin erkenne ich den Grund dafür, warum man in den Physikalischen Blättern und ähnlichen Quellen erschreckend viele NS-Elemente in der Rhetorik der Schuldabwehr findet²⁹.

"Man konnte beginnen, die Vergangenheit in der Erinnerung verschwinden zu lassen", bemerkt Fischer (1985:266) zu seiner Entlassung aus dem Internierungslager in Darmstadt. Den Anschlag vom *war department* am Ausgang des dortigen Lagers mag er gelesen haben. Aber die Aufforderung zur "Verpflichtung dafür zu sorgen, daß sich in Deiner Heimat nie mehr die Neigung zum Waffendienst erhebt, daß nie mehr junge Deutsche die besten Jahre ihres Lebens zugunsten der Gelüste des preußischen Junkertums und seines kriegsschürenden Generalstabes zum Opfer zu bringen, sondern fortan nur noch friedlicher Wohlfahrt unter den Völkern ihre Kraft und ihre Begabung weihen" (nach Frau und Frieden 1956, Heft 4, S. 3) hinterließ bei ihm keinen Eindruck. Ebenso wenig vermochte ihn die Vergangenheit überhaupt zu irritieren³⁰. Sie versinkt bei in einem

²⁹ Detailliert dazu Adorno (1975).

³⁰ Alfred Andersch war ebenfalls in Babenhausen gewesen: "Hinter den Stacheldrähten waren Zeit und Raum aufgehoben. Jetzt trat ich wieder in Raum und Zeit ein, unter Kieferschatten, in einem Nachmittagslicht bei

amorphen Zeitraum, denn in seinen Texten gibt es kaum Zeitangaben und in den Ausnahmefällen sind diese nicht unbedingt korrekt. So schreibt er in seinem Buch über das deutsche Kernforschungsprojekt: "Von den Ereignissen der letzten Kriegsjahre verhältnismäßig wenig gestört, wurden die kernphysikalischen Arbeiten in Deutschland weitergeführt. Nur selten geschah etwas Ungewöhnliches wie noch im Frühjahr 1944: Niels Bohr, dänischer Nobelpreisträger und Schöpfer eines überzeugenden Modells vom Aufbau der Atome, hatte bis dahin in seinem Kopenhagener Institut, also in dem von deutschen Truppen besetzten Dänemark gearbeitet. Plötzlich war er verschwunden. Er hatte sich wohl unter Mitwirkung des britischen Geheimdienstes und unter Mitnahme seiner wissenschaftlichen Unterlagen in das neutrale Nachbarland Schweden abgesetzt" (Fischer 1987:69). Die Textstelle zeigt vor allem, wovon Fischer jegliche Vorstellung fehlt. Der Widerstand von Menschen, die sich einer gewalttätigen "Ordnung" und der Vernichtungsmaschinerie entzogen, Selbsttätigkeit und gar Solidarität sind in seinem Denken schlicht nicht vorhanden.

Im August 1943 war wegen zunehmender Streiks und Sabotageakte von der Deutschen Besatzung der Ausnahmezustand erklärt und die dänische Regierung entmachteten worden, die deutsche Wehrmacht übernahm die Staatsgewalt. Geplant war eine größere Verhaftungswelle, doch bevor sie begann, erfuhr die dänische Widerstandsbewegung davon. In einer beispiellosen Rettungsaktion wurden 7.900 Menschen versteckt und im Oktober über den Öresund nach Schweden in Sicherheit gebracht³¹, unter ihnen Bohr und seine Frau Margarethe. Seit Kriegsbeginn waren Aktionen dieser Art in Deutschland und in den besetzten Gebieten lebensgefährlich geworden, im Herbst 1941 war das Auswanderungsverbot verhängt worden und es hatten die Deportationen nach Osten begonnen. Von den Physikern, die 1938 noch auf der Mitgliederliste der DPG standen, aber nicht mehr im darauffolgenden Jahr, nachdem Debye seine Austrittsaufforderung verschickt hatte, konnten noch einige rechtzeitig zuvor zu emigrieren. Etwa von der Hälfte derer, die in jenem Jahr nicht eines natürlichen Todes gestorben waren, verliert sich jede weitere Spur. Richard Gans, Hartmut Paul Kallman und Walter Kaufmann gelang es, der Verfolgung zu entkommen und in Deutschland zu überleben. Franz Pollitzer war nach Paris emigriert, wurde 1942 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Arnold Berliner³² entzog sich 1942 der drohenden Deportation durch Selbstmord, ebenso wie der Bonner Mathematiker Felix Hausdorff.

Darmstadt. Ich fühlte Furcht. Ich fürchtete mich vor Deutschland. Die Zeit Deutschland, der Raum Deutschland kamen als Dunkelheit auf mich zu, als Katastrophe, als Chaos. Die Freiheit des Kriegsgefangenenlagers war das Gegenteil von Chaos gewesen. Das Chaos Deutschland war eine Drohung" (nach Jendricke 1988:49).

³¹ 466 Menschen wurden nach Theresienstadt deportierten, von ihnen konnten viele durch eine Intervention der dänischen Regierung gerettet werden. Insgesamt kamen 116 Menschen ums Leben.

³² Berliner war Gründer und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift *Die Naturwissenschaften*. Er hatte 1935 seine Arbeit aufgeben müssen, als ihm der Springer Verlag nach 22 Jahren fristlos gekündigt hatte, weil er "untragbar" geworden sei (vgl. Sime 2001:196).

Klaus Hentschel sammelt Informationen über die vermissten Namen auf der DPG-Mitgliederliste per Internet. Viele von ihnen sind wahrscheinlich für immer verloren gegangen. Über die jüdischen und verfolgten Wissenschaftler, die nicht deutsche Staatsangehörige waren oder aus einem anderen Grund nicht auf dieser Liste stehen, ist noch weniger bekannt. Jochen August (1997) hat das Material über die "Sonderaktion Krakau", während der fast das gesamte Personal der Universität Krakau nach Sachsenhausen verschleppt wurde, zusammengetragen. Klaus Schlüpmann (2001:II-9), der bei seinen Recherchen zahlreichen Hinweisen nachgegangen ist, berichtet von dem russisch-jüdischen Kommunisten Alexander Weissberg, der zusammen mit seinem Kollegen in Charkov, Fritz Houtermans, vom NKWD der Gestapo übergeben wurde. Viele der linken, kommunistischen und jüdischen Wissenschaftler aus Deutschland, die dort in den 1930er Jahren gearbeitet hatten, wurden, wenn sie nicht schon im Verlauf der stalinistischen Säuberungen ermordet oder vertrieben worden waren, an die Gestapo ausgeliefert. Houtermans und Weissberg³³ entkamen der Verfolgung, Konrad Weisselberg und Konrad Fomin kamen dabei ums Leben. Durch Primo Levi wissen wir, dass sein Leidensgenosse im Labor der Auschwitzer Buna-Fabrik, der Breslauer Physiker Dr. Goldbaum, die Evakuierung des Lagers nach Buchenwald nicht überlebt hat. Über zwei andere, Brackier und Kandel, vermochte er keine Auskunft zu geben. In *Das periodische System* schilderte Levi die Begegnung mit "Dr. Müller", dem Laborleiter: "(M)it mir hat er nur dreimal gesprochen, und alle drei Male mit einer Befangenheit, die selten war an diesem Ort, so als schämte er sich. ... er hatte, mich siezend, gefragt: ‚Sie sehen ja so bekümmert aus?‘ Ich hatte im Stillen bei mir gedacht (damals dachte ich in deutsch): Der Mann hat ja keine Ahnung" (nach Deichmann 2001:491). 1967 kam es zu einem Briefwechsel zwischen Levi und dem ehemaligen IG Farben-Chemiker, der von Mitte November 1944 bis zur Räumung des Lagers in Auschwitz gewesen war. Ute Deichmann hat das Scheitern der Kommunikation anhand der Briefe dokumentiert und gezeigt, dass auch dann noch die überaus tödliche Gefahr, in der sich Levi befunden hatte von Dr. Ferdinand Meyer, wie er wirklich hieß, negiert wurde und trotz seiner Auseinandersetzung mit seiner Rolle in dieser Zeit, das nur wenige Kilometer entfernte Vernichtungslager Birkenau ausgeblendet blieb. In seinem Buch gab Levi eine Charakterisierung seines Gegenübers: "Weder ein Schuft noch ein Held: Zog man die rhetorischen Floskeln und Lügen, ob ehrlichen Herzens oder mit Absicht gesagt, ab, so blieb ein typisch graues Menschenwesen übrig, einer von den nicht wenigen Einäugigen im Reich der Blinden" (nach Deichmann 2001:493).

³³ Victor Weisskopf (1991) hat in seinen Erinnerungen über seine Begegnungen mit Weissberg berichtet, der in den Untergrund ging und den Aufstand im Warschauer Ghetto überlebte.

Als der amerikanische Physiker Philip Morrison im Dezemberheft 1947 des *Bulletin of Atomic Scientists*, den Alsos-Bericht von Samuel Goudsmit besprach, stellte er fest: "Nicht anders als ihre alliierten Gegenspieler arbeiteten die deutschen Wissenschaftler für das Militär, so gut es die Umstände erlaubten. Aber der Unterschied ist – und das bleibt auf ewig unverzeihlich –, daß sie für Himmler und Auschwitz arbeiteten, für die Bücherverbrenner und Geiselnahmer" (nach Cassidy 1995:619). Durch diesen Satz sah sich Laue zu einer Replik veranlaßt, die noch im gleichen Monat in den *Physikalischen Blättern* (1947:424-425) und im *Bulletin* erschien. "Die Kriegstätigkeit der deutschen Physiker", wie der Titel von Laues Beitrag lautete, sei "rechtschaffene, solide Forschung, ganz in der Richtung der vorhergehenden und jetzt wieder einsetzenden Friedensarbeit" gewesen. "Aber nichts an ihrem Inhalt weist daraufhin; mit Himmler und Auschwitz haben sie wahrlich nicht das Mindeste zu tun". Das Unvermögen einen solchen Zusammenhang einzuräumen, wird in dem Text durch eine Wahrnehmungseinschränkung befestigt, die kein Verständnis für Fragen aufbringt, die die Innenansicht der Wissenschaft überschreiten. In seiner Weigerung darüber nachzudenken, verglich Laue einen deutschen Institutsdirektor mit einem Wissenschaftler, der während der Okkupation in der Untergrundbewegung aktiv gewesen war und sich nach dem Krieg dem Vorwurf der Kollaboration ausgesetzt sah. Beide seien gleichermaßen in einer "zweideutige Lage" und in der Gefahr gewesen, daß es zu einer "Katastrophe für den Betreffenden" kommen konnte. Verallgemeinernd stellte er fest: "Das ist nun einmal der Fluch solcher Zeiten". Die als kriegswichtig deklarierte Forschung habe es möglich gemacht, jüngere Wissenschaftler vor dem Einsatz an der Front zu retten, manchmal sogar Verfolgte vor dem Zugriff der "Tyrannis" zu schützen¹, und er forderte "unsere gestrengen Kritiker" auf, sich doch bei diesen zu erkundigen. In den einleitenden Sätze seiner Darstellung berief Laue sich auf die Standards der Wissenschaftlichkeit, nämlich Sachlichkeit, Neutralität und Objektivität. Und sie werden direkt gegen Goudsmit verwendet, dessen Eltern deportiert und ermordet worden waren: "Aber als unbefangenen Beobachter der in Betracht kommenden Verhältnisse können wir gerade deswegen weder ihn noch seinen Referenten Morrison anerkennen"².

Es war ausgerechnet Max von Laue, der das schrieb. Denn es war bekannt – und zwar auch im Ausland –, daß er dem Nationalsozialismus nicht nur mit einem stillschweigenden Mißfallen begegnet war. Er hatte die Machtansprüche einer "Deutschen Physik" mehrfach erfolgreich zurückgewiesen, ließ sich von Drohungen nicht einschüchtern und die Kontakte zu entlassenen Kollegen nicht abreißen. In den *Physikalischen Blättern* war bereits im Sommer (1947:272-273) ein größerer Auszug aus seiner Rede

¹ "Und wenn jemand die Akten aus den letzten Kriegsjahren konsequent durchforschen wollte, würde er bemerken, daß überhaupt alles, was damals als Wissenschaft gemacht wurde, ‚kriegsentscheidend‘ war. Sonst hätten nämlich die staatlichen und die Partei-Instanzen weder Mittel noch Mitarbeiter dafür freigegeben. Viele, viele junge Leute verdanken es nur dieser Bezeichnung ihrer Tätigkeit, daß sie nicht an die Front zu gehen brauchten und so am Leben blieben. Das ist die einzige Bedeutung, welche das ominöse Wort

vor der Preußischen Akademie veröffentlicht worden, mit der er Ende 1933 die Wahl Starks in die Akademie verhindert hatte. Der Abdruck erschien als Replik auf eine Stellungnahme Starks, der mit seinem Beitrag "Zu den Kämpfen in der Physik während der Hitler-Zeit" (Phy.Blä. 1947:271-272) auf die allgemeine Linie einschwenken wollte und behauptete, er habe "einen schweren Kampf um die Freiheit der deutschen Forschung gegen das Ministerium Rust geführt" (271) und diese schließlich "gerettet" (272). Diesem Versuch erteilte Laues "Bemerkung zu der vorstehenden Veröffentlichung von J. Stark" eine entschiedene Abweisung und zwar mit den Argumenten von 1933. Denn damals schon hatte Laue seine Gegenrede damit begründet, daß Stark seine politische Beziehungen dafür einsetze, die gesamte Physik unter seine Kontrolle zu bekommen und "somit unmittelbar die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung bedroht" (273) sei. Die Redaktion der *Physikalischen Blätter* hatte das Schlußkapitel der Kontroverse zwischen Laue und Stark unter die Überschrift "Persönliches" gestellt. Das Problem aber, das Morrison und Goudsmit bewegte, wurde weggeredet oder war im Bewußtsein der deutschen Physiker erst gar nicht vorhanden.

Die Bestandsaufnahme, die die bisherige Forschung zur Geschichte der Physik unter dem Nationalsozialismus ergibt, läßt sich in einem ernüchternden Satz zusammenfassen: "Die Antwort lautet schlicht, daß von Opposition keine Rede sein konnte" (Beyerchen 1980:276). Weniger direkt, aber der Sache nach ein und dasselbe, heißt es auch in der Festschrift zur 150-Jahrfeier der DPG: "Nach dem Krieg waren die Physiker geneigt, ihren Kampf gegen die ‚Deutsche Physik‘ ... als Opposition gegen das Regime zu deuten. Das war eine Überinterpretation. Die in der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zusammengeschlossenen Kollegen fühlten sich als gute Patrioten, deren Pflicht es war, im Interesse des Vaterlandes für eine funktionierende Wissenschaft zu sorgen" (Hermann 1995:F-96). In der Sorge um die Effektivität und das Niveau der deutschen Physik gelang zwar die Verteidigung der fachwissenschaftlichen Standards, die Sicherung der Grundlagenforschung und die Wahrung der professionellen Autonomie, aber: "So ehrenwert und mutig die gegen die ‚Deutsche Physik‘ gerichtete Denkschrift auch ist (gemeint ist das Heisenberg-Wien-Geiger-Memorandum von 1936, E.S.), wir Heutigen haben dabei ein ungutes Gefühl. Wir wissen, daß die obersten Staatsziele in der Eroberung von ‚Lebensraum‘ im Osten und in der Vernichtung der europäischen Juden bestand" (Hermann 1995:F-96).

Zur Erklärung der Ausblendung und der im Laufe der historischen Forschungsarbeiten zunehmend deutlicher werdende Tatsache, daß die Auseinandersetzung um die "Parteiphysik" die Kollaboration mit dem NS-Regime nicht verhinderte sondern im Gegenteil begründete, haben sich Wissenschaftshistoriker in verschiedener Weise mit dem besonderen Verhältnis von Wissenschaft und Politik beschäftigt, das die Situation jener Zeit charakterisierte. Beyerchen beurteilt die Konzentration der Physiker auf ihre Fachinteressen als eine politische Naivität, die aus einem zu eng gefaßten Normensystem stammte und eine "taktische Anpassung" (1980:277) erlaubte. Die Ansicht, daß

‚kriegsentscheidend‘ in den Jahren 1942-1945 hatte", schrieb Laue im November 1946 an seinen in Amerika

Wissenschaft, Nation und Kultur weit über den fragwürdigen, politischen Tagesgeschäften stehe, habe es zugelassen, an der moralischen und politischen Verantwortung vorbeizusehen und das Risiko der Zivilcourage blieb Ausnahme. Heilbron beschreibt Planck als den herausragenden Exponenten traditioneller deutscher Wissenschaftskultur und als Repräsentant ihrer tragenden Werte, in denen er erstarrte, und er beendet seine Untersuchung mit einer Frage: “Did Planck take the best way with the Nazis by staying in office and preserving, as best has he could, his clear conscience and his good will? Dis his worldview enoble or betray him?” (Heilbron 1986:203)². Planck blieb verfangen in einem dezidiert unpolitischen Verhaltenskodex, der die Rettung der wissenschaftlichen Institutionen zum wichtigsten Auftrag seines Amtes bestimmte, mit dem es nicht vereinbaren ließ, beim Weggang “nur” ein Zeichen des Protests zu hinterlassen. Darin konnte er nie mehr sehen als eine hilflose Provokation, wie er schon 1933 an Einstein schrieb und ihn daran erinnerte: “the value of an act lies not in the motives behind it, but in the consequences” (Heilbron 1986:156). Cassidy sieht in Heisenbergs Kompromissen mit dem Regime ein allmähliches Hinübergleiten in die Täuschung und Selbstüberschätzung, in der die Kollaboration zu einem Lebensstil wurde (vgl. Cassidy 1995:393), getragen von der “Illusion, der er sich schon die ganze Zeit hingegeben hatte, nämlich daß er leben und arbeiten könne als Untertan dieses Systems ohne ein Teil davon zu sein” (Cassidy 1995:550). Die Verquickung von Profession und Nation ging mit der Unsichtbarkeit des eigenen politischen Handelns und seiner Folgen einher, die grundlegend für die folgende Zeit blieb.

Das opportunistische Übernehmen von Elementen der NS-Ideologie im Sinne des “Dienst am Volk” oder auch nur die rhetorischen Anpassungen der “Sklavensprache” forcierten das Ineinandergreifen von professioneller und nationaler Identität, aber dabei ging es um mehr als eine bloße “Auffassungssache” (Beyerchen 1980:278). Eckert weist daraufhin, daß die Kontroverse um die “Deutsche Physik” zu einer Bekräftigung der herkömmlichen Ideale und Traditionen beitrug und sich im Bestreben eine größtmögliche Unabhängigkeit von der Politik zu bewahren, die Annäherung zwischen der akademischen Physik und den militärischen und industriellen Machtzentren vollzog (vgl. Eckert 1993:220-222). Insbesondere nach Ludwigs Studie über “Technik und Ingenieure im Dritten Reich” (1979) haben andere Autoren auch die Entwicklungen in der Physik während des Nationalsozialismus unter dem grundsätzlichen Blickwinkel einer Reduktion auf technische Rationalität betrachtet: “Die enge, oft blinde Zweckrationalität von Wirtschaft und Militär, der die Naturwissenschaften so eingeordnet wurden, war Teil des faschistischen Staates und seiner Politik. Als der ‚Endsieg‘ nicht kommen wollte, als der Staat sich in den ‚Unstaat‘ aufgelöst hatte, war dies die einzige ‚Rationalität‘, die blieb” (Mehrtens 1980:52). Mit dem Vierjahresplan war die Brücke zwischen Naturwissenschaft, Großindustrie und NS-Regime hergestellt; aufgrund seiner ökonomischen Bedeutung in einer

lebenden Sohn (nach Beyerchen 1980:256-257).

² Im Nachwort zur neuesten Ausgabe seiner Planck-Biografie geht Heilbron zwar auf neuere Forschungen zu Plancks Rolle im Nationalsozialismus ein, bleibt aber im Rahmen einer biografischen Betrachtung und kann daher die Frage nur wiederholen (vgl. Heilbron 2002).

verwissenschaftlichten Produktion gewann das technokratische Bewußtsein die Oberhand und die Orientierung an Machbarkeit, Sachlichkeit und vor allem an der Verwertbarkeit der Forschung erledigte die Vorwürfe einer völkischen Kulturideologie. Man konnte sich auf die Formel einer Trennung von Autor und Werk, von fachlichen und weltanschaulichen Fragen (Schlupmann Instrumentalisierung) einigen. Die Ausklammerung "philosophischer" Fragen ließ sich ohne weiteres mit dem modernen Wissenschaftsverständnis vereinbaren, in dem politische und moralische Ziele als äußerlich gesetzt werden, aber dieser Freisetzung von Wissenschaft ist die Gefahr der Indifferenz immanent, die hier zum Problem wurde.

"Der Kampf um die Autonomie der reinen Wissenschaft führte in die Kollaboration mit dem Faschismus. Unter den Bedingungen des ‚Dritten Reiches‘ die ‚Reinheit der Forschung‘ zu verteidigen und damit für die Offenheit für beliebige Zwecke zu kämpfen, war ein politischer Akt. Und wenn er verbunden war mit der Förderung durch die IG Farben oder das Heereswaffenamt, so war dies ein Akt der Kollaboration. ... Die Diskussion um die Naturwissenschaften im ‚Dritten Reich‘ muß historisch-wissenschaftlich, aber auch politisch-bewertend geführt werden" (Mehrtens 1980:66-67). Damit wird die innere Widersprüchlichkeit wissenschaftlicher Fachrationalität angesprochen und das dezidiert Unpolitische als eine politische Haltung kenntlich. Unter diesem Blickwinkel wird auch sichtbar, wie sehr die "Flucht in den Professionalismus" (Beyerchen 1980:281) und die Vorstellungen von der Selbstgleichschaltung der KWG-Generalität als "Entpolitisierung" oder vom Reformplan des DPG-Vorstandes als "Entideologisierung" (Hermann in Phy.Blä 1994:Angaben) zur zunehmenden Täuschung über die eigene Situation beitrug. Sie kaschiert die Unbestimmtheit als Folge der Freisetzung von definierten politischen Zielsetzungen, die nicht aufzulösen ist und im NS zur extremen Spannung geworden war, weil sie sich dennoch im jeweiligen historischen Bedeutungsfeld von Wissenschaft und Politik neu stellt und beantwortet werden muß. Aus diesem Grund liegt die Betonung im Weberschen Begriff von Wertfreiheit und in der Kritischen Theorie, die in dieser Hinsicht Webers wissenschaftstheoretische Überlegungen während des Nationalsozialismus und nach dem Krieg mehrfach aufgriff und weiterentwickelte, darauf, daß sich aus dem modernen Wissenschaftsverständnis die Notwendigkeit einer Diskussion der politischen Zielsetzungen ergibt und eben gerade nicht erübrigt. Weil die Freiheit der Wissenschaft die Unfreiheit einschloß, die Bedingungen und Ziele zu befragen, unter denen sie arbeitete, ist das Verhältnis von Wissenschaft und Politik der Punkt, um den sich hier alles dreht.

In den Darstellungen der Nachkriegszeit erschien Wissenschaft als unpolitische Opposition zum NS-Regime, was also genau betrachtet ein Unding war, das aber dennoch im größtem Maße einleuchtete, so daß sie trotz einiger Einschränkungen sogar noch 1995 als "ehrenwert und mutig" gelten kann. Die widersprüchliche Konstruktion, in der Wissenschaft mit einem ihr doch im modernen Verständnis eigentlich gegensätzlichen Wert versehen und moralisiert wird, funktioniert mit Hilfe einer

Abstraktion, die es so aussehen läßt, als ob sich in der Haltung der Physiker nichts verändert und als ob auch ihr Ideal von Wissenschaft die Zeit des Nationalsozialismus unverändert überstanden hätte. Aber es fand eine Entwicklung statt, die in dieser Darstellung unterschlagen wird und die auch die Kritik der Zweckrationalität noch nicht ganz freilegt.

In der Erinnerung besteht die Rolle des Wissenschaftsideals darin, die ambivalente Dynamik, die mit der Reduktion auf die Instrumentalität wissenschaftlich-technischer Kompetenz einhergeht, stillzustellen und statt dessen die Zeitlosigkeit eines wissenschaftlichen Wertesystems in Anspruch zu nehmen, von dem sich schlimmstenfalls behaupten ließ, daß es vorübergehend etwas eingeschränkt worden war. Die Logik einer solchen Darstellung beruht jedoch auf der Unsichtbarmachung nicht unbedeutender Tatsachen. Die erste Auslassung, die dafür notwendig war, entsteht dadurch, daß überblendet wird, in welchem Ausmaß die traditionellen Vorstellungen wertlos und ungültig geworden waren. Daß die Politik aus der Wissenschaft herauszuhalten sei, wurde zu einem sinnlosen Argument und zu einer beliebig einsetzbaren Floskel. Sie wurde sowohl zur Begründung von Einsteins Rauschmiß aus der Akademie als auch in Laues Rede auf dem Physikertag im September und vor der Akademie im Dezember 1933 gegen die Ambitionen Starks angeführt. Der amtierende Sekretär der Akademie hielt Laues Haltung im Fall Einstein für zu parteiisch und die von Planck für neutral und sachlich (vgl. Heilbron 1986:161); aber auch Starks Aufforderung im Sommer 1934 an die deutschen Nobelpreisträger sich in einem öffentlichen Bekenntnis für Hitler zu erklären, wurde mit diesem Argument von Heisenberg, Laue, Nernst und Planck abgelehnt. Der Glaube an die ungebrochene Geltung wissenschaftlicher Wertvorstellungen begründete auch die Hoffnung vieler der Betroffenen; so lautete das Urteil Arnold Berliners im Frühjahr 1933: "In the Prussian Academy of Sciences there are still [despite the Einstein affair] some of the 'righteous', for whose sake the Lord would have spared the Academy. (...) I name first of all Planck, whose purity no one who knows him doubts" (Berliner nach Heilbron 1986:163). Im Laufe der Ereignisse aber wurde die Trennung von Wissenschaft und Politik immer mehr zu einer Fiktion (Cassidy 1995:435), die keinerlei Orientierung im Dilemma der Wissenschaftler zwischen Macht und Moral zu geben vermochte.

Die zweite Ausblendung betrifft die Entscheidung, die an der Stelle fiel, als in den diplomatischen Verhandlungen um die Sicherung von Macht- und Einflußsphären Wissenschaft als Machtfaktor ausgespielt wurde. Das war nur deshalb möglich, weil totalitäre Systeme "paradoxerweise pluralistisch" (Adorno 1975:184) sind, wovon Ramsauer noch zwischen den Zeilen berichtet hatte, als er die mangelnde Autorität Rusts und seine sekundäre Rolle an der Spitze des NS-Regimes betonte, und seine mehrfache Erwähnung der Unentschiedenheit des Ministers weist auf die Rivalitäten unter den Fraktionen im REM hin. Nach dem Krieg wurde anfangs noch verraten, mit welcher Seite man schließlich ins Vernehmen kam; 1946 schrieb Brüche in seinem Artikel über die Einrichtung eines naturwissenschaftlichen Gymnasiums: "Der Plan wurde zunächst dem Rüstungsministerium

vorgetragen ... Das Ministerium zeigte Verständnis, zumal ihm die ungünstigen Zustände bei den Schulen genügend bekannt waren. ... Vielleicht war gerade deswegen, weil das Rüstungsministerium seine Unterstützung zugesichert hatte, das Reichserziehungsministerium dagegen. Schließlich zog das Rüstungsministerium die Reichsjugendführung zu, die den Plan mit Lebhaftigkeit aufnahm, vielleicht nur deshalb, weil das Reichserziehungsministerium dagegen war" (Phy.Blä. 1946:29-30). Aber das ebenfalls beteiligte Propagandaministerium unter Goebbels wurde im Zusammenhang mit einem Projekt, das als zukunftsweisend präsentiert werden sollte, doch lieber weggelassen. Hier wird noch klar, daß die Unterstützung des Rüstungsministeriums gegen das REM aufgeboten wurde, aber auch das wird später lieber nicht mehr erwähnt. Wie in den Artikeln zum "Kampf gegen die Parteiphysik" setzt sich dann auch in diesem Zusammenhang die Konstruktion der wissenschaftsfeindlichen Politik durch. Auf diese Weise wird die entscheidende Frage vermieden, nämlich um welche Nazis es sich jeweils handelte, mit wem ein Bündnis gesucht und hergestellt wurde und wer im gegebenen Fall der Gegner war.

Grundlage der Allianzen und der Kollaborationsverhältnisse, die die Physiker eingingen, war die Abwehr einer rassistisch-politischen Doktrin im Streit gegen die "Deutsche Physik". Im Hinblick auf das Verständnis von Wissenschaft wurde diese Ablehnung allerdings generalisiert zu einer unbedingten Wertfreiheit, die überhaupt jede Einmischung und jeden Eingriff zurückwies. Indem die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Grundlagenforschung und technischer Effizienz absolut gesetzt wurde, wurde sie verfügbar für jedes Ziel und jedes Regime, "wie Himmler deutlich erkannte" (Beyerchen 1980:277). Und dann zeigte sich, daß fachliche Selbständigkeit und politische Unterordnung, reines Spezialistentum und Politisierung aller Lebensbereiche durchaus vereinbar waren. Denn das konkrete Herrschaftssystem, dessen Machtkonstellationen und dessen einzelne Fraktionen nicht unterschieden werden, ließ sich nicht mehr fassen, wobei insbesondere die SS und das RSHA, die Tötungsmaschinerien des NS-Regimes, dann in der Erinnerung mit dem stärksten Tabu belegt sind. Als Morrison die Gleichgültigkeit der deutschen Wissenschaftler gegenüber dem totalitären System des Unrechts ansprach, prallte seine Bemerkung an der Oberfläche des wissenschaftlichen Selbstverständnisses ab, das die Unfähigkeit zur Erinnerung an den Zusammenhang von Vertreibung, Kollaboration und Vernichtung rechtfertigte und sich auf die inneren Widersprüche dabei nicht einließ.

Was Morrison auszudrücken versuchte und von Laue abwehrte, tritt deutlicher hervor, wenn das leitende Wissenschaftsideal bezogen wird auf ein Kollektiv, das auf die unter diesem Ideal versammelten Werte verpflichtet ist. Goudsmits Bemerkung über Heisenberg, dessen Rettungsversuche zwar der Physik aber nicht den Physiker gegolten habe, spielte auf eben dieses Verhältnis an. In einer Fortsetzung von Richters Überlegungen (1980), der den Streit zwischen "Deutscher" und moderner Physik als einen Paradigmenwechsel im Kuhnschen Sinne unter besonderen politischen Verhältnissen interpretiert, kann die kollektive Dimension noch stärker betont werden. Der Wechsel der

Grundannahmen und Methoden einer Disziplin vollzieht sich kollektiv und das Paradigma oder der Denkstil (Fleck 1980) konstituiert das Denkkollektiv bzw. die *scientific community*. In der Konfrontation von moderner und "Deutscher Physik" ging es daher um Denkweisen und auch um kollektive Zugehörigkeit, die der rassistische Angriff auf Vertreter der modernen Physik in Frage stellte. Trotz des Siegs der modernen Physik war den Vertretern der "Parteiphysik" nämlich nicht nur die Besetzung der Münchener Professur sondern auch der Ausschluß der jüdischen Mitglieder gelungen, was nicht ohne einen Effekt auf das Wissenschaftsverständnis und die wissenschaftlichen Grundwerte blieb. Nach der Vertreibung und im Fortgang der "Diplomatie" standen Neutralität, Objektivität und Wertfreiheit nicht mehr oder nur noch eingeschränkt unter der Prämisse des Universalismus.

Neben ihrer Bedeutung als nationaler Machtfaktor repräsentiert Wissenschaft die Werte der Aufklärung und stellt ein erstrangiges Projekt der modernen Zivilisation dar. Die Verpflichtung auf Wahrheit, Universalität, Objektivität ist trotz aller inneren Spannungen an Öffentlichkeit, Meinungsfreiheit und Allgemeinwohl als Bedingung ihrer Realisierung gebunden – auch wenn dies als ein Bemühen um die Bestandserhaltung der wertvollen deutschen Kultur und Wissenschaft auftrat; in der Person Plancks war noch eine Balance von nationaler Macht und internationaler Kommunikation verkörpert. Jeffrey Herf (2000) hat darauf hingewiesen, daß in diesem Zusammenhang die andere Seite dieser Ambivalenz nicht aus dem Auge verloren werden sollte, nämlich daß wissenschaftliche Freiheit in einen politischen Kontext einbezogen und in ihrer Unbestimmtheit an das demokratische Versprechen der Moderne gebunden ist. Der Antisemitismus als grundlegende Staatsdoktrin der NS-Regimes, die seine rivalisierenden Fraktionen vereinheitlichte, unterbrach diese Bindung mit Gewalt. Mit der Vertreibung wurde eine Bedeutungsverschiebung des Wissenschaftsideals eingeleitet und die Reduktion der Orientierung auf Zweckrationalität hatte unter den veränderten Voraussetzungen zur Folge, daß je radikaler sie verfolgt wurde, sie sich umso radikaler vom zivilisatorischen Kontext abgeschnitten fand. Im Hinblick auf den kompromißlosen Antisemitismus des Nationalsozialismus ist es daher eine Fehleinschätzung, wenn Beyerchen annimmt, daß der Pluralismus des Regimes "bis zu einem gewissen Grad Widerstand ermöglichte" (1980:279), oder wenn Heilbron glaubt, man habe sich doch mehr sollen, "to moderate its policies toward Jewish academics" (1986:200). Verhandlungen mit diesem Ziel wurden geführt und das verhängnisvolle Ergebnis war die Allianz mit den Organisatoren des Massenmords gewesen. Nur unter Weglassung des Antisemitismus erscheinen die damaligen Umstände als fast normal, so daß Hermann über Umsetzung des "Ramsauer-Plans" und die Gründung der *Physikalischen Blätter* schreiben kann: "Heute sind wir es in der freien Gesellschaft gewöhnt, daß Parteien, Ministerien, und Verbände durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit für ihre Belange werben. Wenn die entsprechende öffentliche Meinung vorhanden ist, werden die politischen Entscheidungen in dem gewünschten Sinne fallen. Das hat es also auch in den letzten Jahren des Dritten Reiches gegeben" (Hermann 1995:F-102).

In seiner Kritik an der gängigen Darstellung der Auseinandersetzung um die Sommerfeld-Nachfolge in München bezeichnet Eckert die gesamte Affäre um die "Deutsche Physik" als eine Übertreibung. "Ihren Widerstand gegen die ‚Deutsche Physik‘ mit einer oppositionellen Haltung gegen das gesamte NS-Regime gleichzusetzen, wie das nach dem Krieg gern getan wurde, ist nur ein fadenscheiniger Versuch, sich von ihren vielfältigen Verstrickungen im ‚Dritten Reich‘ weißzuwaschen" (Eckert 1993:203). Aber dieses Bild trifft es nicht ganz, denn es legt eine äußerliche Anpassung an den Antisemitismus als Basis der Kollaborationsverhältnisse nahe. Es berücksichtigt die spezifische Dynamik zu wenig, die nach dem Aufgeben des Universalismus eine als unbedingt gesetzte Wertfreiheit die Physiker in die unmittelbare Nähe zum Zivilisationsbruch führte, während sie von sich selbst glaubten, "in der Höhle des Löwen den Kampf für die Freiheit der Wissenschaft und die Würde des geistigen Menschen (...) auszutragen" (Spengler nach Schlüpmann Instrumentalisierung). Der Zeitrahmen von 1935 bis 1942, zwischen den Nürnberger Gesetzen und der Wannsee-Konferenz, in dem sich die Auseinandersetzung um die "Parteiphysik" abspielten und auf den sich die Berichte in den *Physikalischen Blättern* konzentrieren, ist dabei nicht zufällig sondern symptomatisch und seine Einhaltung bringt mindestens zwei Effekte hervor. Zum einen vollzieht sich mit der Einrahmung des Geschehens zugleich die Ausklammerung seiner Bedingungen, der Vertreibung und Verleugnung, und seiner Folgen, des Genozids und der Täterschaft. Erst die Auflösung des Rahmens macht die Beschädigung der Physiker und ihrer Werte sichtbar und erlaubt die Frage: "Aber waren ‚Freiheit der Wissenschaft‘ und ‚Würde‘, gar der ‚geistigen Menschen‘ unter Umständen, von denen Spengler volle Kenntnis hatte, noch zu verteidigen?" (Schlüpmann Instrumentalisierung). Was sind die zivilisatorischen und aufklärerischen Werte noch wert, wenn der soziale und politische Rahmen, der ihnen Bedeutung gibt, weggebrochen und zerstört worden ist? Über den Zeitrahmen bzw. die Leerstellen, die er erzeugt, läßt sich zum anderen die kollektive Dimension jener Entwicklung in der Wissenschaft aufdecken. In dieser Hinsicht verschränkt sich die Ausblendung der vorangegangenen Vertreibung und des zur Selbstmobilisierung parallel verlaufenden Genozids, aber auch das damalige Geschehen mit der Erinnerung daran, in der sie sich wiederholt.

In einer Kette von ineinandergreifenden Aufspaltungen, die sich in der Rhetorik um das abstrakte und reduzierte Wissenschaftsverständnis zentrieren, verwandelte sich die ursprüngliche Alternative von Protest oder Diplomatie in ein Nebeneinander von entpolitisiertem Spezialistentum und radikaler Politisierung aller Lebensbereiche (vgl. Mehrrens 1980:65) und wurde schließlich zur Doppelbödigkeit von Friedensvorbereitungen unter dem Deckmantel der Kriegswirtschaft (Schlüpmann). (Sabotage) Die Aufspaltung setzte sich in der Erinnerung fort als eine paradoxe Rede, in der die verdeckte und mehrdeutige Zukunftsplanung in der Zwiespältigkeit des Attributs "kriegsentscheidend" wiederkehrt. Dabei sichert die bleibende Löschung der jüdischen Namen die Unveränderlichkeit der Handlungen und Motive, denn ihre dauernde Abwesenheit produziert den Nachweis, der es erlaubt, die Geschichte zu erzählen als sei der Wissenschaft und ihren Idealen "eigentlich" nichts passiert: in der Rede der

Hundertjahrfeier der DPG, die keiner Änderung bedurfte, in der Feststellung von Farm Hall, daß die Physiker "Nicht-Nazis" waren, und in einer Legende von der Wissenschaft als Widerstand. In den Worten Ramsauers: "Es wird sich zeigen, daß die Gesellschaft sich nicht den wissenschaftsfeindlichen Tendenzen der Partei servil gefügt hat, sondern für die ihr anvertrauten Ideale mutig eingetreten ist" (Phy. Blä. 1947:110).

Aus der Perspektive der Erinnerung und ihrer Konstruktion zeigt sich, wie die Dynamik der Verleugnung zur Re-Konstruktion eines vollkommen abstrakten Wissenschaftsideals führte. In der Gegenüberstellung mit den Ergebnissen historischer Forschung läßt sich darüber hinaus allmählich die enorme Energie ahnen, die zur Aufrechterhaltung der Löschung und zum Verbergen der Lücke eingesetzt wurde. Aber so "rein" war Wissenschaft vorher nie gewesen; das Abschneiden der kollektiven Dimensionen belegte nicht nur die Namen mit einem Tabu sondern zugleich ein Wissenschaftsverständnis, das diese komplizierte Beziehung thematisieren könnte. Absolut gesetzt fungierte das Wissenschaftsideal als Absicherung gegen die Aufdeckung seiner Verletzung und des Bruchs jener Werte, die damit einhergehen. In der Rhetorik wird die Implikation zur Wirkung gebracht, der Umstand fehlender Namen sei der Wissenschaft äußerlich, eben weil Namen für die Sache überhaupt nicht relevant seien. Dabei wird, so meine These, das Ideal von Wissenschaft, das an dieser Stelle bemüht wird, in dieser radikalen Zeitlosigkeit hier aber erst erzeugt. Die apodiktische Unveränderlichkeit ist nachträglich im Laufe der Wiederherstellung und Wiedereinsetzung hinzugefügt sowie mit ziemlichem Aufwand in der zugespitzten Form festgeschrieben worden. Im folgenden werde ich daher genauer auf die Bearbeitung des Verständnisses der Wissenschaftler von sich selbst und ihrer Tätigkeit eingehen, wie sie sich im unmittelbaren Umkreis der Erinnerung an die jüngste Vergangenheit vollzog.

II.2. Beschädigte Wissenschaft: Zum politischen und moralischen Selbstverständnis der Physiker in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg

“vergebens geblickt
auf das letzthinnige
und unser gerät
vor seinen opfern zunichte
die erbauer hilflos
ausgeliefert ihrer vernunft
lebenslänglich”.

Aus *doomsday* von Hans Magnus Enzensberger¹.

Bereinigungen am Selbstbild: Individualist, Philosoph, Lehrer

In den *Physikalischen Blättern* der Nachkriegsjahre lassen sich serienweise Charakterisierungen dessen finden, was den “wahren” Physiker ausmachen sollte. Es begann gleich in der Einführung des Herausgebers zum Wiedererscheinen der Zeitschrift 1946: “Anders als der Künstler, der oft auch aus dem dunklen Abgrund des menschlichen Leidens und der Katastrophe Kräfte schöpfen kann, braucht der Wissenschaftler eine gesicherte Sphäre und eine geordnete Umwelt für seine Arbeit” (Phy.Blä. 1946:2). Leicht variiert und mit einem neuen Ton versehen tauchte das Stereotyp im nächsten Heft wieder auf: “Anders als die Generalstäbler oder Rüstungsindustrielle hat der Wissenschaftler vom Kriege weder einen beruflichen noch einen materiellen Gewinn zu erwarten, sondern nur eine ärgerliche Störung seiner Arbeit. Andererseits ist ein Krieg ohne seine Hilfe von Anfang an verloren” (Brüche in Phy.Blä. 1946:25).

Das Klischee vom kreativen Einzelgänger, den man am besten in seinem Arbeitsstübchen ungestört werkeln lässt, ging auch in die Überlegungen für die Zukunft ein. Eine der Leserantworten auf die Frage “Wissenschaftliche Gesellschaft oder Gewerkschaftsgründung?” lautete: “Man kann es wieder aussprechen, daß der Wissenschaftler Individualist ist und sein muß, obwohl das auch heute keineswegs eine populäre Ansicht ist” (Phy.Blä. 1946:12). Nach dieser Feststellung zog der anonyme Autor die folgenden Konsequenzen: “Nachdem im ‚Dritten Reich‘ viele Wissenschaftler nur noch Büroangestellte gewesen waren, deren Kräfte der Papierkrieg voll in Anspruch nahm, ist zu hoffen, daß sich jetzt endlich wieder die volle Arbeitskraft dem Aufbau der Institute und der Forschung widmen kann. Alles, was darüber hinausgeht und Zeit beansprucht, sollte so weit wie möglich eingeschränkt werden. Wir müssen jetzt unsere uneingeschränkte Arbeitskraft dem

¹ Nach Vesper-Triangel/Ensslin (1981:55).

Wiederaufbau und der fachlichen Arbeit widmen. ... Was aber viel wichtiger als Gesellschaft, Gewerkschaft oder Verein ist, ist die Arbeit des Einzelnen und der Institutsgemeinschaft. Man sollte sich überhaupt nicht mit solchen organisatorischen Angelegenheiten beschäftigen, sondern arbeiten und nochmals arbeiten” (Phy.Blä. 1946:13). Die Botschaft war klar: Nur keine Zeit mehr mit Politik zu verlieren.

Auch wenn das Stereotyp ausnahmsweise kritisch betrachtet wird, wie bei Ott (Phy.Blä. 1946:106-108), der darin eine Haltung erkennt, “die sich oft individualistisch gibt, aber doch kaum anders als überheblich bezeichnet werden kann” und sich deshalb positiv zu einem gewerkschaftlichen Zusammenschluß äußert, verformt sein Kommentar die Wahrnehmung des Problems und der historischen Bezüge, in die es gestellt wird. Denn seiner Meinung nach erinnere eine solche Einstellung “leider allzusehr an die Weltfremdheit gewisser gelehrter Kreise – und freilich nicht nur solcher – nach dem ersten Weltkrieg, die nicht zum wenigsten die Schuld trägt, an den inzwischen eingetretenen Entwicklungen, als vor lauter Arbeitseifer nicht bemerkt worden ist, wie andere, die sich auf organisatorische Angelegenheiten besser verstanden, in skrupellosester Weise eben jene Arbeit für ihre eigenen, der abendländischen Wissenschaft feindlichen Zwecke mißbraucht haben” (Phy.Blä. 1946:107). Diese Kritik wäre in der Zeit, auf die sie anspielt, nämlich vor dem Zivilisationsbruch angemessen gewesen, danach wird sie jedoch schief, weil sie ihn leugnet und statt dessen die Wissenschaft als Unbeteiligte oder auf der Seite der Opfer erscheinen läßt. Zwar tadelt der Autor die Gleichgültigkeit der Wissenschaftler, aber indem er abstrakte Zuschreibungen an die Stelle konkreter Tätigkeit treten läßt, grenzt er zugleich ihre mögliche Schuld ein. Die Beschreibungen und Anspielungen, in denen “der Wissenschaftler als solcher” zitiert wird, mobilisieren jenes Abwehrmoment, das Adorno als “scheinphilosophische Gewissenhaftigkeit” (1975:195) oder “Selbstbesinnung als Stereotyp” (1975:196) bezeichnet und im Selbstbild der Deutschen in verschiedenen Gruppierungen in der Nachkriegsgesellschaft beobachtet hat.

In diesen Zusammenhang der Schuldabwehr und der Vermeidung, die Verbrechen des NS-Regimes und die eigene Position dazu in die Überlegungen mit einzubeziehen, gehört auch ein weiterer Komplex von Texten, der sich allerdings auf einem Niveau von größerem Gewicht bewegt. Das verkünden zum Einen die Namen, mit denen sie unterzeichnet sind, aber vor allem berichten sie von einer Auseinandersetzung, die schon eine ganze Weile vor dem Ende des Nationalsozialismus eingesetzt hatte. Nachdem Planck 1937 die Präsidentschaft der KWG an Bosch abgegeben hatte, begann er sich verstärkt erkenntnistheoretischen und weltanschaulichen Fragen zuzuwenden (vgl. Heilbron 1996:179-192); einige Jahre später, aber noch während des Krieges, entstanden verschiedene philosophische Schriften von Heisenberg und Weizsäcker, so etwa Heisenbergs Vortrag “Über das Weltbild der Naturwissenschaften” (1992), gehalten in Zürich 1942. Nach dem Krieg wurden diese Arbeiten und Überlegungen einem breiteren Publikum zugänglich gemacht.

Im ersten Nachkriegsheft der *Physikalischen Blätter*, gleich nach den einleitenden Worten des Herausgebers, erschien Heisenbergs Beitrag: "Der unanschauliche Quantensprung" (Phy.Blä. 1946:4-6). Es handelt sich dabei im wesentlichen um Erinnerungen an die "goldene Zeit" der modernen Physik, an die lebhaften Debatten im Münchner Kolloquium des Sommerfeldschen Instituts und auf einer Konferenz in Kopenhagen 1926 bei Bohr. Auffallend ist die nachdrückliche und mehrfache Betonung der Abstraktheit der Quantentheorie. Im Bemühen um eine Erklärung des Quantensprungs, d.h. der diskontinuierlichen Abstrahlung von Energie bei der Zustandsveränderung der Elektronen in der Atomhülle, hier als "eines von vielen ungelösten Rätseln der Atomphysik" bezeichnet, wird eine Opposition zwischen "der nach Anschauung strebenden Experimentalphysik", deren Vertreter "den unanschaulichen Zügen der mit einem gewissen Widerwillen und Mißtrauen gegenüberstanden" und "der nach strengen Gesetzen suchenden Theorie" hergestellt, wobei es die Theoretiker waren, die sich eher damit abfanden, dass sich die Atomphysik als so "unerfreulich abstrakt" herausstellte. Die Gegenüberstellung von Experimentalphysik und Theorie, wie sie hier vorgetragen wurde, wiederholte ein grundlegendes Argumentationsmuster aus den Auseinandersetzungen um die "Parteiphysik" und im Umgang mit dem Postulat der Anschaulichkeit in der völkischen Ideologie. Neben der Erinnerung an ein Erfolgseignis der modernen Physik und der eigenen, deutschen Beteiligung daran – wobei die jüdischen Namen wiederum weitgehend fehlen – transportiert der Text in der Nachkriegszeit eine neue, aber nicht weniger bedeutsame Konnotation. Demnach ist die moderne Physik im Besitz streng abstrakter Logik, die zu einer nur schwer durchschaubaren, geheimnisvollen und unbequemen Wahrheit führt und die "Unanschaulichkeit" ihrer Theorie platzierte die Physiker in einen Bedeutungshorizont, der weit über fachinterne Debatten und innerwissenschaftliche Fragestellungen hinausging.

Nur wenige Hefte später erschien Plancks Aufsatz "Scheinprobleme in der Wissenschaft" (Phy.Blä. 1946:161-168), in dem er auf das Verhältnis von Wissenschaft und Ethik, der jeweiligen Wirklichkeit von Kausalität und Willensfreiheit eingeht. Er erkannte im menschlichen Selbstbewußtsein eine von der wissenschaftlichen Betrachtungsweise unterschiedene "Erkenntnisquelle", die er allerdings völlig in die Innerlichkeit verlegte: "Dabei ist wohl zu beachten, daß es sich hier nicht etwa um eine Willensbetätigung handelt, die ja oft durch äußere Umstände gehemmt wird, sondern allein um die gesinnungsmäßige Willensrichtung. In dieser verfügen wir vollkommen frei. Man denke nur an den stillschweigenden Vorbehalt, den wir bei jedem von uns gesprochenen Wort machen können, die sogenannte *reservatio mentalis*. Das ist eine wirkliche, unmittelbar zu erlebende, keine nur scheinbare Freiheit, wie manche behaupten, weil sie die beiden entgegengesetzten Standpunkte nicht auseinanderhalten können. ... Diese Forderung findet sich leider bis auf den heutigen Tag vielfach keineswegs erfüllt, vielmehr wird oft kurzerhand von der einen zur anderen Betrachtungsweise übersprungen, und zwar geschieht das von beiden Seiten

her, das heißt, man trifft ebensowohl auf eine unzulässige Behandlung ethisch religiöser Fragen vom wissenschaftlichen Standpunkt aus, wie umgekehrt eine Einmischung in rein wissenschaftliche Probleme durch Betrachtungen religiöser Art". Die Bereiche von Wissenschaft und Ethik seien strikt zu trennen, anderenfalls käme es zu den Schwierigkeiten, die Planck als "Scheinprobleme" bezeichnet.

Um die Probleme dieser Art zu erläutern, fährt er fort: "Ein Beispiel für die erstgenannten Fälle bildet schon das soeben besprochene Bewußtsein der Willensfreiheit, das man neuerdings auf das Versagen des Kausalgesetzes in der modernen Physik zurückzuführen versucht, obwohl es mit dem Kausalgesetz nicht das Mindeste zu tun hat. Auf der gleichen Linie stehen die vielfachen Bemühungen, für das Dasein und die Persönlichkeit Gottes wissenschaftliche Gründe zu erbringen. Auf der anderen Seite finden wir als Beispiel den zeitweise heftigen Kampf der Kirche gegen das Kopernikanische System oder neuerdings den Sturm gegen die physikalische Relativitätstheorie aufgrund von gefühlsmäßigen Betrachtungen und politischen Ausführungen, die mit Wissenschaft nicht das Geringste zu tun haben" (Phy.Blä. 1946:167-168). Im Rahmen der verschiedenen Standpunkte und Betrachtungsweisen ließen sich für Wissenschaft und Ethik jedoch jeweils feste Bezugspunkte ausmachen; in der exakten Wissenschaft seien dies die absoluten Konstanten, deren Größe unabhängig vom gewählten Messverfahren ist. Bei ethischen Werten wie der Wahrhaftigkeit sei zwar mit Abweichungen zu rechnen, denn "es gibt auch Umstände, unter denen eine bewußte Abweichung von der Wahrhaftigkeit geradezu sittliche Pflicht werden kann, wie zum Beispiel gegenüber einem Feinde, der das Leben eines unschuldig Verfolgten bedroht" (Phy.Blä. 1946:168). Dieses Beispiel steht unvermittelt neben den eher trivialen Situationen aus dem Alltagsleben wie Höflichkeitsfloskeln und hatte keine Auswirkungen auf die Richtung von Plancks Gedankengang: "Aber trotz alledem läßt sich auch hier ein wohldefiniertes Gebiet aufzeigen, in dem der sittlichen Forderung der Wahrhaftigkeit eine absolute, von jedem besonderen Standpunkt der Betrachtung unabhängige Bedeutung zukommt. Das ist die Wahrhaftigkeit gegen sich selbst, gegenüber dem eigenen Gewissen. Hier gibt es unter allen Umständen nicht das leiseste Kompromiß, nicht die kleinste Abweichung, die sittlich zu rechtfertigen wäre" (Phy.Blä. 1946:168).

Plancks Problem waren die "absoluten Werte in Wissenschaft und Ethik" und die Konstruktion dieser Fixpunkte beruhte auf der Polarität von Wissen und Gewissen bzw. Wissenschaft und Politik. Seiner Reflexion entzogen blieb damit das Zusammenbrechen dieser Ordnung durch die Gewalt eines totalitären Systems, das nicht bei einem Angriff auf die Freiheit des Willens und des Gewissens stehen blieb, sondern auf die Menschlichkeit, die elementaren Bedingungen moralischer Integrität und schließlich auf die körperliche Existenz der Opfer gerichtet war. Die Hinwendung der Physiker

zur Philosophie und Erkenntnistheorie² richtete sich auf universale, abstrakte Gegenstände und erlaubte so eine Selbstverständigung unter Ausblendung der bedrückenden Gegenwart. In diesem Zusammenhang wurde die Versicherung in Wahrheiten jenseits besonderer Standpunkte und besonderer Geschichte gesucht und alles Äußere und Politische zu einer Verunreinigung der höchsten Werte degradiert. Diese Haltung wurde beibehalten als der Nationalsozialismus zu einer Vergangenheit geworden war.

Mit diesen Texten und mit dem, was sie sich zum Problem machten, setzte ein "Jargon der Eigentlichkeit" (Adorno 1970) ein, in dem das Ausweichen in ethische Grundsätzlichkeiten angesichts überaus konkreter praktischer Probleme mit Tiefsinn aufgeladen und der Topos der Unanschaulichkeit zelebriert wird. Unter dem Titel "Spekulation und Experiment in der neueren Physik" veröffentlichten die *Physikalischen Blätter* einen Beitrag (Walden in Phy.Blä. 1947:137-143), der, so die Redaktion, "durch seinen Hinweis auf die Gefahr einer infolge unserer Notlage zu starken spekulativen Einstellung die deutsche Naturwissenschaft unmittelbar angeht". Unterbreitet wurde eine geschichtsphilosophische Melange aus deutscher Kultur und geisteswissenschaftlicher Tradition, politischer Realität und naturwissenschaftlicher Objektivität, aus der schließlich eine Positionsbestimmung der Physik in der Gegenwart resultierte. Leitmotiv dieser Darstellung war die Annahme einer sich selbstregulierenden Oszillation zwischen den beiden Polen einer empirischen und einer spekulativen Naturauffassung unter dem Einfluss weltpolitischer Ereignisse und der Ausgangspunkt dieses Hin und Her wurde in die Aufklärung gelegt. "Aus der eindeutig materialistischen und atheistischen Geistesrichtung des 18. Jahrhunderts vollzog die deutsche Volksseele und damit die Naturforschung eine Schwenkung in die entgegengesetzte Richtung in die Romantik und die Naturphilosophie. Dieser geistige Selbstregulierungsvorgang entthronte in der Naturforschung die Ratio (= Vernunft) und das Experiment, an deren Stelle die Phantasie, das Irrationale, Mystische traten" (136). Zur Illustration der Absonderlichkeiten wurden Ideen von Novalis, Schelling und anderen Philosophen kolportiert, die die Chemie, Biologie und Medizin "in diesem naturphilosophischen Zauberkreis" (137) gezogen hätten, wobei "die ernste experimentelle Naturwissenschaft" (137) ins Abseits geraten sei bzw. ins Ausland ausgewanderte. "Daß diese geschilderten Möglichkeiten vor etwas mehr als hundert Jahren tatsächlich das deutsche Volk in eine Katastrophe zu stürzen drohten, wurde ihm kaum bewußt, zumal es sich als ein ‚Volk der Dichter und Denker‘ titulieren ließ und durch energische Maßnahmen einzelner Führerpersönlichkeiten auf die normale Bahn zurückgeführt wurde" (138). Damit erfolgte ein Aufschwung der Naturwissenschaft, Technik und Industrie, der im Text durch eine lange Reihe

² Ein weiterer Text in diesem Rahmen ist von Weizsäckers Buch "Die Geschichte der Natur", das 1948 erschien. Auch die Entstehung dieses Textes reicht zurück in die erste Hälfte der 1940er Jahre und Schlüpmann interpretiert seine Entstehung im Zusammenhang mit den Münchner "Religionsgesprächen" von 1940 (vgl. Schlüpmann 2001:II-8).

großer Namen aus der Naturwissenschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts repräsentiert ist, die Deutschland vor der angeblich drohenden Irrationalität bewahrten.

Auf dieser Grundlage setzte Walden zu einer Erklärung der jüngsten Vergangenheit an, die allerdings die Spuren derselben noch in sich trug: “Gleichzeitig nahm Deutschland seine Umwandlung aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat vor und trat damit in den Bannkreis der modernen Technik und der materiellen Kultur. Das vormals gerühmte ‚Volk der Dichter und Denker‘ war ein nüchtern-arbeitssames Volk der Erfinder und Unternehmer geworden. ... Die moderne Technik schien praktisch keinen Begriff des Unmöglichen mehr zu kennen, dem physikalisch-chemischen Experiment huldigten Wissenschaft und Wirtschaft als dem Bezwingen der unbegrenzten Möglichkeiten. Diese Hyperthrophie der Experimentalforschung in ihrer Anwendung auf die technische Produktion führte zwangsläufig zu einer nationalen Überheblichkeit und einer internationalen Hochspannung auf weltwirtschaftlich-kapitalistischer Basis: Diese Spannung entlud sich in zwei Weltkriegen bzw. dem totalen Zusammenbruch Deutschlands. In frevelhafter Weise hatte die Menschheit die schöpferische Leistungskraft von Naturwissenschaft und Technik als Handelsware mit einem möglichst hohen Nutzeffekt auf den Weltmarkt gebracht, und – dieselbe Leistungskraft, wurde eine Rachegöttin und Zerstörerin von Menschenleben und Menschenwerk in unvorstellbaren Ausmaßen. War es nicht der griechische Gott Kronos, der in ähnlicher Weise seine eigenen Kinder verzehrte?” (141) Der explodierende technische Fortschritt und der wissenschaftliche Machbarkeitswahn hätten demnach Nationalismus und Krieg hervorgebracht und seien schließlich selbst in einer mythischen Dialektik zum Opfer der von ihnen ausgelösten Vernichtungen geworden. Alles wird zu einer Sache der Balance geistiger Tendenzen: der Erste und der Zweite Weltkrieg ebenso wie die “Katastrophe” der Naturphilosophie.

Gegen den zerstörerischen Moloch des Machbarkeitswahns habe der nationale “Kollektivorganismus” jedoch eine korrektive Abwehrmaßnahme entwickelt, mit dem er “in der Weltanschauung, in Wissenschaft und Kunst” auf die großen weltpolitischen Katastrophen reagiere. Gemeint sind die kulturkritischen Strömungen am Anfang des 20. Jahrhunderts, in denen der Autor die ersten Anzeichen einer erneuten Gegenbewegung vermutet: “die Kollektivpsyche ... verließ das Rationale und den Kult der Materie und flüchtete sich in die alten Bezirke des Mystischen, Transzendenten, Metaphysischen, Religiösen” (142). Die Entstehung der Quantenphysik wird in dieser Tendenz verortet: “So ist es nicht schwer, zahlreiche Symptome für eine allmähliche geistige, naturwissenschaftliche Oszillation, eine Abkehr von der materiellen Kultur, von der exakten experimentellen Naturforschung und der anschaulich-kausalen Naturauffassung zu konstatieren” (141). Weil aber zugleich “Rationalisierung, Normalisierung und Technisierung des Lebens” unvermindert fortgeschritten seien, als Beispiele werden Automatisierung und Rechenmaschine herangezogen, wären beide Pole des Denkens jetzt innerhalb der Physik selbst repräsentiert. Hier sei

mit der “mathematisch-spekulative Forschungsrichtung” (143) eingeschlagen und eine “Schwenkung der Physik zur Naturphilosophie” (143) vollzogen worden. “Die moderne Physik (Quantenmechanik) setzt das Kausalprinzip außer Wirkung, verzichtet auf die Anschaulichkeit und ,die naive Objektivierbarkeit der Umwelt‘, macht ,lediglich Wahrscheinlichkeitsaussagen‘ und räumt dem Zufall eine erhebliche Rolle ein” (142). Diese Behauptungen, die in der Geschichte der modernen Physik immer wieder vorgebracht werden³, lassen sich in den Rahmen des hier vorgeschlagenen Deutungsmodells eintragen: “Gegen die überspitzte Experimentalforschung, Rationalisierung und Technisierung entstand eine Metaphysik mit Irrationalität und abstrakter Mathematik” (143) bzw. “eine Art ,wissenschaftlicher Mystik“ (142). Damit ist ein anderes Gegenüber des Wissenschaftlers im Blickfeld aufgetaucht, es ist nicht der General oder der Industrielle, auch nicht der Künstler, sondern der Philosoph, aber mit einer interessanten Wendung am Ende, in der die Physik die Stelle ihres Gegenpols selbst ausfüllt und eine Vorrangstellung in Sachen Weltanschauung behauptet.

Mit der Ersetzung des spekulativen Denkens und der idealistischen Philosophie durch die Physik im “Jargon” wurde nun jene wesentliche Schwachstelle in der Wissenschaftsentwicklung diagnostizierbar, die in den kommenden Jahren noch vielfach zur Sprache kam, nämlich die Spezialisierung und die “Entpersönlichung” (etwa bei Regener in Phy.Blä. 1947:169) der Forschungsarbeit. Das darin erkannte Defizit wurde zum Ausgangspunkt für eine Erhebung der Physik zum modernisierten Bildungsideal und zur Formulierung der Aufgaben für die Zukunft. Auch dabei ging der Schritt zunächst zurück in die Vergangenheit, allerdings ausnahmsweise nur wenige Jahre, und in Verbindung mit dem Wissenschaftler-Stereotyp vom kreativen “Individualisten” gelang es den besonderen Bildungswert der Physik herauszustellen, dem der Nationalsozialismus nichts anhaben konnte, der nicht nur bruchlos durch diese Zeit gekommen war, sondern sich geradezu als vorbildlich erwiesen hatte.

Zur Einrichtung eines naturwissenschaftlichen Gymnasiums hatte Brüche (Phy.Blä. 1946:28-32) in seinem Bericht geschrieben: “Unter anderem wurden die damals ganz ungewöhnlichen Richtsätze für die neue Schule als Grundlage von Besprechungen angenommen: ,Gute Physiker sind im allgemeinen keine guten Soldaten. Es hat daher nicht nur wenig Zweck, auf diese Ausbildung viel Mühe zu verwenden, sondern sie kann die Konzentration der Kräfte auf das, was erreicht werden soll, sogar stören (...). Physiker sind keine Gemeinschaftsmenschen. Der Physiker geht vielmehr seinen Weg als wissenschaftlicher Individualist meist allein. Wenn man andere Tendenzen in der Erziehung stark hervortreten läßt, hemmt man unter Umständen seine wichtigste Veranlagung an

³ Es lassen sich durchaus Anklänge zu den philosophischen Überlegungen von Niels Bohr (1985) oder Max Born (1986, 1983) finden. Allerdings ist die politische Absicht dabei eine andere (vgl. etwa Aaserud 1999), wenn nicht entgegengesetzte, und es fehlt der Kontext der Schuldabwehr, in dem die hier betrachteten

ihrer Entfaltung (...). Es ist schwer, den zukünftigen Physiker zu erkennen. Alle Beteiligten müssen sich hüten, sich durch gute schulische Leistungen (angesichts der schlechten Ausbildung, E.S.), gutes Gedächtnis, politische Interessiertheit oder gute körperliche Leistungen zu einem falschen Urteil verführen zu lassen“ (Phy.Blä. 1946:30-31). Die Ziele der Schule, wie sie die Denkschrift zur Gründung festlegte, waren dementsprechend: “Erziehung zu folgerichtigem, wahrhaftem Denken, zur Fähigkeit kritischer Beobachtung, zur Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit, Entwicklung der Verantwortlichkeit, sowie des Gefühls für die Gesetzlichkeit der Natur und die Ehrfurcht vor geistiger Arbeit” und diese seien “mit Zwang nicht zu vereinbaren” (Phy.Blä. 1946:31) gewesen. Im zweiten Teil des Berichts (Phy.Blä. 1946:56-59) ging Brüche auf diese Aspekte genauer ein, detailliert beschrieb er den Stundenplan, lobte die Zusammensetzung des Lehrerkollegiums und die geringe Klassengröße⁴. Neben der praktischen Bedeutung und Zielsetzung der Ausbildung betonte er hier mehrmals den allgemeinen Bildungswert der Naturwissenschaften. “Im Mittelpunkt des Unterrichts stand die Physik. Das geschah keineswegs nur wegen der praktischen Wichtigkeit dieses Fachs, sondern noch mehr wegen der allgemein bildenden und erzieherischen Werte, die im Wesen der Physik als der Lehre von den Kräften der Natur begründet sind” (Phy.Blä. 1946:57).

Der Bericht ist angefüllt mit Leerformeln, die diesen Aspekt betonen und der Physik bzw. dem Physikunterricht angeheftet werden: “die mühsame und harte Kunst des Denkens und des sachlichen Beurteilens” (Phy.Blä. 1946:28), die “zu folgerichtigem Denken erzieht” (57), also nicht nur solide Sachkenntnis erfordere, weil sie “vor allem auf das Grundsätzliche und nicht auf das mehr oder weniger oberflächlich Effektvolle” (57) gerichtet sei, “nicht das Stoffliche, sondern das geistige Prinzip” (57) in den Vordergrund stelle, eben “das originale Denken selbst” (57). Der Unterricht sollte “die charakterliche und die allgemeine Bildung fördern, indem Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit und die Fähigkeit zu kritischer Beobachtung geübt werden, indem er ferner die Ehrfurcht vor geistiger Arbeit, das Gefühl für die Gesetzmäßigkeit der Natur und den Blick für die Ordnung im Weltall weckt und schließlich auch das Vertrauen in die eigene Fähigkeit und das persönliche Können fördert” (57). In der gesamten Diskussion um das naturwissenschaftliche Weltbild kam die Biologie nicht ein einziges Mal vor und je eifriger das Stereotyp des Wissenschaftlers beschworen wird, desto weniger passte sein Zuschnitt auf die gängige Vorstellung von Biologen in der NS-Zeit⁵.

Textbeispiele stehen. Damit entfallen die Schlussfolgerungen, die im deutschen Diskurs daraus gezogen wurden.

⁴ Hier wie im zusammenfassenden Bericht wird an Normalität erinnert: “Die immer wiederkehrende Versicherung, wie gut doch die Breslauer Schule gewesen sei, wie gern man sich an die Schule, an Kameraden und Lehrer erinnere, wird auch für die ehemaligen Lehrer eine Genugtuung und ein Dank für die große aufopfernde Arbeit sein, die sie dem Versuch gewidmet hatten” (Phy. Blä. 1947:225). Wobei die Anomalität Randbedingung bleibt: “Wenn es den Vortragenden nicht überall gelang, den rechten Kontakt mit den jugendlichen Hörern herzustellen, so sind dafür mancherlei zeitbedingte Ursachen zu nennen, deren Überwindung jedoch bald gelungen wäre, wenn der Versuch Zeit gehabt hätte, sich zu entwickeln” (Phy. Blä. 1947:225).

⁵ Zugleich entfiel mit einer solchen Abgrenzung auch die Auseinandersetzung um den Lyssenkoismus, der die Wissenschaftler in den USA sehr beschäftigte.

Im Stundenplan der Schule wurde die Biologie nicht bei den anderen Naturwissenschaften geführt, sondern in einem Block mit Deutsch, Geschichte und Erdkunde. Die Trennung wurde nach dem Krieg nicht in Frage gestellt, wahrte ihre Beibehaltung doch den Abstand zur Rassenideologie, die Chemie war "ideologiefrei" und den Physikern kein Problem.

Das "Realfach"⁶ Physik orientierte sich am Technischen und empfahl sich als in besonderer Weise zukunftsfähig. Ein "Internationaler Kongreß für Ingenieur-Ausbildung" (Gebauer in Phy.Blä. 1947:236-239) im Sommer 1947 in Darmstadt bestätigte und bestärkte das so abgesteckte Bildungsziel. Es lassen sich kaum abstraktere Begriffe für die anstehenden Probleme finden als im anschließenden Bericht darüber: "Die Fragen, ob und inwieweit die Technik als solche für die weithin sichtbare Zerstörung äußerer und innerer Werte schuld ist, oder ob die Technik als ethische und kulturelle Aufgabe aufzufassen sei und wie die Ingenieure auszubilden seien, um künftig solches Unheil zu vermeiden, sind von grundsätzlicher Bedeutung und bewegen heute die Welt" (236). Mittels einer Verschiebung ins Grundsätzliche wurde der Entzug von Wirklichkeit bewerkstelligt, einer Wirklichkeit, deren Debakel sich nur allzu unübersehbar aufdrängte. Das Konkrete wurde zur Kulisse der abstrakten Fragen: "Der große Hörsaal des Eduard-Zintl-Instituts mit seinen noch rohen, nur weiß übertünchten Mauern, zusammen mit den übrigen schwer beschädigten Gebäuden der Hochschule, inmitten des Ruinenmeeres einer vom Kriege schwerstens heimgesuchten Stadt, gaben dem Kongreß ein besonderes Gepräge. Kaum anderswo wäre die Grundauffassung des Kongresses zum ersten Hauptthema, daß Technik niemals mehr etwas anderes als eine ethische und kulturelle Aufgabe sein darf, für deren Erfüllung jeder Ingenieur verantwortlich ist, durch die Umgebung so nachdrücklich unterstrichen worden, wie in Darmstadt, dessen Trümmer besonders eindringlich zu internationaler Zusammenarbeit und zur Verständigung der Völker mahnen. ... Es sei nur noch betont, daß der schöpferischen Arbeit des Ingenieurs ebenso Ehrfurcht gebührt, wie den Werken der Dichter und Denker und daß der soziale Mißbrauch der Technik von jedem mit allen Mitteln verhindert werden muß" (237).

Indem "die Technik" zunächst als das Problem, als die Ursache von Krieg und Zerstörung angesprochen wurde, war zugleich die Antwort vorgegeben, nämlich die Notwendigkeit sie vor Mißbrauch zu schützen. Das geschieht hier durch ihre Erhöhung in den Bereich der Kulturwerte, in dem das Politische eliminiert ist und nur noch ein seltsames "sozial" umgeht. Die naheliegende Frage nach der Kollaboration bleibt stecken, kein Vorwurf kann die Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler treffen, um den Preis allerdings, daß auch nicht darüber diskutiert werden kann, was ihre Handlungszwänge oder ihre Sabotageaktionen gewesen waren. Die "Erkenntnis der Technik als ethische Verpflichtung" hat wenig mit der Verantwortung des einzelnen tun, denn die abstrakte Rede setzt vor allem Technik und Techniker gleich und sieht die letzteren in der Gefahr als

⁶ "Realfächer" war Hitlers Bezeichnung in "Mein Kampf" (vgl. Beyerchen 1980:30).

Spezialisten mißbraucht zu werden. Daher soll in der “Ausbildung der jungen Menschen” an den Hochschulen und höheren Schulen⁷ das Übel der “Spezialisierung” möglichst lange vermieden werden und die Aufgabe bestehe darin, sie möglichst frühzeitig an “Wissenschaftlichkeit” heranzuführen. Wobei die Physik von erstrangiger Bedeutung ist, wie der Berichterstatter im Einklang mit seinen Kollegen hervorhob: “R. Plank und C. Ramsauer betonten, daß die Physik einen besonders großen allgemeinen Bildungswert besitzt, ein Umstand der bei einer künftigen Schulreform berücksichtigt werden müsse. An die Stelle des altphilologischen Humanismus habe ein naturwissenschaftlicher zu treten “ (237-238).

Was speziell die Physik dafür qualifizierte, wurde in einem weiteren Beitrag “Zur Frage der naturwissenschaftlichen Schule” (Höcker in Phy.Blä. 1947:308) näher bestimmt. Der Autor vertrat die Ansicht, dass vom Vorbild des Gymnasiums das einheitliche Bildungsideal zu übernehmen sei. “Für eine naturwissenschaftliche Schule wird dieser Gedanke nicht der Humanismus sein, sondern es wird der (philosophische) Erkenntnisgehalt der modernen Naturwissenschaften an seine Stelle treten, eben jenes Etwas (!), das die Physik über die Formel und damit über den Materialismus der Jahrhundertwende hinausgehoben hat”. Das sei am besten im direkten Kontakt zur Forschung der “Atomphysik und ihren philosophischen Konsequenzen” zu realisieren. “Heute bedeuten aber gerade diese den wesentlichen Gehalt des naturwissenschaftlichen Schulstoffes überhaupt, denn sie führen über das Einzelfach hinaus und ermöglichen der Schule die Vermittlung eines abgerundeten Weltbildes und nicht eines Konglomerats von Einzel-tatsachen”. Leider aber wäre dies wegen des hohen Durchschnittsalters der Lehrer weitgehend blockiert, deren Studienzeit zu lange zurückläge und die von den modernen Entwicklungen nichts wissen würden. Ihre Weiterbildung sei daher die “Grundfrage einer Schule, die ein auf Naturwissenschaften gegründetes Bildungsideal vermitteln will”. Und in der Tat lag damit vor dem Lehrer eine schwierige Aufgabe: “Um ein Gedankengut, das die Unanschaulichkeit des Atoms streifen muß, in die Schule hineinragen zu können, muß der Lehrer sicher und fest in ihm verankert sein”. Das Rätselhafte, das doch nicht angeschaut werden kann, sollte er fundiert und überzeugend vertreten und dabei den Bogen von der Vergangenheit in die Zukunft schlagen, denn: “Auf diesem Wege kommen wir zu einer Synthese von Geistes- und

⁷ Wichtig sei, daß “jedem begabten jungen Menschen ohne Rücksicht auf Herkunft und Besitz der Weg zur Hochschule unter großzügiger ideeller und materieller Förderung von Staats wegen offen steht”. Ausgewählt werden sollen diese Studenten “auf Grund des unter charakterlichen Aspekt gestellten Leistungsprinzips”, was in Ramsauers Rede am Schluß seiner Ausführungen “Über die Aufgabe und Ausbildung des technischen Physikers” (Phy.Blä. 1947:253-256) zu einer skeptischen Einschränkung führte: “Denn dieser Beruf stellt besonders hohe Anforderungen, er läßt sich nicht wie viele andere Berufe durch bloße mit Fleiß erlernbare systematische Tätigkeit erfüllen, sondern er verlangt ein gewisses Maß an produktiver Begabung, wenn der technische Physiker, die auf ihn gesetzte Erwartung, nämlich die erfolgreiche Bearbeitung technischen Neulandes, erfüllen will. Der Beruf des Chemikers bietet, auch bei bloßer Beherrschung der chemischen Handwerksmittel, die sich jeder durch Fleiß aneignen kann, immer noch genügende Möglichkeiten zu einer allseits befriedigenden Betätigung, bei dem Beruf des technischen Physikers, sind diese Möglichkeiten aber weit seltener. Infolgedessen sinkt der technische Physiker, der die höheren Anforderungen nicht erfüllen kann, leicht zum besseren Laborknecht hinab. Besonders den weiblichen Studierenden empfehle ich, sich eingehend zu prüfen, bevor sie sich entschließen, das Studium der technischen Physik durchzuführen”.

Naturwissenschaften und damit grundsätzlich über das Gymnasium hinaus. ... Dagegen hat in einer Schule, deren Grundlage Atomphysik ist, das für uns heute noch bedeutungsvolle Geistesgut der Antike seinen Platz, wenn es auch nicht in lateinischer und griechischer Sprache vermittelt wird”⁸. Der Text verdeutlicht die besondere Rolle, die der Atomphysik als Paradigma für jenes unbenennbare “Etwas” zugewiesen wurde, um das es beim restaurierten Wissenschaftsideal der Physik ging, denn sie vereinigte alle nötigen Attribute in sich: abstrakt und ideologiefrei, unanschaulich und unantastbar, unverändert und zeitlos.

Am Ende des Darmstädter Kongresses wird noch ein neues Motiv angeschlagen, nämlich “das große Bedürfnis eines internationalen Gedankenaustausches und darüber hinaus, daß das Grundmotiv aller wissenschaftlichen Forschung, das Suchen nach Wahrheit, im wahrsten Sinne international ist” (Phy.Blä. 1947:238). Nach den zehn gemeinsamen Tagen, so hatten sich die Teilnehmer versichert, “kann man nur hoffen, daß die angeknüpften Beziehungen erhalten bleiben und die in Darmstadt gesäte Saat aufgeht und Früchte trägt für den Frieden der Welt und für das Wohl der gesamten Menschheit” (239). Anteilnehmende und verständnisvolle Stimmen aus dem Ausland wurden in den *Physikalischen Blättern* der ersten Nachkriegsjahre häufig und gerne zitiert, so im Bericht über die zweite Physikertagung nach dem Krieg, die in Göttingen stattfand (Phy.Blä. 1947:288) und auf der Laue aus einem Brief des Committee for Foreign Correspondence vorlas: “Mit Bezug auf internationale Zusammenarbeit haben die Vertreter aller wissenschaftlichen Gebiete eine einzigartige Gelegenheit und Verantwortung. Unter den Naturwissenschaftlern im besonderen besteht bereits eine lange Überlieferung internationaler Brüderlichkeit und wir alle müssen praktische Schritte unternehmen, um an diese Überlieferung wieder anzuknüpfen, sie zu stärken und um ihre Grundlagen zu erweitern”. Diesen Punkt hatte auch Fraser in seinem Begrüßungswort zur Tagung angesprochen und er wird auf der Titelseite des folgenden Heftes hervorgehoben (Phy.Blä. 1947:289): “Niels Bohr hat neulich die Physik in einem prägnanten Satz charakterisiert: ‚Die Physik ist die Behandlung *offener Fragen* der Natur – alles andere ist Technik.‘ Dazu ist es wohl kein dummes Wortspiel zu sagen: Man kann nur hoffen, eine offene Frage in aller Offenheit zu beantworten; die Technik kann man vielleicht innerhalb eines geschlossenen Kreises treiben, die Physik aber nicht. Deswegen muß ja jeder wahre Physiker mit Bewußtsein supranational denken; und dementsprechend ist es mein Bestreben, als wissenschaftlicher Berater der Research Branch der Kontrollkommission, einen gegenseitigen Meinungs-austausch zwischen deutschen Wissenschaftlern und ihren Kollegen im Ausland immer mehr zu ermöglichen”.

Solche Töne, die die modernen demokratischen Wertvorstellungen von Freiheit, Universalität, Solidarität und Internationalität dem “wahren Physiker” quasi auf den Leib schreiben und seine Prädisposition dafür aus dem Wesen seiner Arbeit und seines Forschungsgegenstandes ableiten,

⁸ Der pädagogische Sinn des Paukens der alten Sprachen war schon gelegentlich in der Zeitschrift bezweifelt

erfreuten sich besonderer Beliebtheit und schienen sie doch der Ansicht der deutschen Physiker vorbehaltlos beizupflichten. In einer direkten Gegenüberstellung wird allerdings ein Unterschied in der Akzentsetzung deutlich. Zunächst ein weiteres Zitat eines amerikanischen Wissenschaftlers (Dubridge in Phy.Blä. 1947:78): “Die Gesetze der Wissenschaft kennen keine politischen Grenzen – sie machen weder vor Gebirgen noch vor Ozeanen halt. Ein physikalisches Gesetz, das in Rußland, Deutschland oder Japan gefunden wird, gilt in Amerika genau so wie dort und ist für die Erkenntnis ein ebenso wertvoller Beitrag. Darüber hinaus ist der wissenschaftliche Genius weder Monopol eines Volkes noch einer Gruppe von Völkern, noch einer Rasse, einer Farbe oder eines Bekenntnisses. ... Weil die Wissenschaft der Sache nach international ist, muß sie es auch in der Wirklichkeit sein. Wir können uns nicht zu der Ansicht bekennen, die Wissenschaft sei an sich schlecht und das Wissen sei gefährlich. Sie sind es nur in den Händen derer, die schlechte Absichten verfolgen. Wir müssen die Erkenntnis als eine gute Sache fördern und durch internationale Einigung unmöglich machen, daß ihre Ergebnisse für die Zwecke des Krieges verwendet werden”. Fast dieselbe Behauptung wurde in der Diskussion “Zur Rettung der höheren Schulen” (Wittig in Phy.Blä. 1946:237-238) zu einem zentralen Diktum. Als der erste von acht Leitsätzen wurde hier genannt: “Keine reine Wissenschaft, insbesondere keine der exakten Wissenschaften hat etwas mit Rasse, Glauben, Religion, Politik u. Weltanschauung zu tun” (237). Damit aber ging es nicht um ein Ziel, für dessen Verwirklichung die Naturwissenschaftler besondere Voraussetzungen mitbringen und das ihnen eine besondere Verantwortung auferlegt. Aus dem “soll” war ein “ist” geworden, damit handelte es sich nicht mehr um eine Aufgabe⁹, sondern um eine Eigenschaft. Die bedingungslose Feststellung eines unveränderlichen Ideals reiner Wissenschaft diente der Reparatur dieses beschädigten Ideals und der Verdeckung des Bruchs. Der Autor hatte berichtet, daß die deutschen Schulen, die seit dem ersten Weltkrieg immer mangelhafter geworden wären und schon Anfang der 1930er Jahre ein “Trümmerhaufen” gewesen seien. “Noch schlechter wurde es unter der Naziherrschaft” (237). Am Schluß wies er daraufhin: “Man bedenke stets: Die Konkurrenz der Kulturnationen beginnt bereits in der Schule!” – Aber konnte man Deutschland und seine Wissenschaftler denn noch dazu zählen?

An dieser Stelle trifft man auf die konsequente Weigerung alle weiteren Fragen zu beantworten. Der Herausgeber der *Physikalischen Blätter* gab sein klares Statement dazu ab: “Eine Berichterstattung auf dem Gebiete der Physik kann politische Trennungen und Spaltungen als irrelevant betrachten und muß ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, ein ungetrübtes und vielseitiges Bild des wissenschaftlichen Lebens und seiner Entwicklung zu geben” (Phy.Blä. 1947:408). Oder ohne Umschweife: “Der Verdacht einer Parteilichkeit der PHYS. BL. ist abwegig”¹⁰. Die umstandslose

worden.

⁹ In der Fußnote hieß es: “Das deutsche Volk braucht intelligente Praktiker! ... Niemand soll die Einbildung nähren, er brauche nichts mehr zu lernen” (238).

¹⁰ In diesem Beitrag unter der Überschrift “Ein unvollständiger Nachrichtendienst” nahm er auf die ungleich zahlreicheren Nachrichten aus dem Westen Bezug und schilderte die Schwierigkeiten Informationen aus der sowjetisch besetzten Zone oder aus der UdSSR zu erhalten, so dass man oft auf persönliche Berichte

Zurückweisung zeigt die Wirksamkeit des wiederhergestellten Wissenschaftsideals und zwar speziell seiner negativen Formulierung, in der das “keine” anstatt des “alle” betont wird. Denn erst dann erfüllt es die Funktion, soziale und politische Differenzen beiseite zu schieben und es kann auch jeder weitere Gedanke daran für irrelevant erklärt werden. Im deutschen Gebrauch der Phrasen, die “jeden wahren Physiker” auszeichneten, ging es nicht nur um die Zukunft, sondern auch um die Vergangenheit – über die in solchen Momenten allerdings nicht gesprochen wurde. Losgelöst davon im Refugium des Absoluten und Allgemeinen sowie versehen mit Beispielen aus einem anderen Kontext, konnte der Autor keinen Anlass dafür sehen, weiter über irgendetwas nachzudenken, was auch nur entfernt mit dieser Vergangenheit zu tun haben könnte, und seine Abwehr in aller Deutlichkeit äußern.

Die Konstruktion: Wissenschaft ist Widerstand

Das restaurierte Wissenschaftsideal kann als Teil eines Systems paradoxer Rede verstanden werden, in der Wissenschaft und Politik als ein aufeinander abgestimmtes Begriffspaar benutzt wurden. In den bisher vorliegenden Analysen ist vor allem das Politikverständnis der Wissenschaftler als der problematische Punkt betrachtet worden und weniger das Wissenschaftsverständnis. Deshalb möchte ich den Blick darauf lenken, wie ihre jeweilige Bedeutung in der Wechselseitigkeit des Oppositionsschemas, das zwischen ihnen hergestellt wurde, in einer Reihe von Gleichsetzungen und Ersetzungen bearbeitet wurde. Denn die Radikalisierung der Gegensätze von Wissenschaft und Politik, die sie nicht bloß als verschiedene und einander fremde Welten sondern als feindliche Prinzipien behauptete, war das Ergebnis – und nicht etwa der Ausgangspunkt. Indem die Gegenüberstellung zur Politik jedem Zeitbezug enthoben wurde, konnte die Unveränderlichkeit wissenschaftlicher Ideale unterstellt und eine unbemerkte Wiedereinsetzung der preisgegebenen Wertvorstellungen von Universalität und Internationalität geleistet werden. Unter welchen Bedingungen sich dies glaubwürdig bewerkstelligen ließ und welche Folgen damit auftraten, ist Gegenstand meiner weiteren Überlegungen.

Eine unschätzbare Unterstützung in diesem Zusammenhang erhielten die deutschen Physiker von ausländischer Seite, nämlich durch Samuel Goudsmit, der das Wissenschaftsideal in einen Bezug zur jüngsten Vergangenheit setzte. Sein Text mit dem Titel “Wissenschaft oder Geheimhaltung” (Phy.Blä. 1946:203-207) war in den *Physikalischen Blättern* Brüches eigenem Beitrag zur Auseinandersetzung um die “Parteiphysik” vorausgegangen. In diesem Artikel rief Goudsmit das ideale Selbstbild der Wissenschaftler auf: “Zusammenarbeit unter Wissenschaftlern von verschiedener Nationalität, Farbe und Glauben ist in der Tat ein ermutigendes Beispiel für eine Welt,

angewiesen sei, “zwischen deren Zeilen sich jene Vorsicht zu erkennen gibt, die wir infolge langjähriger

die einiges davon brauchen könnte. ... Der wahre Grund ist viel bedeutender: Zusammenarbeit ist ganz einfach eine Notwendigkeit bei wissenschaftlicher Tätigkeit” (203) und zwar “auf der ganzen Welt” (204). Aufgrund der Universalität des Wissens sei die Internationalität des Wissenschaftler-Kollektivs eine zentrale Bedingung des Erkenntnisfortschritts, der Entdeckungen und der Entwicklungen.

Goudsmits Anliegen war es gewesen, die Gründe für den Misserfolg der deutschen Physiker in der Kernforschung zu erfassen, die doch am Ende der 1930er Jahre von den gleichen theoretischen und experimentellen Voraussetzungen ausgingen wie ihre amerikanischen und britischen Kollegen: “Warum waren dann die Deutschen zu Ende des Krieges soweit hinter uns zurück und hatten dies nicht einmal bemerkt?” (205) Er sah die Erklärung dafür zum einen in der Isolation der deutschen Physiker, speziell der Gruppe um Heisenberg, in der sie nicht erkannten, “daß die wirkliche Lösung weit jenseits der akademischen Laboratoriumsanstrengungen lag und gewaltige Industriepotentiale erforderte” – was auch die amerikanischen Physiker erst hatten lernen müssen, nachdem sie sich anfangs völlig verschätzt hatten. Zum anderen habe die Geringschätzung freier Forschung durch die NS-Behörden die Entwicklung der Physik in Deutschland behindert: “So verhinderte zum Beispiel die Ächtung der Relativitätstheorie ganz erheblich das Verständnis der modernen Physik in Deutschland. Prof. Ramsauer, der Vorsitzende der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und Direktor des AEG-Forschungsinstituts, versuchte mit Vorträgen und Artikeln die Aufmerksamkeit der deutschen Behörden auf diesen Fehler zu lenken. Seine Warnungen wurden lediglich von seinen Kollegen unterstützt. Die Nazis mißachteten sie völlig” (206).

Auf diese Linie waren die deutschen Physiker nur allzu gerne eingeschwenkt. Auf diesen Satz Goudsmits wurde wiederholte Male hingewiesen, so auch im Vorspann zur “Eingabe an Rust” (Phy.Blä. 1947:43). Brüche widmete Goudsmits Buch eine Besprechung und referierte es in den folgenden Worten: “Es wird geschildert, daß man in Deutschland zu Kriegsbeginn überhaupt keinen Wert auf die Forschung legte und die Wissenschaftler wahllos als Soldaten einzog. Die Hauptursache der geringen Leistung sieht Goudsmit in der allgemeinen Mißachtung der Wissenschaft ab 1933 und dem großen Einfluß der rasch zu Bedeutung gekommenen Wirrköpfe und Dilettanten. Als in den späteren Kriegsjahren die Naturwissenschaftler zu Hilfe gerufen wurden, war das Durcheinander und die Kritiklosigkeit in den verschiedenen Stellen so groß, daß nur wenige Projekte von militärischem Wert die Stufe der technischen Reife erreichten” (Phy.Blä. 1947:368). Die Wissenschaftsfeindlichkeit und Ignoranz des NS-Regimes wurden bei jeder Gelegenheit herausgestrichen, und dies bildete, wie oben schon bemerkt wurde, den durchgängigen Tenor der Texte, die sich mit der jüngsten Vergangenheit und der Rolle der Physiker beschäftigten.

Im Vorspann zu Goudsmits Artikel kündigte Brüche Heisenbergs Aufsatz in den Naturwissenschaften an, in dem dieser zu Goudsmits Einschätzung über den Stand der deutschen Kernforschung Stellung nahm. "Die deutschen Physiker hatten von vorneherein darauf hingearbeitet, die Kontrolle über das Vorhaben (gemeint ist das deutsche Uranprojekt. E.S.), zu behalten und sie haben den Einfluß, den sie als Sachverständige hatten, in dem in diesem Bericht geschilderten Sinne zu lenken versucht" (nach Rechenberg 1994:127). Sie hätten nämlich eingesehen, dass ihnen der Bau einer Atombombe nicht habe gelingen können. Aufgrund des Mangels an Fachkräften, der Behinderung durch die Luftangriffe und der absehbaren langen Entwicklungszeiten, weshalb das Projekt als nicht unmittelbar kriegsentscheidend von der Prioritätenliste des NS-Regimes gestrichen worden war, habe man sich für eine Forschung zur Energieerzeugung in einem zukünftigen Frieden entschieden. In der Entgegnung zu Goudsmit kam der Mythos von einer deutschen Atombombe zum Einsatz, um die Zwiespältigkeit zu umschiffen, die seine Erklärung bei den deutschen Physikern ausgelöst hatte. Zwar hatte er einerseits ein Wissenschaftsideal hervorgehoben, das den Deutschen zur Deutung ihrer Gesamtsituation sehr gelegen kam, doch andererseits war das Urteil, sie hätten den Anschluss und den Überblick verloren, nicht so leicht zu verwinden. Trotzdem war Goudsmits Darstellung zu wichtig, um sie aufzugeben.

Das restaurierte und nun bestätigte Wissenschaftsideal war die entscheidende Bedingung dafür, dass die Logik der Opposition von Wissenschaft und Politik aufging und Wissenschaft dann sogar als gleichbedeutend mit Widerstand erscheinen konnte. In seinen Gedanken über die Aufgaben und "Die neuen Situationen der Naturwissenschaften" (Phy.Blä. 1947:188) konnte Brüche dann festhalten: "Als erster Schritt wurde die Wiederbelebung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft bezeichnet, die durch ihren Widerstand, den sie jederzeit nationalsozialistischen Einflüssen entgegensetzte, und durch den Mut, mit dem sie sich auch während der schwersten Zeit für humanitäre und europäische Ziele einzusetzen wagte, mehr als alle anderen Verbände sich das Daseinsrecht in einem neuen demokratischen Deutschland bewahrt hat"¹¹. Was damit gemeint war, hatte Ramsauer im einzelnen ausgeführt, nämlich: "So haben wir die nicht gern gesehene 100-Jahr-Feier der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und die ganz verpönte Gedächtnisfeier für W. Nernst durchgeführt, so haben wir die Verleihung der Planckmedaillen wieder aufgenommen, aber nicht an die Kandidaten des Ministeriums, sondern lediglich nach unserer eigenen sachlichen Überzeugung und nach den Satzungen der Planckstiftung" (Phy. Blä. 1947:112). Die Gleichung "Wissenschaft ist Widerstand" galt, indem und solange die Wissenschaftler die Autonomie in ihren Entscheidungen bewahrten und die Kontrolle über ihre Angelegenheiten¹² behielten. Das Weiterbestehen des Fachs wurde als Beweis zitiert.

¹¹ Die Äußerung bezog sich auf Klumbs Vortrag im Mainzer Kolloquium, der das aber nicht so gesagt hat; siehe dazu unten.

¹² Das war allerdings auch in dieser Sache nur bedingt der Fall. Als anlässlich der Feier zum 80. Geburtstag von Max Planck im Harnackhaus 1938 wieder eine Max-Planck-Medaille verliehen wurde, ging die Ehrung an den

Mit Hilfe des Gegensatzpaares von Wissenschaft und Politik konnte die Hundertjahrfeier im Januar 1945 als Widerstandsveranstaltung angesehen und jedes gegenläufige Anzeichen in diesem Sinne umgedeutet werden: "Als Kuriosum sei angemerkt, daß Reichsjugendführer Axmann der einzige Parteimann in Uniform war, der an der 100-Jahr-Feier der Gesellschaft teilnahm. Er tat es demonstrativ und stellte sich damit in Gegensatz zu der feindlichen Haltung der Partei gegenüber der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, ebenso sehr ein positives Zeichen für ihn wie für das Bemühen der Informationsstelle, bei den Dienststellen der Hitlerjugend Verständnis für die Haltung der Physiker zu wecken" (Phy.Blä. 1947:226). Auf einem Foto, das bei Hermann (1995:F-102) abgebildet ist, ist auch noch Axmanns Adjutant zu sehen und neben beiden saß der Autor Brüche. Seine Darstellung der Feier und der Umstände, unter denen sie stattfand, lag damit ganz auf der Linie einer "Kollaboration als Tarnung", Heisenbergs verquerer Vorstellung von aktivem Widerstand und seiner Legitimation des Bestrebens, Einfluss unter dem NS-Regime zu gewinnen und die Sache der Physik zu verteidigen (vgl. Cassidy 1995:392).

Die umfassende semantische Umschrift erfasst alles, was in der Wissenschaft geschah, unter der Rubrik Widerstand, der daher auch "jederzeit" vorhanden gewesen sei. Die Einpassung des Wissenschaftsbegriffs in die schematische Gegenüberstellung zur Politik war der entscheidende Erzeugungsmechanismus dieser Widerstandslegende, in der als Bestätigung für ihre Richtigkeit die Politik eines Unrechtssystems herangezogen wurde und nicht die Handlungen derer, um die es hier eigentlich ging. Ein Beispiel für die logischen Fehlleistungen, die von dieser Argumentationsstrategie hervorgerufen werden, ist Brüches Art der Beweisführung: "Eine Erinnerung an diesen Artikel im ‚Schwarzen Korps‘. 15. Juli 1937, ist umso beachtlicher, weil er deutlich zeigt, wie die Haltung der Wissenschaftler war, die manche allzu eifrige Spruchkammer heute als allgemeinbelastet ansehen möchte" (Phy.Blä. 1946:233). Es folgt dann aber ein Zitat aus Starks Artikel. In ihrer Selbstdarstellung sind die Texte der *Physikalischen Blätter* so sehr mit der Errichtung des Gegensatzpaares von reiner Wissenschaft und wissenschaftsfeindlicher Politik beschäftigt, dass die Ungereimtheiten am Rande nicht bemerkt und allerlei Widersinnigkeiten ganz plausibel vorgetragen werden. Lediglich Formulierungen wie "eigenartige Voraussetzungen" (Phy.Blä. 1946:31), "eigenartiger Modus", "kuriosen" Begebenheiten oder ähnliches weisen darauf hin, dass hier etwas nicht in Ordnung ist.

Die Logik der Opposition vermochte zwar den Wunsch nach einem baldigen Vergessen zu stützen, aber sie verursachte auch die Unfähigkeit, die Kritik eines ausländischen Kollegen zu bemerken, der über die Lage der "Naturforschung in Deutschland" (Phy.Blä. 1947:12-15) berichtete. Nachdem der britische Physiker Evans ausführlich auf die Zerstörungen im Land und an den Universitäten

Franzosen Louis de Broglie, aber nicht an Enrico Fermi, dessen Frau Laura Jüdin war. Denn im Ministerium

eingegangen war, wandte er sich dem zu, was er unter den Wissenschaftlern gesehen und gehört hatte: "Einige, die dem Bombenhagel entronnen sind, wurden von ‚Verschleppten Personen‘ heimgesucht. Manche haben durch Beschlagnahme seitens der Alliierten ihre Einrichtungen verloren. Alle sehen sich der gemeinsamen Not gegenüber". Wie er berichtet, fehlte es an allem, aber: "Was ist ihre Haltung (der Wissenschaftler, E.S.) diesen Problemen gegenüber? Überall, wohin ich kam, fand ich einen erstaunlichen Geist der Heiterkeit und des Vertrauens in die Zukunft. ... Wenige Wissenschaftler haben die Neigung über den Krieg zu sprechen; sie sehen ihn als eine bedauerliche Unterbrechung ihrer normalen Tätigkeit an und denken, daß er jetzt vergessen sein sollte. Keiner hat irgendein Gefühl der Kriegsschuld. (...) Und dann kam der Krieg“, ist der Satz, der gleichförmig fast jeden Bericht über Studien und Forschungen im Jahre 1939 beendete. Kein Wissenschaftler ist je Nazi gewesen, außer denen, die wegen Dienstenthebung diese Tatsache nicht verbergen können, und auch sie haben längst Mittel gefunden, ihr Gewissen zu beruhigen. Ein Münchner Mathematiker erklärte mir, daß er in seiner Abteilung immer jüdischen Studenten beigestanden habe – und selber Parteimitglied geworden sei, um die Aufmerksamkeit von dieser Tatsache abzulenken". Im weiteren lobte Evans die ausgezeichnete Qualität der Instrumente und die Zusammenarbeit mit der Industrie als den herausragenden Charakterzug deutscher Forschung und stellte sich die Frage, wieso seine deutschen Kollegen im vergangenen Jahrzehnt so wenig eindrucksvolle Leistungen hervorgebracht hatten: "Die deutschen Wissenschaftler hatten Unterstützung und Hilfsmittel, um die die englischen Physiker sie beneidet hätten. Trotzdem reichen ihre Arbeiten auf dem Gebiet der Grundlagenforschung nicht an unsere heran. Dies ist eine Tatsache; man mag sie der phantasielosen Art des deutschen Geistes, dem verdummenden Einfluß des Naziregimes oder auch der Auswanderung der besten deutschen Wissenschaftler in den Vorkriegsjahren zuschreiben".

Seine Erklärung war im Grunde dieselbe wie bei Goudsmit und er kam an derselben Stelle nicht weiter. Am Schluss seines Aufsatzes von 1946 wiederholte Goudsmit seine Grundannahmen in Formulierungen, die die blinden Flecke seiner Ausführungen hervortreten lassen und er gibt einen Blick auf die Ursachen dafür frei: "Verbrüderung unter Wissenschaftlern ist für mich eine Notwendigkeit, solange der wissenschaftliche Fortschritt für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft für notwendig gehalten wird. Einzelne werden der Feststellung unseres Obersten zustimmen (den er eingangs zitiert hatte, E.S.) und werden das Fraternisieren (der Wissenschaftler, E.S.) als ‚Kummer‘ bezeichnen. Wenn sie es tun, so deshalb, weil sie glauben, daß ‚die gute, alte Zeit‘ besser als die Gegenwart und der Zukunft vorzuziehen ist. Solche Personen machen die Wissenschaft für alle Übel verantwortlich – von dem Mangel an Dienstboten angefangen bis zu den Atombomben. Die Wohltaten, die man der Wissenschaft und Technik verdankt, sind jedoch so groß gewesen, daß nur eine naziartige Regierung, mit Wahnsinnigen an der Spitze, den Wunsch haben

hatten sich deswegen Schwierigkeiten ergeben (vgl. Hermann 1994:F97).

kann, irgendetwas zu tun, um ihnen ein Ende zu setzen” (207). Indem Goudsmit die Atombombe unter Alltagsprobleme subsumierte und nur ein Gesamturteil über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ins Visier nahm, konnte es so aussehen als ob der wesentliche politische Unterschied zu einem demokratisch verfassten Staat in einer besonderen Wissenschaftsfeindlichkeit des NS-Regimes gelegen hätte.

Evans kritischer Unterton wurde gar nicht wahrgenommen und Goudsmits Überlegungen schreckten vor dem entscheidenden Schritt zurück. Die Fragen der ausländischen Wissenschaftler nach den Beziehungen ihrer deutschen Kollegen zum NS-Regime hätten sich nur dann präziser formulieren lassen und die politischen Differenzen wären nur dann aufzudecken gewesen, wenn sie sich zu einer Kritik am abstrakten Wissenschaftsideal entschlossen hätten. Daran aber hielten Goudsmit und andere aus eigenen Gründen ausdrücklich fest¹³. Daher kann eine Kontrastierung mit den ausländischen Stimmen nur begrenzt über die Standpunkte deutscher Wissenschaftler aufklären. Zudem konzentrierte sich die bisherige Betrachtung der Differenzen im wesentlichen auf das Uranprojekt, in dessen Zusammenhang die Kontroverse zwischen Goudsmit und Heisenberg interpretiert wurde. Damit aber konnte die umfassende Bedeutung des restaurierten Wissenschaftsideals weitgehend unbemerkt bleiben, nämlich eine Verdeckung und Ent-Schuldung, die im Prinzip für alle Physiker gelten sollte, ebenso wie die Auswirkungen einer Entwirklichung, die mit dieser rhetorischen Strategie einherging.

Als Pendant zur Politik auftretend, stellen das stereotype Selbstbild, “der Wissenschaftler als solcher”, und seine Begleiterscheinungen ein zentrales Deckbild und das wirkungsvolle Kernstück einer paradoxen Rede dar, das die Beziehung zum NS-System unkenntlich macht. Während das Verständnis von Politik, das hier vorgetragen wird, die Reflexion über die Unklarheiten des Autoritätenpluralismus im Nationalsozialismus unterbindet und die Frage abfängt, mit welchen Nazis man es jeweils zu tun hatte, gibt das Wissenschaftsideal darüber hinaus einen verschlüsselten Hinweis auf die Daten der Nürnberger Rassengesetze und der Wannsee-Konferenz. Die Zeitspanne, in der die Auseinandersetzung mit der “Parteiphysik” ausgetragen wurde, wies eine nicht bloß belanglose Koinzidenz mit den Ereignissen von 1935 und 1942 auf und es war die zentrale Forderung der Physiker, die Trennung von Autor und Werk gewesen, über die die Wissenschaftler und die technokratische Fraktion des Regimes überein kamen und die schließlich die Bedingung darstellte, sich mit dem System zu arrangieren. Mit der Engführung auf den Gegensatz von Wissenschaft und Politik war dann bereits Ende 1946 die Grundstruktur der Erinnerung geschaffen, in die sich die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit eintragen ließen. In Laues Stellungnahme zu Morrisons Artikel von 1947 fand ein Prozess seinen vorläufigen Abschluss, in dem eine Abwehrkonstruktion entstanden war, die nicht nur eine generelle Vermeidung der

Auseinandersetzung erlaubte, sondern im Effekt eine erfolgreiche Strategie der Ent-Schuldung für die Gesamtheit der Physiker darstellte.

In seiner Einleitung zu Goudsmit sprach der Herausgeber der *Physikalischen Blätter* verräterischerweise von den “Selbstverstümmelungen, die entstehen, wenn wissenschaftsfremde Regierungsstellen die Forschung lenken und die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorenthalten wollen” (Phy.Blä. 1946:203). Wieso aber kam er hier auf das Präfix “Selbst” und was verbirgt sich dahinter? Im weiteren richtet sich meine Analyse daher auf die Folgen und Symptome einer paradoxen Rede, die verbirgt und in verschlüsselter Form benennt, was sie verbirgt. Welche Beschädigungen der Selbstwahrnehmung und der Wahrnehmung des Umfelds im Feld von Wissenschaft und Politik haben sich in der *scientific community* aufgrund der De-Realisierung eingestellt?

Symptome und Effekte der paradoxen Rede: Zeitsprünge und Täter-Opfer-Inversion

Ein Thema, das die Physiker in den ersten Nachkriegsjahren außerordentlich beschäftigte und zu dem es in fast jeder Ausgabe der *Physikalischen Blätter* Nachrichten oder Stellungnahmen gab, waren die Demontage von Forschungsanlagen, vor allem in der Industrie, sowie die Abwanderung von Wissenschaftlern ins Ausland. Der längste Beitrag und zugleich der mit den prominentesten Autoren war “Einladung nach USA” (Phy.Blä. 1947:33-35), verfasst von Hahn zusammen mit dem damaligen Rektor der Göttinger Universität, Friedrich Hermann Rein und ursprünglich in der Göttinger Universitätszeitung unter dem Titel “Gelehrtenexport in die USA” erschienen. Es ging ihnen speziell um die Anwerbung deutscher Wissenschaftler nach Amerika “an Institute, die im Kriege im Dienst bestimmter Forschungsaufgaben entstanden”¹⁴ und die Auslegung dieser Vorgänge als eine Einforderung von Reparationsleistungen. Ihr Anliegen sei es, so hieß es eingangs, den “wilden Gerüchten”, die von einer Pressemitteilung in der *Time* ausgelöst worden seien, mit einer Klarstellung der Hintergründe entgegenzutreten.

Etwas abrupt berichteten sie dann zuerst von der Amtsenthebung bekannter, aktiver Nationalsozialisten direkt nach Kriegsende, die “ohne äußeren Anstoß” (34) erfolgt sei und als eine “Spontan-Entnazifizierung, die zweifellos das Richtige traf” (34), anzusehen sei. Aber alle weiteren Maßnahmen der Entnazifizierung (die jetzt in Führungsstrichen gesetzt wird und mit dem Attribut amtlich versehen wird, das ebenfalls in Führungszeichen steht), die an deutschen Hochschulen

¹³ Auf die Beweggründe amerikanischer Physiker, die Gegenüberstellung von Wissenschaft und Politik zu zitieren, ist an anderer Stelle bereits eingegangen worden (vgl. Walker 1990:253-263).

¹⁴ Aber die Raketenbauer sind hier nicht gemeint, denn: “Diese Aktion ist offensichtlich unabhängig von jener bekannten, in den Zeitungen viel erörterten Übersiedlung deutscher Techniker und Konstrukteure, die sehr bald nach Kriegsende erfolgte und verschiedene Spezialisten erfaßte” (Phy.Blä. 1947:33). Siehe außerdem Heinemann-Grüder (1992) über den Typus des “wissenschaftliche Söldners”.

“inszeniert” (34) wurden, könnten die Autoren “nur mit offener Entrüstung” (34) aufnehmen und stellten dazu fest, dass die kürzlich erfolgten Entlassungen in München, Erlangen und anderen Orten “lebhaftere Erinnerung an die Gepflogenheiten des ‚Dritten Reiches‘ ausgelöst” (34) hätten. Das Interpretationsmuster, das hier vorgelegt wurde, stempelt die Entnazifizierung als einen Eingriff der Politik in die Wissenschaft ab, die ihre Angelegenheiten doch am besten selber regelt, und erkennt die Verhältnisse in der jüngsten Vergangenheit wieder. “Vielen heute sehr eifrigen Inquisitoren des ‚Nazismus‘ sei empfohlen, sich noch einmal über die Behandlung der Wissenschaft im Dritten Reich zu orientieren, bevor sie sinnlos Porzellan zerschlagen. Erst als die hohen Führer erkannten, daß sie ohne Wissenschaft den Krieg verlieren mußten, und zwei Wochen vor dem berühmten Bittgebet des Propagandaministers in Heidelberg an die deutsche Wissenschaft erschien in dem geheimen Anweisungsblatt ist bei jeder Gelegenheit zu loben” (34)¹⁵.

Die Anregung von Hahn und Rein lief schließlich darauf hinaus, “endlich wieder ‚Kriminalität‘ und ‚politischen Irrtum‘ auseinanderzuhalten, aus deren willkürlicher Vermengung sicherlich viel von dem heutigen Entnazifizierungsunheil und beispielsweise auch die Mißgriffe gegen die Wissenschaft unseres Landes entsprungen sind” (35) und sie äußerten die Hoffnung, “daß der winzige Rest an Wissenschaft und Forschung, der Deutschland zugebilligt wird, nicht völlig abgedrosselt werden soll” (35). In Bezug auf den politischen Irrtum, der “endlich wieder” von einer Anklage wegen eines Verbrechens zu unterscheiden sei, gaben sie jedoch nur einen diffusen Hinweis auf die “,formale Zugehörigkeit‘ zu Verbänden” (34), der zudem durch die Anführungszeichen eingeschränkt wurde. In einem “Brief nach Frankreich” (Phy. Blä. 1946:8-11), der schon Ende 1945 von einem nicht namentlich genannten Autor geschrieben wurde, hatte es geheißen: “Viele hofften noch lange auf eine innere Umgestaltung, und es ist sicher, daß viele Männer einen langen, verzweifelten und gefährlichen Kampf um die innere Reinigung der Partei und des Staates geführt haben. Es bedrückt uns, daß auch diese Männer, soweit sie in der Partei standen, heute von der ‚Denazifizierungsmaschinerie‘ erfaßt werden” (10). In der zeitlichen Nähe zum Vergangenen ist das Argument noch weniger abgeschliffen und der Zusammenhang von Mitgliedschaft in den NS-Organisationen und Entnazifizierungsverfahren wird noch direkt benannt, aber die Aussage war prinzipiell dieselbe. Die Ähnlichkeit der rhetorischen Strategie wird verstärkt durch den Bezug auf die Gespräche mit ausländischen Kollegen, die zuversichtlich auf eine Verständigung hoffen lassen würden – ganz im Gegensatz zur Politik. Hahn und Rein schlossen ihre Stellungnahme mit der Bemerkung ab: “Das aber, was von anderer politischer Seite gegen die Wissenschaft bei uns geschieht, stimmt hoffnungslos. Könnte man jenen vielen, die seinerzeit in unseren Besatzungszonen die Okkupation durch England und Amerika als letzte und einzige Hoffnung auf eine Beendigung des Hitlerregimes und Wiedereinsetzung der Vernunft in ihre Rechte erwartet haben, heute, zwei Jahre nach Beendigung des Unheils, nicht endlich eine kleine Hoffnung auf eine Wendung zum

¹⁵ Mit der schrägen Logik dieses Argumentes hat sich schon Schlüpmann (2001:III-3) auseinandergesetzt.

Besseren zeigen? Was bezweckt man damit, daß man diese Menschen offenbar systematisch in Verzweiflung und Apathie hineinzustoßen sich bemüht? Das Ergebnis kann kein Friede für Europa sein” (Phy.Blä. 1947:35).

Im folgenden Heft (Phy.Blä. 1947:62-63) erschien der “Brief eines in die USA verpflichteten Physikers”, in dem dieser seine Gründe für seine Übersiedelung darlegt. Er nannte zuerst die Arbeits- und Lebensbedingungen: “Sind sich die amtlichen Stellen darüber im klaren, was von den Jungakademikern, den Assistenten, Dozenten und Professoren verlangt wird und was der Staat dagegen gibt?” Nämlich: “erbärmlich wenig, ... wesentlich weniger als ein Hilfsarbeiter erhält” (62-63). Die Entwirklichung, die diese Rechtfertigung absicherte, trat in seinem Verhältnis zur Politik am deutlichsten zutage: “Sollen wir helfen, alte politische Anfeindungen zu klären? Das mögen jene Herren untereinander ausfechten! Wenn wir (die junge Generation, E.S.) hören, daß bei der Wahl des Oberbürgermeisters einer Großstadt nicht nach dessen Können und Leistung gefragt wird, daß er ausschließlich über Parteien ausgehandelt wird und als besondere Eigenschaft seine Erfahrung als Parlamentarier gelobt wird, dann stellen wir ohne Erstaunen, aber sehr sachlich fest: genau wie in den letzten 12 Jahren, nur die Parteizugehörigkeit zählt” (63). Er berichtet weiter, dass er selbst aus diesem Grund eine Stelle nicht erhalten habe.

Dieser Brief illustrierte die vorausgegangene Stellungnahme von Hahn und Rein, er diente dazu, die Aussichtslosigkeit und die Armut der Wissenschaftler zu dokumentieren und darüber hinaus sollte er die These stützen, nach der in erster Linie die Entnazifizierung als Hebel der Abwanderung identifiziert wurde. Gerichtet waren diese Ausführungen an die Adresse der amerikanischen Besatzungsmacht, wobei deren Kriegsschuld aufgerechnet und die für die aktuellen Notstände verantwortlich gemacht wird, während zugleich an ihr Verständnis appelliert wird. Wenn es brenzlich wird, greift die Rhetorik, auf die gängigen Abwehrstrategien zurück und es heißt, die betreffenden Wissenschaftler seien nur Mitläufer oder eigentlich ”gute” Nazis gewesen¹⁶. Frappierend ist vor allem die umstandslose Gleichsetzung von Partei und Parlament, von Nationalsozialismus und den Alliierten, so daß es kaum verwundert, daß der Artikel von Hahn und Rein “Befremden” und “peinliches Aufsehen”, wie der Herausgeber mitteilte, “an einigen Universitäten der amerikanischen Zone” hervorrief und sich der Senat der Universität Heidelberg zu einer kritischen Stellungnahme entschloss. Angesichts der Homogenisierung und Verwechslung der Zeiten, der Regierungen und der politischen Systeme, drängt sich die Frage auf, in welcher Zeit die Autoren eigentlich leben?

Die Zeitsprünge können als das Symptom einer paradoxen Rede und als Anzeichen der von ihr erzeugten und aufrechterhaltenen Wahrnehmungseinschränkung gelesen werden. In der Rhetorik der

¹⁶ Es ist hier sozusagen der gesamte Katalog der Abwehrsyndrome vorhanden, den Adorno (1975) analysierte. Verständigungsbereitschaft ist entgegen aller Beteuerungen wenig zu finden, aber auch ambivalente Positionen sind eher selten. Bemerkenswert ist daher die starke Präsenz der NS-Elemente.

Physiker nach dem Krieg stellen die zitierten Textbeispiele keine Ausnahmeerscheinung dar, vielmehr grundierten sie die Selbstdarstellung der Wissenschaftler und ihrem Verhältnis zur Politik. Jenseits der historischen Zeit situierte Brüche auch das gesamte Projekt der *Physikalischen Blätter* und dessen Aufgaben, indem er bemerkte: “Der Versuch, der Zeitschrift eine Linie zu geben, die insofern unpolitisch ist, daß sie möglichst unabhängig von den jeweiligen Machtverhältnissen geführt wird, mußte 1944 und muß auch 1946 mit Widerständen rechnen”. Und er fuhr fort, “daß die Zeitschrift – und wir möchten dies als Vorzug der Demokratie werten – ihre kritische Haltung der neuen Zeit gegenüber, – die uns nicht in allem fortschrittlich zu sein scheint – zu erkennen geben darf. So wertvoll eine Kritik dieser Zeitschrift dem Herausgeber und Schriftleiter erscheint, so ist es doch wenig befriedigend, wenn fremde oder abwegige Motive hineingesehen werden. ... denn politische Ambitionen sind den Phys. Bl. fremd, heute – wie früher” (Phy.Blä. 1946:191-192).

Die Gleichsetzung von 1944 und 1946, von heute und früher, umfasste Ost und West und machte keinen Unterschied zwischen dem Einsatz von Gewalt und einer Abwerbung auf eine lukrative Stelle mit der Aussicht auf eine internationale Karriere. Der Autor des Briefs nach Frankreich verwechselte die Situation von Mitläufern und von denen, die verdeckt gegen das NS-Regime arbeiteten¹⁷. Hahn und Rein sahen die politische Verfolgung durch das NS-Regime und die Anklage politischer Dissidenz als Straftat auf einer Linie mit einer Billigung totalitärer Repression oder sogar mit einem Verdacht der Teilnahme an den Verbrechen der NS-Politik. Dabei versäumten sie nicht, auf ihr Unverständnis hinzuweisen, “wie lange man offenbar braucht” (Phy.Blä. 1947:35), Meinung und Tat auseinanderzuhalten. Der Unterschied, auf dem sie hier beharrten, reduzierte die politische Unterdrückung auf eine Meinungsdivergenz, die nochmals zu einer Täuschung verkleinert wurde, wobei die Ausblendung der tödlichen Folgen in der Vergangenheit mit der Inanspruchnahme demokratischer Regeln Hand in Hand ging.

Die Verwechslung von Demokratie und Repression, von freiheitlichen und gewalttätigen Bedingungen betraf schließlich auch die Sicht der gegenwärtigen Verhältnisse und Umstände. Nachdem die Zeitschrift ausführlich über die Situation in den Zeiss-Werken in Jena berichtet hatte, hieß es in der “Spalte des Herausgebers” zum Jahresende 1946 (Phy.Blä. 1946:260) zum Thema Abwanderung und Demontage: “Was manchen Wissenschaftler an der Entwicklung des Jahres 1946, das so viele Hoffnungen enttäuschte, am stärksten beunruhigt, ist die Abwanderung der produktiven Menschen”. “Deutschlands Kernsubstanz” gehe entweder freiwillig, weil die Lebensbedingungen “verlockend erscheinen” oder begleitet durch “eine nächtliche Eskorte durch Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr”. Nach diesem Nebeneinander von Deportation und freiem Entschluß verschob sich die Aufmerksamkeit des Autors auf die Ereignisse im Westen, als Brüche für Nachsicht gegenüber den Wissenschaftlern plädierte, denn nicht nur die umfassenden Zerstörungen

¹⁷ Siehe dazu das Kapitel “Diplomaten und Grenzgänger” bei Schlüpmann (2001:II-9).

im Lebens- und Arbeitsumfeld, Unsicherheit und erzwungene Untätigkeit, sei ein Fortkommen der Arbeit behindert. „Auch das notorisch geringe Verständnis unserer Behörden für den Wert naturwissenschaftlicher und technischer Forschung ist sicherlich kein Anreiz. Sicher ist, daß durch jede Abwanderung die schmale Lebensbasis des deutschen Volkes weiter abbröckelt“. Zwischen den Zeiten wurde die Rettung jenseits der Zeit gesucht um den Preis, dass es auch kein vollständiges Jetzt mehr gab.

Die Flucht vor der Auseinandersetzung mit der Schuld und aus der Verantwortung war verbunden mit einer zweiten rhetorischen Figur, dem Physiker als Objekt und Opfer der Politik. Hahn und Rein schrieben ausdrücklich, daß „Wissenschaft und Wissenschaftler – von den deutschen Patenten wollen wir schweigen – geradezu als Objekte der ‚Reparationen‘ bezeichnet und behandelt“ werden und sahen darin einen beispiellosen Vorgang. „Es ist wohl keine Frage, daß Dinge vor sich gehen, die in der Geschichte der Wissenschaft wohl bisher einmalig sind“ (Phy.Blä. 1947:33). Das regte die Autoren zu dem folgenden Vergleich an: „Vor Jahrhunderten verschickten die Fürsten Landeskinder als Plantagenarbeiter oder Soldaten. Heute verschickt man die Wissenschaftler“ (Phy.Blä. 1947:34). Und in Brüches Einführung zum Wiedererscheinen der *Physikalischen Blätter* nach dem Krieg hörte es sich an, als ob der letzte Krieg gegen die Wissenschaftler geführt worden wäre: „Zerstörte Institutsgebäude, verwüstete Sammlungen, verbrannte Büchereien und dezimierte Lehrkörper blieben zurück auf dem Trümmerfelde einer Herrschaft, die Wissenschaft und Vernunft mißachtet hatte“ (Phy.Blä. 1946:2).

Die Verallgemeinerung der Wissenschaftler zu Opfern des Krieges und der Politik konkretisierte ein Motiv, Buchwald bereits in Festvortrag zur Hundertjahrfeier vorweggenommen hatte: „ANANGKE, die Nötigung, das vierte der Worte (der orphischen Urworte, nach denen er die Rede strukturiert hatte, E.S.) ist das zwangsläufige Mitgenommenwerden der Gesellschaft (DPG, E.S.) durch das Zeitgeschehen, das ihr Pflichten und Bindungen auferlegt. Denn die Gesellschaft ist ja nicht nur Projektion der Weltphysik sondern auch des allgemeinen Weltgeschehens auf die Ebene der deutschen Physiker. Schicksalhafte Einbettung eines einzelnen Stromfadens in die Strömung der großen Welt! ‚Da ist’s denn wieder, wie die Sterne wollten: Bedingung und Gesetz ...‘“ (Phy.Blä. 1946:105). Die alles umgreifende und unentrinnbare Fügung der Gestirne bildete den Hintergrund für die Wahrnehmung, in das die „Schockwirkung des Erwachens in einer unheimlich veränderten Welt“ (Phy.Blä. 1946:2) einbrach, wie Brüche es in der Einführung 1946 formulierte.

Aber was geschehen war und warum, blieb in Andeutungen hängen und mutet zudem seltsam geringfügig und vergeistigt an. Bei Laue war von der „Kulturkrise“ die Rede und am Ende des Beitrags von Hahn und Rein wurde auf die Absetzung der Vernunft hingewiesen, ansonsten erscheint als das schlimmste Unheil, das den Physikern in der Zeit des Nationalsozialismus passiert

war, die Herrschaft der „Nichtsköner“ und „Dilettanten“, was auch Hahn und Rein im Einklang mit Brüche und Ramsauer betonten, und die Wissenschaft auf einen „Rest an mittelmäßigen Könnern und getreuen Parteimitgliedern“ zu schrumpfen drohte, wie es der Autor des Briefs nach Frankreich ausdrückte. Im Schema des Gegensatzes von Wissenschaft und Politik verkleinerte sich die Katastrophe für die Physiker und die De-Realisierung hatte zur Folge, daß das Geschehene mit dem Attribut „überflüssig“ belegt werden konnte. In einem Beitrag über die „Pflege der Wissenschaft“¹⁸ (Phy.Blä. 1947:206) wurde an die gute alte Zeit erinnert, in der die Wissenschaft von den verantwortlichen Politikern und Ministerialbeamten noch mit Respekt behandelt wurde, weil sie wussten, „daß eine zu hoher Blüte entwickelte Pflanze keine sachunkundigen Eingriffe verträgt“. Aber: „Nur allzu schmerzliche andere Zeiten folgten. ‚Rassische‘ und ‚völkische‘ Gesichtspunkte beherrschten das Dritte Reich, überflüssige Überorganisationen machten sich breit. Sind diese Zeiten vorüber oder werden sie gar jetzt von einer Epoche abgelöst, in der noch ‚engere‘ Begrenzungen sich auswirken? (...) Denkt man daran, die besten Wissenschaftler – natürlich solche, die unter den heutigen schwierigen Verhältnissen wirklich erreichbar sind – zu gewinnen?“ Und diejenigen, die trotz allem geblieben sind: „läßt man sie ihre Kräfte vergeuden im Kampf gegen unnötige übelwollende oder unverständige Eingriffe?“ Das Bild des Vergangenen geriet unklar und unspezifisch, mit dem Unterschied zwischen damals und heute war zwar die Differenz zwischen Tätern und Opfern in der Verallgemeinerung gelöscht worden, aber die Zeitlosigkeit und Grenzenlosigkeit, in der die Physik zur ganzen Welt und umgekehrt wurde, ließ auch Unsicherheit und Befürchtungen ins Uferlose wachsen, ungeachtet der veränderten Bedingungen, die mit der Politik der Besatzungsmächte eingetreten waren.

Ausnahmsweise kam dieser Text aber auf die Emigranten zu sprechen, denn eingangs wurde festgestellt, „wie in den Zeiten, da in Europa der Faschismus wütete, vor allem Amerika sein wissenschaftliches Gewicht dadurch verstärkte, daß es an seinen Universitäten zahlreichen emigrierten Gelehrten eine neue Stätte ihres Wirkens schuf“. Es war dies eine der außerordentlich spärlichen Äußerungen zur Emigration und zudem die ausführlichste Erwähnung der Emigrantenschicksale in den *Physikalischen Blättern* jener Jahre überhaupt. Der Mythos vom theoretischen Physiker, der gerne in den Gastländern aufgenommen wurde, wird hier fortgesetzt zu einer Erklärung des Aufschwungs der Physik in den USA durch die Vertreibung der Wissenschaftler aus Deutschland¹⁹. Diese Darstellung entlastete die deutschen Wissenschaftler nicht nur von unangenehmen Erinnerung an vergangene Konflikte und Entscheidungen, sondern sie konnte auch auf die aktuellen Vorgänge übertragen werden. Hahn und Rein ergingen sich in Mutmaßungen über die Lage ihrer abwandernden Kollegen: „Zu den Professoren, die von den genannten Maßnahmen betroffen worden sind, zählen Männer, über deren völlige Ablehnung des Nationalsozialismus für

¹⁸ Abdruck aus dem Impressum in *Die Neue Zeitung*, „eine amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung“.

¹⁹ Diese Sichtweise war durchaus auch in den USA vorhanden, vgl. Schweber (1986).

uns nie ein Zweifel möglich war. In diese neue Unruhe und Verbitterung, die durch die Bedrohung der Arbeit namhafter Forscher und der Existenz ihrer Familien ausgelöst wurde, kommen die eingangs erwähnten Einladungen in die USA. Wie sehr wir es gerade jenen nach unserer Überzeugung zu Unrecht betroffenen Kollegen wünschen, daß sie ihre Arbeit in einer besseren, der Wissenschaft günstigeren Atmosphäre fortführen mögen, so sehr bedauern wir es, daß sie hier verdammt und ihrer Stellung enthoben – dort ihrer Fähigkeit wegen gesucht werden. Zu Unrecht werden sie hier von der Öffentlichkeit als Fahnenflüchtige, dort von den führenden Wissenschaftlern als ungern gesehene Eindringlinge betrachtet. Die meisten der älteren Professoren gehen sehr ungern aus Deutschland fort; denn sie fühlen, daß hier ihr Platz wäre. Aber die Not zwingt sie, da man ihnen Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Land entzieht oder sie in Furcht vor einem solchen Ereignis hält. Das alles nachdem wir zur Genüge erlebt haben, was es heißt, Fähigkeit durch ‚politisch einwandfreie‘ Dilettanten zu ersetzen“. In den USA warte keine „ehrvolle Berufung“ auf die Wissenschaftler sondern sie würden dort als Reparationsleistungen verrechnet, während in Deutschland nach ihrem Weggang nur ein Mißtrauen ihnen gegenüber zurückbliebe.

Es stellt sich die Frage, von wem und von was hier die Rede ist. In einer mehrfachen und sorgfältigen Lektüre der Textpassage glaubt man sich zunehmend an die Schicksale der jüdischen Kollegen und anderer Emigranten erinnert, etwa an Schrödingers Bemerkung „wir sind die Ware“ und an die oftmals hinausgezögerte Entscheidung, Deutschland zu verlassen, an den schweren Entschluß für viele der älteren Wissenschaftler, die nicht in den engen Vorgaben für eine erfolgreiche Stellensuche entsprachen. Aber dann kann auch auffallen, wie lange viele der Emigranten warten mußten bis sie wieder eine vergleichbare Stellung erhielten, was viele noch nicht einmal zu dem Zeitpunkt, als der Text von Hahn und Rein abgefasst wurde, erreicht hatten und manche gar nicht mehr, für sie war es das Ende ihrer Laufbahn gewesen. Mit „zu Unrecht“ konnte im Ganzen treffend charakterisiert werden, was ihnen geschah und im Ausland waren ihnen nicht unbedingt Verständnis sondern allgemeine wenn nicht gar antisemitische Vorbehalte entgegengebracht worden. Hier aber wurde im Szenario der Vertreibung die Verallgemeinerung der Wissenschaftler zu unschuldigen Opfern vorgenommen.

Die Spur in die Vergangenheit wurde in einer Verwechslung der Zeiten beseitigt und die selbsternannte Stellvertreterschaft der deutschen Wissenschaftler zur „Rettung der Physik“ drehte sich in eine erneute Schleife, die zu einer Täter-Opfer-Inversion führte. In diesem Sinne wurden die antisemitischen Vorurteile der NS-Propaganda zitiert, so meinte Brüche: „Angesichts der politischen und militärischen Situation nach der Niederlage von Stalingrad schien dies (die Verbesserung der Ausbildung in den Naturwissenschaften, E.S.) nicht mehr ganz aussichtslos, weil sich immer deutlicher die Schattenseiten des bis dahin beliebten Kampfes gegen die ‚schwächliche Intelligenz‘ zeigten“ (Phy.Blä. 1946:29). Ebenso hatte ungenannte Autor des Briefs nach Frankreich führte das

“Phantom des ‚blutlosen Intellektuellen“” und zwar als “das Stichwort, unter dem der Geistesarbeiter jederzeit zum Objekt der Verachtung, des Hasses oder des blutigen Exzesses werden konnte” (Phy.Blä. 1946:11).

In der Rhetorik der Physiker nach dem Krieg waren die verschiedenen Elemente außerordentlich eng verknüpft und trugen wechselseitig zur Stabilisierung der vorgetragenen Version der jüngsten Geschichte bei. Kollaboration und Selbstmobilisierung wurden verdeckt durch eine Ersetzung, nach deren Abschluß Wissenschaft und Wissenschaftler ganz generell an Stelle der Opfer erschienen. Zu verhindern, dass diese Ersetzung rückgängig gemacht wird, ist die Funktion des Politikverständnisses, des undifferenzierten “politisch einwandfrei” bei Hahn und Rein, in dem die Kriterien der Nationalsozialisten mit denen der Demokratie auf eine Stufe gestellt werden und somit der Zeitsprung erzeugt wurde, in dessen Folge nicht mehr eindeutig ist, wessen Fahne geflohen wurde. Die Engführung auf den Gegensatz von Wissenschaft und Politik brachte das System von Verwechslungen, Gleichsetzungen und Ersetzungen in Gang, so dass schließlich die Auslassungen kaum noch bemerkt wurden.

Denn wofür keine Worte gefunden wurden, erschließt sich nur durch Bezugspunkte außerhalb dieser Rede und ist daher unzugänglich für den uneingeweihten Leser dieser Texte, der sie nicht aufgrund eigener Kenntnisse über die Ereignisse ergänzen kann, wie die damaligen Wissenschaftler im Ausland und die heutigen Wissenschaftshistoriker, die allerdings auf einige neuere Forschungen zurückgreifen und auf die Ergebnisse zukünftiger Projekte hoffen können. Im Fall von Brüches Beitrag mit dem Titel “Zeitschriften und literarische Unternehmungen. Gedanken zur Zeitschriftenfrage” (Phy.Blä. 1946:213-217) wäre dennoch eine Beanstandung schon durch die Zeitgenossen möglich gewesen. Sein Anliegen war es, Ordnung in das Publikationswesen zu bringen und dabei den Naturwissenschaften gebührendes Gewicht zu verleihen. “Da die Diskussion über diese wichtigen Fragen trotz mehrfachen Anstoßes nicht in Gang kommen will, sei durch Mitteilung einer bereits vor Jahren diskutierten Planung das Problem dem Leser nochmals nahegebracht. Der Vorschlag, der damals im Vorstand der Deutschen Physikalischen Gesellschaft diskutiert wurde, um einem Eingriff von höherer Seite zuvor zu kommen, ist nach Fortfall des akuten Anlasses und im Hinblick auf die Kriegereignisse nicht weiter verfolgt worden” (213). Der Anlaß war damals der wachsende Einfluß der “Parteiphysik” im Pressewesen gewesen, was sich aber spätestens 1943 mit der Einstellung der *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft* erledigt hatte, und Brüches aktuelles Problem war nun die drohende Zersplitterung im wiedererstehenden Zeitschriftenangebot. Er schlug eine Einteilung in Haupt-, Spezial- und Orientierungs-Zeitschriften vor und stufte die *Physikalischen Blätter* als Publikation des dritten Typs ein, deren besondere Aufgabe es sei, als “Forum der Diskussion” zur Verfügung zu stehen und sie “sollte daran mitwirken, das naturwissenschaftlich-technische Kulturbewußtsein zu vertiefen und für die allgemeine Publizistik

ein Vorbild korrekter, aber flüssiger und lesbarer naturwissenschaftlicher Berichterstattung zu sein” (215). Es folgte ein Bericht über den Stand der Dinge, über verschiedene Zeitschriften, neue und alte, auch über das Wiedererscheinen der Naturwissenschaften, über den Verbleib verschiedener Herausgeber – aber kein Wort über Arnold Berliner. Sein Schicksal ließ sich in der Legende vom Widerstand nicht unterbringen, die ja lautete: “Man wird in der Physik niemals eine diktatorische Regelung zu treffen versuchen, denn es ist weder jemand da, der das tun könnte, noch werden sich Verleger und Herausgeber ihm unterordnen” (214). In der Fiktion, dass die Regeln des Wissenschaftsbetriebes unbeschädigt geblieben seien, wurde das wissenschaftliche Selbstverständnis und die daran vorgenommene Löschung von Laues Nachruf auf Berliner nicht tangiert, der gleichzeitig in *Die Naturwissenschaften* erschienen war.

Viel Platz fand sich in der Zeitschrift statt dessen für das “Schicksal eines Wissenschaftlers in Deutschland” (Phy.Blä. 1947:407). Den größten Teil einer Seite nimmt der Ausschnitt aus dem Brief eines Physikers ein, “der über ein Jahr ‚Die Naturwissenschaften‘, zwei Jahrzehnte die ‚Poskesche Zeitschrift‘ und der eineinhalb Jahrzehnte die ‚Staatliche Hauptstelle für den Naturwissenschaftlichen Unterricht‘ leitete”.

“Prof. M., heute 74 Jahre”²⁰ berichtete, daß er und seine Frau 1943 ausgebombt wurden und alles verloren hatten. Von der 2500 Bände umfassenden Bibliothek war nur die Aktentasche geblieben, vom restlichen Hausstand hatte er außer den Kleidern am Leibe nur noch “ein Hemd, 2 Paar Wollsocken, 3 Taschentücher und etwas Kleinkram des täglichen Gebrauchs”. Sommer 1944 verließ das Ehepaar Berlin und ging zur Schwiegertochter nach Thüringen, in die Weimarer Gegend, dort starb die Frau im folgenden Winter. Bei Kriegsende wurde die Pensionszahlung eingestellt und der Zugang zu den Ersparnissen war versperrt; im Sommer 1945 hatte er sich operieren lassen müssen und Schulden waren entstanden. Mit einer kleinen Unterstützung vom Sozialamt, von der er sich kaum ernähren konnte, kam er durch die nächsten anderthalb Jahre bis sich seine Situation besserte und er wieder ein Ruhegehalt erhielt. “Welchen Grad von Verelendung ich so bis heute erreicht haben muß, dürfte einigermaßen klar sein”. Der bedrückende Bericht bedürfte keines Kommentars, wäre da nicht die Einseitigkeit des Mitleids und seine Instrumentalisierung.

In den *Physikalischen Blättern* der ersten Nachkriegsjahre gab es noch weitere Darstellungen, die in ähnlicher Weise von der Not der deutschen Wissenschaftler handelten, etwa über “Otto Hahn vor seiner Reise nach Stockholm” (Phy.Blä. 1946:240-241), ein Beitrag, der aus den *Basler Nachrichten* übernommen worden war. Darin war zu erfahren, wie sehr Hahn in seiner Funktion als Präsident der KWG bedrängt wurde: “und da kommen nun täglich immer neue Menschen, die eine Anstellung oder ein politisches Unbedenklichkeitszeugnis oder irgend etwas anderes wollen. Ich kann den

²⁰ Es handelt sich den zufolge Angaben um Hans Mathée, der im Jahr 1935 als Herausgeber der Zeitschrift *Die Naturwissenschaften* zeichnet, nachdem Arnold Berliner gekündigt worden war. Fritz Süffert löste ihn 1936 ab und leitete die Zeitschrift bis zu ihrer kriegsbedingten Einstellung 1943.

Menschen einfach nicht helfen. Früher war ich wirklich ein fröhlicher Mensch und war auch eigentlich nie pessimistisch, aber wenn nur Menschen mit Forderungen zu einem kommen und man sich selber vor Schranken kaum bewegen kann, so kann ich einfach nicht weiter. Und denken Sie sich, so lächerlich er vielleicht klingt, im Augenblick habe ich nicht einmal ein Paar heile Schuhe anzuziehen. Ja, was nützt es mir da, wenn in Schweden der Nobelpreis auf mich wartet, den ich nicht abholen kann, da ich keine Reisegenehmigung bekomme, und ich währenddessen hier monatelang ein vergebliches Gesuch nach dem anderen um ein Paar Schuhsohlen einreiche. Wenn man mir doch wenigstens auf das Konto des Nobelpreises schon ein paar Schuhsohlen schicken würde, dann brauchte ich nicht mit nassen Füßen herumzulaufen". Die Geschichte mit den Schuhen musste in einer späteren Ausgabe jedoch als eine journalistische Anekdote zurückgenommen werden.

Hier trat wiederum die charakteristische Unklarheit zeitlicher Zuordnung auf, die sich aus den Verallgemeinerungen und Auslassungen ergibt, denn auf welche Zeit bezogen sich "früher" und "fröhlich"? Aus dem Gedächtnis wurde mittels dieser Wendung gestrichen, welchen Schicksalen und Beschränkungen Hahn seit jenen unbeschwerten Tagen ²¹ in der Zwischenzeit gegenübergestanden hatte, und die Ausstreichung wurde in der Zusammenstellung der Texte und Berichte auf der gegenüberliegenden Seite des Heftes bestätigt. Der Artikel über Hahn erschien zusammen mit einer Reihe bedrohlicher Nachrichten über die Zerstörungen in Breslau und die Lage der dort noch verbliebenen Deutschen, über die Demontage bei den Zeiss-Werken und einer Liste von Wissenschaftlern, die in die UdSSR gegangen waren, unter denen auch der letzte Vorsitzende der DPG vermutet wurde, von dem man nach seiner Festnahme nichts mehr gehört hatte. Allerdings waren nicht alle Meldungen über den Verbleib von Kollegen so niederschmetternd; eingestreut unter die Informationen mit Überschriften wie "nach Rußland", "nach der Schweiz", "nach "USA", "nach Schweden", war zu erfahren, dass Meitner eine Professur in Stockholm erhalten solle, als ob sie gerade erst dorthin ginge.

In der Verwirrung der Zeiten und der politischen Verhältnisse wird eine grundlegende Ambivalenz bearbeitet, mit der sich die Physiker in der Nachkriegszeit konfrontiert sahen. In das niedergehaltene Schuldbewusstsein und die unkontrollierten Befürchtungen über die Zukunft mischte sich ein unbestimmter Vorwurf des Verrats, der Fahnenflucht, wie Hahn zusammen mit Rein geschrieben hatte. Dagegen setzte Hahn seine Beteuerung trotz attraktiver auswärtiger Angebote in Göttingen zu bleiben: "Deutschland zu helfen, sehe ich als meine Pflicht an" (Phy.Blä. 1946:240-241). Die langanhaltende Konkurrenz mit der USA, die zur Selbstmobilisierung der Wissenschaftler während

²¹ In Meitners Erinnerung wurde diese Zeit datiert auf die ersten Jahre ihrer gemeinsamen Arbeit: "Wenn unsere eigene Arbeit gut ging, sangen wir zweistimmig, meistens Brahmslieder, wobei ich nur summen konnte, während Hahn eine sehr gute Singstimme hatte. Mit den jungen Kollegen am nahe gelegenen physikalischen Institut hatten wir menschlich und wissenschaftlich ein sehr gutes Verhältnis. Sie kamen uns öfters besuchen, und es konnte passieren, daß sie durch das Fenster der Holzwerkstatt hereinstiegen, statt den üblichen Weg zu gehen. Kurz, wir waren jung, vergnügt und sorglos, vielleicht politisch zu sorglos" (nach Kerner 1986:37).

der letzten Kriegsjahre entscheidend beigetragen hatte (vgl. Mehrrens 1994), schärfte das Bewusstsein über die eigene nationale und wissenschaftliche Niederlage, aber sie schloss auch das beruhigende Bild der Emigranten ein, die im Ausland, vor allem in Amerika bestens aufgenommen worden seien und in den Vorstellungen der deutschen Physiker inzwischen auf der Sonnenseite der Wissenschaft angekommen waren. Indem aber die Abwanderung nach dem Krieg wie die Vertreibung während des Nationalsozialismus dargestellt wurde, blieben der Neid auf den Erfolg und die besseren Arbeitsbedingungen an den nicht genannten emigrierten Kollegen haften, während die nachdrückliche Entschuldigung, das mehrfach vorgetragene Plädoyer für Verständnis, den neuen Übersiedlern in die USA galten.

Ohne die Ereignisse der Vergangenheit offenzulegen, wurde der Versuch zu einem Schulterchluss mit den amerikanischen Physikern in Bezug auf die ganz aktuellen Probleme unter den Wissenschaftlern unternommen. In einer Rede in Hamburg, so wird in einer zweiten Notiz, direkt neben dem Bericht über den Besuch bei Hahn, aus *Die Welt* zitiert, hatte Hahn festgestellt, daß es keine Atombombe in Deutschland gegeben habe. “Er selbst habe nie seine Aufgabe darin gesehen, ‘Todesstaub‘ zu erzeugen, wie es in der Weltpresse zu lesen gewesen wäre. Es sei daher auch unangebracht, ihm vorzuhalten, daß der Nobelpreis ein ‘Judaslohn‘ wäre, den er dafür bekäme daß er nach der Kapitulation den Amerikanern ‘sozusagen aus der Westentasche eine kleine Atombombe offeriert habe, damit sie Hiroshima und Nagasaki zerstäuben konnten‘”. Vielmehr seien die Wissenschaftler gemeinsam für den Frieden und so sahen sich Hahn und Rein auf einer Linie mit den Kollegen im Ausland, denn wie sie versicherten, “wollen die dortigen Wissenschaftler wieder zur freien, nicht von autoritativer Seite gelenkten Forschung zurückkehren. Viele von ihnen haben diesen Schritt bereits getan. Sie wenden sich gegen weiteren Mißbrauch der Wissenschaft zu militärischen Zwecken und haben das übrigens auch schon vor Hiroshima getan” (34-35). Daraufhin verbanden sie ihr grundsätzliches Anliegen als Wissenschaftler mit der Absicht ihrer aktuellen Intervention: “Wir wollen mit unserer Arbeit dem Frieden und nur dem Frieden dienen. Wir haben die Überzeugung, daß die Wissenschaft ein gewaltiges ‘Potential‘ für die wirkliche Wohlfahrt der Menschen bedeutet. Darum aber mißbilligen wir viel von dem, was man heute der Wissenschaft in unserem Lande antut” (35). Nämlich daß die unwillkommenen Neuankömmlinge in USA, die “als eine Art ‘Streikbrecher‘” (35) angeworben würden, um jene amerikanischen Wissenschaftler zu ersetzen, die “zur freien Friedensarbeit” (35) übergegangen waren.

Auf der Grundlage des Selbstbilds, das proklamierte “Die Wissenschaft in aller Welt ist gewohnt, offen und nüchtern zu sprechen” (34), und das zur Bekräftigung noch einmal in fast denselben Worten wiederholt wurde: “Wir sind weder Politiker noch Juristen, aber gewöhnt, die Dinge vielleicht etwas ruhiger und nüchterner zu betrachten” (35). Das Schema, demzufolge die Wissenschaft, frei, friedlich und objektiv sei, die Politik aber autoritär, militärisch und

menschenverachtend, wurde von Hahn und Rein ausbuchstabiert zu der Gleichsetzung von Entnazifizierung mit Vertreibung und resultierte in einer Verallgemeinerung der Wissenschaftler zu Opfern, deren missliche Lage sich die Politiker zunutze machen und die von der Politik zum Krieg gezwungen werden. Dabei blieb der Verdacht eines Verrats erhalten, er wurde allerdings von seinem Ausgangspunkt abgelenkt und dann zu einem Missbrauch der Wissenschaftler umgearbeitet, der für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik als grundsätzlich angenommen wurde. Damit ging die Argumentation aber voll und ganz an den Auseinandersetzungen in den USA vorbei, wo man diese seltsame Konstruktion nicht verstehen konnte. Dazu kam, dass unter den amerikanischen Kollegen und speziell denen, die hier bei Hahn und Rein durch die Anspielung auf den Frank-Report angesprochen wurden, zahlreiche deutsche und europäische Emigranten waren und eben auch die dazu gehörten, die mit einer offenen Erklärung des Protests gegen die rassistischen Gesetze der Nationalsozialisten aus Deutschland gegangen waren. Die Auslassung der geschehenen Verletzungen, die nicht eingestandene Ungerechtigkeit und die vagen, nicht ausgeräumten Vorurteile summierten sich zu den Bedingungen, unter denen die Geste des Einverständnisses sich in eine Vereinnahmung verkehrte. Die so tolerant erscheinende, mitlaufende Unterstellung "uns ging es doch genauso" konnte in den USA, trotz der dort fehlenden Gegenargumente, nur wenig überzeugen.

Ein Resultat der Täter-Opfer-Inversion war somit die Reproduktion des für die deutschen Physiker so zentralen Konflikts zwischen nationaler und professioneller Identität auf einer anderen Ebene, auf der die kollektiven Dimensionen von Wissenschaft nun doch ins Spiel kamen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen sich die deutschen Physiker vor die Aufgabe gestellt, zwischen der durch die Erfahrung des Zusammenbruchs erschütterten, aber keineswegs aufgehobenen Identifizierung mit dem nationalen Kollektiv und der fraglich gewordenen Zugehörigkeit zur internationalen Forschergemeinschaft eine Balance zu finden. In diesem Dilemma richteten sich die Hoffnungen auf eine Wiederherstellung des internationalen Wissenschaftlerkollektivs an Planck als eine alles überragende Integrationsfigur, der es gelingen könne, den entstandenen Bruch zu heilen.

Denn trotz der beschworenen Zeichen der Ermutigung klaffte eine Verständigungslücke zwischen den deutschen Wissenschaftlern und ihren ausländischen Freunden, die auch in Marga Plancks Bericht über die Reise nach England zur Newton-Feier 1946 in London zum Ausdruck kam: "Wo wir auch hinkamen, nirgends war eine feindselige Einstellung zu bemerken. Überall war man von ausgesuchter Höflichkeit und Hilfsbereitschaft, und zwar nicht nur im Kreise der Kollegen, sondern auch im Hotel, im Omnibus, in den Läden, auf der Straße und bei der Landbevölkerung, obgleich man sofort merken mußte, daß wir Deutsche waren. Allerdings war es schwer, dort einen Begriff vom jetzigen Zustand Deutschlands und seiner allgemeinen Verelendung zu geben; in England, das sicher auch schwer gelitten hat, läuft das Leben jetzt schon fast wieder normal, und auffallend ist die sichere Ruhe, die gleichmäßige Heiterkeit und Gelassenheit, die so ungemein wohltätig auf uns

wirkte. Besonders hat meinen Mann das Wiedersehen mit den Kollegen gefreut – außer den Engländern besonders mit Prof. Schrödinger, Frau Prof. Meitner, Prof. Niels Bohr, Prof. Born und vielen anderen” (Phy.Blä. 1946:179-180). Der wenig später folgende Bericht über einen “Besuch bei Max Planck”²² in der Rubrik “Persönliches” (Phy.Blä. 1946:239-240) kam auf die Flucht des alten Ehepaars aus Berlin, die Ermordung des Sohnes, den abermaligen Wohnungswechsel in Göttingen und die Knappheit an Nahrungsmitteln zu sprechen: “Wenn man nur ein wen’g mehr Brot hätte”. Auf die Frage, ob sich denn keiner seiner ausländischen Freunde und Kollegen um ihn kümmere: “,Ach nein‘ kam die etwas resignierte Antwort, ,wir können aus unserer Lage heraus kaum den ersten Schritt einer Verbindung unternehmen, und nach allem, was inzwischen geschehen ist, wird es auch noch einige Zeit dauern, bis man sich an uns erinnert. Aber zur Newton-Feier hat mich die Newton-Gesellschaft nach London eingeladen und ich habe auch gerne zugesagt ... Ich habe mich über diese Einladung sehr gefreut. Wenn sie auch mehr offiziell als persönlich ist, so ist das vielleicht doch ein Tor zu der Welt, die uns so lange verschlossen war und in die wir so gerne zurückkehren möchten”.

Die Verzerrung der Wahrnehmung manifestierte sich in dem Gefühl, vergessen zu sein, während doch im Gegenteil alle Aufmerksamkeit auf ihnen lag, in der Erwartung die deutschen Wissenschaftler mögen doch einen Schritt tun, mit dem die Anerkennung des begangenen Unrechts und der Schuld auf der deutschen Seite deutlich würde. Meitner hatte in ihren Briefen an deutsche Freunde immer wieder darauf hingewiesen: “Ich habe vielen Diskussion zugehört in Schweden, Amerika und England ... es wurde vielfach bedauert, daß fast alle ins Ausland geschriebenen deutschen Briefe nur Klagen über die in Deutschland herrschende Not erhielten und nicht ein Wort darüber, was an Leid und Unglück durch die Nazis über Millionen Menschen auf der ganzen Welt gebracht worden ist. Viele von uns Wissenschaftlern und auch ich hatten gehofft, daß die deutschen Wissenschaftler, die sich wirklich frei wußten von der nationalsozialistischen Ideologie, unmittelbar nach Ende des Krieges öffentlich ihr Bedauern über die schrecklichen Geschehnisse ausdrücken und den Wunsch äußern würden, gut zu machen, was noch gut zu machen ist (...) Wenn alle Deutschen jetzt erklären, daß sie keine Nazis waren, kann das nicht viel Eindruck machen”²³.

Der erhoffte Schritt blieb aus, vielmehr war dann mit Laues Stellungnahme die De-Realisierung soweit in Funktion getreten, dass sich die deutschen Physiker in keinem irgendwie gearteten Zusammenhang mit den Verbrechen sehen konnten. Die Aufteilung und Gegenüberstellung von Wissenschaft und Politik, die sie für ihre Ent-Schuldung zu Hilfe nahmen, hatte aber zugleich noch weitere Auswirkungen und vor allem die Unklarheit darüber hervorgebracht, in welcher Zeit und wessen Geschichte jeweils erzählt wurde. Zeitsprünge und Täter-Opfer-Inversion waren die

²² Er war ebenso wie der direkt anschließende “Besuch bei Otto Hahn” aus den *Basler Nachrichten* übernommen.

²³ Lise Meitner an Elisabeth Schiemann, 3.11. 1946, Meitner Papers.

wesentliche Symptome und Effekte einer Rhetorik, in denen die Wahrnehmungseinschränkung der deutschen Physiker in der Nachkriegszeit an die Oberfläche trat. Die Berichte, die in den *Physikalischen Blättern* über die jüngste Vergangenheit erschienen, dienten nicht einer Klärung sondern um eine Legende vom Widerstand heraufzubeschwören und sie trugen zur Einsetzung eines verzerrten abstrakten Verständnisses von Wissenschaft bei, in dem das wissenschaftliche Kollektiv zum Verschwinden gebracht worden war und Wissenschaft als soziales System nicht zur Sprache gebracht werden konnte.

Es handelte sich dabei um eine Verdeckung und zugleich doch um noch mehr als ein Deckbild, denn was in der paradoxen Rede außerdem bewerkstelligt werden musste, war, sich den zukünftigen Aufgaben zu stellen und ihnen eine Form zu geben. Bereits in seinem Text "Zur Einführung" (Phy.Blä. 1946:2-3) hatte der Herausgeber der *Physikalischen Blätter* programmatisch das Selbstverständnis, "wo an eine gute und starke Tradition angeknüpft werden kann", ins Verhältnis zur Politik gesetzt, der man nun nach der Atombombe, den Wert der Wissenschaft nicht mehr beweisen müsse²⁴. Davon ausgehend hatte er als die wichtigsten Ziele einerseits die Wiederbelebung des internationalen Austauschs in einer friedlichen Forschung und Zusammenarbeit, andererseits das Mitspracherecht der Wissenschaft in "öffentlichen Fragen" genannt, schließlich insbesondere, dass "der Jugend die Maßstäbe geistiger Fähigkeit und wissenschaftlicher Leistung zurückzugeben" seien. Die Beschädigungen am nationalen und am wissenschaftlichen Kollektiv warfen die mit der doppelten Identifizierung verbundenen Konflikte erneut auf, zumal sie der unbedingten Maßgabe zur Leugnung der Differenz unterworfen waren. Planck, der "wie kaum ein anderer, als ein Exponent des geistigen Deutschland anzusehen ist" und der "durch eine Synthese der Wissenschaften auf der Brücke zwischen exakter Forschung und Religion nach neuen Erkenntnissen sucht" (Phy.Blä. 1946:239) wurde in dieser Situation zum Hoffnungsträger einer Re-Integration des Kollektivs und zum Garanten für die Kontinuität des absolut gesetzten Wissenschaftsideals, das unantastbar rein, in vergeistigte, höhere Sphären verschoben war.

Im Rahmen eines solchen Versuchs zur Bewältigung der Widersprüche und der Erklärungen, mit denen er abgestützt wurde, setzten sich die Konstruktionen der paradoxen Rede fort und das Wissenschaftsideal konkretisierte sich in seinen Auswirkungen auf das Verständnis der Physiker von Politik, Demokratie, Verantwortung und Zukunft. Das wird im folgenden Abschnitt zu betrachten sein.

²⁴ In seiner Formulierung bestehen noch Unklarheiten über den Adressat seiner Äußerung: "Nachdem Atombomben gefallen sind, braucht man zwar in Deutschland nicht weiter zu zeigen, welche Bedeutung die naturwissenschaftliche Forschung für die Politik hat".

Kritische Einsichten?: Über Macht und Terror der Technik

In die Zukunft gewendet, stellte sich die unspezifische und zeitlose Verallgemeinerung der Täter-Opfer-Inversion als eine besondere Schutzbedürftigkeit wissenschaftlicher und technischer Experten vor staatlichen und militärischen Eingriffen dar. Der Kommentar mit dem Titel "Der Eid des Homo Sapiens" (Phy.Blä. 1946:25-26) zu dem Vorschlag einer US-amerikanischen Wissenschaftlerin, eine moralische Verpflichtung vergleichbar dem hippokratischen Eid in der Medizin einzuführen, argumentierte auf dieser Linie: "Viel häufiger ist eine andere Situation: die Auswirkung der Wissenschaft auf die Praxis der Machtpolitik ist nicht leicht vorherzusehen; ganz genau aber weiß man, wie unter der Diktatur ein Konflikt zwischen Gewalt und Wissenschaft ausgeht, nämlich wie der Stoß des Gewehrkolbens auf eine Vakuumröhre. Nur ein internationaler Schutz der Wissenschaftler, der sie der regionalen politischen Gewalt entzieht, kann daran etwas ändern. Gegenüber der modernen Form der Tyrannis, die nicht nur alle möglichen Dienstleistungen erzwingt, sondern auch das zur Schau Stellen und lange Ergüsse über wahre innere Freiheit, ist der Eid eine unzulängliche Beschwörungsformel". Das mehrfach wiederkehrende Motiv ließ sich zusammenfassen in dem Abdruck eines Abschnitts "Aus der Haager Landkriegsordnung" (Phy.Blä. 1947:166): "Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden".

Die Überlegungen zu einem wissenschaftlichen Eid zielten darauf ab, die Unzulänglichkeit der Initiative nachzuweisen. Die Erklärung für dieses Unterfangen stützte sich auf die Ambivalenz des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts: "Nachdem die Waffen der modernen Kriege das verhängnisvolle Doppelgesicht der wissenschaftlichen Erkenntnis gezeigt haben" (Phy.Blä. 1946:25). Es wurde angeführt, dass es niemals an Rechtfertigungen für kriegerische Auseinandersetzungen gefehlt habe und wo diese an Überzeugungskraft verloren hätten, schlicht Zwang eingesetzt wurde. Die Darstellung einer universalen Problematik wird in der Weigerung über konkrete Verantwortung und Handlungen zu sprechen, zumal Nation und Nationalismus im Attribut "regional" schon entfernt worden waren, zum Argument der Abwehr, das nur die Gefährdung von Wissenschaftlern anerkennt und der Anspruch auf einen Status als Opfer wiederholt. Wie es sich bereits in den Formulierungen zum Selbstverständnis bei deutschen und ausländischen Wissenschaftlern andeutete, wurde diese Zwiespältigkeit nicht als eine besondere Anforderung an die Wissenschaftler aufgefasst. Im Hinweggleiten über die bestehenden Differenzen und ihre Ursachen zogen sich hier die Argumente zu einer grundsätzlichen Ablehnung von Verantwortung zusammen. Wie mit den genannten Problemen umzugehen sei, war nicht das Anliegen.

Ganz im Gegenteil verkündete Brüche – gestützt auf die Zeitlosigkeit des abstrakten Ideals – mit einem “Hoch die Physik” (Phy.Blä. 1947:248) die Umgehung politischer Fragen insgesamt und eine unverblünte Ablehnung jeglicher konkreter Verantwortung in der Vergangenheit wie in der Zukunft. Im Rückgriff auf das Stereotyp des Wissenschaftlers nahm er zugleich moralische Unantastbarkeit und Immunität in Anspruch. Wiederum war der Ausgangspunkt, “daß nämlich mit der physikalischen Arbeitsweise allgemein ethische Aspekte unmittelbar verbunden sind, die man nicht in der Art moralischer Prämissen abtrennen kann und soll. In der Physik ist deutlicher als in den anderen Wissenschaften das Wechselspiel zwischen der schöpferischen Qualität des Individuums und den objektiven Bedingungen sichtbar. Die stete Nötigung zur Betätigung der persönlichen Urteilskraft und die überindividuellen Hilfsmittel der Kritik, der jeder Befund, und zwar zuerst durch den Entdecker selbst, ausgesetzt wird, lassen dogmatischem Zwang und subjektiver Willkür wenig Spielraum”. Dem ließ der Autor ein Nietzsche-Zitat aus der “Fröhlichen Wissenschaft” folgen: “Moralisch zu Gericht zu sitzen, soll uns wider den Geschmack gehen! Überlassen wir dies Geschwätz und diesen üblen Geschmack anderen, welche nicht mehr zu tun haben, als die Vergangenheit um ein kleines Stück weiter durch die Zeit zu schleppen, und welche selber niemals Gegenwart sind – den vielen also, den allermeisten! Wir aber wollen die werden, die wir sind – die Neuen, die Einmaligen, die Unvergleichbaren, die Sich-selber-Gesetzgebenden, die Sich-selber-Schaffenden! Und dazu müssen wir die besten Lerner und Entdecker alles Gesetzlichen und Notwendigen in der Welt werden: Wir müssen Physiker sein, um in jenem Sinne Schöpfer sein zu können –, während bisher alle Wertschätzungen und Ideale auf Unkenntnis der Physik oder im Widerspruch mit ihr aufgebaut waren. Und darum: Hoch lebe die Physik! Und höher noch, was uns zu ihr zwingt – unsere Redlichkeit”. Die unmittelbare Identifizierung von Moral und Physik lässt allerdings wohl eher auf Überheblichkeit schließen – abgesehen davon, dass die ursprünglich kritische Intention dieses hochproblematischen Zitats verfehlt wird.

Andererseits wurde die Politikblindheit der Spezialisten und Experten als ein wesentlicher, kritischer Punkt damals durchaus in den *Physikalischen Blättern* problematisiert: “Eine dieser Krisen – die Inkongruenz zwischen wissenschaftlicher Forschung und ihren Ergebnissen einerseits und deren Einordnung in das soziologische Leben andererseits – wird nicht behoben durch Bilderstürmerei und personelle Säuberung, sie kann nur in einem langsamen Prozeß überwunden werden, bei dem Lehrer und Forscher wieder zu sich selbst und ihrer wahren Aufgabe finden. Und dazu sollte man die Chance geben. ... Dazu kommt noch eine zweite Krise, die typisch für Deutschland ist: ein überzüchtetes Spezialistentum, von dem man sich nicht lösen kann. Nicht wenige Hochschullehrer hielten sich seit 1933 von jeder politischen Stellungnahme fern, auch wenn sie früher oder später das Parteiabzeichen trugen, und flüchteten sich in ihre Wissenschaft, wo sie Befriedigung fanden, ohne mit dem zufrieden zu sein, was um sie herum geschah”. Gegen eine allgemeine Verurteilung der deutschen Universitätsprofessoren hob ein Autor namens Günther deren “Positive Qualitäten”

(Phy.Blä. 1947:326-327) hervor und antwortete damit auf einen Artikel in der *Neuen Zeitung*. Die Diagnose der "Krisen" wurde in einer Ansammlung gängiger projektiver Abwehrmuster präsentiert: man dürfe nicht verallgemeinern, denn nicht alle wären schlecht; hier fehlte auch nicht der Hinweis auf die Fehler der anderen, die hätten sich auch nicht besser verhalten, nämlich die Spruchkammern, die Regierungen und die Kirchen. In der Krisen- und Notzeit zeigten sich die Schwächen derer, die eigentlich Vorbilder sein sollten – "und zwar nicht nur in Deutschland" –, daran schloss sich der Appell, der wohl an die Besatzungsmächte gerichtet war, man solle Verständnis walten lassen.

Nach diesen Eröffnungen setzte eine Verwirrung der Zeiten und Umstände ein, in deren Rahmen dann die folgende Konsequenz gezogen wurde: "Das ist kein größerer Mangel an Bekenntnismut als ihn diejenigen zeigten, die in einer anderen Zurückgezogenheit ohne Bedrängnis lebten und heute als führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens tätig sind. ... aber darüber hinaus ist die Frage des Bekenntnismutes nicht so entscheidend. Man wandere durch die vier Besatzungszonen und sehe sich an, wie etwa der Bekenntnismut zur Demokratie in jeder Zone von ihren regierenden Mächten anders erwartet wird. Was hier als Beweis mutigen Eintretens für die Demokratie angesprochen wird, wird dort als unerwünschte Kritik an der Demokratie verurteilt und als reaktionär faschistische Haltung geahndet. Wenn in dieser Lage am Bekennen Zurückhaltung geübt wird, ist das verständlich. Wenn sich in einem Land vier Weltauffassungen überschneiden, so bedarf der Wille, zu einer geistigen Synthese aller zu kommen, Zeit, und man darf nicht erwarten, daß frühzeitig alle Bekundungen im Sinne einer Anerkennung einer allein selig machenden Auffassung amerikanischer Prägung ausfallen" (326-327). Der Autor räsionierte über die verschiedenen Bedeutungen von Demokratie in den Besatzungszonen und über deren "Weltauffassungen", aber im Hinblick auf die Politik des Nationalsozialismus, dessen Verbrechen ja nicht geleugnet werden, entglitt ihm die Frage nach dessen Unterschied zur Demokratie und nach den Ursachen der Gewalt in der jüngsten Vergangenheit. Statt dessen entwickelte sich die Argumentationsführung von der Feststellung der "Inkongruenz" zur Notwendigkeit einer "geistigen Synthese", wobei das ursprünglich festgestellte Problem, die Politikblindheit der Wissenschaftler, reduziert wurde auf eine Angelegenheit des Bekenntnisses, zumal einem von nachgeordneter Bedeutung, und als ein bloß äußerliches Zeichen betrachtet wird, in dem das Problem der Verantwortung gar nicht auftauchen kann. Es entfiel zugleich mit den konkreten Bedingungen, unter denen es sich stellt und die ein verantwortungsbewusstes Handeln verhindert haben.

Die Beeinträchtigung des Demokratieverständnisses war die Grundlage für die schließliche Verkehrung der Kritik an den deutschen Professoren: "Es wäre ein bedenkliches Zeichen, wenn Sie in ihrer Zeitung feststellen könnten, das Leben an den deutschen Hochschulen entspreche vollkommen den Erwartungen, die man nach einem solchen Zusammenbruch, wie er stattfand, im Zeichen des Aufbaus einer neuen und besseren Welt nur hegen konnte. Gerade dann wären viele

Zweifel berechtigt, denn dann wären entweder die Hochschullehrer in ihrer Mehrzahl in der Nazizeit Märtyrer gewesen, die sich geschickt bis zum Anbruch einer freieren Zeit zu tarnen verstanden, oder aber ihre geistige Umstellung wäre in zu bedenklich schnellem Tempo erfolgt, weil sie eine zusammenklappbare Weltanschauung haben. Daher plädiere ich für mehr Geduld, mehr Einsicht und mehr Verständnis. Auf einem Trümmerfeld, auch auf einem geistigen, wird Neues nicht in wenigen Monaten erbaut” (327). Die vorgetragene Beweisführung erweist sich am Ende als zirkulär und das Ergebnis steht im Widerspruch zur eingangs angeführten Problembestimmung, wenn es heißt, die in ihre Arbeit geflüchteten Wissenschaftler würden Zeit brauchen, um wieder zu sich selbst zu finden. Waren sie denn nicht die ganze Zeit zu sehr bei ihren eigenen Angelegenheiten gewesen und hatten deshalb übersehen, mit und für wen sie arbeiteten? Aus der politischen Unbestimmtheit des wissenschaftlichen Fortschritts, seiner “Inkongruenz” mit freiheitlichen gesellschaftlichen Zielen, die sich infolge von Ausdifferenzierung und Spezialisierung vergrößere, wird schließlich die vollkommen absurde Vorstellung der geschickt getarnten Märtyrer abgeleitet. Zudem sollen die Märtyrer-Professoren den Anlass des Zweifels darstellen und nicht ihre Tarnung, die sie ununterscheidbar zu den Mitläufern und Parteigängern des Nationalsozialismus gemacht hatte. Um eine ganz nach innen gewendete, nicht mehr sichtbare Differenz zu bewahren und das Weiterfragen aufzuhalten, wurde das Dunkel eines Terrors darüber geworfen, der andere getroffen hatte, die sich in eine “andere Zurückgezogenheit” flüchten mussten und denen mit kaum verhülltem Misstrauen begegnet wurde. Der begonnene Gedankengang wurde an der Täter-Opfer-Inversion rigoros abgebogen.

Auch der “Brief nach Frankreich” hatte auf die Frage geantwortet, warum es unter den deutschen Wissenschaftlern kaum Widerstand gegen das NS-Regime gegeben hatte. Dort wurden ebenfalls abwehrende Projektionen zur Verteidigung der Wissenschaftler zitiert¹: Auch im Ausland hätte man zunächst den Nationalsozialismus als gar nicht so abschreckend empfunden, die Weltwirtschaftskrise habe Deutschland am härtesten betroffen und die Menschen in Verzweiflung gestürzt, so dass sie von der Demokratie enttäuscht gewesen wären und die Parolen der Nazis nicht ernst genug genommen hätten, wofür als Zeuge ein jüdischer Antiquitätenhändler “im Berlin des Jahres 1932” angeführt wurde. Die Erklärung über die Auswirkungen von Terror und Propaganda brachte das defizitäre Demokratieverständnis gänzlich zum Vorschein: “Daß diese Regierung nicht legal sei, wurde zur Gewißheit, gleichzeitig aber auch die Erkenntnis von der Rechtlosigkeit des Volkes. Damals auch hatte der Kampf gegen die kritische Intelligenz, der im Namen des biederen Gemeinsinns und des schlicht-gesunden Denkens von Arbeitertum und Bauernschaft geführt wurde, schon so große Erfolge gehabt, daß ein Widerstand aus unserem Kreis, den sicheren Selbstmord bedeutete” (9). Ein unwissendes und verführtes Volk habe seinen verfolgten Intellektuellen nur Verachtung und Hass entgegengebracht, die deshalb vor der Wahl gestanden hätten, zu Märtyrern zu

¹ Diese stützen sich im Unterschied zum vorausgehenden Textbeispiel sehr viel mehr auf Realmomente.

werden, die in den "sicheren Selbstmord" gingen, "denn die Tyrannis hätte (!) nicht gezögert und auch keine sonderliche Beschwer darin gefunden, hunderttausend Menschen oder auch mehr auszutilgen" (9). Unter der Bedrohung von Terror und Gewalt sei der Widerstand nutzlos und ineffektiv gewesen und politische Moral wurde als eine Sache von Menschen hingestellt, die eine "feste Bindung an eine Glaubenswelt" besäßen, nicht aber von Wissenschaftlern: "Der Forscher sieht in Deutschland wie anderswo sein Ziel in einem tätigen Leben und nicht in einem Opfertod" (10).

Das moralische Dilemma wurde umgearbeitet in die Handlungsalternative Märtyrertod oder produktive Elite und "um des Bessermachens willen" (10) ließ sich daraus eine Perspektive auf die Zukunft entwerfen. Aber immer noch werde den deutschen Wissenschaftlern im politischen und öffentlichen Raum keine Achtung entgegengebracht, denn "viele meiner Kollegen und ich selbst stoßen täglich auf die störrische Überheblichkeit und selbstsichere Plattheit, mit der subalterne Behörden und große Teile der Bevölkerung die Wissenschaft als überflüssig oder gemeingefährlich abtun" (11). Auf lange Sicht betrachtet, sei der entscheidende "Fehler der Wissenschaftler" in Deutschland gewesen, keinen Kontakt zur Bevölkerung gesucht zu haben, wie dies in Frankreich, England, Amerika oder Russland üblich sei. "Ein Volk nämlich, daß Vertrauen und Zuversicht in seine eigene Urteilskraft und in die seiner geistig führenden Männer besitzt, hätte sicherlich einem Trommler und Agitator den Weg zur Macht versperrt" (11). In diesem frühen Text² wurde noch kein Zweifel an der Wissenschaft und den Wissenschaftlern geäußert, die Probleme wurden als der Wissenschaft äußerliche betrachtet, bestenfalls als Frage der ungenügenden Belehrung, und versahen das elitäre Bewusstsein mit einem Mantel demokratischer Floskeln. Der unbedarfte Glaube an die Richtigkeit und Notwendigkeit ihrer Arbeit verband die Vergangenheit und Zukunft, so dass die Gleichung aufging und politische Freiheit an der Freiheit der Wissenschaft gemessen werden konnte. Damit war die Prämisse für die Hoffnung erfüllt, "daß die Verständigung von der Seite der Intelligenz, von der Seite der Wissenschaft kommen muß" (8).

Ein Beweis des Verständigungswillens und der tätigen Zukunftsorientierung war die "Physiker-Tagung in Heidenheim" (Phy.Blä. 1947:398-399). Nachdem dort die Vertreter der amerikanischen und der französischen Militärregierung sowie ein Gast vom CNRS gesprochen hatten, hielt der Physiker und Oberbürgermeister Werner Kliefoth eine Rede. Dazu die *Physikalischen Blätter*: "Kliefoth, selbst Flüchtling aus Breslau und Verlagerter, berichtete von dem Kreis der Heidenheimer Wissenschaftler, die Juni 1945 seitens der Amerikaner nach Heidenheim transportiert worden sind. Er erzählte, wie aus der wenig erfreulichen Anfangssituation, in der 500 Wissenschaftler mit ihren Familien in einem Lager hinter Stacheldraht gesessen hätten nach vielen Enttäuschungen, mancher Empörung, Ungeduld und Unzufriedenheit doch ,etwas geworden sei,"

² Es war der vierte im Jahrgang 1946, nach der Einführung des Herausgebers, Heisenbergs Aufsatz über die Unanschaulichkeit der Quantentheorie und einer Zusammenfassung der Berichte über die Atombombe.

(398). Man hatte mit dem Aufbau einiger Firmen begonnen, darunter Zeiss-Oberkochen, denn viele der Umsiedler waren aus Jena gekommen. Kliefoth bemerkte dazu: “Das ist aus Menschen, die hinter Stacheldraht in Heidenheim anfangen, geworden ... aber auch manche wertvolle wissenschaftliche Arbeit entstand in einer stillen Kammer oder einem Dachstübchen. Mancher von diesen Wissenschaftlern hat einen anderen Weg gefunden oder auch finden müssen, viele für immer, manche vorübergehend. Ein Teil z.B. ist in den Schuldienst eingetreten, ja Sie sehen, einer ist sogar Bürgermeister geworden” (398). Die deutschen Wissenschaftler waren wohlherzogene Schulbuben der Demokratie geworden, die ihre Lektion gelernt hatten.

Der zweite Teil des Tagungsberichts schloss eine Würdigung Plancks ein, der wenige Wochen zuvor, am 4. Oktober 1947, verstorben war, und zitierte ausführlich aus dem Vortrag des Baden-Württembergischen Vorsitzenden der Gesellschaft Regener. Auch die Deutsche Physikalische Gesellschaft, soweit sie sich wieder reorganisiert hatte, bewies, dass sie dazugelernt hatte: “In der letzten Tagung unserer Gesellschaft haben wir in unsere Satzungen einen Paragraphen aufgenommen, nach welchem unsere Gesellschaft stets für die Freiheit, für die Wahrhaftigkeit und die Würde der Wissenschaft eintreten wird. Ich erlaube mir, zum Gedächtnis an Planck an diese drei Worte zu erinnern. Sie stammen ja direkt aus der Gedankenwelt Plancks. Die Freiheit in der Wissenschaft war ihm stets selbstverständlich, und er hat wenig davon gesprochen, hat aber für die Freiheit größte Opfer gebracht. Wir wissen, sein ältester Sohn ist im ersten Weltkrieg gefallen, sein zweiter Sohn hat 1944 im Kampfe um die politische Freiheit das Leben verloren. Die würdevolle Haltung, zu der eine hingebende Beschäftigung mit der Wissenschaft führt, offenbart sich in allem, was Planck je geschrieben hat und seine innere Wahrhaftigkeit tritt besonders in seinen philosophischen Schriften zutage, in denen er stets bewußt und eindringlich die Grenze unserer physikalischen Wissenschaft hervorhebt” (399). Durch die Erwähnung der beiden Söhne Plancks wurden Wissenschaft und Wahrheit auf einen politisch-moralischen Kontext von Hingabe und Opfer bezogen, aber der Tod seines ersten Sohnes hatte nichts mit Freiheit zu tun und der Tod des zweiten Sohnes nichts mit der Freiheit in der Wissenschaft; die Töchter, die Planck ebenfalls verloren hatte, bleiben ungenannt³. Die Zusammenstellung von wissenschaftlichem Ansehen, Ethik, Philosophie und persönlichen Schicksalsschlägen ließ die tragischen Momente von Plancks Leben verflachen und reduzierte seine Person auf ein kitschiges Stereotyp von Tiefsinnigkeit und Bedeutungsschwere.

In der Ikone Plancks ließen sich – geradezu wunderbarerweise – alle Elemente integrieren, die quer zur Opposition von Wissenschaft und Politik standen und drohten, sie aufzusprengen. In der ganzen komplizierten Selbstdarstellung der Physiker in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg konnte er als eine eindeutig positive Gestalt auftreten. Plancks Renommee als Wissenschaftler, sein

³ Beide Töchter waren bei der Geburt ihres ersten Kindes gestorben; Grete im Jahr 1917 und ihre Zwillingsschwester Emma 1918.

hochgeachtetes Pflichtgefühl und seine privaten Verluste brachten dem greisen Gelehrten die geduldige Nachsicht der Emigranten und ausländischen Kollegen ein. In seiner Person bestand eine Verbindung zu der Erinnerung an früher; in außergewöhnlichem Maße verkörperte er die Traditionen einer Zeit, in der ein vorwiegend unproblematisches Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik bestand – oder wenigstens wie 1918, als Wissenschaft sich unbehelligt von der Politik entfernen konnte, ihre eigene Welt entworfen und geschaffen hatte. Damals, nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges, hatte keine “schwächliche Intelligenz”, sondern eine leistungsfähige wissenschaftliche Führung, versehen mit dem elitären Bewusstsein ihrer bildungsbürgerlichen Kultur, den nationalen Machtverlust mit wissenschaftlichem Fortschritt kompensiert. Als glaubhafter Repräsentant der vergangenen Zeit und ihrer Wertvorstellungen im Hinblick auf Autonomie der Vernunft und Integrität der Wissenschaft vereinte er deutsche, emigrierte und ausländische Wissenschaftler. Die “wahre innere Freiheit” als Grundlage wissenschaftlicher wie moralischer Autorität wurde unter dem Eindruck der jüngsten Vergangenheit von den deutschen Physikern überhöht, Planck zum Märtyrer erklärt und in die Sphäre des Religiösen entrückt, als einer, der zu “reiner Wissenschaft” und “geistiger Synthese” strebte, den erhabenen und unbegreiflichen Wirklichkeiten nahe.

Seiner Tradition verhaftet, war es Planck nicht möglich gewesen, in einem Zeichen der Auflehnung gegen das NS-Regime mehr zu sehen als eine “unzulängliche Beschwörungsformel”. In dieser Hinsicht hatte er Maßstäbe gesetzt. Das eingeschränkte Demokratieverständnis und die Gewissheit einer Elite, die im Rückzug auf Innerlichkeit ihre moralische Überlegenheit erkannte, deformierte im Verlauf des Nationalsozialismus nicht nur die Begriffe von Ethik und Verantwortung und nicht nur das Verständnis von Wissenschaft, sondern auch die sozialen Beziehungen, die sie jeweils bezeichnen. Es ist Plancks Erbe, dass ein politisch artikulierter Protest auch späterhin von den deutschen Physikern nur als ein leeres Zeichen verstanden wurde, dessen Sinn sie nie recht begreifen konnten. Die Verklärung seiner Person verhinderte das Aufbrechen dieser Einschränkung und der Entwirklichung, auf der sie beruhte. In der Nachkriegszeit trat jedoch eine wesentliche Bedeutungsverschiebung auf und die Ikone Planck wurde zu einer Figur, an der sich der Übergang von Innerlichkeit zu einem Diskurs über die Verantwortung des Technikers und Wissenschaftlers ereignete. Die neue Ausrichtung war auf dem Darmstädter Kongress im Sommer 1947 mit pathetischer Eindringlichkeit verkündet worden: “Technisches Denken und Wirken müssen in Kenntnis ihrer Gefahren und Gefährdungen in die Sphäre des Unantastbaren gehoben werden und stets nur dem Wohle der gesamten Menschheit dienen. Die Technik soll als wahrhaft edles Werkzeug in Art und Wirkung menschlicher Würde entsprechen. Damit kann künftig nicht mehr der Vorwurf erhoben werden, die Technik als solche für die Zerstörung verantwortlich zu machen” (Phy.Blä. 1947:237). Die theoretische Physik wurde auf dieser Veranstaltung als Gegengewicht zum

destruktiven Potential der Wissenschafts- und Technikentwicklung und als zukünftiges Bildungsideal offeriert, dessen Konturen exakt mit der Reputation Plancks übereinstimmen.

Trotz allem war dies ein Unrecht an Plancks Person, denn als Ikone einer intakten Tradition musste er im Kontext dieser Argumentation dafür herhalten, den Zivilisationsbruch, und zwar nach dessen Offenlegung, zu übergehen und die Beschädigung an der Wissenschaft und ihren Idealen zu leugnen. Allerdings handelte es sich dabei nicht einfach um die Herstellung einer geradlinigen Kontinuität bildungsbürgerlicher Werte und ihres geistesgeschichtlichen Horizonts; das wäre Plancks persönlicher Einstellung vielleicht nahe gekommen. Im Bezug auf die aktuellen Ereignisse und die Lage der Wissenschaftler in Deutschland wurde Planck vielmehr eine exponierte Rolle in einem Begründungszusammenhang zuteil, in dem die Verbrechen der jüngsten Vergangenheit bezeugt und das Geschehen einer neuen Interpretation unterzogen wurde. In diesem Rahmen wurde ein Gedankengang präsentiert, in dem der Nationalsozialismus als technokratische Herrschaftsform und seine Vernichtungspolitik als verselbständigte Herrschaft der Technik erschien.

Die Anklage nämlich, die gegen “die Technik als solche” gerichtet war⁴, bildete ein Leitmotiv in Albert Speers abschließender Rede zu den Nürnberger Prozessen am 31. August 1946: “Die Diktatur Hitlers unterschied sich in einem grundsätzlichen Punkt von allen geschichtlichen Vorgängern. Es war die erste Diktatur in dieser Zeit moderner Technik, eine Diktatur, die sich zur Beherrschung des eigenen Volkes der technischen Mittel in vollkommener Weise bediente. Durch die Mittel der Technik, wie z.B. Rundfunk und Lautsprecher, wurden achtzig Millionen Menschen das selbständige Denken genommen; sie konnten dadurch dem Willen eines einzelnen hörig gemacht werden (...) Frühere Diktaturen benötigten auch in der internen Führung Mitarbeiter mit hohen Qualitäten, Männer, die selbständig denken und handeln konnten. Das autoritäre System in der Zeit der Technik kann darauf verzichten. Schon allein die Nachrichtenmittel befähigen es, die Arbeit der unteren Führung zu mechanisieren. Als Folge davon entsteht der neue Typ des kritiklosen Befehlsempfängers. Wir waren erst am Beginn dieser Entwicklung. (...) In der Gefahr, von der Technik terrorisiert zu werden, steht heute jeder Staat der Welt. Daher: Je technischer die Welt wird, um so notwendiger ist als Gegengewicht die Förderung der individuellen Freiheit und des Selbstbewußtseins des einzelnen Menschen. (...) Als ehemaliger Minister einer hochentwickelten Rüstung ist es meine Pflicht, zu sagen: ein neuer Krieg wird mit der Vernichtung menschlicher Kultur und Zivilisation enden. Nichts hindert die entfesselte Technik und Wissenschaft, ihr Zerstörungswerk an den Menschen zu vollenden. Dann muß dieser Prozeß ein Beitrag sein, um in der Zukunft entartete Kriege zu verhindern und die Grundregeln menschlichen Zusammenlebens

⁴ Ich danke Barbara Orland für den Hinweis auf diese Textpassage und auf ihre klare und anregende Interpretation einer Problematik, die sich in vielen Aspekten mit dem mir vorliegenden Material überkreuzt.

festzulegen. Was bedeutet mein eigenes Schicksal nach allem, was geschehen ist, und bei einem solchen Ziel?“ (nach Orland 1996:284).

Diesen Ausführungen zufolge werde durch den Einsatz technischer Mittel eine destruktive Eigendynamik von Technik und Wissenschaft in Bewegung gesetzt, in die kein Korrektiv mehr eingreifen könne. “Selbst Techniker sind – nach dieser Überlegung – nicht mehr in der Lage, sich gegen diese Entwicklung zu stemmen” (Orland 1966:281). Die Aufträge und Funktionen von Experten und Spezialisten werden atomisiert und anonymisiert; die Besinnungslosigkeit ihrer betriebsamen Aktivitäten und ihre ehrgeizige Gleichgültigkeit ermöglichte die Fusion von Technik und Macht in der Diktatur. In der dargelegten Technikkritik werden die Wertfreiheit und Zweckrationalität der wissenschaftlichen und technischen Arbeit sowie das an Effektivität und Sachlichkeit ausgerichtete Berufsethos des “unpolitischen” Technikers oder Wissenschaftlers⁵ als der entscheidende Hebel zur “Entfesselung” der Destruktivität angesehen. Die Erklärung machte somit zwar Gebrauch von der Autonomie der wissenschaftlichen Entwicklung und des technischen Fortschritts, aber sie legte dann doch nicht den spezifischen Beitrag zur “Entmoralisierung des öffentlichen Handelns als Ausdruck einer ‚zerstörten Politik‘ (Hans Mommsen)” (Orland 1996:294) frei, der davon ausging. Denn im gleichen Zuge benutzte sie den Effekt einer radikalen Umkehrung, in der Technik von einer gefeierten Macht zur universalen Bedrohung umgedeutet wurde. Die Untergangsvision des Atomkrieges, die sich am Schluss der Erklärung Speers abzeichnete, trat dann in die Funktion eines Beweises für die Richtigkeit des Arguments, das die Entlastung vom konkreten Zusammenhang bewirkte.

Die Einsicht in die politische Unbestimmtheit und die eigenständige Rationalität wissenschaftlich-technischer Unternehmungen als eine ihnen inhärente und grundsätzliche Eigenschaft wurde in den *Physikalischen Blättern* aufgegriffen, aber dort nach einer noch offen gebliebenen Seite hin ausgelegt. Denn in diesem Rahmen bot sich außerdem die Möglichkeit, die Akteure in Wissenschaft und Technik als allein ihren eigenen Maßstäben unterstellt anzusehen und sie aus der Hierarchie des nationalsozialistischen Staates herauszunehmen. Enthoben in die Sphäre der internationalen Wissenschaft, die ihren eigenen unabhängigen Kriterien folgt, waren sie zwar Spezialisten, aber keineswegs unterwürfige und unerhebliche “Befehlsempfänger”; ihre Effizienz und Wissenschaftlichkeit konnte sich überdies mit der USA messen. “Die Legende von den deutschen Wunderwaffen” (Phy.Blä. 1947:368), ein Beitrag in der Herausgeberspalte, ging auf diesen Aspekt ein. Anlass für dieses Editorial war die Feststellung des Stabschefs für Forschung und Entwicklung der US-amerikanischen Luftstreitkräfte, “daß die Deutschen in der Grundlagenforschung um 10 bis 15 Jahre und in Raketen- und Düsenantrieb um 5 Jahre voraus

⁵ Unter dem Titel “Das politische Leben eines Unpolitischen” veröffentlichte Elisabeth Heisenberg die Erinnerungen an ihren Mann.

gewesen waren". Es folgte erstaunlicherweise die Zurückweisung dieser Behauptung; sie war zweitrangig gegenüber dem Hauptargument: "So anerkennenswert die Würdigung der deutschen Grundlagenforschung ist, so abwegig ist es, daraus zu schließen, daß diese geistige Potenz unter der Diktatur eine wesentliche Rolle für die Kriegstechnik gespielt hätte, denn es gibt kaum ein besseres Beispiel für die Unfähigkeit einer Gewaltherrschaft, die vorhandenen Kräfte zweckmäßig zu nützen. Es handelt sich bei dieser Unfähigkeit nicht um einzelne Entscheidungen ... sondern um die Tatsache, daß eine Hierarchie subalternen Befehlsempfänger die Prämissen der freien Forschung nicht anerkennen kann, auch wenn sie durch einzelne Konzessionen die Früchte dieser Forschung zu erlangen trachtet". Die Ineffizienz der nationalsozialistischen Behörden und die Behinderung der Forschung standen im Vordergrund der Darstellung, hinter dem sich die Entgegnung zu den "Wunderwaffen" jedoch in Widersprüche verwickelte und der Autor spürbar darum kämpfte, die divergierenden Bestandteile seiner Argumentation in Einklang zu bringen. Er stolperte stilistisch über "die anerkennenswerte Würdigung" und vertauschte dann im Unspezifischen den Gegenstand der Rede, denn das Gegenbeispiel für die Kriegswichtigkeit der Grundlagenforschung, worauf der amerikanische Stabschef hinauswollte, wäre nicht die Raketentechnik, sondern die Kernforschung gewesen, wobei am Ende nur die Frage offenbleibt, wieso Konzessionen gemacht wurden und welche, denn der Satz wäre ohne diese Erwähnung mindestens genauso einleuchtend.

Das entscheidende Manko der Beweisführung liegt aber genau in der generellen Behauptung, dass die "geistige Potenz" der wissenschaftlichen Spezialisten und technischen Experten von der nationalsozialistischen Diktatur als unwichtig betrachtet und für die Kriegstechnik verschwendet worden sei. War also die Wissenschaft für die Nationalsozialisten überflüssig, wie es auch im Brief nach Frankreich nahelegt wurde, oder waren die Wissenschaftler blind gegenüber den politischen Verhältnissen, unter denen sie arbeiteten? Wurden sie ausgenutzt oder waren sie so unverzichtbar, dass daraus sogar ein Vorwand zur Rettung Verfolgter werden konnte, wie Laue es darstellte? Ersteres sei der Fall gewesen und damit sei zur Genüge bewiesen, dass die Nazis Idioten waren, meinte Goudsmit dazu und Speers Generalverdikt über den Terror der Technik kam für ihn nicht in Frage. Im Allgemeinen lavierten die deutschen Stellungnahmen jedoch zwischen den möglichen Positionen, indem sie die Uneindeutigkeit von Wissenschaft und Technik ins Spiel brachte und in ihren Erklärungen und Entschuldigungen den doppelten Effekt von Freisetzung und Gefährdung als Folge eines technokratischen Bewusstseins ausnutzte. Sie präsentierten sozusagen eine weiche Variante von Speers Technikkritik, aber schließlich stand die Mehrheit auch nicht vor dem Nürnberger Gerichtshof oder einem anderen Tribunal.

Zusammengefasst ergibt sich das folgende Bild: Aufgrund der Unkontrollierbarkeiten und Unsicherheiten im Verlauf wissenschaftlicher Forschung und der Unabhängigkeit ihrer Erfolgskriterien seien die wissenschaftlichen Akteure zwar der Politik entrückt, aber auch zum

Objekt der Begierde politischer Machthaber geworden; ihr eigener Fortschritt lasse sie gleichzeitig immer nützlicher und wehrloser werden. Verletzlich wie eine Vakuumröhre, das war das Bild, das herangezogen wurde, um die Notwendigkeit einer Abschirmung der Wissenschaftler und Experten vor Instrumentalisierung und Missbrauch durch eine diktatorische politische Führung zu begründen, und es bildete das Pendant zu den "Prämissen der freien Forschung", nämlich der Entbindung der ihr eigenen Rationalität und Produktivität. Beide Aspekte wurden verklammert und ausgerichtet durch das Prinzip der Opposition zwischen den wissenschaftlichen Spezialisten und einer wissenschaftsfeindlichen Politik, dem grundsätzlichen Schema, auf dem die gesamte Argumentation operierte. In jedem Fall aber lag die Trumpfkarte "Planck" bereit; die Schlussfolgerungen, sei es in Speers Analyse von Macht und Technik, in den Überlegungen zur Unauffälligkeit eines innerlichen Dissenses mit dem Regime oder zu den eigentlichen Aufgaben einer tätigen, wissenschaftlichen Elite. Sie alle konvergierten in der "Gedankenwelt Plancks". Statt sich als "Befehlsempfänger" zu rechtfertigen, bestätigten sie ihre Führungsposition und die Kombination von Zweckrationalität mit einem Traditionsbestand an kulturkritischen Ideen und Modernitätskritik brachte sogar eine besondere Empfehlung aufgrund ihrer Erfahrungen in der jüngsten Vergangenheit mit sich. Die Ikone Planck war die Hilfskonstruktion, die es erlaubte, einen Diskurs über die Verantwortung des Wissenschaftlers im technischen Zeitalter zu beginnen, dabei die Schuldfrage auszuklammern und darüber hinaus moralische Autorität geltend zu machen.

Am Ende stand daher eine sehr erfolgreiche und nahezu restlose Ausschaltung der Erinnerung an das moralische Dilemma, an das Versagen im Konflikt zwischen Macht und Moral und den anschließenden "moralischen Zerfall", also einer Dynamik, zu der Plancks eigene Entscheidungen und Handlungen wesentlich beigetragen hatten. Die Umarbeitung der Vergangenheit bediente sich der Ambivalenz des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts und der ihm innewohnenden Tendenzen zur Spezialisierung und stand konträr zu den Prinzipien einer Kantschen Pflichtethik, wie sie sich Planck selbst zu eigen gemacht hatte. Das Ergebnis der Umarbeitung bestand im geschlossenen Einvernehmen der Physiker unter Auslassung des Zivilisationsbruchs, der in Laues Unvermögen, über die Schuldverstrickung, die sich in diesem Kreis ereignet hatte, nachzudenken, so deutlich sichtbar wurde. In dieser kollegialen Einigkeit brachten sie eine paradoxe Rede hervor, die an einer immer wieder auftretenden Unordnung in der Zeit und der ausgiebig eingearbeitenden Täter-Opfer-Inversion erkennbar wird. Der letzte verbleibende Widerspruch in dieser Rhetorik, nämlich ob die Politikferne der Wissenschaftler als Entlastung oder als Vorwurf anzusehen ist, wurde mit einem weiteren Sprung in der Zeit ausgeräumt.

Verantwortung, Demokratie und Zweckrationalität: Plancks Erbe

Der Moment, in dem “Die Physiker am Scheidewege” (Phy.Blä. 1947:207-208) standen, wird in einem System von Gleichsetzungen und Ersetzungen, in dem eine ganze Reihe der zentralen Elemente ihrer Nachkriegsrhetorik noch einmal auftauchen, in die allgemeinen Tendenzen eingeordnet und in diesem Zusammenhang datiert. Den Auftakt bildet eine Zusammenführung des Selbstbildes in Abgrenzung zur Politik mit einer Verwechslung der Zeiten und der politischen Verhältnisse, die den Rahmen für die Täter-Opfer-Inversion bereitstellt: “Die Naturwissenschaftler sind Individualisten und ihr Urteil über die Politik ist selten freundlich. Dieses Verhältnis wird in Deutschland dadurch nicht besser, daß heute wie vor 14 Jahren von Zukunftsträchtigkeit und geschichtlicher Verpflichtung geredet und aus diesen Argumenten heraus eine Politisierung der Hochschulen gefordert wird, wobei heute wie einst der drohende Unterton nicht fehlt, daß die Hochschulen in der Vergangenheit kläglich versagt hätten. ... Sicher ist, daß sich der Wissenschaftler der Tatsache nicht entziehen kann, Objekt der Politik zu sein, und zwar meist das Objekt einer Politik, die unfähig ist, eine erträgliche Form menschlichen Zusammenlebens zu gewähren” (208). Nachdem immerhin eingestanden wurde, dass dies nicht zwangsläufig so sein muss, hieß es aber doch: “Dabei wird der Wissenschaftler umso mehr Objekt der Politik sein, je weiter die Welt bürgerlicher und weltbürgerlicher Sicherheit zerbröckelt und je weniger er selbst die Einflüsse kennt und die Spielregeln beherrscht, durch die er als Einzelner oder als Berufsgruppe in kleinerem oder größerem Rahmen Einfluß nehmen kann” (208). In Deutschland, so wurde vermutet, habe zudem die Autoritätsgläubigkeit des akademischen Beamtentums zur Abneigung gegen Politik beigetragen und ein eigenes Urteil verhindert. “Die starke Spezialisierung innerhalb des soziologischen Gefüges, die darin (ähnlich wie im Termitenstaat) zum Ausdruck kommt, ist oft wertvoll und manchmal unerlässlich; wird sie aber zu weit getrieben, dann verlieren ganze Berufsklassen die Fähigkeit, ihre eigenen und die fremden Interessen zu beurteilen und gegeneinander auszuwägen. Damit erklärt sich vielleicht, daß die staatliche Gewalttätigkeit gerade in Deutschland nur auf geringe aktive Opposition der Intelligenz stößt (!), zumal wenn sie die Zellen des wissenschaftlichen Bienenkorbs in Ruhe läßt” (208).

Weil der Gang des Fortschritts und die damit einhergehende Ausdifferenzierung den Graben zwischen Wissenschaft und Politik vertieft, verliert sich Deutschlands Besonderheit in einer allgemeinen Entwicklung: “Heute existiert ein gesicherter Raum, in dem es dem Einzelnen freisteht, ob und wie er sich vollkommen in ein Fachgebiet versenken will, kaum mehr. Besonders über die naturwissenschaftlichen Spezialisten wurde und wird in einer Weise verfügt, die sich von den Formen antiker Sklaverei nicht sonderlich ... unterscheidet” (208). Der vereinzelte, individualistische Wissenschaftler kann sich dem Gang der Dinge nicht mehr entziehen und sieht sich vor die Aufgabe gestellt, gemeinsam etwas dagegen zu unternehmen. “Zwar ist es zweifelhaft, ob hier jener selbstverständliche Zusammenschluß einer sich gegenseitig unterstützenden Gemeinschaft rasche Hilfe bringt, aber ohne ihn fehlen die Voraussetzungen einer Besserung” (208).

Mit verschiedenen Initiativen von Wissenschaftlern auf europäischer Ebene werde der “Erkenntnis der Mitverantwortung” Rechnung getragen, und trotz der Bedenken, in denen Plancks Vermächtnis nachwirkt, sei man auch in Deutschland entschlossen, sich “in vorsichtig-abwägenden Formulierungen” dazu zu äußern. Daher habe die Physikalische Gesellschaft Baden-Württembergs in ihrer Satzung den Auftrag anerkannt, “das Gefühl der Mitverantwortlichkeit an der Gestaltung des menschlichen Lebens wach zu halten und für Freiheit, Wahrhaftigkeit und Würde der Wissenschaft einzutreten” (208). Daraufhin folgt der entscheidende Zeitsprung: Denn bei der Entscheidung über diesen Passus des Dokuments, so hieß es, “war man sich klar, daß eine neue Tradition ihren Anfang nehmen müsse, die sich in der schon 1943 begonnenen überfachlichen Arbeit der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und in dem Erscheinen von Wissenschaftler-Zeitschriften in Deutschland und im Ausland ankündigt. Einstimmigkeit der in der Geschäftssitzung in Stuttgart über diese Fragen gefaßten Beschlüsse läßt vermuten, daß die deutschen Physiker in ihrer Mehrheit nicht mehr am Scheidewege stehen, sondern den richtigen Weg bereits eingeschlagen haben. Wie bei der Gründung der Physikalischen Gesellschaft vor 100 Jahren werden die Jungen vorausseilen und die Bedächtigen werden ihnen folgen” (207). Die deutschen Physiker waren also mindestens schon seit vier Jahren auf dem richtigen Weg⁶.

Im Selbstbild des Wissenschaftlers, dem nur am unbehelligten Vorankommen der Arbeit, seiner Forschung und seiner Erkenntnisse gelegen ist und der sich den Einmischungen und Behinderungen von Seiten des NS-Regimes ausgesetzt sah, konnte es demnach gar keine Gemeinsamkeit mit Nationalsozialismus geben. In dieser Hinsicht seien letztlich alle Politik und alle politischen Systeme mit dem NS-Regime vergleichbar, weil sie den Wissenschaftlern unbequeme Vorschriften machen, denen sich diese aufgrund der wachsenden Abhängigkeit der Spezialisten und Experten in aller Welt gar nicht mehr verweigern könnten. Die oberflächliche Parallelisierung⁷ resultierte in der oft gebrauchten formelhaften Gegenüberstellung von Wissenschaft und Politik, in der das Interesse an Wissenschaft prinzipiell den Ansprüchen der Politik zuwiderläuft. Soweit handelte es hier sich um die gängige Argumentationsfigur. Dann aber kam die Ausführung auf die Unfähigkeit, die eigenen und die fremden Interessen auseinanderzuhalten, zu sprechen und begann sich im aufgespannten Interpretationsmuster zu verfangen.

Denn es besteht eine gravierende Lücke zwischen jenen beiden Halbsätzen, in denen die Gleichgültigkeit gegen staatliche Gewaltätigkeit aus dem Interesse, in Ruhe gelassen zu werden, erklärt wird. Das soll aber doch das ureigenste Bestreben der Wissenschaftler gewesen sein; geht also die Behauptung dahin, sie hätten dies aus den Augen verloren? Oder handelt diese Rede, deren Sinn

⁶ “Der Weg zum neuen Anfang” heißt die Überschrift in Heisenbergs Erinnerungen (1969), unter der er auf die Ereignisse der Jahre 1941 bis 1945 eingeht.

⁷ Zur “Verführung der Parallelen” siehe Erdle (1999).

offenbar nur von jenen Verallgemeinerungen zusammengehalten wird, die hier noch einmal durch die “staatliche Gewalt” im Präsens ausgedrückt werden, vielleicht von ganz anderen “eigenen und fremden Interessen”? Die Interpretation des Nationalsozialismus als “ärgerliche Störung” der Arbeit kann nämlich auch anders gelesen werden, als es das rhetorische Beiwerk nahelegen will. Denn die “Störung” der Wissenschaftler hatte schließlich auch darin bestanden, dass ihre fachlichen Interessen in den Konflikt mit der politischen und moralischen Verantwortung geraten waren, dass Anderen Unrecht geschah - den bedrohten Kollegen, um deren Schicksal man sich Sorgen machen musste und die doch genauso wenig der Gegenseite der Politik zugerechnet werden konnten, wie sie selbst. Beinahe wurde an dieser Stelle im Bild des Wissenschaftlers, der sich von allem, was in der Politik vorgeht, belästigt fühlt, preisgegeben, was wirklich störte – und zwar noch immer. In der Verallgemeinerung, die den Nationalsozialismus so ausdrücklich mit jeder Art von Politik gleichsetzt, steckt die Weigerung an dieses moralische Dilemma erinnert zu werden.

Das Schweigen über diesen Interessenkonflikt hat die Einheit der Physiker zur Bedingung, was ja auch in diesem Text betont wurde und was wenig später Laue so entschieden verteidigte. Mit dem Zeitsprung, der den Beginn dieser Einmütigkeit auf 1943 festlegt, wird die aufgebrochene Ambivalenz auf die Vertretung und Verwirklichung der Fachinteressen zurückgeführt. In der Konzentration darauf seien die Differenzen überwunden worden, habe sich die Einigung der deutschen Physiker auf die Ziele freier Wissenschaft und internationaler Standards von Wissenschaftlichkeit wiederhergestellt und sich ihre Wiedereingliederung in die unabhängige Forschung und reine Wissenschaft, wie es dem Wesen der Physik entspräche, vollzogen. Das oberflächliche Zugeständnis an die Politik, die eine bessere sein könnte, lag quer zum Argument und unterbrach doch den Gedankengang kaum, der zur Moralisierung der eigenen Interessen voranschritt, wobei nur ein befremdlich unnötiges “überfachlich” eingeschoben wurde.

Die Beschädigungen am Verständnis von Politik und Verantwortung traten im Unvermögen, zwischen Diktatur und Demokratie, Gewalt und Freiheit zu unterscheiden, zu Tage. Zudem beschränkten sich die Überlegungen auf die Einschätzung und Beurteilung von sehr abstrakt formulierten Interessen und gehen nicht auf die Bedingungen und Möglichkeiten ihrer aktiven Wahrnehmung ein, d.h. die Handlungsebene wurde umgangen. Beide Aspekte machten sich schon an vielen anderen Stellen bemerkbar. Hier kommt eine Verwirrung über die eigenen und fremden Interessen dazu, die zwar äußerlich mit dem Gegensatz von Wissenschaft und Politik in Übereinstimmung gebracht werden, in denen aber ein ganz anderer Konflikt mitschwingt. Über sich selbst aber wollten und konnten sie nicht sprechen, nicht anders jedenfalls als in der stereotypen Verflachung des Wissenschaftsideals, die sie zur Einheit zusammenschloss. Die Herstellung und Vergewisserung der Einigkeit unter den deutschen Physikern 1943 gegen die Übergriffe völkischer Ideologie hatte die Trennung von Autor und Werk zum Inhalt und diese Trennung war zugleich die

Grundlage, auf der die Kollaborationsverhältnisse mit dem NS-Regime zustande kamen. Über die Anderen, die an dieser Geschlossenheit keinen Anteil mehr hatten und nicht mehr dazu gehörten, war unter diesen Bedingungen nichts zu sagen und es war auch nicht angesagt, einen derartigen Versuch zu unternehmen. Die demonstrative Einstimmigkeit “aller deutschen Physiker” im Bezug auf die Zukunftsfragen auf der Grundlage dieses Konsenses bedeutete eine Wiederholung des Ausschlusses und eine Bestätigung der Löschung von Namen, Erinnerungen, Geschichte.

Die politische Uneindeutigkeit und Neutralität wissenschaftlicher und technischer Unternehmungen hatte unter den Bedingungen der Diktatur die Ambivalenz zwischen Macht und Moral auf die Spitze getrieben und der Konflikt zwischen Wissenschaft und Verantwortung wurde einer radikalen Reduktion auf Zweckrationalität unterworfen, in der die Spezialisten und Experten auf eine Balance zwischen wissenschaftlichen und politischen Autoritäten hinarbeiteten. Die Selbstverständigung auf eine kompromisslos abstrakte Wissenschaftsauffassung gab der Divergenz von wissenschaftlich-technischem und gesellschaftlichem Fortschritt eine Wendung, so dass sich weder die Umstände und noch die Folgen abzeichneten, unter denen sich die Gemeinsamkeit hergestellt hatte. Das Festhalten an diesem Selbstbild und Wissenschaftsideal erhielt die damit einhergehenden Ausschlüsse und Distanzierungen in der Erinnerung aufrecht und die gesellschaftlichen Versprechen, die sich mit “Freiheit, Wahrhaftigkeit und Würde der Wissenschaft” verbanden, wurden nachträglich erneuert und wieder hinzugefügt. Sie blieben aber isolierte Elemente der Selbsteinschätzung, außer im Rückgriff auf geistesaristokratische und traditionell bildungsbürgerliche Wertvorstellungen. Diese Denkbewegungen und die Art, in der sie auf die eigenen Haltungen und Handlungen der jüngsten Vergangenheit Bezug nehmen, deformierte das Verhältnis zur Gegenwart und zu den politischen Fragen, die sich in dieser Zeit stellten. Man zog es vor, unter sich und in Wissenschaftlerkreisen zu bleiben; entsprechend hieß es in der Eingangsbemerkung zum “Brief nach Frankreich” (Phy.Blä. 1946:8): “Hätte ich nicht die Zeitungen gelesen, so wäre mir auch verborgen geblieben, daß gerade jetzt in den Tagen des Nürnberger Prozesses die Volksmeinung noch nicht auf kollegiale Zusammenarbeit eingestellt sein kann”. Der Autor, der so große Hoffnungen in die Verständigung der geistigen Eliten setzte, wollte mit dieser Bemerkung die Vorurteilslosigkeit seiner französischen Gesprächspartner herausstreichen. Was er statt dessen damit zum Ausdruck brachte, war, dass die deutschen Wissenschaftler die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht als einen Gegenstand in Betracht zogen, um den es bei dieser Verständigung zu gehen habe; als Teil der internationalen Wissenschaft verstanden sie sich als über den Verfehlungen des nationalistisch verführten deutschen Volk stehend.

Vor allem verfügten sie über eine andere Ordnung der Zeit, in der sich die Zukunft als Vergangenheit herausstellt. Daher konnte Brüche 1947 auf der Herausgeberseite der Zeitschrift, die nun, weil das vorangestellte “Neue” aus ihrem Titel wieder gestrichen worden war, wieder *Physikalische Blätter*

hieß, schreiben, sie sei "an der Grenze einer überwundenen Epoche entstanden" (Phy.Bl. 1947:20). Das wäre dann 1944 gewesen. Ohne Zweifel konnte die "Ära Planck", d.h. die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, als "Deutschlands physikalisch größte Zeit" (Phy.Bl. 1946:197) betrachtet werden und als die "größte Notzeit deutscher Wissenschaft und deutscher Menschen" (Phy.Bl. 1946:2) wurde nun die Situation unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfahren. Mit der Entscheidung, die "am Scheidewege" 1943 getroffen worden war, konnten die Physiker sich der Kontrolle über ihre Wissenschaft wieder sicher glauben und als Beweis hierfür ließ sich dann später schließlich anführen, dass sie keine Atombombe für Hitler gebaut hatten. Zwar konstatierte Laue einen Einschnitt, als er "Zum Jahresbeginn 1947" (Phy.Bl. 1947:1) schrieb: "Die Kulturkrise, welche über die Welt, insbesondere über unser Deutschland hereingebrochen ist, hat Anfang 1945 auch die Arbeit der hundertjährigen Deutschen Physikalischen Gesellschaft unterbrochen". Denn zunächst musste die Arbeit in den regionalen Vereinigungen der jeweiligen Besatzungszonen fortgesetzt werden. Um eine Zäsur handelte es sich nicht, die Kontinuität stand außer Zweifel, denn er fuhr fort: "Der Zweck dieser neuen Gesellschaften ist der alte". Nur widerstrebend wurde der Name für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgegeben, mit ihrer Umbenennung in Max-Planck-Gesellschaft konnten allerdings die Gegenstimmen zufriedengestellt werden. Der Name des greisen Wissenschaftlers, der nach vergeblichen Anläufen in den Vorjahren im Frühjahr 1945 den renommierten Goethe-Preis der Stadt Frankfurt erhalten hatte, konnotierte Einigkeit, Tradition und Zuversicht im Sinne der deutschen Wissenschaftler. Trotz aller Schwierigkeiten zog Laue daher das Fazit: "Freilich leuchtet uns auf diesem Wege wieder ein Gut, welches die hinter uns liegenden Zeiten aufs schwerste gefährdeten: geistige Freiheit".

In der zurckverlegten Zukunft der Physiker ging am Ende eine Gleichung ohne Rest auf. "Mitverantwortung" bedeutet Wiederaufbau. Hahns Versicherung, "ich bleibe in Deutschland" (Phy.Bl. 1946:240-241), war nur eine Stimme von vielen; insbesondere die Wissenschaftler, die in Farm Hall interniert gewesen waren, sahen hier ihr Aufgabengebiet. Ein amerikanischer Besucher in Deutschland beobachtete: "Im großen ganzen glauben die deutschen Wissenschaftler, daß sie eine besondere Verantwortung haben, um ihrem Vaterland wieder zu einer bedeutenderen Stellung zu verhelfen. ... obwohl sie ihrem Lande die Treue hielten, keinen aktiven Anteil am politischen Leben genommen haben. Sie billigten es – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht, daß Lehrstühle ihrer Hochschulen von Parteikreaturen besetzt wurden. ... jedoch blieb es ihr Hauptinteresse, Mittel und Wege zu finden, um an ihre Forschungsarbeit zurückkehren zu können. ... Sie wollen – erstaunlich ehrgeizig, wie sie sind –, alle Kraft daran setzen, um mit den verfügbaren Mitteln weiter zu arbeiten" (Adams in Phy.Bl. 1947:15). Neben der "Hoffnung auf verständnisvolle Zusammenarbeit der Wissenschaftler aller Völker" (Phy.Bl. 1946:11), mit der der Brief nach Frankreich geendet hatte, legte die Auffassung der deutschen Wissenschaftler von ihrer Verantwortung den Vorschlag zu einem pragmatischen Umgang mit der Vergangenheit nahe, in dem

auch “positive Qualitäten” (Phy.Blä. 1947:326-327) der gerügten deutschen Professorenschaft zum Zuge kommen könnten. Anzustreben sei fürs Erste “der konstruktive Kompromiß”, da auch die weniger idealen Persönlichkeiten oder eventuelle “charakterliche Versager” unter den Hochschullehrern, wenn sie denn über “geeignetes Fachwissen verfügen”, in der Ausbildung der Studierenden benötigt würden, “wo diese Kräfte zum Wohl der Menschheit sich auch noch verdient machen können, um dadurch auch weiter leben zu können”.

Die demonstrative Realitätstüchtigkeit trägt jedoch die Beschädigungen am Politikverständnis in sich, die den Realitätsbezug deutlich einschränken: “Wenn die deutsche Wissenschaft verarmt ist und auf vielen Gebieten den Anschluß an die internationale Wissenschaft verloren hat, so liegt das also ganz allein daran, daß die deutschen Regierungen nicht die notwendigen Mittel an die Förderung der Forschung gewendet haben, obwohl dies leicht möglich gewesen wäre. Wenn die deutsche Naturwissenschaft in der Zukunft endgültig den Anschluß an die internationale Wissenschaft verliert, so tragen die Regierungen und Parlamente dafür einzig und allein die Verantwortung. Es besteht kein Zweifel, daß die Lage geändert werden könnte, wenn man wollte” (Weizel in Phy.Blä. 1947:287). Eine Abschätzung war diesen Sätzen vorausgegangen, demnach war der Bedarf an Fördermitteln “kaum ein Zehntel von dem, was die Bevölkerung als Jahresbeiträge an die NSDAP gezahlt hat” oder “2 Gläser Bier pro Jahr” weniger für jeden deutschen Erwachsenen und demnach minimal in Vergleich zu den Rüstungsausgaben der Vergangenheit vor dem ersten und dem zweiten Weltkrieg. “Die Entscheidung liegt in unserer Hand, ob wir auf Naturwissenschaft, technische Entwicklung und Lebensstandard verzichten wollen. Zur Zeit begegnen wir aber überall der romantischen Idee, wir sollten ein von Dichtern, Denkern – und Bettlern werden. In dieser selbstmörderischen Tendenz und nicht in der Not liegt die Gefahr”.

Dieses Motiv nahm Weizel in einem zweiten Beitrag mit dem Titel “Forschung und künftiger Lebensstandard” (Phy.Blä. 1947:409-411) noch einmal auf, in dem er auf die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft, die Notwendigkeit zum Aufbau neuer Industrien und einer Zusammenarbeit von Industrie und Forschung am Beispiel der Elektroindustrie und der chemischen Industrie eingeht. “Seit der Krise von 1931 leidet die Forschung in unserem Lande Not. Die ‚Förderung‘ in den letzten Kriegsjahren war der Forschung eher schädlich als nützlich. So ist es gekommen, daß die deutsche Forschung, welche vor 1931 einen sehr beträchtlichen Anteil der Weltforschung ausmachte, heute hinter der Forschung anderer Länder wie Amerika, England oder Rußland weit zurückliegt und sich nur schwer mit der Forschung der skandinavischen Länder oder der Schweiz messen kann” (410). Die Aufbietung der “deutschen Regierungen” im Plural plausibilisiert die Derealisierung, in der die gegenwärtige Misere der Wissenschaft “allein” auf Versäumnisse in der Forschungsförderung zurückgeführt werden. Die Annullierung von Zusammenhängen und die Verlagerung der Ursachen, die in einem Zeitsprung sichergestellt werden, klammert die Allianzen aus, die gerade die genannten

Industriezweige mit den nationalsozialistischen Machthabern eingegangen und an denen Wissenschaftler in weitreichenden Funktionen beteiligt waren. Der Krieg und der angerichtete Schaden waren nicht in Zweifel zu ziehen, aber ganz aus dem Gedächtnis und aus der Kette der Ursachen verschwunden ist die Vertreibung von - insbesondere jüdischen, aber auch nicht-jüdischen - Wissenschaftlern durch das NS-Regime. Die Schlussfolgerung lag auf der Hand: "Die sofortige großzügige Förderung der naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschung ist deshalb im Interesse künftiger Wirtschaft eine der wichtigsten Aufgaben" (410). Die staatliche Unterstützung berücksichtige aber derzeit nur die Lehre, nicht aber die Forschungsaufgaben der Hochschulen; es folgten wiederum Berechnungen. Der zusätzlich notwendige Posten für Forschungsförderung "dürfte etwa 1% der Besatzungskosten ausmachen und kaum vergleichbar sein mit den Aufwendungen, die man früher für den Militär- und Rüstungshaushalt zu machen pflegte. Er stellt eine Belastung von etwa 60 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung dar. ... Möge das Parlament unseres Landes erkennen, daß unsere wirtschaftliche Lage so verzweifelt ist, daß wir es uns nicht länger leisten können, die Forschung, wie bisher zu vernachlässigen" (411).

Die entschlossene Wendung hin zur Zukunft, die unter dem Stichwort "Mitverantwortung" vorgetragen wurde, kam dem Anliegen entgegen, die Vergangenheit ad acta zu legen und die Belastungen aus dieser Zeit zu vergessen. Im Bericht zur Hundert-Jahrfeier erinnerte Brüche an überstandene Schwierigkeiten in früheren Zeiten: "Es ist eine Tatsache, daß die Probleme der Vergangenheit, wie es R. Becker bei seiner Festansprache aus Anlaß des 90jährigen Bestehens der Gesellschaft ausdrückte, ‚auf irgendeine Weise ihre Erledigung gefunden haben und deshalb heute nicht mehr als solche empfunden werden, während uns in der Gegenwart die Unsicherheit der weiteren Entwicklung bedrückt. Auf jedem einzelnen von uns lastet die Mitverantwortung für die Gestaltung der Zukunft wie in der Physik so auch im Leben‘. Für welche Physikergeneration, die zu einer Jubiläumssitzung ihrer Gesellschaft zusammengetreten ist, sollte dieser Ausspruch mehr gelten als für die heutige? ... Es gilt heute mehr denn je, zu ihr (der DPG, E.S.) und ihren Zukunftsplänen zu stehen, um der deutschen Physik den Weg zu neuen hohen Leistungen vorzubereiten, damit – nach Plancks Worten – die ‚unsterblichen Verdienste um die Wissenschaft auch auf unsere Gesellschaft ihren Glanz verbreiten (...) solange überhaupt in Deutschland Physik getrieben wird“ (Phy.Blä. 1947:2-4). Mit der Ausflucht in die zurückverlegte Zukunft, in der "Verantwortung" in "Wiederaufbau" übersetzt wurde, erübrigte sich eine Verunsicherung über die Ziele, Pläne und Aktionen der DPG. Das "Wohl der Menschheit" traf sich bestens mit dem eigenen Wohl sowohl national als auch wissenschaftlich. Die anvisierte Zukunft basierte auf einer ungebrochenen Identifikation mit dem nationalen Kollektiv in einem Comeback der Rhetorik von "Wissenschaft als Machtersatz", in der das Ansehen Deutschlands und die eigene Führungsrolle zusammengeführt werden. Bei aller Undeutlichkeit darüber, in welcher Zeit man sich eigentlich befand, so stand doch fest, dass die neue Zeit möglichst so sein sollte wie die beste Zeit, um den "den gegen Ende des (19.,

E.S.) Jahrhunderts immer mehr wachsenden Anteil deutscher Forschung an der Physik aller Völker” (Brüche in Phy.Blä. 1947:3) wiederzuerlangen, und schlimmstenfalls wäre es wie in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg als sich die deutsche Wissenschaft mit einem internationalen Boykott konfrontiert sah.

Im Blick auf die Zeit, die danach kommen würde, war der Schlussstrich unter die Vergangenheit noch während des Krieges gezogen worden. So konnte es einerseits weitergehen wie gehabt und doch andererseits “alles” vorbei sein. Aber eine von der Vergangenheit unterschiedene Zukunft trat auf diese Weise nicht in den Horizont und ein neuer Standpunkt der Physiker zum “allgemeinen Weltgeschehen” kam nicht zustande. Ohne Kommentar konnte daher auch der letzte Abschnitt von Buchwalds Festvortrag zur Hundertjahrfeier der DPG später noch gebilligt werden: “Und nun der Ausklang, das fünfte der orphischen Urworte: ELPIS, die Hoffnung! ,Doch solcher Grenze, solcher ehrnen Mauer höchst widerwärt’ge Pforte wird entriegelt,‘ heißt es. Es ist die Hoffnung zu überdauern, die Hoffnung friedlicher Arbeit in einem gesicherten Vaterlande und unter eigener Verantwortung! Verhältnismäßig schnell hat sich nach 1918 bei uns Physikern alles wieder eingerenkt. Die Gauvereine sind rasch gegründet worden und haben alsbald eine rege Tätigkeit entfaltet. Die Zeitschriften wurden umgestaltet und intensiviert. Gerlach schlägt zwar 1921 als Beitrag zur *Physica pauperum* noch eine Röntgenröhre aus einer Konservenbüchse und einer abgesprengten Flasche vor, aber auch hierin sind wir damals bald feiner geworden. Möge uns solches Durchringen auch diesmal beschieden sein! Was wir zu tun haben, für die Gegenwart wie für die Zukunft, wissen wir und wollen wir leisten. ,Indes bei dem gegenwärtig wichtigen Kampfe‘ steht in einem Goethebrief aus der Napoleonischen Zeit, ,ein großer Teil unserer hoffnungsvollen Jugend aufgeopfert wird, haben diejenigen, welchen Verhältnisse erlauben, in ihrer stillen Werkstatt zu verharren, eine doppelte Pflicht, das heilige Feuer der Wissenschaft und Kunst, und wäre es auch nur als Funken unter der Asche, sorgfältig zu bewahren, damit nach vorübergegangener Kriegsnacht bei einbrechenden Friedenstag es an dem unentbehrlichen prometheischen Feuer nicht fehle, dessen die nächste Generation bedürfen wird” (Phy.Blä. 1946:105-106).

Zusammenfassung: Zweckrationalität als Realmoment der Abwehr

Ausgehend von der Löschung der Namen in der Rede zur Hundertjahrfeier der DPG und der anschließenden Bestätigung kann gezeigt werden, wie diese Leerstelle als ein zentrales Moment in der Rhetorik der deutschen Physiker nach dem Ende des Nationalsozialismus fungiert. Die Spur führte zum Dilemma zwischen Macht und Moral, einer Diskrepanz eigener und fremder Interessen, fachpolitischer Erwägungen und der Anteilnahme für die verfolgten Kollegen, schließlich zum Bruch des Wissenschaftsideals und einem der obersten Werte, auf die das wissenschaftliche

Kollektiv verpflichtet ist. Das Eintreten für Wertfreiheit und Sachlichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis wurde zu einem Argument, sich in den Rivalitäten zwischen den nationalsozialistischen Cliques einen gesicherten Platz zu verschaffen und zur Grundlage von Kollaborationsverhältnissen mit dem Regime. Es wurde nicht eingestanden für die Neutralität und allgemeine Gültigkeit wissenschaftlicher Wahrheit, die Universalität und Internationalität der Wissenschaft, um die bedrohten Kollegen zu verteidigen. Statt dessen kam es erst nach deren Vertreibung, d.h. zu einem späteren Zeitpunkt, zu einer Berufung auf Wissenschaftlichkeit und dann, in einer radikalen Reduktion, auf die Instrumentalität physikalischer Forschung, aber die Verspätung hatte dann den Effekt, dass die zivilisatorischen Bindungen und der demokratische Gehalt von Wissenschaft endgültig außer Kraft gesetzt wurden. Nach der Auswechslung des Personals, die große Teile der Universitäten und Forschungsinstitutionen betroffen hatte, hatten die deutschen Physiker den Angriff der völkischen Fraktion abzuwehren, der sie als "Statthalter des Judentums" treffen sollte. Die unbedingte Zweckrationalität, mit der die Kontrolle über das Fach gewahrt werden konnte, ermöglichte ein Einvernehmen mit der technokratischen Fraktion des Regimes. Das entscheidende Argument dabei war die Trennung von Autor und Werk, es zog die Preisgabe des Autors zur Rettung der "Sache" mit sich und entließ die Wissenschaft in das Bündnis mit Macht und Nationalismus. Das beharrliche Vorantreiben der Forschung im Eroberungskrieg - wovon das Uranprojekt lediglich die meiste Aufmerksamkeit auf sich zog - bis hin zur ungebremsen nationalen Konkurrenz einer wissenschaftlicher "Selbstmobilisierung" vollzog sich unter der Bedingung einer radikalen Abtrennung der kollektiven Dimension von Wissenschaft. Die schreckliche Wirklichkeit des Genozids und die Nähe, in der die Physiker nach dem erfolgreichen Sieg über die "Parteiphysik" zu den Organisatoren des Massenmords standen, lässt es nicht zu, darin nur einen begrifflichen Vorgang zu sehen.

Nach dem Krieg wurden Wertfreiheit und Universalität wissenschaftlicher Erkenntnis betont und die Geltung dieser normativen Ideale von Wissenschaftlichkeit als ungebrochen unterstellt. Der problematischen Frage nach der Zusammenarbeit mit dem NS-Regime wurde mit der Erzählung des "Kampfs gegen die Parteiphysik" begegnet, für die ein im Nachhinein zugefügtes Element tragend war, nämlich die polare Opposition von Wissenschaft und Politik. Ihre Differenz war ein klassisches Thema und war auch zuvor bereits häufig zur Sprache gebracht worden, aber während des Nationalsozialismus hatte die Berufung auf Neutralität und Sachlichkeit der Durchsetzung der eigenen Fachinteressen im Geflecht der rivalisierenden Fraktionen des Regimes gedient. In der Erinnerung an diese Zeit konnte mit der Konstruktion ihres prinzipiellen Gegensatzes jeder mögliche Schuldvorwurf ausgeschaltet werden, denn in dieser Nachträglichkeit wurde die Funktion von Wissenschaftlichkeit erneut umgelenkt und die Bedeutung des Ideals zum zweiten Mal umgekehrt. Nun wurde die Zeitlosigkeit des wissenschaftlichen Wahrheitsbegriffs zu einem Deckbild, hinter dem das Geschehen der jüngsten Vergangenheit in den Verschiebungen und Überlagerungen einer

verworrenen Chronologie verschwand, an der sich eine Reihe von Zeitsprüngen und vor allem die Zurückverlegung der Zukunft in der Widerstandslegende aufdecken lassen. Ohne Zeichen eines Bruchs konnte sich auf diese Weise die Wiedereinsetzung gesellschaftlicher Versprechen, die an Objektivität und Universalität wissenschaftlicher Wahrheit geknüpft sind, vollziehen und ließ im Effekt jene, die ihre wissenschaftlichen Interessen verteidigt hatten, an die Stelle der Opfer treten.

Die entscheidende rhetorische Ressource in der Abwehr von Schuld war die Zweckrationalität wissenschaftlicher Erkenntnis, nämlich eine zweimalige Ausnutzung der unscharfen Grenze zwischen Wissenschaft und Politik und der relativen Autonomie der sozialen Systeme, ihrer Handlungsräume, ihrer Entscheidungs- und Erfolgskriterien. Die Beschädigung und Außerkraftsetzung normativer Orientierungen innerhalb des Wissenschaftssystems während des Nationalsozialismus und die anschließende Unsichtbarmachung dieser Unterbrechung gehen auf dieselbe Ursache zurück. Um beide Prozesse auseinanderzuhalten, ist es sinnvoll, die unterschiedlichen Perspektiven historiographischer Forschung und einer Analyse der Erinnerungskonstruktion nebeneinander zu stellen. Dann wird greifbar, dass die Reduktion auf Zweckrationalität einerseits zum Ausgangspunkt einer Entwirklichung wurde, in deren Dynamik die Wissenschaftler aufgrund ihrer Politikblindheit am allgemeinen "Verfall des Politischen" teilhatten. Andererseits wird die Zweckrationalität wissenschaftlicher Erkenntnis als das Realmoment der späteren Schuldabwehr kenntlich, in der das Argument der Eigenlogik von Wissenschaft und Technik und deren politische Unbestimmtheit auch explizit herangezogen wurde. Die politische Ambivalenz wissenschaftlich-technischer Unternehmungen, die im Rahmen dieser Einsicht als ein Problem hätte offengelegt und diskutiert werden können, wurde aber im gleichen Zuge mit dem Idealbild der unveränderlich "reinen" Wissenschaft im Rahmen des konstruierten Gegensatzes zur Politik stillgestellt. Dies bewirkte nicht nur eine moralische Veredelung der eigenen Handlungen in der Vergangenheit, sondern die unvermittelte Moralisierung physikalischer Fachinteressen überhaupt. Die Identifizierung von wissenschaftlicher Arbeit und Erkenntnis mit der Opposition gegen Terror und Vernichtung, Zerstörung und Unterdrückung wurde zum Auftakt für einen Diskurs, in dem von der Unentschiedenheit im Verhältnis von Macht und Technik, Herrschaft und Wissenschaft lediglich der Jargon des Absoluten übrig blieb, der sich im traditionellen Repertoire wissenschaftlicher Selbstdarstellung präsentierte. Darin mischten sich Elemente wie die Unanschaulichkeit und das Geheimnisvolle der Mikrophysik, der Missbrauch von Wissenschaft und die Unentbehrlichkeit wissenschaftlicher Spezialisten. Die Aura religiöser Welterklärung untermauerte Anleihen bei der Märtyrerrolle, während man doch gleichzeitig mit dem Bild einer tätigen Elite aufwarten konnte, die sich nicht einschüchtern ließ und Auge in Auge mit dem Bösen gestanden hatte.

In einer perfekten Abstimmung von Deckbild und Realmoment wurden die verschiedenen Aspekte zusammengezogen und auf alle peinlichen Fragen eine Antwort gefunden. Die Strategie der Schulabwehr machte sich die Diskrepanz von politisch und wissenschaftlich ganz entscheidend zunutze und konzentrierte sich in der Bearbeitung des Ideals von Wissenschaftlichkeit zu einem Deckbild. Dieses trug wesentlich dazu bei, die mit der Ausflucht in die Zweckrationalität aufbrechenden Ambivalenzen einer Vereindeutigung zu unterziehen, bis sie schließlich die Gleichung von Wissenschaft und Widerstand erfüllten, in der sich politische Ignoranz zum moralischen Vorzug umdeuten ließ. In selbstsicherer Unbescholtenheit glitt das so präparierte Gedächtnis über den Zusammenhang der Ereignisse von 1935 und 1942 hinweg und überschlug die widersprüchliche Komplexität des Vernichtungsprozesses, der von völkischer Ideologie zur Tötungsmaschinerie des Genozids eben nicht geradlinig verlief und gerade deshalb zu einer unvorstellbaren Freisetzung gesellschaftlicher Destruktionspotentiale führte. Die Nachkriegsdarstellungen der deutschen Physiker reagierten darauf mit einer strikten Vermeidung des Konkreten, sowohl im Hinblick auf die Geschichte als auch in ihrer Befassung mit zukünftiger Verantwortung.

Die Verwertung der Instrumentalität wissenschaftlicher Erkenntnis als Realmoment in einer paradoxen Rede war die Leistung des zeitlosen Wissenschaftsideals, in dem die Untrennbarkeit von Wertfreiheit und Universalität als erwiesen galt, und sie konnte funktionieren solange seine reale Verletzung unsichtbar blieb. Die wesentliche Bedingung dafür bestand in der Negation der kollektiven Dimension von Wissenschaft und der Isolierung von Wissenschaftsentwicklungen aus dem historischen Kontext, in dem es für Teile des Wissenschaftler-Kollektivs um ihre berufliche und persönliche Existenz, um Leben und Tod ging. Der moralische Konflikt, vor dem in dieser Situation die deutschen Physiker gestanden hatten, und das moralische Versagen, das ihm in den meisten Fällen gefolgt war, wurde im abstrakten Wissenschaftsverständnis annulliert. Das Bedingungsgefüge dieser Leugnung wurde aufrechterhalten durch die Löschung der Namen und die Leere, die sie an dieser Stelle hinterließen, wurde besetzt durch eine Gewissensfrage, die so universal wie unlösbar war. In einer dermaßen entvölkerten Wissenschaft bestätigte sich schließlich die Auffassung von Protest als einem inhaltslosen Zeichen.

Eine eingeschränkte Wahrnehmung der Gegenwart und Störungen am Realitätsbezug, die als Folge der am Deckbild reiner Wissenschaftlichkeit vollzogenen Entwirklichung auftraten, lassen sich im Verhältnis von Wissenschaft und Politik auf beiden Seiten finden. Die Symptome der paradoxen Rede sind am Politikverständnis am auffälligsten und gehen über die übliche Politikblindheit des technokratischen Bewusstseins hinaus. Die Zeitsprünge ermöglichten eine Reihe von Ausklammerungen, Gleichsetzungen und Vertauschungen, die die Leerstellen im Selbst- und Weltbild verdeckten, darüber hinaus wurden in das Ungeschehenmachen des Werteverlusts

zusätzliche Deckbilder eingearbeitet, die von der projektiven Abwehr bis hin zu versprengten Elementen der NS-Ideologie reichen⁸. In einem fortgesetzten Muster der Auslassungen und Deckbilder in der Erinnerung formte sich der eingeschränkte Politikbegriff der wissenschaftlichen Elite, verschränkte sich mit dem nationalen Gedächtnis und installierte sich auf Dauer. Die Widerstandslegende ließ Wissenschaft als schuldfreien gesellschaftlichen Raum erscheinen, leugnete die Spaltung des Wissenschaftlerkollektivs und den Bruch seiner kollektiver Wertorientierungen. Die daraus resultierenden Vorstellungen von Demokratie, verzerrt und in aufgesetzte Sprachhülsen gepresst, beeinträchtigten die Entwürfe der Zukunft und die Rolle der Wissenschaftler dabei, die bei aller Inanspruchnahme moralischer Autorität vollständig aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang konkreter Verantwortung herausgenommen wurden. Indem Zweckrationalität als Realmoment der Abwehr eingesetzt wurde, konnte die Identifizierung mit dem nationalen Kollektiv fortgesetzt werden, in dem sich die Physiker mit ihrer Strategie der Ent-Schuldung zudem eine Vorbildrolle verschafften. Wobei es allerdings nach dem Krieg vor allem darauf ankam, dass die Wiederherstellung der internationalen Forschergemeinschaft sowie die Wiedereingliederung der deutschen Wissenschaft gelang und auf diese Weise die Geltung von Objektivität und Wertfreiheit, Universalität und Neutralität der Wissenschaft nachgewiesen werden konnte. In diesem Zusammenhang war das störende Wiederauftauchen der gelöschten Namen jedoch nicht zu vermeiden und langfristig eine außerordentliche schwierige Balance zwischen den nationalen und internationalen Bestrebungen angelegt.

Das beschädigte Politikverständnis korrespondierte mit einem Wissenschaftsverständnis, dessen Unangemessenheit in dieser Situation eigentlich hätte hervortreten und die herkömmlichen Denkmuster hätte aufsprengen müssen. Denn was die Geschichte der Physik im Nationalsozialismus auszeichnet, ist, dass Wertfreiheit, hier auf die äußerste Spitze getrieben, sich vom Anspruch auf Universalität ablöste und nicht, wie im Allgemeinen angenommen wird, diesen garantierte. Die Trennung von Autor und Werk kann dabei als ein Schritt im Rahmen einer Derealisierung gesehen werden, in der sich die Eliminierung des Sozialen im Begriff wissenschaftlicher Objektivität noch einmal wiederholte und diese mit der Zerstörung des internationalen wissenschaftlichen Kollektivs ab 1933 eine radikalisierte und völlig andere Bedeutung erhielt. Diese Aufspaltung und Entwirklichung stellen Wahrnehmungseinschränkungen in Bezug auf Wissenschaft selbst und auf die Vorgänge in ihrem eigenen Gebiet dar. Die spätere Wiedereinsetzung der früheren Bedeutungen von Wissenschaftlichkeit war dann ebenfalls ein kollektiver Prozess und die Nachträglichkeit der zweiten Bedeutungsverschiebung setzte eine paradoxe Rede in Gang, in der die Doppeldeutigkeit wissenschaftlicher Ideale und Normen fort dauerte. Deren wesentlicher Effekt bestand in der Moralisierung der Fachinteressen, an der die vollzogene Spaltung aber noch ablesbar ist, denn während bezogen auf Wissenschaft ganz im Sinne von "Wissenschaft als Beruf" eine

⁸ Darauf wird weiter unten noch genauer einzugehen sein.

gesinnungsethische Haltung dominierte, so lässt sich mit Max Webers Unterscheidung feststellen, dass im Bezug auf den Nationalsozialismus und Politik überhaupt nun verantwortungsethisch argumentiert wurde⁹.

Das Deckbild "reine" Wissenschaft bildete eine Barriere im Gedächtnis, die eine bleibende Beschädigung am Verständnis von Wissenschaft verursachte und zwar weit über den Kreis der Physiker hinaus. Die Kritik der wissenschaftlichen Naturbeherrschung blieb nach dem Zweiten Weltkrieg eine marginale Position¹⁰, die ausgehend von der politischen Ambivalenz und der eigenständigen Rationalität von Wissenschaft und Technik die Reduktionen instrumenteller Vernunft am Begriff und an der gesellschaftlichen Bedeutung von Wahrheit und Moral aufwies. Die Kritik sprach somit den Kern des Problems an, aber dem folgte keine Untersuchung der sozialen Konstruktion von "reiner" Erkenntnis in der "freien" Forschung der Natur- und Technikwissenschaften. Wissenschaftsforschung setzte in Deutschland erst Jahrzehnte später ein und auch dann kamen entscheidende Impulse dazu aus den USA und anderen Ländern, wo ein anderer Umgang mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik herrschte, wenn auch kein anderer Wissenschaftsbegriff. Die Einsicht, dass die Herstellung wissenschaftlicher Tatsachen Hand in Hand geht mit dem Aufbau einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit, sowohl im Hinblick auf normative und technische Regeln als auch auf die Konstruktion von Netzwerken, setzt sich überhaupt nur zögernd im Selbstverständnis der Wissenschaftler durch. Aufgrund der erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Ablendungen, die historisch und systematisch mit den gesellschaftlichen Zielen der Aufklärung verschränkt sind, wird eine grundsätzliche Selbstunsicherbarkeit des wissenschaftlichen Produktionsprozesses und seiner Bedingungen erzeugt. Aber genau darin besteht die Grundlage für die Existenz der Wissenschaft als relativ autonomes soziales System, das über das Funktionieren ihres eigenen "Codes", der Wahrheit¹¹, zusammengehalten wird und es ist dieser Objektivitätsbegriff, dessen soziale Voraussetzungen ausgelöscht und dessen moralische Basis der Relativierung entzogen sind, der die spezielle Vorgabe für den Diskurs der deutschen Physiker in der Nachkriegszeit darstellte.

Die unmittelbare Moralisierung der eigenen Fachinteressen im Deckbild der "reinen" Wissenschaft bewahrte die deutschen Physiker vor einer Bearbeitung der Ambivalenzen, Grenzen und Defizite der instrumentellen Vernunft, wie es nach den Verbrechen des Nationalsozialismus erforderlich und angebracht gewesen wäre. Statt dessen hielten sie umso entschlossener an einem etablierten Wissenschaftsverständnis fest, an dem seine vorausgegangene Beschädigung nicht sichtbar werden konnte. Die Geschichte der Physik im Nationalsozialismus und danach, die doppelte Rolle von

⁹ Zu den verschiedenen Typen dieser Argumentation vergleiche Kraus (2001).

¹⁰ Die 1947 erstmals erschienene "Dialektik der Aufklärung" von Horkheimer und Adorno kam in Deutschland mit 22 Jahren Verspätung heraus.

Wertfreiheit und die Verkehrung ihrer Bedeutung im Verhältnis der Wissenschaft zur Politik verdeutlicht die Notwendigkeit einer außerwissenschaftlichen Bewertung zur Realisierung der demokratischen Ziele und zivilisatorischen Werte, die mit traditionellen aufklärerischen Idealen von Wissenschaft verknüpft sind. Weil sich das Dilemma zwischen Macht und Moral immer als ein historisches und je spezifisches darstellt, ist Rationalitätskritik zwar notwendig, aber allein nicht ausreichend. Die Einlösung des gesellschaftlichen Auftrags von Wissenschaft bedeutet ihre Verpflichtung auf die gesellschaftliche Dimension und zwar nicht nur im Hinblick auf die Folgen der Forschung, sondern in ihrer eigenen sozialen und historischen Verfassung. Diese Forderung schließt eine neue Verortung der Wissenschafts- und Technikkritik ein, denn die langfristige Abblendung des Zusammenhangs von Wahrheit und Kollektiv im Wissenschaftsverständnis hat bis heute eine Integration von soziologisch orientierter Wissenschaftstheorie und der Wissenschaftsgeschichte im NS verhindert. In dieser Hinsicht wurde noch keine wirkliche Historizität hergestellt; auf einige Konsequenzen dieser Situation werde ich im Schlusskapitel eingehen.

Hier ist abschließend zu sagen, dass den deutschen Physikern nach dem Zweiten Weltkrieg eine beispielgebende Re-Installation ihres Platzes in der Funktionselite gelang. Ihre Integration ins nationale Kollektiv verzeichnete keine Unterbrechung und die Bandbreite der Abwehrmechanismen, die in Deutschland nach dem Krieg die Erinnerung an die Vergangenheit umstellte, lässt sich auch in den Texten der Physiker dazu finden, aber in ihrer Vermeidung sich einer Auseinandersetzung zu stellen, konnten sie sich darüber hinaus auf eine verkürzte Vorstellung von Wissenschaft zurückziehen. In diesem Sinne resümierte Laues Stellungnahme von 1947 die Entschuldung für die Gesamtheit der Disziplin. Übrig blieben lediglich Irritationen in der internationalen *scientific community*, die aber nur auf den Begriff zu bringen gewesen wären durch eine entschiedene Erweiterung des Verständnisses Wissenschaft um ihre kollektive Dimension; mit ihrer Ausklammerung war die Kontinuität der Physik in Deutschland am Übergang in die postfaschistische Gesellschaft hergestellt. Deshalb wurde kein Anlass dafür gesehen, nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft Änderungen an Buchwalds Hauptvortrag zum 100-jährigen Bestehen der DPG am 18. Januar 1945 vorzunehmen – ganz im Gegenteil. Ein Vortrag zur Geschichte der Physik, in dem kaum Bezug auf ausländische Physiker genommen wurde, jedenfalls keine zeitgenössischen vorkamen und in dem vor allem kein jüdischer Name fiel, kam der Aufrechterhaltung der politischen Unbestimmtheit und Ausnutzung einer moralischen Doppeldeutigkeit in der Wissenschaft entgegen. Diesem Bestreben wurde gegebenenfalls auch die strenge Logik, auf die man sich soviel zugute hielt, geopfert und die Reihenfolge der Ereignisse verlor sich zwischen den Zeiten. Die Zukunft der Physiker hatte demnach bereits in der totalitären Vergangenheit begonnen, aber zu den Problemen der Zukunft, die sich mit der Atombombe stellten, hatten sie zunächst kaum etwas zu sagen, wie im nächsten Abschnitt zu zeigen sein wird. Nach dem

¹¹ Vgl. Niklas Luhmann, z.B. "Ökologische Kommunikation" (1986).

Krieg galten die Bemühungen der deutschen Physiker in erster Linie einer Behauptung ihrer Einheit unter Auslassung des Zivilisationsbruchs; in diesem Sinne gehören die Schlusspassage des Festvortrags, die sich hoffnungsvoll auf die Zukunft richtete, und die verschwiegenen Namen der Vergangenheit zusammen.

Neue Verhältnisse

Auf den knappen Seiten der ersten Nachkriegshefte wurde in den *Physikalischen Blättern* einer Übersetzung von längeren Auszügen von *One World or None* ziemlich viel Platz eingeräumt. Das Buch versammelte die Vorschläge prominenter Wissenschaftler, darunter Albert Einstein, für eine weltweite Friedenspolitik und zur Verhinderung der atomarer Bewaffnung. Darüber hinaus wurden in regelmäßigen Abständen kurze Aussagen von ausländischen Wissenschaftlern gegen die Atombombe zwischen die anderen Texte eingefügt. In den ersten beiden Jahrgängen der *Physikalischen Blätter* nach dem Krieg enthalten zwei größere Artikel, die man im Umfeld dieses Themas ansiedeln kann, nämlich “von Henri Becquerel bis Otto Hahn” von Josef Mattauch (Phy.Blä. 1947:4-9) und einen technischen Bericht über die deutsche Kernforschung von Karl Wirtz. Eine eigene Erklärung oder überhaupt eigene Worte zur Atombombe von den deutschen Wissenschaftler sind dagegen nicht zu finden, einzig die Feststellung: Wir waren es nicht. In Mattauchs Geschichte der Radioaktivität tauchen die Namen beteiligter jüdischer Wissenschaftler wieder auf, aber die darin erwähnte Lise Meitner ist zu einer Randfigur geworden.

Anfang der 1950er Jahre verschwanden die Stellungnahmen zur Vergangenheit und zur Wissenschaft unter dem Nationalsozialismus bis auf gelegentliche Erinnerungen an den “Widerstand” gegen die “Arische Physik”, aber die Reflexionen der Physiker über sich selbst und ihre Wissenschaft setzen sich entlang der in den 1940er Jahren etablierten Linien fort. Neben den Themen Jugend und Bildung sowie der Internationalität “reiner” Wissenschaft dokumentieren die Hefte der 1950er Jahre eine ausführliche Debatte über die Verantwortung des Wissenschaftlers in der technischen Zivilisation. Bemerkenswert ist die Bandbreite der Autoren, die hier zu Wort kamen, denn es handelt keineswegs nur um Physiker; so sind Beiträge von Max Bense, Friedrich Dessauer, Arnold Gehlen, Theodor Heuss, Max Horkheimer, Pius XII., Bertrand Russell darunter zu finden. In diesem Diskurs wurde auf die tiefgreifende Umgestaltung des menschlichen Lebens und Denkens eingegangen, die moderne “technische Existenz” (Löffler in Phy.Blä. 1956:341) und die Gefahren der technischen Zivilisation. “In immer rasenderer Fahrt eilt er (der Mensch, E.S.) einer ungewissen Zukunft entgegen” (Fues in Phy.Blä.1953:539). Die Entwicklung habe auch die Wissenschaftler nicht ungeschoren gelassen, denn sie führte “zu dem unübersehbaren Wasserkopf der Spezialisierung, an dem die Wissenschaft heute leidet” (Korff in Phy.Blä 1959:346). Die Wissenschaftler seien zu “Arbeitsklaven” (Arnold Phy.Blä. 1956:512) und “Laborknechte(n)” (Phy.Blä. 1956:522) in der “Massenforschung” (Betz in Phy.Blä. 1957:385) degradiert worden und daher anfällig für den umsichgreifenden bloßen Materialismus (davor warnte insbesondere der Papst) in einer mechanisierten Welt wie aus Georges Orwells Roman *1984*.

Als Mittel dagegen wurde die Rückbesinnung auf die Grundlagen von Technik- und Naturwissenschaften empfohlen und ein Bild von diesen Wissenschaften aufgerufen, das “kühle Objektivität” (Fues in Phy. Blä. 1953:539), “echte Bereitschaft zum Experiment”, “strengste Sachlichkeit” (538) und “Verzicht auf jegliches Wunschdenken” (538) beschwört, denn: “Aufs genaueste wird sichere Erkenntnis von der bloßen Vermutung unterschieden. Antworten, die man nicht weiß, werden auch nicht gegeben” (538). Wahre Wissenschaft ist demnach vorurteilsfrei, international und universal, sie stifte “(e)chte Gemeinschaft” – “über Krieg und Grenzen hinweg” (538-539)¹. Die Gruppenarbeit in den Naturwissenschaften sowie die gemeinsame und allen verständliche Sprache der Mathematik begünstigten die internationale Verständigung, Wissenschaftler seien “Weltbürger”. Das Streben nach Harmonie, Besinnung und Wahrheit unterstreicht den Bildungswert der Naturwissenschaften und der Mathematik, sie seien “frei von einer komplexhaften Cliché- und Matrizenwelt, frei im Verhältnis zur Masse und zur Macht. Um dieses Werden in der Innenwelt geht es” (Klingner in Phy.Blä. 1957:529). So sähe die “geistige Lage der heutigen Menschheit” in “kosmischer Schau” aus².

Im Rückgriff auf anscheinend untadelige Traditionen, nämlich das bildungsbürgerliche Ideal des Wissenschaftlers als “Kulturträger”, setzte sich das Selbstdarstellung der Naturwissenschaftler gegen die Vorstellung von engstirnigen Technokraten und Fachidioten ab. Zugleich repräsentierte sie Aktivität und Offenheit, Tatkraft und Unternehmungsgeist, tätige Normalität und praktische Zukunftsorientierung, womit insgesamt eine sehr gelungene Kombination von Neuanfang und Tradition hergestellt wurde. Unter der Devise “technische Effizienz” und “reine Sachlichkeit” war in der Erinnerung die Zukunft einfach ausgewechselt worden. Daher schien es, als könne man den Übergang von der Teilhabe an Eroberung, Macht, Krieg zur Etablierung der Wissenschaftler als Funktionselite eines demokratischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg nahtlos bewältigen. “Forschung tut Not” war die Parole der *Physikalischen Blätter* im Jahr 1944, die zum zehnjährigen Jubiläum der Zeitschrift 1954 mit außerordentlichem Erfolg *recycled* wird. Die Verbindung von rationalem “klarem” Denken und praktischer Macht qualifiziere zum “Ratgeber” der Politik und zum verantwortlichen Eingreifen, ausgehend vom “überpolitischen” Standpunkt philosophischer Einsichten. Gegründet auf den “Jargon der Eigentlichkeit” (Adorno 1970) endete die vorgetragene Attitüde der Kritik an der technischen Zivilisation im “Nirgendwo”. Es handelte sich um einen höchst abstrakten Diskurs, in dem es weder um die Vergangenheit noch um irgendwelche anderen konkreten Probleme ging. Die Atomwaffenproblematik taucht in diesem Zusammenhang schlichtweg überhaupt nicht auf und generell ist von Kernforschung ziemlich wenig die Rede.

¹ Er vergißt nicht die Hilfspakete der ausländischen Kollegen in der Nachkriegszeit zu erwähnen.

² Mit diesen Worten bezog sich Fues (Phy.Blä. 1953:358) auf Weizsäckers Buch *Die Geschichte der Natur* von 1948.

Für die Physiker brachte das Jahr 1955 eine große Wende, in der sich die Entwicklung sprunghaft nach vorne bewegte und zwar aus mehreren Gründen. Zum einen erhielt die Bundesrepublik mit Abschluss der Pariser Verträge im Mai die nationale Souveränität, womit das Verbot der anwendungsbezogenen Kernforschung weitgehend entfiel. Zum zweiten nahm eine Delegation deutscher Physiker an der Genfer Konferenz "Atome für den Frieden" teil und dies wurde als Rückkehr in die internationale Forschergemeinde erlebt. Wieder schien sich durch die Kernenergie das Blatt für die Physiker zum Besseren gewendet zu haben. Atom- und Kernphysik wurden das Musterbeispiel wissenschaftlicher Internationalität, so bei Gerlach in seiner Eröffnungsansprache zum Physikertag am 3. September 1956: "Es gibt aber noch ein anderes Team-Work höheren Grades (im Vergleich zur Zusammenarbeit mehrerer Spezialisten verschiedener Gebiete bei der Bearbeitung neuer Fragen, E.S.), für welches sich gegenwärtig in Genf ein erstes großartiges Beispiel entwickelt: in der Zusammenarbeit von Physikern, Ingenieuren und Industrie der europäischen Länder zu Errichtung und Betrieb von Forschungseinrichtungen, welche kein Land allein geistig und materiell in vernünftiger Zeit realisieren könnte. Wir wünschen den dort arbeitenden Kollegen den vollen Erfolg – und denken im stillen, daß vielleicht auch andere Gremien hier einen Modellfall für eine fruchtbare Gemeinschaft erkennen möchten. Sie wissen, daß es sich in Genf um den Bau großer Teilchenbeschleuniger handelt und den für ihre Ausnutzung notwendigen Laboratorien" (Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft 1956:157). Er fuhr kurz danach mit einem beliebten Bild fort: "(W)eder die Erkenntnisse noch die Wellen wissen etwas von Ländergrenzen, von Kontinenten. von der Sache her – nicht von Interessen geleitet – ist unsere Wissenschaft international" (Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft 1956:158). Nach der zweiten Konferenz in Genf eröffnete Otto Hahn dann den Jahrgang 1959 der *Physikalischen Blätter* mit einem Beitrag unter der Überschrift "Die Wissenschaft ist wieder international".

Die entscheidende Konsequenz der Pariser Verträge für die deutschen Kernphysiker bestand in der Aufhebung der Forschungssperre durch das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 25, das Forschungen zur angewandten Kernphysik, jede Form von Reaktor- und Isotopenforschung, weiterhin Experimente zur Hochenergiephysik und der Bau eines Zyklotrons untersagt hatte. In einer "Werbekampagne für Reaktortechnik" (Cassidy 1995:645) hatten sich Heisenberg, Hahn, Weizsäcker, Gerlach und andere um eine Lockerung dieser Regelungen bemüht. Seit 1949 war auf Initiative der führenden Wissenschaftler an den Programmen einer deutschen Nuklearforschung gearbeitet worden. Nun setzten sie alles daran, ihre zukünftigen Ressourcen in der Reaktorentwicklung, im Beschleunigerbau und in der Elementarteilchen-Physik und den Anschluss an die internationalen Großforschungsprojekte zu sichern. Daher kam die Genfer Konferenz zur zivilen Nutzung der Atomenergie im August 1955 den Zielen der deutschen Physiker enorm entgegen. In Kürze war das europäische Forschungszentrum CERN in Genf auf dem Weg und als

es im Mai 1955 möglich wurde, erfolgte sofort eine "Gründungswelle" (Prüß 1974:37) kernphysikalischer Forschungseinrichtungen in der BRD, der Teilchenbeschleuniger DESY in Hamburg, das Kernforschungszentrum Karlsruhe und andere; die Pläne dazu lagen schon in den Schubladen. Karsten Prüß fasst für die Entstehungsphase der Kernforschung und Kerntechnik zusammen: "Bemerkenswert am Beginn der deutschen Atompolitik ist die fast vollständige Ausschaltung der Legislative." (Prüß 1974:43). Im Oktober 1955 wurde das Bundesministerium für Atomfragen eingerichtet und Franz Josef Strauß als der erste Atomminister eingesetzt, durch das neue Ministerium und seinen im Januar 1956 geschaffenen Beirat, der Deutschen Atomkommission, waren die Weichen für das Atomprogramm und die Entwicklung einer Atomwirtschaft in der BRD schon weitgehend gestellt, ohne dass es darüber im Bundestag eine Willensbildung gegeben hätte. "Erst im Februar 1956 beschloß der Bundestag die Bildung eines Ausschusses für Atomenergie; die erste Bundestagsdebatte über die Atompolitik fand am 19. 4. 1956 statt." (Prüß 1974:43). Der Einstieg in die zivile Nutzung der Kernenergie folgte nicht den Zukunftsversprechen einer vagen Atomeuphorie, sondern kalkulierte mit Wissenschaft als einem Mittel zur Repräsentation nationaler Macht. Er war mit dem Ziel verbunden "auch ein Stück Wiedergewinnung von Rang und Geltung" zu erreichen und "auf dem Umweg über Technik, Politik wieder selber gestalten, mit anderen von gleich zu gleich verhandeln zu können" (Strauß nach Stölken-Fitschen 1995:183). In der Atompolitik gingen die Interessen der deutschen Physiker und Politiker Hand in Hand, in beiden Fällen waren sie gerichtet auf eine Integration in den Block der Westmächte und die Rehabilitierung Deutschlands auf internationalem Terrain (vgl. Cioc 1988, Eckert 1990). In der Wissenschaft war die Wiedereingliederung in hohem Maße abhängig von der Kommunikation mit den Kollegen im Ausland, von der fachlichen aber auch der moralischen Anerkennung durch sie.

In diesem Rahmen war ebenfalls eine neue Situation eingetreten, denn nach dem Unglück der japanischen Fischer im Jahr zuvor hatte sich die Wahrnehmung der Gefahren durch Radioaktivität in der Öffentlichkeit verändert und prominente Wissenschaftler im Ausland hatten dazu Stellung bezogen. Zudem – und dies wurde für die Haltung der Physiker zur Atombewaffnung und kommenden Ereignisse in diesem Zusammenhang sehr wichtig – hatte sich Max Born zur Rückkehr nach Deutschland entschieden³. Gleich in "Zum Jahresbeginn" 1955, der Eröffnung des neuen Jahrgangs, schnitt er das Thema Atombombe an, das nun in der Folge sehr ausführlich diskutiert wurde. Ein Name, der in diesem Zusammenhang auffällt, ist der von Werner Kliefoth, seit Anfang 1956 Herausgeber bei der Zeitschrift "Atomwirtschaft" (zusammen mit Kurt Diebner und Erich Bagge), im gleichen Jahr erscheint sein Buch "Sind wir bedroht? Ein sachliches Wort zur Atomfrage". Er äusserte sich wie Max Born ab 1955 regelmäßig zur Atomdebatte in den *Physikalischen Blättern*. Sein Stil hat einen "modernen", aufgeklärten Einschlag und zeichnet sich

³ Der entscheidende Grund war, dass er sonst seine Pensionsbezüge nicht erhalten hätte, siehe Szabò (2003).

durch die Leitlinie aus, dass man über die Probleme offen reden müsse. Am 9. Juli 1955 verlas Bertrand Russell in London einen Aufruf zur Ächtung des Krieges, der von elf weiteren Wissenschaftlern unterzeichnet, darunter Albert Einstein, Max Born, Josef Rotblat⁴, Linus Pauling und Frederic Joliot⁵. Zwar konnte Born seine deutschen Kollegen nicht zur Unterschrift unter dieses Manifest bewegen, doch auf seine entschiedene Initiative hin (mit Unterstützung von anderen prominenten Kollegen, in erster Linie Karl Friedrich von Weizsäcker) kam es zur Stellungnahme der Nobelpreisträger gegen den Atomkrieg auf ihrem Treffen in Mainau am 15. Juli 1955. Immerhin stand auf diese Weise die deutsche Delegation in Genf nicht mit leeren Händen da (vgl. Rese 1999). Auf dem Physikertag im September 1955 wurde eine Entschliessung ähnlicher Art verabschiedet, die in den folgenden Jahren mehrmals bestätigt und dann mit dem Überschrift "Freiheit der Gewissensentscheidung" versehen publiziert wurde. Der "Göttinger Erklärung" waren also einige Aktivitäten vorausgegangen.

Die Diskussion, die dazu in den *Physikalischen Blättern* geführt wurde, zeigt die Transformation des Wissenskonflikts in die Opposition von Wissenschaft und Politik, wobei die gleichen Muster in Aktion gebracht werden, die die Erinnerung an die NS-Vergangenheit strukturieren: die Einheit der Physiker, sowie die Reduktion auf "reine Sachlichkeit" und technische Effizienz als politisch-moralischer Wert. In der eingeübten Rhetorik von Wissenschaft versus Politik wird gepocht auf "die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Naturwissenschaft und Politik. Erstere ist Wahrheitssuche in der Natur, letztere ein eifersüchtiges Spiel" (Phy.Blä. 1957:576). Auf der anderen Seite steht das "das Treiben der Politiker, Diplomaten und Militärs" (Kromphardt in Phy.Blä. 1958:287), als deren Beweggründe Machtgier, gewissenlose Eitelkeit und Ehrgeiz ausgemacht werden. Die "gewissenhafte Intelligenz" habe keinen Platz im Geschäft der Politik und werde von dieser lediglich als Störfaktor betrachtet (Phy.Blä. 1957:336), "denn die Arbeit des Physikers ist unpolitisch und bleibt den Staatsmännern ein Geheimnis" (Phy.Blä. 1957:576). Zum Bericht über das Verhör Robert Oppenheimers wird kommentiert: "Dem Physiker zeigen diese Vorgänge, wie sehr seine Wissenschaft und er selbst als Repräsentant in unserem Atomzeitalter zum Mittelpunkt der Politik wurde. Sein Tun unterliegt der Gefahr, keine reine Wissenschaft mehr zu bleiben, frei und unabhängig von Geschehen des Tages, nur bestrebt der Forschung zu dienen und die Wahrheit zu fördern. Ungewollt ist die Physik in das Getriebe der Politik geraten. Die Verantwortung der Physiker ist groß geworden. Viel innere Festigkeit, viel menschliche Größe und menschlicher Mut gehören dazu, dem Ideal der Wissenschaft treu zu bleiben und sich nicht zu einem Funktionär des Staates, einem ‚Staatsbeauftragten für Physik‘ degradieren zu lassen" (Kliefoth in Phy.Blä. 1955:554).

⁴ Rotblat war der Organisator der Pugwash-Konferenzen, die ab 1957 stattfanden.

⁵ Joliot war Vorsitzender des internationalen Friedenskomitees.

Durch den Gang der Dinge und gegen die eigenen Intentionen ins Licht der Öffentlichkeit geraten, dürfe “(d)er Physiker nicht mehr einfach beiseite treten, ohne zu fragen, was die Menschen aus seinem Forschungsergebnis machen. Er ist zu einem der wichtigsten und begehrtesten Männer des modernen Staates geworden. ... Er ist kein reiner Wissenschaftler mehr, sondern ein Politikum ersten Ranges” (Kliefoth in Phy.Blä. 1955:146). Immer noch kennen die vorherrschenden Politikvorstellungen keinen Unterschied zwischen den politischen Systemen: “(D)ie Staatsmaschine kann auch fehlerhaft konstruiert oder falsch gesteuert sein, so daß ein verhältnismäßig großer Teil der Energie dorthin fließt, wo sie, wie vor 1945, dazu dient, die Entropie des Systems ungebührlich zu erhöhen, d.h. der Wirkungsgrad ist schlecht” (Phy.Blä. 1957:480). Auf dieser Grundlage neigt manche Stimme zur Resignation: “Die Erfahrung lehrt, daß man über kurz oder lang doch überrollt wird” (Kromphardt in Phy.Blä. 1958:287) von der “rücksichtslose(n) Einseitigkeit des wirtschaftlich-politischen Denkens” (Phy.Blä. 1957:584). Politik, das ist hier entweder lügenhafte Propaganda oder “Regierungswissenschaft”, bestenfalls Unwissenheit und Irrtum auf Seiten der Politiker, was den Hochmut über die Naivität der Laien erlaubt: “Es ist eine lustig-traurige Randepisode dieser ernsten Diskussion (auf dem Physikertag 1955 in Wiesbaden), wenn eine Kommission aus Stadtvätern fast gleichzeitig mit der Warnung der Physiker vor den Nebenerscheinungen der Kernenergie und mit den Hinweisen auf die Gefahren von Atommeilern und ihres Atommülls im Eifer der Fortschrittlichkeit überzeugt und überzeugend erklären, daß die Errichtung eines Meilers keinerlei Gefährdung für die Bevölkerung bedeute” (Kliefoth in Phy.Blä. 1955:480).

Die Bedeutung der Physik als Machtfaktor, die auch Max Born immer wieder ansprach, sicherte die Definitionsmacht über die Probleme und ihre alleinige Beurteilung durch den Fachmann. Daraus wird die Schlussfolgerung gezogen, dass die Wissenschaftler in Aktion treten müssen: “Es wäre also billig, sich damit trösten zu wollen, alles sei doch nicht so schlimm, und die Militärs und Politiker würden schon von selbst vernünftig” (Kliefoth in Phy.Blä. 1955:301). Die Physiker hätten sich zu ihrer Verantwortung zu bekennen, die so verstanden wird: “Vor aller Welt aber sollten die Physiker die Gefahren aufzeigen und nicht müde werden, den Politikern die Grenzen zu weisen. Hat aber der Appell an die Moral oder das Verantwortungsbewußtsein der Politiker noch einen Sinn? Es gilt, nicht viel Zeit zu verlieren. Die Energie der Kerne wird unser ganzes Leben revolutionieren. Geben wir acht, daß es nicht eine Revolution zum Untergang wird, sondern, daß die unvorstellbar großen Mengen an Energie, die uns in die Hand gegeben sind, sich zum Segen für die ganze Menschheit auswirken können” (Kliefoth in Phy.Blä. 1955:147).

Im “Ringeln um die Freiheit und das Überleben” (Kliefoth in Phy.Blä. 1955:300) besteht die gemeinsame Prämisse allerdings in der Versicherung, dass die Entwicklung hin zur Kernenergie unvermeidlich sei. Mit allem Nachdruck fallen Sätze wie: “Das Ansinnen, die Kernforschungen

einzustellen, ist unwirklich” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1955:145-147) oder: “Wir *können* doch nicht einfach die Entwicklung der Atomindustrie an uns vorbeigehen lassen” (Leserbrief in *Phy.Blä.* 1956:93). Der Physiker “kann und darf nicht rückwärts gehen” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1956:95); die Entwicklungen von Technik, Fortschritt und Zivilisation habe immer schon negative Begleiterscheinungen erzeugt und damit das Verantwortungsbewusstsein des Wissenschaftlers gefordert. Angesichts des ins Unvorstellbare angewachsenen Zerstörungspotentials, ob nun durch Atombomben oder durch Reaktorunfälle, sei nun die prinzipielle Gewissensfrage des Forschers aufs Äußerste zugespitzt. “(H)ier setzt der tragische Konflikt ein”, denn: “(d)ie Zwiespältigkeit geht durch uns hindurch” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1956:95). Ein anderer Autor und Wissenschaftshistoriker spricht vom “Galilei-Konflikt unserer Zeit” (Schimank in *Phy.Blä.* 1957:366). Das gefährliche Projekt aufzugeben, stand nicht zur Diskussion. Was dann aber tun, außer Apellieren und Nachdenken, fragte ein Leser der *Physikalischen Blätter* daraufhin (vgl. *Phy.Blä.* 1956:93-94) und bekam zur Antwort: “Die Antwort muß sich jeder selbst geben” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1956:93). In dieser recht ausweglosen Lage wünscht sich einer doch gar die Erfindung der “moralischen Atombombe” (Kromphardt in *Phy.Blä.* 1958:287). Die Schelte für die Politiker verband sich mit der Wendung zu einer moralischen Alternative, die aber letztlich im Raum stehen blieb: “Die Entscheidung ist kein einfaches Ja oder Nein, da es sich nicht nur um ein rein menschliches oder besser moralisches Problem handelt” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1955:300).

Das Verhältnis zum Staat, dessen Machtmittel man zur Durchsetzung der eigenen Interessen benutzte, war von autoritären Verhaltensweisen geprägt, die man sich in der Vergangenheit angeeignet hatte und ebenso wurde die Erklärung, die man für die Wissenschaft in der Zeit des Nationalsozialismus gefunden hatte, zur Orientierung in einer neuen Situation eingesetzt. Unter anderem sahen die Physiker sich jetzt einer politischen Öffentlichkeit gegenüber, zu der sie Stellung nehmen mussten. “Der ‚aktive Standpunkt‘ des Physikers ... kann das Schicksal der Welt nicht unwesentlich beeinflussen” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1957:32), schloß auch das Vorhaben ein, “die geistige Haltung der Menschheit zu beeinflussen” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1957:32). Unter diesen Vorgaben wurde der Verantwortungsdiskurs fortgeführt, aber die Diskussion darüber zwischen den verschiedenen Disziplinen wurde nun 1955 sehr abrupt beendet. Stattdessen mehrten sich die Beispiele einer arroganten Abschätzigkeit gegenüber den Geistes- und Sozialwissenschaften. Ein Beitrag sprach den Sozialwissenschaften sogar das Prädikat Wissenschaft ab und erklärte, dass die “Gesellschaftskunde über mancherlei wohlorganisierte Zwischenstufen hinweg zur interessengeschwängerten Verdummungskunde” ausgeartet sei (Korff in *Phy.Blä.* 1955:343). Dieser äußerst grobe Angriff auf die Philosophie und die Geisteswissenschaften als “Scheinwissenschaft” (Korff in *Phy.Blä.* 1955:345) wurde wenig später von Arnold Gehlen beantwortet (*Phy.Blä.* 1956:6-10). Das war im ersten Heft des Jahrgangs 1956, noch gleichen Jahr blieb aber die folgende Behauptung unwidersprochen: “Es ist kein Zufall, daß die internationale

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Mathematik und der Naturwissenschaften leichter ist als auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften; denn bei den letzteren spielen alteingewurzelte Vorurteile, emotionale Regungen, weltanschauliche Gegensätze, nationalistische Eigenliebe eine weit größere Rolle als bei den ersteren” (Löffler in Phy.Blä. 1956:345). Im letzten Heft des folgenden Jahres aber hieß es zum Thema “Fachstudium und allgemeine Bildung” über die Geisteswissenschaften: “Der Glaube an ihren Bildungswert scheint als Mythologem, als Aberglaube entlarvt ... Befreien wir uns, so sagt man, von diesem Irrglauben” (Klinger in Phy.Blä. 1957:529). Weniger vorsichtig wurde in den Schlussfolgerungen der Redaktions-Rubrik zu diesem Thema resümiert: “Wahrscheinlich ist es überhaupt nicht sinnvoll, bei den Reformdebatten den Gegensatz von Bildung und Fachwissen allzu sehr in den Vordergrund zu stellen” (Phy.Blä. 1957:432).

Die Gegenüberstellung von Geistes- und Naturwissenschaften kam auch in der Atomdebatte zum Ausdruck. Auf einen Artikel mit dem Titel “Wider die blinde Verehrung der Naturwissenschaften” entgegnete Max Born, “daß von allen geistigen Gruppen allein die Naturforscher bisher mit einigem Erfolg gegen den Mißbrauch der Technik aufgetreten sind” (Phy.Blä. 1959:286). Er nannte als Beispiele die dritte Pugwash-Konferenz, die in Kitzbühel stattgefunden hatte und die “Göttinger Erklärung”. Weiter schreibt er: “Man sollte denken, daß die Geisteswissenschaftler, Theologen und Juristen, zuerst auftreten würden, aber nichts davon ist geschehen. Der Grund ist wohl ganz durchsichtig. Sie sind es ja, die überalterte Begriffe von Staat und Gesellschaft aufrechterhalten und an die Jugend weitergeben. Unsere Geschichtsbücher sind nichts weiter als Berichte von Kriegen und unsinnigen Streitigkeiten zwischen Fürsten und Staatsmännern, unter denen die Völker zu leiden haben. Und ein großer Teil der heute produzierten Literatur bewegt sich auf derselben Linie. Ich stimme mit Ihnen überein, wenn eine ‚blinde Verehrung der Naturwissenschaft‘ bekämpft werden muß. Aber ich fände es noch viel wichtiger, wenn Sie gegen die stumpfsinnige Fortsetzung überkommener geistiger Einstellung durch die Träger unserer Kultur, die Dichter und Philosophen usw. auftreten würden. Als Beispiel nenne ich das glänzende, im Grunde aber schreckliche Buch von Jaspers, der zwar die veränderte psychische Situation klar beschreibt, aber dann ganz und gar in politisch moralischen Begriffen befangen bleibt, die vergangenen Zeiten entstammen und aus den heutigen Schwierigkeiten nicht heraushelfen können” (Phy.Blä. 1959:286). Das waren nun im Jahr 1959 definitiv falsche Behauptungen. Die evangelische Kirche, insbesondere die Bekennende Kirche, Martin Niemöller und andere gehörten zu den prominentesten Sprechern der “Kampf dem Atomtod”-Bewegung. Born unterschlug weiterhin die zahlreichen Wissenschaftler und Schriftsteller, die sich an Aufrufen und Komitees beteiligt hatten, ganz abgesehen davon, dass er die SPD und die Gewerkschaften unerwähnt liess. Im Sinne von Borns Intervention konnte dann ein Leser der *Physikalischen Blätter* feststellen, “(d)aß Naturwissenschaftler philosophieren, ist eins der erfreulichen Zeichen unserer Zeit” (Jacobi in Phy.Blä. 1959:334-335).

Eine weitere deutliche Distanzierung trat mit Robert Jungks Buch "Heller als tausend Sonnen" von 1956 auf, denn seine Darstellung der Wissenschaftler, die führend am Manhattan-Projekt mitgearbeitet hatten, rief unter den deutschen Physikern eine zwiespältige Reaktion hervor⁶. Kliefoth äußerte sich in diesem Zusammenhang generell skeptisch zu journalistischen Berichten über die Tätigkeit von Wissenschaftlern, deren Beschreibung sei "einseitig, subjektiv und unvollständig" (25), weil sie nur auf "Reinpersönliches völlig überflüssig für das Ganze" achten würden. Die "echte Tragik" werde "verniedlicht" und die "Die Nichtphysiker ... bekommen ein verschobenes Bild" (26), aber damit meinte er nicht etwa die Erfahrungen der Emigranten oder der amerikanischen Physiker, sondern etwas ganz Grundsätzliches: "Bei den modernen Atomforschern ist nach ihrer Meinung der Wissensdurst nicht mehr das ausschließlich treibende Element sondern der Machthunger. Das ist eine wahrhaft erschreckende Vereinfachung und Verallgemeinerung" (Phy.Blä. 1957:25). Im Zentrum der Abwehr standen die Überlegungen Jungks zu den Verwicklungen der Wissenschaftler mit der politischen Macht, die die saubere Trennung der Welten von Politik und Wissenschaft sowie der in ihnen wirkenden Akteure in Frage stellte. Was auf dem Spiel stand, hatte die Redaktion schon 1956 feststellen müssen: "Der Nimbus der Wissenschaft und das absolute Vertrauen auf die Aussagen ihrer Vertreter hat irgendwie gelitten. ... Hörer und Leser bekommen [zudem] gelegentlich das Gefühl, daß es bei mancher Meinungsverschiedenheit gar nicht mehr um die Sache, sondern um Interessen geht" (Phy.Blä. 1956:432). Das zentrale Moment des eigenen Selbstbildes und die Vorstellung von Wissenschaftlichkeit, auf die es gründete, war damit gefährdet.

"Es klingt anmaßend, wenn der Autor des Buches von der unglaublichen Blindheit der ‚Informierten‘ spricht, die ‚in Wahrheit alle nur halb informiert sind und ihre für uns alle lebenswichtigen Entscheidungen aufgrund von Vermutungen treffen‘, und die als ‚Bestinformierte tappen und irren‘. Heute unter dem Aspekt der Atomwaffen, steht die Mitarbeit der Physiker an der Perfektion der Vernichtungsmittel, wie sie während des letzten Krieges in allen kriegführenden Ländern – Demokratien wie Diktaturen – gang und gäbe war, als ernste und grundsätzliche Frage vor uns. Es ist begreiflich, daß die Öffentlichkeit dazu kritisch Stellung nimmt, weil sie unmittelbar betroffen und bedroht ist. Die von Jungk aufgestellte Schlußfolgerung trifft aber – zumindest in ihrer Allgemeinheit – nicht den Kern: ‚Wären sie (die Wissenschaftler) dem Gebot der Menschlichkeit gefolgt, so hätten sie politisch klüger gehandelt‘ (Kliefoth in Phy.Blä. 1957:26). Die Öffentlichkeit darf sich dafür interessieren, was die Wissenschaftler tun, aber Mitspracherecht hat sie nicht und die Urteilsfähigkeit wird ihr abgesprochen, denn "es fehlt die Abstimmung aufeinander und die Wertung, die vorzunehmen sich kaum ein Fachmann zutrauen würde" (25). Von der Öffentlichkeit zieht man sich mit einem elitären Gestus zurück.

Was demnach noch wichtiger war als die Tatsache, dass die deutschen Physiker in Jungks Darstellung der Geschichte der Atombombe vergleichsweise positiv erscheinen und dies ihren eigenen Berichten eigentlich ziemlich nahekommt, war die Einheit der Physiker im Gegensatz zur Politik. Denn die Grundlage ihrer Selbstdarstellung in der Nachkriegszeit ist das große “Wir” der Physiker. Deshalb sah man sich zur Verteidigung Oppenheimers aufgerufen und zog die Linie zwischen den Akteuren wie gehabt: “Der Kampf um ihre Verwirklichung (der Wassestoffbombe) wurde hart geführt zwischen ihren Befürwortern, in erster Linie Militärs, und den Gegnern, vorwiegend Physikern, welche die Schwere der Verantwortung nicht mehr glaubten auf sich nehmen zu können” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1955:298)⁷. Voller Enthusiasmus seien sie für ihre wissenschaftlichen Aufgaben gewesen: “Ihrer Arbeit schenken sie ihre ganze Kraft. Es mag sein, daß sie sich von der Lösung ihrer Probleme Erfolge, Ehrungen und Anerkennung versprechen. Die Auswirkungen dieser Forschungen, die ihnen vom Staat aufgetragen werden, die sie irgendwie als ‚Funktionäre‘ dieses Staates durchführen, verursachen ihnen Gewissenskrupel und moralische Bedenken. Es ist das gleiche Problem, vor dem jeder Wissenschaftler steht, der an Erfindungen arbeitet, die dem Krieg, d.h. der Vernichtung dienen, nur daß der Fall der H-Bomben besonders kraß ist, weil es bei ihm letzthin um die entscheidende Frage von Sein oder Nichtsein der Menschheit geht” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1955:549). So gesehen war der Fall Oppenheimer eine ideale Identifikationsfigur für die deutschen Physiker, für das, was sie in der Vergangenheit erlebt und für die Konflikte, in denen sie gestanden hatten.

Einheit und Geschlossenheit des Wissenschaftler-Kollektivs nahmen in der deutschen Diskussion den allerersten Rang ein. Dies tritt im Unterschied zu den ausländischen Friedensbemühungen deutlich hervor, etwa im Vergleich mit der Russell-Initiative, die politischen Differenzen der Beteiligten explizit benennt Demgegenüber artikulieren die deutschen Stellungnahmen vor allem: “Die Physiker sind sich einig in der Ablehnung der Atomwaffen. Ohne Widerspruch wurde in Wiesbaden der Russell-Resolution zugestimmt, die vor jeglichem Mißbrauch der physikalischen Forschungsergebnisse warnt” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1955:480). Oder es hieß: “Über die Gefahren der Atombombe denken alle Physiker gleich, denn sie können deren Wirkung beurteilen” in einem Kommentar der *Physikalischen Blätter* zur Göttinger Erklärung unter dem Titel “Wird die Warnung gehört?” (*Phy.Blä.* 1957: 235-240). Die Einigkeit gründete hier in der professionellen Expertise, während sie im Russell-Aufruf durch das gemeinsame Anliegen in einer weltpolitisch außerordentlich kritischen Situation gegeben ist, bei der die wissenschaftliche Autorität durchaus in Anspruch genommen wird. Dort sind es viele, hier sind es alle.

⁶ Auch Heisenberg und Weizsäcker (vgl. Hoffmann 1993) waren unzufrieden mit dem Buch und fühlten sich mißverständlich dargestellt.

⁷ Ganz lapidar heißt “auf der Seite der Militärs stand Edward Teller” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1955:299).

Ein wesentlicher Schritt zur Herstellung dieser geschlossenen Einheit hatte sich mit der Artikelserie 1946/1947 und der Schaffung einer Widerstandslegende zur Ent-Schuldung des ganzen Berufsstands vollzogen. Der andere bestand im "Mythos von der deutschen Atombombe" (Walker 1990), so erklärte Wilhelm Walcher, einer der Unterzeichner der Göttinger Erklärung und ein ehemaliger Mitarbeiter am deutschen Uranprojekt der ersten Stunde, in einem Interview am 16. Mai 1957: "Wir waren entschlossen dazu (zum Atombombenbau, E.S.) unsere Hand jetzt so wenig wie in den vergangenen dunklen Jahren der Nazidiktatur zu reichen" und er fügt hinzu: "Wir jedenfalls aber wollten unser Gewissen mit der Produktion dieser ‚Wunderwaffe‘ nicht belasten" (nach Stölken-Fitschen 1995: 218). Ein Leserbrief unter der Überschrift "Atomphysik und Ethik" (Phy.Blä. 1955:285-287) formulierte es noch einmal ganz drastisch: "Wir stehen immer noch erschrocken vor der Tatsache, daß ein Albert Einstein die Wissenschaft zur Prostituierten ehrgeiziger Politiker erniedrigt hat". Solche Töne lösten bei den amerikanischen bzw. englischen Kollegen, insbesondere bei den Emigranten heftige Irritationen aus. Einstein selbst kam niemals mehr nach Deutschland und konnte die Gründe für Borns Rückkehr zwar verstehen, aber positiv beurteilte er dies nicht. Dessen ungeachtet entfalteten die *Physikalischen Blätter* einen ausführlichen Kult um seine Person, er wurde verglichen mit Goethe und Galilei, als ein wahrer Europäer bezeichnet und erhielt das größte Lob von allen, nämlich kein Spezialist zu sein. Der "Mythos Einstein" war ein Symptom der gestörten Beziehung.

Verschiedentlich, so auch im Fall des oben erwähnten Leserbriefs, erwies sich Max Born als unschätzbare Vermittler, der die Dinge zurecht rückt und doch zugleich eine Lanze für die deutschen Kollegen brach: "Der Beweggrund für die Physiker in Amerika und Großbritannien zur Arbeit an der Herstellung der Atombombe war die sehr berechtigte Furcht, daß Hitler diese Waffe in die Hand bekommen und dadurch die ganze Welt unterjochen könnte. Es gab deutsche Physiker, die aus demselben Grunde sich von der Mitwirkung an der Herstellung von Atombomben zurückhielten. Aber es gab auch andere, die bereit waren, ihrem Vaterlande jeden Dienst zu leisten. Es ist gänzlich unangebracht, diese heiklen Fragen, insbesondere die Verantwortung einzelner Männer für das, was geschehen ist, heute zu diskutieren und die "Guten" von den "Bösen" zu scheiden. Die Lage hat sich seit dem letzten Krieg geändert: Die ganze Menschheit ist in Gefahr. Wir müssen zusammenhalten, um dieser Gefahr zu begegnen" (Born in Phy.Blä. 1955:334-335). Dennoch wurde es eine außerordentlich schwierige Balance. Von Weizsäcker z.B. räumt in einer Rede vor dem Verband deutscher Studentenschaften am 29. April 1957 mit dem Titel "Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter" zunächst folgendes ein: "Ich wünsche, daß Ihnen klar ist, daß ich über diese Vorgänge keine moralischen Urteil fälle. Das steht mir nicht zu" (Weizsäcker 1986:18). Und dann folgt das "aber" später, in diesem Vortrag beträgt der Abstand sechs Sätze.

Den Kern der Rhetorik bildete Frage, die nicht beantwortet werden durfte: “Sollen und dürfen die Wissenschaftler sich an der Entwicklung von Atomwaffen beteiligen, obwohl sie die Konsequenzen kennen?” (Kliefoth in *Phy.Blä.* 1955:299). Oder bei Weizsäcker: “Durfte, mußte man zu den schrecklichen Waffen, die es gab, diese noch schrecklichere hinzufügen?” (Weizsäcker 1986:18). Welche Funktion dieser Frage zukommt, die fortwährend wiederholt wird, war in der Kritik des Herausgeber der *Physikalischen Blätter* an der Weltausstellung 1958 in Brüssel zu lesen: “Als eine Heimat der wissenschaftlichen Forschung wurde Deutschland jedenfalls nicht dargestellt ... Es gab viele Tafeln und Sprüche, aber ein großes Schild mit der Aufschrift war nicht da: ‚Die deutschen Physiker lehnen die Beteiligung an der Entwicklung und Herstellung von Atombomben ab‘. Wäre das nicht auch ein Hinweis zum Thema gewesen? Aber wenigstens sah man die Bilder der Nobelpreisträger, der an Zahl größten Reihe, die eine Nation zu zeigen hatte. Bescheidenheit ist für den Deutschen im Konzert der Völker zweifellos nützlich, und das Ausland wird Zurückhaltung sympathisch begrüßen. Aber im Palast der Wissenschaft schien Zurückhaltung weniger am Platze, denn ‚Wissenschaft ist unteilbar‘, und ihre Pflege und ihre Ergebnisse sind Beiträge zum Fortschritt der gesamten Menschheit. Wer wollte uns schelten, daß wir einen Robert Koch, einen Conrad Röntgen, einen Werner von Siemens, einen Max Planck zu unseren Landsleuten zählen? (Brüche in *Phy.Blä.* 1959:30)”. Er nannte noch Gutenberg und Luther, ein jüdischer Name in dieser Aufzählung hätte unangenehme Gedanken geweckt und seine Vorstellungen über die Eingliederung der deutschen Physiker in die internationale *Scientific Community* gestört. Die Erinnerung hätte die moralische Autorität untergraben hätte, die mit der Frage immer wieder beschwört wurde.

Das Bild der Wissenschaft und von den Wissenschaftlern, das in diesen Texten präsentiert wird, vereinigt Unbescholtenheit in der Vergangenheit und Prestige in der Zukunft. Aber im Glaspalast der “vornehmen Zurückhaltung” (so die Beschreibung des deutschen Pavillions auf der Brüsseler Expo im oben genannten Bericht) existierte ein blinder Fleck. Er betraf das eigene Verhältnis zur politischen Macht und die Verluste, die ein totalitäres System verursacht hatte. Was die deutsche Wissenschaft selbst nur zu sehr betraf, hatte Jungk angesprochen, den “Verlust eines Ethos, aus dem die Wissenschaft einst gewachsen war” (nach Kliefoth in *Phy.Blä.* 1957:25). Doch statt sich damit auseinanderzusetzen, wurde schon jede Idee und jede Möglichkeit zu einer solchen Vorstellung abgewehrt: “Die Naturwissenschaft überdauert Kriege und Revolutionen, Kulturkrisen, ja den Untergang ganzer Kulturkreise” (Fues 1953:537). Die Folgen davon waren nachhaltig und auf mindestens zwei Ebenen wirksam: Zum einen bildete sich ein Politikverständnis in moralischen Kategorien, das in eine generelle Polarisierung von Politik und Wissenschaft überführt wurde und keinen Raum für demokratische Vorstellungen liess, weder in Bezug auf die innere Verfassung des Wissenschaftssystems noch in ihrem Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Akteuren. Damit ging eine Realitätseinschränkung im Bezug auf das eigene Handeln und dessen Möglichkeiten

einher: “Der Glaube an die Wissenschaft und damit an die Wissenschaftler ist ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor, der viel Unheil *verhindern* kann und den auch ein abenteuerlicher Politiker nicht unberücksichtigt lassen kann” Phy.Blä. 1956:432, Hervorhebung von mir, E.S.). Nur die Hälfte der Wahrheit findet Eingang ins Bewusstsein, nur die eine Seite darf und soll zugegeben werden. Dies wiederum bewirkte eine Störung des Wissenschaftsverständnisses, denn woran keinesfalls gerührt werden durfte war der Verdacht, dass ihnen in ihrer Forschung die Kontrolle über die Entwicklung entgleiten könnte oder vielleicht gar schon längst entglitten war. Die vergangene Ursache der Ver-Störung, die sich durch Texte und Stellungnahmen zieht, ist dechiffriert und nicht mehr unmittelbar aus dem Gesagten zu erschliessen.

Die Stellungnahmen und Interventionen der deutschen Physiker zur Atombombe bewegten sich in einem komplizierten Dreieck von Staat, Wissenschaft und “Kampf dem Atomtod”- Bewegung. Während sie einerseits einen möglichst direkte Verhandlung mit den Politikern suchten, mussten sie sich andererseits bemühen, die unterbrochene Kommunikation zu den ausländischen Kollegen wiederherzustellen. Zunehmend trat dann die Aufmerksamkeit einer beunruhigten Öffentlichkeit dazu. Aber trotz aller Enttäuschung über die eher vorsichtigen und wenig eindeutigen Antworten der Wissenschaftler zu den Gefahren radioaktiver Strahlenbelastung und dem Herunterspielen der möglichen Risiken und Kosten einer noch gar nicht funktionsfähigen Technologie, wurden sie zu einer Art nationaler Hoffnungsträger und selbst zu einem Mythos, der zum Teil bis heute wirkt. Die Selbstdarstellung der Physiker nach dem Krieg war im Gleichklang mit der Rede von Wiedergeburt, Erneuerung und radikalem Neubau und speziell verwoben mit der Zukunftsorientierung auf Kernenergie. Inwieweit nun aber gerade auch die Physiker in die Erwartungen auf eine demokratischen und kritischen Orientierung im westlichen Nachkriegsdeutschland eingebunden waren, zeigte der Brief einer Gruppe von Studenten im November 1962 an Theodor W. Adorno, Ernst Bloch, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker, Golo Mann, und Theodor Heuss (vgl. Carson 1999). Ihre besondere moralische und politische Autorität, die den Physiker zu Adressaten werden liess, ging auf ein Verständnis von Wissenschaft und Objektivität zurück, wie es in der Göttinger Erklärung zum Ausdruck gekommen war, und das durch die rhetorische Oppositionsstellung zur Politik der Kritik entzogen wurde.

In der deutschen Nachkriegsgeschichte verhinderte diese Konstellation für lange Zeit eine kritische Auseinandersetzung mit den Naturwissenschaften, die auch in der Folge eng verwoben mit einer Bearbeitung der NS-Vergangenheit bleibt. Erst als die insistierenden Fragen der 68er Studentengeneration nach der ausgeklammerten Zeit beginnen, wird die Rolle, die von den Wissenschaftlern damals eingenommen wurden, systematisch untersucht und es bahnt sich eine Anknüpfung an die Wissenschaftsforschung in den anglophonen Ländern sowie an die Fragestellungen vor dem Zweiten Weltkrieg an. Aber bezeichnend bleibt, wie daran angeknüpft

wird, welche Radikalität die deutschen Diskussionen über Wissenschaft begleitete und welche außerordentlich empfindlichen Reaktionen nicht nur in den Kreisen der Naturwissenschaftler davon hervorgerufen wurden. Weil sie immer auch Lücken der bewussten Erinnerung bzw. ihre Verdeckung berühren, war zunächst kein Entgegenkommen denkbar und noch lange war keine Selbstverständlichkeit kritischer Auseinandersetzung vorhanden. "Es gibt heute viele, die die Technik überhaupt für die Atomwaffen verantwortlich machen, wie sie die Politik überhaupt für Auschwitz, und ich würde das eine wie das andere bestreiten" bemerkte Hannah Arendt zu einer solchen Art der Kritik (1964). Die Konstruktion eines Bilds von Wissenschaft, die zugleich schuldlos und machtvoll ist, fasziniert jedoch weiterhin. Im Jahr 1998 erschien Michael Frayns Theaterstück "Kopenhagen" über Heisenbergs Besuch bei Bohr im September 1941, zwei Jahre später kam der Roman "Forschergeist" von Sven Daubenmerkl (2000) auf den Markt. Die Universität der Künste Berlin veranstaltete am 6. Dezember 2002 eine "Lange Nacht zum 60. Jahrestag des Atomzeitalters". Hanns Henny Jahns Theaterstück "Trümmer des Gewissen" wurde 2002 in Dresden neu von Johann Kresnik inszeniert.

Es gab allerdings immer auch skeptische Stimmen. Bereits Ende April 1957 äußerte sich Karl Jaspers in einem Brief an Hannah Arendt, die die Nachricht von der Göttinger Erklärung eher positiv aufgenommen hatte, sehr kritisch zur Stellungnahme der Wissenschaftler (Arendt/Jaspers 1993:587-590). Er führte seine Argumente wenig später in einem Rundfunkvortrag (1957) aus und legte sie 1958 in seinem Buch *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen* ausführlich dar. Er kritisiert die Vermengung professioneller und politischer Verantwortung, ihre nichtssagende Unbestimmtheit bezüglich der anstehenden Probleme und spricht der Erklärung den ethischen Sinn ab, weil sie eine rein hypothetische Verweigerung darstelle. "Soviel man weiß, sind diese Physiker gar nicht zur Mitarbeit vom Staat aufgefordert. ... Es gibt sich eine moralisch fundierte Position kund, die Ansprüche macht, Aufsehen durch ethischen Ernst erregt" (Jaspers 1958:275). Er bezieht sich dann im folgenden direkt auf Max Born und Albert Einstein, wenn er auf das gefährliche Mißverständnis der Wissenschaftler über ihre Wissenschaft und die Verkennung der Funktionsweisen eines arbeitsteiligen Wissenschaftsbetriebes zu sprechen kommt. Jaspers legt die neuralgischen Punkte des wissenschaftlichen Selbstverständnisses frei. Die Gründe für Borns heftige Reaktion auf Jaspers gehört zu den Fragen, die ich hier nicht weiterverfolgen werde. Seine Sympathie gehörte Günter Anders, der wie Jungk ein Aktivist der Anti-Atomwaffen-Bewegung wurde und der sich mehr als jeder andere mit der Frage nach der Schuld und den Tätern des Atomzeitalters auseinandersetzt hat. Ihre Ausgangsposition als Verfolgte des NS-Regimes und Emigranten ist eine ganz andere als die, welche ich hier dargestellt habe. Es ist erstaunlich, wie sehr gerade von diesen Personen, die entschuldigende Rhetorik der deutschen Physiker unterstützt wird. In der Einleitung habe ich bereits die Vermutung angesprochen, dass die Positionen, die von

diesen Autoren eingenommen werden, im Rahmen einer “negativen Symbiose” (Diner) zwischen Deutschen und Juden in der Nachkriegszeit zu interpretieren wären.

Ich möchte, im Folgenden eine andere Richtung einschlagen und komme noch einmal auf Lise Meitner zurück. Ihr Fall ist symptomatisch für die Realitätsverzerrungen, die sich aus der Vergangenheit in die Zeit nach dem Krieg fortsetzten und dies hat die Würdigung ihrer wissenschaftlichen Leistungen stark beeinträchtigt. Ende 1947 erreichte sie eine Anfrage aus Mainz, von Fritz Straßmann, ob sie bereit wäre, eine Direktorenstelle im dortigen Max-Planck-Institut für Chemie, d.h. ihres ehemaligen nun dorthin umgezogenen und umgetauften Instituts, zu übernehmen. Sie zögerte und lehnte schliesslich ab. “Ich sage ganz aufrichtig, daß, wenn die Anfrage nicht von Ihnen gekommen wäre, ich sie wirklich nur mit “Nein” hätte beantworten können, obwohl mich die Sehnsucht nach meinem alten Wirkungskreis niemals ganz losgelassen hat. Aber was ist von diesem Kreis noch übrig und wie sieht es in den Köpfen der jüngeren Generation aus? Dazu kommt der Umstand, daß ich weder die Gabe noch die Neigung habe, Dinge nicht wissen zu wollen, weil sie zu bedrückend sind. Ich habe alle die schrecklichen Ereignisse, die das Hitlersystem mit sich gebracht hatte, sehr genau verfolgt und in ihren Gründen und Auswirkungen zu verstehen gesucht, und das bedeutet, das ich auch heute vermutlich zu manchen Problemen eine andere Einstellung habe als die Mehrzahl der deutschen Freunde und Kollegen. Würden wir uns verstehen können? Und ein gegenseitiges menschliches Verstehen ist doch die unerläßliche Grundlage für ein wirkliches Zusammenarbeiten. Ich zweifle nicht an Ihnen, aber das genügt nicht.” (nach Lemmerich 1998:515). Max von Laue, mit dem Meitner regelmäßig korrespondierte, sprach das Thema im Juni 1948 an: “Sie schreiben, Sie befürchteten in Mainz, falls Sie dorthin gingen, außerphysikalische Diskussionen über gewisse Fragen. Sie brauchten sich davor gewiß nicht zu fürchten, wenn Sie nur mit ein wenig Vertrauen uns, die wir in Deutschland mehr oder minder freiwillig geblieben sind, entgegetreten wollten. Einen Gegensatz zu Österreichern empfinden *wir* gewiß nicht. Überhaupt ist ja das schlimmste Übel der gegenwärtigen Welt das allgemeine Mißtrauen. Gegen die Stimmung der Massen ist da wenig zu machen. Aber Unsereiner sollte sich doch davon frei halten” (nach Lemmerich 1998:516). Meitner antwortete ihm wenig später darauf: “Was die Mainzerfrage betrifft, so könnte ich Ihnen erzählen, daß ich von vielen *deutschen* Freunden schon unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg zu hören bekam, ich könnte die Notwendigkeiten und Probleme in Deutschland nicht richtig beurteilen, weil ich eine Österreicherin sei. Und die durchaus sehr wesentliche Frage des Antisemitismus in Deutschland haben Sie außer Betracht gelassen” (Lemmerich 1998:518). Auf diesen Punkt ging von Laue in den folgenden Briefen nicht mehr ein und Meitner sah sich gezwungen, das Thema fallen zu lassen.

Die intensiven und zum Teil hektischen Bemühungen der Physiker um Institutionalisierung, staatliche Förderung und Kooperationen mit der Industrie bildeten den Hintergrund für eine

rücksichtslose Instrumentalisierung ihrer Person, die Meitner in der Gründungsgeschichte des Hahn-Meitner-Instituts erfuhr. Der Neubeginn auf der Grundlage einer "ruhmreiche(n) Tradition deutscher Forschung, die sich im Dritten Reich nicht kompromittiert hatte" (Weiss 1990:228) liess sich nur schwer mit den Komplikationen vereinbaren, die die Ehrung der jüdischen Wissenschaftlerin anscheinend mit sich brachten. Mit der "Benennung eines Forschungsinstituts, das die "Eltern des Atomzeitalters" (Berliner Illustrierte) nach mehr als zwanzigjähriger Trennung in einem Akt symbolischer Wiedergutmachung erneut vereinte" (Weiss 1990:228) war der Kompromiß gefunden, der für eine Frau, Jüdin und Zeugin in dieser Zeit erreicht werden konnte. Ohne den frauenpolitischen Nachdruck von Marie-Elisabeth Lüders wäre wahrscheinlich ihr Name an dieser Stelle nicht erschienen. In der deutschen Geschichte kommt man an der Differenz von Täter- und Opferkollektiv nicht vorbei, wie sie sich mit der Rolle der Geschlechterdifferenz in der deutschen Nachkriegsgeschichte verschränkte, ist der Gegenstand des folgenden Kapitels.

III. Friedensfrauen

III.1. Rahmenbedingungen

“Zog die Mutter gestern noch
Wie ein weißer Mond den Schlaf heran,
Kam die Puppe mit dem fortgeküßten Wangenrot
in den einen Arm.
Kam das ausgestopfte Tier, lebendig
in der Liebe schon geworden,
in den andern Arm, –
Weht nun der Wind des Sterbens,
bläst die Hemden über Haare fort,
die niemand mehr kämmen wird.”

Aus: *O der weinenden Kinder Nacht* von Nelly Sachs.¹

In den Romanen und Theaterstücken über die Wissenschaftler sind die wichtigsten Frauengestalten in der Rolle der Gefährtin des Helden oder als unbeteiligtes Opfer der möglichen Katastrophe anzutreffen. Zur ersten Kategorie gehört die Ehefrau Jeanne in Jahnns “Trümmer des Gewissens” (1993), die ihrem Mann Jakob Chervat entschlossen in den Untergang folgt, trotz der sich bestätigenden Zweifel an der Gesundheit ihres Sohnes, und die an ihrem zweiten strahlengeschädigten Kind, einer Tochter, zur Kindsmörderin wird². Galileis Tochter Virginia bei Brecht (1969) interessiert sich nicht für Wissenschaft und ihr persönliches Glück zerschellt im Konflikt ihres Vaters mit der kirchlichen Autorität, wogegen auch die Einwände der fürsorglichen Frau Sarti, der Haushälterin, nichts auszurichten vermögen. Bei Gregor-Dellin begegnen wir am “Nullpunkt” (1959) einer Frau, die selbst Wissenschaftlerin ist, Esther Garland, einer Meteorologin. Sie verkörpert die deutsche Vorstellung von der emanzipierten amerikanischen Frau, jung, sexy, verwegen, die zur Wetterbeobachtung im Flugzeug unterwegs ist, was sie jedoch mit dem (Strahlen-)Tod in der Folge eines Wasserstoff-Bomben-Tests auf einer Pazifikinsel bezahlen muß. Bis zum Schluß bleibt sie unerreichbar für den Gewissenskonflikt des einsamen und heimatlos gewordenen Physikers Jonas Blohm, der nach dem Krieg einzig in den großen militärischen Projekten im Westen der USA Forschungsmöglichkeiten und Karriereaussichten geboten bekommt. Im Dialog mit seinem Freund und Kollegen Hans Betnarrek vergrößern sich allmählich seine Skrupel, aber er teilt nicht dessen politische Erfahrung (“deutscher Antinazi”) und kann dessen erlösende Hinwendung zur asiatischen Weltweisheit, die in Gestalt eines japanischen Handelsreisenden zum Geschehen tritt, nicht miterleben, statt dessen wählt er den Selbstmord. In

¹ Nach Vesper-Triangel/Ensslin (1981:86).

Zuckmayers "Das Kalte Licht" (1976) tritt ebenfalls eine Wissenschaftlerin auf. Hjördis Lundborg ist Assistentin, Ehefrau und Geliebte, alles in einer Person, und sie begleitet die Hauptfigur, einen politischen Emigranten des NS-Regimes, durch seine Auseinandersetzungen mit seinem ehemaligen Lehrer und Professor, dessen Ehefrau sie ist, bis zum Scheitern seines Glaubens an eine gerechte, sozialistische Gesellschaft. Im Laufe der Handlung dieser Klaus-Fuchs-Geschichte wird sein Verrat aufgedeckt und es wird ihm seine Instrumentalisierung durch ein korruptes und totalitäres Regime bewußt, Hjördis wird auf ihn warten. Dürrenmatts "Physiker" (1980) diskutieren ebenfalls ausführlich das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft in ihren Debatten und sie müssen am Ende feststellen, daß sie in ihrem Wahnsinn, ihrem Ehrgeiz und Machtstreben bei der Suche nach der Weltformel, von einer Frau, nämlich von der sie betreuenden Ärztin, übertroffen werden.

An dem Gerichtsverfahren in Kipphardts "Der Fall Oppenheimer" (1966) nehmen keine Frauen teil. Auch die Wissenschaftler in Weisenborns "Göttinger Kantate" (1984) sind sämtlich Männer, unter dem als Chor repräsentierten Volk tauchen Frauen auf. Die Schaufensterpuppen in seiner "Familie von Nevada" (1967), zu der natürlich auch weibliche Exemplare gehören, wissen alle nichts von dem Bombentest, in dem sie als Versuchsobjekte benutzt werden sollen, während auf der Seite der Wissenschaftler, die sich darüber im klaren sind und die sich darüber streiten, wiederum keine Frau dabei ist. Wenn überhaupt eine weibliche Stimme mit einer gewissen Autorität vorgesehen ist, wie Brechts Frau Sarti, dann gründet diese auf einem der Wissenschaft fremden Erfahrungszusammenhang. Erst etwa 25 Jahre später, im Kontext der Friedensbewegung der 1980er Jahre aber hat diese Position genügend Gewicht, um allen Ernstes der Wissenschaft entgegengestellt zu werden und dann kann die "Die Friedensfrau" (1989) bei Jens sogar zu einer Titelfigur zu werden, mit Wissenschaft hat sie allerdings nichts zu tun.

In der Literatur der 1950er Jahre findet sich lediglich eine Wissenschaftler-Heldin, eine Kommilitonin von Pfahlers "Atombändiger" (1956), unter deren Einfluß er die zerstörerischen Dimensionen seiner Forschung erkennt, und sich fortan der friedlichen Nutzung der Kernenergie widmet. Die Gefahren der Radioaktivität liegen in deren Wesen begründet, sind geheimnisvoll und unbegreiflich, daher besteht die Lösung des faustischen Grundkonflikts in der richtigen geistigen Haltung, um die die männlichen Protagonisten ringen müssen. Der Frau, einer Wissenschaftlerin mit wirklich weiblichem Gefühl - wie weh tut dem Atom das Zerplatzen? - erschließt sich diese Denkweise intuitiv, doch eine wissenschaftliche Karriere ist damit ausgeschlossen, sie wird Mutter in einer Ehe aus Mitleid und ohne Leidenschaft. Eine ähnliche Figur erfindet Gertrud LeFort in "Das Tor des Himmels" (1954), eine Nichte Galileis, die zwar wissenschaftlich interessiert ist, aber am Ende der Erzählung doch auf Himmelserkundung und Liebesglück, auf Intellektualität und

² Zum rigorosen Geschlechterdualismus bei Jahn, siehe Stalman (1998).

Sexualität verzichtet und ins Kloster geht – auf ihre Position in diesem Kontext werde ich zurückkommen.

Die Männerphantasien entwerfen die Frauengestalten in diesen Geschichten als unwissend und ignorant, als draufgängerisch und wahnsinnig, verzichten ganz darauf oder versinken im Kitsch. Es handelt sich um eine Serie von Weiblichkeitsstereotypen, die in einem auffallenden Kontrast steht zur gesellschaftlichen Verantwortung und zu dem politischen Engagement von Frauen in der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie in der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung der BRD und die Stationierung von Atomwaffen in Westdeutschland. Die Stimmen von Frauenverbänden und Frauengruppen hatten zu den ersten überhaupt gehört, die das Thema Frieden und die Atombomben-Gefahr auf die politische Tagesordnung der Nachkriegszeit setzten und sie reagierten ohne Verzögerung auf die "Göttinger Erklärung". Sieht man die Aufrufe und Stellungnahmen in der Dokumentationssammlung des "Blaubuchs" durch, so wird deutlich, daß in diesen Texten ein besonderer Friedensauftrag der Frauen zum Ausdruck gebracht wird. So heißt es dann: "Wir Frauen", "Wir Frauen und Mütter" in "Sorge um den Bestand des menschlichen Lebens" fürchten die "Bedrohung der nachfolgenden Generationen" oder die "Bedrohung des Lebens" und das "Schicksal unserer Kinder" (Blaubuch 1958:209-215) im Unterschied zu den sonstigen Texten, in denen die Standardformulierung lautet: "mit Besorgnis...". Prominente Namen finden sich unter den Initiatorinnen und Unterzeichnerinnen, zumeist Schriftstellerinnen und Politikerinnen, Frauen aus dem akademischen Milieu und der protestantischen Kirche. Dazu gehörten die Frauenpolitikerinnen Marie-Elisabeth Lüders und Agnes von Zahn-Harnack, die Schriftstellerinnen Ina Seidel und Marie-Luise Kaschnitz, deren berühmtes Hiroshima-Gedicht (Faßmann 1983:220) heute noch in vielen Schulbüchern steht. Auch die "Kampf dem Atomtod"-Bewegung brachte so verschiedene Frauen wie Gertrud LeFort und Ingeborg Bachmann im Rahmen eines "Aufrufs von Persönlichkeiten des kulturellen Lebens" zusammen (Blaubuch 1958:135-136). Der Aufruf des Deutschen Frauenrates vom 2. Januar 1958 schließt mit den Worten: "Nicht schweigen" heißt für uns deutsche Frauen gerade jetzt zu fordern, daß die Bundesrepublik nicht zum Zentrum der Atom- und Raketenrüstung in Europa wird" (Blaubuch 1958:212), wobei sich das Zitat auf eine oft wiederholte Wendung von Lüders bezieht: "Wer schweigt, stimmt zu". Doch die Einheitlichkeit des "Frauen-Wir" in der Verantwortung für "das Leben" täuscht darüber hinweg, daß der Friedenskonsens der Frauenbewegung in den Jahren 1957 und 1958 schon längst nicht mehr unproblematisch war.

Mein Vorhaben besteht im folgenden darin, die Rolle der Frauen in der Bewegung gegen Atomwaffen und jene Momente zu charakterisieren, an denen die Einstellungen auseinander drifteten. Dann werde ich am Beispiel der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB) eingehender analysieren, wie ihr Verhältnis zur Vergangenheit sowohl das politische Eingreifen

motiviert als auch zum Abdrängen der Geschlechterfrage und Geschlechterkonflikte geführt hat. In diesem Rahmen werde ich zum Schluß darauf eingehen, welche Auswirkungen damit für das Verhältnis von Frauen und Wissenschaft gesetzt waren. Zunächst jedoch ist dafür eine allgemeine Verortung der Positionen im frauenpolitischen Kontext und im Geschlechterdiskurs der ersten Nachkriegsjahre und der jungen BRD notwendig.

Das Ost-West-Problem in der Frauenpolitik

In der Frauenpolitik hatten direkt nach Kriegsende die Grundsätze des Pazifismus und der Gleichberechtigung an oberster Stelle gestanden und zwar als zwei miteinander verbundene Ziele, die von Frauen unterschiedlichster politischer Strömungen geteilt wurden. Die Beteiligung von Frauen an der Politik auf kommunaler Ebene in den ersten Nachkriegsjahren dokumentiert ein Politikverständnis auf der Grundlage der Verantwortung der Frauen für das Überleben in der Zusammenbruchsgesellschaft (Genth 1996, Gerhard 1993, Kuhn 1984, 1985). Die Hoffnung auf eine demokratische und friedliche Zukunft war assoziiert mit einem generellen Bild der Frau, das ihr Friedfertigkeit, Menschlichkeit und Gerechtigkeitsinn zuschrieb. “Wir Frauen haben gelernt, daß wir stark sind und wenn unser weiblicher Einfluß auf das gesamte Leben mächtiger wird, wissen wir, wird es friedlicher und menschlicher sein” hieß es in einer Eröffnungsrede zum “Interzonalen Deutschen Frauenkongreß für den Frieden”, mit dem am internationalen Frauentag 1947 der “Demokratische Frauenbund Deutschlands” gegründet wurde (nach Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:230). Auch auf der ersten Frauenkonferenz der Westzonen, die im darauf folgenden Mai stattfand, waren Frieden und Völkerverständigung das zentrale Anliegen der Reden und der verabschiedeten Resolution gewesen. Die Frauenpolitikerinnen Clara von Simson, Marie-Elisabeth Lüders und Agnes von Zahn-Harnack, Mitglieder des einflußreichen Wilmersdorfer Frauenbundes (später Berliner Frauenbund), waren entscheidend beteiligt an der Initiative, einen Artikel zur Kriegsächtung und Friedensförderung sowie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in die Berliner Verfassung aufzunehmen. Im Fall des letzteren gelang dies, womit das Verweigerungsrecht zum ersten Mal in einer deutschen Verfassung verankert wurde und später im Grundgesetz der BRD als Grundrecht verankert wurde. Im März 1950 wird eine Erklärung gegen Adenauers erste Pläne zu einer Remilitarisierung veröffentlicht, unterzeichnet von den meisten Frauenverbänden, die sich gegen eine “Wiederaufrüstung Deutschlands in irgendeiner Form” ausspricht. Es war die letzte gemeinsame Stellungnahme (vgl. Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:247).

Das Jahr 1949, mit dem Ende der Berliner Blockade und der Gründung der BRD, markiert eine frauenpolitische Wende: “Das Ende der antifaschistischen Grundstimmung in der deutschen Nachkriegsgesellschaft und die zunehmende Westintegration der jungen Bundesrepublik liefen

parallel zu dem Zurückdrängen von Frauen aus beruflichen und öffentlichen Positionen” (Meyer 1994:375). Mit der Konzentration auf den materiellen Wiederaufbau und unter dem Druck der Drohungen des Kalten Krieges zersplitterte die Überparteilichkeit der Frauenorganisationen, brach der frauen- und friedenspolitische Konsens auseinander. Vor allem der Staatsbürgerinnenverband, der zuerst unter dem Namen “Notgemeinschaft 1947” aktiv wurde und dessen Gründungsveranstaltung 1948 in Berlin unter dem Thema “Atomenergie und Frieden” stattfand, profilierte sich bald durch eine Abwehrhaltung gegenüber dem Kommunismus, um den “Bestand der europäischen Ordnung und Kultur” (u.ä., vgl. Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:247, 249) zu sichern. Aber der Kundgebung im März 1948, die von dieser Seite unter dem Motto “Dem Reich der Freiheit werb’ ich Bürgerinnen” (Louise Otto Peters) organisiert wurde, mochten sich nicht alle Vertreterinnen der “alten” bürgerlichen Frauenbewegung anschließen; dies galt ebenso für die Freiheitskundgebung im März 1950. Zugleich knüpften auch sie ihr Engagement für den Frieden zunehmend an die Bedingung persönlicher Freiheit und Freiheit von kommunistischer Unterdrückung, schließlich gab um 1950 auch der Berliner Frauenbund seine Kooperationsbereitschaft auf und in der Rhetorik traten bisweilen scharf antikommunistische Züge hervor, ab 1952 gingen die Aktivitäten des Ausschusses für Friedensfragen in der gesamtdeutschen Frage auf (vgl. Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:252). Zwar gab es seitens der Frauenorganisationen keine offizielle Zustimmung zur Wiederbewaffnung, aber es war ein deutliches Nachlassen der friedenspolitischen Aktivitäten zu verzeichnen (vgl. Stoehr 2000:178). Der Deutsche Frauenring, dessen Gründung als Nachfolgeorganisation des Bunds Deutscher Frauenvereine (BDF)³ im Oktober 1949 forciert betrieben wurde, um die Ausbreitung des DFD im Westen zu verhindern, schwieg zur Wiederaufrüstung (vgl. Stoehr 1999:190).

Das Mißtrauen gegenüber den kommunistischen Frauen- und Friedensorganisationen war seit 1947 immer deutlicher geworden. Schwer zu akzeptieren war deren Besetzung des Friedensthemas durch eine stereotype Friedensrhetorik entlang der umstandslosen Verkettung von “Frauen – Mütter – Frieden”, wie sie etwa in den beliebten Kinderwagen-Demonstrationen mit Slogans wie “Meine Mutti kämpft mit dem DFD gegen den Krieg – und Du?” zum Ausdruck kam. Das Ende des Friedenskonsenses wurde unausweichlich mit der Blockade Berlins, als in diesem Krisenmoment des Kalten Krieges der DFD seine erfolgreichste Kampagne für den Frieden auslöste. Zu offensichtlich stand die Leitparole “Für das Verbot der Atombombe”, die zu diesem Zeitpunkt noch US-amerikanisches Monopol war, im Interesse der sowjetischen Außenpolitik. Zu plump war die Übertragung der politischen Blöcke in einen moralischen Gegensatz von “Kriegstreibern” im Westen, denen “das gewaltige Friedenspotential unter der Führung der Sowjetunion” gegenüber gestellt wurde, wie etwa in einer Flugblattaktion im Juli 1950 anlässlich der US-Intervention in Korea.

³ Am 15. Mai 1933 hatte der Gesamtvorstand des BDF die Selbstauflösung beschlossen, um der drohenden

Im Gegenzug zum anwachsenden Antikommunismus formierte sich allerdings Anfang der 1950er Jahre eine Strömung, die an der eingeschlagenen Richtung überparteilicher Friedensarbeit festhalten wollte. Das Ziel einer gemeinsamen Arbeit für Frieden und Wiedervereinigung, gegen Antisemitismus und Aufrüstung stand am Beginn der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung. Ihrer offiziellen Gründung in Göttingen im Januar 1952 ging eine erste Konferenz in Velbert am 14. Oktober 1951 voraus, der bald zahlreiche andere in verschiedenen Städten der Bundesrepublik folgten. Im Manifest von Velbert hieß es: "Um des Lebens willen müssen wir sprechen. Wir rufen Euch alle! Wir rufen das Volk! Wir rufen unsere Abgeordneten (...). Wir dürfen keinen Schritt weiter in der Entzweiung unseres Volkes gehen, keinen Schritt weiter in der Remilitarisierung!" Diese Frauen setzten mit Nachdruck auf eine Politik der Verständigung mit den kommunistischen Regierungen und auf eine Aufklärung über die Situation in den Ostblockländern. Aus einer christlich-konservativen Orientierung heraus insistierten sie auf dem Grundsatz einer Zusammenarbeit mit Andersdenkenden und verschlossen sich keiner Weltanschauung, keiner konfessionellen oder politischen Überzeugung: "Aus verschiedenen Quellen ist also die Bewegung von Anfang an gespeist. Diese Verschiedenheit ist ihre Stärke und Schwäche zugleich" (Klara-Marie Faßbinder: "Fünf Jahre Velbert", in: Frau und Frieden, Heft 10, 1956, S. 2).

Eine solche Haltung stand im Westdeutschland der 1950er Jahre von Anfang an unter Ideologieverdacht. "Friede" erschien als Codewort zum Zweck der "kommunistischen Infiltration" und der Irreführung argloser Frauen durch "kommunistische Tarnorganisationen". "Das öffentliche Bekenntnis zum Frieden – insbesondere in Verknüpfung mit der Frauen- und Mütter-Rhetorik – wurde in dieser Zeit geradezu zum Geheimcode für weiblichen Kommunismus, vor dem die einfachen westdeutschen Frauen gewarnt werden mußten" (Stoehr 2000:176). Vor allem war der Unterschied zwischen kommunistischem und nicht-kommunistischem Friedensengagement verwischt und unkenntlich, und stellte ein Problem dar, das mit dem Verbot der KPD im Sommer 1956 und der Illegalisierung kommunistischer Organisationen eher zu- als abnahm. Denn die allgemeinen Floskeln in der Art von "Friede und Freiheit sind unteilbar" stellten eine recht lahme Abwehrreaktion gegen die Überzeugungskraft vom Frieden als dem erstrangigen Anliegen dar, zumal die westorientierten Frauenverbände auf Distanz zu einem vorbehaltlosen Engagement für den Frieden gegangen und Einzelstimmen schließlich teilweise auch in der Gegnerschaft zur Wiederbewaffnung nachgegeben hatten⁴. Die Rede von der besonderen Verantwortung der Frauen für den Frieden entpuppte sich als ein höchst oberflächlicher Konsens und überspielte die

Gleichschaltung zu entgehen (Schmidt-Waldherr 1987:188-194).

⁴ "Mit Wehmut denke ich an jene Arbeit (des Aufbaus der Westdeutschen Friedensbewegung, E.S.), weil so manche der damaligen Mitarbeiterinnen heute im anderen Lage steht. Der Mann wollte nicht mehr, als Angriffe in der Öffentlichkeit kamen. Die Tochter heiratete einen Diplomaten, oder ging ins Lehrfach, wo inzwischen der bekannte andere Wind zu wehen angefangen hatte", schrieb Klara-Marie Faßbinder im Rückblick auf "Fünf Jahre Velbert" (Frau und Frieden, Heft 10, 1956:2).

Divergenzen, an denen sich ein tiefgreifendes Dilemma frauenpolitischer Positionen in der Nachkriegszeit offenbarte und das den Interventionen von Frauen in der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung zugrunde lag.

Frieden oder Gleichberechtigung

Irene Stoehr, deren Darstellung ich hier weitgehend folge, stellt insbesondere heraus, daß die enge Verbindung von Demokratisierung und Antikommunismus im politischen Bewußtsein Westdeutschlands den Raum für eine selbständige und überparteiliche Frauenpolitik zunehmend beschränkte. Die Frauenverbände, die sich ein westintegriertes, antikommunistisches Profil zulegte, reagierten auf den Ideologieverdacht, den jede Rede vom Frieden traf, mit dem Rückzug auf ein staatsbezogenes Politikverständnis. "Nach den wenigen Nachkriegsjahren, in denen sie maßgeblich daran beteiligt waren, die Organisation des Überlebens als ‚politisch‘ zu propagieren und sichtbar zu machen, hatten sie sich in den fünfziger Jahren auf das Primat des ‚Politischen‘ – im herkömmlichen Verständnis – eingeschworen. Das bedeutete, daß Themen wie Demokratie, Totalitarismus, Politische Bildung, Flüchtlingsfragen und Osthilfe, den Vorrang hatten gegenüber Problemen der Geschlechterhierarchie" (Stoehr 1997:65). Die rasche Zentralisierung der Frauenverbände verstärkte diese Tendenz erheblich, zumal sie von Seiten der westlichen Alliierten bald unterstützt wurde, deren Programm einer Erziehung zur Demokratie es vorsah, die Frauen zu "politisieren" (vgl. Rupieper 1993). Zunehmend wurde der "richtigen" Politik, inklusive einer Frauenreferentin beim Ministerium für gesamtdeutsche Fragen und der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, Vorrang eingeräumt gegenüber einer Arbeit in den kommunalen Frauenausschüssen mit ihrem Schwerpunkt auf sozialen Fragen. Allerdings erzielte die Aneignung der "Männersache" Politik kein ganz vollendetes Ergebnis, denn über die gesamtdeutschen Konferenzen, die der Staatsbürgerinnen-Verband in den 1950er und 1960er Jahren durchführte, ist festzustellen: "Weibliche Redner kamen zunehmend seltener zu Wort und Frauenfragen wurden nicht explizit behandelt" (Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:250).

Die dezidiert antikommunistische Haltung unterminierte das feministische Ziel der Gleichberechtigung. Denn sie verband sich mit dem antifeministischen Stereotyp, das ein "spezifisch weibliches Defizit der politischen Urteilsfähigkeit" (Stoehr 2000:179) behauptete, und rief ein negatives Frauenbild auf, das diese als "vertrauensselig, leicht beeinflussbar, urteilsschwach" (Stoehr 1997:71) hinstellte. Das Mißtrauen wurde gegen die Frauen überhaupt gelenkt, die als besonders anfällig für die Verführungen der kommunistischen Friedensrhetorik galten. Der "feministische Anti-Kommunismus" (Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:254) bzw. das "antikommunistische Konzept

weiblicher Staatsbürgerschaft” (Stoehr 2000:169) griff auf die Gegenüberstellung von Verstand und Gefühl zurück und gab ihr die Form von “Gefühlspolitik” versus staatsbürgerliche Vernunft.

Die Frauen der Friedensbewegung und der Friedenskonferenzen widersetzten sich der Diffamierung und den Einschüchterungsversuchen von antikommunistischer Seite an ihrem Plädoyer für Frieden und Verständigung, unter den Prinzipien der Meinungsfreiheit und Gewaltfreiheit orientierten sich alle ihre Stellungnahmen an den Fragen, die sie sich zu eigen machten. In deutscher Perspektive engagierten sie sich für die Wiedervereinigung und Entmilitarisierung Deutschlands, aus der sich die Ablehnung der Atombewaffnung direkt ergab. In internationaler Perspektive traten sie für eine Völkerverständigung in Sinne einer *family of man*⁵ ein und interpretierten die Menschenrechte nicht nur im Hinblick auf formale politische Gleichberechtigung sondern auch als Rassengleichheit und soziale Gerechtigkeit, thematisierten das ungelöste Problem des Hungers und bezweifelten den Sinn der Todesstrafe. Beharrlich wandten sie sich gegen das Verschweigen der NS-Verbrechen, gegen das Wiederauftauchen von Antisemitismus, Revanchismus und Neonazis. In einer Verbindung von christlicher, mütterlicher und nationaler Verantwortung, wobei auch mit Kritik an der Kirche gegebenenfalls nicht gespart wurde, griffen sie die Themen einer kritischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik auf und behandelten sie aus ihrer Sicht. Dennoch waren aber ganz wie in der westorientierten Frauenbewegung auch in diesen Kreisen die Fragen der Geschlechterhierarchie weggefallen: “Was die Friedensfrauen tatsächlich nur am Rande interessierte, war eine grundsätzliche Verbesserung der Situation der Frauen, also Geschlechterpolitik im heute gebräuchlichen Sinn” (Stoehr 1999:196). Einer ihrer Kernpunkte, die außerhäusliche Erwerbsarbeit der Frau wurde, wenn überhaupt, in kritischer Absicht angesprochen. Ebenso blieb in den traditionellen Frauenverbänden die Erwerbsarbeit von Müttern umstritten, z.T. wurde dafür die Arbeitspflicht in der DDR als Gegenargument angeführt; im Endeffekt wurde Frauenerwerbsarbeit als Privatsache behandelt.

In der Opposition gegen die Atombewaffnung lebt der einstige Konsens der Frauen noch einmal auf, fanden die auf Friedenspolitik oder politische Partizipation gerichteten Bestrebungen für eine kurze Weile zusammen, was aber im Rahmen weniger gemeinsamer Manifeste blieb, während sich in den Aktivitäten die Brüche sogleich wieder abzeichneten. In ihrem Rückblick auf den “Frauen-Atom-Kongreß” der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung in der Frankfurter Paulskirche am 7. Juli 1957 schrieb Klara-Marie Faßbinder, prominenteste Wortführerin der Bewegung und Autorin zahlreicher Leitartikel in deren Zeitschrift *Frau und Frieden*: “Sollten nicht die zentralen Frauenverbände ihre Bedenken überwinden und in dieser einen Frage mit oppositionellen Frauenverbänden zusammengehen können? ... Unsere Erwartungen wurden enttäuscht! Das Mißtrauen, die politische Rücksichtnahme, vielleicht auch eine mangelnde Kenntnis

von der Ohnmacht gerade unseres Volkes, sich in einem Atomkrieg zu schützen, waren stärker als unsere Argumente, obgleich sie in der Zwischenzeit im Appell der 18 westdeutschen Atomforscher eine unerwartete Stütze gefunden hatten; obwohl ...”, aufgezählt werden die Abrüstungsgespräche in London, die Osterbotschaft von Pius XII., der Aufruf Albert Schweitzers. Der Physiker Karl Bechert hatte abgesagt und die Alterspräsidentin des Bundestages, Marie-Elisabeth Lüders hatte ihre späte Zusage dann doch wieder zurückgezogen; insgesamt vermerkte Faßbinder: “die zentralen Frauenverbände verhielten sich ablehnend” (Frau und Frieden 1957, Heft 8, S.4-7). Die antikommunistischen Verdächtigungen wirkten abschreckend.

Ausgedehnte Verschiebungen zwischen Politik und Geschlecht

Um die Konturen des frauenpolitischen Dilemmas zu erfassen, in dem zwischen der friedenspolitischen und der partizipativen Orientierung die Geschlechterfrage als gesellschaftliches Strukturproblem nicht mehr auftauchte, möchte ich den Rahmen des Diskussionsfeldes weiter aufspannen. Im Ost-West-Konflikt liefen zentrale politische Bedingungen zusammen, die den verschiedenen Teilen der Frauenbewegung von außen gesetzt waren. Dies soll im Folgenden ergänzt werden, durch die Frage, welche Motivationen dabei von Seiten der Frauen selbst eingegangen wurden und insbesondere welche Aspekte aus ihrem Umgang mit der Vergangenheit herrühren. Ich schlage also eine Erweiterung vor, in der die Frauenpolitik bzw. das politische Selbstverständnis von engagierten Frauen im Kontext des nationalen Gedächtnisses analysiert wird. Eine solche Fragestellung wird unterstützt durch eine Reihe neuer Studien. Es sind Untersuchungen zum Zusammenhang von Geschlechterverhältnis und Geschlechterdifferenz in der deutschen Nachkriegsgeschichte, zur Wechselwirkung zwischen der Restauration patriarchaler Familienstrukturen und der Remaskulinisierung nationaler Identität sowie den Auswirkungen eines apolitischen Kulturbegriffs auf das verzögerte Verständnis dieser Zusammenhänge. Einige Ergebnisse dieser Studien sollen im folgenden kurz zusammengefaßt werden, um vor diesem Hintergrund auf die Frauenfriedensbewegung zurückzukommen und eine detaillierte Betrachtung ihres rhetorischen Umgangs mit der Vergangenheit und den darin liegenden Bedeutungen aufzunehmen.

In den letzten Jahren ist ein differenzierteres Bild auf die 1950er Jahre erarbeitet worden und speziell mit einigen Mythologisierung in Bezug auf die Frauen dieser Zeit wurde aufgeräumt. Die Studien zu diesem Abschnitt der Frauen- und Geschlechtergeschichte machen deutlich, daß keine Rede davon sein kann, daß die Frauen einfach brav zurück an den häuslichen Herd gekehrt und sich wieder ihren Familienpflichten zugewandt hätten. Zwar hatten in der Zusammenbruchsgesellschaft der

⁵ So lautete der Titel einer Fotoausstellung, die 1955 vom Museum of Modern Art in New York organisiert

1940er Jahre die Hoffnungen auf familiäre Solidarität die Bedeutung aller anderen sozialen Beziehungen bei weitem überragt, aber die Konflikte und Enttäuschungen stellten sich unter den in jeder Hinsicht beengten Bedingungen bald ein: “Als wir wieder zusammen waren, ging der Krieg im Kleinen weiter” (Meyer/Schulze 1985). Die Scheidungsraten stiegen mit den Zahlen der Kriegsrückkehrer und erreichten 1948 einen Höhepunkt⁶. Als Konsequenz dieser “Ehetrümmern” richteten sich die Frauen der Nachkriegszeit in verschiedenen Lebensformen ein, teilweise vorübergehend, manchmal auf Dauer, und viele entwickelten eine Skepsis gegenüber den traditionellen Vorstellungen von Ehe und Familie. Die Unterschiede in den Lebenslagen von Frauen wurden Elizabeth Heinemann (1999) zufolge von einer allgegenwärtigen Rede über die “Krise der Familie” zuerst verwischt und dann familienpolitisch verstärkt.

Die Diagnose einer Krise war der Ausgangspunkt für die konservative Familienpolitik der 1950er Jahre und die Restauration patriarchaler Machtverhältnisse durch die CDU/CSU-Politik und die katholische Kirche. Der Gleichheitsparagraph des Grundgesetzes wurde erst mit großer Verzögerung in Familienrecht und Arbeitsrecht umgesetzt, vielmehr wurde mit der Familienrechtsreform 1957 zunächst die männliche Rolle des “Familienoberhauptes” bekräftigt, die Rechte der Frauen von ihrem Heiratsstatus abhängig gemacht. Unter der Devise des Mutterschutzes und der Fürsorge für die “Schlüsselkinder” wurde die Benachteiligung alleinstehender Frauen festgeschrieben⁷. In dieser Wiederherstellung eines hierarchischen Geschlechterverhältnisses lediglich ein stures Verharren in traditionellen Rollenvorstellungen zu sehen, würde allerdings zu kurz greifen. “These debates illuminated a general uncertainty about the boundaries between public and private, women and men, sets of relationships thrown in disarray by National Socialism, war and the post war crisis” (Moeller 1993:213). Die Krise der Familie und die “Lösung”, die dafür gefunden wurde, konnte sich zudem auf eine funktionalistische Begründung und soziologische Expertise berufen; demnach erfordere gerade die Modernisierung der Gesellschaft von der Frau, ihre Aufgaben in der Familie wahrzunehmen. Der Staat habe der Überlastung der deutschen Frauen durch eine aus der Not erzwungene Emanzipation entgegenzuwirken (vgl. Schelsky 1967).

In dieser Hinsicht griffen private und politische Geschlechterarrangements der “Wirtschaftswunderzeit” ineinander, das “Erfolgsziel Familie” (Meyer 1994:382) wurde arbeitsteilig angegangen. Mit dem wachsenden Konsum und der Teilhabe an der Massenkultur wurden die Haushalte technisiert und es entfiel ein großer Teil der Selbstversorgungsarbeit, den Frauen fiel statt dessen ein “erweitertes Familienmanagement” (Niethammer 1987:159) zu. “Ähnlich wie für die Masse der Arbeiterschaft zeigt sich bei alltags- und lebensgeschichtlichen Rekonstruktionen für Frauen, daß die Nahwelten in der Wachstumsgesellschaft weder in ganz neuen

wurde (Steichen 1955, vgl. auch Barthes 1964).

⁶ 1948 waren es 18,8 Scheidungen auf 10.000 Einwohner (nach Frevert 1986:252).

⁷ Siehe Heinemann (1996, 1999) und Moeller (1993), sowie Ruhl (1988 u. 1994).

noch in traditionell-,normalen‘ oder gar anthropologisch konstanten Orientierungsmustern ausgestaltet wurden, sondern daß diese in ihrer Spezifität im Dritten Reich geronnen waren” (Niethammer 1987:159). Konservative wie moderne Frauenleitbilder, Handlungsorientierungen der Mütterlichkeit wie der Kollegialität waren mit der Vergangenheit belegt und in ihr geformt worden. “Auch an einem solchen flexibleren, aber im Alltag oft überbündenden Selbstverständnis war im Dritten Reich vorgearbeitet worden ... Wichtiger als Interpretation tatsächlicher neuer Primärerfahrungen wurde die Flexibilisierung der Geschlechtsstereotype durch das Ideal der Kameradschaft zwischen Mann und Frau in den Massenmedien und den Jugendorganisationen spätestens der Kriegszeit. Darin wurden die Zuständigkeiten für innen und außen zwar grundsätzlich bestätigt, zugleich aber für besondere Anforderungen - hier im Krieg - geöffnet und dadurch neue Erfahrungs- und Bewährungsräume legitimiert, ohne daß Männer und Frauen mit kulturell tief verankerten geschlechtlichen Sinnbezügen und ihren kommunikativen Regeln grundsätzlich brechen mußten. ... Im Gegensatz zum frühen NS-Leitbild der Gebärmutter war die weitverbreitete geschlechtliche Kameradschaftsideologie durch ihre Verbindung von Traditionalismus und Flexibilität wesentlich realitätstüchtiger, und es gab nach dem Krieg keinen Zwang, die Grundstruktur dieses Deutungssystems zu verlassen. ... Das Projekt wurde nun in Partnerschaft umbenannt und bekam dadurch die attraktive Unschuld westlicher Modernisierung” (Niethammer 1987:160). Im Alltag verhielt es sich wie in der Politik und der Soziologie, es wurde nichts Neues erfunden, aber es paßte irgendwie in die neue Zeit: “when it came to the political discussion of women’s status and the structure of families, the Adenauer era created little political space for experimentation of any kind” (Moeller 1993:212).

Es blieb ein zweiseitiges, unruhiges und unabgeschlossenes Frauenbild, besonders im Hinblick auf die jüngeren Frauen waren die Ambivalenzen nicht abzuschaffen. Mit der weiblichen Konsumentin des Wirtschaftswunders wollte sich die echte deutsche Fraulichkeit nicht mehr so recht einstellen. *High heels*, Lippenstift und “Negertänze”⁸ paßten nicht dazu und ließen den Zweifel aufkommen: “Wie deutsch ist sie eigentlich?” (Carter 1997). Mit der Konsumorientierung begannen die Frauen, ihre eigenen Wünsche zu äußern und dazu gehörte Berufstätigkeit, nicht aus ökonomischer Not sondern zum persönlichen Gewinn. Mit Beharrlichkeit entwickeln die Frauen private und betriebliche Durchsetzungsstrategien, wobei der Weg in die weibliche Erwerbstätigkeit vielfach über den Kompromiß der Teilzeitarbeit führte (vgl. v. Oertzen 1999). Die deutsche Frau “as a repository of timeless values that has withstood the infection of National Socialism, the falling bombs of the Allies, the invasion of the Red Army, the privations of life amidst rubble, the competitive battles of the marketplace in the ,economic miracle‘, West Germany’s rapid economic recovery in the early 1950’s” (Moeller 1993:136). Auf lange Sicht gesehen scheiterte ein Frauenbild, das Sicherheit und Beständigkeit vermitteln sollte, an den Widersprüchen der Geschlechterrollen in

der Nachkriegszeit, die der “verordneten Unterordnung” (Ruhl 1994) im Geschlechterverhältnis entgegenstanden.

Der zweite Mythos, der sich bei genauerer Betrachtung in nichts auflöst, handelt von der “Stunde der Frauen”, als diese tapfer und ohne zu klagen den Wiederaufbau in ihre Hände nahmen, bevor die Männer aus dem Krieg zurück waren. Heinemann (1996) hat am Beispiel der Trümmerfrau, der Flüchtlinge und der “Amiliebchen” die Umarbeitung weiblicher Erfahrung und ihre Verallgemeinerung zu Versatzstücken des nationalen Gedächtnisses analysiert. Sie konnte dabei eine zweifache Verkreuzung von nationaler Identität und Weiblichkeitsbildern feststellen. Zum einen sind es die Erfahrungen der Frauen am Ende des Krieges, die zum Symbol für die Leiden des ganzen deutschen Volkes wurden. In erster Linie waren jedoch Frauen⁹ die Betroffenen von Vertreibung, Bombardierung und Vergewaltigung gewesen und indem diese Ereignisse das Material zur kollektiven Selbstrepräsentation als Opfer bildeten, wurde der geschlechtsspezifische Aspekt jener historischen Erfahrungen gelöscht. Im Gegensatz dazu wurde die Kollaboration mit den Siegern sexuell konnotiert, dies wurde anstelle der NS-Verbrechen als der moralische Tiefpunkt der Nation in das kollektive Gedächtnis eingetragen.

In den 1950er Jahren erfahren diese zwiespältigen geschlechtsspezifischen Imagos eine wesentliche Ergänzung und es kommt zu einer Verschiebung im nationalen Selbstbild, zu einem Übergang von weiblich zu männlich in der Repräsentation von Schuldlosigkeit und in einem Selbstverständnis als Opfer. Das zentrale Ereignis in diesem Zusammenhang war die Rückkehr der letzten nahezu zehntausend deutschen Soldaten, die im Oktober 1955 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen wurden. Als sie nur einen Monat nach den 5-tägigen Verhandlungen Adenauers in Moskau im September eintrafen, markierte dies das symbolische Ende des Krieges. In dem Medienspektakel, das den Spätheimkehrern galt, wurden Geschichten gestaltet, die man erzählen konnte (vgl. Moeller 1996, 2000). Die nicht enden wollenden Berichte sprachen ausnahmslos von den Leiden, nicht von einer Schuld oder von Verantwortung; sie entwarfen das Bild von unbelasteten Opfern, ungeachtet einer hohen Anzahl von Kriegsverbrechern, die sich unter dieser Gruppe von Heimkehrern befand. Die Geschichten handelten darüber hinaus von Ehre und Mut, von Männern, die letztlich ungebrochen die Gefangenenlager des Kommunismus überstanden haben und trotz allem aufrecht und anständig geblieben sind: “Hitler’s strongest soldiers” (nach Moeller 1998:141). Sie sind nicht von Verzweiflung, Traumatisierung und Demoralisierung gezeichnet und dennoch verändert: “Ten long years we didn’t cry one single time, but today we cried, and we’re nor ashamed” (nach Moeller 1998:141).

⁸ Siehe dazu Fehrenbach (1999) über die Widersprüchlichkeit der Frauenfiguren im deutschen Kino und Poiger (1995) über weibliche Rock’n’Roll-Fans.

⁹ Die Perspektive der Kinder ist in dieser Hinsicht noch weniger rekonstruiert worden als die der Frauen.

“Freudentränen in Friedland” titelte die Presse (Moeller 1998:136). Die Medien inszenierten die Rückkehr als Familienzusammenführung: “a national drama in which former soldiers were represented as strong but gentle men, returning not as hardened warriors but as loving fathers and sons eager to return home where they could define their masculinity in civilian attire, not a uniform” (Moeller 1998:105). In diesem Bild kehren die Soldaten heim als liebende Väter und Söhne, für die nicht mehr der Staat sondern die Familie an erster Stelle standen. Sie repräsentierten einen neuen Männlichkeitstypus, der vor allem Zivilist war und der keine Uniform brauchte, um ein Mann zu sein. Ihre Ankunft bedeutete einen großen Schritt weg von den Ehetrümmern hin zu gesunden Familien: “Glücklich ist der Staat, der gesunde Familien hat” (Lüders nach Moeller 1998:136). Solche Familien waren per definitionem vollständig in der klassischen Besetzung, bestehend aus treuen Ehefrauen und heterosexuellen Männern. Sie sind das Signum der friedlichen Zeiten, die nun beginnen können: “now he is here, now everything is good”¹⁰. Im öffentlichen Diskurs war für die Traumen der Vergangenheit kein Platz¹¹; die Familien und die Geschlechterarrangements zwischen Zusammenbruch und Modernisierung orientierten sich an der Machbarkeit des Zusammenlebens und das bedeutete zunächst, die materiellen Bedingungen dafür zu schaffen. Der Geschlechterdiskurs bot weder für Frauen noch für Männer eine Möglichkeit, das Erlebte zu artikulieren. Unausgesprochenes und Unausprechliches mußte in den Beziehungen bewältigt werden. “Das Privatleben erweist sich als Sickerschacht der Geschichte” (Niethammer 1987:171).

Die Entmilitarisierung des Männlichkeitsbildes ging Hand in Hand mit einer “Remasculinization of Germany” (Moeller 1998), d.h. einer nun wieder am Männlichen ausgerichteten nationalen Identität ziviler Stärke. Die Bundesrepublik erwarb im gleichen Jahr die NATO-Mitgliedschaft und für die Soldaten der neuen Bundeswehr galt das Leitbild vom “Staatsbürger in Uniform”. Parallel zur Restauration patriarchaler Familienstrukturen stellte sich auch die Rollenverteilung im Bezug auf politische Partizipation und Staatsbürgerschaft wieder her: “Political identities were shaped around the axis of gender” (Moeller 1998:101). Geschlechterdifferenz und Geschlechterverhältnis in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft schienen wieder ins Lot gebracht, ihre Wiederherstellung verdankte sich einem Prozeß, in dem sich das Private und das Politische laufend überkreuzen. Am Ende bildeten die familiale und die öffentliche Geschlechterordnung ein dichtes System wechselseitiger Verweisungen. Dabei werden die weiblichen Imagos des nationalen Gedächtnisses mit dem Auftreten der zivil gewordenen Helden keineswegs wirkungslos. Im Auseinanderklaffen zwischen den Repräsentationsfunktionen des Weiblichen für die nationale Vergangenheit und der konkreten sozialen Wirklichkeit, die sie bedeutete, vollzog sich für die Frauen eine Entfremdung von der eigenen historischen Erfahrung.

¹⁰ So die Kölnische Rundschau am 19. Okt. 1955 (nach Moeller 1998:136)

¹¹ Zu den Problemen und dem Umgang damit siehe Goltermann (2000), auch Kühne (1996).

Es blieb nur ein schmaler Grat für die politische Aktivität von Frauen, zumal der Anspruch auf Emanzipation sich auf die Erinnerung an eine Desillusionierung gründete. Vor dem Bundesrat erklärte Dorothea Groener-Geyer, die Leiterin des Deutschen Frauenrates, im Januar 1949, daß seit Stalingrad das Handeln deutscher Männer in keiner Lebenslage die deutschen Frauen vor Not, Elend und Armut geschützt hätte. Die Gleichheit der Frau sei daher ein Tatbestand: "Nichts menschliches oder unmenschliches ist ihr noch länger fremd; kein Schrecken blieb ihr erspart"¹². Die politischen Positionen der Frauen in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft waren fragmentarisch und zersplittert. Neben den Frauenpolitikerinnen, die für die Gleichberechtigung eintraten und sich dem staatsbezogenen Politikverständnis anpaßten, wirkten die jungen Frauen politisch desinteressiert. Ihre Rebellion blieb unsichtbar für das herrschende Verständnis der 1950er Jahre, in dem Politik und Kultur einen Gegensatz darstellten und der Begriff Konsumkultur sowieso nur der Abwertung diene (vgl. Poiger 1996). Die Frauen der Friedens- und Anti-Atomkriegsbewegung schließlich positionierten sich moralisch und griffen auf eine Rhetorik der Mütterlichkeit zurück.

¹² Zitiert nach Moeller (1998:102), meine Rückübersetzung, E.S.



Heine

**Atomwaffen
in Deutschland**

Atomwaffen
in Deutschland

III.2. Die Elemente der friedenspolitischen Rhetorik

“Die Erde will keinen Rauchpilz tragen
kein Geschöpf ausspeien vorm Himmel,
mit Regen und Zornesblitzen abschaffen
die unerhörten Stimmen des Verderbens”.

Aus: *Freies Geleit* von Ingeborg Bachmann.¹

Die Erklärung, dass es durch die mangelnde politische Repräsentanz der Frauen zur Wiederherstellung hierarchischer Verhältnisse zwischen den Geschlechtern kam, trifft auf deren Reserviertheit gegenüber der Politik und läuft somit im Kreis. Hier stand zum einen das Dilemma der Ost-West-Spaltung einer Umsetzung unabhängiger frauenpolitischer Ziele im Wege, zum anderen war deren Artikulation durch die enge Verknüpfung von nationaler Erinnerung und Geschlechterdiskurs in der frühen Bundesrepublik rigoros eingeschränkt. Dabei ist bislang offen geblieben, wie die eigenen Interessen der Frauen an einem Geschlechterarrangement aussahen, das eine symbolische Ausdeutung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Bezug auf die deutsche Vergangenheit und die Frage der deutschen Schuld erlaubte. “Der Ruf der Mütter” hieß ein Buch, das 1949 erschien und zu dem 43 Autorinnen aus dem In- und Ausland beitrugen. Vertreten war ein breites politisches Spektrum, dennoch hat Inge Stephan mit Blick auf die deutschen Beiträge festgestellt: “Im ganzen gesehen ist das Buch ein bedrückendes Zeugnis dafür, wie die Erfahrungen des Nationalsozialismus und die Erinnerung an den Holocaust verdrängt und in einen reaktionären Geschlechterdiskurs überführt und dort stillgestellt wurden. Alte Geschlechtermythologien werden bemüht, um von der eigenen Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus abzulenken und einen neuen nationalen Diskurs des Aufbruchs zu begründen” (1997:133).

Nachzugehen ist deshalb jener “Mischung aus Überlegenheits- und Schuldgefühlen” (Stoehr 2000:169), in der die Verursachung zweier Weltkriege wesentlich den Männern zugeschrieben wird und von der der undifferenzierte Friedenskonsens der Frauenorganisationen anfangs getragen war. Ein Nachhall dieser Gefühlslage blieb auch in jener Emanzipation aus Enttäuschung bestehen, in deren Verlauf es zum Aufgeben eines erweiterten frauenpolitischen Politikverständnisses kam. Da sich aber eine Auslegung der Geschlechterrollen zu je spezifischen moralischen und politischen Positionierungen durch die Frauen selbst in den folgenden 1950ern in der Frauenfriedensbewegung vollzog und dort zur Grundlage ihres gesellschaftlichen Engagements gemacht wurde, wird diese der zentrale Gegenstand der weiteren Überlegungen sein.

¹ Nach Wagenbach (1994:142)

Die rhetorische Grundfigur der Friedensfrauen kommt in der Rede Helene Wessels auf der Kundgebung "Kampf dem Atomtod" am 23. März 1958 zum Ausdruck: "An die von tiefer Verantwortung und dem Wissen des Forschers getragenen Ausführungen von Herrn Prof. Weitzel² möchte ich als Frau und Politikerin in dem Kampf gegen die tödliche Atombewaffnung meine Stimme für die Frau erheben, die vor allem als Hüterin und Trägerin des Lebens, aber auch als die Verantwortung tragende deutsche Bürgerin gehört werden muß. Es geht ja um Sein oder Nichtsein der Menschheit. Vor unseren Augen stehen die Bilder der Hiroshima-Opfer und der Furchtbarkeiten des letzten Krieges. Aber ... (s)tatt es den Machthabern, den Regierungen, den Politikern ins Gesicht zu schreien, macht endlich Schluß mit der Herstellung von Atomwaffen, mit dem Aufbauen von Basen zum Abschluß von Atomraketen, schweigen die Menschen". Verschiedene moralische Autoritäten jedoch haben ihre Stimme erhoben, sie zitiert Albert Schweitzer, Pius XII und die Aufrufe der Wissenschaftler. Danach geht sie auf die dauerhaften genetischen Schäden, die durch Atombombentests hervorgerufen werden, und das unkalkulierbare Unfallrisiko bei einer Atombombenexplosion ein. Sie schließt mit den Worten: "Die große Verantwortung muß uns Frauen den Mut zum tätigen Handeln geben. Darum reihen wir uns ein in die Kampfgemeinschaft gegen den Atomtod. Wir sind nicht machtlos. Wenn es um das Leben schuldloser Menschen, schutzbedürftiger Kinder geht, dann stehen wir Frauen mit in den vordersten Reihen. Wir wollen uns nicht der Unmenschlichkeit eines Atomkrieges mit schuldig machen. Das furchtbare Erleben zweier Weltkriege muß uns dazu aufrütteln, alles zu tun, um eine Zeit heraufzuführen, in der die Kriege nicht mehr sein werden. In den Sprüchen Laotses heißt es: ‚Wenn die Leute das Furchtbare nicht fürchten, so naht das große Fürchterliche‘. Dafür tragen wir Frauen Verantwortung, daß das große Fürchterliche nicht über uns kommt". (Frau und Frieden, 1958, Heft 6, S. 2-4)

Diese Rede, gehalten auf dem Höhepunkt der Kampagne gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik, versammelt die Elemente einer Rhetorik, die in immer neuen Kombinationen die Veröffentlichungen in *Frau und Frieden*, der Monatszeitschrift der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung, durchziehen. Dabei wird die Verantwortung der Frauen für die kommende Generation ins Politische übertragen und geht in der Politik einer weltumspannenden Bewegung auf, was hier zusätzlich abgesichert wird wenn der Blick auf eine weitere Überschrift auf der gleichen Seite fällt: "Paris: Internationale Frauentagung gegen die Atomgefahr". Hergestellt werden die Verbindungen im Ineinanderfließen der Bilder vom zukünftigen Schrecken mit denen der Erinnerung. Die spezifische Zusammensetzung von Politik, Internationalität, Kinder und Vergangenheit akzentuiert die Geschlechterdifferenz auf eine Art und Weise, dass sich als deren Effekt eine weibliche Schuldlosigkeit, eine generelle Ent-Schuldung des weiblichen Geschlechts einstellt. Doch es geschieht hier noch mehr.

² Es handelt sich um den Physiker Walter Weitzel.

Denn während das Repertoire der rhetorischen Elemente in der Frauenfriedensbewegung gleich bleibt, treten im Laufe der “Kampf dem Atomtod”-Bewegung deutliche Veränderungen an den einzelnen Bestandteilen auf. Im folgenden werden deshalb ausgehend vom Politikverständnis die Verschiebungen betrachtet, die im Hinblick auf die Vorstellungen von Internationalität, Jugend und Thematisierung der Judenverfolgung ins Gewicht fallen und an denen nun im einzelnen rekonstruiert werden soll, wie sie sich im zeitlichen Abstand zum vergangenen Krieg und den NS-Verbrechen gestalten. Ich betrachte diese Rhetorik im oben beschriebenen Rahmen des privat-politischen Geschlechterarrangements, um zunächst in diesem Abschnitt des Kapitels die Komplexität der Ambivalenzen und Verstellungen, die das Verhältnis der Frauen zur Politik durchziehen, aufzuzeigen. Daran anschließend wird sich meine Untersuchung darauf konzentrieren, auf welche Weise diese Widersprüche das frauenpolitische Dilemma hervorbringen und aus welchen Gründen die Frauen selbst daran festhalten. Die Frage ist dann, welche Funktion der Geschlechterfrage bzw. ihrer Ausblendung für die Konstruktion der kollektiven Erinnerung zukommt. Die Analyse, wie sich die Rede über “Die Verantwortung der Frau im Atomzeitalter” (Frau und Frieden 1959, Heft 8, S.6) von den friedenspolitischen Standpunkten am Beginn der Kampagne gegen Atomwaffen unterscheidet, wird sich daher fortsetzen in der Darstellung, welche Auswirkungen diese Verschiebungen und Modifizierungen, die sich ab Mitte der 1950er Jahre ereignen, auf das Verhältnis zu den Männern bzw. zur männlichen Position hat. Dann nämlich, in der “Kampf-dem-Atomtod”-Bewegung, tritt ihnen der neue zivile Held und Staatsbürger entgegen. Mit dem Titel “Überholter Heldenbegriff” war ein Artikel in der Zeitschrift “Das Gewissen” überschrieben und darin wurde Max Born zitiert: “Die schöne Idee des Helden der kämpft und stirbt für sein Vaterland, seine Frau und seine Kinder ist überholt. Höchstwahrscheinlich werden Weib und Kind längst Opfer der Atombombe sein, vor dem Soldaten, der besser geschützt ist in seinem Erdloch oder Tank, und das Vaterland wird wie eine Mondlandschaft aussehen, nachdem man es vor der Aggression gerettet hat”. Wie gestaltet sich diese Begegnung im Geschlechterdiskurs der Frauen und wie stellen sie sich zur “Verantwortung des Wissenschaftlers im Atomzeitalter” (von Weizsäcker 1957)? In der Schlussbetrachtung zu diesem Kapitel wird es darüber hinaus auch darum gehen, in welche Position sich die Frauen damit gegenüber der Wissenschaft gebracht haben.

Politikverständnis und demokratisches Selbstbewusstsein

Am Ende ihres Berichts über “Meine Reise nach Amerika”, von der sie Anfang 1956 zurückgekehrt war, reflektierte Marie Schenk über das politische Wirken von Frauen: “Eine neue gerechtere Welt muss erstehen, und mir scheint, sie ist schon im Werden, wenn auch meist unsichtbar. Aber sie kommt nicht von selbst, wir alle müssen miteinander an einer besseren Atmosphäre arbeiten, in der der Gedanke an Krieg oder an Atombomben zur Unmöglichkeit wird. Gute Gedanken, lautere Worte

und selbstlose Taten bauen diese neue Welt überall auf der Erde. Es sieht noch recht bedrohlich aus auf unserem armen Planeten, aber Hölderlin sagt: ‚Wo Gefahr ist, da wächst das Rettende auch!‘ Und so wollen wir weiter hoffen und das Unrige tun!“ (Frau und Frieden, 1956, Heft 8, S. 10-11). Sie artikulierte damit die typischen, sehr verschwommenen Vorstellungen, die das gemeinsame Selbstverständnis der Friedensaktivistinnen darstellen. In einem anderen Reisebericht, “Wenn jemand eine Reise tut ...”, genauer, im Bericht über eine Vortragsreihe Klara-Marie Faßbinders in Hessen, auf der sie ihre Beobachtungen in den USA schilderte, werden die geschlechtspezifischen Aufgaben der Frau in der Politik deutlicher benannt: “In meiner Jugend, sagte Frau Faßbinder, wollte ich einmal die Verschnürung eines Paketes durchschneiden, da sagte mein Vater: ‚Frauen dürfen das nicht. Sie müssen mit Geduld den Knoten entwirren.‘ Dies habe ich mir später auch im politischen Leben gemerkt. Wir haben doch schon so oft erlebt, daß – wenn die verwirrten Fäden im politischen Leben mit dem Schwert durchgeschlagen wurden – nur Blut und Tränen die Folge war. Darum müssen und sollten wir Frauen im heutigen Atomzeitalter mit Geduld die verwirrten Fäden der Weltpolitik aufknoten. Aus diesem Grunde fuhr ich in die Vereinigten Staaten, um zu sehen, wie die Menschen über Atomgefahr, Krieg und Frieden denken” (Maria Häffner in: Frau und Frieden, 1957, Heft 5, S. 6).

Mit Geduld für bessere Stimmung sorgen, das war demnach zunächst unter der Aufforderung “Frauen sollen politisch aktiver sein” (Frau und Frieden, 1957, Heft 2, S. 6-7) zu verstehen, wie eine Überschrift zur Zentralrubrik, in der regelmäßig die Berichte über die Aktivitäten der Bewegung erscheinen, lautete und sie richtete sich gegen die antikommunistische Atmosphäre im Westdeutschland der Nachkriegszeit. Im Laufe der Jahre aber 1957 und 1958 bringen die Erfahrungen der Tagungen und Manifeste, der Mahnwachen, Demonstrationen und Unterschriftensammlungen ganz neue Töne hervor. Die Veränderungen werden sichtbar in Constanze Hallgartens Beitrag “Wir schalten um” (Frau und Frieden, 1959, Heft 11, S. 4); im Rückblick, der auf den Vergleich mit der aktuellen Situation gerichtet ist, schreibt sie: “Als am Ausgang des ersten Weltkrieges, am 7. November 1918, Kurt Eisner in dem ‚Aufruf an das ganze deutsche Volk‘ zu einer neuen Gesellschaftsordnung des Friedens und der Freiheit den Frauen die Gleichberechtigung und damit das politische aktive und passive Wahlrecht bescherte, betrachteten wir Frauen vom ‚Bayrischen Verein für Frauenstimmrecht‘ unter der Führung von Dr. Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann unsere Aufgabe, die dem Stimmrecht der Frau gegolten hatte, als abgeschlossen. Von einem Tag zum anderen schalteten wir um zu dem ausschließlichen Kampf gegen den Krieg, zum noch festeren Anschluß an den seit 1915 bestehenden ‚Internationalen Frauenausschuß für den dauernden Frieden‘, der dann im Mai 1919 in Zürich den Namen “Frauenliga für Frieden und Freiheit” annahm”. Für ihre Aktivitäten nehmen die Frauen der Friedensbewegung nun ihre politischen Rechte in Anspruch³.

³ Siehe auch Heymann/Augspurg (1972).

Zugleich findet ein Übergang von der Betrachtung der eigenen Betroffenheit zu universellen Begriffen statt und es tauchen nun Reflexionen auf über Meinungsfreiheit und die Notwendigkeit einer kritischen Öffentlichkeit, in der sie sich positionieren, über die Bedeutung von Freiheit und Menschenrechten. Zusammen mit der Nachricht über einen “Prozeß gegen Persönlichkeiten des Friedenskomitees der Bundesrepublik” (Frau und Frieden, 1959, Heft 12, S. 3), einem 1952 eingeleiteten Verfahren, das den Betroffenen die Rädelsführerschaft einer verfassungsfeindlichen und kriminellen Geheimorganisation anlastet, wird die Erklärung der Angeklagten abgedruckt: “Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, was wir getan haben. Alle Dinge, die zu der schweren Beschuldigung gegen uns geführt haben, spielten sich vor den Augen und Ohren dieser Öffentlichkeit ab. Das Friedenskomitee der Bundesrepublik umfaßt Männer und Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung, Intellektuelle und Arbeiter, Angehörige verschiedener Konfessionen, Mitglieder aller Parteien. Was alle einigt und zu gemeinsamen Entschlüssen und Taten führt, ist die Abscheu vor dem Krieg, vor der verderblichen Völkerhetze und vor den mörderischen Atomwaffen, ist der entschlossene Wille, eine militärische Machtpolitik, die zum ersten und zweiten Weltkrieg führte, zu verhindern”. Im Zuge des KPD-Verbots im Sommer 1956 hatten die antikommunistischen Anfeindungen gegenüber den Friedensaktivistinnen zugenommen und waren in ihren Konsequenzen bedrohlicher geworden⁴.

Aus den geduldigen Frauen waren “unbequeme Staatsbürger” (Frau und Frieden 1959, Heft 4, S. 5) geworden und das veränderte Selbstbewusstsein richtete auch den Blick auf die anderen in der postkolonialen Welt neu aus: “Wie mögen wir, die sogenannten ‚Weißen‘ uns in den Augen der Völker mit dunklerer Hautfarbe darbieten? Es muß ihnen schwer fallen, selbst denen gegenüber nicht ungeduldig zu werden, die glauben, Verständnis für sie zu zeigen. Vor Jahren näherte ich mich Menschen dieser Völker – des noch etwas schlaftrunkenen, aber erwachenden Afrika, des erwachten Asien, des vorwärtsdrängenden arabischen Volkes mit überstömendem Mitgefühl, das ihren Leiden, ihrer Armut, ihrer Zwangslage galt. Sie nahmen es höflich auf, aber ihr Blick ging über mich hinweg. ... Schrieb ich noch vor sechs oder sieben Jahren von ‚armen Negerknaben‘ (‚Du zum Leiden nur geboren‘) so sah ich jetzt im Negerkind, in der Jugend aller ‚farbigen‘ Völker, den zukünftigen freien Bürger seines Landes, mit allen Rechten und Pflichten ausgestattet, die Gesetze zu geben vermögen”⁵. Die Autorin Ingeborg Küster zieht daraus die Konsequenz, dass bei allem Engagement für eine Aufklärung über die Geschichte und die Lage dieser Menschen, es vorzuziehen ist, deren eigene Stimme zu hören. Deshalb zitiert sie im zweiten Teil des Beitrags “Wo sind die Grenzen der

⁴ Faßbinder war Professorin an der Pädagogischen Hochschule Bonn, im Rahmen ihrer friedenspolitischen Aktivitäten war sie ständig antikommunistischen Verdächtigungen ausgesetzt und 1953 erhielt sie deswegen Berufsverbot. Da die Universitätsleitung ihr keinen Raum für eine Abschiedsvorlesung zur Verfügung stellte, hielt sie diese auf Wunsch der Studenten in der Mensa (vgl. Notz 1990, 1995, 2001).

Freiheit?“ (Frau und Frieden, 1958, Heft 11, S.10) ausführlich einen Brief von Ivory Lyons, Volkswirtschaftler an der Northeastern University zu den Ereignissen von Little Rock in Arkansas. „Hier heißt die Frage: Wo sind die Grenzen der Freiheit? Ist Freiheit so eng umgrenzt, daß sie nur Stimmfreiheit bedeutet, und daß das, was auch immer die Mehrheit entscheidet, das ‚Gesetz des Landes‘ (Arkansas) darstellt, ungeachtet aller moralischen Erwägungen? ... Sollen wir denn Freiheit mit dem Willen der Mehrheit identifizieren? Wenn wir das tun, wird eine Minderheit so lange von der Mehrheit unterdrückt, als diese Mehrheit sich durch ihre Abgeordneten für Unterdrückung entscheidet“. Kritische Bemerkungen zum Begriff der Freiheit, der nicht auf seine formale Seite zu beschränken ist, hatte Küster schon in ihrem Bericht vom Kongress für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit vom 16. bis 22. Juli 1958 in Stockholm⁶ vorgebracht: „Das Wort Freiheit erhält wieder Sinn und ist hier erfüllt von echtem Leben. Und man kommt zu der Überzeugung, daß es echte und verschleierte Abhängigkeit gibt. Manche Nationen glauben, mit Verfassung, Parlament und ungehinderter Stimmabgabe am Wahltag im vollen Besitz der Freiheit zu sein und sind geneigt, darin schon Garantie für Demokratie und Souveränität zu sehen. Sie könnten von den um ihre Unabhängigkeit ringenden Ländern lernen. ...“ (Frau und Frieden, 1958, Heft 8, S. 8)

Vor einem ganz ähnlichen Problem hatte die Friedensbewegung nach der Bundestagswahl im Herbst 1957 gestanden, als die CDU/CSU-Koalition unter Adenauer die absolute Mehrheit errang und damit der Weg für die NATO-Pläne zur Stationierung von Atomraketen in Westdeutschland frei geworden war. Klara-Marie Faßbinder beendete ihren Leitartikel zu dieser Bundestagswahl mit der Bekräftigung: „Keiner kann uns von der Verantwortung befreien, an der Atmosphäre mitzugestalten, die auch in einer Formaldemokratie zu den wesentlichen Elemente des politischen Lebens gehört. Nach wie vor gilt das Wort, unter dem wir angetreten sind:

Wir sind die Hüterinnen

Wachen ist unser Auftrag

Unser Amt ist der Friede“ (Frau und Frieden 1957, Heft 10, S. 2-3).

Von den hier zitierten Autorinnen gehören Faßbinder und Küster zur Redaktionsgemeinschaft von „Frau und Frieden“, Häffner ist regelmäßig mit Beiträgen in der Zeitschrift vertreten. Die Texte dokumentieren einen sukzessiven Wandel in der Art und Weise, dem Unwillen der friedensbewegten Frauen in die Einhelligkeit des antikommunistischen Klimas einzustimmen, Ausdruck zu verleihen und dem Verdacht zu begegnen, sie seien auf die kommunistische Ideologie hereingefallen. In den Jahren 1954 und 1955, als weniger als 30 % deutschen Frauen der Notwendigkeit einer deutschen Wiederbewaffnung sowie der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zustimmten und die Frauen

⁵ Nichtsdestotrotz betitelte Heinz Kraschutzki seine Notiz über die Preisverleihung der amerikanischen „Civil Liberties Union“ an fünf Schüler der Oberschule von Little Rock, Arkansas, mit: „Neun kleine Negerlein“ (Frau und Frieden, 1959, Heft 10, S. 10). Die anderen vier hatten die Schule verlassen.

⁶ Der Tagungsort war ausgewählt worden, weil Schweden kein Mitgliedsstaat der NATO war.

der Friedensbewegung in der Kampagne gegen Wiederbewaffnung aktiv waren, hatte die Auffassung vom weiblichen Defizit in Bezug auf Politik zu einer speziellen Maßnahme in der politischen Öffentlichkeitsarbeit geführt. In der Absicht, die Gefühle der Frauen anzusprechen, wurde an einige zehntausend Haushalte die Flugschrift "Brief an eine Freundin" verteilt, in der die fiktive Geschichte einer Frau erzählt wird, die sich von ihrem Sohn Peter davon überzeugen lässt, dass er seinen Beitrag zur Verteidigung von Freiheit und Wohlstand zu leisten habe. Es war das erste Projekt im Rahmen einer Werbekampagne, die von der Industrie finanziert wurde, und es kam nicht gut an (vgl. Stoehr 1999:197f.). Maria Häffner fasste die Kritik der Mitarbeiterinnen von *Frau und Frieden* zusammen: "Gegen solche Machenschaften ... müssen Mütter sich wehren" (Frau und Frieden, 1957, Heft 2, S. 7). Aber statt sich hierbei auf beruhigende Worte von einer friedlichen Atmosphäre der Verständigung zu verlassen, berufen sie sich zunehmend auf politische Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Öffentlichkeit, Freiheit und Menschenrechte. An Faßbinders und Küsters Berichten vom Stockholmer Kongress für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit im Juli 1958 lässt sich die Entwicklung in den beiden Jahren markieren. Wenn es darum ging, für ihre Ziele einzustehen "und mehr als bisher zu versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen" (Faßbinder in: Frau und Frieden, 1958, Heft 8, S. 3-4), waren sie durchaus dazu bereit, unangenehm aufzufallen, denn in den aus der eigenen Betroffenheit agierenden "handfesten Maternalismus" (Stoehr 1999:193) war ein politisch akzentuiertes Selbstbewusstsein als "wache, kämpferische Minderheit" (Küster in: Frau und Frieden, 1958, Heft 8, S. 8) eingesickert.

Internationalität in der Praxis

Faßbinders Überschrift zu ihrem Bericht über Stockholm: "Gemeinsam werden wir es schaffen!" unterstrich, was auch schon in den obigen Zitaten deutlich wurde, nämlich wie sehr die Herausbildung eines kritischen demokratischen Bewusstseins, mit der bewussten Internationalität der Frauenfriedensbewegung verbunden war. In der ersten Zeit war die internationale Ausrichtung eine direkte Reaktion auf das Blockdenken des Antikommunismus und eine bevorzugte Darstellungsform in dieser Auseinandersetzung war Mitte der fünfziger Jahre der Reisebericht. Zahlreiche und ausführliche Beschreibungen von Reisen durch die Länder des Warschauer Pakts und die USA füllen die Seiten der Zeitschrift und ihre Botschaft besteht im schlichten Universalismus der *family of man*: Überall gibt es Militaristen und Gewalttätigkeiten, aber überall gibt es auch hilfreiche, freundliche und friedliche Menschen⁷. Politische Kritik kommt in den Berichten über die Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, oder Rumänien nicht vor, niemals aber wurde der Hinweis auf die deutschen Verbrechen im Krieg ausgelassen. Dieser Haltung stand kein Anti-Amerikanismus gegenüber, im Gegenteil erinnerten die entsprechenden Artikel an die Unterstützung durch die USA

in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in privaten Hilfsaktionen oder durch den Marshall-Plan, die Verurteilung der NS-Verbrecher in den Nürnberger Prozessen wurde nachdrücklich positiv vermerkt. Die Reiseberichte aus den USA gingen ausführlich auf Begegnungen mit der amerikanischen Friedens- und Bürgerrechtsbewegung (Antirassismus) ein und auch das New Yorker UNO-Gebäude war ein erwähnenswertes Besuchsziel.

Die Gefahren, die von den Atomwaffen ausgehen, ein Thema, das 1956 bloß vereinzelt aufgegriffen wurde, erschien von Anfang an im internationalen Maßstab. Es tauchte zum ersten Mal im Zusammenhang mit der Mitarbeit im Weltfriedensrat auf (Frau und Frieden, 1956, Heft 3, S. 3-4), im Augustheft wurde ein Beitrag von Erna Hintz-Vonthron zu "Hiroshima und Nagasaki" (1956, Heft 8, S. 5) veröffentlicht, ein Heft später folgte Maria Häffners Bericht "Zum Tag von Hiroshima" (Frau und Frieden, 1956, Heft 9, S. 6) über eine Veranstaltung in Hanau. Nachdem die Auswirkungen des radioaktiven Fall-Outs zunächst lediglich in einer Notiz, "Pfingsten und die Wasserstoffbombe" (Frau und Frieden, 1956, Heft 6, S. 5) und die Angst vor dem radioaktiv verseuchten Regen in einem Bericht über eine Veranstaltung zu Radioaktivität "Atom-Wahn oder Wirklichkeit" (Frau und Frieden, 1956, Heft 8, S. 7) zur Sprache kamen, folgte im November ein Schwerpunkt zur "Atomgefahr!" (Frau und Frieden, 1956, Heft 11, S. 4). Die Zusammenstellung von Äußerungen der Physiker Karl Bechert und Walter Gerlach, des Arztes Bodo Manstein, sowie einer Notiz über den Philosophen Aloys Wenzl und eine Nachricht zur Einrichtung einer Strahlenschutzkommission unter der Leitung von Prof. Rajewsky, wurde ergänzt von einem Redaktionsbericht der jährlichen Konferenz der WFFB, "Unser Tag von Velbert" (Frau und Frieden, 1956, Heft 11, S. 6), in deren Zentrum das Hauptreferat von Dr. Manstein zu diesem Thema stand.

Ab April 1957 nahm das Thema schlagartig einen großen Raum in der Zeitschrift ein. Im Rahmen eines vierseitigen Schwerpunkts "Atomgefahr" erschien Freda Wuesthoffs langer Artikel "Der Mensch im Atomzeitalter" (Frau und Frieden, 1957, Heft 4, S. 4-5). Anlass dazu war neben der wachsenden Aktualität des Themas der plötzliche Tod der Physikerin, die sich seit Kriegsende für eine überparteiliche Friedenspolitik engagiert hatte und dafür vor allem ihre Kontakte aus der alten Frauenbewegung in Anspruch genommen hatte. Wuesthoff stellte die unterschiedlichen Gefahren dar, die von der Radioaktivität ausgehen, und ging insbesondere auf die biologischen Schädigungen als Folge von Wasserstoffbombentests ein. Ihre anschließenden Vorschläge zu einem Abrüstungsprogramm im "Atomzeitalter" stellte sie in den Rahmen einer "neuen Religiosität" ausgehend von der Einsicht, dass mit der Atomenergie, sowohl durch das Zerstörungspotential der Atombomben als auch durch Möglichkeiten einer friedlichen Nutzung, der Weltfrieden als Existenzbedingung der Menschheit und unumgehbare politische Notwendigkeit gesetzt ist. Das Bewusstsein, den Gemeinsamkeiten die Priorität gegenüber politischen und kulturellen Spannungen

⁷ Ein sehr schönes Beispiel für einen Reisebericht dieser Art stammt von John Steinbeck und Robert Capa

einzuräumen, betrachtete sie als eine Aufgabe für deutsche und internationale Frauenorganisationen, wobei sie zudem betont: "Es handelt sich aber beileibe im vorliegenden nicht um eine Angelegenheit der Frauen". Die Leserinnen von *Frau und Frieden* wussten daher schon ziemlich gut Bescheid, worum es ging, als im nächsten Heft die "Göttinger Erklärung" abgedruckt wurde. Von nun an übertraf die Zahl der Artikel über die Gefahren der Atom- und Wasserstoffbomben und der Berichte über die Widerstandsaktionen alle Beiträge zu anderen Themen und die Serie riss auch nach der Kampagne "Kampf dem Atomtod" nicht ab.

Eine entscheidende Veränderung, die die anschließenden Monate und die Kampagne mit sich brachten, bestand darin, dass die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung zu einem Teil einer aktiven internationalen Bewegung wurde. Die Veränderung schlägt sich in den Überschriften des Mittelteils nieder, dem Nachrichtenteil, der zunehmend Meldungen aus dem Ausland enthielt. Während sich die Titel dieser Rubrik im Jahr 1956 noch ausschließlich auf deutsche Fragen bezogen, hieß es dann im November-Heft 1957 "Millionen Frauen müssen zusammenstehen", der Weihnachtsmonat war der UNICEF gewidmet und 1958 brachte eine ganze Serie "Ausweg: Atomfreie Zone", "Unsere Bewegung und die Frauen der Welt", "Es liegt in den Händen der Menschheit", "Das geht uns alle an", "Friedensarbeit verbindet alle" mit dem Schwerpunkt Hiroshima, "Amerikanische und Sowjetische Frauen schließen Freundschaft", "Unsere Hoffnung ist die Genfer Konferenz". Es ging weiter im Januar 1959 mit "Unsere Delegation überreicht Petition" in Genf, später folgt "Über Grenzen hinaus bekannt" und das zentrale Anliegen "USA – UdSSR – Ist eine Verständigung möglich?", die Überwindung der Gegenüberstellung der politischen Blöcke war ohnehin immer ein internationales. Es war ein breites Spektrum der Öffentlichkeitsarbeit, das sich nun entfaltete und es umfasste neben der fortbestehenden Arbeit in den Komitees und dem Verfassen von Aufrufen auch die Durchführung von Protestkundgebungen, Demonstrationen und Mahnwachen, von Unterschriftensammlungen und deren Übergabe an die politischen Repräsentanten, außerdem die Organisation von Vortragsreisen mit ausländischen Gästen und die Teilnahme an grenzübergreifenden Aktionen.

Im Zuge dieser vielfachen Aktivitäten setzte sich die internationale Perspektive um in eine praktische Internationalität. Als Folge davon werden die kulturorientierten Reiseberichte immer mehr ersetzt durch Berichte von Kongressen und politischen Aktionen, oft ausführliche Erfahrungs- und Erlebnisberichte, in denen weiterhin persönliche Begegnungen und Reflexionen eine wichtige Rolle spielen. Im Jahr 1956 hatte es nur einen einzigen Beitrag dieser Art gegeben, nämlich Elly Steinmanns "Politischer Frühling. Zur Außerordentlichen Tagung des Weltfriedensrats in Stockholm vom 4.-9. April", ergänzt durch die empörte Schilderung der Rückreise, als die bundesrepublikanischen Grenzkontrollen den mitreisenden Niederländern keine Einreiseerlaubnis

erteilen wollten (Frau und Frieden 1956, Heft 3, S. 3-4 und Heft 6, S. 3). Während die Aktionen und Berichte auch noch 1957 wesentlich im Zeichen deutscher Ereignisse standen, wovon der Frauenkongress in der Paulskirche im Juli und die Bundestagswahl im September die größte Bedeutung einnahmen, schloss sich zur Jahreswende, während der NATO-Konferenz in Paris, ein internationales Treffen der Atomkriegsgegner in Orsay an (Frau und Frieden, 1958, Heft 1, S. 3). Im folgenden Jahr stach von den Aktionen in Deutschland die Frankfurter Protestkundgebung im April hervor, die von zwei Autoren kommentiert wurde (Frau und Frieden, 1958, Heft 5, S. 2 und S. 3), außerdem wurde der Beitrag einer Hauptrednerin abgedruckt (Frau und Frieden, 1958, Heft 6, S. 2-4). Im Frühsommer folgte in "Paris: Internationale Frauentagung gegen die Atomgefahr" (Frau und Frieden, 1958, Heft 6, S. 4), wiederum gefolgt von einem Referat, nämlich Margarete Lachmunds "Die besondere Friedensaufgabe der Frau im Atomzeitalter" (Frau und Frieden, 1959, Heft 2, S. 8). Zwei Beiträge berichteten vom Kongress für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit im Juli in Stockholm (Frau und Frieden, 1958, Heft 8, S. 3-4 und S. 8), der sich mit einem Appell gegen die Atomrüstung an alle Völker und Regierungen wandte. Hauptereignis in der ersten Jahreshälfte 1959 war die Genfer Außenministerkonferenz, begleitet von intensiven Vorbereitungen (Frau und Frieden, 1958, Heft 12 und 1959, Heft 1); Redaktionsbericht und Kommuniké der WFFB zur Konferenz wurden abgerundet durch den Erlebnisbericht der Konzertsängerin Ina Graffius, "Genfer Bilderbogen", in dem sie vom Besuch bei den verschiedenen Delegationen zur Übergabe einer Hamburger Unterschriftenliste erzählte (Frau und Frieden, 1959, Heft 7, S. 2-3 und S. 4). Ein "Europäischer Frauenkongreß unter der Losung: Die Verantwortung der Frau im Atomzeitalter" fand dann im Sommer in Brunate am Comer See statt, wo sich jedoch nur die Frauen aus den westlichen Ländern treffen konnten, aus dem Ostblock hatten lediglich die Jugoslawinnen eine Reiseerlaubnis erhalten. Das wurde noch im selben Heft ausgeglichen durch den Bericht von einem Kongress in Warschau, der eine "Deutliche Absage an die Atomrüstung in Mitteleuropa" erteilte (Frau und Frieden, 1959, Heft 8, S. 3 und S. 6).

Zwar standen die Appelle an die Adresse der Politiker und die Aufrufe an die Bevölkerung im Vordergrund, die Notwendigkeit einer direkten persönlichen Verständigung wurde aber nicht aus dem Auge verloren. Unter einer Überschrift im Mittelteil "Amerikanische und sowjetische Frauen schließen Freundschaft" wurde dies am Beispiel eines Briefwechsels zwischen einer Leningraderin und einer schwarzen US-Amerikanerin aus einer Kleinstadt illustriert, in dem die alltäglichen Lebensbedingungen dargestellt und die Notwendigkeit von Aufklärung gegen antirassistische und antikommunistische Diffamierung betont wird (Frau und Frieden, 1958, Heft 10, S. 6-7). Die Story ist reichlich gekünstelt, aber sie traf den Geschmack der Redaktion. Wichtiger war, dass die auf den internationalen Atomkongressen geknüpften Verbindungen es möglich machten, ausländische Gäste einzuladen, etwa "Eine Japanerin aus Hiroshima auf Mahnwache in Hamburg" (Frau und Frieden, 1958, Heft 8, S. 8), oder zu begleiten, wie die Vortragsreisen des Nobelpreisträgers Linus Pauling in

der BRD (Frau und Frieden, 1958, Heft 10, S. 2 und 1959, Heft 8, S. 4). In vier aufeinander folgenden Heften wurde über die "Englische Frauenkarawane auf Europatournee" berichtet und deren Route durch die Bundesrepublik beschrieben, wobei auch auf Ereignisse am Rande eingegangen wurde, auf die freundliche Begrüßung vor Ort, die Begegnung mit Militärbehörden und den Eindruck, den die Aktion auf einen netten Bäckerjungen von den Falken machte (Frau und Frieden, 1958, Heft 6, S. 4 und Heft 7, 8, und 9, jeweils S. 6-7). Während in den Reiseberichten noch Leseanleitungen für englische Worte vorkamen, wird der Bericht über den ersten Ostermarsch 1959 in England von der Redaktion betitelt mit: "We are marching: From Aldersmaston to London, because we are sick of living under the shadow of nuclear bombs" und er endet mit dem Zitat: "Men and women stand together, ban the bomb for evermore" (Frau und Frieden, 1959, Heft 5, S. 5) – nicht einmal eine Übersetzung war mehr notwendig.

In den gemeinsamen Aktivitäten waren eigene Informationskanäle entstanden, in denen unerwünschte Nachrichten zirkulierten, wie von der Beschlagnahme eines Flugblatts in Großbritannien, das über die Protestaktionen in Dortmund informierte und das in der Zeitschrift abgedruckt wurde (Frau und Frieden, 1959, Heft 8, S. 5). In Dortmund hatte vor allem in der späteren Phase der Kampagne ein Schwerpunkt der Aktionen gelegen: Im Oktober 1958 fand ein Friedenskongress statt (Frau und Frieden, 1958, Heft 11), Anfang des folgenden Jahres eine Kundgebung gegen Raketenbasen (Frau und Frieden, 1959, Heft 3, S. 2-3), wenig später eine Mahnwache und ein Treffen der Atomwaffengegner (Frau und Frieden, 1959, Heft 4, S. 4-5) und im Sommer noch einmal eine Demonstration gegen den Atomkrieg (Frau und Frieden, 1959, Heft 9, S. 9). Ein Leitartikel von Renate Riemeck stellte die Frage: "Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt?" und beantwortete sie mit ja (Frau und Frieden 1958, Heft 7, S. 2).

Schließlich bestand ein weiterer Effekt des internationalen Zusammenschlusses und Austauschs in der Relativierung der eigenen Probleme. Ingeborg Küsters Bericht vom Kongress für internationale Abrüstung und Zusammenarbeit in Stockholm resümierte in der typischen Mischung von persönlichen Eindrücken und allgemeinen Überlegungen: "Aber wieder einmal spürte ich, wie Dinge, die im Heimatlande die Gemüter erhitzten, hier eigentümlich an Bedeutung verlieren, vor allem angesichts der Diskussionen, die sich mit dem Weiterleben der Menschheit im Atomzeitalter, mit der Bekämpfung von Unterdrückung, Hunger, Krankheit, Naturkatastrophen und Unwissenheit im Weltmaßstab befassen. Man bekommt einen Sinn für Proportionen. ... Noch eins haben wir zur Kenntnis nehmen müssen: andere Länder betrachten zwei deutsche getrennte Staaten als Faktum. Wie diesem Problem zuleibe gegangen werden kann, interessiert international nicht mehr. Es heißt: Do it yourself – machen Sie es selbst" (Frau und Frieden, 1958, Heft 8, S. 8). Dieser Gedanke wurde in der folgenden Zeit verschiedentlich wieder aufgegriffen (Frau und Frieden, 1958, Heft 10 und Heft 11).

Ein Bündnis mit der Jugend

Entschieden auffällig war das positive Verhältnis der Friedensfrauen zur jungen Generation und sie nahmen auch in dieser Hinsicht eine deutlich andere Position ein als die west-orientierte Frauenbewegung, deren Selbstverständnis nach dem Krieg durch einen "Rückgriff auf das Kaiserreich als historischer Ort der Wertschöpfung" (Stoehr 1996:215) geprägt war und die ein Misstrauen gegenüber den Jüngeren, der "mißbrauchten Generation", an den Tag legte, die zwar als Opfer des NS betrachtet, aber im gleichen Zuge als politisch verführt und nun politikverdrossen, als moralisch und wirtschaftlich entwurzelt, entmündigt wurden. Wenn auch die Jugend als bildungshungrig und tatkräftig eingeschätzt wurde, so erschien sie doch zugleich als verdächtig lebenslustig und leichtlebigen Vergnügungen zugeneigt, ganz abgesehen von den akuten Problemen in der Nachkriegszeit, in der die konventionellen Vorstellungen von Ehe, Familie und Sexualmoral ins Wanken gerieten. Das Festhalten an den traditionellen Lebensgemeinschaften geriet zu Leerformeln, die der umfassenden Entwertung der unmittelbaren Vergangenheit einschließlich der Modernisierungstendenzen entsprachen, jedoch kaum mit den neuen Lebensumständen zusammenzubringen war⁸. Am ehesten noch gelang es den Frauen der alten Frauenbewegung, eine Verbindung zu den jungen Akademikerinnen herzustellen, deren Förderung als ein besonderes Anliegen betrachtet wurde. Aber hier setzte sich ein akademischer Elitarismus durch: "Befremdlich aus heutiger Sicht ist nicht nur die hierarchische Trennung zwischen den (jungen) Frauen ohne Hochschulabschluss und den (älteren) Vollakademikerinnen sondern auch die rigide Abgrenzung gegen Nichtakademikerinnen" (Stoehr 1996:218).

Der Generationenunterschied erscheint hier als je verschiedenes Verhältnis zur Vergangenheit, wobei die nachdrückliche Abgrenzung die Kontinuität der eigenen politischen Biographie ermöglichte. "Selbst unter der Voraussetzung, daß wir es tatsächlich mit lebenslang aufrechten Demokratinnen zu tun haben, scheint aus heutiger Sicht die politische Ungebrochenheit der ältesten – und tragenden – Generation dieser wiederentstehenden Frauenbewegung bemerkenswert. Von einer rückschauenden Problematisierung der eigenen Haltung zum heraufkommenden – und herrschenden – Nationalsozialismus sind nur Splitter erhalten" (Stoehr 1996:222). Im Gegensatz zu der recht doppelbödigen Einstellung der älteren GegnerInnen des NS zu einer im besten Falle ‚missbrauchten‘ Jugend sowie zu ihrer Missbilligung der politisch von ihnen fast abgeschriebenen mittleren Generation, d.h. der Familienmütter, die am meisten von Verlusten durch den Krieg betroffen waren und die den Nationalsozialismus/NS-Politik mitgetragen hatten (vgl. Stoehr 1996:220-221), wurden diese Gruppen von den Frauen der Friedensbewegung direkt angesprochen.

In der Kampagne gegen Wiederbewaffnung und Wehrpflicht wurde sowohl die mütterliche Betroffenheit mobilisiert als auch der Kontakt zur Jugend gesucht.

Zehn Jahre nach dem Krieg prägte der Titel des Films „Die Halbstarke“ von Georg Tressler das Schlüsselwort zu einer Diskussion, in der der Bruch zwischen den Generationen einen exemplarischen Niederschlag fand. Die Zeitschrift *Frau und Frieden* ergriff für die Jugendlichen Partei und scherte aus dem üblichen Einvernehmen aus. Ingeborg Küster nahm sich „Das Geschwätz von den Halbstarke“ (*Frau und Frieden*, 1956, Heft 1, S. 4) vor, wobei sie Wert darauf legte, dass „*nicht* die Jugendlichen beschuldigt“ werden. Vielmehr erkannte sie das Hauptproblem bei den „Eltern unbotmäßiger Söhne“, bei den Unterlassungssünden und Fehlern der älteren Generation im Krieg und in der Nachkriegszeit, vor allem in deren Wechsel von Meinung und Gesinnung. Die Vorhaltungen gegenüber den Jugendlichen konnte sie angesichts von 180.000 gefallenen Jungen und 16.000 vermissten Kindern nur als „abgrundtiefe Heuchelei“ empfinden. Sie äußerte ihre generelle Abneigung gegen die Sprüche von „Zucht und Ordnung“, denn „der heranwachsende Mensch bedarf dieser Stütze nicht, wenn Familie, Schule und Staatsgefüge gesund sind“. Ganz in diesem Sinne wurde an anderer Stelle eine ablehnende Haltung zur Prügelstrafe eingenommen (*Frau und Frieden*, 1958, Heft 1, S. 5) und „in der jetzigen Zeit mit ihrem ‚Halbstarke-Problem‘“ (*Frau und Frieden*, 1957, Heft 6, S. 5) schrieb ein Lehrer zum Jugendherbergswerk und über das „Wandern mit der Jugend“, das in der Ankündigung der Redaktion als „Weg, um unserer Jugend zu helfen und sie zu leiten, abseits von Rock and Roll und ohne Kasernendruck“, bezeichnet wird.

Empörung und Abscheu über die Heuchler und ihre Untertanenmentalität bildete auch den Grundtenor in Mira von Kühlmanns Beitrag „Der unbekannt Soldat und sein General“, einem Bericht über die Verurteilung General Manteuffels wegen Totschlages zu 18 Monaten Haft. Ihr Kommentar lautete: „Welch moralischer Tiefstand kann in einem Kriege erreicht werden. Und heute gehört dieser Mann einer ‚christlichen‘ Partei an. Der unbekannt 19jährige Soldat, ein Kind noch, mußte von seinen eigenen Kameraden erschossen werden, weil sein General ihn einen Feigling nannte, er war ihm nicht ‚gewalttätig‘ genug. Heute würde man den jungen Mann zu den ‚Halbstarke‘ zählen, denen man vorwirft zu Gewalttätigkeit zu neigen. Welch eine schauerliche Tragik!“ (*Frau und Frieden*, 1959, Heft 9, S. 2). Das Erbe der Vergangenheit und die Perspektiven für die Zukunft verband Emma Theurer in ihren „Gedanken zum Volkstrauertag 1959“ (*Frau und Frieden*, 1959, Heft 11, S. 5 u. 8). Sie erinnerte an die beiden vergangenen Weltkriege und schlug den Bogen zur Wehrpropaganda der BRD, nicht ohne zu bemerken, dass die politische Karriere des zuständigen Beauftragten im Verteidigungsministerium in die NS-Zeit zurückreichte: „Die Bemühungen des Verteidigungsministeriums lassen erkennen, daß die Bevölkerung, insbesondere die Jugend, nicht wehrfreudig ist. Die erschreckende psychologische Situation eines großen Teiles

⁸ Über die Diskussionen zur Sexualmoral, das Festhalten an der „Realfamilie“ und die Bedeutung des

unserer Jugend kommt in den Krawallen zum Ausdruck, von denen die Zeitungen berichten. Man ringt die Hände über den Zerstörungsdrang der Jugendlichen. Dazu meinte Dr. Achim von Borries in den ‚Politischen Blättern‘ (Heft 10/58), die Wirtschaftswundergesellschaft habe den Menschen zum Konsumenten degradiert und nicht verstanden, dem tiefen Bedürfnis der Jugend nach einer echten Bindung u. gemeinschaftlicher Betätigung ihres Idealismus sinnvolle Friedensaufgaben zu bieten.‘ Bereitet man sie statt dessen nicht auf viel gewaltigere Zerstörungen von einem nie wieder gutzumachenden Ausmaß durch A-Bomben und Raketen vor? Den Gegnern der A-Waffen wirft man vor, daß sie eine ‚Angstpsychose‘ entfachen. Man ist bereits auf dem Wege, dieser berechtigten Angst das ‚Heldentum‘ als Gegenmittel zu empfehlen.“ Es folgte eine ausführliche Betrachtung über das soldatische “Pseudo-Heldentum” und wirkliche Helden, die den Mut haben, zu ihren Überzeugungen zu stehen. “Ein Brief an die Erwachsenen!” (Frau und Frieden 1959, Heft 7, S. 12), der Leserbrief einer jungen Frau an die Zeitschrift *Frau und Frieden* fasste dieselbe Botschaft knapp zusammen, indem sie notierte: “Wir sind Halbstarke” und wir sind gegen die Atombombe.

In der Aufklärung über die Schrecken und Verbrechen der jüngsten Vergangenheit sah die Zeitschrift ihre allererste Aufgabe und sie bemühte sich insbesondere um eine Antwort auf die Frage der jüngeren Generation “Wem soll ich glauben?” (Frau und Frieden 1956, Heft 7, S. 6), wie sie direkt gestellt wurde im Brief eines Schülers an seinen Nachhilfelehrer, der über seine Lehrer und ihre verschiedenen Positionen zur Vergangenheit Auskunft gibt: “Mein Geschichtslehrer sagt, Hitler war kein bedeutender Mensch, er hatte keine Größe. Sie sagen, er war ein Verbrecher. Mein Vater sagt, er sei ein richtiger Führer und ein Vorbild gewesen und mein Mathe-Nachhilfelehrer sagt, Hitler hätte uns zu Größe und Ruhm geführt, wenn nicht solche Verräter, wie die Geschwister Scholl und die vom 20. Juli gewesen wären. Sie aber schenken mir “Die weiße Rose” und sagen, man müßte die Geschwister Scholl hochachten. Mein Klassenlehrer sagt, in unserer Schule seien früher auch jüdische Schüler gewesen, heute sei jedoch bedauerlicherweise kein Einziger mehr in der Schule. Sie sagen, daß die Vernichtung der Juden eine ewige Schande für uns Deutsche sei. Mein Vater sagt, vor 1933 hätten die Juden die Geschäfte beherrscht, sie hätten aus den Geschäften verschwinden müssen. Mein Mathe-Nachhilfelehrer sagt, er wollte sich mit keinem Juden an einen Tisch setzen”.

Als eine Mitarbeiterin der Zeitschrift, wahrscheinlich Maria Häffner, sich die Frage zu eigen machte, “Warum kann man der Jugend nicht die Wahrheit sagen?” (Frau und Frieden 1957, Heft 3, S. 5), rekurrierte sie auf ihre eigenen Erfahrungen und legte auch ihre eigene Verblendung offen: “Das habe ich an mir selbst erlebt. Erst als ich den Großangriff auf Darmstadt erlebte und die Nachricht vom Tode meines gefallenen 17-jährigen einzigen Sohnes in den Händen hielt, erst als ich die Not und das Elend der Landstraße und die Obdachlosigkeit der Ausgebombten und Heimatvertriebenen kennengelernt hatte, erst als mein Mann aus der Gefangenschaft krank zurückkehrte, erst als ich die

Familienzusammenhangs vgl. Stoehr/Schmidt-Harzbach (1996:238-244).

Kriegsverbrecherprozesse las und die Urteile in der Denkschrift dazu von Hochkommissar McCloy und General Handy und Aussprüche von Staatsmännern und Persönlichkeiten hörte, wurde mir bewußt, mit welchem Lug und Trug unsere Männer und Söhne andere Länder überfallen mußten. Wenn man solche Verbrechen mit der Jugend nicht wieder vorhat, bin ich der Meinung, daß man ihr ohne Bedenken die Wahrheit sagen kann, soll und muß". Den Text ergänzend wurde auf der gleichen Seite ein Gedicht abgedruckt: "An die Schwachen (von einem unbekanntem Halbstarke)".

Ein Thema, das deshalb in den folgenden Jahren immer wieder einmal aufgegriffen wurde, betraf die Aufgabe der Schule und der Erzieher, dem Militarismus und Antisemitismus entgegen zu wirken und das Geschichtsbild, wie es in den Schulbüchern vermittelt wurde. "... mit den Kindern reden!" (Frau und Frieden 1958, Heft 2, S. 8) forderte Walter Uhle aufgrund des mangelhaften historischen und politischen Wissen bei Kindern und Jugendlichen, das er mit mehreren Beispielen erläuterte: "1. Fall: Im Unterricht komme ich darauf, nach dem Beruf der Väter zu fragen. 14jährige Jungen einer Schule, die in einem Arbeitergebiet liegt. Ein Junge sagt: ‚Weiß ich nicht.‘ - ‚Nanu?‘ - ‚Mein Vater ist gefallen.‘ - ‚Wann ist er denn gefallen?‘ - ‚Weiß ich nicht.‘ - ‚Wo ist er denn gefallen?‘ - ‚Weiß ich nicht.‘ - ‚Was war denn sein Beruf?‘ -? ... Das, liebe Eltern hat der arme kleine graue Soldat nicht verdient, so schnell vergessen zu werden. Die Mutter ist eine ordentliche Frau, die trotz Berufstätigkeit ihre Kinder äußerlich in Ordnung hat. Und doch fehlt hier etwas"⁹. Andere Fragen, die von den Kindern nicht beantwortet werden konnten, hatten sich auf den Mädchennamen der Mutter, die Funktion von Gewerkschaften und die Namen von politischen Parteien bezogen. In rund 6 Jahren gehen diese jungen Menschen mit zur Wahl und bestimmen die Geschicke unseres Vaterlandes mit. Und wahrscheinlich sagt ihnen bis dahin niemand mehr, was SPD, was CDU eigentlich heißen und was beide Begriffe bedeuten. 5. Fall: Jüngere Schüler fragte ich im Heimatkundeunterricht oder manchmal ganz beiläufig: ‚Wer hat denn eigentlich das schöne Haus zertrümmert, das der Schule gegenüberliegt? Wer hat denn die Straße zertrümmert?‘ Die regelmäßige Antwort lautet: ‚Die Russen.‘ Nie ist ein Russe an der Zertrümmerung westdeutscher Städte beteiligt gewesen, trotzdem aber die (aus ganz bestimmten Gründen propagierte) stereotype Antwort: ‚Die Russen‘. Mit diesen Gesprächsnotizen illustrierte der Autor die Notwendigkeit politischer Bildung in der Schule und vor allem auch in der Familie. "Darum: Fangt die Friedenserziehung zuerst bei euren Kindern an! Das ist gar nicht so schwer. Wenn man beim Abendessen sitzt, genügt einmal so ganz beiläufig die Frage an die Kleinen: ‚Wer hat denn das Haus zertrümmert?‘ Sie können ja gar nichts davon wissen. Wir müssen es ihnen doch sagen. Und dann heißt es nicht: ‚Die Amis oder die Tommys‘, sondern dann heißt es: ‚Das war der Krieg!‘ Und dann

⁹ Bei diesem Autor kommen zwei Momente zum Tragen, die weiter unten noch deutlicher werden, nämlich zum einen das Bild vom "kleinen grauen Soldaten", das zum Abwehrargument des Befehlsnotstands gehört und im Selbstbild als "kleine Leute", die den Entscheidungen der nationalsozialistischen Führung ausgeliefert waren, verallgemeinert wird. Zu diesem Gedächtnismuster in einer Familiengeschichte über drei Generationen siehe Rosenthal (1997:377-405). Der andere Aspekt ist die Übertragung der Verantwortung an die Frauen und Mütter, die in der Vergangenheit "nicht rechtzeitig nein gesagt haben" (Stephan 1997:134).

kommen in der Familie von ganz allein all die Fragen, die einen jungen Menschen zur Politik erziehen. Denn genau so wie man zur Literatur, zur Musik und zur Kunst erzogen wird, muß man zur Politik geführt werden. Und das führt dann von der Familie aus zur großen Politik: Warum ist Vater in der Gewerkschaft? Warum ist er in einer politischen Partei? Und wie war es früher?"

Beunruhigt über neuen "Geist" der Bundeswehr äußerte sich eine Stellungnahme (Frau und Frieden 1958, Heft 10, S. 3-4) ebenfalls zu den Aufgaben, die die Schule in dieser Hinsicht zu erfüllen habe. Später vermerkte eine Nachricht: "Kein Wort über KZ's in Schul-Geschichtsbuch" (Frau und Frieden 1959, Heft 8, S. 3) und ein größerer Beitrag, "Wohin steuern wir? Gedanke zur Jugenderziehung und die Gefahren des Nichtwissens" (Frau und Frieden 1959, Heft 9, S. 5 u. 8), besprach die Neuauflage des Schulbuchs "Der Mensch im Wandel der Zeiten" für den Geschichtsunterricht in der 5. und 6. Klasse. Er kritisierte die Darstellung der jüngsten Vergangenheit, die unvollständige und verzerrte Darstellung von Eroberungskrieg, Luftangriffe, Judenverfolgung, Widerstand, Flucht und Vertreibung. "So könnte man die Reihe der Beispiele fortsetzen über das Verschweigen der Millionen-Opfer der Hitlerbarbarei im deutschen Volke und den anderen verfolgten Völkern Europas, über Oradour, Lidice und Hiroshima."

Wie es sein soll, wie ein gelungenes Beispiel für die Aufklärungsarbeit mit Kindern aussehen kann, berichtete ein Lehrer in "Die kleinen Friedensboten" (Frau und Frieden 1959, Heft 4, S. 10-11). Als Resultat einer Unterrichtseinheit über die deutsche Geschichte und die Verbrechen des letzten Krieges schrieb die Klasse einen Brief an den dänischen König, in dem sie sich für die Besetzung seines Landes ab 1940 entschuldigten, nahm Kontakt zu einer in New York lebenden Emigrantin aus dem eigenen Städtchen auf und begann einen Briefaustausch mit Kindern in Eisleben. Die offensichtlich werdende Zensur der Kinderbriefe unterbrach den Kontakt, denn das Interesse der Kinder erlahmte. Die Verbindung von Jugendarbeit und der Hoffnung auf internationale Verständigung wird allerdings nicht aufgegeben. Klara-Marie Faßbinder berichtete noch im selben Jahr von den 7. Weltjugendfestspielen in Wien (Frau und Frieden 1959, Heft 9, S. 3-4), von intensiver Gegenpropaganda, Gelassenheit auf der kommunistischen Seite und bedauerte das Fernbleiben der BRD. Im Dezember nahm sie mit einem Leitartikel "Was uns verbindet, was uns trennt" (Frau und Frieden 1959, Heft 12, S. 2) Stellung zu den Entspannungsbemühungen auf politischer Ebene und nannte als Vorbild eine Studenteninitiative der FU Berlin, die einen Kontakt mit einer FDJ-Gruppe an der Humboldt-Universität hergestellt hatte, nebenbei plädierte sie für einen Ausbau der Bildungsmöglichkeiten anstelle der Rüstungsausgaben.

Im Verhältnis der Generationen spielten vor allem die Kriegsdienstverweigerer und später die Aktivitäten der Studenten gegen die Atomrüstung eine herausragende Rolle. Damit wurde an das Selbstverständnis einer kritischen Öffentlichkeit angeknüpft und vor allem wurde die

Aktionsbereitschaft und Diskussionswilligkeit der Jüngeren begrüßt. So hatte es die Berichterstatteerin, G. Legermann, besonders gefreut, dass an einer Protestdemonstration der “Frauen und Mütter im Bundeshaus” (Frau und Frieden 1956, Heft 8, S.6-7) während der “Wehrdebatte” auch junge Männer teilnahmen: “Ach wie wurden wir traurigen Mütter zuversichtlich, daß unsere Jugend eine so gesunde Auffassung und Achtung vor dem Leben des anderen hat. ... Denn daß Rüstung und Soldaten dem Frieden dienen, hat doch schon irgendwo irgendwer mit Riesenlautstärke propagiert und dann ein ganzes Volk in den Abgrund gerissen. ... Gegen Morgen, als die Entscheidung gefallen war, wurde uns wohl allen klar, daß die Jugend Deutschlands ihr Geschick selber in die Hände nehmen solle, und wir Frauen und Mütter, beratend und warnend immer wieder an das Schreckliche zweier Weltkriege erinnern müssen, damit nicht neue Aufrüstung zum Bruderkriege führt, zu neuen Massengräbern”. Im folgenden nahm wie in der Schulbuch- und Bildungsdebatte auch die “Aufklärung über Kriegsdienstverweigerer!” (Frau und Frieden 1959, Heft 1, S. 8) zunehmend Abstand von den eigenen Kriegserfahrungen und ging über in eine abstrakte Diskussion der Rechte und Möglichkeiten. Die Berichte zu den Veranstaltungen der Internationale der Kriegsdienstverweigerer anlässlich der Musterung des Jahrgangs 1922 enthielten neben dem Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung, auch Informationen über Formen des gewaltfreien Widerstands, wie Sitzstreik und freiwilliges Redeverbot (Frau und Frieden 1959, Heft 9, S. 4 und Heft 10, S. 5). Es wurden “Immer mehr Kriegsdienstverweigerer” (Frau und Frieden 1959, Heft 3, S. 5 ähnlich Heft 5, S. 4) und herausgestellt wurde, dass es sich dabei um eine internationale Bewegung handelte.

Es lag auf der Linie der Zeitschrift, den “Studentenkongreß in West-Berlin gegen atomare Aufrüstung” (Frau und Frieden 1959, Heft 1, S. 2) am 3. und 4. Januar 1959, der in der Literatur zur “Kampf dem Atomtod”-Kampagne als deren Abschluss angesehen wird, positiv zu beurteilen. Diese Einstellung wurde im folgenden Heft durch einen Kommentar des Studentenpfarrers Herbert Mochalski noch einmal nachdrücklich unterstützt: “Die deutsche Geschichte ist nicht reich an Initiativen ‚von unten‘. ... Die Kriegsgeneration der Studenten nach 1945 hat neue Wege gesucht. Ihr nachgelassenes Erbe ist das Mißtrauen der gegenwärtigen Studentengeneration gegenüber allen großen Worten, ihr nüchternes Abwägen der Realitäten und Möglichkeiten. Sie ist in gutem Sinne respektlos. Der Berliner Studentenkongreß gegen Atomrüstung hat es gezeigt. Das läßt uns hoffen.” (Frau und Frieden 1959, Heft 2, S. 5) Auf der gleichen Seite wurde eine Erklärung zur Unterstützung der Studenten abgedruckt, sie war unterschrieben von Margherita von Brentano, Dietrich Goldschmidt, Helmut Gollwitzer, Robert Jungk, Heinrich Vogel, Wilhelm Weitschedel. Ein paar Ausgaben später im Jahr hieß es über eine Demonstration gegen den Atomkrieg in Dortmund: “Die jungen Menschen, die mit gläubigem Bewußtsein ihrer Sorge Ausdruck gaben, hatten entschieden das Zeug dazu, mitreißend und überzeugend zu wirken, und werden gewiß noch viele Anhänger für ihre guten Ideen finden” (Frau und Frieden 1959, Heft 9, S. 9), dazu gab es - wie schon öfter einmal - ein Foto von den demonstrierenden älteren Damen aus der WFFB und der aktiven Jugend.

Trotz der Turbulenzen in einer Diskussion zum 20. Jahrestags des Kriegbeginns, zu der der "Arbeitskreis für Fragen des Zeitgeschehens" Martin Niemöller eingeladen hatte und deren Heftigkeit die Autorin an die Zeit vor 1933 erinnerte, fand Mira von Kühlmann dennoch: "so möchte ich doch mehr an einen segensreichen Aufbruch einer geistigen Wandlung zu neuen Zeiten glauben. Die Jugend will diskutieren! ... Darum scheint es mir mehr und mehr die Pflicht eines jeden Menschen zu sein, der sich dazu gerufen fühlt, in öffentlichen Versammlungen, der Jugend Raum und Gelegenheit zu geben, sich miteinander auseinander zu setzen, damit langsam der Schaden abklingt, der durch den ideologischen Krieg bei uns entstanden ist" (Frau und Frieden 1959, Heft 10, S. 5).

Die Erinnerung an den Verrat der Jugend durch den Nationalsozialismus bildete das Leitmotiv des Aufbegehrens gegen die Heuchelei derjenigen, die von den Verbrechen in der jüngsten Vergangenheit nichts gewusst haben wollten und auch nun nichts mehr davon wissen wollten, und für das unbeirrbar Insistieren auf Geschichtsbewusstsein und Aufklärung. Für diese in der Nachkriegszeit außergewöhnliche und unerschrockene Position war der Antimilitarismus zentral und wurde zur Grundlage eines politischen Bündnisses mit der Jugend im Widerstand gegen die Wiederbewaffnung und die Atombombe, in dem die Aktionsformen einer demokratischen Opposition angeeignet wurden. In diesem Rahmen wurde zudem eine besondere Aufgabe der Frauen formuliert: "Schützt die Jugend vor Militarismus", so ein Plakat der Düsseldorfer Protestkundgebung gegen die Verfassungsänderung für die Militärgesetze im Bundestag (Frau und Frieden 1956, Heft 4, S.3), oder genauer, wie es über dem Bericht zu einer Initiative junger Kriegsdienstgegner stand, die ein Mahnmal auf dem Bremer Bahnhofsvorplatz errichtet hatten: "Mütter schützt Eure Söhne" (1959, Heft 7, S. 5).

Töchter, Söhne und der Auftrag der Mütter

In diesem Kontext kommt es zum ersten Auftauchen der Geschlechterdifferenz, denn in der Zeitschrift erschienen verschiedenartige Geschichten über Töchter und Söhne und in ihnen wurden auch verschiedene Bedeutungen transportiert. Zunächst zu den Töchtergeschichten; sie waren sehr viel seltener und nahmen auch im Laufe der Jahre an Umfang ab. Ein Beispiel dafür ist die Geschichte "Sie nannten sie Rußlana" (Frau und Frieden 1956, Heft 2, S. 10-11), übernommen aus der Hannoverschen Presse: "In den letzten Tagen dieses Jahres der späten Heimkehr wurde ein kleines Mädchen sechs Jahre alt, das nicht nur sein eigenes Schicksal im Namen trägt. Rußlana Wiech, geboren am 21. Dezember 1949 im Barackenraum des Zwangsarbeiterlagers Suchobeswodnie bei Gorki, entdeckt nun an der Hand ihrer Mutter Sprache, Land und Leute der

Heimat". Der seltsame Name des Kindes brachte es mit sich, dass man ihr schon im Aufnahmelager Friedland mit Befremden begegnete und es ergab sich die Frage, wie es in der Zukunft werden würde und ob sie nicht besser einen neuen Namen bekäme. Dagegen sprach die Geschichte ihrer Geburt: "Eine fremde Frau stand der gefangenen Ingeborg Wiech in dieser einsamsten Stunde der vielen Jahre beiseite. Die russische Lagerärztin fühlte mehr als nur das Elend und die Trostlosigkeit um diese Geburt. So blieb sie sitzen am nackten Wochenbett, als alles vorbei war und das Kind sich in seinen ersten Schlaf geschrien hatte. Nun war sie gar nicht mehr die Ärztin und auf Distanz betrachtete Respektperson. Nur die Frau war sie noch wie die andere, die sich jetzt Mutter nennen durfte und glücklich war trotz allem. Da weinte die Russin, weil sie keine Mutter mehr war. Seit ein paar Wochen nicht mehr. Auch das Kind einer Ärztin kann sterben. Trotz allem. (-) Wenn Rußlana im nächsten Jahr nicht zur Schule müßte, wäre die Geschichte das Geheimnis zweier Frauen geblieben. So aber muß man sie zu Ende erzählen, um die Herzen der Leute ein wenig anzurühren und die Gedanken auch. Dringlich bat die Russin damals die Deutsche: ‚Tauf’ Dein Kind Rußlana, nenn’ es nach meinem toten Mädchen.“ Und als die andere zögerte, fügte sie hinzu: ‚Wir haben es doch zusammen geboren.‘ So bekam Rußlana ihren Namen. Es war drei Tage vor Weihnachten. Und wenn auch niemand in diesem Augenblick daran dachte, so war das Wort vom Frieden auf Erden doch Wirklichkeit geworden. Rußlana Wiech sollte ihren Namen behalten. Es gibt nicht viele, die schöner sind.”

Das Mädchen Rußlana und die Geschichte ihrer Namengebung symbolisiert das Frauenband, die weibliche Verantwortung für die Kinder und das unmittelbare Leid der Frauen im Krieg. Sie steht für die Erinnerung an gegenseitige Hilfe unter Frauen und die Möglichkeit der Versöhnung unter entgegengesetzten Umständen in einem Kampf ums bloße Überleben, von der in jenem konkretistischen Erzählstil berichtet wird, der für die Beiträge in den früheren Heften charakteristisch ist. Ein ähnliches Beispiel findet sich später integriert in einen zweiteiligen Reisebericht über "Polen ist anders" (Frau und Frieden 1958, Heft 7, S. 7-8 und Heft 8, S. 10-11). Während Elly Steinmanns Besichtigung der Vernichtungslager in Auschwitz, bei der sie von einem Menschen begleitet wurde, dem "von einem deutschen Soldaten die Freiheit geschenkt" worden war, tauchte ihr die Erinnerung an die deportierte Uzia auf, "die ich ihrer Mutter zurückbrachte, als sie 5 Jahre alt wurde, ein kleines Leben, das ich miterhalten helfen durfte" (S. 11). Noch im Bericht über eine junge Frau aus der Ukraine, die in Ravensbrück am 31. März 1945 ermordet wurde, folgt diesem Muster, denn zumindest die wenigen Zeilen, die sie auf Papierfetzen geschrieben hatte, konnten als ihre hinterlassene Nachrichten an die Mutter weitergegeben werden. In "Sie wollte so gerne leben ..." (Frau und Frieden 1959, Heft 11, S. 11) übermittelte Ingeborg Küster diese Botschaften über Hilfe, Freundschaft und Familie und gab ihnen einen umfassenderen Sinn, indem sie sie in Beziehung setzt zur aktuellen Kriegsdrohung durch den Atomkrieg und die Entmenschlichung der Opfer im Krieg

überhaupt. "Immer davon sprechen. Immer dafür arbeiten: für Frieden und Freundschaft, damit wir das Vermächtnis der jungen Vera und aller Opfer der bisherigen nur Kriege erfüllen."

Die Töchter, von denen nur ausnahmsweise die Rede war, stiften den Zusammenhang der Müttergemeinschaft, bilden das Symbol der geteilten Frauenerfahrung und der Hoffnung auf einen friedlichen Zustand. Aber die wirklichen Adressaten der friedensbewegten Frauen zu einem Bündnis mit der Jugend waren die Söhne, ihre Geschichten waren ungleich länger und zahlreicher, auch weil sie ungleich komplizierter und komplizierter zu erzählen waren. An erster Stelle standen Trauer und Verlust. "Der Jugend eingebrannt" (Frau und Frieden 1956, Heft 1, S. 6-7) überschrieb Rosa Schneider eine Collage von Zitaten, die sie der Veröffentlichung "Kriegsbriefe gefallener Studenten" entnahm. Die Sammlung stammte aus dem Jahre 1941 und gab die Brutalität des Krieges und des Sterbens in Russland wieder; Schneider kommentierte: "Möchten die Mütter diese Worte ihren Kindern vorlegen, die auch jetzt wieder in einen falschen Idealismus gezwungen und zum Kriege geführt werden sollen". In einer Spalte an der Seite dieses Artikel kam eine Mutter zu Wort: "Ich hatte zwei Söhne ..."; Hanna Peschel vergegenwärtigte sich ihren hochfahrenden Stolz auf die Söhne und die anschließende Erfahrung der Erniedrigung, als sie sie verlor. Persönliche Geschichten standen im Vordergrund und die Erlebnisse waren noch kaum vergangen, sie wurden es erst allmählich. Darum ging es in dem Beitrag "Sieben und einer" (Frau und Frieden 1956, Heft 11, S. 9), der von der Spurensuche nach dem gefallenen Sohn berichtet. Begleitet von freundlichen Erinnerungen der Bevölkerung, die den Weg wies, fand die ungenannte Autorin (oder war es ein Autor?) zum gemeinsame Grab von deutschen und sowjetischen Soldaten.

Die Kriegsgeschichten vom Leid der Mutter und dem Verlust des Sohns dienten nicht zuletzt der Entlastung der Söhne, die als verführt oder verpflichtet und verraten betrachtet wurden. In diesem Sinne wandte sich die regelmäßig für die Zeitschrift schreibende Maria Häffner direkt an den von ihr sehr verehrten Hochkommissar McCloy und an dessen Frau: "Sollen sie auch als willige Mitarbeiter verurteilt werden?" (Frau und Frieden 1957, Heft 5, S. 4). Ihre Frage richtete sich auf die Verurteilung von Jugendlichen durch das internationale Kriegsgericht in Nürnberg und sie erklärte ihr Anliegen damit, dass sie "kein Interesse daran habe, mich schützend hinter Kriegsverbrecher zu stellen, die den Tod meines Kindes auf dem Gewissen haben, daß ich mich aber doch verpflichtet fühle, um Gnade für die vergewaltigte Jugend zu bitten. Ich dachte daran, wie mein Sohn mit 15 Jahren, als Jahrgang 1927 den Musterungsbefehl zur Waffen-SS erhielt". Als Antwort hatte sie die Denkschrift der amerikanischen Hochkommission zur Begründung der Nürnberger Urteile erhalten: "Fast alle Angeklagten erklärten, sie seien in einem Netz gefangen gewesen, aus dem sie sich nicht herauswinden konnten, und daß sie ihre Aufgaben unter dem Zwang höherer Befehle auszuführen hatten. ... Obgleich jedoch keiner den Versuch machte, seine Taten als menschlich hinzustellen, bleibt der äußerst enttäuschende Haupteindruck bestehen, daß die Mehrzahl der Angeklagten noch

heute der Ansicht zu sein scheint, sie hätten recht gehandelt, weil sie Befehlen folgten. Vergötterung des Gehorsams ist schwerer zu wiegen als die Geltendmachung auf Entlastung". Häffner plädierte für Differenzierung, die "Kinder, die in die Waffen-SS gepreßt worden waren" von den wirklichen Schuldigen zu unterscheiden, die zu Recht verurteilt worden oder ohne Strafe davongekommen waren, vor allem jene, die in Rüstungsgeschäfte mit Hitler verwickelt gewesen waren. Sie verwies auf die Probleme eines wirksamen Widerstandes gegen Adenauers Wiederbewaffnungsbestrebungen im Rahmen des westlichen Militärbündnisses und auf rechtsradikale Traditionen in der neuen Bundeswehr. Der Einwand gegen die Rechtfertigung des begangenen Unrechts durch Befehlsnotstand wurde von ihr und anderen Autorinnen der Zeitschrift aufgenommen, zum einen in den Berichten über KZ-Prozesse und zum anderen in der Argumentation gegen die Remilitarisierung der BRD (etwa: Frau und Frieden 1958, Heft 3, S. 5, oder 1959, Heft 1, S. 4).

Die Geschichte von Häffners Sohn wird "Zum Volkstrauertag" (Frau und Frieden 1956, Heft 11, S. 7) desselben Jahres ausführlicher dargestellt, in einem kaum variierten Kontext: "Wieder einmal begeht das Deutsche Volk den Volkstrauertag, um seiner Kriegstoten zu gedenken. Wieder einsam werden Jugendliche in Stammrollen für die Wehrpflicht erfaßt. Und wieder einmal ist es ehrenvoll geworden, ‚vorsterben‘ zu dürfen. Solches erklärte Verteidigungsminister Blank a.D. vor Unteroffizieren. ... Je unbeliebter die Kriegsdienstgegner werden, je wehrfreudiger scheinen die Herrn SS-Offiziere und Unteroffiziere zu sein. , 3114 SS-Angehörige haben sich freiwillig gemeldet“ berichtete am 16. 10. 56 die Neue Presse, 1310 davon im Offiziersrang, 1324 im Unteroffiziersrang. Aus dem Mannschaftsrang meldeten sich nur wenige. Solche Meldungen, schrieb die SOS-Zeitung in Berlin, haben einen Schock im Ausland hervorgerufen. Aber nicht nur im Ausland, auch bei den Müttern im Inlande. Das muß einmal am Volkstrauertag gesagt werden. Deswegen werden wir in diesem Jahr mit gemischten Gefühlen unserer Toten gedenken. Als ich die Berichte las, sah ich im Geiste noch einmal meinen Jungen, wie er im September 1944 an meinem Krankenbett stand, in seinen Händen den Gestellungsbefehl. ‚Mutter‘, sagte er noch vor dem Abschiednehmen ‚ich möchte Dir noch ein Geständnis machen‘. Er setzte sich auf mein Krankenbett und berichtete ‚Weißt Du noch, wie ich an dem Tage, an dem die Synagoge brannte, von der Schule kam und sagte: "Wenn wir noch einen Herrgott haben, wird Furchtbares über Deutschland kommen", weißt Du noch, wie heute vor 2 Jahren, am 5. September 42 ich vor einem Musterungskommando der SS erscheinen mußte und ich Dir sagte: "Die Herren Offiziere haben eine halbe Stunde auf jeden Jungen eingeredet"; hätte ich nicht heute meine Eignungsprüfung (für die Schauspielschule, E.S.) wäre auch ich besiegt gewesen. So war ich noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Auch in unser Arbeitsdienstlager kamen SS-Offiziere, um uns zu werden. Diesmal haben sie mir meine Ablehnung nicht leicht gemacht, sie trieben mich in die Enge, und ich kämpfte den schwersten Kampf meines Lebens. Ich mußte begründen, weshalb ich ablehne. In diesem Augenblick stand das grausigste Erlebnis, das ich je gesehen, vor mir: Wir hatten Kabel

gelegt und sahen einen Zug von KZ-Gefangenen. Sie waren alle 20 Meter von SS mit Karabinern bewacht. Hinter ihnen gingen Kapos mit Wolfshunden. Brach einer der Gefangenen zusammen, sprang der Hund zu, biß ihn in den Rücken, bis er weitertorkelte oder tot liegen blieb, um im Krematorium, dessen Schornstein in der Nähe aus der Erde ragte, zu enden. Ich dachte, lieber aus dem Himmel in den Tod gestürzt, als durch den Schornstein des Krematoriums hinaufgestiegen. *So bin ich gegen meinen Willen Fallschirmjäger geworden. Verzeih' mir diese Schwäche!* Es ist sowieso alles vorbei! Deutschland wird fallen, und wenn Deutschland fällt, werde ich fallen. Seine Vorahnungen haben sich erfüllt. Ein viertel Jahr später rollte die Front über Deutschland hinweg. Mir, seiner Mutter, blieb die Erkenntnis, wie sein Gewissen von Herrenmenschen der SS vergewaltigt wurde. Voll Angst und Sorge denke ich darum am Volkstrauertag 1956 an die Jungen des Jahrgangs 1937 und ihre Mütter und die Worte eines Heimkehrers im Jahre 1945: ‚Wenn die Mütter gesehen hätten, wie ihre Kinder sterben mußten, ein einziger Schrei der Mütter würde die Welt aus den Angeln heben.‘ Gedenken wir deshalb der Gefangenen, der Mütter, Kinder und Greise, die in den Flammenhöllen der zerbombten Städte umkamen, der Verstorbenen in der Gefangenschaft und sagen jenen, die Vorsterben als ehrenvoll ansehen: ‚Wir wollen nicht ehrenvoll sterben, sondern ehrenvoll vorleben, was Christentum und Sozialismus ist.‘ Nur so können wir den Volkstrauertag würdevoll begehen, und dem Opfer unserer Toten einen Sinn geben!“

Es ist die Erinnerung, die den Zusammenhang mit der Jugend herstellt, das Wachhalten der Trauer, die mit anderen schwierigen Erinnerungen verbunden ist. Denn diese Söhne waren Wehrmachtssoldaten, damit Teilnehmer, mindestens aber Beobachter der deutschen Verbrechen im Eroberungskrieg und in den besetzten Ländern. Die Tatsache, dass die Grenze zwischen Teilnehmern und Beobachtern oft nicht festzustellen war, war offenbar kaum erträglich, denn das wurde an keiner Stelle problematisiert. Vielmehr werden diese prekären Teile der Erinnerung umgangen und abgelenkt durch die Gegenüberstellung der einfachen Soldaten zu den Offizieren und besonders zur SS, wie etwa in der Geschichte vom “Eisenbahnfahren” (Frau und Frieden 1957, Heft 1, S.10-11). Dabei handelte es sich um einen Erlebnisbericht von einem Transport verletzter Soldaten von der Ostfront durch Polen zurück nach Deutschland, die beim Blick aus dem Fenster Juden und Russen bei der Zwangsarbeit den Schikanen der SS ausgesetzt sehen und es zur Konfrontation mit den SS-Leuten kommt.

In der Hauptsache aber wurde die Ambivalenz der Erinnerungen übersetzt in eine Balance des Leidens, so dass in den Erzählungen eine Verbindung von Judenverfolgung und dem eigenem Kriegsoffer entstand, wie oben durch die Begegnung der KZ-Gefangenen mit dem gefallenem Sohn, der sterbenden Soldaten mit der Zwangsarbeiterkolonne. Die Verbindung stellte sich allerdings auch ein, wenn sie nicht zum Ablauf des Erzählten gehörte; es kommt zum Auftauchen von Beobachtungen, die einen Sprung in der Logik der Erzählung verursachen, da sich trotz aller

Bemühungen die Trauer nicht vereinbaren lässt mit der Scham und einem unklar bleibenden Wissen von Schuld. Dieses Überspringen und Gleichsetzen ist besonders deutlich in E. Schüttlers Bericht "... und lief in die Kirche und weinte, weinte ..." (Frau und Frieden 1956, Heft 5, S. 8). Es ist eine Geschichte, die im Stil von "neulich hat mir jemand erzählt" vom Gespräch mit einer Bekannten berichtet: "Wenn ich nicht berufstätig wäre – oder wenn ich Kinder hätte, für die zu kämpfen, es sich ja lohnt – ich glaube, ich würde mit Ihnen arbeiten für den Frieden!" Im weiteren erinnerte sich die Bekannte an die Judenverfolgung, in deren Rahmen sie "in einem fürsorglichen Beruf" für Ausgabe von Passierscheinen an jüdische Mitbürger zuständig war und sogar für eine junge Mutter, deren Mann bereits ausgewandert war, sie noch etwas tun konnte. Dann folgte das Eingeständnis der Teilnahme an Vorbereitungen für Deportationen, wozu wesentlich die Ausräuberung der Juden gehörte. "Mir drückte man für die ‚Arbeit‘ 5,- RM in die Hand. Das Geld brannte mir in den Fingern. Ich lief in die nächste Kirche, warf es in die Sammelbüchse, kniete nieder und weinte, weinte ..." Die Berichtstatterin selbst fährt dann fort: "Auf dem Heimweg fielen mir andere schreckliche Geschehnisse ein. Plötzlich war die Stimme der Nachbarin da, die mich als jungverheiratete Frau mütterlich betreut hatte. Es war eine rundliche, gute Frau, die mir beim Bohnenschnibbeln half und mir mit Rat und Tat beiseite gestanden hatte. Die Stimme schrie – schrie – schrie! Ich floh aus dem Hause. Ihr Sohn war gefallen. Für den ‚Führer‘ des unmenschlichen Systems. – Später fiel ihr zweiter Sohn. Und ich dachte daran, daß wieder solche Männer Einfluß gewinnen, die jenem unmenschlichen Regime den Treueid geleistet hatten. Mein Bruder war unter ihrer Führung gefallen. Meine Jungen sollen von ihnen in wenigen Jahren eingezogen werden."

In der Gleichsetzung erscheinen die Söhne als Opfer und nur als das. Es ist die Größe des Schmerzes um den Verlust, die die Funktion des Beweises dafür antritt. In der Fortsetzung dieser rhetorischen Konstellation kann die eigene Freiheit von Schuld als Bedingung der aktuellen Verweigerungshaltung konstruiert werden: "Ich habe zwei Weltkriege erlebt, und niemand kann mir mein Mißtrauen gegen Militär nehmen. In diesem Sinne habe ich meinen Sohn erzogen und somit habe ich auch den Wunsch meines Mannes erfüllt. Die Worte: ‚Freiheit, Volk und Vaterland‘ können für mich nur noch Phrasen sein. Warum? Ich habe dem Vaterland meinen Mann geopfert, und dafür bekam ich monatlich 40 DM Waisengeld für mein Kind. Um die Ausbildung meines Sohnes hat sich das Vaterland nicht gekümmert, ich habe dafür arbeiten müssen. Das Vaterland hat nicht einmal gefragt, ob ich es schaffen könne. Und nun, da ich meinen Sohn groß habe, erinnert sich das Vaterland seiner wieder. ... Außerdem habe ich über mein Kind bis zu seinem 21. Lebensjahr zu bestimmen. So sieht es jedenfalls das Grundgesetz vor". Es schließt sich die Beschwerde darüber an, was man den Offizierswitwen, "deren Männer eine größere Schuld an den schlimmen Kämpfen der letzten Kriegsjahre haben als die einfachen Soldaten", nicht zugemutet hat, nämlich die Erwerbsarbeit, sowie eine Kritik an der Rentenregelung, die sich auch nach der Reform nicht verbessert habe. "Und zum Schluß teile ich Ihnen noch mit, daß ich zur Musterung erscheinen werde."

Dann dürfen die Ärzte sich meinen zerschnittenen Leib, meine abgearbeiteten Hände und meine leidenden Füße ansehen und sich wundern, daß das Vaterland mir obendrein noch zumutet, meinen Sohn herzugeben, der nun bald in der Lage wäre, auch mal was für seine Mutter zu tun". Zwar wurde im Vorspann der Redaktion der "Brief, den die Kriegerwitwe Josefine Küppers schrieb, als ihr einziger Sohn am Todestage ihres Mannes eine Vorladung zur Musterung bekam", als beispielhaft angekündigt - "Eine Mutter gibt ein Beispiel" (Frau und Frieden 1957, Heft 3, S. 4) - dennoch ist er untypisch für die Zeitschrift, wie vor allem die folgende Passage zeigt: "Nach dem Zusammenbruch habe ich mit meinem Kind aus Thüringen vor den Russen flüchten müssen, genau wie die Menschen aus dem Osten. Wir sind auch beschossen worden und haben Mißhandlungen miterlebt. Ich könnte Schreckliches berichten. Aber auch die amerikanischen Soldaten haben die jungen Flakhelfer, die alle zwischen 14 und 17 Jahre alt waren, brutal behandelt. Obschon mein Kind erst 8 Jahre war, sind die Ereignisse in ihm haften geblieben". Im allgemeinen wurde alles, was wie eine stereotype Beschuldigung an die Adresse "der Russen" und "der Amerikaner" klingen konnte, sorgfältig vermieden. Deswegen und aufgrund der Einschränkung der Erinnerung auf die letzten Kriegstage bzw. die unmittelbaren Nachkriegsereignisse enthält die Eingangspassage des Briefs nur reine Leerformeln: "Obschon mein Sohn schriftlich erklärt hat, den Wehr- und Ersatzdienst aus Gewissensgründen zu verweigern, zwingt man ihn unter Androhung von Strafe doch noch zur Musterung. Ist das die im Grundgesetz dem Volke zugedachte Freiheit? Wir sind gegen jede Gewaltanwendung zwischen den Staaten, aber auch zwischen Regierung und Volk".

Aus dem Vergleich mit den anderen Texten der Zeitschrift kann ich mich einer Interpretation, die in diesem Brief einen pointierten Ausdruck für die generelle Haltung der Frauen in der Friedensbewegung sieht (vgl. Stoehr 1999:193), nicht anschließen. Hier kippte vielmehr die Ambivalenz der wach gehaltenen Erinnerung, deren unvereinbare Bestandteile von Trauer und Schuld in Balance gehalten werden müssen, in eine krude Strategie der Selbst-Entschuldung ab. Die Unschuld der Söhne in einer Linie mit der Unschuld der Mütter - so einfach haben es sich die Frauen der Friedensbewegung nicht gemacht. Auch wenn jene Teile der schmerzhaften Erinnerung, die sich auf die Täterschaft der Soldatensöhne beziehen, ausgeblendet wurden, wäre es dennoch nicht richtig zu behaupten, dass damit den Problemen der Vergangenheit prinzipiell ausgewichen wurde. Es handelt sich eher um ein Innehalten der Wahrnehmung auf halbem Wege, somit um eine Art des sprechenden Schweigens, das gleichzeitig das Gedächtnis bewahrt und abwehrt. Mit der Aufgabe, die zwiespältigen Momente in Balance zu halten, wurde die doppelte Funktion erfüllt, nämlich mit der Erinnerung an das eigene Leid zugleich immer auch an die deutschen Verbrechen zu gemahnen. "Das war einmal Wirklichkeit in Deutschland", und der Autor Will Grobe nannte dann in seinem Bericht über ein "Denkmal in Ravensbrück" (Frau und Frieden 1959, Heft 11, S. 9) die Namen von Lagerärzten und NS-Juristen, die in der Nachkriegszeit unbehelligt geblieben waren. Auf der letzten

Seite des Heftes hatten zwei Leserinnen einen Brief zu Ravensbrück geschrieben: “Wir werden darüber nicht *schweigen*, denn wer schweigt, macht sich mitschuldig!” (S.12).

Die konflikthafte Ambivalenz, die die Erinnerung an die Söhne auslöste, wurde übersetzt in einen immer wieder beschworenen und weitreichenden Auftrag der Frauen und Mütter, der über die eigenen persönlichen Interessen hinausging und ihre positive, der Jugend zugewandte Einstellung gesellschaftlich und historisch begründete. Dafür lassen sich nahezu endlos Beispiele finden. Erna Hintz-Vonthron formulierte es in “Gegen die Wehrpflicht” (Frau und Frieden 1956, Heft 5, S. 4) so: “Wir Frauen, die wir unter größten Opfern und Leiden aus der Hölle des letzten Krieges noch einmal herausgekommen sind, haben allen Grund, die allgemeine Wehrpflicht abzulehnen.” Oder in einem Leserbrief von D. Hopfgarten hieß es: “Ich schließe mich ihrem Protest gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht an als Kriegerwitwe und Mutter von 2 Söhnen. Im Zeitalter der Atomwaffen halte ich es für die Pflicht eines jeden Politikers, sich nicht für Aufrüstung sondern für die friedliche Verständigung unter den Völkern einzusetzen. Ich wünsche Ihren Bemühungen den besten Erfolg und grüße Sie herzlich” (Frau und Frieden 1956, Heft 8, S. 4). Das Bündnis mit der Jugend, genauer das komplizierte, weil mit Fragen der Schuld verquickte Verhältnis zu den Söhnen, bildete die Grundlage und die Möglichkeit des demokratischen und kritischen Eingreifens, eines Bewusstseins, das dann mit beharrlicher Energie gegen das Vergessen gerichtet war. Vorzugsweise als Cheffinnensache, d.h. als Redaktionsangelegenheit, behandelt wurden die Berichte über KZ-Prozesse “Mord am Recht” (Frau und Frieden 1958, Heft 3, S. 5, ähnlich 1959, Heft 1, S. 4), über weiter bestehende Tendenzen des Antisemitismus (Frau und Frieden 1959, Heft 2, S. 4), über den Massenmord an den Juden: “Vor 15 Jahren starb das Warschauer Ghetto” (Frau und Frieden 1958, Heft 5, S. 8), den Überfall auf Polen: “Als vor 20 Jahren der Krieg begann ...” (Frau und Frieden 1959, Heft 9, S. 8) und die Vorgänge, die dahin geführt hatten: “Vor 25 Jahren brach die deutsche Demokratie zusammen” (Frau und Frieden 1958, Heft 2, S.1-2).

Schuld und Freiheit standen im Zusammenhang mit einer Verpflichtung. In welcher Weise das von den Frauen der Friedensbewegung aufgefasst wurde, kommt in dem Text “Eine zeitgemäße Erinnerung” (Frau und Frieden 1956, Heft 4, S. 3) zum Ausdruck. “Nachfolgender Anschlag war an der Innenseite des Lagertores des amerikanischen Kriegsgefangenenlagers Babenhausen bei Darmstadt im Jahre des Heils 1946 zu lesen: Der Krieg ist zu Ende! Wenn Du SS-Mann Willi Schulze, oder Du, Unteroffizier Rudi Müller, durch dieses Tor hinausschreitest, so trittst Du den Weg in die Freiheit an. Hinter Dir liegen Monate und Jahre sklavischen Gehorsams, Jahre des Blutvergießens, Jahre einer unglaublichen Demütigung der menschlichen Individualität, alles verursacht von einem verbrecherischen Regime dessen Vertreter, soweit nicht schon geschehen, ihrer gerechten Strafe nicht entgehen werden. Du selbst hast daran keine Schuld, betört folgst Du den Lockrufen einer Irrlehre. Frei und ungestört kann sich nunmehr Dein Leben an der Seite Deiner

Braut, im Kreise Deiner Familie entfalten. Befreit bist Du von dem fluchwürdigen Soldatendienst, von dem schuldbeladenen deutschen Militarismus. Nie mehr wird dieser Deine jungen Jahre verkümmern, nie mehr wird Dich ein schrilles Kommando über den Kasernenhof oder gar auf das Schlachtfeld hetzen. Die Asche Deines Wehrpasses hat sich mit der von Buchenwald und Dachau vermischt. Den Schutz Deiner Freiheit haben die siegreichen Nationen übernommen, die durch ihre großen Opfer Dich und Deine Nachkommen für ewige Zeiten vom Waffendienst befreiten. Aber gegenüber ihren großen Opfern hast Du die Verpflichtung dafür zu sorgen, daß sich in Deiner Heimat nie mehr die Neigung zum Waffendienst erhebt, daß nie mehr junge Deutsche die besten Jahre ihres Lebens zugunsten der Gelüste des preußischen Junkertums und seines kriegsschürenden Generalstabes zum Opfer zu bringen, sondern fortan nur noch friedlicher Wohlfahrt unter den Völkern ihre Kraft und ihre Begabung weihen. War Department (Unterschrift war leider unleserlich)”. Die Einlösung dieser Verpflichtung war das Vermächtnis der toten Söhne an ihre Mütter, die damit ihre Söhne nachträglich von der Schuld, die auf ihnen lastete, befreien und auf der Seite der Opfer mitzählen konnten.

Von der Trauer zur Hoffnung: die Einkapselung der ambivalenten Erinnerung

Zur Aufklärung über die Vergangenheit gehörte das konsequente Eintreten für Antirassismus und internationale Verständigung, Antimilitarismus und Kriegsdienstverweigerung. Die Frauen wandten sich gegen den Krieg überhaupt und dann vor allem gegen den Atomkrieg, womit zunehmend eine Zukunftsorientierung zum Tragen kam. In einem offenen Brief, den die Mitarbeiterin der Zeitschrift Margarethe Rode an den damaligen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier richtete, hat sie die Verbindung von Erinnerung und Zukunftsaufgaben in einer für die Zeitschrift typischen Weise hergestellt. Das Eingeständnis von Scham und Schuld bilden das Motiv ihres Protests: “Ich werde nicht schweigen!” (Frau und Frieden 1958, Heft 8, S. 8) und der Wendepunkt besteht in der Übernahme der Verpflichtung gegenüber der Zukunft und der zukünftigen Generation. “Dem Widerstandskämpfer, der Sie waren, habe ich als Ex-Pg. eine Erfahrung voraus, und es drängt mich, Ihnen davon mitzuteilen. *Ich habe mich 1945 schämen müssen.* Das ist die *Erfahrung, die ich Ihnen, Herr Präsident, voraus habe.* Ich habe mich ganz einfach und schmucklos geschämt, und von diesem Druck der Scham haben mich selbst der gotteslästerliche Frevel von Hiroshima und andere, offensichtliche Verbrechen unserer derzeitigen Verbündeten nicht befreien können, denn eigene Schuld wird nicht ohne weiteres durch Anderer Auch-Schuld getilgt. Befreien konnte mich erst eine Tat: Die Erziehung meines Sohnes. Mein Sohn kennt keinen Dünkel, er blökt in keiner Herde mit und ist propagandasicher. Mit seinen 19 Jahren wägt er ab, bildet sich ein eigenes Urteil und achtet auch der Anderen Überzeugung und Wesensart. Als befreiter Mensch möchte ich aus bitterster Erfahrung warnen: Haltet ein mit den Vorbereitungen zum atomaren Brudermord! Wenn erst die

‚Totfeinde‘ in Sachsen und Thüringen ‚ausradiert‘ sind, wird nicht einmal die Möglichkeit, sich zu schämen, übrigbleiben: Ganz gewiß *wollen* Sie, sehr verehrter Präsident, weder Weimar noch Eisenach und die Menschen dort verseucht sehen, aber ... *genau sowenig habe ich seinerzeit gewollt, daß irgendwelche Menschen geschunden und vernichtet wurden!* Und doch konnte es geschehen, weil einige es wollten, weil den Anfängen nicht gewehrt wurde. Drum noch einmal: Haltet ein! Und wehret den Hassenden, die in aller Öffentlichkeit sich leidenschaftlich zum Gebrauch von Atomwaffen bekennen! Ich fürchte den Tod in keiner Form, also auch nicht den Atomtod, aber ich fürchte den *Atomtord*, *ich fürchte*, daß unserem Volk *neue Schuld* aufgeladen werden könnte, und *das will ich nicht*, und dazu werde ich nicht schweigen. Ich liebe Deutschland mehr als meinen Kühlschrank und meines Sohnes Motorrad, und Deutschland hört für mich nicht bei Helmstedt auf, und darum möchte ich warnen und immer noch einmal warnen: Weg mit den Teufelsdingern! Nur das bietet uns ausreichende Sicherheit, daß sie uns nicht in der Hand von Narren oder Verbrechern zu Brudermördern machen. Ich erwarte gar nicht, daß der Politiker und Bundestagspräsident von meinem Schreiben Notiz nehmen wird, als Optimist hoffe ich jedoch, daß der *Mensch*, als der Sie, sehr verehrter Herr Präsident, sich oft erwiesen, meine Auflehnung nicht mit der verächtlichen Gebärde parteilicher Machtfülle vom Tisch fegen mögen und mit vorzüglicher Hochachtung Ihre ergebene Margarethe Rode“.

Hier gehen Schuldanerkennung und die durch die Jugend vermittelte Hoffnung auf eine Befreiung von der Schuld Hand in Hand. Der Sohn dieser Mutter lebt. Damit lässt sich Rodes Brief als ein Übergangstext charakterisieren, der im Kontext einer subtilen Verschiebung steht, die sich im Laufe der Zeit, im Übergang von der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung zur „Kampf dem Atomtod“-Kampagne vollzog. Im Zurücktreten der unmittelbaren Trauer wurde das Entstehen eines Denkraumes möglich, in dem sich eine neue Hoffnung ansiedeln konnte, die sich dann in den manchmal geradezu euphorischen Bemerkungen über die Jugendlichen äußerte. Dabei wurde das Bündnis zwischen Müttern und Söhnen in einem allmählichen Abstraktwerden der Erinnerung so umgearbeitet, dass mit der Distanzierung vom selbst Erlebten neue Aspekte und neue Fragen in den Horizont treten und aufgegriffen werden konnten.

Die Tendenz zur Verallgemeinerung in der Betrachtung von Vergangenheit und Krieg setzte sich in den Beiträgen zur Zeitschrift *Frau und Frieden* während des Zeitraums von der „Göttinger Erklärung“ der Atomwissenschaftler bis zum Studentenkongress gegen Atomrüstung im Januar 1959 durch. Zunächst wurde die Balance des Leidens der persönlichen Erlebnisberichte verdrängt vom Vergleich unterschiedlicher historischer Ereignisse. In der Forderung „Nie wieder“ (Maria Häffner in *Frau und Frieden* 1958, Heft 4, S. 5) verband sich der Atombombenabwurf über Hiroshima mit der eigenen Erfahrungen der Luftangriffe und der bombardierten Städte zur Vorstellung von künftiger Bedrohung. Die noch kaum verblasste Erinnerung an die erlebten Zerstörungen leitete die beiden

Berichte zur großen Protestkundgebung in Frankfurt gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ein (Frau und Frieden 1958, Heft 5, S. 2 und S. 3). Klara-Marie Faßbinder schrieb dazu: „Frankfurt, unsagbar zerstört, die viel wertvollere Altstadt fast ganz. Der Römer, in dem einstmals das Festmahl der Kaiserkrönung stattfand, nur noch drei Giebel, der Dom, Ort der Kaiserkrönungen, die Paulskirche, Erinnerung an den ersten Versuch, das zerfallene Deutsche Reich neu zu gründen ‚auf den Willen des Volkes‘ – alles unsäglich getroffen. – Aber all diese Ruinen umwittert von großer Vergangenheit und dazu der mächtige Wille der Frankfurter, ihre so günstig gelegene Stadt wiederaufzubauen“.

Parallel dazu erweiterte sich der Zeitrahmen der historischen Erinnerung und es trat ein zeitliches Abstandnehmen von der jüngsten Vergangenheit ein. Das letzte Heft 1958 brachte eine Weihnachtsgeschichte von Friedrich Wolf, „Lichter über dem Graben“ (Frau und Frieden 1958, Heft 12, S. 10), die davon handelt, wie das Mädchen Germaine (!) von einer Gruppe Soldaten an der Westfront 1916 über die Schützengräben hinweg auf die andere Seite zu ihrem Bräutigam gebracht wird. Mit dem Paket Lebensmittel, das sie zum Dank dafür von den Franzosen geschenkt bekommen, feiern sie ein Fest, stecken Kerzen auf den Stacheldraht, was sie bald auch auf der anderen Seite beobachten. Nach der Fraternisierung wurde die Gruppe in keine Kämpfe mehr verwickelt bis zu ihrer Ablösung am übernächsten Tag. Das Kriegsgeschehen im 1. Weltkrieg war vorher nur einmal zur Sprache gekommen (Frau und Frieden 1957, Heft 12, S. 10), jetzt folgten bald weitere Beiträge wie „Das Vermächtnis eines Frontsoldaten“ (Frau und Frieden 1959, Heft 3, S. 10) und verallgemeinernde Überlegungen zum Krieg (Frau und Frieden 1959, Heft 2, S. 10). Schließlich fand sogar der 30jährige Krieg Erwähnung, „ein(en) Krieg, in dem das Deutsche Volk Schaden genommen hat an Leib und Seele“ (Frau und Frieden 1959, Heft 12, S. 6-7). Das Gedächtnis des Widerstands umfasste nicht nur den 45. Todestag von Bertha von Suttner und das 100-jährige Bestehen des Roten Kreuzes (Frau und Frieden 1959, Heft 7, S. 7) sondern auch Angela Morgans „Kampf der Mütter“ (Frau und Frieden 1959, Heft 11, S. 11) aus dem Jahre 1915 zur Gründung des W.I.L.P.F., der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit im Haag, Holland. Die Meldung vom Erscheinen eines Buchs von Bertha von Suttner leitete direkt über in einen aktuellen Aufruf gegen Krieg und Atomwaffen (Frau und Frieden 1959, Heft 6, S. 5).

Das Abstraktwerden des Erlebten im Vergleich eigener und fremder, vergangener und zukünftiger Bedrohungen sowie die Erweiterung des historischen Horizonts ermöglichte vor allem Reflexionen über die Täter, die sich von der klaren Grenzziehung entfernen. Anlässlich einer Rundfunksendung über Hiroshima, möglicherweise handelte es sich um Rolf Schneiders Hörspiel „Waverly“, wurde Maria Häffner nicht nur an die eigene Erfahrung von Luftangriffen erinnert, sondern notierte unter dem Stichwort „Nie wieder“ (Frau und Frieden 1958, Heft 4, S. 5) auch die folgenden Gedanken: „Ergriffen lauschte ich diesem erschütternden Hörspiel und dachte, keiner darf mehr sagen: ‚Ich

habe das nicht gewußt.‘ Der Gewissensschrei eines Mannes, der auf Befehl von Militärs und Politikern zum Massenmörder wurde, muß zum Gewissensschrei jedes einsichtigen Menschen werden“. Das Schicksal eines Täters, eines Oberst, der auf die Ablehnung seiner Familie stößt und auch im Kloster keine Ruhe findet, griff die Autorin später noch einmal weiteres Mal auf. “Er würde es wieder tun” (Frau und Frieden 1959, Heft 8, S. 8-9) ist eine ausführliche Buchbesprechung von Ferdinand Gigons “Ich habe Hiroshima gesehen”. Mit Befremden nahm sie zur Kenntnis, dass bei den Piloten von Hiroshima und Nagasaki auch späterhin keine Schuldgefühle auftauchten. “Anders erging es Oberst Leonard Cheshire. Er saß in einem Begleitflugzeug und erklärte, er habe das Gefühl, in der Hölle zu sein. Er findet keine Ruhe an den psychologischen Erfolg, er begreift mehr. Immer wieder spukt der Anblick von Nagasaki in seinen Träumen. Er denkt nicht an den psychologischen Erfolg, er begreift das psychologische Problem eines solchen Massenmordes und denkt an das Meer von Leid und Tränen, das einem einzigen atomaren Angriff folgt. Oberst Cheshire sucht heute in tätiger Nächstenliebe als Laienbruder sein Gewissen zu beruhigen. Er, der einst der geistige Vater der fliegenden Vorhänge war, die uns heute noch das Blut in den Adern erstarren lassen, wenn wir an ihr Motorengeräusch denken, wenn sie stundenlang am nächtlichen Himmel über das Rhein-Main-Gebiet, nach Leipzig, Dresden, Schweinfurth usw. flogen, und uns in Angst und Schrecken versetzten, daß jede Minute die Flieger ihre Bomben über uns abwerfen würden, auf uns wehrlose Frauen und Kinder, er hat wahrscheinlich heute Grund, Buße zu tun. Claude R. Eatherly, der einst reiche Farmersohn aus Nord-Texas, der auch in einem Begleitflugzeuge, den sog. ‚Wachhunden‘, saß, er, der einst gefeierter Held seiner Heimat war, ist heute ein zerbrochener Mensch. Die Rache der Toten von Hiroshima läßt ihn nicht mehr zur Ruhe kommen. ‚Nicht ausklinken, die Kinder verbrennen!‘ schreit er im Schlaf. Seine Frau flieht vor ihm aus Angst und Furcht und seine Ehe zerbricht. 237 Dollar Pension, die ihm der Staat für seine Tat zahlte, erhöhte monatlich sein Bankkonto, aber Claude Eatherly verzichtet auf den Blutsold. Er lebte von Überfällen und Einbrüchen, bis er im Gefängnis und zuletzt in der Heilanstalt landete. Während der eine als Laienbruder versucht, seine Seele zu reparieren, bringt der Seelenschaden den anderen ins Gefängnis und in die Heilanstalt. Den gefährlichsten Seelenschaden haben aber m.E. die beiden Offiziere erlitten, die die Bombe über die beiden japanischen Städte abwarfen. Auf den Vorwurf einer japanischen Studentin, warum Major Ferebee die Atombombe nicht in den erloschenen Krater des Fudschijama warf, erklärte dieser: ‚Ich hatte einen Befehl zu befolgen und habe ihn befolgt.‘ ... Männer, die nur Befehle kennen. In Nürnberg wurden nach 1945 Männer, die sich auch auf Befehle beriefen, gehängt oder zu hohen Kerkerstrafen verurteilt. Männer vom Schlage ‚Pistolenschubert‘ und Sorge wurden mit Recht für schuldig befunden und unschädlich gemacht”.

Über die Brücke der eigenen Erinnerung setzt ein vergleichendes Nachdenken über die Täter ein, darauf aufbauend stellt sich die Verbindung von Atombombe, Luftangriffen auf deutsche Städte und NS-Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung her. Am Ende der Überlegungen steht, dass sich die

Täter weniger durch die Tat und ihre Schuld als durch das Bewusstsein und die Anerkennung der Schuld unterscheiden. Anzumerken ist, dass dies der erste größere Artikel Häffners war, in dem der eigene Sohn und sein Schicksal nicht erwähnt wurde. Man kann ihn dennoch unschwer als eine "Verwandlung" in Eatherly oder Cheshire erkennen, an die eben jene Fragen herangetragen werden, die auch die Erinnerung an den Sohn bewegen, dort aber stillgestellt werden müssen¹⁰. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass von der "Rache der Toten" nicht von ihrem Leid gesprochen wird, und einigermaßen merkwürdig ist auch die Vorstellung eines Atombombenabwurfs über dem Fudschijama. Auslassung und unausgesprochene Vermutung wirken auf den Gedankengang ein.

Das Abstrakt- und Vergleichbarwerden der Vergangenheit vollzog sich als eine Einkapselung der Ambivalenz von Trauer und Scham, mit der die Erinnerung besetzt war. Nicht trotzdem, sondern gerade deswegen, nämlich in dieser Form, blieb sie als Antrieb zur politischen Aktivität und Ursprung der Botschaft erhalten. Der mütterliche Auftrag verwandelte sich damit ebenfalls, seine Botschaft richtete sich auf die Abwehr der universalen Bedrohung durch die Atombombe. Die Distanzierung von der Erinnerung unter Beibehaltung ihrer Besetzungen ermöglichte den Übergang von der Trauer zur Hoffnung, mit dem Erweiterungen aber auch spezifische Einschränkungen und Verstellungen im politischen und historischen Bewusstsein einhergingen. Sie betreffen vor allem die Rede von den Opfern des Genozids.

Die Versöhnungsgeste der namenlosen Opfer

Die Bewegung der Abstraktion und Distanzierung vom unmittelbaren Erleben betreffen auch die Opfer, die nun in Zahlen erfasst werden. Die "Gedanken zum Volkstrauertag" (Frau und Frieden 1959, Heft 11, S. 5) wurden nun ergänzt durch die Zahlen: "Über 50 Millionen Tote. Die Opfer des zweiten Weltkrieges". Ein Vergleich mit den Zahlen des ersten Weltkrieges macht deutlich, dass vor allem der Anteil der Opfer in der zivilen Bevölkerung enorm zugenommen hatte. Wie in der Statistik der gefallenen Soldaten wurden dabei auch die zivilen Opfer nach Staaten getrennt aufgelistet und zusammenfassend wurde angemerkt: "Weitere 24.250.000 Personen starben in d. Konzentrationslagern od. fielen dem Luftkrieg, der gewaltsamen Vertreibung und Umsiedlung sowie anderen ‚indirekten Kriegseinwirkungen‘ zum Opfer". Festzustellen ist, dass aufgrund der Zurechnung zu den Herkunftsländern der Anteil der jüdischen Bevölkerung nicht ausgewiesen wurde und somit weiterhin unsichtbar blieb.

¹⁰ Das Gewissen der Täter beschäftigte neben Rolf Schneider und Marie-Luise Kaschnitz auch Günter Anders (1982). Sein Briefwechsel mit Claude R. Eatherly war 1959 erschienen. Zu den Hintergründen siehe Geiger (1991).

In diesem Heft, dem Novemberheft des Jahres 1959, kommt nun zum ersten Mal eine Stimme ausführlich zu Wort, die als jüdische erkennbar ist. Obwohl vorher bereits immer wieder die Judenverfolgung angeprangert wurde, blieben aber diese Opfer des Nationalsozialismus doch anonym. Zum Jahreswechsel 1959/1960 erschien ein Auszug aus dem Buch "Diener der Menschheit" von Dr. M. Orr, aus dem die Einleitung als eine kleine Serie unter dem Titel "Grenzen ..." (Frau und Frieden 1959, Heft 10, S. 10 und Heft 11, S. 10) abgedruckt wurde. Vorausgegangen war im Juni des Jahres ein Beitrag über antisemitische Übergriffe in der BRD, dem der Text: "Jüdischer Monolog im Jahre 1955" (Frau und Frieden 1959, Heft 6, S. 4) an die Seite gestellt wurde. Abgesehen davon, dass dieser vier Jahre verspätet auftauchte, handelte es sich um eine literarische Bearbeitung im Gegensatz zu den ansonsten beliebten konkretistischen Erlebnisberichten. In diesem Stil beginnt nun aber die Erzählung von einem kleinen Mädchen, das, mit seiner tschechischen Kinderfrau unterwegs, versucht, die Grenze zwischen Böhmen und Oberösterreich auf einer Waldwiese ausfindig zu machen. Weder die Antwort der Nana, das sei sowieso alles nur ausgedacht, noch die des Vaters, der ihr die Landkarte zeigt, vermögen sie zu befriedigen: "Warte bis Du größer bist, dann wirst du es verstehen." – Leider hat mein Vater sich getäuscht. Ich bin nicht nur erwachsen, sondern alt geworden und ich habe bis heute nicht viel davon verstanden" (Frau und Frieden 1959, Heft 10, S. 10).

Erst im 2. Teil, im darauffolgenden Novemberheft, wird deutlich, dass es sich bei der Autorin um eine Jüdin handelt, der Name wird vervollständigt zu Dr. Myriam Orr und die Geschichte geht auf ihre Flucht vor den Nationalsozialisten ein. Zunächst aber erlebte sie, noch an der Hand der Nana, die Geltung sozialer Grenzen, als die Kinderfrau die Begegnung mit der Prinzessin und dem Zigeunerkind verhindert, denn sie, ausgestattet mit der "Weisheit einer tschechischen Bäuerin", wusste zwar über die Unsinnigkeit von Landesgrenzen Bescheid, aber: "Sie hat nicht die Bösartigkeit begriffen, welche schärfste Grenzen aufgerichtet hat zwischen arm und reich, hungrig und satt, niedrig und hoch. Das habe ich später von anderen Lehrern gelernt. Nach dem Zusammenbruch der österreich-ungarischen Monarchie im Jahre 1918 entstand wie über Nacht ein wahres Netzgewebe von Grenzen; all die neuen unabhängigen Kleinstaaten waren stolz auf ihre neuen Grenzen; plötzlich waren Visa nötig, um in nahe, wohlvertraute Länder zu reisen, die nun als Ausland galten. Böhmen, Mähren und Slowakei bildeten jetzt eine Republik. Doch leider wurden nicht die besten Eigenschaften des tschechischen Charakters gepflegt, wie die angeborene Neigung zum Weltbürgertum und Universalismus. Ebenso wurden manche unserer besten Söhne vergessen, wie Amos Comenius oder Jan Hus, beide Weltbürger. Wenn die Bitterkeit der Grenzen schon nach dem Jahre 1918 fühlbar gewesen war, so wurden diese scharf wie Stahlklingen nach der Machtübernahme Hitlers. Ich selbst bekam nun ihre grausame Wirklichkeit zu spüren. Ich weiß, was es heißt, in dunkler Nacht geheim Grenzen überschreiten zu müssen, ein kleines Kind an der Hand, Grenzen, die über Felsen und Gletscher laufen, gepeitscht von Schneestürmen und bewacht von

bewaffneten Soldaten". Welche Bedeutung hat die Erinnerung an die universalistische und kosmopolitische Orientierung des assimilierten Judentums im Zusammenhang dieser Texte?

Das Auftreten einer jüdischen Stimme vollzog sich vor dem Hintergrund eines Prozesses, in dem die ambivalenten Bestandteile der Erinnerung rhetorisch getrennt werden können und nicht mehr in denselben Texten erscheinen. Von der Judenverfolgung und den eigenen Leidenserfahrungen musste nicht mehr in einem Atemzug gesprochen werden, es war nicht mehr notwendig sie direkt nebeneinander zu stellen. Ein Beispiel für den Übergang ist das Märzheft 1958: Vom Bericht über NS-Mörder und Kriegsverbrecherprozesse (S. 5) muss man schon einige Seiten weiterblättern bis zu dem Bericht über ein Treffen der Friedensbewegung in Dresden, in dem die Erinnerung an "mörderische Bombenangriffe" und "unermeßliches Leid" (S. 8) nicht ausbleibt, und indem auf der gegenüberliegenden Seite vom deutschen Soldatenopfer die Rede ist, "Der sinnlose Opfergang von Stalingrad" (S. 9), war schließlich die gesamte Konstellation der Balance wieder komplett. Der Volkstrauertag 1958 war Anlass für Emma Theurers Besuch der Gedenkstätte: "In Bergen-Belsen" (Frau und Frieden 1958, Heft 11, S. 7) und ließ nun diese Erinnerung alleine stehen. Ebenso verzichtete der erste Bericht im folgenden Jahr über einen KZ-Prozess in Bonn (Frau und Frieden 1959, Heft 1, S. 4) nun auf eine Bemerkung über die deutschen Opfer und Leiden unter dem NS-Regime. Ein etwas anders gelagertes Beispiel für den Ablösungsprozess, der mit dem Abstand von der erlebten eigenen Vergangenheit und der Vergleichbarkeit der Schicksale auftrat, ist eine dreiteilige Fortsetzungsgeschichte zum Muttertag 1958, nämlich Ernst Petzolts Erzählung "Die Sense" (Frau und Frieden 1958, Heft 4, S.10/Heft 5, S.10-11/Heft 6, S.10). Im Unterschied zu vielen ähnlich gestalteten Vorläufern ist diese Geschichte einer Frau, die der Erste Weltkrieg zur Witwe machte und die sich auf die Suche nach ihrem in den Wirren des Zweiten Weltkriegs vermissten Sohn begibt, deutlich als fiktionale Begebenheit ausgewiesen. Am Ende findet sie ihn, aber es ist nicht ganz klar, ob er es wirklich ist. Was der Autor im Einvernehmen mit anderen Beobachtern für eine zweitrangige Frage hält, denn wenn es nicht der eigene Sohn ist, so ist es doch jemand mit einer zwar fremden aber ähnlichen Geschichte.

Eine eigenständige jüdische Stimme wurde hörbar im Rahmen einer Auftrennung der ambivalenten Elemente von Scham, Schuld und Leid, aus denen sich das Gedächtnis zusammensetzte. Eine universalisierende Umformung erlaubte den Verzicht auf die direkte Gegenüberstellung, auf die Balance von Leid und Verlust, somit gewisse Befreiung von der zwiespältigen Besetzung der Erinnerung, aber gelöst wurde sie dadurch keineswegs. Das eigene Erleben war nicht mehr der zentrale Referenzpunkt, aber im Zuge dieser Distanzierung vollzieht sich ein Übergang vom Ausgleich zum Vergleich. Denn die Bedingung für das Auseinanderhalten der sich widersprechenden emotionalen Inhalte der Erinnerung bestand in der Abstraktion der Sachverhalte und der Parallelisierung von Ereignissen in einer erweiterten historischen Erinnerung, in der die

Täter vergleichbar und die Opfer zu abstrakten Zahlen wurden, die schließlich auch die "Megatoten" der Atombombe sein konnten. In dieser Weise fand eine Einkapselung der Ambivalenz von Trauer und Schuld, deren Ergebnis halb Sprechen, halb Schweigen war. Es blieb ein blinder Fleck, denn dieser Umgang mit der unausgesprochenen Schuld der Täter-Söhne verursachte eine dauerhafte Schwierigkeit mit den jüdischen Namen, die nicht in die sonst kritische Sicht der Nachkriegswirklichkeit integriert werden konnten.

Die umgeformte, dezentrierte Konstellation von Gedächtnis und Auftrag kommt zum Ausdruck in Emma Theurers "Wiedereinführung der Todesstrafe?" (Frau und Frieden 1959, Heft 4, S. 8-9)¹¹, einem großen, zweiseitigen Artikel, der von der Redaktion mit der ausdrücklichen Einladung zur Diskussion versehen wurde. Ausgehend von einer breit angelegten geschichtlichen Einführung, auf das 18. Jahrhundert zurückgreifend und das Alte und Neue Testament einbeziehend, schlägt sie den Bogen von der Erinnerung an den Nationalsozialismus zum Widerstand gegen die Atombombe. Der Vorschlag des Bundesjustizministers Schäffer zu einer Änderung des Grundgesetzes, so dass die Todesstrafe für Mord ausgesprochen werden kann und einigen anderen Stimmen zufolge auch für Landesverrat, habe trotz der nicht zu leugnenden Welle von Verbrechen in der Bundesrepublik eine "tiefe Unruhe in der Öffentlichkeit" hervorgerufen, denn: "Packt uns nicht das Grausen, wenn wir von den tausendfachen Morden in den KZ's lesen und hören? Ist nicht endlich im 2. Weltkrieg genug Blut geflossen?" Mit diesen Fragen markierte sie den Beginn ihrer Argumentation zu den ethischen Grundsätzen und den aktuellen politischen Bedingungen der Debatte um die Todesstrafe, letztere interpretierte sie am Schluss im Zusammenhang mit der Einführung der Wehrpflicht und stellte dann fest: "Indes welche Ironie! Für den Mörder soll der Tod gerechte Strafe sein. Für den Soldaten ist der Tod ‚süß und ehrenvoll‘. Das Töten ohne Uniform wird bestraft, das Töten in Uniform wird mit Orden und Ehrenzeichen belohnt! Nehmen wir einen Kriegsdienstverweigerer, der mit seinem Antrag auf Anerkennung nicht durchgekommen ist. Er desertiert vielleicht. Ihm soll die Todesstrafe gegeben werden dürfen, weil er nicht tötet? Oder den ‚Landesverräter‘. ... Nach einem Ausspruch Adenauers sind doch schon alle ‚Landesverräter‘, die mit Leuten der DDR verhandeln. Wird man sie demnächst mit dem Tod bestrafen? Oder gar die potentiellen ‚Kriegsverbrecher‘ des Wehrministers Strauß, deren Verbrechen darin besteht, daß sie die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik bekämpfen?" Das zentrale Anliegen der friedensbewegten Frauen und ihr politisches Recht auf Widerspruch leiten sich aus der anfangs aufgerufenen Erinnerung her, und sie lassen sich nicht davon beirren, wenn sie mit dem Argument besonders scheußlicher Kindermorde abgewimmelt werden sollen: "Wenn es um die Todesstrafe einiger Gewaltverbrecher geht, wendet man sich an das Herz der Mütter. Die tausend und abertausend Rufe der Frauen und Mütter, die atomare Aufrüstung in

¹¹ Das Thema Todesstrafe war bereits von Dorothea Oehmingen: "Die Todesstrafe im Streit der Meinungen" (Frau und Frieden 1956, Heft 5, S. 7) aufgegriffen worden, einem wesentlich weniger umfangreichen Bericht über einen kritischen Vortrag und die Diskussion dazu. Bald nach Theurers Artikel erschien noch eine

unserem Land zu verhindern, die viel schrecklichere Tode zur Folge haben wird, blieben ungehört. ... Wir Frauen und Mütter hoffen aus tiefstem Herzen, daß der Henker nicht bei uns einkehrt! Daß dem Bundestag die notwendige 2/3 Mehrheit nicht gegeben wird, um die Todesstrafe im GG zu verankern. Denn wenn sie dort gelandet ist, sind der Vernichtung politischer Gegner mit einfacher Mehrheit Tür und Tor geöffnet. Wohin das führen kann, darüber belehrte uns das ‚tausendjährige Reich‘. Vestijia terrent!“

Im Zwischenteil werden grundsätzliche ethische Überlegungen zu Vergeltung, Abschreckung, Kosten¹² und Sühne hergestellt, eine längere Passage widmet sich den Tätern, dem angemessenen Begriff von Schuld und dem Sinn von Strafe: „Hat der Staat überhaupt das Recht zu töten? ... Der Zweck der Strafe kann doch nur Sühne im Sinne von Versöhnung, der büßenden Wiedergutmachung sein“. Dazu aber sei „nicht nur die Tat zu wiegen, sondern auch den Täter zu sehen, in ihn hineinzusehen, nach den Ursachen seines schrecklichen Tuns zu forschen“. Die Einsichten in die sozialen und psychologischen Ursachen von Kriminalität bewirken eine Wandlung der Rechtsvorstellungen, weg von der Rache. „Das Gesetz mußte mit ihnen in Einklang gebracht werden und machte die Abschaffung der Todesstrafe notwendig. Auch für die Schubert, Sorge und Sommer und wie die Gewaltverbrecher heißen mögen? Ja, auch für sie. Es ist so leicht vom hohen Piedestal der Ehrbarkeit, der Unbescholtenheit, zu verurteilen. ... Kennen wir die Abgründe, die zu den verbrecherischen Handlungen führen? Haben sie ihre Ursache nur in der Schlechtigkeit und Verderbtheit der Verbrecher? Spielen nicht Lebensverhältnisse, soziale Schäden, erbliche Anlagen u.a. eine große Rolle?“ Bevor diese Konsequenz gezogen werden und auch auf die NS-Verbrecher und andere kriegerische Massenmörder ausgedehnt werden kann, bedarf es der versöhnenden Haltung der Opfer: „Wenn irgend *jemand* berechtigt wäre, nach Vergeltung, nach Rache zu rufen, dann doch sicher die namenlosen Opfer der Nazi-Zeit, die vielen unschuldigen Opfer der Hiroshima-Bombe. Und gerade diese lehren uns das liebende Verzeihen In dem Gebet einer Jüdin, die Auschwitz überlebte, heißt es: ‚Der Friede sei mit den Menschen, die nicht guten Willens sind, und jede Rache nehme ein Ende, und man spreche nicht von Strafe‘ (Frankf. H. 1/1950). Frau Meyer-Laule, SPD, erinnerte an den Brief der Mutter Walther Rathenaus an die Mutter Werner Techows, eines der Mörder ‚ihres Sohnes‘. ‚In tiefstem Schmerz reiche ich Ihnen, ärmste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie ihrem Sohn, daß ich ihm verzeihe, wie auch Gott ihm verzeihen möge““.

Stellungnahme von Alfons Meurer (Frau und Frieden 1959, Heft 6, S. 8-9), der ebenfalls den Bezug zu den Atomwaffen herstellt.

¹² „Man weist auf die *Kosten* hin, die lebenslängliches Zuchthaus verursache. Man spricht von Staatspensionären, von körperlichem Wohlbefinden auf Staatskosten, von unnützen Essern, für deren Unterhaltung auch die Steuergroschen der Angehörigen der Opfer beitragen müssen. Unwillkürlich erinnerte dieser Standpunkt an die ‚Ausmerzungen unwerten Lebens‘ durch die Nazis.“ Trotzdem zitiert die Autorin in der folgenden Spalte zustimmend den US-amerikanischen Jugendrichter Lindsey aus dem Jahre 1928, der als Ursachen der Jugendkriminalität angibt: „Armut, Unwissenheit und ungehemmte Zeugung untauglichen

Das Opfer eines antisemitischen Attentats vor dem Zivilisationsbruch wird namentlich genannt, dagegen ist es eine Eigenschaftsbezeichnung der Opfer des nationalsozialistischen Massenmords, "namenlos" zu sein. In dieser Hinsicht machte sich auch durch die Erinnerungskonstellation, die mit der Bewegung gegen den Atomtod eintritt, keine Veränderung bemerkbar. In einem früheren Artikel, der sich mit dem Fortbestehen antisemitischen Gedankenguts in der BRD, der Bevorzugung ehemaliger Nazis in der Entschädigungs- und Pensionspolitik sowie der Benachteiligung ehemals Verfolgter beschäftigte, fanden die jüdischen Namen einfach keine Erwähnung. Diese Auslassung in Elly Steinmanns "Tatsache ist ..." (Frau und Frieden 1956, Heft 2, S. 2) wiederholte sich noch einmal im gleichen Heft, wenn Erna Hintz-Vonthron, "Dem Andenken Heinrich Heines zum hundertsten Todestag" (S. 8) als Dichter für die "Freiheit des Geistes" einen Beitrag widmete, seine jüdische Herkunft jedoch beiseite ließ. In den späteren Texten tauchen jüdische Opfer auf, aber immer bleiben sie anonym, wie die "Jüdin, die Auschwitz überlebte", in dem oben länger zitierten Artikel zur Todesstrafe.

In "Vor 15 Jahren starb das Warschauer Ghetto" (Frau und Frieden 1958, Heft 5, S. 8) berichtete Elly Steinmann von einer Gedenkveranstaltung mit Überlebenden aus 16 Ländern in Warschau. Sie beschrieb das Relief am Mahnmal, dessen Foto ebenfalls abgedruckt wurde: "Alle gehen sie vorwärts dem Tode entgegen. Nur ein kleines Kind wendet sich zurück, so als wolle es nicht mit. Rührender als alle anderen Gestalten ist dieses dem Leben noch zugewandte Kind, das doch schon verloren ist. Man glaubt noch, man könne es festhalten. Da bekommt sein Gesichtchen auf geheimnisvolle Weise Leben. Unendlich traurig und wissend ist dieses Kindergesicht mit den großen Augen. Ich sehe nur noch die Augen dieses Kindes, die nun ernst, übergroß und voller Leid auf mich gerichtet sind und fühle mich von einer ungeheuren Last niedergedrückt. Viel später sagte eine Jüdin zu mir: ‚Wir alle wollen es besser machen.‘ Auf ihrem Unterarm trägt sie für immer eingegraben die blaue Nummer von Auschwitz: 55908." Es war dies einer der ersten Texte, in denen der Verweis auf die Leiden der deutschen Bevölkerung in dem vom NS-Regime verursachten Krieg ausblieb.

Das Bild der Versöhnungsgeste, deren Bedeutung an der Tätowierung sichtbar wird, benutzte auch Maria Häffner in ihrem Bericht von einem Treffen in Brunate am Comer See: "Europäischer Frauenkongreß unter der Losung: Die Verantwortung der Frau im Atomzeitalter" (Frau und Frieden 1959, Heft 8, S. 6). Der politische Auftrag der Frauen bildete ihren Ausgangspunkt: "Wir Frauen und Mütter wollen nicht nur die Pflicht haben die Politiker zu wählen, sondern fordern auch das Recht, das Leben der Kinder zu schützen, weil alle Mütter, gleich welcher Weltanschauungen und Nationen von Gott mit der Geburt berufen sind, Erzieherinnen und Hüterinnen des Lebens zu sein". Die Ablehnung von Krieg und Soldatentum wurden dann eingebettet in Überlegungen zu den Lebensbedingungen im technischen Zeitalter und den Möglichkeiten, die Atomenergie zum Wohle

Nachwuchses". Die Herkunft des Zitats macht das eugenische Gedankengut unverdächtig und setzt den

der Menschheit zu nutzen. Die Erklärung des Kongresses, die auf der folgenden Seite erschien, sollte das Vorbild der Mütter dokumentieren, die trotz verschiedener politischer Auffassungen zu einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit in der Lage waren. Folgende Passage sollte den mütterlichen Konsens bei gegensätzlichen Meinungen illustrieren: “Ein einziges Beispiel ... Ich sprach mit einer charmanten Französin, die als junge Mutter das KZ Auschwitz überlebt hatte. Auf ihrem Arm sah ich noch mit Scham die Nummer 31685. Ich dankte ihr, daß sie trotz dieses Leides, das sie durch deutsche Politiker und Sadisten erleiden mußte, heute noch die Kraft findet, wie ich, der mein Kind auf dem Schlachtfeld gemordet wurde, für die Erhaltung des Lebens anderer Kinder gegen die Atomgefahr zu kämpfen. ‚Ich will nicht‘, sagte sie, ‚daß meine Kinder und die Kinder anderer Mütter in der Welt, auch die Kinder der Menschen durch die ich leiden mußte, durch das Leid gehen, durch das ich gereift bin“”. Wiederum wird die Nummer festgehalten, aber nicht der Name.

Wenn der Name fiel, dann nur unter besonderen Bedingungen, nämlich im Rahmen einer generellen Gleichsetzung von politischer und rassistischer Verfolgung sowie der damit verbundenen nationalen Zuordnung der Opfer. Zum KPD-Verbot äußerte sich Klara-Marie Faßbinder in einem Leitartikel, “Wenn nur der Sperber nicht kommt” (Frau und Frieden 1956, Heft 9, S. 2-3), in dem sich mit der Begründung auseinandersetzt, dass die Kommunisten den gewaltsamen Umsturz der BRD zum Ziel hätten, wofür sie jedoch keine Hinweise erkennen konnte. Statt dessen sah sie polizeiliche Maßnahmen ohne juristische Grundlage und eine fortgesetzte Diffamierung auch auf die Friedensbewegung zukommen: “Noch ein anderes ist zu befürchten. Uns Deutschen fällt es anscheinend besonders schwer, politische Urteile nicht mit moralischen zu vermengen, d.h. einen politischen oder weltanschaulichen Gegner nicht als moralisch minderwertigen Menschen hinstellen und zu behandeln. (Ich nehme uns von den verschiedenen Friedensbewegungen gar nicht aus.) Wir haben das einmal erlebt – in schauerlichster Weise. Bei der Verfolgung der Juden. Man gab an, es handele sich um Rassegegensätze – aber es kommt auf den Grund nicht an. Es genügte damals zu dieser Gruppe von Menschen zu gehören, um allem, aber auch allem ausgesetzt zu sein.” Daraufhin erwähnte sie die Konzentrationslager und schloss ihre Überlegungen mit verschiedenen Buchhinweisen ab, auf das jüngst erschienene Tagebuch der Anne Frank, sowie die Bücher “Das Brandopfer” von Albrecht Goes und das von M. Marty über das Schicksal einer jüdischen Gemeinde, dessen Titel sie in der Überschrift verwendet hatte. Die Gleichsetzung ließ sich zusammenfassen in dem Satz: “Wer einen Juden beschimpft, beschimpft uns, wer einen Juden angreift, greift uns an, die wir mit ihm das Ehrenkleid des Konzentrationslagers getragen haben” aus einem Rundfunkvortrag von Propst Heinrich Grüber, einem Mitglied des Vereins der Verfolgten des Nazi-Regimes. Sein “Niemals wieder!” (Frau und Frieden 1957, Heft 7, S. 9) im Titel des Abdrucks,

wandte sich gegen das Wiederaufleben des Antisemitismus in Deutschland, aber erwähnt auch das Vorkommen antisemitischer Ausschreitungen während der Unruhen in Ungarn¹³.

Im Zusammenhang mit politischer Verfolgung und einer nationaler Zugehörigkeit, die darauf bezogen werden konnte, wurde dann auch der Name dessen ausgesprochen, von dem die Versöhnungsgeste ausging. Unter der gemeinsamen Überschrift: "Friedensarbeit verbindet alle", in deren Mittelpunkt die Erinnerung an Hiroshima stand, darunter einige Berichte von den einzelnen Stationen der Friedenskarawane englischer Frauen durch Deutschland und Europa auftauchten, wurden seitlich davon die Berichte von einer Vortragsserie über eine Reise nach Polen plaziert. Die Botschaft richtete sich gegen das Vergessen der Verbrechen in Auschwitz, aber dann hieß es: "Das polnische Volk ist fromm. Die Menschen in Polen tragen nicht nach", und weiter: "Auschwitz, so sagte Frau Heintzeler, wäre ein ewiger Schandfleck in der deutschen Geschichte. Aber trotz aller Schuld, die uns Deutsche trifft, reichen uns die polnischen Frauen schwesterlich die Hand mit der flehentlichen Bitte: ‚Tut alles, um ein neues Blutvergießen zu verhindern‘" (Frau und Frieden 1958, Heft 8, S. 6-7). Zu Ravensbrück (Frau und Frieden 1959, Heft 11, S. 9) erschien ein von der DVZ übernommener Text Will Grobes: "Aber so sehr es wünschenswert sein muß, daß jeder Erwachsene um diese beschämenden Geschehnisse weiß, so wollen wir, die Überlebenden, doch nicht ‚durch ein ständiges Aufzählen solcher Schandtaten den Haß vergrößern.‘ Es war Frau Hader, die jetzige Leiterin der Gedenkstätte, jugoslawischer Staatsangehörigkeit, vier Jahre lang im Lager als Gefangene gewesen, die das sagte. Sie fügte noch hinzu: ‚Wir wollen auch den Menschen, die uns gequält haben, nicht Gleiches vergelten, wenn sie umkehren und ihre Fehler einsehen.‘ Es war Frau Hader, die jetzige Leiterin der Gedenkstätte, jugoslawischer Staatsangehörigkeit, vier Jahre lang im Lager als Gefangene gewesen, die das sagte".

Der bleibende blinde Fleck erschien auch auf der politischen Landkarte der Frauenfriedensbewegung; die früheren Reiseberichte und späteren internationalen Kontakte umfassten neben den USA, dem westlichen und östlichen Europa auch viele der Länder, die sich in der Phase der Entkolonialisierung befanden. Mehrere Stellungnahmen bezogen sich auf den Nahen Osten, darunter sogar ein Leitartikel von Klara-Marie Faßbinder mit dem Titel "All Arabs are one nation ..." (Frau und Frieden 1958, Heft 8, S. 2). Sie betrachtete die komplizierte Situation nach der Aufteilung der Region durch England im Rahmen des Ost-West-Problems, wobei sie auf Israel nur im Nebensatz einging: "Seine tragischste Schöpfung ist Israel, das von vorneherein mit dem Problem der arabischen Flüchtlinge belastet wurde".

Anlässlich der Schändungen jüdischer Friedhöfe, die in den 1950er Jahre mehrmals die öffentliche Aufmerksamkeit erregten, hatte dieselbe Autorin in "Haus des Lebens" (Frau und Frieden 1957, Heft

¹³ Die Probleme, die im Umgang mit diesem Ereignis auftauchten, werden im folgenden Abschnitt dargestellt.

7, S. 8) auf eine Novelle Wilhelm Raabes zurückgegriffen: „Von einem kleinen Judenmädchen wird darin erzählt, das in der zauberischen Stadt Prag ein früh verlöschendes Leben führte. ‚Du kannst nichts dafür. Ich muß an dem Herzen, das zu groß wird sterben‘“, erklärte sie dem deutschen Studenten Hermann, den sie in den Bann ihrer dunklen Augen und ihres rätselhaften Wesens gezogen hatte. Das Rätsel wird gelöst, als er „von dem Schatten des Todes erfährt, der über ihr liegt, und von dem anderen, den das Schicksal ihres Volkes auf sie senkt: Die Sehnsucht aus dem Dunkel des Ghettos in das Licht zu gelangen, das freie, flutende Licht! Es stehen Worte in dieser Erzählung, als ob der Dichter vorausgeahnt hätte, in der Vernünftigkeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts vorausgeahnt, was noch einmal als Todesnacht über dieses Volk kommen würde. - Der Student Hermann hat das feine Gewissen, das ihn abhält, dem jungen Kind etwas zu Leid zu tun, dem er keinen Weg in das Licht bahnen konnte. Ein stärkerer hatte sie ja in seiner Gewalt. Nur eins konnte er zu ihrem Andenken tun: er siegte über die Krankheit, die sie hinwegriß und wird ein großer Arzt, der kranke Herzen heilen oder wenigstens ihre Not lindern kann“. Nachdem diese Identifizierungsmuster „in ihrer schwermutvollen Süße“ ausgebreitet waren, fuhr Faßbinder allerdings ganz vernünftig und zielgerichtet fort. Im Sinne des mütterlichen Wiedergutmachungsauftrags insistierte sie auf der Aufklärung über Vorurteile und Verbrechen, fragte nach den Verantwortlichen, sprach den jüdischen Mitbürgern ihr Mitgefühl aus und versicherte sie ihrer Bemühungen „zu einem neuen Leben wirklicher Menschlichkeit“.

Das Geheimnisvolle des Jüdischen, das am Anfang dieses Beitrag die Vorstellungskraft der Autorin bewegt, gehört zum Repertoire von „Kitsch und Tod“ (Friedländer 1984), das in der Nachgeschichte des Nationalsozialismus deutsche Vorstellungen und Darstellungen des Jüdischen prägte, sofern es überhaupt zur Sprache kam¹⁴. Neben dem Vergleich, der den entscheidenden Unterschied zwischen Krieg und Massenmord verwischte, alle Opfer gleich machte und die Spezifik der NS-Verbrechen verleugnete, war dies eine der wichtigsten Abwehrstrategien zur Vermeidung einer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte als Täter oder dem Täterkollektiv zugehörig. An diesen beiden Aspekten wird deutlich, dass die Abwesenheit des Jüdischen und die Ausblendung ihrer Ursache trotz allem auch die Rhetorik der Frauen in der Friedensbewegung kennzeichnete. Aber das beharrliche Wachhalten der Trauer um die gefallenen Soldatensöhne erlaubte andererseits kein weitschweifiges und großräumiges Umgehen der Vergangenheit, sondern befand sich stattdessen immer in einer Bewegung darauf zu. Daher bildete die Einkapselung der Erinnerung und die Umarbeitung der mit ihr einhergehenden Ambivalenz in den politischen Auftrag der Mütter und Frauen hier die gemeinsame Grundlage sowohl für einen strikten Antimilitarismus als auch für die wache Unruhe gegenüber den Zeichen des Antisemitismus, die in der westdeutschen

¹⁴ Über die Darstellung jüdischer Figuren im deutschen Nachkriegsfilm schreibt Gertrud Koch: „Auffällig ist deren Aussparung in den Filmen der 50- und 60-er Jahre, die ganz im Zuge der Restauration der Filmindustrie standen. ... Von den rund tausend Filmen, die von 1949-61 in der BRD gedreht wurden, dürfte es freilich eine

Nachkriegsgesellschaft auftraten, und den Tendenzen, die die Vergangenheit als erledigt beiseite schieben wollten.

Die Opposition dieser Frauen blieb grundsätzlich zwiespältig, sie beließen es zwar nicht beim Vergleich der Opfer sondern bezogen auch die Täter-Perspektive mit ein, was ungewöhnlich war. Das Verfahren der Parallelisierung und Abstraktion jedoch ermöglichte das Ausweichen und Umgehen, als es zum kritischen Moment kam, und schrieb die Namenlosigkeit der jüdischen Opfer fort, die keine Kriegsoffer gewesen waren. In dieser Hinsicht reihen sich die Texte in einen westdeutschen Nachkriegsdiskurs ein, der von Leerstellen und Fiktionen als Resultat der Auslassungen bestimmt war. Das Geheimnisvolle, undefinierbare und Unsagbare aber markiert eine Spur, die zum Täter führt, der möglicherweise der eigene Sohn war, der eben kein Retter gewesen war, nichts zu heilen oder zu lindern vermochte, der vielleicht auch gar kein "feines Gewissen" gehabt hatte. Es ist die unverzichtbare Versöhnungsgeste der Opfer, die die Erinnerung begleitet, die den wunden Punkt berührt, während ihre Anonymität ihn zugleich zudeckt und auf diese Weise die Ambivalenz erträglich macht.

Es war vor allem der anderen Trauer, die das Selbstverständnis der friedensbewegten Frauen festlegte, die ihre Wahrnehmung zugleich schärfte und einschränkte. Die Vermeidungen galten daher weniger einem Vertuschen der eigenen Verwicklung in das Unrechtssystem des Nationalsozialismus als der Schuld der Söhne. Der mütterliche Auftrag und das Bündnis mit der Jugend, der Bogen, der immer wieder von der Vergangenheit zur Zukunft aufgespannt wird, fügte sich zur Grundfigur eines Gedächtnisses, das sie zu öffentlichen Stellungnahmen bewog, mit denen sie sich nicht beliebt machten. Bedeutungsvoll für die Selbstbestimmung der Frauen waren allerdings darüber hinaus noch andere Elemente, die weniger explizit formuliert wurden. Sie werden im Folgenden analysiert, ausgehend von einem Politikverständnis, in der die vergangenheitskritische Ausrichtung mit der Machtlosigkeit der Frauen, ihrem Fernhalten von der Machtpolitik und dem Abdrängen der Geschlechterfrage kombiniert ist.

absolute Minderheit sein, die überhaupt die Geschichte oder gegenwärtige Existenz von Juden thematisierten" (1988:264). Zur Darstellungsproblematik insgesamt siehe Koch (1992).

III.3. Geschlechterkonflikte: Nicht der Rede wert?

“Der den Tod auf Hiroshima warf
ging ins Kloster, läutet dort die Glocken.
Der den Tod auf Hiroshima warf
sprang vom Stuhl in die Schlinge, erwürgte sich.
Der den Tod auf Hiroshima warf
fiel in Wahnsinn, wehrt Gespenster ab
hunderttausend, die ihn angehen nächtlich
auferstandene aus Staub für ihn.

Nichts von alledem ist wahr.
Erst vor kurzem sah ich ihn
im Garten seines Hauses vor der Stadt.
Die Hecken waren noch jung und die Rosenbüsche zierlich.
Das wächst nicht so schnell, daß sich einer verbergen könnte
im Wald des Vergessens.”

Aus *Hiroshima* von Marie Luise Kaschnitz (1957).¹

Die Beiträge zur Zeitschrift *Frau und Frieden* in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre gingen kaum auf Fragen ein, die das Geschlechterverhältnis, die Ungleichheit der Geschlechter und die Spannungen zwischen ihnen betreffen. Auffallend ist im Gegenteil, dass Männer praktisch nicht vorkamen und Probleme mit ihnen nicht thematisiert wurden. Die Männer der Frauen wurden, wenn überhaupt, nur am Rande erwähnt: Sie waren Soldaten oder Heimkehrer aus dem Krieg - aber von den Krisen, die in vielen Familien dann zum Ausbruch kamen und die Elizabeth Heineman so treffend als “Ehetrümmern” bezeichnet, findet sich kein Wort. Zu den Themen, die darüber hinaus fehlten, gehören die Fragen des Familienrechts, die Stellung der Frau als Ehefrau und Probleme lediger Mütter, was umso mehr erstaunt, als die Novellierung des Gesetzes in den hier betrachteten Zeitraum fiel. Die Berufstätigkeit von Frauen wurde, wenn sie denn zur Sprache kam, lediglich als ein notwendiges Übel betrachtet.

In einem der Reiseberichte Klara-Marie Faßbinders aus der Sowjetunion, “Mit den Augen einer Frau” (*Frau und Frieden* 1956, Heft 4, S. 4-5), in dem wie üblich nur löbliches vermerkt war, wurde im zweiten Teil darauf eingegangen, dass Frauen viele Leitungspositionen besetzen und häufig mehr verdienen als Männer. Obwohl diese Frauen in ihren Ämtern das “Mütterliche” nicht vermissen ließen, stellte die Autorin doch mit Sorge fest, dass sie nur ein oder zwei Kinder haben.

¹ Nach Fassmann (1983:226).

„Unsere Frauen sind schlau geworden, sie wollen keine Kinder mehr,“ sagte mir eine Dolmetscherin auf meine Frage. „Ich fürchte, sie sind auf falsche Art ‚schlau‘ geworden und befinden sich auf dem Weg des Abstiegs wie der dekadente Westen“ antwortete ich ernst. „Oder ist dies das unausweichliche Gesetz der sog. ‚Zivilisation‘?“. Dieser Auffassung entsprechend war eine Demonstration des DGB für Lohngleichheit (Frau und Frieden 1958, Heft 10, S. 4) der Zeitschrift nur eine Notiz am Rande wert. Die vielfältigen sozialen Benachteiligungen und materiellen Probleme, denen die Frauen in der Nachkriegszeit gegenüberstanden, tauchten allein unter dem Aspekt der Müttersterblichkeit auf und auch das nur zweimal im Laufe von vier Jahren. Auf Gertrud Beckers rhetorische Frage „Sind wir wirklich so wohlhabend?“ (Frau und Frieden 1956, Heft 5, S. 8) folgte lange nichts. Die „Hohe Müttersterblichkeit“ (Frau und Frieden 1959, Heft 11, S. 4) wurde erst wieder Gegenstand, als auf einer Landesfrauenkonferenz des DGB in Nordrhein-Westfalen festgestellt worden war, dass die Sterblichkeit der berufstätigen Frauen um 20% höher lag als bei den Hausfrauen.

Das Hauptmerkmal dieser und der folgenden Texte ist, dass Frauenpolitik, Gleichberechtigung und sogar Mutterschaft selbst nicht sozial sondern politisch verstanden wurde und zwar bezogen auf den besonderen mütterlichen Auftrag gegen die Wiederbewaffnung und den Atomkrieg. Deshalb wurde die politische Gleichberechtigung der Frauen gewürdigt und in diesem Sinne wurden die Glückwünsche an „Helene Wessel zum 60. Geburtstag“ und „Marie-Elisabeth Lüders, 80 Jahre“ (Frau und Frieden 1958, Heft 7, S. 8 und S. 9) ausgesprochen. Zur letzteren hieß es: „Wir verbinden mit unserem Dank für ihre leidenschaftlichen Appelle gegen die Atomgefahr unsere besten Wünsche für ihr persönliches Wohlergehen und ihr politisches Wirken.“, das jahrzehntelange frauenpolitische Engagement von Lüders entfiel dabei. Als Zeichen des allmählich erweiterten historischen Horizonts erscheinen kurz darauf drei Buchbesprechungen, die im Mittelteil unter der Überschrift „Drei Generationen Frauenbewegung“ (Frau und Frieden 1958, Heft 9, 6-7) zusammen gefasst wurden. Über das Wirken von Luise Otto Peters, Helene Lange und Gertrud Bäumer wurde dort gesagt: „Eine Weile schien es, als ob die Frauenbewegung, neben der Arbeiterbewegung von den umgestaltenden Kräften des 19. Jahrhunderts verschlungen sei in allem, was über uns im letzten Vierteljahrhundert hereingebrochen ist. Aber langsam ist es wie ein Besinnen auf das, was sie wollte und was sie war“.

Es drängt sich der Eindruck auf, als seien Emanzipation und Geschlechterkampf überflüssig geworden und als habe stattdessen die Not im Krieg ein viel tiefer reichendes Band der Solidarität unter den Frauen geschaffen, wie es die frühen Töchtergeschichten erzählen. Eine davon, Mechthild Königs „Antonie. gestern – heute – morgen. Eine Kinderpassion“ (Frau und Frieden 1956, Heft 11, S. 10-11), spricht in diesem Zusammenhang insbesondere die Abwesenheit der Männer und das Verlassensein der Frauen an. In der Eingangspassage wird zunächst die Balance

der Opfer hergestellt: "Antonie wurde uns an dem Tag gebracht, als man die gefangenen Russen die Karlsbaderstraße hinaufhetzte. Sie waren mit Ketten aneinandergefesselt, und es war der Bevölkerung bei Todesstrafe verboten, diesen ausgezehnten Kreaturen, die einmal Männer waren, ein Stück Brot zu geben. Wie gelähmt starrte ich das vorbei schleichende Grauen an. Davor, daneben und dahinter die Henker mit Peitschen und Gewehren. Und die Angst warf sich wie ein Eisregen über mich, um meinen Mann und seine Kameraden in Rußland. Zur Seite blickend, sah ich Schwester Gerda weinen. Sie wartete seit Monaten vergeblich auf einen Brief. Und dann sahen wir einige Gestalten um den grausamen Zug huschen. Sie holten blitzschnell Brot unter Röcken und Schürzen hervor. Die Tschechen hatten mehr Mut als wir. Wie eine Erlösung war es, als die Neuaufnahmen gemeldet wurden. Aufgeregt berichtende Mütter und schreiende Kinder erfüllten den Aufenthaltsraum mit Leben, das erlaubt war. Das da draußen soeben, war befohlenes Sterben. Antonis Mutter wurde zuerst von dem kleinen Bündel in ihrem Arm befreit, das schrie, unaufhörlich, gellend, ohne jemals in Weinen oder Jammern überzuwechseln." In der folgenden Zeit gelang es der Erzählerin allmählich das halb verhungerte und schwer traumatisierte Kind zu beruhigen; schließlich vermochte sie sogar, die 2-Jährige aus dem Flüchtlingstreck in der Kinderstation einigermaßen gesund zu pflegen. Doch am Ende blieb die Anerkennung der Mutter an die Krankenschwester aus: "Aber stumm stand sie und schaute unentwegt auf ihr Kind, auch als die anderen Mütter schon gegangen waren und ließ die Tränen rinnen. Plötzlich redete sie, und mit etwas monotoner Stimme, mit den Tränen auf dem Gesicht, das sie starr ins Spielzimmer richtete: ‚Ich dachte Gott hätte es gnädig mit mir und Antonie gemeint. Bald werde ich sie ja nun holen müssen, wir müssen weiter. Weiter, immer weiter, ein Weg ohne Ende, ohne Haus, ohne Kochtöpfe, ohne Betten. Neun Kinder muß ich weitertreiben. Zuerst zehn, aber der Kleine ist im Rucksack erfroren. Still, ohne daß ich es merkte. – Zehn Kinder habe ich geboren, und an jedem hat er seine Freude gehabt, mein Mann. Und nun läßt er mich allein mit ihnen. Weiß ich’s, ob er noch lebt, oder ob er da an der Straße liegt wie die anderen und die Pferde? Tot, erfroren, erschossen, verhungert? Ich möchte auch liegen! Irgendwo einfach liegen bleiben. Gott verzeih’ mir die Sünde. Ich darf ja nicht. Er hat mich ja mit 10 Kindern gesegnet. Gesegnet Schwester! Wo ist sein Segen? War er im Rucksack, ist er auf der Landstraße oder im Hunger? Ist er im Krieg, der Segen? Wann brauche ich nicht mehr wegzulaufen vorm Krieg? Wann muß ich nicht mehr meine müden Kinder durch die Nacht jagen, und in Viehwaggons hetzen? Wann dürfen wir schlafen? Wann darf ich schlafen, wann darf ich wieder schlafen?‘ Müde Hoffnungslosigkeit zwang ihre hohe Stirn an die kühle Glasscheibe. So ruhend starrte sie mit verweinten Augen ins Kinderzimmer. Ich wußte ihr keinen Trost zu geben. Da stand ich stumm und schluckte mein Weinen hinunter".

Die Vertreibung als kollektive Erfahrung der Frauen war auch eine Konfrontation mit dem Versagen der Männer, die ihre Frauen mit den Kindern alleine zurückgelassen hatten und auf die in

jener Situation nicht zu zählen war. Die Frauen waren unter sich und die Erinnerung daran, rief die Gefühle der Enttäuschung, Angst und Verzweiflung wach; dazu kam die Ungewissheit darüber, was mit ihren Männern geschehen war und was sie getan hatten. Die Rückkehr deutscher Kriegsgefangener wurde daher in der Zeitschrift nicht mit dem üblichen kritiklosen Jubel kommentiert. Die Haltung, die eingenommen wurde, zeichnete sich eher durch Skepsis aus und dies änderte sich auch in den darauf folgenden Jahren nicht. In ihrem Nachruf auf den Physiker Frederic Joliot-Curie (Frau und Frieden 1958, Heft 9, S. 5) wies Klara-Marie Faßbinder auf sein Engagement als Vorsitzender des Internationalen Friedenskomitees hin und in diesem Zusammenhang auch auf seinen Einsatz für die Freilassung deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion. Darüber war sie 1952 mit ihm in Kontakt gekommen und sich mit ihm darüber einig gewesen, dass von den noch verbliebenen 20.000 keineswegs alle als unschuldig betrachtet werden konnten. Später, in der Erinnerungsgeschichte "Maialtar in der Ukraine" (Frau und Frieden 1959, Heft 5, S. 9), zog sie einen Vergleich zwischen deutschen und russischen Kriegsgefangenenlagern und ging dabei sogar soweit zu vermuten, dass die schrecklichen Zustände in den sowjetischen Lagern Übertreibungen der antikommunistischen Propaganda seien.

In die zurückhaltende Begeisterung über die Kriegsheimkehrer mischten sich Mißtrauen und Unverständnis. Denn sie waren schließlich keine Kinder mehr gewesen als sie in den Krieg gezogen waren, diese Entschuldigung, die für die Söhne galt, entfiel. Der Nachweis ihrer Schuldfreiheit blieb aus, stattdessen wurden die Verbrechen vertuscht, verkleinert oder die Täter wurden in der öffentlichen Meinung aufgrund ihrer eigenen Opfer-Erfahrung in der "Stacheldraht-Universität" (vgl. Moeller 2000) freigesprochen. Etwaige Erwartungen auf eine Anerkennung der Schuld, die im Vergleich der Täter zu dem entscheidenden Kriterium gemacht worden war, wurden in großem Maßstab enttäuscht. Für jene Frauen, die es wissen wollten, deren ausdrückliches Anliegen in der Aufklärung über die Vergangenheit bestand, setzte sich das Verlassensein in der Vergangenheit bei der Erinnerung an diese Zeit fort. Als ihnen "Der große Auftrag" (Frau und Frieden 1958, Heft 1, S. 2) zufiel, standen sie weiterhin alleine da.

Gefühl und Politik

Faßbinders Leitartikel zum Jahresbeginn 1958 nahm Bezug auf die "Göttinger Erklärung" und andere Stellungnahmen gegen die Atomrüstung. Mit der Anti-Atomkriegskampagne hatte der politische Auftrag der Frauen nicht nur ein neues wichtiges Ziel bekommen, sondern es waren außerdem wichtige Verbündete und Ansprechpartner aufgetaucht. An den neuen Inhalten setzten sich einerseits die oben beschriebenen zwiespältigen Formen der Abstraktion und Distanzierung in der Erinnerung durch und andererseits gewann innerhalb der Frauenfriedensbewegung das

Selbstverständnis einer demokratischen Opposition eine klarere Kontur. Dieser Prozess soll hier noch einmal unter dem Aspekt der Geschlechterrollen und ihrer Auslegung aufgegriffen werden.

Eine "Hausfrauenecke" war im Aprilheft 1956 zum letzten Mal erschienen, danach war einfach kein Platz mehr dafür. Als ihre Nachfolge kann man am ehesten noch die Beiträge ansehen, die sich mit den schädlichen Folgen von Atombombentests und Radioaktivität für die Gesundheit beschäftigten. Nach den beiden Schwerpunkten zur "Atomgefahr!" (Frau und Frieden, 1956, Heft 11, S. 4 und 1957, Heft 4, S. 4-5), die ausführlich darüber informierten, erschien auch zu diesem Thema nicht mehr allzu viel. Es ist eher die Informationspolitik, die zur Debatte steht. In dem Beitrag "Was sagt die Ärzteschaft dazu?" (Frau und Frieden 1958, Heft 12, S. 4) kommentierte eine Arztfrau den Artikel eines Militärarztes, den sie in den "Ärztlichen Mitteilungen" gefunden hatte. Empört reagierte sie auf die Behauptung des Autors: "Der deutsche Soldat müsse zur Härte erzogen werden" und dies damit begründete, dass er "mit den Bequemlichkeiten einer westlichen Zivilisationsstufe aufgewachsen" sei. Zweifelhaft erscheint der Kommentatorin das Verhältnis zur Vergangenheit: "Aber ,in allen militärischen Dingen haben wir uns im letzten Weltkrieg bewährt. Hier gibt es (ein) wenig umzulernen.' Es sieht in der Tat so aus, als hätte hier jemand nicht umgelernt". Seine Forderung, dass ein Soldat gegebenenfalls "seine Gesundheit im Dienst der Pflicht gefährden und opfern müsse", veranlasst die Verfasserin zu einem generellen Einwand angebracht: "Ziehen wir unsere Söhne groß zum Leben oder zum Sterben? Was sollen diese gesunden, schlagkräftigen Söhne tun? Die Kinder anderer Mütter, um deren Leben vielleicht auch einmal ein Arzt gerungen hat, töten! Eigenartigerweise kommt der Autor nämlich zu der Bemerkung, ,so wenig, wie das Leben schlechthin nicht der Güter höchstes Gut ist, so wenig ist es die Gesundheit"". Es sei daher nicht verwunderlich, daß hier die Gefahr der Atombomben als Übertreibungen und Panikmache abgetan wurden. "Auch zu dem Problem der atomaren Rüstung nimmt der Autor Stellung. Jede Gefahr der Angstmeierei müsse bei der Erziehung der Soldaten vermieden werden. Der Militärarzt sei dazu da, bei den Soldaten Angstpsychosen zu beseitigen und damit die evtl. atomare Katastrophe zu lokalisieren. Sie müssten in aller Offenheit über die radioaktiven Strahlungen belehrt werden. Ja, das wäre in der Tat ein dankbares Arbeitsfeld für einen ,Helfer der Menschheit'. Viele Ärzte haben diese Aufgabe zum Glück erkannt". Im Vorspann der Redaktion zu diesem Beitrag musste allerdings davon berichtet werden, dass der Bayreuther Kinderarzt Dr. Karl Beck seine Forschungen zum Einfluss des radioaktiven Fall-Outs nach den Wasserstoffbombentests auf das Auftreten von Missbildungen bei Neugeborenen unter dem Druck von Angriffen und Anfeindungen eingestellt hatte. Den Ausflüchten und Beschwichtigungen seitens der Ärzte, wenn Fragen zur Gesundheitsgefährdung durch Radioaktivität, insbesondere die Folgen für die Kinder, an sie herangetragen wurden, nahm sich bald danach noch einmal Ingeborg Küster in einem ironisierenden Ton vor: "Herr Doktor es handelt sich um ..." (Frau und Frieden 1959, Heft 3, S. 2-3).

Eine weitere Aufgabe, der sich die Zeitschrift widmete, war die politische Erziehung. Hier werden die geschlechtsspezifischen Aufgaben klar verteilt und zwar von jenem Pädagogen, von dem oben bereits die Rede war und der empfahl "... mit den Kindern reden!" (Frau und Frieden 1958, Heft 2, S. 8). Das sei nötig, um dem von ihm beobachteten Unwissen bei Kindern und Jugendlichen über Geschichte und Politik in den Nachkriegsjahren entgegenzuwirken. Seine Diagnose lautete nämlich: "Und damit sind wir bei dem Problem angelangt: Hier hat in allen Fällen nicht zuerst die Schule, hier hat die Familie versagt. ... Die Familienerziehung befindet sich - wie die Familie - in einer schweren Krise". Denn, so fuhr er etwas später fort: "Solange die Eltern, solange die Mütter und Väter, selbst die fortschrittlichen nicht mit der Friedensarbeit, der politischen Arbeit, der Arbeit gegen die Preise usf. zu Hause bei den Kindern beginnen, solange kann sich der fortschrittliche Flügel Westdeutschlands politisch abzappeln wie er will. Die durch die deutsche Reaktion bewußt geförderten verborgenen Miterzieher werden stets stärker sein und mit Fernsehapparaten, und Techniken, mit Jazz und Kino, mit Heiratsgeschichten und Fürstenliebchen jeden politischen Sinn in euren Kindern ersticken. Hier hat jedoch wahrlich die Mutter, hier hat die Familie alles versäumt und nichts getan". Ihm war es selbstverständlich, dass die Fragen, die die Kinder zur "großen Politik" hinführten, lauteten: "Warum ist Vater in der Gewerkschaft? Warum ist er in einer politischen Partei? Wie war es früher?"

Eine solche familiäre Arbeitsteilung, verbunden mit einer Kritik der Massenkultur und der Verständnislosigkeit gegenüber einer Jugend, die sich schon an Urlaub und Taschengeld gewöhnt hatte, worauf hinzuweisen der Autor sich nicht entgehen ließ, mag die Wunschvorstellungen vieler friedensbewegter Frauen zum Ausdruck gebracht haben, aber es entsprach nicht ihrem Handlungsrahmen, zumindest hielten sich die Aktivistinnen nicht daran. Die Frauen blieben nicht zu Hause, sondern gingen auf die Straße, trafen sich in London, Paris und an anderen Orten im Ausland. Von der Internationalen Frauentagung gegen die Atomgefahr, die Anfang Juni 1958 in Paris stattgefunden hatte, berichtete Elly Steinmann: "Vielseitig, lebendig und oft sehr temperamentvoll waren die Diskussionsbeiträge. Die Frauen beleuchteten die politische Situation von den verschiedensten Standpunkten aus. Da sprach die Biologin, die Historikerin. Es sprach die Französin, die Engländerin, die Inderin, die Italienerin, die Deutsche. Von welchen Ideen sie auch immer ausgingen - sie alle kamen zu derselben Forderung: ‚Schluß mit den Kernwaffen-Versuchen‘" (Frau und Frieden 1958, Heft 6, S. 4). Dr. Simone Laborde und Helene Wessel hatten die Hauptreferate gehalten, großen Beifall gab es beim Eintreffen der Friedenskarawane englischer Frauen. Steinmann resümierte: "Die Verantwortung der Frau im Atomzeitalter". Unter diesem Motto stand die Tagung. Es hat sich gelohnt, dabei gewesen zu sein, und all denen, die da etwas geringschätzig sagen ‚was könnt ihr Frauen mit eurem Gefühl schon ausrichten?‘, denen hätte ich gewünscht, einige der ausgezeichneten Beiträge zu hören; sie waren eine gute Mischung aus Herz,

exaktem Wissen, Offenheit und gesundem Menschenverstand, eine Mischung, mit der es die großen Politiker gelegentlich versuchen sollten, anstelle der morbiden so genannten Diplomatie”.

Das Verhältnis von Gefühl und Politik wurde in dem Referat, das Margarete Lachmund auf dieser Tagung gehalten hatte, genauer bestimmt. Unter dem Titel “Die besondere Friedensaufgabe der Frau im Atomzeitalter” (Frau und Frieden 1959, Heft 2, S. 8) stellte sie die Bedeutung von Emotionen, von Furcht und Misstrauen als Beweggründe des Rüstungswettlaufs heraus. Deshalb sei auch die Parole des Protests “Nie wieder Krieg” unzureichend, um die weitere Entwicklung und den Einsatz von Atomwaffen zu verhindern. “Wir müssen *praktische* Wege zeigen, wie internationale Streitigkeiten beigelegt werden können - ohne Krieg. Wir müssen überlegen, ob und unter welchen Voraussetzungen und mit welchen moralischen, politischen und wirtschaftlichen Methoden einem militärischen Angreifer erfolgreicher gewaltloser Widerstand geleistet werden kann”. Den ersten Schritt zur Eindämmung der globalpolitischen Wirkungen negativer und zerstörerischer Gefühle sah Lachmund darin, die Angst vor dem Fremden und die Vorurteile gegenüber Andersdenkenden überwinden. In der Verallgemeinerung christlicher Nächstenliebe zu einem humanistischem Ideal, wobei sie sich auf Martin Buber bezog, erkannte sie eine mögliche Grundlage für die Bereitschaft zum Kontakt, ohne den sich keinerlei Verständigung entwickeln kann: “gehen wir und lernen wir die Menschen hinter den Systemen kennen! Dann sehen wir, daß sie Menschen von Fleisch und Blut sind wie wir, die ernst genommen und geachtet werden möchten wie wir. Lernen wir auch das geistige Leben der anderen Seite kennen - ihre Anschauungen, ihre Ideale, ihre Gedanken, ihre Entwicklung, ihre Geschichte, und wir werden ihnen gegenüber gerechter werden und die Motive ihres Handelns gar anders beurteilen können von dem andern Hintergrund aus”. Sie schilderte dann eine persönliche Erinnerung aus der Zeit des Nationalsozialismus, als sie mit einer Kommunistin zusammenarbeitete, die politisch verfolgt wurde. Vor dem Hintergrund dieser rhetorischen Elemente wird dann die politische Aufgabe eingetragen in die Geschlechterdifferenz. Die Vortragende lässt ihre Überlegungen ausklingen mit dem Zitat: “Nicht mitzuhassen - mitzulieben bin ich da”, ihre anschließenden Schlusssätze lauten: “Ich glaube, nur dann erfüllen wir Frauen die Verpflichtung und die Verantwortung in rechter Weise, die uns das Recht auf Mitbestimmung am politischen Leben unserer Völker auferlegt, wenn wir den Geist der Liebe und Versöhnung, der aus diesen Worten spricht, hineinbringen in unsere haßerfüllte und vernichtungsumdrohte Welt. Er allein kann Furcht und Mißtrauen überwinden und allein eine Atmosphäre schaffen, in der allein der Friede wachsen kann”. In einem Verständnis von Politik als auferlegtes “Recht” erfüllte sich der Sinn der Gleichberechtigung in der Friedenspolitik. Nicht “Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit” (Bock/Duden 1976), sondern Politik aus Liebe oder Liebe als Politik lautet hier der Leitsatz.

Der nächste Schritt in der Theoretisierung dieser Konstellation von Gefühl und Politik bestand in einem Rückgriff auf das Konzept der komplementären Geschlechtscharaktere und der davon abgeleiteten speziellen Kulturaufgabe der Frau. Es war übrigens wieder ein Mann, der sich dazu äußerte, nämlich Dr. Heinrich Otto mit dem Beitrag "Die Kulturaufgabe der Frau in der Gedankenwelt von Friedrich Wilhelm Foerster" (Frau und Frieden 1959, Heft 7, S. 6-7). Anlässlich des 90. Geburtstages wurden die Ansichten dieses Pädagogen² wieder ins Bewußtsein gerufen, deren Grundidee in der Balance und wechselseitigen Korrektur gegensätzlicher Prinzipien besteht. Das klingt zunächst recht ausgewogen: "Jede Gegenüberstellung des männlichen und des weiblichen Seelenelementes will er nur gleichnisweise verstanden wissen, und das Ideal ist die gegenseitige Ergänzung und Durchdringung in jedem wahren Charakter". Einerseits finde man daher bei Foerster den "Gedanken von dem ‚Tropfen Mütterlichkeit‘ im Ideal der Ritterlichkeit" und man erfährt, dass "die Mutterliebe uns am vollkommensten die Heldenkraft der selbstlosen Liebe verkörpert". Wenn nicht die "ungestüme Kraft durch ‚Mütterlichkeit‘ veredelt und gebändigt" werde, dann drohe die Durchsetzung eines "ganz atavistischen Mannesbegriffs", wie das an den "SA- und SS-Typen" zu erleben gewesen sei. Auf der anderen Seite stelle die Vereinseitigung des Weiblichen nur ein "kopfloses, und zerfließendes Mitleid" dar und es wird davor gewarnt, sich "nicht von den Affekten der unmittelbar Betroffenen anstecken (zu) lassen". Hier war die Konsequenz: "Darum muß die Liebeskraft des weiblichen Seelenelementes ‚ein heroisches Element der Standhaftigkeit und der Konsequenz in sich aufnehmen, um nicht an der eigenen Empfindsamkeit und Eindrucksfähigkeit zugrundezugehen".

Insbesondere stimmte der Autor Foersters Befürchtung zu, "daß sich die Frau auf dem Wege der ‚Amerikanisierung und Mechanisierung unserer Lebensbedingungen‘ immer mehr den männlichen Arbeitsmethoden unterworfen hat, statt dem Mann ein Gegengewicht gegen die Einseitigkeit seiner Anlagen und Traditionen zu geben. Was kann geschehen, daß die Eigenart der Frau in der ‚riesigen Maschinerie der Manneskultur‘, nicht schließlich ‚völlig annulliert und als wirklich selbständiger Kulturfaktor geradezu ausgestrichen‘ wird". Das weibliche Prinzip ist dieser Sichtweise zufolge also nicht nur von dem In-sich-selbst-Verlieren bedroht, sondern es ist darüber hinaus noch weiteren, von außen kommenden Gefahren ausgesetzt. Diese umfassen "(d)ie ganze Welt der Technik mit besonderem Einschluß der autoischen Entdeckungen" und verursachen die "Entgeistung und Veräußerlichung" einer "Scheinkultur" mit ihrem "Fieber unablässig wachsender Bedürfnisse". Mehr denn je gelte heute: "Die Warenhäuser bedeuten Kathedralen unserer Kultur". Zugleich mit diesen betrüblichen Feststellungen, geht die ursprünglich gesetzte Balance der Prinzipien verloren. Entgegen der Versicherung zu Beginn, dass hier von der Geschlechterdifferenz nur "gleichnisweise" die Rede sei, werden die Zuschreibungen nun doch an historisch konkreten

² Mit seinen pazifistischen Überzeugungen stand Foerster in Gegensatz zum Nationalsozialismus.

Männern und Frauen (um nicht zu sagen an Geschlechterkörpern) festgemacht, die in einer sich modernisierenden Gesellschaft leben und darin ihre Rollen neu bestimmen müssen.

In Foersterns Worten hieß das, dass "die Frau sich selbst und die menschliche Kultur aus der Überspezialisierung des männlichen Befehlsbetriebes erretten und eine selbständige Arbeit und Bildung auf dem Fundament der Mütterlichkeit aufbauen" soll. Die Frau soll - im Prinzip! - bleiben, wie sie ist, der Mann soll anders werden, und zusätzlich taucht eine weitere Asymmetrie auf, denn während der Mann sich weiter mit seiner Selbstverbesserung beschäftigt, ist seine Veränderung eine Aufgabe der Frau. Wenn daher von Selbständigkeit die Rede ist, dann ist nicht die Frau sondern das Frauenideal gemeint. Dessen Wesen darin besteht, für den anderen da zu sein: "Nach allem, was ausgeführt werden konnte, steht also das ‚Selbständigwerden des Frauenideals‘ für Friedrich Wilhelm Foerster an erster Stelle, wenn es sich um den besonderen Beitrag des weiblichen Seelenelementes zur Erneuerung unserer Kultur handelt, und zwar im Interesse der Frau, die dadurch allein zu ihrem höchsten Leben kommt, im Interesse des Mannes der dadurch allein das ihm unersetzliche Gegengewicht erhält, und im Interesse der Kultur (...) die der Mithilfe der allertiefsten Frauengaben bedarf". Die Zivilisierung der Männer ist das Werk und die Selbstverwirklichung der Frauen³.

Der Autor des Artikels betont in seiner Interpretation von Foersterns Gedanken, dass dieses Frauenideal nicht mit einem biedermeierlich kleinbürgerlichen Frauenbild zu verwechseln sei. Vielmehr müsse "Frau als Erneuerin einer echten *Kultur des Geistes*" in die gesamte Öffentlichkeit und den Staatsorganismus hineinwirken, um dort mit ihrer besonderen Veranlagung zur "Kultur des Herzens", "ein höheres politisches Leben" zu begründen und einen "wertvollen Beitrag zu der ‚sozialen Kultur‘" zu leisten. Was angesichts der aktuellen Weltlage dringender denn je geboten sei: "Aus dem einseitig Erfülltsein von sich selbst und den eigenen Rechten sind noch stets die Kriege hervorgegangen, aber weit größere Heldentaten und solche von bleibender Wirkung aus dem Opfergeist der Liebe. Schon in seinem frühesten Werk, der ‚Jugendlehre‘, wirft Friedrich Wilhelm Foerster die Frage auf, ob es nicht gerade die Kriege verhindern, daß der größte und dauerhafteste Mut mehr Verbreitung mehr Verbreitung gewinne, ‚eben weil die Kriege viel Liebe töten‘. Hier liegt die große Berufung der Frau, das Ideal der Tapferkeit in die Friedensarbeit hinüberzuretten und auf alle Konflikte und Aufgaben des täglichen Lebens anzuwenden, natürlich auch ständig auf die Beziehungen der Staaten und Völker zu einander, und damit erfülle sie, was eine Bezeichnung aus dem Altsächsischen meint, *Friedensweberin* zu sein". Offenbar war der Mann, auch der neue zivile Held dazu nicht in der Lage⁴.

³ Das Motiv ist grundlegend für den bürgerlichen Geschlechterdiskurs (vgl. Prokop 1987, 1991).

⁴ An diese Absätze habe ich geschlagene zwei Tage verbraucht, da ich mich zwischendurch in die Hausarbeit geflüchtet habe, was mir zumindest ein bescheidenes Gefühl von Fortschritt vermittelte.

Es waren die traditionellen Vorstellungen von der Geschlechterpolarität und der daraus abgeleiteten spezifisch weiblichen Kulturaufgabe, die hier eine Neuauflage erlebten. Zu Beginn des Jahrhunderts war dieses Denkmuster von der Frauenbewegung unter dem Stichwort der „geistigen Mütterlichkeit“ aufgegriffen worden, damals mit dem Ziel einer Abschaffung der Geschlechterhierarchie, jetzt allerdings wurde die Akzentsetzung in Richtung Friedenspolitik verschoben. Der Text erschien erstaunlich spät, nämlich erst im Sommer 1959. Neben der Interpretation der Gleichberechtigung der Geschlechter und der politischen Partizipation der Frauen als ihrer Pflicht, den friedenspolitischen Auftrag zu erfüllen, trat damit ein weiteres Moment aus dem Geschlechterdiskurs im Selbstverständnis der friedensbewegten Frauen auf. Es signalisierte in diesem Zusammenhang, dass die Begründung des Engagements in einer konkreten Mütterlichkeit inzwischen abgelöst worden war von einem Denken in abstrakten Prinzipien. Es ist zu verstehen als ein Teil jener Bewegung, in der eine Distanzierung und Ablösung von der unmittelbaren Trauer und den Erlebnissen der jüngsten Vergangenheit erfolgte. Das Resultat war hier so, dass die Geschlechterpolarität als eine ideologische Hülle für den politischen Auftrag der Frauen und Mütter, für ihre Aktivitäten und ihre Selbstinterpretation fungierte.

Wie das weibliche Prinzip in der Praxis aussah, davon ist an verschiedenen Stellen zu erfahren. Klara-Marie Faßbinder berichtete „Frauen treffen sich am Genfer See“ (Frau und Frieden 1957, Heft 6, S. 8), wo vom 26. bis 30. April 1957 das „Ständige Internationale Mütterkomitee“ getagt und der Protest gegen die atomare Rüstung im Mittelpunkt gestanden hatte. Gekommen waren Frauen aus 26 Ländern, darunter Professorinnen und Bürgermeisterinnen, je eine Chefärztin, Ministerin, Dichterin, Abgeordnete und Dozentin sowie selbstverständlich eine Reihe von Aktivistinnen und Funktionsträgerinnen internationaler Friedensorganisationen. „Aus Schweden die verehrte Präsidentin Dr. Andrea Andreen, die ihre ‚frauenrechtliche Vergangenheit‘ nicht verleugnen kann, nicht nur in der unbedingten Forderung, daß die Frauen in allen Sparten des öffentlichen Lebens einen viel breiteren Raum einnehmen müssen (50 Prozent aller Parlamentssitze sollten ihnen zukommen) sondern auch in der sicheren und anmutigen Art, wie sie die Diskussion zu leiten weiß“. Auf dem wenig später stattfindenden großen Ereignis der friedenspolitisch engagierten Frauen in Deutschland, dem „Frauentag gegen die Atomgefahr in der Paulskirche zu Frankfurt“ (Frau und Frieden 1957, Heft 8, S. 4-7) sah die Berichterstatteerin, wiederum Klara-Marie Faßbinder, den Widerstand gegen die Atomgefahr als besondere Bestimmung der Frau in der Politik ausgedrückt durch „die klugen und warmen Worte der Marburger Universitätsprofessorin Dr. Dr. Luise Berthold, die den jüngeren Frauen einen Begriff von dem gab, was die ihnen ja nur historische bekannte Frauenbewegung gewollt hat: den Einsatz der Frau mit ihren besonderen Mitteln in der vom Manne einseitig geprägten Welt nicht nur um der Frau willen, sondern zum Besten der Menschen überhaupt“. Im gleichen Sinne resümierte die Konzertsängerin Ina Graffius ihre Erlebnisse beim Besuch der verschiedenen nationalen Vertretungen während der Genfer

Außenministerkonferenz in dem "Genfer Bilderbogen" (Frau und Frieden 1959, Heft 7, S. 4-5) damit, mit der abgegebenen Unterschriftensammlung zu "helfen, in dieser Welt der Gegensätze das fraulich-vernünftige Prinzip der Überbrückung in die Politik der Männerwelt zu bringen". Wie sich diese Denkfigur im Rahmen der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung darstellte, möchte ich im Folgenden genauer betrachten.

Eine politische Familie

Im Unterschied zum Bündnis mit den Söhnen, in dem die emotionale Bindung zum direkten Anstoß und zur tragenden Motivation der politischen Aktivität wurde, traten nun Formen symbolischer Politik, die eine Vermittlung von Gefühl und Politik leisten sollten, in den Vordergrund. Die unterschiedlichen historischen Erfahrungen von Männern und Frauen wurden auf die Prinzipien komplementärer Geschlechtscharaktere zusammengezogen und eine keineswegs neuartige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Krieg und Wiederaufbau einerseits, Trauer und Erinnerung andererseits wurde bestätigt⁵. Mit deren Übertragung ins Politische wurde der Aufbau einer Familienkonstellation zwischen den verschiedenen Akteuren der politischen Öffentlichkeit möglich.

Das galt zunächst für die Mutter-Sohn-Beziehung selbst, wie Klara-Marie Faßbinder in ihrem Nachruf auf Papst Pius XII. (Frau und Frieden 1958, Heft 11, S. 9) anklingen ließ. Dieser Papst habe "oft zu den Frauen gesprochen", nachdrücklich vor der Atomgefahr gewarnt und sei immer wieder für den Frieden und Friedensverhandlungen eingetreten. Seine Botschaft an die Frauen in einer "Welt der wachsenden Technisierung", in der die "Kräfte des Herzens leicht verkümmern", bedeute insbesondere "daß keine sich mit ihrem Familienleben oder ihrer Berufsarbeit begnügen dürfe, daß sie aufgerufen seien zur Mitarbeit im politischen Leben, in der Gemeinde, in den Kreisen und in den Parlamenten, in denen die großen Entscheidungen fielen. ... Unter den Aufgaben, die in besonderer Weise die Mitarbeit der Frau verlangten, nannte er ausdrücklich das Wirken für den Frieden. Er rief den Staatsmännern zu, sie möchten mit den ‚Augen des Sohnes auf seine Mutter‘ und den Frauen, die schon soviel zu tragen hätten, nicht unnütz noch mehr aufbürden mit ihrer Rüstungspolitik". Die Autorin bedauerte, dass sie nur ein Beispiel dafür nennen kann, nämlich eine entsprechende Äußerung Gromykos nach Abschluss des österreichischen Staatsvertrags. Hier erschienen die Politiker nebenbei in der Rolle von, allerdings meist wenig verantwortungsvollen, Söhnen. In der Hauptsache aber hob der Beitrag eindringlich die moralischen Autoritäten hervor, die sich auf die Seite "Kampf dem Atomtod"-Bewegung gestellt

⁵ Sigrid Weigel ist verschiedenen Aspekten dieser Arbeitsteilung und ihrer Bedeutung für die "Bilder des kulturellen Gedächtnisses" (1994) nachgegangen.

hatten und wie dies auch in den zahllosen Resolutionen und Aufrufen geschah, wurden wieder Pius XII., Albert Schweitzer und die Göttinger Atomwissenschaftlern in einem Atemzug genannt.

Schon vorher waren die Wissenschaftler als mögliche Verbündete angesprochen worden. Elly Steinmann hatte in "Politischer Frühling. Zur Außerordentlichen Tagung des Weltfriedensrats in Stockholm vom 4.-9. April" (Frau und Frieden 1956, Heft 3, S. 3-4) gefragt: "Und warum können nicht auch unsere namhaften Atomphysiker und Forscher einmal ihr Herz über die Hürde werfen und an einer solchen Tagung teilnehmen?" Die Aufforderung erging gleichermaßen an Friedensverbände, Schriftsteller, Kirchenvertreter und Politiker. Ebenfalls noch unter anderen hatte Erna Hintz-Vonthron in "Hiroshima und Nagasaki. Den Atombombenopfern vom 6. und 8. August zum Gedenken" (Frau und Frieden 1956, Heft 8, S. 5) die Wissenschaftler genannt. Unter dem Eindruck des dramatischen Unglücks der japanischen Fischer, schrieb sie: "Man hat nichts gelernt, trotz der Warnungen kluger Männer und Frauen der Wissenschaft, der Kirche, und Politik, die in beschwörenden Appellen immer wieder auf die Gefahren, die das Experimentieren mit Atom- und Wasserstoffbomben für die Gegenwart und für die Zukunft mit sich bringen, hingewiesen haben". Ihre Befürchtungen über die Folgen der erhöhten Radioaktivität in der Atmosphäre verband sie mit dem Bild der Mütter, die "unwillkürlich ihr Kind fester an sich pressen".

Endlich erfolgte im April 1957 der Auftritt der "Göttinger 18", was in der Zeitschrift desto mehr auffiel, da Freda Wuesthoffs langer Beitrag zur "Atomgefahr" in der vorhergehenden Ausgabe publiziert worden war. Damit waren nun erwachsene Männer auf der politischen Bildfläche der Friedensfrauen erschienen und sie nahmen in der folgenden Zeit eine herausragende Stellung unter den Bündnispartnern ein. Auf dem "Frauentag gegen die Atomgefahr in der Paulskirche zu Frankfurt" (Frau und Frieden 1957, Heft 8, S. 4-7) waren sie auffallend prominent platziert. Im Text dazu von Klara-Marie Faßbinder hieß es: "Von den Atomphysikern hatten sich mir gegenüber zu dem Tag zustimmend geäußert: mündlich Heisenberg, schriftlich Walcher, von Weizsäcker, Born, von Laue, Fleischmann, Ernst Jäckel/Bonn. Von Physikerinnen mit Weltruf, Lise Meitner, die mit Otto Hahn die Spaltbarkeit des Urans entdeckte und dadurch den Weg zu der weiteren Entwicklung freilegte, Kathleen Lonsdale, London, Gertrud Woker, Schweiz, dazu Hedwig Conrad-Martius, berühmte Biologin und Philosophin, München. Wie mehrere der großen Physiker zustimmten, so taten es bekannte Frauen". Wieder folgt eine Namensliste, weiter unten folgten noch einmal der Verweis auf Gespräche mit Heisenberg, Walcher, und von Weizsäcker. In der Spalte daneben befinden sich vielerlei Grußworte, wieder voran die Wissenschaftler. Schon Ende April, als von den Atomphysikern der DDR eine den Göttingern entsprechende Erklärung bekannt wurde, hatte sich das Treffen des "Ständigen Internationalen Mütterkomitees" in Genf dazu entschlossen, Klara-Marie Faßbinder mit einem Brief an Professor Hahn zu beauftragen und einen weiteren an den Papst zu senden, "mit der Bitte, in der Vatikanstadt einen Weltkongreß der

Atomphysiker einzuberufen” (Frau und Frieden 1957, Heft 6, S. 8). Dazu kam es nicht und überhaupt wurde in der Folgezeit allmählich deutlich, wie sehr sich die westdeutschen Wissenschaftler gegenüber der politischen Öffentlichkeit reserviert verhielten und mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt waren.

Die Hoffnungen der Frauen hatten anders ausgesehen. “Auf Wache 1958 – Erlebnisbericht von Ina Graffius, Konzertsängerin” (Frau und Frieden 1958, Heft 8, S. 5) war in der konkretistischen Darstellungsform gehalten, in der auch die früheren Reiseberichte und Erinnerungserzählungen aus den Kriegszeit geschrieben waren. Dieser persönliche Bericht von den ersten Erfahrungen mit der Öffentlichkeitsarbeit der Frauen gegen die Atomrüstung kombinierte die Verantwortung für die Jugend und die Begegnung mit der Wissenschaft in zwei aneinander gefügte Episoden. “Ich meldete mich für die Mahnwache auf dem Hamburger Rathausmarkt und wurde eingeteilt. Schon morgens stand ich mit einem besonders starken Pflichtgefühl auf, das sich in lebhaftem Schwung beim Frühstückmachen für Mann und Kind äußerte. Verwundert sahen diese auf die wirtschaftende Mutter, doch kein Wort über ihr Vorhaben kam über ihre Lippen, sollte doch kein Veto des Familienoberhaupts oder gesundheitliche Besorgnis der Kinder ihren Plan stören. Alle fühlten, daß irgendeine Kraft die Mutter erfüllte. Am Rathausplatz vor dem großen Rathaus, inmitten der Taubenschwärme und dem Fremdenverkehr stand auf dem weiten Platz ein langer Ständer mit dem Plakat: ‚Wer die Atombombe wählt, wird durch die Atombombe umkommen‘“. Allerlei Menschen traten hinzu, bekundeten Ablehnung oder Bestätigung, ein “dicker Vertreter des deutschen Wirtschaftswunders” und eine freundliche alte Frau, Touristen, Hausfrauen, Polizisten, und dann ein Wissenschaftler: “Plötzlich stand da ein älterer Mann mit einem hochintelligenten Gesicht vor mir. ‚Ist bloß gut, daß Ihr die Menschen auf die Strahlenwirkung aufmerksam macht!‘ Erstaunt musterte ich den vor mir Stehenden. Sein Eifer war interessant und seine Augen strahlten ein starkes Wissen aus. Und nun entspann sich ein Gespräch das zum Erlebnis wurde. Dieser alte, verdiente, jetzt seit Jahren arbeitslose Labordiener hatte in seinen langen Arbeitsjahren Beobachtungen durch Röntgenstrahlenversuche gemacht, die ihn schon damals sehr nachdenklich stimmten. Bei Versuchen mit in Gold- und Bleifassung darüber gehaltenem Radium wirkten die Strahlungen bei Tieren nicht nur im eigenen Käfig, sondern durch den mit Blech ausgeschlagenen Käfig – durch einen Meter Luft – bis zum nächsten starken Hartholzkäfig mit Mäusen, die alle durch diese unsichtbaren Strahlen getötet wurden. Langsam sammelten sich Jugendliche um uns, die aufmerksam zuhörten, bis einer, ein Student mich ansprach und sagte: ‚Mir wäre es gar nicht recht, wenn meine Mutter hier stehen würde.‘ Ich muß zugeben, in diesem Augenblick fingen mir an, die Knie zu zittern. Nicht, daß ich bereute, mich hier hingestellt zu haben, sondern weil ich die große Verantwortung für dieses Gespräch in mir fühlte. Ein weiter Kreis von Menschen umgab uns. ... Der Bericht von der zweistündigen ‚Mahnwache‘ (zurück in der Familie) wurde zwar kopfschüttelnd, aber durchaus anerkennend zur Kenntnis genommen, und mein Mann meinte

freundlich resignierend: „Jetzt heißt es für uns Mittag kochen, wenn Mutti auf die Barrikaden geht.““

Die häuslichen Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und den Generationen werden überblendet von ihren Bedeutungen im Raum der symbolischen Politik. Dabei entfallen einerseits die Probleme des hierarchischen Geschlechterverhältnisses, das mögliche Veto des Ehemanns kommt nicht zum Zug, am Ende gibt dieser seine Zustimmung, wenn auch ohne rechte Überzeugung. Während der Aktion erfährt die Autorin Solidarität und erlebt, dass die Frauen in ihrem Kampf gegen die Atomgefahr nicht alleine stehen, obwohl der Wissenschaftler, der sich an ihre Seite stellt mit eigenartig widersprüchlichen Zügen charakterisiert wird. Die Übertragung der familialen Konstellation in die politische Öffentlichkeit, die auf der Grundlage abstrakter Geschlechterpolarität ermöglicht wird, erzeugte Wunschbilder eines politischen Zusammengehens von Wissenschaftlern und Friedensfrauen. Als diese Beziehung aber scheiterte, stellte es sich letztlich als eine Transformation der halbierten Nachkriegsfamilie (vgl. Heinemann 1996) ins Politische dar. Es blieb damit bei der Politik als auferlegter Pflicht und Last der Frauen, um im Bild zu bleiben, also bestenfalls bei einer Regentschaft im Übergang.

Trotz des politischen Selbstverständnisses, das sich von der Betroffenheit zu universellen Begriffen von Öffentlichkeit und Freiheit weiterentwickelte, hatte sich wenig verändert an der Ausgangsposition der friedensbewegten Frauen als Mütter. Das Geschlechterverhältnis selbst wurde ausgespart, von Ehemännern, „Ehetrümmern“ und Eherecht war kaum oder gar nicht die Rede. Nur in ganz abgehobener Weise wird die Geschlechterfrage aufgegriffen und eine polare Geschlechterdifferenz als unterschiedliches Verhältnis von Politik und Gefühl ausgedeutet. Wobei als Subtext der Mutter-Sohn-Geschichten und der Erinnerungskonstruktion, die das Verhältnis zur Jugend bestimmte, ein über den Sohn vermitteltes Verhältnis zum Staat bestehen bleibt. Aber selbst auf der symbolischen Ebene konnten letztlich nur Bilder reduzierter oder „unvollständiger“ Familien realisiert werden. Nach der „Göttinger Erklärung“ und im Zuge der großen Resonanz darauf, die in den Heften ab April 1957 sichtbar wurde, stellte sich vorübergehend eine Paarkonstruktion ein in der. Was übrig blieb, war die Geschlechterpolarität als reine Äußerlichkeit, die weder eine Entsprechung in Hoffnung, die Wissenschaftler würden den friedensbewegten Frauen politisch zur Seite stehen. Doch das Verhältnis endete als illegitime Beziehung und schließlich sahen sich die Frauen im Stich gelassen der Geschlechterpolitik hatte, noch das Verhältnis der friedensbewegten Frauen zur Politik erfasste. Ihre Bedeutung gewinnt sie durch den Kontext, in dem sie auftrat, und das waren die Universalisierungen der „Kampf dem Atomtod“-Bewegung, die Vorstellungen von Tätern und Opfern, die Ängste und Hoffnungen, wie sie in den Katastrophen- und Heldenbildern zum Ausdruck kamen. Zwar gab die Geschlechterpolarität der politischen Aktivität, die auch nach dem Abklingen der Widerstandsbewegung gegen Atomrüstung

noch lange nicht erlahmte, eine rhetorische Form, aber deren Inhalt war außerordentlich problematisch. Verwoben mit dem sich in der Dezentrierung der eigenen Erinnerung herausbildenden Politikverständnis und praktischer Internationalität kam damit ein Abstraktionsvorgang zum Tragen, der das Erinnerungsprojekt der Frauen massiv durchkreuzte.

Die eigene schwierige Vergangenheit

Die Polarität von Gefühl und Politik soll im folgenden als eine Geschlechterkonstruktion verstanden werden, mit deren Hilfe die Schwierigkeiten umgangen und verdeckt gehalten wurden, die mit der eigenen Vergangenheit der Frauen zusammenhängen. Unter diesem Aspekt tritt die Neugestaltung bzw. Re-Inszenierung der Geschlechterideologie in der Nachkriegszeit zur Legitimation der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der sozialen Ungleichheit zurück. Hier soll hervorgehoben werden, dass es sich um einen Einbruch des Politischen in den Geschlechterdiskurs handelt, derart, dass an der Geschlechterdifferenz etwas ganz anderes, nämlich die Fragen von Macht und Schuld thematisiert werden. Wie sich ihre Ursachen und Folgen im Bezug auf das Geschlechterverhältnis und seine Bedingungen darstellen, ist im Anschluss daran zu analysieren.

Um das System der Ausblendungen und Abspaltungen zu erfassen, mit denen die Kategorie Geschlecht so umstellt ist, dass ihre Wahrnehmung auf eine polare Differenz eingeschränkt wird, ist noch einmal auf das weitere Umfeld der friedenspolitischen Frauenaktivitäten einzugehen. Ausgangspunkt ist die Geschlechterpolarität als eine abstrakte Konstruktion zur Verhüllung der Vergangenheit bzw. von jenen Aspekten der Vergangenheit, deren Bearbeitung ausblieb und wo über das Geschlechterverhältnis, die Frage der Funktionsweise des totalitären Systems und der eigenen Position darin hätte gestellt werden können und sollen. Am frauenpolitischen Neubeginn nach dem Krieg hatte es für einen kurzen Moment anders ausgesehen und es schien, als ob das Geschlechterverhältnis und die jüngste Vergangenheit, der Zusammenhang von Privatheit und Öffentlichkeit, die Verknüpfung von Alltags- und Sozialarbeit mit der „großen“ Politik im NS-System zu einem Thema würde. Denn es finden sich durchaus Ansätze zur Kritik eines Weiblichkeitsbildes, das die Frauen als Gesamtheit aus der gesellschaftspolitischen Verantwortung herauslöste. „Bei der offiziellen Eröffnung des Wilmersdorfer Frauenbundes warnte Zahn-Harnack die Frauen sogar offen davor, sich mit hingebender, opferbereiter Hilfsarbeit zu begnügen, und hielt ihnen das abschreckende Beispiel der ‚praktischen Arbeit der Frauen im dritten Reich‘ vor Augen“ (Stoehr 2000:171). Auch noch zwei Jahre später wurde Gabriele Streckers Rede auf dem Kongreß „Frauen und Frieden“ der Westzonenverbände im Mai 1948, die sich einer „bequemen

Glorifizierung von Gattungseigenschaften wie Mütterlichkeit, Frauentum usw.” entgegenstellte, mit Zustimmung von vielen Seiten bedacht.

Solche Denk-Verbindungen wurde jedoch bald unterbrochen bzw. umgeleitet, trotz der Überschriften, die von einer “Politik des Alltags” sprachen, wie eine Formulierung bei Marie-Elisabeth Lüders lautete, oder das frauenpolitische Engagement in einen großen Bogen “Vom Nähkorb zur Atombombe” (Zahn-Harnack 1985) einbanden, wie es in einer Denkschrift für Agnes von Zahn-Harnack geschah. Auf der Seite der Aktivistinnen der alten Frauenbewegung und der westorientierten Frauenverbände ging die Tendenz in eine andere Richtung. Die Politikziele lösten sich immer weiter von dem gesellschaftlichen Erfahrungsraum von Frauen ab und das Verständnis von Politik verlor den Bezug zur spezifischen gesellschaftlichen und konkreten individuellen Verantwortung von Frauen. Zwar wurde behauptet: “Ohne Frauen ist der Friede ein Wort ohne Sinn” (nach Genth 1996:491) für eine “Demokratie als tägliches Erlebnis” (nach Genth 1996:492), aber Marie-Elisabeth Lüders und Nora Melle hatten damit 1950 an den “Staatssinn” von Frauen appelliert (nach Genth 1996:491-493). Die Ost-West-Spaltung, die in die Frauenbewegung hineinzuwirken begann und eine abwehrende Haltung gegenüber der “Gefühlspolitik” hervorrief, bewirkte es, dass die Verbindung von Frieden und Weiblichkeit immer zurückhaltender behandelt wurde. So bei Agnes von Zahn-Harnack, die 1949 in ihrer Rede zur Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkriegs auf der einen Seite zwar Krieg, Mann, Technik, Materialismus zusammendachte, aber in einer Gegenüberstellung, in der sie Geist, Liebe, Freude und Geduld als Bedingungen des Friedens nannte. “Aber da, wo ein kleiner Kreis in einer Familie, in einem Nachbarschaftsheim, in einem Jugendlager oder wo immer um den Geist sich schart Musik, Dichtung oder im Austausch des Gesprächs - da wächst und ruft mit der Liebe die Freude. Wo die Mutter ihr Kind nicht als ein Stück ihres Besitzes betrachtet, sondern seine Seele in ihrer Eigenart zu erfassen und zu pflegen sucht, da reift mit der Liebe auch die Freude von Mutter und Kind. Nichts macht uns darum glücklicher, nichts scheint uns verheißungsvoller, als wenn junge Menschen der verschiedenen Nationen sich zu gemeinsamer Freude zusammenfinden; denn in solcher Gemeinschaft reift mit Liebe und Freude langsam auch der Friede” (nach Genth 1996:487). Das Modell friedlicher Begegnungen wurde gerne dem Bereich der Primärbeziehungen entlehnt (vgl. Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:238), dem die Frauen “irgendwie” nahe standen, was hier aber schon nicht ohne korrektive Bestimmung der Mütterlichkeit abging. Unter der Leitlinie “In der Welt ist kein Friede möglich, wenn nicht jeder einzelne den Frieden mit sich selbst und seinem Nächsten und Fernsten macht” (Lüders in Genth 1996:491) kam dem Geschlechterverhältnis kein besonderer Status zu, es war vielmehr zu einer Privatangelegenheit geworden.

Die soziale Hilfsarbeit hatte der Staatsbürgerinnen-Verband ausdrücklich auf sein Programm geschrieben, in der Kombination mit politischer Sachinformation und der “Entlarvung

bolschewistischer Propaganda” stand sie im Zeichen der anti-kommunistischen Ausrichtung und diente dem “Bestand der europäischen Ordnung und Kultur”. Bereits in einem Aufruf der “Notgemeinschaft 1947”, der Vorläuferorganisation des Verbandes, hatte es geheißen: “Wir wissen, daß Berlin nur der augenblickliche Exponent eines weltweiten politischen Kampfes ist, in dem nicht nur die materielle Existenz sondern alle geistigen und sittlichen Werte der abendländischen Moral auf dem Spiel stehen” (vgl. Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:247). In einer solchen Formulierung sind noch Relikte von Überlegenheitsvorstellungen enthalten, die als abgesprengtes, isoliertes Element der NS-Ideologie im Antikommunismus des Kalten Krieges weiter bestanden und im Rahmen des Westanschlusses auf Europa umorientiert wurden⁶. Deutlicher in dieser Hinsicht wurde Else Ulich-Beil, die Vorsitzende des Staatsbürgerinnen-Verbandes, als sie im Abschlussreferat auf der ersten Tagung für gesamtdeutsche Fragen, subventioniert vom entsprechenden Bundesministerium, über die “Verhältnisse in Berlin und in der Ostzone” Berlin als ein Symbol bezeichnete “für Europa, das nicht als Raumbegriff, sondern als geistiger Begriff der Welt Werte zu vermitteln hat, die wir nicht fahrlässig oder gedankenlos verspielen dürfen” (vgl. Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:249; sowie Stoehr 2000:171). Für die Teilnehmerinnen der Tagung wurde ein gemeinsamer Besuch der Ausstellung “Deutsche Heimat im Osten” organisiert, die zeitgleich am Funkturm eröffnet worden war. 1952 folgte die zweite Konferenz dieser Art, als deren Hauptanliegen die Abwehr der kommunistischen “Infiltration” im Westen bestimmt worden war und mit der aktuell auf die kürzlich veranstalteten Frauenfriedenskonferenzen reagiert wurde.

Auf der internationalen Frauentagung in Bad Reichenhall 1950 hatte Nora Melle, die Vorsitzende des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen im Deutschen Frauenring und eine wesentliche Initiatorin der oben genannten Tagungen, deren Zielsetzung klargestellt als die “wichtigste Aufgabe in der staatsbürgerliche Erziehung der Frau, der Heranbildung zu politischem Denken, Einrichten von Diskussions-Übungskursen, Aufklärung über Demokratie und Diktatur. Wir wollen ja keine Massen-Organisationen, wie sie der Osten uns täglich vordemonstriert”. Mit den Fragen, die den Schluss der Rede bildeten, “Wer wollte nicht den Frieden auf der ganzen Welt? Wer wäre nicht gegen Krieg und Vernichtung? Jeder! Aber Frieden ohne Freiheit kann es nicht geben” (nach Genth 1996:493), bog sie die Kritik an den Geschlechterstereotypen von Frieden und Weiblichkeit um in die Richtung, in der sie die politische Mission der Frauen verstanden und für die sie mobilisieren wollte: “Abseits stehen in erster Linie - und hier mache ich keinen Unterschied zwischen Mann und Frau - diejenigen, die ein einigermaßen geruhames Leben führen. Sie wollen sich nicht außerhalb ihres persönlichen Lebens mit Sorgen und Kämpfen der Politik belasten” (in Genth 1996:492). So gesehen war die Gleichberechtigung eine bestehende Tatsache, was die Rednerin dann auch betonte. Wenn von dieser Seite eventuell einmal die Metapher von der “guten

⁶ In seiner Analyse von “Schuld und Abwehr” (1975) erkennt Adorno darin ein wichtiges Realmoment der

Ehe" für eine Zusammenarbeit in der Friedenspolitik in Anspruch genommen wurde, so bedeutete sie hier nicht mehr als eine Leerformel für politische Argumente (vgl. Stoehr 2000:176), die mit Frauen- oder Geschlechterfragen in keinem Zusammenhang standen. Das Thema war aufgegeben worden und keine Vergangenheit kam störend in den Blick, solange diese von der Kontinuität des "Bollwerks gegen den Osten" aufgesogen wurde.

Was aber eine nicht-kommunistische Friedenspolitik sein könnte, ließ sich immer weniger absehen. Als gemeinsame Plattform frauenpolitischer Friedensorientierung bzw. von der Geschlechterdifferenz im Bezug auf Friedenspolitik blieb die Verletzbarkeit von Frauen und Kindern im Krieg. Die defensive und apolitische Begründung (vgl. Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:246) wurde unterstützt durch einen unpolitischen Kulturbegriff und einer kulturkritischen Grundhaltung, die sich mit Berufung auf die "Verantwortung vor Gott", auf christliche Werte und ein christliches Menschenbild, dem "Untergang des Einzelnen" in der "Vermassung" (auch im Westen) entgegenstellen wollte (Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:252). Die Veranstaltung in der Berliner Staatsoper am 1. September 1949 anlässlich des 10. Jahrestags des Kriegsbeginns, mit dem, wie Agnes von Zahn-Harnack ausführte, "das Ende Deutschlands" sichtbar wurde und auch, "daß es in seinem Falle halb Europa mit hineinreißen würde in einen Abgrund von unermeßbarer Tiefe. Aber neben der Angst stand das böse Gewissen: was hatten wir getan, um den Hereinbruch dieses Unglücks zu verhüten? Unterlassungssünden - eine lange Kette von den 20 Jahren an bis zum heutigen Tage - sie stand in stummer doch beredter Anklage vor unserer Seele. Viele Namen trugen sie: Feigheit und Kurzsichtigkeit, Stumpsinn, Selbstsucht und Leidensscheu - tausend kleine und große Versäumnisse und verpaßter Gelegenheiten. All die Sätze, die etwa begannen: „Gleich 33 hätte man ...“ oder bei der ersten Schädigung der Juden hätte man ...“ oder „Schon als die Schwarze Reichswehr sich bildete, hätte man ...“ Man hatte nicht! Man hatte geschwiegen, die Faust in der Tasche geballt, sich wohl auch mit einem guten Witz auf eine vermeintlich höhere Ebene gerettet - für das alles wurde nun die Rechnung präsentiert" (nach Genth 1996:484). Jedenfalls stellte sie in ihrer Rede klar: "Wir hatten das Abendland verraten". Eingerahmt wurden die Vorträge, neben Zahn-Harnack sprach Else Ulich-Beil, von Rezitationen LeFortscher Texte und von Beethoven-Musik und die gesamte Veranstaltung stand unter der Überschrift "Brich an, Friede der Erde" (vgl. Stoehr/Schmidt-Harzbach 1996:242).

Inszenierungen dieser Art zogen die Polemik einer kommunistischen Frauenzeitschrift auf sich, die sie als Kaffeeklatsch mit Goethe abqualifizierte, auch die Militärbehörde war geneigt, die Frauenaktivitäten als ineffektiv anzusehen (vgl. Stoehr 2000:171). Einflußlosigkeit und Belanglosigkeit verstärkten sich im gleichen Maße, in dem Auseinandersetzungen und heikle Themen vermieden wurden. Im kritischen Umgang mit der eigenen Vergangenheit ging mit dem

Tod von Agnes von Zahn-Harnack im Herbst 1950 eine bedeutende Stimme verloren, andere aus diesem Kreis wurden zunehmend überrollt vom dynamischen Auftreten der "Staatsbürgerinnen", die sich an der neuen Zeit orientierten. Die kritische Reflexion über die eigene Geschichte wurde abgebrochen, bevor sie richtig begonnen hatte. Eine Perspektive, die den weiblichen Standort im Täter-Kollektiv angesprochen hätte, war nicht in Sicht. Das Buch von Marie-Elisabeth Lüders, *Das unbekannte Heer* von 1936, d.h. erschienen im Kontext der Kriegsvorbereitungen des Vierjahresplans, das dem NS-Regime die Frauenarbeit als Kriegsressource empfahl, wurde unter den Tisch gekehrt⁷, die Emigrantinnen aus den eigenen Reihen wurden vergessen oder übergangen (vgl. Gerhard). Als Luise Berthold in ihrem Lebensrückblick "Erlebtes und Er kämpftes" (1969) beschrieb, erwähnte sie quasi nebenbei: "ich bekam eine gleichaltrige Kollegin, ... wir waren nicht nur im Wesen ziemlich verschieden, sondern hatten auch recht verschiedene Lebensläufe hinter uns. Frau Blochmann hatte in Oxford unter Kolleginnen gelebt" (80). Das war alles zu diesem Thema und neben den Schwierigkeiten, von denen Berthold zu berichten hatte, erscheint es, als habe es Blochmann vergleichsweise gut gehabt. Aber sie hatte 1933 ihre Professur an der Pädagogischen Hochschule Halle verloren, war über die Niederlande nach England emigriert und hatte 1952 einen Ruf auf eine Professur für Allgemeine Pädagogik an die Universität Marburg angenommen⁸. Vorbehalte gegenüber den Emigranten waren auch in den Frauenkreisen nicht ungewöhnlich und auf die deutschen Verbrechen im Osten wurde so gut wie gar nicht eingegangen.

Die Texte der friedensbewegten Frauen griffen in diese Gedächtnislücke ein, sie waren gegen das Vergessen gerichtet und verliehen der eigenen Scham über das jüngst Vergangene Ausdruck. Dem Sog des Anti-Kommunismus entzogen sie sich vehement, oft bis zu einer erstaunlichen Naivität, einer reaktiven Kritiklosigkeit (Stoehr 1999:194). Dennoch waren auch in den Beiträgen der Zeitschrift *Frau und Frieden*, wie oben deutlich wurde, zentrale Aspekte der Vergangenheit unbearbeitet geblieben. Sie standen in Verbindung mit der Einkapselung von Trauer und Schuldverdacht zum politischen Vermächtnis der gefallenen Soldatensöhne, als dessen Kennzeichen der unbeirrbar Anti-Militarismus eine Grenze mitten durch das Gelände der Vergangenheit zog und die Schuldigen von den Nicht-Schuldigen trennte, betrafen aber auch die eigene Vergangenheit. Diese beiden Momente gehen ineinander über und stützen sich wechselseitig. Symptomatisch ist in diesem Rahmen die Einschätzung von Papst Pius XII. als einer gewichtigen öffentlichen Figur, auf deren moralische Autorität und Integrität die Frauen glaubten sich verlassen zu können. In dem schon genannten Nachruf "Papst Pius XII. und der Friede" (*Frau und Frieden* 1958, Heft 11, S. 9) würdigte Klara-Marie Faßbinder seine Haltung zum Angriffskrieg des NS-Regimes gegen die Sowjetunion. Denn er habe "vom Beginn seines Pontifikats an gegen den Krieg seine Stimme laut und vernehmbar erhoben. ‚Nichts kann durch den Krieg gewonnen werden, alles kann durch den Frieden gerettet werden‘, sagte er 1939, als sich die Wolken immer

⁷ Eine Interpretation dieses Textes gibt Stoehr (1997)

drohender am Himmel zusammenballten. Als am 22. Juni 1941 der Krieg gegen die Sowjetunion ausbrach u. die deutsche Regierung den Papst bewegen sollte (wollte?, E.S.), ihn zu einem heiligen Krieg zu erklären, da er doch gegen den gottlosen Bolschewismus gerichtet sei, lehnte er rundweg ab, obgleich er doch physisch in der Gewalt Hitlers war". Im Skandal, der ausgelöst wurde als 1963 das dokumentarische Theaterstück "Der Stellvertreter" von Rolf Hochhuth auf die deutsche Bühne kam, wurde der blinde Fleck offenbar: Von der Judenverfolgung und von den Vernichtungslagern hatte der Papst nichts hören wollen und gegen die Deportationen, die sich vor seinen Augen in Rom vollzogen, hatte er keinen Einspruch erhoben. Das Stück Hochhuths brach nicht nur das Vertrauen in die moralische Aufrichtigkeit des Papstes und der Kirche, sondern ließ vor allem das eingeübte Denken über die Vergangenheit nicht mehr gelten.

Indem deutlich wurde, dass die Frage der Schuld nicht nur die Männer, die Soldaten gewesen waren, betraf, stellte sich das Bild des Nationalsozialismus als eine Kombination aus Militarismus und politischer Verfolgung als höchst unzureichend heraus. Eine Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern, wie sie die antimilitaristische Grundeinstellung nahe legte, war hinfällig in Bezug auf einen Herrschaftsapparat, der sich eben nicht auf das Männersystem Militär beschränkte und der in vielfacher Weise und höchst effektiv die Grenzen der Zugehörigkeit zum Täterkollektiv ausweitete, vor allem auch in den zivilen gesellschaftlichen Bereichen und solche, die dem Militär möglicherweise sogar fern standen. Das oben wiedergegebene Geständnis einer Fürsorgerin, die mithilft, einen Abtransport jüdischer Mitbürger vorzubereiten, ist neben der Brechung der Erzählerinnenstimme, (es handelt sich um eine Erzählung in der dritten Person), sofort in der Balance des Leidens aufgefangen worden. Die Undurchsichtigkeit und Komplexität der Verfolgung, die Heterogenität der Machteliten und die innere Widersprüchlichkeit der ideologischen Versatzstücke verhinderten in keiner Weise die Destruktivität der nationalsozialistischen Politik. Sie beförderten im Gegenteil oftmals den Eingriff des Herrschaftsapparats in die Organisation des Alltags; die Ignoranz gegenüber dem Leid, der Abspaltung der Verbrechen in der Wahrnehmung der Beteiligten wurden zu einem Teil weiblicher Überlebensarbeit⁹. Die Politisierung des Geschlechterverhältnisses in der "Weltanschauung" und im Staatsapparat beeinflusste die Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen in der totalitären Gesellschaft nachhaltig und bedingte ihre je spezifischen Handlungsmöglichkeiten. Wo und wie auch immer, ob als "Mütter im Vaterland" (Koonz 1991) oder während des beschleunigten Modernisierungsdrucks der Kriegsjahre auf dem Posten der "Kameradin", in jedem Fall aber hielt sie für beide Seiten die Einbindung in die Politik des Rassismus und Anti-Semitismus bereit¹⁰. Aus keiner dieser Positionen heraus war im Nachhinein eine Unschuld direkt abzuleiten.

⁸ Zu Berthold siehe Oertzen (2002), zu Blochmann siehe Klafki/Müller (1992)

⁹ Eine der besten Darstellungen dieser Verstrickungen ist Christa Wolfs "Kindheitsmuster" (1976).

¹⁰ Inzwischen gibt es eine ausführliche Literatur dazu: Siehe Bock (1986, 1997), Gehmacher (1998), Kuhn (1994, 1995) sowie Koonz (1991). Eine breite Diskussion haben die Sammelbände von Ebbinghaus (1987)

Die Wahrnehmung von Frauen als Täterinnen bzw. dem Täterkollektiv zugehörig blieb bei den Frauen der Friedensbewegung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre im Rahmen einer klaren Unterscheidung von Tätern und Opfern, wie sie durch die anti-militaristische Grundhaltung geboten war. Sie konnte durchaus auf die Frauen selbst angewendet werden, wie im "Heldenlied deutscher Frauen" (Frau und Frieden 1958, Heft 3, S. 6), Erika Blankenburgs Missbilligung einer politischen Werbebroschüre, mit der Mädchen für militärische Hilfsdienste interessiert und, wie sie beanstandete, auf die Seite der Täter gezogen werden sollten. Doch blieb ein solcher Fall nebensächlich und ließ die Verbindungslinie von Macht, Militär, Gewalt, Unmenschlichkeit und Massenmördern intakt, die die Mehrzahl der Frauen aus der Schuld entband. Die Ausnahmen davon erschienen besonders verwerflich, waren aber kein Anlaß zu weiterer Reflexion. Der entrüstete Leserbrief (Frau und Frieden 1958, Heft 8, S. 12) über eine ehemalige Lagerärztin in Ravensbrück, die in der Nachkriegszeit straflos blieb und ohne Hindernisse ihre berufliche Laufbahn fortsetzen konnte, wird im folgenden Heft mit einer Nachricht (Frau und Frieden 1958, Heft 9, S. 4) bestätigt. Die Presseberichterstattung zu einem Prozeß über das KZ Buchenwald und dort besonders über die mitleidigen Worte für die Ehefrau des Angeklagten kommentierte Ingeborg Küster (Frau und Frieden 1958, Heft 9, S. 5) rundheraus als "sentimentales Gewäsch", dem sie einen Auszug aus Günter Weisenborns "Memorial" entgegenhielt.

Der Schutz der betrauten Söhne vor dem Schuldvorwurf, der mit ihrer politischen Hinterlassenschaft einherging, versperrte den Einblick in die über das Geschlechterverhältnis vermittelten spezifisch weiblichen Positionen nationalsozialistischer Herrschaft und Unterdrückung. Die Spur, die von den Söhnen zu den namenlos bleibenden Opfern führen würde, hätte schließlich auch die eigene Verwicklung in das Unrechts- und Vernichtungssystem bloßlegen können. Im Nachruf auf Elisabeth Langgässer (Frau und Frieden 1959, Heft 4, S. 11) fielen die Sätze: "Sie war Halbjüdin, ihr erster Mann war ebenfalls Jude gewesen. Ihr Kind konnte sie über die Grenze nach Schweden retten, wo sie es erst nach dem Krieg wiederfand". Aber so war es nicht gewesen. Am Beispiel von Langgässers Beitrag zu dem Band "Der Ruf der Mütter" von 1949 ist Inge Stephan der Geschichte Langgässers und ihrer Tochter nachgegangen: "Die 1929 unehelich geborene Tochter Cordelia galt nach den Nürnberger Gesetzen als ‚Jüdin‘. Sie mußte den gelben Stern tragen und die katholische Mädchenschule verlassen. Bereits 1942 wurde sie von der Familie getrennt. Zunächst lebte sie bei wechselnden jüdischen Familien, später arbeitete sie als

und Gravenhorst/Tatschmurat (1990) ausgelöst, in dem letzteren Band befindet sich eine Übersicht zum Forschungsstand von Dagmar Reese und Carola Sachse, für eine Fortführung dazu siehe Sachse (1997). Studien zu NS-Täterinnen haben Böltke (1995) und Schwarz (1997) vorgelegt. Zur Frage des Gedächtnisses kamen entscheidende Impulse von Erdle (1995), Grossmann (1997), Weigel (1995) und Zipfel (1999), sowie die umfassenderen Arbeiten von Roberts (1994), de Visser (1997) und der Sammelband von Eschebach/Jacobeit/Lanwerd (1999). Eher unbefriedigend sind die Arbeiten von Gravenhorst (1997) und Waldeck (1992). Zwei ausgezeichnete Beiträge, die die eigene Erinnerung festhalten, stammen von Luce d'Eramo (1984) und Ruth Klüwer (1993).

Hilfsschwester in einem jüdischen Krankenhaus in Berlin-Mitte und schließlich wurde sie über Theresienstadt ins Vernichtungslager Auschwitz verschleppt. Die Mutter durch die Nürnberger Gesetze selbst zur ‚Halbjüdin‘ gestempelt, war durch ihre 1935 geschlossene Ehe mit dem Journalisten und Religionsschriftsteller Wilhelm Hoffmann, also durch eine sogenannte ‚privilegierte Mischehe‘, ebenso wie ihre drei 1938, 1940 und 1942 geborenen Töchter nicht direkt gefährdet, aber sie hatte keine Möglichkeit, die älteste Tochter vor dem Zugriff der Verfolger zu schützen“ (1997:139-140). Im Frühjahr 1946 erfuhr Langgässer, daß die Tochter zu den Überlebenden gehörte und vom dänischen Roten Kreuz nach Schweden gebracht worden war. Erst nach jahrelangen Sanatoriumsaufenthalten hatte sie sich körperlich erholt; nach Deutschland kam sie nur noch für kurze Besuche und wanderte später über Schweden nach Israel aus. In ihrem Schreiben setzte sich die Mutter mit Schuldgefühlen auseinander, wobei in einer engen Verkettung von christlichen und mythischen Elementen die Passion der Mutter ins Zentrum gestellt, während die reale und konkrete Erfahrung der Tochter in Verallgemeinerungen aufgelöst und unkenntlich gemacht wird. Jene Mystifizierungen zu durchbrechen, lag nicht auf der Linie von *Frau und Frieden*.

Die Berührungspunkte, die sich zwischen den Frauen der Friedensbewegung und den Frauenpolitikerinnen im Kontext der Widerstandsbewegung gegen Wiederaufrüstung und atomare Bewaffnung der BRD herstellen ließen, enthielt als Voraussetzung einen Minimalkonsens im Hinblick auf die Vergangenheit. Denn gemeinsam war ihnen die Umgehung der weiblichen Positionen in einem System totalitärer Herrschaft, in dem es kein Refugium für Frauen gegeben hatte. Die Überkreuzung von privat und politisch im Geschlechterverhältnis, die ein Ansatzpunkt der kritischen Reflexion hätte sein können, wurde ignoriert. In der Rubrik “Unsere Meinung” (*Frau und Frieden* 1957, Heft 6, S.4) nahm die Redaktion von *Frau und Frieden* zur Bundestagsdebatte über die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen und die Stationierung von Atomraketen in der BRD durch die Alliierten Stellung. “Mit Freude und Dankbarkeit hören wir, daß es eine Frau war, die anlässlich dieser Debatte die mutigsten und ergreifendsten Worte fand, die Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Lüders. Ihre Worte, die sie in erster Linie an die Frauen richtete, riefen zum Widerstand gegen den ‚gotteslästerlichen Mißbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse‘ auf. Es war gegen 22 Uhr, als sie zum Rednerpult trat und beschwörend sagte, sie stehe auf der Tribüne, ‚um der Kinder und der Enkel und des Menschen schlechthin willen‘ zu bitten, die Erfahrung zweier Kriege und den Verlust von sieben Millionen Toten und Vermißten nicht zu vergessen. ‚Vieles heute ist hier genauso gesagt worden‘, erinnerte Frau Lüders, ‚wie es 1914 gesagt worden ist, und (...) (laute Protestrufe bei den Christlichen Demokraten und der Deutschen Partei) wie es 1933 gesagt wurde. Unserer aller Antwort muß ein scharfes unmißverständliches NEIN sein, zu allem, was geeignet ist, eine solche Situation noch einmal herbeizuführen”.

Mit der Erinnerung an den Verrat an den Kindern und Jugendlichen, die auf die Botschaft “Nie wieder Krieg” abhob, wurde im großen historischen Bogen dem Nachdenken über die eigenen Schuldverstrickungen ausgewichen. Dieser Umgang mit der Vergangenheit, der die Basis des brüchigen Friedenskonsens’ der Frauen bildete, richtete die Bewegungen von Abstraktion und Dezentrierung, die sich im politischen Engagement ereigneten, auf die allgemeine De-Realisierung des Vergangenen in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft aus. Er belastete die Positionierung der Friedensfrauen im Atomdiskurs über die Alternative von Leben und Tod und schuf den Anschluss an die nationalen Gedächtnisbilder, die darin eingetragen waren. Im gleichen Zug machte er den Weg frei für eine Eingliederung ihrer Rhetorik in die Geschlechterstereotype der 1950er Jahre.

Überzeitliche Stimmen zur Atomgefahr

Zu einer prominenten Sprecherin der weiblichen Stimme im Atomdiskurs wurde Gertrud LeFort. Ihr Beitrag zur Textsammlung “Gegen den Tod” ist ein Beispiel für die rigorose Inanspruchnahme eines essentialistischen Geschlechterdualismus: “Der Frau ist der Schutz des Lebens in einem viel tieferen Sinne anvertraut als dem Mann, und heute geht es mit einem nie zuvor gewesenen Ernst um den Schutz des Lebens! Wenn je, so hat die Frau heute das Recht und die Pflicht, ihre Stimme zu erheben. Denn die Atomaufrüstung gefährdet nicht nur im Kriegsfall alles Lebendige – sie zerstört auch, nach der Aussage namhafter Wissenschaftler die menschliche Gesundheit, sie zerstört vor allem die Erbmasse und damit die kommende Generation. Nie aber darf eine Frau schweigen, wenn es die Unversehrtheit der kommenden Generationen gilt” (nach Vesper/Ensslin 1981:115). Hier schieben sich die Bilder des Familialen, Naturhaften, Überhistorischen, das sich in dem einen katastrophischen Augenblick zusammenzieht, mit Wucht in den Vordergrund. Der Friedensauftrag, den sie den Frauen auferlegt, wird getragen von derselben Art von Bildern, die der Freisprechung der Frauen von den Verbrechen des Nationalsozialismus galten. In ihrer Novelle “Das fremde Kind” (1987) arbeitet die Autorin eine solche Nachkriegskonstellation von Geschlecht und Schuld, Sühne und Läuterung aus. Die Vergangenheit wird in ein mystisches Dunkel getaucht, in eine grandiose schicksalhafte Fügung. Diese Konstruktion umfasst auch die Opfer: Die Geschichte handelt von den Gewissenslasten eines Täters, der die Anwesenheit eines Kindes nicht ertragen kann, das ihm als die personifizierte Wiederkehr eines ermordeten jüdischen Mädchens erscheint¹¹. Die Handlung ist zudem in eine oberflächlich de-sexualisierte, aber untergründig

¹¹ Bar-On berichtet von der Beichte eines NS-Täters, der von der Erinnerung an die hilfeschauenden Augen eines ermordeten jüdischen Mädchens im Warschauer Ghetto verfolgt wird. LeForts Novelle erzählt genau eine solche Geschichte. Bar-On interpretiert dieses Festhalten an einem einzelnen Ereignis und dem gleichzeitigen Vergessen und Verschweigen der anderen Verbrechen als ”paradoxe Moral: Ein innerer

inzestuöse Familienkonstellation eingefügt. Am Ende ist es das Einfühlungsvermögen der Frau, die dem Bruder sein moralisches Selbstwertgefühl wiedergibt.

Das historische Geschlechterverhältnis wird ersetzt durch eine universale Geschlechterpolarität und damit wird die dauerhafte Ausschaltung der Vergangenheit im weiblichen Friedenskonsens bewirkt. In seiner Summe realisiert er auf diese Weise die Herstellung von Unschuld, nämlich die Ent-Schuldung der weiblichen Position per se, überall und jederzeit. Zur Zusammenführung von Geschlechterdifferenz, Geschichtsverlust und atomarer Bedrohung noch einmal Le Fort: "Wohl hält man uns entgegen, daß mehrmals in der Geschichte die europäische Kultur in großen Vernichtungsschlachten gerettet wurde. Aber diese Schlachten wurden mit menschlichen Waffen gekämpft, die heutige Waffe ist es nicht mehr ... Die Frau ist aufgerufen von großen überzeitlichen Stimmen ..." (117). Auf diese Weise wurde in der postfaschistischen deutschen Konstellation eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Krieg und erinnernder Trauer fest- und umgeschrieben zu einem in die Zukunft orientierten, übergreifenden weiblichen Friedensauftrag.

Die Überzeitlichkeit der weiblichen Friedensaufgabe war die Anschlussfigur, die in den Schlüsseltexten der friedensbewegten Frauen zur "Kampf dem Atomtod"-Bewegung widerschien. Helene Wessels Rede "Wir sind nicht machtlos" (Frau und Frieden 1958, Heft 6, S. 2) 1958 in Frankfurt, rief die Elemente dieses Diskurses auf: Sie sprach die Frau als Hüterin und Trägerin des Lebens an in einer Krise, in der es um das Sein oder Nichtsein der Menschheit ging, erinnerte an Hiroshima und den letzten Krieg, und setzte dem perversen Herrscherwillen politischer Machthaber die moralische Autorität des Arztes Albert Schweitzer, des Papstes Pius XII und der "Göttinger" Atomwissenschaftler entgegen. Die Löschung der Vergangenheit in der abstrakten Geschlechterpolarität, die den Geschlechterdiskurs der 1950er Jahre dominierte, wird damit auch zu einem Teil der Frauenfriedenspolitik. Denn obwohl im Hintergrund der Elemente, die in Helene Wessels Rede versammelt wurden, noch eine ganze Reihe anderer und gegenläufiger Bedeutungen transportiert wurden, wie die bisherige Analyse ergab, konnten sie die Radikalität dieser Auslöschung kaum wahrnehmen und ihr wenig entgegensetzen. Durch die Positionierung der Friedensfrauen im Atomdiskurs und die Einordnung ihres politischen Auftrags in das komplementäre Muster der Geschlechterdifferenz wurden die Unterschiede zwischen den Frauen zum Verschwinden gebracht und eingeebnet. Damit wurden die Stellungnahmen der Friedensfrauen zur Atomgefahr in den allgemeinen gesellschaftlichen Kontext dieses Diskurses integriert und zu einem Teil des sprechenden Schweigens, den er darstellte. Im Rekurs auf die abstrakte Polarität der Geschlechter angesichts der Atomgefahr konnten Gemeinsamkeiten hergestellt werden, in die sich das Vermächtnis der Söhne einpassen ließ.

Dialog, der den Nazi-Tätern half, sich im Rückblick als menschliche Wesen zu betrachten, wodurch sie mit ihrer Vergangenheit einen ‚lockeren Kontakt‘ unterhielten, während sie neue Beweise dafür ablegten, gemäß den unreinen sozialen Nachkriegsmaßstäben moralische Menschen zu sein" (Bar-On 1999:37).

Aber trotz der Einordnung in den Geschlechterdiskurs, trotz dieser Verhüllung der Rede in die Geschlechterstereotype hörten sie keineswegs auf, von der Vergangenheit zu sprechen. Obwohl entscheidend verkürzt, glitt ihre Rede dennoch nicht über in Mystifikationen. Im Rahmen des Atomdiskurses tauchte daher zwischen ihrer Position und der LeForts eine signifikante Abweichung auf. In Ergänzung zu dem bereits erwähnten Beitrag "Die besondere Friedensaufgabe der Frau im Atomzeitalter" erschien auf derselben Seite ein kleiner Text der Redaktion mit der Überschrift: "Um das große Erbarmen. Aus einem Brief der Gertrud von LeFort" (Frau und Frieden 1959, Heft 2, S. 8). Darin wird erklärt, warum die Abschlussworte von LeForts Rede auf der Münchner Atomkundgebung nicht auf dem Titelblatt erschienen, obwohl sie doch eine große Ähnlichkeit mit dem Wahlspruch der Zeitschrift, "Wir sind die Hüterinnen, Wachen ist unser Auftrag, Unser Amt ist der Friede", aufwiesen. Die Formulierung von LeFort hatte gelautet: "Die Tat ist des Mannes, doch sie wiegt gering gegenüber dem großen Erbarmen!" Dazu bemerkte die Redaktion: "Wir haben sie nach langem Überlegen auf unserer Titelseite weggelassen, weil wir meinen, die Tat, d.h. das Wirken nach außen sei heute nicht mehr allein Sache des Mannes, sondern sei im Zeitalter der Gleichberechtigung auch Sache der Frau geworden, auch wenn es ihr manchmal schwerfallen mag! Aber damit ist ihre ureigenste Aufgabe, das große Erbarmen nicht von ihr genommen". Mit dem letzten Satz wurde die Verbindung zu LeFort wieder hergestellt und übergeleitet zu ihrem Brief, in dem sie geschrieben hatte: "denn es geht doch dabei um die sich ergänzende völlig zeitlose Haltung der Geschlechter. Und ohne den immer zur Tat geneigten Mann weiß man nicht, worauf sich das Wächterinnen- und Hüterinnenamt der Frau bezieht. Ein weit größeres Problem als der Mann, stellt, wie mir scheint, in unserem Fall die Frau dar, ich meine das Faktum, daß sich viele Frauen nicht zu ihrem Hüterinnenamt bekennen".

Als Gemeinsamkeit mit LeFort, die in dieser Passage sichtbar wurde, stellt sich "der Mann" als Problem und als zwar eines, das nicht zu ändern ist, ganz wie es im Zusammenhang mit den Auffassungen Foerstes in einem der folgenden Hefte "theoretisiert" wurde. An dieser Stelle aber durchbrachen die Frauen der Redaktion von *Frau und Frieden* die unförmige Hülle der Geschlechterpolarität, die ansonsten alle Differenzen unter den Frauen verschluckte und nivellierte. Eine erste Erklärung dafür ist zweifellos der leitende Auftrag der Zeitschrift zur Erinnerung und der daraus resultierende Anti-Militarismus, eine Botschaft, die sie politisch längst ausgeweitet hatten und die insgesamt ihr Insistieren auf dem Widerstand gegen Rassismus, Ungerechtigkeit, Hunger, Verfolgung begründete. Damit war es nicht möglich, sich damit zufriedenzugeben, die Gestaltung der Zukunft anderen zu überlassen. Dennoch ist diese Erklärung unbefriedigend, denn die im Auftrag eingekapselte Erinnerung wäre, und war ja auch tatsächlich eine lange Zeit, durchaus ohne weitere Einhüllung in die Geschlechterpolarität als konkrete Mütterlichkeit bewahrt worden und das hatte auch ausgereicht, um mit der eigenen Vergangenheit umzugehen. Der Rekurs auf einen

überzeitlichen Geschlechterdualismus nahm erst im Prozess der Verallgemeinerungen und Distanzierungen überhand, die im Rahmen der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung das friedenspolitische Engagement zu bestimmen begannen.

Die widersprüchliche Dynamik kann mit der doppelten Intention in Zusammenhang gebracht werden, Frauen und Söhne als unbelastete Positionierungen in den Diskurs einzubringen. Die Geschlechterpolarität als rhetorische Hülle für das Selbstverständnis und die Aktivitäten der Frauenfriedensbewegung fing die eigenen Abblendungen der Vergangenheit nach dem Zweiten Weltkrieg, die ausbleibende Auseinandersetzung mit der spezifisch weiblichen Zugehörigkeit zu einem historischen Täterkollektiv, auf und ließ die Einkapselung der ambivalenten Erinnerung an die Soldatensöhne unbeschädigt.

Verhüllte Wut

Die auffällige Vermeidung, die das Thema der Geschlechterbeziehungen in der Vergangenheit nahezu vollständig betraf, betrachte ich jedoch als Anlass zu der These, dass die in eine Geschlechterpolarität gepresste Konstellation von Vergangenheit und Geschlechterverhältnis noch etwas anders verbirgt, wofür sie unabdinglich war. Damit ist noch eine zweite Motivation zur Verhüllung der eigenen Vergangenheit zu bestimmen und zugleich eine andre Quelle zu ermitteln, die das Durchbrechen der Hülle provoziert. "Mütter schützt Eure Söhne" (Frau und Frieden 1959, Heft 7, S. 5) lautete eine Überschrift und aus dem Bericht, der darunter folgt, kann auch gelesen werden, vor wem die Söhne geschützt werden sollen. Als sich während einer Veranstaltung junger Kriegsdienstgegner zum Muttertag am Abend Trauben von Diskutierenden um diese herum auf dem Bremer Bahnhofsvorplatz gebildet hatten, erschienen bald Bundeswehrsoldaten in Zivil, die den jungen Pazifisten Schlagworte über die Notwendigkeit der Bundeswehr und der Atomwaffen entgegenhielten und "Ehem. Nationalsozialisten, die sich als solche zu erkennen gaben (u. nichts dazu gelernt hatten) wollten sie belehren: „Ost und West ist doch alles Quatsch, die Juden sind schuld und müssen vergast werden! Ihr Kriegsdienstverweigerer seid ja keine Arier mehr und habt kein Deutschtum im Leibe!" Der Gegner, der hier benannt wird, ist derselbe wie immer, die Soldaten, ganz besonders die alten Militaristen und Nationalsozialisten. Soweit ist nichts neues zu erfahren. Direkt anschließend heißt es: "Da es aber gerade die Sorge um ihr Vaterland und um den Menschen ist, die die jungen Leute bewegt, konnten solche Auswüchse sie nur noch in ihrer Entscheidung bestärken, nämlich, zu einem Umdenken zu kommen, das herkömmliche Freund-Feind-Denken abzutun und Verständigung mit allen Gruppen zu suchen". Ohne einen Moment des Innehaltens ist der Text in der Gleichsetzung von Militarismus und rassistischer Vernichtungspolitik auf das Ziel einer allgemeinen Verständnisbereitschaft hin gegliedert. Auf der

Grundlage des unzutreffenden Vergleichs stellt sich eine unangemessene Reaktion auf den Massenmord ein; was fehlt, ist das Gefühl des Zorns, das sich hier eigentlich einstellen müsste und den alles umfassenden Pazifismus etwas anstrengender werden ließe.

Der Text ist symptomatisch für die Verleugnung aggressiver, negativer oder feindseliger Gefühle auf der Seite der Frauen, die ebenso vollständig wie das Geschlechterverhältnis ausgeblendet werden. Die Abwehr von Aggression zieht sich durch alle Texte der Zeitschrift. Erst wenn man dieses Moment mit einbezieht, lässt sich ein einigermaßen vollständiges und kohärentes Muster der Erinnerung, der Argumentation und der Rhetorik rekonstruieren. Die Abspaltung eigener Aggressivität angesichts der extremen Enttäuschungen und der schweren Konflikte, die zur Kriegs- und Nachkriegserlebnissen dieser Frauen zählten, verhindern einen bewussten Zugriff auf die Geschlechterbeziehungen in der Vergangenheit. Die bittere Erfahrung des Verlassenseins, wie sie die Geschichte von Antonie noch 1956 erzählte, und die Wut, die die Erinnerung daran immer noch hervorrufen könnte, blieben überwältigend. Sie stellen eben jenes unaussprechliche Problem mit den Männern dar, mit denen das Erbarmen jeglichen persönlichen Charakter eingebüßt hat und als "ureigenste" Frauenaufgabe reichlich aufgesetzt bleibt.

Dieser rein negative Aspekt der Texte bewirkt die Abwesenheit eines gesamten Themenkomplexes und sondert alles aus, was die historischen und sozialen Verhältnisse zwischen den Geschlechtern betrifft. Obwohl latent, ist er dennoch außerordentlich maßgebend. Sehr sorgfältig verborgen, kaum die Oberfläche durchdringend, steuert er die Struktur der Rede und ihrer Inhalte. Wenn überhaupt, dann wird die abgespaltene Aggression nur in Splittern sichtbar und erscheint, außer in wenigen Ausnahmen, in denen die Kontrolle entgleitet, kaschiert in einem lapidaren Ton oder in einem nebensächlichen Zusammenhang. So fällt der Abdruck von Irmgard Keuns "Dienen lerne beizeiten das Weib" (Frau und Frieden 1957, Heft 3, S. 10) allein deshalb auf, weil der in den sonstigen Geschichten fehlende Mann und Familienvater hier überhaupt eine Rolle in den alltäglichen Geschlechterkonflikten spielt, die mit überlegener Ironie vorgetragen werden. Offen angesprochen werden Gewalt und Aggression lediglich als kulturkritisches Randthema, etwa bei der sorgenvollen Betrachtung der Wirkung von Gangster- und Gruselfilmen auf die Jugend (Frau und Frieden 1956, Heft 1, S. 4 und 1959, Heft 8, S. 7), im Unverständnis gegenüber deren Begeisterung für Rock'n Roll (Frau und Frieden 1957, Heft 6, S. 5), oder wenn auf die Schädlichkeit von zuviel Fernsehen in einem Reisebericht aus Kanada (Frau und Frieden 1958, Heft 10, S. 8) hingewiesen wird, mit der Schlussfolgerung: gehen Sie mit ihren Kindern in gute Filme oder lieber wandern.

Ein schon wesentlich gravierenderes Beispiel, an dem sich ein kurzfristiges Auftauchen unterschwelliger Aggression bemerkbar machte, war Klara-Marie Faßbinders Kommentar zur Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn unter dem Titel: "Aber die Mütter weinen" (Frau und

Frieden 1956, Heft 12, S. 4). Den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in Budapest interpretierte sie als Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts zwischen den Machtblöcken während der Suez-Krise und beschloss ihre Analyse mit der Anklage, Imre Nagy habe dies außer Acht gelassen und die Gewalt auf Seiten der Aufständischen nicht verhindert, daher habe er selbst "blutbefleckte Hände"¹². Auf der gleichen Linie bewertete sie später (Frau und Frieden 1958, Heft 7, S. 8) die Todesurteile in Ungarn als ein Ereignis, dessen Kritik einen Eingriff in die Rechte eines souveränen Staats darstelle, die dieser für Landesverrat verhängen könne - ihre vorsichtig umständlichen Formulierungen verraten dann, dass sie mit der generellen Ablehnung der Todesstrafe in Widerspruch geraten war. Aber Gewalt als politisches Mittel durfte nicht gedacht werden.

An einer Stelle stand das heikle Thema einer gewaltsamen Durchsetzung politischer Ziele im Zusammenhang mit einer Frau und hier kam es zu einer unverkennbaren Entgleisung der aggressionskontrollierten Rhetorik. Im redaktionellen Vorspann zum Abdruck eines Briefes von "Rosa Luxemburg" (Frau und Frieden 1959, Heft 5, S. 11), den diese aus dem Gefängnis an Sonja Liebkecht geschrieben hatte, hieß es: "Sie kam aus Polen, war jüdischer Abstammung (geb. 1870 in Zamosc), stand mit Karl Liebkecht dem äußersten Flügel der Kommunisten nahe, dem Spartacusbund, der in harten Kämpfen ein Schreckensbild für die bürgerliche Welt war. So erfuhr man im turbulenten Frühjahr 1919 ihren Tod durch Lynchjustiz ... mit Bestürzung, aber doch irgendwie mit dem Gefühl, daß ein solcher Tod gewissermaßen zu solchem Leben paßte. Wie Rainer Maria Rilke einmal sagte: „O Herr, gib jedem seinen eigenen Tod ...“. Ihre Hauptwerke seien unverständlich für den Laienverstand, aber "nie hätte man ihr solche Briefe zugetraut", an denen erstaunt bewundert wird: "das wache Anteilnehmen, an allem, was um sie herum und in der Ferne im Krieg, in der bedrückten Heimat geschieht. – Und dabei die innere Ruhe, Gelassenheit, ja Freude, die aus unsichtbaren Quellen erblühen". Auch Rosa Luxemburg war also in Wirklichkeit eine richtige Frau gewesen. Der Politikerin des revolutionären Massenaufstands aber wird ohne Gnade eine verdiente Strafe quittiert.

Das Muster der dualen Geschlechterdifferenz tritt frappant hervor in der Gegenüberstellung zu einem anderen Text. "Schreiben Sie etwas über Erich Mühsam" (Frau und Frieden 1959, Heft 8, S. 8) – dieser Aufforderung war Ingeborg Küster zu dessen 25. Todestag gefolgt. Sie charakterisierte ihn folgendermaßen: "Erich Mühsam, in rebellischer Opposition seit seiner Schülerzeit. Es ist allerlei zu sagen über seine Bücher, seine Schriften, seine politische Rolle. Diffamiert, verfolgt, nie bereit, sich zu fügen. Ein Kämpfer sein Leben lang, aber für andere. Um sein eigenes Leben zu kämpfen, blieb ihm zum Schluß keine Kraft. Das wissen wir". Sie erinnerte sich an die letzte Begegnung im KZ Oranienburg, wo er Mithäftling ihres Ehemanns war: "Ich war auf eindringliche

¹² Heinrich Grüber wies außerdem in "Niemals wieder!" (Frau und Frieden 1957, Heft 7, S. 9) auf anti-

Weise durch den schwermütigen Ausdruck seiner Augen berührt: Hoffnungslosigkeit, schmerzliche Resignation, Kummer ohne Grenzen. Diesen Ausdruck habe ich nie vergessen". Im Unterschied zum Luxemburg-Portrait fällt wurde dem Mann das Rebellische als Charakterzug zugestanden und positiv beurteilt¹³, das war bei einer Frau, die politische Macht wollte und zudem auch eine Intellektuelle war, nicht möglich.

Das Geschlecht als soziale Kategorie und ihr Zusammenhang mit politischer Herrschaft blieb Tabu. Das Nachdenken darüber fiel in den Bereich der Abwehr, die einer Enthüllung der weiblichen Verwicklung in das Unrechtssystem der jüngsten Vergangenheit sowie der Aggressionen, die mit den Geschlechterbeziehungen in der Vergangenheit einhergingen, entgegenstand. In der Rhetorik der Geschlechterpolarität war zwar die Tat des Widerstands, das unbeirrbar "Nein" zum politischen Unrecht denkbar, nicht aber der Schritt zur Umgestaltung der Verhältnisse und in die gesellschaftlichen Machtpositionen. Das eigene Prinzip des Weiblichen legte einen unabhängigen Entwurf weiblicher Macht und Intellektualität lahm.

Die Bewegungsrichtung, die sich auf dieser Grundlage durchsetzte, war stattdessen eine Art "Auf und davon mit der Jugend". Eine Leserbriefschreiberin im September 1959 schilderte ausführlich ihre persönlichen Erfahrungen mit jungen Leuten, die alle ausnehmend positiv ausgefallen waren (Frau und Frieden 1959, Heft 9, S.12). Wie viele war sie in der Nachkriegszeit aus finanziellen Gründen gezwungen, Zimmer zu vermieten. Ihr erster Untermieter war "ein junger Mann aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft"; froh über das Ende des Krieges schlossen sie sich zu gemeinsamen Aktivitäten für den Unterhalt zusammen und: "Heute noch schickt er mir seine Freunde". Der nächste war ein Türke, der kam, um einen Studienabschluss in Deutschland abzulegen, aber vom Heimweh geplagt wurde. "Als er seine Koffer zur Abreise packen wollte, fragte ich ihn, was das Nationalgericht in der Türkei sei. ‚Pilaw‘, strahlte er. Von da an bruzzelte er in meiner Küche Pilaw oder türkischen Mocca oder was er sonst noch wollte - und blieb!" Sie nahm sogar an einer Solidaritätsaktion für einen jungen Mann vor Gericht teil. "Einer seiner Freunde kam nachmittags zu mir und erzählte, daß er sich mit seiner Mutter gar nicht verstehe und daß er ihr nichts recht machen könne. Er besprach mit mir das Ziel, das er erreichen möchte und ich sagte aus ehrlichem Herzen: ‚Sie holen ziemlich viel aus ihrer Zeit heraus!‘ Er strahlte mich an: ‚Ist das wirklich Ihre Meinung?‘ Ich hatte also den Schlüssel zu seinem Inneren gefunden (...). Es gäbe kein Halbstarkeproblem, wenn die Jugend genügend, allerdings nicht aufdringliche, Nestwärme hätte".

semitische Ausschreitungen während der Unruhen in Ungarn hin.

¹³ Es muß aber auch bemerkt werden, daß dieser Beitrag von Ingeborg Küster stammte, deren Haltung insgesamt gegenüber einer deutschen linken Vergangenheit offener war als die anderer regelmäßiger Autorinnen der Zeitschrift.

Im Einklang mit dieser Schlußfolgerung hatte die Redaktion auf der gleichen Seite den Brief “(g)eschrieben von einem 13 ½jährigen Teenager aus Nürnberg”, platziert, der bereits oben schon einmal kurz erwähnt wurde: “Wir sind Halbstarke. Ihr aber seid geniale Erfinder. Ihr erfindet die Atombombe. Aber ist das noch geniale Erfindung? Ist das nicht vielmehr die Vernichtung der Erde, unserer Erde? Wäre es nicht besser, Ihr erfindet neue Heilmittel? Wie viele Krankheiten können heute, trotz aller Fortschritte, noch nicht bekämpft werden? Wäre es nicht besser, all das Geld, das für Atombomben ausgegeben wird, für einen anderen, besseren Zweck auszugeben? Wie viele hilfsbedürftige Menschen gibt es auf der Welt, die Hilfe nötig haben? Ist Euch die Atombombe vielleicht wichtiger als das Wohl Eurer Mitmenschen? Ihr erzählt uns immer wie schrecklich der Krieg war, warum wollt Ihr dann aber einen neuen? Oder verdrehen Euch Eure genialen Einfälle vielleicht so den Kopf, daß Ihr gar nichts merkt? Liebt Ihr die Welt so wenig, daß Ihr sie vernichten wollt? Was habt Ihr davon, daß heute noch Menschen unter den Folgen der Atombombe leiden? Wir glauben nicht, daß es schlimm ist, in ‚Blue Jeans‘ herum zu laufen und für Elvis Presley zu schwärmen, wir wissen aber, daß es eine Sünde ist, die Atombombe zu dulden. Wir lieben unser Vaterland, wir sind jung und wollen nicht sterben in einem furchtbaren Krieg, darum versprechen wir Euch eines: Wir wollen gegen die Atombombe kämpfen, bis es sie nicht mehr gibt. Das geloben wir, wir die ja nur *Halbstarke* sind”. Trotz der wilden, ungezügelten Musik des Rock’n Roll mit ihren exotischen Helden, der saloppen Unisex-Kleidung und den hitzigen, ungestümen Diskussionen standen die Jugendlichen als Kriegsdienstverweigerer und Atombombengegner, auf der richtigen Seite und erschienen hier allemal vertrauenswürdiger als ihre Väter; der Rest der Irritation wurde abgefedert im Kulturbegriff¹⁴.

Von einem Streit zwischen den Generationen, d.h. über eine Auseinandersetzung zwischen Mutter und Sohn wurde nur ein einziges Male berichtet. Die “Letzte Beschwörung” (Frau und Frieden 1959, Heft 6, S. 5) von Maria Schenk ist eine Geschichte im konkretistischen Stil der früheren Jahrgänge. Der Sohn, wie betont wird, “übrigens ein wertvoller Junge, wie alle Kinder dieser Frau”, war in seiner Ablehnung der Atomwaffen unsicher geworden. Seine Mutter beendete die Kontroverse mit dem Satz: “Wenn Du die Atombombe wirfst, hänge ich mich auf”, und fand damit die Zustimmung der Autorin. Um den Zusammenschluss mit dem guten Sohn zu retten, war diese Form der Aggression als letztes Mittel erlaubt. Die Selbstmorddrohung, die gegen eine mögliche Aufkündigung des politischen Bündnisses mit der Jugend, eingesetzt wird, ist ein Zeichen für die Überschreitung der Generationengrenze als Folge des Traumas, der Schuld und des verhüllten Bruchs zwischen den Geschlechtern. In der Verschränkung der verschiedenen Anteile führt die Trauer um die eigenen verlorenen Soldatensöhne zur *téléscopage* mit den noch lebenden Kindern¹⁵. Die Ausflucht aus dem Geschlechterkonflikt, die das Ausmaß weder privater noch politischer

¹⁴ Nicht nur der Anti-Militarismus auch der Anti-Rassismus war eine Einstellung, die die Friedensfrauen mit der Jugendkultur teilten, vgl. Maase (1996).

¹⁵ Siehe dazu insbesondere Faimberg (1987) und Eckstaedt (1989).

Desillusionierungen in der Vergangenheit nicht wahrhaben will, setzt auch hier eine Entwirklichung in Gang, die das Trauern um anderes und andere einschränkt. Diese Unfähigkeit erzeugt die Starre des moralischen Urteils.

Zweierlei Gewissenskonflikte

Zusammenfassend ist hier festzuhalten, daß es unter der Hülle abstrakter Geschlechterpolarität zu Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Elementen kam; eigene Schuldgefühle, abgespaltene Aggression und eingekapselte Trauer waren manchmal nicht mehr auseinanderzuhalten. Im Septemberheft 1959 von *Frau und Frieden* kommen sie in verschiedenen Kombinationen vor: Die weibliche Intervention in die Politik im "Genfer Bilderbogen", dazu die Theorie der komplementären Geschlechtscharaktere von Foerster, die Aufforderung an die Mütter "Schützt Eure Söhne" vor den Nazis und schließlich die Begeisterung für die Jugend in den Leserbriefen.

Für die eigene Ent-Schuldung scheint der Begründungsbedarf bei den Frauen der Friedensbewegung am wenigsten dringend gewesen zu sein. Sie ergab sich letztlich mit der Löschung der Vergangenheit in der überzeitlichen Geschlechterdifferenz, die im weiteren Kontext des westdeutschen Gedächtnisses stattfand und die im Diskurs über die "Atomgefahr" aktiviert wurde. Sehr deutlich ließ sich dagegen erkennen, dass die abstrakte Polarität der Geschlechter den mütterlichen Auftrag der Erinnerung zu transportieren vermochte und zwar so, dass an der Oberfläche dieser rhetorischen Einhüllung die Ambivalenz von Trauer und Schuldverdacht, die die Söhne als Täter betraf, nicht kenntlich wurde. Das "Problem" mit den Männern addierte sich hinzu, wobei die Einpassung des politischen Vermächtnisses der Söhne in den Geschlechterdiskurs, in dem eine Ersetzung der Geschlechterbeziehungen durch die Geschlechterdualität vorgenommen wurde, zugleich jene Aggression verborgen hält, die im Verhältnis der Frauen zu den Männern entstanden waren.

Dennoch störte die Dynamik unter der Hülle eine reibungslose Eingliederung in das allgemeine Schweigen über die jüngste Vergangenheit. Einerseits bewirkte die Trauer um die Söhne eine konstante Renitenz gegen den verbreiteten Hang, die Erinnerung an das nationalsozialistische Unrecht einfach fallen zu lassen. Andererseits fiel für die Männer recht wenig vom "großen Erbarmen" ab und sie werden am liebsten gar nicht erst erwähnt. Die Mahnung, den "kleinen grauen Soldaten" nicht so schnell zu vergessen, wurde nicht von einer der Frauen, die in der Zeitschrift schrieben, ausgesprochen; deren Aufmerksamkeit war eher mit der Erfassung einer sicheren Grenze zwischen Opfer- und Tätergruppen beschäftigt, wie in Maria Häffners Brief an

Hochkommissar McCloy. Entscheidend ist, dass die Absperrung negativer Gefühle im Selbstbild der Frauen weitere Auseinandersetzungen blockiert und den blinden Fleck im anti-militaristischen Erinnerungsauftrag der Mütter erhält, nämlich die Abwesenheit der jüdischen Namen.

Die Elemente jener Konstellation wurden auf dem "Frauentag gegen die Atomgefahr in der Paulskirche zu Frankfurt" (Frau und Frieden 1957, Heft 8, S. 4-7) beispielhaft in Szene gesetzt und auch die Folgen ihrer Wechselwirkungen zeichneten sich dort bereits ab. Dem ausführlichen Bericht Klara-Marie Faßbinders waren an prominenter Stelle die "Grußworte zum Paulskirchentag" angefügt worden; in der Mehrzahl zitieren sie die Geschlechterdifferenz und tragen die weibliche Friedensaufgabe darin ein. Luise Rinser hatte geschrieben: "Selbstverständlich bin ich auf der Seite jener, die das Leben, die Kultur und den Frieden wollen, und selbstverständlich bin ich gegen die Atomwaffen-Anwendung ... Ich begrüße auch den Plan eines internationalen Frauenkongresses". Gertrud von LeFort hatte sich zustimmend geäußert und auf ihr Buch "Am Tor des Himmels" hingewiesen. Von Ina Seidel war zu lesen: "Daß die Frauen der ganzen Welt entsprechend ihrer natürlichen Aufgabe und als die berufenen Hüterinnen des Lebens sich solidarisch gegenüber der teuflischen Versuchung zum Mißbrauch der Atomkraft zu Kriegs- und Vernichtungszwecken fühlen müssen, ist so selbstverständlich, daß es gar nicht in Frage gestellt werden kann"; sie schickte ein Gedicht mit. Im Kontrast zu den Grußworten wurde in den Entschließungen des Kongresses die Geschlechterrhetorik kaum in Anspruch genommen, die geschlechterstereotypen Zuordnungen erwiesen sich als unbrauchbar, wenn es um die Sache selbst ging.

Außer den Frauenstimmen aus der Literatur und der Friedensbewegung erschienen Stellungnahmen von Physikern, darunter drei Physikerinnen, nämlich Kathleen Lonsdale, Lise Meitner und Gertrud Woker. Alle drei thematisieren Verantwortung geschlechtsneutral. Dem Ton der Resolutionen ähnlich, kamen sie in ihrem freundlichen Einverständnis ohne geschichtsumspannende Geschlechterdifferenz aus. Lonsdale war verhindert und konnte nicht kommen "obgleich ich das Unternehmen, das sie vorhaben, schätze"; Woker betonte die Notwendigkeit der "Volksaufklärung" und versicherte: "Ich finde den Plan eines Internationalen Frauenkongresses einfach glänzend. - Wenn ich Ihnen mit meinem bißchen Wissen irgendwo nützlich sein kann, wird es mir eine Freude sein (...)". Meitner hatte geschrieben: "Ich brauche wohl nicht zu betonen, wie wichtig und für jeden verantwortungsvollen Menschen verpflichtend mir alle Bestrebungen erscheinen, den Frieden auf der ganzen Welt zu ermöglichen. (...) Es drängt sich mir sehr oft die Frage auf, ob es nicht aussichtsreicher und konsequenter wäre, seine Kraft gegen jede Art von Krieg als Entscheidungsmittel zwischen Völkern, statt gegen bestimmte Waffen, einzusetzen". An der Art, wie Meitner den Leserinnen der Zeitschrift vorgestellt wird, macht sich die Lücke in der Erinnerung, die die friedensbewegten Frauen mit der Mehrheit der deutschen Nachkriegsgesellschaft teilten, bemerkbar. Im Text wird sie bezeichnet als Physikerin "mit

Weltruf, die mit Otto Hahn die Spaltbarkeit des Urans entdeckte und dadurch den Weg zu der weiteren Entwicklung freilegte". Das wesentlich auffälligere Zitat aus ihrem Brief war überschrieben mit "Prof. Dr. Lise Meitner, Stockholm, engste Mitarbeiterin von Otto Hahn". Abgesehen von dem unklaren Ausdruck der Kooperation zwischen Hahn und Meitner, legt die Formulierung nahe, dass sie noch immer bestünde. Mit dem Zeitsprung zurück von Stockholm nach Berlin, wird der Bruch in Meitners Biographie und das Ende der Zusammenarbeit mit Hahn übergangen. Ihre Emigration und Vertreibung als Jüdin hätte jedenfalls störend auf ein Bild von Wissenschaft gewirkt, in dem dieser uneingeschränkte moralische Autorität eingeräumt wurde.

Es hätte schließlich auch kein gutes Licht auf das Bündnis mit den Wissenschaftlern geworfen, von denen die friedensbewegten Frauen annahmen, dass sie sich an ihre Seite stellen würden und in dessen Antizipation die Geschlechtermetaphorik keine geringe Rolle spielte. Sichtlich erfreut waren die Organisatorinnen des Frauentages in der Paulskirche über die Antwort Carl Friedrich von Weizsäckers und die Zeitschrift *Frau und Frieden* platzierte ihn in der Reihe der Grußworte an erster Stelle: "Ich habe das Gefühl, daß in der jetzigen Weltlage sehr viele Unglücksfälle nur daher rühren, daß ein einseitiges männliches Denken am Werk ist, und ich wäre sehr glücklich, wenn die Stimme der Frauen demgegenüber gehört werden könnte. Zwar glaube ich auch nicht, daß etwa Frauen allein die Dinge in der Welt in Ordnung bringen könnten, aber mir scheint, daß das Gleichgewicht zu sehr in der Richtung gestört ist, daß Männer mit ihren nun eigentümlichen Voreingenommenheiten die Dinge alleine machen. Deshalb begrüße ich das, was Sie vorhaben, ganz entschieden". Deutlicher als jede der zu Wort kommenden Frauen, und im Gegensatz zu seinen Fachkolleginnen, bemühte von Weizsäcker die Rhetorik der Geschlechterpolarität. Ganz im Sinne der Foersterschen Auffassung von der besonderen Kulturaufgabe der Frau und ihrem überzeitlichen Wesen, das sich in der Korrektur männlicher Einseitigkeit erfülle, wandte er sie auf die aktuelle Situation an. Die Nachkriegszeit mit ihren Problemen und die Bedrohung durch atomare Waffen im Kalten Krieg erscheinen in der Geschlechtermetaphorik als eine Phase, in der die Welt Dinge aus ihrem ewigen Gleichgewicht geraten sind. Diese Darstellung zieht sich mit der Schaffung nebulöser Universalisierungen politisch aus der Affäre, verpflichtet zu nichts und präsentiert eine "Geschichte, die die Spur ihrer Vermittlungen immer dann verliert, wenn jemand für etwas verantwortlich gemacht werden könnte (Haraway 1996:223).

Die Einpassung in diese Rhetorik wird emphatisch an die Frauen herangetragen, sie beinhaltet die Umwidmung des politischen Engagements zu einem Angebot nach dem Muster "vom großen Paar" (Prokop 1991). Beim Frankfurter Auftritt von Bodo Manstein, dem Arzt und Begründer des "Kampfbundes gegen Atomschäden", wußte Klara-Marie Faßbinder mit "Gewißheit hier einem Menschen gegenüber zu stehen, der sich in unserem zwar nach dem Grundgesetz freien Land wirklich die Freiheit der Entscheidung nach seinem Gewissen bewahrt. - Damit steht er ja in der

Reihe der 18 ‚Göttinger‘, die ja grade um des Gewissens willen ihren Appell an die deutsche Öffentlichkeit und die Bundesregierung gerichtet haben, wie mir die Professoren Walcher, Heisenberg und Weizsäcker, jeder unabhängig vom anderen versichert haben“. Mit der Ausdehnung des Einverständnisses in der Aufzählung hatte sie den Antrag angenommen.

In vergleichsweise unscheinbaren Worten hatte sich Max von Laue geäußert: „Mit großer Freude begrüße ich die Einberufung eines Frauentages, der sich mit der ‚Atomgefahr‘ beschäftigen soll und hoffe, daß die Teilnehmer sich zwar energisch gegen die Atombomben aller Art aussprechen, nicht aber gegen den Bau von Kernreaktoren zu friedlichen Zwecken“. Indem er auf diese Alternative verwies, behielt er die Interessen der Physiker im Auge. Aber die Entscheidung der Physiker, ob sie sich ihnen nun als „Gewissensfrage“ darstellte oder nicht, hatte sehr wenig zu tun mit der Gewissensfrage der Friedensfrauen, denen es in erster Linie um das Recht auf das „Nein“ zum Krieg ging und um die Freiheit, es zum Ausdruck zu bringen. Diese Frage wurde grundsätzlich und ausführlich behandelt; „Gewissen ist nicht eine Sache des Glaubens oder eines bestimmten Bekenntnisses. Es gehört zum Wesen des Menschen überhaupt“, schrieb Klara-Marie Faßbinder zum „Artikel 4, (3)“ (Frau und Frieden 1956, Heft 2, S. 4-5) des Grundgesetzes. Die in Artikel 4 niedergelegte Glaubens- und Gewissensfreiheit war das spezielle Anliegen einer Autorin, die sich nicht gescheut hatte, mit ihrem prononcierten Eintreten für eine überparteiliche Friedenspolitik in weiten Kreisen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft unbeliebt zu machen und sogar als Referentin auf der Paulskirchenkonferenz als zu „östlich orientiert“ und „nicht tragbar“ abgelehnt worden war.

Der Begriff des Gewissens war tragend in der grundsätzlich anti-militaristischen Einstellung und gewann von daher eine spezielle Bedeutung. Daraus lässt sich erklären, warum die Zeitschrift *Frau und Frieden* eher zurückhaltend damit war, wie üblich die Atomenergie in eine Opposition von Fluch und Segen, Leben und Tod zu stellen. Nur einmal in den Jahren 1956 bis 1959 in ihrem Leitartikel „Nicht die Atomenergie ist das Problem ...“ (Frau und Frieden 1957, Heft 12, S. 2) sprach Klara-Marie Faßbinder explizit vom Entweder-Oder der Atomenergie als Katastrophe oder „Wunderkräfte“, auch hier begleitet von den gängigen Bildern der Sintflut, von Monsun und Weltuntergang. Mit ihren Schlusssätzen: „Dann hört die Atomenergie auf, ein furchterregendes Problem zu sein. Dann wird sie Gabe und Gnade. Denn ‚nicht die Atomenergie ist das Problem, das Problem ist das Herz des Menschen‘“, in dem sie das Zitat von Einstein aus der Überschrift wiederholt, richtet sie eine Art Weihnachtsbotschaft an die Forscher und die Mächtigen, an die „Seelenkräfte“, die sie in allen Völker und jedem Einzelnen wachrufen wollen. Bemerkenswert daran ist, daß sie damit die Atomfrage aber nicht zu einem moralischen Dilemma sondern zu einem politisch-moralischen Auftrag transformiert. Wie die Entscheidung auszusehen hatte, stand schon fest. Die moralische Autorität der Wissenschaft, die dabei in Anspruch genommen wurde, ließ

wenig Raum für die Gewissensnöte der Faust-Forscher selbst. Nur scheinbar liefen deswegen in der Rede vom "Gewissen" die Intentionen der Friedensfrauen mit denen der Wissenschaftler zusammen. Die Hoffnung der Frauen auf die moralisch-politische Unterstützung von dieser Seite unterlag von Anfang an einer Täuschung.

Der Anti-Militarismus hatte absolute Priorität im Denken der friedensbewegten Frauen. Dass das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung ausführlich besprochen und immer wieder zur Forderung erhoben wurde, ist ein Zeichen dafür. Eine entsprechende Diskussion zum Grundgesetz der Gleichberechtigung und einem Familienrecht, daß ihm zuwiderlief, fiel dem politisch und moralischen verstandenen Geschlechterdualismus zum Opfer. Im Sinne des weiblichen Gewissensauftrags hatte Klara-Marie Faßbinder bereits zum "Frauentag gegen die Atomgefahr in der Paulskirche zu Frankfurt" (Frau und Frieden 1957, Heft 8, S.4-7) Anna Lipphardt, eine Mutter von acht Kindern zitiert: "Nicht die Atomgefahr allein bedroht uns, das mangelnde Mitgefühl vieler Frauen, die Gleichgültigkeit gegenüber der Not des Nächsten". Je weiter im Laufe der Kampagne "Kampf dem Atomtod" die Verwandlung der Geschlechterdifferenz in eine überzeitliche Geschlechterpolarität voranschritt und die damit verbundenen Ablendungen zur Wirkung kamen, desto weniger war die Gewissensfrage noch eine Sache von Entscheidung. Im Resultat stehen die Friedensfrauen damit zwar auf der moralisch "richtigen Seite" aber sie können nichts bewirken.

Machtlose Kritik

In meiner Analyse habe ich die Geschlechterpolarität als Distanzierungsphänomen interpretiert, wofür zunächst deren spätes (Wieder-)Auftauchen im Begründungszusammenhang des politischen Auftrags der Mütter Anlass gab. Indem die Unmittelbarkeit der Trauer allmählich verblasst war, war auch die ursprüngliche Motivation zur friedenspolitischen Aktivität der Frauen längst abstrakt geworden. Die Ablösung von der konkreten, persönlichen Erinnerung und die Abstraktion der politischen Inhalte resultierten in einer Transformation des Selbstverständnisses, die sich wesentlich im Rahmen des Atomdiskurses und des Widerstands gegen Atomwaffen vollzog und in der sich das Selbstbewußtsein einer demokratischen Opposition und einer internationalen Bewegung artikulierte. Der durchgängige Rekurs der Frauen auf ihre Rolle als "Mütter für den Frieden" legt eine Kontinuität des Geschlechterdiskurses nahe, die aber diesen entscheidenden Schritt verwischt und die problematische Überzeitlichkeit in jenen historischen Abschnitt wieder hineinliest - wenn auch in der Variante einer sich gleichbleibenden Ideologie. Vor allem macht es diese Sichtweise unmöglich, die Komplexität der Wechselwirkungen näher zu betrachten, die sich unter der rhetorischen Hülle der Geschlechterdifferenz abspielen und die jene eigenartig

widersprüchliche Mischung von Nachdenklichkeit und Einsicht zugleich mit der Umgehung und Stabilisierung der grundlegenden Leerstelle im deutschen Nachkriegsgedächtnis erzeugten.

Entlang der Lektüre von *Frau und Frieden* habe ich versucht herauszuarbeiten, dass die Abspaltung der Aggression und die Einkapselung der Trauer, an deren Ursprung Konflikte und Brüche zwischen den Generationen und den Geschlechtern in der Folge des Krieges standen, eine untergründige Dynamik in Gang setzten. Dafür bot die Überstülpung der abstrakten Geschlechterdifferenz wenn auch keine Lösung, so doch wenigstens eine Form. Das bedenklich zweischneidige Resultat dieser Einhüllung wird, von heute aus betrachtet, als das doppelte Problem der Macht und der Kritik erkennbar, das damit stillschweigend einer Lösung (oder Lösungsversuchen) entzogen wurde. Denn entgegen der Behauptung Helene Wessels "Wir sind nicht machtlos" (Frau und Frieden 1958, Heft 6, S. 2) stellte sich Machtlosigkeit als Preis weiblicher Schuldlosigkeit ein. Bezeichnend war der Brief Margarethe Rodes an den Bundestagspräsidenten, in dem sie ihn, eigens ihren Optimismus erwähnend, von Mensch zu Mensch angesprochen hatte, ausdrücklich nicht als Politiker und nicht als Träger seines Amtes, da sie damit die Erwartung verband, er würde das Schreiben gar nicht zur Kenntnis nehmen sondern mit einer "verächtlichen Gebärde parteilicher Machtfülle vom Tisch fegen". Sie verortet auf diese Weise ihren eigenen Protest, der in der Erinnerung an ihre Scham über die NS-Verbrechen motiviert ist, in den Bereich des rein Menschlichen und stellt sich selbst jenseits der Politik. Das Politische bleibt rein negativ gefasst, folglich unmenschlich, was hier in der antizipierten Missachtung und Rücksichtslosigkeit zum Ausdruck kam. Indem die eigenen, einander ausschließenden und konfligierenden Bestrebungen von Aggression und Verständigungsbereitschaft in ein oppositionelles Raster von Politik und Macht versus Kultur und Humanität eingetragen werden, wobei die Frauen ihre Zuständigkeit für die positiven Gefühle individuell oder kollektiv erklären, kamen die Imagos weiblicher politischer Aktivität einfach nicht weg vom Kaffeekränzchen. Marie-Elisabeth Lüders Einwand zur Gleichsetzung von Macht und Gewalt fiel auf taube Ohren: "Einfluß bedeutet Macht. Macht bedeutet jedoch nicht Gewalt. Es gibt eine gute Macht, die zu besitzen etwas Großartiges ist. Zu welchem Zweck brauchen wir sie? Um anderen zu helfen, und diese Macht muß jeder von uns anstreben" (nach Genth 1996:480).

Das Problem der Kritik ist damit direkt verknüpft. Die Rhetorik der Geschlechterpolarität sabotiert einen selbständigen Entwurf von Frauenpolitik und verurteilt jeden Ansatz dazu, die Geschlechterstereotypen zu reproduzieren. Die Schwierigkeiten, den Rahmen eines männlichen Weiblichkeitsentwurfs aufzubrechen und ein davon unabhängiges Selbstbewusstsein zu etablieren, hatte Simone de Beauvoir nur wenige Jahre zuvor eindrucksvoll analysiert¹⁶. Sie deckte die Konstruktion des "anderen" Geschlechts und einer binären Differenz auf, in der "eine eindeutig

¹⁶ Die deutsche Übersetzung von Beauvoirs Buch "Das andere Geschlecht" erschien 1951.

männliche Identität ... durch das gegensätzliche weibliche Spiegelbild garantiert wird” (Vinken 1992:13), das selbst aber immer vom Mangel behaftet bleibt, unmännlich zu sein und kein Selbst für sich darstellt. Die Frau “wird bestimmt und unterschieden mit Bezug auf den Mann, dieser aber nicht mit Bezug auf sie; sie ist das Unwesentliche angesichts des Wesentlichen. Er ist das Subjekt, er ist das Absolute: Sie ist das Andere” (de Beauvoir 1986:11). Beauvoirs Kritik an einer symbolischen Ordnung, in der das Weibliche nur bezogen auf Männlichkeit existiert, zielte auf eine Selbständigkeit der Frauen, die Welten entfernt ist von der Forderung nach der “Selbständigkeit des Frauenideals”. Doch unter der Bedingung stehend, die Abwehr der eigenen negativen und feindseligen Emotionen zu leisten, wird jeder Ansatz der Kritik an den bestehenden Verhältnissen, an denen die Geschlechter in unterschiedlicher Weise involviert sind, sei es an der Politik, sei es an der Wissenschaft, wieder zurück gebunden an die stereotype Differenz. Das Unternehmen der Kritik scheitert wie die politische “Ehe” mit den Wissenschaftlern, in der Anlehnung an die komplementäre Geschlechterdifferenz kam der Entwurf einer eigenständigen weiblichen Intellektualität nicht in den Blick. Zwar machten sich die friedensbewegten Frauen die kritischen Fragen zu eigen, die die “halbstarken” Jugendlichen stellten (oder die ihnen in den Mund gelegt wurden), aber die Antworten, die darauf zu geben waren, sahen sie nur eingeschränkt in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen.

Auf die Bedeutung von Gefühlen als Dimension von Politik und als Ansatzpunkt von politischer Kritik hat Max Horkheimer mehrfach hingewiesen. Insbesondere in seinen Überlegungen zur Moral hat er nicht eine Opposition sondern die Wechselwirkung von Mitleid und Politik als notwendige Bedingung des moralischen Gefühls gefasst. Trotz der entscheidenden Rolle, die er dabei der Mütterlichkeit zudachte, hatte aber auch er das Geschlechterverhältnis aus seiner Analyse ausgeblendet und durch Mystifikationen ersetzt (vgl. Rumpf 1989). Aus der Position der Frauen in der Nachkriegszeit wäre es vielleicht möglich gewesen, eine solche Ausblendung aufzuheben, aber die Impulse, die in diese Richtung gingen, wie Margarete Lachmunds und andere Ausführungen zu Gefühl und Politik, wurden abgebrochen und unterlagen der Abspaltung aggressiver emotionaler Anteile. Damit wurde die Bearbeitung der Vergangenheit unterbunden und das Geschlechterverhältnis verschwand als Thema nahezu vollständig. Beides aber wären Voraussetzungen gewesen, Gefühle als Dimension von Kritik sowohl im Bereich des Politischen als auch im Hinblick auf Wissenschaft weiterzuentwickeln, d.h. über ihren Zusammenhang jenseits polarer Ordnungen und Zuordnungen zu reflektieren.

Im Denken der friedensbewegten Frauen bestand eine äußere und eine innere Grenze, die nicht überschritten wurden. Die durch die Abspaltung von Gewalt und Intellektualität¹⁷

¹⁷ Nicht alle der Frauen, deren Grußwort zum Bericht der Veranstaltung in der Paulskirche erscheinen, werden mit vollem Titel genannt, wohl aber die Männer.

gesetzte innere Grenze erschien am deutlichsten im Zusammenhang mit Rosa Luxemburg, genau in dem Moment als sie an ihrer Person und Biografie hätten in Frage gestellt werden können. Die äußere Grenze entsteht durch die Einpassung in den Geschlechterdiskurs, in dem ihre eigenen besonderen Erfahrungen unkenntlich oder vom Bemühen um die Stillstellung der Ambivalenzen, die an den weiblichen Imagos des nationalen Gedächtnisses immer wieder hervortreten, überlagert werden, wie im Fall der Flüchtlinge, der Trümmerfrauen und der "Amiliebchen". Hier darf nicht vergessen werden, dass die Geschlechterstereotype massiv an die Frauen herangetragen wurden, wovon die männlichen Projektionen, wie sie die weiblichen Figuren in den Wissenschaftler-Romanen vorführen, nur einen kleinen Ausschnitt darstellen.

Das Einlenken der Frauen in diesen Geschlechterdiskurs hatte nachvollziehbare und gravierende Gründe und einen sehr hohen Preis. Neben Macht- und Einflußlosigkeit brachte es die entschuldigende Verhüllung im ahistorischen Dunst der Geschlechterpolarität mit sich, dass die Leerstellen im kollektiven Gedächtnis abgesichert wurden. Für die Frauen selbst bedeutete das, dass ihr eigenes Anliegen der Erinnerung der Rhetorik der abstrakten Differenz insofern zum Opfer fiel, als damit ihre Position viel von ihrer politischen Deutlichkeit verlor und in der Ununterscheidbarkeit des Nachkriegskonsenses nicht mehr zur Geltung kommen konnte. Wie das geschah, wird in der Kampagne gegen die Atomrüstung daran deutlich, dass ihre Kritik mit moralischer Alternativlosigkeit versehen ist, d.h. zur Pseudo-Radikalität neigt. Auf diese Weise wurden Täuschung und Schweigen in die Grundlagen eines sich unter den spezifischen Bedingungen der Nachkriegszeit formierenden demokratischen oppositionellen Bewusstseins eingezogen und in der folgenden Entwicklung weitergegeben.

Wissenschaftlerinnen: "Am Tor des Himmels"?

In LeForts Novelle mit diesem Titel tritt eine Nichte und Schülerin Galileo Galileis, auf, Diana. Sie ist begeistert und überzeugt von der neuen Wissenschaft. In der Nacht, in der sie zusammen mit einem jungen Mann, der für sie schwärmt und der die Ereignisse berichtet, am Teleskop zum ersten Mal die Mediceischen Sterne sieht, erfasst sie sofort die Verunsicherungen, die damit für die christliche Glaubenslehre verbunden sind. Sie sieht voraus, dass die katholische Kirche an ihrer Verurteilung des heliozentrischen Weltbildes festhalten wird. Während des Inquisitionsprozesses gegen ihren Lehrer hält sie unbeirrt an ihrer "Sternenliebe" fest und macht die Absicht ihres Vormunds, eines Kardinals, sie zu verheiraten, zunichte. Der Kirchenfürst, der zwar persönlich die neuen Auffassungen für wahr hält, meint, sie dennoch verbieten zu müssen; er äußert sich anschließend zum Erzähler-Ich: "Ich habe vorhin den Menschen der Zukunft gesehen – so wie dieses unglückliche Mädchen seinen eigenen Untergang heraufbeschworen hat, so wird die Menschheit

einst den Untergang der Welt heraufbeschwören, denn die Erkenntnis wird stets mit dem Tode bezahlt. So war es schon im Paradiese und so wird es immer sein” (LeFort 1954:56). Entsprechend streng verfährt der Kardinal mit seinem Mündel und lässt sie ins Kloster einsperren.

In der Abschiedsszene zwischen den beiden jungen Leuten erklärt die Frau ihre Bereitschaft zum Opfer: “Glaubst du denn etwa, ich möchte in Sicherheit leben, wenn der Meister untergeht?” (LeFort 1954:47). Ihre Liebe gehört der Wissenschaft und ihrem Lehrer, von dem sie nichts erwartet: “auch der Meister liebt ja nicht mich, sondern nur seine Sterne, und gerade so ist es richtig für ihn wie für mich” (LeFort 1954:48). Sie wird dessen Schicksal nicht teilen, sondern sie wird lediglich ein ähnliches haben; wie er wird sie unter Kontrolle gestellt. Ihr Verhalten dem jungen Mann gegenüber trägt teils mütterliche, teils geschwisterliche Züge und ist in beiden Fällen bezogen auf die große Aufgabe: “denn einer von uns muss ja gerettet werden, um das Werk des Meisters fortzusetzen, ich habe dir das schon früher gesagt. Dieses Werk darf niemals untergehen – deine Aufgabe ist es, es in die Zukunft zu tragen, versprich mir, dass du es tun wirst” (LeFort 1954:48). Er tut mehr als das und beteuert auch seine Bereitschaft zum Verzicht, zu einem ideellen und “geheimnisvollen Glück” (LeFort 1954:48) und sie stellt fest: “so sind wir denn Geschwister durch unsere Liebe – ja gewiss, wir sind einander ganz nahe verwandt durch die Verschwendung unserer Herzen inmitten all der anderen Menschen, die uns nie verstehen werden, denn – wie grob und trübe ist die Liebe der meisten! Aber du bist mein Bruder” (LeFort 1954:49). Das große Schicksal, in dem sie sich vereint fühlen, hält für Männer und Frauen sehr unterschiedliche Rollen bereit: Sie verschwindet hinter den Mauern, er geht in die Welt.

In dieser Geschichte führt die Ideologie der polaren Geschlechterdifferenz konsequent zu einer Unsichtbarkeit der Frauen in der Wissenschaft, wobei das für den Fortgang der Ereignisse vollkommen sinnlose Selbst-Opfer der Frau zum Selbstzweck umgedeutet wird. Auf dieser Grundlage ließ sich kaum für eine Verbesserung der Situation von Akademikerinnen argumentieren. Demgegenüber ließen die Friedensfrauen sich zwar nicht einsperren, aber ebenso wenig entwickelten sie eigene Ambitionen im Hinblick auf eine Partizipation von Frauen in den Wissenschaften. Im Gegensatz dazu standen die Bestrebungen der “alten” Frauenrechtlerinnen, die sich nach dem Krieg weniger einer frauenorientierten Sozialpolitik zuwandten, sondern sich vorrangig um die Anliegen der Akademikerinnen-Elite bemühten (vgl. Stoehr 1996). Sie setzten sich mit der “auffallenden Berufungsscheu” Frauen gegenüber (Oertzen 2002) auseinander und kümmerten sich um die Probleme des weiblichen studentischen Nachwuchses. Aus dem Umkreis des Deutschen Akademikerinnenbundes stammen – neben einigen weiteren Titeln aus dem linken Spektrum – auch die wenigen Publikationen, die zur Situation von Frauen an den Hochschulen vor den 1970er Jahren entstanden. In der gesamten BRD lag der Frauenanteil unter den Hochschullehrern 1952 bei 3,2%, knapp zwanzig Jahre waren unter der Professorenschaft nur

minimal höhere 4,2% zu verzeichnen; im Jahr 1952 waren lediglich 82 Frauen habilitiert, 1960 waren es etwa doppelt so viele, noch aber waren nur sechs Lehrstühle mit Frauen besetzt. Die Studentinnenzahlen blieben im Laufe der 1950er unter 20%, in der folgenden Dekade bewegte sich die Zahl langsam auf 30% zu¹. Die Situation war bestenfalls katastrophal zu nennen und dem Setting von LeForts Geschichte leider nur zu ähnlich.

Erst in den letzten Jahren beginnt sich die Forschungslage zur Situation von Frauen an Hochschulen zu ändern, aber für den hier betrachteten Zeitraum sind die Informationen immer noch sehr spärlich². Dasselbe gilt für das Verständnis der strukturellen Bedingungen, unter denen die Wissenschaftlerinnen arbeiteten. Zu den Umrissen, die hier deutlich werden, gehört die Tatsache, dass in der Zeit des Nationalsozialismus sich die Frauenpolitik an den Hochschulen durch zwei entgegengesetzte Tendenzen auszeichnete. Zunächst erfolgte eine Restriktion des Frauenstudiums, mit der die Zahlen der Studienanfängerinnen unter ein Prozent gesenkt wurden und auch nach der Aufhebung der Quotierung 1935 erreichte der Frauenanteil bis zum Kriegsbeginn bei weitem nicht mehr den Stand von 1932. Zudem war der Anteil der Emigrantinnen unter den Hochschullehrerinnen überdurchschnittlich hoch gewesen. Mit dem Vierjahresplan begann sich das Blatt zu wenden, die Rationalisierungs- und Modernisierungsbestrebungen erweiterten die Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Frauen. Unter den Bedingungen der forcierten Kriegsproduktion warb man für Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen, die in manchen Fällen auch schon früher einen nennenswerten Frauenanteil aufgewiesen hatten. Darüber hinaus entstanden spezielle Berufsbilder für Frauen, so dass in dieser Hinsicht von einem wirklichen Neuanfang gesprochen werden kann. Allgemein erreichte der Anteil der Studentinnen während des Krieges beinahe 50%.

Für die Nachkriegszeit wurde bislang vor allem auf zwei Faktoren im Rahmen der strukturellen Probleme an den Hochschulen hingewiesen: Die Rückkehr der Männer aus dem Krieg und die Wiederherstellung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie. Die Verdrängung der Akademikerinnen zurück in die zweite Reihe vollzog sich mit einer gewissen Verzögerung gegenüber dem Ende des Krieges. Ende der 1940er Jahre war klar, dass es sich bei der Übernahme von Leitungspositionen lediglich um ein Zwischenspiel für einzelne gehandelt hatte und “dass gerade der öffentliche Dienst nur sehr zögerlich die durch Krieg und Entnazifizierung freigewordenen Stellen besetzte und viele Stellen unbesetzt blieben, weil sie für die entlassenen Kriegsgefangenen reserviert bleiben sollten oder die Finanzmittel fehlten” (Budde 1997:209). Barbara Hahn macht darauf aufmerksam, dass nicht nur die Kriegsheimkehrer sondern auch die

¹ Die Angaben finden sich bei von Oertzen (2002) bzw. Hervé (1973:130, 90-93).

² Ich greife hier zurück auf Born (1997), Budde (1997), Costas/Roß (2002), Huerkamp (1996), von Oertzen (2002) und Schlüter (1996). Zu den älteren Arbeiten gehören u.a. Boedeker (1974), Ferber (1956), Hampe (1961), Hervé (1973), Lorenz (1953) und Pross (1976); zu nennen ist auch Ruhl (1985, 1994).

Vertriebenen aus dem Osten und schließlich die nach dem so genannten 131-er Gesetz Rehabilitierten die Frauen aus den leitenden Stellungen verdrängten. Denn am 11. Mai 1951 verabschiedete der Bundestag die Regelung zur Wiedereinstellung ehemaliger Angehöriger der NSDAP in den Staatsdienst nach Artikel 131 GG (eben dem "131er-Gesetz"), nachdem diese 1945 teilweise von der Ausübung öffentlicher Ämter und von Ruhestandsbezügen ausgeschlossen worden waren³.

Das Verhältnis der Frauen zur Wissenschaft war demnach in mehrfacher Weise von der Politik vorgeprägt und beeinflusst: Zunächst durch die Vorgeschichte ihres Einsatzes in der Kriegsproduktion und einem am Kameradschaftsideal ausgerichteten Leitbild, das nun hinter der Propagierung der traditionellen familialen Arbeitsteilung und ideologischer Vorbehalte gegenüber erwerbstätigen Frauen zurücktrat. Dabei setzte man sich über Tatsachen wie Scheidungsraten und die Lebensbedingungen von Alleinstehenden unangefochten hinwegsetzte (Budde1997:190). Die massive Diskriminierung der Berufstätigkeit und Karriereambitionen von Frauen mobilisierte das alte Vorurteil von den "Doppelverdienerinnen" und war im neuen Kontext des Kalten Krieges obendrein gegen die Frauenpolitik der DDR gerichtet. Dem sozialistischen Fortschrittsideal, das berufstätige Mütter und die Wahrnehmung gesellschaftspolitischer Verpflichtungen betonte, wurden die Leitbilder konsumorientierter Privatheit, die stets präsente Mutter und elegante Ehefrau, entgegengehalten⁴. Die Hochschullehrerschaft fiel nicht hinter diese Leitmarke zurück; eine 1960 veröffentlichte Erhebung unter den Professoren dokumentierte die mehrheitlich negative Einstellung zum Frauenstudium, die mit massiven Vorurteilen gegenüber den Studentinnen begründet wurde: "Was ihnen an Grips fehlt, machen sie durch Fleiß wett" (nach Hervé 1973:69), doch eigentlich seien sie am falschen Platz, der ohnehin knapp war. In der Wissenschaft und in akademischen Berufen wirkte es sich aus, dass Vorbilder anderer Art nicht vorhanden waren. Als eine Nachwirkung der Vertreibung durch die Nationalsozialisten gab es an den deutschen Universitäten nicht mehr viele von den Frauen, die nach anderen Maßstäben ihr Leben organisierten.

Obwohl die Notwendigkeit einer politischen Intervention augenfällig war und von einer Minderheit auch wahrgenommen wurde, unterlag sie spezifischen und weitreichenden Einschränkungen. Denn unter den gegebenen Bedingungen trug die Politisierung der Geschlechterdifferenz im Anti-Militarismus der Frauen letztlich zu einer Verschlechterung ihrer Situation in der Wissenschaft bei. Die politische Rhetorik der Geschlechterpolarität bewirkte eine Bestätigung und Verstärkung

³ Am selben Tag erging noch ein "Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung für Angehörige des öffentlichen Dienstes" (BWGöD). Danach erhielten die ab April 1933 von dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Beamtentums" und Folgegesetzen Betroffenen eine bundeseinheitliche Entschädigung. Nach dem BWGöD sind bis 1986 etwa 1,9 Milliarden DM geleistet worden. Das 131er-Gesetz wurde vor allen Entschädigungsgesetzen verabschiedet und sanktionierte die bestehende Einstellung. Sechs Jahre nach Kriegsende und zwei Jahre nach Gründung der BRD gab es noch immer kein Bundesgesetz zur Entschädigung nationalsozialistisch Verfolgter.

⁴ Vgl. Budde (1997:189), außerdem Carter (1997) und Fehrenbach (1999).

des "Sameness-Taboo" (Teubner/Wetterer 1999), d.h. einer Betonung der Unterschiedlichkeit zur Legitimation der Geschlechterhierarchie innerhalb gesellschaftlicher Institutionen. Mit der Annahme einer geschlechtsspezifischen Rollenverteilung im Bereich des Politischen und der politischen Moral ging ein blinder Fleck bzw. ein frauenpolitisches Dilemma einher. Die Abwehr der diskriminierenden Konsequenzen dieses Arrangements blieb im Rahmen dieser Rhetorik wirkungslos, sofern sie überhaupt zu den Zielsetzungen gehörten. Ihre politischen Aufgaben definierten die friedensbewegten Frauen jedenfalls nicht im Hinblick auf die Sicherung ihrer eigenen sozialstrukturellen Situation. Dass aber die politische Widerständigkeit des Engagements der Frauen für den Frieden durch die Schwächung ihrer gesellschaftlichen Position gebrochen werden sollte – und der Zusammenhang demnach von ihren Gegnern sehr wohl erfasst wurde –, zeigt das Berufsverbot, das Renate Riemeck (bei Rese) und Klara-Marie Faßbinder traf.

Hier soll hervorgehoben werden, dass die Effekte einer konservativen Sozial-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik zu ergänzen sind durch die Selbst-Positionierung politisch aktiver Frauen und in welcher Weise das große Gewicht, das in den Stellungnahmen von Frauen und Frauenverbänden in der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung auf Frauen als Mütter und ihre davon abgeleiteten besonderen Friedensaufgaben gelegt wurde, zu einer dauerhaften rhetorischen Konstellation beitrug, in der Vernunft und Emotionalität ein je geschlechtsspezifisches Verhältnis nicht nur zur Politik sondern auch zur Wissenschaft begründen. Die Widerspenstigkeit der Friedensfrauen und die Sperrigkeit der Forderung nach Gleichberechtigung ließen sich argumentativ nicht vereinbaren, so dass die Probleme und die Interessenlagen der Akademikerinnen zwischen den frauenpolitischen Fronten aus dem Blick gerieten. Mit der Politisierung der Differenz im Hinblick auf Krieg und Nationalsozialismus sowie die Zukunft des Atomkrieges schrumpfte die Argumentationsbasis für Frauen in der Wissenschaft oder geriet vollständig ins Hintertreffen. Die symbolische Bedeutung der Geschlechterdifferenz im Politischen hatte eine manifeste Auswirkung auf die Gestaltung sozialer Verhältnisse zwischen den Geschlechtern, denn sie stabilisierte den Ausschluss der Frauen von den Positionen ziviler Macht.

Als eine Konsequenz aus dem so gesetzten weiblichen Verhältnis zur Politik und zur Wissenschaft taucht in der politisch-moralischen Rede dann eine rein männlich besetzte Konstellation auf: Die moralische Autorität der Wissenschaft steht der Politik gegenüber. Nur folgerichtig wird dies in LeForts Novelle für die Position einer Frau zu Ende geführt und das ewige, alte Spiel von Vernunft und Gefühl wiederholt, wenn die Hauptperson ihrer Geschichte feststellt: "So hatte sich denn Dianas glühender Wunsch erfüllt, das Los des Meisters zu teilen, wenn auch in tiefer, trostloser Verlassenheit. Beide stellten jetzt gleichsam die begrabene Wahrheit dar, wahrscheinlich für immer. Ich sah die Geliebte hinter hohen Gitterfenstern, in stillen ummauerten Gärten, wo es keine Zeit zu geben schien – ich sah sie wie eine schöne edle Blume einsam welken. Ich wusste sie von keinem

anderen Trost berührbar als von dem der eigenen starken Seele, in jener äußerlich antlitzlosen, tief innerlichen Gemeinschaft mit dem Geliebten, ihm willig hingeopfert ohne Lohn und Dank. Eine scheue, fast andächtige Ehrfurcht beschlich mich: nein, ich durfte sie nicht lösen, selbst wenn ich es gekonnt hätte! War ihre Liebe nicht immer eine Liebe zum Tode gewesen? Ich mußte sie ihrem Schicksal überlassen und das meine erfüllen. Diese Erfüllung war die einzige Liebe, die ich noch erzielen konnte. Mein Entschluß, des Meisters verratenes Werk zu retten, bedeutete auch ihr gegenüber die letzte Treue. Ohne Zögern brach ich auf" (LeFort 1954:72). Ohne Protest wird das Urteil über die Frau, die eine Wissenschaftlerin hätte sein können, akzeptiert und davon ausgegangen, sie bringe sich selbst zum Opfer. Ohne sich also weiter in große Umstände zu stürzen, geht der junge Held seiner Zukunft entgegen: "Und nun stieg beinahe sturmhaft aus dem Zusammenbruch meines bisherigen Lebens ein neuer Mensch in mir auf, für den es keine Bindungen mehr gab, sondern nur noch das Gesetz der freien Forschung ohne jenseitigen Rückhalt – einzig was die Wissenschaft beweisen konnte, würde für mich gelten. Das geistige Haus, das ich bisher bewohnt hatte, war mir zertrümmert worden, aber ich würde mir und der Menschheit ein neues Haus bauen, ein kühnes und herrliches Haus in Freiheit und Wahrheit! Ein Rausch der Begeisterung überkam mich, während ich nun durch die Porta del Popolo schritt, fort von den prunkenden Fassaden der römischen Paläste, die für mich so furchtbares verbargen, fort von der geliebten Frau, für die es keine Hoffnung mehr gab, hinaus in die wilde einsame Campagna. Die Dämmerung brach bereits herein, bald würde es dunkeln. Ich war allein mit der großen unbekanntem Natur, bedrängt von ihren Rätseln und Geheimnissen – ich war flüchtend heimatlos auf fremden unwegsamen Straßen, aber der Nachtwind der unermeßlichen Weite lag auf meiner Stirn wie der Kuß der Verheißung" (LeFort 1954:73-74).

Zweimal anders: Politisierung der Geschlechterdifferenz

Wie Frauenerfahrungen und Weiblichkeitskonstruktionen zusammenhängen und inwiefern letztere strukturierend in erstere eingreifen, ist eine grundsätzliche Frage der Frauen- und Geschlechterforschung. Sie betrifft jene Differenzen, die auf das Geschlechterverhältnis zurückgehen und wurde von Simone de Beauvoir folgendermaßen formuliert: "Sicherlich ist die Frau wie der Mann ein menschliches Wesen: eine solche Behauptung ist aber rein theoretisch. Die Tatsache bleibt bestehen, dass jedes konkrete menschliche Wesen immer in einer speziellen Situation ist". Um wenig später fortzufahren: "Wenn ihre Funktion als ‚Weibchen‘ nicht genügt, um die Frau zu definieren, und wenn wir es gleichfalls ablehnen, sie durch das ‚Ewigweibliche‘ zu erklären, aber doch andererseits zugestehen, dass es vorläufig wenigstens Frauen auf Erden gibt, so müssen wir uns doch wohl einmal die Frage stellen: was ist die Frau?" (1986:9).

Für die Zeitspanne, die hier betrachtet wurde, ist die nur einige Jahre zurückliegende Kriegserfahrung der bedeutsamste Faktor der "speziellen Situation" und de Beauvoirs Frage ist dahingehend zu präzisieren, in welcher Weise sie in die Neugestaltung der sozialen Verhältnisse und die "Normalisierung" der Geschlechterbeziehungen einging. "Nachkriegszeiten sind historische Zeiträume, in denen der Prozeß der Vergeschlechtlichung mit äußerster Intensität stattfindet" (Eifler 1999:157) – das lässt sich ganz allgemein feststellen. In diesen Zusammenhängen kehrt regelmäßig die diskursive Figur der "FrauenundKinder" (Cynthia Enloe) auf, mit der weibliche Schutzbedürftigkeit und männlicher Beschützerinstinkt aufgerufen werden. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg trat sie im Osten wie im Westen Deutschlands auf und fungierte als wirksame Geschlechterstereotypisierung bei der Festlegung gesellschaftlicher Rollen und Machtbereiche. "Legitimationen von Weiblichkeit verbleiben im Rahmen der kulturellen Prägungen durch den Krieg und zeigen die Übermächtigkeit und Machtfülle anhaltender Kriegsbilder. Dieser Prozeß wurde durch die Dominanz von Militär und Militärischem verstärkt, die durch den Kalten Krieg reproduziert und legitimiert wurden. Vor diesem Hintergrund erfolgte die Geschlechterklassifikation über gesellschaftliche und individuelle Bilder von Stärke und Schwäche, die als geschlechtsspezifische Symbole im öffentlichen Raum beansprucht wurden. Über die Verletzbarkeit des weiblichen Körpers wurde Frauen die schwache Rolle, Männern die der Stärke und Überlegenheit zugeordnet. Diese Konstruktionen standen in der Nachkriegszeit in einem bezeichnenden Gegensatz zu dem herausragenden Anteil der Frauen für die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen, kommunalen und familiären Lebens" (Eifler 1999:158).

Die Geschlechterdifferenz im Übergang zur Friedensordnung steht in einem engen Zusammenhang mit einer "Um-Schrift" dessen, was Krieg ist" (Eifler 1999:159). Das Kriegsgeschehen wird als Sache von Politikern und Armeen wahrgenommen, als Rüstungswettkämpfe und Materialschlachten "kämpfender Überkörper", in denen die realen Verletzungen einzelner Menschen als "imaginäre Wunde in einem imaginären Körper" (Elaine Scarry nach Eifler 1999:129) erscheinen. Die Reduktion sieht darüber hinaus davon ab, dass das Ziel eines jeden Krieges, die Zerstörung und Unterwerfung der gegnerischen Zivilisation, sich immer auch gegen die Zivilbevölkerung und ihre Lebensweise richtet. Während des nationalsozialistischen Eroberungskriegs in Osteuropa wurde dies dagegen ganz unverhüllt betrieben und das Vorgehen rassenideologisch angefacht; die Aktionen gegen die unterworfenen Bevölkerung unterliegen einer systematischen Steigerung: "Zerstörung von Kulturdenkmälern, Repressionen gegen Intellektuelle, Zwangsrekrutierung von Frauen in Vergewaltigungslagern" (Eifler 1999:182). Die Angriffe gelten wesentlich dem Körper, dem die andere Kultur eingeschrieben und der daher das zentrale Objekt der Destruktion ist. Wie die Kriegshandlungen im Feld besteht die Absicht in der Zufügung von Schmerz und Tod, wobei es letztlich keine Ausnahme gibt. "Das Ausmaß der sexuellen Gewalt gegen Frauen im Krieg zeigt den geringen Wert der körperlichen Unverletzbarkeit von Frauen" (Eifler 1999:163) und dokumentiert

die Bereitschaft, Vergewaltigung als eine besondere politische Waffe einzusetzen. “In der massenhaften und systematischen Vergewaltigung von Frauen im Krieg symbolisierte sich die ‚Dekonstruktion von Kultur‘ ... Der weibliche Körper fungiert als symbolische Repräsentation des ‚Volkskörpers‘” (Eifler 1999:162). Die Symbolik dieser Verbrechen geht auf einen praktischen sozialen Kern zurück: “In dem Prozeß der kulturellen Zerstörung kommt Frauen ein bedeutender Stellenwert zu. In Kriegszeiten halten sie die Familien zusammen ... Sie repräsentieren so den gemeinschaftlichen Zusammenhang. In den Nachkriegsjahren wird dieser Anteil der Frauen an der Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens im Krieg nur selten anerkannt. Die Opfer der sexuellen Gewalt verschwinden aus dem öffentlichen Gedächtnis. Dieses Verschwinden ist Teil der ‚Um-Schrift‘ wesentlicher Sachverhalte des Krieges und Teil des sich entwickelnden Diskurses über den Krieg” (Eifler 1999:160).

Mit der Leugnung der Kriegswirklichkeit wird unter anderem das weibliche Potential ziviler Macht negiert und durch eine Form der Geschlechterdifferenz rückgängig gemacht, die die Aufrechterhaltung des “Lebens” essentialisiert und biologisiert. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Wesen der Frau auf Mutterschaft und Gebärfähigkeit zurückgeführt und je nach politischer Couleur wurde daraus eine besondere weibliche Verantwortung für die Gemeinschaft oder für die Familie abgeleitet. “Dieser Weiblichkeitskonstruktion entsprach ein Verständnis von politischer Männlichkeit, das mit der Anmaßung verbunden war, den gemeinschaftlichen Frauenkörper quasi als eine soziale und körperliche Machtressource zu ‚verwalten‘ und über ihn zu verfügen” (Eifler 1999:168). So ist einerseits zu bemerken, dass die Auseinandersetzungen über die Kontrolle des Gebärverhaltens der Frauen und die Wiederherstellung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung einen “hochgradig politischen Charakter” (Eifler 1999:167) trugen. Auf der anderen Seite allerdings zeigte sich die Politik sich ignorant gegenüber dem Leid der Frauen oder sie benutzte es, den Gegner anzuprangern. Jedenfalls bestimmten Funktionalisierung und Besitzstandswahrung die Reaktionen, d.h. es wurde eine Perspektive eingenommen, aus der die Vergewaltigungen als “Sachbeschädigung” (Eifler 1999:179) erschienen. Die konkreten Probleme, die für die Frauen daraus entstanden waren, wurden als Privatangelegenheit bzw. als Frage ihrer gefühlsmäßigen Einstellung angesehen⁵.

Im Mittelpunkt der Zusammenhänge von Geschlechterkonstruktion, Geschlechterverhältnis und sozialer Ordnung insgesamt stehen die Verletzbarkeit des weiblichen Körpers, sowie die Gegenüberstellung von Gewalt und Wehrlosigkeit als der grundlegenden Bestimmung der

⁵ Christine Eifler hat für die Sozialgeschichte und politische Formierung der DDR herausgearbeitet, welchen Stellenwert das Massenphänomen der Vergewaltigung hatte. Dort war für die Frauen war der Krieg 1945 noch nicht zu Ende, nach wie vor konnte von einer “Unantastbarkeit” der Frauen nicht die Rede sein. Die Ignoranz der Politik, die sich an der Abtreibungsfrage deutlich zeigte, erzeugte Widerstände der Frauen gegenüber dem neuen Regime. Indem man das Problem der ungewollten Geburten zu einem sozialen Problem undefinierte, erfand man einen Umgang mit den Folgen ohne die Tatsache der Gewaltakte anzuerkennen.

Geschlechterdifferenz. Sie reicht in die Nachkriegsgesellschaft hinein und garantiert eine Verschränkung von Militär und Geschlechterstereotypen, deren strukturelle Bedeutung kaum unterschätzt werden kann, "ohne daß die Brisanz dieser Prozesse in einer Organisation, die sich an der Schnittstelle von Staat, Nation und des Monopols an physischer Gewaltausübung im Namen eines Kollektivs befindet, bisher analysiert worden wäre. Wenn in der Vergeschlechtlichung der Professionen ... eine Übersetzung von Hierarchie in Differenz stattfindet, so tritt in der Vergeschlechtlichung des Militärs ein zusätzlicher Effekt auf, der darin besteht, daß Gewaltausübung zu einem konstitutiven Bestandteil der Geschlechterdifferenz wird" (Seifert/Eifler 1999:13). In dem hier betrachteten Zusammenhang soll die Affinität akzentuiert werden, die dem Ausschluss der Frauen über Geschlechterideologien und die Wirkungsweise des *male bonding* im militärischen und im zivilen Bereich zukommt. Der Effekt in der Nachkriegsordnung der Bundesrepublik bestand in einer Identifizierung von kriegerischer Gewalt und politischer Macht als tendenziell dasselbe und als männlich. Die Entsprechung im gesellschaftlichen Geschlechterverhältnis, bestätigte die Männlichkeit von Militär und Politik, Macht und Gewalt und gründete auf der Ausblendung, die in Bezug auf die Vergangenheit die "systematische Männergewalt, die auf einer kulturellen Mißachtung von Frauen fußt" (Eifler 1999:180), verneint und die soziale Ordnung insgesamt betreffend, die "Frauerverachtung in den ‚Friedensgesellschaften‘" (Eifler 1999:180) verdunkelt.

Die Leugnung der Kriegswirklichkeit und die Übertragung von Kriegsverhältnissen und Kriegserfahrungen auf das zivile Leben vollzogen sich entlang einer vielschichtigen ideologischen Ausdeutung weiblicher Verletzbarkeit. Noch ein weiterer Aspekt trat dazu, denn "Verwundungen werden hierarchisiert, indem sie politisch bedeutet werden" (Eifler 1999:180). Im Gedächtnis bundesrepublikanischer Politik und Öffentlichkeit existierte eine Rangfolge der Opfer, wobei Kriegswitwen und -waisen, Bombengeschädigte und Vertriebene an erster Stelle kamen und die in der Entschädigungspolitik der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht wurde. Sie stand durchaus im Einklang mit der konservativen Geschlechterideologie, die der konservativen Familien- Arbeits- und Bildungspolitik der CDU/CSU und der katholischen Kirche zugrunde lag. Leistungen und Maßnahmen waren gebunden an die Restitution der traditionellen, hierarchisch strukturierten Geschlechtsrollen in der Familie, der Zurückdrängung der Frauen aus dem öffentlichen Leben und daher mit erheblichen Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Frauen und das gesellschaftliche Geschlechterverhältnis verknüpft. Vor allem enthielten die Richtlinien, nach denen Entschädigungsansprüche gewährt wurden ein Angebot an die Frauen, das ihre Verletzbarkeit und ihr Kriegsleid zur Ent-Schuldung eines Nur-Opfer-Seins verschob. Wie zu sehen war, machten sich die Frauen der Friedensbewegung unbeliebt, indem sie diese Einladung zum Konsens des Vergessens ausschlugen, auf der Erinnerung an das Unrecht der Vergangenheit und auf der Anerkennung der anderen Opfer bestanden.

In diesem Kontext und mit diesem Ziel ließen sie sich aber doch auf die herrschende Geschlechterideologie ein. Als Ursache dafür ließen sich Widersprüche in der Motivation der Frauen aufzeigen: Es war die Diskrepanz zwischen einer Einkapselung der Trauer und einer Verhüllung der eigenen Ambivalenz von Wut und Schuld, die in einer doppeldeutigen Abstraktionsbewegung resultierte, in der einerseits universelle Begriffe von Öffentlichkeit und Freiheit gefunden werden, während sich andererseits Ausblendungen und Weglassungen stabilisierten. Das politische Engagement und die radikal-demokratischen Elemente der Frauenfriedensbewegung waren zwar reichlich mit Bildern der Geschlechterdifferenz versehen, haben aber mit dem Geschlechterverhältnis nur indirekt zu tun. Bei dessen Ausklammerung aus dem Politischen ist zu berücksichtigen, dass sie als eine Reaktion auf die Politisierung der Geschlechterrollen und Geschlechterideologie im Nationalsozialismus verstanden werden muss. "Unschuldige" Rückgriffe auf weibliche Leitbilder der Frauenpolitik aus der Vergangenheit waren praktisch unmöglich, denn in die nationalsozialistische "Volksgemeinschaft" war sowohl die Position der Mutter als auch die der Kameradin eingegliedert worden und jede Positionierung danach wurde zwangsläufig davon verzerrt. Das Ideal einer Gleichberechtigung der Geschlechter unterlag der Erinnerung an den Krieg als Ausnahmesituation im Unterschied zur "Normalität" und erschien den überzeugten Anti-Militaristinnen offenkundig nicht attraktiv. Wirksam wurde damit eine Periodisierung, in der "das Gegenbild, von dem man den Ausgang nimmt, (...) nicht das Dritte Reich, sondern der Krieg (ist)" (Niethammer 1987:161), das war bereits eine erste Einschränkung. Das Mütterliche, sofern wieder "entpolitisiert", d.h. als zeitloses Ideal herausgenommen aus allen politischen Bezügen, ließ sich als Ausgangspunkt für die eigene Argumentation denken. Der Psychoanalytiker Bohleber weist auf den Umstand hin, der die Frauen der Friedensbewegung dazu veranlasst haben mag, wenn er feststellt: "In der Nazi-Ideologie war kein Platz für echte Mütterlichkeit" (1999:979)⁶. In einem umfassenderen Sinne aber entfiel eine Auseinandersetzung mit der Rolle von Müttern in einem autoritären Regime, das die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit ignorierte und dessen Rassismus, die Unterordnung der Frauen mit einer Erhöhung für die "richtigen" belohnte. Die spezifischen Formen und Ausprägungen eines weiblichen Antisemitismus, der sich mit männlichen Machtpositionen identifiziert, wie etwa Margarethe Mitscherlich analysiert⁷, blieben vor diesem Hintergrund von einer kritischen Befassung ausgeschlossen.

⁶ Siehe dazu auch Traudisch (1993).

⁷ Mitscherlich schreibt dazu in ihrem Buch *Die friedfertige Frau*: "Nach meiner Auffassung gibt es einen ‚männlichen‘ und einen ‚weiblichen‘ Antisemitismus. Der Antisemitismus der Frauen entwickelt sich eher über an männliche Vorurteile, als daß er sich aus der geschlechtsspezifischen Entwicklung und Erziehung ergibt" (1985:160). Weil: "Frauen weniger aufgrund eigener Kastrationsängste, psychischer Konflikte und Projektionen dem Antisemitismus verfallen, sondern vielmehr als Folge ihrer Identifikationen mit männlichen Vorurteilen" (1985:156) und: "das mehr von der Angst vor Liebesverlust als von Kastrationsangst bedrängte Überich der Frau andersgeartet ist als das des Mannes" (1985:156). Der Titel von Mitscherlichs Buch ist vielfach missverstanden worden, dabei wird eine grundsätzliche Voraussetzung ihrer Thesen unterschlagen, nämlich: "Die Entwicklung des Überichs ist nicht mit der Entwicklung moralischer Fähigkeiten gleichzusetzen" (1985:157), d.h. es geht ihr nicht um die Unschuld der Frauen.

Zur Frauengeschichte im Nationalsozialismus stellt Carola Sachse (1997) deshalb zusammenfassend fest, dass eine Umorientierung nötig wurde, die nicht einfach zu bewerkstelligen war. Aber erst ein Denken der Differenz außerhalb der verordneten Geschlechterpolarität kann die Binarität der Diskussion, die Reproduktion der alternativen Sichtweisen von Täterinnen und Opfer sowie die dadurch erzeugten Verfehlungen umgehen. In der Folge der NS-Geschichte ist auch für den politischen Kontext des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit von einer Überlagerung verschiedener Weiblichkeitspositionen und -konstruktionen auszugehen (vgl. Eifler 1999:170). Von der Frage nach der Lebenswirklichkeit von Frauen hinter bzw. jenseits der Geschlechterideologie zu unterscheiden ist eine Perspektive, die nach den Auswirkungen der Dichotomien (vgl. Becker-Schmidt 1998) auf die Gestaltung der Lebenslagen von Frauen fragt. Die Analyse zielt dann dezidiert auf die Zwischenebene, auf der die Bedeutungen von Dichotomisierungen, Trennungen und Abspaltungen zur Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheit mit ihrem spezifischen Sinn, den sie für die unterschiedlichen Akteure haben, vermittelt wird. Dies ist der Ausgangspunkt der folgenden, abschließenden Bemerkungen zu diesem Kapitel, in denen ein neues systematisches Element dieses Kontexts hervorgehoben werden soll.

Die fatale Konsequenz der Ausblendung des Geschlechterverhältnisses in der Rhetorik der Frauenfriedensbewegung bestand im Verzicht auf zivile Macht in der Politik wie in der Wissenschaft. Noch in der Literatur, die sich mit der Situation von Frauen in den Wissenschaften während des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit befasst, spiegeln sich die Folgen einer De-Politisierung, eines Herausnehmens aus dem politischen Zusammenhang, denn sie wird vorzugsweise unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Rollenverteilung und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung betrachtet. Meine These ist dagegen, dass im Verhältnis von Wissenschaft und Geschlecht im 20. Jahrhundert die Reproduktionsarbeit der Frau und die normativen Bilder des Weiblichen zwar keineswegs an Bedeutung verlieren, aber dass diese ganz wesentlich davon beeinflusst sind, dass das Politische in ihre Definition eingebrochen ist. Die traditionelle Konstruktion der "moralisch-physiologischen Andersartigkeit der Frau" (Schultz) wurde mit politischer Symbolik aufgeladen und die Tätigkeiten von Frauen wurden in das politische System integriert. In der Nachkriegszeit fand eine groß angelegte Umdeutung statt, wobei insbesondere im kritischen Milieu der Friedensbewegung die Verschränkung mit einem anderen ideologischen System, nämlich dem kulturkritischen Diskurs über Technik und Wissenschaft wirksam wurde. Die Vorstellung von einer der Technik innewohnenden Logik der Macht und des Terrors, die im Krieg sichtbar geworden wäre, erlaubte es den technik- und naturwissenschaftlichen Spezialisten einen komplizierten Balanceakt zwischen Missbrauch und Teilhabe an der Macht eines verbrecherischen Regimes so zu bewältigen, dass eine moralische Autorität davon abgeleitet wurde. Die Geschlechterpolarität, die aufgrund ihrer Verletzbarkeit den Frauen generell Friedlichkeit unterstellt,

ersparte ihnen eine solche Anstrengung und organisierte die Formen ihres Ausschlusses von Wissenschaft überhaupt.

Im Vergleich der Wissenschaftler-Positionen und der Frauen-Rollen bezogen auf die NS-Vergangenheit und ihre Transformation in die Nachkriegsverhältnisse bestehen noch viele offene Fragen; unverkennbar ist jedoch, dass das Ineinandergreifen militärischer und ziviler Bereiche in der Wissenschaft sowie die Art der Abgrenzung gegeneinander dabei eine bedeutende Rolle einnimmt. Zu klären ist etwa, wie die tiefgreifende Militarisation der Forschung in vielen Disziplinen seit 1936 mit dem Einsatz von Frauen als Vertretung in leitenden Forschungspositionen einherging und wo genau dies überhaupt stattfand. Ebenso ist undeutlich, wie es zu den Erfolgen der Industrie bei der Entwicklung technischer Berufe trotz der allgemeinen Widerstände gegen eine Einbeziehung der deutschen Frauen in die Kriegswirtschaft kam. Jenen Entwicklungen sowie den anschließenden Verschiebungen in den Bedeutungen und Zusammenhängen nachzugehen, könnte zur Aufschlüsselung des Hintergrunds für die Diskrepanz zwischen Frauen und Wissenschaft beitragen, die in der Nachkriegszeit sowohl vom sozialen System der Wissenschaft aufrechterhalten, als auch von den Politikzielen kritisch engagierter Frauen im Abseits gelassen wurde.

Als das Ergebnis der Legierung von Erinnerung, Einkapselung und Schweigen in der Frauenfriedensbewegung wurde hier eine rhetorische Strategie der Entpolitisierung des Geschlechterverhältnisses betrachtet. Sie enthielt eine entscheidende Verkehrung, denn zugleich mit dem Abdrängen der Geschlechterfrage aus dem Politischen wurde mittels der symbolischen Umdeutung eine Politisierung der Geschlechterdifferenz mit Nachdruck weitergeführt. Diese Strategie brachte es mit sich, dass die Teilhabe an der zivilen Macht kein Thema wurde, denn selbst Ansprüche darauf zu stellen, hätte den heiklen Punkt berührt, an dem sich Geschlechterfrage und Wissenschaft bündeln: die Frage der Zugehörigkeit und schließlich auch der Verantwortung, die daraus erwächst. Statt der Gesellschaftlichkeit des Geschlechterverhältnisses wurde eine moralische Differenz der Geschlechter aufgebaut und statt danach zu fragen, wie die Zusammensetzung des Wissenschaftskollektivs aussah und wie sie zustande gekommen war, wurde Wissenschaft auf ihre kognitiven und ethischen Dimensionen begrenzt. Ein soziologisches Verständnis von Wissenschaft wie Geschlecht wurde vermieden und die Vorstellungen davon so weit wie möglich auseinander gehalten⁸. Ermöglicht wurde so in beiden Fällen das Umgehen peinlicher und schmerzhafter Wahrheiten in Bezug auf die Vergangenheit und führte jeweils in die gleiche Ablendung: die Erinnerungsperspektive der Opfer⁹. Auf diese Weise setzte sich gegen die explizit vorgetragenen

⁸ Das trat noch Anfang der 1980er Jahre dadurch in Erscheinung, dass ich zu meinem Dissertationsvorhaben gelegentlich die Frage zu hören bekam, was denn Wissenschaft und Frauen überhaupt miteinander zu tun hätten.

⁹ Das spiegelt sich ebenfalls in der entsprechenden Literatur. Von Oerzten (2002) geht kurz auf Luise Bertholds Politisierung während der NS-Zeit ein, wie es sich in ihrem autobiografischen Rückblick von 1969 darstellt. In diesem Text wird aber auch deutlich, dass das Unrecht des Nationalsozialismus an den jüdischen Kollegen und

Absichten auch in der symbolischen Politik der Frauenfriedensbewegung die Entwirklichung als ein Aspekt der NS-Vergangenheit im Gedächtnis fort. Wenn es bearbeitet worden wäre, hätte das Geschlechterverhältnis zur Sprache kommen müssen und umgekehrt. Stattdessen wurde eine weibliche Schuldlosigkeit hervorgebracht, die allerdings zugleich eine Entwertung weiblicher (und weiblich-identifizierter) Positionen bedeutete. Die Ursachen, die diese Situation hervorgerufen hatten und fortschrieben, blieben in der Widersprüchlichkeit von materieller und ideologischer Wirklichkeit, von den historischen Erfahrungen von Frauen und ihren ideologischen Umarbeitungen verborgen. Es ist daher eine zweifache Andersartigkeit, die die Ordnung der Geschlechter in der sozialen Struktur der Nachkriegsgesellschaft gestaltete.

Eine Erinnerung an die Zukunft, Zusammenfassung

Ein Dokument des Übergangs im politischen Umbruch stellt die Zukunftsvision eines Atomkriegs dar, wie sie die Physikerin, Friedensaktivistin und Frauenpolitikerin Freda Wuesthoff unter dem Eindruck des gerade beendeten Krieges in einem Brief an Freunde notierte:

“Anfang August 1946 fuhren wir, von Hannover und Hildesheim kommend, nach Süddeutschland zurück. Es war einer jener seltenen Tage, an denen Wiesen und Hänge das Sonnenlicht, geheimnisvoll verwandelt, in allen erdenklichen Schattierungen von Gold und Grün zurückstrahlen. Vor dem Erinnerungshintergrund der Städtetrümmer malte sich die Landschaft doppelt lieblich ab. Wir fuhren geruhsam. Das Auge konnte sich nicht satt sehen an der sanften Bewegung der gebuckelten, zumeist von Wiesen bedeckten Höhen. Der Himmel war fast wolkenlos.

Da war der fast körperliche Wunsch, mit der Hand über diese runden Flächen zu streichen, sich nicht nur auf das Auge zu verlassen, sondern tastend die Unversehrtheit der guten Erde zu verspüren. Die gute Erde – das Wort hatte eine lebendige Gestalt gewonnen. Man konnte zu ihr flüchten aus den Steinhäufen der verwüsteten Städte, aus den Kraterfeldern zeretzter Industrieanlagen.

Wir hatten das noch nie so empfunden. Auf unseren vielen Bahnfahrten hatten wir die Landstrecken zumeist blind durchfahren. Man erlebte eigentlich immer nur das Reiseziel – die Stadt. Und da wechselten zwar Art und Ausmaß der Zerstörung. Immer aber waren es trostlose Bilder, ob das nun Frankfurt und Darmstadt waren, Bremen und Hamburg, Hildesheim und Hannover, Berlin, München und Augsburg, Pforzheim und Ulm.

Auf dieser ersten größeren Fahrt im Wagen unter äußerlich fast friedlichen Umständen erlebten wir, welche weite Bereiche des Landes zwischen den vernichteten Städten von dauernder Verwüstung verschont geblieben sind.

Das Wetter blieb schön, die Landschaft wechselte kaum den Charakter. Es war das freundliche, leicht gewellte Gelände des Weser- und Werratal. Allenthalben wurde Getreide eingefahren. Von

fernher bildeten die in gleichmäßigen Abständen kunstvoll aufgestellten Garbenhaufen seltsam schöne Ornamente.

Wenn ein heftiger körperlicher Schmerz im Abebben ist, dann wagt man vorsichtig, ein wenig tiefer zu atmen – so wagten sich sehr zaghaft Hoffnung und ein ganz leises Glücksgefühl in den müden Sinn.

Plötzlich, ohne daß ich damals oder später einen Grund dafür auffinden konnte, verwandelte sich das Bild furchtbar. Ich sah einen neuen Krieg. Was ich sah, entzieht sich der getreuen Beschreibung. Und doch muß ich versuchen, es zu schildern, aus den kaleidoskopartigen Bildern einige auszublenzen und festzuhalten. Ich sah die Verheerungen des Krieges über das ganze Land gebreitet – ich sah Wiesen und Wälder versengt, das nackte Erdreich zerfetzt, ich spürte Verseuchung über weite Landstrecken ausgebreitet. Nicht allein die Städte waren diesmal zerstört. Die Zerstörung hatte das weite Land ergriffen, in das die engen Bezirke unserer Städte und Ortschaften eingebettet sind. Flüchtlinge bewegten sich aus Zonen des Angriffs fort – in Zonen der Zerstörung hinein, planlos, ausweglos. Die Zerstörung raste immer weiter, sie überstrich einen vollen Erdteil, den nächsten, sie umrundete den Erdball. Der zerbarst nicht, solch gnädiges Geschick blieb versagt. Aber seine Oberfläche war ganz und gar geschändet wie ein skalpiertes Gesicht.

Die Bildfolge riß nicht ab, aber auch die Gedanken folgten dem rasenden Ablauf. Was sollte werden, woher war Hilfe zu erwarten, da alles ergriffen war? Es würde keine Ernten mehr geben, in diesem Jahr nicht und nicht in den folgenden. Das fruchtbare Erdreich selbst war ja abgetragen.

In manchen Gebieten hatten sich die Menschen vorsorglich in unterirdische Städte verzogen. Aber die Furie war stärker gewesen. Zur Hälfte unter ungeheuren Erdrutschen verschüttet, war diesem überdimensionalen Maulwurfsdasein ein Ende bereitet.

Einige Stellen waren durch einen Zufall verschont geblieben, hier ein Hochland, dort einige Täler, auch das ein und das andere zusammenhängende Gebiet, einige der unterirdischen Städte. Hier nun bereitete man sich auf das Gemetzel vor, auf das Niedermachen der Flüchtlinge, auf den Kampf um das Übrigbleiben einiger Tausende oder Hunderttausende.

- Und unser zerstörtes Gestirn kreiste weiter auf vorgezeichneter Bahn, ungeändert wechselten Tag und Nacht, Sommer und Winter. – Dann verlöschte das Bild.” (14.11.1946, nach Schmidt-Harzbach 1984:410-411).

In den folgenden Jahren widmete Wuesthoff einen großen Teil ihrer Energie der Aufklärung über die Gefahren der Atomenergie und wandte sich gegen ihre Bagatellisierung durch Wissenschaftler und Politiker. Sie initiierte den Stuttgarter Friedenskreis, der von 15 Frauen im März 1947 gegründet wurde, sie wurde 1949 Leiterin der Friedenskommission des Deutschen Frauenrings und engagierte sich für ein politisch übergreifendes und internationales Netzwerk der Friedensinitiativen. Sie trat in Kontakt mit Albert Einstein und dem “Emergency Committee of Atomic Scientists” und sie forderte

Autorin spielten. Die frauen- und wissenschaftspolitischen Vorstellungen Bertholds sehen davon ab.

ihre deutschen Physikerkollegen auf, sich dieser Kampagne anzuschließen. Als 1955 die “Mainauer Erklärung” der Nobelpreisträger erschien, wurde sie von allen 19 überregionalen Frauenverbänden unterstützt. Es war das letzte Mal, das ein gemeinsames Vorgehen zustande kam, denn 1956 folgte das Verbot der KPD sowie der ihr nahestehenden Frauenverbände und Friedensorganisationen, begleitet von der Diffamierung der Aufrüstungs- und Atomwaffengegner. Dazu kam Wuesthoffs plötzlicher Tod durch einen Autounfall im gleichen Jahr. In ihrer Person hatten sich berufliche Qualifikation, Erfahrung von Diskriminierung und Bedrohung während der NS-Zeit sowie gute Kontakte zur Frauenpolitik und Frauenbewegung¹⁰ verbunden; im politischen Spektrum der BRD hinterließ sie eine unersetzbare Lücke, denn eine Frau wie sie gab es in Deutschland dann nicht mehr.

In Wuesthoffs Einschätzung für die Möglichkeiten zur Umsetzung friedenspolitischer Initiativen spielten die unmittelbar zurückliegenden historischen Erfahrungen der Frauen eine große Rolle. In einem biografischen Aufsatz kommentierte Ingrid Schmidt-Harzbach: “Im Hinblick auf die außergewöhnlichen Erfahrungen von Frauen im Zweiten Weltkrieg sowie ihrer spezifischen Überlebensarbeit in der Nachkriegszeit vertraute sie auf die weibliche Lernfähigkeit und setzte ihre Hoffnungen in eine besondere Friedensfähigkeit und Sensibilität von Frauen” (Schmidt-Harzbach 1984:417). Ihre frauenpolitische Perspektive integrierte Wuesthoff in allgemeine politische Vorstellungen und betrachtete sowohl die Gefahren der Atomenergie als auch die Möglichkeiten ihrer friedlichen Nutzung als Bedingungen einer neuen Gesellschaft. Demnach gehörte der Streit zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu einem vor-atomaren Zeitalter, in dem sie nur noch als ideologische Begriffe gelten konnten. In der Frauenfriedensbewegung setzte sich ab Mitte der 1950er Jahre mit dem zeitlichen Abstand zur Erinnerung ein Übergang von den differierten Erfahrungen zu einem abstrakten Muster überzeitlicher Geschlechterdifferenz durch. Darin ist eine inhaltliche Entfernung zu Wuesthoffs Zukunftsbild von 1946 zu verstehen, das noch direkt an die erlebte Vergangenheit angeschlossen.

Dennoch hielten die Frauen der Friedensbewegung an einem grundlegenden und höchst konkreten Thema fest, das bis in die Gegenwart nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat: “Heute sind 90% aller Kriegsoffer ZivilistInnen, die Mehrzahl davon sind nicht-kombattante Frauen und Kinder” (Seifert/Eifler 1999:12). Nicht nur, was die Beurteilung der Gefahren und die möglichen Opfer betrifft, von deren Unantastbarkeit nicht die Rede sein kann. Auch in der derzeitigen Diskussion wird eine Konzentration auf die Gegensätzlichkeit von Frauenrollen und Militär als zentral betrachtet und an der Einsicht festgehalten, dass weibliche Verletzbarkeit im Krieg und männlicher Kriegsdienst die Grenze”an einem der wichtigsten Demarkationspunkte” (Rauschenbach 2002:268) der

¹⁰ Freda Wuesthoff promovierte 1924 in München bei Wien und schloß 1927 ihre Ausbildung als Patentanwältin ab. In diesem Beruf ist sie bis 1950 die einzige Frau. Sie war verheiratet mit dem Chemiker Franz Wuesthoff, in der gemeinsamen Anwaltspraxis konnte sie trotz Berufsverbot während der NS-Zeit

Geschlechterdifferenz fixieren. Der Verweis auf de Beauvoirs Überlegungen in *Das andere Geschlecht* (1986) in diesem Zusammenhang markiert allerdings den programmatischen Unterschied, der gegenüber den Positionen der Frauen in der "Kampf dem Atomtod"-Bewegung auftritt. Denn die Frage richtet sich nun ausdrücklich darauf, in welcher Weise eine asymmetrische Geschlechterordnung damit begründet und stabilisiert wird, die in der Politik wie im Militär über den Ausschluss von Frauen funktioniert. Sie erfährt eine brisante Zuspitzung in der Forderung nach der Gleichberechtigung im militärischen Bereich, denn sie impliziert die Anerkennung des Krieges als einer Art von Politik und als eine legitime Fortsetzung ziviler Macht. Eine Zurückweisung dieser Verbindung – und ein sinnvoller Einspruch gegen diese Forderung – kann nicht im Rahmen der Moralisierung einer überhistorischen Geschlechterpolarität geleistet werden, sondern nur durch eine Moral, die in gesellschaftlichen Verhältnissen und ihrer Kritik verankert ist.

In der Nachkriegszeit avancierte die Wissenschaft als Gegenbild zum Militär, aber weder die frauendiskriminierenden Strukturen noch der geschlechtsspezifische Subtext, der die Partizipation von Frauen unterband, wurde dadurch aufgebrochen oder auch nur gelockert. In der Argumentation, auf die sich die Frauen in den 1950er Jahren stützten, war das Verhältnis von Wissenschaft und Geschlecht anderen Zielen untergeordnet; dabei verschränkten sich höchst unterschiedliche politische Absichten und sofern es sich dabei um eine kritische Intention handelte, wurde diese jedoch von der wechselseitigen Dynamik symbolischer und materieller Differenz hintertrieben. Die Argumentation griff zwar auf die traditionellen Muster geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zurück, war aber in ihrem Kern über Politik vermittelt und auf eine lange Sicht betrachtet wurde die Einstellung zur Wissenschaft davon geprägt. Durch das politisierte Muster der Geschlechterrollen wurde die moralische Instabilität des Konzepts wissenschaftlicher Rationalität nicht offengelegt und dekonstruiert, sondern nur ausgeglichen, denn statt in einer Befragung und Reflexion geschlechtsspezifischer Verwicklungen in historische Schuldzusammenhänge bestanden sie in deren Reproduktion als Mythos. Als Konsequenz der Aufspaltung, der Verhüllung und des Verschweigens waren die Stimmen von Frauen als Wissenschaftlerinnen nicht vernehmbar, sondern die Moralisierung der eigenen weiblichen Haltung fügte sich in einer Vorstellung des weiblichen Charakters zusammen, dessen scheinbar zeitlose Konturen sich im Verhältnis zur Vergangenheit ungebrochen wiederfinden. Damit handelte es sich zum einen um eine höchst unsichere Positionierung, die konträr zu Wissenschaftlern in ihrem Verhältnis zur Macht angesiedelt wurde und die immer in Gefahr war, in die Privatisierung oder in die anti-feministischen Stereotypen gespaltener Frauenbilder (Stoehr 1998) abgeschoben zu werden oder abzugleiten. Andererseits wurde die geschlechtsspezifische Besetzung des Wissenschaftlerbilds und vor allem der zentral thematisierte Konflikt von Wissen und Gewissen als männlicher ausgewiesen. Letzten Endes war es dieselbe Gedächtnis-Lücke, und zum selben Zweck, wie bei den Physikern, aber die Übertragung der

weiterarbeiten. Den Nationalsozialisten galt sie als "jüdisch belastet" und "halbarisch". Aus der Zeit des

Schuldlosigkeit der Frauen vom Nationalsozialismus auf den Atomkrieg ersparte “der Frau” den Gewissenskonflikt, der für die Figur des Wissenschaftler-Helden bezeichnend war.

Der Preis der auf diese Weise erzeugten Schuldlosigkeit war zweifach: Denn unter ihrer Voraussetzung gestaltet sich sowohl der Zugang von Frauen zu politischer Macht als auch die Position weiblicher Intellektualität als ein außerordentlich prekäres Unterfangen. Selbst wenn die Gleichberechtigung in Politik und Wissenschaft eingefordert wurde, geschah dies auf der Grundlage einer historischen und logischen Konstellation, die zugleich die Verbindung von Männlichkeit und Macht unterstrich. Mit der grundsätzlichen Schwierigkeit, unter den Bedingungen der Moderne zu einer nicht-entfremdeten Sprache und eigensinnigen Positionen des Sprechens und Schreibens zu finden, haben sich vor allem Literaturwissenschaftlerinnen¹¹ auseinandergesetzt und die widersprüchliche Interdependenz zwischen den gesellschaftlichen Orten von Frauen und der Funktion des Weiblichen im Symbolischen herausgearbeitet. Insbesondere Sigrid Weigel hat diese Aufgabe auf das Zugleich von Opfer- und Täterposition von Frauen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft bezogen um, wie sie formuliert, “den Zusammenhang zwischen der Vernichtung realer Leiber (wie im Faschismus) und der Entleiblichung von Symbolisierungsvorgängen zu untersuchen und die Geschichte der Geschlechterverhältnisse somit im Zusammenhang mit den spezifischen Praktiken der Symbolisierung und Verkörperung der inneren und äußeren Kolonisierung in einer Dialektik der Aufklärung zu studieren” (1990:263). In den Texten deutschsprachiger Autorinnen nach dem Zweiten Weltkrieg richtet sich ihre Aufmerksamkeit auf “die Struktur des Überlebens, das sich dem Verschweigen, Verdrängen und Auslösen von Wissen in einem nach vorn gerichteten Blick verdankt” (Weigel 1987:288). Dabei geht es ihr um die komplizierte Situation jener Frauen, die die Wahrnehmung differenter Erinnerungsperspektiven in der deutschen Geschichte zuliessen und eine “Existenzweise, die sich gegen die Trennung von Wissen und Überleben, gegen die Ungleichzeitigkeit von Erinnerung und Bewußtsein sperrt” (Weigel 1987:288) in Kauf nahmen. Die verbreitete, geradezu selbstverständliche Ignoranz gegenüber einer intellektuellen Frau in den 1950er und 1960er Jahren (vgl. 1999:15) verschärfte die “Anstrengungen, einen subjektiven, generationen- und geschlechterspezifischen Ort in der Geschichte zu finden” (1999:496), wie Weigel am Beispiel von Ingeborg Bachmann in ihren verschiedenen Aspekten detailliert nachgezeichnet hat. Die Unmöglichkeit einer in diesem Sinne eigenständiger weiblicher Intellektualität in jener Zeit trägt zu der wichtigen Feststellung bei: “Diese Art des Schweigens meint also das Fehlen einer bestimmten Sprache” (Weigel 1987:288).

Ersten Weltkrieges war sie mit Marie-Elisabeth Lüders und Agnes Zahn-Harnack bekannt.

¹¹ Genannt werden sollen hier Silvia Bovenschen (1979), Elisabeth Bronfen (1995), Birgit Erdle (1995, 1996, 1999), Marianne Schuller (1990) und Gisela von Wysocki (1980), aus dem Ausland sind vor allem die

Erst in einem allmählichen und mühsamen Prozess kam es in Westdeutschland zum Infragestellen weiblicher Opfermythen und weiblicher Schuldlosigkeit, zur Auseinandersetzung mit den Formen weiblicher Täterschaft in traditionellen und modernen Geschlechterrollen. Und erst damit werden schließlich Positionierungen möglich, die nicht mehr auf der grundsätzlichen Abwehr einer Verstrickung in Gewaltzusammenhänge beruhen. Gleichzeitig entfielen einige der Barrieren, die Frauen in der westdeutschen Nachkriegssituation von Wissenschaft trennten und die ihrer Ausgrenzung von Rationalität die besondere Bedeutung gegeben hatten. Abgelöst vom Entstehungszusammenhang sind sie zu den Ursachen der Ambivalenzen im Verhältnis von Frauen und Wissenschaft zu zählen, die in der feministischen Wissenschaftskritik im Vergleich zu den USA oder Frankreich (vgl. Peiffer 1995) noch lange nachwirkten. Ein Perspektivwechsel wurde eingeleitet, als man in den 1980er Jahren in der feministischen Forschung den Zusammenhang von *Mythos Frau* (Schaeffer-Hegel/Wartmann 1983) und *Frauen und Macht* (Schaeffer-Hegel 1984) systematisch zu untersuchen begann. Kennzeichnend wurde, dass die Widersprüche einer weiblichen Subjektsetzung und die dilemmatischen Komplikationen, die bei der Aneignung von Wissen und Macht durch eine Frau auftreten, aus dem weiblichen Ort in der männlichen, patriarchalen Machtordnung resultieren. An ihm brechen sich die Strategien einer imaginären Aufhebung der kategorialen Differenz von formalem Gleichheitsprinzip und bestehender sozialer Ungleichheit, sei es durch eine "weibliche Akrobatik im Machtspiel der Anerkennung" (Schuller 1990:193), sei es mittels einer Substituierung des realen Mangels durch mythische Weiblichkeitsprojektionen. *Im Unterschied* (Schuller 1990) dazu kann sich eine eigenständige weibliche Intellektualität nur in Form einer "Wissenskritik als Machtkritik" (Schuller 1990:195) entfalten, die sich auf eine Rekonstruktion des Konstitutionsprozesses einlässt und die weibliche Position des Anderen als eine zur Kenntnis nimmt, die Teil dieser Machtordnung ist, durch Ausschluss darin eingeschlossen. Zu den Effekten dieses Verfahrens gehört heute die ökologische Moralisierung weiblicher Überlebensarbeit, in der private Reproduktion und globale Umweltverantwortung zum "Naturfundament" der Formel "Zeit gleich Geld" legiert werden. Diese "Zeitzuordnung zu Natur" (Schultz 1992:25) durch geschichtslose Stereotype verursacht die ewige Unmodernität der Frauen, die der Naturvergangenheit angehörend mit ihren speziellen Anliegen niemals auf der Höhe der Zeit sind bzw. sein können. Ohne ihren "Zugang zur zeitlichen Bühne" (Julia Kristeva nach Weigel 1990:262) im gesellschaftlichen Prozess des technisch-naturbeherrschenden Fortschritts kommt es statt dessen eher zum Wiedererscheinen weiblicher Rettungsfiguren, wie sie für einen apokalyptischen Diskurs charakteristisch sind.

Die Paradoxien der Konstruktion von Weiblichkeit erfordern eine Theorie der Alterität und sie ermöglichen eine Irritation und Negation des Machtssystems aus einer Haltung heraus, die, weil bewusst partiell, subversiv und selbstverändernd wirkt. Denn: "Der Prozeß der Störung aber muß

sich auch auf sie selbst beziehen: ihr eigener Mangel taucht nicht als eine schleunigst zu substituierende Schwäche, sondern als ein produktives Moment auf. Er macht sie neugierig. Begierde mischt sich in die Intellektualität" (Schuller 1990:196). Marianne Schuller griff damit die Gedanken von de Beauvoir auf, die von der gesellschaftlichen Aufgabe sprach, "die Frau neu zu schaffen" (1986:678) und dies ebenso wie Schuller durchaus auch kritisch an die Adresse der Frauen gerichtet hatte: "Die Frau nimmt eben nicht für sich in Anspruch, selber Subjekt zu sein, weil sie nicht die realen Mittel dazu besitzt und die Notwendigkeit ihrer Bindung an den Mann anerkennt, ohne auf Gegenseitigkeit zu bestehen; oft auch, weil sie sich in der Rolle des Anderen gefällt" (de Beauvoir 1986:15). Mit der Flucht vor dem Subjektsein wird die Frau de Beauvoirs existentialistischer Auffassung zufolge Komplizin eines "moralischen Vergehens" (1986:21), nämlich Freiheit in Faktizität stillzustellen und die Entwicklung einer sich selbst überschreitenden Subjektivität zu unterbinden. "Das Drama der Frau besteht in dem Konflikt zwischen dem fundamentalen Anspruch jedes Subjekts, das sich immer als das Wesentliche setzt, und den Anforderungen einer Situation, die sie als unwesentlich konstituiert. ... Das bedeutet, daß wir, die wir uns für die Möglichkeiten des Individuums interessieren, diese Möglichkeiten nicht in den Begriffen des Glücks, sondern in Begriffen der Freiheit definieren werden" (de Beauvoir 1986:21).

IV. Zum gesellschaftlichen Verhältnis von Gedächtnis und Wissenschaft

“wenn die rett
es wird bal
übermor
bis die atombo
ja herr pfa”
fragment von Ernst Jandl (1959)¹

Unterschiede soziologischer und historischer Fragestellungen

Vom aktuellen “Memory-Boom”, dessen Hintergründe der Historiker Jay Winter kürzlich kommentiert hat, scheint die Soziologie auffallend unbeeinflusst geblieben zu sein. Und tatsächlich hat sich seit Heinz Budes (1992:17-19) Feststellungen über die Distanz der Soziologie zu dem Forschungsbereich, der die Nachgeschichte des Nationalsozialismus untersucht, in der Zwischenzeit nur wenig geändert. Einen typischen Überblick über das Spektrum der beteiligten Disziplinen, aus denen die Beiträge zur Gedächtnisforschung stammen, gibt das Schwerpunktheft “Memory” der Zeitschrift *WerkstattGeschichte* im Frühjahr 2002, aus dem auch Winters Aufsatz stammt. Neben der Sozialpsychologie sind es vor allem die Familiensoziologie und die Biographieforschung, welche die Soziologie in diesem Rahmen vertreten.

Bei der Beobachtung der eingeschränkten Beteiligung der Soziologie ist allerdings eine Ausnahme festzustellen, denn einer ihrer Vertreter wird beständig zitiert: Maurice Halbwachs. Sein Name wird in diesem Kontext herangezogen als Gewähr für das Soziale am Gedächtnis und für die genuin kollektiven Qualitäten des Erinnerns. Halbwachs’ Überlegungen zum Zusammenhang von Gedächtnis, Kollektiv und Individuum stehen in der Tradition Durkheims; sie sind auf die überindividuelle Ebene des Sozialen gerichtet, auf die Erforschung der *faits sociaux* und ihrer eigenen vom Individuum unabhängigen oder abgelösten Dynamik. Grundlegende Annahme ist die Wechselseitigkeit von persönlicher Identität und der Kohäsion des Kollektivs, dessen Regeln und Traditionen die soziale “Rahmung” des Einzelgedächtnisses leisten, während das Gedächtnis einer Gruppe zugleich nur durch die beteiligten Individuen gegeben ist, die in einer “matrix of socially positioned individual memories” (Winter/Sivan 1999:24) verbunden sind. In Halbwachs eigenen Worten: “Wenn überdies das kollektive Gedächtnis seine Kraft und seine Beständigkeit daraus herleitet, daß es auf einer Gesamtheit von Menschen beruht,

so sind es indessen die Individuen, die sich als Mitglieder der Gruppe erinnern. In dieser Masse gemeinsamer, sich aufeinander stützender Erinnerungen sind es nicht dieselben, die jedem von ihnen am deutlichsten erscheinen. Wir würden sagen, jedes individuelle Gedächtnis ist ein ‚Ausblickspunkt‘ auf das kollektive Gedächtnis; dieser Ausblickspunkt wechselt je nach der Stelle, die wir darin einnehmen, und diese Stelle selbst wechselt den Beziehungen zufolge, die ich mit anderen Milieus unterhalte. ... Will man diese Verschiedenheit erklären, so stößt man indessen immer wieder auf eine Kombination von Einflüssen, die alle sozialer Natur sind. Von diesen Kombinationen sind manche überaus komplex. Deshalb hängt es nicht von uns ab, sie wiedererscheinen zu lassen. Man muß sich dem Zufall anvertrauen, muß darauf warten, daß sich innerhalb der sozialen Milieus, in denen wir uns materiell oder gedanklich bewegen, mehrere Wellensysteme erneut überschneiden und in gleicher Weise wie früher das Registriergerät, das unser individuelles Gedächtnis ist, in Schwingungen versetzen” (Halbwachs 1967:31-32).

Jan Assmann hat in “Erinnern, um dazu zugehören” (1995) die Bedeutung der zeitlichen Dimension für die soziale und kulturelle Integration hervorgehoben; Gerald Echterhoff und Martin Saar betonen die “topologische Auffassung von Gedächtnis” (2002:15), die Halbwachs’ in seinem theoretischen Entwurf entwickelt. Beide Aspekte hat er selbst ausführlich diskutiert, sowohl in seinem ersten Buch *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen* von 1925 als auch in dem 1950 posthum erschienenen Band *Das kollektive Gedächtnis*². In beiden Dimensionen kommt die grundlegende Annahme zum Tragen, derzufolge die Erinnerung als eine auf das Jetzt bezogene Rekonstruktion des Vergangenen betrachtet wird. “Wir haben es oft wiederholt: die Erinnerung ist in sehr weitem Masse eine Rekonstruktion der Vergangenheit mit Hilfe von der Gegenwart entliehener Gegebenheiten und wird im übrigen durch andere, zu früheren Zeiten unternommene Rekonstruktionen vorbereitet, aus denen das Bild von ehemals schon recht verändert hervorgegangen ist” (Halbwachs 1967:55). Daraus ergibt sich eine systematische Verdopplung der Zeit- und Raumkategorien. Denn zum einen begründen die unterschiedlichen kollektiven Traditionen, die Sinn-Ensembles im Erfahrungs(zeit)raum “gelebter Vergangenheit” (Halbwachs 1967:55) höchst unterschiedliche Zeitordnungen. Vor allem aber differiert ein mit der Tradition verbundenes Gedächtnis in wesentlicher Hinsicht von der Sicht auf die Vergangenheit in der Geschichtsschreibung. Gegenüber der Aufmerksamkeit für die Brüche, Wechsel und Diskontinuitäten liegt das Gewicht hier auf den Affinitäten, auf Dauerhaftigkeit und Wiedererkennen. Seine Betrachtung eröffnet daher die Perspektive der *longue durée*, der langfristigen gesellschaftlichen Transformationen, die zum Wandel symbolischer Referenzsysteme führen. Zum anderen wird der Blick auf die räumlichen

¹ Nach Wagenbach 1993:154.

² Maurice Halbwachs hat die Internierung im Konzentrationslager Buchenwald nicht überlebt, er starb dort am 16. März 1945. Von den Umständen berichtet Jorge Semprun in *Schreiben oder Leben* (1995).

Objektivierungen gelenkt, auf die gemeinsamen Erinnerungs- und Gedenkort, an denen sich verschiedene kollektive Erinnerungen überschneiden und konzentrieren. In der Gestaltung dieser *lieux de mémoire* (Nora 1992) folgt man zumeist dem Wunsch, die vielfältigen Perspektiven zu vereinheitlichen und sich dieser konstruierten Gemeinsamkeit zu versichern, statt der Pluralität der Erinnerungsbezüge nachzugehen und den Unterschieden historischer Erfahrung Raum zu geben.

In den Auseinandersetzungen, die über diese Darstellung hinausgehen, ist vor allem der Einwand gegen die Ausrichtung von Halbwachs' Konzepts auf die Geschlossenheit des Kollektivs und seine Verwendbarkeit für Identitätspolitik von Bedeutung. Dies ist der zentrale Kritikpunkt und es ist der Kontext der Kritik, den Lutz Niethammer in seinem Buch *Kollektive Identität* (2000) vorgebracht hat. Seine Anerkennung gilt der Intention von Halbwachs, die "radikal aufklärerisch als Anstiftung zur Dekonstruktion aller herrschaftlich inszenierten, scheinbar traditionellen Sinnstiftung" (Niethammer 2000:361) zu verstehen ist. Doch Halbwachs durchkreuzte selbst sein Projekt, denn den Begriffen von Tradition und Kontinuität, so wie er sie verwende, läge ein "Identitätspostulat" zugrunde und dies bringe die "Ausklammerung der tatsächlich herrschenden Differenz" (Niethammer 2000:360) mit sich. Scharfe Angriffe richtet Niethammer auf das, was er als die Kernaussage der Theorie von Halbwachs betrachtet, nämlich jede Erinnerung sei vollständig und ausschließlich als sozial konstruiert anzusehen: "Seine Gedächtnistheorie kreist im hermetischen Zirkel des Konstruktivismus, Jahrzehnte bevor dieser philosophisch-programmatisch erfunden wurde" (Niethammer 2000:348). Daher "gibt es keine objektive Erinnerung des Vergangenen. Vielmehr nur Wahrnehmungen" (Niethammer 2000:352); Kriterienlosigkeit, Entleerung und Beliebigkeit, Vagheit (vgl. Niethammer 2000:348-349) seien die Folge. Das Erkenntnisinteresse an der Vergangenheit werde aufgegeben zugunsten "abstrakte(r) und teleologische(r) Spekulationen der Soziologen über Kollektivsubjekte und ihre Gesetzmäßigkeiten, Zwecke, Wünsche, oder gar ihren Willen" (Niethammer 2000:356). Schließlich: "die soziologischen Fiktionen gehen an der Geschichte vorbei" (Niethammer 2000:357). Zwei Jahre später fällt Niethammers Urteil über Halbwachs in seinem Beitrag zu dem bereits genannten Memory-Heft weniger polemisch aus. Aufrechterhalten wird die prinzipielle Kritik am Begriff des Gedächtnisses bei Halbwachs und es werden seine Argumente gegen die Vorstellungen Bergsons und Freuds als "überzogen" bezeichnet, aber zugleich wird nun auf die Einsicht in die "Manipulierbarkeit und Machtbezogenheit" (Niethammer 2002:36) hingewiesen, die sich aus der sozialen Konstruiertheit kollektiver und kultureller Gedächtnisse ergibt³. Aus der Perspektive der Soziologin ist es allerdings

³ Das merkt auch Rosenthal an: "Einmal abgesehen von der - aus soziologischer Perspektive - Undifferenziertheit des Konzepts kollektiver Bezugsrahmen, die von sozialen Gruppen angeboten werden, springt Halbwachs mit seiner berechtigten Kritik an den Ablagerungstheoretikern m.E. auf die andere Seite des Dualismus. Beharren die einen - meist die Psychologen - auf einem ‚festen Inneren‘, plädiert Halbwachs, als Soziologe, für das ‚feste Äußere‘. Wir können zwar völlig Halbwachs' These folgen, daß wir unsere Vergangenheit von der Gegenwart her

unbefriedigend, dass beide Aspekte immer noch auseinanderfallen, deshalb werde ich auf diese Kritik zurückkommen, nachdem ich noch zwei andere Stellungnahmen zu Halbwachs einbezogen habe.

Ausgehend von der doppelten Bestimmung, dass wir uns einerseits zur Zeit am Übergang von einem kommunikativen zu einem medial fixierten Gedächtnis befinden und uns andererseits den Bedingungen einer multikulturellen und ethnisch differenzierten Gesellschaft zu stellen haben (vgl. Echterhoff/Saar 2002:13), wird der Versuch unternommen, Halbwachs' Überlegungen aufzunehmen und kritisch fortzuführen. Ziel ist es, die angelegten Möglichkeiten zur "Destabilisierung und Dezentrierung von Erinnerungen und nach kommunikativer Aushandlung verschiedener Sichtweisen der Erinnerung" (Echterhoff/Saar 2002:25) in den Mittelpunkt zu stellen und einer identitätspolitischen Orientierung der Diskussion entgegen zu steuern. Am Ende des Sammelbandes, in dem verschiedene Ansätze zu dieser Aufgabenstellung vorgestellt werden, nimmt Saar den Gedanken zu "Multikulturalität und Gedächtnisvielfalt" (2002:272) explizit wieder auf. Er betrachtet die Ereignisse an den gesellschaftlichen und besonders den nationalen Erinnerungsorten als einen Kampf um Anerkennung, um die Wahrnehmung der gleichzeitigen Präsenz vermischter und antagonistischer kultureller "Orientierungen und Erbschaften" und der Diskriminierung derjenigen, die in der "hegemonialen und offiziellen Form der Vergangenheitsrepräsentation, die sich in staatlicher Symbolpolitik, in Unterricht und offiziellen Geschichtswerken, in kommunaler Traditionspflege und in den konventionalisierten historischen Bezügen des öffentlichen Diskurses" (Saar 2002: 272) übergangen werden. Zwei seiner Hinweise in diesem Zusammenhang sind wichtig. Die Einheit kultureller Identität und kollektiver Erinnerung ist trotz allem nicht einfach eine Unwahrheit, denn sie entfaltet ihre Wirksamkeit auf der Ebene der Ideologie bzw. als Mythologie im Sinne von Roland Barthes und ist ein Mechanismus bei der Verteilung gesellschaftlicher Machtpositionen. "Das Zusprechen von kultureller Identität ist nicht nur eine Deskription von Identität, sondern immer auch eine Askription und damit eine konstitutive und performative Zuschreibung von Identität und Status" (Saar 2002:274). Das Problem ist, dass dieser Perspektive nicht nachgegangen wird und die Überlegungen insgesamt doch kulturalistisch abgeflacht bleiben, wo eine soziologische oder politische Analyse einsetzen müsste: "Theorien des ‚kollektiven Gedächtnisses‘ sind eine bestimmte Variante von Theorien kultureller Identität. Sie erläutern die Bildung und Ausprägung von Kultur über die Fähigkeit von Gruppen zur kollektiven Erinnerung und erklären die Entstehung von Identität als Praxis und Frage von kultureller Erinnerung und kollektivem Gedächtnis. Sie befragen Identität durch die Analyse der mnemonischen Techniken und Praktiken wie Traditions- und Kanonbildung, von Feiern und Ritualen, der Pflege von Gedenkorten und -institutionen"

konstruieren, doch wir haben andererseits die Gegenwart als durch die Vergangenheit konstituiert zu betrachten" (Rosenthal 1995:81). Im Unterschied zu Halbwachs geht diese nicht vollständig im sozialen Milieu auf, womit

(Saar 2002:268). Das genau aber wäre die Frage. So gesetzt, bleibt Differenz auf Identität bezogen, d.h. es kann zwar eine Vorstellung von Gegenidentität und Gegenerinnerung entwickelt werden, aber es findet keine Ablösung vom Identitätskonzept selbst statt. Damit treffen hier schließlich Niethammers Bedenken zu, inwieweit sie jedoch als Kritik an Halbwachs selbst berechtigt sind oder eher als eine Reaktion auf die Rezeption seines Werkes gelesen werden müssen, bleibt hier noch offen.

Ein weiterer kritischer Aspekt im Bezug auf Halbwachs' Theorie taucht in der Einleitung von Jay Winter und Emmanuel Sivan zu der von ihnen herausgegebenen Anthologie *War and Remembrance* (1999) auf. Sie zentrieren ihre Darstellung um einen Begriff von Erinnerung als soziales Handeln: "collective memory is an activity of individuals coming together in public to recall the past" (Winter/Sivan 1999:11). Der gewählte Blickwinkel ist außerordentlich hilfreich, um die Konturen eines Gegenstandes zu erfassen, der "at the intersection of private memories, family memories, and collective memories" (Winter/Sivan 1999:9) angesiedelt ist. Die Wechselwirkungen von Erinnern und Vergessen, sowie die Gedächtnismuster, die sich im sozialen Prozess verfestigen und allgemein verbindlich werden, ergeben sich aus der Interaktion der verschiedenen Akteure und der Interferenz der Absichten, die sie jeweils verfolgen. Die Rolle des Individuums wird ebenso sichtbar wie unterschiedliche Gruppierungen innerhalb größerer Kollektive. Erinnerung ist ebenso wie das Ereignis, das erinnert wird, eine soziale Aktivität: "No man goes to war alone" (Winter/Sivan 1999:19). Unter dieser Perspektive versammelt das Buch eine Reihe ausgezeichnete Beiträge.

Zum Verhältnis von Gedächtnis und Gesellschaft vertreten Winter und Sivan eine mittlere Position: "Societies do not learn. Individuals in societies learn. ... there is sufficient overlap between their memory traces. For this overlap to become a social phenomenon, it must be expressed and shared" (Winter/Sivan 1999:16)⁴. Aufgrund ihrer Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes können sie mit dem theoretischen Projekt von Durkheim und Halbwachs relativ problemlos umgehen, denn die Bindung des individuellen Gedächtnisses an die sozialen Beziehungen und seine Verankerung in der sozialen Struktur tritt damit unmittelbar hervor. In der gemeinsamen Aktivität des Erinnerns ist das Gedächtnis "socially framed" und es bleibt in diesem Rahmen solange erhalten, wie die tragenden Beziehungen existieren. Sie distanzieren sich allerdings von der Auffassung, das Gedächtnis sei "entirely socially

Raum für das spontane und unkontrollierte Auftauchen von Erinnerungen gegeben ist, vor allem auch von Erinnerungen, die dann interpretiert und "gerahmt" werden müssen.

⁴ In ihrem Überblick skizzieren und diskutieren sie Ergebnisse der kognitiven Psychologie: die Ablagerung der Erinnerungspuren in Schichten, auf die verzerrende Effekte einwirken und die im darstellenden Ausdruck geformt werden, und die besonderen Merkmale traumatischer Erinnerung, nämlich die zeitliche Verzögerung und die Unkontrollierbarkeit ihres Auftretens. Zum sozialen Lernprozess als Teil von Erinnerung siehe auch Miller (1990).

determined” (Winter/Sivan 1999:23), denn darin sehen sie bei Halbwachs eine Grenze verwischt, an der sie festhalten wollen und die sie im Rekurs auf Roger Bastides Unterscheidung von Organisation und Struktur definieren. Demnach sind in der Analyse kollektiver Erinnerungen zwei Ebenen auseinander zu halten. Im wechselseitigen Austausch von Wissen, Erinnerungen und Werten stellt sich ein gesellschaftliches Bewusstsein gemeinsamer Identität her, ein auf Zeit und Ort bezogener emotionaler und rationaler Zusammenhang, der das gemeinsame Produkt jener Verständigung ist: “the components of individual memory intersect and create a kind of pattern with an existence of its own” (Winter/Sivan 1999:28). Einerseits entsteht auf diese Weise “a kind of interpretive code which endows individual memories with meaning according to the *living tradition* of remembrance of that specific group” (Winter/Sivan 1999:28), aber andererseits bewirkt die soziale Ungleichheit der Beteiligten, dass ihren Beiträgen ein höchst unterschiedlicher Wert beigemessen wird, d.h. sie verschränken sich mit den Machtverhältnissen innerhalb des betrachteten Kollektivs. Ein kollektives Gedächtnis kann nicht bestehen ohne das soziale Netz individueller Erinnerungen, was aber gar nicht im Widerspruch zu Halbwachs steht, dessen Bild der Interferenz meint ja genau dies. Neu dagegen ist der Fokus auf die Akteure in der Zivilgesellschaft, die sie als das Bindeglied zwischen Familie und Staatsapparat verstehen, und auf die Öffentlichkeit als ein Bereich, in dem sich neue Gruppierungen und Eliten, “secondary elites” (Winter/Sivan 1999:29) herausbilden und ihren Einfluss geltend machen.

Der zweite Punkt, in dem Winter und Sivan von Halbwachs Abstand nehmen, betrifft das Verhältnis von Geschichte und kollektivem Gedächtnis, “positing an impossibly strict distinction between history (objective) and memory (subjective)” (Winter/Sivan 1999:25). Aber die Differenz im Bezug auf Geschichte wird bei genauerem Hinsehen ebenfalls unklar; zu Beginn ihres Überblicks über die verschiedenen Ansätze im Umfeld ihres Projekts hatten sie geschrieben: “But it is important not to separate any notion of ‘collective memory’ from historical knowledge. Collective memory is not what historians say about the past. These professionals try to provide a documentary record of events, but in doing so they almost always depart from private memories. Anyone who has conducted interviews with participants in public events can attest that. Collective memory is not historical memory, though the two usually overlap at many points. Professional history matters, to be sure, but only to a small population, Collective remembrance is a set of acts which go beyond the limits of the professionals. These acts may draw from professional history, but they do not depend on it” (Winter/Sivan 1999:8). Halbwachs unternahm einen Versuch einer Differenzierung von Geschichte und Gedächtnis, die man nicht notwendig als eine absolute Gegenüberstellung ansehen muss, sondern vielmehr als die Feststellung

Sie markieren deren Schnittpunkte mit kulturhistorischen Studien, wie der Untersuchung der symbolischen Sprache im kulturellen Bildergedächtnis bei Warburg und der Geschichte der Mentalitäten der *Annales*-Schule, und mit soziologischen bzw. anthropologischen Ansätzen, die ich hier in den Vordergrund stelle.

zweier Pole in der Einstellung zur und im Wissen über die Vergangenheit betrachten kann. Selbst in der Bemerkung "ein Historiker beabsichtigt durchaus, objektiv und unparteiisch zu sein" (Halbwachs 1967:72), verfährt er noch vorsichtig. Hier taucht das Stichwort "objektiv" auf und es soll heißen, orientiert an größeren gesellschaftlichen Einheiten und von den besonderen Bedeutungen und Interessen einzelner Gruppen absehend. Es handelt sich mithin um ein Ideal, das in der Vorstellung einer Universalgeschichte repräsentiert ist und dem die nationale Geschichtsschreibung vielleicht noch nahe kommt, "denn sie richtet den Blick auf das Ganze" (Halbwachs 1967:75). Was Halbwachs diesem gegenüberstellt, ist vor allem heterogen, nicht ein Gedächtnis sondern viele - unproblematisch ist weder das eine noch das andere. "Die Steine der Stadt" (Halbwachs 1967:134), die Zeugnisse und Überreste nicht mehr existierender gesellschaftlicher Gruppierungen (Halbwachs 1967:121) werden vom jeweiligen kollektiven Gedächtnis nur fragmentarisch und erratisch wahrgenommen, zum eigenen Gebrauch verwendet; ein historisches Erkenntnisinteresse kann sich das nicht erlauben. Die Probleme, die im Feld zwischen den beiden Polen bestehen, werden nicht sichtbar durch die Auflösung ihrer Spannung oder gar einer der beiden Seiten.

Aber was heißt objektiv bzw. objektivierend für einen Soziologen? Ich betrachte dies als die Schlüsselfrage des Problems, das von allen drei dargestellten Positionen der Halbwachs-Rezeption aufgeworfen und am schärfsten bei Niethammer formuliert wird. In allen drei Beispielen bleiben die Besonderheiten des soziologischen Erkenntnisinteresses und die Eigenarten seines Gegenstandes unscharf. Für das Thema des Verhältnisses von Wissenschaft und Öffentlichkeit sowie für meine Interpretation des in den vorausgegangenen Abschnitten dargestellten Materials entlang der These einer paradoxen Rede ist aber eine deutlichere Kontur der sozialen Dimensionen des Gedächtnisses (einschließlich ihrer Grenzen) unverzichtbar. Die folgenden Überlegungen gelten daher der Ordnung der theoretischen Ressourcen, die in die vorliegende Studie eingegangen sind.

Damit komme ich noch einmal auf Niethammers Kritik an der Theorie des Gedächtnisses zurück, die für mein Vorhaben deshalb besonders wichtig ist, weil ich mich auf einen Begriff des Gedächtnisses beziehe, den er verteidigt: "Der Historismus - und in seinem Gefolge die Psychoanalyse - hat die historisch-kritische Methode einer rekursiven Unterscheidung zwischen den ‚Überresten‘ der Vergangenheit und späteren Verdrängungen und Überlagerungen in der Bildung von ‚Tradition‘ entwickelt und sich dann in der Annäherung an das in seiner Gesamtheit immer verlorene Ursprüngliche aufs Lesen fragmentarischer Strukturen und deren tentative Rekonstruktionen durch Indizien, Suche nach anderen Überlieferungen u.ä. geworfen. Er hat also das Interesse an der Objektivität des zu Erinnernden aufrechterhalten und sich auf Methoden der Annäherung und der Interpretation zurückgezogen. Halbwachs hingegen hält die positivistische Methode aufrecht, schreibt den Gegenstand

der Erinnerung insgesamt ab und wechselt das Terrain, indem er nun Aussagen über die soziale und psychische Funktion des Erinnerns anstrebt. *Jetzt geht es nicht mehr um die Identität des Erinnerten, sondern der Erinnernden*. Die so erzielte soziale Identität, die er allerdings in dieser Schrift überwiegend noch ‚Kontinuität‘ und ‚Tradition‘ nennt, ist also zunächst einmal ein disziplinäres Artefakt” (Niethammer 2000:353, Hervorhebung d. Verf.). Die Feststellung ist korrekt, denn der Soziologie geht es nicht, jedenfalls nicht in erster Linie, um die Wahrheit der Vergangenheit, sondern sie vollzieht eben jenen Wechsel der Perspektive und des Gegenstandes.

An dieser Stelle unterscheiden sich die Zielsetzungen historischer und soziologischer Objektivität, letztere nimmt genau jenes vertrackte “Artefakt kollektiver Identität” (Niethammer 2000:357) in den Blick. Halbwachs umreißt dessen Qualität folgendermaßen: “es besteht zwischen dem Rahmen und den Ereignissen von Natur eine Identität: Die Ereignisse sind Erinnerungen, aber der Rahmen ist gleichfalls aus Erinnerungen gebildet. Zwischen ihnen gäbe es den Unterschied, daß die letzteren stabiler sind und daß es von ihm in jedem Augenblick abhängt, sie wahrzunehmen, daß wir uns ihrer bedienen, die ersteren wiederzufinden und zu rekonstruieren” (Halbwachs nach Niethammer 2000:355). Dabei benutzt er tatsächlich den Begriff Identität, allerdings nicht um ein spezifisches Kollektiv zu bezeichnen, sondern um jene erste Frage zu beantworten, die sich auf die Gegenstände der Soziologie richtet: Von welcher Art ist Beständigkeit sozialer Beziehungen und Verhältnisse, inwiefern lassen sie sich als Objekte betrachten und welche Prozesse wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Objektivierung liegen diesem Blick zugrunde? Der kritische Punkt dabei ist, dass, obgleich die betrachteten Strukturen soziale – also von den Menschen selbst hergestellt – sind, sie sich einer willkürlichen Veränderung durch die Subjekte entziehen und doch die Erklärung dieses Tatbestandes nicht auf außergesellschaftliche Ursachen zurückgreifen kann. Das ist eine Setzung, die jeder Soziologie⁵ zugrunde liegt und die mit der immer wieder neu gestellten Frage “Was ist Gesellschaft?” (Simmel 1986) weiter bearbeitet wird. Das Paradox liegt genau hierin, und das sieht Niethammer deutlich, wenn er beklagt, dass Halbwachs einerseits “den gesellschaftlichen Rahmen als etwas Festes” und andererseits flexibel, weil nur “im Zustand der Kristallisation begriffen” (Niethammer 2000:356), ansieht. Es handelt sich aber keineswegs um das spezielle Problem von Halbwachs, der mit seinem Buch nicht zu Rande gekommen wäre und dessen zweiter theoretischer Text daher unabgeschlossen blieb. “Das muß also an dessen Inhalt gelegen haben”, meint Niethammer (2000:357). Man kann die Problematik auch anders verorten - nämlich in der Erkenntnisabsicht der Soziologie und an den Bedingungen soziologischen Denkens, unter denen Halbwachs sein Projekt weiterzuentwickeln versuchte.

⁵ Einschränkend muss man leider bemerken: Sofern sie sich nicht als theorieleose Hilfswissenschaft einer biologistisch determinierten “Weltanschauung” aufgetreten ist.

Die Aufforderung, man müsse Halbwachs “zuerst historisch verstehen” (Niethammer 2000:360), bevor man an seine Theorie anschließen kann, sollte sich nicht auf die Feststellung beschränken, dass seine Überlegungen unter der deutschen Besatzung eine neue politische Bedeutung gewannen und statt als eine Aufforderung zur Dekonstruktion vielmehr als Entwurf möglicher Gegenerinnerung gelesen wurden. Darüber hinaus bleibt Niethammer jedoch bezüglich der Geschichte der Soziologie und der Entwicklung ihrer Begriffe erstaunlich ahistorisch. Halbwachs’ erstes Buch von 1925 fällt zwar nicht in die direkte Entstehungszeit der Soziologie, dennoch war es ein Beitrag zu einer Disziplin, die noch dabei war, ihren Gegenstand zu klären und ihn gegen die etablierten Disziplinen behaupten musste. Das waren in diesem Fall die Psychologie und die Geschichte, konkret die Kritik von Claude Blondel und Marc Bloch, mit denen er in Strasbourg zusammenarbeitete. Mit der Unschärfe mancher Begriffsbildungen ist also ebenso zu rechnen wie mit überdehnten Ansprüchen. Halbwachs’ Einfluss, bzw. der Einfluss des wechselseitigen Austausches mit seinen Kollegen trug andererseits dazu bei, dass sich auch der Begriff von Geschichte veränderte, den Halbwachs in seiner Gegenüberstellung zum Gedächtnis noch sehr kritiklos mit einer universalgeschichtlichen Chronologie gleichsetzt; das wäre heute so nicht mehr möglich. Dabei verdanken die Entwicklungen der Historiographie im Rahmen der *Écoles des Annales* und die Hinwendung zu einer Geschichte der Mentalitäten, der Gefühle und Werte, Symbole und Bedeutungen, Mythen einer Zivilisation, d.h. eines kulturell identifizierbaren Zeit-Raums, manches seinem Anstoß (vgl. Winter/Sivan 1999:23-27). Was die europäische Soziologie in der Zwischenkriegszeit betrifft, so ist der Fall von Maurice Halbwachs leider keine Ausnahme. Zahlreiche Wissenschaftler wurden durch Emigration und Verfolgung in ihrer Arbeit und in ihren Diskussionen unterbrochen und aufgehalten, zu Umwegen und Umorientierungen gezwungen, und das war noch der glücklichere Ausgang. Diese Beschädigungen am Leben, an den wissenschaftlichen Karrieren und an den Kooperationszusammenhängen können in der Soziologie wohl kaum überschätzt werden. Existenzieller Gefahr ausgesetzt oder ins Ungewisse geworfen, standen die Soziologen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur vor neuen Problemen sondern auch vor grundsätzlich neuen Verhältnissen in ihrer eigenen Wissenschaft. Dies ist nicht ohne Auswirkungen auf die Inhalte und Theorien ihrer Arbeit geblieben, zu mindestens was ihren Verlauf betrifft (vgl. König 1987:298-328).

Wissenssoziologie: Objektivierung der Sinnwelten

Diese tiefen Einschnitte und Brüche sind in einer begriffshistorischen Reflexion der Rezeption von Halbwachs' Werk und den darin angelegten Potentialen eines soziologischen Beitrags zur Theorie des Gedächtnisses zu berücksichtigen. Im ersten Schritt zu einer Rekonstruktion der weiterführenden Aspekte, die auf mein Thema hin zu entwickeln sind, verwende ich die Wissenssoziologie, die auffallend viele Übereinstimmungen mit dem Halbwachsschen Projekt aufweist. D.h. die Halbwachssche Gedächtnistheorie soll durch die Brille der Wissenssoziologie und zwar der Heutigen gelesen werden, um das spezifische Anliegen von Halbwachs' Intervention deutlich zu machen und sie der modernen Begrifflichkeit anzunähern. Ich wähle als Bezugspunkt den Klassiker *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* von Peter Berger und Thomas Luckmann (1999). In ihrer Einleitung stellen sie klar, dass sich die Wissenssoziologie ebenfalls in der Nachfolge des Historismus versteht und an der Diversität und Variabilität menschlich-sozialen Lebens, der Relativität sämtlicher seiner Aspekte und der unausweichlichen Geschichtlichkeit aller Vorstellungen darüber als Voraussetzung ihrer Frage nach der Stabilität der soziokulturellen Gebilde festhält.

Aufgabe und Erkenntnisabsicht der Wissenssoziologie definieren sie im Anschluss an Durkheim und Weber: "Gesellschaft besitzt tatsächlich objektive Faktizität. Und Gesellschaft wird tatsächlich konstruiert durch Tätigkeiten, die subjektiv gemeinten Sinn zum Ausdruck bringen. Und sicher wußte Durkheim so gut das eine wie Weber das andere. Es ist ja gerade der Doppelcharakter der Gesellschaft als objektive Faktizität *und* subjektiv gemeinter Sinn, der sie zur ‚Realität sui generis‘ macht, um einen anderen Begriff von Durkheim zu verwenden. Die Grundfrage der soziologischen Theorie darf demnach so gestellt werden: Wie ist es möglich, daß subjektiv gemeinter Sinn zu objektiver Faktizität wird? Oder, in der Terminologie Webers und Durkheims: Wie ist es möglich, daß menschliches Handeln (Weber) eine Welt von Sachen hervorbringt?" (Berger/Luckmann 1999:20). Schritt für Schritt entwickeln sie im folgenden die Prozesse der Habitualisierung und der Institutionalisierung, die sie als kumulative Sedimentierung der Interaktionen durch die wechselseitige, reziproke Typisierung von Handlungen und der Handelnden selbst in der Ausdifferenzierung und Festlegung unterschiedlicher gesellschaftlicher Rollen fassen. Der zentrale Stellenwert, der den Vorgängen von Entäußerung und Vergegenständlichung für die gemeinsame Selbstproduktion des Menschen eingeräumt wird, ermöglicht sowohl eine Erklärung, wie sich die soziale Welt aufbaut und was ihr Beständigkeit verleiht, als auch den Aspekten der Entfremdung und Verdinglichung bis hin zur Naturalisierung sozialer Formen Rechnung zu tragen. Der bedeutsame Zugewinn an begrifflicher Präzision besteht in der Aufmerksamkeit für die Relevanz von Institutionalisierung und die spezielle, unhintergehbare Stellung der Alltagswelt. Die betrachteten Kollektive sind mithin keine unspezifischen und beliebigen Interessen- und Denkgemeinschaften, sondern werden als höchst verschiedene soziale Einheiten unterscheidbar, wobei der Blick auf das

simultane Zusammenspiel von Externalisierung, Objektivierung und Internalisierung im Detail gerichtet wird, die Forschungsaufgaben auf mikrosoziologischer Ebene gewinnen an Gewicht.

In allgemeiner Hinsicht ist es entscheidend, dass der Begriff der Objektivierung sich nicht auf die Äußerungen eines sozialen Kollektivs, sondern auf die Konstitution seiner Gemeinsamkeit bezieht; beim Gegenstand der Wissenssoziologie handelt es sich nämlich um “die Objektivierungen subjektiv sinnvoller Vorgänge, aus denen die *intersubjektive* Welt entsteht” (Berger/Luckmann 1999:22)⁶. Die Lektüre des Buchs von Berger und Luckmann macht im Weiteren deutlich, wieso Halbwachs mit seinem Gedächtnisprojekt, dessen Gegenstand die Einladung zum Missverständnis des Historikers bildete, als Soziologe dem Kern seiner Sache nahe kam. Denn die Vorgänge sozialer Objektivierung, in denen feste und bindende Regeln des Zusammenseins entstehen, sind schlicht unvorstellbar ohne die fundamentale Rolle der Zeit und der Zeitvorstellungen; “die Intersubjektivität der Alltagswelt hat eine zeitliche Dimension” (Berger/Luckmann 1999:29)⁷. Dabei handelt es sich zum einen um die Geschichtlichkeit der individuellen Existenz; weil versehen mit Datum (Berger/Luckmann 1999:30) und Ort, weiß der Einzelne wohin und wozu er gehört. “Uhr und Kalender vergewissern mich, daß ich tatsächlich ‚ein Mensch meiner Zeit‘ bin. Und nur in dieser zeitlichen Strukturiertheit erhält die Alltagswelt für mich einen Akzent der Wirklichkeit. ... Ich sehe auf meine Uhr und versuche mich zu erinnern, was für ein Tag heute ist. Mit diesem Akte kehre ich in die Wirklichkeit der Alltagswelt zurück” (Berger/Luckmann 1999:31). Der zweite Aspekt besteht in der Weitergabe sozialer Ordnungen über die Grenze der Generationen hinweg, die erst dann als vergegenständlicht erfahren, als objektiv wahrgenommen und als eine wirklich gesellschaftliche Welt angesehen werden kann. Voraussetzung dafür sind gemeinsame Zeichensysteme, in allererster Linie die Sprache; die verweisende Funktion des Symbols erlaubt die Herstellung von Zusammenhängen zwischen getrennten Wirklichkeitssphären, kann dabei Raum und Zeit überspannen, in die Imagination hinausgreifen und Theoriegebäude erstellen. Mit dieser Produktion semantischer Felder ordnen sich zugleich die biografischen und historischen Erfahrungen zu einer kollektiven Geschichte. “Sowohl nach ihrer Genese (Gesellschaftsordnung ist das Resultat vergangenen menschlichen Tuns) als auch in ihrer Präsenz in jedem Augenblick (sie besteht nur solange menschliche Aktivität nicht davon abläßt, sie zu produzieren) ist Gesellschaft als solche ein Produkt des Menschen” (Berger/Luckmann 1999:55).

⁶ Die Verwechslung begründet die Schlussfolgerung aus der Beobachtung, dass “sich die Analyse nur noch auf die kulturellen Objektivierungen einer Gruppe in der Gegenwart und ggf. die Geschichte dieser Objekte beschränkt. Dieser mit der Gedächtnismetaphorik umhüllte Rückfall in Wissenssoziologie” (Niethammer 2000:354) - die Polemik ist nicht “up to date” und geht nun ihrerseits an ihrem Ziel vorbei.

⁷ Siehe dazu auch Elias (1984), Lefebvre (1978), Levinas (1984).

Es ist der Zusammenhang von Wissen und Integration, der in beiden genannten Aspekten auftritt, und es war insbesondere das Wissen als Gedächtnis, d.h. auf Vergangenheit bezogenes Alltagswissen, das Halbwachs' spezielles Anliegen war. Dessen Ausprägungen im kollektiven Gedächtnis, Gruppengedächtnis oder auch im Gedächtnis der Nation betrachtete er als "raum-, zeit- und gruppenspezifische Vergemeinschaftungsformen des Wissens über eine je eigene Vergangenheit, die deren Kontinuität und Spezifik, d.h. ihre Abgrenzung nach außen betone" (Niethammer 2000:359). Dass darin eine problematische Identitätsvorstellung eingelassen sei, belegt Niethammer mit einem Zitat von Halbwachs: "In dem Augenblick, in dem die Gruppe auf ihre Vergangenheit zurückblickt, fühlt sie wohl, dass sie dieselbe geblieben ist und wird sich ihrer zu jeder Zeit ihrer Identität bewußt" (2000:360, bei Halbwachs 1967:74). In diesem Zusammenhang ist es aber nicht irrelevant, dass es hier bei Halbwachs um die Unterschiede und die Vielfalt der sozialen Gruppierungen und ihren inneren Zusammenhalt im Nebeneinander der verschiedenen Erinnerungskollektive geht. Daher ist die zweite Funktion des Begriffs Identität hier eine relative, soweit er überhaupt vorhanden ist. Denn Halbwachs spricht in der Fortführung dieser Passage eher von der Hervorhebung der "Ähnlichkeiten" im gemeinsamen Gedächtnis und will damit ein Merkmal bezeichnen, das auf den Unterschied zur Geschichte abhebt. "Aber die Gruppe, die zuerst und vor allem für sich selbst lebt, strebt danach, die Gefühle und Bilder, die die Substanz ihres Denkens bilden, zu verewigen" (Halbwachs 1967:75). Weiterhin bezeichnet er jenen Vorrang der Ähnlichkeiten als eine "Täuschung" im Bewusstsein der Gruppe über sich selbst und über ihre Vergangenheit, letztlich auch über die Unverändertheit ihres inneren Zusammenhalts. Damit bewegt er sich, modern gesprochen, auf der Ebene des Ideologischen und Symbolischen, dem ausgezeichneten Entstehungsort für das ominöse "Gefühl der Identität" (mehrfach bei Niethammer 2000:350, 354), von dem aus es seine soziale Wirkung entfaltet.

In der modernen Wissenssoziologie finden wir an der entsprechenden Stelle das Konzept der symbolischen Sinnwelten und ihrer Funktion für die gesellschaftliche Integration der isoliert ablaufenden Institutionalisierungsprozesse. Mit Hilfe dieses Konzepts hält sie am Relationismus, an der Vielfalt und Verschiedenheit der sozialen Wirklichkeiten fest, nachdem sie Abstand von der Ausrichtung auf die Erkenntnistheorie genommen hat - was als ein Teil der inhaltlichen Umorientierungen der Soziologie in der Zwischen- und Nachkriegszeit zu betrachten ist. Sie setzt sich die "Analyse reziproker Sinngebungs- bei Institutionalisierungsprozessen" (Berger/Luckmann 1999:68) zum Ziel und hat mit der Wendung zu Alltagswissen und Lebenswelt die Probleme der sozialen Ordnung und der Zugehörigkeit unter die Perspektive einer "Distribution des Wissens" (Schütz nach Berger/Luckmann 1999:47) gestellt. Die theoretische Prämisse dabei lautet: "das reflektierende Bewußtsein überlagert die institutionale Ordnung mit seiner eigenen Logik" (Berger/Luckmann 1999:69), es organisiert die Kohärenz der Sinnprovinzen und ordnet die nebeneinander bestehenden

“Wirklichkeitsenklaven” in eine übergreifende symbolische Sinnwelt ein⁸. Die Legitimation der institutionellen Formen ist demnach ein produktiver, weil gesellschaftlichen Zusammenhang stiftender Vorgang; es handelt sich um eine Projektion von Sinn auf die soziale Welt, die nicht zu trennen ist von deren materieller Gestaltung. Wirklichkeitsbestimmung und Wirklichkeitshervorbringung gehen Hand in Hand, die Sinnkonstruktion umschließt kognitive und normative Begriffsbildung, vermittelt zugleich Wissen und Werte. Aus der engen Verknüpfung von Institution und Wissen folgt, dass Sinnkonstruktionen auf gesellschaftliche Träger angewiesen sind, die die jeweilige Wirklichkeitsbestimmung verkörpern: “konkrete Personen sind die Bestimmer von Wirklichkeit” (Berger/Luckmann 1999:124). Im Zuge der Theoretisierung von Erklärungen, die sich vom praktischen Kontext ablösen, kann sich ihre Organisation verselbständigen und eigene Institutionen ausbilden, sie werden zur Domäne von Eliten und Spezialisten, von “Welt-Spezialisten” (Berger/Luckmann 1999:125). Trotz der sich vergrößernden Distanz vom Wissensbestand der Allgemeinheit⁹ kann der Unterschied zwischen den alltäglichen Vorstellungen und den wissenschaftlichen Theorien über das gesellschaftliche Leben als graduell betrachtet werden: “Erst nachdem eine symbolische Sinnwelt als ein ‚Erstlings‘produkt theoretischen Denkens objektiviert ist, entsteht die Möglichkeit systematischer Reflexion über ihr Wesen. Während die symbolische Sinnwelt die institutionale Ordnung auf der höchsten Ebene ehrwürdiger Allgemeinheit legitimiert, ist die Reflexion über die symbolische Sinnwelt sozusagen Legitimation zweiten Grades” (Berger/Luckmann 1999:113). Sie bezeichnen die Stufen, in denen sich die “,sekundäre‘ Objektivation von Sinn” (98) zu jener gesellschaftlichen Gewissheit ausbildet, die sich dem Einzelnen als gegeben präsentiert. Sie sind ein Abdruck jener Geschichte, die die Legitimationsprozesse durchlaufen haben und die mit ihrem Produkt, der symbolischen Sinnwelt, “System” in diese Geschichte bringen¹⁰.

Das gesamte Projekt der Konstruktion einer gemeinsamen symbolischen Sinnwelt ist von Problemen durchzogen und sie baut sich überhaupt eigentlich erst in deren Bearbeitung auf. Neben den Grenzsituationen von Traum und Tod, die an den Rändern der Alltagserfahrung auftauchen, machen sich Abweichungen in der sozialen Welt bemerkbar. Für den Umgang damit werden Stützkonstruktionen ausgearbeitet, sie begründen therapeutische Verfahren der Resozialisierung und Angleichung, oder die Differenz wird theoretisch liquidiert, in dem man sie zwar bestehen lässt, aber den eigenen Begriffen

⁸ Daher ist es nur halb richtig und entspricht nicht dem Stand der Dinge zu sagen, “In this system, social facts are external to the individual’s mind. The theory of their organization, institutionalization, and operation is what Durkheimian sociology was all about” (Winter/Sivan 1999:23).

⁹ “Die moderne Wissenschaft, insbesondere die Naturwissenschaft, macht einen äußersten Schritt in dieser Entwicklung zur Säkularisierung und zugleich Durchtheoretisierung ihrer Stützfunktion für die Sinnwelt. Sie entläßt nicht nur das Heilige endgültig aus der Alltagswelt, sondern überhaupt das Wissen, das die Sinnwelt stützt. Das Alltagsleben ist sowohl seiner geheiligten Legitimation als auch jener Art theoretischer Verständlichkeit beraubt, die es mit der Totalität der symbolischen Sinwelt verbinden kann” (Berger/Luckmann 1999:120).

unterwirft. Die inneren Widersprüche stellen tendenziell die Gesamtheit der Sinnwelt in Frage, wenn sich die Konkurrenz von Experten mit den Konflikten gesellschaftlicher Gruppen überlagert. “So wird über konkurrierende Wirklichkeitsbestimmungen in der Sphäre konkurrierender gesellschaftlicher Interessen entschieden, deren Antagonismus auf diese Weise ins Theoretische ‚übersetzt‘ wird” (Berger/Luckmann 1999:129). Daher die Neigung auf staatliche Gewalt zu setzen, wenn es um “die Macht, Wirklichkeit *zu setzen*” (Berger/Luckmann 1999:128) geht und die Argumente der Theoretiker dazu nicht mehr ausreichen. Einschränkende Hinweise können die Schwäche an diesem Punkt nicht aufheben. Zwar wird die Definitionsmacht im Wesentlichen in der Verfügung über Sozialisationsprozesse verankert, die Reichweite des Ideologiebegriffs auf innergesellschaftliche Auseinandersetzungen begrenzt und Formierung komplexer Konstellationen zwischen theoretischen Überzeugungen und ihren gesellschaftlichen Anhängern betont. Aber trotz der Bemerkung, dass man sich freilich nicht “die Verknüpfung von Interessengruppen und Ideologien immer so einfach vorzustellen” (Berger/Luckmann 1999:133) habe und damit eine direkte Verbindung zwischen Theorie und Interessen unterbrochen wird, bleibt der Raum dazwischen hier theoretisch unausgefüllt. Aus diesem Grunde erscheint auch die pluralistische Situation in der modernen Gesellschaft, deren Differenziertheit und rapider sozialer Wandel zu Toleranz und zur Übereinkunft der Koexistenz selbst weitgehend antagonistische Wirklichkeitsbestimmungen nötigt, flach und homogenisiert. Schließlich tritt das Manko am deutlichsten hervor, “wenn eine Gesellschaft auf eine andere stößt, die eine ganz andere Geschichte hat” (Berger/Luckmann 1999:115) und die Probleme an der Grenze von kulturellen Systemen diskutiert werden: “Der Zusammenstoß alternativer symbolischer Sinnwelten wirft automatisch die Machtfrage auf, an welcher der konkurrierenden Wirklichkeitsbestimmungen die Gesellschaft ‚hängenbleiben‘ wird”. Aber mit dem Problem von Macht und Gewalt wird in den folgenden Sätzen enttäuschend lapidar umgegangen: “Welche (der Sinnwelten, E.S.) gewinnen wird, hängt von der Macht, nicht vom theoretischen Genie ihrer Legitimatoren ab. ... Wahrscheinlicher ist jedoch der Konflikt auf dem weniger feinen Felde kriegerischer Macht ausgetragen worden. In der Geschichte haben die besseren Waffen, nicht die besseren Argumente den Aufstieg oder Fall von Göttern entschieden. Dasselbe gilt natürlich von innergesellschaftlichen Konflikten. Wer den derberen Stock hat, hat die bessere Chance, seine Wirklichkeitsbestimmung durchzusetzen, eine Faustregel, die für jede größere Gemeinschaft gilt” (Berger/Luckmann 1999:117). Das Bild, in dem sich die Behandlung dieses Themas weitgehend erschöpft, steht in krasser Unverhältnismäßigkeit zum Rest der Ausführungen.

Strukturalismus: Die Macht des Symbolischen

¹⁰ Hier verweisen die Autoren direkt auf die Arbeiten von Halbwachs (Berger/Luckmann 1999:110).

Die eigene Instanz des Symbolischen und das Verhältnis zu gesellschaftlicher Macht war und ist das Kernthema der ausführlichen Diskussion in und um den französischen Strukturalismus (und setzt sich in seinen Weiterentwicklungen fort). Wie in der Wissenssoziologie bilden die Erfahrung von Fremdheit und Relativität kultureller Wertssysteme die zentralen Voraussetzungen, davon ausgehend wird aber im Rahmen eines disziplinenübergreifenden Forschungsprogramms eine vollständig andere Richtung eingeschlagen. Denn in einer Gegenbewegung zum (phänomenologischen) Subjektbegriff werden die Themen der Alterität und der Differenz bezogen auf die (eigene Logik in der) Struktur symbolischer Systeme, die sich dem individuellen Bewusstsein entzieht. Einer konsequenten Dezentrierung des Subjekts unterzogen, erscheint das soziale Leben als eine Welt symbolischer Bedeutungen. Die Theorie der Reziprozität erlaubt es, das Netz von Verbindungen, Äquivalenzen und Solidaritäten auf den Tausch und seine Regeln zurückzuführen und die gesellschaftlichen Phänomene als Darstellung der ihnen zugrunde liegenden symbolische Systeme zu interpretieren. In der Verselbständigung des Symbolischen und seiner logischen Ordnung wird "das Unbewusste als Quelle des gemeinsamen und spezifischen Charakters der sozialen Tatsachen" (Levi-Strauss 1989:24) wirksam und erst damit werden sie zum *fait social total* (Marcel Mauss). Hier wird nicht nur die Ebene der Betrachtung gewechselt und der Übergang von mikrosoziologischen und empirischen Fragestellungen zu einem Theorieprogramm vollzogen, sondern es ist eine völlig neue Ebene des Gegenstandes erschlossen worden. In den Blick treten Verfehlungen und latenter Sinn, die Absenz und ihre Effekte, die Rolle des Abwesenden, die Wirkungen des Ungesagten und Unbewussten und zwar im Hinblick auf ihre Funktion in der Konstitution eines symbolischen Systems.

Das Projekt des Strukturalismus begann bekanntlich in der Anthropologie mit der Intervention von Claude Levi-Strauss 1948, dem Erscheinungsjahr von *Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft*. Es führte zu einem Perspektivwechsel auf vielen Gebieten, vor allem zu einer Re-Interpretation der Psychoanalyse (durch Jacques Lacan) und des Marxismus (durch Louis Althusser) auf der Grundlage des strukturalistischen Paradigmas. Von mehreren Punkten gleichzeitig wurde das Feld des Symbolischen, die Autonomie der Repräsentationssysteme und der Ideologie gegenüber den materiellen sozialen Verhältnissen als eine eigene Wirklichkeit erschlossen und eine "Kategorie des kollektiven Denkens" (Levi-Strauss 1989:40) etabliert. Die spezifische Radikalität des Programms folgte aus der Anwendung der Linguistik, vor allem dem Werk Ferdinand de Saussures, auf die verschiedenen Wissensgebiete und sie bewirkte eine Entleerung des Signifikats, mindestens aber die Abwertung des Dargestellten gegenüber der Darstellung: "die Symbole sind realer als das, was sie symbolisieren; der Signifikant geht dem Signifikat voraus und bestimmt es" (Levi-Strauss 1989:26). Die konkreten Manifestationen des gesellschaftlichen Lebens waren demnach nur der Vorschein von etwas Anderem,

das es nun zu untersuchen galt. Im Zuge jener umfassenden Denkbewegung wurden entscheidende Veränderungen am Begriff der Kultur und am Begriff der Macht vorgenommen.

Im folgenden werde ich auf die *Mythen des Alltags* (1964) von Roland Barthes zurückgreifen, ein relativ früher Text, an dem die Prinzipien eines strukturalistischen Vorgehens beispielhaft erkennbar werden. Darüber hinaus kann er in zweifacher Hinsicht auf meinen Untersuchungsgegenstand und den Kontext, in dem ich ihn betrachte, bezogen werden. Zum einen wendet sich Barthes dem Alltagsdenken moderner Gesellschaften zu, daher ergibt sich eine Vergleichsmöglichkeit zur Wissenssoziologie, in der sich die jeweilige Erkenntnisabsicht akzentuieren lässt. Zum anderen ist der Text Mitte der 1950er Jahre entstanden und eignet sich deshalb, um die Differenz zum deutschen Theorieprogramm jener Zeit und der je spezifischen Ausrichtung von Gesellschaftskritik hervorzuheben.

Barthes begreift den Mythos als eine Aussage bzw. eine Botschaft¹¹, die durch eine Verkettung der Zeichen, speziell die Verschiebung eines sekundären semiologischen Systems gegenüber einem schon Bestehenden zustande kommt. Er untersucht die Metasprache der Bilder und Klischees, die auf die vorgefundenen Bedeutungen der Objekte aufbaut. Sein Interesse richtet sich auf das Verhältnis von Sinn und Form, das in der Verkettung zur Wirkung kommt und konzentriert sich auf die Eigenschaften der Form, d.h. der Reduktion und Umwandlung des Sinns im ersten System auf die Funktion einer Form für das Zweite. Denn es sind die formalen Eigenschaften des Mythos, aus denen sich die Doppeldeutigkeit des mythologischen Begriffs und seine Fähigkeit einen latenten Sinn zu transportieren, ergibt¹². In der mythologischen Beziehung zwischen dem Begriff und dem Sinn, der hinzugetretenen und der vorausgegangenen Bedeutung, ist der wichtigste Effekt, der sich dabei einstellt, die Entziehung von Geschichte und die Entleerung der Realität, die sich an den Zeichen abspielt. Die Dinge verlieren ihre historischen Eigenschaften, die Erinnerung daran, dass sie einmal hergestellt und wie sie verwendet wurden, geht abhanden. In jenem Prozess konstituiert sich der Mythos, bildet sich die Aussage des mythischen Systems.

Aber: “So paradox es auch erscheinen mag, der Mythos verbirgt nichts. Seine Funktion ist es, zu deformieren, nicht etwas zum Verschwinden zu bringen” (Barthes 1964:102). Oder: “Der Mythos verbirgt nichts und stellt nichts zur Schau. Er deformiert. Der Mythos ist weder eine Lüge noch ein Geständnis. Er ist eine Abwandlung” (Barthes 1964:112). Die Gegenstände bleiben vielmehr bestehen

¹¹ Die deutsche Übersetzung ließ mich manchmal im Stich, ich hatte Glück und konnte auf die englische Fassung zurückgreifen. Z.B. ist dort das französische *parole* mit *message* übersetzt, im deutschen steht dafür “Aussage”.

¹² Barthes sieht hier Freuds Psychoanalyse als ein anderes semiologisches System an, das seiner “Mythologie” formal analog ist. Er zieht sie zum Vergleich heran, nicht als Bestandteil seiner Erklärung: “Es gibt keinerlei Latenz

und auch ihr Sinn wird nicht beseitigt, denn dann wären sie für die weitere Prozedur wertlos, er wird im Dienste des mythischen Begriffs verfügbar gehalten. “Der Sinn ist für die Form wie ein Vorrat an Geschichte” (Barthes 1964:97). Es ist ein Vorgang der Aneignung, in dem beliebiges Material auf die Funktion eines Bildes eingeschrumpft und ihm eine neue Bedeutung aufoktroiert wird. Die Instrumentalisierung erfolgt im Zuge einer Regression, die dem Objekt das Gedächtnis raubt und es in eine Geste verwandelt. Sie verändert und verzerrt das Wissen, das es enthielt, und besetzt es mit der neuen Aussage. Im mythischen Begriff enthalten ist daher “weniger das Reale als eine gewisse Kenntnis vom Realen; beim Übergang vom Sinn zur Form verliert das Bild an Wissen, und zwar um besser das des Begriffs aufzunehmen. Allerdings ist dieses Wissen konfus, aus unbestimmten, unbegrenzten Assoziationen gebildet. ... es ist eine formlose, instabile, nebulöse Kondensation” (Barthes 1964:99). Die Botschaft des Mythos zieht sich in beharrlicher Wiederholung durch beliebige Formen. Rücksichtslos gegen eine Verhältnismäßigkeit von Bedeutendem und Bedeutetem bleibt sie immer abstrakt, universal und global.

“Die Funktion des Mythos besteht darin, das Reale zu entleeren, er ist buchstäblich ein Ausfließen, ein Ausbluten, oder, wenn man lieber will, ein Verflüchtigen, also eine spürbare Abwesenheit” (Barthes 1964:131). Daraus ergibt sich seine problematische Zeitstruktur; die beständige Oszillation im doppelten System, zwischen Form und Sinn, zwischen Objektsprache und Metasprache, zwischen einer Rede von etwas und über etwas, erzeugt eine Allgegenwart des Verweisens. “Der Mythos ist ein *Wert*, er hat nicht die Wahrheit als Sicherung; nichts hindert ihn, ein fortwährendes Alibi zu sein. Es genügt, daß sein Bedeutendes zwei Seiten hat, um immer über ein Anderswo zu verfügen: der Sinn ist immer da, um die Form *präsent zu machen*, die Form ist immer da, um den Sinn *zu entfernen*. Es gibt niemals einen Widerspruch, einen Konflikt, sie befinden sich niemals an dem selben Punkt. ... die Form ist leer, aber gegenwärtig, der Sinn ist abwesend und doch erfüllt” (Barthes 1964:105). Den Lesern moderner Mythen wird eine zugleich wahre und irrealer Geschichte geliefert, die sich, sowohl verständlich als auch fiktiv, zur “Ultra-Bedeutung” (Barthes 1964:118) verdichtet. In ihr kommt es zur Erstarrung der Intention, die der mythischen Aussage zugrunde liegt und aus der sie ihre Kohärenz bezieht.

Entsprechend der Tatsache, dass der mythische Begriff bezeichnet *und* bedeutet, wird die mythische Aussage “nicht als Motiv sondern als Begründung gelesen” (Barthes 1964:113). Die konstitutive Doppeldeutigkeit des Mythos, Mitteilung und Behauptung zu sein, führt zum Dispens der Kausalität, so dass Werte als Fakten erscheinen. “Was dem Leser ermöglicht, den Mythos unschuldig zu lesen, ist, daß er in ihm kein semiologisches, sondern ein induktives System sieht. Dort, wo nur eine Äquivalenz

des Begriffs in bezug auf die Form, man bedarf durchaus nicht eines Unbewußten, um den Mythos zu erklären” (Barthes 1964:102).

besteht, sieht er einen kausalen Vorgang. Das Bedeutende und das Bedeutete haben in seinen Augen Naturbeziehungen. Man kann diese Verwirrung auch anders ausdrücken: jedes semiologische System ist ein System von Werten. Der Verbraucher des Mythos faßt die Bedeutung als ein System von Fakten auf. Der Mythos wird als ein Faktensystem gelesen, während er doch nur ein semiologisches System darstellt” (Barthes 1964:115). Die Intention verschwindet in einer eingefrorenen Sprache, in der sich die Begründung erübrigt. Auf diese Weise realisiert sich der übergeordnete Zweck, Vereinfachung und Essentialisierung tilgen jegliche historische und gesellschaftliche Verantwortlichkeit. “Der Mythos leugnet nicht die Dinge, seine Funktion besteht im Gegenteil darin, von ihnen zu sprechen. Er reinigt sie nur einfach, er macht sie unschuldig, er gründet sie als Natur und Ewigkeit, er gibt ihnen eine Klarheit, die nicht die der Erklärung ist, sondern die der Feststellung” (Barthes 1964:131). Diese Klarheit beruht auf der abgeschafften Komplexität menschlicher Handlungen, die Wirklichkeit erscheint demnach als eine harmonische Ansammlung von Essenzen des Immer-schon-so-gewesenen. “Die Welt liefert dem Mythos ein historisch Reales, das durch die Art und Weise definiert wird, auf die es Menschen hervorgebracht und benutzt haben. Der Mythos gibt ein *natürliches* Bild dieses Realen wieder” (Barthes 1964:130). Es ist dies das Prinzip des Mythos: die Verwandlung von Geschichte in Natur. Der Mythos entsteht in dem Moment, in dem seine Botschaft in einen quasi-natürlichen Zustand übergeht, aber es ist eine falsche Natur, eine “Pseudo-Physis”.

Dennoch ist der Mythos historisch und zwar in zweifacher Hinsicht, sowohl durch die Absicht, die den Begriff motiviert als auch durch das Material, das seinem Ausdruck eine Form gibt. Barthes’ These ist, dass darüber hinaus die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft in grundsätzlicher Weise auf dem Verlust und dem Verbrauch von Sinn gründet und sich das Prinzip des Mythos zu eigen macht. Die bürgerliche Ideologie ist anonymisiert durch eine “Ent-Nennung” (Barthes 1964:124), durch das “Abfallen des bürgerlichen Namens” aufgrund dessen die gegebene Form des Eigentums und die gesellschaftliche Ordnung, die es begründet, ihrer historischen Dimensionen entkleidet werden. Die mythologische Darstellung der Verhältnisse ist eine entpolitisierte Aussage, die wie in der “Idee der Nation” (Barthes 1964:125) die bestehenden Differenzen verbirgt. Die universalisierende Anstrengung ist indes nicht auf das Politische beschränkt, die “Mythen der ‚Ordnung‘“ (Barthes 1964:138)¹³ organisieren, “eine in Evidenz ausgebreitete Welt” (Barthes 1964:131). Mittels einer Reihe von rhetorischen Strategien, die Barthes in die beiden Hauptmuster der “Essenzen” und der “Waagen” (Barthes 1964:146) unterteilt, verfügt der bürgerliche Mythos über einen nahezu unendlichen gesellschaftlichen Vorrat an Bedeutung und eignet sich den gesamten vorhandenen Reichtum der Bilder an. Seine ewige Analogie überzieht und deformiert alles, subsumiert die materiellen Objekte wie das kollektive Imaginäre unter die Feststellung der Universalität und Unveränderlichkeit der Wirklichkeit.

Barthes semiologische Analyse des Mythos legt die Bedingungen frei, unter denen sich historische Intention als Natur legitimiert und Kontingenz auf die ewige Wiederholung des Immergleichen reduziert wird - "kassiert" hätte Adorno hier gesagt. Und, in der Tat, die Nähe zur Kritischen Theorie und ihrer Kritik der Identitätslogik springt ins Auge. Nach Barthes ist die Entnennung von sich selbst eben die "Bewegung, durch die die Bourgeoisie die Realität der Welt in ein Bild der Welt, Geschichte in Natur verwandelt. An diesem Bild ist bemerkenswert, daß es ein umgekehrtes Bild ist. Der Status der Bourgeoisie ist ein besonderer und historischer, der Mensch, den sie darstellt ist universal und ewig. Die bürgerliche Klasse hat ihre Macht gerade auf dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt aufgebaut, auf einer unbegrenzten Umwandlung der Natur, die bürgerliche Ideologie stellt eine unveränderliche Natur wieder her. Die ersten bürgerlichen Philosophen durchsetzten die Welt mit Bedeutungen, unterwarfen alle Dinge der Rationalität und erklärten sie als für den Menschen bestimmt; die bürgerliche Ideologie ist wissenschaftsgläubig oder intuitiv, sie konstatiert das Faktum oder nimmt Werte wahr, lehnt aber die Erklärung ab. Die Ordnung der Welt ist ausreichend oder unsagbar, niemals ist sie bedeutend. Schließlich bringt die erste Vorstellung einer perfektionierbaren, beweglichen Welt das umgekehrte Bild einer unbeweglichen Menschheit hervor, die durch eine unendlich wiederholte Identität definiert wird. In der zeitgenössischen bürgerlichen Gesellschaft wird also der Übergang von der Wirklichkeit zur Ideologie definiert als der Übergang von einer *Antinatur* zu einer *Pseudonatur*" (Barthes 1964:129-130). Die Elemente von Mythos und Aufklärung, die sich zu einer Geschichte des Immergleichen verbinden, sind vorhanden, ebenso die Funktion des Naturbegriffs und die Rolle der Naturbeherrschung, die Beschränkung auf Selbsterhaltung und der Verlust einer Wahrheit, die darüber hinausgeht, wie sie Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* (1982), der *Kritik der instrumentellen Vernunft* (1985) und *Minima Moralia* (1969) entwickelt haben. Noch ein weiteres Resultat ist ihnen gemeinsam, von beiden Positionen aus wird die tiefe Entfremdung der Erfahrung und irreduzible Ambiguität der Objekte sichtbar. Es verbindet sie die Vermutung, dass die Befreiung der Objekte aus der Verklammerung der bürgerlichen Ideologie deren Zerstörung zur Folge haben kann und nichts mehr davon übrig bleibt. Im einfachsten Fall verdirbt sie den Genuss daran: "der Wein ist objektiv gut, doch gleichzeitig ist die Güte des Weins ein Mythos. Da liegt die Aporie" (Barthes 1964:150). Daher die isolierte Position des Kritikers, der, obwohl seine Intervention eine politische ist, doch keinen direkten Zugang zum Bereich der Politik hat und dessen Entzifferung der Widersprüche einer entfremdeten Wirklichkeit und ihrer Negativität, ihm ein immer nur unstabiles Erfassen des Realen gestattet.

¹³ "Ordnung" (so nennt die Bourgeoisie sich selbst)" (Barthes 1964:138).

Weniger naheliegend ist demgegenüber auf den ersten Blick die Verbindung zur Wissenssoziologie und im Weiteren zum Gedächtnisprojekt von Halbwachs. Zwar gibt es eine Übereinstimmung in Bezug auf die Ebene, auf die die Analyse zielt¹⁴, aber eben dort lässt sich auch der entscheidende Unterschied ausmachen. Berger und Luckmann weisen der symbolischen Repräsentation einer Gesamtheit gesellschaftlicher Formationen die Bezeichnung “der objektive Sinn” (Berger/Luckmann 1999:87) zu. Die Integrationsleistung vollzieht sich als Koordination und Integration von Legitimationsprozessen und hat das Problem der logischen Kohärenz zu lösen; es stellt sich insbesondere in einer arbeitsteilig organisierten Gesellschaft mit einem ausdifferenzierten institutionalen Gefüge. “Die Aufgliederung der institutionalen Ordnung und die mit ihr einhergehende Zuteilung von Wissen muß zu der Schwierigkeit führen, integrationsfähige Bedeutungen zu schaffen, die für die ganze Gesellschaft gelten und einen allgemein verbindlichen Zusammenhang objektiver Sinnhaftigkeit für die bruchstückhafte Erfahrung des Einzelnen und sein bruchstückhaftes Wissen eingehen” (Berger/Luckmann 1999:89). Die Integration einer institutionalen Ordnung in ihrer symbolischen Repräsentation stellt eine Kontinuität und Kohärenz her, die letztlich auf einer Stabilisierung im Laufe der Zeit beruht, denn hier soll gelten: “Die Herauskristallisierung symbolischer Sinnwelten folgt den oben dargelegten Regeln für Objektivierung, Sedimentbildung und Ansammlung von Wissen” (Berger/Luckmann 1999:104). Bei Barthes dagegen, der von der Deformation als der grundlegenden Beziehung des Mythos zum Sinn ausgeht, führt die Verdichtung von Sinn im Gegenteil zu seiner Unterminierung und die Kohärenz des mythischen Begriffs wird durch einen Entzug von Sinn hergestellt. Das Resultat ist eine Ersetzung von Fakten durch Werte, nicht nur ihre Ablagerung zur Faktizität. Die Widersprüche der entfremdeten Realität ergeben sich aus der formalen Struktur des Mythos, mehr noch durch die Ausnutzung der mythischen Struktur als solcher. “Das Abfallen des bürgerlichen Namens ist also kein illusorisches, akzidentelles, beiläufiges oder unbedeutendes Phänomen, es ist die bürgerliche Ideologie selbst” (Barthes 1964:129). Daraus folgt ihre Selbstevidenz und Anonymität, die ausgestreute Belanglosigkeit, die in allen ihren Gegenständen nur deren politische Bedeutungslosigkeit wiedererkennt.

Die Differenz tritt deutlich hervor am Begriff der Entfremdung bzw. Verdinglichung¹⁵. Dabei folgen Berger und Luckmann der Frage: “Bis zu welchem Ausmaß wird eine objektivierte institutionale Ordnung oder auch ein Teil davon als außermenschliche Faktizität aufgefasst? Es ist die Frage nach der Verdinglichung der gesellschaftlichen Wirklichkeit” (Berger/Luckmann 1999:94). Sie verstehen darunter eine “Modalität des Bewußtseins” (Berger/Luckmann 1999:96), dem die gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen als wären sie eine Naturgegebenheit. Indem den Institutionen ein ontologischer

¹⁴ Und die dann in den gemeinsamen Referenzen zum Ausdruck kommt.

¹⁵ Berger und Luckmann verwenden den Begriff “Verdinglichung” und weisen in einer Fußnote (1999:95) auf dessen enge Verbindung zu “Entfremdung” hin.

Status zugewiesen wird, stellt sich diesem Denken die Welt geschichtslos, weil enthumanisiert, dar, als eine fremde Faktizität, die nicht von Menschen gemacht ist. Vielmehr ist ihre Legitimierung zur Verleugnung dieser Tatsache übergegangen; “man kann Verdinglichung als äußersten Schritt des Prozesses der Objektivierung verstehen” (Berger/Luckmann 1999:95)¹⁶. Barthes geht über die wissenssoziologische Vorstellung einer verlängerten oder vertieften Objektivierung hinaus. In seiner Analyse moderner Alltagsmythen erweist sich das Selbstbild der Gesellschaft nicht nur einfach als falsch, sondern als in sich verkehrtes. Immer wieder insistiert er darauf, dass der Sinn nicht vollständig zum Verschwinden gebracht wird. Es handelt sich um eine Absenz von Sinn, keine Erweiterung¹⁷, aber der Schnitt, der hier stattfindet, enthält ein Moment der Umkehrung infolge derer es zu einer Wirkung des Abwesenden kommt, die von einer wissenssoziologischen Ideologiekritik nicht oder nur unzureichend erfasst wird. Der hervorgebrachte Effekt ist eine Evidenz, als ob die Dinge von selbst etwas bedeuten: Das Reale ist “in falsche Natur getaucht” (Barthes 1964:130).

Barthes versteht seine Überlegungen nicht im Gegensatz zur Ideologiekritik, vielmehr als Ergänzung, als eine andere Sichtweise auf denselben problematischen Zusammenhang. Denn er geht ebenfalls davon aus, dass in der Wirklichkeit kein Reservat existiert, das der Ideologie unzugänglich wäre. Jede Realität ist entfremdet, historisch, perspektivisch und relativ. “Das heißt: auch symbolische Sinnwelten sind gesellschaftliche Produkte, die Geschichte haben. Wenn man ihre Sinnhaftigkeit verstehen will, so muß man die Geschichte ihrer Entstehung verfolgen, was umso wichtiger ist als diese Hervorbringungen des menschlichen Bewußtseins sich ihrem Wesen nach als vollentfaltete, unumstößliche Ganzheiten präsentieren” (Berger/Luckmann 1999:104). Hier wird die Geschichte zur Aufklärung, zur Wiederherstellung des Sinns, der richtigen Bedeutung und dies vor allem unter der Bedingung von Perspektive und Interessen. Barthes warnt davor, in dieser Weise das semiologische vollständig unter das ideologische Reale zu subsumieren (Barthes 1964:122) und damit jede Möglichkeit abzuschneiden, einen Zugang zur ersten Bedeutung, zum Eigensinn der Dinge zu erhalten. Auch wenn er seine Skepsis äußert, ob es unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen gelingen kann, den zerstörten, verzerrten Sinn zu rekonstruieren, bleibt für ihn “die Suche nach dem nicht entfremdbaren Sinn der Dinge” jene Form der Kritik, die der Poesie eigen ist. Für die Absperrung zwischen Objekt und Wissen, Beschreiben und Erklären, Mensch und Wirklichkeit, die die Wahrnehmung der Dinge formt, sieht er keine geradlinige Perspektive der Überwindung und Aussöhnung, eben deshalb ist sie im Bewusstsein zu halten.

¹⁶ Im Hinblick auf den Einzelnen bedeutet dies die Reduktion auf eine Rolle, die “Identifikation des Individuums mit den ihm gesellschaftlich zugeschriebenen Typisierungen” (Berger/Luckmann 1999:97).

Als ein Zwischenergebnis lässt sich in dieser Differenz zwischen wissenssoziologischer Ideologiekritik und strukturalistischer Semiologie das soziologische Gedächtnisprojekt von Halbwachs situieren, so dass sich eine neue Perspektive auf das Verhältnis von Geschichte und Gedächtnis eröffnet. Dafür ist es wichtig, daran zu erinnern, dass Halbwachs von der sozialen Rahmung der individuellen Erinnerung und der Gebundenheit des kollektiven Gedächtnisses an die Existenz einer gesellschaftlichen Gruppierung als dessen "Träger" ausging. Das bestätigt die Wissenssoziologie, wenn sie die "Vermittlung von Tradition" in einem "gesellschaftlichen Apparat" (Berger/Luckmann 1999:75) ansiedelt, der den Rahmen für die Weitergabe von "institutionalisiertem Sinn" (Berger/Luckmann 1999:74) bildet. Wiederholung und Vereinfachung lassen die Erfahrung zur Erinnerung erstarren; Erfahrung "wird zu einer erkennbaren und erinnerbaren Entität" (Berger/Luckmann 1999:72) und dies bildet die Voraussetzung dafür, dass "Objektivierungen mit Hilfe eines Zeichensystems" (Berger/Luckmann 1999:72) überliefert werden können. Kenntnisse und Praxis sind in das gesellschaftliche Gefüge eingelassen und reproduzieren die soziale Ordnung, wobei "(d)er Formelcharakter institutionaler Bedeutungen" (Berger/Luckmann 1999:74) die Verhältnisse der Akteure untereinander stabilisiert. "Die objektivierte Sinnhaftigkeit institutionalen Handelns wird als ‚Wissen‘ angesehen und als solche weitergereicht" (Berger/Luckmann 1999:75) und zwar innerhalb einer institutionalen Ordnung, die "nur wirklich ist, sofern sie sich in Rollen *verwirklicht*" (Berger/Luckmann 1999:83).

In den Inszenierungen des kollektiven Gedächtnisses werden gesellschaftliche Objektivierungen zum Objekt einer mythischen Botschaft, die sich auf die Vergangenheit bezieht. "Die Menschen stehen zum Mythos nicht in einer Beziehung der Wahrheit, sondern des Gebrauchs. Sie entpolitisieren nach ihren Bedürfnissen" (Barthes 1964:133). Der Gegenwartsbezug des kollektiven Gedächtnisses, den Halbwachs herausstellt, korrespondiert mit der Zeitstruktur des Mythos und dem "gedächtnishaften" Anwesenheitsmodus des mythischen Begriffs. Dies begründet bei Barthes ein aktives Verständnis von Entpolitisierung, denn sie "stellt hier eine operative Bewegung dar, sie aktualisiert unaufhörlich den Verlust" (Barthes 1964:131). Eine mit Sinn erfüllte Vergangenheit wird in Kontrast zur leeren Gegenwart gestellt, in der lediglich Spuren einer historisch-politischen Existenz der Dinge noch existent sind. In dem von der Geschichte entleerten Dasein und den Versuchen es aufzufüllen kann ein wesentlicher Grund der verbreiteten Anfälligkeit für Identitätspolitik gesehen werden. Bei Barthes steht die Verarmung im Vordergrund, die mit einer materiellen Armut einhergeht und die Verfügung über die Bilder und die Metasprache sind für ihn eine Frage gesellschaftlicher Macht und politischer Herrschaft; nicht umsonst ist eines seiner diesen Text durchlaufenden Beispiele der französische Imperialismus. Seine "Mythologie" verfolgt ein moralisches Ziel, nämlich die "Verantwortlichkeit der Sprache"

¹⁷ Der Einwand Adornos, die Wissenssoziologie, und damit meinte er vor allem Karl Mannheim, begnüge sich mit dem "Gestus der harmlosen Skepsis" (1975:136), bezieht sich auf einen solchen Entfremdungsbegriff.

(Barthes 1964:148) wachzurufen und ihre Analysen verstehen sich als ein subjektives Erfassen, als eine Deutung und ein Leseprozess.

Die kulturelle Universalität und die abstrakte Zeitlosigkeit des semiologischen Theorieentwurfs riefen den Einwand der Ahistorizität gegen das strukturalistische Projekt hervor¹⁸. Barthes' Antwort darauf war, "daß ein wenig Formalismus von der Geschichte entfernt, aber daß sehr viel Formalismus zu ihr zurückführt" (Barthes 1964:89). Wesentlich offensiver ist Claude Levi-Strauss mit dieser Frage umgegangen: "Wenn die Analyse der Mythen zu ihrem Ende geführt wird, erreicht sie eine Ebene, auf der die Geschichte sich selbst aufhebt" (Levi-Strauss nach Dosse 1999:383). Insbesondere die Tetralogie *Mythologica* (1971-1975), das große Mythenprojekt von Levi-Strauss, wurde als eine Abschaffung der historischen Zeit interpretiert. Aber die Zeitlosigkeit bzw. Ahistorizität der theoretischen Rekonstruktion bedeuten zugleich ein Problem und ein Missverständnis¹⁹. Denn das überindividuelle, unpersonale Bewusstsein, das den Gegenstand des mythologischen Projekts bildet, stellt vor allem eine Pluralisierung der Geschichte dar und zielt auf die Herauslösung aus der abendländischen Geschichtsphilosophie und ihrer Subjektzentriertheit. Die kritische Erkenntnisabsicht bezieht sich auf die politischen und historischen Realitäten des Kolonialismus und des Rassismus, womit allerdings die ausdrückliche Abwendung von einem evolutionären Verständnis der Geschichte und seinen eurozentrischen Hierarchien einherging. Die Probleme, die im Paradigma und Programm des Strukturalismus angelegt waren, resultieren aus eben dieser Dezentrierung des geschichtsphilosophischen Entwurfs und sie wurden in einer ausführlichen und folgenreichen Diskussion bearbeitet. Als die wesentlichen kritischen Punkte der Intervention von Levi-Strauss wurden die Reduktion der gesellschaftlichen Phänomene auf ihre Natur als symbolische Systeme und die Ausklammerung von Macht und Produktion (vgl. Dosse 1999:209) betrachtet.

¹⁸ Es ist daher überraschend bei Winter und Sivan (1999), die diesen Aspekt der "Struktur" nicht weiter aufklären, wenn sie auf Bastides Unterscheidung von Organisation und Struktur eingehen. Unklar ist auch die Einordnung von Bastide als Anthropologe nicht als Soziologe, womit er gegen Halbwachs gesetzt wird. Von Bastide wird dann übernommen, dass die Betrachtung der Organisation kollektiver Erinnerung es erlaubt, soziale Ungleichheiten und Machtpositionen einzubeziehen. Das aber ist der soziologische Teil seiner Arbeit, nicht der strukturalistische Ansatz, auf den die Interdisziplinarität mit der Anthropologie zurückgeht.

¹⁹ Eines davon bezieht sich auf die universelle Übersetzbarkeit des mythologischen Codes, ein Aspekt, der meist bei der Integration von Strukturalismus und Systemtheorie übersehen wird. Denn die Systemtheorie geht gerade davon aus, dass der systemeigene Code nicht in ein anderes Subsystem transformiert, sondern ein Problem nur dann kommuniziert werden kann, wenn es in dessen Code zum Ausdruck gebracht werden kann (Luhmann 1986).

Die offen gebliebenen Fragen nach der Genese der analysierten Strukturen und nach der Konstitution des Bewusstseins in der Erfahrung brachten, ganz im Sinne von Barthes' Überzeugung, eine erneute Hinwendung zur Geschichte mit sich. In dieser theoretischen Bewegung kam es zu grundlegenden Reformulierungen des Machtbegriffs, die auf eine Verschränkung gesellschaftlicher Verhältnisse mit ideologischen, symbolischen und epistemologischen Denkformen hinausliefen. Die Arbeiten von Louis Althusser, Pierre Bourdieu und Michel Foucault sind international bekannt geworden durch ihre Analysen von Machtfeldern im engen Zusammenhang von Macht und Wissen. Vor allem das Werk Foucaults verband erkenntnistheoretische und historische Fragestellungen, in seinem Blick auf die Geschichte der Humanwissenschaften setzte sich das antideterministische Projekt des Strukturalismus fort und begründete in einer "Epistemologie der Rekurrenz" (Dosse 1999:217) die Pluralität der Episteme und Dispositive. In der Soziologie gewann nach Althussers Zusammenführung von Strukturalismus und Marxismus (1968, 1977) vor allem Bourdieus in hohem Maße der Anthropologie verpflichteten Konzeptionen der Praxis und des Habitus Gewicht, die der Wirksamkeit symbolischer Gewalt und des symbolischen Kapitals große Aufmerksamkeit schenkt¹.

Kritische Theorie: Gesellschaftliche Vermittlungen

Die Vorhaltung der Geschichtslosigkeit war ein Standardargument der Kritischen Theorie gegen den Strukturalismus, in dem sie nur eine "allgemeine Grammatik der symbolischen Formen" (Habermas 1970:81) erkannte und damit einen Vorwurf wiederholte, den Horkheimer (1982) in den 1930er Jahren gegen die Mannheimsche Wissenssoziologie vorgebracht hatte. Sowohl eine Vorstellung von Geschichte als einem kontinuierlichen Vorgang der Sedimentierung von Traditionen, wie in der Wissenssoziologie, als auch ihre plurale Gleichrangigkeit waren für eine kritische Sozialwissenschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg inakzeptabel. Zu groß war der Bruch, der alle Traditionen und Werte in Misskredit zog, zu groß der Schock über das Ausmaß der Verbrechen, zu tief die Zerstörungen in den menschlichen und gesellschaftlichen Beziehungen. Diese Erfahrungen der deutschen Geschichte bilden den Kontext des geschichtsphilosophischen Entwurfs, der in der *Dialektik der Aufklärung* (1981) auf die verschränkte Dynamik von Mythos und Aufklärung zentriert wird, von denen der destruktive historische Prozess seinen Ausgang nimmt.

¹ Zu Bourdieus Theorie der Praxis siehe 1979, zu den symbolischen Formen 1993 und 1994, bereits Anfang der 1970er Jahre hatte er mit Claude Passeron zusammen die *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt* (1973) verfasst.

Seinen Aufsatz "Über Tradition" (1979) hat Theodor W. Adorno im Rahmen dieses Entwurfs geschrieben; auch hier werden Geschichtsauffassungen und Zeitbewusstsein auf die Kategorien des Tauschs und der Identität sowie die Reduktion der Vernunft zu Zweckrationalität bezogen. "Mit bürgerlicher Gesellschaft ist Tradition strengen Sinnes unvereinbar. Das Prinzip des Tauschs von Äquivalenten hat, als das der Leistung, das der Familie zwar nicht abgeschafft. Doch es hat die Familie sich untergeordnet. [Die in kurzen Abständen sich wiederholenden Inflationen des Erbes weisen aus, wie sinnfällig anachronistisch die Idee des Erbes wurde, und das geistige war nicht krisenfester.] Jene Unmittelbarkeit des von Hand-zu-Hand ist in den sprachlichen Ausdrücken für Tradition bloßer Rückstand im gesellschaftlichen Getriebe universaler Vermittlung, in dem der Warencharakter der Dinge herrscht. Längst hat die Technik, die sie schuf und die sich in ihr verlängert, vergessen lassen" (Adorno 1979:29)². Wie in den anderen hier betrachteten Ansätzen wird ein Entzug von Geschichte festgestellt: "Offenbar zerfällt für die Menschen der Zusammenhang der Zeit" (Adorno 1979:30) und der Versuch der Individuen, "den Verlust des Zeitbewußtseins magisch (zu) bannen, der doch im gesellschaftlichen Verhältnis selber gründet" (Adorno 1979:30), muss daher scheitern. Der historische Prozess verläuft getrennt von ihnen und setzt sich über sie hinweg: "Während jedoch subjektiv Tradition zerrüttet ist oder ideologisch verdorben, hat objektiv die Geschichte weiter Macht über alles, was ist und worin sie einsickerte" (Adorno 1979:33). Die gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen als Naturbedingungen und gesellschaftliche Herrschaft als Naturgewalt, denn "(d)er jeglicher Erinnerungsspur entäußerte Augenblick ist ganz hinfällig in dem Wahn, gesellschaftlich vermitteltes sei natürliche Form oder Naturmaterial" (Adorno 1979:34).

Wie bei Barthes gilt Adornos besondere Aufmerksamkeit der Sprache, den "Valeurs eines jeden Wortes und einer jeden Wortverbindung" (Adorno 1979:34), daran analysiert er den Ersatz der verlorenen Tradition durch Surrogate als Kennzeichen der bürgerlichen Gesellschaft und seine Kritik gilt ebenso der Sachlichkeit als Illusion eines reinen Anfangs: "Wer leidet unter der Alleinherrschaft des bloß Seienden und Sehnsucht hat nach dem, was noch nie war, der mag mehr Wahlverwandtschaft zu einem deutschen Marktplatz spüren als zu einem Staudamm, obwohl er weiß, wie sehr das Fachwerk zur Konservierung von Muff erhält, dem Komplement des technifizierten Unheils. Wie die in sich verbissene Tradition ist das absolut Traditionslose naiv: ohne Ahnung von dem, was an Vergangenen in der vermeintlich reinen, vom Staub des Zerfallenen ungetrübten Beziehung zu den Sachen steckt. Inhuman aber ist das Vergessen, weil das akkumulierte Leiden vergessen wird; denn die geschichtliche Spur an den Dingen, Worten, Farben und Tönen ist immer die des vergangenen Leidens. Darum stellt die Tradition heute vor einen unauflöselichen Widerspruch. Keine ist gegenwärtig und zu beschwören; ist aber jegliche

² Eine sehr ähnliche Argumentation entwickelt Adorno in dem sehr bekannten Aufsatz: "Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?" (1971)

ausgelöscht, so beginnt der Einmarsch in die Unmenschlichkeit. ... Diese Antinomie schreibt die mögliche Stellung des Bewußtseins zur Tradition vor” (Adorno 1979:35). Tradition und Traditionsbewusstsein stehen im widersprüchlichen Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung: “Je rationaler sich das Ganze ineinanderfügt und schließt, desto furchtbarer wächst seine Gewalt über die Lebendigen an samt der Unfähigkeit von deren Vernunft es zu ändern” (Adorno 1979:31). Mit mehr Nachdruck als bei Barthes geht es hier darum, die reale Geschichtslosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft als besonderen historischen Zustand zu erfassen.

Im geschichtsphilosophischen Entwurf stellen der Fortschritt der Naturbeherrschung und die instrumentelle Vernunft der Selbsterhaltung die Kernfiguren der Analyse dar und es treten Technik und Verwissenschaftlichung als Modus gesellschaftlicher Herrschaft in den Blick. Er korrespondiert daher eng mit der Technokratie-These, an der die Autoren der Kritischen Theorie die Modernität des nationalsozialistischen Herrschaftssystems verdeutlichten. Dazu schrieb Herbert Marcuse bereits in der ersten Hälfte der 1940er Jahre: “Als Produktionsweise, als Totalität der Mittel, Einrichtungen, die das Maschinenzeitalter prägen, ist Technologie zugleich eine Form der Organisation und Aufrechterhaltung (oder Veränderung) gesellschaftlicher Verhältnisse, ein Ausdruck herrschender Denk- und Verhaltensweisen, ein Mittel der Kontrolle und Herrschaft. Die Technik kann Autoritarismus genauso fördern wie Freiheit, den Mangel so gut wie den Überfluß, die Ausweitung von Schwerstarbeit wie deren Abschaffung. Der Nationalsozialismus ist ein schlagendes Beispiel dafür, wie ein hochrationalisiertes und durchmechanisiertes Wirtschaftssystem von höchster Produktivität im Interesse von totalitärer Unterdrückung und verlängertem Mangel funktionieren kann. In der Tat ist das ‚Dritte Reich‘ eine Art ‚Technokratie‘: Die technischen Begründungen imperialistischer Leistungsfähigkeit und Rationalität verdrängen die traditionellen Maßstäbe des Profits und der allgemeinen Wohlfahrt. Im nationalsozialistischen Deutschland wird die Herrschaft des Terrors nicht nur durch unmittelbare Gewalt aufrechterhalten, die der Technologie an sich äußerlich ist, sondern auch durch geschickte Ausnutzung jener Gewalt, die der Technologie innewohnt: Intensivierung der Arbeit, Propaganda, die Ausbildung der Jugend und der Arbeiter, die Organisation der Bürokratien von Regierung, Industrie und Partei – gemeinsam bilden sie die alltäglichen Mittel des Terrors – folgen den Richtlinien größtmöglicher technischer Effektivität. Diese terroristische Technokratie kann man nicht nur den außerordentlichen Erfordernissen der ‚Kriegsökonomie‘ zuschreiben; diese Kriegsökonomie ist vielmehr der normale Zustand der nationalsozialistischen Ordnung des gesellschaftlichen und ökonomischen Prozesses; die Technologie stellt die Haupttriebkraft dieser Ordnung dar” (Marcuse 1981:337-338).

Die Grundfrage, die hier gestellt wird, lautet, in welcher Weise das NS-Regime sich auf maßgebliche Strukturen der modernen Gesellschaft stützen konnte und nicht allein auf äußeren Zwang angewiesen

war. Sie wird somit zum Ansatzpunkt für eine erweiterte Bestimmung der historischen Potentiale bürgerlicher Gesellschaften, die im Anschluss an diese Passage entwickelt wird und die die Kritische Theorie in den Nachkriegsjahren intensiv beschäftigte. Das analytische Modell ist die Maschine, mit seiner Hilfe wird die Zwiespältigkeit des technologischen Fortschritts und die Reduktionen im Denken und Handeln, die in seinem Verlauf auftreten, untersucht. Die freiwillige Anpassung geht von einer Maschinerisierung aus, die als Verkörperung von Rationalität und Zweckmäßigkeit überhaupt erscheint und im Befolgen von Anleitungen, "in der standardisierten Unterwerfung unter den allumfassenden Apparat" (Marcuse 1981:358) erstarrt. In der Spezialisierung wird "das herrschende Schema der Standardisierung" (Marcuse 1981:352) fixiert, denn mit der Teilung von Zuständigkeiten vollzieht sich eine Trennung von Spezial- und Allgemeinwissen. Wobei die rationale Ordnung des Gesamten aber keine andere Logik aufweist: "Die technologische Rationalisierung hat ein allgemeines Bezugssystem der Fachkenntnisse für die verschiedenen Berufe und Beschäftigungen hervorgebracht. Dieses Sachwissen schließt solche Elemente aus oder schränkt sie ein, die die technische Kontrolle über die sachliche Wirklichkeit überschreiten und erweitert dabei den Anwendungsbereich der Rationalisierung von der objektiven auf die subjektive Welt" (Marcuse 1981:354). Die Integration der Gesellschaft folgt denselben Regeln wie die atomisierten Individuen, so dass Zweckdienlichkeit und Funktionalität als einzige Dimensionen von Wahrheit wirksam sind. "Rationales Verhalten wird identisch mit Sachlichkeit" (Marcuse 1981:345), mit Selbstbeherrschung und Selbstdisziplin fügen sie sich die Menschen der Standardisierung ihres Denkens und ihrer Individualität.

Argumentationsfigur und Art der Abstraktionen sind angelegt auf das Verständnis eines fortschreitenden historischen Prozesses und seiner widersprüchlichen Bewegung, in der eine doppelte Umkehrung bestimmend ist. Während die kritische Distanzierung des Individuums von der Gesellschaft ihre Umgestaltung zu bürgerlichen Verhältnissen ermöglichte, überführte der technokratische Apparat diese Kritik in eine Mischung von Rückzug und Anpassung. In der Perspektive einer Demokratisierung der spezialisierten Funktionen wird der technische Fortschritt aber zugleich die Voraussetzung eines möglichen weiteren Umschlags betrachtet, in dem die Entfremdung von der eigenen Geschichte aufgehoben werden kann. "Gesellschaft ist so ziemlich alles, was das Individuum nicht ist, alles, was seine Verhaltensweisen, Gedanken und Verhaltensmuster prägt, alles, was es ‚von außen‘ trifft. Demzufolge wird Gesellschaft wahrgenommen vor allem als Macht des Zwangs und der Kontrolle, die Rahmen bereitstellt, in dem Ziele, Fähigkeiten und Sehnsüchte der Menschen integriert werden. Nur diese Macht behält der Kollektivismus in seinem Gesellschaftsbild zurück und verlängert so die Herrschaft der Sachen und der Menschen über Menschen. Der technologische Prozeß als solcher liefert keinerlei Rechtfertigung für diesen Kollektivismus" (Marcuse 1981:362).

Der technische Fortschritt bildet den dynamischen und höchst ambivalenten Mittelpunkt dieser Geschichtskonstruktion. Ganz anders als bei Barthes, der das Technische und die Objektsprache als das Gegenüber der mythischen Metasprache des Mythos behandelt, ist es hier vielmehr der Gegenstand, auf den sich der Verdacht der Kritischen Theorie bezieht: “Die Autonomie der Vernunft verliert ihre Bedeutung in dem Maße, wie die Gedanken, Gefühle und Aktionen der Menschen durch die technischen Erfordernisse des Apparats geprägt werden, den sie selbst geschaffen haben” (Marcuse 1981:346). Unter diesem Aspekt wird gegen die Tendenzen zur Relativierung der Traditionen und Kulturen an der Perspektive einer Entwicklungsgeschichte festgehalten, und zwar am Konzept einer Genese, die die unterschiedlichen Kulturen zu einer Geschichte der die Welt umspannenden industriellen Zivilisation zusammenführt und damit der globalpolitischen Situation gerecht wird. Wenn Jürgen Habermas in diesem Zusammenhang die Diagnose Schelskys aufgriff, dass die Verwissenschaftlichung der Vergangenheit durch den Historismus und die Erweiterung des historischen Bewusstseins, die er einleitete, die Vergleichbarkeit kultureller und gesellschaftlicher Formationen hervorgebracht habe, so sah er darin eine Projektion der Geschichte auf die Ebene universeller Gleichzeitigkeit und somit ihre Auflösung. “Der Soziologie ist alle Geschichte zur Gegenwart geworden” (Habermas 1970:91) – ein solches Programm, eine Soziologie, die die historischen Dimensionen ihres Gegenstandes an diesem aufhebt und die “Gesetze” des Sozialen zu formulieren sucht, die frei von ihrem historischen Kontext sind, stand konträr zu den grundlegenden Auffassungen der Kritischen Theorie. Sie setzte sich dagegen die Rekonstruktion der Gegenwart aus der Vergangenheit zum Ziel, um jene historischen Entwicklungstendenzen und strukturellen Konflikte zu ermitteln, die die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften in Richtung einer totalen Vergesellschaftung lenken.

Der entscheidende Gegenpol im Entwurf einer Theorie, wie ihn die Autoren der Kritischen Theorie verfolgten, kommt durch die Einbeziehung von Unbewusstheit in die Analyse gesellschaftlicher Herrschaft zustande. Denn damit gewinnt die Verbindung von Zweckrationalität und Rationalisierung mit den Gefühlen und Affekten einen zentralen Status und dies wird zur Begründung für das interdisziplinäre Programm der Kritischen Theorie und zur Integration der Psychoanalyse in die sozialwissenschaftliche Forschung. “Geschäft, Technik, menschliche Bedürfnisse und Natur sind verschweißt zu einem rationalen und zweckmäßigen Mechanismus” (Marcuse 1981:342-343), jener Verbindung ist Marcuse später in den Büchern *Der eindimensionale Mensch* (1981) und *Triebstruktur und Gesellschaft* (1984) detailliert nachgegangen. Der kritische Abstand zur gesellschaftlichen Totalität wird hier, wie in anderen Schriften, gewonnen durch die konsequente Bezugnahme auf das geschichtlich individuierte individuelle Subjekt und seine Einzigartigkeit, die sich der begrifflichen Fixierung im Rahmen einer instrumentell verkürzten Vernunft entzieht. Auf diese Weise realisiert sich die Intention einer Gesellschaftstheorie, die das Nicht-Identische und das “Opfer des Besonderen” (Habermas

1970:75) nicht aus dem Horizont ihres Denkens entlassen will. Sie identifiziert die Verluste einer Geschichte, die zwar Entwicklungsmöglichkeiten mit sich brachten, aber diese Potentiale mit der Gewalt zu einer *Negativen Dialektik* (Adorno 1982) verkoppelte. Was den Polarisierungen und Spaltungen einer rein formalen Logik entgleitet und der Herrschaft des Instrumentellen nicht verfügbar ist, was Nicht-Identisches oder ‚Anderes‘ sein kann, ist nicht gegeben sondern erst das Ergebnis einer Analyse, die den Negationen und Ambivalenzen nachgeht und die Strukturen des Unbewussten berücksichtigt.

Was hätte werden können und hätte sein können, bleibt Bezugspunkt für die Kategorie der Vergesellschaftung und stellt die Ursache dar für das Insistieren auf der Kategorie der Vermittlung und auf einer historischen Reflexivität der Sozialwissenschaften. Aufgrund dieser Intention ergeht die Forderung an die Soziologie, sich selbst und ihre Begriffe als Teil einer gesellschaftlichen Objektivität zu verstehen und zu bestimmen, nämlich “der methodologisch folgenreichen Interdependenz der sozialwissenschaftlichen Forschung und des objektiven Zusammenhangs, auf den sie sich richtet und in dem sie zugleich selber steht” (Habermas 1970:90), gerecht zu werden. In erster Linie geht es um eine historische Vergegenwärtigung im Hinblick auf die eigenen Abstraktionen und die Wahl des theoretischen Rahmens im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Prozessen, in denen die Abhängigkeit der Sozialwissenschaften von den gesellschaftlichen normativen Voraussetzungen zum Tragen kommt und kenntlich zu machen ist. Eine solche Bewegung zwischen Begriff und Tatsache schließt insbesondere die materiellen und stofflichen Gestalten ein, die Rolle der Dinge, der Natur, der Technik, also auch die Verselbständigung der Wissenschaftsobjekte. Die Trennung von Gesellschaft und Individuum motiviert hier eine Kritikfigur, die mit Orientierung auf “das radikal Vermittelte, die Gesellschaft” (Adorno 1982:206) entfaltet wird und die Verdinglichung in der Gegenüberstellung zu “Natur unmittelbar” (Adorno 1982:206) zum Gegenstand der Kritik macht. Mit dieser entscheidenden Verschiebung der Analyseachsen ist von vornherein das gesellschaftliche Naturverhältnis als eine historische Erkenntnisbedingung gesetzt. In den Blick kommt, dass der Natur/Kultur-Gegensatz selbst schon eine jener “Dichotomien ohne Zeitkern” (Becker-Schmidt 1998:116) darstellt, mit denen Historisches und Politisches verdeckt gehalten wird.

Mit dem Bezugspunkt des Nicht-Identischen ergibt sich eine Perspektive in der Geschichtsschreibung, welche die Mythen der Moderne von Entwicklung und Fortschritt, von kollektiver Identität und dem autonomen Selbst in Frage stellt. Geschichte als Kritik “soll die Magie überwältigender Konstruktionen nicht nur der alten Tradition, sondern auch der modernen Geschichte herausfordern und irritieren, zumindest aber auf den Status von Entwürfen herunterholen, die verfügbares Wissen organisieren und synthetisieren und also kritisierbar und revidierbar sind” (Niethammer 2002:36). Diese Zielsetzung erfordert einen Geschichtsbegriff, der sich für das “Verständnis eines geschichteten Gedächtnisses”

(Niethammer 2002:34) öffnet, wie es unter anderem bei Freud und Benjamin entwickelt wurde. Denn es “bezog sich auf etwas Vergessenes, das gleichwohl auf latente und unwillkürliche Weise weiterwirkte” (Niethammer 2002:35) und setzt eine Lesepraxis voraus. “Die Spuren, entlang derer man sich auf diesen Entdeckungsreisen rückwärts ... bewegte, bestanden in fragmentarischen Beobachtungen und in Gefühlen und Intuitionen für jene Erfahrungen und Wünsche, denen die etablierten Traditionen und Konventionen des - individuellen oder kollektiven - Selbst die Integration verweigert hatten” (Niethammer 2002:35). Die Erinnerungen, die das Material einer solchen historischen Forschung bilden, sind strikt individuell und kennzeichnen hier ein Moment der Differenz, das dem Bruch zwischen Gesellschaft und Individuum in der soziologischen Perspektive entspricht.

Zweckrationalität: Destruktion und Eigendynamik des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts

Gemeinsam ist den hier vorgestellten soziologischen und gesellschaftstheoretischen Ansätzen einerseits die Frage nach der Bedeutung von Natur und Geschichte in der Gestaltung der Beziehungen zwischen Individuen, Institutionen und Gesellschaft. Zum Zweiten kommt allen drei Fällen der Differenz – als Fremdheit, Abwesenheit oder Nicht-Identisches – ein zentraler Stellenwert zu, um die materiellen und symbolischen Dimensionen von Gesellschaftlichkeit und ihre Geschichtlichkeit gegen die Tendenzen der Entfremdung und Verdinglichung freizulegen. Im Folgenden wird sich die weitere Verortung der Voraussetzungen meiner Analyse auf den Zusammenhang von Wissenschaft und Gedächtnis konzentrieren, um an diesem Punkt die wichtigsten Verbindungslinien zwischen den verschiedenen theoretischen Feldern zu markieren. Zunächst finden sich markante Unterschiede im Wissenschaftsbegriff und dem daraus abgeleiteten Selbstverständnis der vorgestellten Theoriebezüge.

In der Wissenssoziologie stellt sich die Situation relativ unkompliziert dar. Die Verschiedenheit der Methoden und Herangehensweisen von Sozial- und Naturwissenschaften wird in der Differenz der Gegenstände verankert. Bei Mannheim nahmen die Naturwissenschaften und die Mathematik einen epistemologischen Sonderstatus ein, der sie von seinen Überlegungen zur “Standortgebundenheit” des geistes- und sozialwissenschaftlichen Wissens ausschloss. Mit der Wendung zum Alltagswissen standen sie ohnehin nicht im Mittelpunkt, sondern galten vielmehr als “exotische Sinnprovinzen” (Berger/Luckmann 1999:62). Der Strukturalismus tendierte zu einer einheitswissenschaftlichen Konzeption, orientiert an der Vorstellung, auch im sozialwissenschaftlichen Denken einen epistemischen Bruch (Bachelard 1974) herbeizuführen. Ihm ist eine relativ große Unbefangenheit den Theoriemodellen der Naturwissenschaften und der Mathematik gegenüber eigen, die manchmal Missverständnisse und Fehlinterpretationen einschloss. Die Kritische Theorie hingegen behauptet einen

grundsätzlichen Wissenschaftsdualismus und begründet darauf ihre Intention, an der Unterscheidung von Natur- und Gesellschaftswissenschaften festzuhalten. Mit der Unterscheidung von traditioneller und kritischer Theorie (Horkheimer 1995), werden Gesellschaftskritik und Wissenschaftstheorie in den Sozialwissenschaften systematisch verbunden, während das naturwissenschaftliche Theorieverständnis und der entsprechende Objektivitätsbegriff als positiver Bezugspunkt der traditionellen Konzeption fungieren. Dies waren die Ausgangspositionen; in jeder der drei Richtungen lassen sich spezifische Probleme kennzeichnen und in allen drei Fällen traten im Laufe der Diskussionen Modifizierungen auf.

Die sozialpsychologischen und historischen Zusammenhänge von technologischer Rationalität und autoritärem Charakter am Übergang vom Nationalsozialismus zur Nachkriegsgesellschaft waren im Rahmen meiner Studie zweifach von Bedeutung. Zum einen direkt, um die besondere Rolle der Zweckrationalität und ihrer Abblendungen zu erfassen, zum anderen als Grundlage für die These der paradoxen Rede als einer Form gesellschaftlicher Unbewusstheit und kollektiver Verleugnung. Jedoch wurde der heikle Punkt der Technokratie-These, wie sie die Kritische Theorie vertrat, in dem Abschnitt über die Selbstdarstellung der deutschen Physiker sehr deutlich. Die Einsicht in die gesellschaftliche Bedeutung von Zweckrationalität war im Hinblick auf das innere Funktionieren der Wissenschaften in der Geschichte des Nationalsozialismus von einer Begriffslosigkeit bzw. einem Unverständnis begleitet. Denn mit der Verselbständigung technischer Effektivität und Kontrolle unterstellt sie deren Eigendynamik als eine, die sich über die Verschiedenheit politischer Systeme hinwegsetzt. Das kam bereits bei Marcuses oben zitierten Aufsatz zum Ausdruck: “Die effektive Verwirklichung der Interessen der Großindustrie war eines der stärksten Motive für die Überführung der ökonomischen in totalitäre politische Herrschaft; Effektivität ist einer der Hauptgründe für die Macht des faschistischen Regimes über die beherrschte Bevölkerung. Gleichzeitig jedoch ist jene auch der Widerstand, an welchem diese Macht brechen kann. ... Er wird immer deutlicher seine Unfähigkeit manifestieren, die Produktivkräfte zu entwickeln, und er wird an der Macht scheitern, die sich als effektiver als der Faschismus erweist” (Marcuse 1981:356-357). Diesen Grundgedanken, der hier noch eine vergleichsweise positive Wendung nimmt, hat Marcuse später weiterentwickelt zur Analyse des “eindimensionalen Menschen” und seiner Gesellschaft. Im Zentrum steht dann die Behauptung: “Alles greift ineinander, um menschliche Triebe, Sehnsüchte und Gedanken in Zulieferungen für den Apparat zu verwandeln” (Marcuse 1981:343).

Damit geht eine Totalisierung des Technischen einher, die von Jürgen Habermas kritisiert worden ist, der den Geltungsbereich der Eigenlogik instrumentellen Handelns begrenzt wissen wollte: “Jeder neue Schub des technischen Könnens, der unkontrolliert in alte Formen der Lebenspraxis einbricht, verschärft den Konflikt zwischen Ergebnissen angespanntester Rationalität und überrollten Traditionen: das mag dann wie die Freisetzung der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation von Geschichte überhaupt

erscheinen. Die objektive Gewalt dieses Scheins, der vom positivistischen Selbstverständnis aller Wissenschaften noch einmal verstärkt wird, verdeckt jedoch nur den Interessenzusammenhang, der unreflektiert die Richtung des technischen Fortschritts bestimmt. Die Meinung, daß sich die technischen Sachzwänge verselbständigt hätten, ist ideologisch. Daher stellt sich das Problem, wie die praktische Verwendung technischen Wissens im Kontext einer geschichtlichen Situation selbst rational geklärt, wie technisches Wissen in praktisches Bewußtsein verbindlich übersetzt werden kann. Die fällige Reflexion, die sich auf die Einfügung technischer Mittel in die soziale Lebenswelt erstreckt, muß beides zugleich leisten: sie muß die objektiven Bedingungen einer Lage, die verfügbaren und machbaren Techniken ebenso wie die bestehenden Institutionen und wirksamen Interessen, *analysieren* und zugleich im Rahmen eines traditionsbestimmten Selbstverständnisses sozialer Gruppen *interpretieren*. Deshalb sehe ich einen Zusammenhang zwischen diesem Problem einer rational verbindlichen Übersetzung technischen Wissens in praktisches Bewußtsein und den methodologischen Bedingungen der Möglichkeit einer Sozialwissenschaft, die analytische und hermeneutische Verfahren integriert” (Habermas 1970:96-97)³. Gegen die Reduktion, welche die Kehrseite der Totalisierung darstellt, setzte Habermas: “Soziales Handeln ist zunächst ein traditionsvermitteltes Zusammenspiel in umgangssprachlicher Kommunikation, das Antworten auf praktische Fragen verlangt” (Habermas 1970:96), unter diesem Aspekt seien “Technik und Wissenschaft als Ideologie” (1979) zu betrachten. Mit dieser Schlussfolgerung eröffnete er einen Bezugsrahmen, unter dem die Rede vom Spezialistentum der Physiker als eine Strategie der Schuldabwehr und die Inanspruchnahme einer unausgesetzten Geltung technischer Rationalität als das Mittel, einen scheinbar bruchlosen Übergang in die Nachkriegszeit zu bewerkstelligen, gesehen werden kann. Der Wiederaufbau der deutschen Wissenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg umgab sich mit Traditionen, die lediglich noch als Zitat vorhanden waren, wie Adorno und Habermas in anderen Zusammenhang bemerkten, die sich aber nicht auf den naturwissenschaftlich-technischen Wertekomplex von Effektivität, Wertfreiheit und Universalismus bezogen. Hier blieben die Brüche der Vergangenheit hinter der universal gewordenen Zweckrationalität verborgen und zwar so erfolgreich, dass sich die Berufung auf eine das Technische und rein Wissenschaftliche überschreitende Vernunft gar zur Selbststilisierung eignete: “Die Anrufung von Bildungsprozessen, die Philosophie und Wissenschaft transzendieren, kann, wenn sie ihre Vergeblichkeit nicht sogleich antizipiert, nur von der undiskutierbaren Hoffnung auf eine neue Religiosität zehren” (Habermas 1970:99). Die moralische Qualität der modernen Physik schien diese Erwartung zu erfüllen.

³ Das Thema bildete einen Schwerpunkt der “Gespräche mit Herbert Marcuse” (1981), die deutsche Geistes- und Sozialwissenschaftler in den 1970er Jahren mit Marcuse führten und ihrer Überlegungen in “Antworten auf Herbert Marcuse” (1978), die in diesem Zusammenhang entstanden.

Habermas' Kritik einer "Verdrängung des Handelns durch Technik" richtet sich im Fortgang der Argumentation jedoch vor allem auf die Soziologie und ihre Tendenzen zur Einschränkung auf ein technisch verwertbares Wissen zur Steuerung gesellschaftlicher Prozesse. "Wohl kann auf dem Boden einer wissenschaftlich legitimierten Verdrängung der Geschichte der objektive Schein entstehen, als ließe sich mit Hilfe der nomologischen Wissenschaften die Lebenspraxis ausschließlich in den Funktionskreis instrumentalen Handelns bannen" (Habermas 1970:95). Eine Sozialwissenschaft, die ihre eigene Angleichung an die Struktur der theoretischen Naturwissenschaften vornimmt, wird zur Geschichte indifferent, denn sie kann "strukturell zwischen Natur und Geschichte nicht unterscheiden" (Habermas 1970:100), und sie verzichtet darauf, den Vorrang des zweckrationalen Handelns und seine Ursachen historisch zu begründen. Die inhaltliche Perspektive richtet sich daher mit der Unterscheidung von System und Lebenswelt auf eine kommunikative Rationalität als andere und freizulegende Dimension der menschlichen Geschichte, in der die Probleme der Moral und der Anerkennung im Vordergrund stehen. Die Aufgaben der Sozialwissenschaften werden in diesem Rahmen mit Max Weber bestimmt: "Soziologie soll heißen: eine Wissenschaft, welche soziales Handeln deutend *verstehen* und dadurch in seinen Wirkungen ursächlich *erklären* will" (Habermas 1970:83). Habermas weist daraufhin, dass dies nicht dem Verstehen individueller Motivationen allein getan ist, sondern ein hermeneutisches Verständnis objektivierter Bedeutungen verlangt, also jener gesellschaftlichen und kulturellen Erscheinungen, die zu einer "zweiten Natur" geworden sind und die in der empirischen Analyse geschichtlich realisierter Werte oder symbolischer Formen zu Tage treten.

Es ist "der geschichtliche Zusammenhang, in dem die Wissenschaften heute fungieren" (Habermas 1970:94), der die Sozialwissenschaften vor die Alternative stellt, entweder den Intentionen von Planung und Verwaltung oder Selbstverständigung und Aufklärung nachzukommen. Die nebeneinander bestehenden Orientierungen an der Technokratie oder an der Kritik rufen den Methodendualismus der Sozialwissenschaften hervor, ihre nomologischen bzw. hermeneutischen Verfahren. Die Differenz wird jedoch über die "Handlungswissenschaften" hinaus zur Grundsatzunterscheidung zwischen Erklärung und Verstehen und als Wissenschaftsdualismus zwischen Geistes- und Naturwissenschaften gedeutet: "Daß die sich die naturwissenschaftlichen Theorien als Systeme von Aussagen über Sachverhalte darstellen, während die Sachverhalte, die die Geisteswissenschaften analysieren, das komplexe Verhältnis von Aussagen zu Sachverhalten selber schon enthalten. Den Tatsachen erster und zweiter Ordnung entsprechen Erfahrungen erster und zweiter Stufe: Beobachtung und Verstehen, wobei das Verstehen die Wahrnehmung von darstellenden Zeichen einschließt" (Habermas 1970:102). Diese Wendung gibt schließlich Teile des ursprünglichen Entwurfs auf, die sich in Richtung einer Kritik der Natur- und Technikwissenschaften hätten entwickeln können. Statt dessen bleibt die strikte Dualität den Wissenschaftsbegriff im Bezug auf die Natur- und Technikwissenschaften unangetastet. Die Frage nach

dem Eingebundensein des theoretischen Denkens in die objektiven Strukturen der Gesellschaft und insbesondere nach den "Funktionen der Wissenschaften im sozialen Zusammenhang der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation" (Habermas 1970:99) wird nur in einer Richtung weiterverfolgt. Sie gründet sich auf die Behauptung einer Sonderstellung der Soziologie, die das durch die soziale Lebenswelt vermittelte menschliche Verhalten untersucht und eine Zwischenposition unter den Wissenschaften einnimmt, wobei ihr geisteswissenschaftlicher Anteil als gefährdet betrachtet und zu bewahren ist. "Wer den Wissenschaftsdualismus leugnet, muss zeigen, daß sich die historisch-hermeneutischen Wissenschaften einer allgemeinen Methodologie der Erfahrungswissenschaften ohne Rest subsumieren lassen" (Habermas 1970:103). Im Rahmen dieser Theorietradition wurden die Schwerpunkte der sozialwissenschaftlichen Methodendiskussion auf eine qualitative Inhaltsanalyse, die Hermeneutik des Alltagslebens und die Sozialpsychologie gesetzt.

Im Bezug auf die Naturwissenschaften erwies sich das Festhalten am Dualismus als ungeeignet, denn trotz der erkenntnistheoretischen und geschichtsphilosophischen Schärpen blieb der Wissenschaftsbegriff soziologisch unterentwickelt. Die Kritik der Zweckrationalität und der Naturbeherrschung ging in die Totale einer Wissenschaftsskepsis und Fortschrittskritik - oder sie beschäftigte sich gar nicht mit den Technik- und Naturwissenschaften. Die erste Tendenz fand in der Ökologie- und Technikdebatte der 1980er Jahre erneut starken Widerhall und löste in der bundesdeutschen Linken eine Orientierung an orthodox-marxistischen Auffassungen ab: "Ähnlich wie in der späten Kritischen Theorie erscheint der technische Fortschritt nicht mehr als Voraussetzung und Garant einer gleichmäßigen Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern gewinnt zunehmend negative Züge, wobei derzeit noch keineswegs ausgemacht ist, ob diese allein der ,kapitalistischen Form der Produktivkraftentwicklung' (Prokla 39, 11) oder der Eigendynamik des ,Industrialismus' (Traube 1979, 13) geschuldet ist. Zumindest die Argumentation der Grünen und Alternativen erinnern auch eher an die Positionen der ,Dialektik der Aufklärung' als an die des klassischen Marxismus, denn die autonomisierte Produktivkraftentwicklung wird zumeist als Ausdruck einer instrumentellen Vernunft interpretiert, die ein materiell vernünftiges Leben grundsätzlich in Frage stellt; sie begründet keine Freiheit, sondern ein Gehäuse der Hörigkeit, das längst die Möglichkeit einer endzeitlichen Selbstvernichtung in sich schließt" (Bonß/Honneth 1982:9). Die Folgewirkungen technischer Naturbeherrschung, das enorme Destruktionspotential naturwissenschaftlicher Forschung und die bürokratische Anpassung der Sozialwissenschaften riefen eine unnachgiebige Fortschrittskritik am Komplex von Macht und Wissen auf den Plan. In der Absicht, emanzipatorische Potentiale und Möglichkeiten einer nicht-instrumentellen Erfahrung freizulegen, wurde verstärkt die Eigendynamik einer totalitär gewordenen Instrumentalität und der zivilisatorische Zwang zur Identität hervorgehoben. Unter diesen Voraussetzungen stand eine Reihe von Forschungen zur gesellschaftlichen Steuerung von

Wissenschaftsprozessen, die darauf folgenden Impulse zur Wissenschaftsforschung entwickelten sich auf anderen theoretischen Grundlagen. Ein neuer Zugang besteht in einer Kritik gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die in den Rahmen problemorientierter sozial-ökologischer Forschung gestellt wurde. Damit wurde ein theoriepolitisches Zentralmotiv der Kritischen Theorie, nämlich “die Forderung nach einer systematisch begründeten, an einem Vorbegriff der zu untersuchenden Gesellschaftsstruktur gewonnenen Interdisziplinarität zum Motiv des eigenen Forschungsinteresses werden zu lassen” (Bonß/Honneth 1982:21), wiederaufgenommen und nun auch auf die Natur- und Technikwissenschaften bezogen. Ein solches Projekt stellt sich die Aufgabe, die theoriegeschichtliche Distanz der Kritischen Theorie zu den Naturwissenschaften aufzugeben und impliziert die Notwendigkeit eines pluralen theoretischen Ansatzes im Hinblick auf die Differenz der Wissenschaftskulturen.

Wissenschaftsmythos und Wissenschaftsnormen

Mit dem Blick auf Wissenschaft als einen Mythos im Sinne von Barthes wird zunächst eine grundlegende Unterscheidung getroffen: Es geht damit nicht um den Gegenstand Wissenschaft, weder im Hinblick auf seine Inhalte noch als soziale Gruppierung, sondern um einen Wert bzw. ein Ensemble von Werten und deren Repräsentation im außerwissenschaftlichen Raum⁴. Barthes’ Verständnis der semiologischen Verkettung impliziert, dass sich die Botschaft des Mythos an beliebige Objekte heften kann: “Faktisch ist nichts vor dem Mythos geschützt, der Mythos kann sein sekundäres Schema von jedem beliebigen Sinn aus entwickeln, sogar... von einer Sinnentleerung aus” (1964:116) oder indem er sich einer sprachlichen Gesamtheit bemächtigt. Das Beispiel dafür ist die Mathematik, auch ihr Widerstand gegen Interpretation wird von dem Mythos durchbrochen: “Er nimmt eine mathematische Formel ($E=mc^2$) und macht aus diesem nicht auswechselbaren Sinn das reine Bedeuten der Mathematizität” (Barthes 1964:117). Im Vordergrund stehen deshalb zunächst gar nicht die Wissenschaftler, vielmehr das Bild, das man sich in der Öffentlichkeit von ihnen macht. Der Einstein-Mythos war kein spezifisch deutsches Phänomen – Barthes widmet ihm ein kleines Kapitel in seinem Buch –, aber in der deutschen Nachkriegsgesellschaft wird ihm eine besondere Konnotation zugelegt. In der höchst problematischen Verschränkung von Schuld und ihrer Abwehr mit der Frage von Wissen und Nicht-Wissen vermochte Wissenschaftlichkeit, nämlich die strikt sachliche Zweckrationalität sowie Wertfreiheit und Universalität als Standards wissenschaftlicher Arbeit, die Bedeutung eines politisch unschuldigen Wissens zu verkörpern. In der Terminologie von Barthes: die

⁴ Foucaults Diskursanalysen stehen deshalb hier nicht im Vordergrund, weil seine Betrachtungen vor allem dem internen Aufbau des wissenschaftlichen Wissens gelten, sozusagen der Wissenschaft von innen. In der deutschen

wissenschaftlichen Standards werden zur Form des mythischen Begriffs. Verstärkend kommt hinzu, dass symbolische Sinngebungen, die ja, wissenssoziologisch gesprochen, sozialen Zusammenhang herstellen und der gesellschaftlichen Ordnung ihre Stabilität verleihen sollen, tief gestört waren, wenn sie nicht gegenüber der jüngsten Vergangenheit vollends versagten, da sie "sich aber an der differenten Erfahrung der Mitlebenden brechen. Sie reiben sich auch am Zivilisationsbruch, für den der Name Auschwitz steht, über den wir mittlerweile viele Erinnerungen haben, aber der sich der Sinn- und Identitätsstiftung entzieht und als Negation deutscher und aller Kultur eine dauernde Herausforderung bleibt" (Niethammer 2000:366). Das gilt nach wie vor. Festzuhalten ist hier, dass sich in jener Spaltung, einer Lücke in der symbolischen Sinnwelt, die nicht zu schließen war, die gesellschaftliche Wirkung des Wissenschaftsmythos ausbreitete.

Auf keinen Fall kann man "den eindringlichen Charakter des Mythos" überschätzen, seine Wirkung ist instantan und restlos und jeder rationalen Erklärung überlegen. "Der Mythos ist nicht zu vervollkommen und ist zugleich unbestreitbar. Weder Zeit noch Wissen fügen ihm etwas hinzu oder nehmen ihm etwas weg" (Barthes 1964:114). Das bedeutet, ist er unkritizierbar, weder Gesellschaftstheorie noch Ideologiekritik zugänglich, und in dieser Eigenschaft des Mythos sehe ich die Erklärung für die Verkürzung und Verkehrung der Technokratie-These. Daher muss man einen anderen Ansatzpunkt wählen, um die Wirkungsweise des Wissenschaftsmythos zu verstehen. Im Einklang mit einem Geschichtsverständnis, das sich auf die Spuren des Ungesagten, Abwesenden, Nicht-Sagbaren und Verborgenen in den großen Erzählungen der Moderne richtet, ergibt sich die Möglichkeit von den Überlegungen Barthes' ausgehend, den im Mythos enthaltenen Verlust auf einer nicht-individuellen Ebene zu beschreiben. Ein solches Vorgehen verhält sich in gewisser Weise komplementär zur Sozialpsychologie, denn es ist konzentriert auf die Herstellung von Strukturen und Formationen der Rede im öffentlichen Diskurs. Die Betrachtung des Wissenschaftsmythos nimmt somit eine Zwischenstellung ein und hält einen gewissen Abstand einerseits zur Gesellschaftstheorie und andererseits zur Wissenssoziologie. Sie verbindet sich jedoch mit diesen beiden soziologischen Projekten durch die Frage, auf welchen Kontext der mythische Begriff dabei jeweils bezogen wird und welche Kritikmöglichkeiten sich daraus ergeben.

Im Hinblick auf das Verständnis von Wissenschaft kam die entscheidende Veränderung aus der Wissenssoziologie und zwar nach ihrer Wendung zum alltagsweltlichen Wissen und zu vorwissenschaftlichen Wissensformen. Hier wendet sich der Blick dem Gegenstand zu und ist nicht auf seine Verwendung als Mythos gerichtet, es handelt sich also um einen Wechsel von der zweiten zur

Rezeption haben seine Arbeiten zudem dazu beigetragen, eine Wissenschaftskritik zu etablieren, die auf die hier problematisierte Vorstellung einer Eigendynamik des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts abheben.

ersten Stufe des mythischen Systems. Die oben skizzierten theoretischen Grundlagen zum Verständnis gesellschaftlicher Objektivierungen, der Konstruktion sozialer Wirklichkeiten und der Verteilung des Wissens, ermöglichten ein Aufbrechen des epistemologischen Sonderstatus der Naturwissenschaften. Zusammen mit der (in Deutschland lange verzögerten) Rezeption der Diskursanalyse und ihrer Historisierung wissenschaftlicher Erkenntnis im Kontext von Macht und Wissen unterlaufen diese Studien quasi den epistemischen Bruch und gewinnen die Naturwissenschaften als sozialwissenschaftlichen Gegenstand (zurück), wenn sie die "Fabrikation von Erkenntnis" (Knorr-Cetina 1984) in den Labors untersuchen⁵. Indem wissenschaftliche Erkenntnisproduktion historisch und soziologisch betrachtet wird, werden auch die Formen der spezifischen institutionellen Traditionen und des Gedächtnisses von *scientific communities* erkennbar⁶. Es wurde möglich, mehrfach in produktiver Weise auf die Begriffsgeschichte der Wissenssoziologie zurückzugreifen; im Bezug auf das kollektive Gedächtnis treten damit zwei Anhaltspunkte aus einer gemeinsamen Theorietradition hervor: Perspektivität und Kollektivität des Wissens. Robert K. Merton hatte bereits Anfang der 1940er Jahre die Wissenssoziologie Karl Mannheims dem amerikanischen Publikum vorgestellt, auf die Bedeutung dieses Schritts weist das Buch von Berger und Luckmann hin; die Wissenschaftssoziologie als eigene Subdisziplin entstand. Auch auf Mannheims Konzept der "Seinsverbundenheit" und "Aspektstruktur" des Wissens, das in mancher Hinsicht den "Aussichtspunkten" in Halbwachs' Theorie eines kollektiven Gedächtnisses entspricht, kam man später wieder zurück und es wurden die erkenntnistheoretischen Dimensionen seiner Vorstellung von Perspektivität auf die Naturwissenschaften erweitert (vgl. Bloor 1976). Damit wurde eine differenzierte Diskussion über die Genese des überhistorischen Wahrheitsanspruchs, mit dem naturwissenschaftliche Forschungsergebnisse ausgestattet sind, eingeleitet. Die verschiedenen Positionen einer solchen *social theory of knowledge* berücksichtigen die Rolle der Zeit in der Verfestigung naturwissenschaftlicher Beobachtungen zu Tatsachen und im Aufbau der organisatorischen Netzwerke, die den wissenschaftlichen Unternehmungen zu Erfolg verhelfen (vgl. Latour 1995)⁷.

Hier soll jedoch der andere Zusammenhang stärker betont werden, nämlich eine Sicht auf die Wissenschaften als soziale Kollektive, in der die Produktion von Wissen als eine gemeinsame Aktivität verstanden wird, deren Resultat aber nicht nur in Erkenntnis besteht (das wäre trivial) sondern zugleich mit der geteilten Sicht der Dinge auch die Gemeinsamkeit wesentlich hergestellt wird. Auch dies geschah

⁵ Davon gibt es inzwischen eine umfangreiche Serie, beispielhaft seien hier genannt: Latour/Woolgar (1986), Lynch (1995), Traweek (1988).

⁶ Den Unterschied der Perspektiven hat Dominique Pestre am Beispiel seiner Studie über den großen europäischen Teilchenbeschleuniger in Genf CERN dargestellt (1999).

⁷ In einer erkenntnistheoretisch sehr vereinfachten Sicht wird der Effekt einfache dem Vergehen von Zeit zugeschrieben. Mit den gesellschaftstheoretischen Defiziten dieser Position habe ich mich an anderer Stelle auseinander gesetzt (Scheich 2003).

im Rahmen eines theoriegeschichtlichen Rückgriffs, über Thomas Kuhns Arbeiten (1989, 1988) wurde Ludwik Flecks (1980) Konzeption der Denkkollektive in die neuere Wissenschaftsforschung eingebracht. Flecks Denkkollektive teilen mit den Erinnerungsgemeinschaften bei Halbwachs ein wesentliches Problem, in beiden Fällen wird mit einem noch sehr unspezifischen Begriff des Kollektivs gearbeitet, ging es doch zunächst darum, die soziale Dimension des jeweiligen Gegenstandes überhaupt kenntlich zu machen. Das Vorgehen dabei ist vergleichbar, denn sowohl bei Fleck als auch bei Halbwachs sind die gemeinsamen Vorstellungen, die wissenschaftlichen Denkweisen bzw. Erinnerungen an die Vergangenheit, nicht nur einfach an das Kollektiv gebunden, sondern konstituieren dessen Zusammenhalt. Jeweils auf ihren Gegenstand bezogen, formulieren sie das Credo der Wissenssoziologie, demzufolge die Tatsachen des gemeinsamen Wissens und die soziale Faktizität der gesellschaftlichen Strukturen nicht zu trennen sind; Wissen, Werte und Tätigkeiten gehen ineinander über. Die deutschen Physiker, die nach dem Krieg vor der Aufgabe standen, ihre Institutionen und Organisationen wiederaufzubauen, waren beides zusammengenommen, Denkkollektiv und Erinnerungsgemeinschaft.

Unter einem solchen Fokus auf das wissenschaftliche Kollektiv wird die entscheidende Spur freigegeben: die Frage der Zugehörigkeit im Gedächtnis der deutschen Wissenschaftler nach dem Zweiten Weltkrieg. Die konkrete, feststellbare Abwesenheit von jüdischen Namen verweist auf eine Lücke des kollektiven Gedächtnisses, die mittels der bleibenden Löschung dieser Namen aufrechterhalten wird und die verdeckt bleibt, solange deren Abwesenheit garantiert ist. Die Sichtbarmachung der "Gedächtnislücke, die mit kollektiven Identitätskonstruktionen gefüllt werden soll" (Niethammer 2000:364) beruht entscheidend auf der Erkenntnisabsicht einer Geschichtswissenschaft, die sich als Kritik versteht und deren Aufgabe es ist, "Befunde gegen das kulturelle Gedächtnis zur Geltung zu bringen" (Niethammer 2002:37). Der Leugnung jener Lücke kann entgegengestellt werden, dass man es beim Gedächtnis mit zwei sehr verschiedenen Bedeutungen zu tun hat: "Einer, bei der undebattierbare Wahrheiten und Zugehörigkeitsgefühle in die Zukunft vermittelt werden, und die sich dabei auf Macht, soziale Akzeptanz und symbolische Formen gründet; und eine, die in entgegengesetzte Richtung erinnert, was aus dem Bewußtsein und den etablierten Traditionen verbannt worden ist, und warum dies geschah" (Niethammer 2002:36). Dies soll hier bezogen werden auf die Rekonstruktion einer *scientific community* und auf ihr Bemühen zur Wiederherstellung einer professionellen Geschlossenheit, in dem die Differenz der Erfahrungen nivelliert und negiert wird. Wie zu sehen sein wird, war der entscheidende Mechanismus, der in diesem Fall zum Tragen kam, sich der Einheitlichkeit einer Tradition zu vergewissern, die auf den abstrakten Normen und Regeln wissenschaftlicher Arbeit beruhte. D.h. die Überkreuzung von Denkkollektiv und Erinnerungsgemeinschaft betraf nicht nur die historische Situation, sondern auch die rhetorischen

Strategien, die in dieser Situation gewählt wurden. Moderne Physik, allgemeine wissenschaftliche Standards und die Wissenschaftspolitik unter dem Nationalsozialismus wurden verquickt, um eine paradoxe Rede zu stützen, die eine in der Vergangenheit begründete Wahrnehmungseinschränkung auf Dauer stellte. In diesem Komplex ist es die Frage nach den nicht genannten Namen, die einen festen Punkt bildet, von dem aus sich dann die verschobene Zeitstruktur der paradoxen Rede offenbart und sich in den Texten über die Vergangenheit die Spuren, die auf ihren Beginn verweisen, lesen und entziffern lassen.

In einer soziologischen Betrachtung des institutionellen Wiederaufbaus ist auf das Paradox hinzuweisen, auf das die Physiker sich damals einließen. Ich möchte es markieren mit einer Bemerkung Pierre Bourdieus zum Verhältnis von Habitus und Vergessen in *Sozialer Sinn* (1993), mit der er auf die Ursache von Regelmäßigkeiten in den sozialen Praktiken abhebt: “Sie lassen sich daher nur erklären, wenn man die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen der Habitus, der sie erzeugt hat, und die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen er angewandt wird, zueinander ins Verhältnis setzt, d.h. wenn man durch die wissenschaftliche Arbeit jenes Inbeziehungsetzen dieser beiden Zustände der Sozialwelt vornimmt, das der Habitus, indem er es verschleiert, in der Praxis und durch die Praxis bewerkstelligt. Das ‚Unbewußte‘, mit dem man sich dieses Inbeziehungsetzen ersparen kann, ist in Wirklichkeit nämlich immer nur das Vergessen der Geschichte, von der Geschichte selber erzeugt, indem sie die objektiven Strukturen realisiert, die sie in den Habitusformen herausbildet, diesen Scheinformen der Selbstverständlichkeit. Als einverleibte, zur Natur gewordene und damit als solche vergessene Geschichte ist der Habitus wirkende Präsenz der gesamten Vergangenheit, die ihn erzeugt hat. Deswegen macht er gerade die Praktiken relativ unabhängig von den äußeren Determiniertheiten der unmittelbaren Gegenwart” (Bourdieu 1993:105). Die Anstrengung der deutschen Physiker in ihrem nachgeholten oder besser: wiederholten Institutionalierungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg lief vielmehr darauf hinaus, dass zugleich mit der Realisierung der objektiven Strukturen aus dem Gesamt ihrer Geschichte etwas entfernt werden sollte. Das Resultat ist dann als erfolgreich zu betrachten, wenn das Inbeziehungsetzen der Zeiten misslingt.

Ein Beispiel dafür sind die Schlussfolgerungen, die aus Mertons Beiträgen zum Verhältnis von Demokratie und Wissenschaft gezogen werden. Seine Arbeiten untersuchen detailliert die Rolle der gemeinsamen Werte und ihre Verbindlichkeit im Kontext der institutionellen Struktur von Wissenschaft. Die ersten Fassungen der Texte “Science and the Social Order” (Merton 1973:254-266) und “Science and Democratic Social Structure” (Merton 1973:267-278) waren bereits 1938 bzw. 1942 entstanden, der letztere ging später in das Buch *Social Theory and Social Structure* (1964), das 1949 zum ersten Mal

erschien. Darin sieht er “universalism, communism, disinterestedness, organized skepticism”⁸ als die zentralen Eckpfeiler des Wissenschaftsethos, deren Bedeutung im Einzelnen er diskutiert und in deren wechselseitiger Verstärkung sich die Objektivierung eines institutionellen Sinnzusammenhangs vollzieht. Mertons Absicht ist es, die normative Struktur der Institution Wissenschaft auf ihre Funktion, auf die Herstellung anerkannt gültigen Wissens zu beziehen. “Thus, we shall consider, not the methods of science but the mores with which they are hedged about” (Merton 1973:268). Die Gesamtstruktur technischer und moralischer Standards ist demzufolge auf die Erreichung des gesetzten Ziels abgestimmt und daher sind insbesondere die institutionellen Imperative sowohl aus diesem Ziel und den Methoden abzuleiten. Denn die Anforderungen nach empirischer Bestätigung und logischer Kohärenz werden erst verbindlich, wenn sie als Werte betrachtet werden: “because they are believed right and good”(Merton 1973:270). Wie dies im Rahmen der Typisierung, Internalisierung und Habitualisierung geschieht und welche Bedeutung der gemeinsamen normativen Orientierung für die soziale Konstruktion von wissenschaftlicher Institutionen zukommt, war ein Teil des Mertonschen Forschungsprogramms in der Wissenschaftssoziologie. Es war seine Überzeugung, dass Autonomie die Grundlage der Effektivität von Wissenschaft und dies am besten in einer Demokratie zu realisieren sei. Diese Position hat er späterhin aufrecht erhalten.

Im Bezug auf die Situation der deutschen Physiker kann man sagen, dass seine Analyse der Verhältnisse auf halber Strecke stehen bleibt. Mit der abschließenden Feststellung: “In modern totalitarian society, anti-rationalism and the centralization of institutional control both serve to limit the scope provided for scientific activity” (Merton 1973:278) wird der Loyalitätskonflikt zwischen zwei Wertesystemen, in den die Wissenschaftler geraten können, betont⁹. Unterstellt wird dabei die unveränderte Relevanz der normativen Ideale für die Integration und Stabilität wissenschaftlicher Institutionen, für die Selbstbestimmung von Wissenschaft und ihre Unterscheidung von anderen sozialen Systemen. Die Diskussion, die an Mertons Vorstellungen anknüpfte, bezweifelte immer wieder die Bedeutung jenes Wissenschaftsethos für das tatsächliche Verhalten der Wissenschaftler. Damit aber wird, wie bei Merton selbst, das Problem letztlich nur auf eine individuelle Ebene verschoben. Die normativen Verbindlichkeiten des Wissenschaftlerkollektivs werden als Fakten behandelt und nicht als Werte, die soziale Faktizität schaffen. Diese Verwechslung setzt sich bis in die aktuelle Wissenschaftsgeschichtsschreibung fort, wenn auch häufig mit umgekehrten Vorzeichen, und die Kritik resultiert in einer falschen Entweder-Oder-Frage: Sind die demokratischen Werte von Wissenschaft mit

⁸ Mit geringen Bedeutungsverschiebungen lassen sich drei Begriffe leicht übersetzen in: Universalismus, Wertfreiheit, systematischer Zweifel. Unter “communism” versteht Merton in diesem Zusammenhang: “The substantive findings of science are a product of social collaboration and are assigned to the community ... The scientist’s claim to ,his’ intellectual ,property’ is limited to that of recognition and esteem” (Merton 1973:273).

⁹ Das Beispiel im Text von 1938 ist der Angriff auf Werner Heisenberg,

politischer Ideologie kompatibel oder nicht (Walker 2003)? Handelt es sich um eine echte Unabhängigkeit der Wissenschaftler oder um ein unpolitisches und daher jedem politischen System dienstbares Spezialistentum? Letzteres ist leicht wiederzuerkennen als die "apolitischen" Wissenschaftler der verkürzten Technokratiethese.

In dieser Wendung besteht das Problem zum einen darin, dass der vorschnelle Transfer einer Analyse von Zweckrationalität und Wertfreiheit auf die Ebene des kollektiven Bewusstseins und des gemeinsamen Selbstverständnisses wissenschaftlicher *communities* das kritische Element auf eine Art Eigenschaft der Wissenschaft bzw. der Wissenschaftler reduziert wird. Neben der Kappung von Gesellschaftstheorie, die erst zu einer Kritik der Zweckrationalität führen kann (obwohl sie die Bedeutung des Wissenschaftsmythos nicht aufzuheben vermag), besteht das Ergebnis außerdem in der Verstärkung einer Verblendung, in der das Verhältnis von Wissenschaftsethos und Kollektiv in einer anderen Richtung unbefragt bleibt. Ausgehend davon, dass die soziale Funktion gemeinsamer Werte in der Absicherung des institutionellen Zusammenhalts und der Regelung der Zugehörigkeit besteht, kann man ja auch umgekehrt vorgehen und die Frage lautet dann: Inwieweit verändert ein politischer und meist gewaltsamer Eingriff in die Zusammensetzung eines Kollektivs bzw. die personale Struktur einer Institution das System der geteilten wissenschaftlichen Normen und Überzeugungen? Können die normativen Orientierungen danach überhaupt noch denselben, gemeinsamen Sinn haben? Und: wie gestaltet sich *dann* das Verhältnis der Akteure untereinander? Welchen Effekt hatten die Vertreibung und Verfolgung durch den Nationalsozialismus auf die Werte von Wissenschaftlichkeit? Genau dieser Mechanismus ist im Laufe der Arbeit zum Mittelpunkt der Darstellung geworden. Er betrifft nicht die individuellen Überzeugungen, sondern die Auslassungen in der kollektiven Geschichte einer Institution, die sich mittels einer Rhetorik von Universalismus, Wertfreiheit und der nachdrücklichen Forderung nach einem kritischen Austausch von Forschungsergebnissen ohne den Zwang zur Geheimhaltung - für Mertons "communism" konnte im deutschen Kontext kein passendes Äquivalent gefunden werden - wieder etablierte. In der Rekonstruktion der Physik nach dem Nationalsozialismus wurde den Namen der Betroffenen soweit als möglich ausgewichen und auf diese Weise wurde die Frage nach den konkreten Auswirkungen der vergangenen Geschehnisse auf ihre Person unterbunden und als irrelevant behandelt. Das Material zeigt deutlich, dass keine Re-Integration stattfand. Die Beschädigungen und Beeinträchtigungen am eigenen tradierten Wertekodex blieben aus dem Bewusstsein ausgespart. Oder, in Anspielung auf die zitierte Bemerkung Bourdieus gesagt: die Vergangenheit ist nicht angeeignet und habitualisiert und in diesem Sinne vergessen worden, sondern sie sollte abgeschüttelt werden und verloren gehen. Der Preis für die fortbestehende und verdeckte Leerstelle in der paradoxen Rede war deren typisches Symptom: die Störung der Zeit; der Versuch das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart zu bestimmen, greift in die Leere von Abstraktionen.

Zum Verhältnis von historischem Material und theoretischer Interpretation

Ausgehend von der Unterscheidung von Organisation und Struktur, die hier im Rahmen der Diskussion zum kollektiven Gedächtnis auftaucht, habe ich bisher versucht, eine zweifache Sicht auf Wissenschaft und ihre jeweiligen theoretischen Bezüge zu entwickeln. Demzufolge sind in bezug auf Wissenschaft zwei verschiedene Ebenen sozialer Objektivierung auseinander zu halten, nämlich einerseits Wissenschaft als ein symbolisches System, als Ideologie bzw. als Mythos, und andererseits die *scientific community* und ihre Institutionen. Man kann darin in gewisser Weise die Differenz von intern und extern wiedererkennen; sie ist das Grundmuster, nach dem die einzelnen Abschnitte der vorliegenden Untersuchung gegeneinander abgegrenzt sind und in dessen Rahmen sie zur Analyse der Interaktion von Wissenschaft mit anderen sozialen Kollektiven aufeinander bezogen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich zu den von mir verwandten und kombinierten Begriffen an dieser Stelle betonen, dass sie in keinem Fall "reine" Gegebenheiten bezeichnen sollen, sondern vielmehr zur Einkreisung eines komplexen Geschehens und zur Unterscheidung der davon berührten Ebenen eingeführt werden. Eine Leitlinie dafür waren mir Bourdieus wissenschaftstheoretische Überlegungen zum spezifischen Inhalt einer sozialwissenschaftlichen Objektivität, in denen er die Funktion eines sozialwissenschaftlichen Erklärungsmodells im Bezug auf die beobachtete gesellschaftliche Praxis klarstellt. Die theoretischen Konstruktionen stellen weder die wirkliche Grundlage der von ihnen erklärten Praktiken, noch werden sie in der Praxis der Handelnden überhaupt benötigt, ihr Verhältnis zueinander illustriert Bourdieu in einem Bild: "Kurzum, die beobachteten Praktiken verhalten sich zu Praktiken, die ausdrücklich nach den Grundsätzen geregelt wären, die der Forscher zu ihrer Erklärung aufstellen muß - wenn so etwas in der Praxis möglich und wünschenswert wäre, wo vollkommene Geschlossenheit nicht immer von Vorteil ist -, wie alte Häuser mit ihren späteren Anbauten und allen teilweise nicht zueinander passenden und im Grunde doch stimmigen, im Laufe der Zeit in ihnen angesammelten Gegenständen zu Appartements, die nach einer bestimmten ästhetischen Konzeption von einem Innenarchitekten termingerecht und schlüsselfertig eingerichtet worden sind" (Bourdieu 1993:30)¹⁰. Bourdieu besteht damit auf der Differenz zwischen einer symbolischen Struktur und der Materialität ihrer praktischen Realisierung, die von denen, die sich alltäglich darin bewegen, verstanden wird aufgrund der gelebten Erfahrung bzw. eines langfristig erworbenen Orientierungsvermögens. Der soziale Sinn symbolischer Praxis verwirklicht sich in der praktischen Handhabung, die den konkreten Umständen und Interessen angepasst ist.

Der Beobachter, der die Regeln dieses Handelns zur Sprache bringt und analysiert, nimmt ein besonderes, weil rein theoretisches Verhältnis zu seinem Objekt ein. Sein Wissen tendiert zu einer Verdinglichung der Abstraktionen, wenn diese Differenz nicht anerkannt und statt dessen das Modell zu der Macht gemacht wird, die die soziale Praxis eigentlich bestimmt. In einem schleichenden Übergang “vom Modell der Realität zur Realität des Modells”(Bourdieu 1993:75) wird die sozialwissenschaftliche Objektivierung in die Wirklichkeit projiziert und die Wahrheit über die Beziehung des wissenschaftlichen Beobachters verschleiert, der von außen auf diese soziale Welt blickt, aus der Position eines geduldeten Zuschauers. Die kritische Reflexion der Sozialwissenschaftler über die Grenzen ihres Verstehens beginnt daher, “wenn sie ihr eigenes Verhältnis zum Objekt objektivieren, das Verhältnis des Fremden, der sich Ersatz für die praktische Beherrschung in Form eines objektivierten Modells schaffen muss” (Bourdieu 1993:65). Der entscheidende Punkt dabei ist, dass das Bewusstsein der Distanz nicht eine allgemeine kulturelle Verschiedenheit abbildet sondern eine Erfahrung, die in der sozialwissenschaftlichen sozialen Beziehung selbst verankert ist. Bezugspunkt ist die “Kluft zwischen den beiden Verhältnissen zur Welt, dem theoretischen und dem praktischen. Sie hängt ... faktisch mit einer sozialen Distanz zusammen, die man als solche anerkennen und deren wahre Grundlage, d.h. die *unterschiedliche Distanz zur Notwendigkeit*, man erkennen muß” (Bourdieu 1993:32). Das Objektivierungsverhältnis als eine soziale Differenz¹¹ zu vergegenwärtigen, ist dann nach Bourdieu die Voraussetzung “einer über die kulturellen Unterschiede hinwegreichenden Solidarität”(Bourdieu 1993:33).

Mir sind diese Bemerkungen umso wichtiger, da ich im Rahmen meines Projekts verschiedene Modelle und Erklärungsansätze einsetze. Wissenschaft, verstanden als Gegenstand einer Allgemeinen Soziologie, bringt die Notwendigkeit eines theoretisch pluralistischen Vorgehens mit sich. Die Analyse geht dann über eine Betrachtung institutioneller Formationen und epistemologischer Strategien hinaus und somit auch über den Gegenstandsbereich einer speziellen sozialwissenschaftlichen Subdisziplin. Das von Bourdieu angeschnittene Problem und die Notwendigkeit, sich ihm zu stellen, gewinnt somit einen systematischen Stellenwert, wenn der dominanten Rolle von Wissenschaft in der modernen Gesellschaft Rechnung getragen werden soll. Eine Folge davon war, dass ich mich darum bemüht habe, die unterschiedlichen Forschungsperspektiven und ihre Zielsetzungen historisch zu kontextualisieren oder, wenn dies den Rahmen gesprengt hätte, wenigstens zu datieren. Eine weitere Konsequenz bestand darin, meine Untersuchung auf die Ebene der öffentlichen Darstellung von Erinnerung und, hier besonders eng damit verschränkt, von Zukunftsvorstellungen zu konzentrieren. Auf diesen Fokus

¹⁰ Winter und Sivan verweisen auf diesen Aspekt mit dem Begriff “bricolage” (1999).

¹¹ Bourdieu bezeichnet sie als “das wissenschaftstheoretisch Unbewusste des Strukturalismus” (1993:57).

bezogen lassen sich einerseits verwendeten Theorien integrieren und andererseits besteht darin der Zusammenhang des heterogenen historischen Textmaterials. Somit liegt hier auch der Ansatzpunkt für die Frage, welche Wirkung die Rhetorik der Physiker in der Öffentlichkeit entfaltet, wie sie sich außerhalb der Wissenschaftlerkreise als Wissenschaftsmythos fortsetzen, auf welche Weise sie mit den Vorstellungen und Zielen anderer gesellschaftlicher Gruppierungen in eine Interaktion tritt und schließlich die Reaktionen hervorruft, die auf die Göttinger Erklärung folgten.

Mit der Schwerpunktsetzung auf Erinnern als soziale Praxis und als öffentliche Aktivität "open to the public" (1999:7) haben Winter und Sivan die Rolle der Zivilgesellschaft und ihrer Organisationen hervorgehoben. Sie räumen den Kategorien von Öffentlichkeit und Privatheit, Staat, Familie und Eliten eine prominente Stellung ein, denn ihre Aufmerksamkeit ist im wesentlichen auf die Differenz von privat und öffentlich sowie der *civil society* als Vermittlungsinstanz zwischen diesen Bereichen gerichtet. Aber den Erinnerungsgemeinschaften und -kulturen steht dann unvermittelt der Staat und zwar als Gesamtheit des Nationalstaats gegenüber. Die hier verwendeten Kategorien sind deshalb zu ergänzen durch den Begriff der Institution und insbesondere durch eine Analyse jener Institutionen, die im Unterschied zu anderen Gruppierungen nicht nur als Instanzen und Träger kollektiver Erinnerung auftreten, sondern zugleich als Repräsentanten gesellschaftlicher Macht und die über eine Symbolik mit einer weitreichenden politischen Bedeutung verfügen. Bei der Auswahl des dargestellten Materials war der Aspekt entscheidend, einer solchen Differenz nachzugehen.

In einer Hinsicht jedoch ist der Übergang allerdings fließend, nämlich: "He or she acts, not all the time, and not usually through instruction from high, but as a participant in a social group constructed for commemoration" (Winter/Sivan 1999:10). Eine solche Beschreibung trifft auf jeden Fall auf die Frauen der Friedensbewegung zu und auf das Ziel, das sie mit der Gründung ihrer Zeitschrift *Frau und Frieden* verfolgten und in gewissem Sinn doch auch auf die Physiker. Die *Physikalischen Blätter* sind, ganz unbesehen ihrer Entstehung in der Endphase des nationalsozialistischen Regimes, sehr bald nach Kriegsende wieder erschienen und die Zeitschrift machte es sich zur Aufgabe, den Erinnerungen des professionellen Kollektivs eine Form zu geben, mit der es möglich war, sich als eine Einheit zwischen Staat und Öffentlichkeit re-positionieren. Die Akteure handelten jeweils aus eigenem Antrieb, aber es handelt sich um höchst differenzierte Erinnerungsgemeinschaften im Hinblick auf die Rituale und Organisationsformen, ihre Objekte und Geschichten sowie die sozialen Rollen und das Selbstverständnis, das sie transportieren. Die Unterschiede, die sowohl in der internen Organisation als auch in der inhaltlichen Motivation auftreten, lassen sich bei den hier betrachteten Gruppen in einem ersten Zugriff mit den Kategorien von System und Lebenswelt im Sinne von Habermas angemessen erfassen. Im kommunikativen Gedächtnis wird die kollektive Vergangenheit bzw. geteilte

Vergangenheitsauslegung mit einer je eigenen Relation zum Staat und staatlicher bzw. systemischer Rationalität akzentuiert.

Es ist kaum überraschend, dass daher auch meine Erfahrungen im Umgang mit dem Material und beim Lesen der Texte unterschiedlich waren; jedes Mal jedoch stellte sich dabei eine beträchtliche Auswirkung auf die Interpretation ein. Zunächst zu den Physikern, die hier im Zentrum stehen und an deren Darstellung des gerade erst Vergangenen, mich die Form und die Funktion interessiert, die das kollektive Gedächtnis bei der Rekonstituierung ihrer institutionellen Strukturen und bei der Behauptung ihrer Machtposition in der modernen, technisierten Gesellschaft annimmt. Während der Blick auf die kollektive Dimension von Wissenschaft, also der Frage danach, wer in diesem Diskurs anwesend und wer abwesend ist, den Blick auf den Tatbestand einer verleugneten Vergangenheit überraschend umstandslos freigibt, führte mich Frage nach dem Was und Warum in die Winkelzüge der paradoxen Rede und vor allem weit tiefer in die Vergangenheit als beabsichtigt. Das Projekt, der Logik dieser Rede zu dem, was sie versteckt hält, zu folgen und sich in den verschobenen Zusammenhängen dieser Rhetorik zurechtzufinden, hatte den Effekt, dass sich die Untersuchung sozusagen rückwärts entwickelte. Diese Bewegung wurde in der Struktur der Darstellung teilweise wiedergegeben. Ein Resultat dieses Prozesses bestand in einer unerwarteten Verstärkung meiner Ausgangshypothese. Denn neben einer Dissoziation von Erfahrungen und Abspaltung von Wahrnehmungen als der allgemeinen Grundlage eines Arrangierens der Wissenschaftler mit dem NS-Regime zeigten sich darüber hinaus die Anzeichen einer Verstrickung mit dem Apparat der Verfolgung und des Genozids.

Die Wirklichkeitseinschränkungen waren dauerhaft und nachhaltig; sie wurden im Nachhinein bestätigt durch eine Reduktion von Wissenschaft auf Zweckrationalität, die im deutschen Kontext einen spezifischen moralischen Effekt hervorbrachte und bewirkte, dass sie sich nicht nur auf die beteiligten Wissenschaftler erstreckte. Vielmehr wurden die problematischen Abschnitte der Wissenschaftsgeschichte generell der Aufmerksamkeit entzogen, selbst einem kritischen Blick; die Physiker-Rhetorik ging damit über eine Einlassung in die damals gängigen Syndrome der Abwehr hinaus - die sich aber auch alle finden lassen und den Mythos, zu dem Wissenschaft geworden war, abstützen. Wie zu sehen war, resultiert die besondere Position der Physiker innerhalb der deutschen Elite in der Nachkriegszeit hauptsächlich aus ihrer Vergangenheit und ihrem Umgang damit. Mit ihrer Haltung zur Atombombe dagegen hat es dagegen wenig zu tun, diese war vielmehr über Jahre unverändert geblieben und überhaupt kam es erst mit erheblicher Verspätung zu einer eigenen öffentlichen Stellungnahme. Schon in den ersten Jahren nach dem Krieg hatten sich deutlich die Defizite im Verhältnis der Wissenschaftler zur einer Demokratie abgezeichnet und es sind diese Texte, in denen die Spuren einer nachhaltigen Beschädigung am Verständnis von Wissenschaft auftreten und noch auf

ihre Ursache zurückgeführt werden können. Nur mit großem Unbehagen nahmen sie später die Reaktionen der Bevölkerung auf die "Göttinger Erklärung" zur Kenntnis, fast als handele es sich um einen Fehltritt ihrerseits. Die Auswirkungen ihres "Publikumserfolges" auf die Wissenschaftler selbst und ihre Rede über die Wissenschaft wären noch genauer zu untersuchen und konnte hier summarisch erfasst werden. Denn vorrangig war es zunächst, ihre Grundlage zu analysieren.

Auf der anderen Seite hatte die Beschäftigung mit den Texten der Frauen aus der Friedensbewegung ebenfalls eine Revision meiner Ausgangshypothese zur Folge. Die Auffassung, dass der Rekurs auf die Geschlechterdifferenz als eine spezifisch weibliche Form der Schuldabwehr zu lesen sei, erwies sich bald als eine zu einfache Annahme, die dem Anliegen dieser Frauen nicht gerecht wurde. Obwohl dies zweifellos ein dominantes und ein hochproblematisches Element in der Rhetorik von Frauen in der Nachkriegszeit darstellt, ist dennoch zu berücksichtigen, dass es sich insgesamt um den Versuch handelte, eine Dissonanz zum Ausdruck zu bringen und sich gegen das in der Nachkriegsgesellschaft übereinstimmende Schweigen zu wenden. Die Erinnerungen, die in diesem Kontext erzählt werden, repräsentieren einerseits eine Verschränkung von Opfer- und Tätergeschichte, andererseits einen Einspruch gegen das Vergessen des begangenen - und nicht nur des erlittenen - Unrechts. An diesen Texten zeichnet sich ein komplexes Muster von Überlagerungen und Diskrepanzen ab, in dem Geschlechterpolarität und Wissenschaftsmythos ineinander greifen, so dass die Artikulation der unterschiedlichen historischen Erfahrungen unklar bleibt bzw. abgebremst wird. "Zwischen dem Mythos und der Erfahrung klafft ein Spalt. Die Nation ist keine Erfahrungskohorte, sondern ein pluraler Handlungsraum, der in seinen institutionellen Chancen der Selbstgestaltung für die politische Praxis noch immer der wichtigste ist" (Niethammer 2000:365). Die mythologischen Systeme stören das demokratische Anliegen der Frauen und nicht nur das, denn indem die Geschlechterdifferenz mit einer politischen Bedeutung aufgeladen wird, die eine Botschaft für einen anderen Kontext trägt, sperrt sich der Diskurs gegenüber der realen Geschlechterpolitik und resultiert in einem äußerst prekären Verhältnis der Frauen zu Macht und Wissenschaft. Gleichzeitig aber nehmen sie mit ihren Interventionen Teil an einem Prozess, in dem Wahrnehmungs- und Erfahrungsmuster verschoben werden und in dem sich die verändernden Texturen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit erkennen lassen.

In einem einleitenden Abschnitt wurden die Ursachen für die außerordentliche öffentliche Resonanz auf die Göttinger Erklärung im Ganzen betrachtet, um zunächst die integrative Funktion des Wissenschaftsmythos in der deutschen Nachkriegsgesellschaft und seine vereinheitlichende Wirkung jenseits besonderer Bedeutungen deutlich zu machen. Im Zentrum stand dabei die Rahmung "durch ein geschichtliches Milieu" (Habermas 1987:140), auf das die unterschiedlichen Perspektiven im Bezug auf die Vergangenheit doch gemeinsam verwiesen sind. Das kollektive Gedächtnis verschiedenster

Gemeinschaften konstituierte sich in einer “existentiellen Verknüpfung mit Traditionen und Lebensformen, die durch unaussprechliche Verbrechen vergiftet worden sind” (Habermas 1987:141). Es ist dieser Rahmen, in dem sich meine Analyse bewegte und in dem ich die Voraussetzung sehe, unter der es zur Überlagerung verschiedener Motivationen und Perspektiven kommt, die in der nationalen Öffentlichkeit präsent sind, und unter der es möglich wurde, dass angesichts der Drohung eines Atomkriegs sehr heterogene gesellschaftliche Gruppierungen in eine eher ungewöhnliche Interaktion zueinander traten. Zu zeigen ist, dass “der Wunsch, das subjektive Erleben der Kriegszeit aus jenem Rahmen herauszulösen, der retrospektiv alles mit einer anderen Bedeutung versehen mußte” (Habermas 1987:139) in die Zukunft gewendet sich von fast allen aussprechen ließ. Auf diesen Wunsch nach “uneingerahmten Erinnerungen” (Habermas 1987:139) gründete die enorme Wirksamkeit von Wissenschaft als Mythos und sie brachte Erinnerungsgemeinschaften zusammen, die ganz Verschiedenes im Sinn hatten. Diese Uneinheitlichkeit ist besonders deswegen hervorzuheben, weil einige der engagiertesten Aktivisten in der Anti-Atomwaffen-Bewegung jüdischer Herkunft und aus der Emigration zurückgekehrt waren. An ihnen fällt einerseits auf, dass sie, wenn sie Wissenschaftler waren, nicht die Berührungängste ihrer Kollegen gegenüber der Protestbewegung teilten, und andererseits, dass sie in der Hoffnung auf eine andere Stimme in Deutschland, in deren Sprechen die Vergangenheit überwunden sei, zu den unermüdlichen Verfechtern des Wissenschaftsmythos gehörten. Durch die Verschränkung von Sinn und Bedeutung sorgt der Mythos dafür, die differente, wie überhaupt jede konkrete Geschichte zu entziehen und setzt den universalen Begriff an ihre Stelle, in diesem Fall war dies: Wissenschaftlichkeit. Indem die Struktur des Mythos auf eine Abwesenheit aufbaut, erlaubte sie es, Integration durch eine symbolische Sinnwelt bewerkstelligen, in der etwas fehlte bzw. verloren gegangen war. Auf diese Weise setzte sich die paradoxe Rede der Wissenschaftler in der Öffentlichkeit fort und verallgemeinerte sich zu einem sprechenden Schweigen, das in den Bildern der Zukunft die Vergangenheit erinnerte und verdunkelte.

Trotz allem bleibt bei dem Versuch, sich mit dieser Periode der deutschen Geschichte auseinander zu setzen, immer eine Inadäquatheit “normaler” Begrifflichkeit soziologischer Objektivierungen gegenüber dem Geschehenen bestehen: “the Nazi past is too massive to be forgotten, and too repellent to be integrated into the ‚normal‘ narrative of memory” (Friedländer nach Winter/Sivan 1999:7). In der Nachgeschichte der Shoah besteht eine besondere Dringlichkeit die historische Wahrheit klarzustellen und in die Darstellung des Vergangenen einzutragen, sowie angemessene Begriffe dafür zu finden, in welchem Ausmaß die Erinnerung an die Verbrechen abgeblendet wurden und “ein Hohlraum der Rede sich darum bildet” (Adorno 1971:11). Sich mit der Geschichte und Gedächtnis im deutschen Kontext zu beschäftigen, erfordert es daher, die tiefen Beschädigungen wahrzunehmen, die als langfristige, gesellschaftliche Folgen der Verleugnung von Schuld entstanden sind, die über die Dimensionen

persönlicher Verantwortung hinausreichte und in die doch jeder einbezogen war. Darüber hinaus ist in diesem Kontext zu bedenken, dass die Bombardierungen und die Trümmerstädte eine Zerstörung der grundlegenden räumlichen Bedingungen eines “normalen” kollektiven Gedächtnisses mit sich brachten. Die Destruktion materieller gesellschaftlicher und kultureller Objektivierungen brachte den enormen Verlust an sozialer Orientierung und die zerrüttete Authentizität von kultureller Tradition zum Ausdruck und verschärfte sie, so dass sie zu einer neuen, zweiten Ursache des Vermeidens und Vergessens wurde. Ausgehend von dieser Situation leuchtet die Attraktivität des Wissenschaftsmythos, die Vertrauenswürdigkeit in die Stabilität eines immateriellen Wissens, besonders in der Perspektive der Wissenssoziologie, die die Bedeutung von Wissen für soziale Integration betont, ohne Umschweife ein¹².

Inwieweit durch die Gegebenheiten der Nachkriegszeit und durch die ihr unmittelbar vorausgegangenen Entwicklungen Gesellschaft und gesellschaftliche Strukturen betroffen waren und zu einem veränderten Verständnis der Soziologie selbst, ihrer theoretischen Begriffe und ihrer Forschungsaufgaben nötigte, hat René König aus einem innerdisziplinären Blickwinkel betrachtet. Er ging bei seinen Überlegungen von der überdurchschnittlich hohen Emigration unter den Soziologen während des Nationalsozialismus aus und vermutete dabei Gründe, die neben der rassistischen und politischen Verfolgung aus dem Gegenstand ihrer Wissenschaft und ihren Zielsetzungen herrühren, jedenfalls soweit sie einer humanitären und emanzipatorischen Orientierung verpflichtet waren. Ihm zufolge trug die Erfahrung der Emigration wesentlich dazu bei, eine tiefgreifende Veränderung auszulösen; die Wissenschaftler hatten Armut, Misstrauen und Diskriminierung zu bewältigen und standen vor der Notwendigkeit, sich in einer fremden Sprache und Kultur persönlich und professionell behaupten zu müssen. Das rief eine gewandelte “innere Einstellung” hervor, “geprägt von einem neuartigen Realismus” (König 1987:309). Die in den Vordergrund gerückten Maßstäbe für Alltagsmoral und Solidarität bewirkten eine verstärkte Zuwendung zu Gegenwartsproblemen und einen “Prozeß der kulturellen Relativierung und Verschiebung der Perspektiven” (König 1987:314), der sie kulturelle Selbstverständlichkeiten und ihre Ursprünge hinterfragen ließ. Sie gewannen eine kritische Distanz zu den deutschen Art der Problem- und Fragestellungen in ihrer Wissenschaft, zumal deren Führungsrolle zweifelhaft wurde. Insbesondere vollzog sich eine Abwendung der Emigranten von jenen Elementen der deutschen Kultur, die dem Nationalsozialismus zugespielt hatten. Auch in wissenschaftlicher Hinsicht bearbeiteten sie “die Erfahrung von der unvermeidlichen Koppelung sachlicher und theoretischer mit aktiver oder auch pragmatischer Bewährung. Die tiefe Differenz, die in Deutschland so häufig zwischen Wissenschaft und Praxis gesehen wird, was sich in einer negativen Bewertung aller administrativen und überhaupt pragmatisch ausgerichteten Forschung kundtut” (König 1987:318), stellte sich letztlich als ein

¹² Siehe zu diesen Problemen auch Schultz (1991).

überheblicher Provinzialismus heraus. Für die Emigranten “erwies sich allen mehr oder weniger früh und mehr oder weniger deutlich, daß sie gewiß intellektuell allen Anforderungen gewachsen waren, *daß aber die menschlich-unmittelbare Verwirklichung oder Aktualisierung, da durchaus ungewohnt, große Mühe machte*. Andererseits haben alle, die unter diesem Druck gestanden haben, eine tiefe Umformung durchgemacht. Nicht nur, daß ihr Denken schwer ist von Wirklichkeit und Erleben, sie wissen auch, daß neben allen Fernzielen der Forschung die Aufgabe des Tages und ihre Bewältigung eine sinnvoller Teil des menschlichen Daseins ist” (König 1987:319). Die Erweiterung des Sprachhorizonts, das Kennenlernen einer anderen Kultur und die Aneignung der Verhaltens- und Denkweisen stellten die emigrierten Soziologen vor “die Notwendigkeit zu einer grundsätzlichen Revision des Gesamtinventars” und erforderten “die Aktualisierung des kulturalanthropologischen Relativismus” (König 1987:319).

Die schwierige Frage, “was denn nun Soziologie ‚wirklich‘ ist”, hat König (1987:321) deshalb in den Zusammenhang der soziologischen Emigration und ihrer Folgen gestellt. “Diese mit den verschiedenen Sprachräumen verbundene Problematik erwies sich für viele Emigranten als die eigentliche Crux ihrer neuen Existenz. Das mußte sich insbesondere für Soziologen zu einer Probe auswachsen, da ja schließlich aller Soziologie als Ziel die Erfassung menschlich-gesellschaftlichen Daseins in planetarischer Perspektive vorschwebt. Wer hier scheiterte, erwies damit nur, daß in ihm der deutsche oder europäische Ethnozentrismus so stark war, daß er außerstande bleiben mußte, über seinen Schatten zu springen und sich weitere kulturelle Räume zu erschließen” (König 1987). Man muss nicht jede Einschätzung Königs in diesem Zusammenhang teilen, festzustellen ist aber, dass die Diskussion, die er anzustoßen versuchte, ein Randphänomen blieb und jene “Totalrevision” (König 1987:320) soziologischer Theorien und Methoden bislang an jener historischen Herausforderung im wesentlichen vorbeiging. Zwar hat Zygmunt Bauman (1992) in den 1990er Jahren noch einmal einen Versuch in diese Richtung unternommen, doch wiederum blieb dies für den Kernbestand der von der Disziplin vertretenen Vorstellungen und Konzepte von relativ geringer Bedeutung¹³. Das Resultat bekundet sich in einer ganz und gar unauffälligen Bemerkung: “Die Frage nach den sozialen Rahmen des Gedächtnisses sprengt den Rahmen von rein soziologischen Fragestellungen” (Echterhoff/Saar 2002:20). Die Richtigkeit dieser Aussage kann nicht bestritten werden, nur dass dann üblicherweise die Frage gar nicht aufgegriffen sondern übergangen wird. In dieser Form erhält sich eine Geschichtsblindheit der Soziologie im Hinblick auf diesen Abschnitt ihrer eigenen Geschichte¹⁴, deren Erfahrungen nur bruchstückhaft in ihre theoretischen Begriffe eingehen. D.h. die Unterrepräsentanz und das

¹³ Siehe dazu Miller (1996).

¹⁴ Als Ausnahmen wären hier etwa Dubiel/Söllner (1981), Jaeggi u.a.(1983) und Krohn/von zur Mühlen (1997) zu nennen.

Übergangen werden der Soziologie im Rahmen der neueren Forschungen zum Verhältnis von Gedächtnis und Gesellschaft liegt damit zu einem guten Teil im Bereich ihrer eigenen Verantwortung.

Literaturverzeichnis

- Aaserud, Finn: "The scientist and the statesmen: Niels Bohr's political crusade during World War II". In: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences, 30:1 (1999), S. 1-47.
- Adorno, Theodor W.: "Auf die Frage: Was ist deutsch" [1965]. In: Adorno, Theodor W.: Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt/M. 1978, S.102-113.
- Adorno, Theodor W.: "Auferstehung der Kultur in Deutschland?" [1950]. In: Adorno, Theodor W.: Kritik. Kleine Schriften, Frankfurt/M. 1971, S. 20-33.
- Adorno, Theodor W.: "Das Bewußtsein der Wissenssoziologie". In: Adorno, Theodor W.: Gesellschaftstheorie und Kulturkritik, Frankfurt/M. 1975, S. 136-150.
- Adorno, Theodor W., u.a.: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. München [1969] 1993.
- Adorno, Theodor W.: Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie, Frankfurt/M. [1964] 1970.
- Adorno, Theodor W.: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt/M.: [1951] 1969.
- Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik, Frankfurt/M. [1966] 1982.
- Adorno, Theodor W.: "Replik zu Hofstätters Kritik des ‚Gruppenexperiments‘" [1957]. In: Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften. Bd. 9/2: Soziologische Schriften, Frankfurt/M. 1975, S. 378-394.
- Adorno, Theodor W.: "Schuld und Abwehr" [1955]. In: Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften. Bd. 9/2: Soziologische Schriften, Frankfurt/M. 1975, S. 121-324.
- Adorno, Theodor W.: "Über Tradition" [1966]. In: Adorno, Theodor W.: Ohne Leitbild. Parva Aesthetica, Frankfurt/M. 1979, S. 29-47.
- Adorno, Theodor W.: "Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit". In: Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt/M. [1969] 1971, S. 10-28.
- Albrecht, Clemens u.a.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt/M./New York 1999.
- Albrecht, Hellmuth: "„Max Planck: Mein Besuch bei Adolf Hitler“ – Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle". In: Albrecht, Hellmuth (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Stuttgart 1993.
- Albrecht, Ulrich u.a. (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt/M. [1996] 1997.
- Albrecht, Ulrich/Heinemann-Grüder, Andreas/Wellmann, Arend: Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945, Berlin 1992.
- Alperovitz, Gar: The Decision to Use the Atomic Bomb and the Architecture of an American Myth, New York 1995.
- Althusser, Louis: Für Marx, Frankfurt/M. [frz. 1965] 1968.
- Althusser, Louis: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg u.a. 1977.
- Anders, Günter: Besuch im Hades. Auschwitz und Breslau 1966, München (Beck) [1967] 1979
- Anders, Günther: Die atomare Drohung. Radikale Überlegungen, München [1972] 1981.
- Anders, Günter: Hiroshima ist überall, München [1959, 1961, 1965] 1982.
- Andres, Stefan: Der graue Regenbogen. Roman, München 1959.

- Andres, Stefan u.a.: Nie wieder Hiroshima, Lahr 1960.
- Anger, Hans: Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten, Tübingen 1960.
- Anselm, Sigrun/Beck, Barbara (Hg.): Triumph und Scheitern in der Metropole. Zur Rolle der Weiblichkeit in der Geschichte Berlins, Berlin 1987.
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker (Hg.): Weltmacht Atom. Die atomaren Kräfte und ihre Auswirkungen auf das geistige, wirtschaftliche, militärische und politische Leben, Frankfurt/M. 1955.
- Arendt, Hannah: Besuch in Deutschland, Berlin [engl.: 1950] 1993.
- Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München [1964] 1998.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M. 1955.
- Arendt, Hannah: "Krieg und Revolution". In: Merkur, Januar 1965, S. 1-19.
- Arendt, Hannah: Zur Zeit. Politische Essays, Berlin [1943-1975] 1986.
- Arendt, Hannah/Enzensberger, Hans Magnus: "Politik und Verbrechen. Ein Briefwechsel". In: Merkur, April 1965, S.380-385.
- Arendt, Hannah/Jaspers, Karl: Briefwechsel 1926-1969 (hrsg. v. Lotte Köhler), München 1993.
- Asbach, Olaf: Von der Erkenntniskritik zur kritischen Theorie der Gesellschaft. Eine Untersuchung zur Vor- und Entstehungsgeschichte der kritischen Theorie Max Horkheimers (1920-1927). Opladen 1997.
- Ash, Mitchell G.: "Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander". In: Bruch, Rüdiger zum/Kaderas, Brigitte (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002.
- Ash, Mitchell G.: "Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945". In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 43 (1995), S. 903-923.
- Assmann, Aleida: Arbeit am nationalen Gedächtnis. Eine kurze Geschichte der deutschen Bildungsidee, Frankfurt/M./New York 1993.
- Assmann, Aleida: "Erinnerungsorte und Gedächtnislandschaften". In: Loewy, Hanno (Hg.): Erlebnis – Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung, Frankfurt/M./New York 1996, S. 13-28.
- Assmann, A./Harth, Dietrich (Hg.): Kultur als Lebenswelt und Monument, Frankfurt/M. 1991.
- Assmann, Jan: "Erinnern, um dazuzugehören. Kulturelles Gedächtnis, Zugehörigkeitsstruktur und normative Vergangenheit". In: Platt, Kristin/Dabag, Mihran (Hg.): Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identitäten, Opladen 1995.
- Assmann, Jan/Hölscher, Tonio (Hg.): Kultur und Gedächtnis, Frankfurt/M. 1988.
- Auer, Peter: Von Dahlem nach Hiroshima. Die Geschichte der Atombombe, Berlin (Aufbau-Verlag) 1995.
- August, Jochen (Hg.): "Sonderaktion Krakau". Die Verhaftung der Krakauer Wissenschaftler am 6. November 1939, Hamburg 1997.
- Aulenbacher, Brigitte: "Die ‚zweite Moderne‘, ein herrenloses Konstrukt – Reichweite und Grenzen modernisierungstheoretischer Zeitdiagnosen". In: Knapp, Gudrun-Axeli/ Wetterer, Angelika (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik, Münster 2001, S. 188-224.

- Bachelard, Gaston: Epistemologie. Ausgewählte Texte, Frankfurt/M. u.a. [frz. 1971] 1974.
- Bachmann, Ingeborg: "Todesarten"-Projekt. Das Buch Franza, München u.a. 1995.
- Backes, Uwe (Hg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt/M/Berlin 1992.
- Bänsch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985.
- Bagge, Erich/Diebner, Kurt/Jay Kenneth: Von der Uranspaltung bis Calder Hall, Hamburg 1957.
- Bagge, Erich: "Keine Atombombe für Hitler". In: Salewski, Michael (Hg.): Das Zeitalter der Bombe. Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute, München 1995, S. 27-49.
- Bar-On, Dan: Furcht und Hoffnung. Von den Überlebenden zu den Enkeln – Drei Generationen des Holocaust, Hamburg 1997.
- Bar-On, Dan (Hg.): Der Holocaust – familiale und gesellschaftliche Folgen. Aufarbeitung in Wissenschaft und Erziehung? Ergebnisse eines Internationalen Forschungs-Kolloquiums an der Bergischen Universität, Wuppertal 1988.
- Bar-On, Dan: Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von Nazi-Tätern, Frankfurt/M. 1993.
- Bar-On, Dan: "Das Undiskutierbare durcharbeiten – Fakten und Fiktion". In: Weigel, Sigrid/Erdle, Birgit (Hg.): Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus, Zürich 1996, S. 17-68.
- Bar-On, Dan/Brendler, Konrad (Hg.): "Da ist etwas kaputtgegangen an den Wurzeln ...". Identitätsformation deutscher und israelischer Jugendlicher im Schatten des Holocaust, Frankfurt/M. 1997.
- Barthes, Roland: Mythen des Alltags, Frankfurt/M. [frz.: 1957] 1964.
- Bauer, Karl-Heinrich: "Atom und Medizin". In: Bauer, Karl-Heinrich: Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung, Stuttgart 1954, S. 73-89.
- Bauer, Karl-Heinrich: Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung, Stuttgart 1954.
- Bauman, Zygmunt: Ansichten der Postmoderne, Hamburg/Berlin 1995.
- Bauman, Zygmunt: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992.
- Bauman, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992.
- Baumgart, Reinhardt: "Unmenschlichkeit beschreiben. Weltkrieg und Faschismus in der Literatur". In: Merkur, 19 (1965) 1, S. 37-50.
- Beauvoir, Simone de: Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, Reinbek bei Hamburg 1986.
- Bechert, Karl: Der Wahnsinn des Atomkrieges, Düsseldorf 1956.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth: Technik, Markt und Moral. Über Reproduktionsmedizin und Gentechnologie, Frankfurt/M. 1991.
- Becker, Heinrich/Dahms, Hans-Joachim/Wegeler, Cornelia (Hg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250 jährigen Geschichte, München 1987.
- Becker-Schmidt, Regina: "Diskontinuität und Nachträglichkeit. Theoretische und methodische Überlegungen zur Erforschung weiblicher Lebensläufe". In: Dietzinger, Agnes u.a.: Methoden in der Frauenforschung, Freiburg i.Br. 1998.
- Beisiegel, Ulrike: "Im Widerstand gegen die atomare Bedrohung". In: Albrecht, Ulrich u.a. (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt/M. [1996] 1997, S. 161-162.

- Benhabib, Seyla: Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne, Hamburg 1998.
- Benhabib, Seyla: "Hannah Arendt und die erlösende Kraft des Erzählens". In: Diner, Dan/Benhabib, Seyla (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt/M. 1988, S.150-174.
- Benjamin, Jessica: "Nachdenken über 1968". In: Neue Rundschau, 104:2 (1993), S. 111-124.
- Benjamin, Jessica (Hg.): Unbestimmte Grenzen. Beiträge zur Psychoanalyse der Geschlechter, Frankfurt/M.1994.
- Benz, Ute: "Der Mythos von der guten Mutter. Zur Tradition der politischen Instrumentalisierung eines Ideals". In: Rauschenbach, Brigitte (Hg.): Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden, Berlin 1992, S. 148-156.
- Benz, Wolfgang: "Etappen bundesdeutscher Geschichte am Leitfaden unerledigter deutscher Vergangenheit". In: Rauschenbach, Brigitte (Hg.): Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden, Berlin 1992, S. 119-131.
- Berger, Franz Severin/Holler,Christiane: Trümmerfrauen. Zwischen Hamstern und Hoffen, Wien 1994.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/M. [engl.: 1966] 1999.
- Bergmann, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989, Frankfurt/M./New York 1997.
- Bergmann, Werner: "Sind die Deutschen antisemitisch? Meinungsumfragen von 1946-1987 in der Bundesrepublik Deutschland". In: Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 108-130.
- Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hg.): Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989, Opladen 1991.
- Bergmann, Werner/Erb, Rainer: "„Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm“. Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus". In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43:3 (1991), S. 502-519.
- Berninger, Ernst H.: Otto Hahn. In Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 1974.
- Bertaux,D./Bertaux-Wiame, I.: "Autobiographische Erinnerungen und kollektives Gedächtnis, In: Niethammer, Lutz (Hg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, Frankfurt/M. 1985, S.146-164.
- Berthold, Günther: Freda Wuesthoff. Eine Faszination, Freiburg i.Br. 1982.
- Berthold, Luise: Erlebtes und Er kämpftes. Ein Rückblick, Marburg 1969.
- Bertrams, Annette (Hg.): Dichotomie, Dominanz, Differenz. Frauen plazieren sich in Wissenschaft und Gesellschaft, Weinheim 1995.
- Bessen, Ursula: Trümmer und Träume. Nachkriegszeit und fünfziger Jahre auf Zelluloid, Bochum 1989.
- Bettinger, Elfi (Hg.): Transgressionen. Grenzgängerinnen des moralischen Geschlechts, Stuttgart/Weimar 2000.
- Betts, Paul: "Die Bauhaus-Legende. Amerikanisch-Deutsches Joint-Venture des Kalten Krieges". In: Lütke, Alf/MarBolek, Inge/Saldern, Adelheid von (Hg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 270-290.
- Beyerchen, Alan: "What we know about Nazism and science". In: Social Research, 59:3 (1992), S. 615-641.
- Beyerchen, Alan: Wissenschaftler unter Hitler. Köln [engl. 1977] 1980.

Beyler, Richard: "The concept of specialization in debates on the role of science in post-war Germany: A preliminary analysis". In: Hoffmann, Dieter/Bevilacqua, Fabio/ Stuewer, Roger H. (Hg.): The Emergence of Modern Physics, Pavia 1996, S. 389-401.

Beyler, Richard/Low, Morris F.: "Science policy in post-1945 West Germany and Japan: between ideology and economics". In: Walker, Mark (Hg.): Science and Ideology. A Comparative History, London/New York 2003, S. 97-123.

Bhabha, Homi, V.R. Khanolkar und D.S. Khotari: Atom – Aufstieg oder Untergang?, Wiesbaden 1957.

Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, http://www.bautz.de/bbkl/v/verweyen_j_m.shtml

Blasius, Dirk/Diner, Dan (Hg.): Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt/M. 1991.

Blaubuch. Dokumentation über den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, hrsg. v. Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1958.

Bloor, David : Knowledge and Social Imagery, London u.a. 1976.

Blumenberg, Yigal: "Die Crux mit dem Antisemitismus". Zur Gegenbesetzung von Erinnerung, Herkunft und Tradition". In: Psyche, 51:12 (1997), S. 1115-1160.

Boberach, Heinz (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944, Dramstadt/Neuwied u. Berlin 1965.

Bock, Gisela: "Ganz normale Frauen. Täter, Opfer, Mitläufer und Zuschauer im Nationalsozialismus". In: Heinsohn, Kirsten u.a. (Hg.): Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt/M./New York 1997, S. 245-277.

Bock, Gisela: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986.

Boedeker, Elisabeth: 50 Jahre Habilitation von Frauen in Deutschland. Eine Dokumentation über den Zeitraum von 1920-1970, Göttingen 1974.

Böll, Heinrich: Ein Schluck Erde, Köln 1962.

Böltken, Andrea: Führerinnen im "Führerstaat". Gertrud Scholtz-Klinik, Trude Mohr, Jutta Rüdiger und Inge Viermetz, Pfaffenweiler 1995.

Bohleber, Werner: "Das Fortwirken des Nationalsozialismus in der zweiten und dritten Generation nach Auschwitz". In: Babylon, 7/1990, S. 70-83.

Bohleber, Werner: "Die Konstruktion imaginärer Gemeinschaften und das Bild von den Juden – unbewußte Determinanten des Antisemitismus in Deutschland". In: Psyche, 51:6 (1997), S. 570-605.

Bohleber, Werner: "Trauma, Identifizierung und historischer Kontext. Über die Notwendigkeit, die NS-Vergangenheit in den psychoanalytischen Deutungsprozeß einzubeziehen". In: Psyche, 51:9/10 (1997), S. 958-995.

Bohr, Niels: Atomphysik und menschliche Erkenntnis. Aufsätze und Vorträge aus den Jahren 1930 bis 1961, Braunschweig 1985.

Bonß, Wolfgang/Honneth, Axel: "Einleitung: Zur Reaktualisierung der Kritischen Theorie". In: Bonß, Wolfgang/Honneth, Axel (Hg.): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie, Frankfurt/M. 1982, S. 7-27.

Bormann, Regina : Raum, Zeit, Identität. Sozialtheoretische Verortungen kultureller Prozesse, Opladen 2001.

- Born, Claudia: "Das Ei vor Kolumbus. Frauen und Beruf in der Bundesrepublik Deutschland". In: Budde, Gunilla-Friederike (Hg.): Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 46-61.
- Born, Hedwig/Born, Max: Der Luxus des Gewissens. Erlebnisse und Einsichten im Atomzeitalter, München 1969.
- Born, Max: "Die Grenzen des physikalischen Weltbildes". In: Born, Max: Physik und Politik. Göttingen 1960, S. 24-48.
- Born, Max: "Die heutige Physik im Spiegel von Gestern. Ein Rück- und Vorblick zum Beginn des siebten Dezenniums des 20. Jahrhunderts". In: Born, Max: Physik und Politik. Göttingen 1960, S. 49-58.
- Born, Max: My Life and My Views, New York 1968.
- Born, Max : Physik im Wandel meiner Zeit, Braunschweig u.a. [1957] 1983.
- Born, Max: Physik und Politik, Göttingen 1960.
- Born, Max: "Physik und Politik". In: Born, Max: Physik und Politik. Göttingen 1960, S. 59-75.
- Born, Max: Von der Verantwortung des Naturwissenschaftlers. Gesammelte Vorträge, München 1965.
- Born, Max u.a.: Ausblick auf die Zukunft, Gütersloh 1968.
- Bourdieu, Pierre: Entwurf einer Theorie der Praxis, Frankfurt/M. [frz.: 1972] 1979.
- Bourdieu, Pierre: Homo academicus, Frankfurt/M. [frz.: 1984] 1988.
- Bourdieu, Pierre: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt/M. [frz.: 1980] 1993.
- Bourdieu, Pierre: Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt/M. [frz.: 1970] 1994.
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Claude: Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt/M. [frz.: 1970] 1973.
- Bovenschen, Silvia: Die imaginierte Weiblichkeit. Exemplarische Untersuchungen zu kulturgeschichtlichen und literarischen Präsentationsformen des Weiblichen, Frankfurt/M. 1979.
- Braun, Christina von: Versuch über den Schwindel. Religion, Schrift, Bild und Geschlecht, Zürich 2001.
- Braun, Kathrin: "(K)Eine Denkerin der Vermittlung? Gesellschaftstheorie und Geschlechterverhältnis im Werk von Hannah Arendt". In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik, Münster 2001, S. 132-156.
- Brecht, Bertold: Leben des Galilei. Schauspiel, Frankfurt/M. [erste Fassung 1938/39, Copyright 1955] (1969).
- Brede, Karola: "Die psychoanalytische Zeitdiagnose und das Geschichtsbewußtsein der Deutschen". In: Psyche, 51:9/10 (1997), S. 875-904.
- Brede, Karola: "Die Walser-Bubis-Debatte. Aggression als Element der öffentlichen Auseinandersetzung". In: Psyche, 54:3 (2000), S. 203-233.
- Brede, Karola/Karp, Alexander C.: "Eliminatorischer Antisemitismus. Ist die These zu halten?". In: Psyche, 51:6 (1997), S. 606-628.
- Breidenbach, Joana/Zukrigl, Ina: Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt, München 1998.
- Briegleb, Klaus: "„Neuanfang“ in der westdeutschen Nachkriegsliteratur – Die ‚Gruppe 47‘ in den Jahren 1949-1951". In: Weigel, Sigrid/Erdle, Birgit (Hg.): Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus, Zürich 1996, S. 119-163.

- Brinkmann, Donald: Mensch und Technik. Grundzüge einer Philosophie der Technik, Bern 1946.
- Brochhagen, Ulrich: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994.
- Brockhaus, Gudrun: Schauer und Idylle, Faschismus als Erlebnisangebot, München 1997.
- Bronfen, Elisabeth: "Weiblichkeit und Repräsentation – aus der Perspektive von Semiotik, Ästhetik und Psychoanalyse". In: Bußmann, Hadumod/Hof, Renate (Hg.): Genus. Zur Geschlechterdifferenz in den Kulturwissenschaften, Stuttgart 1995, S. 408-445.
- Bronfen, Elisabeth/Birgit R. Erdle/Sigrid Weigel (Hg.): Trauma. Zwischen Psychoanalyse und kulturellem Deutungsmuster, Köln/Weimar/Wien 1999.
- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1986.
- Brumlik, Micha (1988): "Günter Anders. Zur Existenzialontologie der Emigration". In: Diner, Dan/Benhabib, Seyla (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt/M. 1988, S.111-149.
- Brumlik, Micha u.a. (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt/M. 1988.
- Budde, Gunilla-Friederike: "Paradefrauen. Akademikerinnen in Ost- und Westdeutschland". In: Budde, Gunilla-Friederike (Hg.): Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 183-211.
- Bude, Heinz: Bilanz der Nachfolge. Die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1992.
- Bude, Heinz: "Die Erinnerung der Generationen". In: Leviathan 26 (1998) SH 18, S. 69-85.
- Budrass, Lutz: "Zwischen Unternehmen und Luftwaffe. Die Luftfahrtforschung im ‚Dritten Reich‘". In: Maier, Helmut (Hg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, S. 142-182.
- Antje Bultmann u.a. (Hg.): Auf der Abschußliste. Wie kritische Wissenschaftler mundtot gemacht werden sollen, München 1997.
- Burleigh, Michael: Germany Turns Eastward: A Study of Ostforschung in the Third Reich, New York 1989.
- Carson, Cathryn: "Bildung als Konsumgut: Physik in der westdeutschen Nachkriegskultur". In: Hoffmann, Dieter (Hg.): Physik in der Nachkriegsdeutschland, Frankfurt/M. 2003, S. 73-85.
- Carson, Cathryn: "New models for science in politics: Heisenberg in West Germany". In Historical Studies in the Physical and Biological Sciences, 30:1 (1999), S. 115-171.
- Carson, Cathryn: "Nuclear energy development in postwar West Germany: Struggles over cooperation in the Federal Republic's first reactor station". In: History and Technology, 18:3 (2002), S. 233-270.
- Carson, Cathryn: "Old programs, new politics? Nuclear reactor studies after 1945 in the Max-Planck-Institut für Physik". In: Kaufmann, Doris (Hg.): Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2 Bde., Göttingen 2000, S. 726-749
- Carson, Cathy/Gubser, Michael: "Science advising and science policy in postwar West Germany: The example of the Deutscher Forschungsrat". In: Minerva 60 (2002), S. 147-179.
- Cassidy, David: "Controlling German science, I: U.S. and allied forces in Germany, 1945-1947". In: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences, 24:2 (1994), S. 197-235.
- Cassidy, David: "Controlling German science, II: Bizonal occupation and the struggle over West German science policy, 1946-1949". In: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences, 26:2 (1996), S. 197-239.

- Cassidy, David C.: Werner Heisenberg. Leben und Werk, Heidelberg u.a. [engl. 1992] 1995.
- Carter, Erica: How German Is She? Postwar West German Reconstruction and the Consuming Woman, Ann Arbor 1997.
- Cavalli, A.: "Soziale Gedächtnisbildung in der Moderne". In: Assmann, A./Harth, D. (Hg.): Kultur als Lebenswelt und Monument, Frankfurt/M. 1991, S. 200-210.
- Cioc, Mark: "Abschreckung und Verteidigung. Die Kontroverse über die Atombewaffnung in der Ära Adenauer 1949-1963". In: Herbst, Ludolf u.a. (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, München 1990, S. 501-514.
- Cioc, Marc: Pax Atomica. The Nuclear Defense Debate in West Germany during the Adenauer Era, New York 1988.
- Costas, Ilse/Roß, Bettina: "Pionierinnen gegen die noch immer bestehende Geschlechterhierarchie – die ersten Frauen an der Universität Göttingen". In: Feministische Studien 1 (2002), S. 23-37.
- Cramer, Heinz von: Die Konzessionen des Himmels. 3. Teil: Die einzige Staatsvernunft, Ravensburg [1961] o.J.
- Crawford, Elisabeth/Sime, Ruth Levin/Walker, Mark: "A noble tale of wartime injustice". In: Physics Today, 50:9 (1997), S. 26-32.
- Daele, Wolfgang van den /Krohn, Wolfgang/Weingart, Peter (Hg.): Geplante Forschung. Vergleichende Studien über den Einfluß politischer Programme auf die Wissenschaftsentwicklung, Frankfurt/M. 1979.
- Dahms, Hans-Joachim: Positivismusstreit. Die Auseinandersetzungen der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus, Frankfurt/M. 1994.
- Daston, Lorraine: "Objektivität und die Flucht aus der Perspektive". In: Daston, Lorraine: Wunder, Beweise und Tatsachen. Zur Geschichte der Rationalität, Frankfurt/M. 2001, S. 127-155.
- Daston, Lorraine/Galison, Peter: "The image of objectivity". In: Representations, 40 (1992), S. 81-128.
- Daubenmerkl, Sven: Forscher Geist. Roman, Wien 2000.
- Dausien, Bettina: Biographie und Geschlecht. Zur biographischen Konstruktion sozialer Wirklichkeit in Frauenlebensgeschichten, Bremen 1996.
- Deichmann, Ute: Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit, Weinheim u.a. 2001.
- Demirovic, Alex: Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt/M. 1999.
- D'Eramo, Luce: Der Umweg, Reinbek bei Hamburg 1984.
- Dessauer, Friedrich: "Atom und Leben". In: Bauer, Karl-Heinrich: Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung, Stuttgart 1954, S. 135-147.
- Dessauer, Friedrich: Atomenergie und Atombombe, Olten 1948.
- Dessauer, Friedrich/Kienle, Hans/Thielicke, Helmut: "Schlußgespräch über die Konsequenzen". In: Bauer, Karl-Heinrich: Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung, Stuttgart 1954, S. 165-192.
- Deutsche Mathematiker-Vereinigung (Hg.): Mathematische Institute in Deutschland 1800-1945, Braunschweig/Wiesbaden 1990.
- Die Flucht der Deutschen. Spiegel Spezial 2, Hamburg 2002.

- Dietzfeldbinger, Eckart: Die westdeutsche Friedensbewegung, Köln 1984.
- Dietzen, Agnes: Soziales Geschlecht. Soziale, kulturelle und symbolische Dimensionen des Gender-Konzepts, Opladen 1999.
- Diner, Dan (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt/M. [1987] 1993.
- Diner, Dan: "Die Katastrophe vor der Katastrophe: Auswanderung ohne Einwanderung". In: Blasius, Dirk/Diner, Dan (Hg.): Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt/M. 1991, S. 138-160.
- Diner, Dan: Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis, Berlin 1995.
- Diner, Dan (1996): "Massenvernichtung und Gedächtnis. Zur kulturellen Strukturierung historischer Ereignisse". In: Loewy, Hanno (Hg.): Erlebnis – Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung, Frankfurt/M./New York (Campus) 1996, S. 47-55.
- Diner, Dan: "Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz". In: Diner, Dan (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt/M. [1987] 1993, S. 185-197.
- Diner, Dan: "Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus". In: Diner, Dan (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt/M. [1987] 1993, S. 62-73.
- Diner, Dan/Benhabib Seyla (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt/M. 1988.
- Doderer, Klaus (Hg.): Zwischen Trümmern und Wohlstand. Literatur der Jugend 1945-1960, Weinheim u.a. 1988.
- Dölling, Irene/Krais Beate (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis, Frankfurt/M. 1997.
- Dörr, Margarete: "Wer die Zeit nicht miterlebt hat ...". Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, 3 Bde., Frankfurt/M./New York 1998.
- Dörries, Matthias (Hg.): "Kopenhagen" – Wissenschaftshistoriker auf der Bühne, Preprint 156 des Max Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2000.
- Domentat, Tamara: "Hallo Fräulein". Deutsche Frauen und amerikanische Soldaten, Berlin 1998.
- Dosse, François: Geschichte des Strukturalismus. 2 Bde., Frankfurt/M. [frz. 1991/1992] 1999.
- Dreisigacker, Ernst/Rechenberg, Helmut: "Karl Scheel, Ernst Brüche und die Publikationsorgane". In: Physikalische Blätter, 51:1 (1995), S. F-135-142.
- Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons: "Die Nationalsozialismusforschung des Instituts für Sozialforschung – ihre wissenschaftsgeschichtliche Stellung und ihre gegenwärtige Bedeutung". In: Horkheimer, Max u.a.: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942, hrsg. von Helmut Dubiel und Alfons Söllner, Frankfurt/M. 1981, S. 7-31.
- Dülffer, Jost: "Die Suez- und die Ungarnkrise". In: Salewski, Michael (Hg.): Das Zeitalter der Bombe. Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute, München (Beck) 1995.
- Dürrenmatt, Friedrich: Die Physiker. Komödie, Zürich [erste Fassung 1962] 1980.
- Durkheim, Emile: Schriften zur Soziologie der Erkenntnis, Frankfurt/M. 1987.
- Easlea, Brian: Väter der Vernichtung. Männlichkeit, Naturwissenschaftler und der nukleare Rüstungswettlauf, Reinbek bei Hamburg 1986.

Ebbinghaus, Angelika (Hg.): Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien des Nationalsozialismus, Nördlingen 1987.

Echterhoff, Gerald/Saar, Martin (Hg.): Kontexte und Kulturen des Erinnerns. Maurice Halbwachs und das Paradigma des kollektiven Gedächtnisses, Konstanz 2002.

Eckert, Michael: "Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland". In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 37 (1989), S.115-143.

Eckert, Michael: "„Atoms for Peace“ – Eine Waffe im Kalten Krieg". In: Bild der Wissenschaft 5/1987, S. 64-74.

Eckert, Michael: "Kernenergie und West-Integration. Die Zähmung des deutschen Nuklearnationalismus". In: Herbst, Ludolf u.a. (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, München 1990, S. 313-334.

Eckert, Michael: "Neutrons and politics: Maier-Leibnitz and the emergence of pile neutron research in the FRG". In: Historical Studies in the Physical and Biological Science, 19:1 (1988), S. 81-113.

Eckert, Michael: Die Atomphysiker. Eine Geschichte der theoretischen Physik am Beispiel der Sommerfeldschule, Braunschweig/Wiesbaden 1993.

Eckert, Michael/Osietzki, Maria: Wissenschaft für Macht und Markt. Kernforschung und Mikroelektronik in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989.

Eckstaedt, Anita: Nationalsozialismus in der "zweiten Generation". Psychoanalyse von Hörigkeitsverhältnissen, Frankfurt/M. 1989.

Eggebrecht, Axel: Was wäre wenn ... Ein Rückblick auf die Zukunft der Welt. Hörspiel, Hamburg 1947.

Eggert-Schmid Noerr, Annelinde: "Buchbesprechung. Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust". In: Psyche 51:1 (1997), S. 629-634.

Eich, Günter: "Die Stunde des Huflattichs". In: Fünfzehn Hörspiele, Frankfurt/M. 1981, S. 399-443.

Eifler, Christine: "Nachkrieg und weibliche Verletzbarkeit. Zur Rolle von Kriegen für die Konstruktion von Geschlecht". In: Eifler, Christine/Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis, Münster 1999, S. 155-186.

Eifler, Christine/Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis, Münster 1999.

Elias, Norbert: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. [1989] 1992.

Elias, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bde, Frankfurt/M. [1969] 1981.

Elias, Norbert: Über die Zeit. Arbeiten zur Wissenssoziologie, Frankfurt/M. 1984.

Elias, Norbert: Über sich selbst, Frankfurt/M. 1990.

Hans-Joachim Elster (Hg.): Naturwissenschaft und Technik. Wege in die Zukunft, Stuttgart 1983.
Enzensberger, Hans Magnus: landessprache. Gedichte, Frankfurt/M. 1960.

Erdheim, Mario: Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit. Eine Einführung in den ethnopschoanalytischen Prozeß, Frankfurt/M. 1982.

Erdle, Birgit R.: "Bezeugen, verstehen, vergleichen: Spuren der Tradition der Erinnerung in Sarah Kofmans „Paroles suffoquées“". In: Die Philosophin 12, 1995, S. 38-52.

Erdle, Birgit R.: "Das Gedächtnis der Geste. Kristallisation kultureller Erinnerung und Tradierung nach der *Shoah*". In: Weigel, Sigrid/Erdle, Birgit (Hg.): Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus, Zürich 1996, S. 235-277.

Erdle, Birgit: "Die Verführung der Parallelen. Zu Übertragungsverhältnissen zwischen Ereignis, Ort und Zitat". In: Bronfen, Elisabeth/ Erdle, Birgit R./Weigel, Sigrid (Hg.): Trauma. Zwischen Psychoanalyse und kulturellem Deutungsmuster, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 27-50.

Erschens, Herrmann: "Stefan Andres und die Anti-Atom-Bewegung Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre". In: Wissenschaftlicher Beirat der Stefan-Andres-Gesellschaft (Hg.): Mein Thema ist der Mensch. Texte von und über Stefan Andres, München/Zürich 1990, S. 262-282.

Eschebach, Insa/Jacobeit, Sigrid/Lanwerd, Susanne (Hg.): Die Sprache des Gedenkens. Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück 1945-1995, Berlin 1999.

Esposito, Elena: Soziales Vergessen. Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft, Frankfurt/M. 2002.

Faimberg, Haydee: "Das Ineinanderrücken der Generationen. Zur Genealogie der Identifizierungen". In: Jahrbuch der Psychoanalyse, Bd. 20/XX (1987), S.114-142.

Fassmann, Kurt (Hg.): Gedichte gegen den Krieg, Frankfurt/M. 1983.

Federation of American Scientists (Hg.): One World or None, New York 1946.

Federspiel, Ruth: "Mobilisierung der Rüstungsforschung Werner Osenberg und das Planungsamt im Reichsforschungsrat 1943-1945". In: Maier, Helmut (Hg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, S. 72-105.

Fehrenbach, Heide: Cinema in Democratizing Germany. Reconstructing National Identity after Hitler, Chapel Hill 1999.

Fehrenbach, Heide: "Rehabilitating fatherland: Race and German remasculinization". In: Signs, 24:1 (1998), S. 107-127.

Ferber, Christian von: Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864-1954, Göttingen 1956.

Fermi, Laura: Atoms for the World. United States Participation in the Conference on the Peaceful Uses of Atomic Energy, Chicago 1957.

Feyerabend, Paul: "Sind die Wissenschaften Forschungsinstitutionen oder politische Parteien?". In: Wissenschaft als Kunst, Frankfurt/M. 1984, S. 145-169.

Finetti, Marco: "Research as 'normal'", Besprechung von Notker Hammersteins "Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945 (München 1999). In: Nature 402 (1999), S. 461.

Fischer, Helmut J.: Erinnerungen. Teil I: Von der Wissenschaft zum Sicherheitsdienst, Ingolstadt 1984.

Fischer, Helmut J.: Erinnerungen. Teil II: Feuerwehr für die Forschung, Ingolstadt 1985.

Fischer, Helmut J.: Hitler und die Atombombe. Bericht eines Zeitzeugen, Asendorf 1987.

Fischer, Klaus: "Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933: Möglichkeiten und Grenzen einer Bilanzierung", Vjh. für Zeitgeschichte, 39 (1991), S. 1-85.

Fischer, Klaus: "Repression und Privilegierung: Wissenschaftspolitik im Dritten Reich". In: Beyrau, Dietrich (Hg.): Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Hitler und Stalin, Göttingen 2002, S. 171-194.

- Fischer, Peter: Atomenergie und staatliches Interesse. Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955, Baden-Baden 1994.
- Fischer-Rosenthal, Wolfram: "Schweigen – Rechtfertigen – Umschreiben". In: Fischer-Rosenthal, Wolfram/Alheit, Peter (Hg.): Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte, Opladen 1995, S. 43-86.
- Fischer-Rosenthal, Wolfram/Alheit, Peter (Hg.): Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte, Opladen 1995.
- Fleck, Ludwik: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache, Frankfurt/M. [1935] 1980.
- Fleischmann, Rudolf: "Erinnerungen eines ‚Zeitzeugen‘". In: Albrecht, Ulrich u.a. (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt/M. [1996] 1997, S. 47-49.
- Flitner, Andreas (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen, Tübingen 1965.
- Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I, Frankfurt/M. [frz.: 1976] 1983.
- François, Etienne/Schulze, Hagen: Deutsche Erinnerungsorte. 3 Bde., München 2001.
- Frankfurter Frauenschule (Hg.): Über das Hervorbringen. Weibliches – Aspekte einer anderen Vernunft, Königsstein/Ts. 1999.
- Frankfurter Hefte. Jahrgänge 1957-1958.
- Frau und Frieden, Jahrgänge 1953-1959.
- Frayn, Michael: Copenhagen, New York [1998] 2000.
- Frayn, Michael: "‚Copenhagen‘ revisited". In: The New York Review of Books, 28. März 2002, S. 23-24.
- Frei, Norbert: "Auschwitz und Holocaust". In: Loewy, Hanno (Hg.): Erlebnis – Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung, Frankfurt/M./New York 1996, S. 101-108.
- Frei, Norbert: "Parallele Universen? Warum wir nach Schnittpunkten zwischen Historiographie und Familienerinnerung fragen sollten". In: Memory. WerkstattGeschichte, 30 (2001), S. 69-72.
- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
- Frei, Norbert/Freimüller, Tobias: Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt/M./New York 2001.
- Frei, Norbert/Steinbacher, Sybille (Hg.): Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust, Göttingen 2001.
- Freud, Anna: Das Ich und die Abwehrmechanismen. Frankfurt/M.[1936] 2000.
- Freud, Sigmund: "Einleitung zu ‚Zur Psychoanalyse der Kriegsneurosen‘"[1919]. In: Gesammelte Werke XII, Frankfurt/M. [1940] 1999, S. 321-324.
- Freud, Sigmund: "Hemmung, Symptom und Angst". In: Gesammelte Werke XIV, Frankfurt/M. [1948] 1999, S. 111-205.
- Freud, Sigmund: "Jenseits des Lustprinzips". In: Gesammelte Werke XIII, Frankfurt/M. [1940] 1999, S. 1-69.
- Friedländer, Saul: Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus, München 1984.
- Frisch, Max: Tagebuch 1946 – 1949, Berlin 1988.

Fröhlich, Stefan: "Das Manhattan-Projekt". In: Salewski, Michael (Hg.): Das Zeitalter der Bombe. Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute, München 1995, S. 50-72.

Galison, Peter: "Die Ontologie des Feindes. Norbert Wiener und die Vision der Kybernetik". In: Rheinberger, Hans-Jörg/Hagner, Michael (Hg.): Räume des Wissens. Repräsentation, Codierung, Spur, Berlin 1997, S. 281-324.

Georg Geiger: Der Täter und der Philosoph – Der Philosoph als Täter. Die Begegnung zwischen dem Hiroshima-Piloten Claude R. Eatherly und dem Antiatomkriegsphilosophen Günther Anders. Oder: Schuld und Verantwortung im Atomaren Zeitalter, Bern 1991.

Gehmacher, Johanna: "Völkische Frauenbewegung". Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich, Wien 1998.

Genth, Renate: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945-1949, hrsg. von der Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin. Berlin 1996.

Gerhard, Ute: "„Fern von jedem Suffragettentum“ – Frauenpolitik nach 1945, eine Bewegung der Frauen?". In: Wischermann, Ulla u.a. (Hg.): Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung. Frauenpolitik in Hessen 1945-1955, Frankfurt/M. 1993, S. 9-40.

Gerhard, Ute: "Die ‚langen Wellen‘ der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Aufgaben". In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt/M.1995, S. 247-278.

Gerlach, Christian/Aly, Götz: Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden, Stuttgart 2002.

Gerlach, Walther: "Einleitung". In: Bauer, Karl-Heinrich: Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung, Stuttgart 1954, S. 1-16.

Gerlach, Walther: "Der heutige Stand der Kernphysik". In: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker (Hg.): Weltmacht Atom. Die atomaren Kräfte und ihre Auswirkungen auf das geistige, wirtschaftliche, militärische und politische Leben, Frankfurt/M. 1955, S. 9-36.

Gerlach, Walther u.a.: Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung, Stuttgart 1954.

Das Gewissen, Jahrgänge 1956-1959.

Ginzburg, Carlo: "Beweis, Gedächtnis, Geschichte". In: Memory. WerkstattGeschichte, 30 (2001), S. 50-60.

Gleitsmann, Rolf-Jürgen: "Die Anfänge der Atomenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland". In: Hermann, Arnim und Rolf Schuhmacher: Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation, München 1986, S. 23-41.

Goebbels, Josef: Der geistige Arbeiter im Schicksalskampf des Reiches. Rede vor der Heidelberger Universität, München 1943.

Götz, Klaus (Hg.): Wissensmanagement. Zwischen Wissen und Nichtwissen, München u.a. 2000.

Goltermann, Svenja: "Die Beherrschung der Männlichkeit. Zur Deutung psychischer Leiden bei den Heimkehrern des Zweiten Weltkrieges 1945-1956". In: Feministische Studien, 2/2000, S. 7-19.

Gordin, Michael/Grunden, Walter/Walker, Mark/Wang, Zuoyue: "„Ideologically correct‘ science". In: Walker, Mark (Hg.): Science and Ideology. A Comparative History, London/New York 2003, S. 35-65.

Graf, Oskar Maria: Die Erben des Untergangs. Roman einer Zukunft, München [erste Fassung erschienen unter dem Titel: Die Eroberung der Welt, 1949, überarbeitet 1959] 1985.

Graue, Georg: "Aufgaben der Chemie und Physik im Osten". In: Ostaufgaben der Wissenschaft, München 1943, S. 38-51.

- Grass, Günter: Im Krebsgang. Eine Novelle, Göttingen 2002.
- Gravenhorst, Lerke: Moral und Geschlecht. Die Aneignung der NS-Erbenschaft. Ein soziologischer Beitrag zu Selbstverständigungen vor allem in Deutschland, Freiburg i.Br. 1997.
- Gravenhorst, Lerke: "Wie eigen ist die eigene Geschichte? Zum Zusammenhang von NS-Auseinandersetzung und Geschlechtszugehörigkeit bei NS-Nachgeborenen". In: Rauschenbach, Brigitte (Hg.): *Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden*, Berlin 1992, S. 139-147.
- Gravenhorst, Lerke/Tatschmurat, Carmen (Hg.): *TöchterFragen. NS-Frauengeschichte*, Freiburg i.Br. 1990.
- Gregor-Dellin, Martin: *Der Nullpunkt. Roman*, München 1959.
- Gross, Raphael/Konitzer, Werner: "Geschichte und Ethik. Zum Fortwirken der nationalsozialistischen Moral". In: *Mittelweg* 36:4 (1999), S. 70-75.
- Grossmann, Atina: "Ein Blick aus New York. German Women's History Group". In: *Mittelweg* 36, 2/1997, S. 17-21.
- Grossmann, Atina: *Reforming Sex. The German Movement for Birth Control and Abortion Reform, 1920-1950*, New York u.a. 1995.
- Grosz-Ganzoni, Ita-Maria (Hg.): *Widerspenstige Wechselwirkungen. Feministische Perspektiven in Psychoanalyse, Philosophie, Literaturwissenschaft und Gesellschaftskritik*, Tübingen 1996.
- Habermas, Jürgen (Hg.): *Antworten auf Herbert Marcuse*, Frankfurt/M. [1968] 1978.
- Habermas, Jürgen: *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI*, Frankfurt/M. 1987.
- Habermas, Jürgen: "Ein Literaturbericht (1967): Zur Logik der Sozialwissenschaften". In: Habermas, Jürgen: *Zur Logik der Sozialwissenschaften*, Frankfurt/M. 1970, S. 71-308.
- Habermas, Jürgen: "Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik". In: Habermas, Jürgen: *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI*, Frankfurt/M. 1987, S. 161-179.
- Habermas, Jürgen u.a.: *Gespräche mit Herbert Marcuse*, Frankfurt/M. [1978] 1981.
- Habermas, Jürgen: *Protestbewegung und Hochschulreform*, Frankfurt/M. 1969.
- Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied/Rhein [1962] 1968.
- Habermas, Jürgen: *Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘*, Frankfurt/M. [1968] 1979.
- Habermas, Jürgen: "Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung". In: Habermas, Jürgen: *Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘*, Frankfurt/M. [1968] 1979, S. 120-145.
- Habermas, Jürgen: "Vom öffentlichen Gebrauch der Historie". In: Habermas, Jürgen: *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI*, Frankfurt/M. 1987, S. 137-158.
- Habermas, Jürgen: "Das Zeitbewußtsein der Moderne und ihr Bedürfnis nach Selbstvergewisserung". In: Habermas Jürgen: *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen*, Frankfurt/M. 1985, S. 9-33.
- Hachmeister, Lutz: *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*, München 1998.
- Hachmeister, Lutz: *Die Rolle des SD-Personals in der Nachkriegszeit. Zur nationalsozialistischen Durchdringung der Bundesrepublik*, in: *Mittelweg* 36, 2/2002, S. 17-19.
- Hachmeister, Lutz/Siering, Friedemann (Hg.): *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München 2002.

- Hahn, Barbara: „,Laßt alle Hoffnung fahren ...‘. Kulturwissenschaftlerinnen vor 1933“. In: Hahn, Barbara (Hg.): Frauen in den Kulturwissenschaften. Von Lou Andreas-Salomé bis Hannah Arendt, München 1994.
- Hahn, Barbara: „Wanderungen zwischen Osten und Westen – oder: Wo liegt Berlin?“. In: Wobbe, Theresa (Hg.): Nach Osten. Verdeckte Spuren nationalsozialistischer Verbrechen, Frankfurt/M. 1992, S. 71-86.
- Hahn, Otto: „Cobalt 60 – Gefahr oder Segen für die Menschheit?“. In: Universitas, 10 (1955), S. 225-232.
- Hammer, Ulrike/Kiesel, Doron: Verdeckte Überlieferungen. Weiblichkeitsbilder zwischen Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Fünfziger Jahre, Frankfurt/M. 1991.
- Hammerstein, Notker: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920-1945, München 1999.
- Hampe, Asta: „Die habilitierten weiblichen Lehrkräfte an den westdeutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands 1958-1959“. In: Mädchenbildung und Frauenschaffen 2 (1961), S. 21-30.
- Haraway, Donna: Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg der partialen Perspektive. In: Scheich, Elvira, (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie, Hamburg 1996 [engl.: 1988], S. 217-248.
- Hardtmann, Gertrud (Hg.): Spuren der Verfolgung. Seelische Auswirkungen des Holocaust auf die Opfer und ihre Kinder, Gerlingen 1992.
- Haubrich, Karin/Gravenhorst, Lerke: „Wie stellen wir heute moralische Wirklichkeiten von Frauen im Nationalsozialismus her? Eine Forschungsnotiz zu feministisch-sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen bundesrepublikanischer Autorinnen 1977 bis 1987“. In: Gravenhorst, Lerke/Tatschmurat, Carmen (Hg.): TöchterFragen. NS-Frauengeschichte, Freiburg i.Br. 1990, S. 39-58.
- Haverkamp, Anselm (Hg.): Memoria. Vergessen und Erinnern, München 1993.
- Heiber, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz. Bd.1, München 1992.
- Heilbron, John L.: The Dilemmas of an Upright Man. Max Planck and the Fortunes of German Science, Berkeley/Los Angeles 1986.
- Heilbron, John L.: „Afterword 2000“. In: The Dilemmas of an Upright Man. Max Planck and the Fortunes of German Science, Cambridge/Mass. (Harvard University Press) 2000, S. 205-219.
- Heims, Steve Joshua: The Cybernetics Group, Cambridge/Mass. 1991.
- Heineman, Elizabeth: „Complete families, half families, no families at all: Female-headed households and the reconstruction of the family in the early federal republic“. In: Central European History, 29:1 (1996), S. 19-60.
- Heineman, Elizabeth: „The hour of the woman: Memories of Germany’s ‚crisis years‘ and West German national identity“. In: American Historical Review, April 1996, S. 354-395.
- Heineman, Elizabeth D.: What Difference Does a Husband Make? Women and Marital Status in Nazi and Postwar Germany, Berkeley/Los Angeles 1999.
- Heinemann-Grüder, Andreas: Die Sowjetische Atombombe, Münster 1992.
- Heinrich, Horst-Alfred: Kollektive Erinnerungen der Deutschen. Theoretische Konzepte und empirische Befunde zum sozialen Gedächtnis, Weinheim/München 2002.
- Heinsohn, Kirsten u.a. (Hg.): Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt/M./New York 1997.
- Heintz, Bettina: Die Herrschaft der Regel. Zur Grundlagengeschichte des Computers, Frankfurt/M./New York 1993.

- Heipp, Günther (Hg.) "Es geht ums Leben! Der Kampf gegen die Bombe 1945-1965. Eine Dokumentation. Stimmen des Gewissens aus aller Welt zur Atomgefahr, Hamburg 1965.
- Heisenberg, Elisabeth: Das politische Leben eines Unpolitischen. Erinnerungen an Werner Heisenberg, München 1980.
- Heisenberg, Werner: Deutsche und jüdische Physik, hrsg. von Helmut Rechenberg, München u.a. 1992.
- Heisenberg, Werner: "Elementarteile der Materie". In: Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung, Stuttgart 1954, S. 45-58.
- Heisenberg, Werner: "A lecture on bomb physics: February 1942". In: Physics Today, Aug. 1995, S. 27-30.
- Heisenberg, Werner: Schritte über Grenzen. Gesammelte Reden und Aufsätze, München 1971.
- Heisenberg, Werner: Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1969.
- Henle, Manfred: "Einer kuschte nicht. Wolfgang Köhlers Kampf gegen die Nazis", Psychologie heute, 6/1979, S. 80-87.
- Hentschel, Klaus: Mitglieder-Listen der DPG von 1938 und 1939, <http://www.gwdg.de/%7Ekhentsc/dpg38-39.html>.
- Hentschel, Klaus (Hg.): Physics and National Socialism. An Anthology of Primary Sources, Boston u.a. 1996.
- Hentschel, Klaus: "Essay review: Heisenberg, German culture and other such horrifying things. Zu: Rose, Paul Lawrence: Heisenberg and the Nazi Atomic Bomb Project: A Study in German Culture, Berkeley 1998". In: Annals of Science, 57 (2000), S. 301-306.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.
- Herbert, Ulrich: "Deutsche Eliten nach Hitler". In: Mittelweg 36, 3/1999, S. 66-82.
- Herbert, Ulrich: "NS-Eliten in der BRD". In: Loth, Wilfried/Rusinek, Bernd A. (Hg.): NS-Eliten in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt/M. 1998, S. 93-115.
- Herbert, Ulrich (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 bis 1980. Göttingen 2002 .
- Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990.
- Herf, Jeffrey: Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys, Cambridge/Mass. 1997.
- Herf, Jeffrey: "„Reactionary Modernism‘ and after: Modernity and Nazi Germany reconsidered". In: Kaufmann, Doris (Hg.): Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2000, S. 65-77.
- Herf, Jeffrey: Reactionary Modernism. Technology, Culture and Politics in Weimar and the Third Reich, New York 1984.
- Hermann, Arnim: "Die Deutsche Physikalische Gesellschaft 1899-1945. In: Physikalische Blätter, 51:3 (1994), S. F61-F105.
- Hermann, Arnim/Schuhmacher, Rolf (Hg.): Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation, München 1987.
- Hervé, Florence: Studentinnen in der BRD. Eine soziologische Untersuchung, Köln 1973.
- Herwig, Helge/Rechenberg, Helmut (Hg.): Werner Heisenberg: Physiker und Philosoph, Heidelberg 1993.

- Heymann, Lyda Gustava/Augspurg, Anita: Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1940, Meisenheim am Glan 1972.
- Hirschauer, Stefan/Amman, Klaus (Hg.): Die Befremdung der eigenen Kultur. Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie, Frankfurt/M. 1997.
- Hoch, Paul K.: "Institutional versus intellectual migrations in the nucleation of new scientific specialties". In: *Studies in History and Philosophy of Science*, 18:4 (1987), S. 481-500.
- Hoch, Paul K.: "The reception of Central European refugee physicists of the 1930s: U.S.S.R., U.K., U.S.A.". In: *Annals of Science*, 40 (1983), 217-246.
- Hoerning, Erika M.: "Kalter Krieg in Berlin". In: Fischer-Rosenthal, Wolfram/Alheit, Peter (Hg.): *Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte*, Opladen 1995, S. 153-170.
- Hoffmann, Dieter: "Carl Ramsauer, die Deutsche Physikalische Gesellschaft und die Selbstmobilisierung der Physikerschaft im ‚Dritten Reich‘". In: Maier, Helmut (Hg.): *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*, Göttingen 2002, S. 273-304.
- Hoffmann, Dieter: "Im besetzten Kopenhagen. Warum besuchte der deutsche Physiker Heisenberg 1941 seinen Kollegen Niels Bohr? Über eine Legende der Wissenschaftsgeschichte". In: *Berliner Zeitung*, 3./4. Februar 2001, S. 5.
- Hoffmann, Dieter: "The divided centennial. The 1958 Max Planck celebration(s) in Berlin". In: *Osiris*, 14 (1999), S. 138-149.
- Hoffman, Dieter: "N. Hammerstein: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Buchbesprechung". In: *Physikalische Blätter*, 56:6 (2000), S.67.
- Hoffmann, Dieter (Hg.): *Operation Epsilon. Die Farm-Hall-Protokolle oder Die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe*, Berlin 1993.
- Hoffmann, Dieter (Hg.): *Physik in der Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt/M. 2003.
- Hoffmann, Dieter: *Zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich*, Preprint 192 des Max Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2002.
- Hollinger, David: "The defense of democracy and Robert K. Merton's formulation of the scientific ethos". In: Hollinger, David: *Science, Jews, and Secular Culture: Studies in Mid-Twentieth Century American Intellectual History*, Princeton 1996.
- Holton, Gerald: "Der Erfolg heiligt die Mittel". In: Holton, Gerald: *Themata: Zur Ideengeschichte der Physik*, Braunschweig/Wiesbaden 1984.
- Horkheimer, Max: *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Aus den Vorträgen und Aufzeichnungen seit Kriegsende*, Frankfurt/M. [engl. 1947] 1985.
- Horkheimer, Max: *Ein neuer Ideologiebegriff? [1930]*. In: Meja, Volker und Nico Stehr (Hg.): *Der Streit um die Wissenssoziologie*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1982, S. 474-496.
- Horkheimer, Max: *Traditionelle und kritische Theorie*, Frankfurt/M.[1937] 1995.
- Horkheimer, Max u.a.: *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942*, hrsg. von Helmut Dubiel und Alfons Söllner, Frankfurt/M. 1981.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt/M. [1947] 1982.
- Hölscher, Lucian: "Geschichte als ‚Erinnerungskultur‘". In: Platt, Kristin (Hg.): *Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identitäten*, Opladen 1995, S. 146-168.
- Hübner-Funk, Sibylle: "Die nationale Mission der HJ-Generation". In: Rauschenbach, Brigitte (Hg.): *Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden*, Berlin 1992, S. 261-268.

Hübner-Funk, Sibylle: "Jugend als Symbol des politischen Neubeginns. Strategien zur Bannung der rassistischen Vergangenheit". In: Bergmann, Werner und Rainer Erb (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 218-235.

Huerkamp, Claudia: Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945, Göttingen 1996.

Huerkamp, Claudia: "Geschlechtsspezifischer Numerus clausus – Verordnung und Realität". In: Kleinau, Elke/Opitz, Claudia (Hg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, Bd. 2, Frankfurt/M. 1996, S. 325-341.

Irving, David: Der Traum von der deutschen Atombombe, Gütersloh [engl. 1967] 1967.

Jaeggi, Jens u.a.: Geist und Katastrophe. Studien zur Soziologie im Nationalsozialismus, Berlin 1983.

Jahnn, Hans Henny: "Die Trümmer des Gewissens. Der staubige Regenbogen. Drama". In: Jahnn, Hans Henny: Werke in Einzelbänden. Dramen II, Hamburg [1961] 1993, S. 769-952.

Jahnn, Hans Henny: Werke und Tagebücher in 7 Bd., Briefe II, 1941-1959, Hamburg 1994.

Jaspers, Karl: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Ein Radiovortrag, München 1957.

Jaspers, Karl: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München 1958.

Jay, Martin: "Positive und negative Totalität. Adornos Alternativentwurf zur interdisziplinären Forschung". In: Bonß, Wolfgang/Honneth, Axel (Hg.): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie, Frankfurt/M. 1982, S. 67-86.

Jendricke, Bernhard: Alfred Andersch. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg [1988] 1999.

Jens, Walter (Hg.): Leben im Atomzeitalter. Schriftsteller und Dichter zum Thema unserer Zeit, Gräfelting 1987.

Jens, Walter: Die Friedensfrau. Ein Lesebuch, Leipzig 1989.

Joos, Georg: "Die Möglichkeit friedlicher Nutzung der Atomenergie". In: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker (Hg.): Weltmacht Atom. Die atomaren Kräfte und ihre Auswirkungen auf das geistige, wirtschaftliche, militärische und politische Leben, Frankfurt/M. 1955, S. 37-60.

Jordan, Pascual: "Atom und Mensch". In: Bauer, Karl-Heinrich: Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung, Stuttgart 1954, S. 149-164.

Jordan, Pascual: Atomkraft, Drohung und Versprechen, München 1954.

Jünger, Friedrich Georg: Die Perfektion der Technik, Frankfurt/M. 1946.

Jungk, Robert: Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher, Reinbek bei Hamburg [1956] 1977.

Jureit, Ulrike (Hg.): Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassistischer und ethnischer Gemeinschaften, Münster 2001.

Kahlert, Heide: Weibliche Subjektivität. Geschlechterdifferenz und Demokratie in der Diskussion, Frankfurt/M./New York 1996.

Kahlert, Heinrich: Chemiker unter Hitler. Wirtschaft, Technik und Wissenschaft der deutschen Chemie von 1914 bis 1945, Langwaden 2001.

Kant, Horst: Otto Hahn and the Declarations of Mainau und Göttingen, Preprint 203 des Max Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2002, S. 21-40.

- Kant, Horst: Werner Heisenberg and the German Uranium Projekt, Preprint 203 des Max Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2002, S. 1-19.
- Kater, Michael: Das "Ahnenerbe" der SS 1935-1945. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Dritten Reiches, München [2.Aufl.] 1997.
- Kaufmann, Doris: Frauen zwischen Aufbruch und Reaktion. Protestantische Frauenbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, München 1988.
- Kaufmann, Doris (Hg.): Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2 Bde., Göttingen 2000.
- Kerner, Charlotte: Lise, die Atomphysikerin. Die Lebensgeschichte der Lise Meitner, Weinheim/Basel 1986.
- Kevles, Dan: "Cold war and hot physics. Science, security, and the American state, 1945-1956". In: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences, 20 (1990), S. 239-264.
- Kipphardt, Heinar: In der Sache Robert Oppenheimer. Ein szenischer Bericht, Frankfurt/M. [1964] 1966.
- Kirst, Hans Hellmut: Keiner kommt davon. Bericht von den letzten Tagen Europas, Wien/München/Basel 1957.
- Kittsteiner, Heinz-Dieter: Die Entstehung des modernen Gewissens, Frankfurt/M. 1991.
- Klafki, Wolfgang/Müller, Helmut-Gerhard: Elisabeth Blochmann (1892-1972), Marburg 1992.
- Klein, Gabriele/Liebsch, Katharina (Hg.): Zivilisierung des weiblichen Ich, Frankfurt/M. 1997.
- Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941, Berlin 1995.
- Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1996.
- Klingemann, Carsten: Soziologie im Dritten Reich, Baden-Baden 1996.
- Klüger, Ruth: weiter leben. Eine Jugend, Göttingen [1992] 1993.
- Knapp, Gudrun-Axeli: "Differenz ohne Differenzierung? Anmerkungen zur Debatte um eine ‚weibliche‘ Moral". In: Horster, Detlef (Hg.): Weibliche Moral – ein Mythos?, Frankfurt/M. 1998, S. 162-188.
- Knapp, Gudrun-Axeli: "Dezentriert und viel riskiert: Anmerkungen zur These vom Bedeutungsverlust der Kategorie Geschlecht". In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik, Münster 2001, S. 15-62.
- Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): TraditionenBrüche. Entwicklungen feministischer Theorie, Freiburg i.Br. 1992.
- Knoblauch, Hubert: Das kommunikative Gedächtnis. In: Honneger, C. et al. (Hg.): Grenzenlose Gesellschaft? Verhandlungen des 29. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, des 16. Kongresses des Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, des 11. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Freiburg i.Br. 1998, Opladen 1998, S. 733-748.
- Knorr-Cetina, Karin: Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft, Frankfurt/M. 1984.
- Koch, Gertrud: Die Einstellung ist die Einstellung. Visuelle Konstruktionen des Judentums, Frankfurt/M. 1992.
- Koch, Gertrud: "Todesnähe und Todeswünsche: Geschichtsprozesse mit tödlichem Ausgang. Zu einigen jüdischen Figuren im deutschen Nachkriegsfilm". In: Brumlik, Micha u.a. (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt/M. 1988, S. 258-274.

Köhne, Claudia: "Gedächtnis und Geschlecht. Zum Umgang mit der Geschichte der Konzentrationslager in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften". Bericht über die Internationale Fachtagung vom 28.-30.10.1999 in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Fürstenberg. In: Die Philosophin, 11/21 (2000), S. 108-115.

Kölsch, Julia: Politik und Gedächtnis. Zur Soziologie funktionaler Kultivierung von Erinnerung, Wiesbaden 2000.

König, Gudrun: "„Man hat vertrennt, vertrennt und wieder vertrennt“ – Erinnerungen an den Nachkriegsalltag". In: Freier, Anna-Elisabeth/Kuhn, Annette (Hg.): Frauen in der Geschichte V: "Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen" – Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Düsseldorf 1984, S. 386-407.

König, René: "Der Ingenieur und seine Stellung in der Gesellschaft". In: König, René: Soziologische Orientierungen. Vorträge und Aufsätze, Köln 1965, S. 215ff.

König, René: Soziologie in Deutschland. Begründer/Verächter/Verfechter, München/Wien 1987.

König, René: Soziologische Orientierungen. Vorträge und Aufsätze, Köln u.a. 1965.

Koepfen, Wolfgang: "Tauben im Gras". In: Koepfen, Wolfgang: Tauben im Gras. Das Treibhaus. Der Tod im Rom. Drei Romane, Berlin 1983, S. 9-198.

Kolbe, Nieves/ Rode, Domenica/ Sommerkorn, Ingrid N.: "An die Arbeit! Berge Steine! Orden allerdings gibts keine!" Frauenarbeit in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Hamburg, Bielefeld 1988.

Kollath, Werner: Der Mensch oder das Atom, Freiburg i.Br. 1958.

Koonz, Claudia: Mütter im Vaterland. Frauen im 3. Reich, Freiburg i.Br. [engl.: 1986] 1991.

Koppert, Claudia: "Schuld und Schuldgefühle im westlichen Nachkriegsdeutschland. zur Wirksamkeit des Vergangenen im Gegenwärtigen". In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 30/31 (1991), S. 217-229.

Krafft, Fritz: Im Schatten der Sensation: Leben und Wirken von Fritz Straßmann, Weinheim 1981.

Kramer, Fritz/Winchester, Pamela: "Bombenkulte". In: Kursbuch 68 (1982), S.170-178.

Krauch, Carl: "Forschung und Entwicklung. Aufgaben und Arbeit des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe". In: Der Vierteljahresplan 1 (1937), S. 261-263.

Krauch, Carl: "Die Jugend an die Front – Die Nachwuchsfrage in Wissenschaft und Technik". In: Der Vierteljahresplan 1 (1937), S. 456-459.

Kraus, Elisabeth: Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers, Würzburg 2001.

- Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, 4 Bde., Frankfurt/M. 1996.
- Krohn, Claus-Dieter (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945, Darmstadt 1998.
- Krohn, Claus-Dieter/von zur Mühlen, Patrick (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997.
- Krohn, Wolfgang/Küppers, Günter: Die Selbstorganisation der Wissenschaft, Frankfurt/M. 1989.
- Kühn, Michael: Unterrichtsfilm im Nationalsozialismus. Die Arbeit der Reichsstelle für den Unterrichtsfilm/Reichsanstalt für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht. Mammendorf 1998.
- Kühne, Thomas: "... aus diesem Krieg werden nicht nur harte Männer heimkehren". Kriegskameradschaft und Männlichkeit im 20. Jahrhundert". In: Kühne, Thomas (Hg.): Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeiten im Wandel der Moderne, Frankfurt/M./New York 1996, S. 174-192.
- Kühne, Thomas (Hg.): Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne, Frankfurt/M./New York 1996.
- Küster, Ingeborg/Steinmann, Elly: "Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB)". In: Florence Hervé (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Köln 1990, S. 224-34.
- Kuhn, Anette: "Dimensionen der Täterschaft deutscher Frauen im NS-System". In: Bertrams, Annette (Hg.): Dichotomie, Dominanz, Differenz. Frauen plazieren sich in Wissenschaft und Gesellschaft, Weinheim 1995, S. 27-55.
- Kuhn, Annette (Hg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd. 1: Frauenarbeit 1945-1949, Band 2: Frauenpolitik 1945-1949, Düsseldorf 1984.
- Kuhn, Anette: "Frauen suchen neue Wege in die Politik". In: Kuhn, Anette (Hg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd.2: Frauenpolitik 1945-1949, Düsseldorf 1986.
- Kuhn, Annette (Hg.): Frauenleben im NS-Alltag, Pfaffenweiler 1994.
- Kuhn, Anette: "Haben Frauen eine Stimme im ‚Historikerstreit‘? Podiumsdiskussion am 7. Februar 1992 im Frauenmuseum Bonn unter der Leitung von Anette Kuhn". Kuhn, Annette (Hg.): Frauenleben im NS-Alltag, Pfaffenweiler 1994, S. 13-26.
- Kuhn, Annette (Hg.): Mehrheit ohne Macht. Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1985.
- Kuhn, Thomas S.: Die Entstehung des Neuen. Studien zur Struktur der Wissenschaftsgeschichte, Frankfurt/M. [1977] 1988.
- Kuhn, Thomas S.: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M. [engl. 1962] 1989.
- Langer, Ingrid: "Die Mohrinnen hatten ihre Schuldigkeit getan ... Staatlich-moralische Aufrüstung der Familien". In: Bänsch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985, S. 108-130.
- Lasky, Melvin J.: "Victory and Weltschmerz. Notes on a visit to Göttingen". In: Göttingen versus Schlüter, A Bulletin of the Committee on Science and Freedom, 3 (1955), S. 25-30.
- Latour, Bruno: Der Berliner Schlüssel. Erkundungen eines Liebhabers der Wissenschaften, Berlin 1996.
- Latour, Bruno: Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie, Berlin [frz.: 1991] 1995.
- Latour, Bruno/Woolgar, Steve: Laboratory Life. The Construction of Scientific Facts., Princeton 1986.
- Laurien, Ingrid: Politisch-kulturelle Zeitschriften in den Westzonen 1945 - 1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit, Frankfurt/M. u.a. 1991.

- LeFebvre, Henri: Einführung in die Modernität. Zwölf Präludien, Frankfurt/M. [frz. 1962] 1978.
- LeFort, Gertrud von: Das fremde Kind, Berlin 1987.
- LeFort, Gertrud von: Am Tor des Himmels. Novelle, Wiesbaden 1954.
- LeGoff, Jacques: Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt/M. 1992.
- Lehmann, Hans Georg: "Rückkehr nach Deutschland? Motive, Hindernisse und Wege von Emigranten". In: Krohn, Claus-Dieter/Mühlen, Patrick von zur (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997, S. 39-70
- Lemmerich, Jost (Hg.): Lise Meitner – Max von Laue. Briefwechsel 1938-1948, Berlin 1998.
- Lemmerich, Jost (Hg.): Max Born, James Franck, der Luxus des Gewissens. Physiker in ihrer Zeit, Ausstellung der Staatsbibliothek, Berlin 1982.
- Lenz, Ilse/Germer, Andrea (Hg.): Wechselnde Blicke. Frauenforschung in internationaler Perspektive, Opladen 1996.
- Levinas, Emmanuel: Die Zeit und der Andere, Hamburg [1947] 1984.
- Lévi-Strauss, Claude: Mythologica, 4 Bde. Frankfurt/M. 1971-1975.
- Libeskind, Daniel: "trauma / void". In: Bronfen, Elisabeth/Erdle, Birgit R./Weigel, Sigrid (Hg.): Trauma. Zwischen Psychoanalyse und kulturellem Deutungsmuster, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 3-26.
- Löwenthal, Gerhard und Josef Hausen: Wir werden durch Atome leben, Berlin 1956.
- Loewy, Hanno (Hg.): Erlebnis - Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung, Frankfurt/M./New York 1996.
- Loewy, Hanno (Hg.): Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung von Geschichte, Reinbek bei Hamburg 1992.
- Lorber, Judith: Gender-Paradoxien, Opladen 1999.
- Lorber, Judith: The Variety of Feminisms and their Contributions to Gender Equality, Oldenburg 1997.
- Lorenz, Charlotte: Entwicklung und Lage der weiblichen Lehrkräfte an den wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands, Göttingen 1953.
- Lorenzer, Alfred: Sprachzerstörung und Rekonstruktion. Vorarbeiten zu einer Metatheorie der Psychoanalyse, Frankfurt/M. 1995.
- Lorenzer, Alfred: "Der Symbolbegriff und seine Problematik in der Psychoanalyse". In: Oelkers, Jürgen/Wegenast, Klaus (Hg.): Das Symbol – Brücke des Verstehens. Stuttgart u.a. 1991, S. 21-30.
- Loth, Wilfried/Rusinek, Bernd A. (Hg.): NS-Eliten in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt/M. 1998.
- Luckmann, Thomas: Wissen und Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze 1981-2002, Konstanz 2002.
- Ludwig, Karl-Heinz: Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Königstein/Ts. [1974] 1979.
- Ludwig, Karl-Heinz: "Die wohlreflektierten Erinnerungen des Albert Speer – Einige kritische Bemerkungen zur Funktion des Architekten, des Ingenieurs und der Technik im Dritten Reich". In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 21 (1970), S. 695-708.
- Lüders, Marie-Elisabeth: Das unbekannte Heer. Frauen kämpfen für Deutschland 1914-1918, Berlin 1936.

- Lüdtke, Alf/Marbolek, Inge/Saldern, Adelheid von (Hg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996.
- Luhmann, Niklas: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen 1986.
- Lynch, Michael: Scientific Practice and Ordinary Action. Ethnomethodology and Social Studies of Science, Cambridge u.a. 1997.
- Lyotard, Jean-Francois: Das postmoderne Wissen. Ein Bericht, Graz/Wien 1986.
- Maase, Kaspar: "Amerikanisierung von unten. Demonstrative Vulgarität und kulturelle Hegemonie in der Bundesrepublik der 50er Jahre". In: Lüdtke, Alf/Marbolek, Inge/Saldern, Adelheid von (Hg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 291-313.
- Macrakis, Kristie: Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany, New York 1993.
- Mahlmann, Theodor: "Kirche und Wiederbewaffnung". In: Bänsch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985, S. 90-107.
- Maier, Helmut: "Nationalsozialistische Technikideologie und die Politisierung des ‚Technikerstandes‘: Fritz Todt und die Zeitschrift ‚Deutsche Technik‘". In: Dietz, Burkhard/Fessner, Michael/Maier, Helmut (Hg.): Technische Intelligenz und "Kulturfaktor Technik", Münster 1996, S. 253-268.
- Maier, Helmut (Hg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002.
- Maier, Helmut: "Wehrhaftmachung" und "Kriegswichtigkeit". Zur rüstungstechnologischen Relevanz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Stuttgart vor und nach 1945, Ergebnisse 5, Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm "Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus", Berlin 2002.
- Maier-Leibnitz, Heinz: "Der Alptraum – Erinnerung an die Erklärung der 18 Atomphysiker". In: Noelle-Neumann, Elisabeth und Heinz Maier-Leibnitz: Zweifel am Verstand – Das Irrationale als die neue Moral, Zürich 1987, S. 51-56.
- Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, Frankfurt/M. [1931] 1985.
- Manstein, Bodo: "Vor dem Atomzeitalter: Schöpferische Pause und Umkehr". In: Frankfurter Hefte, 8 (1960), S. 554-562.
- Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Darmstadt/Neuwied [engl. 1964] 1981.
- Marcuse, Herbert: "Einige gesellschaftliche Folgen moderner Technologie". In: Horkheimer, Max u.a.: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942, hrsg. von Helmut Dubiel und Alfons Söllner, Frankfurt/M. 1981, S. 337-368.
- Marcuse, Herbert: Feindanalysen. Über die Deutschen, Lüneburg 1998.
- Marcuse, Herbert: Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud, Frankfurt/M. [engl. 1957] 1984.
- Marcuse, Herbert: Zeit-Messungen. Drei Vorträge und ein Interview, Frankfurt/M. 1975.
- Meinel, Christoph (Hg.): Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1994.
- Mehrtens, Herbert: "Demythification", Besprechung von Mark Walkers "Myth, Truth, and the German Atomic Bomb" (New York 1995). In: Science, 270 (24. 11. 1995), S. 1383.

- Mehrtens, Herbert: "Das ‚Dritte Reich‘ in der Naturwissenschaftsgeschichte: Literaturbericht und Problemskizze". In: Mehrtens, Herbert/Richter, Steffen (Hg.): Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reiches, Frankfurt/M. 1980, S. 15-87
- Mehrtens, Herbert: "Kollaborationsverhältnisse: Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie". In: Meinel, Christoph/Voswinkel, Peter (Hg.): Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1994, S. 13-31.
- Mehrtens, Herbert: "„Mißbrauch“: Die rhetorische Konstruktion der Technik in Deutschland nach 1945". In: Kertz, Walter (Hg.): Technische Hochschulen und Studentenschaft in der Nachkriegszeit, Braunschweig 1995, S. 33-50.
- Mehrtens, Herbert: Moderne, Sprache, Mathematik. Eine Geschichte des Streits um die Grundlagen der Disziplin und des Subjekts formaler Systeme, Frankfurt/M. 1990.
- Mehrtens, Herbert: "Verantwortungslose Reinheit. Thesen zur politischen und moralischen Struktur mathematischer Wissenschaften am Beispiel des NS-Staates". In: Fülgraff, Georges/Falter, Annegret (Hg.): Wissenschaft in der Verantwortung. Möglichkeiten der institutionellen Steuerung, Frankfurt/M. 1990, S. 37-54.
- Mehrtens, Herbert: "Verantwortungslose Reinheit". In: metis. Zeitschrift für historische Frauenforschung und feministische Praxis, 6:11 (1997).
- Meitner, Lise: Nachlass im Churchill Archives Centre, Churchill College, Cambridge/UK.
- Meja, Volker/Stehr, Nico (Hg.): Der Streit um die Wissenssoziologie, 2 Bde., Frankfurt/M. 1982.
- Mendelsohn, Everett et al.: Science, Technology and the Military, Dordrecht 1988.
- Merkur, Jahrgänge 1957-1958.
- Merton, Robert K.: Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit, Frankfurt/M. 1980.
- Merton, Robert K.: Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie, Frankfurt/M. 1985.
- Merton, Robert K.: Social Theory and Social Structure, New York u.a. 1964.
- Merton, Robert K.: The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigations, Chicago 1973.
- Meyer, Birgit: "„Hat sie heute denn überhaupt gekocht?“. Frauen in der Politik von der Nachkriegszeit bis heute". In: Brückner, Margrit/Meyer, Britgit (Hg.): Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume, Freiburg i.Br. 1994, S. 369-409.
- Meyer, Sibylle/Schulze Eva: Von Liebe sprach damals keiner, München 1985.
- Meyer, Sibylle/Schulze, Eva: Wie wir das alles geschafft haben. Alleinstehende Frauen berichten über ihr Leben 1945, München 1984.
- Miller, Max: "Kollektive Erinnerungen und gesellschaftliche Lernprozesse. Zur Struktur sozialer Mechanismen der ‚Vergangenheitsbewältigung‘". In: Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 79-105.
- Miller, Max: Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1996.
- Mitscherlich, Alexander: "Hitler blieb ihm ein Rätsel. Die Selbstblendung Albert Speers". In: FAZ vom 1. November 1975.
- Mitscherlich, Alexander/Mitscherlich, Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München/Zürich [1967] 1998.

- Mitscherlich, Margarete: *Erinnerungsarbeit. Zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern*, Frankfurt/M. 1993.
- Mitscherlich, Margarete: *Die friedfertige Frau. Eine psychoanalytische Untersuchung zur Aggression der Geschlechter*, Frankfurt/M. 1985.
- Mitscherlich-Nielsen, Margarete: "Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten. Anlässlich von Daniel Jonah Goldhagens Buch ‚Hitlers willige Vollstrecker‘". In: *Psyche*, 51:6 (1997), S. 479-493.
- Mitscherlich-Nielsen, Margarete: "Schweigen, Wegdenken oder Trauer um die Opfer unserer politischen Vergangenheit". In: *Psyche*, 54:3 (2000), S. 234-240.
- Möding, Nori (1995): "Menschliches, allzu Menschliches. Vom Zusammenleben von NS-Verfolgten und Ex-NS-Begeisterten in den Medien nach 1945". In: Fischer-Rosenthal, Wolfram/Alheit, Peter (Hg.): *Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte*, Opladen 1995, S. 201-212.
- Moeller, Robert G.: "Forum: The ‚remasculinization‘ of Germany in the 1950s: Introduction". In: *Signs* 24:1 (1998), S. 100-104.
- Moeller, Robert G.: "Geschichten aus der ‚Stacheldrahtuniversität‘: Kriegsgefangene im Opferdiskurs der Bundesrepublik". In: *Werkstatt Geschichte* 26, 2000, S. 23-46.
- Moeller, Robert G.: "‚The last soldiers of the Great War‘ and tales of family reunions in the Federal Republic of Germany". In: *Signs* 24:1 (1998), S. 129-145.
- Moeller, Robert G.: *Protecting Motherhood. Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany*, Berkeley u.a. 1993.
- Moeller, Robert G.: "War stories: The search for a usable past in the Federal Republik of Germany". In: *American Historical Review*, Oct./1996, S. 1008-1047.
- Moltmann, Bernhard: "Hiroshima und das Atomzeitalter. Erinnerung als Flucht in die Fiktion". In: Loewy, Hanno (Hg.): *Erlebnis - Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung*, Frankfurt/M./New York 1996.
- Morgenweck-Lambrinos, Vera/Trömel, Martin: "Lise Meitner, Otto Hahn und die Kernspaltung: Eine Legende aus unseren Tagen". In: *NTM* 8 (2000), S. 65-76.
- Müller, Rolf-Dieter: "Kriegführung, Rüstung und Wirtschaft. Zur Rolle des Militärs bei der Steuerung der Kriegstechnik unter besonderer Berücksichtigung des Heereswaffenamtes 1935-1945". In: Maier, Helmut (Hg.): *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*, Göttingen 2002, S. 52-71.
- Müller, Wolfgang D.: *Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990.
- Mushaben, Joyce Marie: "Collective memory divided and reunited. Mothers, daughters and the Fascist experience in Germany". In: *History and Memory*, 11 (1999), S. 7-40.
- Nagl-Dockal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): *Denken der Geschlechterdifferenz. Neue Fragen und Perspektiven der feministischen Philosophie*, Wien 1990.
- Die Naturwissenschaften, Jahrgänge 1946-1947, 1957.
- Neubaur, Caroline/Wilkens, Lorenz: "Religion der Propaganda im Nationalsozialismus". In: *Psyche*, 51:3 (1997), S. 253-277.
- Neufeld, Michael: *The Rocket and the Reich: Peenemünde and the Coming of the Ballistic Missile Era*, New York 1995.
- Niemöller, Marin: *Zur atomaren Rüstung. Zwei Reden*, Darmstadt 1959.

Niethammer, Lutz : Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis, Bonn 1999.

Niethammer, Lutz: "Erinnerungsgebot und Erfahrungsgeschichte. Institutionalisierungen im kollektiven Gedächtnis". In: Loewy, Hanno (Hg.): Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung von Geschichte, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 21-34.

Niethammer, Lutz: "Gedächtnis und Geschichte. Erinnernde Historie und die Macht des kollektiven Gedächtnisses". In: Memory. WerkstattGeschichte, 30 (2001), S. 32-37.

Niethammer, Lutz: Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek bei Hamburg 2000.

Niethammer, Lutz: "Normalisierung' im Westen. Erinnerungspuren in die 50er Jahre". In: Diner, Dan (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt am M. [1987] 1993, S. 153-184.

Niethammer, Lutz: "Privat-Wirtschaft. Erinnerungsfragmente einer anderen Umerziehung". In: Niethammer, Lutz (Hg.): "Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist". Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Bd. 2, Berlin/Bonn 1983, S. 17-105.

Nödinger, Ingeborg: Frauen gegen Wiederaufrüstung: Der Demokratische Frauenbund Deutschland im antimilitaristischen Widerstand (1950 bis 1957), Frankfurt/M. 1983.

Nordmann, Ingeborg: "Der Intellektuelle'. Ein Phantasma". In: Schoeps, J./Schlör, J. (Hg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, München 1995, S. 252-259.

Nora, Pierre (Hg.): Les lieux de mémoire, 4 Bde., Paris 1992 .

Notz, Gisela: "Klara Marie Fassbinder (1890-1974) and women's peace activities in the 1950s and 1960s". In: Journal of Women's History, 13:3 (2001), S. 98-123.

Notz, Gisela: " 'Unser Fräulein Doktor ... , die hat uns immer die Wahrheit gesagt'. Klara-Marie Faßbinder zum 100. Geburtstag". In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 27 (1990), S. 162ff.

Notz, Gisela: "Wie eine Fliege im Spinnennetz'. Klara-Marie Faßbinder 1890-1974". In: Bertrams, Annette (Hg.): Dichotomie, Dominanz, Differenz. Frauen plazieren sich in Wissenschaft und Gesellschaft, Weinheim 1995, S. 29-40..

Nutt, Harry: "Der integrierte Apokalyptiker. Zum 100. Geburtstag des Philosophen Günter Anders. Eine nachholende Lektüre ehemals heiliger Texte". In: Frankfurter Rundschau vom 13. Juli 2002, S. 19.

Nye, Robert A.: Masculinity and Male Codes of Honor in Modern France, New York/Oxford 1993.

Oertzen, Christine von: Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948-1969, Göttingen 1999.

Oertzen, Christine von: "Luise Berthold: Hochschulleben und Hochschulpolitik zwischen 1909 und 1957". In: Feministische Studien 1/2002, S. 8-22.

Oexle, Otto Gerhard: "Hahn Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu 'Kopenhagen', 'Farm Hall' und 'Göttingen'". Ergebnisse 9, Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm "Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus", Berlin 2003.

Operation Epsilon. The Farm Hall Transcripts. Introduced by Sir Charles Frank, Bristol/Philadelphia 1993.

Orland, Barbara: "Der Zwiespalt zwischen Politik und Technik. Ein kulturelles Phänomen in der Vergangenheitsbewältigung Albert Speers und seiner Rezipienten". In: Dietz, Burkhard/Fessner, Michael/Maier, Helmut (Hg.): Technische Intelligenz und "Kulturfaktor Technik", Münster 1996, S. 269-295.

- Osietzki, Maria: Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates, Köln 1984.
- Osietzki, Maria: "Die Physik im Kontext der Disziplinen: Wissenschaftliche Politikberatung und ‚Sozialkompetenz‘ im Deutschen Forschungsrat 1949-1951". In: Hoffmann, Dieter (Hg.): Physik in der Nachkriegsdeutschland, Frankfurt/M. 2003, S. 57-72.
- Ostow, Mortimer.: "The psychodynamic of apocalyptic: Discussion of papers on identification and the Nazi phenomenon". In: International Journal of Psycho-Analysis 67 (1987), S. 277-285.
- Ott, Ulrich (Hg.): Literatur im Industriezeitalter. Eine Ausstellung des deutschen Literaturarchivs im Schiller-Nationalmuseum Marbach am Neckar, Bd. 2, Marbach am Neckar 1987.
- Otto, Karl A.: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70, Frankfurt/M. 1977.
- Otto, Viktor: "Der geistige Niederschlag der nationalen Wiedergeburt". Der Verleger Heinrich Stalling auf dem Weg ins Dritte Reich. In: Oldenburger Stachel, 3/1999, S. 4.
- Parin, Paul/Parin-Matthèy, Goldy: Subjekt im Widerspruch, Frankfurt/M. 1988.
- Parin, Paul: Der Widerspruch im Subjekt. Ethnopschoanalytische Studien, Hamburg 1992.
- Pauling, Linus: Leben oder Tod im Atomzeitalter, Wien [engl. 1958] 1960.
- Pauling, Linus: "Eine Welt, in der jeder Mensch ein angenehmes Leben führen kann". In: Albrecht, Ulrich u.a. (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt/M. [1996] 1997, S. 163.
- Pausewang, Gudrun: Die letzten Kinder von Schewenborn oder ... sieht so unsere Zukunft aus? Ravensburg 1997.
- Perrot, Michelle u.a.: "Kontroversen über das Buch ‚Die männliche Herrschaft‘ von Pierre Bourdieu". In: Feministische Studien 2/2002, S. 281-300.
- Peiffer, Jeanne: "Nature - elle - ment. Einige Ansätze feministischer Kritik der Naturwissenschaften in Frankreich". In: Orland, Barbara/Scheich Elvira (Hg.): Das Geschlecht der Natur. Feministische Beiträge zur Geschichte und Theorie der Naturwissenschaften, Frankfurt/M. 1995, S. 92-113.
- Pestre, Dominique: "Commemorative practices at CERN. Between physicists memories and historians narratives". In: Osiris 14 (1999), S. 203-216.
- Peukert, Detlev: "Die Genesis der ‚Endlösung aus dem Geiste der Wissenschaft‘". In: Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins: Chance oder Gefährdung. Praktische Philosophie in Deutschland nach dem Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1988, S. 24-48.
- Pfahler, Gerhard: Atombändiger. Novelle, Stuttgart 1956.
- Physikalische Blätter, Jahrgänge 1944-1959.
- Platt, Kristin/Dabag, Mihram (Hg.): Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identitäten, Opladen 1995.
- Plessner, Hellmuth: Die verspätete Nation, Frankfurt/M. [1935] 1982.
- Plötz, Kirsten: "Das ‚Lebensziel‘ der ‚gesunden‘ Familie. Normen im Westdeutschland der Nachkriegszeit". In: Hypatia, 8/1996.
- Poiger, Uta G.: "A New, ‚Western‘ Hero? Reconstructing German Masculinity in the 1950s". In: Signs 24:1 (1998), S. 147-169.

- Poiger, Uta G.: "Rebels with a cause? American popular culture, the 1956 youth riots, and the new conceptions of masculinity in East and West Germany". In: Pommerin, Reiner (Hg.): *The American Impact on Postwar Germany*, Oxford 1995, S. 93-124.
- Poiger, Uta G.: "Rock'n'Roll, Female Sexuality, and the Cold War Battle over German Identities". In: *The Journal of Modern History*, 68, September 1996, S. 577-616.
- Pollock, Friedrich: *Gruppenexperiment*, Frankfurt/M. 1955.
- Popper, Karl R.: "Die Logik der Sozialwissenschaften". In: Adorno, Theodor W., u.a.: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*. München [1969] 1993, S. 103-123.
- Postone, Moishe: "Nationalsozialismus und Antisemitismus. ein theoretischer Versuch". In: Diner, Dan/Benhabib, Seyla (Hg.): *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt/M. 1988, S. 242-287.
- Powers, Thomas: "What Bohr remembered". In: *The New York Review of Books*, 28. März 2002, S. 25-26.
- Preuss-Lausitz, Ulf (Hg.): *Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg*, Weinheim u.a. 1989.
- Price, Matt: "The Chicago Met Lab and the origins of the Franck Report". In: *Isis* 86 (1995), S. 222-244.
- Prokop, Ulrike: "Liebe und Lektüre oder: Was bedeuten die Tränen der Leserinnen? Aus dem Briefwechsel der Caroline Flachsland und Johann Gottfried Herder 1770-1773". In: Belgrad, Jürgen u.a.: *Zur Idee einer psychoanalytischen Sozialforschung. Dimensionen szenischen Verstehens*, Frankfurt/M. 1987, S. 259-302.
- Prokop, Ulrike: *Die Illusion vom Großen Paar. Bd. 1: Weibliche Lebensentwürfe im deutschen Bildungsbürgertum 1750-1770. Bd. 2: Das Tagebuch der Cornelia Goethe*, Frankfurt/M. 1991.
- Pross, Helge: *Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. [1969] 1976.
- Prüß, Karsten: *Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Projekt Wissenschaftsplanung*, Frankfurt/M. 1974.
- Radkau, Joachim: "Angstabwehr. Auch eine Geschichte der Atomtechnik". In: *Kursbuch* 85 (1986), S. 27-53.
- Radkau, Joachim: *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse*, Reinbek bei Hamburg 1983.
- Radkau, Joachim: *Technik in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 1989.
- Rajewski, Boris: "Atomphysik und Biologie". In: Bauer, Karl-Heinrich: *Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung*, Stuttgart 1954, S. 59-72.
- Ramsauer, Carl: "Die Schlüsselstellung der Physik für die Naturwissenschaft, Technik und Rüstung". In: *Die Naturwissenschaften* 31 (1943), S. 285-288.
- Rauschenbach, Brigitte: *Erbschaft aus Vergessenheit – Zukunft aus Erinnerungsarbeit*. In: Rauschenbach, Brigitte (Hg.): *Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden*, Berlin 1992, S. 27-55.
- Rauschenbach, Brigitte (Hg.): *Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden*, Berlin 1992.
- Rauschenbach, Brigitte: "Grenzüberschreitungen zur Geschlechterdemokratie. Notizen zum Paritätengesetz anlässlich eines Kolloquiums über die ‚Hälfte der Macht‘". In: *Feministische Studien* 20:2 (2002), S. 263-270.
- Rechenberg, Helmut: *Farm-Hall-Berichte: Die abgehörten Gespräche der 1945/46 in England internierten deutschen Atomwissenschaftler*, Stuttgart 1994.
- Rehn, Jens: *Die Kinder des Saturn. Roman*, Darmstadt u.a. 1959.

- Reif, Adelbert (Hg.): Albert Speer. Kontroversen um ein deutsches Phänomen, München 1978.
- Remmert, Volker R.: "In the service of the Reich. Aspects of Copernicus and Galileo in Nazi Germany's historiographical and political discourse". In: *Science in Context* 14:3 (2001), S. 333-359.
- Rendtorff, Barbara: *Geschlecht und différance. Die Sexuierung des Wissens. Eine Einführung*, Königstein/Taunus 1998.
- Renneberg, Monika/Walker, Mark (Hg.): *Science, Technology and National Socialism*, Cambridge 1994.
- Rensmann, Lars: *Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität*, Berlin u.a. 1998.
- Rese, Alexandra: *Wirkung politischer Stellungnahmen von Wissenschaftlern am Beispiel der Göttinger Erklärung zur atomaren Bewaffnung*, Frankfurt/M. 1999.
- Rheinberger, Hans-Jörg (Hg.): *Räume des Wissens. Repräsentation, Codierung, Spur*, Berlin 1997.
- Richter, Hans Werner: *Briefe*, München/Wien 1997.
- Richter, Steffen: "Die ‚Deutsche Physik‘". In: Mehrrens, Herbert/Richter, Steffen (Hg.): *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reiches*, Frankfurt/M. 1980, S. 116-141.
- Rider, Robin E.: "Alarm and opportunity. Emigration of mathematicians and physicists to Britain and the United States, 1933-1945". In: *Historical Studies of Physical Science*, 15:1 (1984), S. 107-176.
- Risse, Heinz: *Die Insel der Seligen. Ein Gespräch*, München 1958.
- Risse, Heinz: *Das letzte Kapitel der Welt. Chaos oder Einheit als Ende der menschlichen Geschichte? Gifkendorf [1949] 1986*.
- Risse, Heinz: *Wenn die Erde bebt*, München u.a. 1950.
- Roberts, Ulla: *Spuren der NS-Zeit im Leben der Kinder und Enkel. Drei Generationen im Gespräch*, München 1998.
- Roberts, Ulla: *Starke Mütter - ferne Väter. Töchter reflektieren ihre Kindheit im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit*, Frankfurt/M. 1994.
- Römer, Peter: "Die Verfassungsentwicklung in den fünfziger Jahren". In: Bänsch, Dieter (Hg.): *Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur*, Tübingen 1985, S. 71-89.
- Rolshausen, Claus: *Wissenschaft und gesellschaftliche Reproduktion. Projekt Wissenschaftsplanung 1*, Frankfurt/M. 1975.
- Rose, Paul Lawrence: *Heisenberg and the Nazi Atomic Bomb Project: A Study in German Culture*, Berkeley 1998.
- Rosenhaft, Eve: "Lesewut, Kinosucht, Radiotismus: Zur (geschlechter-)politischen Relevanz neuer Massenmedien in den 1920er Jahren". In: Lüdtker, Alf/Maršolek, Inge/Saldern, Adelheid von (Hg.): *Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1996, S. 119-143.
- Rosenthal, Gabriele (Hg.): "Als der Krieg kam, hatte ich mit Hitler nichts mehr zu tun". *Zur Gegenwärtigkeit des "Dritten Reiches" in Biographien*, Opladen 1990.
- Rosenthal, Gabriele: *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen*, Frankfurt/M./New York 1995.
- Rosenthal, Gabriele (Hg.): *Die Hitlerjugend-Generation. Biographische Thematisierung als Vergangenheitsbewältigung*, unter Mitarb. von Claudia Gather, Essen 1986.

- Rosenthal, Gabriele (Hg.): Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern, Gießen 1997.
- Rosenthal, Gabriele: "... wenn alles in Scherben fällt ...". Von Leben und Sinnwelt der Kriegsgeneration. Typen biographischer Wandlungen, Opladen 1987.
- Rotblat, Joseph: "Eine atomwaffenfreie Welt: Eine Phantasievorstellung oder Wirklichkeit?". In: Albrecht, Ulrich u.a. (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt/M. [1996] 1997, S. 131-149.
- Rotblat, Joseph: "The early days of Pugwash". In: Physics Today, June 2001, S. 50-55.
- Rotblat, Joseph: Scientists and the Quest for Peace – A history of the Pugwash Conferences. Cambridge u.a. 1972.
- Rotblat, Joseph: "Das vielschichtige soziale Gewissen der Wissenschaftler". In: Albrecht, Ulrich u.a. (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt/M. [1996] 1997, S. 165-174.
- Rürup, Reinhard (Hg.): Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879-1979, Berlin 1979 .
- Ruhl, Klaus-Jörg (Hg.): Frauen in der Nachkriegszeit 1945-1963, München 1988.
- Ruhl, Klaus-Jörg (Hg.): Unsere verlorenen Jahre. Frauenalltag in Kriegs- und Nachkriegszeit 1939-1949. In Berichten, Dokumenten und Bildern, Darmstadt/Neuwied 1985.
- Ruhl, Klaus-Jörg: Verordnete Unterordnung. Berufstätige Frauen zwischen Wirtschaftswachstum und konservativer Ideologie in der Nachkriegszeit (1945-1963), München 1994.
- Rumpf, Mechthild: Spuren des Mütterlichen. Die widersprüchliche Bedeutung der Mutterrolle für die männliche Identitätsbildung in kritischer Theorie und feministischer Wissenschaft, Frankfurt/M. 1989.
- Runte, Annette: Kultur – Natur – Differenz in der feministischen Diskussion in Frankreich, Frankfurt/M. 1989.
- Hermann-Josef Rupieper: Die Wurzeln der deutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Opladen 1993.
- Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln [1970] 1980.
- Sachse, Carola: "Frauenforschung zum Nationalsozialismus". In: Mittelweg 36, 2/1997, S. 24-33.
- Sachse, Carola: " ‚Persilscheinkultur‘. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft". In: Weisbrod, Bernd (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 217-246
- Saldern, Adelheid von: "Überfremdungsängste. Gegen die Amerikanisierung der deutschen Kultur in den zwanziger Jahren". In: Lüdtke, Alf/Marbolek, Inge/von Saldern, Adelheid (Hg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 213-244.
- Salewski, Michael (Hg.): Das Zeitalter der Bombe. Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute, München 1995.
- Sarkowski, Heinz (Hg.): Der Springer-Verlag. Katalog seiner Veröffentlichungen 1842-1945, Berlin u.a. 1992.
- Schaal, Björn: "In Goethes Namen, von Goebbels Gnaden". In: Frankfurter Rundschau vom 24.8.2002, S. 19.
- Schäfer, Hans Dieter: Berlin im Zweiten Weltkrieg. Der Untergang der Reichshauptstadt in Augenzeugenberichten, München 1985.
- Schäfer, Hans Dieter: Das gespaltene Bewußtsein, Deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945, München 1981.

Schaeffer-Hegel, Barbara (Hg.): Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats, Berlin 1984.

Schaeffer-Hegel, Barbara/Wartmann, Brigitte (Hg.): Mythos Frau. Projektionen und Inszenierungen im Patriarchat, Berlin 1983.

Schaser, Angelika: "Gertrud Bäumer – ‚eine der wildesten Demokratinnen‘ oder verhinderte Nationalsozialistin". In: Heinsohn, Kirsten u.a. (Hg.): Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt/M./New York 1997, S. 34-43.

Schelsky, Helmut: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln 1961.

Schelsky, Helmut: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart 1967.

Scheich, Elvira: "Elisabeth Schiemann (1881-1972): Patriotin im Zwiespalt". In: Susanne Heim (Hg.): Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002, S. 250-279.

Scheich, Elvira: "Objektivität, Perspektivität und Gesellschaft. Zum Verhältnis von soziologischer Theorie und Wissenschaftsforschung", ISOE-Diskussionspapier, Frankfurt 2003.

Scheich, Elvira: "Science, morality and politics. The relationship of Lise Meitner and Elisabeth Schiemann". In: Osiris, Jan. 1997, (hrsg. v. Sally G. Kohlstedt und Helen Longino), S. 143-168.

Scheich, Elvira (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie, Hamburg 1996.

Scherpe, Klaus: Die rekonstruierte Moderne. Studien zur deutschen Literatur nach 1945, Köln/Weimar 1992.

Scherzer, Otto: "Physik im totalitären Staat". In: Flitner, Andreas (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, S. 47-58.

Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hg.) Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn [2.Aufl.] 1998.

Schivelbusch, Wolfgang: Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. [1977] 1995.

Schlüpmann, Heide: "Deutsche Liebespaare". In: Frauen und Film, 35 (1983), S. 13ff..

Schlüpmann, Klaus: Vergangenheit im Blickfeld eines Physikers. Hans Kopfermann 1895-1963. Eine Wissenschaftsstudie, (<http://aleph99.org/etusci/ks/index.htm>) 2001.

Schlüter, Anne: "Die ersten Nachkriegsprofessorinnen und die Situation von Wissenschaftlerinnen bis in die siebziger Jahre". In: Kleinau, Elke/Opitz, Claudia (Hg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, Bd. 2, Frankfurt/M. 1996, S. 449-464.

Schmid, Carlo: "Politik im Atomzeitalter". In: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker (Hg.): Weltmacht Atom. Die atomaren Kräfte und ihre Auswirkungen auf das geistige, wirtschaftliche, militärische und politische Leben, Frankfurt/M. 1955, S. 117-145.

Schmidt, Arno: "Brand's Haide" [1951]. In: Ausgewählte Werke, Bd.1, Berlin 1990, S. 265-377.

Schmidt, Arno: "Die Gelehrtenrepublik" [1957]. In: Ausgewählte Werke, Bd. 2, Berlin 1990, S. 147-321.

Schmidt, Arno: "Schwarze Spiegel" [1951]. In: Ausgewählte Werke, Bd.1, Berlin 1990, S. 147-321.

Schmidt-Harzbach, Ingrid: "Freda Wuesthoff – Vorkämpferin gegen atomare Aufrüstung – Versuch eines Porträts". In: Freier, Anna-Elisabeth/Kuhn, Annette (Hg.): Frauen in der Geschichte V: "Das Schicksal

Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen” – Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Düsseldorf 1984, S. 410-444.

Schmidt-Linsenhoff, Viktoria: Frauenalltag und Frauenbewegung 1890-1980. Katalog zur Ausstellung am Historischen Museum Frankfurt a.M., Basel 1981.

Schmidt-Waldherr, Hildtraut: Emanzipation durch Professionalisierung? Politische Strategien und Konflikte innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung während der Weimarer Republik und die Reaktion des bürgerlichen Antifeminismus und des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1987.

Schneider, Rolf: “Prozeß Richard Waverly” [1963]. In: Schneider, Rolf: Stücke, Berlin 1970, S. 47-109.

Schröter, Manfred: “Kulturfragen der Technik. Versuch einer kritischen Sichtung des Schrifttums”. In: Z-VDI 77 (1933), S. 349-353.

Schüring, Michael: “Das Dilemma der Kontinuität. Das Selbstverständnis der Max-Planck-Gesellschaft und der Umgang mit Emigranten in den 50er Jahren”. In: Bruch, Rüdiger zum/Kaderas, Brigitte (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 453-463.

Schuller, Marianne: Im Unterschied. Lesen, Korrespondieren, Adressieren, Frankfurt/M. 1990.

Schultz, Irmgard: “Deutschland – oder die Antiquiertheit meines Moralempfindens”. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 30/31 (1991), S. 39-43.

Schumann, Erich: “Wehrmacht und Forschung”. In: Donnevert, Richard (Hg.): Wehrmacht und Partei, Leipzig 1938, S. 111-129.

Schwarz, Gudrun: Eine Frau an seiner Seite. Ehefrauen in der “SS-Sippengemeinschaft”, Hamburg 1997.

Schwarz, Gudrun/Zipfel, Gaby: “Die halbierte Gesellschaft. Anmerkungen zu einem soziologischen Problem”, In: Mittelweg 36, 1/1998, S. 78-88.

Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Bd.2: Gründerjahre der Republik, 1949-1957. Bd.3: Epochenwechsel, 1957-1963, Stuttgart 1981 und 1983.

Schweber, Silvan S.: In the Shadow of the Bomb. Oppenheimer, Bethe and the Moral Responsibility of the Scientists, Princeton 2000.

Schweber, Silvan S.: “The empiricist temper regnant: Theoretical physics in the United States 1920-1950”. In: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences, 17:1 (1986), S. 55-98.

Seeler, Angela: “Ehe, Familie und andere Lebensformen in den Nachkriegsjahren im Spiegel der Frauenzeitschriften”. In: Freier, Anna-Elisabeth/Kuhn, Annette (Hg.): Frauen in der Geschichte V: “Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen” – Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Düsseldorf 1984, S. 90-121.

Seifert, Ruth: “Militär und Geschlechterverhältnisse. Entwicklungslinien einer ambivalenten Debatte”. In: Eifler, Christine/Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis, Münster 1999, S. 44-70.

Semprun, Jorge: Schreiben oder Leben, Frankfurt/M. 1995.

Sereny, Gitta: Das Ringen um die Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma, München 1995.

Sereny, Gitta: “Generation without a past”. In: Sereny, Gitta: The German Trauma. Experiences and Reflections 1948-2001, London 2001, S. 53-86.

Shapin, Steven: “Don’t let that crybaby in here again”. In: London Review of Books, 7, September 2000, S. 15-16.

- Shapin, Steven/Schaffer, Simon: Leviathan and the Air-Pump. Hobbes, Boyle and the Experimental Life, Oxford 1989.
- Siegmund-Schultze, Reinhard: Mathematiker auf der Flucht vor Hitler. Quellen und Studien zur Emigration, Braunschweig/Wiesbaden 1998.
- Sime, Ruth Levin: Lise Meitner. Ein Leben für die Physik, Frankfurt/M. u.a. [engl. 1996] 2001.
- Sime, Ruth: "Whose legend? Some remarks on Vera Morgenweck and Martin Trömel: ‚Lise Meitner, Otto Hahn und die Kernspaltung: Eine Legende aus unseren Tagen‘". In: NTM 8 (2000), S. 77-84.
- Simmel, Georg: Philosophische Kultur. Über das Abenteuer, die Geschlechter und die Krise der Moderne. Gesammelte Essays, Berlin 1983.
- Simmel, Georg: Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl (hrsg. v. Heinz-Jürgen Dahme und Otthein Rammstedt), Frankfurt/M. [1983] 1986.
- Speer, Albert: Technik und Macht, Esslingen 1979.
- Speer, Albert: Der Sklavenstaat. Meine Auseinandersetzungen mit der SS, Stuttgart 1981.
- Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, München [1923] 1983.
- Stalman, Kai: Geschlecht und Macht. Maskuline Identität und künstlerischer Anspruch im Werk Hans Henny Jahns, Köln u.a. 1998.
- Stamm: Leitfaden durch Presse und Werbung. Verzeichnis und Beschreibung periodischer Publikationen, Rundfunkanstalten und Werbemöglichkeiten in Deutschland, Essen 1972.
- Stamm, Volker: Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965, Köln 1981.
- Steichen, Edward (Hg.): The Family of Man. The Photographic Exhibition, New York 1955.
- Steinbeck, John: A Russian Journal with Pictures by Robert Capa, London 1949.
- Steinert, Heinz: Die Entdeckung der Kulturindustrie, oder: Warum Professor Adorno Jazz-Musik nicht ausstehen konnte, Wien 1992.
- Steinmann, Elly: "Die Lehrmeisterin - ein Porträt der Klara-Marie Faßbinder". In: Florence Hervé (Hg.): Brot und Rosen. Geschichte und Perspektive der demokratischen Frauenbewegung, Frankfurt/M. 1979, S. 181.
- Stephan, Inge u.a. (Hg.): Jüdische Kultur und Weiblichkeit in der Moderne, Köln/Weimar/Wien 1994.
- Stephan, Inge: Musen und Medusen. Mythos und Geschlecht in der Literatur des 20. Jahrhunderts, Köln/Weimar/Wien 1997.
- Stern, Frank: "Entstehung, Bedeutung und Funktion des Philosemitismus in Westdeutschland nach 1945". In: Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 180-196.
- Stock, Adolf: Heinar Kipphardt, Reinbek bei Hamburg 1987.
- Stoehr, Irene: "‚Feministischer Antikommunismus‘ und weibliche Staatsbürgerschaft in der Gründungsdekade der Bundesrepublik". In: Feministische Studien 1/1998, S. 86-94.
- Stoehr, Irene: "Frauenerwerbsarbeit als Kriegsfall. Marie-Elisabeth Lüders: Variationen eines Lebenschemas". In: Budde, Gunilla-Friederike (Hg.): Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997, S. 62-77.

Stoehr, Irene: "Phalanx der Frauen? Wiederaufrüstung und Weiblichkeit in Westdeutschland 1950-1957". In: Eifler, Christine/Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis, Münster 1999, S. 187-204.

Stoehr, Irene: "Traditionsbewußter Neuanfang. Zur Organisation der alten Frauenbewegung in Berlin 1945-1950". In: Genth, Renate: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945-1949, hrsg. von der Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin. Berlin 1996, S. 193-225.

Stoehr, Irene: "Weibliche Staatsbürgerschaft und Kalter Krieg. Transformationen der Berliner Frauenbewegung 1947-1952". In: Burghard, Ciesla (Hg.): Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948-1958, Berlin 2000, S. 169-183.

Stoehr, Irene/Schmidt-Harzbach, Ingrid: "Friedenspolitik und Kalter Krieg: Frauenverbände im Ost-West-Konflikt". In: Genth, Renate: Frauenpolitik und politisches Wirken von Frauen im Berlin der Nachkriegszeit 1945-1949, hrsg. von der Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin. Berlin 1996, S. 229-254.

Stölken-Fitschen, Ilona: Atombombe und Geistesgeschichte. Eine Studie der fünfziger Jahre aus deutscher Sicht, Baden-Baden 1995.

Stölken-Fitschen, Ilona: "Bombe und Kultur". In: Salewski, Michael (Hg.): Das Zeitalter der Bombe. Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute, München 1995, S.258-281.

Stoller, Silvia/Vetter, Hellmuth (Hg.): Phänomenologie und Geschlechterdifferenz, Wien 1997.

Stolten, Inge (Hg.): Der Hunger nach Erfahrung. Frauen nach '45, Berlin, Bonn 1981.

Stoltzenberg, Dietrich: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude, Weinheim 1994.

Strauß, Franz Josef: "Atom – Drohung oder Verheißung?". In: Wirtschaftsnachrichten des Wirtschaftsbeirates der Union 5/1956.

Strauss, Herbert A. u.a. (Hg.): Die Emigration der Wissenschaften nach 1933, München 1991.

Szabó, Anikó: "Re-Emigration und Wiedergutmachung. Die Ordinarien Max Born und James Franck". In: Hoffmann, Dieter (Hg.): Physik in der Nachkriegsdeutschland, Frankfurt/M. 2003, S. 201-208.

Teubner, Ulrike/Wetterer, Angelika: "Gender-Paradoxien: Soziale Konstruktionen transparent gemacht". In: Lorber, Judith: Gender-Paradoxien, Opladen 1999, S. 9-52.

Teubner, Ulrike: "Soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern – kein Thema innerhalb der Systemtheorie?". In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik, Münster 2001, S. 288-316.

Thirring, Hans: "Die lautlose Waffe". In: Merkur 10/1956, S. 25-36.

Thürmer-Rohr, Christina: "Die postmoderne These vom Tod der Geschichte. Feminismus und Holocaust". In: Grosz-Ganzoni, Ita-Maria (Hg.): Widerspenstige Wechselwirkungen. Feministische Perspektiven in Psychoanalyse, Philosophie, Literaturwissenschaft und Gesellschaftskritik, Tübingen 1996, S. 145-171.

Traudisch, Dora: Mutterschaft mit Zuckerguß. Frauenfeindliche Propaganda im NS-Spielfilm, Pfaffenweiler 1993.

Traweek, Sharon: Beamtimes and Lifetimes. The World of High Energy Physics, Cambridge/Mass. 1988.

Treibel, Anette: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, Opladen 1993.

"... Und führe uns nicht in Versuchung. Vom gespaltenen Atom zum gespaltenen Gewissen". 7-teilige Serie im Spiegel, 8. Mai bis 19. Juni 1957.

„Unterschiedlich weit entfernt von den Zentren der Macht“. Ein Gespräch um die ‚gute alte Forderung, Frauen dort zu suchen, wo sie aktiv waren‘. In: *Mittelweg* 36, 2/1997, S. 5-21.

Vechtel, Anne: „Der deutsch-evangelische Frauenbund. Im Zweispaht zwischen Protestantismus, Nationalsozialismus und Frauenbewegung“. In: Kuhn, Annette (Hg.): *Frauenleben im NS-Alltag*, Pfaffenweiler 1994, S. 204-214.

Vesper, Bernward: *Die Reise*. Romanessay, Reinbek bei Hamburg 1983.

Vesper, Bernward/Ensslin, Gudrun (Hg.): *Gegen den Tod. Stimmen deutscher Schriftsteller gegen die Atombombe*, Stuttgart [1964] 1981.

Vierhaus, Rudolf: „Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als ein Beispiel für die außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen im Dritten Reich“. In: *Acta historica Leopoldina* 22 (1995) S. 57-73.

Vinken, Barbara (Hg.): *Dekonstruktiver Feminismus. Literaturwissenschaft in Amerika*, Frankfurt/M. 1992.

Visser, Ellen de: *Frau und Krieg. Weibliche Kriegsästhetik, weiblicher Rassismus und Antisemitismus*, Münster 1997.

Vogt, Annette: *Findbuch (Index-Book) Die Promotionen von Frauen an der Philosophischen Fakultät von 1898 bis 1936 und an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät von 1936 bis 1945 an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin sowie die Habilitationen von Frauen an beiden Fakultäten von 1919 bis 1945*, Preprint 57 des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, 1997.

Vogt, Rolf: „Zur ‚Wiederkehr des Dritten Reiches in der Psychotherapie‘. Eine Auseinandersetzung mit Tilman Moser über psychoanalytische Behandlungstechnik“. In: *Psyche*, 51:9/10 (1997), S. 997-1015.

Vogt, Rolf/Vogt Barbara: „Goldhagen und die Deutschen. Psychoanalytische Reflexionen über die Resonanz auf ein Buch und seinen Autor in der deutschen Öffentlichkeit“. In: *Psyche*, 51:6 (1997), S. 494-569.

Volmerg, Birgit/Volmerg, Ute/Leithäuser, Thomas: *Kriegsängste und Sicherheitsbedürfnis. Zur Sozialpsychologie des Ost-West-Konflikts im Alltag*. Frankfurt/M. 1983.

Vondung, Klaus: *Die Apokalypse in Deutschland*, München 1988.

Wagenbach, Klaus (Hg.): *Deutsche Literatur in der Nachkriegszeit 1945-1959. Ein Lesebuch*, Berlin 1993.

Wagenbach, Klaus (Hg.): *Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*, Berlin 1994.

Wagner, Hedwig: *Theoretische Verkörperungen. Judith Butlers feministische Subversion der Theorie*, Frankfurt/M. u.a. 1998.

Wagner, Jens-Christian: *Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, Göttingen 2001.

Walcher, Wilhelm: „Physikalische Gesellschaften im Umbruch“. In: *Physikalische Blätter* 52 (1995), S. F107-F133.

Waldeck, Ruth: „Heikel bis heute“: Frauen und Nationalsozialismus. Der Opfermythos in Christa Wolfs „*Kindheitsmuster*“, Frankfurt/M. 1992.

Waldeck, Ruth: „‚Heikel bis heute‘: Frauen und Nationalsozialismus. Überlegungen zur weiblichen Selbstdefinition als Opfer anhand von Christa Wolfs Roman *Kindheitsmuster*“. In: Gravenhorst, Lerke/Tatschmurat, Carmen (Hg.): *TöchterFragen. NS-Frauengeschichte*, Freiburg i.Br. 1990, S.293-308.

Walker, Mark: „A comparative history of nuclear weapons“. In: Kaufmann, Doris (Hg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2000, S. 309-327.

Walker, Mark: „Physics and propaganda: Werner Heisenberg’s foreign lectures under National Socialism“. In: *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences*, 22 (1992), S. 339-389.

- Walker, Mark (Hg.): Science and Ideology. A Comparative History, London/New York 2003.
- Walker, Mark: "Science, National Socialism, and the *longue durée*". In: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences, 24:2 (1994), S. 395-401.
- Walker, Mark: Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe, Berlin [engl.1987] 1990.
- Wang, Jessica: American Science in the Age of Anxiety: Scientists, Anticommunism, and the Cold War, Chapel Hill 1999.
- Wang, Jessica: "Merton's shadow. perspectives on science and democracy since 1940". In: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences, 30:1 (1999), S. 276-306.
- Weber, Elisabeth: "... buchstabierend bis aufs Blut". Zur Subjektivität nach Levinas". In: Weber, Elisabeth/Tholen, Georg Christoph (Hg.): Das Vergessen(e). Anamnesen des Undarstellbaren, Wien 1997, S. 273-285.
- Weber, Elisabeth: Verfolgung und Trauma. Zu Emmanuel Lévinas' Autrement qu'être ou au-delà de l'essence, Wien 1990.
- Weber, Elisabeth/Tholen, Georg Christoph (Hg.): Das Vergessen(e). Anamnesen des Undarstellbaren, Wien 1997.
- Weber, Max: Die Protestantische Ethik, Bd. 1. Tübingen [1920] 1981.
- Weigel, Sigrid: Bilder des kulturellen Gedächtnisses. Beiträge zur Gegenwartsliteratur, Dülmen-Hiddingsel 1994.
- Weigel, Sigrid: Entstellte Ähnlichkeit. Walter Benjamins theoretische Schreibweise, Frankfurt/M. 1997.
- Weigel, Sigrid: "Die ‚Genealogie‘ als symbolische Form. Zum genealogischen Diskurs im Gedächtnis nach 1945". In: Figurationen. Gender, Literatur, Kultur, o.Jg. (1999), S. 158-173.
- Weigel, Sigrid: Ingeborg Bachmann. Hinterlassenschaften unter Wahrung des Briefgeheimnisses, Wien 1999.
- Weigel, Sigrid: "Der Ort von Frauen im Gedächtnis des Holocaust: Symbolisierungen, Zeugenschaft, und kollektive Identität". In: Die Philosophin, 12 (1995), S. 53-62.
- Weigel, Sigrid: "Shylocks Wiederkehr. Die Verwandlung von Schuld in Schulden oder: Zum symbolischen Tausch der Wiedergutmachung". In: Weigel, Sigrid/Erdle, Birgit (Hg.): Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus, Zürich 1996, S. 165-192.
- Weigel, Sigrid: Die Stimme der Medusa. Schreibweisen in der Gegenwartsliteratur von Frauen, Dülmen-Hiddingsel 1987.
- Weigel, Sigrid: "Télescopage im Unbewußten. Zum Verhältnis von Trauma, Geschichtsbegriff und Literatur". In: Bronfen, Elisabeth/Erdle, Birgit R./Weigel, Sigrid (Hg.): Trauma. Zwischen Psychoanalyse und kulturellem Deutungsmuster, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 51-76.
- Weigel, Sigrid: Topographien der Geschlechter. Kulturgeschichtliche Studien zur Literatur, Reinbek bei Hamburg 1990.
- Weigel, Sigrid/Erdle, Birgit (Hg.): Fünfzig Jahre danach. Zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus, Zürich 1996.
- Weingart, Peter: "Science abused? Challenging a legend". In: Science in Context, 6:2 (1993), S. 555-567.
- Weisbrod, Bernd: "Dem wandelbaren Geist. Akademisches Ideal und wissenschaftliche Transformation in der Nachkriegszeit". In: Weisbrod, Bernd (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenskulturskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002.

Weisenborn, Günther: Die Familie von Makabah. In: Theater Bd.4, Berlin [Die Familie von Nevada 1959] 1967, S. 117-179.

Weisenborn, Günther: Göttinger Kantate. Der Aufruf der 18 Wissenschaftler und die großen Gefahren unseres Jahrhunderts szenisch darstellend, als öffentliche Warnung niedergeschrieben, Berlin [1958] 1984.

Weiss, Burghard: "Hahn und Meitner, Merton und Matthäus. Zur Namensgebung einer deutschen Großforschungseinrichtung". In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte, 13 (1990), S. 219-231.

Weiss, Burghard: "Heiße Zellen, Kalter Krieg: Die Planungen der USA, das erste kommerzielle Kernkraftwerk der Welt im Westteil Berlins zu errichten". In: Henning, Eckart (Hg.): Dahlemer Archivgespräche, Bd. 1, Berlin 1996, S. 131-141.

Weiss, Peter: Die Ermittlung. Oratorium in 11 Gesängen, Frankfurt/M. 1965.

Weisskopf, Victor: The Joy of Insight. Passions of a Physicist, New York 1991.

Weizsäcker, Carl Friedrich von (Hg.): Bewußtseinswandel, München 1988.

Weizsäcker, Carl Friedrich von: Die Geschichte der Natur. Zwölf Vorlesungen, Göttingen [1948] 1954.

Weizsäcker, Carl Friedrich von: "Mit der Bombe leben. Die gegenwärtigen Aussichten einer Begrenzung der Gefahr des Atomkriegs" [1958]. In: Weizsäcker, Carl Friedrich: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981, München 1984, S. 43-87.

Weizsäcker, Carl Friedrich von: "Persönliche Erinnerungen an die Entstehung und die Frühzeit der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler)". In: Albrecht, Ulrich u.a. (Hg.): Der Griff nach dem atomaren Feuer, Frankfurt/M. [1996] 1997, S.233-239.

Weizsäcker, Carl Friedrich von: Die Verantwortung des Wissenschaftlers im Atomzeitalter, Göttingen [2. Auflage] 1957.

Welzer, Harald (Hg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001.

Wessel, Oskar: "Hiroshima". In: Schmitthenner, Hansjörg: Sechzehn deutsche Hörspiele, München 1962, S. 219-233.

Weyrauch, Wolfgang: "Die japanischen Fischer". In: Sinn und Form, 8 (1956), S. 373-402.

Weyl, Hermann: Philosophie der Mathematik und Naturwissenschaft, Darmstadt [1927] 1966.

Wiggershaus, Rolf: Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung, München 1986.

Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

Wildt, Michael: "Technik, Kompetenz, Modernität. Amerika als zwiespältiges Vorbild für die Arbeit in der Küche 1920-1960". In: Lüdtker, Alf/MarBolek, Inge/von Saldern, Adelheid (Hg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 78-95.

Willenbacher, Barbara: "Zerrüttung und Bewährung der Nachkriegsfamilie". In: Broszat, Martin u.a. (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.

Winter, Jay: "Die Generation der Erinnerung. Reflexionen über den ‚Memory-Boom‘ in der zeithistorischen Forschung". In: Memory. WerkstattGeschichte, 30 (2001), S. 5-16.

Winter, Jay/Sivan Emmanuel: "Setting the framework". In: Winter, Jay/Sivan Emmanuel (Hg.): War and Remembrance in the Twentieth Century, Cambridge 1999, S. 6-39.

- Wirtz, Karl: "Atom und Technik". In: Bauer, Karl-Heinrich: Vom Atom zum Weltsystem. Eine Vortragsreihe über die Ergebnisse der Atomkernforschung, Stuttgart 1954, S. 105-116.
- Wischermann, Ulla u.a. (Hg.): Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung. Frauenpolitik in Hessen 1945-1955, Frankfurt/M. 1993.
- Wittner, Lawrence S.: One World or None. A History of the World Nuclear Disarmament Movement Through 1953, Stanford 1993.
- Wobbe, Theresa: "Das Dilemma der Überlieferung. Zu politischen und theoretischen Kontexten von Gedächtniskonstruktionen über den Nationalsozialismus". In: Wobbe, Theresa (Hg.): Nach Osten. Verdeckte Spuren nationalsozialistischer Verbrechen, Frankfurt/M. 1992, S. 13-43.
- Wobbe, Theresa (Hg.): Nach Osten. Verdeckte Spuren nationalsozialistischer Verbrechen, Frankfurt/M. 1992.
- Wobbe, Theresa: Wahlverwandtschaften. Die Soziologie und die Frauen auf dem Weg zur Wissenschaft, Frankfurt/M./New York 1997.
- Wörner, Hans: Wir fanden Menschen, Braunschweig 1948.
- Wolf, Christa: Kindheitsmuster, Berlin 1976.
- Wolf, Gerhard (Hg.): Sputnik contra Bombe. Lyrik, Prosa, Berichte, Berlin 1959.
- Wolf, Maria: "...quasi irrsinnig". Nachmoderne Geschlechter-Beziehung, Pfaffenweiler 1995.
- Wysocki, Gisela von: Die Fröste der Freiheit. Aufbruchphantasien, Frankfurt/M. 1980.
- Young, Iris Marion: Intersecting voices. Dilemmas of gender, political philosophy, and policy, Princeton/NJ 1997.
- Young, James E.: "Das Dilemma der ästhetischen Auseinandersetzung mit dem Holocaust. Deutschland und USA im Vergleich". In: Loewy, Hanno/Moltmann, Bernhardt (Hg.): Erlebnis – Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung, Frankfurt/New York 1996, S. 79-99.
- Young-Bruehl, Elisabeth: Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, Frankfurt/M. 1986.
- Zahn-Harnack, Agnes von: Spurenaufnahme: "Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik", Berlin 1985.
- Zilt, Andreas: "Rüstungsforschung in der westdeutschen Stahlindustrie. Das Beispiel Vereinigte Stahlwerke AG und Kohle- und Eisenforschung GmbH". In: Maier, Helmut (Hg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, S. 183-213.
- Zipfel, Gaby: "Biographischer Revisionismus. Sammelbesprechung". In: Mittelweg 36, 5/1999, S. 33-38.
- Zuckermann, Moshe.: Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur deutschen Normalität, Berlin 1999.
- Zuckmayer, Carl: "Das Kalte Licht" [1955]. In: Zuckmayer, Carl: Werkausgabe in zehn Bänden. Stücke, Bd. 3, Frankfurt/M. 1976, S. 251-388.

Bildnachweis:

Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, Bd.3, Frankfurt/M. 1996, S. 1614, S. 1680, S. 1673 und S. 1847.